

Andreas Boeckh / Friedrich Welsch /  
Nikolaus Werz (Hrsg.)

## **Venezuela heute**



BIBLIOTHECA IBERO-AMERICANA

Veröffentlichungen des Ibero-Amerikanischen Instituts  
Preußischer Kulturbesitz  
Band 140

Andreas Boeckh / Friedrich Welsch /  
Nikolaus Werz (Hrsg.)

**Venezuela heute**  
**Politik • Wirtschaft • Kultur**

Vervuert Verlag • Frankfurt am Main

2011

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie: detaillierte bibliogra-  
fische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Vervuert Verlag 2011  
Elisabethenstr. 3-9  
D-60594 Frankfurt am Main

Iberoamericana Editorial Vervuert  
c/Amor de Dios, 1  
E-28014 Madrid

Iberoamericana Vervuert Publishing Corp.  
9040 Bay Hill Blvd.  
Orlando, FL 32819

[info@iberoamericanalibros.com](mailto:info@iberoamericanalibros.com)  
[www.ibero-americana.net](http://www.ibero-americana.net)

ISSN 0067-8015  
ISBN 978-3-86527-489-2  
Depósito legal:

Satz: Anneliese Seibt, Ibero-Amerikanisches Institut, Berlin  
Umschlaggestaltung: Michael Ackermann

Alle Rechte vorbehalten

Gedruckt auf säure- und chlorfreiem, alterungsbeständigem  
Papier  
Gedruckt in Spanien

## Inhaltsverzeichnis

Venezuela heute: Einleitung .....	9
<b>I. Landeskundliche Einführung</b>	
<i>Margarita López Máya</i> Zur Geschichte Venezuelas .....	27
<i>Alexander Rommel</i> Sozialstruktur: Armut, Ungleichheit und soziale Klassen .....	51
<i>Andrea Scholz/Alexander Mansutti Rodriguez</i> Situation der indigenen Bevölkerung: neue Vielfalt im multikulturellen Staat oder Einheitsstaat in multikultureller Verkleidung? .....	77
<b>II. Politik und Gesellschaft</b>	
<i>Friedrich Welsch/Héctor Briceño</i> Chávez und der Chavismus .....	107
<i>Ivo Hernández</i> Die Verfassungen Venezuelas: Fort- und Rückschritte .....	131
<i>Jesús Azcargorta/Manuel Paulus</i> Zentralisierte Verwaltung <i>versus</i> partizipative Strukturen . ....	151
<i>Thais Maingon</i> Wahlen in Venezuela: Kontinuität und Wandel .....	173
<i>Thomas Kestler</i> Die politischen Parteien .....	199

<i>Luis Gómez Calcaño</i> Die Zivilgesellschaft: zwischen Korporatismus und Antipolitik .....	229
<i>Rolando Díaz/Kurt-Peter Schütt</i> Die Gewerkschaftsdachverbände: Im Dienst der Parteien und der Macht .....	253
<i>Ana María Isidoro Losada</i> Die Konfiguration der innergesellschaftlichen Machtgruppen .....	271
<i>Hernán Castillo</i> Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft .....	301
<i>Alfredo Keller</i> Kultur und Machtspiele .....	321
<i>Silvia Cabrera/Manuel Silva-Ferrer</i> Viele Medien und nur eine Nachricht. Die Transformation des Mediensystems .....	339
<i>Nikolaus Werz</i> Die Außenpolitik. Vom Demokratieexport zur "Diplomatie der Völker" .....	367
<b>III. Wirtschaft</b>	
<i>Andreas Boeckh</i> Erdölrente, Politik und Entwicklung .....	397
<i>Hans-Jürgen Burchardt</i> Zurück in die Zukunft? Venezuelas Sozialismus auf der Suche nach dem 21. Jahrhundert .....	427
<i>Raúl Zelik</i> Neue Entwicklungskonzepte oder alter Staatszentrismus? "Endogene Entwicklung" und der "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" .....	451

*Juan Luis Hernández*

Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Ernährungssektors  
und die Agrarpolitik ..... 477

*Klaus Schaeffler*

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen. Venezuela in  
verschiedenen Integrationsräumen ..... 499

*Heinrich Pachner*

Tourismus in Venezuela: Aktuelle Entwicklungen,  
Potenziale und Risiken ..... 521

#### **IV. Kultur, Bildung und Wissenschaft**

*Luis Barrera Linares*

Literatur und Öffentlichkeit: vier venezolanische Autoren ..... 553

*Torsten Eßer*

*Uh, Ah, Chávez no se va.* Venezolanische Musik heute:  
Zwischen Tradition und Politik ..... 575

*Michael Huhn, unter Mitarbeit von Reiner Wilhelm*

Kirche und Religion ..... 615

*Stefan Peters*

Bildungspolitik: Alte und neue Ungleichheitsmuster ..... 637

*Friedrich Welsch*

Wissenschaft, Forschung und Entwicklung ..... 671

*Manuel Silva Ferrer*

Der folgsame Körper der Kultur. Beobachtungen zur  
Transformation des Kulturbetriebs (1999-2009) ..... 681

**V. Venezuela und Deutschland***Rolf Walter/Nikolaus Werz*

Deutsche in Venezuela vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart – eine Skizze .....	703
--	-----

*Klaus Schaeffler/Nikolaus Werz*

Politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela .....	719
--	-----

Chronologie zur Geschichte Venezuelas .....	737
---	-----

Sachregister .....	745
--------------------	-----

Personenregister .....	753
------------------------	-----

Autorinnen und Autoren .....	757
------------------------------	-----



**Andreas Boeckh/Friedrich Welsch/Nikolaus Werz**

## **Venezuela heute: Einleitung**

Das wissenschaftliche und publizistische Interesse an Venezuela ist starken Schwankungen unterworfen. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region hat das Land lange Zeit kaum Schlagzeilen produziert. Wirtschaftliche Prosperität, ein zunehmender gesellschaftlicher Wohlstand und konsolidierte demokratische Verhältnisse scheinen keine Neugier hervorzurufen. Seit der Demokratisierung im Jahre 1958 sind dem Land gewaltsame Regimewechsel erspart geblieben und die damit zumeist verbundenen massiven Menschenrechtsverletzungen ebenfalls. Nach der Re-Integration der marxistischen Guerilla gegen Ende der 1960er Jahre war die Politik des Landes durch ein hohes Maß an Konsens bezüglich der politischen Verfahren und Inhalte geprägt, der sich nicht nur auf die großen Parteien beschränkte, die 1958 einen politischen Pakt geschlossen hatten. Er fußte auch auf einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung. Dieser Konsens wurde zudem dadurch erleichtert, dass die rasch steigenden Öleinnahmen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – fast allen Bevölkerungsschichten zugutekamen, was die Verteilungskonflikte in Grenzen hielt. Die Illusion einer immerwährenden Prosperität stärkte die Legitimität der politischen Ordnung.

Erst nachdem durch zwei misslungene Militärputsche im Jahr 1992 die politische Krise des Landes auch nach außen sichtbar geworden war und erst recht nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez Frías im Jahr 1998 zog Venezuela wieder publizistische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich. Die spektakuläre Politikinszenierung der neuen Regierung und ihr mit zunehmender Verve vorgetragener revolutionärer Anspruch verschafften dem Land weltweit Schlagzeilen und ließen seinen Präsidenten zum neuen Leitstern der neomarxistischen Linken nicht nur in Lateinamerika werden.

Die seit dem Machtwechsel von 1999 extreme politische Polarisierung des Landes spiegelt sich auch in der publizistischen und wissenschaftlichen Literatur wider. Dies trifft nicht nur auf die Debatten innerhalb Venezuelas zu, sondern auch auf die hiesige Auseinandersetzung mit den dortigen Veränderungen. Die Herausgeber des vorliegenden Bandes haben nicht versucht, diese Kontroversen zu glätten. Vielmehr ging es ihnen darum, Vertreter unterschiedlicher Positionen zu Wort kommen zu lassen, sofern diese

qualitativ hochwertige wissenschaftliche Analysen vorgelegt und sich nicht nur auf Polemik beschränkt haben. Diese Kontroversen zeichnen zwangsläufig ein widersprüchliches Bild, was die Ambivalenz und die Widersprüche in der Entwicklung des Landes selbst reflektiert. Da sich die Veränderungen und auch der Anspruch der revolutionären Umgestaltung nicht nur auf den politischen Bereich, sondern auf alle Aspekte des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens beziehen, geht es in den meisten Beiträgen dieses Bandes auch um die Analyse und Einschätzung eben dieser Veränderungen.

Allerdings würde man viel zu kurz greifen, wenn man sich nur auf aktuelle Aspekte beschränken wollte. Und man wird auch zu kurz greifen, wenn man die venezolanische Geschichte vor Hugo Chávez gewissermaßen nur als Vorgeschichte dieser jüngsten Phase verstehen würde. Auch aus einer Reihe von anderen Gründen lohnt es sich, sich mit diesem Land auch jenseits der aktuellen politischen Kontroversen auseinanderzusetzen.

Im Vergleich zu anderen Staaten der Region hat sich der Übergang von der ländlichen hin zur städtischen Gesellschaft nicht nur besonders schnell, sondern auch vergleichsweise konfliktfrei vollzogen. In keinem anderen Land Lateinamerikas hat sich das Stadt-/Landverhältnis in nur 40 Jahren umgekehrt. Diese rasante Modernisierung ist ohne den rasch zunehmenden Ölreichtum und dessen Verteilung in der Gesellschaft kaum zu erklären.

Dasselbe trifft für das hohe Maß an demokratischer Stabilität zu, mit dem sich das Land positiv von vielen anderen Ländern der Region unterscheidet, die im Laufe der 1960er und 1970er Jahre autoritäre Regressionen durchliefen, die häufig mit horrenden menschlichen Kosten verbunden waren. Venezuela zählte in dieser Phase zu den drei Staaten der Region, deren Demokratien sich als stabil erwiesen. Wenngleich diese demokratische Stabilität durch einen politischen Pakt erkaufte wurde, der mit der Zeit zu einem politischen Kartell mutierte, ersparte dies Venezuela die schlimmen Erfahrungen anderer Länder Lateinamerikas. Mehr noch, es bot für Exilanten aus den Diktaturen der Region einen Zufluchtsort. Ebenfalls abweichend von der lateinamerikanischen Normalität waren in dem präsidentiellen System des Landes die politischen Parteien dominante Akteure. Die institutionellen Kontrollen funktionierten trotz der von vielen Präsidenten zu Beginn ihrer Amtszeit durchgesetzten Ermächtigungsgesetze so, dass sich kein Hyperpräsidentialismus mit personalistischen Charakteristika herausbilden konnte. So gesehen war die Langeweile, die das Land im regionalen Vergleich verbreitete, ein Segen.

Es ist heute üblich geworden, in Anlehnung an die Debatte um den sogenannten "Ressourcenfluch" den Ölreichtum als die eigentliche Ursache der Krise und der venezolanischen Entwicklungsblockade zu interpretieren. Dies ist zwar nicht falsch und eine Reihe von Beiträgen in diesem Band belegt dies, aber es ist auch nur die eine Seite der Medaille. Die relativ schmerzlose Modernisierung, die das Land durchlaufen hat, und die lange Phase der demokratischen Stabilität sind zwar nicht ausschließlich, aber doch zu einem guten Teil dem Ölreichtum geschuldet. In Venezuela hat der Ölreichtum gerade nicht wie in den Ölstaaten des Vorderen Orients autoritäre Strukturen gestärkt, sondern er hat die demokratische Konsolidierung nach 1958 erleichtert. Dass aus einem der ärmsten Länder Lateinamerikas innerhalb kurzer Zeit ein Staat geworden ist, dessen wirtschaftliche und soziale Indikatoren es in der lateinamerikanischen Mittelklasse verorten, wäre ohne das Erdöl kaum vorstellbar. Ohne diesen zusätzlichen Schub, so kann man vermuten, befände sich das Land heute in derselben Liga wie Honduras. Das sollte man nicht aus dem Auge verlieren, wenn man die durchaus vorhandenen und sehr ernstzunehmenden problematischen Aspekte einer Rentengesellschaft debattiert. Die Beschäftigung mit Venezuela kann daher auch dazu beitragen, die Thesen über den autoritären Rentierstaat und den Ressourcenfluch zu relativieren.

Der Zerfall der paktierten Demokratie, der Mitte der 1980er Jahre einsetzte und 1998 mit der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten seinen Abschluss fand, ist ein Lehrstück für die Gefahren politischer Pakte, sich in Kartelle zu verwandeln, deren Teilnehmer den Staat unter sich aufteilen, und für das Versagen von Eliten, die sich im entscheidenden Moment als reformunfähig erwiesen. Die in dieser Zeit angedachte Staatsreform wurde nur zum Teil verwirklicht und zeigte nur auf dem Gebiet der politischen Föderalisierung des Landes wirkliche Ergebnisse. Diese konnten aber den Legitimitätsverlust des paktierten Systems und der dieses tragenden Parteien nicht mehr aufhalten. Die Krise der 1980er und 1990er Jahre war nicht nur eine politische Krise, sondern auch eine ökonomische und soziale, und sie war vor allem auch eine moralische Krise, da die politischen und wirtschaftlichen Eliten durch ihren erkennbaren Mangel an Verantwortungsbewusstsein und die hemmungslose Korruption jegliches politisches Vertrauen verspielten, ohne es so richtig zu merken.

Hugo Chávez, der mit einem typischen antipolitischen, gegen politische Parteien gerichteten Bewegungsdiskurs seinen Wahlkampf bestritten hatte, schien für all diese Krisendimensionen Lösungen anzubieten: Seine Atta-

cken gegen die korrupten Parteien und die Politikerkaste verband er mit dem Versprechen, die Korruption auszurotten und die Politik wieder auf eine moralische Basis zu stellen. Mit der Propagierung einer partizipativen Demokratie, die neue politische Räume zu öffnen und die Distanz zwischen Regierten und Regierenden zu verringern versprach, sollten die Defizite der repräsentativen Demokratie und insbesondere ihrer Ausprägung in Venezuela in Form eines politischen Kartells vermieden werden. Die Verfassung von 1999 enthielt in der Tat neben den üblichen repräsentativen Strukturen auch partizipative Elemente. Mit einem breit gefächerten Instrumentarium sozialpolitischer Interventionen sollten die Verarmungsprozesse aufgehalten und die materielle Situation gerade der unteren Bevölkerungsschichten signifikant verbessert werden. Und schließlich setzte die Regierung mit ihrer Unterstützung von Kleinbetrieben und dem kooperativen Sektor auch wirtschaftspolitisch neue Akzente. Wachstumspole sollten fortan nicht mehr nur Großbetriebe sein, sondern es ging darum, die endogenen produktiven Potenziale in der Gesellschaft freizusetzen.

Vieles von dem entsprach gängigen entwicklungspolitischen Paradigmen: die Kleingewerbeförderung zählt ebenso dazu wie Konzepte der politischen Partizipation, die anderenorts als “empowerment of the poor” und als Instrumente zur Verbesserung der “good governance” gehandelt werden.

Große Teile der Opposition betrachteten den Wahlsieg von Hugo Chávez als Betriebsunfall, der möglichst schnell und um jeden Preis rückgängig gemacht werden sollte. Mit diesem Anliegen ist die Opposition mehrfach spektakulär gescheitert. Zudem hat sie sich durch den Wahlboykott bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 2005 selbst marginalisiert. Eine politische Auseinandersetzung mit den neuen Konzepten ist daher in Venezuela weitgehend unterblieben. Sie ist auch deshalb schwer zu führen, weil die Opposition sich im Grunde nur in ihrer Gegnerschaft zum gegenwärtigen Präsidenten einig ist.

Was in Venezuela genau stattfindet, bleibt höchst umstritten, übrigens auch bei denen, die den Regierungswechsel im Jahre 1998 begrüßten und die in der neuen Regierung eine Chance sahen, die Defizite der Vergangenheit zu überwinden. Kontrovers ist dabei so ziemlich alles: ob es sich um ein demokratisches Regime handelt, das neue Partizipationskanäle geöffnet hat, oder um ein autoritäres; ob ein ursprünglich demokratischer Ansatz in der Zwischenzeit zu einem zunehmend autoritären mutiert ist, wie dies im Beitrag von Margarita López Maya angedeutet wird; ob man es mit einer Revolution zu tun hat, gar mit einer sozialistischen, oder ob nicht erneut in alter

populistischer Manier kurzfristig wirkenden und wenig nachhaltigen Verbesserungen der materiellen Situation der Bevölkerung anstelle von tatsächlichen strukturellen Änderungen der Vorzug gegeben wird; ob sich hinter der sozialistischen Rhetorik lediglich der Herrschaftsanspruch von Parteibürokraten verbirgt, die die Wirtschaft, die gesellschaftlichen Organisationen und den Kulturbetrieb unter ihre Kontrolle zu bekommen versuchen; ob es gelungen ist beziehungsweise gelingen kann, die Wirtschaft des Landes aus ihrer Abhängigkeit von der Ölrente zu befreien; ob die neue und überaus aktive Außenpolitik Venezuela aus den tatsächlichen oder vorgeblichen Abhängigkeiten von den USA gelöst und ob das Land sich durch die Wahl neuer Kooperationspartner neue Handlungsspielräume verschafft hat.

Auf diese und andere Fragen versuchen die Beiträge dieses Bandes Antworten zu finden. Das Bild, das sich dabei ergibt, ist sehr differenziert, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Autorinnen und Autoren unabhängig von ihrem jeweiligen Standpunkt ihre analytische Distanz bewahrt haben. Wer in diesem Band nach Munition für die polarisierten Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten politischen Lagern sucht, wird enttäuscht werden. Einfache Antworten auf komplexe Fragen werden hier nicht geboten. Wer dieses Land in seiner Widersprüchlichkeit verstehen möchte, mag diesen Band dagegen nützlich finden.

In ihrem Essay "Zur Geschichte Venezuelas" schlägt die Historikerin **Margarita López Maya** einen Bogen von der Kolonialzeit bis heute. Nach einer langen Phase von Bürgerkriegen setzte – später als in anderen Ländern der Region – unter der Herrschaft der aus den Anden stammenden Präsidenten (1899-1945) eine Zentralisierung und kapitalistische Modernisierung ein. Die nach 1920 rasch anwachsende Ölförderung, die Venezuela vorübergehend zum größten Ölexporteur der Welt machte, veränderte die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Parameter des Landes grundlegend. In den Jahren 1945-1948 begann ein erster Demokratisierungsschub; es wurde zudem versucht, die Grundlagen für eine Industrialisierung durch Importsubstitution zu legen. Nach einer zehnjährigen Militärdiktatur gelang ab 1958 mit dem "Pakt von Punto Fijo" eine Stabilisierung der Präsidentialdemokratie mit zwei relativ starken Parteien, der sozialdemokratisch ausgerichteten *Acción Democrática* (AD) und der christlich-sozialen COPEI (*Comite de Organización Política Electoral Independiente*). Die Krise der Modernisierung wurde nach der Abwertung der Landeswährung *Bolívar* 1983 immer deutlicher. 1989 kam es nach der Umsetzung eines neoliberalen Anpassungsprogramms zu einem Volksaufbruch in der Hauptstadt und anderen Orten, dem sogenannten

*Caracazo* oder *Sacudón*; 1992 unternahmen jüngere Offiziere um den damaligen Oberstleutnant Hugo Chávez Frías einen Staatsstreichversuch. Nach einem Gefängnisaufenthalt wurde Chávez Ende 1998 zum Präsidenten gewählt; er kündigte eine Neugründung und Transformation des Landes an. Einen Staatsstreich und Protestaktionen überstand die Regierung 2002, Präsident Chávez sprach in der Folgezeit von einer Vertiefung der Revolution hin zu einem bolivarianischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Die Autorin unterscheidet zwischen einer ersten partizipativen Amtszeit sowie der schlechten und personalistischen Regierungsführung in der zweiten Regierungsperiode, die sich noch länger ausdehnen könnte.

Im Beitrag von **Alexander Rommel** werden quellenkritisch die Veränderungen bei verschiedenen Indikatoren der Armut und der sozialen Ungleichheit seit den 1990er Jahren untersucht. Es zeigt sich, dass die Einkommensarmut in den 1990er Jahren stark angestiegen, in den letzten Jahren aber wieder deutlich zurückgegangen ist, wohingegen andere Indikatoren der Armut, insbesondere die Wohnsituation, sich auch bis in jüngste Zeit hinein verschlechtert haben. Im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas verfügt Venezuela heute über eine der am wenigsten ungleichen Einkommensverteilungen. Insgesamt aber sind die Veränderungen in den letzten Jahren eher gradueller als abrupter Art. Auch die Sozialstruktur hat sich nach dem Amtsantritt der gegenwärtigen Regierung nicht signifikant verändert. Eine Analyse der Interessenlagen der verschiedenen sozialen Klassen lässt jenseits einer "staatssozialistischen Bürokratie" keine relevanten Kräfte erkennen, die das sozialistische Projekt der Regierung unterstützen würden.

Auf die Situation der indigenen Bevölkerung gehen **Andrea Scholz** und **Alexander Mansutti Rodríguez** ein. Seit der Unabhängigkeit führen die indigenen Gruppen ein wenig beachtetes Dasein als Minderheiten in unzugänglichen Grenzregionen. Nach dem offiziellen Zensus von 2001 lebten in Venezuela 534.816 Angehörige von insgesamt 36 verschiedenen indigenen Gruppen, d.h. 2,2% der Bevölkerung. Präsident Chávez betont in seinem Diskurs die indigenen Wurzeln der Nation und die sozialistische Natur der *indigenas*, die indigene Präsenz nimmt in symbolischen Akten der Anerkennung zu. Ungewiss bleibt allerdings, ob es sich um eine neue Vielfalt im multikulturellen Staat oder um einen Einheitsstaat in multikultureller Verkleidung handelt.

In ihrem Beitrag setzen sich **Friedrich Welsch** und **Héctor Briceño** mit den Merkmalen des Regierungsstils von Hugo Chávez auseinander, der als außerordentlich kommunikationsfreudig und personalistisch charakterisiert

wird und der durch seine Spontaneität häufig erratisch wirkt, was dem Land schlechte Werte bei so ziemlich allen Indikatoren der guten Regierungsführung beschert. Die ideologischen Bezüge des Chavismus werden ebenso vorgestellt wie das manichäische und anti-pluralistische Politikverständnis, in dem die Gewaltenteilung keinen Platz hat. Vor allem aber behandelt der Artikel das soziale Profil der Chavisten sowie die politischen Einstellungen der Anhänger und Gegner des Chavismus.

**Ivo Hernández** schildert die Fort- und Rückschritte bei den letzten drei Verfassungen. Aufgrund der Rentenökonomie kann sich der Präsidentialismus in Venezuela noch stärker als in anderen lateinamerikanischen Ländern entfalten. Entsprechend hoch ist die Gefahr, dass kühne Verfassungsentwürfe entstehen, die nur eine entfernte Verwandtschaft zur Wirklichkeit besitzen. Als enormer Fortschritt galt die Verfassung von 1947, allerdings wurde sie nur wenig umgesetzt. Die vier Jahrzehnte gültige Konstitution von 1961 war Resultat eines Elitenpakts. Der Versuch einer Staatsreform in den Jahren 1983 bis 1995 scheiterte, mit der Verfassung von 1999 begann der Übergang zur "Bolivarischen" Republik Venezuela.

Mehrere Versuche einer Verwaltungsreform seit den 1980er Jahren erreichten keine nachhaltige Verbesserung der Effektivität und der Effizienz des bürokratischen Apparates, stellen **Jesús Azcargorta** und **Manuel Paulus** fest. Auch die von Präsident Chávez unter den Schlagwörtern Dezentralisierung und Erhöhung der Partizipation durchgeführten Maßnahmen führten nicht zu einer Erhöhung der Handlungsfähigkeit der Verwaltung, sondern zu einer Ausweitung des Staates. Zudem wurde in Form von Bürgerräten und Kommunen eine ideologisch besetzte Parallelstruktur neben der öffentlichen Verwaltung aufgebaut. Neben den hohen Kosten für diese doppelten Strukturen ergaben sich daraus negative Konsequenzen für die Verwaltung.

Seit 1958 wurden in Venezuela regelmäßig Präsidentschafts- und Kongresswahlen abgehalten, die verschiedene Parteien an die Macht brachten und den Regierungswechsel zur Normalität werden ließen. In den 1970er Jahren war Venezuela eine der wenigen funktionierenden (Wahl-)Demokratien in Südamerika. Eine hohe Wahlbeteiligung und die Konzentration auf zwei große Parteien waren bis Anfang der 1990er Jahre charakteristisch, auch wenn einzelne "Wahlphänomene" (Außenseiterkandidaten) auftraten. **Thais Maingon** zeigt, dass die Wahlrechtsreform von 1989, die mit der Direktwahl der Gouverneure und Bürgermeister eine Dezentralisierung einleitete, ambivalente Ergebnisse hervorbrachte, denn es kam zur Auflösung von parteipolitischen Bindungen, was zu neuen politischen Optionen führte. Ei-

nen Wendepunkt stellten die Wahlen von 1998 dar, denn die beiden großen Parteien nominierten erstmals keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten mehr. Unter den Wahlphänomenen setzte sich schließlich mit Hugo Chávez ein Ex-Militär durch. Die nachfolgenden Wahlen und die Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung konnte Chávez mit komfortablen Mehrheiten gewinnen, das Abberufungsreferendum nach langen Verzögerungen überstehen, mit der Verfassungsreform, die dem sozialistischen Projekt der Regierung Verfassungsrang geben sollte, scheiterte er jedoch 2007 knapp.

Ab 1958 konnte sich auf der Grundlage des “Paktes von Punto Fijo” eine stabile Parteienherrschaft etablieren. Die beiden großen Parteien lösten sich seit den Wahlen von 1969 in der Regierungsführung ab. Mit dem 1989 eingeschlagenen Schwenk zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik gerieten die Traditionsparteien, von denen vor allem die AD in ihrer besten Zeit eine Volkspartei war, in eine Krise. **Thomas Kestler** schildert, wie Hugo Chávez, der erstmals mit einem gescheiterten Militärputsch 1992 die politische Arena betrat, diese Anti-Parteien-Stimmung geschickt aufgreifen konnte. Auch wenn die neue Verfassung Parteien ausdrücklich nicht vorsieht, ließ Chávez Anfang 2008 der *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) gründen, die Mobilisierungs- und Klientelfunktionen übernimmt. Die Deinstitutionalisierung und Beeinträchtigung des Parteienpluralismus ist so weit fortgeschritten, dass andere Parteien wohl oder übel die Implosion des Chavismus abwarten müssen.

In diesem Kontext besitzt auch die Zivilgesellschaft eigene Konturen. **Luis Gómez Calcaño** sieht sie zwischen “Korporatismus und Antipolitik”. Mit der Schwächung der Parteien in den 1980er Jahren kamen neue zivilgesellschaftliche Akteure auf. Präsident Chávez leitete nach der Regierungsübernahme zahlreiche Maßnahmen ein, um seine eigene “Ersatz-Zivilgesellschaft” zu schaffen und diese auf sein Projekt zu verpflichten. Ein Teil der Bürger reagierte darauf mit Protesten. Die Gefahr liegt darin, dass bei der zunehmenden Polarisierung der Spielraum für Verhandlungen immer geringer wird.

Die Gewerkschaften haben eine ausgeprägte Nähe zum ölreichen Staat und den Regierungsparteien an den Tag gelegt. **Rolando Díaz** und **Kurt-Peter Schütt** skizzieren ihre Entwicklung seit den 1930er Jahren. Die Dachorganisation CTV zeichnet sich durch einen starken Pragmatismus und eine große Nähe zu den regierenden Parteien aus, sie kooperierte meist gut mit dem Unternehmerverband FEDECAMARAS – zuletzt beim Putschversuch des kurzfristigen Präsidenten Pedro Carmona 2002. In den letzten Jahren hat



die Regierung Chávez regimetreue Gewerkschaftsverbände aufgebaut, die aber nicht so recht Fuß fassen konnten. Insgesamt ist die Gewerkschaftsbewegung gegenüber früher sehr geschwächt.

Aufgrund von internen Konflikten und länger anhaltender Caudillo-Herrschaft hatte sich in Venezuela – im Unterschied etwa zu Kolumbien – keine homogene Elite herausgebildet. Im 20. Jahrhundert öffnete die Ölförderung die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg und schnellem Reichtum. **Ana María Isidoro Losada** zeigt, dass sich alte Macht- und Einflussgruppen halten konnten, erst unter Chávez setzte ein Elitenwechsel ein. Relativ schnell entstand allerdings eine neue Gruppe im Schatten der Macht, die als *boliburguesia* bezeichnet wird.

Die zivil-militärischen Beziehungen verdienen in einem Land, das von einem ehemaligen Militär regiert wird, der sich auch als Präsident gerne als *Comandante* bezeichnen lässt, besondere Aufmerksamkeit. Der Beitrag von **Hernán Castillo** zeigt, dass schon in der Phase der demokratischen Konsolidierung und der stabilen Parteienherrschaft nach 1958 die Militärs in ihrem eigenen Bereich über ein hohes Maß an Autonomie verfügten und dort kaum einer zivilen Kontrolle unterstanden. Mit der Wahl von Hugo Chávez hat das Militär jedoch auch offen politische Funktionen übernommen. Laut Verfassung zählt die Entwicklung des Landes ebenfalls zu seinen Aufgaben und der Anteil von ehemaligen Militärs in politischen und administrativen Ämtern und als Manager von Staatsfirmen ist inzwischen außerordentlich hoch.

Die politische Kultur des Landes wird durch die hohen Öleinnahmen geprägt. Bis 1979 wuchs das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf im Jahresdurchschnitt um 2,8%, danach schrumpften die zur Verfügung stehenden Mittel im Jahresdurchschnitt um 1,8%. Damit – so **Alfredo Keller** – sank das Vertrauen in die traditionellen Parteien und nahm der Wunsch nach einem radikalen Wandel zu. Besonders die ärmeren Venezolaner sind Anhänger von Umverteilungen in einem Rentenmodell, allerdings nur so lange, wie sie daraus persönliche Verbesserungen erhalten. Am Beispiel des knapp gescheiterten Verfassungsreferendums von 2007 zeigt Keller die Grenzen des Populismus von Chávez auf.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang das frühzeitig privatisierte Mediensystem. **Silvia Cabrera** und **Manuel Silva-Ferrer** schildern die Geschichte der Medien in Venezuela und gehen auf die spannungsreichen Beziehungen zwischen der Regierung und den privaten Medien ein. Beim Aufstieg von Chávez spielten die privaten Medien insofern zunächst eine fördernde Rolle, als sie umfangreich über ihn und seine Absichten be-

richteten. Insbesondere die privaten Fernsehsender verstanden sich aber in der Phase, in der die Opposition den Sturz der Regierung anstrebte (Putsch von 2002 und Generalstreik von 2002/03), als Sprachrohr der Opposition. Danach versuchte die Regierung – mit sehr unpopulären Maßnahmen –, über eine restriktive Lizenzpolitik die privaten Fernsehsender an die Leine zu legen bzw. ganz zu verdrängen. Nach wie vor bleibt Präsident Chávez *Agenda Setter*, da auch die großen Tageszeitungen über seine Auftritte in der sonntäglichen Fernsehsendung “Aló Presidente” berichten. In den letzten Jahren hat die Regierung ein alternatives Mediensystem und den auf Lateinamerika ausgerichteten Sender “Telesur” aufgebaut.

Seit 1959 und im Unterschied zur Entwicklung im revolutionären Kuba galt das demokratisch regierte Venezuela als verlässlicher Verbündeter der USA. Zum Nachbarland Kolumbien bestanden gute Beziehungen. Der erste nach dem Ende der Diktatur gewählte Präsident vertrat auch im eigenen politischen Interesse die Maxime, dass die diplomatischen Beziehungen zu denjenigen lateinamerikanischen Ländern abgebrochen werden sollten, in denen nicht demokratisch legitimierte Regierungen an die Macht gelangten. Diese “Betancourt-Doktrin” kann als Vorläufer der 2001 verabschiedeten Demokratischen Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gelten. Präsident Chávez leitete, wie in dem Artikel von **Nikolaus Werz** nachgezeichnet wird, einen vollständigen Wechsel in der Außenpolitik ein. Die USA und bis 2010 auch Kolumbien mutierten zu politischen Gegnern, die Beziehungen zu Russland, dem Iran und einigen arabischen Staaten wurden ausgebaut. Als bevorzugter Partner in Lateinamerika gilt Kuba. Mit einer “Diplomatie der Völker” bzw. einer Scheckbuchdiplomatie gelang es Chávez, neue Anhänger zu gewinnen. In den Außenämtern nicht nur der USA führte die immer mehr von Chávez abhängige Außenpolitik zu Irritationen. Mittel- und langfristig besteht die Gefahr einer außenpolitischen Überdehnung eines Öllandes, dessen Auswärtiger Dienst bislang nicht durch professionelles und kontinuierliches Handeln aufgefallen war.

Das komplexe Verhältnis von Erdölrente, dem eingeschlagenen Entwicklungspfad und der Politik wird in dem Beitrag von **Andreas Boeckh** nachgezeichnet. Anhand des stets problematischen Verhältnisses zwischen dem rentenbeziehenden Staat und dem privaten Sektor und im Wandel der Entwicklungsstrategien- und -diskurse werden die Besonderheiten einer rentenabhängigen Entwicklung herausgearbeitet. Es wird ferner gezeigt, wie der im Pakt von 1958 festgeschriebene politische und verteilungspolitische Kompromiss durch die Explosion der Ölpreise 1973/74 in die Krise gerät

und sich in den nachfolgenden Jahren aufzulösen beginnt. Die Rekonstruktion des schon gescheiterten Rentenmodells durch die Regierung Chávez macht deutlich, dass diese sehr viel mehr in der Tradition des venezolanischen Rentenstaates steht, als es ihr lieb sein kann. Ähnlich wie in der Phase des Booms der 1970er Jahre lässt sich eine Überdehnung des Staates durch einen exzessiven Regulierungsanspruch und die Schaffung von administrativen Parallelstrukturen beobachten, in denen der Keim des künftigen Niedergangs des chavistischen Regimes beschlossen liegt.

**Hans-Jürgen Burchardt** zeichnet die Rekonstruktionsversuche der verloren gegangenen Dreieinigkeit zwischen sozialem Ausgleich, demokratischer Legitimation und ökonomischer Effizienz nach, die sich mit dem Anspruch verbindet, ein auf die produktiven Potenziale der Gesellschaft fußendes und von Rente weitgehend unabhängiges Entwicklungsmodell zu schaffen. Dieses an sich innovative Konzept, in dem sich ökonomische und sozialpolitische Neuerungen mit partizipativen Formen der Demokratie verbinden, hat nicht nur sein Ziel einer endogenen Entwicklung völlig verfehlt, sondern scheint trotz unbestreitbarer sozialpolitischer und verteilungspolitischer Erfolge auch an der Inkohärenz seiner Einzelmaßnahmen, der notorischen administrativen Schwäche, der geringen Nachhaltigkeit der einzelnen Programme und an der Unterwerfung des Konzepts unter die Logik klientelistischer Politik zu scheitern. Offenbar weist die V. Republik mehr Ähnlichkeiten mit der IV. Republik auf, als man aufgrund der Rhetorik des Regimes vermuten würde.

Charakter und Umsetzung der neuen entwicklungspolitischen Zielsetzungen sind das Thema des Beitrags von **Raúl Zelik**. Auch er erkennt in der Verknüpfung neuer wirtschaftspolitischer Zielsetzungen jenseits einer reinen Marktlogik, neuer sozialpolitischer Schwerpunktsetzungen und in der Öffnung neuer politischer Handlungsarenen insbesondere für die bisher von der Politik weitgehend ausgeschlossene Bevölkerung ein innovatives, beispielhaftes Konzept, das für zahlreiche wirtschaftliche, ökologische, soziale und auch politische Krisenphänomene der venezolanischen Gesellschaft adäquate Antworten zu formulieren vermag. Das zentrale Problem dieses Konzepts sieht er nicht in dessen Konstruktion, sondern in seiner Umsetzung, die wiederum weitgehend autoritären und klientelistischen Mustern folgt, wobei von der Regierung weder die Widersprüche zwischen Konzept und Umsetzung noch die Gründe für das notorische Scheitern früherer sozialistischer Entwicklungsvorstellungen von der venezolanischen Regierung thematisiert werden.

Ein wichtiger Teilbereich der neuen Entwicklungsstrategie ist die Agrarpolitik, mit der sowohl eine größere Verteilungsgerechtigkeit bei der Nutzung des Grund und Bodens, eine Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Land wie auch eine dem Konzept der endogenen Entwicklung verpflichtete Politik der Nahrungsmittelsicherheit angestrebt werden. Im Beitrag von **Juan Luis Hernández** werden die landwirtschaftlichen Potenziale des Landes dargestellt und die verschiedenen Konzepte der Agrarpolitik in Venezuela in Vergangenheit und Gegenwart nachgezeichnet. Was die Zielsetzungen der chavistischen Regierung betrifft, ergibt sich ein differenziertes Bild: Am ehesten wurden die Lebensbedingungen der Bevölkerung auf dem Lande verbessert; mit der Erhöhung der Produktion ist man trotz eines gigantischen Mitteleinsatzes kaum weitergekommen, was bei dem steigenden Konsum im Nahrungsmittelbereich im Gegensatz zur deklarierten Zielsetzung einer endogenen Entwicklung in eine explosionsartige Zunahme der Nahrungsmittelimporte einmündete.

Die Änderungen der außenwirtschaftlichen Beziehungen des Landes werden von **Klaus Schaeffler** analysiert, wobei angesichts der hohen Außenhandelsabhängigkeit von den USA der Beziehung zu diesem Land besondere Aufmerksamkeit zukommt. Die Beteiligung Venezuelas in verschiedenen regionalen Integrationsräumen wird ebenfalls behandelt. Insbesondere aber wird die Neuausrichtung der Außenhandelspolitik seit 1999 bezüglich der Handelspartner wie auch der Integrationskonzepte ausführlich dargestellt.

Mit den enormen touristischen Potenzialen, der Entwicklung des Tourismus innerhalb Venezuelas und nach Venezuela und dessen wirtschaftlicher Bedeutung befasst sich der Beitrag von **Heinrich Pachner**. Dabei geht es nicht nur um die naturräumlichen Ressourcen, sondern auch um regional-kulturelle Eigenheiten wie eine bestimmte Festkultur. Es zeigt sich, dass die unbestreitbaren Potenziale nur unzureichend genutzt werden. Dies liegt zum einen an Planungsmängeln, schlechtem Service, mangelhaften Qualitätskontrollen und hohen Gebühren, vor allem aber auch an der Kriminalität, die Reisen in dieses Land zum Risiko macht.

Anhand von vier gegensätzlichen Autoren skizziert **Luis Barrera Linares** in seinem Beitrag das komplexe Verhältnis von Öffentlichkeit und Literatur: Bolívar Coronado, der mit seinen Eulenspiegeleien sein Publikum und auch gestandene Literaturwissenschaftler narrte, José Rafael Pocaterra, der als Diplomat und Staatsdiener zugleich Rebell war und dafür auch im Gefängnis landete und der sich auf die Schilderung seiner Zeitumstände kon-

zentrierte, Rómulo Gallegos, der als Romancier internationalen Ruf genoss und der als “an die Politik ausgeliehener Dichter” für kurze Zeit Präsident seines Landes war, und schließlich Arturo Uslar Pietri, der in seinem Leben vielfältige Rollen als Erzähler, Publizist und Politiker ausfüllte.

Eher unterschätzt wird die umfangreiche venezolanische Musikszene. **Torsten Eßer** zeichnet die historische Entwicklung nach und schildert die breite Palette venezolanischer Musik von der *salsa* bis hin zu den großen Erfolgen des “Jugendorchesters Simón Bolívar”. Diese Form der Jugendförderung ist in Europa und Deutschland recht genau studiert worden. Einige meinen sogar, die Zukunft der Klassik liege in Venezuela.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Region hat die katholische Kirche in Venezuela nie eine herausragende Rolle gespielt. Ihre Verankerung in der Gesellschaft war und ist schwach, was sich unter anderem in einem besonders ausgeprägten Priestermangel äußert. Im Bildungswesen ist sie jedoch mit ihren Privatschulen und einigen katholischen Universitäten sehr präsent. Wie in anderen Gesellschaften mit einem starken Anteil von Nachkommen schwarzafrikanischer Sklaven an der Bevölkerung weist die Frömmigkeit in Venezuela synkretistische Züge auf. Im Beitrag von **Michael Huhn** und **Reiner Wilhelm** wird auch auf die zunehmende Bedeutung protestantischer Kirchen und Pfingstbewegungen verwiesen. Wie in allen anderen Bereichen der venezolanischen Gesellschaft hat der Chavismus seine Spuren hinterlassen: Die kirchliche Hierarchie befindet sich im offenen Konflikt mit der Regierung, die ihrerseits versucht, die Kirche in einen progressiven (d.h. pro-chavistischen) und reaktionären Flügel zu spalten.

Ein wesentlicher Programmpunkt der Entwicklungsstrategie der Regierung Chávez ist die Entprivilegierung des Bildungssystems, das heißt die Schaffung eines ungehinderten Zugangs zu allen Ebenen der Bildung. Angesichts der Krise, die in den neunziger Jahren auch das Bildungssystem erfasst hatte, war eine Neuorientierung überfällig. Der Beitrag von **Stefan Peters** stellt die Entwicklung des Bildungssystems dar und konzentriert sich dabei vor allem auf die Bildungsreformen seit der Wahl von 1998. Neben einer Ausweitung des traditionellen Bildungsangebots sollten spezielle Programme die im Bereich der Erwachsenen- und Berufsausbildung erkennbaren Defizite abbauen. Dabei zeigte sich jedoch, dass die schnelle Expansion im Bildungsbereich zum Teil auf Kosten der Qualität ging, die administrativen Strukturen überforderte und daher nur wenig zur Verbesserung der sozialen Mobilität der armen Bevölkerung beitrug. Zudem wird die Ideologisierung im Bildungsbereich kritisiert.

In einem Umfeld radikalen Politikwandels sind Wissenschaft und Forschung vorrangige Aktionsfelder. Selbst wenn die Wissenschaftler nicht ausdrücklich als Lakaïen des *ancien regime* abgestempelt werden und ihre Produktion nur verhalten als sozial inkompatibel kritisiert wird, müssen sie letztlich dem Dienst des neuen Hegemons unterstellt werden. **Friedrich Welsch** zeigt in seinem Beitrag über Wissenschaft, Forschung und Entwicklung auf, wie dieser Schritt mit einem Paradigmenwechsel vom wissenschaftlichen Realismus hin zu einer postmodern inspirierten, angepassten und lokal fixierten und daher beliebigen Antiwissenschaft vollzogen wird. Er kommt zu dem Schluss, dass die rückwärtsgewandte, wissenschaftsfeindliche Ausrichtung der Wissenschafts- und Forschungspolitik dem Land Zukunftskosten aufbürdet, die es noch fester in der Vergangenheit verankern.

Im Kulturbereich ist ebenfalls der Versuch eines Elitenwechsels erkennbar. Die bisher mit staatlichen Mitteln unterstützten Verlage gerieten in Schwierigkeiten, sofern sie nicht mit Chávez übereinstimmten. Gleichzeitig entstand eine relativ vielseitige unabhängige Kulturszene. Dazu gehören Verlage, kommerzielle Theater und Bücher, die die neuere Entwicklung in Venezuela erläutern könnten. **Manuel Silva Ferrer** geht auch auf den venezolanischen Film ein.

**Rolf Walter** und **Nikolaus Werz** untersuchen die Rolle der Deutschen in Venezuela vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Von der Welser-Periode über Alexander von Humboldt bis hin zu den Emigranten des 20. Jahrhunderts hat die numerisch kleine Zahl der Deutschsprachigen in dem südamerikanischen Land Spuren hinterlassen. Einzelne Familien aus dem Kakao-Geschäft stießen bis in die Oberschicht des Landes vor, andere wirkten im Kulturbereich. Mit der *Asociación Cultural Humboldt* (ACH) ist in Caracas ein auch architektonisch anspruchsvolles Goethe-Institut vorhanden, das obendrein eine Kopie des Arbeitszimmers von Alexander von Humboldt beherbergt. Interessant ist auch die deutsche Immigration nach 1945, als eine Reihe von Menschen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen die BRD und die DDR verließen.

Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela waren in den 1960 und 1970er Jahren intensiver als heute. **Klaus Schaeffler** und **Nikolaus Werz** zeichnen die bilateralen Kontakte und die deutschen Investitionen in Venezuela nach; an großen Bauwerken rund um den Maracaibo-See waren deutsche Investoren beteiligt. Später spielten die parteinahen Stiftungen aus der Bundesrepublik eine wichtige Rolle beim Aufbau der Bildungszentren venezolanischer Parteien und lateinamerikani-

scher Parteienverbände, die in den 1970er Jahren gleichsam in Venezuela ins Exil gehen mussten. Als potentiell reiches Ölland erhält Venezuela keine Mittel aus der Entwicklungszusammenarbeit. In den letzten Jahren haben die Kontakte mit Nichtregierungsorganisationen und die Solidaritätsbewegung an Bedeutung gewonnen.

Die Herausgeber danken allen Autoren sowie Dr. Peter Birle und Anneliese Seibt vom Ibero-Amerikanischen Institut. Kirsten Hahn und Manuel Paulus, M.A., haben die Arbeiten am Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre unterstützt. Der Universität Rostock sei für einen Zuschuss zur Durchführung eines Symposiums im Juli 2010 gedankt.





## **I. Landeskundliche Einführung**



**Margarita López Maya**

## **Zur Geschichte Venezuelas**

Die kolonialen Provinzen, die heute die “Bolivarische Republik Venezuela” bilden, erklärten 1811 als erste in Amerika ihre Unabhängigkeit von Spanien. Trotz dieser kühnen Entscheidung waren sie lange Zeit weder in der Lage, den sozialen Frieden zu sichern, noch die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern bzw. eine stabile politische Ordnung zu gewährleisten. Nach den heroischen Taten Simón Bolívars in den Jahren des Unabhängigkeitskampfes von 1811 bis 1821 verlief die historische Entwicklung des Landes im 19. Jahrhundert eher unglücklich. Die ungerechten Strukturen in Landwirtschaft und Viehzucht blieben bestehen; Konflikte zwischen Ex-Generälen der Unabhängigkeitsbewegung, neuen regionalen Caudillos und Grundbesitzern bestimmten das innenpolitische Geschehen. Venezuela war eines der ärmsten Länder Lateinamerikas.

Im 20. Jahrhundert erfolgte ein vollständiger Wechsel. Als Ölland gewann Venezuela strategische Bedeutung im kapitalistischen Weltsystem. Mit dem “schwarzen Gold” avancierte es zu einem der reichsten Länder Amerikas, der rasante Modernisierungsprozess umfasste alle Bereiche der Gesellschaft. Ab 1958 konsolidierte sich eine präsidentielle Demokratie, die als eine der stabilsten auf dem Kontinent galt. Wie war es möglich, dass eine Gesellschaft, die bis ins 20. Jahrhundert von Diktatoren beherrscht wurde, eine solche politische Stabilität erreichen konnte? Ein Grund liegt sicherlich im Ölreichtum, ein anderer in den Modernisierungsprojekten, die von den Parteien umgesetzt wurden.

Ende des 20. Jahrhunderts, im Zuge einer neoliberalen Restrukturierung, geriet das bisherige Entwicklungskonzept in eine tiefe Krise. Seit Anfang des 21. Jahrhunderts findet im Land ein “revolutionärer” Prozess statt. Sein Ausgang ist offen, er wird indessen die weitere Entwicklung des Landes in den nächsten Dekaden bestimmen.

## 1. Historische Entwicklung bis Ende des 19. Jahrhunderts

### 1.1 Die Eroberung

Als Kolumbus im August 1498 auf dem heute als Venezuela bekannten Territorium landete, lebten auf den 916.445 km<sup>2</sup> indigene Gruppen verschiedener Sprachfamilien. Die spezifischen geographischen Zonen und Bedingungen beeinflussten die Entwicklung von Gemeinschaften mit unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und politischen Organisationsformen. Im Osten und im Zentrum überwogen Gemeinschaften karibischen Ursprungs. Sie bauten Yucca, Kartoffeln und Pfeffer an und nutzen die natürlichen Reichtümer der Region zur Sicherung der Subsistenz. Im Andenraum und seiner Peripherie dominierten Gruppen der *timoto-cuica* und der *chibchas*. Es handelte sich um sesshafte Gemeinschaften, denen das natürliche Umfeld einen gewissen technischen und ökonomischen Entwicklungsstand ermöglichte. Sie kultivierten Mais, Kartoffeln, Gänse, Yucca, Kürbisse, Kakao, Baumwolle sowie Haus- und Hülsenfrüchte. Im gesamten Territorium lebten nomadische Gemeinschaften der Arawaken, die von den Kariben verdrängt worden waren. Im Nordwesten traf man u.a. *jirajaras* und *caquetíos*. Sie hatten einen beträchtlichen Entwicklungsstand erreicht, lebten in Dörfern mit Kultstätten und betrieben Landwirtschaft. Die sozialen Organisationsformen reichten von kleinen Weilern mit zwei bis drei Familien bis zu miteinander verbundenen Dörfern bei den *caquetíos* und den Kariben. Hinsichtlich der politischen Ordnung galt das Prinzip der Führerschaft, das auf militärischen und religiösen Kenntnissen basierte.

Im Rahmen seiner dritten Reise nach Amerika landete Kolumbus am 5. August 1498 im Osten Venezuelas auf der Halbinsel von Paria. Dort hatte er einen phantastischen Blick auf die Mündung des Orinoko, dem wichtigsten Fluss Venezuelas und einem der längsten des Kontinents. Er gewann folgenden Eindruck von den Bewohnern:

Sie sind von schöner Gestalt, hoch gewachsen und mit gutem Ausdruck, die Haare lang und glatt, tragen sie Tücher auf dem Kopf, die aus der Ferne wie Seide wirken [...]; alle tragen auf dem Rücken oder in den Armen etwas von den Früchten des Landes, am Hals haben sie Goldketten (Jurado Toro 1992: 89ff.).

Diese idyllische Sicht, der vermeintliche Reichtum an Gold und Perlen sowie seine schönen Menschen verwandelten das spätere Venezuela jahrzehntelang in einen Ort des Abenteuers und der Ausbeutung. Deutsche und spanische Firmen gelangten über Tausch, Raub und mit Gewalt in den Besitz von Edelmetallen und Menschen. Allerdings bot das Territorium nur in ge-

ringem Maße jenes Gold und die Edelmetalle, das die Untertanen des spanischen Imperiums suchten. Nachdem sie die Bevölkerung dezimiert und die vorhandenen Ressourcen aufgebraucht hatten, leiteten die Spanier um 1530 die ersten Schritte zur Gründung von Niederlassungen ein, die sich zunächst zum Obstanbau und für die Viehwirtschaft bildeten. Ausgehend von einer dieser Ansiedlungen, dem 1545 gegründeten “Tocuyo”, erfolgten Expeditionen, die 1567 zur Gründung der Stadt Caracas führten. Aufgrund seiner bevorzugten geographischen Lage, seiner Nähe zum Meer und seines natürlichen Hafens wurde Caracas bald zur Hauptstadt der Provinz Venezuela.

### *1.2 Die Kolonisierung*

Das heutige Venezuela war vom 15. bis zum 17. Jahrhundert keine wichtige Kolonie Spaniens. Es handelte sich um ein Grenzgebiet, ähnlich wie Argentinien und Chile. Das merkantile System war an Gold, Silber oder aber an einer umfangreichen Bevölkerung interessiert – mit dem Ziel, sie zu versklaven. Da diese Voraussetzungen nicht gegeben waren, kam auch die Ansiedlung von Europäern nur schleppend in Gang. Die indigenen Gemeinschaften, die von den Europäern in den ersten Jahrzehnten der Eroberung auf grausame Weise ausgebeutet wurden, leisteten hartnäckigen Widerstand. Er hatte Auswirkungen auf die Merkmale dieser Kulturen und ihre Lebensweise. Im Unterschied zu anderen amerikanischen Kulturen mit einem höheren Entwicklungsstand und einer stärkeren Zentralisierung der politischen Macht konnten die Kariben und Arawaken nicht leicht unterworfen werden. Deshalb führten die indigenen Gemeinschaften, nachdem die erste Phase der Kolonisation vorüber war, außer in den Anden und einigen Stellen des Zentralgebietes eine Art Guerillakampf. Sie griffen die europäischen Niederlassungen und die wenigen Verkehrsrouten des Landes an.

Um 1545 begann die europäische Siedlungstätigkeit, die zunächst von den karibischen Inseln ausging. Diese Etappe setzte sich bis in die 1820er Jahre fort, als der lange und verlustreiche Kampf für die Unabhängigkeit von Spanien Resultate zeigte. 1824 wurden die sieben Provinzen des sogenannten Generalkapitanats von Venezuela Teil der neu gegründeten Großkolumbischen Republik. 1830 beschlossen die herrschenden Kreise in Venezuela ihre Abspaltung von der Republik. Dadurch entstand Venezuela, das mit wechselnden Namen bis heute fortbesteht.

Unter der spanischen Kolonialherrschaft stieg die Ansiedlung von Europäern langsam und führte zur Herausbildung einer einzigartigen Gesellschaft. Bis ins 18. Jahrhundert war das ökonomische Wachstum in den Pro-

vinzen gering und deshalb ohne Bedeutung für das merkantile Weltsystem. Vorherrschend war eine Subsistenzwirtschaft, kombiniert mit einigen auf den Export ausgerichteten Produkten. Gehandelt wurde mit Vieh, Häuten, Indigo, Tabak und – vor allem gegen Ende der Kolonialzeit – mit Kakao. In dem Maße, wie Kakao an Bedeutung auf den europäischen Märkten gewann, stiegen die Preise. Dies führte in Venezuela im 18. Jahrhundert zur Konsolidierung einer hierarchischen Gesellschaft, an deren Spitze die *grandes cacaos* standen, d.h. die Nachfahren der Familien der Stadtgründer und Besitzer der Kakao-Haziendas.

Mit dem Kakao-Handel nahm auch die Nachfrage nach Sklaven zu. Die Forschung geht davon aus, dass sie aus dem heutigen Angola, Dahomey, Zaire, Guinea, Mali, der Elfenbeinküste, dem Sudan, aus Sierra Leone und Togo kamen. Sie wurden in den landwirtschaftlichen Exportregionen angesiedelt, d.h. in Caracas, den Staaten Miranda, Aragua, Carabobo, Guárico, Lara, der Insel Margarita, Falcón, Portuguesa, Cojedes, Yaracuy, Sucre und Mérida. Die durch die Kolonialherrschaft entstandene Gesellschaft verdankte den indigenen und afrikanischen Kulturen sowie der spanischen Kultur viel. Agrarprodukte wie Indigo, Tabak, Mais, Yucca, Kakao sowie die Art und Weise ihres Anbaus, die Kenntnisse der Böden und der Agrarzyklen gehen auf diese Kulturen zurück. Die Zugtiere – die allerdings in Venezuela keine große Verbreitung fanden – sowie die Arbeitsorganisation sind auf das absolutistische und merkantilistische System Spaniens zurückzuführen.

Allerdings blieben die kolonialen Provinzen des späteren Venezuela ein kaum integriertes Territorium mit schlechten Verkehrsverbindungen und einer ländlichen Bevölkerung. Caracas war eine Hauptstadt mit wenigen Bewohnern. Alexander von Humboldt, der sie im Jahr 1800 besuchte, ging von 40.000 Einwohnern aus. In den Hinterhöfen der Häuser waren Hühnerställe, Schweine und Obstgärten, es gab Pflanzungen für Grünzeug und Nahrungsmittel für den täglichen Gebrauch. Bis Ende des 18. Jahrhunderts fand sich nur ein bescheidener Luxus, erst mit dem Kakaohandel begann der Import von Luxusgütern wie Tafelgeschirr, Stoffen, Wein und Kristall.

Die in der Kolonialzeit entstandene Wirtschaftsform überdauerte auch die Unabhängigkeitsbewegung und die Gründung der Republik, das Agrar-exportmodell blieb bis Anfang des 20. Jahrhunderts bestehen. Die vormaligen kolonialen Provinzen brachen die Beziehungen zu Spanien zwar ab, sie blieben aber Teil des merkantilistischen Weltsystems, nur dass der Handelsaustausch jetzt vor allem mit England, Frankreich und Deutschland erfolgte.

Bis weit ins 20. Jahrhundert war die venezolanische Ökonomie durch drei Produktionseinheiten charakterisiert:

Die *Hazienda*: Es handelt sich um exportorientierten Großgrundbesitz. Die Haziendas waren vor allem im Zentrum und Norden verbreitet. Sie bestanden aus den großen Anpflanzungen und den kleinen Parzellen für die Selbstversorgung (*conucos*). Die Kakao- und Kaffeesträucher mussten von Sklaven und Tagelöhnern kultiviert werden. In den Bereichen, die nicht für den Export produzierten, entstanden die vor allem von Indianern bewirtschafteten Kleinparzellen, die der Grundbesitzer den Bauernfamilien und/ oder den Sklaven gab, damit sie die für den Lebensunterhalt notwendigen Dinge anbauten. Dazu gehörten Bohnen, Mais, Knollenfrüchte und Gewürze. Diese Organisationsform gewährleistete die Rentabilität der Hazienda, denn die Tagelöhner wurden sehr schlecht bezahlt und die Sklaven gar nicht. Durch die Vergabe von Parzellen stellte der Besitzer die kostenlose Fortpflanzung der Männer und Frauen unter seiner Herrschaft sicher. In Venezuela gab es immer viel Land, wenig Menschen und erhebliche Schwierigkeiten beim Handelsaustausch. Insofern war die Organisation der Hazienda ein Beitrag zur Lösung dieses Problems.

Das *Landgut (hato)*: Es entwickelte sich vor allem im Landesinneren, in der Region der weiten Ebenen, den *llanos*. Dort wurde extensive Viehzucht betrieben, die Ländereien waren ausgedehnt, die Bevölkerung spärlich. Es gab nur wenig Arbeit auf den hauptsächlich von Männern bewirtschafteten Landgütern, ein Familienleben existierte praktisch nicht. Die *llaneros* waren freiere Menschen als die *peones*, was an der Form ihrer Tätigkeit lag, die einen harten und nomadischen Lebensstil erforderte. Gleichzeitig war der Viehreichtum erheblich. Beides, der Menschenschlag und die Prosperität der Region, spielten bei der Unabhängigkeitsbewegung eine Rolle. Solange der *llanero* zur spanischen Krone hielt, war ein Triumph der Patrioten nicht möglich, erst die Unterstützung der *llaneros* für die Kreolen, das heißt die in Amerika geborenen Abkömmlinge der Spanier, brachte die Wende. Simón Bolívar schloss 1818 einen Pakt mit dem Anführer der *llaneros*, José Antonio Páez, was den Sieg über die Spanier ermöglichte. In Venezuela wird der *llanero* mit Eigenschaften wie Tapferkeit, Verwegenheit und Widerständigkeit in Verbindung gebracht.

*Familienproduktion*: Die bäuerliche Familienwirtschaft bestand vor allem in den Anden und im Osten. Es war eine Subsistenzproduktion, der Überschuss wurde auf dem Markt verkauft. Die Familienwirtschaft wurde weitgehend

von den indigenen Gemeinschaften getragen; diese Art der Produktion sah verschiedene Formen der gegenseitigen Hilfe und Gemeinschaftseigentum vor, z.B. *mano vuelta* und *cayapa*.

In politischer Hinsicht war das Territorium in zahlreiche Provinzen mit geringer Verbindung untereinander gegliedert. Es waren Gebiete, die von aus Spanien stammenden Verwaltern regiert wurden, die alle Bereiche des sozialen Lebens kontrollieren und möglichst viel aus dem Land herausholen wollten. Im Zuge der größeren Nachfrage nach Kakao versuchte Spanien, seine Herrschaft über die Region zu festigen, was zu einer stärkeren Integration führte. Mit dem Ziel der Zentralisierung der Verwaltung wurde 1776 eine Intendanz in Caracas eingeführt, 1777 ein Generalkapitanat – ebenfalls mit Sitz in der Hauptstadt. In den 1780er Jahren konstituierten sich in Caracas eine Audienz und ein Konsulat. Der wachsende Wohlstand in den venezolanischen Provinzen führte ab Mitte des 18. Jahrhunderts zu Spannungen zwischen Spaniern und Kreolen. Sie sollten Anfang des 19. Jahrhunderts zu den Unabhängigkeitskriegen führen.

### 1.3 Die postkoloniale Phase

Die Unabhängigkeitskriege waren lang und grausam. Dabei überlagerten sich verschiedene Konflikte. Neben der Frage der Kontrolle über den Außenhandel, wovon vor allem die weißen Besitzer und Händler betroffen waren, traten noch andere Konflikte auf. Die kolonialen Gesellschaften basierten auf Sklaverei und *peonaje* (Schuldknechtschaft), Segregation und sozialen, rassischen und kulturellen Vorurteilen. Diese Konflikte wurden während des Krieges sichtbar und trugen dazu bei, dass die Kämpfe länger dauerten und verlustreicher ausfielen als in anderen Regionen des spanischen Imperiums. Von den oberen Schichten und den *mantuanos* (Adeligen), die zu der von Bolívar angeführten Unabhängigkeitsbewegung gehörten, wurden diverse Versuche unternommen, die Interessen der unteren Schichten mit denen der kreolischen Weißen zu harmonisieren. Es erfolgten Versprechungen, die Sklaven zu befreien, die konfiszierten Ländereien zu verteilen und Freiheitsrechte zu gewährleisten. Nach dem Unabhängigkeitskampf und einem erheblichen Rückgang der Bevölkerung, was auch für die oberen Schichten galt, begann der Aufbau einer venezolanischen Nation.

Das postkoloniale Venezuela behielt zunächst die ökonomischen und sozialen Strukturen der Kolonialzeit. Am Ende des langen Krieges stand eine verarmte und obendrein gegenüber England stark verschuldete Gesellschaft.



Ungelöst blieben die sozialen Probleme. Erst 1857 wurde die Sklaverei abgeschafft, das Tagelöhnertum hatte dagegen Bestand und die Campesinos lebten unter ärmlichen Lebensbedingungen, viele blieben durch Schuldknechtschaft an die Haziendas gebunden. An die Stelle des Kakaos trat der Kaffee, der weniger kostete und weniger Arbeitskräfte erforderte. Mit dem Kaffee dehnte sich die Landwirtschaft aus, besonders der Andenraum erlebte Ende des 19. Jahrhunderts eine Phase des Wohlstandes. Allerdings veränderten sich die Produktionsformen kaum; der Verlust der Verbindungen mit Spanien und die Zerstörung des kolonialen Verwaltungsapparates führten zu einem Konflikt über die Frage, wer mit welcher Legitimation und mit welchem Ziel die Geschicke des Landes lenken sollte.

So blieb das 19. Jahrhundert durch große politische Instabilität gekennzeichnet. Aus dem Unabhängigkeitskampf gingen regionale Caudillos hervor, die den Staat kontrollieren wollten. Die besitzenden Schichten und die bürokratische Elite, die den Außenhandel in der Hand hatten, sahen sich sowohl ökonomisch als auch numerisch gegenüber einer neu entstandenen Militärkaste geschwächt. Die Stärke der Caudillos basierte auf ihrem militärischen Prestige und persönlichen Loyalitäten. Sie besaßen eine gewisse Legitimität und konnten so die soziale Ordnung in ihrem Umfeld aufrechterhalten. Die Gutsbesitzer, die Bürokratie und die Handelshäuser konnten weder die unbotmäßigen Campesinos noch die Caudillos und deren Truppen kontrollieren. Deshalb stritten die Oligarchie und die Caudillos beständig um die Macht. Bei den unteren Bevölkerungsschichten hielt die Unzufriedenheit an, da keine der Versprechungen des Krieges eingelöst wurde. Dies war der Hintergrund für Erhebungen, rebellische Reitertrupps, Diktatoren, zahlreiche Regierungswechsel und schließlich für den Föderationskrieg (*Guerra Federal*) zwischen 1854 und 1864. Durch die Instabilität verschärften sich die Schwierigkeiten des auf dem Export von Agrarprodukten basierenden Entwicklungskonzepts, das ungeeignet erschien, um eine dynamische, selbsttragende ökonomische Entwicklung einzuleiten. Jedes Mal, wenn die Weltmarktpreise für Kaffee oder Kakao fielen, geriet die Wirtschaft in eine Krise.

Nur langsam bildeten sich eine neue administrative Struktur und ein nationales Projekt heraus. Mit dem Ende des Föderationskrieges, den das Lager der "Föderation" gewonnen hatte, begann paradoxerweise ein Prozess der Zentralisierung des Staates. Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Tendenzen zur ökonomischen und nationalen Integration stärker. Dies kam im politischen Projekt von General Antonio Guzmán Blanco zum Ausdruck, der

18 Jahre regierte. Er erwies sich als der talentierteste und geschickteste der Caudillos. Guzmán Blanco führte eine Reihe von Reformen zur administrativen und politischen Zentralisierung des Staates durch. Er gewährte den Gouverneuren lukrative Konzessionen und Monopole, um so die regionalen Caudillos für die Zentralregierung zu gewinnen. Mit einer Verfassungsreform änderte er die indirekten Wahlen dergestalt, dass die Gouverneure im Föderationsrat den Präsidenten wählen durften, reduzierte die Zahl der Bundesstaaten von 20 auf neun und verkürzte die Amtszeit des Präsidenten von vier auf zwei Jahre. Guzmán Blanco beschnitt die ohnehin geringe Macht der Kirche, dekretierte die Zivilehe und die obligatorische Volksschulbildung. Er investierte in Straßen, ließ die ersten nationalen Volkszählungen durchführen und verschönerte Caracas – insofern leistete der Alleinherrscher einen Beitrag, um Venezuela zu einem moderneren Staat zu machen. Nach ihm begann eine Periode politischer Instabilität, die schließlich am Ende des Jahrhunderts zum Aufstieg einer neuen Elite führte, die aus einer der ärmsten und am meisten vernachlässigten Regionen des Landes kamen. Im Jahr 1899 zogen der General Cipriano Castro und sein Heer aus dem Staat Táchira in Caracas ein.

## **2. Die kapitalistische Modernisierung**

In der venezolanischen Geschichtsschreibung werden die Präsidenten, die von 1899 bis 1945 herrschten, als “Andinos” bezeichnet. Sie regierten das Land in der Phase seiner größten Transformation. Als General Castro mit seinem Heer in Caracas einzog, war die Hauptstadt noch klein und das Zentrum eine der ärmsten Regionen Lateinamerikas. Der nun einsetzende Wechsel war das Ergebnis der Entdeckung des Petroleums, das auch als das “schwarze Gold” bezeichnet wird.

### *2.1 Das Öl ermöglicht eine neue Integration in das Weltsystem*

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts gab es im Zuge der zweiten industriellen Revolution starke Veränderungen und es entstanden neue ökonomische Zentren wie die USA, Deutschland und Japan. Die schnelle Entwicklung dieser Länder stellte die britische Hegemonie infrage, die nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA abgelöst wurde. In diesem Kampf um die Hegemonie war eine der wichtigsten Innovationen die Ablösung der Kohle durch das Öl. Der Aufschwung und Vorsprung der USA resultierten nicht zuletzt aus der Verfügungsmacht über das Öl. Es gewann strategische Bedeutung und die

europäischen Mächte und die USA trachteten danach, die Kontrolle über jene Regionen zu gewinnen, in denen dieser Rohstoff aufzufinden war.

In diesem Kontext veränderte sich die venezolanische Gesellschaft. Die chronischen finanziellen Probleme gehörten der Vergangenheit an, nachdem man das strategische Produkt Erdöl entdeckt hatte. Ab Ende des 19. Jahrhunderts gelangten Erdölfirmen ins Land. Der Durchbruch erfolgte 1922, als bei den Explorationen der Royal Dutch Shell in Cabimas im Staat Zulia das Bohrloch "Barroso 2" aufschoss. Neun Tage lang erreichte der Ölstrahl eine Höhe von fast 20 Stockwerken und ein Volumen von rund 100.000 Barrels täglich. Sechs Jahre später war Venezuela der größte Ölexporteur der Welt und der zweitgrößte Produzent nach den USA. Die Position als wichtigster Ölexporteur konnte es bis in die Nachkriegszeit halten.

Venezuela integrierte sich in das Weltsystem über die Produktion und Kommerzialisierung des Petroleums. Dies implizierte Investitionen, neue Technologie, eine komplexe Organisation und Facharbeiter, was zu einer Transformation des Staates führte. An die Stelle der Beziehung Eigentümer-peones (Tagelöhner) trat die Beziehung von Kapital und Arbeit. Die Landwirtschaft, die drei Jahrhunderte im Zentrum der Wirtschaft stand, verlor nach der Großen Depression von 1929-1932 an Bedeutung. Die Haciendas verloren an Einfluss gegenüber den Banken.

Die Gesellschaft durchlief einen rasanten Veränderungsprozess, der sich bis nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fortsetzte. Die Lohnarbeit breitete sich in Ansiedlungen und Städten aus und es begann eine interne Migration vom Land zu den neuen dynamischen Zentren. In weniger als 30 Jahren kehrte sich die Land-Stadt-Beziehung um, ein in der lateinamerikanischen Geschichte einmaliger Vorgang. Nach dem Zensus von 1936 wohnten 35% der Venezolaner in Ortschaften mit 1.000 oder mehr Einwohnern, während 65% auf dem Land lebten. 1961 war das Verhältnis 67% in der Stadt und 33% auf dem Land. Im Jahr 2001 leben ca. 22 Mio. Venezolaner in den Städten, das heißt 88% der Gesamtbevölkerung. Diese starke Urbanisierung war das Ergebnis interner und von außen kommender Migrationen, die vor allem nach Zulia und anderen Regionen führten, die von der Ölrente profitierten: Dies waren und sind Caracas, Maracaibo und einige Städte im Zentrum wie Maracay, Valencia und Barquisimeto.

Die demografische Entwicklung verlief rasant. Zwischen 1920 und 1950 verdoppelte sich die Bevölkerung. Die Lebenserwartung stieg, gleichzeitig hatte Venezuela die Geburtenrate einer ländlichen Gesellschaft. Ab 1950 hing der Bevölkerungszuwachs vor allem mit der Immigration aus Europa

und Lateinamerika zusammen. 1936 besaß Venezuela noch 3,3 Mio. Einwohner, 65 Jahre später hatte sich die Bevölkerung versiebenfacht und erreichte 2001 rund 25 Mio. Einwohner.

Die neue ökonomische Dynamik führte zu einer Steigerung der Importe, aber auch der Korruption, der staatlichen Kredite und der Spekulation. Es etablierte sich eine Handelsbourgeoisie, die enge Beziehungen sowohl zum Staat als auch zu den multinationalen Firmen unterhielt. Die Bauern wurden zu Arbeitern, Hausangestellten und Bewohnern von Armutsvierteln, gleichzeitig wuchsen aber auch die Mittelschichten.

Der Staat überwand die finanzielle Schwäche und die Abhängigkeit von internen Gruppen. Auch wenn die institutionellen Veränderungen unter Cipriano Castro (1899-1907) und Juan Vicente Gómez (1907-1935) gering waren, so setzten sie doch die unter Guzmán Blanco begonnene Tendenz zur Zentralisierung fort. Die Streitkräfte wurden ausgebaut, um die regionalen Kräfte zu schwächen, die die politische Stabilität und das ökonomische Leben infrage stellten. In den Jahren der Gómez-Diktatur gingen 45% des Staatshaushalts an das Innenministerium sowie das Kriegs- und Marineministerium. Nachdem der Konflikt mit den regionalen Caudillos beendet war, konnte der Staat seine Aufgaben auch auf andere Bereiche des sozialen Lebens ausdehnen, wobei er auch die entsprechenden Voraussetzungen für die Präsenz der transnationalen Ölgesellschaften im Lande zu schaffen suchte.

Seit der Gómez-Herrschaft baute der Staat seine zunächst schwache Position zunehmend aus und vergrößerte seinen Verhandlungsspielraum gegenüber den Ölgesellschaften. 1943, das heißt unter der Regierung von General Isaiás Medina Angarita (1941-1945), wurde die *Ley de Hidrocarburos* verabschiedet, womit die Souveränität des venezolanischen Staates von einigen der Ölgesellschaften anerkannt und die Möglichkeiten für Verhandlungen verbessert wurden. 1975/76 erfolgte unter Präsident Carlos Andrés Pérez die Verstaatlichung der Öl- und Eisenerzindustrien. Damit avancierte der Staat zum wichtigsten Unternehmer und Arbeitgeber. Anfang der 1980er Jahre beschäftigte er ein Viertel der Erwerbstätigen.

In den 1920er Jahren nahmen die politischen Mobilisierungen und Auseinandersetzungen in den Städten zu. Im Februar 1928 fand in der Zentraluniversität von Caracas (UCV) eine "Woche des Studenten" statt, veranstaltet von der gerade ins Leben gerufenen "Föderation der Studenten Venezuelas". Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Karnevalsfeier organisierten die Studenten eine neue Formt des Protests gegen die Diktatur. Die überraschte Regierung setzte die Studenten fest, was zu weiteren Protes-

ten und zu einem gescheiterten militärisch-zivilen Umsturzversuch führte. Einige der Studentenfürher, darunter der spätere AD (*Acción Democrática*)-Gründer Rómulo Betancourt, gingen ins Exil, sie konnten erst nach dem Tod des Diktators Gómez 1935 zurückkehren. Damals gingen Teile der Bevölkerung erstmals auf die Straße. Der Historiker Ramón J. Velásquez schreibt:

Das Volk beginnt auf die Strasse zu gehen, sie beginnen zu reden, in den Dörfern des Landesinneren nehmen die Massen die Justiz in die eigenen Hände, die Plätze, die Straßen füllen sich mit Protestrufen, mit Fahnen und Spruchbändern, an einigen Stellen werden die Gómez-Anhänger verfolgt und zur Verantwortung gezogen, an anderen werden ihre Häuser geplündert und ihre Haciendas zerstört (Velásquez 1979: 38).

Diese Proteste bildeten den Ausgangspunkt für die Gründung sozialer Organisationen und politischer Parteien und damit die Grundlage für den Aufbau der Demokratie ab 1958. Aber die Zeit zwischen 1935 und 1958 war eine Phase des Übergangs mit Fortschritten und Rückschlägen, die von moderaten Diktaturen wie denen von General Eleazar López Contreras (1935-1941) und von Isaías Medina Angarita (1941-1945) bis zur Diktatur von Marcos Pérez Jiménez (zwischen 1952 und 1958) reichten.

## 2.2 1945-1948: Das Trienio adeco

Von 1945 bis 1948 übernahm die AD erstmals die Regierung. Dies erfolgte über einen militärischen Staatsstreich, der von mittleren Offiziersgruppen mit ziviler Unterstützung durchgeführt wurde. Die "Revolutionäre Regierungsjunta", die sich am 19. Oktober 1945 unter der Führung von Rómulo Betancourt konstituierte, markierte den Beginn der Ablösung der alten Eliten aus den Anden und ihrer Verbündeten durch neue urbane Eliten, die aus den Generationen hervorgingen, die unter den Transformationen der Ökonomie entstanden waren.

In den drei Jahren dieser Phase ergab sich eine rasante Transformation des Staates als Folge der Anstrengungen der gerade an die Macht gekommenen Regierung, eine neue demokratische Institutionalität aufzubauen. Das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht für alle Venezolaner ab 18 Jahren wurde eingeführt; es folgten drei Wahlgänge, die die Verabschiedung einer neuen Verfassung mit demokratischen Zügen und die Partizipation der Bevölkerung erlaubten. Es waren Jahre der intensiven Mobilisierung der venezolanischen Gesellschaft und der Organisation von Arbeiter- und Bauerngewerkschaften. 1947 wurde erstmals ein Präsident direkt vom Volk gewählt. Der Schriftsteller Rómulo Gallegos, Mitglied der AD und Autor des

bekannten Romans *Doña Barbara*, erzielte das höchste Ergebnis in der Wahlgeschichte des Landes (74%). Neun Monate später wurde er von den Militärs gestürzt, an deren Spitze der eigene Verteidigungsminister stand. Die zivil-militärische Allianz, die die Herrschaft der “Andinos” beendet hatte, war auseinandergebrochen. In den folgenden zehn Jahren gab es verschiedene autoritäre Regimeformen – bis zur offenen Diktatur unter Marcos Pérez Jiménez von 1954 bis 1958. Trotz dieser politischen Rückschritte hielten die Militärs an einigen der Grundzüge der Industrialisierung fest, die im *Trienio* entworfen worden waren.

### *2.3 Der venezolanische Nationalismus im 20. Jahrhundert*

In diesen Jahren der Transition entstand ein nationales Bewusstsein, das sich aus der Identifikation der Venezolaner mit dem Ölreichtum und dem Staat als Administrator dieses Reichtums ergab. Ausgehend von staatlichen Sektoren bildete sich ein Nationalismus heraus, der von der Partizipation aller am Ölreichtum und der Verteidigung der venezolanischen Interessen gegenüber den transnationalen Firmen ausging. Die Bürger identifizierten sich mit der Position des Staates zur Erhöhung des nationalen Anteils an der Ölrente. Eine weitere Bastion des Nationalismus stellen die Streitkräfte dar. Sie entwickelten sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts zu einem staatstreuen und institutionellen Akteur, der sich vom personalistischen Caudillismus des 19. Jahrhunderts entfernte und die demokratische Souveränität verteidigt. Seit dem Tod von Gómez 1935 gab es nur wenige Momente, in denen sich die Streitkräfte von dieser Haltung entfernten, wie etwa beim Staatsstreich gegen Gallegos 1948.

## **3. Industrialisierung durch Importsubstitution**

Mit der Ölindustrie begann seit den 1920er Jahren eine Ausdehnung des Binnenmarktes sowie der Aktivitäten von Manufaktur und Industrie im Lande. Allerdings lag bis zum Zweiten Weltkrieg von Seiten der politischen und ökonomischen Eliten kein Projekt zur nationalen Industrialisierung vor. Zunächst trug die Dynamik des Öls zur Schaffung einer Handelsbourgeoisie bei, die eng mit den transnationalen Ölfirmen und dem internationalen Handel verbunden war und nur wenig mit internen wirtschaftlichen Aktivitäten zu tun hatte. Mit dem Zweiten Weltkrieg entstanden die Bedingungen für eine vom Staat geförderte und regulierte Industrialisierung: Venezuela verfügte als großer Ölexporteur über eine positive Handelsbilanz. Diese Devi-

sen konnten aber nicht genutzt werden, da der internationale Markt für Konsumgüter eingeschränkt war. Aufgrund der Erfahrungen von mangelnder Versorgung von außen entstand ein Bewusstsein für die Verletzlichkeit der eigenen Gesellschaft, deshalb begannen der Staat und ein Teil der Bourgeoisie die Grundlagen für ein Industrialisierungsprojekt zu entwerfen.

In den Jahren des *Trienio* kam dieses Vorhaben im politischen Programm der AD zum Ausdruck, wonach der Staat Orientierungspunkte setzen sollte, um die Industrialisierung zu fördern. Rómulo Betancourt, Präsident der Revolutionären Regierungsjunta, schrieb in seinem Buch *Venezuela. Política y Petroleo*:

Venezuela muss sich anstrengen, um möglichst viel von dem, was wir konsumieren, und zwar sowohl von den Agrar- als auch den Konsumgütern, selbst herzustellen [...]. Wir sind Steuerpflichtige der ausländischen Manufaktur mit allem, was dies an Kapitalabwanderung und mangelnder Festigung eines entsprechenden Bewusstseins im Land bedeutet. Aber wir besitzen den Vorteil, dass uns die Ölrente Möglichkeiten eröffnete, um einen Industrialisierungsprozess zu beschleunigen, der in anderen unterentwickelten Ländern ohne diese zusätzliche Einnahmequelle langsamer und schwieriger ausfällt (Betancourt 1967: 380).

1945 wurde die *Corporación Venezolana de Fomento* (CVF) gegründet, die die finanziellen Ressourcen zugunsten der Industrialisierung kanalisieren sollte, und zwar unabhängig von den jeweils im Lande bestehenden Regimen. In den Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik des *Trienio* finden sich bereits jene Schritte zur Industrialisierung, die ab den 1950er Jahren von der Lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL für ganz Lateinamerika entwickelt wurden. Es handelte sich um eine Industrialisierung in Etappen, die zunächst von Basisindustrien wie Elektrizität und von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität ausging, d.h. Ernährung, Kleidung, Versorgung und Wohnung. In einer zweiten Phase kamen komplementäre Industrien dazu, in einer dritten Phase mittlere Industrien und schließlich in einer vierten Phase der Aufbau einer Schwerindustrie. Der Staatsstreich von 1948, der den demokratisch gewählten Gallegos absetzte und eine Militärregierung installierte, änderte wenig an diesem ökonomischen Entwicklungsmodell, das von der AD nach 1959 erneut aufgenommen wurde.

Mit der Rückkehr zur Demokratie 1958 wurden die nationalen Entwicklungspläne aufgelegt. Der Erste und Zweite Entwicklungsplan der Regierungen von Rómulo Betancourt (1959-1964) und Raúl Leoni (1964-1969), beide AD, waren dem Gedanken der Importsubstitution durch öffentliche Planung verpflichtet. 1960 wurde *Cordiplan* als staatliche Planungsbehörde

geschaffen. In der Verfassung von 1961 wurden die wichtigsten Merkmale der Staatsintervention in die Wirtschaft und die Möglichkeit einer Kontrolle der Basisindustrien festgehalten:

**Artikel 97:** Monopole sind nicht erlaubt. Im Einklang mit dem Gesetz dürfen Konzessionen mit Ausschließlichkeitscharakter und zeitlich befristet nur für die Einrichtung und die Nutzung von Werken und Dienstleistungen von öffentlichem Interesse vergeben werden.

Der Staat kann sich bestimmte Industrien, die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen oder Dienstleistungen von öffentlichem Interesse aus Gründen nationalen Nutzens vorbehalten und bemüht sich um den Aufbau und die Entwicklung einer Grundlagen-Schwerindustrie unter seiner Kontrolle. Die vom Staat geförderten und geleiteten Industrien werden durch das Gesetz geregelt.

Der Industrialisierungsprozess erwies sich als außerordentlich schwach und mangelhaft, denn die leichten Gewinne aus der Ölrente wurden in eine industrielle Aktivität voller protektionistischer Maßnahmen und weicher Kredite von staatlicher Seite eingebracht, die nicht die Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz förderten. Im Gegenteil, der industrielle Sektor hing in starkem Maße von ausländischem Kapital und importierten Technologien ab. Aufgrund dieser Schwächen konnte er sich nicht aus der Abhängigkeit befreien und blieb von den protektionistischen Maßnahmen des Staates abhängig. Die Unfähigkeit dieses Entwicklungskonzepts, eine selbsttragende Entwicklung einzuleiten, führte zur ökonomischen Krise und Auslandsverschuldung, die das Land seit den 1980er Jahren treffen sollte.

#### 4. Die Demokratie von “Punto Fijo”

Obwohl eine breite Allianz aus Zivilisten und Militärs den Diktator Marcos Pérez Jiménez am 23. Januar 1958 zur Flucht ins Ausland zwang, war die Demokratie noch weit davon entfernt, konsolidiert zu sein. Um dies zu erreichen, waren zwei Faktoren notwendig, die teilweise ineinandergriffen. Zum einen galt es, ein dichtes Netz von Allianzen und Kompromissen zwischen verschiedenen politischen und sozialen Akteuren zu knüpfen. Die AD unter Führung von Betancourt war der wichtigste Urheber der Pakte, die das venezolanische politische System formten und stabilisierten. Einige dieser Abkommen waren quasi öffentlich, wie der “Pakt von Punto Fijo” vom Oktober 1958. Mit diesem Pakt verpflichteten sich die AD, die christlich-soziale Copei und die *Unión Republicana Democrática* (URD), die Resultate der Wahlen von 1958 anzuerkennen und den gewählten Präsidenten zu unterstützen. Der Pakt wurde im “Punto Fijo” benannten Haus des Politikers Rafael Caldeira unterzeichnet. Ausgeschlossen blieb die Kommunistische Partei (*Parti-*



*do Comunista Venezolano*, PCV), deren Mitglieder eine wichtige Rolle beim Sturz des Diktators gespielt hatten. Dieser Ausschluss führte zum Übergang des PCV in den bewaffneten Kampf.

Im gemeinsamen Minimalprogramm, das ebenfalls 1958 unterzeichnet wurde, verständigten sich die Parteien des "Paktes von Punto Fijo" auf ökonomische, soziale und politische Prinzipien, nach denen die Gesellschaft aufgebaut sein sollte. Die Verfassung von 1961 war Resultat des politischen Konsenses zwischen den verschiedenen Akteuren. Andere Abkommen beteiligten die Unternehmervereinigung *Fedecámaras*, den Gewerkschaftsdachverband CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*), die katholische Kirche und mit den Streitkräften die am schwersten mit der Demokratie zu versöhnende Organisation. Dem Militär wurden wichtige soziale Vergünstigungen und organisatorische Autonomie eingeräumt, um ihre Zustimmung zu den demokratischen Institutionen zu gewinnen.

Neben diesen Abkommen trug auch der Ölreichtum des venezolanischen Staates zur institutionellen Stabilität bei. Der Staat verfügte über Ressourcen, um zwischen verschiedenen Sektoren zu vermitteln und dadurch die sozialen und politischen Spannungen zu reduzieren. Er übernahm viele soziale Programme, die in anderen Ländern von den Unternehmern und dem Bürgertum getragen werden. Der Staat förderte private religiöse Bildungseinrichtungen, um die katholische Kirche einzubinden, die in der Vergangenheit autoritäre Regime unterstützt hatte. Aber was zunächst ein Vorzug der venezolanischen Demokratie war, wurde mit der Zeit zu einem ihrer größten Nachteile: Einflussnahme, Klientelismus und Korruption breiteten sich immer mehr aus. Die "Petrodollars" wurden zu einer Versuchung, der diejenigen verfielen, die die Macht ausübten oder auch nur in ihre Nähe gelangten.

In den 1960er Jahren wurde die Demokratie von rechts und links bekämpft. Präsident Betancourt sah sich sowohl durch Insurrektionen rechter Militärs als auch durch eine Guerillabewegung herausgefordert. Unter dem Einfluss der Kubanischen Revolution 1959 spaltete sich ein Teil der Parteijugend von der AD ab und gründete die "Bewegung der Revolutionären Linken" (*Movimiento Izquierda Revolucionaria*, MIR), die gemeinsam mit der PCV den Guerillakampf aufnahm. Die Ablehnung des bewaffneten Kampfes durch die Venezolaner wurde 1963 offensichtlich, als MIR und PCV zum Wahlboykott aufriefen, aber die Bevölkerung massiv zu den Urnen strömte. Nur 9% der Wähler nahmen nicht am Wahlgang teil. Bis in die 1970er Jahre gab es eine starke Wahlbeteiligung. Ende der 1960er Jahre ermöglichte der christlich-soziale Präsident Rafael Caldera (1969-1974) mit

seiner “Politik der Pazifizierung”, das heißt einer Amnestie für die Guerilleros, die Rückkehr der MIR- und PCV-Mitglieder in das legale politische Leben. Die Pazifizierung verdeutlichte die Stabilität des demokratischen Systems. Seitdem stiegen mehrere Ex-Guerilleros wieder in das politische System ein, wurden in öffentliche Ämter gewählt oder amtierten sogar als Minister.

Von 1959 bis zum Ende des Jahrhunderts hatte Venezuela neun gewählte Präsidenten, den 1998 gewählten Präsidenten Hugo Chávez Frías mit eingeschlossen. Zwei von ihnen, Carlos Andrés Pérez und Rafael Caldera, waren zweimal Präsident. 1975, unter der ersten Präsidentschaft von Pérez, nationalisierte der venezolanische Staat die Ölindustrie. Es schien so, als würde mit der Nationalisierung eine vollständige Modernisierung durch Industrialisierung erreicht werden können. Aber das sollte sich als Illusion erweisen.

### **5. Krise der Modernisierung**

Trotz der Fortschritte in der venezolanischen Gesellschaft bis in die 1970er Jahre reichten diese nicht aus, um ein dauerhaftes Wachstum einzuleiten, die Unabhängigkeit des Landes zu sichern und soziale Inklusion sowie soziale Gerechtigkeit zu garantieren, was in der paktierten Demokratie von “Punto Fijo” versprochen wurde. Das schnelle Geld förderte eine nationale Industrie, die in starkem Maße vom Staat und dem ausländischen Kapital abhing. Die Demokratie reduzierte sich auf einen Aushandlungsprozess zwischen den Partieliten, den ökonomischen Interessengruppen und den Gewerkschaften, die Probleme der Bevölkerungsmehrheit wurden nicht berücksichtigt. Die Armut blieb bestehen und verstärkte sich sogar zum Ende der Dekade, obwohl es zu zwei beträchtlichen Steigerungen des Ölpreises gekommen war, die dem Staat zusätzliche Einnahmen brachten. Die Schwächen des Industrialisierungskonzepts wurden durch die Anpassungsprozesse an die Weltwirtschaft verschärft, die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts erfolgten und zur Ablösung der Importsubstitution durch eine neoliberale Entwicklungsstrategie führten.

Die erste Regierung Pérez (1974-1979) versuchte unter dem Eindruck der Vervierfachung der Ölpreise 1974 und des Petroleumbooms den Aufbau eines “Groß-Venezuela” (*la Gran Venezuela*) mit einem gigantischen Investitionsprogramm. Dazu brauchte sie so viele ökonomische Ressourcen, dass selbst die enormen Öleinnahmen nicht ausreichten. Es begann eine massive und unkontrollierte Verschuldung, die nach dem Anstieg der Zinsen 1982 auf den internationalen Märkten unbezahlbar wurde. Venezuela wurde zu

einem der am meisten verschuldeten Länder der Region. Im Februar 1983 sah sich die Regierung von Luis Herrera Campíns (1979-1984) gezwungen, die Landeswährung abzuwerten; bis dahin galt der Bolívar als Symbol der Stabilität der venezolanischen Ökonomie. Der Tag ist als der "schwarze Freitag" in die Geschichte des Landes eingegangen. Er bedeutete einen Umschwung und den Beginn einer Krise, die sich bis zum Ende des Jahrhunderts fortsetzen sollte.

Außerdem nahmen die Fälle von Bereicherung durch öffentliche Funktionäre und Freunde des Präsidenten Pérez in dessen zweiter Amtszeit enorm zu. Zusammen mit der Unfähigkeit der Parteien, kreative Wege aus der Krise zu finden und eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftskonzept einzuleiten, führte dies zu einer Delegation und schließlich zum Zusammenbruch des politischen Systems in den 1990er Jahren.

Die Verbitterung der armen Bevölkerung und von Teilen der Mittelschicht angesichts des sich abzeichnenden Endes des an der Ölrente ausgerichteten Entwicklungskonzepts kam am 27. Februar 1989 und den darauffolgenden Tagen zum Ausdruck, nachdem die zweite Regierung Pérez angekündigt hatte, sie würde ein liberales Anpassungsprogramm zur Überwindung der Krise umsetzen. Dies führte zu einer schlagartigen Erhöhung der Preise im Nahverkehr, was den Protest der Bevölkerung in Caracas und anderen Städten des Landes hervorrief. Die Armen strömten von den Hügeln, wo sich die Elendsviertel um Caracas befinden, in die Stadt und plünderten Supermärkte und Einkaufszentren. Der *Caracazo* oder *Sacudón*, wie diese soziale Explosion auch genannt wird, traf auf ein politisches System, das keine angemessene Form der Reaktion fand. Die Regierung dekretierte den Ausnahmezustand und ließ Militär in die Hauptstadt einfliegen. Mindestens 400 Personen wurden erschossen.

Unbeeindruckt vom Ausmaß des Protestes und der mangelnden Handlungsfähigkeit der Regierung in dieser Situation hielt der Präsident an seinem Anpassungsprogramm fest, und Teile der Bevölkerung protestierten auf der Straße weiter dagegen. Angesichts dieser Situation begann in den 1990er Jahren der Abgesang auf die "Demokratie von Punto Fijo" und ihre Akteure. Die Ernüchterung über die seit 1958 bestehende Demokratie äußerte sich in unterschiedlichster Form. Die Wahlenthaltung, die schon 1988 fast 18% erreichte, stieg bis 1993 auf nahezu 40%. Eine andere Erscheinung war die permanente Mobilisierung, die die "Politik der Straße" zu einem alltäglichen Phänomen machte und zu einem Instrument der unteren Schichten in dem sich abzeichnenden Kampf um die Macht. Den stärksten Eindruck in diesem

Zusammenhang hinterließen die militärischen Erhebungen von 1992, die die Spannungen innerhalb der Streitkräfte zeigten und damit das Ende der repräsentativen Demokratie, wie sie der *Pacto de Punto Fijo* begründet hatte.

#### **6. Der Staatsstreich vom 4. Februar 1992**

Am 4. Februar scheiterte ein Staatsstreich, der von einer Gruppe junger Militärs mittlerer und unterer Ränge des Heeres ausgeführt wurde. Auch wenn sie in den ersten Stunden die Kontrolle über einige zentrale Orte und Gegenden des Landes erzielten, etwa über die Ölregion Zulia und den Staat Carabobo, gelang es ihnen nicht, Präsident Pérez festzusetzen und die Macht auf nationaler Ebene an sich zu reißen. Oberstleutnant Hugo Chávez Frías, der Anführer der Erhebung, ergab sich gegen Mittag und bat seine Mitstreiter, ebenfalls die Waffen niederzulegen. Bei einem kurzen und folgenreichen Auftritt im Fernsehen sagte er, sie seien nur “fürs Erste” (*por ahora*) gescheitert und hätten aufgegeben, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Der Auftritt machte Chávez berühmt. Auch wenn die Venezolaner den Staatsstreich nicht unterstützten, so solidarisierten sie sich doch mit denjenigen, die das verkrustete, inkompetente und durch Korruption diskreditierte System wachgerüttelt hatten. Ein zweiter Staatsstreichversuch im November des gleichen Jahres, an dem höhere Offiziere beteiligt waren, führte zu Reaktionen bei den politischen Eliten. Sie suchten nach einem Abgang für Präsident Pérez, was nicht nur die amtierende Regierung, sondern die gesamte demokratische Ordnung in Gefahr brachte.

#### **7. Die politische Transition der 1990er Jahre**

Im März 1993 wurde Präsident Pérez abgelöst, nachdem das Oberste Gericht festgestellt hatte, es gebe Anlass, ihn wegen der Veruntreuung von Geldern aus dem Geheim- oder Reptilienfonds anzuklagen. Pérez wurde durch den Kongresspräsidenten ersetzt. Einen Monat später wählte der Kongress den angesehenen Historiker Ramón J. Velásquez zum Präsidenten, damit er die Amtsperiode beenden solle. Im Ergebnis der Wahlen vom Dezember 1993 verschwand das traditionelle Zweiparteiensystem, denn Caldera wurde zum zweiten Mal Präsident, aber mithilfe einer Wahlgruppierung, an der die von ihm gegründete Copei und die AD nicht beteiligt waren. Es schien so, als würde eine Anpassung des politischen Systems beginnen.

Allerdings war die zweite Regierung Caldera (1994-1998) nicht dazu in der Lage, die ökonomischen Schwierigkeiten zu überwinden. 1996, d.h. nach

verfehlten Reaktionen auf eine Bankenkrise, wandte Caldera sich an den Internationalen Währungsfond, um ein zweites Programm zur Anpassung und wirtschaftlichen Restrukturierung einzuleiten. Er tat dies zwar mit größerem Geschick als Pérez, dennoch standen diese Maßnahmen im Widerspruch zu seinem Wahlversprechen, eine Alternative zum neoliberalen Modell und eine Verfassungsreform zu finden. Obendrein führte das plötzliche Absinken der Ölpreise auf dem Weltmarkt 1998 zu einer Ernüchterung bei den Venezolanern und förderte die politische Radikalisierung. Der Absturz des Ölpreises hatte eine seiner Ursachen in der Öffnung des Erdölsektors für private Investoren (*apertura petrolera*), die Caldera betrieben hatte. Bei den Wahlen von 1998 erlangten Chávez – der Kommandant der Militärerhebung von 1992 – und seine im sogenannten *Polo Patriótico* zusammengeführte Allianz 56% der Wählerstimmen. Im Jahr 2000 bestätigten die Venezolaner diese Wahl mit fast 60% der Stimmen. Venezuela beendete das 20. Jahrhundert mit großen Erwartungen auf eine bessere Zukunft.

## 8. Die Neugründung der Republik

Die Regierungszeit von Präsident Chávez, die im Februar 1999 begann, beinhaltet eine Reihe von kontroversen Entwicklungen und Ereignissen. Chávez gewann die Wahlen, indem er einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit ankündigte. Als er Präsident wurde, leitete er einen Prozess ein, um die Republik neu zu begründen. 1999 setzte er die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung durch, die eine neue Verfassung verabschiedete: die Verfassung der „Bolivarischen Republik Venezuela“, die im Dezember mit einem Referendum angenommen wurde. Diese Verfassung änderte nicht nur den Namen der Republik, sondern versprach auch den Wechsel von der repräsentativen zu einer „partizipativen und antagonistischen“ Demokratie. Die repräsentative Demokratie wurde zwar beibehalten, aber die Verfassung bevorzugte Mechanismen einer direkten Demokratie auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung und bei der Ausarbeitung von Politiken. Die „Partizipation“ auf allen staatlichen Ebenen wurde zu einem Schlüsselwort für die Bürgerschaft und für diese „neue“ Demokratie.

Nach der Annahme der Verfassung, die als erster Stein zur Neugründung der Republik galt, begann die Regierung Chávez mit dem Aufbau einer neuen juristischen und institutionellen Ordnung, die mit der Konzeption von Gesellschaft und Staat kompatibel sein sollte, die das bolivarische Projekt anstrebte. Dies führte zu Spannungen mit den Interessengruppen des alten Modells, hinzu kamen Fehler und Unstimmigkeiten der Regierung und der

sie tragenden Kräfte, d.h. die Parteien *Movimiento Quinta República* (MVR), *Patria para Todos* (PPT), PCV und andere, was zu zahlreichen Konflikten führte. Die Parteien und Organisationen, die gegen dieses Vorhaben waren, schlugen eine "aufständische" Strategie zu seinem Sturz ein, die bis zu einem gescheiterten Abwahlreferendum 2004 fortgesetzt wurde.

Damit erlebte die venezolanische Gesellschaft eine Konfrontation zwischen zwei politischen Blöcken, die sich diametral gegenüberstanden. Auf der einen Seite die "Bolivarianer", die die Regierung und den von ihr ausgehenden Wandel unterstützten. Sie bestanden aus einer Allianz von Parteien und Organisationen vor allem aus den unteren Schichten, darunter die Bolivarianischen Zirkel, Organisationen der fliegenden Händler etc., die in dem bolivarianischen Projekt die Hoffnung auf soziale Inklusion sahen. Auf der anderen Seite stand die Opposition, die sich zunächst unter dem Dach der *Coordinadora Democrática* (CD) zusammengefunden hatte. Dazu gehörten der Unternehmerverband *Fedecámaras*, die in der CTV organisierten Gewerkschaften, die Eigner der privaten Medien, führende Mitarbeiter der staatlichen Ölfirma *Petróleos de Venezuela* (PDVSA), Nachbarschaftsorganisationen und Gruppierungen aus der Mittelschicht sowie die Oppositionsparteien AD, Copei, *Proyecto Venezuela* und *Primero Justicia*. Diese Gruppen suchten ihre Interessen zu wahren und das Entwicklungsmodell fortzusetzen, das sie unter den letzten Regierungen von Pérez und Caldera verfolgt hatten. Die Hierarchie der katholischen Kirche schloss sich diesem Block an. Die CD erhielt obendrein die Unterstützung der USA und mit ihr verbündeter Regierungen sowie verschiedener internationaler Organisationen.

Die "aufständische" Phase eskalierte mit der Verabschiedung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes durch die Regierung, das 49 Gesetzesvorhaben umfasste, die von zentraler Bedeutung für das chavistische Projekt waren. Dadurch sollten die wichtigsten Gesetze und Herrschaftsbeziehungen in der Gesellschaft verändert werden, wie sie im Ölgesetz, dem Gesetz zum Landbesitz und zur agrarischen Entwicklung sowie dem Fischereigesetz zum Ausdruck kamen. Allerdings war das Vorgehen der Regierung bei der Verabschiedung ungeschickt und stand im Widerspruch zu der Aussage, dass alle Entscheidungen einen partizipativen Charakter haben sollten. Die Opposition forderte eine Revision und Veränderungen, was die Regierung verweigerte. Ende 2001 gelang es der Opposition, sich zu vereinigen und den Protest in immer massiverer Form vorzutragen. Die Regierung reagierte mit der Androhung von autoritären Maßnahmen. Anfang 2002 kam es zum Ab-

bruch des Dialogs zwischen beiden Blöcken. Damit stieg die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Ausgangs.

In diesem Zusammenhang erfolgten drei wichtige Ereignisse: der Staatsstreik vom 11. April 2002, der Streik im Ölsektor, der im Dezember 2002 begann und bis Anfang Februar 2003 anhielt, sowie die Diskussion um ein Referendum zur Abberufung des Präsidenten. Das gewalttätigste Ereignis in diesem Zusammenhang war der *guarimbo*. Es handelte sich um eine Form des Straßenprotestes, die auf den karibischen Begriff *guarimba* zurückgeht – damit ist das Haus bzw. ein sicherer Ort gemeint. Der *guarimbo* dehnte sich in Form von Barrikaden, Straßenfeuern, Blockaden und Schießereien auf das ganze Land aus. Besonders ausgeprägt war er in den Wohnvierteln der mittleren und oberen Schichten, die die wichtigsten Gruppen der Opposition stellten. Aus all diesen Ereignissen ging die Regierung dank der sie unterstützenden Gruppen klar als Sieger hervor.

Präsident Chávez überwand den Staatsstreik mithilfe einer Kombination von massiver Mobilisierung und eines militärischen Gegenputsches. Die stärksten finanziellen Auswirkungen hatte anschließend der mehrmonatige Streik im Ölsektor. Es gelang dem Staat, die von ihrer Leitung paralyisierte Ölindustrie wieder zurückzugewinnen, wozu auch die Streitkräfte eingesetzt wurden. Teile der Bevölkerung verteidigten die Öleinrichtungen, sie wurden dabei vom Militär sowie von Teilen der Angestellten und Pensionäre der PDVSA unterstützt. Schließlich gewann der Präsident das Referendum mit rund 60% der Stimmen. Die Dachorganisation der Opposition, die CD, splittete sich immer mehr auf und verschwand *de facto*. Ab August 2004 stellte die Opposition die „aufständische Strategie“ ein.

## 9. Das bolivarianische Projekt – ein anti-hegemoniales Modell?

Nachdem die Kontrolle über die PDVSA hergestellt und die zur Streikbewegung gehörenden Führungskräfte entlassen waren, verfügte die Regierung über mehr Mittel, um das bolivarianische Projekt kontinuierlich fortsetzen zu können. Dieses Vorhaben findet sich neben der Verfassung von 1999 in anderen offiziellen Dokumenten, besonders aber in den „Leitlinien der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Nation 2001-2007“ sowie verschiedenen Gesetzen. Es liegen weitere Absichtserklärungen vor, die viele Beobachter dazu veranlassen, von einem anti-hegemonialen Projekt auszugehen. Dazu gehören:

- Eine zentrale Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik. Sie wurde bereits in der Verfassung von 1961 angedeutet, die Verfassung von 1999 hat dies bekräftigt.
- Eine umfassende Definition der sozialen Rechte, im Unterschied zu den partiellen Ansätzen bei den vorherigen Anpassungsprogrammen.
- Die Förderung von Formen sozialen Eigentums.
- Eine Reform mit Blick auf einen höheren staatlichen Anteil im Ölsektor.
- Eine partizipative Demokratie, die die demokratischen Beziehungen auf alle Bereiche des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens ausdehnt.
- Eine Ausweitung der indigenen und ökologischen Rechte.

Ein solches Vorgehen entspricht nicht den von den internationalen Finanzorganisationen entwickelten Vorstellungen für die peripheren Länder. Mit den USA erwuchs der neuen Regierung obendrein ein starker Gegner.

#### **10. Zehn Jahre Präsident Hugo Chávez**

Schon jetzt können wir einen klaren Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Amtsperiode des Präsidenten feststellen. In den ersten fünf Jahren kamen Hoffnungen auf eine partizipative Demokratie auf, in der zweiten Phase wurden die Konturen eines personalistischen Projektes des Präsidenten und seiner unmittelbaren Umgebung immer deutlicher. Der Wunsch der Bevölkerung nach mehr Partizipation wurde durch ein "sozialistisches Projekt" ersetzt, dessen Leitlinien nach und nach in der Sendung "Aló Presidente" durchsickern. Begünstigt wird das "sozialistische" Projekt durch die Tatsache, dass der Ölpreis auf den internationalen Märkten teilweise enorm hoch war bzw. ist. Da die transnationalen Ölfirmen paradoxerweise in dieser Frage die gleichen Interessen haben wie die Venezolaner, wird der Ölpreis mit Sicherheit wieder ansteigen.

Die Verfassung von 1999 kann trotz einiger Widersprüche zu den positiven Resultaten der Regierung gezählt werden. In der zweiten Amtszeit wurde allerdings das Prinzip des demokratischen Regierungswechsels, das bereits in den Verfassungen von 1947 und 1961 festgeschrieben war, mit dem Argument einer "Erweiterung der politischen Rechte" aufgeweicht. Die historischen Erfahrungen sprechen ebenso gegen eine uneingeschränkte Wiederwahl wie das partizipative Prinzip. Bestandteil der Partizipation sind nun einmal Verjüngung und personelle Wechsel. In der ersten Amtszeit entstanden neuartige Sozialpolitiken wie die "Mission Robinson" oder "Barrio



Adentro”, in der zweiten Amtsperiode wurden die Grundlagen eines vermeintlichen Sozialismus gelegt. An die Stelle partizipativer Innovationen treten etwa die Kommunalräte, die Teil der Partei, der Regierung und des Staates sind.

In ökonomischer Hinsicht haben weder die erste noch die zweite Regierung ein nachhaltiges Wirtschaftskonzept hervorgebracht. Die sogenannten “endogenen Kerne” sind bis heute ohne staatliche Hilfe nicht lebensfähig. Darüber hinaus konsumieren und importieren die Venezolaner mehr als jemals zuvor in ihrer Geschichte.

Aus diesen Feststellungen ergibt sich meines Erachtens, dass eine längere Amtsausübung mit umfangreichen Finanzmitteln und derart großer Macht nicht gut für Venezuela sind. Problematisch ist vor allem die Aufgabe des Prinzips eines Ämterwechsels. Am Ende des 20. Jahrhunderts bestand mit der partizipativen Demokratie ein Projekt, das von vielen Venezolanern unterstützt wurde; anders sieht dies mit einer schlechten Regierungsführung aus, die sich als “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” ausgibt.

Übersetzung aus dem Spanischen: Nikolaus Werz

### Literaturverzeichnis

- Acosta Saignes, Miguel (1967): *Vida de los esclavos negros en Venezuela*. Caracas.
- Betancourt, Rómulo (1967): *Venezuela. Política y petróleo*. Caracas.
- Carrera Damas, Germán (1980): *Una nación llamada Venezuela*. Caracas.
- (2006): *Venezuela. Proyecto nacional y poder social*. Merida.
- Comité Ideológico de Ruptura (1977-1979): *El Imperialismo petrolero y la revolución venezolana*. 3 Bde. Caracas.
- Coronil, Fernando (1997): *The Magical State*. Chicago.
- Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.) (2003): *La política venezolana en la era de Chávez*. Caracas.
- Equipo Sociohistórico del Cendes (1981): *Formación histórico-social de Venezuela*. Caracas.
- (1982): *Análisis histórico de la ocupación del territorio en Venezuela*. Caracas.
- Ewell, Judith (1984): *Venezuela. A Century of Change*. Stanford.
- Fundación Polar (1998): *Diccionario de Historia de Venezuela*. Caracas.
- Jurado Toro, Bernardo (1992): *Cristóbal Colón y Venezuela. Mariuro, primer lugar de tierra firme*. Caracas.
- Keyse Rudolph, Donna/Rudolph, Gerald A. (1996): *Historical Dictionary of Venezuela*. Lanham/London.
- Lander, Luis E. (Hrsg.) (2003): *Poder y petróleo en Venezuela*. Caracas.

- Lombardi, John (1982): *Venezuela. The Search for Order. The Dream of Progress*. New York.
- López Maya, Margarita (1998): “La Venezuela Actual”. In: *La Gran Enciclopedia de Venezuela*. Bd. 4. Caracas, S. 285-325.
- (1999): “Venezuela: Formas de la protesta popular entre 1989 y 1994”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 4, S. 11-42.
- López Maya, Margarita et al. (1989): *De Punto Fijo al Pacto Social. Desarrollo y hegemonía en Venezuela*. Caracas.
- López Maya, Margarita/Lander, Luis E. (1999): “Triunfos en tiempos de transición. Actores de vocación popular en las elecciones venezolanas de 1998”. In: *Cuestiones Políticas*, 22, S. 107-132.
- (2000): “Ajuste, costos sociales y la agenda de los pobres en Venezuela: 1984-1998”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 6, 3, S. 185-206.
- (2001): “Elecciones de 2000 en Venezuela. Implantación de una nueva hegemonía”. In: *Anuario Social y Político de América Latina y el Caribe*, 4, S. 9-17.
- (2002): “Venezuela, golpe y petróleo”. In: *Observatorio Social de América Latina*, 7 (<[www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/lander.doc](http://www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/osal/lander.doc)>; 19.09.2010).
- Mommer, Bernard (1988): *La cuestión petrolera*. Caracas.
- Pino Iturrieta, Elías (2007): *Nada sino un hombre. Los orígenes del personalismo en Venezuela*. Caracas.
- Purroy, Ignacio (1982): *Estado e industrialización en Venezuela*. Valencia.
- Rangel, Domingo Alberto (1975): *Gómez, el amo del poder*. Valencia.
- Ríos, Josefina/Carvallo, Gastón (1979): *Agricultura y sociedad. Tres ensayos históricos*. Caracas.
- Sunkel, Oswaldo/Paz, Pedro (1970): *El subdesarrollo latinoamericano y la teoría del desarrollo*. Santiago de Chile.
- Tarver Denova, Micheal/Fredrick, Julia C. (2005): *The History of Venezuela*. Westport.
- Velásquez, Ramón J. (1979): *Venezuela moderna: medio siglo de historia 1926-1976*. Caracas.
- (1980): *Confidencias imaginarias de Juan Vicente Gómez*. Caracas.
- Zeuske, Michael (2008): *Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas*. Zürich.

Alexander Rommel

## **Sozialstruktur: Armut, Ungleichheit und soziale Klassen**

### **1. Einleitung**

Lateinamerika weist im weltweiten Vergleich die am stärksten ausgeprägten sozialen Ungleichheiten auf. Diese Situation resultiert nicht zuletzt aus der gemeinsamen historischen Entwicklung einer Sozialstruktur, die seit der frühen Kolonialzeit in einer massiven Ungleichverteilung von Land und Vermögen begründet ist (Waldmann 2000). Die Herausbildung einer Handelsbourgeoisie und eines schwachen produktiven Sektors in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war aufgrund der bis heute fortbestehenden peripheren Rolle als Rohstofflieferanten für die industriell weiter entwickelte Welt ungeeignet, die bestehenden Verteilungsstrukturen nachhaltig zu verändern. Die betreffenden Wirtschaftssektoren zeigten sich spätestens ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum noch in der Lage, die in die Städte abwandernde Bevölkerung zu absorbieren, die ihr Auskommen in der Folge zunehmend im informellen Sektor suchte (Schmalz/Tittor 2005). Gleichzeitig stützte der Staat durch Bildungsmaßnahmen weitere relativ privilegierte Gruppen. Diese konnten sich zwar lange Zeit eine stabile Existenzgrundlage sichern, in ihrer Abhängigkeit von öffentlicher Beschäftigung entfalteten jedoch auch sie nicht das wirtschaftliche und politische Potenzial, das den Mittelschichten – ausgehend von der europäischen Historie – modernisierungstheoretisch zugeschrieben wurde (Werz 1999).

Venezuela stellt diesbezüglich keine Ausnahme dar. Auch wenn der Sonderstatus als bedeutender Ölexporteur einige dieser Entwicklungen verzögert hatte, ist das Land spätestens seit den Wirtschaftskrisen der 1980er/1990er Jahre in der lateinamerikanischen Realität angekommen und weist die für Lateinamerika typischen sozialen Gegensätze auf. Die *barrios* (Armenviertel) von Caracas symbolisieren – aufgrund ihrer Hanglagen weithin sichtbar – die soziale Spaltung der venezolanischen Gesellschaft. In der öffentlichen Wahrnehmung verbindet sich mit ihnen ein Bild von sozialen Problemen und Kriminalität. Aber sie sind auch für eine Tradition sozialer und politischer Selbstorganisation bekannt, die teilweise deutlich vor die

Amtsübernahme von Präsident Chávez zurückreicht. Dieser ist nicht zuletzt mit Unterstützung der benachteiligten Sektoren und aufgrund des Versprechens, deren Lebensbedingungen grundlegend zu verändern, an die Macht gekommen. Vor diesem Hintergrund propagiert die Regierung – unter Anwendung einer zunehmend sozialistisch geprägten Rhetorik – einen grundlegenden sozioökonomischen Umbau der venezolanischen Gesellschaft.

Um nach gut zehn Jahren Regierungszeit eine Zwischenbilanz bezüglich eines Teils der angestrebten sozialen Veränderungen vorlegen zu können, werden verschiedene Indikatoren zu Armut und sozialer Ungleichheit im Zeitvergleich betrachtet. Daran anschließend wird ein Modell sozialer Klassen entwickelt, um zu untersuchen, inwieweit sich die venezolanische Sozialstruktur als Ganzes bislang verändert hat und ob es hierbei zu größeren Umbrüchen gekommen ist. Dabei wird der lateinamerikanische Kontext vergleichend mit berücksichtigt. Abschließend werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und politischen Konjunkturen der vergangenen Jahre interpretiert und diskutiert.<sup>1</sup>

## 2. Armut und soziale Entwicklung

### 2.1 Einkommensarmut – Streit um Zahlen und Entwicklungstendenzen

In Venezuela werden die offiziellen Armutsziffern durch das *Instituto Nacional de Estadística* (INE) auf Basis der nationalen Haushaltsbefragung (*Encuesta de Hogares por Muestreo*, EHM) veröffentlicht. Dabei kommen zwei Konzepte zur Anwendung, die im Grundsatz den von der *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL) propagierten und in Lateinamerika weithin angewandten Methoden entsprechen: die sogenannte *Linea de Pobreza* (LP) und die *Necesidades Básicas Insatisfechas* (siehe Kap. 3.2). Die Berechnung der LP (Armutsgrenze) erfolgt in Form von zwei *indirekten* und *eindimensionalen* Maßzahlen der Einkommensarmut:<sup>2</sup> Erstens wird die sogenannte *extreme Armut* (absolute Armut) als Nichtverfügen

1 Wichtige Ungleichheits- und Armutsaspekte müssen im Folgenden weitgehend unberücksichtigt bzw. der Darstellung in weiteren Beiträgen des Bandes vorbehalten bleiben (so z.B. Vermögen, Land- oder Wohneigentum, Gesundheit, soziale Sicherung, Bildung, politische Partizipation etc.).

2 Es sei erwähnt, dass die in den OECD-Ländern vorherrschende *relative* Messmethode, nach der all jene als *arm* gelten, die weniger als 50% des mittleren Einkommens einer Gesellschaft aufweisen, in Lateinamerika bisher von nachgeordneter Bedeutung ist, da Armut hier stärker im Sinne von *absoluter*, d.h. auch existenzbedrohender Armut zu beschreiben ist.

über ein Einkommen definiert, das dem Wert eines Lebensmittelwarenkorb (Canasta Alimentaria Normativa) entspricht. Und zweitens umfasst *Armut insgesamt* Haushalte sowie die dazugehörigen Personen, die nicht über den doppelten Wert dieses Warenkorbes verfügen (*Canasta Básica*, eigentliche LP).<sup>3</sup>

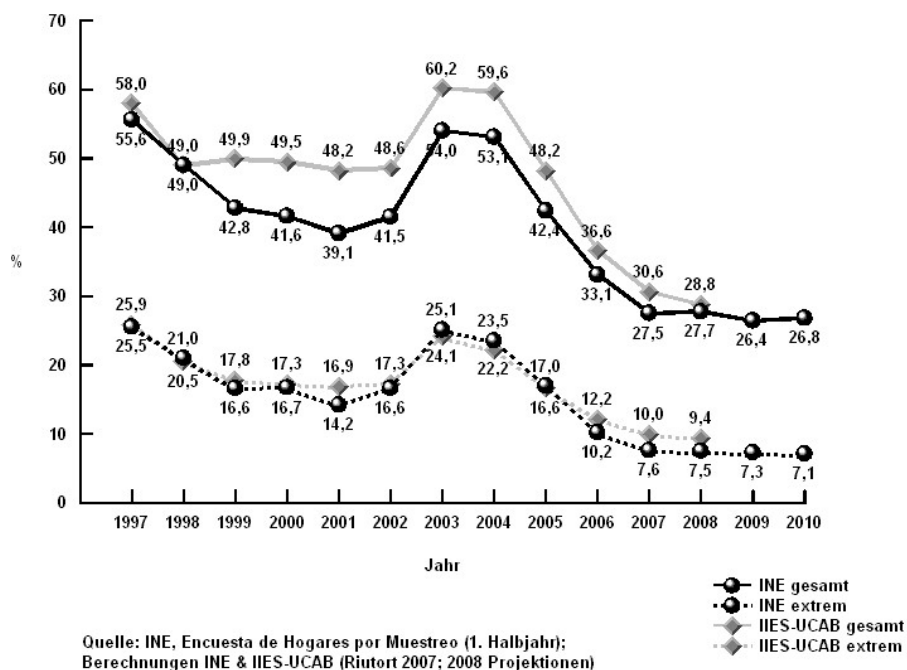
Einige Statistiken des INE (*Instituto Nacional de Estadística*) sind in den vergangenen Jahren von regierungskritischen Institutionen bezüglich ihrer Korrektheit angezweifelt worden. Unter anderem standen dabei auch die offiziellen Armutsziffern nach der Methode der LP im Mittelpunkt. Vor allem das *Instituto de Investigaciones Económicas y Sociales* der *Universidad Católica Andrés Bello* (IIES-UCAB) veröffentlicht kontinuierlich Armutsziffern, die auf der gleichen Datenbasis höher ausfallen als die offiziellen Zahlen. Diese Differenzen beruhen auf methodischen Unterschieden, die im Einzelfall nur schwer nachzuvollziehen sind. Es fällt aber auf, dass das INE in der jüngeren Vergangenheit einige Modifikationen vorgenommen hat, die zu einer artifiziellen Senkung der Armutsziffern führen. IIES-UCAB legt hingegen die Armutsberechnung so an, dass die Armutsziffern relativ höher ausfallen.

Übersicht 1 zeigt, dass sich deutliche Ergebnisunterschiede zwischen den Berechnungsmethoden erst ab 1999 und vor allem bei der Quote armer Haushalte, weniger jedoch bei der Quote extrem armer Haushalte bemerkbar machen. IIES-UCAB macht nach 1999 keinen Rückgang in der Quote armer Haushalte aus, wohingegen in den Daten des INE – insbesondere zwischen 1998 und 1999 – ein Rückgang zu verzeichnen ist. Diese Diskrepanz ist zumindest in Teilen aufgrund der Verfahrensänderungen sowohl von INE also auch von IIES-UCAB als methodisches Artefakt zu verstehen. Aufgrund der methodischen Anpassungen durch IIES-UCAB gleichen sich die Quoten ab dem Jahr 2003 wieder stärker an. Im Ergebnis markieren die beiden Berechnungsverfahren so etwas wie einen “realistischen” Bereich, in dem die Einkommensarmut in Venezuela zu verorten ist.

---

3 Extreme Armut definiert somit eine Untermenge von Armut insgesamt. Die Festlegung des *Canasta Básica* als zweifachem Wert des *Canasta Alimentaria* ist eine wissenschaftliche Konvention und nicht inhaltlich begründet.

### Übersicht 1: Anteil armer und extrem armer Haushalte in Venezuela 1997-2010 (Methode: LP)



Sie lag danach bis zum Jahr 2002 etwa zwischen 40 und 50%. In den Jahren 2003 und 2004 ist sie aufgrund der sozioökonomischen Folgen der politischen Auseinandersetzungen (Generalstreiks 2002/2003 sowie Putschversuch 2002) auf deutlich über die Hälfte bzw. knapp 60% angestiegen, um bis 2007/2008 auf unter 30% zurückzugehen. Nach beiden Quellen ist ab 2007 von einer Abschwächung dieses Trends auszugehen. Wie die INE-Zahlen bis 2010 zeigen, stagnieren die Armutsziffern seit dem Jahr 2007. Ein Teil der generell als arm einzustufenden Bevölkerung, etwa ein Viertel der venezolanischen Haushalte, befindet sich beiden Quellen zufolge 1997, 2003 und 2004 in einer Situation extremer Armut, d.h. sie sind nicht in der Lage, die eigene Ernährung ausreichend sicherzustellen. In den übrigen Jahren liegt diese Quote niedriger und ist aktuell bei über 7% zu verorten.

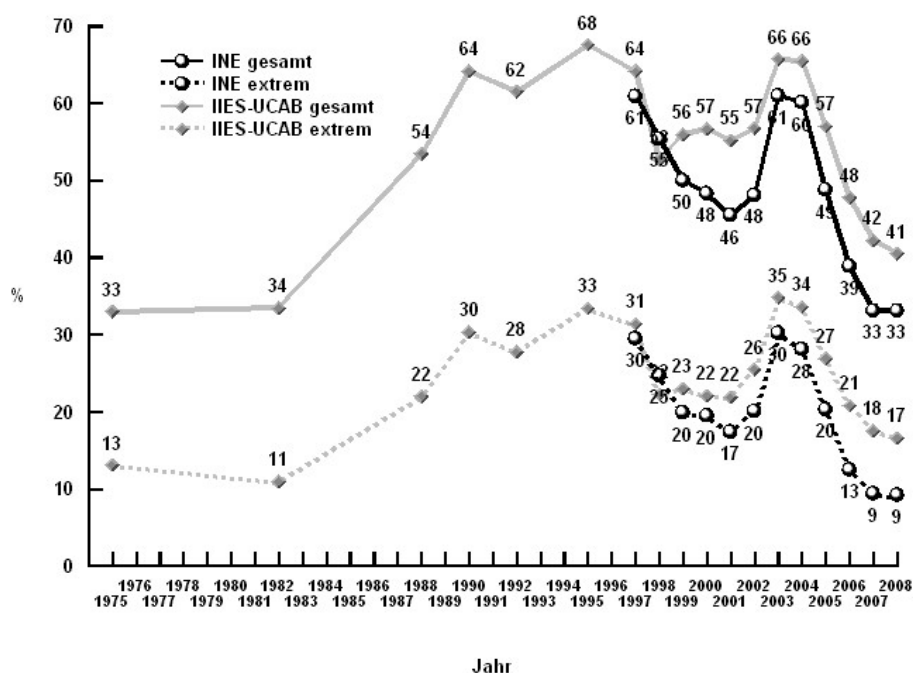
Um das Ausmaß der Armut in Venezuela anhand der Berechnungen von IIES-UCAB weiter in die Vergangenheit zu verfolgen, wird in Übersicht 2

auf Personendaten zurückgegriffen. Dabei ist zu beachten, dass die Armutsquoten höher ausfallen, wenn in der Berechnung auf Personen und nicht wie zuvor auf Haushalte Bezug genommen wird. So steigt der Anteil armer Personen in einigen Jahrgängen auf zwischen 60 und nahezu 70% und in den vergangenen 20 Jahren war immer etwa mindestens die Hälfte der Venezolanerinnen und Venezolaner von Armut betroffen. Bis zu einem Drittel der venezolanischen Bevölkerung musste zwischenzeitlich als extrem arm gelten. Auch ist zu erkennen, dass der Anteil armer Personen in den vergangenen Jahren immer noch über den Quoten der späten 1970er und frühen 1980er Jahre lag. Die Übersicht zeigt zudem, dass die Armutsziffern schon vor dem Amtsantritt von Präsident Chávez eine deutlich abnehmende Tendenz aufwiesen, 2003 und 2004 jedoch erneut die Höchstmarken von Mitte der 1990er Jahre erreichen. Der neuerliche Rückgang der Armutsquoten sowohl in den Daten des INE als auch von IIES-UCAB ist auf die wirtschaftliche Erholung ab 2004 und die Verteilungswirkungen der Sozialpolitik zurückzuführen. Beides erhält durch den starken Anstieg der Rohölpreise und damit auch der Staatseinnahmen ab dem Spätjahr 2003 einen starken An Schub. Ab 2007 zeigt sich auch hier wiederum ein Nachlassen dieser Dynamik.

Ordnet man die Zahlen zur Einkommensarmut in den lateinamerikanischen Kontext ein, so stellt sich die venezolanische Entwicklung seit den 1980er Jahren als relativer Abstieg dar. Die Berechnungen der lateinamerikanischen Wirtschaftskommission CEPAL zeigen, dass sich Venezuela von Beginn der 1980er bis Ende der 1990er Jahre von einem Land mit unterdurchschnittlichen Armutsquoten vorübergehend zu einem Land mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an armen Haushalten bzw. Personen entwickelt hat. Dabei weist z.B. Chile, das zu Beginn der 1980er Jahre noch einen deutlich höheren Anteil an einkommensarmer Bevölkerung zu verzeichnen hatte, heute viel geringere Werte auf, und auch in Brasilien lag der Anteil armer und extrem armer Menschen z.B. 2008 niedriger (CEPAL 2004a; 2009). Insofern spiegelt die Armutsentwicklung in Venezuela langfristig einen sozialen Niedergang wider, der in Lateinamerika seinesgleichen sucht. Ob die neueren Entwicklungen, nach denen Venezuela wieder leicht unterdurchschnittliche Armutsziffern aufweist, daran längerfristig etwas zu ändern vermögen, bleibt auch insofern abzuwarten, als Wirtschaftswachstum

und Armutsreduzierung in den letzten Jahren nicht auf Venezuela beschränkt geblieben sind, sondern in vielen Ländern der Region zu beobachten waren.<sup>4</sup>

**Übersicht 2: Anteil armer und extrem armer Personen in Venezuela  
1975-2008 (Methode: LP)**



Quelle: INE, Encuesta de Hogares por Muestreo (1. Halbjahr);  
Berechnungen INE & IIES-UCAB (Riutort 2007; 2008 Projektionen)

4 Der CEPAL-Bericht u.a. von 2007 hat aufgrund seiner positiven Einschätzung Venezuelas größere Beachtung gefunden. Dabei ist zu erwägen, dass die CEPAL auf dieselbe Datenbasis wie das INE zurückgreift und deshalb zwar durch eine abweichende Methodik etwas andere Werte, aber keine anderen Ergebnistrends ermitteln kann. Die Einschätzung der CEPAL, Wirtschaftswachstum und Sozialprogramme seien für die Reduzierung der Armut verantwortlich, teilen sowohl Freunde als auch Gegner der Regierung (España 2006; Weisbrodt/Sandoval/Rosnik 2006). Was die CEPAL dagegen nicht diskutiert, sind die Spezifitäten einer Ökonomie, die überaus stark von Renteneinkommen abhängt (vgl. Schuldt/Acosta 2006) – in diesem Falle aus der Erdölproduktion – und in der derartige Entwicklungen aufgrund der Schwäche der verbleibenden Wirtschaftssektoren unter dem Vorbehalt der Nachhaltigkeit stehen.



## 2.2 Soziale Entwicklung im Spiegel mehrdimensionaler Armutskonzepte

Der zweite Ansatz der offiziellen Armutsmessung ist die Methode der *Necesidades Básicas Insatisfechas* (NBI, nicht befriedigte Grundbedürfnisse). Diese stellt ein *mehrdimensionales* und *direktes* Armutsmaß dar, das den Aspekt des Haushaltseinkommens über die tatsächlichen Lebensumstände abbildet. Die NBI stellen eine Erweiterung dar, die über den ökonomischen Reduktionismus der Messung von Einkommensarmut hinauszugehen sucht. Armut ist danach durch fünf Hauptmerkmale definiert, die einen Mangel in der Befriedigung sogenannter Grundbedürfnisse widerspiegeln: fehlende sanitäre Grundversorgung (bezüglich Trink- und Abwasser), Kinder ohne Schulbesuch, ökonomische Abhängigkeit (von einem Haushaltsvorstand ohne Schulbildung), kritische Wohndichte, inadäquate Behausung (in Armenvierteln, einfachen Hütten o.ä.). Als arm gelten Haushalte, auf die mindestens eines dieser Merkmale zutrifft.<sup>5</sup>

Übersicht 3 stellt das Ausmaß der Armut gemäß der Methode der NBI insgesamt und anhand ihrer Einzelindikatoren dar.

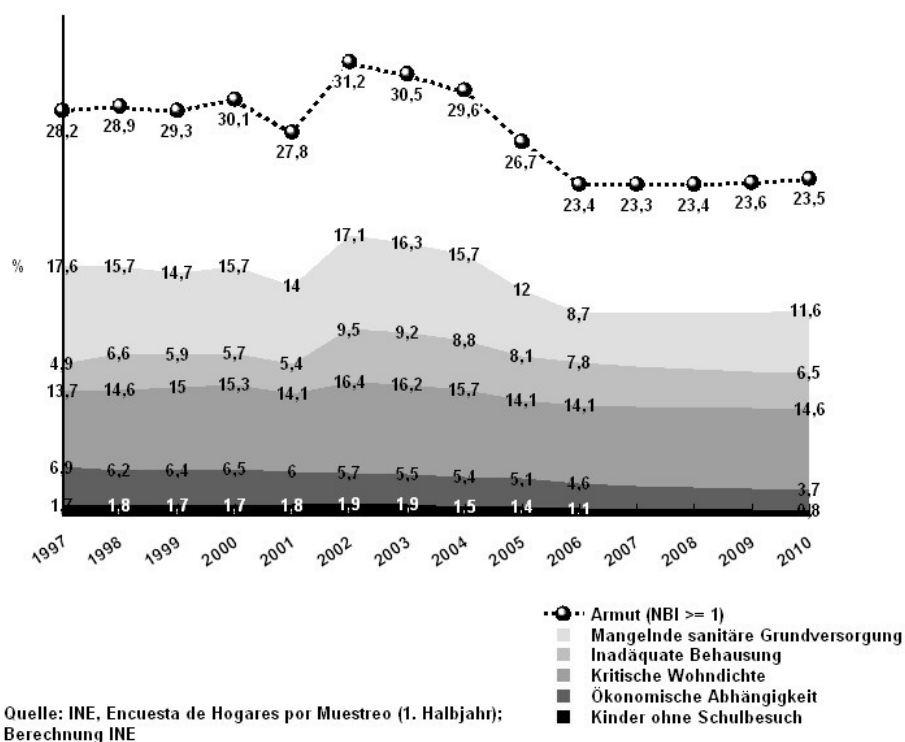
Insgesamt liegt die Problematik der durch Armut geprägten Lebenslagen in Venezuela eindeutig im Bereich der Wohnqualität, wobei eine kritische Wohndichte unter den dargestellten Indikatoren besonders weit verbreitet ist. Vorübergehende Verbesserungen waren seit 2003 im Bereich der sanitären Grundversorgung zu verzeichnen. Vergrößert hat sich demgegenüber seit 1997 – mit momentan allerdings leicht fallender Tendenz – der Anteil an Personen in inadäquaten Behausungen und vor allem in beengten Wohnverhältnissen. Zudem ist der Armutsrückgang im Vergleich zur Einkommensarmut geringer ausgefallen. Zwischen Einkommensverbesserung und der Veränderung der Lebenssituation armer Menschen besteht offenbar kein unmittelbarer Zusammenhang. Viele, die der Einkommensarmut entrinnen konnten, verbleiben offensichtlich in ärmlichen Lebensbedingungen. Darüber hinaus zeigt die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf wie bei der Einkommensarmut. Die Quoten waren von 2002 bis 2004 am höchsten, sind bis

---

5 Wichtige Aspekte wie Ernährung und Gesundheit bleiben in den NBI unberücksichtigt. Der Schwerpunkt liegt auf Wohnbedingungen, eine Gewichtung, die in dieser Weise ebenso wenig theoretisch gedeckt ist wie das Vorgehen bei der Abgrenzung armer von nicht armen Haushalten und Personen (Feres/Mancero 2001). Zudem ist kritisiert worden, dass die NBI urbane und neu entstehende Armut mit den verwendeten Indikatoren einer verfestigten Armutslebenslage unzureichend erfassen, sodass von einer Unterschätzung der tatsächlichen Armut durch die NBI auszugehen ist (Katzman 1995).

2006 auf einen Wert von gut 23% gesunken und liegen auch aktuell relativ stabil bei niedrigeren Werten als im Jahr 1997.

**Übersicht 3: Anteil armer Haushalte in Venezuela 1997-2010  
(Methode: NBI)**



Im lateinamerikanischen Vergleich rangiert Venezuela bei den NBI tendenziell im Mittelfeld. Fast ganz Mittelamerika, aber auch Länder wie Bolivien, Peru oder Ecuador standen, was die Befriedigung von Grundbedürfnissen angeht, schlechter da als Venezuela. Besser gestellt waren hingegen Uruguay, Argentinien und Chile. Die Schwäche Venezuelas liegt auch im Ländervergleich in der sehr hohen Wohndichte (CEPAL 2005).

Ein weiterer *mehrdimensionaler* und in Venezuela viel zitierter Indikator ist der im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) konzipierte *Human Development Index* (HDI). Ähnlich wie die NBI ist der HDI ein Konzept von sozialer Entwicklung und Armut, das nicht nur

das Einkommen, sondern auch darüber hinausgehende Aspekte der Lebenslage berücksichtigt. Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate, Schulbesuch und Pro-Kopf-BIP werden dabei zu einem Index verdichtet, dessen Werte zwischen 0 und 1 liegen.

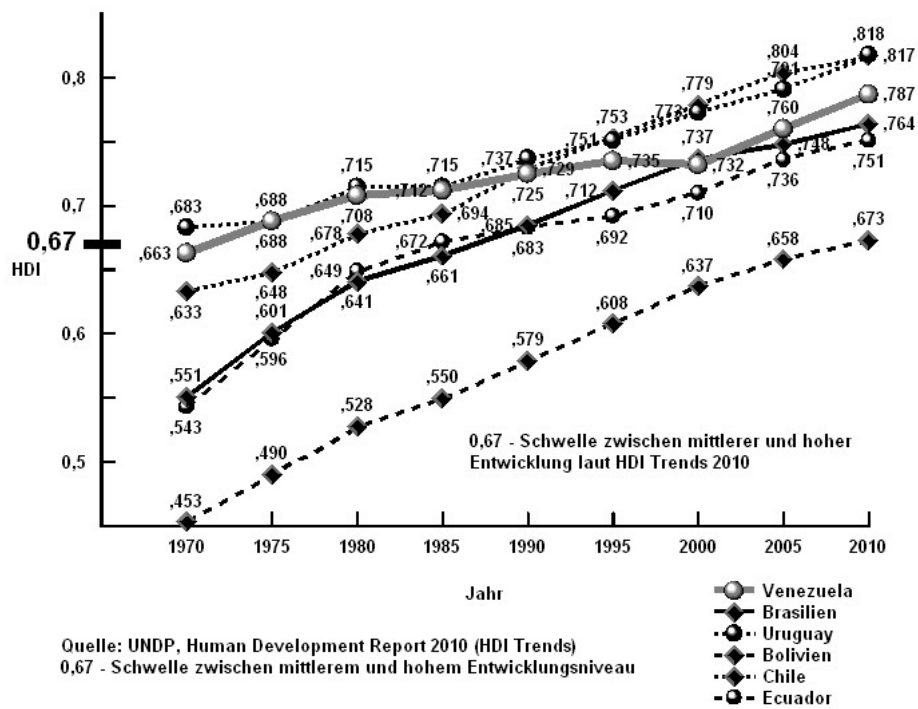
Im Folgenden wird vornehmlich auf den Zeit- und Ländervergleich des UNDP zurückgegriffen. Danach ist Venezuela in seiner sozialen Entwicklung im Vergleich zur Gesamtregion Lateinamerika und Karibik in den vergangenen Jahrzehnten spürbar zurückgefallen, lag ab Mitte der 1990er Jahre unter dem Durchschnittswert der Region und erreicht diesen Mittelwert erst in den vergangenen Jahren wieder (UNDP 2010). Auf Basis der bis ins Erhebungsjahr 2010 reichenden Daten lässt sich in den vergangenen Jahren für Venezuela wieder ein leicht aufsteigender Trend verzeichnen, der jedoch nicht deutlich aus dem Rahmen der lateinamerikanischen Entwicklung ausschert. Übersicht 4 stellt diesen Zusammenhang im Vergleich mit ausgewählten Ländern dar.<sup>6</sup>

Der HDI wird in der politischen Debatte in Venezuela häufig stark instrumentalisiert. Doch die bloße Tatsache, dass das Entwicklungsniveau Venezuelas im Steigen begriffen ist, kann ebenso wenig als Beweis für die gelungene Politik einer bestimmten Regierung herangezogen werden, wie mit kurzfristigen Schwankungen nach unten deren Scheitern belegt werden kann. Denn grundsätzlich zeigt der HDI eine tendenziell steigende Entwicklung, solange nicht extreme politische bzw. ökonomische Verwerfungen zu einer Zerstörung jener institutionellen Strukturen führen, die ein gewisses Entwicklungsniveau gewährleisten. Vielmehr legt die langfristige Stabilität des HDI die Vermutung nahe, dass die Ursachen für allenfalls durchschnittliche Entwicklungssteigerungen in Venezuela schon deutlich vor dem Amtsantritt der Regierung Chávez angelegt waren und im Grunde bis heute fort-dauern.

---

6 Der HDI ist für den *Human Development Report 2010* neu kalkuliert worden. Die hier präsentierten aktualisierten Trendwerte (Hybrid HDI) sind mit früher publizierten HDI-Werten nicht direkt vergleichbar. Erwähnt sei zudem, dass das INE, ohne dass die Unterschiede zur UNDP-Methodik detailliert dargestellt würden, andere Werte des HDI als UNDP veröffentlicht (Fundación Gerencia Social 2007; *Ficha técnica: Índice de Desarrollo Humano* <[www.ine.gob.ve](http://www.ine.gob.ve)>; 01.12.07). Eine Vergleichbarkeit der Berechnungsverfahren ist auch hier nicht gegeben.

Übersicht 4: Human Development Index im Ländervergleich 1970-2010



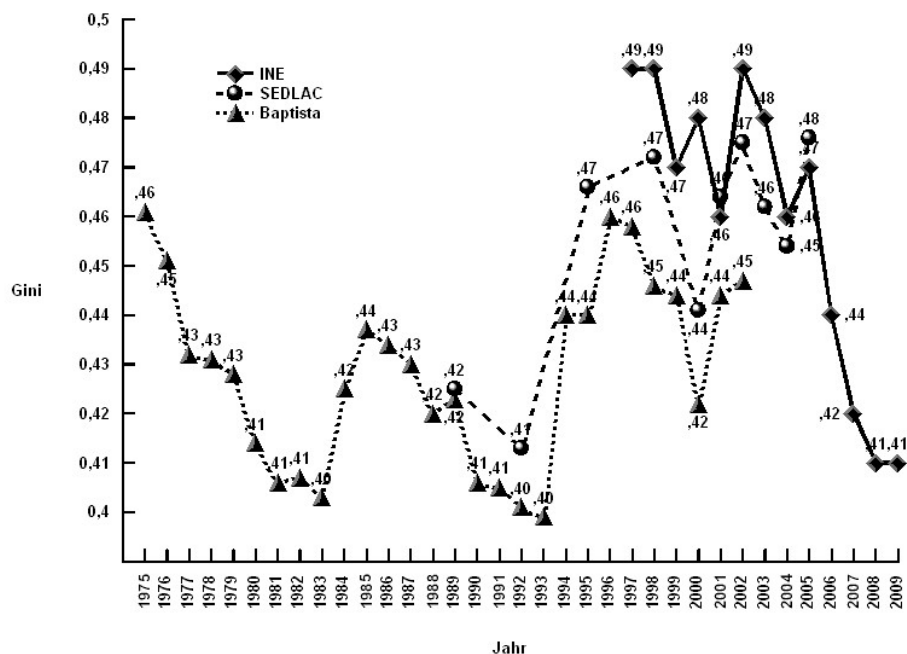
### 3. Soziale Ungleichheit: Einkommensverteilung und Klassenstrukturen

#### 3.1 Einkommensverteilung: Anhaltende Disparitäten oder Umverteilung?

Im Folgenden sollen zwei Basisindikatoren zur Einkommensverteilung in ihrer zeitlichen Entwicklung betrachtet werden: Der sogenannte "Gini-Koeffizient" misst in einer Maßzahl die Abweichung der Einkommen von einer hypothetischen Gleichverteilung und zeigt somit die Einkommensspreizung zwischen den Einkommensgruppen einer Gesellschaft an. Er kann Werte zwischen 0 (absolute Gleichverteilung) und 1 (maximale Ungleichverteilung) annehmen. *Einkommensquintile* sind in ihrer Aussage dagegen weniger komprimiert, zeigen jedoch anschaulich, welcher Einkommensanteil z.B. auf das ärmste oder reichste Fünftel einer Gesellschaft entfällt. Beide Indikatoren reagieren potenziell auf Umverteilungswirkungen, aber auch auf konjunkturelle Schwankungen. Sie liefern zudem Zusatzinformationen zur Ein-

kommensarmut. So können Gesellschaften mit gleichen Gini-Koeffizienten unterschiedliche Armutsquoten aufweisen und Gesellschaften mit hohen Armutsquoten können sich durch eine relativ hohe Gleichverteilung ihrer Einkommen auszeichnen. Übersicht 5 gibt drei Zeitreihen des Gini-Koeffizienten im Vergleich wieder: die Zeitreihe des INE seit 1997, den Zeitvergleich der *Socio-Economic Database for Latin America and the Caribbean* (SEDLAC)<sup>7</sup> von 1989 bis 2004 sowie eine Langzeitbetrachtung von Baptista (2006) von 1975 bis 2002.<sup>8</sup>

Übersicht 5: Gini-Koeffizienten 1975-2009



Quelle: INE, Encuesta de Hogares por Muestreo;  
Berechnungen INE, SEDLAC, Baptista 2006; 2008 Projektion

<sup>7</sup> <[www.depeco.econo.unlp.edu.ar/cedlas/sedlac](http://www.depeco.econo.unlp.edu.ar/cedlas/sedlac)> (01.12.2007).

<sup>8</sup> Aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren weichen die Ergebnisse etwas voneinander ab.

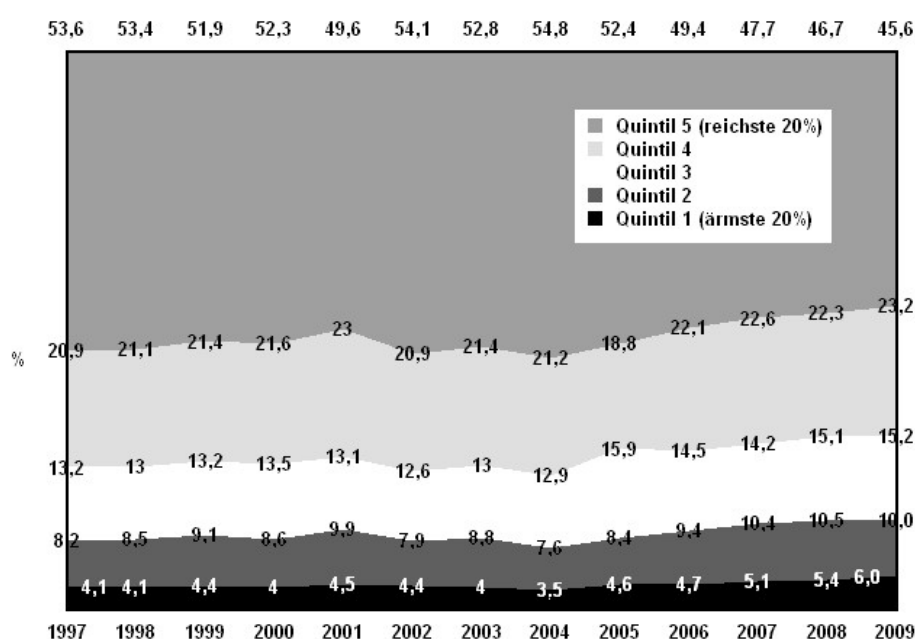
Wie ganz Lateinamerika weist Venezuela mit Werten zwischen 0,4 und 0,5 eine deutlich höhere Einkommensungleichheit auf als Europa, wo die Gini-Koeffizienten je nach Land etwa zwischen 0,25 und 0,4 variieren (UNDP 2006). Die Haupttendenz ist bei allen drei Quellen dahingehend gleich, dass die Einkommensungleichheit nach 1999/2000 wieder deutlich zugenommen hat. Dieser Anstieg fällt, ähnlich wie bei den Armutsziffern, in die Zeit der politischen Unruhen und deren wirtschaftliche Auswirkungen. In den INE- und SEDLAC-Zeitreihen zeichnet sich danach eine Verringerung der Einkommensungleichheit ab, die sich insbesondere ab 2005 verstärkt. Ab 2008 setzt eine Stagnation ein, die Einkommensungleichheit nimmt aktuell also nicht weiter ab.

Verfolgt man die Entwicklung anhand der Zeitreihe von Baptista weiter, in die Vergangenheit zurück, so ist zu schließen, dass die Einkommensungleichheit heute in etwa den historischen Tiefstmarken der 1970er bis 1990er Jahre entspricht. Damit steht Venezuela auch im interregionalen Vergleich sehr gut da. So gibt die CEPAL für Venezuela für 2008 mit 0,41 den niedrigsten Wert der gesamten Region aus, während andere Länder wie Brasilien (0,59) oder Chile (0,52), die in Bezug auf Armut und soziale Entwicklung gegenüber Venezuela spürbare Fortschritte gemacht haben (Kap. 3.2), schlechter abschneiden. Im lateinamerikanischen Vergleich ist die Einkommensungleichheit in Venezuela heute also unterdurchschnittlich ausgeprägt. Wie in den meisten anderen Ländern der Region haben auch in Venezuela die Ungleichheitsziffern zwischen 1990 und 2005 weitgehend stagniert bzw. sind zwischenzeitlich angestiegen (CEPAL 2004b; 2009).

Die Darstellung der Einkommensquintile in Übersicht 6 verdeutlicht demgegenüber, dass radikale Umbrüche in der Verteilung der Einkommen bislang nicht zu verzeichnen sind. Nach wie vor entfallen knapp die Hälfte des in der EHM erfassten Gesamteinkommens auf die reichsten 20% der Bevölkerung. Allerdings hat sich deren Anteil in der Tendenz spürbar von 53,4% (1998) auf etwa 46% (2009) verringert. Der zwischenzeitliche Wiederanstieg in diesem Quintil in den Jahren von 2002 bis 2004 zeigt, dass die Einkommensverteilung schnell auf ökonomische Krisenentwicklungen reagiert und die Bezieher geringer Einkommen stärker von wirtschaftlichen Turbulenzen betroffen sind. Die unteren 40% der Einkommensverteilung (unteren zwei Quintile) verlieren in dieser Zeit etwa drei Prozentpunkte und erreichen erst 2006 wieder den Anteil, den sie auch 2001 innehatten. Bis

2008 erhöht sich der Einkommensanteil dieser Gruppen weiter<sup>9</sup> und beginnt im Jahr 2009 zu stagnieren. Spürbare Zuwächse hat seit 2005 jedoch auch das zweitreichste Quintil der Einkommensverteilung zu verzeichnen. Von der leichten Tendenz der Einkommensumverteilung profitieren also nicht nur die Ärmsten, sondern auch Teile der Mittel- und Oberschichten.

**Übersicht 6: Einkommensquintile in Venezuela 1998-2009**



Quelle: INE, Encuesta de Hogares por Muestreo; Berechnung INE

Verfolgt man die Verteilung der Einkommen auf die Bevölkerungsquintile in die Vergangenheit zurück, so zeigt sich, dass der Einkommensanteil, den die ärmsten 20% der Bevölkerung für sich verbuchen konnten, in den 1980er und frühen 1990er Jahren etwas höher als in den vergangenen zehn Jahren lag. Die Lage verschlechterte sich für die ärmeren Bevölkerungsgruppen vor

<sup>9</sup> Diese Entwicklung zeigt sich auch in den Daten kommerzieller Umfrageunternehmen (z.B. Datos 2006).

allem Ende der 1990er Jahre (Baptista 2006; SEDLAC siehe Anm. 7) und zeigt erst nach 2004 eine deutliche Tendenz in Richtung früherer Werte. Auch der interregionale Vergleich zeichnet eher ein Bild von Stabilität als von Umbruch. Zwar ist zu konstatieren, dass die Einkommensverluste der 1990er Jahre in Venezuela relativ stark ausgefallen sind (Portes/Hoffman 2003), jedoch stehen gerade die ärmeren Bevölkerungsgruppen, was ihren Anteil am Gesamteinkommen angeht, heute wie auch in den 1970er/1980er Jahren vergleichsweise gut da (CEPAL 2006; 2009; SEDLAC siehe Anm. 7).

### 3.2 Soziale Klassen, Interessenlagen und Abhängigkeiten

In Beiträgen zu den Sozialstrukturen Lateinamerikas dominieren Analysen, die sich, wie die vorangegangenen Ausführungen, auf die Darstellung ökonomischer Maßzahlen zu Armut und Ungleichheit stützen. Besonders neuere Sozialstrukturanalysen, die das Schichten- oder Klassengefüge von Gesellschaften beschreiben, sind hingegen selten und meist ländervergleichend angelegt (Portes/Hoffman 2003; CEPAL 2000; 2003; Krumwiede 2002). Auf der Basis von Daten der 1990er Jahre wurde dabei gezeigt, dass die venezolanische Sozialstruktur für Lateinamerika durchaus typisch ist. Auffällig ist eine vergleichsweise geringe Beschäftigung im Agrarsektor, eine etwas erhöhte Beschäftigung im öffentlichen Dienst und ein relativ hoher Anteil an Mikrounternehmern und -unternehmerinnen (CEPAL 2000).

Die folgende Darstellung lehnt sich in Teilen an die Arbeiten von Portes (Portes 1985; Portes/Hoffman 2003) an, da dieser die Konstitutionsfaktoren sozialer Klassen über die Verfügung an Produktionsmittel hinaus auf Aspekte der Personalkontrolle, Bildung, Verregelung der Beschäftigung und Art der Vergütung erweitert.<sup>10</sup> Zudem berücksichtigt Portes lateinamerikanische Besonderheiten wie die Entstehung und Ausdehnung des informellen Sektors und die *strukturelle Heterogenität* einer Sozialstruktur, deren Gruppen sich aus "modernen" Produktionsformen der globalisierten Ökonomie, aber auch aus quasi vormodernen, meist ländlichen Besitz- und Arbeitsbeziehungen ergeben können. Abweichend wird im Folgenden stärker auf Teilklassen Bezug genommen wie Arbeiter und Angestellte bzw. Staatsdienst und Privatwirtschaft. Zudem werden Arbeitslose als eigene (klassenlose) Gruppe

---

10 Portes akzeptiert mit den genannten Konstitutionsfaktoren die weberianischen Modifikationen für sein Modell und steht damit unorthodoxen oder auch nicht marxistischen Klassenanalysen deutlich näher als orthodox marxistischen Ansätzen.



behandelt, um einen größeren Anteil der Bevölkerung in die Betrachtung einzubeziehen.<sup>11</sup>

Wie Übersicht 7 zeigt, haben sich die wirtschaftlichen und politischen Konjunkturen der vergangenen zehn Jahre auch auf die Sozialstruktur Venezuelas ausgewirkt, denn die anteilige Bedeutung einzelner Klassen schwankt unweigerlich auch mit der Zahl der Arbeitslosen. Diese machten im Krisenjahr 2003 fast 20% der ökonomisch aktiven Bevölkerung aus. 2006 lag die entsprechende Quote dagegen wieder in etwa auf dem Niveau von Mitte der 1990er Jahre. Mit den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen seit 1998 ist ein anteiliger Rückgang der *Besitzklassen* einhergegangen, d.h. derjenigen Gruppen, die Kapital- und sonstigen Produktionsmittelbesitz vorweisen können und als Arbeitgeber/innen von Beschäftigten in kleinen, mittleren und Großunternehmen fungieren. Ihr Anteil lag 2006 – nicht zuletzt aufgrund von Betriebsschließungen und Abwanderung – bei unter einem Prozent; in absoluten Zahlen hat sich diese Gruppe leicht erholt und umfasste 2006 wieder knapp 120.000 Personen. Deutlicher gewachsen ist zwischen 2003 und 2006 hingegen die Klasse der *Angestellten in Führungspositionen* (rd. 2%), die sich vor allem durch die Verfügungsgewalt über angestelltes Personal auszeichnen. Sie handeln in der Privatwirtschaft – aber teilweise auch in Staatsbetrieben – quasi unternehmerisch und werden dementsprechend vergütet. Als Führungskräfte in Behörden stellen sie die Elite der Bürokraten. Die *Professionelle Elite* (gut 6%) besteht demgegenüber aufgrund ihres Privilegs einer höheren Bildung aus relativ gut bezahlten und sozial abgesicherten Technikern und Fachleuten. Auffällig ist dabei, dass innerhalb dieser sozialen Klasse insbesondere die Bedeutung der Staatsangestellten (rd. 4,5%) seit 1995 trotz immer wiederkehrender Krisen kontinuierlich zugenommen hat. Die Gruppe der höheren und hohen Staatsangestellten innerhalb der zuvor genannten Klassen ist zwischen 1998 und 2006 von etwa 350.000 auf gut 600.000 Personen angewachsen und personell zu guten Teilen ausgetauscht worden.<sup>12</sup> In Teilen bilden sie eine große Fraktion jener

---

11 Zu beachten ist – dies ist eine Schwäche der meisten Klassen- und Schichtanalysen –, dass ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung aufgrund der Konzentration auf die Sphäre der Erwerbsarbeit unberücksichtigt bleibt (Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren, Rentner, Hausfrauen etc.). 2006 war knapp die Hälfte der gesamten venezolanischen Bevölkerung und nahezu 70% der Bevölkerung älter als 15 Jahre ökonomisch aktiv.

12 Der gesamte öffentliche Sektor ist zwischen 1998 und 2006 von schätzungsweise 1,2 auf etwa 1,6 Mio. Personen angewachsen und stellt mehr als 13% der ökonomisch aktiven Bevölkerung. Ein großer Anteil entfällt dabei auf die Klasse der „Professionellen Elite“ im Staatsdienst, die um etwa 250.000 Personen zugenommen hat. Für die aktuelle und

Gruppe, die in Venezuela unter der wenig schmeichelhaften Bezeichnung der *Boliburgesia* (in etwa: bolivarianisches Bürgertum, gemeint sind besser gestellte regierungsnahe Profiteure) zusammengefasst wird. Zählt man hierzu auch Teile der Wirtschaftselite, dürfte diese "bolivarianische Elite" aktuell sicher bei bis zu einigen hunderttausend Personen zu veranschlagen sein.<sup>13</sup> Nicht zuletzt aufgrund dieses Machtblocks sollten die politischen Gegensätze, die innerhalb der drei dominanten Klassen zwischen Staatsdienst und Privatwirtschaft unterstellt werden können, nicht überbewertet werden. Allein die Existenz regierungsnaher Unternehmerverbände (EMPREVEN, FEDEINDUSTRIA) beweist, dass sich nennenswerte Teile der Privatwirtschaft mit den politischen Verhältnissen arrangiert haben und offenbar eine effektive Lobbyarbeit betreiben. Hieraus resultiert das gemeinsame Besitzstandsinteresse, die eigenen Privilegien aufrecht zu erhalten und radikale Umverteilungen abzulehnen.

Auch im *Kleinbürgertum*<sup>14</sup> (rd. 7%) hat sich – ähnlich wie in den Besitzklassen – der Anteil der Unternehmerinnen und -unternehmer (Mikrounternehmen) und der gut gebildeten Freiberufler/innen seit 1995 spürbar auf gut 4% im Jahr 2006 verringert. Der Anteil der abhängig Beschäftigten hat sich hingegen in dieser Klasse nach 2003 wieder erholt (rd. 3%). Letztere sind tendenziell aufstiegsorientiert, denn aufgrund ihres Bildungsniveaus steht vielen der Zugang in die "Professionelle Elite" und damit zu mehr Sicherheit und Einkommen offen. Inhaber/innen von Mikrounternehmen beschäftigen

---

zukünftige Situation ist zusätzlich die Welle von Verstaatlichungen großer Betriebe der Sektoren Erdöl, Nahrungsmittel, Telekommunikation, Elektrizität, Stahl, Banken und Zement nach dem Jahr 2006 in Rechnung zu stellen. Nicht zuletzt dadurch lag der Anteil der Staatsangestellten nach Angaben des INE 2010 bei 2,4 Mio. Personen und macht somit etwa 20% aller Beschäftigten aus. Damit hat der öffentliche Sektor im fünften Jahr in Folge anteilsmäßig deutlich zugenommen (<[www.ine.gob.ve](http://www.ine.gob.ve)>; 19.10. 2010).

13 Die tatsächliche Zahl ist allein aufgrund der Unschärfe des Begriffs schwer zu schätzen. Versteht man darunter nur den innersten Machtzirkel aus Politik und Wirtschaft, handelt es sich sicher um nicht mehr als einige Tausend, maximal einige zehntausend Personen. In Debatten der bolivarianischen Linken werden deren Vertreter – insbesondere, wenn sie der Privatwirtschaft nahe stehen – häufig als "endogene Rechte" bezeichnet.

14 Häufig wird das Kleinbürgertum als "Informal Petty Bourgeoisie" (Portes 1985) oder "upper-tier informal sector" (Waldmann 1997) bezeichnet, da Mikrounternehmer und -unternehmerinnen als wichtigste Arbeitgeber/innen der Beschäftigten des informellen Sektors angesehen werden. Klassisch erstreckt sich das Kleinbürgertum jedoch – wie auch im Folgenden – ebenso auf mittlere Angestellte, die zwar gewisse Bildungsvorteile aufweisen, jedoch gleichzeitig vergleichsweise schlecht bezahlt und abgesichert werden und damit latent von "Proletarisierung" bedroht sind.

**Übersicht 7: Soziale Klassen in Venezuela**  
(in % der ökonomisch aktiven Bevölkerung; je 1995, 1998, 2003, 2006)

<b>(I) Besitzklassen</b> 1,4 1,4 0,8 0,9	darunter		<b>(II) Angestellte in Führungs- positionen</b> 1,5 2,1 0,8 2,0	darunter	
	(I.I) Grund- besitzer	(I.II) Unternehmer		(II.I) Staatsdienst	(II.II) Privat- wirtschaft
	0,3	1,1		0,4	1,1
	0,3	1,1		0,7	1,1
	0,3	0,6		0,2	1,4
<b>(III) Professionelle Elite</b> 4,6 4,8 5,0 6,3	darunter				
	(III.I) Staatsdienst			(III.II) Privatwirtschaft	
	3,0			1,6	
	3,1			1,7	
	3,5			1,5	
<b>(IV) Klein- bürgertum</b> 8,4 7,7 6,0 7,1	darunter				
	(IV.I) Kleinunternehmer, Freiberufler			(IV.II) Abhängig Beschäftigte	
	4,8			3,6	
	4,6			3,1	
	4,1			1,9	
<b>(V) Formell Beschäftigte</b> 25,4 24,8 19,7 22,9	darunter				
	(V.I) Landarbeiter		(V.II) Arbeiter		(V.III) Angestellte
	0,7		6,6		18,0
	0,9		6,6		17,3
	0,9		3,7		15,1
<b>(VI) Mitglieder von Kooperativen</b> 0,3 0,9 4,5 5,6	<b>(VII) Informeller Sektor (nicht offiziell)</b> 47,9 46,4 43,2 44,9	darunter			
		(VII.I) Landlose, Landarbeiter	(VII.II) Beschäftigte auf eigene Rechnung		(VII.III) Abhängig Beschäftigte
		10,2	21,3		16,4
		7,0	23,1		16,4
		6,5	21,3		15,5
5,4	22,1		17,5		
<b>Arbeits- lose (nicht offiziell)</b> 10,5 11,8 19,9 10,4					

**Arbeits-  
lose**  
(nicht  
offiziell)  
10,5  
11,8  
19,9  
10,4

**Ökonomisch aktive Bevölkerung** (nicht offiziell): alle Beschäftigten (inkl. Gelegenheitsarbeiter), aktiv Arbeit suchende und grundsätzlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Personen älter als 14 Jahre

**Soziale Klassen:** (I) **Besitzklassen:** Unternehmer mit 5 oder mehr Angestellten; (II) **Ange-stellte in Führungspositionen:** Manager, Verwalter, Geschäftsführer in Unternehmen mit 5 oder mehr Angestellten; (III) **Angestelltenelite:** angestellte Fachleute oder Techniker mit höherer Bildung, durch den Arbeitgeber sozialversichert (IV) **Kleinbürgertum:** Unternehmer bzw. Manager, Verwalter, Geschäftsführer in Unternehmen mit weniger als 5 Angestellten; freiberuflich tätige Techniker und Fachleute mit mindestens mittlerer Bildung; angestellte

Fachleute oder Techniker mit mindestens mittlerer Bildung, durch den Arbeitgeber nicht sozialversichert; **(V) Formell Beschäftigte**: einfache Arbeiter oder Angestellte, durch den Arbeitgeber sozialversichert; **(VII) Informeller Sektor**: einfache Arbeiter oder Angestellte, durch den Arbeitgeber nicht sozialversichert; freiberuflich Tätige (ohne Techniker und Fachleute mit mindestens mittlerer Bildung); mithelfende Familienangehörige, unentgeltlich helfende Dritte, Gelegenheits-, Aushilfsarbeiter.

Quelle: INE, Encuesta de Hogares por Muestreo; eigene Berechnungen.

dagegen einen großen Teil der abhängig Beschäftigten des informellen Sektors und damit einen gewichtigen Prozentsatz der ökonomisch aktiven Bevölkerung. Solange keine alternativen Beschäftigungskonzepte gefunden werden, hat der Staat ein vitales Interesse an der Arbeitgeberfunktion des Kleinbürgertums und ist gezwungen, dessen Profitbedingungen, die u.a. in der Verfügbarkeit billiger Arbeitskraft bestehen, zu respektieren. In absoluten Zahlen ist auch das Kleinbürgertum angewachsen und umfasste 2006 knapp 900.000 Personen.

Gleiches gilt für die Klasse der formell Beschäftigten, die seit 1995 von gut 2 auf knapp 3 Mio. Personen im Jahr 2006 zugenommen hat. *Formell Beschäftigte* unterscheiden sich vom informellen Sektor vor allem dadurch, dass sie meist ein regelmäßiges Gehalt beziehen und der Arbeitgeber für sie Sozialbeiträge abführt. Demgegenüber besteht die Gemeinsamkeit darin, dass sie in der Regel über wenig Bildung, keinen Zugang zu Produktionsmitteln und über keine Personalgewalt verfügen. Der Anteil der Beschäftigten im formellen Sektor hat mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit von 1995 bis 2003 von gut einem Viertel auf knapp ein Fünftel abgenommen. Erst die wirtschaftliche Erholung der letzten Jahre hat wieder zu einem Anstieg der formellen Beschäftigung geführt, die jedoch mit knapp 23% im Jahr 2006 nach wie vor unterhalb des Wertes von 1995 lag. Übersicht 7 zeigt zudem, dass der überwiegende Teil der formell Beschäftigten der Gruppe der Angestellten zugerechnet werden muss und die klassische Arbeiterschaft hier wie auch im informellen Sektor eine Minderheit darstellt. Den formell Beschäftigten kann das vorrangige Interesse unterstellt werden, eine Situation bloßer Existenzsicherung, wie sie für große Teile der informell Beschäftigten typisch ist, vermeiden zu wollen, denn abgesehen von einer sozialen Grundabsicherung verdienen sie im Mittel deutlich besser oder beziehen – wie z.B. die Arbeiter/innen im Staatsdienst – sogar überdurchschnittliche Löhne.

Der informelle Sektor stellt mit mehr als 40% der ökonomisch aktiven Bevölkerung die mit Abstand größte soziale Klasse in Venezuela dar. In absoluten Zahlen ist er von schätzungsweise 5 auf 6,5 Mio. Personen im Jahr

2006 angewachsen. Sein Alleinstellungsmerkmal ist die fehlende soziale Sicherung bzw. die nicht vorhandene Verregelung von Beschäftigung und Einkommen. Die wirtschaftliche Situation der Betroffenen ist prekär und häufig auf bloße Absicherung der Grundbedürfnisse gerichtet ist. Insgesamt hat der informelle Sektor 2006 wieder einen etwas größeren Anteil an der ökonomisch aktiven Bevölkerung eingenommen als im Jahr 2003. Neben der kleinen und konstant schrumpfenden Gruppe der informellen Landarbeiter und Landarbeiterinnen bzw. Landlosen (rd. 5,5%),<sup>15</sup> sind weitere etwa 17% der ökonomisch aktiven Bevölkerung abhängig Beschäftigte, die sich häufig in einer quasi symbiotischen und weitgehend unregulierten Beziehung zu den Mikrounternehmer/Innen des Kleinbürgertums befinden (Portes/Hoffman 2003). Mit 22% besteht der größte Teil des informellen Sektors jedoch aus Personen, die auf eigene Rechnung einer Beschäftigung nachgehen. Sie fungieren als Verkäufer von Waren und Dienstleistungen im Rahmen des kapitalistischen Verwertungssystems. Etwa die Hälfte von ihnen, also rund 1,2 Mio. Personen, arbeiteten 2006 als sogenannte *buhoneros* (als informelle Händler auf der Straße oder in kleinen Ladenlokalen), deren Schicksal in jüngster Zeit verstärkt zum Politikum geworden ist. Als Teil der benachteiligten Sektoren durch den Chavismus zunächst umworben und in ihrer Tätigkeit wenig begrenzt, versucht man sie jetzt zur Wiedergewinnung des öffentlichen Raumes und im Interesse des klassischen (kleinbürgerlichen) Einzelhandels aus einigen Innenstädten (insbes. von Caracas) fernzuhalten bzw. in feste, jedoch bislang nicht ausreichende Märkte umzusiedeln.

Der Kooperativensektor, der sich durch den kollektiven Besitz beschränkter und staatlich subventionierter Produktionsmittel auszeichnet, ist über einige Jahre hinweg in seiner Bedeutung sprunghaft angestiegen und machte 2006 fast 6% der ökonomisch aktiven Bevölkerung aus (etwa 700.000 Personen).<sup>16</sup> Weil die kooperative Produktionsform in ihrer Anlage

---

15 Diese Teilklasse ist die einzige der dargestellten Gruppen, die trotz Bevölkerungswachstums auch in absoluten Zahlen kontinuierlich abnimmt. Die gleichzeitige Zunahme formeller Landarbeiter deutet auf eine fortschreitende und weniger personalintensive Durchkapitalisierung eines kleinen Landwirtschaftssektors hin und macht die These der strukturellen Heterogenität – i.S. eines quantitativ bedeutsamen Fortbestehens quasi-feudaler Abhängigkeitsverhältnisse – für Venezuela insgesamt (nicht unbedingt für Teilregionen) weitgehend obsolet.

16 Nach Angaben der *Superintendencia Nacional de Cooperativas* (SUNACOOP) waren 14% der ökonomisch aktiven Bevölkerung in dieser Produktionsform engagiert (<[www.sunacoop.gob.ve/sector\\_cooperativo.html](http://www.sunacoop.gob.ve/sector_cooperativo.html)>; 01.12.2007; PROVEA 2008). Diese Angabe stellt, wie die Zahlen auf Basis der EHM zeigen, eine deutliche Überschätzung dar, denn nicht jedes Mitglied einer Kooperative bezieht hieraus sein Haupteinkommen.

einen Sonderfall kollektiven Wirtschaftens darstellt (Fernández 2006), werden die *Mitglieder von Kooperativen* hier als eigene soziale Klasse aufgeführt. Ob ihnen wirklich ein homogener Klassencharakter zukommt, muss hingegen die zukünftige Entwicklung zeigen. Einiges deutet darauf hin, dass der Bestand vieler Kooperativen ohne die Unterstützung des Staates (z.B. über die gezielte Vergabe öffentlicher Aufträge) gefährdet ist und die Betroffenen mithin von Arbeitslosigkeit oder Informalität bedroht sind (Colina Rojas 2006; Ellner 2007). Für Letzteres spricht auch, dass Kooperativen häufig im Rahmen von *outsourcing*-Strategien auch von Staatsunternehmen unter Vertrag genommen werden, um damit Kollektivverträge und Festanstellungen zu unterlaufen (Freitez Amaro 2008). Zudem ist nicht auszuschließen, dass viele funktionierende Kooperativen *de facto* als Mikro- oder Kleinunternehmen agieren und somit, ähnlich wie diese, im Kern kapitalistische Interessenslagen aufweisen.

#### 4. Schlussfolgerungen – Sozialstruktur, Wirtschaft und Politik

Die Sozialstruktur Venezuelas ist seit dem Amtsantritt der Regierung Chávez weitgehend stabil geblieben. Sie hat einige eher geringfügige Verschiebungen durchlaufen, die jedoch ihren Charakter als typisches lateinamerikanisches Sozialgefüge nicht grundlegend verändert haben. Auch die angedeuteten politisch relevanten Interessenskonstellationen offenbaren ein stark fraktioniertes Klassengefüge mit typischen gegenseitigen Abhängigkeiten (Kap. 4.2). Übereinstimmend hiermit zeigen Wahl- und Befragungsdaten, dass die Trennung der politischen Lager nur bedingt entlang sozioökonomischer Konfliktlinien verläuft (España/Ponce 2008; Welsch/Reyes 2004; 2006) und dass antikapitalistische Werthaltungen oder Bekenntnisse zum Sozialismus nur von einer Bevölkerungsminderheit geteilt werden (Briceño-Leon 2006; Datos 2008). Entsprechend hat auch das Ergebnis des Referendums zur Verfassungsreform vom Dezember 2007 gezeigt, dass es für die angestrebten weitreichenden Reformvorschläge keine Mehrheit unter den Wahlberechtigten gab. Selbst die "klassische" Wählerschaft des Präsidenten – und dies hat bei den Regionalwahlen 2008 sowie den Parlamentswahlen 2010 wiederum einige Bestätigung gefunden – scheint zu gewichtigen Teilen bereit zu sein, ihre Unterstützung gegebenenfalls zu verwehren. Eine Sozial-

---

SUNACOOOP veröffentlicht zudem keine Zahlen darüber, wie viele der eingeschriebenen Kooperativen tatsächlich aktiv sind. Schätzungen hierzu, u.a. aus öffentlichen Quellen, schwanken für 2007/2008 zwischen 10 und 35% (PROVEA 2008; Freitez Amaro 2008).

struktur, innerhalb derer eine Mehrheitsklasse oder die Mehrheit der Klassen *notwendigerweise* geschlossen den aktuellen politischen Prozess unterstützen müsste, ist vor diesem Hintergrund nicht zu erkennen.

Zudem bleibt unklar, worauf das angestrebte “sozialistische” Gesellschaftsmodell ökonomisch basieren soll. Die oppositionellen Fraktionen in Wirtschaft und Gesellschaft können das Land in Auseinandersetzungen stürzen, die schwere soziale Schäden hinterlassen (Kap. 3, Kap. 4.2). Daraus folgt, dass eine radikale sozialistische Umformung von Wirtschaft und Gesellschaft als Politikoption kaum zur Verfügung steht, wenn die relative politische Stabilität der vergangenen Jahre nicht gefährdet werden soll. Entsprechend werden die privaten Wirtschaftsinteressen, von Verstaatlichungen in einigen strategischen Sektoren abgesehen, bisher grundsätzlich respektiert. Insbesondere die Verdienstmöglichkeiten der nationalen Bourgeoisie sind – im Gegensatz zu den Interessen der transnationalen Konzerne – von den bisherigen Maßnahmen recht wenig tangiert worden. Parallel hierzu scheint sich zunehmend eine quasi “staatssozialistische” Bürokratenkaste zu etablieren, die über Spitzenlöhne und korrupte Praktiken einen rasanten sozialen Aufstieg vollzieht.

Gleichzeitig sind die Ansätze einer neuen “sozialen Ökonomie”, die zunächst über Kooperativen einen sukzessiven Umbau befördern sollte, äußerst schwach geblieben (Ellner 2007; PROVEA 2008). Ihre Zukunft ist auch deshalb ungewiss, weil der Staat aufgrund negativer Erfahrungen das Interesse an der Förderung dieser Produktionsform weitgehend verloren zu haben scheint. Inwiefern vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen aktuelle Ansätze einer ökonomischen Umstrukturierung mehr sein können als vorübergehende Instrumente zur Verteilung der Ölrente bleibt abzuwarten. Stattdessen basiert das Wirtschaftswachstum heute wie früher auf einem staatlich dominierten, ölgetriebenen Investitions- und Konsummodell, das die seit Langem für notwendig erachtete Diversifizierung der Ökonomie eher behindert als fördert (Scaglione 2008; Baptista 2005) und dessen Entwicklungsbilanz, dies zeigt der HDI (Kap. 3.1), langfristig allenfalls Mittelmaß ist.

Im Rahmen dieses Modells ist es dem venezolanischen Staat über eine expansive Wirtschafts- und Sozialpolitik und mit Hilfe der seit 2004 auf ein historisches Rekordniveau gestiegenen Öleinnahmen gelungen, einen Teil seiner Einnahmen erfolgreich nach unten zu verteilen. Einkommensungleichheit und -armut haben in den vergangenen Jahren abgenommen, der Konsum ist gestiegen und über neu geschaffene Institutionen werden Bildungstitel in Aussicht gestellt, die Aufstieg und Prestige verheißen. Aller-

dings ist diese Politik, wie auch jene früherer Regierungen, in weiten Teilen assistenzialistisch geprägt. Durch Gesundheits- (*Barrio Adentro*, Gesundheitsstationen, Diagnosezentren etc.) und Ernährungsprogramme (*Mercal*, subventionierte Nahrungsmittel) und vieles mehr fokussiert sie nicht ohne Erfolg auf die Verbesserung der Lebensbedingungen vornehmlich der ärmeren Bevölkerungssektoren. Da gleichzeitig jedoch der Aufbau eines umfassenden, umverteilenden und nachhaltigen Sozialsystems nicht angegangen wird, behält die chavistische Sozialpolitik einen stark klientelistischen und wenig nachhaltigen Beigeschmack (Alvarado Chacín 2005). Sie lässt nach Angaben kritischer Beobachter aufgrund von Korruption und Versorgungsproblemen eine zuverlässige und systemverändernde Qualität vermissen und zeigt wegen der fehlenden Institutionalisierung ihrer Dienste und Finanzierungsgrundlagen Anzeichen von Verschleiß und abnehmender Reichweite (PROVEA 2007; 2008; D’Elia/Cabezas 2008).

Für die 1970er und frühen 1980er Jahre ist gezeigt worden, dass eine ähnlich expansive Politik vorübergehend eine Art *Klassenkompromiss* befördern kann, der darauf basiert, dass für eine gewisse Zeit alle sozialen Sektoren auf die ein oder andere Art vom Ölreichtum des Landes profitieren (Neuhouser 1992). Die aktuelle Entwicklung der Einkommensverteilung zeigt entsprechend, dass auch besser gestellte Sektoren im Schatten der Armutsreduzierung durchaus Zuwächse verzeichnen können (Kap. 4.1; Scaglione 2008). Aufgrund dieser Parallelen – mit denen die politischen Gegensätze nicht überdeckt werden sollen – erklärt sich die Dynamik von Armut und sozialer Ungleichheit in der jüngeren Geschichte Venezuelas als Zusammenwirken von Ölpreiskonjunktur und politischem Handeln: Ein konsumorientierter Lebensstil (Briceño-Leon 2005; Angotti 1998) überformt in Konjunkturzeiten die sozialen Gegensätze und mildert über sozial- und wirtschaftspolitische Verteilungsmechanismen die schlimmsten sozialen Auswüchse einer abhängigen Ökonomie. Sind staatliche Gelder reichlich vorhanden, können Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Informalität reduziert werden, ohne dass dies für die dominanten Klassen allzu schmerzhaft ausfällt. An der Lebenslage von Menschen in Armut ändert sich dadurch – das zeigt die Armutsentwicklung gemäß NBI (Kap. 3.2) – jedoch strukturell relativ wenig.

Zudem bleibt auch unter einem solchen politischen Regime der individuelle Wohlstand vom Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum, d.h. vom ungleichen Zugang zur staatlichen Ölrente, abhängig (Boeckh 1997). Die in der Folge stark renteninduzierte Sozialstruktur Venezuelas erweist sich im



Vergleich zu anderen Ländern der Region nicht zuvorderst in krassen quantitativen Unterschieden der Klassengröße, sondern vor allem in deren stärkerer Abhängigkeit von staatlichen Subventionen, Löhnen und sonstigen Vergünstigungen. Bei abnehmenden finanziellen Ressourcen fehlt diesen Verteilungsstrukturen die produktive Basis, sodass große Teile der Bevölkerung wie in den 1980er und 1990er Jahren von sozialem Abstieg bedroht sind, während andere, mächtigere Gruppen ihre Pfründe zu wahren wissen. Die Erfahrung zeigt, dass das politische und soziale Stabilisierungspotenzial bevölkerungsreicher Rentenstaaten wie Venezuela in solchen Zeiten begrenzt ist (Basedau/Lacher 2006). Schon in früheren Krisen versagte die politische Klasse in der Re-Equilibrierung eines delegitimierten politischen Systems (McCoy/Smith 1995; Buxton 2003) und bei der sozialen Abfederung wirtschaftlicher Liberalisierungsversuche (Coker 1999; Lander 2005). Einiges spricht vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen dafür, dass die venezolanische Gesellschaft unter dem bestehenden Wirtschaftsmodell auch in sozialer und politischer Hinsicht krisenanfällig bleiben wird.

Solange die Abhängigkeit des Landes von den Öleinnahmen fortbesteht und sich keine diversifizierte und krisenfestere ökonomische Basis entwickelt, wird das historisch gewachsene soziale Gerüst der venezolanischen Gesellschaft deshalb mit all seinen Bruchstellen erhalten bleiben. Allein die sehr hohe Inflation, eine immer wiederkehrende Begleiterscheinung der venezolanischen Rentenökonomie, droht bereits heute, die konjunkturell bedingten Einkommenszuwächse der benachteiligten Sektoren aufzuzehren. Die stagnierenden Armutsziffern (Kap. 3.1) sind Ausdruck dessen und rufen in Erinnerung, dass in Venezuela Armut und Ungleichheit in Krisenzeiten sprunghaft ansteigen können. Daher ist es das wahrscheinlichste Szenario, dass es auch unter der Regierung Chávez zu einer radikalen und egalisierenden Umwälzung der venezolanischen Gesellschaft nicht kommen wird. Dagegen sprechen neben den fehlenden wirtschaftspolitischen Konzepten auch die legitimatorische Abhängigkeit der Politik von der Arbeitgeberfunktion der Privatwirtschaft und das Besitzstandsinteresse regierungsnaher Fraktionen der dominanten Klassen. Die Regierung wird vor diesem Hintergrund weiterhin versuchen, über Sozialprogramme und Partizipationsangebote die Lebensqualität der benachteiligten Sektoren – subjektiv wahrgenommen oder objektiv messbar – zu verbessern, um sich auch zukünftig die Unterstützung für ein politisches Projekt zu sichern, dessen ‘revolutionärer’ Gehalt in Bezug auf die venezolanische Klassen- und Sozialstruktur bislang Rhetorik geblieben ist.

## Literaturverzeichnis

- Alvarado Chacín, Neritza (2005): "Populismo, Democracia y Política Social en Venezuela". In: *Fermentum*, 15, 44, S. 305-331.
- Angotti, Tom (1998): "The Political Economy of Oil, Autos, and the Urban Environment in Venezuela". In: *Review of Radical Political Economics*, 30, 4, S. 98-115.
- Baptista, Asdrúbal (2005): "El capitalismo rentístico. Elementos cuantitativos de la economía venezolana". In: *Cuadernos del CENDES*, 22, 60, S. 95-111.
- (2006): *Bases cuantitativas de la economía venezolana 1830-2002*. Caracas.
- Basedau, Matthias/Lacher, Wolfram (2006): *A Paradox of Plenty? Rent Distribution and Political Stability in Oil States* (GIGA Working Papers No. 24). Hamburg.
- Boeckh, Andreas (1997): "Venezuela: Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes". In: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der Internationalen Politik*. Opladen, S. 285-315.
- Briceño-León, Roberto (2005): "Petroleum and Democracy in Venezuela". *Social Forces On-line. Latin American Sociologies* (<[www.socialforces.unc.edu/epub/latinamerican/Briceño-León.pdf](http://www.socialforces.unc.edu/epub/latinamerican/Briceño-León.pdf)>; 05.12.2010).
- (2006): "Ética de la riqueza". In: *Espacio Abierto*, 15, 1/2, S. 35-54.
- Buxton, Julia (2003): "Pacts and Polarization in Venezuela". In: *Iberoamericana. Revista Nórdica de Estudios Latinoamericanos y del Caribe*, 33, 1, S. 31-52.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2000): *Panorama social de América Latina 1999-2000*. Santiago de Chile.
- (2003): *Panorama social de América Latina 2002-2003*. Santiago de Chile.
- (2004a): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe 2004*. Santiago de Chile.
- (2004b): *Panorama social de América Latina 2004*. Santiago de Chile.
- (2005): *Panorama social de América Latina 2005*. Santiago de Chile.
- (2006): *Panorama social de América Latina 2006*. Santiago de Chile.
- (2009): *Panorama social de América Latina 2008*. Santiago de Chile.
- Coker, Trudie O. (1999): "Globalization and State Capital Accumulation. Deteriorating Economic and Political Rights in Venezuela". In: *Latin American Perspectives*, 26, 5, S. 75-91.
- Colina Rojas, Ali (2006): "El nuevo cooperativismo venezolano: Una caracterización basada en estadísticas recientes". In: *Cayapa. Revista venezolana de economía social*, 6, 12, S. 227-248.
- D'Elia, Yolanda/Cabezas, Luis F. (2008): *Las misiones sociales en Venezuela*. Caracas.
- Datos: (2006): *Perspectivas sociales de 2006 de VenAmCham*. Caracas.
- (2008). *Perspectivas del consumidor y de la opinión pública. Ponencia VenAmCham*. Caracas.
- Ellner, Steve (2007): *The Trial (and Errors) of Hugo Chávez* (<[www.venezuelanalysis.com/analysis/2572](http://www.venezuelanalysis.com/analysis/2572)>; 01.12.2007).
- España, Luis/Ponce, Gabriela (2008): "Estudio Participación socio-política en Venezuela. Una aproximación cuantitativa". In: *SIC, LXXI*, 705, S. 207-226.

- España, Luis (2006): "Las cifras de la pobreza en Venezuela. De las medias verdades a la utilidad verdadera". In: *SIC*, *LXIX*, 682, S. 52-55.
- Feres, Juan Carlos/Mancero, Xavier (2001): *El método de las necesidades básicas insatisfechas (NBI) y sus aplicaciones en América Latina*. Santiago de Chile.
- Fernández S., María E. (2006): "Las cooperativas: organizaciones de la economía social e instrumentos de participación ciudadana". In: *Revista de ciencias sociales*, *xii*, 2, S. 237-253.
- Freitez Amaro, Nelson (2008): "El cooperativismo venezolano antes y durante el siglo XXI. ¿Rentista?". In: *SIC*, *LXXI* 709, S. 401-406.
- Fundación Escuela Gerencia Social (2007): *Una mirada al Índice de Desarrollo Humano en Venezuela* (Boletín Social, 4).
- Katzman, Ruben (1995): *La medición de las Necesidades Básicas Insatisfechas en los censos de población*. Montevideo.
- Krumwiede, Heinrich W. (2002): "Soziale Ungleichheit und Klassenstruktur in Lateinamerika". In: Bendel, Petra/Krennerich, Michael (Hrsg.): *Soziale Ungerechtigkeit. Analysen zu Lateinamerika*. Frankfurt am Main, S. 57-80.
- Lander, Edgardo (2005): "Venezuelan Social Conflict in a Global Context". In: *Latin American Perspectives*, 32, 2, S. 20-38.
- McCoy, Jennifer L./Smith, William C. (1995): "Democratic Disequilibrium in Venezuela". In: *Journal of Interamerican Studies and World Affairs*, 37, 2, S. 128-161.
- Neuhouser, Kevin (1992): "Democratic Stability in Venezuela: Elite Consensus or Class Compromise?". In: *American Sociological Review*, 57, 1, S. 117-135.
- Portes, Alejandro (1985): "Latin American Class Structures: Their Composition and Change during the Last Decades". In: *Latin American Research Review*, 20, 3, S. 7-39.
- Portes, Alejandro/Hoffman, Kelly (2003): "Latin American Class Structures: Their Composition and Change during the Neoliberal Era". In: *Latin American Research Review*, 38, 1, S. 41-82.
- PROVEA (Hrsg.) (2007): *Informe Anual Octubre2006/Septiembre 2007. Situación de los derechos humanos en Venezuela*. Caracas.
- (2008): *Informe Anual Octubre2007/Septiembre 2008. Situación de los derechos humanos en Venezuela*. Caracas.
- Riutort, Matías (2006): "Ingreso, desigualdad y pobreza: 1995-2005". In: *Temas de coyuntura*, 53, S. 77-114.
- (2007): "La economía venezolana en el 2007 y perspectivas para el 2008". In: *Temas de Conyuntura*, 56, S. 115-126.
- Scaglione, Matías D. (2008): "Behind the Discourse. Economic Policy and Performance in Chávez's Venezuela". In: *Lateinamerika Analysen*, 19, 1, S. 55-93.
- Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (2005): "Hegemoniezyklen in Lateinamerika – Einführung und Kontext". In: Boris, Dieter/Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hrsg.): *Lateinamerika: Verfall neoliberaler Hegemonie*. Hamburg, S. 7-39.
- Schuldt, Jürgen/Acosta, Alberto (2006): "Ölrenten und Unterentwicklung: ein unauflösbarer Zusammenhang?". In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 4, S. 63-79.
- UNDP (United Nations Development Programme) (2006): *Human Development Report 2006*. New York.

- (2007): *Human Development Report 2007/2008*. New York.
- (2010): *The Real Wealth of Nations. Human Development Report 2010*. New York.
- Venescopio (2005): *Pobreza. Cifras y explicaciones sobre la pobreza del país calculada mediante el método de la línea de pobreza* (Reporte mensual 01/01/05).
- Waldmann, Peter (1997): "Marginalität und informeller Sektor". In: Nohlen, Dieter/Waldmann, Peter/Ziemer, Klaus (Hrsg.): *Lexikon der Politik*. Band 4: *Die östlichen und südlichen Länder*. München, S. 327-338.
- (2000): "Gesellschaftliche Ungleichheit und gesellschaftliche Machtverhältnisse". In: Hirsch-Weber, Wolfgang/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Lateinamerika: ökonomische, soziale und politische Probleme im Zeitalter der Globalisierung*. Hamburg, S. 51-61.
- Weisbrodt, Mark/Sandoval, Luis/Rosnik, David (2006): *Poverty Rates in Venezuela: Getting the Numbers Right*. Washington, D.C.
- Welsch, Friedrich/Reyes, Gabriel (2004): "Chronik eines angekündigten Wahlsiegs". In: *Brennpunkt Lateinamerika*, 17, S. 185-196.
- (2006): "Quiénes son los revolucionarios? Perfil sociodemográfico y ideopolítico del Chavacismo". In: *Stockholm Review of Latin American Studies*, 1, S. 58-65.
- Werz, Nikolaus (1999): "Das Konzept der 'clase media' und die Mittelschichten in Lateinamerika". In: Becker, Bert/Rüland, Jürgen/Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Mythos Mittelschichten. Zur Wiederkehr eines Paradigmas der Demokratieforschung*. Bonn, S. 96-119.

Andrea Scholz/Alexander Mansutti Rodríguez

## **Situation der indigenen Bevölkerung: neue Vielfalt im multikulturellen Staat oder Einheitsstaat in multikultureller Verkleidung?**

### **1. Einleitung**

In fast allen Ländern Lateinamerikas leben indigene Gruppen als ethnische Minderheiten, ihre Herkunft geht auf die prähispanische Bevölkerung des Kontinents zurück.<sup>1</sup> Gemeinsam ist den lateinamerikanischen *indígenas* die jahrhundertlange Unterdrückung ihrer kulturellen Besonderheiten und Rechte. Seit 20-30 Jahren jedoch lässt sich sowohl in Lateinamerika als auch weltweit eine Tendenz zur Abkehr vom Modell des Einheitsstaates hin zur sukzessiven Anerkennung multikultureller<sup>2</sup> Realitäten und damit der formalen Gleichberechtigung indigener Gruppen innerhalb von Nationen beobachten (Assies/Hoekema/Haar 2000). In einigen Ländern findet eine zuvor nicht gekannte Ethnisierung der politischen Diskurse statt und die politische Partizipation der indigenen Bevölkerung manifestiert sich nicht mehr nur in sozialen Bewegungen, sondern auch durch direkte Beteiligung am Aufbau partizipativer Gesellschaftsformen (Bello 2004). Teilweise wirken indigene Gruppen sogar in Regierungen mit, z.B. in Form ethnischer Parteien (Marmon/Kramer 2006). Das bekannteste Beispiel ist hier sicherlich Bolivien mit seinem 2006 gewählten indigenen Staatspräsidenten, doch auch in Venezuela hat sich in den letzten zehn Jahren in Bezug auf die genannten Punkte

---

1 Damit haben wir bereits zwei Elemente der gängigen, im UN-Umfeld geprägten Definition für indigene Völker angesprochen (Abstammung, Minderheitenstatus), weitere Charakteristika sind besondere kulturelle Merkmale, die sie von der Mehrheitsbevölkerung unterscheiden, sowie die Selbstidentifikation (vgl. Stavenhagen 1988). Der Begriff "Völker" ist nicht im Sinne des Völkerrechts, sondern im Sinne der ILO-Konvention 169 zu verstehen (ILO 1989).

2 Die Begriffe "multi-" bzw. "interkulturell" stehen in der Kritik, da sie einen essentialistischen Kulturbegriff implizieren, in dem von einem Zusammenleben isoliert zu betrachtender Einzelkulturen ausgegangen wird (Welsch 1999). Im postkolonialen Lateinamerika, das von kulturellen Vermischungen und Neudefinitionen geprägt ist, erscheint eine solche Betrachtungsweise nicht gerechtfertigt. Da die Begriffe aber im politischen Diskurs in Lateinamerika üblich sind, werden sie im vorliegenden Text trotzdem verwendet.

vieles verändert. Seit 1999 gibt es z.B. eine feste Anzahl indigener Parlamentsabgeordneter.

Im Zentrum der Forderungen der indigenen Völker Lateinamerikas stehen zwei Themenbereiche. Zum einen die bereits genannte Anerkennung kultureller Vielfalt innerhalb der Nationalstaaten und die damit verbundene politische Partizipation der *indigenas*. Zum anderen die Anerkennung indigener Gruppen als Subjekte ihrer eigenen Geschichte, also das Recht auf selbst bestimmte Entwicklung (*etnodesarrollo*). Um dieses verwirklichen zu können, sind anerkannte und gesicherte indigene Territorien<sup>3</sup> und ein gewisses Maß an politischer Autonomie und Kontrolle über natürliche Ressourcen notwendig. Die indigenen Bewegungen sind heutzutage in der Regel gut organisiert und können auf die Unterstützung internationaler Organisationen und Konventionen sowie auf Verbündete aus anderen Bereichen, z.B. aus der Umweltbewegung, zählen. Dennoch finden wir in keinem lateinamerikanischen Land eine wirklich zufrieden stellende Situation in Bezug auf die beiden o.g. Kernanliegen: Der Anspruch der egalitären interkulturellen Beziehungen scheint in vielen Bereichen auf der diskursiven Ebene zu verbleiben, ohne dass damit eine entsprechende Praxis einherginge. Alte Muster der Dominanz und Kontrolle bleiben im Wesentlichen unverändert (Walsh 2000).

In Venezuela führte der Großteil der indigenen Gruppen seit der Unabhängigkeit und bis weit in das 20. Jahrhundert hinein ein sowohl von staatlichen Institutionen als auch vom Großteil der Bevölkerung wenig beachtetes Dasein als Minderheiten in unzugänglichen Grenzregionen, weitgehend ohne Rechte und politische Selbstbestimmung. Die *indigenas* im modernen Venezuela stellen zudem einen wesentlich geringeren Bevölkerungsanteil als in anderen Ländern der Andenregion, wie z.B. Bolivien oder Ecuador, und die Land- und Ressourcenkonflikte in ihren Siedlungsgebieten fanden lange Zeit außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung statt. Dass sich heute die meisten

---

3 Rechte auf Territorien sind Völkern zugehörig (im Sinne von sozialer bzw. politischer Kontrolle, Rechte auf Land sind darin begriffen), während Rechte auf Land im Sinne physischen Besitzes Individuen oder einzelnen Siedlungen zustehen. In Bezug auf indigene Völker ist es daher grundsätzlich angebracht, von Territorien zu sprechen, auch wenn diese Definition problematisch ist, da sie in ihrer extremen Auslegung mit dem territorialen Vorrecht des Nationalstaats in Konflikt kommen kann (Gutiérrez 2006; Bello 2005).

*criollos*<sup>4</sup> in den Großstädten weitab von indigenen Gebieten deutlich darüber bewusst sind, dass in ihrem Land indigene Gruppen leben, hat vermutlich vor allem mit globalisierten Bildern, übertragen z.B. durch Fernsehprogramme wie "Discovery Channel" zu tun. Auch die seit den 1970er Jahren bestehende nationale *indígena*-Bewegung spielt sicherlich eine gewisse Rolle, auch wenn diese im Vergleich zu anderen Ländern (z.B. Ecuador oder Kolumbien) bisher eher schwach und wenig repräsentiert war. Im letzten Jahrzehnt liegt das gesteigerte Interesse am indigenen Venezuela außerdem an der verstärkten politischen Partizipation der *indígenas* und der Anerkennung indigener Rechte in der bolivarianischen Verfassung, die 1999 verabschiedet wurde. Die Frage der Formulierung indigener Rechte in der *Carta Magna* war von erheblichen Kontroversen begleitet, über die auch in den Massenmedien berichtet wurde.

Im politischen Diskurs des Präsidenten, der bei seinem Amtsantritt von einer Neugründung der venezolanischen Nation sprach und rhetorisch in weiten Teilen den (ebenfalls globalisierten) Kanon indigener Forderungen aufnimmt, besetzen die indigenen (und afrikanischen) Wurzeln der venezolanischen Nation eine zuvor nicht gekannte prominente Position (Kozloff 2005; Vargas Arenas 2005). In der Präambel der Verfassung von 1999 wird erstmals der plurikulturelle und multilinguale Charakter der Nation deklariert, wodurch auch die AfrovenezolanerInnen und ImmigrantInnen mit ihren kulturellen Besonderheiten und ihrem Beitrag zur nationalen Identität anerkannt werden (Venezuela 2000).

In unserer Analyse gehen wir zu Beginn auf die Bevölkerungsentwicklung und -verteilung sowie auf die demographische und sozioökonomische Situation der indigenen Gruppen ein. Anschließend zeigen wir einige Eckpunkte der Geschichte des indigenen Venezuela seit der Eroberung auf. Der Schwerpunkt liegt hier zum einen auf den Veränderungen der rechtlichen Situation, zum anderen stellen wir die Entstehung und Entwicklung der indigenen Bewegung dar. Die Rahmeninformationen sind notwendig, um die Geschehnisse seit 1999 einzuordnen und Rückbezüge herstellen zu können. Auf dieser Grundlage analysieren wir die Rolle der indigenen Bewegung im bolivarianischen Venezuela und die Verankerung indigener Rechte in der Verfassung von 1999 und der darauf beruhenden Gesetzgebung. Schließlich

---

4 Die spanischsprachige Mehrheitsbevölkerung Venezuelas bezeichnet sich selbst als *criollos* und führt ihr Selbstverständnis auf eine Mischung aus europäischen, indigenen und afrikanischen Einflüssen zurück (Kuppe 1986).

widmen wir uns der Frage, ob und wie diese Rechte unter den neuen Ausgangsbedingungen verwirklicht werden.

## **2. Demographie und räumliche Verteilung, sozioökonomische und kulturelle Merkmale**

Im Jahre 2001 lebten in Venezuela nach dem offiziellen Zensus 534.816 Angehörige insgesamt 36 verschiedener indigener Gruppen (INE 2005). Im Gegensatz zu den vorherigen Volkszählungen wurde die indigene Bevölkerung 2001 unmittelbar in den nationalen Zensus mit eingeschlossen, wobei in den indigenen Gebieten ein besonderes System und in Städten und Dörfern, in denen *indígenas* und *criollos* leben, der normale Zensus eingesetzt wurde. Resultat waren erstmals flächendeckende Registereinträge der indigenen Bevölkerung Venezuelas und die vergleichsweise solide Angabe, dass 2001 2,2% der Bevölkerung nach den zugrunde liegenden Kriterien als indigen bezeichnet werden konnten (Allais 2004; CEPAL 2006).

Der offenkundigen Zunahme der indigenen Bevölkerung im Vergleich zu den letzten beiden Zensi (1982: 140.040 *indígenas*, 1992: 315.815 *indígenas*) liegen mehrere Faktoren zugrunde. Neben dem seit Jahrzehnten zu beobachtenden Wachstum, zurückzuführen u.a. auf hohe Geburtenraten bei sinkender Sterblichkeit aufgrund von Impfkampagnen und verbesserter Gesundheitsversorgung (Mansutti 1993), spielen auch technische Gründe eine Rolle. Zum einen ist hier das Fehlen klarer Kriterien zu nennen, um die in abgelegenen Gebieten lebende indigene Bevölkerung zu schätzen. Zum anderen existiert bis heute die Tendenz, nur denjenigen Teil der Bevölkerung als indigen anzuerkennen, der nicht oder nur wenig in das soziale und politische Leben des Landes integriert ist. Umgekehrt gelten dann Personen, die in Städten oder nicht traditionellen Gebieten leben und keine indigene Sprache sprechen, nicht als indigen, auch wenn sie sich selbst so bezeichnen würden. Im letzten Zensus wurde das Kriterium der Selbstbezeichnung erstmals mit flächendeckenden Befragungen kombiniert, was zu dem oben angegebenen hohen Ergebnis führte<sup>5</sup> (Allais 2004; CEPAL 2006). Dennoch ist anzunehmen, dass auch im letzten Zensus die indigene Bevölkerung immer noch

---

5 Im Unterschied zum Zensus von 1992 tauchen 2001 z.B. auch die Gruppen Chaima, Waikeri, Kumanagoto und Piritu auf, die gegenwärtig eine Phase der ethnischen Revitalisierung durchleben.



unterschätzt wurde, was an der schlechten Erreichbarkeit und zum Teil nicht genau bekannten Lokalisierung einiger indigener Siedlungen liegt.<sup>6</sup>

Das Bild ausschließlich traditionell, in abgelegenen Gebieten lebender *indígenas* entspricht in Venezuela nicht mehr der Realität. Die indigene Bevölkerung ist wie in anderen Ländern Lateinamerikas von Armut besonders betroffen, ihr Überlebenskampf führt häufig zu einer Aufgabe traditioneller Lebensformen und der Suche nach Alternativen im urbanen Umfeld (CEPAL 2006); nach dem Zensus von 2001 leben 66% der indigenen Bevölkerung in Städten. Dies hat vor allem mit dem hohen Anteil an urbanen Añú und Wayuu im Bundesstaat Zulia zu tun, Letztere sind mit fast 300.000 Mitgliedern bei Weitem die größte indigene Gruppe in Venezuela (INE 2005).

Die übrigen 34% der *indígenas* leben in ländlichen Regionen – meist in *comunidades*,<sup>7</sup> die nur von *indígenas* bewohnt werden – und in einigen gemischten Siedlungen, in denen *criollos* die Mehrheit stellen. Was die Siedlungsmuster der indigenen Bevölkerung betrifft, lässt sich eine allgemeine Tendenz zur Verdichtung feststellen, wobei öffentliche und private Dienstleistungen wie Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Geschäfte, etc. in den großen, sich weiter konsolidierenden indigenen *comunidades* bzw. Zentren der *comunidades* konzentriert sind, von denen eine steigende Anzahl kleinerer Siedlungen abhängen (Mansutti 1993; OCEI 1993; INE 2005). Tendenziell gehen die BewohnerInnen dieser kleinen Siedlungen eher traditionellen ökonomischen Aktivitäten nach (u.a. Feldbau für den Eigenbedarf, Jagd, Fischfang), während in den größeren die Lohnarbeit, z.B. im Dienste des Staates, zunehmend verbreitet ist. Insgesamt lässt sich aufgrund der erweiterten Möglichkeiten, einer Lohnarbeit nachzugehen, bei der indigenen Bevölkerung eine doppelte Tendenz zur Stratifizierung feststellen. Innerhalb der Gruppen verschärfen sich die Ungleichheiten zwischen denen, die an den durch die *criollo*-Gesellschaft vorgegebenen Möglichkeiten zur Ausnutzung der natürlichen Ressourcen (z.B. Bergbau, Tourismus) teilhaben oder im

---

6 Dies zeigte z.B. der Vergleich des INE-Zensus mit den Zensen der LehrerInnen im Sektor Bochinche (Imataca) im Rahmen der Forschungsarbeit der Autorin. In diesem Fall wurde die indigene Bevölkerung um ca. 50% unterschätzt. Nicht die Höhe der Ausfälle, sondern die Gründe dafür (siehe oben) dürften auch auf andere Regionen übertragbar sein.

7 Der Begriff *comunidad indígena* bezieht sich in erster Linie auf eine Organisationsform, die Art der Siedlung variiert je nach Gruppe bzw. Region. In manchen *comunidades* liegen die einzelnen Häuser zum Teil kilometerweit voneinander entfernt. Im Deutschen wird der Begriff in der Übersetzung „Dorf“, „Siedlung“ oder „Gemeinde“ nur unzureichend wiedergegeben bzw. erzeugt eine falsche Konnotation.

öffentlichen bzw. privaten Dienstleistungssektor angestellt sind, und auf der anderen Seite denjenigen, die sich vor allem traditionellen Wirtschaftsformen widmen und damit größere Schwierigkeiten haben, an Geld zu gelangen. Zum anderen verstärken sich die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Gruppen, die sich erfolgreicher in die *criollo*-Ökonomie integrieren und solchen, die vor allem deren Nachteile zu spüren bekommen, z.B. in Form von Umweltschäden (Clarac de Briceño 2002; Croes Esté 2003).

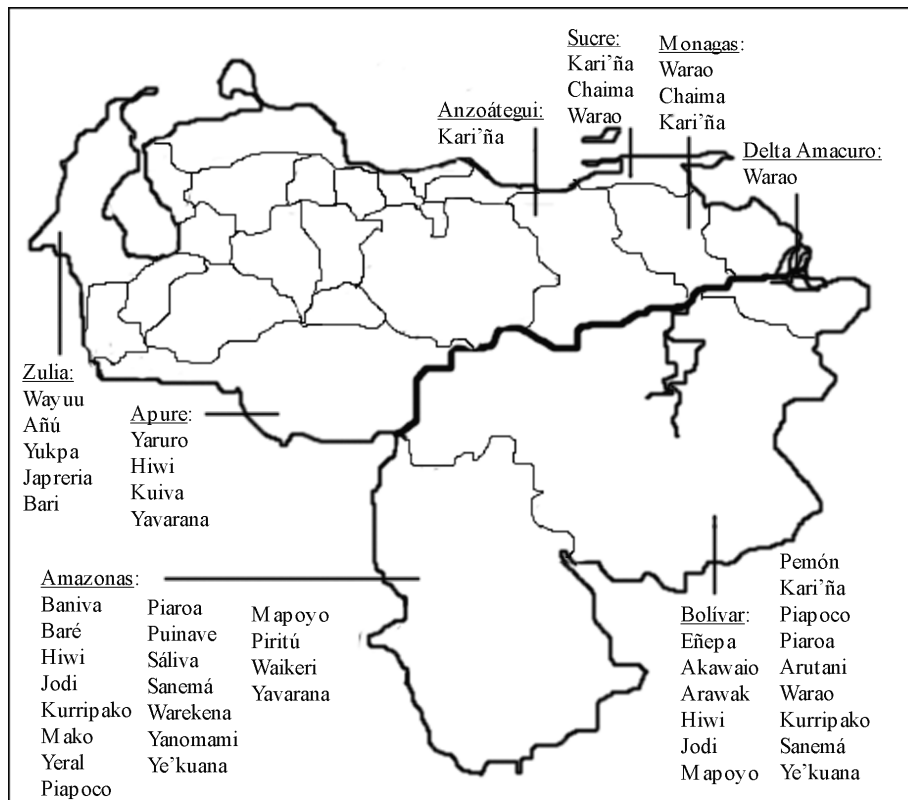
Betrachtet man die Verteilung der indigenen Bevölkerung auf die Bundesstaaten (Übersichten 1 und 2), fällt – wie zu Beginn bereits angedeutet – auf, dass die meisten Gruppen in Randgebieten leben.

**Übersicht 1: Indigene Bevölkerung in Bundesstaaten**

Bundesstaat	Gesamtbevölkerung	Indigene Bevölkerung	Prozentsatz Indigenas
Amazonas	118.129	59.718	50,6
Anzoátegui	1.342.910	14.633	1,1
Apure	413.937	9.481	2,3
Bolívar	1.354.097	50.361	3,7
Delta Amacuro	130.251	31.088	23,9
Monagas	755.547	8.735	1,2
Nueva Esparta	396.802	3.540	0,9
Sucre	840.660	3.814	0,5
Zulia	3.249.895	333.058	10,2
Andere	16.209.550	20.388	0,1
<b>Gesamt</b>	<b>24.748.531</b>	<b>534.816</b>	<b>2,2</b>

Quelle: Eigener Entwurf nach INE (2005).

Die Erklärung dafür liegt in der Geschichte der indigenistischen Gesetzgebung in Venezuela, die seit der Unabhängigkeit die Vermischung der *indígenas* im Zentrum des Landes mit der *criollo*-Bevölkerung begünstigte (vgl. Kapitel 3.1.). Gleichzeitig ist die geographische Verteilung der indigenen Gruppen bis heute ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der indigenistischen Politik, wie in den folgenden Kapiteln aufgezeigt wird (Kuppe 1986; Maybury-Lewis 1999).

Übersicht 2: Verteilung der Ethnien<sup>8</sup> auf Bundesstaaten

Quelle: Eigener Entwurf nach INE (2005).

Die meisten der in Venezuela lebenden Ethnien (Einzelaufstellung in Übersicht 3) gehören zu drei linguistischen Großgruppen: den Kariben (z.B. Kari'ña, Pemón, Ye'kuana, Yukpa), den Arawak (z.B. Wayuu, Piapoco, Hiwi) und den Chibcha (z.B. Bari), es gibt aber auch isolierte Sprachen (z.B. Warao, Yanomami, Yaruro), die sich nicht zuordnen lassen. Innerhalb der Sprachfamilien existieren nicht notwendigerweise kulturelle Übereinstimmungen, sodass im Rahmen dieses Beitrags keine angemessene Zusammenfassung der wichtigsten kulturellen Charakteristika der venezolanischen *indí-*

<sup>8</sup> Der Begriff Ethnie bezeichnet eine sich von anderen indigenen Gruppen mittels selektierter kultureller Merkmale abgrenzende Wir-Gruppe (Orywal/Hackstein 1993); im Gegensatz zum Begriff *indígena* ist der Begriff der Ethnie nicht gesellschaftspolitisch, sondern wissenschaftlich geprägt.

genas vorgenommen werden kann.<sup>9</sup> Unabhängig von traditionellen kulturellen Merkmalen existieren außerdem große Unterschiede zwischen Gruppen, die trotz Konservierung ihrer ethnischen Identität größere Nähe zum *criollo*-Lebensstil aufweisen (z.B. die Pemón), was häufig mit früher und intensiver katholischer Missionierung zu tun hat und anderen, die sehr zurückgezogen leben und bei denen der Kontakt mit der Moderne scheinbar weniger Spuren hinterlassen hat (z.B. bei den Jodi und den Yanomami). Gerade bei den zurückgezogenen Gruppen in der Amazonasregion übten evangelische Missionen seit der Mitte des 20. Jahrhunderts einen gewissen Einfluss aus, wenn dieser auch im Vergleich zu den Nachbarländern Brasilien und Kolumbien relativ gering war. Insbesondere die US-amerikanische "New Tribes Mission" geriet schon in den 1980er Jahren wegen Fundamentalismus, Rassismus und Spionageverdacht in Verruf (Mosonyi et al. 1981), wurde aber erst 2005 von Hugo Chávez des Landes verwiesen, was in Venezuela im Allgemeinen sehr positiv aufgenommen wurde (PROVEA 2006).

Den ökologischen Gegebenheiten angepasst betreiben die meisten Gruppen in den Tropenwaldregionen (z.B. Piaroa, Yanomami, Ye'kuana) traditionell überwiegend den sogenannten "Conuco-Feldbau", ein gemischter Brandrodungs- und Wanderfeldbau, bei dem bitterer Maniok in Kombination mit Mais, anderen Knollenfrüchten, Bananen, Papaya etc. meist das wichtigste Anbauprodukt darstellt. Der "Conuco-Feldbau" wird häufig durch Jagd und Fischfang ergänzt. In der Ökonomie einiger Gruppen (Warao, Añú) steht der Fischfang im Mittelpunkt, bei anderen das Jagen und Sammeln (Yaruro, Hiwi). Die Wayuu leben seit Beginn der Kolonisierung als Viehzüchter auf der trockenen Guajira-Halbinsel (Setién Peña 1999).

Auffallend ist, dass einige Gruppen sehr klein sind. Teilweise sind diese im Verschwinden begriffen (z.B. Arutani, Mako, Yavarana), bei anderen (z.B. Akawaio, Arawako, Bari, Warekena, Yeral) erstrecken sich die Siedlungsgebiete in Nachbarländer, wo sie stärker vertreten sind.<sup>10</sup>

---

9 Für einen ersten visuellen Eindruck der indigenen Gruppen Venezuelas vgl. Kruse (1999).

10 Vgl. *Sistema de información sobre las culturas de los pueblos indígenas* (<[www.enlaceindigenas.gob.ve/index.php?Idcon=1](http://www.enlaceindigenas.gob.ve/index.php?Idcon=1)>; 02.12.2007).

**Übersicht 3: Indigene Ethnien in Venezuela**

Ethnie	Anzahl	%	Ethnie	Anzahl	%	Ethnie	Anzahl	%
Akawaio	245	0,05	Kari'ña	16.679	3,12	Waikeri	2.839	0,53
Añú	11.205	2,10	Kuiva	454	0,08	Warao	36.027	6,74
Arawak	428	0,08	Kumanagoto	553	0,10	Warekena	513	0,10
Arawako	45	0,01	Kurripako	4.925	0,92	Wayuu	293.777	54,93
Arutani	29	0,01	Mako	1.130	0,21	Yanomami	7.234	1,35
Baniva	2.408	0,45	Mapoyo	365	0,07	Yaruro	7.904	1,48
Baré	2.815	0,53	Pemón	27.270	5,10	Yavarana	292	0,05
Bari	2.200	0,41	Piapoko	1.939	0,36	Ye'kuana	6.523	1,22
Chaima	4.084	0,76	Piaroa	14.494	2,71	Yeral	1.294	0,24
Eñepa	4.269	0,80	Piritu	236	0,04	Yukpa	10.424	1,95
Hiwi	14.751	2,76	Puinave	1.307	0,24	Andere	629	0,12
Japreria	216	0,04	Sáliva	265	0,05	O. Angabe	51.216	9,58
Jodi	767	0,14	Sanemá	3.065	0,57	<b>Gesamt</b>	<b>534.816</b>	<b>100,00</b>

Quelle: Eigener Entwurf nach INE (2005).

Ein Sonderstatus unter den beiderseits nationaler Grenzen lebenden Gruppen kommt den sowohl in Brasilien als auch in Venezuela beheimateten Yanomami zu, da sie seit 1991 einen grenzüberschreitenden Rechtstitel auf ihr 94.000 km<sup>2</sup> umfassendes Territorium besitzen. Dieser bewahrt sie jedoch nicht vor Invasionen – z.B. durch brasilianische Goldgräber (*garimpeiros*) – und einer Reihe von schwerwiegenden Folgeproblemen, darunter gewalttätigen Auseinandersetzungen über Jagdgründe, Plünderungen von Feldern und einer bis zu 90%igen Rate von Ansteckungen mit Malaria bei gleichzeitiger schlechter Gesundheitsversorgung (Rathgeber o.J.). Die Yanomami mit ihrer traditionellen und zurückgezogenen, häufig als “quasi steinzeitlich” titulierten Lebensweise haben in westlichen Ländern die Vorstellung des im Einklang mit dem Tropenwald lebenden *indígena* in besonderer Weise geprägt, weshalb die oben beschriebene Problematik große Betroffenheit hervorruft. Das Bild des unter den Grausamkeiten der Invasoren leidenden Yanomami ist um die Welt gegangen. Ähnliche Geschichten gehören jedoch zur täglichen Realität in vielen Tieflandgebieten Venezuelas, wo weniger berühmte indigene Gruppen leben (Grimmig 2005).

### 3. 500 Jahre indigene Rechte und indigene Bewegung in Venezuela: Vom Paternalismus zur Selbstbehauptung – und weiter?

#### 3.1 Von der Eroberung zum Einheitsstaat

Die Ankunft der europäischen Eroberer in der neuen Welt brachte einen drastischen Bevölkerungsrückgang und nicht minder radikale kulturelle Veränderungen mit sich (Mansutti/Bonneuil 1994). Zumindest die indigenen Territorien standen jedoch zur Zeit der Kolonialherrschaft unter einem gewissen Schutz. Formal unterschieden wurde zwischen “wilden” *indígenas*, die *tierras baldías* (Niemandland) bevölkerten, die es also noch zu zivilisieren galt, und “zivilisierten” *indígenas*, die in Missionen oder *Dörfern der Krone* unter der Aufsicht eines spanischen Kolonialbeamten lebten. An Letztere wurden sogar kollektive Landtitel vergeben und Streitigkeiten innerhalb dieser Dörfer wurden nach indigenem Gewohnheitsrecht entschieden (Kuppe 1986; 2007; Colmenares 2001).

Die teilweise Zulassung von Rechtspluralismus unter den kolonialzeitlichen *Leyes Nuevas* fand mit der Unabhängigkeit Venezuelas ein schnelles Ende. Zwar hatte Simón Bolívar den *indígenas*, die in den Unabhängigkeitskriegen gekämpft hatten, Land versprochen, *de facto* wurden aber die in der Kolonialzeit vergebenen indigenen Landtitel mit der ersten Verfassung der unabhängigen Republik (1821) außer Kraft gesetzt und in der Folge in mehrere individuelle und damit veräußerbare Parzellen umgewandelt. Der Sonderstatus der *indígenas* und die Kollektivrechte galten den vom Liberalismus beeinflussten Protagonisten der Unabhängigkeit als Hindernis auf dem Weg der Befreiung der Ureinwohner. Außerdem waren die rund 300 indigenen *resguardos* (durch Kolonialtitel unter Schutz stehende indigene Ländereien) beim Aufbau von Latifundien im Weg. Weiterbestehen durften nach einem Gesetz aus dem Jahre 1883 lediglich die *resguardos* in der Guajira, dem Amazonasgebiet und dem oberen Orinoko (Kuppe 1986). Von den indigenen Gruppen der zentralen Landesteile konnten sich letztlich nur die Kari’ña in den östlichen “Llanos” (Bundesstaaten Anzoátegui, Monagas, Sucre) einen Teil ihres traditionell bewohnten Landes als Kollektiveigentum bewahren (Amodio 1991; Civrieux 1976).

#### 3.2 Indígenas zwischen Rückzug, Widerstand und Integrationsdruck

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebte die Mehrzahl der *indígenas*, die nach dem Wortlaut der damaligen Gesetzgebung Stämmen angehörten und sogenannte *tierras baldías* im Amazonas- und oberen Orinokogebiet bevölkerten,

kulturell und wirtschaftlich weitgehend autonom, abgesehen von der Bedrohung durch Besiedlung, Viehwirtschaft und Ausbeutung natürlicher Ressourcen (z.B. durch Kautschukgewinnung) in ihren Lebensräumen.

Sowohl die katholischen Missionare – denen die *indígena*-Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf der Basis des Missionsgesetzes übertragen wurde – als auch die staatliche Behörde für Indigenismus,<sup>11</sup> die in den 1940er Jahren gegründet wurde, arbeiteten daran, die Lebenssituation der indigenen Bevölkerung zu verbessern und diese in den Nationalstaat zu integrieren. Ihre Handlungsstrategien unterschieden sich nur wenig voneinander und sind aus heutiger Sicht als ethnozentrisch und paternalistisch zu bezeichnen. Übergreifendes Ziel war die Ausdehnung staatlicher Kontrolle in die abgelegenen indigenen Gebiete (Kuppe 1986; Arvelo-Jiménez/Biord-Castillo 1988). Die Voraussetzungen dafür wurden durch die Einnahmen im Erdölsektor geschaffen; es besteht eine indirekte, aber enge Verbindung zwischen der staatlichen Ölrente und den jeweiligen Versuchen, die Situation der indigenen Bevölkerung zu verbessern (Guaramato 1984; Aguilar Castro 2004).

Forcierte Integration, Missionierung und Paternalismus sind jedoch auch für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts nur Teilaspekte der indigenen Realität. In der gesamten Zeit seit der Eroberung existierte indigener Widerstand, teils aktiv und bewaffnet, teils passiv in Form von Rückzug (Clarac de Briceno 2002). In den 1940er Jahren fanden einige Aufstände insbesondere im Bundesstaat Zulia statt, bei denen lokale indigene Bewegungen gegen die prekäre Situation der indigenen Bevölkerung und Vertreibung von ihren Territorien protestierten; während der Diktatur von Pérez Jiménez (1952-1958) jedoch erfolgte in dieser Hinsicht ein Stillstand (Silva Monterrey 2007).

### 3.3 Indianismus und Fortschrittsideologie

Erst seit den späten 1960er Jahren manifestierte sich der Widerstand der indigenen Bevölkerung Venezuelas nicht mehr nur in isolierten Einzelaktionen, sondern gab sich eine nationale Stimme. Der vielleicht entscheidende

---

11 Indigenismus existiert seit der ersten Begegnung zwischen Kolonisatoren und indigener Bevölkerung und beschreibt politisches Handeln in Bezug auf indigene Gruppen. Der Begriff "Indigenismus" existiert seit den 1940er Jahren und bezieht sich auf eine Art angewandte Sozialwissenschaft (meistens Ethnologie), die darauf ausgerichtet ist, die sozialen Probleme der indigenen Bevölkerung zu lösen. Negativ verstanden handelt es sich um eine Ideologie der Beherrschung, mithilfe derer die Indigenen in den europäischen bzw. *criollo*-Lebensstil integriert werden sollten (Arvelo-Jiménez/Biord 1988).

Auslöser war der Kongress von Barbados im Jahre 1971, bei dem eine Gruppe der bekanntesten Ethnologen Lateinamerikas, unter ihnen Nelly Arvelo Jiménez und Esteban Mosonyi für Venezuela, eine Deklaration abgab, in der von der kolonisatorischen Beziehung zwischen den Nationalstaaten und den indigenen Gruppen und der Notwendigkeit, ihr Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen, die Rede war (IWGIA 1971). Diese Deklaration war Ausdruck eines in Lateinamerika verstärkt stattfindenden Diskurses, der sich für die selbstbestimmte Entwicklung der indigenen Bevölkerung einsetzte (Mosonyi 1974; Bonfil Batalla 1981). Zur Abgrenzung vom Indigenismus wurde in dieser Zeit der Begriff des "Indianismus" geprägt, der eine nicht paternalistische, partizipative bzw. selbstbestimmte *indígena*-Politik beschreiben soll (Franch 1990).

In Venezuela fand dieser Diskurs großen Rückhalt bei einer Gruppe von jungen AktivistInnen der Christdemokratie, die vom Nationalen Agrarinstitut (*Instituto Agrario Nacional* – IAN) aus eine Politik der Vergabe von Landtiteln und Agrarkrediten verfolgte. Legale Basis war das Agrarreformgesetz aus dem Jahre 1960, in dessen Artikel 2d von der indigenen Bevölkerung die Rede ist, der erstmals seit der Unabhängigkeit das (kollektive) Recht auf Nutzung der Ländereien, Wälder und Gewässer innerhalb ihrer traditionellen Siedlungsgebiete zugesprochen und garantiert wird. Ungeachtet der besonderen Beziehung, die indigene Gruppen zu den von ihnen bewohnten Territorien haben, die mit produktiven Zielen im Sinne einer landwirtschaftlichen Nutzung nicht unbedingt einhergehen, war in der Agrarreform die Vergabe von Landtiteln auch an indigene EigentümerInnen (entweder Einzelpersonen oder sogenannte Agrarkooperativen, siehe oben) vorgesehen. In der Tat wurden in den Folgejahrzehnten an einige indigene *comunidades* Landtitel – meist provisorischer Natur – verliehen, was zur Aufteilung indigener Territorien in isolierte Parzellen führte (Valdez 1974). Die Ländereien, die nicht landwirtschaftlich genutzt wurden, aber in anderer Form zum kulturellen Erbe der Indigenen gehörten, behielten ihren Status als *tierras baldías*. Ungesichert blieb außerdem der Rechtsstatus indigener Territorien in Sonderverwaltungszonen wie Nationalparks und sonstigen Schutzgebieten (Kuppe 1994).

Die Sorge um die Verteidigung der Grenzen und die nationale Souveränität angesichts der Erschließung der brasilianischen Amazonasregion führten in Venezuela zur Gründung der *Comisión para el desarrollo del Sur* (CODESUR – Kommission für die Entwicklung des Südens), einer Entwicklungsbehörde mit der Zielsetzung, die südlichen Landesteile durch Koloni-



sierung und Erschließung von Ressourcen umfassend aufzuwerten (CODESUR 1974). Im Programm der CODESUR zeigte sich einmal mehr die unbändige Entschlossenheit zu Fortschritt und Modernität, die Venezuela von 1950 bis 1970 prägte und mithilfe der reichen Einnahmen aus der Erdölwirtschaft von einem rückständigen Agrar- in ein modernes Industrieland verwandelte (Coronil 1997). Die Bedrohung für das physische Überleben der indigenen Bevölkerung fiel jedoch zunächst geringer aus, als zu befürchten gewesen wäre, da in der Regel mehr in den Ausbau der Erdölindustrie als in die Erschließung anderer Ressourcen investiert wurde und die verarmte Landbevölkerung anstatt in die tropischen Waldgebiete in die Städte migrierte.

In diesem Zusammenhang ist das Programm für indigene Entwicklung zu sehen, das 1971 vom IAN begonnen wurde. Wesentlicher Bestandteil war die Vergabe von kollektiven Landtiteln an indigene *comunidades*, die dann den Status von Agrarkooperativen besaßen. Diese Kooperativen bildeten die Organisationsbasis für die sogenannten *empresas indígenas*, indigene Kleinunternehmen, die mithilfe der Vergabe von Krediten und der Übermittlung moderner Landwirtschaftstechniken für die wirtschaftliche Entwicklung indigener *comunidades* sorgen sollten (Heinen/Coppens 1981; Clarac de Briceno 1986). In ökonomischer Hinsicht scheiterte das Projekt der *empresas indígenas* weitgehend, denn die überwiegende Mehrheit der Produktionseinheiten konnte sich nicht selbst tragen. Vermutlich liegt der Misserfolg u.a. darin begründet, dass trotz des Einflusses von Ideen der selbstbestimmten Entwicklung seitens der PlanerInnen die indigenen Vorstellungen von Eigentum, Arbeit, Konsum und Produktion sowie die traditionellen Organisationsmuster zu wenig berücksichtigt wurden (Heinen 1984; Arvelo Jiménez/Perozo 1983). Auf der politischen Ebene hingegen war dieses Programm insofern erfolgreich, als der Unmut, der sich angesichts der zunehmenden Bedrohung und des Verlustes von indigenen Territorien breit machte, durch die Vergabe von Landtiteln teilweise eingedämmt werden konnte (Arvelo Jiménez/Biord-Castillo 1988).

### 3.4 Die indigene Bewegung formiert sich

Neben der Organisationsförderung auf der Ebene der *comunidades* unterstützte das IAN die Gründung multiethnischer Föderationen in den Bundesstaaten mit indigener Bevölkerung und schließlich einer indigenen Konföderation als nationale Instanz, die 1973 offiziell vom venezolanischen Staat anerkannt wurde (Serbin 1980). Die Personen, die ausgewählt wurden, um

die Föderationen und die Konföderation anzuführen, waren bekannte VertreterInnen der christdemokratischen Partei (COPEI). Es handelte sich also um eine Phase der Organisationsförderung von oben nach unten, in der der Staat und die Parteien der damaligen Zeit, die Christdemokraten (COPEI), die Sozialdemokraten (AD) und die Sozialisten (MAS), ihre jeweiligen Unterstützergruppen formierten, immer mit einer klaren Mehrheit auf der Seite der Christdemokraten. Die indigenen Föderationen hatten eine kurze Blütezeit in den 1970er Jahren. Zu Beginn der 1980er Jahre jedoch fingen die *indígenas* der Basis an, sich mit Unterstützung linker Organisationen der Zivilgesellschaft in ethnischen Bewegungen zu organisieren, die von den politischen Parteien deutlich Abstand nahmen (Arvelo Jiménez/Perozo 1983; Mosonyi/Jackson 1990).

Von dieser Position aus, die sich gegen Parteiaktivismus, aber für eine Rückbesinnung auf ethnische Identitäten aussprach, fingen die neuen Bewegungen an, Kongresse zu organisieren, deren Ziel es war, mit den multiethnischen Strukturen der Föderationen zu brechen, die außerdem ein Abbild der geopolitischen Aufteilung des Landes waren. Während der gesamten Dekade der 1980er Jahre entstanden zahlreiche indigene Basisorganisationen in Venezuela, die in den *comunidades* verwurzelt waren und die Föderationen für überkommen erklärten (Schulz 1994).

Auf diese Weise erfüllten sich nach und nach die Voraussetzungen für die Gründung des Nationalen Indianerrats von Venezuela (*Consejo Nacional Indio de Venezuela*, CONIVE) 1989 (Anónimo 1989). Nach mühsamen Vorbereitungstreffen, an denen *indígenas* fast aller ethnischer Gruppen in Venezuela teilnahmen, wurde ein umfangreiches Führungsgremium, der "interethnische Rat", für eine Organisation ernannt, die egalitär sein sollte. Mit der Gründung des CONIVE verschwanden alle indigenen Föderationen, abgesehen von der *Federación de Indígenas del Estado Bolívar* (FIEB), deren Anführer Don Carlos Figueroa sich an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen wusste und Platz machte für einen Führungsstil im Sinne des in der Entstehung begriffenen CONIVE. Dies war der Triumph der ethnischen Politik über die Parteipolitik. Als horizontal konzipierte Organisation mit bescheidenen finanziellen Möglichkeiten und AktivistInnen, die über das ganze Land verstreut waren, hatte der CONIVE zwischen 1989 und 1996 große Schwierigkeiten. Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen *indígena*-Organisationen konnte der CONIVE nicht oder nur wenig auf Hilfe von außen zählen, da Venezuela als "reicher" Ölstaat kein klassisches Ziel-land für Entwicklungshilfe darstellte (Van Cott 2003).

Nach und nach zentralisierte sich die Entscheidungshoheit bei der zentralen Koordination, die sich schließlich der Kontrolle der anderen Mitglieder entzog. Schließlich wurde der CONIVE von einer neuen Führungsriege reorganisiert und umstrukturiert, um die Motivation wiederzubeleben, mit der sieben Jahre zuvor begonnen worden war. Im März 1998 traf sich die neue Führung des CONIVE unter dem Anwalt José Poyo Cascante (Kari'ña), jetziger Abgeordneter der Nationalversammlung, mit Hugo Chávez Frías, dem zum damaligen Zeitpunkt noch keine großen Chancen eingeräumt wurden. Sie erreichten, dass der Präsidentschaftskandidat am 20. März ein Abkommen unterzeichnete, in dem er versprach, bei einem Wahlsieg dafür zu sorgen, dass das Land den *indígenas* die "historische Schuld" begleichen würde (Chávez Frías 1999).

#### **4. Das bolivarianische Venezuela: ein multiethnischer, partizipativer Staat?**

##### *4.1 Aufbruchstimmung unter einer neuen Verfassung*

Eines der Wahlversprechen von Chávez war, eine Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung wählen zu lassen, die eine Neugründung der Republik erlauben sollte. Für die *indígenas* begann die Vorbereitung auf dieses bedeutende Ereignis schon 1998, als sich die Chancen auf einen Wahlsieg ihres Kandidaten abzeichneten. Am 15. Februar kam die demokratisch legitimierte verfassungsgebende Nationalversammlung erstmals zusammen und eine der Voraussetzungen war die Teilnahme von je einem Vertreter bzw. einer Vertreterin aus den drei indigenen Großregionen, gewählt nach indigenen Prinzipien. Für den Osten Venezuelas nahm José Luis Gonzalez (Pemón), Präsident der FIEB, teil, für den Westen und zugleich als Vertreterin des CONIVE Noeli Pocatererra (Wayuu) und für den Süden Guillermo Guevara (Hiwi), Koordinator der *indígena*-Organisation Amazoniens, ORPIA (*Organización Regional de Pueblos Indígenas del Amazonas* – Regionalorganisation der indigenen Völker des Amazonas). Die Ausarbeitung der neuen Verfassung war schwierig und konfliktreich und es gelang nicht, alle Ziele zu erreichen, die man sich gesetzt hatte (Mansutti Rodríguez 1999; 2000). Kontroversen gab es insbesondere über das Thema der indigenen Territorien (Art. 119), konservative Vertreter militärischer und wirtschaftlicher Interessen warnten vor einem "territorialen Suizid" durch eine zu großzügige Verankerung diesbezüglicher indigener Rechte in der Verfassung (Van Cott 2003). So wurde der Terminus *territorio* aus dem Entwurf durch

*hábitat y tierras* ersetzt, obwohl der Begriff "Habitat" juristisch nicht genau definiert ist (Kuppe 2003). Trotzdem, als die neue Verfassung am 15. Dezember mit 71% der Stimmen angenommen wurde, war dadurch die Anerkennung eines Großteils der Rechte, für die die indigenen Abgeordneten gekämpft hatten, erreicht, denn es wurden 18 Artikel und drei einstweilige Verfügungen von großer Bedeutung für die indigenen Völker aufgenommen (Venezuela 2000).

Ausgangspunkt war die Verfassung von 1961 gewesen, die lediglich das Recht der *indígenas* anerkannte, sich in den Nationalstaat zu integrieren (Art. 77) und die zu Beginn der 1990er Jahre in Bezug auf indigene Rechte als eine der armseligsten in Lateinamerika galt (Kuppe 2003). In der neuen Verfassung hingegen wurde bereits in der Präambel auf den multiethnischen und plurikulturellen Charakter der venezolanischen Nation und auf das Ziel, eine partizipative, protagonistische Gesellschaft aufzubauen, hingewiesen. Weiterhin war den indigenen Gruppen Kapitel VIII der *Carta Magna* gewidmet, in dem das Recht auf Land (in den o.g. Termini *hábitat y tierras* und genauer definiert als Ländereien, die traditionell und von alters her von den indigenen Gruppen bewohnt und benötigt werden, um ihre eigenen Lebensformen zu entwickeln und zu garantieren), das Recht auf eigene, kulturspezifische Bildung und Gesundheitsversorgung, auf gerecht bezahlte Arbeit, auf Ausübung der Gewohnheitsrechte, auf kollektives intellektuelles Eigentum und auf politische Partizipation anerkannt wurden (Kuppe 2000/01; Colmenares 2001; Bello 2005).

Auf diese Art juristisch und politisch gestärkt begann für die indigenen Gruppen das Jahr 2000. Die indigenen VertreterInnen in der Nationalversammlung, organisiert als politische Gruppe CONIVE, setzten wichtige Forderungen – vor allem im legislativen Bereich – durch, wie die Wahl indigener RepräsentantInnen sowohl in die Nationalversammlung als auch in die Parlamente der Bundesstaaten und Munizipien mit indigener Bevölkerung, die Einrichtung einer ständigen Kommission der indigenen Völker in der neuen Nationalversammlung, die Kontrolle über das Büro des lateinamerikanischen indigenen Parlaments sowie die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 und die Verabschiedung des Gesetzes über Demarkation und Garantie des Habitats und der Ländereien der indigenen Völker und *comunidades*, beides durch die Nationalversammlung (Venezuela 2001a; 2001b).

Das Demarkationsgesetz (verabschiedet im Dezember 2000) soll die Umsetzung des für die indigenen Völker so zentralen Artikels 119 der Verfassung regeln. Das Umweltministerium erhält darin den Auftrag, die Koor-

dinierung der Nationalen Kommission für Demarkation (*Comisión Nacional de Demarcación* – CND) zu übernehmen, die aus acht VertreterInnen von Ministerien und acht indigenen VertreterInnen der verschiedenen Regionen zusammengesetzt ist. Das Gesetz gibt vor, dass regionale Unterkommissionen (in ihrer Zusammensetzung äquivalent zur Nationalkommission) die Demarkation der indigenen Territorien gemeinsam mit VertreterInnen der jeweiligen Gruppen vor Ort in die Tat umsetzen, die Anträge sollen dann in einem genau festgelegten Zeitraum von der Nationalkommission weiterbearbeitet werden (Venezuela 2001b).

Besonders bemerkenswert im Vergleich zu den vorausgegangenen Regelungen in Bezug auf Ländereien indigener Gruppen in Venezuela ist hier die Tatsache, dass in der neuen Gesetzgebung erstmals von originären Rechten die Rede ist. Anstelle einer Vergabe von Landtiteln im Sinne von Schenkungen aus dem Eigentum des Staates werden nun Rechte anerkannt, die bereits vor der territorialen Ordnung durch den Staat Bestand hatten. Bei den Landtiteln, die den *indígenas* verliehen werden sollen, handelt es sich also im Sinne der Verfassung von 1999 um eine Rückgabe von Ländereien, die den indigenen Gruppen als ersten Bewohnern des Landes zustehen. Um die Verzögerungen zu vermeiden, die in anderen lateinamerikanischen Ländern bei der Demarkierung und Titulierung indigenen Territoriums auftraten, ist bei der Verabschiedung der Verfassung bereits ein Zeitraum von zwei Jahren für diese Aktivitäten angesetzt worden, der jedoch nicht eingehalten wurde (Kuppe 2000/01). Trotz seiner etwas ungenauen Formulierung stellt das Demarkationsgesetz im Prinzip eine gute Grundlage für die Autodemarkation und nachfolgende Titulierung der indigenen Territorien dar (Silva Monterrey 2007).

#### 4.2 Indígenas im Sozialismus des 21. Jahrhundert: wie viel Raum bleibt für die eigene Agenda?

Mit der politischen Krise des Landes in den Jahren 2002/2003 ändert sich die Situation auch für die indigenen AktivistInnen. Ähnlich wie andere soziale Bewegungen aus dem chavistischen Umfeld ordnet die indigene Bewegung ihre eigene Agenda (mit dem Thema der Landrechte) dem Ziel unter, den Präsidenten an der Macht zu halten. Nach Überwindung der Krise konsolidiert sich der Chavismus und die heterogenen Kräfte, die ihn stützen, schließen sich nach und nach einem einheitlichen Diskurs an. Man bemüht sich um die ideologische und politische Hegemonie, die für die Etablierung des politischen Projekts der Regierung benötigt wird. Die AktivistInnen

werden zur Einheit aufgefordert, um Gegner abzuwehren. Wer sich gegen diesen Diskurs stellt, läuft Gefahr, als oppositionell bezeichnet zu werden (García Guadilla 2006).<sup>12</sup>

Gleichzeitig beginnt die Regierung mit der Politik der sozialen Missionen, die sich vor allem an die marginalisierten Sektoren der Bevölkerung richtet und durch einen starken Anstieg der Ölpreise zum Ende des Jahres 2003 stark ausgebaut werden kann. Diese Missionen und weitere Entwicklungsprojekte sowie vor allem die Kunde, dass sich die Regierung Chávez erstmals in Venezuela die Anliegen der *indígenas* explizit in die Agenda schreibt, erreichen auch abgelegene indigene Gemeinden und sorgen im Allgemeinen für eine hohe Popularität der Regierung. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 stimmen vier von fünf indigenen WählerInnen für Chávez.

Die Führungsspitze der indigenen Bewegung passt sich ebenfalls den veränderten Bedingungen an. In seinem Diskurs betont Chávez die indigenen Wurzeln der Nation und die sozialistische Natur der *indígenas*. Die indigenen PolitikerInnen signalisieren bedingungslose Treue und Zustimmung und werden von der Regierung mit Zugeständnissen bedacht. Venezuela finanziert das lateinamerikanische indigene Parlament, die Abgeordnete Noeli Pocaterra (Wayuu) wird zeitweise stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung, ein Kandidat indigener Herkunft wird für den Gouverneursposten im Staat Amazonas vorgeschlagen, schließlich wird im Januar 2007 ein *indígena*-Ministerium (*Ministerio del Poder Popular para los Pueblos y Comunidades Indígenas*)<sup>13</sup> mit regionalen Vizeministerien geschaffen, das die Politik im Hinblick auf die indigenen Völker koordinieren soll und auch die Aufgaben der *Dirección de Asuntos Indígenas* (DAI – Direktion für indigene Angelegenheiten), sowie die Verwaltung der Mission für *indígenas*, *Misión Guaicaipuro*, übertragen bekommt.<sup>14</sup> Ebenso werden weitere wichtige Gesetze im Hinblick auf die *indígenas* verabschiedet, darunter das fundamentale Gesetz der indigenen Völker und Gemeinden (*Ley Orgánica de los Pueblos y Comunidades Indígenas* – LOPCI), das u.a. einen weiteren Ausbau der politischen Partizipation vorsieht, sowie erneut einen Zeitrahmen für die Demarkierung und Titulierung des Habitats und der Ländereien der *indígenas* vorsieht (Venezuela 2005).

12 Interviews der Autorin mit einem Mitarbeiter der FIEB im Juli 2007 und einem Aktivisten der Umweltbewegung und jetzigen Mitarbeiter der Regierung im September 2007.

13 Siehe *Gaceta Oficial Extraordinaria* Nr. 5836, bekannt gegeben am 08.01.2007

14 Vgl. <www.minpi.gob.ve> (02.06.2010).

Kurzum, die indigene Präsenz nimmt zu, sowohl im Diskurs der Regierung als auch in den symbolischen Akten der Anerkennung (z.B. auch in Form eines Gesetzes über indigene Sprachen und der offiziellen Anerkennung des Schamanismus). Umgekehrt zeigt sich die Präsenz des Staates in den indigenen *comunidades* vor allem in Form der o.g. Entwicklungshilfen. Nach der Verabschiedung der *Ley de Consejos Comunales* (Gesetz der kommunalen Räte)<sup>15</sup> beginnen sich auch die indigenen *comunidades*, gefördert durch ihr Ministerium, als kommunale Räte zu organisieren, um in den Genuss der für diese Organisationsform bereitgestellten Partizipationsmöglichkeiten und finanziellen Mittel zu kommen.

Gleichzeitig gibt es nahezu keine Fortschritte auf dem Gebiet der Titulierung indigener Territorien und der damit zusammenhängenden Anerkennung indigener Autonomie. 2005 werden erstmals kleinere Landtitel an einzelne *comunidades* vergeben, die der eigentlichen Idee, nämlich den indigenen Gruppen zusammenhängende Ländereien zuzusprechen, zuwiderlaufen. Bis Ende 2008 hat die Regierung erst an 34 *comunidades* Landtitel verliehen, also an nur gut ein Prozent der über 2000 indigenen *comunidades* im Land (PROVEA 2008, vgl. auch Gutierrez 2006). Neben Interessenkonflikten aufgrund des Ressourcenreichtums der indigenen Gebiete und dem auch unter Chávez ungebrochenen universalen Kontrollanspruch des Staats, scheint hier weiterhin eine überkommene, aber seit Beginn der Kolonialzeit dominante Sichtweise auf indigene Landnutzung eine Rolle zu spielen, die u.a. in den Dörfern der Krone, den *resguardos* und in der Anwendung der Agrarreform auf die indigene Bevölkerung ihren Ausdruck fand. Für das IAN in den 1970er Jahren galt nur solches Land als indigen, das auch bewirtschaftet wurde. Die Formulierung *hábitat y tierras indígenas* beinhaltet hingegen auch Gebiete, die vormals bewirtschaftet wurden und nun brach liegen, in denen gejagt oder gefischt wird oder die von religiöser Bedeutung sind, Ländereien also, die zuvor als *tierras baldías* galten (Kuppe 2006). In der Praxis hingegen werden offenbar auch durch die aktuelle Regierung *comunidades* bevorzugt, die ihren Lebensstil und ihre Wirtschaftsweise (z.B. in Form intensiver Landwirtschaft oder Lohnarbeit) stärker an die *criollo*-Gesellschaft angepasst haben und dadurch kleinere Gebiete für sich beanspruchen.

---

15 Publiziert in der *Gaceta Oficial Extraordinaria* Nr. 5806 am 10.04.2006.

Die Verantwortung für die Demarkierung liegt laut Gesetz bei der Regierung bzw. den entsprechenden Kommissionen. Diese zeigen sich allerdings uneffektiv, anstatt über konkrete Arbeitsstrategien wird über abstrakte Konzepte diskutiert. VertreterInnen der Regierungsseite sehen die Gründe für die schwachen Resultate in der generellen Schwierigkeit der Thematik, der Unklarheit der Konzepte und Begrifflichkeiten im LOPCI, den Interessenskonflikten und dem Fehlen finanzieller Mittel. Indigene VertreterInnen der Kommissionen beklagen das mangelnde politische Interesse und die fehlende Arbeitsmoral der Regierungsseite.<sup>16</sup>

Viele indigene Gruppen greifen zum Mittel der Autodemarkation, um die Titulierung ihrer Territorien zu beschleunigen. Die eingereichten Demarkierungsanträge sind praktisch ohne finanzielle Mittel entstanden und stellen das Ergebnis großer Anstrengungen seitens der indigenen *comunidades* und ihrer freiwilligen HelferInnen dar. Obwohl diese Anträge die Anforderungen des Demarkationsgesetzes formal erfüllen, weigert sich die Regierung bislang, große Territorien als indigen anzuerkennen, wie z.B. im Fall der Ye'kuana und Sanemá.<sup>17</sup> Zur gleichen Zeit werden mehrere Großprojekte zur Ausbeutung von Ressourcen in indigenen Gebieten vorangetrieben (z.B. Erdölförderung im Orinokodelta, Kohleabbau in der Sierra de Perijá an der Grenze zu Kolumbien, Bau einer Gasleitung durch die Guajira, Explotation von Gold und Holz in der "Reserva Imataca" an der Grenze zu Guyana), ohne dass den dort lebenden *indígenas* das ihnen zustehende Recht auf vorherige Konsultation zugestanden wird (PROVEA 2007). Außerdem verschärfen sich in der Sierra de Perijá die seit Jahren schwelenden Auseinandersetzungen zwischen Yukpa und Viehzüchtern auf drastische Art und Weise zu einem bewaffneten Konflikt, ohne dass eine Lösung in Form der Vergabe eines Landtitels an die *indígenas* erreicht würde, im Oktober 2009 fordern die Auseinandersetzungen sogar Todesopfer (PROVEA 2008; 2009). Ruft man sich nochmals in Erinnerung, dass bereits im Jahr 2000 angekündigt wurde, der Prozess der Demarkation solle innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein, wird verständlich, dass trotz allgemeiner großer Loyali-

---

16 Interviews der Autorin mit ehemaligen und momentanen MitarbeiterInnen der CND und der *Comisión Regional de Demarcación* (CRD, Regionale Demarkierungskommission) im Juli, August und September 2007 und im November und Dezember 2008, sowie Protokoll des außerordentlichen nationalen *indígena*-Kongresses in C. Bolívar (14.-16.09. 2007), vgl. auch PROVEA (2007; 2008).

17 Interview mit einer Mitarbeiterin der CRD Bolívar im Juli 2007 und dem indigenen Vertreter derselben CRD im Dezember 2008.



tät mit der Regierung Chávez auch unter den *indígenas* Kritik geäußert wird (Levy 2006; Gonzalez Nãñez/Añez 2004).<sup>18</sup>

Darüber hinaus setzen sich trotz der Präsenz von sozialen Missionen und Hilfsbrigaden die prekären Zustände in vielen indigenen Gebieten fort, sowohl auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung – von der laut Verfassung garantierten interkulturellen Gesundheitsversorgung ganz zu schweigen – als auch auf dem Gebiet der bilingualen Schulerziehung (CEPAL 2006; PROVEA 2007; 2008). In einigen indigenen *comunidades* wird außerdem Kritik an der Praxis der Regierung laut, sich in Form von Entwicklungsfinanzierung und Unterstützung der *consejos comunales* in die politischen Angelegenheiten der *comunidades* einzumischen und nicht, wie es im LOPCI vorgegeben ist, mit den kulturspezifischen Organisationsformen und Autoritäten zu kooperieren.<sup>19</sup> Auch das indigene Ministerium als Institution ist umstritten, da der Staat durch das LOPCI eigentlich verpflichtet ist, abgesehen vom Ministerium ein autonomes Institut, das *Instituto Nacional de Pueblos Indígenas*, einzurichten und stattdessen bisher nur eine vom Staatsapparat und Regierungsweisungen abhängige Institution geschaffen hat, die außerdem durch wenig strukturierte, weitgehend assistenzialistisch orientierte Politik und zunehmend militaristische Rhetorik von sich reden macht (PROVEA 2008; 2009).<sup>20</sup>

Während die Basis also zunehmend Kritik übt, löst sich die politische Gruppe CONIVE im Nationalparlament auf und die Abgeordneten treten der sozialistischen Einheitspartei PSUV (*Partido Socialista Unido de Venezuela*) bei, die Chávez nach seinem Wahlsieg im Dezember 2006 gründet. Dieselben AktivistInnen innerhalb der indigenen Bewegung, die sich in den 1980er und 1990er Jahren entschieden gegen parteipolitische Zugehörigkeiten ausgesprochen hatten, um zu garantieren, dass die Ziele der Bewegung immer authentisch die Interessen der indigenen Gruppen vertreten, unterstützen nun die Mitgliedschaft in der PSUV.<sup>21</sup> Schließlich kommt es sogar zur Spaltung der nationalen *indígena*-Bewegung in zwei Fraktionen. Die eine nennt sich CONBIVE (*Confederación Nacional Bolivariana Indígena de Venezuela*),

18 Vgl. auch <[www.aporrea.org/n17656.html](http://www.aporrea.org/n17656.html)> (03.12.2007) zum Fall der Yukpa in der Sierra de Perijá.

19 Interviews der Autorin im Rahmen des außerordentlichen nationalen *indígena*-Kongresses in C. Bolívar (14.-16.09.2007) mit einem Mitarbeiter der FIEB in C. Bolívar (Juli und September 2007), mit der Exdirektorin der DAI im Juli 2007 sowie mit indigenen BewohnerInnen des Sektors Bochínche (Imataca) im Oktober und November 2007.

20 Interview mit einem Mitglied der Direktive der FIEB im Dezember 2008.

21 Vgl. <[www.abn.info.ve/go\\_news5.php?articulo=82488&lee=1](http://www.abn.info.ve/go_news5.php?articulo=82488&lee=1)> (03.12.2007).

steht der indigenen Ministerin Nicia Maldonado nahe und zählt auf die Unterstützung neuerer, sehr regierungsnaher indigener Organisationen. Der alte CONIVE um die Abgeordneten Noeli Pocaterra und José Poyo besteht weiter und wird von den länger bestehenden regionalen Organisationen (z.B. FIEB und ORPIA getragen).<sup>22</sup>

Sowohl die Abgeordneten im Nationalparlament als auch das *indígena*-Ministerium setzten sich außerdem aktiv für die von der Regierung vorgeschlagene, im Referendum (Dezember 2007) abgelehnte Verfassungsreform ein, die bei vielen *indígenas* umstritten war, unter anderem, da in den Vorschlägen zur territorialen Neuordnung<sup>23</sup> die indigenen Territorien nicht genannt wurden und die Verfassungsreform darüber hinaus die Möglichkeit beinhaltete, per Dekret des Präsidenten und ohne vorherige Konsultation der Bewohner der Region neue geopolitische Einheiten mit einer dazugehörigen Regierung zu schaffen<sup>24</sup> (siehe auch den Beitrag von Ivo Hernández). Das *indígena*-Ministerium brachte mit Unterstützung einiger *consejos comunales indígenas* darüber hinaus auch einen Reformvorschlag des LOPCI ins Gespräch, nach dem die Begriffe *habitat y tierras indígenas* durch *tierras comunales* ersetzt werden sollten, was von einem Teil der Basis entschieden abgelehnt wurde und im Augenblick nicht mehr diskutiert wird (Barreto Noriega 2007).

Dass die Spaltung des CONIVE und die Uneinigkeiten über die politische Richtung nicht unbedingt zu einer Stärkung der indigenen Bewegung in Venezuela beitragen, liegt auf der Hand.

## 5. Schlussfolgerungen

Zunächst möchten wir auf die eingangs genannten Kernanliegen der indigenen Bewegungen und den Umgang damit in Venezuela zurückkommen. Wie wir in unserem historischen Rückblick gesehen haben, war in Venezuela lange Zeit das Modell des Einheitsstaats vorherrschend, in dem indigenen Rechten wenig Raum gegeben wurde. Im Gegenteil, in jeder Phase gab es neue Versuche, das dominante Entwicklungsmodell auf die indigenen Gruppen zu übertragen und diese in den Nationalstaat zu integrieren. Erst das Bündnis der indigenen Bewegung der späten 1990er Jahre mit Hugo Chávez ermöglichte einen radikalen Wechsel des gesellschaftlichen Projekts, von

---

22 Interview mit einem Mitglied der Direktive der FIEB im Dezember 2008.

23 Vgl. Art. 11 und 16 des Reformvorschlags.

24 Protokoll des außerordentlichen nationalen *indígena*-Kongresses in C. Bolívar (14.-16.09.2007).

dem auch die *indigenas* profitieren. Die Verabschiedung der neuen Verfassung stellte in dieser Hinsicht die Verwirklichung von Zielvorstellungen dar, für die jahrhundertlang gekämpft worden war. Sowohl bei der Anerkennung von Multikulturalität und politischer Partizipation als auch im Bereich der Territorialrechte und der Autonomie ist die venezolanische Verfassung im lateinamerikanischen Vergleich ausgesprochen fortschrittlich. Darüber hinaus wird den indigenen Gruppen in Venezuela unter Hugo Chávez auf der symbolischen und diskursiven Ebene umfassende Anerkennung zuteil.

Was die Umsetzung der durch die Verfassung garantierten Rechte angeht, sind die Defizite allerdings augenfällig, insbesondere in Bezug auf die offizielle Demarkierung der Territorien und die Vergabe von Landtiteln, sowie das damit untrennbar verbundene Recht auf politische Autonomie. Da es sich hierbei um zentrale Punkte handelt, von denen viele weitere indigene Rechte direkt und indirekt abhängig sind (vor allem das Recht auf ein selbstbestimmtes Entwicklungsmodell), ist das diesbezügliche Verhalten der verantwortlichen indigenen RepräsentantInnen und der Regierung selbst zunehmender Kritik ausgesetzt und die Frage liegt nahe, ob sich auf der Ebene des politischen Handelns im Vergleich zu den früheren Regierungen wirklich so viel geändert hat. Kritische Stimmen behaupten, dass die von Chávez und seiner Regierung vertretene Entwicklungsideologie dem *desarrollismo* der 1970er Jahre in nichts nachsteht (Luzardo, zit. in Olivares 2007). Die Einführung der *consejos comunales* in den indigenen Gemeinden weckt außerdem Erinnerungen an die vom IAN geförderten *empresas indigenas*, zumal sich die bisher unter der neuen Legislation vergebenen Landtitel nicht fundamental von den Landschenkungen unter dem Agrarreformgesetz zwischen 1961 und 1998 unterscheiden. Die Vermutung liegt nahe, dass der Diskurs der Interkulturalität auch in Venezuela vor allem eine Strategie darstellt, um weiter bestehende Dominanzbeziehungen innerhalb der Gesellschaft zu verwischen und der indigenen Bewegung durch gewisse Zugeständnisse (vor allem im Bereich der politischen Repräsentation) den Wind aus den Segeln zu nehmen (Walsh 2000).

Da zunehmend Kritik am Verhalten der indigenen RepräsentantInnen auf nationaler Ebene geäußert wird, ist die Frage nach der Zukunft der nationalen indigenen Bewegung in Venezuela nahe liegend. Wie wir gesehen haben, ist die Bewegung gespalten. Dabei sind die Führungsriege beider Fraktionen stark chavistisch geprägt und in verschiedenen Formen aktiv in die Regierung eingebunden (Parlament, Regionalparlamente, Ministerien). Die Kompromisse mit der PSUV sind vor dem Hintergrund der Entwicklung der

autonomen indigenen Bewegung in Venezuela umstritten. Falls sich an den Rahmenbedingungen (Verzögerungen bei der Anerkennung der durch die Verfassung vorgesehenen Rechte) nichts ändert, stehen möglicherweise die Türen bereits offen für die Entstehung einer alternativen Bewegung bzw. einer Neugründung des CONIVE, der die genuin indigene Agenda zu neuem Leben erweckt und die Auseinandersetzung um indigene Territorien und politische Autonomie wieder aufnimmt, ohne sich dabei notwendigerweise von der antichavistischen Opposition vereinnahmen zu lassen. Fraglich bleibt, ob unter den gegebenen politischen Voraussetzungen eine Versöhnung der zerstrittenen Bewegung und damit eine Stärkung der indigenen Organisation auf nationaler Ebene erreicht werden kann.

### Literaturverzeichnis

- Aguilar Castro, Vladimir (2004): "Política y cuestión indígena en Venezuela". In: *Bulletin de la Société Suisse des Américanistes*, 68, S. 91-204.
- Alcina Franch, José (Hrsg.) (1990): *Indianismo e indigenismo en América Latina*. Madrid.
- Allais, María Luisa (2004): *La población indígena de Venezuela según los censos nacionales*. Presentado en el II encuentro de demógrafos y estudiosos de la población, 24.-26.11. 2004. Caracas.
- Amodio, Emanuele (1991): "Invasión y defensa de los resguardos indígenas en el Oriente de Venezuela". In: *Montalbán*, 23, S. 267-308.
- Anónimo (1989): "Hacia el primer congreso nacional indio de Venezuela". In: *Guapotori*, 1, S. 2-4.
- Arvelo Jiménez, Nelly/Biord-Castillo, Horacio (1988): *Venezuela, desarrollo económico y pueblos indígenas*. Presentado en el 45° congreso de Americanistas. Identidad y transformación de las Américas. Bogotá.
- Arvelo Jiménez, Nelly/Perozo, Abel (1983): "Programas de desarrollo entre poblaciones indígenas de Venezuela. Antecedentes, consecuencias y una crítica. América Indígena". In: *América Indígena*, 43, 3, S. 503-536.
- Assies, Willem/Hoekema, Anadré J./Haar, Gemma van der (Hrsg.) (2000): *The Challenge of Diversity: Indigenous Peoples and Reform of the State in Latin America*. Amsterdam.
- Barreto Noriega, Carla (2007): *Indígenas rechazan término tierras comunales*. *Correo del Caroní* (05.09.2007).
- Bello, Álvaro (2004): *Etnicidad y ciudadanía en América Latina. La acción colectiva de los pueblos indígenas*. Santiago de Chile.
- Bello, Luis (2005): *Derechos de los pueblos indígenas en el nuevo ordenamiento venezolano*. København.

- Bonfil Batalla, Guillermo (1981): "Utopía y revolución. El pensamiento político de los indios en América Latina". In: Bonfil-Batalla, Guillermo (Hrsg.): *Utopía y revolución. El pensamiento político de los indios latinoamericanos*. México, D.F., S. 11-59.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2006): "Indigenous People of Latin America: Old Inequities, Mixed Realities and New Obligations for Democracies in the 21st Century", Chapter 3. In: CEPAL (Hrsg.): *Social Panorama of Latin America*. Santiago de Chile, S. 141-216.
- Chávez Frías, Hugo R. (1999): "Compromiso del Presidente de la República Sr. Hugo Chávez Frías en marzo de 1998". In: *La Iglesia en Amazonas*, XX, S. 54.
- Civrieux, Marc de (1976): *Los caribes y la conquista de la Guayana española*. Caracas.
- Clarac de Briceño, Jacqueline (1986): "Introducción al problema del uso y tenencia de la tierra en relación a los grupos indígenas o de origen indígena". In: *Boletín Antropológico*, 10, S. 7-14.
- (2002): "La política indigenista a través del tiempo. Contactos y conflictos interétnicos en Venezuela: el eterno problema. Los problemas recientes". In: *Revista Cenipec*, 21, S. 9-44.
- CODESUR (Comisión para el Desarrollo del Sur) (1974): "Definición de los objetivos de la conquista del sur". In: *América Indígena*, 34, 1, S. 225-239.
- Colmenares Olívar, Ricardo (2001): *Los derechos de los pueblos indígenas*. Caracas.
- Coronil, Fernando (1997): *The Magical State: Nature, Money and Modernity in Venezuela*. Chicago.
- Croes Esté, Gabriela (2003): "Situación de los asuntos indígenas en Venezuela". In: *América Indígena*, 49, 1, o.S.
- García Guadilla, María Pilar (2006): "Organizaciones sociales y conflictos sociopolíticos en una sociedad polarizada: las dos caras de la democracia participativa en Venezuela". In: *América Latina Hoy*, 42, S. 37-60.
- González Ñañez, Omar/Añez, Zoraida (Hrsg.) (2004): "Simposio. Educación indígena propia y intercultural. Nuevos caminos". In: *Boletín Antropológico*, 22, 62, S. 409-441.
- Grimmig, Martina (2005): *Natürliche Ressourcen und soziale Verhältnisse. Ein Beitrag zur Gegenwart und Geschichte der Kari'ña von Imataca, Venezuela*. Diss. Freiburg.
- Guaramato, Pedro (1984): "El indigenismo venezolano". In: *SIC*, 464, S. 173-180.
- Gutierrez, Erick (2006): *Dispositivo teleinformático para el análisis y discusión de problemas en Venezuela. Problema: inseguridad territorial indígena*. Caracas.
- Heinen, Dieter (1984): "Der Beitrag der angewandten Ethnologie zu Entwicklungsprojekten in Venezuela: Das Beispiel der Warao, Pemón und Ye'cuana/Sanema". In: *Zeitschrift für Ethnologie*, 109, S. 79-105.
- Heinen, Dieter/Coppens, Walter (1981): "Las empresas indígenas en Venezuela". In: *América Indígena*, 41, 4, S. 573-603.
- ILO (International Labour Organization) (1989): *Übereinkommen 169: Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern* (<[www.ilo169.de/index.php?option=content&task=view&id=20&Itemid=31](http://www.ilo169.de/index.php?option=content&task=view&id=20&Itemid=31)>; 07.10.2007).
- INE (Instituto Nacional de Estadística) (2005): *Censo de población y vivienda 2001*, tomo I, capítulo III. *Censo de comunidades Indígenas. Características de la población*. Caracas.

- IWGIA (International Work Group for Indigenous Affairs) (1971): *Declaration of Barbados. IWGIA Document No. 1*. Kopenhagen.
- Kozloff, Nikolas (2005): *Hugo Chávez and the Politics of Race* (<[www.venezuelanalysis.com/analysis/1414](http://www.venezuelanalysis.com/analysis/1414)>; 16.10.2007).
- Kruse, Petra (Hrsg.) (1999): *Orinoko-Parima: Indianische Gesellschaften aus Venezuela – die Sammlung Cisneros*. Ostfildern-Ruit.
- Kuppe, René (1986): “The Indigenous People of Venezuela and the National Law”. In: *Law & Anthropology*, 2, S. 113-138.
- (1994): “Indianische Landrechte und Naturschutzzonen in Venezuela”. In: Cech, Doris/Mader, Elke/Reinberg, Stefanie (Hrsg.): *TIERRA – indigene Völker, Umwelt und Recht*. Frankfurt am Main, S. 87-104.
- (2000/01): “Indianische Rechte und Partizipation im Rahmen der Verwirklichung eines plurikulturellen und multiethnischen Staates”. In: *Indiana*, 17/18, S. 105-133.
- (2003): “Ein Beitrag zur rechtlichen Sicherung der Land- und Ressourcenrechte der indigenen Völker Venezuelas”. In: *Österreichisches Archiv für Recht und Religion*, S. 252-282.
- (2006): “Los derechos de los pueblos indígenas sobre tierras y recursos naturales en Venezuela. Un análisis conceptual”. In: *Ágora. Revista de Ciencias Sociales*, 14, S. 167-191.
- (2007): *Rechtliche Fragen der Demarkierung von Indianerland*. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung “Landrechte und Ressourcennutzung in Lateinamerika”, 30.01.2007, Bonn.
- Levy, Johanna (2006): “Los pueblos indígenas hacia la conquista de sus derechos. ‘Un ye’kuana sin tierra no es un ye’kuana’” (<[www.voltairenet.org/article142904.html](http://www.voltairenet.org/article142904.html)>; 03.12.2007).
- Mansutti Rodríguez, Alexander (1993): “Una mirada al futuro de los indígenas de Guyana”. In: *Boletín Antropológico*, 29, S. 16-31.
- (1999): “Informe: Crónicas indigenistas desde el Consejo Nacional Electoral en Venezuela: por una representación legítima de los pueblos indígenas venezolanos en la constituyente”. In: *Boletín Antropológico*, 46, S. 135-150.
- (2000): “Pueblos Indígenas y constituyente en Venezuela”. In: *Revue Internationale des Droits des Peuples Autochtones*, 2, S. 35-49.
- Mansutti Rodríguez, Alexander/Bonneuil, Noël (1994): “Dispersión y asentamiento interfluvial llanero: Dos razones de sobrevivencia étnica en el Orinoco medio del post-contacto”. In: *Antropológica*, 84, S. 43-72.
- Marmon, Tangmar/Kramer, Andrea (2006): *Ethnische Parteien der Andenländer: Von sozialen Bewegungen zu politischen Gestalten*. Hamburg.
- Maybury-Lewis, David (1999): “Lowland Peoples of the Twentieth Century”. In: Salomon, Frank/Schwartz, Stuart B. (Hrsg.): *The Cambridge History of Native Peoples of the Americas*. Bd. 3. Cambridge, S. 872-947.
- Mosonyi, Esteban (1974): “Hacia la auto-gestión Pan-indígena”. In: *América Indígena*, 34, 1, S. 151-160.
- Mosonyi, Esteban/Jackson, Gisela (1990): “Violencia anti-indígena en la Venezuela contemporánea”. In: *Nueva Sociedad*, 105, S. 130-140.

- Mosonyi, Esteban/Acosta Saignes, Miguel/Luzardo, Alexander/Castillo, Ramón/Jiménez, Siméon (1981): *El Caso Nuevas Tribus*. Caracas.
- OCEI (Oficina Central de Estadística y Informática) (1993): *Censo indígena de Venezuela 1992*. Bd. 1. Caracas.
- Olivares, Francisco (2007): "Poder territorial". *El Universal*, 17.06.2007.
- Orywal, Erwin/Hackstein, Katharina (1993): Ethnizität: Die Konstruktion ethnischer Wirklichkeiten. In: Schweizer, Thomas (Hrsg.): *Handbuch der Ethnologie*. Berlin, S. 593-609.
- PROVEA (2006): *La situación de los derechos humanos en Venezuela 2005/06 (Los derechos de los pueblos indígenas)*. Caracas.
- (2007): *La situación de los derechos humanos en Venezuela 2006/07 (Los derechos de los pueblos indígenas)*. Caracas.
- (2008): *La situación de los derechos humanos en Venezuela 2007/08 (Los derechos de los pueblos indígenas)*. Caracas.
- (2009): *La situación de los derechos humanos en Venezuela 2008/09 (Los derechos de los pueblos indígenas)*. Caracas.
- Rathgeber, Theodor (o.J.): *Die Yanomami in Brasilien und Venezuela* (<www.gfbv.de>; 06.02.2008).
- Schulz, Jochen (1994): *Indianerpolitik in Venezuela. Ansätze zur Mitsprache der Betroffenen?* Münster/Hamburg.
- Serbin, Andrés (1980): *Indigenismo y autogestión*. Caracas.
- Setién Peña, Adrián (1999): *Realidad indígena venezolana*. Caracas.
- Sevilla, Victor R. (1997): *El régimen de excepción y los derechos humanos indígenas*. Caracas.
- Silva Monterrey, Nalúa Rosa (2007): "Los derechos territoriales de los pueblos indígenas en Venezuela. Situación actual y perspectivas". In: Meneses-Pacheco, Lino/Gordones, Gladys/Clarac de Briceño, Jacqueline (Hrsg.): *Lecturas antropológicas de Venezuela*. Mérida.
- Stavenhagen, Rodolfo (1988): *Derechos indígenas y derechos humanos en América Latina*. México, D.F.
- Valdez, Antonio (1974): "La dotación de tierras a comunidades indígenas en Venezuela: Desde la colonia hasta nuestros días". In: *América Indígena*, 34, 1, S. 215-223.
- Van Cott, Donna L. (2003): "Andean Indigenous Movements and Constitutional Transformations: Venezuela in Comparative Perspective". In: *Latin American Perspectives*, 30, 1, S. 49-69.
- Vargas Arenas, Iraida (2005): "Visiones del pasado indígena y el proyecto de una Venezuela a futuro". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 11, 2, S. 187-210.
- Venezuela, R. B. de (2000): *Constitución de la República Bolivariana de Venezuela*. Caracas: *Gaceta Oficial* N° 5.453, 24.03.2000.
- (2001a): *Ley de demarcación y garantía de los habitat y tierras indígenas*. Caracas: *Gaceta Oficial* N° 37.118 del 12.01.2001.
- (2001b): *Ley aprobatoria del convenio N° 169 sobre pueblos indígenas y tribales*. Caracas: *Gaceta Oficial* 37.305 del 17.10.2001.

- (2005): *Ley orgánica de pueblos y comunidades indígenas*. Caracas: *Gaceta Oficial* N° 38.344 del 27.12.2005.
- Walsh, Catherine (2000): “Políticas y significados conflictivos”. In: *Nueva Sociedad*, 165, S. 121-133.
- Welsch, Wolfgang (1999): “Transculturality: the Puzzling Form of Cultures Today”. In: Featherstone, Mike/Lash, Scott (Hrsg.): *Spaces of Culture: City, Nation, World*. London, S. 194-213.



## **II. Politik und Gesellschaft**



Friedrich Welsch/Héctor Briceño

## Chávez und der Chavismus<sup>1</sup>

### 1. Einführung

Hugo Chávez, Anführer des gescheiterten, blutigen Staatsstreichs gegen die legitime Regierung Pérez vom Februar 1992 und seit 1999 gewählter und wiedergewählter Präsident Venezuelas, gehört zweifellos zu den Exzentrikern unter den Staatsoberhäuptern der Welt, denen allein wegen des Unterhaltungswerts ihres Auftretens in der Öffentlichkeit hohe mediale Aufmerksamkeit sicher ist. Ob er – vergeblich – versucht, die britische Queen oder Königin Sofía zu umarmen oder Wladimir Putin mit einem Karatesprung begrüßt, ob er im Zentrum von Caracas herumspaziert und dabei anordnet, dieses und jenes Gebäude zu enteignen – darunter auch solche, die dem Staat ohnehin bereits gehören, er inszeniert stets seine Show, und die Medien übertragen und multiplizieren sie nur allzu gern.

Chávez' Erfolg als immer wieder mit Überraschungen aufwartender Medienstar drückt sich im Internet ebenso aus wie in der politischen Literatur und Forschung. Gemessen an der Zahl seiner Einträge im *world wide web* spielt er in der Liga europäischer Politiker wie Nicolas Sarkozy, Angela Merkel oder Silvio Berlusconi, nur wenig übertroffen von Russlands Wladimir Putin und Brasiliens Lula da Silva, jedoch weit hinter seinem Lieblingsgegner Obama (lt. Google [20.07.2010]). Und schon 2005 erfasste eine Bibliografie zahlreiche Bücher über ihn und seine Politik (Castellanos 2005). In einem 2010 geführten Interview versicherte der Autor, Chávez sei der meistbeschriebene und -studierte Staatschef der Welt, der mit mehr als 3.000 Titeln auch Fidel Castro und Charles De Gaulle übertreffe; allein in den Vereinigten Staaten seien von 2005 bis 2010 mehr als 150 Doktor- und Magisterarbeiten über ihn und die Bolivarische Revolution verfasst worden (Carrillo 2010).

Sein bevorzugter Arbeitsplatz befindet sich hinter Batterien von Mikrofonen: die allsonntäglichen "Aló Presidente"-Kanzelreden und *cadenas* – Ansprachen, bei denen sämtliche Radio- und Fernsehsender gleichgeschaltet werden, ihre jeweiligen Programme unterbrechen und den Präsidenten über-

---

1 Der Beitrag enthält aktualisierte Passagen Welsch (2010), in: Werz (2010).

tragen müssen – erstreckten sich in den ersten zehn Jahren seit seinem Regierungsantritt über nahezu zwei Arbeitsjahre.<sup>2</sup> Mit seiner Ausdauer hat er seinen Mentor Fidel Castro wenigstens erreicht, wenn nicht gar übertroffen: Seine Rede vor dem Parlament anlässlich seines zehnjährigen Amtsjubiläums dauerte über acht Stunden. Und er hat ihn ersetzt als Ikone des weltweiten Anti-Imperialismus (Gott 2000); der deutsch-mexikanische Sozialwissenschaftler und Theoretiker des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, Heinz Dieterich, vergleicht ihn gar mit dem wiederauferstandenen Jesus (Dieterich 2007: 9).

## 2. Von Sabaneta nach Miraflores

Das Milieu, in dem Chávez auf die Welt kam und aufwuchs – untere Mittelschicht im Landesinnern – gleicht dem der meisten seiner Amtskollegen in der Vergangenheit. Er wurde am 28. Juli 1954 in Sabaneta, Bundesstaat Barinas, geboren, als zweiter der sechs Söhne eines Lehrerehepaars, nicht in einer Lehmhütte, wie manche seine Herkunft schon zu verklären beginnen (z.B. Jones 2007). Er schloss 1971 die Sekundarstufe ab und begann anschließend als Kadett in der Militärakademie seine Offizierslaufbahn; in Venezuela ist die Abschlussprüfung an der Militärakademie einem Studienabschluss gleichgestellt, er trägt deshalb den Hochschulgrad eines “Licenciado en Ciencias y Artes Militares” (siehe dazu den Beitrag von H. Castillo in diesem Band).

Schon früh schloss er sich Verschwörergruppen innerhalb der Streitkräfte an – ein Umstand, der seinen Vorgesetzten nicht unbekannt war, aber dennoch seine Karriere nicht behinderte. 1983 gründete er mit anderen die konspirative Revolutionäre Bolivarische Bewegung MBR-200, so benannt im Gedenken an den 200. Geburtstag des Befreiers Simón Bolívar. In den Jahren 1989 und 1990 absolvierte er ein Graduiertenstudium in Politikwissenschaft an der Simón-Bolívar-Universität; 1990 wurde er zum Oberstleutnant (*Comandante*) befördert, ein Dienstrang, mit dem er sich auch als Staatspräsident noch schmückt (“Comandante-Presidente Chávez”).

Im Februar 1992 scheiterte sein erster Putschversuch, ebenso wie eine weitere Rebellion, an der er passiv aus dem Gefängnis heraus beteiligt war. Von 1992 bis 1994 saß er des Hochverrats beschuldigt in Untersuchungshaft, bis Präsident Caldera das Verfahren gegen alle inhaftierten Rebellen nieder-

---

2 Etwa 360 “Aló Presidente”-Sendungen und etwa 1.300 Stunden *cadenas*; Daten in: “Alo-Presidente” (o.D.) und AGB Nielsen (2008).

schlug und sie auf freien Fuß setzte; ihnen kann mithin aus der Sicht des Strafrechts weder ein Unrechtstatbestand noch ein Schuldvorwurf vorgehalten werden. Die Präsidentschaftswahl von 1998 öffnete ihm schließlich die Pforte zum Sitz des Staatspräsidenten in Miraflores; 1999 erreichte er die Verabschiedung einer neuen Verfassung. Bei den daraufhin notwendigen Neuwahlen setzte er sich erneut mit großem Vorsprung durch und gewann ebenso seine Wiederwahl im November 2006. Eine im Januar 2009 erfolgreich bestandene Volksbefragung ermöglicht ihm die unbegrenzte Wiederwahl, d.h. er kann sich auch 2012 um das erste Amt im Staat bewerben.

### 3. Politischer Stil: Regieren durch Kommunizieren

Hugo Chávez ist ein begnadeter Kommunikator, und Kommunikation – allerdings als Einbahnstraße verstanden – ist der Schwerpunkt seiner Tätigkeit als Staats- und Regierungschef. Regieren findet für Chávez nicht am Kabinettstisch statt, sondern vor Mikrofon und Kamera, mit den Kabinettsmitgliedern als Statisten.<sup>3</sup> So erläutert er dem Volk in einer leicht verständlichen Bildersprache, was sich gerade auf den welt-, regional-, landes- und lokalpolitischen Bühnen abspielt und was er in diesem Kontext zu tun gedenkt. Handverlesene Bürger werden auf das jeweilige Podium geleitet, damit sie dem Führer Petitionsschriften übergeben oder für empfangene Wohltaten danken können. Verfassungsorganen, Ministern, Gouverneuren und sonstigen Anordnungsempfängern erteilt er *coram publico* detaillierte Aufträge; ermahnt sie, ihm zu Ohren gekommene Schwachstellen in ihrem Bereich zu beseitigen oder entlässt sie bzw. benennt schon Nachfolger, wenn die Vorgänger noch im Amt sind. Allein aus diesem Grund ist es für Amtsinhaber, Journalisten und Postenanwärter unumgänglich, die Sendungen von Anfang bis Ende zu verfolgen. Dennoch sprechen sie kein breites Publikum an, denn die öffentlichen Radio- und Fernsehkanäle sind ausgesprochen quotenarm.<sup>4</sup>

---

3 Selbst überzeugte Revolutionsanhänger wie z.B. der Journalist Miguel Salazar kritisieren deren Unterwerfungsgestus gegenüber dem "Kommandanten Präsident Chávez" (Salazar 2010).

4 Nach AGB Nielsen (2008) kamen im Bereich des freien (nicht gebührenpflichtigen) Fernsehens die beiden bedeutendsten Staatssender Venezuelana de Televisión (5%) und TVES (2,4%) zusammen auf magere 7,4% Quote gegenüber 47% der beiden (weitgehend "neutralen") privaten Sender Venevisión (33%) und Televen (14%). Der oppositionsnahe Nachrichtenkanal Globovisión, der nur regionale Reichweite hat, kam auf 4%. Demgegenüber hatte das Bezahlfernsehen, über das man auch die Sender des freien Fernsehens empfangen kann, eine Quote von 24%.

Dieser Regierungsstil ist zeitaufwendig, ineffizient und hinsichtlich der tatsächlichen Ergebnisse kaum bewert- oder messbar, kommt aber bei vielen Bürgern gut an, auch wenn sie die Sendungen kaum je verfolgen.<sup>5</sup> Vor allem in den benachteiligten Schichten haben viele das Gefühl, dass Chávez sie ernst nimmt, ein Ohr für sie hat. Sie fühlen sich auf der politischen Bühne präsent und geben schon allein deshalb Chávez langfristig Kredit: Selbst wenn ihre Probleme nach wie vor dieselben sind und sich strukturell nichts verändert hat, so liegt das keinesfalls an Nichtbeachtung. Chávez ist ja nachweislich mit Petitionen erreichbar, inzwischen sogar über das Twitter-Netzwerk (@chavezcandanga), und wie beim Lotto darf man die Hoffnung nicht verlieren.

Chávez' Politikstil ist einer Revolution angemessen, jedoch definitiv nicht ergebnisgeleitetem und -verpflichtetem Regierungshandeln. Insofern ist der Weg das Ziel: Die Revolution rechtfertigt sich allein um ihrer selbst willen. Der Diskurs ersetzt die Wirklichkeit, denn in den von Chávez vorgebrachten oder angekündigten Maßnahmen ist das Ergebnis bereits vorweggenommen. Die Gegenwart wird ausgeblendet, für sie ist zwischen dem mythenbeladenen Chavez'schen Geschichtsverständnis einerseits und der stets beschworenen strahlenden Zukunft andererseits kein Platz. Mit dieser Form der Theatralisierung von Politik und Autorität, verbunden mit der Glorifizierung vergangener Epochen und ihrer Helden, bedient Chávez ein emotionales Bedürfnis breiter Bevölkerungsschichten nach Sinngebung in der Politik (Rosanvallon 2007: 297-298) und vermag damit die Akzeptanz seines Politikstils ebenso wie der meist verschwommen, oft selbst die zuständigen Ressortchefs überraschenden und häufig aus praktischer Sicht fragwürdigen Politikinhalte zu steigern.

In seiner monologisierenden "Kommunikation" mit den Bürgern benutzt Chávez eine ausgesprochen rüde, aggressive, militärisch geprägte und gewaltorientierte Sprache. Auseinandersetzungen mit der Opposition oder Dissidenten sind Gefechte und Kriege, Gegner müssen nicht überzeugt, sondern vernichtet werden,<sup>6</sup> weil sie Vaterlandsverräter sind und im Land nichts verloren haben. Gelegentlich versteigt er sich zu Äußerungen, die in manchen

---

5 Die Zustimmung zur Amtsführung des Präsidenten hielt sich über die Jahre hinweg oberhalb der 60%-Marke und verzeichnet erst ab 2009 einen Rückgang unter 50% (siehe Hinterlaces 2010, historische Serie).

6 Auf der Seite der PSUV findet sich z.B. die Nachricht: "Kommandant Chávez: Schleift mir sie!" Das war der Befehl, den Präsident Chávez der roten Parteimaschine der Llano-Region erteilte, anlässlich der Verurteilung der Vertreter von 53.726 "Parteisoldaten" (PSUV 2010).

Ländern strafrechtliche Konsequenzen zeitigen könnten, z.B. wenn er die bekannten antisemitischen Klischees wiederholt, die Juden seien die Mörder Christi, die sich aller Reichtümer bemächtigt hätten.

Das alles trägt dazu bei, die politische Berechenbarkeit der Regierung Chávez zu erschweren. Ein Augenblickseinfall während einer „Aló Presidente“-Sendung kann langfristige politische Folgen zeitigen, z.B. weil es ihm in den Sinn kommt, ein Unternehmen, Gebäude oder sonstige Einrichtungen für das Volk zu requirieren, deren Enteignung er dann umgehend anordnet. In diese Kategorie politischer Entscheidungen gehört auch die Ausweisung des israelischen Botschafters, die neben vielen anderen vor allem den Außenminister überraschte.

Zusammen betrachtet verweisen diese Elemente auf eine narzisstische Persönlichkeit, bei der mehrere Kriterien des DSM-IV-Standards dieser psychopathologischen Störung zu beobachten sind: grandioses Gefühl der eigenen Bedeutung, das sich in sehr häufigen Eigennennungen ausdrückt,<sup>7</sup> Glaube an seine Einzigartigkeit (nur Chávez kann diesem Land, dem amerikanischen Kontinent und der ganzen Welt eine humane Zukunft sichern),<sup>8</sup> Verlangen nach Bewunderung (inszenierte Bäder in der Menge), schonungslose Nutzung und Instrumentalisierung anderer (viele Freunde haben sich deshalb von ihm losgesagt) oder arrogante Verhaltensweisen gegenüber Andersdenkenden.

Mit seinen Stärken und vor allem auch mit seinen Schwächen hat sich Hugo Chávez aber bereits jetzt einen Platz in der venezolanischen Historiographie erworben, sei es als Held, Schurke, oder – dem Marx'schen Diktum

---

7 Bereits bei seiner Antrittsrede im Februar 1999 nannte er sich selbst elf Mal beim Namen; im Grundsatzprogramm der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas wird er 13 Mal genannt, mehr als die ideologischen Mit-Ahnherren Fidel Castro, Simón Rodríguez, Karl Marx und Ezequiel Zamora. Übertroffen wird er hier nur von Simón Bolívar (PSUV 2010).

8 „Nur Hugo Chávez hat die moralische, politische und mediale Kraft zum Vorreiter einer Entwicklung, derer die Menschheit dringend bedarf“ (Dieterich 2007: 10, Übersetzung F.W.). „Die lange Nacht der antibürgerlichen Revolutionstheorie währte 15 Jahre (nach dem Zerfall der Sowjetunion, F.W.), bis der Revolutionär Hugo Chávez sie öffentlich rehabilitierte und ihr ihren emanzipatorischen Status zurückgab, nicht nur zur Verteidigung der Menschheit, sondern mit Blick auf ihre endgültige Befreiung. In diesem Sinne ist es gerechtfertigt zu sagen, dass die Weltrevolution von Hugo Chávez ausgeht“ (Dieterich 2007: 19f., Übersetzung F.W.).

entsprechend, mit Blick auf seine selbstinszenierte Bolívar-Reinkarnation – als Karikatur.<sup>9</sup>

#### 4. Zwischen Nostalgie und Utopie: der Bolivarische Sozialismus und seine Partei

Der janusköpfige Chávez-Diskurs mit dem einen, mythenbeladenen und rückwärtsgewandten und dem anderen, in eine strahlende Zukunft blickenden Gesicht, zwischen denen die Gegenwart ausgeblendet wird, kristallisiert sich im 2010 verabschiedeten Grundsatzprogramm der 2007 gegründeten Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas. Es spannt den Bogen von der unvollendeten Befreiung vom (spanischen) Imperialismus des 19. Jahrhunderts zur notwendigen Überwindung des (nordamerikanischen) Imperialismus im 21. Jahrhundert. Zur Vollendung beider ist der "Führer der Revolution und Kommandant-Präsident Hugo Chávez" auserkoren, der dieses Ziel im Rahmen seines ihm von der Geschichte übertragenen Auftrags mit der Errichtung des Bolivarischen Sozialismus in der Zweihundert-Jahrfeier-Ära von 2010 bis 2030 ("Era Bicentenario 2010-2030") verwirklicht wird (PSUV 2010: 8).

Im ideologischen Gemenge des Bolivarischen Sozialismus sind Elemente der katholischen Soziallehre und der Befreiungstheologie mit dem politischen Gedankengut von Bolívar und Simón Rodríguez sowie dem agrarreformerischen Erbe Ezequiel Zamoras ("Baum der Drei Wurzeln")<sup>10</sup> vermischt; dazu kommen die Traditionen der indo-afro-amerikanischen Völker und der wissenschaftliche Sozialismus (PSUV 2010: 44).<sup>11</sup> Die in diesem

9 Marx im 18. *Brumaire* des Louis Bonaparte: "Hegel bemerkte irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen hinzuzufügen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce."

10 Neben den Schriften Bolívars – von zentraler Bedeutung hier seine Rede vor dem Kongress von Angostura 1819 – vor allem "Sociedades Americanas" von Simón Rodríguez, die endogene Referenz, in der er autochthone Lösungen für die Probleme Spanisch-Amerikas einfordert ("O inventamos o erramos" – wir müssen uns erfinden oder sind verloren). Ezequiel hat außer einigen Proklamationen keine Schriften hinterlassen; er gilt als frühe Referenz für die Agrarreform.

11 Siehe dazu auch Dieterich (2007: 10-17), Kap. "El socialismo cristiano y el socialismo científico", insbesondere S. 17: "Hugo Chávez hat sich an die Spitze der Weltrevolution gesetzt, als er die Erfindung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts, also einen an das neue Jahrhundert angepassten Sozialismus zur unausweichlichen theoretisch-praktischen Aufgabe der Welt erklärte. Dieser Gedanke bedeutet, dass der Präsident Venezuelas über das historische Projekt des Befreiers Bolívar hinauswächst und sich dem historischen Projekt dessen Lehrmeisters Simón Rodríguez zuneigt."



Zusammenhang parteioffiziell ausgestellte Ahnengalerie weist neben den bereits genannten auch den legendären Kaziken Guaicaipuro und den Mischling Chirino aus (PSUV 2010: 51), die im 16. bzw. 18. Jahrhundert Aufstände gegen die spanischen Kolonialherren angeführt hatten. José Martí, Ernesto Che Guevara, José Carlos Mariátegui, Rosa Luxemburg, Karl Marx, Friedrich Engels, Lenin, Trotzki, Gramsci und Mao Tse-Dong vervollständigen den Kreis (PSUV 2010: 38), dem später noch Aristoteles hinzugefügt wird (PSUV 2010: 102). Die Grundsätze des Programms münden in den parteioffiziellen Wahlspruch „Sozialistisches Vaterland oder Tod – unser ist der Sieg“ (PSUV 2010: 46).

Passend zum Wahlspruch wird das Umfeld manichäisch in Gut und Böse aufgeteilt, nämlich hier die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt, der im Klassenkampf die Führungsrolle zukommt, unterstützt von den Bauern, kleinen und mittleren Unternehmern aus Industrie und Landwirtschaft, der Jugend, den Studenten, Frauen, Indigenen, Afro-Stämmigen, der Mittelschicht und fortschrittlichen Intellektuellen als potentielle revolutionäre Subjekte, und dort die Feinde: der nordamerikanische Imperialismus und seine Regierung, seine Monopole, die konterrevolutionäre Amtskirche, die Oligarchie, die vaterlandslose Bourgeoisie und sonstige Lakaien des Imperialismus (PSUV 2010: 85-86). Der von Chávez gepflegte und unermüdlich wiederholte Freund-Feind-Diskurs folgt den Linien der neoautoritären These Carl Schmitts, ohne diesen zu erwähnen. Ebenso wenig erwähnt wird die tatsächliche Avantgarde der Bolivarischen Revolution und praktischer Ausdruck dieser neoautoritären Strömung, nämlich die Militär-Loge, die sich in der PSUV-Vorläufer-Bewegung MBR-200 zusammengefunden hatte und aus der sich ein Gutteil der Partei- und Staatsführung rekrutierte (siehe dazu den Anhang zum Beitrag von H. Castillo in diesem Band).

Mit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas als Sammelbewegung traten bis dahin bestehende Formationen des Chavismus, z.B. die Bolivarischen Kreise,<sup>12</sup> und zahlreiche „Fronten“ von Arbeitern, Freiberuflern und Unternehmern in den Hintergrund. Einige Parteien des Chavismus-Bündnisses „Patriotischer Pol“ verweigerten sich der Fusion mit

---

12 Die „Bolivarischen Kreise“ sind regierungsamtlich geförderte Basisorganisationen mit 7 bis 11 Mitgliedern, die sich der bolivarischen Ideologie verpflichten und bei der Umsetzung von Politikmaßnahmen an der Basis mitwirken sollen. Auf der regierungsamtlichen Seite <[www.gobiernoonlinea.ve/cartelera/CirculosBolivarianos.html](http://www.gobiernoonlinea.ve/cartelera/CirculosBolivarianos.html)> gibt es diese Kreise noch, ihre eigene <[www.circulosbolivarianos.org.ve](http://www.circulosbolivarianos.org.ve)> existierte im September 2010 nicht mehr; der Blog <[www.circulosbolivarianosunidos.blogspot.com](http://www.circulosbolivarianosunidos.blogspot.com)> wies zu diesem Zeitpunkt noch einige solcher Organisationen im Ausland auf.

der sozialistischen Einheitspartei, verblieben aber zunächst im Bündnis, darunter die Kommunistische Partei "Vaterland für Alle" (*Patria Para Todos*, PPT) und "Für die Soziale Demokratie (*Por la Democracia Social*, PODEMOS); die beiden Letzteren scherten später aus. Die Parteiorganisation folgt dem leninistischen Prinzip des Demokratischen Zentralismus: die "Parteisoldaten" dürfen einerseits zwar "Toleranz, Kritik, Selbstkritik und Achtung der Unterschiede" kultivieren, müssen andererseits aber "den Anordnungen und Weisungen der Führungsinstanzen gehorchen", um ihre Gefolgschaftstreue unter Beweis zu stellen, insbesondere gegenüber dem Führer der Revolution (PSUV 2010: 78-79).

Die Bolivarische Revolution verfolgt drei strategische Ziele, nämlich die Festigung der sozialistischen bzw. bolivarischen Demokratie durch die Zerschlagung der bürgerlich-liberalen politischen Kultur, den Sieg über den Imperialismus durch eine neue Bündnisstruktur und den Aufbau des Bolivarischen Sozialismus durch Volkskommunen als Ausgangszellen der neuen Gesellschaft und des neuen Sozialistischen Staats (PSUV 2010: 89-104).

Die Thesen zur Zerschlagung der bürgerlich-liberalen politischen Kultur laufen auf die Aufhebung der Gewaltenteilung hinaus. Die Gewalten sind im Volk konzentriert, das sie an Mandatsträger delegiert, die als "unvermittelter Ausdruck der Beteiligung des Volks" (PSUV 2010: 92) mit diesem eins sind; gegendemokratische Kontroll-, Protest- oder Bewertungskanäle werden infolgedessen nicht gebraucht und sind daher auch nicht vorgesehen; bereits vorher bestehende, chavismusnahe Basisorganisationen wie z.B. die schon erwähnten "Bolivarischen Kreise" verschwanden in der Versenkung. Andererseits sind die revolutionäre Bewegung des Volkes, nämlich die Sozialistische Einheitspartei (PSUV 2010: 53), der Bolivarische Sozialismus und "unser Kommandant Hugo Chávez" (PSUV 2010: 29) ebenfalls identisch. Parallelen der "neuen" politischen Kultur zum militaristischen Führerstaat treten in aller Deutlichkeit hervor (Ceresole 1999). Auf diesem Weg ist die Bolivarische Revolution bereits ein gutes Stück vorangekommen, denn die in der Bolivarischen Verfassung von 1999 noch festgeschriebene, formale Gewaltenteilung ist in der politischen Praxis nicht zur Verfassungsrealität ausgestaltet worden. Solange oppositionelle Gruppen noch existieren, ist der Neo-Autoritarismus kompetitiv angelegt: Wahlen finden zwar statt, werden aber durch ungleiche Verfahrensregeln so organisiert, dass ein durch sie induzierter Machtwechsel weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Auch beim zweiten strategischen Ziel, nämlich der Überwindung des Imperialismus durch den Export der Bolivarischen Revolution, sind prakti-

sche Fortschritte zu verzeichnen. Eine üppige Erdölrente bescherte der Chávez-Regierung die materielle Grundlage für eine Scheckbuchdiplomatie in Mittel- und Südamerika, der Karibik und bis nach Asien und Ozeanien,<sup>13</sup> die zur Gründung der Bolivarischen Alternative Amerikas geführt hat, in der Venezuela als Geldgeber der Ton angibt. Zahlreiche “ALBA-Häuser” (*Casas del ALBA*) in lateinamerikanischen Ländern, mit denen die venezolanische Regierung allerdings keine formale Bindung unterhält, sorgen für Basisunterstützung vor Ort. Abgerundet wird diese Strategie durch Allianzen mit antiwestlichen bzw. autokratischen Regimes wie z.B. Iran und Weißrussland.

Die Vorstellungen zur Verwirklichung des dritten Ziels, dem Aufbau des Bolivarischen Sozialismus, sind demgegenüber nur floskelhaft formuliert und weisen in eine schöne neue Welt des “Friedens, der Freude, des Lebens und der Liebe” (PSUV 2010: 99).

Während des Übergangs zum Sozialismus steht die Bolivarische Revolution vor vier zentralen Aufgaben, für die das Programm Lösungsansätze aufzuzeigen sucht: revolutionäres Bewusstsein schaffen, die politische Herrschaft abschaffen, die Arbeit menschlich gestalten und eine endogene, selbsttragende Entwicklung einleiten. Das in diesem Teil sehr häufig verwendete Epitheton “neu” suggeriert theoretische Unbestimmtheit, Unsicherheit und eine Unterströmung nach dem Motto: Wir müssen alles ändern, damit alles so bleibt, wie es ist. Daneben werden aber auch grundlegende Widersprüche deutlich – sowohl im theoretischen Grundriss als auch zwischen Theorie und Praxis nach immerhin elf Jahren Revolution in Aktion zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Programms. Dass die Bolivarische Revolution des 21. Jahrhunderts ausgerechnet mit dem “theoretischen Instrumentarium der marxischen Kritik der politischen Ökonomie” (PSUV 2010: 108) des 19. Jahrhunderts die Zukunft erobern will, zeugt von einer gehörigen Lernresistenz gegenüber den in dieser Hinsicht vom real existie-

---

13 Die Nationalversammlung nickte z.B. in der Sitzungsperiode 2010 ohne Diskussion eine Vorlage ab, mit der dem Außenministerium zusätzliche Mittel in Höhe von über 6 Mio. US\$ für “laufende Schenkungen an nicht gewinnorientierte Einrichtungen” in verschiedenen Ländern Asiens, des Mittleren Ostens und Ozeaniens bewilligt; die Vorlage spezialisierte keine dieser Einrichtungen und auch nicht die jeweiligen Länder bzw. Summen im Einzelfall (*Gaceta Oficial* 37.6321, 6. Mai 2010). Diese Praxis ist schlechthin prüfungsresistent und umso kritikwürdiger, als im umgekehrten Fall venezolanische Nichtregierungsorganisationen, die Unterstützung aus dem Ausland erhalten – sei sie bilateraler oder multilateraler Herkunft – pauschal als Lakaien des Imperialismus verurteilt und sogar kriminalisiert werden.

renden Sozialismus des 20. Jahrhunderts gemachten, leidvollen Erfahrungen. Dass die Analyse des revolutionären Subjekts – des Volkes – eine historisch gewachsene, bürgerlich bevormundete politische Kultur feststellt, die durch sozialistische Werte ersetzt werden muss, ebenso wie die gewachsene, materialistische Konsumkultur durch eine sozialistische, verändert den Objektcharakter dieses revolutionären Subjekts nicht. Die Forderung nach dem “neuen Menschen” (PSUV 2010: 24) belegt, dass die Revolution mit den vorhandenen Menschen nicht möglich ist, sie müssen mithin marginalisiert werden. Dass eine bürokratisierte Zentralverwaltungswirtschaft kaum vereinbar ist mit dem Postulat selbstbestimmter Produktionseinheiten der Arbeiter, sondern auf Bevormundung hinausläuft, gehört zum Erfahrungsschatz des realen Sozialismus selbst in Jugoslawien. Und dass die “falsche Dichotomie” zwischen öffentlichem und privatem Raum aufgehoben werden soll, “weil die wichtigsten Aspekte der Charakter- und Wertebildung [...] im sogenannten Raum des privaten Lebens stattfinden, der total kolonisiert wird von den Medienapparaten des Imperialismus und der Oligarchie” (PSUV 2010: 106), beseitigt die letzten Zweifel daran, dass die Revolution glaubt, sie müsse mit ihrer grandiosen deterministischen Ideologie das revolutionäre Subjekt bevormunden, also zum Objekt machen. Ein weiterer Beleg für die Lernresistenz der Revolution, denn gerade diese Bevormundung in allen Lebensbereichen hat wesentlich zum Scheitern des real existierenden Sozialismus beigetragen.

Der Widerspruch zwischen programmatischen Postulaten und politischer Praxis in den elf Revolutionsjahren manifestiert sich besonders eklatant im Wirtschafts- und Sozialbereich. Ein schärferer Kontrast als der zwischen dem propagierten Modell der “endogenen, selbsttragenden Entwicklung” und der ihre vergesellschafteten Produktionsmittel selbstbestimmt einsetzen- den Produzenten einerseits und der renten- und export-/importabhängigen tatsächlichen Wirtschaft sowie dem bürokratisch bevormundenden Wohlfahrtsstaat andererseits ist kaum vorstellbar. Die zwischen Marx-Nostalgie und Volkskommune-Utopie verschwindende real existierende Gegenwart der bolivarianischen Revolution zum Sozialismus wird nachfolgend zusammengefasst.

## **5. Bilanz eines Jahrzehnts Chávez-Regierung**

Einen groben Überblick über Hugo Chávez’ Regierungsleistung – detailliertere Analysen finden sich in den spezifischen Kapiteln dieses Bandes – kann man sich verschaffen durch den Vergleich der Bilanz, die der Präsident 2009

vor dem Parlament in der unendlichen Geschichte anlässlich seines zehnjährigen Amtsjubiläums zog und seiner wesentlich kürzeren Antrittsrede vom Februar 1999.

Chávez hatte damals ebenfalls Bilanz gezogen, nämlich die der von ihm so bezeichneten “Vierten Republik”, d.h. der vierzigjährigen Periode vom Sturz der Militärdiktatur Pérez Jiménez im Jahr 1958 bis zum Chávez-Wahljahr 1998. Er beklagte unter vielen anderen Missständen, die Regierungen hätten in diesem Zeitraum 15 Marshallpläne verschleudert, mit denen man Europa 15-mal hätte wiederaufbauen können; zentrale gesellschaftliche Probleme wie Armut, Wohnungsnot, Gesundheitsversorgung, Arbeitslosigkeit und fehlende Bildungschancen seien unerträglich; die Staatsverschuldung belaste die kommenden Generationen. Als Lösung versprach er die Verringerung der Abhängigkeit vom Erdöl und die Wiederentdeckung und -belebung der Landwirtschaft als Lebensgrundlage der Bevölkerung, also die Abkehr vom sozioökonomischen Paradigma des Rentenstaats.

In seiner Amtszeit bis 2009 spülte vor allem das Erdöl Mittel in Höhe von 65 Marshallplänen in die Staatskasse, aber die von ihm 1999 konstatierten gesellschaftlichen Probleme haben sich qualitativ nur wenig verbessert, zum Teil aber auch verschlechtert, und strukturelle Lösungsansätze fehlen nach wie vor. Die Wohnungsnot hat sich zwischen 1999 und 2009 fast verdoppelt und trotz spürbarer Verbesserungen in den Bereichen Armutsbekämpfung, Gesundheitsversorgung und Bildung, vor allem durch die assistenzialistischen “Missionen”, kann von einer nachhaltigen Steigerung der Lebensqualität der Bevölkerung nicht die Rede sein. Die Abhängigkeit vom Erdöl ist höher als zuvor (siehe dazu den Beitrag von Andreas Boeckh in diesem Band), und die Landwirtschaft trägt deutlich weniger zur Nahrungsmittelversorgung bei (siehe dazu den Beitrag von Juan Luis Hernández in diesem Band).

Aus den Weltbank-Berichten zum Thema Regierbarkeit (*Worldwide Governance Indicators*) (Kaufmann/Kraay/Mastruzzi 2009), in denen ein komplexer Regierbarkeitsindex für insgesamt 212 Länder und Territorien zusammengestellt wird, kann man die negative Tendenz der Regierungsleistung in der Amtszeit des Präsidenten Chávez unschwer ablesen. Anhand zahlreicher Daten aus Haushalts-, Firmen- und Expertenbefragungen von Nichtregierungsorganisationen und regierungsamtlichen Einrichtungen werden sechs Dimensionen quantifiziert, die Regierbarkeit messbar machen: Mitsprache und Rechenschaftslegung, Politische Stabilität/Abwesenheit von Terror und Gewalt, Leistungsfähigkeit der Regierung, Regelungsqualität,

Rechtsstaatlichkeit und Korruptionskontrolle. Die Daten werden standardisiert und in Indikatoren zusammengefasst, die sich zwischen 2,5 (höchste Wertung) und -2,5 (niedrigste Wertung) bewegen.

Die Wertungen Venezuelas haben sich seit 1998, dem Jahr vor Chávez' Regierungsantritt, in all diesen Dimensionen verschlechtert, wie aus Tabelle 1 hervorgeht. Das wird insbesondere im Vergleich mit der Gesamtheit der in dem Bericht erfassten Länder deutlich, denn Venezuela ist im internationalen Konzert in allen Dimensionen stark zurückgefallen: fand es sich 1998 noch außerhalb des untersten Drittels, so war es 2008 bereits ins unterste Zehntel abgeglitten.

**Tabelle 1: Venezuela: Regierbarkeit nach Daten der Weltbank**

Dimension	Wert* 1998	Wert* 2008	Rang** 1998	Rang** 2008
Mitsprache und Rechenschaftslegung	0,00	-0,62	50,5	30,3
Politische Stabilität/Abwesenheit von Terror und Gewalt	-0,39	-1,23	29,8	12,4
Leistungsfähigkeit der Regierung	-0,46	-0,85	36,0	17,1
Regelungsqualität	-0,15	-1,44	43,9	4,8
Rechtsstaatlichkeit	-0,80	-1,59	25,7	2,9
Korruptionskontrolle	-0,87	-1,13	19,9	9,2
Mittel der 6 Dimensionen	-0,45	-1,14	34,3	10,0

Quelle: Kaufmann/Kray/Mastruzzi (2009).

\* -2.5 bis +2.5;

\*\* gibt den Rang eines Landes im Vergleich zur Gesamtheit der Länder an: 0 entspricht dem niedrigsten, 100 dem höchsten Rang.

Niemand wird behaupten, dass Präsident Chávez im Februar 1999 die Verantwortung in einem Land übernommen hätte, das sich durch eine gute Regierungsleistung auszeichnete. Im Gegenteil, die Wähler sahen in ihm den Retter vor drohender Unregierbarkeit. Unter seiner Führung aber konnte die vor ihm eingetretene negative Entwicklung der *governance* nicht aufgehalten, geschweige denn positiv gewendet werden.

Dieses Urteil wird auch durch zahlreiche partielle *Governance*-Indikatoren bestätigt, die ebenfalls hauptsächlich auf Erhebungen und Expertenbefragungen beruhen. Solche Indikatoren sind insofern nicht unbedeutend, als multilaterale Organisationen und Risikobewerter sie in ihre Einstufungen der

Kreditwürdigkeit einfließen lassen und damit die Kosten der Staatsverschuldung auf dem internationalen Kapitalmarkt mitbestimmen, auf dem sich die venezolanische Regierung trotz ihrer Kritik an dieser Praxis eifrig bedient. So musste für eine Anleihe über 3 Mrd. US\$ im August 2010 (Fälligkeit 2022, Zins 12,75%) eine hohe Risikoprämie angeboten werden. In Tabelle 2 sind einige partielle Indikatoren und die jeweiligen Positionen Venezuelas im internationalen Konzert zusammengestellt:

**Tabelle 2: Venezuela: Partielle Governance-Indikatoren, 2**

Dimension	Quelle	Skala	Wert	Position
Politische Freiheiten	Freedom House (2009)	1-7	4,00	„Teilweise frei“
Meinungs- und Redefreiheit	Freedom House (2009)	1-100	74,00	164 von 195
Pressefreiheit	Reporter ohne Grenzen (2009)	1-100	39,50	124 von 175
Geschäftsklima (nur Rang)	Weltbank (2009)	-	-	177 von 183
Wettbewerbsfähigkeit	World Economic Forum (2009)	1-6	3,48	122 von 139
Korruption	Transparency International (2009)	0-10	1,90	162 von 180

Quellen: Freedom House (2009); Reporter ohne Grenzen (2009); World Bank (2009); World Economic Forum (2009); Transparency International (2009).

Chávez' außenpolitische Bilanz erscheint dagegen in positiverem Licht. Im Rahmen ihrer globalen Dimension entfaltete er schon zu Beginn seiner Amtszeit eine intensive Reisediplomatie und überzeugte seine Kollegen der OPEC-Länder von der Notwendigkeit, die Organisation durch bessere Koordination und disziplinierteres Marktverhalten zu stärken, wie es schon die Regierung Betancourt lange zuvor mit ihrer Initiative zur Gründung des Kartells vorgemacht hatte. Mit dem Ergebnis des von ihm angeregten und durchgeführten zweiten Gipfeltreffens in der Geschichte der OPEC im September 2000 in Caracas kam er diesem Ziel näher und leistete damit einen Beitrag zur Stabilisierung des Erdölmarktes und der tendenziellen Verbesserung der Preise für die Exportländer.

Seine größten außenpolitischen Erfolge erzielte Chávez in Lateinamerika und der Karibik. Sie mögen dem proklamierten Ziel der Förderung der Inte-

gration des Subkontinents nicht immer dienlich gewesen sein, haben aber ohne Frage die bolivarianische Revolution regional gestärkt. Andererseits behinderte Chávez aber auch schon länger bestehende Integrationsdynamiken auf dem Subkontinent. Mit dem ebenso plötzlichen wie unerwarteten Austritt aus der Andengemeinschaft schwächte er diese Gruppe. Venezuela schloss sich stattdessen dem Gemeinsamen Markt des Südens – MERCOSUR – an, in dem Chávez nun die von den übrigen Partnern bis dahin aus pragmatischen Gründen eher hintangestellte politische Komponente zu stärken sucht und damit die Priorität der Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit infrage stellt.

Eines der Instrumente, mit denen Chávez im lateinamerikanischen Kontext und darüber hinaus Sympathien für seine bolivarianische Revolution zu gewinnen sucht, ist der 2003 gegründete Bolivarianische Volkskongress, ein stets gut dotiertes und mit attraktiven Reisemitteln ausgestattetes Netzwerk von Einzelpersonen, Indigenen Gemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen, Nachbarschafts- und Basisgruppen, das der Integration des Subkontinents Vorschub leisten soll. Wie die bereits vorher genannten Chávez nahen Netzwerke ist auch dieses nicht von unten entstanden, sondern von oben angeschoben worden und keineswegs selbsttragend.

Besondere Erwähnung verdient die Achse Venezuela–Kuba. Der Einfluss Fidel Castros auf Chávez ist unbestritten und wird von diesem auch ohne Umschweife bestätigt, denn er sieht sich als dessen politischer Ziehsohn. Venezuela und sein Erdöl zu Vorzugsbedingungen sind unverzichtbarer Teil der kubanischen Überlebensstrategie und Kuba antwortet mit der “solidarischen” – selbstverständlich in Rechnung gestellten – Entsendung von Ärzten, Ausbildern und Sicherheitspersonal nach Venezuela.

Zusammengefasst hat sich Venezuela als Mittelmacht in der Region etabliert. In der Karibik, in Mittelamerika und im Andenraum konnte es sich Satelliten anbinden, denen gegenüber es ungeniert subimperialistisch auftritt.<sup>14</sup>

---

14 Die nikaraguanische Tageszeitung *El Nuevo Diario* bezeichnete das Auftreten des (venezolanischen) Chefs der venezolanisch-nikaraguanischen Gesellschaft ALBANISA (Alba de Nicaragua S.A.) als “imperialistisch”, weil er dem nikaraguanischen Rechnungshof das Prüfrecht mit der Begründung verweigerte, die Kapitalmehrheit befände sich im Besitz der venezolanischen Regierung (siehe “Visión imperial ALBA”, in <[www.elnuevodiario.com.no/nacionales/67303](http://www.elnuevodiario.com.no/nacionales/67303)>; 16.09.2010).



## 6. Chavismus: revolutionäre Ideologie und klientelistische Praxis

Mit Chavismus (*chavismo*) wird die Bewegung bezeichnet, die sich mit Hugo Chávez, seiner Politik, seinem Programm und seinem Politikstil identifiziert. Ihr organisatorisches Zentrum ist die Sozialistische Einheitspartei Venezuelas, begleitet von einigen kleineren Parteien – darunter die kommunistische – sowie einer Reihe berufs- und sektorspezifischer Organisationen (Arbeiter, Unternehmer, Journalisten, Bauern, Landwirte, Ärzte, Studenten). Die Letzteren sind meist Parallelgründungen chavistischer Fraktionen in Organisationen mit längerer Tradition, die dort nicht die Oberhand zu gewinnen vermochten.

Hugo Chávez gilt im In- und Ausland als Anwalt der benachteiligten Schichten der Gesellschaft und sieht sich auch selbst in dieser Rolle. Folgerichtig müsste sich seine Anhängerschaft vor allem aus diesen Schichten rekrutieren und sie müsste sich deutlich von denen unterscheiden, die Chávez eher indifferent gegenüberstehen oder sich ihm widersetzen. Wir überprüfen diese These und charakterisieren das politisch-kulturelle Milieu des Chavismus anhand der Daten einer Umfrage des Netzwerks Politikstudien (Red de Estudios Políticos 2006), die vor den von Chávez mit großem Vorsprung gewonnenen Präsidentschaftswahlen 2006 durchgeführt wurde, also zu einem Zeitpunkt, in dem seine Zustimmungsrates hoch und seine Gefolgschaft durch den Wahlkampf motiviert war. Ebenso motiviert dürften seine Gegner gewesen sein, denn wer sich angesichts der vorhersehbaren Niederlage der Opposition als deren Anhänger offenbarte, hatte eine klare Position bezogen und wer keinem der Lager zugerechnet werden wollte, verlieh offenbar seiner Äquidistanz Ausdruck. Chavismus, Oppositionelle und Neutrale können mithin in dieser Studie als deutlich voneinander abgegrenzte Gruppen angesehen werden. Von den 1.157 (96%) Befragten, die entsprechende Angaben machten, ordneten sich 39% dem Chávez-Lager zu, 34% den Neutralen und 27% der Opposition. Neuere Umfragen, die jedoch hinsichtlich der hier behandelten politisch-kulturellen Einstellungen keine vergleichbaren Daten enthalten, bestätigen diese grobe Dreiteilung – mit einer positiven Tendenz zugunsten der Opposition auf Kosten des Chavismus: Keller (2010) z.B. berichtet 31% für den Chavismus, 35% für die Neutrale und 34% für die Opposition (bezogen auf die Anzahl der Befragten, die entsprechende Angaben machten, nämlich 96%).

Zunächst überprüfen wir die Hypothese, derzufolge die Parteiidentifikation (Mitglieder und Sympathisanten der beiden Lager und daneben die Gruppe, die sich mit keinem der Lager identifiziert, also die Neutralen) mit

der Schichtzugehörigkeit, dem Einkommen, der Bildung und der Beschäftigung bzw. Arbeitslosigkeit korreliert. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, sind diese Zusammenhänge aber äußerst schwach bzw. inexistent. Das gilt auch für zwei weitere soziodemografische Variablen, nämlich Alter und Geschlecht (Kendalls tau-c-Koeffizienten  $< .02$ );<sup>15</sup> lediglich beim Wohnungstyp (prekär, einfach, gut ausgestattet, Luxus) und – wie zu erwarten – bei der Frage nach der Beschäftigung im öffentlichen bzw. privaten Sektor kann man eine schwache, statistisch signifikante Korrelation erahnen (Kendalls tau-c = .147;  $p < .001$ ).

**Tabelle 3: Korrelation zwischen Parteiidentifikation und soziodemografischen Variablen**

Variable	Kendalls tau-c
V86 Alter	.004
V87 Einkommen	.049
V88 Arbeitslosigkeit	.067
V88 Öffentlicher-Privater Sektor	.148**
V89 Schichtzugehörigkeit*	.051
V90 Bildung	.035
V92 Geschlecht	.017
V93 Wohnungstyp	.149**

Quelle: RedPol (2006).

\* Selbsteinschätzung;

\*\*  $p < .001$ .

Venezuela ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Für Lateinamerika hat Knutsen (2007: 40) einen abnehmenden Einfluss der Schichtzugehörigkeit auf die Parteipräferenz konstatiert, ebenso wie Dalton (2006: 156) für die fortgeschrittenen industriellen Demokratien.

Trotz der Attacken der Bolivarischen Revolution gegen die Amtskirche sind im weitgehend katholischen Venezuela auch beim Kirchgang kaum Unterschiede zwischen Chavisten, Neutralen und Oppositionellen zu be-

15 Kendalls tau-Koeffizient misst die Stärke des Zusammenhangs zweier Variablen; tau-c eignet sich dabei besonders für nicht-quadratische Tabellen. Sein Wert liegt zwischen -1 (perfekter negativer Zusammenhang bzw. Gegensatz) und +1 (perfekter positiver Zusammenhang bzw. Übereinstimmung). Der Wert 0 bedeutet, dass kein Zusammenhang besteht. Tau-Werte  $< .1$  interpretieren wir als sehr schwachen, von  $< .2$  bis  $.35$  als schwachen, von  $.36$  bis  $.49$  als mittelstarken und  $> .5$  als starken Zusammenhang.

obachten: mehr als acht von zehn Befragten aller drei Gruppen geben an, gelegentlich an Gottesdiensten teilzunehmen. Entsprechend ist die tau-c-Korrelation mit .081 sehr schwach, wenn auch statistisch signifikant ( $p < .000$ ) (RedPol 2006: v30).

Die Analyse der Parteiidentifikation aus dem Blickwinkel der Einstellungen zur Demokratie und der Rolle des Staats in der Gesellschaft deckt demgegenüber deutlichere, statistisch signifikante Zusammenhänge auf in dem Sinne nämlich, dass die Chávez-Anhängerschaft einen autoritären, militaristischen Führerstaat wesentlich stärker befürwortet als Anhänger der Opposition oder Neutrale (Kendalls tau-c-Koeffizienten zwischen .38 und .44;  $p < .001$ ). Ähnliche Schlüsse zieht auch Pereira Almas (2008). Außerdem zieht der Chavismus eine von Staatsunternehmen beherrschte Wirtschaftsordnung vor und räumt der Eigenverantwortung des Individuums ein wesentlich geringeres Gewicht ein (tau-c-Koeffizienten zwischen .41 und .59;  $p < .001$ , siehe Tabelle 4).

**Tabelle 4: Parteiidentifikation und politische Einstellungen\***

Einstellung	Chavismus %	Neutrale %	Opposition %	Gesamt %	Tau-c
V26 Es spielt keine Rolle, ob die Regierung undemokratisch ist, wenn sie nur die Probleme löst; n=1140	73	38	17	46	.438**
V31 Es ist gut, einen starken politischen Führer zu haben, der sich um das Parlament und Wahlen nicht kümmern muss; n=1100	52	21	11	30	.384**
V32 Es ist gut, eine Militärregierung zu haben; n=1104	44	10	4	21	.421**
V68 Unternehmen sollten sich in Staatshand befinden n=1115	71	25	9	39	.608**
V71 Der Staat muss die Bedürfnisse des Einzelnen befriedigen; n=1131	70	31	21	43	.413**

Quelle: RedPol (2006).

\* Nur Nennungen "sehr gut" und "gut" (V26, 31, 32) bzw. 1+2 auf 7er-Skala (V68, 71);

\*\*  $p < .001$ .

Wir haben einige der Fragen über Einstellungen zur Gesellschaft, zur Wirtschaft und zum politischem System – also politische Kultur abbildende Variablen – in einfachen Indikatoren für autoritäre und populistische Orientierungen zusammengefasst.<sup>16</sup> Dabei operationalisieren wir autoritäre Neigungen als Kombination der Befürwortung von Staatsstreichen (V25) mit Zweifeln gegenüber der demokratischen Regierungsform (V26) und der Zustimmung zu Militärregierungen (V32).<sup>17</sup> Populistischen Neigungen nähern wir uns durch die Kombination aus Parteiverdruss (V28), führerstaatlichen Präferenzen (V31) und der Delegation der Verantwortung für die Bedürfnisse des Einzelnen auf den Staat (V71).<sup>18</sup> Diese Interpretation der empirischen Daten zeigt deutliche politisch-kulturelle Unterschiede zwischen den beiden Lagern und den Neutralen auf, wie aus Tabelle 5 hervorgeht:

**Tabelle 5: Parteiidentifikation und politische Kultur**

<b>Lager</b>	<b>Politisch-kulturelle Neigung</b>	
	<b>Autoritär %</b>	<b>Populistisch %</b>
Chavismus	52	49
Neutrale	17	14
Opposition	7	6
Gültige Fälle (n)	1.068	1.066
Tau-c	.416**	.400**

Quelle: RedPol (2006).

\*\* p<.001.

In unserem Abbild äußert die Hälfte der Chavisten autoritäre und populistische Neigungen, aber nur ein Sechstel bzw. Siebtel der Neutralen und weniger als ein Zehntel der Opposition. Die jeweiligen Zusammenhänge sind substantiell und ausnahmslos statistisch signifikant. Hinter diesen Zusammenhängen darf man Hinweise auf die Wirkung einer klientelistischen Poli-

16 Eine umfassendere Diskussion zu diesem Thema findet sich in Welsch/Briceño (2008).

17 RedPol (2006); V25: "Ein Staatsstreich kann niemals gerechtfertigt werden zur Ablösung einer demokratisch gewählten Regierung" (Zustimmung); V26: "Es ist gleichgültig, ob eine Regierung demokratisch ist, wenn sie nur die Probleme des Landes löst" (Ablehnung); V32: "Eine Militärregierung haben" (Ablehnung).

18 RedPol (2006); V28: "Eine Demokratie braucht Parteien" (Ablehnung); V31: "Einen starken Führer haben, der sich weder um das Parlament noch um Wahlen kümmern muss" (Zustimmung); V71: "Der Staat ist dafür verantwortlich, dass jeder Venezolaner seine Bedürfnisse befriedigen kann" (Zustimmung).

tikpraxis ebenso vermuten wie die Verstärkung des im venezolanischen Präsidialsystem ohnehin vorhandenen Hangs zur delegativen Demokratie. Auf diese Aspekte wird noch einzugehen sein.

Weiterhin auffallend ist, dass der ideologisch-programmatisch auf den Bolivarischen Sozialismus eingeschworene Chavismus sich mit eindeutiger Mehrheit für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ausspricht, wenn auch in wesentlich geringerem Maße als die Neutralen und die Opposition. Dagegen sprechen sich vier von zehn Chavisten, zwei von zehn Neutralen, aber nur zwei von hundert Oppositionellen für den Sozialismus aus. Der Zusammenhang ist stark und statistisch relevant (Kendalls tau-c .566,  $p < .001$ ). Angesichts der oben festgestellten antiautoritären und anti-staatszentrierten Haltungen des neutralen und oppositionellen Lagers und der Bevorzugung eines marktwirtschaftlichen Modells durch eine Mehrheit selbst der Chavisten erscheint das gegendemokratische Potential sehr beachtlich, das einer Systemtransformation in Richtung des im PSUV-Programm angesteuerten bürokratisch-autoritären Sozialismus entgegensteht.

**Tabelle 6: Parteiidentifikation und bevorzugtes Gesellschafts- und Wirtschaftssystem**

V39 Parteiidentifikation	V29 Kapitalismus %	V29 Sozialismus mit Marktwirtschaft %	V29 Sozialismus %
Chavismus	28	34	37
Neutrale	65	17	17
Opposition	90	8	5
Gesamt	57	21	21

Quelle: RedPol (2006).  
n=1010; tau-c -.566;  $p < .001$ .

Spätere Umfragen, z.B. aus dem Jahr 2010, weisen in dieselbe Richtung. So stellt z.B. Hinterlaces (2010) fest, dass weniger als ein Drittel der Befragten mit der von Chávez propagierten Errichtung des Sozialismus des 21. Jahrhunderts einverstanden sind. In dieses Bild fügen sich auch *Latinobarómetro*-Daten des Jahres 2009 ein, denen zufolge über zwei Drittel der Venezolaner der Aussage zustimmen, die Marktwirtschaft sei die am besten geeignete Wirtschaftsordnung für das Land (dritthöchste Zustimmungsrate nach El Salvador und der Dominikanischen Republik; *Corporación Latinobarómetro* 2009: 91).

Die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie ist – wie zu erwarten – bei den Chavisten ungetrübt, während Neutrale und Oppositionelle sie kritisch bzw. sehr kritisch beurteilen (starke, statistisch signifikante Korrelation: Kendalls tau-c=.627 und  $p<.001$ ). Demgegenüber stimmen nahezu alle – Chavisten ebenso wie Neutrale und Oppositionelle – Churchills Diktum zu, dass die Demokratie trotz ihrer Schwächen besser ist als alle anderen Regierungsformen. Aus dem Vergleich der allgemeinen Akzeptanz der Demokratie als beste Regierungsform und der Zufriedenheit mit der spezifischen Funktionsweise der Demokratie in Venezuela bei Chavisten, Neutralen und Oppositionellen ergibt sich aber, dass beide Einstellungen bei den ersteren konkordant sind, während sie sich bei Neutralen und Oppositionellen diskordant verhalten. Das heißt, dass die allgemeine Zustimmung zur Demokratie bei den Chavisten mit der Akzeptanz des besonderen venezolanischen Modells verbunden ist, außerhalb des Chavismus aber nicht, wie aus Tabelle 7 ersichtlich wird.

**Tabelle 7: Parteiidentifikation, Zustimmung zur Demokratie und Akzeptanz des venezolanischen Modells**

V39 Parteiidentifikation	V22 Demokratie trotz Schwächen bestes System	V23 Zufrieden mit venezolanischer Demokratie
Chavismus	85	83
Neutrale	95	41
Opposition	97	18
Gesamt	92	57
Gültige Fälle (n)	1.127	1.136
Tau-c	-.206**	.627**

Quelle: RedPol (2006).

\*\*  $p<.001$ .

Weitere Studien müssten klären, ob bei sinkender Akzeptanz des venezolanischen Modells die generelle Zustimmung zur Demokratie unbeschädigt bleibt, wie das bei den Nicht-Chavisten der Fall ist, oder ob nicht-demokratische Formen dann größeren Zuspruch erfahren. Die *Latinobarómetro*-Daten des Jahres 2009 liefern keinen überzeugenden Hinweis auf eine derartige Veränderung, denn die Venezolaner sprechen sich nach wie vor fast einstimmig für die Demokratie als beste Regierungsform aus (90% nach *Corporación Latinobarómetro* 2009: 22 gegenüber 92% nach RedPol 2006: v22), obwohl ihre Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie

zwischen 2006 und 2009 deutlich eingebrochen ist, nämlich von 57 auf 47% (RedPol 2006: v23 und *Corporación Latinobarómetro* 2009: 91).

Dass die Parteiidentifikation eng verbunden ist mit der Begünstigung durch die assistenzialistischen “Missionen”, wie aus der Tabelle 8 hervorgeht, lässt eine klientelistische Praxis vermuten:

**Tabelle 8: Parteiidentifikation und Begünstigung durch Missionen**

<b>Mission</b>	<b>Chavismus %</b>	<b>Neutrale %</b>	<b>Opposition %</b>	<b>Tau-c</b>
V19 Alle Missionen (n=1150)	65	27	7	.574**
V20 Mercal (Lebensmittel) (n=1145)	60	30	10	.473**
V21 Barrio Adentro (Gesundheit) (n=1146)	85	38	15	.487**

Quelle: RedPol (2006).

\*\* p<.001.

Molina bestätigt diese Vermutung. In seiner Studie zur Präsidentschaftswahl 2006 kam er zu dem Ergebnis, dass klientelistisches Verhalten für den Chávez-Triumph eine wenigstens ebenso entscheidende Rolle spielte wie der ideologische Standort (Molina 2007: 16).

Die hohe Korrelation zwischen Parteiidentifikation und ideologischem Standort (Selbsteinordnung, tau-c=.571) unterstreicht die Lagerformation in der venezolanischen Politik und öffentlichen Meinung. Nahezu alle Befragten ordnen sich auf der Links-Rechts-Zehnerskala ein (89%) und nicht weniger als sieben von zehn tun das entweder am linken (Positionen 1 und 2: 31%) oder rechten Rand (Positionen 9 und 10: 40%). Wie nicht anders zu erwarten konzentriert sich der Chavismus eindeutig im linken Spektrum mit einem Mittelwert von 3,2, während sich die Opposition mit einem Mittelwert von 8,7 in der Nähe des rechten Randes positioniert. Die Neutralen neigen von der Mitte aus leicht nach rechts (6,4) und auch die Gesamtheit der Befragten liegt mit einem Mittelwert von 5,8 rechts von der Mitte. Wenn man “Links” als die Positionen 1-3, “Mitte” als 4-7 und “Rechts” als 8-10 erfassend definiert, ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 9):

**Tabelle 9: Parteiidentifikation und ideologischer Standort  
(Links-Rechts-Skala 1-10)**

	<b>1-3 Links</b>	<b>4-7 Mitte</b>	<b>8-10 Rechts</b>	<b>Standard- abweichung</b>
Chavismus (n=427)	<b>71</b>	12	17	3,23
Neutrale (n=333)	17	<b>42</b>	41	3,15
Opposition (n=306)	6	16	<b>78</b>	2,50
Gesamt (n=1066)	35	23	42	3,78

Quelle: RedPol (2006).

\*\* tau-c=.571

Die der Opposition zuneigenden Befragten weisen eine geringere Dispersion auf (2,50) als die Chavismus-Anhänger (3,23) und die Neutralen (3,15). Die Variation der ideologischen Homogenität drückt sich auch darin aus, dass sich jeder sechste Chavist an den rechten Rand "verirrt", aber nur jeder siebzehnte Oppositionelle an den linken.

## 7. Ausblick

Aufgrund der empirischen Daten können wir ideologischen Aspekten eine Bindewirkung für den Zusammenhalt der revolutionären Bewegung des Chavismus attestieren, dürfen aber auch die Bedeutung der utilitaristischen Aspekte nicht übersehen. Die ideologischen Bekenntnisse und Überzeugungen werden in nicht geringem Umfang geprägt durch die alles überstrahlende Führerfigur des Präsidenten Chávez, deren Glanz aber keine Konstante ist, wie aus verschiedenen Erhebungen hervorgeht. Die utilitaristische Bindung wiederum ist eng mit dem Umfang und der Kontinuität assistenzialistischer Politiken verknüpft, deren Finanzierbarkeit von der ebenfalls nicht konstanten Erdölrente abhängt.

Die jüngere Vergangenheit Venezuelas hat gezeigt, dass auch das Charisma auf große Mehrheiten gestützter Führungsfiguren nicht ausreicht, um angesichts sinkender Einnahmen gesellschaftliche Akzeptanz für Einschnitte in Transferleistungen herzustellen. Überbordender gegendemokratischer Protest in Form des sich entladenden Volkszorns traf auf überzogene Repression seitens überforderter Sicherheitskräfte. Die daraufhin als pathologisches Lernergebnis folgende Öffnung institutioneller Ventile, z.B. der durch die Amtsenthebung des Staatspräsidenten bewirkte Wandel der politischen



Kräfteverhältnisse, konnte den schrittweisen Legitimitätsverlust des bestehenden politischen Systems nicht mehr aufhalten.

Auf ihrem Weg zum Sozialismus hat die Bolivarische Revolution Staat und revolutionäre Bewegung zusehends vermischt, Querdenken mit Sanktionen bedroht und geahndet, parastaatliche und damit den gesellschaftlichen Kontrollinstanzen entzogene Transfers erhöht, den Staatsdienst hypertrophiert und gleichzeitig zugelassen oder aktiv dazu beigetragen, dass die Bedarfsdeckung aus interner Produktion zugunsten verstärkter Importe schmolz. Vieles deutet darauf hin, dass auch der Chavismus sich auf pathologisches Lernen programmiert.

### Literaturverzeichnis

- AGB Nielsen (2008): *Hábitos y tendencias televisivas Venezuela 2008* (<[www.agbnielsen.com.ve/libro2008](http://www.agbnielsen.com.ve/libro2008)>; 20.08.2010).
- “Aló Presidente”: (<[www.alopresidente.gob.ve](http://www.alopresidente.gob.ve)>; 20.08.2010).
- Carrillo, José Luis (2010): “Historiador asegura que Hugo Chávez es el mandatario sobre el cual se ha escrito más libros” (*Últimas Noticias*, 02.09.2010; <[www.akinoticias.com/?p=18870](http://www.akinoticias.com/?p=18870)>; 06.09.2010).
- Castellanos, Rafael R. (2005): *Hugo Chávez y la Revolución Bolivariana* (Bibliografía). Caracas.
- Ceresole, Norberto (1999): *Caudillo, Ejército, Pueblo* (<[www.analitica.com/bitblo/ceresole/caudillo.asp](http://www.analitica.com/bitblo/ceresole/caudillo.asp)>; 02.09.2010).
- Corporación Latinobarómetro (2009): *Informe 2009*. Santiago de Chile (<[www.latinobarometro.org](http://www.latinobarometro.org)>; 20.08.2010).
- Dalton, Russell (2006): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advances Industrial Societies*. Washington, D.C.
- Dieterich, Heinz (2006): *Der Sozialismus de 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*. Berlin.
- (2007): *Hugo Chávez y el Socialismo del Siglo XXI, Segunda edición revisada y ampliada*, Caracas (<[www.rebelion.org/docs/55395.pdf](http://www.rebelion.org/docs/55395.pdf)>; 09.09.2010). (In weiten Teilen Übersetzung der deutschen Ausgabe Dieterich 2006).
- Freedom House (2009): *Freedom in the World* (<[www.freedomhouse.org](http://www.freedomhouse.org)>; 16.10.2009).
- Gott, Richard (2000): *In the Shadow of the Liberator*. London/New York.
- Hinterlaces (2010): *Monitor País*, n=1269, Monat Juni. Caracas.
- Jones, Bart (2007): *Hugo! The Hugo Chavez Story. From Mud hut to Perpetual Revolution*. Hanover.
- Kaufmann, Daniel/Kraay, Aart/Mastruzzi, Massimo (2009): “Governance Matters VIII: Aggregate and Individual Governance Indicators, 1996-2008” (*World Bank Policy Research Working Paper No. 4978*) (<[www.papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=1424591](http://www.papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1424591)>; 12.09.2010).

- Keller, Alfredo y Asociados (2010): *Estudio de la Opinión Pública Nacional*. 3er Trimestre, n=1200, August. Caracas.
- Knutsen, Oddbjorn (2007): "The Decline of Social Class?". In: Dalton, Russell J./Klingemann, Hans-Dieter: *The Oxford Handbook of Political Behaviour*. Oxford.
- Molina, José Enrique (2007): *Ideología, clientelismo y apoyo político en las elecciones presidenciales de 2006*. Vortrag anlässlich des X Symposiums der Venezolanischen Vereinigung für Politikwissenschaft. Maracaibo.
- Pereira Almao, Valia (2008): *La actitud democrática en la Venezuela actual: patria, socialismo y ¿democracia?* Vortrag anlässlich des Seminars Red de Estudios Políticos, Cendes. Caracas.
- PSUV (Partido Socialista Unido de Venezuela) (Hrsg.) (2010): *Libro Rojo. Documentos Fundamentales*. Caracas (<[www.psuv.org.ve/temas/biblioteca/libro-rojo/](http://www.psuv.org.ve/temas/biblioteca/libro-rojo/)>; 31.08.2010).
- RedPol (Red de Estudios Políticos) (2006): *Encuesta Nacional ER-2006*, noviembre de 2006, n=1200, im Rahmen des Projekts G-97000635, gefördert durch FONACIT/Fondo Nacional de Ciencia, Tecnología e Innovación.
- Reporter ohne Grenzen (2009): *Rangliste der Pressefreiheit 2009* (<[www.reporter-ohne-grenzen.de](http://www.reporter-ohne-grenzen.de)>; 12.09.2010).
- Rosanvallon, Pierre (2007): *La contrademocracia. La política en la era de desconfianza*. Buenos Aires.
- Salazar, Miguel (2010): *Semanario Las verdades de Miguel*, Nr. 7-312 (10.09.2010).
- Transparency International (2009): *Corruption Perception Index* (<[www.transparency.org/policy\\_research/surveys\\_indices/cpi/2009/cpi\\_2009\\_table](http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2009/cpi_2009_table)>; 21.12.2010).
- UNDP (United Nations Development Programme) (2001): *Human Development Report 2001. Making New Technologies Work for Human Development*. New York (Daten für 1999).
- (2009): *Human Development Report 2009. Overcoming Barriers: Human Mobility and Development*. New York (Daten für 2007).
- Welsch, Friedrich (2010): "Hugo Rafael Chávez Frías". In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): *Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner. Politiker in Lateinamerika*. Frankfurt am Main, S. 547-570.
- Welsch, Friedrich/Briceño, Héctor (2008): "Populistische Milieus in der politischen Kultur Venezuelas". In: Graf, Patricia/Stehnken, Thomas (Hrsg.): *Lateinamerika. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft* (Reihe Weltregionen im Wandel, Bd. 3). Baden-Baden, S. 193-202.
- Wertz, Nikolaus (Hrsg.) (2010): *Populisten, Revolutionäre, Staatsmänner. Politiker in Lateinamerika*. Frankfurt am Main.
- World Bank (2009): *Doing Business Report* (<[www.doingbusiness.org](http://www.doingbusiness.org)>; 16.10.2009).
- World Economic Forum (2009): *The Global Competitiveness Index 2010-2011* (<[www.weforum.org/documents/GCR10/Full\\_rankings.pdf](http://www.weforum.org/documents/GCR10/Full_rankings.pdf)>; 12.09.2010).

Ivo Hernández

## **Die Verfassungen Venezuelas: Fort- und Rückschritte**

Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1811 hatte Venezuela 26 Verfassungen.<sup>1</sup> Davon können jedoch ihrem Inhalt nach lediglich drei als demokratisch bezeichnet werden: die Verfassungen von 1947, 1961 und von 1999. Dies kam nicht von ungefähr: Nach der Loslösung von Großkolumbien (*Gran Colombia*) – einer von Simón Bolívar konzipierten Union von fünf Ländern ohne wirkliche politische oder ökonomische Grundlage – und nach einem grausamen Unabhängigkeitskrieg, der nahezu die Hälfte der Bevölkerung des Landes das Leben gekostet hatte, war Venezuela ein Land ohne funktionsfähige Institutionen. Einige Provinzen der Republik waren nicht einmal über den Landweg miteinander verbunden und das gesamte Land war ein Archipel von vereinzelt Herrschaftsräumen (Pino Iturrieta 1988a). Zudem räumte die Republik als politisches Projekt mit der Mehrheit der Institutionen auf, die es in der Kolonie gegeben hatte, und brauchte lange, um diese zu ersetzen und einigermaßen politisch funktionsfähig zu werden.

Nach dem Auseinanderbrechen Großkolumbiens im Jahr 1830 befand sich Venezuela weitgehend in den Händen von diversen Caudillos, die sich im Präsidentenamt abwechselten und persönlich bereicherten. Wenn sie ihre politische Unterstützung verloren, wurden sie von anderen Caudillos ersetzt, die allesamt keine wirkliche Vorstellung davon hatten, wie das Staatswesen aussehen sollte. Die Gesichter wechselten, aber die Ideen und Motive blieben im Wesentlichen dieselben. Im Allgemeinen geriet der Herrschaftsanspruch dieser Caudillos immer dann in die Krise, wenn sie sich zu lange an der Macht halten wollten, was sie nicht selten auch durch Verfassungsänderungen abzusichern versuchten. Dies führte dann dazu, dass beim nächsten Machtwechsel nicht nur der Caudillo, sondern auch die Verfassung ersetzt wurde.

---

<sup>1</sup> Die Verfassungen wurden in den folgenden Jahren in Kraft gesetzt: 1811, 1819, 1821, 1830, 1857, 1858, 1864, 1874, 1881, 1891, 1893, 1901, 1904, 1909, 1914, 1922, 1925, 1928, 1929, 1931, 1936, 1945, 1947, 1953, 1961 und 1999 (Brewer Carías 1985).

Angesichts dieser Umstände waren die Verfassungen wenig mehr als ein Versuch, das jeweilige Regime und dessen Herrscher zu legitimieren, wenngleich sie im Laufe der Zeit doch wenigstens ein schwaches Schema von Institutionalität etablierten. Nach heutigem Verständnis konnten diese Texte nicht im Geringsten den Rang eines Gesellschaftsvertrags für sich beanspruchen. Die Macht beruhte de facto eher auf dem Postulat des Gewaltmonopols als auf einer Unterstützung vonseiten der Bevölkerung des Landes.

Man muss sich dabei in Erinnerung rufen, dass während des 19. Jahrhunderts und eines guten Teils des 20. Jahrhunderts die venezolanische Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit aus Analphabeten bestand, die kaum über ein auch nur geringfügiges Verständnis von der Notwendigkeit und der Konsequenz von Gesetzestexten verfügten, geschweige denn über eine Vorstellung von Bürger- oder Menschenrechten, wie wir sie heute kennen. Darüber hinaus handelte es sich bei der großen Zahl von Verfassungen keineswegs um jeweils grundlegend neue Entwürfe, sondern mehrheitlich um Ergänzungen oder teilweise Reformen früherer Texte (Brewer Carías 1985).

Die Entwicklung der Verfassungstexte seit dem Beginn der Ersten Republik wurde in vier große Perioden unterteilt:<sup>2</sup> die Strukturierung des Staates (1811-1863); die Föderalisierung des Staates (1863-1911); die Konsolidierung des Staates (1901-1945) und die Demokratisierung des Staates (1947-1999). Diese letzte Etappe erfuhr eine Unterbrechung von knapp zehn Jahren (1948-1958), in der sich ein autoritäres Militärregime etablierte, das 1953 eine eigene Verfassung erließ, um sich zu legitimieren und langfristig an der Macht zu halten, was ihm aber nicht gelang.

Die skizzierte Unterteilung ist jedoch vor allem für das 20. Jahrhundert insofern fragwürdig, als die sogenannte Periode der staatlichen Konsolidierung (1901-1945) zwar in der Tat dazu diente, das Land geographisch zu einen und ein nationales Heer hervorzubringen (Caballero 1998), die Verfassungen und Verfassungsreformen dieser Zeit jedoch in der Mehrheit dazu gedacht waren, die nötigen Anpassungen für die Alleinherrschaft eines Tyrannen zu gewährleisten, der das Land länger als jeder andere beherrschen

---

2 Es gibt verschiedene Versuche, die Verfassungsgeschichte Venezuelas zu interpretieren. Neben der Arbeit von Brewer Carías (San Cristóbal/Madrid, 1985) werden folgende Studien häufig zitiert: *La Historia Constitucional* von Gil-Fortoul (3 Bde., Caracas, 1953); *La Evolución Constitucional de Nuestra República* von Ambrosio Oropeza (Caracas, 1944); *La Historia Política y Constitucional de Venezuela* von Pablo Ruggieri Parra (2 Bde., Caracas, 1949); *El Índice Constitucional de Venezuela* von Ulises Pichón Rivas (Caracas, 1944) und *Las Constituciones de Venezuela* von Luis Marinas Otero (Madrid, 1965).

sollte: Juan Vicente Gomez (1908-1935). Andererseits war Venezuela zum Zeitpunkt des zivilmilitärischen Putsches und der Einsetzung einer Regierungsjunta im Jahre 1945 ein Land, das bereits stark vom Erdöl geprägt war. Damals schon begann die Konfrontation mit dem bis heute ungelösten Dilemma der Verteilung der Öllrente durch einen "Entwicklungspopulismus" (Hernández/Hurtado 2010). Diese Verteilung beeinflusste die Konzeption der staatlichen Institutionen und deren Zweck. Aus einer historischen Perspektive könnte man somit sagen, dass die "Konsolidierung" des Staates nicht linear verlief, sondern in komprimierten Schüben.

Die letzte Periode, die sogenannte "Demokratisierung" des Staates, die für eine zunehmende Herausbildung des liberal-demokratischen Modells verantwortlich war, enthält ihrerseits drei verschiedene Konzepte und institutionelle Architekturen (Carrera Damas 1988), die in den drei bereits erwähnten Verfassungsprojekten jeweils ihren Niederschlag fanden (1947, 1961, 1999). Die erste systemische Formulierung, die den liberal-demokratischen Staat am Modell des Wohlfahrtsstaates orientierte, entwickelte sich zwischen 1945 und 1947 und fand ihren Niederschlag in der Verfassung von 1947. Der zweite Ansatz, der eine noch breitere Repräsentativität der Institutionen förderte und für weite Teile der Bevölkerung die demokratischen Werte absicherte, nahm zwischen 1958 und 1961 Gestalt an. Der zentrale Gedanke dieses Verfassungstextes bestand darin, die gesellschaftlichen Kräfte miteinander zu versöhnen und so um jeden Preis eine erneute autoritäre Herrschaft zu vermeiden, wie sie in der Geschichte Venezuelas und ganz Lateinamerikas so oft vorgekommen ist. Der Gedanke, der zu Beginn der 1960er Jahre verfestigt wurde, basierte auf programmatischen Aspekten, die schon in der Verfassung von 1947 enthalten waren, und brachte einen Text hervor, der die wirtschaftlichen und sozialen Rechte vertiefte, jedoch in Bezug auf die Gewaltenteilung gegenüber dem vorausgegangenen Modell einen leichten Rückschritt darstellte.

Ein drittes Konzept des Institutionengefüges und des Staatsgedankens findet sich in der Verfassung von 1999. Die Entstehungsgeschichte dieses Textes geht auf die ersten Überlegungen der Kommission zur Reform des Staates (*Comision Presidencial para la Reforma del Estado*; COPRE) zurück, die 1985 als Reaktion auf die Wirtschaftskrise einberufen wurde, die das Land seit Beginn des Jahrzehnts bedrohte. Die Empfehlungen dieser Kommission wurden später diskutiert und als Notwendigkeiten der sozialen Repräsentation und Partizipation präsentiert, vor allem im Hinblick auf die mangelnde Flexibilität des damaligen Staatsmodells, das unfähig war, neue

Sektoren und Interessen in den politischen Entscheidungsprozess zu integrieren. Damals wurde argumentiert – angesichts späterer Entwicklungen mit einer gewissen Naivität –, dass die Parteien die politische Partizipation monopolisierten und sich dabei nicht an den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger orientierten, sondern an den Bedürfnissen parteipolitischer Eliten.

Im normativen Schema dieser Verfassung wurden die Bürgerrechte und die politische Beteiligung von Minderheiten erweitert, die zuvor nicht in dieser spezifischen Form im Staatsmodell berücksichtigt worden waren; ferner wurden Rechte der politischen Partizipation und Evaluierung der Regierungstätigkeit durch Referenden garantiert, wodurch dem Modell der repräsentativen Demokratie Elemente der direkten Demokratie hinzugefügt wurden. Darüber hinaus wurden in diesem Zusammenhang u.a. die Bürger ermächtigt, von sich aus Gesetzesvorschläge einzubringen.

Dieses institutionelle Modell, das als “partizipative Demokratie” bezeichnet und als “neues” Demokratiemodell ausgegeben wurde, ist nichts weiter als die Aufnahme einiger Elemente der direkten Demokratie in die Verfassung und eine Annäherung an die Mechanismen der repräsentativen Demokratie, wie sie in der Volksversammlung und den Gemeinderäten praktiziert wird. Das alles soll dazu dienen, die Räume für eine effektive politische Partizipation der Bevölkerung zu erweitern. Allerdings vollzog dasselbe Regime, das das Banner der Partizipation schwenkte, sehr schnell einen Wechsel, demzufolge sich das Land nicht nur in Richtung einer partizipativen Demokratie, sondern hin zum Sozialismus bewegen sollte. Dieses Regime, das euphemistisch als “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” bezeichnet wird, weist die schlimmsten Elemente der Vergangenheit auf, einschließlich der vordemokratischen Epoche: exzessive Zentralisierung, Eliminierung der bundesstaatlichen Kompetenzen, Zunahme staatlicher Interventionen in allen sozialen und ökonomischen Bereichen, Verstaatlichung von Betrieben, Einschränkung der Autonomie der Zentralbank, etc.

### **1. Der Präsidialismus und die Entwicklung der Demokratie**

Um die soziopolitischen Veränderungen, die in den verschiedenen Verfassungen festgelegt sind, zu verstehen, muss berücksichtigt werden, dass der plötzliche Erdölreichtum zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Staat und die Gesellschaft sehr schnell veränderte und die funktionale Beziehung zwischen beiden auf Dauer aus dem Gleichgewicht brachte. Man könnte sagen, dass das Erdöl eine schnelle und oberflächliche Entwicklung der Demokratie in Venezuela vor allem auf institutioneller Ebene beförderte. Die Aussicht

auf die Verteilung der Ölrente durch die jeweils im Amt befindliche Regierung trug dazu bei, dass das demokratische System rasch Wurzeln schlagen konnte. Trotz einiger Rückschläge war das Land dabei nie ernsthaft mit der Notwendigkeit konfrontiert, alternative Produktionsformen zur Erdölabhängigkeit herauszubilden.

Besonders zu Beginn bot die Demokratie die Chance, die Güter der Nation transparenter und gerechter zu verteilen, als dies im Despotismus der autoritären Regime möglich gewesen war. Zu Beginn der Erdölförderung waren die Dividenden im Verhältnis zu der vergleichsweise niedrigen Bevölkerungszahl enorm. Sie ermöglichten ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und boten einen relativ leichten Zugang zu staatlichen Vergünstigungen. Die Diktaturen, die es in Venezuela im 20. Jahrhundert gab, brachten keine andersartigen Wirtschaftsmodelle hervor, was die Abhängigkeit von der Erdölförderung anging. Sie waren weit davon entfernt, eine Politik zu betreiben, die der Mehrheit der Bevölkerung zugutegekommen wäre. Vielmehr degenerierten sie schnell zu korporatistischen Regimen mit Klientelnetzen, die letztendlich nur den ihnen nahe stehenden Sektoren nützten. Ähnlich wie die Caudillos der Vergangenheit versuchten die Militärs, sich durch Verfassungsmanipulationen an der Macht zu halten, die den Anschein einer legitimen Zustimmung durch die Bevölkerung erhalten sollten. Die Geschichte ließ diese Regime zunächst Vergangenheit werden, das Gespenst des militärischen Autoritarismus sollte jedoch später zurückkehren.

Trotz institutioneller Änderungen und neuer Politikformen, die die Demokratie hervorbrachte (Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Unternehmerverbände), blieb ein Problem bestehen, das für eine Rentenökonomie typisch ist: Dadurch, dass der Staat das Verwaltungsmonopol des Erdölreichtums besaß und es zugleich nur eine schwache demokratische politische Kultur gab, die Staat und Regierung einander gleichsetzte, konzentrierte die zentrale Macht des Landes alle politische Macht, alle Entscheidungsgewalt und letztendlich alle politischen Ambitionen auf sich.

Gegenüber dem klassischen Präsidentialismus, bei dem dem (Wahl-)Sieger die gesamte Beute zufällt (Linz/Valenzuela 1994), stellt der lateinamerikanische Präsidentialismus in Verbindung mit einer Rentenökonomie noch eine Steigerung dar. Der Gewinner kontrolliert die gesamten Ressourcen des Staates; er gewinnt nicht nur alles, sondern in wirtschaftlicher Hinsicht *ist* er praktisch alles. Nichts kann ohne seine Zustimmung und Billigung und oft genug auch nicht ohne seine Teilnahme geschehen, denn seine Ressourcen sind enorm. Die Gesellschaft hängt ganz und gar vom Staat und von der

Regierung ab und nicht umgekehrt, wie es normalerweise der Fall ist. Zu dieser strukturellen Dysfunktionalität und dem Wettbewerb um eine beinahe absolute Macht und Hegemonie kommt das Problem hinzu, dass die zivil-militärischen Beziehungen praktisch seit Beginn der Unabhängigkeit ein komplexes und von Instabilität gekennzeichnetes Kapitel waren. Dies trifft mit Sicherheit für das 19. und 20. Jahrhundert zu und erklärt, dass von Zeit zu Zeit ein "Erleuchteter" in Uniform auftaucht, der zur Lösung aller Probleme einen simplen Voluntarismus anbietet, der dann angesichts der komplexen Realität zum Scheitern verurteilt ist.

In einem soziopolitischen Panorama des Rückschritts und der Unterdrückung, als die von Marcos Pérez Jiménez angeführte letzte Militärdiktatur des 20. Jahrhunderts gestürzt wurde, entwarf eine Verfassungsgebende Versammlung den 1961 verabschiedeten Text. Abgesehen davon, dass sie für Venezuela einen ausgesprochen demokratischen Entwurf präsentierte, ist diese Verfassung länger in Kraft gewesen als jede andere zuvor: fast vier Jahrzehnte. Sicher enthielt sie organische Defekte (s.u.), gleichwohl aber schrieb dieses Dokument die fortschrittlichen Bestimmungen und Bürgerrechte fort, die schon in der Verfassung von 1947, der ersten wirklich demokratischen Verfassung in der Geschichte des Landes, enthalten waren.

Die Defekte und funktionalen Abnutzungserscheinungen der Verfassung von 1961 machten sich bemerkbar, als das in ihr festgeschriebene zentralistische Rentenmodell der staatlich gesteuerten Entwicklung Mitte der 1980er Jahre in die Krise geriet. Zu diesem Niedergang trug auch die schlechte Amtsführung verschiedener Präsidenten bei, die sich ihre Popularität mithilfe staatlicher Geschenke erkaufte hatten. Das gesamte Schema basierte einzig und allein auf den Erdöleinnahmen. Der Staat war der Besitzer von Hotels und Telefongesellschaften, von Seilbahnen und Banken. Er war der größte Arbeitgeber des Landes – und Arbeitsplatzbeschaffung war schon immer eine bewährte Methode des Stimmenfangs. Das andauernde Wachstum der Staatsausgaben stellte kein Problem dar, solange es von den wachsenden Erdöleinnahmen gedeckt wurde. Das Beschäftigungsmonopol des Staates häufte jedoch enorme Personalkosten an, die irgendwann nicht mehr tragbar waren. Mit der Zeit akkumulierte sich ein Schuldenberg, und als die Zinsen für internationale Anleihen und Schulden variierten, bereitete dies dem Staat in seiner Rolle als einzigem Entwicklungsagenten ein Ende.

Als ganz Lateinamerika im Laufe der 1980er Jahre die Zahlungsbedingungen für seine Schulden neu verhandelte, konnte sich Venezuela zunächst noch durch seine internationalen Reserven über die Runden retten. Aber zum



Ende des Jahrzehnts hatte sich das Rentenmodell erschöpft. Bedauerlich war dabei, dass die Symptome seit der Abwertung 1983, als die über 20 Jahre andauernde Währungsparität aufgegeben wurde, klar erkennbar waren und hätten behandelt werden können. Obwohl eine präsidentielle Kommission eingerichtet worden war, die den Reformbedarf der Demokratie diagnostizieren und eine Verfassungsreform auf den Weg bringen sollte, um sich den Bedürfnissen der verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren anzupassen, geschah in institutioneller Hinsicht nichts, um das soziopolitische Panorama zu verändern, sieht man einmal von der Wahlrechtsreform von 1988 ab, die zum ersten Mal eine wirkliche Dezentralisierung auf den Weg brachte. Hinzu kam, dass, obwohl die Verfassung von 1961 für die Exekutive starke parlamentarische Kontrollen vorgesehen hatte, die fortschreitende Dekadenz des Parteiensystems und klientelistische Praktiken einiger politischer Akteure zu einer Aufwertung der Figur des Präsidenten führten, was sich in einer außerordentlich niedrigen parlamentarischen Produktion und einer periodisch wiederkehrenden Delegation parlamentarischer Rechte auf den Präsidenten niederschlug.<sup>3</sup>

1998 wurde in Erfüllung eines Wahlversprechens des frisch gewählten Präsidenten eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen, die eine neue Verfassung entwerfen sollte, um die von 1961 zu ersetzen. Der Text war im Dezember 1999 nach nur sechsmonatiger Arbeit fertig und wurde vom Präsidenten öffentlich als die "beste Verfassung der Welt" bezeichnet. Die derart gelobte Verfassung war jedoch nicht lange in Kraft: Venezuela kehrte zu seinem alten Rhythmus zurück, alle zehn Jahre eine neue Verfassung zu erlassen oder die geltende zu reformieren – dies mit dem Ziel, sie den Bedürfnissen der jeweiligen Regierung anzupassen und nicht den tatsächlichen Bedürfnissen des Staates und der Gesellschaft. Knapp sieben Jahre nach der Verabschiedung des Textes reichte der Präsident in der Nationalversammlung eigenhändig ein Paket zur Reform von 33 Artikeln der

---

3 Die Partei *Acción Democrática* (AD) hatte zur selben Zeit, als ein Mitglied dieser Partei Präsident des Landes war, im Parlament zweimal die absolute Mehrheit (1974-1978; 1984-1988) und einmal sogar die absolute Mehrheit in beiden Kammern (1984-1988) inne. Darüber hinaus ernannte der Präsident alle Gouverneure der Bundesstaaten. In diesen Konstellationen wurden Ermächtigungsgesetze erlassen, die dem Präsidenten die Möglichkeit eröffneten, in Wirtschaftsfragen gewissermaßen "mit der Geschwindigkeit der Feder" Dekrete zu erlassen. Es war außerordentlich fragwürdig, der Exekutive solche Vollmachten zu erteilen, denn es gab keine Anzeichen für einen nationalen Notstand, wie dies in der Verfassung vorgesehen war. Dies gilt z.B. für die erste Amtszeit von Carlos Andrés Pérez (1974-1978) und die Amtszeit von Jaime Lusinchi (1984-1988).

Verfassung von 1999 ein, darunter so weitreichende Modifikationen wie die Veränderung des Staatskonzeptes und die Transformation einer sozialen Demokratie in einen sozialistischen Staat.

## **2. Ein nie da gewesener Fortschritt: die Verfassung von 1947**

Wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten kam es auch in Venezuela zu einer massiven Binnenwanderung. Die Menschen verließen die ländlichen Regionen und wanderten auf der Suche nach einem besseren Leben sowie nach Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem in die Städte. So zählte Caracas 1926 126.000 Einwohner, 1946 war diese Zahl um das Fünffache angestiegen. Angesichts des plötzlichen Erdölreichtums, der Ende der 1920er Jahre einsetzte, kam es zu einem raschen Bevölkerungswachstum. Die städtische Bevölkerung wuchs besonders schnell. Der Erdölboom brachte eine stärkere Industrialisierung und eine Zunahme der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen mit sich, die wiederum einen Bedarf nach besser ausgebildeten Arbeitskräften nach sich zog. Der "Magnetismus" der Städte machte sie zu Zentren des Konsums und der Produktion. Analog zum wachsenden Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung veränderten sich auch deren Bedürfnisse. Die politische Entwicklung sollte diese Situation bald reflektieren.

Die zivilmilitärische Junta, die am 18.10.1945 einen Staatsstreich inszeniert hatte, erließ im März 1946 ein Statut für die Wahl der Abgeordneten einer nationalen Verfassungsgebenden Versammlung. Erklärtes Ziel war es, einen Verfassungstext zu formulieren, der dem Wunsch nach Gleichheit und soziopolitischer Partizipation gerecht werden und die gesamte Bevölkerung an den Wohltaten des Staates beteiligen sollte. Die Verfassung von 1947, die ein Jahr nach Einberufung dieser Versammlung verabschiedet wurde, war der erste Text, der Venezuela normativ und real als Demokratie definierte, und stattete die Bevölkerung mit Rechten aus, die zur damaligen Zeit nicht einmal in entwickelten Ländern existierten. Visionäre aus verschiedenen Bereichen fanden sich zusammen, um diesen Text zu verfassen. In ihm wurde das universelle und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen über 18 Jahre garantiert, das Staatsterritorium in Bundesstaaten und föderale Territorien untergliedert und eine Anzahl von sozialen und wirtschaftlichen Rechten des Individuums gegenüber dem Staat festgeschrieben. Dies waren angesichts der Geschichte und der Tradition des Landes bis zu diesem Zeitpunkt geradezu revolutionäre Fortschritte.

Obwohl die Verfassung bald durch eine Militärjunta, die den gewählten Präsidenten Rómulo Gallegos stürzte, außer Kraft gesetzt wurde, lag ihre Bedeutung in der Konstruktion staatsbürgerlicher und ökonomischer Rechte, die Grundlage der Verfassungen von 1961 und 1999 bleiben sollten. Diese erste wirklich demokratische Verfassung des Landes im modernen Sinne verlieh Institutionen Verfassungsrang, die bis heute die moderne demokratische Praxis beeinflussen, z.B. die Generalstaatsanwaltschaft, Generalanwaltschaft und den Rechnungshof (Kapitel IV und VII der Verfassung von 1947). All diese Institutionen blieben in den nachfolgenden Verfassungen erhalten, nachdem es 1958 gelungen war, die Demokratie erneut in Venezuela zu verankern. Sie blieben dabei nicht nur intakt, sondern inkorporierten auch neue Perspektiven wie z.B. Inhalte internationaler Verträge, die das Land unterzeichnete, so etwa in den Bestimmungen über die Bürgerrechte (Titel III, Kap. II, III, IV).

Die Verfassung von 1947 war zudem die erste Verfassung in der Geschichte Venezuelas, deren institutionelles Konzept ein Gleichgewicht zwischen den staatlichen Gewalten herstellte, indem sie der Legislative und der Judikative die Fähigkeit verlieh, Initiativen der Exekutive zu bremsen beziehungsweise zu blockieren. Die parlamentarische Kontrolle der Exekutive erfuhr zum ersten Mal eine tatsächliche und funktionale Anwendung, was bei den früheren Staatsentwürfen undenkbar gewesen wäre. Zugleich wurde erstmals im Parlament eine proportionale Repräsentation von Minderheiten garantiert, was die Formulierung inklusiver Politikprojekte förderte und im Einklang mit der Diversität des Landes stand. Die Wirklichkeit jedoch zeigte, dass das Land auf eine solche Vielzahl an gleichzeitigen normativen Veränderungen der Bürgerrechte, Menschenrechte und politischen Rechte in so kurzer Zeit nicht vorbereitet war. Der Verfassungstext war sozusagen "tot geboren", da niemand in Venezuela sich erhob, um ihn zu verteidigen, als die Militärs ihn im Jahre 1948 de facto außer Kraft setzten.

### **3. Der Elitenpakt: die Verfassung von 1961**

Die 1961 nach einer Unterbrechung der demokratischen Entwicklung von zehn Jahren (1948-1958) verabschiedete Verfassung ist diejenige, die am längsten Gültigkeit hatte und erst mit der Inkraftsetzung der neuen Verfassung von 1999 ihr Ende fand. Sie ist zugleich die erste Verfassung in der Geschichte des Landes, die einen Sozialpakt darstellte. Gemäß ihrer Präambel wurde sie geschaffen, "um die Einheit zu stärken". In ihr wird Venezuela von Anfang an als "Bundesstaat" bezeichnet (Art. 2), was jedoch erst nach

1989 in einem begrenztem Umfang verwirklicht wurde. Das Konzept des Föderalismus war zudem durch den Text der Verfassung insofern selbst stark abgeschwächt, als die sogenannten Bundesstaaten nicht in der Lage waren, eigene Steuern zu erheben. Sie verfügten zwar über regionale Legislativen mit direkt gewählten Abgeordneten und einer proportionalen Repräsentation von Minderheiten, die Aufgabe dieser regionalen Abgeordneten war jedoch lediglich "die Evaluierung und Kontrolle einer jedweden staatlichen Verwaltungsmaßnahme" (Art. 19).

Der Verfassungstext enthält 252 Artikel, die in zwölf Sektionen unterteilt sind: I. Über die Republik, ihr Territorium und ihre politische Gliederung; II. Über die Staatsangehörigkeit; III. Über die Pflichten, Rechte und Garantien; IV. Über die öffentliche Gewalt; V. Über die nationale legislative Gewalt; VI. Über die nationale exekutive Gewalt; VII. Über die judikative Gewalt und das Justizministerium; VIII. Über die Staatsfinanzen; IX. Über den Notstand; X. Über Änderungen und Reformen der Verfassung; XI. Über die Unverletzlichkeit der Verfassung; XII. Abschließende Bestimmungen.

Der Staatsentwurf lehnte sich stark an die Verfassung von 1947 an: Eine Legislative mit zwei Kammern, dem Abgeordnetenhaus, dessen Mitglieder mit proportionalem Wahlrecht gewählt werden, und dem Senat mit je zwei Senatoren pro Bundesstaat; eine Exekutive mit einem direkt gewählten Präsidenten und den Ämtern des Generalstaatsanwalts, Generalanwalts und des Rechnungshofes zur Kontrolle des Umgangs mit den Staatsfinanzen. Die Verfassung nahm unmittelbaren Bezug auf die fortschrittlichsten Menschenrechte; sie garantierte das Eigentum, die Freizügigkeit, die Religionsfreiheit, das Recht auf einen angemessenen Prozess, die Meinungsfreiheit, das Recht auf Gesundheit, Erziehung, Wohnraum etc.

Was die Kontrolle und das Gleichgewicht zwischen den drei Gewalten anging, folgte der Text den Vorgaben der Verfassung von 1947, indem sie der Legislative wichtige Rechte zusprach, um Entscheidungen und Befugnisse der Exekutive zu kontrollieren. So verfügte die Legislative über ein Vetorecht über Gesetzesinitiativen der Exekutive und konnte unter anderem auch die Auslandsreisen des Präsidenten einschränken.<sup>4</sup> Die Exekutive fungierte

---

4 Sie enthielt auch die Bestimmung, dass die Legislative Mitglieder des Kabinetts sanktionieren oder sogar entlassen konnte, wenn sie es für notwendig erachtete. Für das Erstere reichte eine einfache Mehrheit im Abgeordnetenhaus, für eine Entlassung bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit. Dies kam nur einmal vor, und zwar während der zweiten Präsidentschaft von Rafael Caldera (1994-1998), als Gesundheitsminister Carlos Walter abgewählt wurde.

als Verwalter des Staatseigentums, aber jede wesentliche Veränderung oder der Verkauf von Staatseigentum musste durch ein Gesetz von allen drei Gewalten akzeptiert werden. Dies erwies sich als notwendig, als in den 1980er und 1990er Jahren eine Reihe von Staatsunternehmen privatisiert wurde.

Das Wirtschaftsmodell, das in dieser Verfassung vorgesehen war, unterschied sich nicht wesentlich von den vorausgegangenen. Es betrachtete den Staat als zentralen Akteur im Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung (Art. 95) und ging davon aus, dass er in der Lage sei, mithilfe des Ölreichtums die Diversifizierung der Produktion zu fördern. Dies wies dem privaten Sektor die Rolle eines Satelliten des öffentlichen Sektors zu, der immer der größte Exporteur und auch der größte Arbeitgeber blieb. Der private Sektor begnügte sich damit, dem öffentlichen Sektor zuzuarbeiten und hat nie eine Unabhängigkeit von diesem erlangt. Dadurch, dass der Unterschied zwischen Staat und Regierung von einer Bevölkerung, die gerade ihre ersten Gehversuche in der Demokratie machte, nicht wirklich verstanden wurde, konnten die politischen Parteien spezielle Beziehungen zu den Akteuren im privaten Sektor pflegen, was sich auf lange Sicht für beide als nachteilig herausstellte. In diesem Sinne verbreitete die Verfassung die Vorstellung von einem Wohlfahrtsstaat als paternalistischem Interventionsstaat – oder um es noch deutlicher zu sagen, als philanthropischem Oger (Paz 1979).

Parallel zur ökonomischen Krise, auf die das Rentenmodell zusteuerte, gab es auch einen politischen Wendepunkt. Dieser bestand in der Versteinigung des Parteiensystems beziehungsweise in seiner Verwandlung in Agenten mächtiger Gruppen, die ihre eigentliche vermittelnde und schöpferische Funktion im politischen System vergessen hatten. So blieben auch die Bundesstaaten und der Entwurf eines föderalistischen Staates, den die Verfassung ursprünglich vorgesehen hatte, ohne größere Bedeutung (Brewer Carias 1999). Darüber hinaus hielten sich die großen Parteien durch Pakte an der Macht, die es ihnen erlaubten, die anderen Staatsgewalten zu kontrollieren. Die Absprachen zwischen den beiden großen Parteien, die 1973 begannen und bis 1988 andauerten, gewährleisteten z.B., dass die Richter des Obersten Gerichtshofes, die mehrheitlich von der Legislative gewählt wurden, aus ihrer Mitte stammten. Dies schränkte die Möglichkeit der effektiven politischen Beteiligung jener Akteure, die nicht zu einer der Machtgruppen gehörten, stark ein.

#### 4. Die Reform, die niemals stattfand: 1983-1995

Mit der Krise des Rentenmodells und des zentralisierten Staates kam es 1983 zur ersten Abwertung der Landeswährung nach knapp zwei Jahrzehnten. Der Kurs fiel von 4,3 Bolívares auf 7,5 Bolívares pro Dollar. Der Vorgang selbst kam für den Großteil der Bevölkerung überraschend, nicht so jedoch für die der Regierung nahestehenden Kreise. Sie wandelten ihre Gelder rechtzeitig in Dollar um und erzielten damit immense Gewinne. Angesichts der zunehmenden Gier der Parteien, sich Machtvorteile anzueignen, begann das politische Modell, das ursprünglich auf einer Konzertation der politischen Kräfte und einer Zusammenarbeit der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten basierte, Ermüdungserscheinungen zu zeigen. Dies vor allem im Hinblick auf die veränderten Umstände und die gesellschaftlichen Ansprüche auf Beteiligung an den politischen Entscheidungen. Wachsende Teile der Bevölkerung kritisierten die Fortdauer des Paktes, der von den gleichen Gruppierungen geschlossen worden war, die die Verfassung von 1961 entworfen hatten. Nach mehreren parlamentarischen Initiativen wurde 1985 die "Präsidentielle Kommission zur Reform des Staates" (span. Abkürzung: COPRE) gegründet, die versuchte, das Problem der Transformation des Staatsapparates anzugehen und zugleich den politischen Willen für einen normativen Wandel im institutionellen Entwurf zu generieren. Als Resultat der Arbeit dieser Kommission wurden verschiedene Berichte mit wichtigen Schlussfolgerungen präsentiert. Mit tatsächlichen Änderungen kam man aber kaum voran, da die politischen Parteien wenig geneigt waren, einen Wandel einzuleiten. In ihrer Kurzsichtigkeit und Entfremdung von der sozialen Realität des Landes ignorierten die großen Parteien die Empfehlungen der Kommission für strukturelle Reformen.

1989, als Konsequenz der sozialen Explosion, die manche später als "Caracazo" bezeichneten, wurden mit größerem Nachdruck die Überlegungen wieder aufgegriffen, wie man das Staatsmodell, das in der Verfassung von 1961 begründet wurde, reformieren könne, um "Freiheit und soziale Gerechtigkeit kompatibel zu machen" (COPRE 1991: 9). Wie wir zuvor gesehen haben, war die Verfassung von 1961, die auf der Basis eines Versöhnungspaktes zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften entstanden war, in einen Konflikt mit der Realität geraten, der eine Neuausrichtung der institutionellen Ausgestaltung des Staates notwendig machte. Es war offenkundig, dass neue politische und gesellschaftliche Gruppen, die mit dem Fortschritt und der Vertiefung der Demokratie entstanden waren, wenige Entwicklungs- und politische Einflussmöglichkeiten hatten. Der Verfas-

sungstext entsprach der gesellschaftlichen Realität der 1960er und 1970er Jahre, konnte jedoch den Bedürfnissen der 1990er Jahre nicht länger gerecht werden. Zugleich setzte die COPRE ihre Arbeit fort. Sie veröffentlichte verschiedene wichtige Texte, darunter das "Projekt des Sozialstaats und des demokratischen Rechtsstaats" (1991), in dem eine Diagnose der Schwächen und Stärken der Verfassung von 1961 vorgelegt wurde. Darüber hinaus stellte sie in den Jahren 1986 und 1987 eine Reihe von Überlegungen über die Notwendigkeit einer effektiven Dezentralisierung des Landes an, die sich kurz danach in einer Wahlrechtsreform niederschlugen, in der 1988 die Direktwahl der Gouverneure, Bürgermeister und Gemeindevorstände festgelegt wurde. Diese Reform wurde bezeichnet als "ein starker Anreiz zur Beschleunigung der Dezentralisierungsstrategie, die dringend benötigt wird, um die Demokratie zu vertiefen und die politische Partizipation zu erweitern" (Carrera Damas 1988: XIII). Einige der Schlussfolgerungen der Kommission, die zwischen 1985 und 1995 vorgelegt wurden, bildeten die Grundlage für die Diskussionen in der Verfassungsgebenden Versammlung von 1999. Es fragt sich, ob die venezolanische Demokratie die traumatischen Transformationen, die sie später erfuhr, hätte vermeiden können, wenn man die Empfehlungen der Kommission, insbesondere die für einen neuen Zuschnitt des Parteiensystems, befolgt hätte.

##### **5. Von der venezolanischen Republik zur "Bolivarischen" Republik Venezuela. Die Verfassung von 1999**

Die Verfassung von 1961 wurde nicht aufgegeben, ohne dass intensive Diskussionen vorausgegangen wären. Bereits nach den Putschversuchen 1992 (04.02.1992; 27.11.1992) hatte sich im Kongress eine von beiden Kammern beschickte Kommission zur Revision des Textes gebildet, die vor allem die Frage diskutierte, ob der Verfassungstext reformiert werden oder aber eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen werden sollte mit dem Ziel, eine völlig neue Verfassung zu entwerfen. Letzteres war in der Verfassung von 1961 nur unter der fragwürdigen Figur der "allgemeinen Reform" (Art. 246) vorgesehen. Am 24. August 1998 übermittelte der Präsident der Akademie für Politische Wissenschaft, Allan Brewer Carías, dem gewählten, aber noch nicht im Amt befindlichen Präsidenten einen Vorschlag zur Abhaltung eines Referendums zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung. Es wurde festgelegt, dass die Volksbefragung 60 Tage nach ihrer Ausschreibung stattfinden solle (Álvarez 1998). In der Verfassung von 1961 war die Idee einer solchen Versammlung nicht enthalten, sie wurde jedoch

durch einen Urteilsspruch des Obersten Gerichtshofs ermöglicht, der festlegte, dass das Volk seine eigene Instanz zur Revision der Verfassung schaffen könne (Brewer Carías 1999). Zuvor war eine Verfassungsgebende Versammlung lediglich für den Fall eines Bruchs der verfassungsmäßigen Kontinuität vorgesehen, „als Folge eines Staatsstreichs, einer Revolution, oder eines Krieges“ (Brewer Carías 1999: 35).

Man kann sich daher fragen, ob die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die aus dem politischen Druck des historischen Augenblicks entstand, nicht selbst einem „Staatsstreich“ gleichkam (Álvarez 1998; Brewer Carías 1999). Sicher ist jedoch, dass sie, nachdem sie einberufen worden war, einseitig und faktisch als selbsterklärte „originäre“ Gewalt alle anderen im Juli 1999 aktiven Gewalten intervenierte. Diese Versammlung, die sich in ihrer überwältigenden Mehrheit aus den Anhängern des gerade gewählten Präsidenten zusammensetzte, brauchte lediglich fünf Monate, um ein Dokument zu produzieren, das dann in einem Referendum ratifiziert wurde. Mit dem Versprechen auf neue Zeiten wurde auf diesem Wege die 26. Verfassung in der Geschichte Venezuelas verabschiedet.

Mit ihren 351 Artikeln stellte die Verfassung von 1999 die längste in der Geschichte des Landes dar. Im lateinamerikanischen Vergleich liegt sie hinter Mexiko und Brasilien auf Platz drei. Unter Politikwissenschaftlern herrschte daher die Meinung vor, dass sie wegen ihrer außerordentlichen Länge und ihrer Neigung, vieles in großem Detail zu regeln, relativ schnell an Bedeutung verlieren würde.

In ihrer Struktur kann man zwei wichtige Teile unterscheiden: Der erste Teil, von Art. 19 bis 130, widmet sich den Bürgern, den Bürgerrechten sowie den politischen Rechten. Der zweite Teil definiert den Rang, die Hierarchie und die Funktion der öffentlichen Gewalten (Art. 136-339). Die restlichen Artikel enthalten grundlegende Normen, Ausführungen zur Verfassungsreform und einen polemischen Artikel, der den zivilen Ungehorsam regelt, was ohne historische Vorläufer ist und keinerlei praktische Funktion hat. Interessanterweise sind die ersten Artikel vollkommen auf das Thema des Staates und der Nation zentriert, was die Bürger deutlich auf den zweiten Platz verweist. Neben dem Staat wird zu Beginn auch auf „das Volk“ verwiesen (Art. 5), aber allein unter dem Aspekt, dass dieses der Garant der Souveränität sei. Der Staat ist der vorrangige Akteur.

Die Verfassung ist in neun Sektionen unterteilt: I. Grundlegende Prinzipien; II: Der geographische Raum und die politische Gliederung; III: Über die Menschenrechte und Garantien, und über die Bürgerpflichten; IV: Über



die öffentliche Gewalt; VI: Über das sozioökonomische System; VII: Über die Sicherheit der Nation; VIII: Über den Schutz der Verfassung sowie IX: Über die Verfassungsreform. Diese Verfassung schwächt die institutionelle Kontrolle der Exekutive, da sie eine der beiden Kammern (nämlich den Senat), eliminiert, an dessen Stelle ein "Föderalrat" tritt, der jedoch nie einberufen wurde. Das produziert ein erhebliches Ungleichgewicht im Kongress, da das Einkammerparlament nach dem proportionalen Wahlrecht gewählt wird, was zu einer permanenten Unterrepräsentation der weniger bevölkerten Bundesstaaten führt. Zuvor wurde dies durch die zweite Kammer kompensiert, in der jeder Bundesstaat mit einer gleichen Anzahl von Mitgliedern vertreten war.

Die Figur des Präsidenten wurde insofern gestärkt, als seine Amtszeit nun sechs Jahre mit der Möglichkeit einer unmittelbaren Wiederwahl betrug. Zuvor war eine Wiederwahl erst nach einer Pause von zehn Jahren möglich. Außerdem kann der Präsident seinen Vizepräsidenten selbst bestimmen und ebenso absetzen. Auf diese Weise vermehrt sich die Zahl der Akteure auf der Seite der Exekutive, während sie sich auf der legislativen Seite verringert.

Eine weitere bedeutsame Änderung war die Einführung des Referendums, um gewählte Funktionsträger nach einer bestimmten Zeit aus dem Amt abwählen zu können (Art. 72). Alle öffentlichen Ämter unterliegen dieser Bestimmung, der Präsident eingeschlossen. Um ein solches Referendum in Gang zu setzen, muss mindestens die Hälfte der Amtszeit verstrichen sein und 20% der eingeschriebenen Wähler müssen die Petition unterstützen. Ebenso kann ein Referendum dazu benutzt werden, Gesetze zu annullieren oder Gesetzesvorschläge auf die parlamentarische Agenda zu setzen.

Die Verfassung von 1999 ist zudem der erste Verfassungstext, der sich ausdrücklich mit den Rechten der indigenen Bevölkerung befasst. Wenngleich Venezuela im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas über eine geringe indigene Bevölkerung im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung verfügt, so leben doch eine Reihe von Ethnien in diesem Land, die sich ihre kulturellen Traditionen relativ abgeschirmt vom Einfluss der westlichen Zivilisation bewahrt haben. Dies trifft insbesondere für ihre Sprachen zu. Die Verfassung widmet acht Artikel (119-126) speziell der Frage der Anerkennung der Rechte dieser Bevölkerung und der Achtung ihrer Traditionen.

Die Möglichkeiten der politischen Parteien werden ernsthaft beschnitten, ihre vermittelnde und erzieherische Rolle, die für jede repräsentative Demokratie unerlässlich ist, findet keine Erwähnung. Stattdessen erwähnt die Verfassung "Vereinigungen mit politischen Zielen" (Art. 67), und verbietet eine

öffentliche Finanzierung der Parteien. Zugleich etabliert sie keine legalen Möglichkeiten der Parteienfinanzierung.

#### **6. Die “perfekte Verfassung” mit Verfallsdatum? Die Reform von 2007: Auf dem Weg zu einem bolivarischen Sozialismus.**

Knapp sechs Jahre nach der Verabschiedung der bolivarischen Verfassung, die den Namen des Landes änderte und die Kompetenzen des Präsidenten deutlich stärkte (Reduzierung des Parlaments auf eine Kammer; Möglichkeit, per Dekret in jedem Politikfeld zu regieren, nicht nur in der Wirtschaftspolitik, wie dies in der Verfassung von 1961 einschränkend festgelegt war), legte Präsident Hugo Chávez im Parlament 33 von ihm selbst geänderte Verfassungsartikel zur Abstimmung vor, mit denen die Verfassung von 1999 reformiert werden sollte. In einem außerordentlich schnellen Verfahren, das kaum eine angemessene Beratung der vorgeschlagenen Änderungen ermöglichte, nahm die Nationalversammlung nicht nur die Änderungen an, sondern schlug zugleich noch weitere 36 Artikel zur Veränderung vor, womit insgesamt 69 Artikel betroffen waren.

Numerisch bedeutete dieses Reformprojekt, dass knapp 1/5 der Artikel der Verfassung geändert werden sollte. Qualitativ wurden jedoch eine völlige Transformation der Institutionen im Vergleich zur ursprünglichen Verfassung und eine komplette Änderung des Staatkonzeptes angestrebt. Anders als 1999 sollte es bei dieser tief greifenden Reform weder eine Verfassunggebende Versammlung noch eine kollektive Zustimmung zu jedem einzelnen Artikel geben. Über die Änderungen musste in ihrer Gesamtheit entschieden werden, wobei nur mit Ja oder Nein gestimmt werden konnte. Unter anderem sollten die folgenden Bestimmungen eine komplette Transformation des Verfassungsgedankens von 1999 hervorbringen:

- Änderung des Namens der Streitkräfte in “Bolivarische Streitkräfte” und Schaffung zweier neuer Teilstreitkräfte: der “Bolivarischen Territorialgarde“ und der – direkt dem Präsidenten unterstellten – “Volksmiliz” (Art. 329).
- Einführung des Konzepts des “inneren Feindes” als mögliches Angriffsziel der Streitkräfte (Art. 328).<sup>5</sup>

---

5 Von den verschiedenen exzentrischen Vorschlägen dieser Verfassungsänderung hätte diese die schlimmsten Konsequenzen gehabt. Das Konzept des inneren Feindes als Angriffsziel für die Streitkräfte hat finstere Vorbilder in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen, die jedwede Dissidenz mit diesem Etikett versahen.

- Autonomieverlust der Zentralbank; der Präsident entscheidet über die Höhe der Währungsreserven und über den Wechselkurs (Art. 318-321).
- Unbegrenzte Wiederwahlmöglichkeit des Präsidenten; Verlängerung der Amtsperiode von sechs auf sieben Jahre (Art. 230).
- Veränderung des Konzepts des Privateigentums und der Einstellung des Staates diesem gegenüber. Anstatt wie früher das Privateigentum “zu schützen”, “erkennt der Staat verschiedene Arten von Eigentum an”. Fünf Arten von Eigentum werden genannt: öffentliches Eigentum, direktes gesellschaftliches Eigentum, indirektes gesellschaftliches Eigentum, kollektives Eigentum und gemischtes Eigentum (Art. 115).
- Reduzierung der täglichen Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden (Art. 90).<sup>6</sup>
- Vollständiger Wandel der territorialen Gliederung des Landes. Der Präsident erhält die Vollmacht, regionale Amtsträger zu ernennen (Art. 11).<sup>7</sup>

Der Vorschlag wurde am 2. Dezember 2007 in einem Referendum zur Abstimmung gebracht, in dem er trotz einer gigantischen Medienkampagne der Regierung und massiver Druckausübung auf die Angestellten im öffentlichen Sektor abgelehnt wurde, wobei das genaue Abstimmungsergebnis bis heute nicht geklärt ist.<sup>8</sup> Das öffentlich verkündete Ergebnis, das der Präsident in der Fernsehsprache zur Bekanntgabe seiner Niederlage akzeptierte, war 51% gegen und 49% für den Reformvorschlag.

Trotz dieser Niederlage und des ausdrücklichen Wunsches der Bevölkerung, sich vom sogenannten “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” zu distanzieren, wurden viele der Vorschläge der Verfassungsreform später sowohl vom Parlament als auch vom Präsidenten als reguläre Gesetze verabschiedet. Fälle wie z.B. die gesetzliche Etablierung der “Volksmilizen” und das “Ge-

---

6 Dies war der Punkt, den die offizielle Propaganda am meisten betonte, um die “Wohltaten” der Reformen hervorzuheben. Allerdings wurden nicht die wirtschaftlichen Konsequenzen erklärt, die ein solcher Schritt zum Beispiel für den privaten Sektor gehabt hätte: Dessen Ausgaben wären gestiegen, ohne dass er dafür andere Einkommensquellen erhalten hätte.

7 Dies hätte die Dezentralisierungsfortschritte seit der Wahlrechtsreform von 1988 zunichte gemacht. Außerdem wären etablierte Konzepte wie Bundesstaat, Distrikte und Gemeinden verschwunden, um durch andere, zweifelhafte Konstruktionen ersetzt zu werden wie “föderale Städte”, “föderale Gemeinden” etc. Dem Präsidenten wurde in diesem Artikel, ebenso wie in anderen, eine absolute Autorität verliehen, um militärische Regionen zu definieren, besondere Amtsträger zu ernennen etc.

8 Bei Fertigstellung dieses Beitrages (Februar 2010) hatte der venezolanische Wahlrat noch immer nicht die endgültigen Unterlagen veröffentlicht, in denen die Prozentzahl angegeben wird, mit der der Reformvorschlag abgelehnt wurde.

setz zum Föderalen Regierungsrat“, das direkt von der Exekutive ernannte Ämter über Wahlämter stellt, erwecken den Anschein, dass das Ergebnis des Referendums vonseiten der Regierung zur Verhöhnung des Volkes benutzt wurde.

## 7. Schlussbemerkungen

In Venezuela hat die Ölrente seit den 1940er Jahren dazu beigetragen, die Demokratie zu stabilisieren und zugleich auch einen sozialen Modernisierungsprozess in Gang zu setzen, der in einem verbesserten Gesundheits- und Bildungswesen, einer höheren Lebenserwartung und einem steigenden Wohlstand seinen Niederschlag fand. Zugleich aber bildeten sich die typischen Züge einer Rentiergesellschaft heraus, deren produktive Kapazitäten verkümmerten und die es sich angewöhnte, von der staatlichen Verteilung der Rente zu leben (ausführlich dazu siehe den Beitrag von Boeckh in diesem Band). Mit der Krise des Rentenmodells zerfiel auch der Elitenkonsens, auf dem die Verfassung von 1961 beruht hatte, was sich spätestens mit den beiden Putschversuchen im Jahr 1992 zeigte. Zugleich fanden die politischen Parteien keine Antwort auf die Krise des Rentenmodells und die Forderungen nach Beteiligung neuer gesellschaftlicher Gruppierungen.

Die Verfassung von 1999 gab vor, die Defizite bei der politischen Partizipation zu korrigieren, die sich im Laufe der Zeit herausgebildet hatten. Stattdessen schuf sie einen extremen Präsidentialismus, in dem die Exekutive über die absolute Vorherrschaft verfügt. Zusätzlich reduzierte sie die politischen Parteien in ihrer Bedeutung und Funktionsfähigkeit und hungerte sie ökonomisch aus. In der Praxis bedeutet dies, dass die Regierungspartei über alle Vorteile verfügt, um ihren Bedarf zu finanzieren, wohingegen andere „politische Akteure“ von der öffentlichen Finanzierung ausgeschlossen sind, unabhängig davon, wie stark sie in der Bevölkerung verankert sind. Es ist zu erwarten, dass die demokratischen Verhältnisse durch das inhärente Ungleichgewicht des Verfassungstextes und zusätzliche von der Regierung – dem eigentlichen Autor des Verfassungstextes – geschaffenen Ungleichheiten geschwächt werden. Dabei ist es erklärtes Ziel der Regierung, das herrschende Regime für mehrere Jahrzehnte zu perpetuieren.

Übersetzung aus dem Spanischen: Andreas Boeckh

## Literaturverzeichnis

- Academia de Ciencias Políticas y Sociales (1994): *La Actualidad Constitucional Venezolana. Seri Eventos*. Caracas.
- Álvarez, Tulio A. (1998): *La Constituyente: todo lo que Usted necesita saber*. Caracas.
- Autores Varios (1999): *Cultura, Democracia y Constitución*. Monte Ávila Editores Latinoamericana y Consejo Nacional de la Cultura (Conac). Caracas.
- (2003): *El Derecho Constitucional y Público en Venezuela: Homenaje a Gustavo Planchart*. 2 Bde. Caracas.
- Brewer Carias, Allan-Randolph (1983a): *Sumario de la Constitución de 1961*. Caracas.
- (1983b): *La concepción de estado en la obra de Andrés Bello*. Madrid.
- (1985): *Las Constituciones de Venezuela*. San Cristóbal/Madrid.
- (1991): *La Constitución y sus Enmiendas*. Caracas.
- (1999): *Asamblea Constituyente Ordenamiento Constitucional*. Serie Estudios N° 53. Caracas.
- (<sup>4</sup>2004): *La Constitución de 1999*. 2 Bde. Caracas.
- Caballero, Manuel (1998a): *Crisis de la Venezuela Contemporánea (1903-1992)*. Caracas.
- (1998b): *La Revolución de octubre*. Caracas.
- Carrera Damas, Germán (1988): *La Necesaria Reforma Democrática del Estado*. Caracas.
- Casal Mont Brun, J. M. (1981): *La Constitución de 1961 y la Evolución Constitucional de Venezuela*. 2 Bde. Caracas.
- Combellas Lares, Ricardo (2001): *Derecho Constitucional: Una Introducción al Estudio de la Constitución de la República Bolivariana de Venezuela*. Caracas.
- COPRE (Comisión para Reforma del Estado) (1991): *Constitución y Reforma. Un Proyecto de Estado Social y Democrático de Derecho*. Caracas.
- Ediciones CO-BO (2000): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. Edición definitiva de la Gaceta Oficial Extraordinaria N° 5.453 del 24/03/2000. Caracas.
- Garay, Juan (2000): *La Nueva Constitución comentada con Índice Alfabético explicativo*. Caracas.
- Hernández, Ivo/Hurtado, Héctor (2010): “El populismo: una aproximación sencilla a un problema de las democracias de todos los tiempos”. In: *Cuaderno de Ciencias Sociales*, 156. Caracas.
- (2010): *El Populismo: una Revisión Actual*. San José (im Druck).
- Legis Ediciones (2006): Constitución de la República Bolivariana de Venezuela. *Gaceta Oficial* N° 36.860 del 30/12/1999 reimpresa por “errores materiales” del ente emisor en la Gaceta Oficial Extraordinaria N° 5.453 el 24/03/2000. Caracas.
- Linz, Juan (1996): “Perils of Presidentialism”. In: Diamond, Larry/Plattner, Marc (Hrsg.): *The Global Resurgence of Democracy*. Baltimore, S. 108-126.
- Linz, Juan/Valenzuela Arturo (1994): *The Failure of Presidential Democracy: Comparative Perspectives*, Vols. 1 und 2. Baltimore.
- Mago, Oscar (2000): *Guía Completa de la Nueva Constitución 1999 de la República Bolivariana de Venezuela*. Caracas.
- Paz, Octavio (1979): *El Ogro Filantrópico*. Barcelona.

Pino Iturrieta, Elías (1988a): *La Revolución de octubre*. Caracas.

— (1988b): *Juan Vicente Gómez y su época*. Caracas.

— (2001): *País Archipiélago: Venezuela 1830-1858*. Caracas.

Rondón de Sansó, Hildegard (2002): *Análisis de la Constitución Venezolana de 1999. Parte Orgánica y Sistemas*. Caracas.

— (2004): *Cuatro Temas Álgidos de la Constitución Venezolana de 1999*. Caracas.

Jesús Azcargorta/Manuel Paulus

## **Zentralisierte Verwaltung versus partizipative Strukturen**

Das politische System Venezuelas hat seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez tief greifende Veränderungen erfahren. Unter anderem trat der Präsident sein Amt mit dem Versprechen an, den Öffentlichen Dienst vom Parteienfilz zu befreien, wodurch – neben der höheren Transparenz – eine bessere Steuerung von politischen Prozessen ermöglicht werden sollte. Zudem wurden verschiedene Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger geschaffen, die eine bessere Abstimmung der Politik auf die Bedürfnisse der Bevölkerung bewirken sollte. In diesem Aufsatz werden die wichtigsten Änderungen dieser Reform betrachtet und ihr Einfluss auf die Handlungsfähigkeit des venezolanischen Staates bewertet.

Idealtypisch soll öffentliche Verwaltung die sich ihr stellenden Aufgaben und Probleme möglichst auf der untersten Ebene lösen und dabei von einer autonomen Instanz kontrolliert werden, mit der die Macht einzelner Institutionen begrenzt werden kann. In diesem Sinne sieht das Demokratiemodell eine horizontale und eine vertikale Gewaltenteilung vor, in der die Kompetenzen der verschiedenen Gewalten ineinander verschränkt sind.<sup>1</sup>

Die Kapazität der verschiedenen Regierungsebenen, ihre Funktion innerhalb der geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen auszuführen und erfolgreich politische Prozesse zu steuern, wird in der Forschungsliteratur oft im Rahmen des *governance*-Konzeptes analysiert (Benz 2004; Kauffman/Kraay/Mastruzzi 2009). In diesem Sinne überschneiden und beeinflussen sich verschiedene Dimensionen wie die Herrschaft des Rechts, die institutionelle Stabilität und die Kontrolle der Korruption gegenseitig bei der Bestimmung der Stärke oder Schwäche öffentlicher Strukturen. Mit anderen Worten: Die Existenz oder das Fehlen dieser Faktoren bestimmen maßgeblich das Funktionieren und Ineinandergreifen des Zahnradwerks öffentlicher Verwaltung sowohl auf der nationalen als auch auf der lokalen Ebene. Bei der Analyse dieser Formen geht es um eine Art Mehrebenen-*govern-*

---

1 Die Verwaltung als Teil der Exekutive untersteht somit der Kontrolle sowohl durch die Legislative als auch durch die Judikative (Verwaltungsgerichtsbarkeit).

ance, das heißt die Steuerung politischer Prozesse findet auf mehreren politischen Ebenen statt (Benz 2004). Wie im Folgenden deutlich wird, muss dabei eine Vermehrung der Partizipationsmöglichkeiten nicht automatisch zu einer Verbesserung der demokratischen Qualität führen (Sack/Burchardt 2008: 42f.)

### 1. Verwaltung und Verwaltungsreform in Venezuela

Betrachtet man die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung in Venezuela, stellt man manifeste Funktionsmängel fest, sodass effizientes Regieren selten stattfinden konnte. Das Anwachsen der Bürokratie, die geringe Qualifikation und die klientelistische Auswahl von Mitarbeitern sowie die Tendenz zu Zentralismus und Populismus zeichnen diesen Sektor in Venezuela aus (Córdova 2006).

Die Debatte um die Effizienz der Verwaltung in Venezuela reicht zurück bis in die 1970er Jahre (Esser 1976; Coronil/Skurski 1982). Bereits damals wurde festgestellt, dass der Verwaltung in einem Erdölland eine besondere Rolle zukommt, da sie ihre Einnahmen nicht aus den Steuern der Bürger, sondern aus der Erdölrente bezieht.<sup>2</sup> Dieses Phänomen unterscheidet die Entwicklung der venezolanischen Bürokratie von der anderer lateinamerikanischer Länder, wobei sich dies sowohl stabilisierend als auch destabilisierend auf das politische System ausgewirkt hat (Werz 1983). Auf der einen Seite hat es die Rolle des Staates in der Wirtschaft gestärkt, indem es eine Verteilung der Erdölrente in den verschiedenen Teilen der Gesellschaft ermöglichte. Gleichzeitig wurde so auch die Grundlage für soziale Verzerrungen gelegt, die sich aus einer ungleichen Verteilung der Erdölrente ergab. In diesem Sinn stellten Sonntag/De la Cruz (1981) bereits in den 1980er Jahren fest, dass eine Verbesserung der Wirtschaftslage in Venezuela immer mit einer Stärkung der öffentlichen Verwaltung einherging. Sie entwickelte dabei eine besondere Effizienz, allerdings nicht im Sinne einer modernen Institution, sondern als Instrument zur Verteilung der Erdölrente (Cupolo 1998). Autoren wie Wolfgang Hein sprechen davon, dass sich auf diese Weise die Bürokratie zu einer Art Staatsklasse entwickelt hätte (Hein 1983: 87), ein

---

2 Durch die Zahlung von Steuern und Abgaben zur Finanzierung des Staates entsteht eine engere Beziehung zwischen den Bürgern und der Verwaltung. Wenn, wie im Fall Venezuela, die Staatseinnahmen fast ausschließlich aus Renteneinnahmen bestehen, wird diese Verbindung geschwächt. Die Verwaltung fühlt sich dem Bürger weniger rechenschaftspflichtig.



Konzept, das erstaunliche Parallelen zur sogenannten *Boliburguesía* aufweist.<sup>3</sup>

Das Ausmaß der administrativen Unabhängigkeit entwickelt sich parallel zu den Einnahmen der Renteneinkommen, weshalb die Debatte über die Staatsreform dann eine Konjunktur erfuhr, als der Zyklus des Erdölbooms zu Ende ging (Esser 1979: 198ff.). In dieser Situation wurde 1985 von Präsident Jaime Lusinchi die *Comisión para la Reforma del Estado* (COPRE) einberufen, die weit reichende Vorschläge für eine Neuordnung des Staatsapparates erarbeitet hat. Neben Änderungen am demokratischen System riet die Kommission damals auch zu einer Neuordnung der Verwaltung, um Ineffizienz und Korruption einzudämmen. Allerdings wurden nur wenige der gemachten Vorschläge in die Praxis umgesetzt. Auch aus heutiger Sicht liefern die Vorschläge wichtige Hinweise, an welchen Stellen eine Reform ansetzen müsste. Die mangelnde Umsetzung zeigt aber auch, welche Widerstände die Rentenlogik im politischen System eines Erdöllandes aufzubauen vermag (Cupolo 1998).

## 2. Zentralisierung und Bürokratisierung auf Bundesebene

Nach der Verfassung von 1999 soll sich die öffentliche Verwaltung durch Effektivität und Effizienz auszeichnen (Art. 141). Beides spielt eine bedeutende Rolle aus der Perspektive des *governance*-Ansatzes, weil sie in der Bevölkerung Vertrauen in das Regierungshandeln erzeugen. Durch die Größe des Staatsapparates und die unklare Abgrenzung einzelner Institutionen und ihrer Kompetenzen verstößt der venezolanische Staat in der Praxis gegen die genannten Prinzipien.<sup>4</sup>

Trotz der großen von ihr geweckten Erwartungen hat es die venezolanische Regierung nicht geschafft, eine effiziente und stabile öffentliche Verwaltung aufzubauen. Die geringe Kapazität des Staates, auf diesem Gebiet nennenswerte Erfolge zu erzeugen, lässt sich am deutlichsten am stetigen Ansteigen der öffentlich Beschäftigten ablesen. 1999 beschäftigte der Staat 1,4 Mio. Menschen, bis zum Jahr 2009 hat sich die Zahl auf 2,2 Millionen

---

3 *Boliburguesía* ist ein Ausdruck, mit dem die venezolanische Opposition die Profiteure der bolivarianischen Revolution von Hugo Chávez belegt. Vor allem seit der Niederschlagung des Erdölstreiks 2003 hat sich eine neue Oberschicht entwickelt, die durch Geschäfte mit dem Staat hohe Gewinne erzielen konnte.

4 Eine gute Illustration dafür, wie die Verwaltung in Venezuela wahrgenommen wird, liefert ein bei *Caracas-Chronicles* erschienenes Interview mit einem Exporteur. Dort wird geschildert, wie sich das Verfahren einer Exportgenehmigung über Wochen hinzieht und wie wenig die einzelnen Instanzen aufeinander abgestimmt sind (Quico 2009).

beinahe verdoppelt (Biffi 2009). Zwischen dem ersten Quartal 2003 und dem dritten Quartal 2007 hat die öffentliche Beschäftigung um 38% zugenommen, während die Zahl der Beschäftigten im Privatsektor nur um ca. 10% gewachsen ist (Vera 2008). Nicht berücksichtigt sind die Arbeiter in den verstaatlichten Unternehmen der Öl-, Metall- und Lebensmittelindustrie und deren staatlich kontrollierte Subunternehmen.

Der Präsidentschaftskandidat Hugo Chávez war 1998 mit dem Wahlversprechen angetreten, den Ministerialapparat personell signifikant auszudünnen, um Kosten zu sparen und eine höhere Effizienz der Regierung zu erreichen (Mujica/Rincón 2006). Das damals ausgegebene Ziel lautete: eine Reduzierung auf zehn Ministerien.<sup>5</sup> Deshalb begrenzt Chávez in seiner ersten Regierung das Kabinett von 16 auf 12 Einheiten<sup>6</sup> (Egaña 2009). Nach diesem erfolgreichen Schritt wuchs jedoch im Laufe der Jahre der Ministerialapparat von Neuem an, um im Jahr 2009 25 Ministerien zu erreichen<sup>7</sup> (Gobierno en Línea 2009a). Dies stellt eine nominelle Verdoppelung in zehn Jahren dar, eine Tendenz, die durch die inzwischen beinahe 100 Vizeministerien noch übertroffen wird (Werz 2007). Nach Kuba mit 27 Ministerien hat Venezuela damit den zweitgrößten bürokratischen Apparat Lateinamerikas aufgebaut (Egaña 2009). Die Zunahme der Zahl der Ministerien bedeutet eine Rückkehr in die Zeiten der Misswirtschaft und Korruption, die die öf-

5 Bezug nehmend auf die Anzahl der Ministerien behauptete Hugo Chávez: "Es sind ganz schön viele. Zehn wären ausreichend" (Colmenares 2008).

6 Als Ergebnis dieser Reform wurden das Gesundheitsministerium, das Familienministerium und das Institut für Ernährung zu einem Ministerium für Gesundheit und Entwicklung fusioniert. Außerdem wurde das Ministerium für Bildung, Kultur und Sport geschaffen, das die entsprechenden Einzelministerien ersetzte. Gleiches geschah mit dem Ministerium für Planung und Entwicklung (vormals "Cordiplan"), dem das venezolanische Entwicklungsinstitut, die Schule für soziale Verwaltung, der venezolanische Fonds für Investitionen, der intergouvernementale Fonds für Dezentralisierung, die Kooperationen für Entwicklung und das Informationsbüro für Statistik angegliedert wurden. Letztlich entstand das Wissenschafts- und Technologieministerium durch einen Zusammenschluss des Nationalen Wissenschafts- und Technologierates mit verschiedenen regionalen Wissenschaftsstiftungen (Mujica/Rincón 2006).

7 Im Winter 2009 bestanden folgende Ministerien: Arbeit und soziale Sicherheit, Auswärtige Angelegenheiten, Basisindustrien und Bergbau, Bildung, Energie und Erdöl, Ernährung, Frauen und Geschlechtergleichheit, Gesundheit und soziale Sicherung, Handel, Hochschulbildung, Indigene Völker, Inneres und Justiz, Kultur, Kommunen, Kommunikation und Information, Landwirtschaft und Boden, Öffentliche Aufträge und Wohnungsbau, Planung und Entwicklung, Planungsstab des Präsidenten, Sport, Technologie und mittelständische Industrie, Tourismus, Umwelt, Verteidigung, Wirtschaft und Finanzen, Wissenschaft.

fentliche Verwaltung seit Jahrzehnten gekannt hat.<sup>8</sup> Hervorzuheben ist außerdem, dass in den letzten zehn Jahren ca. 140 Minister durch die verschiedenen Ministerien gewechselt haben, viele von ihnen mehrmals auf dem gleichen Posten, während sie zwischendurch andere Aufgaben übernommen hatten. Keine venezolanische Regierung vor Hugo Chávez hat eine solche Fluktuation erreicht (Colmenares 2008).

Zusätzlich zur Ausdehnung ihrer Zahl und der anderen beschriebenen Faktoren haben die Ministerien einen signifikanten Wandel ihrer Zuständigkeiten erlebt, der die Aufsplitterung des Verwaltungsapparates widerspiegelt. Anfang 2007 wurden alle Ministerien nach kubanischem Vorbild in „Ministerium der Volksmacht“ umbenannt. Durch diesen Vorgang, der einen Versuch darstellt, den PSUV<sup>9</sup> und seine Ideologie mit dem Staat zu verbinden, haben sich die Kooperationsmöglichkeiten mit den anderen politischen Kräften signifikant verschlechtert.

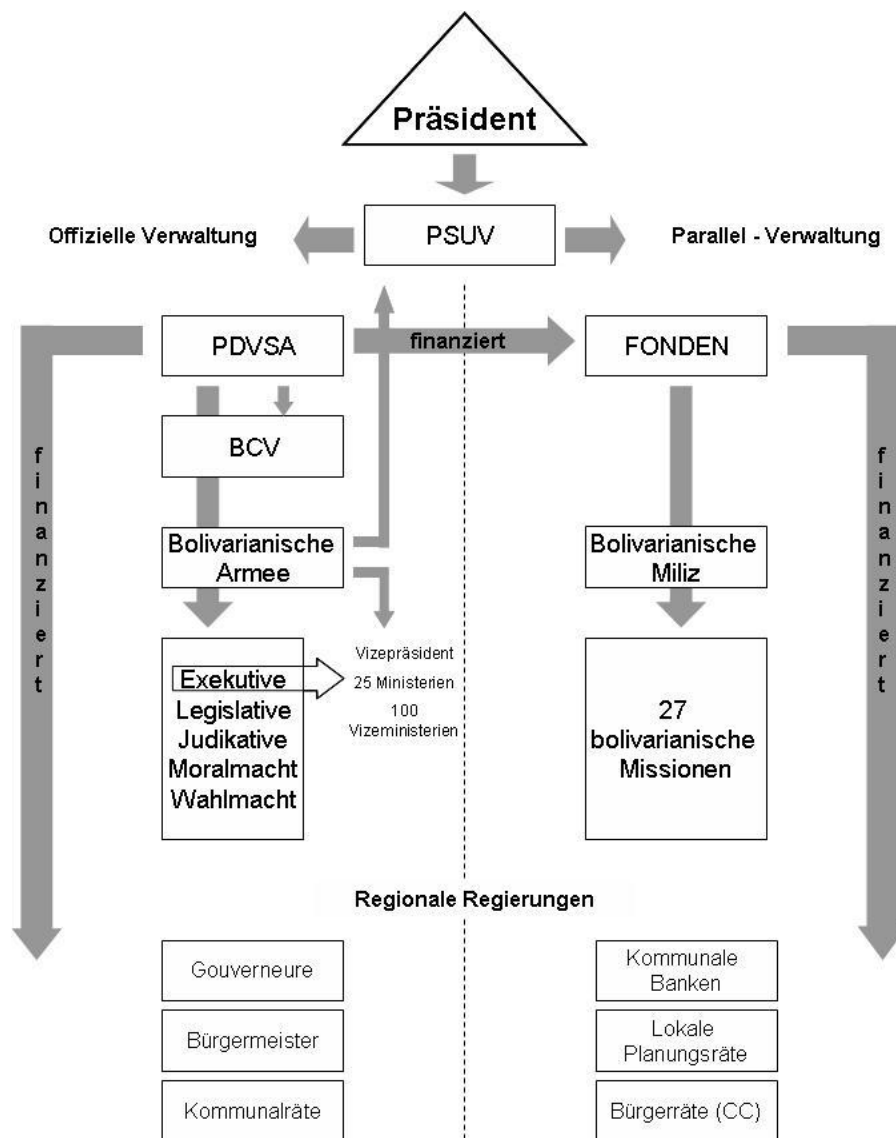
In Venezuela existiert zudem eine Parallelstruktur zu den staatlichen Institutionen (D’Elia/Cabezas 2008), die sich im Rahmen der ab 2003 unter dem Namen „bolivarianische Missionen“ begonnenen Sozialpolitiken entwickelt hat (vgl. Grafik 1). Entworfen als parastaatliche Sozialprogramme zur Bekämpfung von Armut und Marginalisierung, bedeuten die 27 heute bestehenden Missionen<sup>10</sup> eine gewichtige Zunahme der Sozialleistungen für die sozial schwächsten Sektoren der Gesellschaft (Patruyo 2008). Größtes Hindernis für ihre Effizienz sind die unklaren Verwaltungsstrukturen, was sich beispielsweise daran verdeutlichen lässt, dass die administrative Abwicklung der Bildungsmission Ribas vom Ministerium für Energie und

8 Erkenntnisse von Coronel (2006) deuten darauf hin, dass, obwohl ein Ministergehalt ca. 5.000 US\$ pro Monat beträgt und das eines mittleren Beamten zwischen 3.000 und 4.000 US\$, der Lebensstil vieler Funktionäre auf Einkommen von ca. 15.000 US\$ schließen lässt. Diese Differenz ist auf legalem Weg nur schwer zu realisieren.

9 *Partido Socialista Unido de Venezuela* (Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas). In einem ersten Versuch sollte die Partei „Sozialistische Einheitspartei Venezuelas“ heißen, wurde dann aber von Chávez nach massivem Widerstand aus eigenen Reihen doch nicht so genannt.

10 Bestehende Missionen sind: „13 de abril“, „Arbol“, „Alimentación“, „Barrio Adentro“, „Che Guevara“, „Ciencia“, „Cristo“, „Cultura“, „Guaicaipuro“, „Hábitat“, „Identidad“, „José Gregorio Hernández“, „Madres del Barrio“, „Milagro“, „Miranda“, „Música“, „Negra Hipólita“, „Ninos y Ninas del Barrio“, „Piar“, „Revolución Energética“, „Ribas“, „Robinson I“, „Robinson II“, „Sonrisa“, „Sucre“, „Villanueva“ und „Zamora“ (Gobierno en Línea 2009b).

Grafik 1: Die Parallel-Struktur der venezolanischen Verwaltung



Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Bergbau durchgeführt wird.<sup>11</sup> Außerdem ist die Politisierung ihrer Ziele hervorzuheben, da durch die Vereinnahmung der ärmeren Bevölkerungsschichten bei mehreren Gelegenheiten ihr Charakter als Instrument zum Gewinnen von Wahlen deutlich geworden ist (D'Elia/Cabezas 2008).<sup>12</sup> Dies führt dazu, dass die Missionen einen neuen Klientelismus aufweisen, der an die alten paternalistischen Praktiken von AD (*Acción Democrática*) und COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente* – Unabhängiges Organisationskomitee für Politik und Wahlen) erinnert (Werz 2007).

Die immer wieder aufkommenden Korruptionsvorwürfe lassen sich nur schwer überprüfen, da die Grundsätze einer transparenten Mittelverwaltung nicht eingehalten werden. So finden sich auf der Homepage der “Misión Barrio Adentro” (<[www.barrioadentro.gov.ve/](http://www.barrioadentro.gov.ve/)>; 19.11.2009) beispielsweise im Winter 2009 noch immer keine aktuelleren Zahlen über die Anzahl der Behandelten als bis einschließlich 2004. Die “Misión Sonrisa” wurde ohne Ankündigung oder Verlautbarung im Winter 2006/2007 aufgelöst, ohne dass Rechenschaft über die im Haushalt veranschlagten ca. 17 Mio. US-Dollar abgelegt wurde.<sup>13</sup>

Zusätzlich zur Anzahl der Ministerien und Vizeministerien und der Missionen hat der Staat in den letzten Jahren eine Nationalisierung der Wirtschaft betrieben, bei der wichtige Firmen wie Telekommunikation (CANTV), Elektrizität (“Electricidad de Caracas”), Bergbau (“Empresas de Guayana”), Erdöl (Subunternehmer und Partner von “Petróleos de Venezuela”, PDVSA) und als jüngstes Beispiel Finanzinstitutionen wie die “Banco de Venezuela” der spanischen Santander-Gruppe verstaatlicht wurden. Die Übernahme dieser Firmen erlaubt es dem Staat, in die Abläufe von Wirtschaft und Arbeit einzugreifen (Petkoff 2009b). Gleichzeitig werfen die

---

11 Die Mission Ribas ist “[...] ein Bildungsprogramm, das all jenen Venezolanern, welche nicht zur Schule zugelassen wurden oder diese nicht abgeschlossen haben, eine höhere oder berufsbildende Ausbildung ermöglichen soll” (Gobierno en Línea 2009b).

12 Die Missionen können, zumindest in ihrer Anfangsphase, als ein Mittel verstanden werden, mit dem Präsident Chávez vor dem Abwahlreferendum im Jahr 2004 sein Image aufbessern wollte (España 2006). Auch jetzt erfüllen sie eine klare, auf die Wahlen bezogene Aufgabe. Dies wird auch durch eine Aussage des Präsidenten vor dem Verfassungsreferendum im Frühjahr 2009 deutlich: “Es ist doch so, dass die Missionen und die Sozialen Bewegungen ihre soziale innere Dynamik überwunden haben, um jetzt als Kampfplatz auf dem politischen Plan aufzutauchen. [...]. Jeder Missionär sollte eine Liste mit Wählerinnen und Wählern haben, die er aufsucht, kontaktiert und bearbeitet, damit sie sich am 15. Februar in Unterstützer des Ja verwandeln” (Chávez 2009).

13 Interessanterweise wird dies von einem Autor auf einer regierungstreuen Internetseite kritisiert, der sich zudem über die zunehmende Übernahme von Regierungsämtern durch Militärs beschwert (<[www.aporrea.org/misiones/y70008.html](http://www.aporrea.org/misiones/y70008.html)>; 19.11.2009).

Vorgänge grundlegende Fragen hinsichtlich der effizienten Verwaltung von finanziellen Ressourcen und der wirtschaftlichen Substanz der Unternehmen auf: Zum ersten Mal in seiner Geschichte weist beispielsweise das Unternehmen “Electricidad de Caracas” nach seiner Nationalisierung ein Defizit von 300 Mio. Bolívares in seiner Bilanz aus (Petkoff 2009a).

Die Finanzierung dieses weiter anwachsenden bürokratischen Apparates wäre ohne den Ölreichtum des Landes nicht zu erklären (vgl. den Beitrag von Andreas Boeckh in diesem Band). Finanziell hat sich die Regierung eine Art Schattenhaushalt eingerichtet, indem sie nach der Verstaatlichung der Erdölfirma PDVSA diese verpflichtet hat, alle zusätzlichen Einnahmen, die anfallen, wenn der Ölpreis 70 US\$ pro Fass übersteigt, an einen Treuhandfonds namens *Fondo de Desarrollo Nacional* (FONDEN) zu überweisen (Hernandez 2008). Dieser Fonds untersteht der Regierung, jedoch nicht der Kontrolle der Nationalversammlung und bildet somit eine Art schwarze Kasse für zusätzliche Ausgaben. PDVSA selbst war bereits zu Zeiten des AD-Präsidenten Carlos Andrés Pérez eine Art Zusatzschatulle der Regierung, eine Funktion, die die Firma nach der Unterwerfung durch die Regierung 2003 wieder übernommen hat. Die herausragende Bedeutung des Erdöls zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte hat eine lange Tradition in Venezuela, dessen Haupteinnahmequelle während des 20. Jahrhunderts die Erdölrente war und es auch heute noch ist.

Die beschriebene Entwicklung in der öffentlichen Verwaltung lässt sich dadurch erklären, dass ihre Aufgabe nicht in der Erzielung einer Verbesserung der Effizienz staatlichen Handelns liegt, sondern in der Umsetzung und Implementierung des sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Nur so ist zu verstehen, warum das Aufgabengebiet von PDVSA sich nicht mehr auf die Förderung, Verarbeitung und Vermarktung von Erdöl beschränkt, sondern inzwischen auch den Bau von Häusern, Anbau und Import von Lebensmitteln, Verwaltung und Finanzierung von Bildungsprojekten und viele weitere Tätigkeiten umfasst (*The Economist* 2009a). Sukzessive wurde das Portfolio der Aktivitäten ausgedehnt, sodass man heute von einem Mischkonzern sprechen kann, dessen einzig lukrativer Geschäftszweig die Ölförderung ist. Im neuen sozialistischen System besteht seine Aufgabe in der Versorgung der Bevölkerung mit Benzin und Gas genauso wie mit Lebensmitteln und Zement. Dabei ist die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich angestiegen und hat inzwischen eine Größenordnung von ca. 100.000 Personen erreicht (*El Universal* 2009a). Auch bei der Organisation von Wahlkämpfen sieht man häufig eine große Zahl von Angestellten des Konzerns in roten

T-Shirts und Baseballkappen, die von ihrer Tätigkeit freigestellt werden, um sich für einen Sieg der Regierung einzusetzen (*The Economist* 2009b).

Trotz der konstanten Zunahme der Angestellten und der finanziellen Mittel hat sich die Autonomie der öffentlichen Verwaltung eher verringert, da ein Teil der sie betreffenden Entscheidungen in der Fernsehsendung “Aló Presidente” erarbeitet und verkündet werden. Es kommt sogar vor, dass in der Sendung Chávez seinem Kabinett vor laufenden Kameras Anweisungen erteilt, wie sie ihre Ministerien zu führen haben und welche Politik dabei umgesetzt werden soll (vgl. den Beitrag von Cabrera/Silva Ferrer in diesem Band sowie Werz/Winkens 2007).

Als weitere Besonderheit bei der Analyse des Staatsapparates fällt die aktive Rolle von Militärs in Schlüsselpositionen der Regierung und der staatlichten Firmen auf (Córdova 2006). Die Verfassung von 1999 weist den Streitkräften die Aufgabe zu, das Land zu verteidigen und die innere Ordnung des Landes zu gewährleisten (Art. 329). Der Ruf nach militärischer Disziplin war in der venezolanischen politischen Kultur immer vernehmbar,<sup>14</sup> und hat in jüngster Zeit durch die sichtbare Präsenz von Militärs in bedeutenden zivilen Positionen seine Entsprechung gefunden. 2006 wurden sechs Ministerien von Militärs geführt (Guerra 2006); 2008 waren bereits acht Kabinettsposten unter der Leitung von Angehörigen der Streitkräfte (Guerra 2008).<sup>15</sup> Hinzu kommen der Staatspräsident, Oberstleutnant Hugo Chávez Frías, sein Vizepräsident, Oberst Ramón Carrizales Rengifo, sowie eine bedeutende Anzahl von Gouverneuren, Botschaftern und anderen Regierungsbehörden.<sup>16</sup>

---

14 Im schwierigen Jahrzehnt der 1990er Jahre, nach den fehlgeschlagenen Staatsstreich von 1992, ist die Rede von einer autoritären Nostalgie in Venezuela (Caballero 1998).

15 Ministerium der Volksmacht für die Präsidentschaft (Leutnant Jesse Chacón), Ministerium der Volksmacht für Inneres und Justiz (Fregattenkapitän Ramón Rodríguez Chacín), Ministerium der Volksmacht für Finanzen (Leutnant Rafael Isea), Ministerium der Volksmacht für Gesundheit (Oberstleutnant Jesús Mantilla), Ministerium der Volksmacht für Ernährung (Oberstleutnant Félix Osorio Guzmán), Ministerium der Volksmacht für Wohnungsbau und Planung (Oberstleutnant Jorge Pérez Prado), Ministerium der Volksmacht für Infrastruktur (Oberst Isidro Ubaldo Rondón Torres) und Ministerium der Volksmacht für Verteidigung (General Gustavo Rangel Briceño).

16 Im Jahr 2008 wurden insgesamt 7 Botschaften und 9 Provinzen von Militärs geführt. Auch die Firmen und Institutionen “Metro de Caracas”, “CADIVI”, “Electrificación del Caroní”, “Fondo de Crédito Industrial”, “PDVAL”, “BANDES” sowie der Flughafen von Maiquetía, um nur einige zu nennen, waren in der Hand von Militärs.

Neben der zunehmenden Militarisierung der Verwaltung prägt auch die Machterweiterung des Staatspräsidenten das politische Bild Venezuelas. Es handelt sich um eine Überlagerung der Macht des Staatspräsidenten über die restlichen Gewalten der Republik (Brewer-Carías 2002).<sup>17</sup> Die seit 1999 eingeführten Änderungen bewirken, dass dieser seine Minister und den Vizepräsidenten frei ernennen kann (Art. 236-3), durch ein Ermächtigungsgesetz zur Gesetzgebung in allen Bereichen befähigt werden kann (Art. 203, 236-8), die Nationalversammlung auflösen kann, wenn diese dreimal die Wahl des Vizepräsidenten ablehnt (Art. 236-21), und als oberster Befehlshaber der Streitkräfte alle militärischen Beförderungen ab dem Rang eines Oberst und Fregattenkapitäns bewirken kann (Art. 5, 6 und 236). Schließlich gab sich der Präsident nicht mit den 1999 erweiterten Möglichkeiten der einmaligen direkten Wiederwahl und der Verlängerung der Amtszeit (Art. 230) zufrieden und erreichte – nach der Bestätigung in einem Referendum im März 2009<sup>18</sup> – die unbeschränkte Wiederwahl aller öffentlichen Ämter (und damit auch des Staatspräsidenten).

In Venezuela besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. So hat sich auch das in der Verfassung von 1999 eingeführte Regierungssystem als ungeeignet erwiesen, die Macht der Exekutive einzuschränken. An dieser Stelle kann und soll kein Urteil darüber gefällt werden, ob dies bereits bei der Konzipierung der Konstitution beabsichtigt wurde. Es kann jedoch festgestellt werden, dass mit der Verfassung von 1999 die in den 1990er Jahren zaghafte begonnene Dezentralisierung rückgängig gemacht wurde und auch die eingeführten partizipativen Verfahren haben zur Schwächung von Legislative, Judikative und der Subsidiarität geführt. Im aktuellen Verfassungsgefüge nimmt der Präsident eine beinahe allmächtige Position ein. Da in Venezuela traditionell der Präsident auch die Regierungspartei kontrolliert, hat die ohnehin nicht sehr aktive Legislative ihre gesetzgebende Funktion größtenteils aufgegeben und führt lediglich die Anordnungen des Staatsoberhauptes aus.<sup>19</sup>

Dies führt zu einer Aushöhlung der Gewaltenteilung und einer Schwächung der *checks and balances*, wie sie in der Verfassung als Mittel zur

17 Vgl. auch den Beitrag von Ivo Hernández in diesem Band. Aus politischer Sicht war eine der wichtigsten Eigenschaften des demokratischen Systems von Punto Fijo sein Charakter eines zentralisierten und dominanten Präsidialismus (Levine/Crisp 1999).

18 54,36% der abgegebenen Stimmen waren für die unbegrenzte Wiederwahl, während das Nein 45,63% erzielte (Contreras 2009).

19 Hieran trägt auch die Opposition Verantwortung, die bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 2005 nicht angetreten ist.



Kontrolle des Präsidenten vorgesehen sind. Diese institutionelle Architektur verstärkt die Dynamik einer diskretionalen und instabilen Regierungsführung, wodurch elementare Prinzipien der guten Regierungsführung verletzt werden.

Das politische System Venezuelas lässt sich als Pyramide beschreiben mit dem Präsidenten an der Spitze, dem sich die Nationalversammlung unterordnet, wodurch die Kontrolle der restlichen Gewalten möglich wird. Dies wird größtenteils von PDVSA finanziert, von Militärs ausgeführt und mithilfe der Missionen in der Bevölkerung abgesichert. Dadurch wird die institutionelle Kontrolle geschwächt und in den Dienst der ideologischen Mission des Präsidenten gestellt, während es nach innen zum Aufbau eines bedeutenden klientelistischen und korrupten Netzwerkes geführt hat (Paulus/Werz 2008). Die Regierungspartei PSUV fungiert weniger als Interessenmittler der Gesellschaft, sondern stellt eine Parteimaschine im Dienst des Präsidenten und seines politischen Apparates dar.

### 3. Dezentralisierung und vertikale Gewaltenteilung

Um das Bild zu komplettieren, müssen Aufbau und Funktion der Verwaltung und des Staates auch aus der Perspektive der vertikalen Gewaltenteilung betrachtet werden. Nur dann kann, im Sinne des *governance*-Konzeptes, die Steuerungsfähigkeit bzw. die Steuerungsunfähigkeit politischer Prozesse durch den venezolanischen Staat verstanden werden (Benz 2004).

Die bundesstaatlichen Angelegenheiten sowie die Vertretung des Staates nach außen werden von der Regierung in Caracas geregelt. Diese ist nach der Verfassung von 1999 gegliedert in fünf sich gegenseitig kontrollierende Gewalten – zu den drei traditionellen Bereichen (1) Exekutive, (2) Legislative und (3) Judikative kommen zwei weitere Machtzentren, die (4) Bürgergewalt (*Poder Ciudadano*) sowie (5) Wahlgewalt (*Poder Electoral*).

Die 20 Provinzen sowie die Hauptstadt Caracas verfügen jeweils über eine eigene legislative Versammlung, eine funktionale Exekutive und einen eigenen Gerichtshof. Der Exekutive sind eine Verwaltung und ein Polizeiapparat zugeordnet, die formal unabhängig von Einflüssen der bundesstaatlichen Instanzen agieren können. Auch unterhalten die Gouverneure einen eigenen Verwaltungsapparat, der über die ihnen unterstellten Ministerien geleitet wird. Die Provinzen dürfen keine eigenen Steuern erheben, jedoch kann die Nationalregierung Abgaben an die Provinzen übertragen, um deren Entwicklung zu fördern (Art. 167-4 Verfassung 1999). Im Erdölland Venezuela hängen die Stärke und der Grad an Autonomie einer administrativen

Einheit von ihren finanziellen Einnahmen ab. Hier lassen sich große Unterschiede zwischen den reichen Erdölprovinzen Zulia und Barinas und den wirtschaftlich unterentwickelten Regionen Amazonas und Bolívar feststellen. Letztere leben beinahe ausschließlich von Mitteln des Finanzausgleichs, die 20% der Einnahmen der Zentralregierung ausmachen. Zu 30% werden diese pauschal, zu 70% nach der Anzahl der Einwohner jeder Provinz berechnet. Damit können die Verwaltung bezahlt und im Rahmen der Zuständigkeit eigene Projekte, etwa in der Infrastruktur, aufgelegt werden. Aufgebessert werden kann dies vom Präsidenten durch Zuweisung von Mitteln aus dem FONDEN und durch eigene wirtschaftliche Aktivitäten wie etwa den Betrieb von Häfen oder Flughäfen. Die letztgenannte Finanzierungsmöglichkeit hat die Regierung Chávez nach den Wahlsiegen der Opposition 2008 in den Bundesstaaten Maracay und Miranda aufgehoben, indem sie im neuen Gesetz über den Betrieb von Häfen und Flughäfen diese Kompetenz ersatzlos an sich gezogen hat.<sup>20</sup> Die entsprechenden Einrichtungen wurden am Tag des Inkrafttretens des neuen Gesetzes vom Militär besetzt. Bereits 2003 wurde ein Gesetz über die Dezentralisierung erlassen, in dem die Gouverneure als Agenten der Bundesregierung bezeichnet werden, die deren Anordnungen ausführen müssen, da sie andernfalls abgesetzt würden (*Ley Orgánica de Descentralización* 2003, Art 22 und 31).

Ein weiteres Instrument ist das seit März 2009 geltende Gesetz über die Ordnung und Verwaltung der Territorien. Es ermöglicht dem Präsidenten, nach eigenem Ermessen territoriale Einheiten aus mehreren Bundesstaaten zu bilden. Für diese Einheiten kann er dann sogenannte "Regionale Autoritäten" im Rang eines Vizepräsidenten ernennen (Art. 18), die die Interessen der Bundesregierung vor Ort vertreten sollen. Die von der Neuordnung betroffenen Gouverneure haben lediglich die Möglichkeit, über eine Planungskommission begrenzten Einfluss auf die Umsetzung der von der neuen Autorität vorgeschlagenen Maßnahmen auszuüben. *De facto* stellt dies eine Möglichkeit für die Zentralregierung dar, in den Bundesstaaten zu intervenieren.<sup>21</sup> Bewiesen wurde dies durch die erste Anwendung des neuen Gesetzes auf den Hauptstadtdistrikt Caracas, den das Regierungsbündnis bei den Regionalwahlen vom 23.11.2008 an die Opposition verloren hatte. Durch die

20 Artikel 8 des neuen Dezentralisierungsgesetzes lautet: "Zur Wahrung des Gemeinwohls und zum Schutz des nationalen Erbes kann die Bundesregierung in Form der Exekutive aus strategischen, finanziellen oder zweckmäßigen Gründen die an die Provinzen übertragenen Güter und Aufgaben rückgängig machen."

21 Wie dies beispielsweise auch in Argentinien möglich und üblich ist.

Einsetzung einer "Regionalen Autorität" in der administrativ in mehrere Bezirke unterteilten Stadt wurde der frisch gewählte oppositionelle Bürgermeister beinahe aller seiner Kompetenzen (und seines Haushalts) entbunden. Diese übernahm, zusammen mit dem Rathausgebäude als neuem Sitz, die vormalige Ministerin Jacqueline Faría.

*Regional governance* findet nur in jenen Randbereichen statt, in denen die Provinzen zwar eine Zuständigkeit haben, jedoch administrativ und personell nicht die Kapazität haben, dieser nachzukommen.<sup>22</sup> Typische Beispiele sind die Gesundheitsversorgung und die Bildungspolitik in armen und/oder ländlichen Gebieten. Die Provinzregierungen sind oft nicht in der Lage, die Leistungen im benötigten Umfang bereitzustellen und sind gezwungen, sich mit Institutionen der Zivilgesellschaft (Kirche, NGOs, etc.) abzustimmen.

Bis 1988 wurden die Gouverneure nicht vom Volk gewählt, sondern von der föderalen Regierung aufgestellt. Und auch die Provinzparlamente wurden nicht eigenständig, sondern bei nationalen Wahlen über die Zweitstimme mitgewählt. Dies erkannte die COPRE bereits Anfang der 1980er Jahre als Hindernis für die Dezentralisierung und schlug eine Änderung vor. Deren Umsetzung dauerte jedoch beinahe zehn Jahre und so trat die Reform erst 1988 in Kraft. In der Verfassung von 1999 wurden diese Reformen nur teilweise beibehalten, in vielen Bereichen wurde die Dezentralisierung durch partizipative Elemente ersetzt. Das Ergebnis der Dezentralisierung ist in vielen Punkten ambivalent. So haben die Provinzparlamente kaum eigenständige Kompetenzen und müssen ihre Verfahren und Gesetzgebung den nationalen Vorgaben anpassen (Brewer-Carías 2004: 116).

Die wichtigste, für die Bürger unmittelbar erfahrbare und kontaktierbare Regierungsinstanz ist auf der kommunalen Ebene angesiedelt. In den ärmeren Vierteln sind hier die Ansprechpartner für drängende Probleme zu finden. Die direkt gewählten Bürgermeister arbeiten mit einem Parlament aus Stadtverordneten (*Concejales*) zusammen. Ob es sich um den Anschluss eines Wohngebietes an das (Ab-)Wassernetz handelt, oder um die medizinische Versorgung im Viertel – der erste Ansprechpartner ist der lokale Stadtvertreter. Die Stadtverwaltung ist zugleich Organisationspunkt des öffentlichen Lebens und in vielen Fällen auch wichtigster Arbeitgeber für die Ge-

---

22 Formal könnte man die bolivarianischen Missionen und die *Consejos Comunes* als *Regional Governance* bezeichnen. Angesichts ihrer zentralen Steuerung durch den Präsidenten bzw. des fehlenden Kontaktes mit den lokalen Behörden (s.u.) würde dies jedoch dem Konzept widersprechen.

meinschaft. Daraus ergeben sich erhebliche Möglichkeiten der Patronage durch die politischen Entscheidungsträger. Aufgabe des Bürgermeisters ist es nicht nur, für einen reibungslosen Ablauf der in seiner Kompetenz liegenden Vorgänge zu sorgen, sondern dabei vor allem möglichst große Teile der Gemeinschaft mit Arbeit zu versorgen. Wenn es finanziell möglich ist, werden neue Stellen geschaffen und mit Gefolgsleuten besetzt. Hieraus resultiert auch in den Kommunen eine Bürokratisierung, wie dies bereits für die nationale Ebene beschrieben wurde. Auch hier sind wieder die politischen Amtsträger gefragt, die über entsprechende Kanäle für eine Beschleunigung der Abläufe sorgen können.

#### 4. Partizipative Strukturen

Die Konzeption der neuen Verfassungsordnung zielt formal darauf ab, eine Dezentralisierung öffentlicher Entscheidungen herbeizuführen. Erklärtes Ziel war es, durch ein neues institutionelles Gefüge den traditionell starken Einfluss der Parteien auf die Verwaltung zurückzudrängen. Als zusätzliche Kontrollinstanz wurden verschiedene Verfahren eingeführt, mit denen die Bürger Einfluss auf das Regierungshandeln nehmen können. Daraus resultiert eine gewachsene Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure im politischen Prozess, wie sie in der Aufnahme der Bürger- und Wahlgewalt (zusätzlich zu Exekutive, Legislative und Judikative) zum Ausdruck kommt. Die Vorschläge für die Besetzung dieser Posten können nur Mitglieder der Bewerbungskomitees aus den Reihen der Zivilgesellschaft machen (Art. 264, 279 und 295 der Verfassung). So kann die Nationalversammlung niemanden ernennen, der nicht vorher von den Komitees nominiert wurde. Durch ein Gesetz aus dem Jahr 2000 hat sich die Nationalversammlung jedoch selbst ermächtigt, genau diese Nominierungen vorzunehmen, wodurch der Sinn der Konstruktion *ad absurdum* geführt wurde. Das genannte Gesetz wurde auch vom Obersten Gerichtshof bestätigt, da es nur vorübergehend bis zur Schaffung entsprechender Strukturen gelten sollte. Diese vorübergehende Lösung hat sich seitdem zum Dauerzustand gewandelt (Brewer-Carias 2002).

In den Bundesstaaten sollte die Partizipation zunächst über sogenannte CLPP (*Consejos Locales de Planificación Pública*) ermöglicht werden, in denen unter Vorsitz des Gouverneurs bzw. Bürgermeisters (je nach Ebene, auf der der CLPP angesiedelt ist) auch Vertreter der Gemeinden sowie der Zivilgesellschaft über die Vergabe öffentlicher Mittel beraten. Dort, wo diese CLPP eingerichtet wurden, hat dies zu sehr positiven Erfahrungen geführt

(*Escuela de Gerencia Social* 2007). Die Beteiligung aller wesentlichen Akteure hat zu einer besseren Kommunikation und Koordination der Maßnahmen geführt. Je nach Reichweite der Problemstellung kann im Dialog eine Lösung auf der entsprechenden Ebene gesucht werden, was dem Geist der Subsidiarität in bestem Maße entspricht und zugleich dem Verfassungsauftrag gerecht wird, den Bürgern dauerhaft die Partizipation an politischen Prozessen zu ermöglichen (Fünfte Gewalt). Obwohl das Konzept als innovativ gelten kann und die Erfahrungen positiv sind, wurde die Umsetzung nur an wenigen Stellen realisiert und sehr bald durch ein Neues ersetzt.

Dieses neue Konzept sind die sogenannten *Consejos Comunes* (CC). Sie sind Selbstverwaltungsorgane der Nachbarschaft, denen mit einem entsprechenden Gesetz von 2006 eine eigene Rechtspersönlichkeit eingeräumt wurde. Bereits in den 1980er Jahren gab es unter der Regierung Caldera eine Stärkung von Nachbarschaftsvereinigungen (Romero Pirela 2007: 23). Aus ihnen entstanden teilweise jene sozialen Bewegungen, die im folgenden Jahrzehnt die Straßenproteste organisiert hatten, mit deren Hilfe die Regierung Chávez an die Macht gekommen war. An diese positive Erfahrung anknüpfend rief der Präsident seine Anhänger dazu auf, CC zu gründen und sich so in den Armenvierteln selbst zu organisieren. Diese Nachbarschaftsorganisationen lösten die davor existierenden bolivarianischen Zirkel als kleinste Basisorganisation ab. In ihnen sind je nach Urbanisierungsgrad zwischen 20 bis zu 4.000 Familien zusammengeschlossen und sie sollen als intermediäre Akteure der Zivilgesellschaft in die politische Planung mit eingreifen.<sup>23</sup> Obwohl es seit 2006 ein eigenes Gesetz über die CC gibt, werden in der Praxis die Kriterien für ihr Entstehen und Funktionieren sehr locker ausgelegt. So gibt es noch immer Gruppen, die sich bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes konstituiert hatten und nach mehr als drei Jahren noch nicht die erforderliche Anerkennung erhalten haben. Hierfür kommen mehrere Gründe in Frage: Zum einen können sie kein Interesse an einer Legalisierung haben, da sie sich nicht den Regeln des Gesetzes (und damit der Regierungskontrolle) unterwerfen wollen. Außerdem ist es möglich, dass sie den büro-

---

23 Im Rahmen einer derzeit diskutierten Reform des Wahlgesetzes *Ley Orgánica de Procesos Electorales* (LOPE) gibt es Bestrebungen, die Wahlkreise harmonisch neu zu gestalten, wie es heißt, um den veränderten geohumanen Verhältnissen Rechnung zu tragen (Martínez 2009). Hierbei wird überlegt, die Zusammensetzung entsprechend den örtlichen CC anzupassen. Diese dem US-amerikanischen *Gerrymandering* nachempfundene Veränderung würde eine bessere Stimmenausbeute der Regierungspartei ermöglichen, da die politische Zusammensetzung der CC bekannt ist und damit eine Optimierung der Wahlergebnisse vereinfachen würde.

kratischen Aufwand dieses Verwaltungsaktes scheuen. Als letzte Möglichkeit ist denkbar, dass sie das Verfahren zwar angestoßen, jedoch nie eine offizielle Antwort erhalten haben.

Wenn sie das Verfahren der Anerkennung durchlaufen haben, können sie durch ihre eigenständige Rechtspersönlichkeit eigenverantwortlich öffentliche Aufträge vergeben (z.B. für Infrastrukturprojekte), sofern sie über entsprechende finanzielle Mittel verfügen. Diese Mittel müssen für jedes Projekt eigens beantragt werden. Wichtigster Ansprechpartner hierfür sind ein dem Staatspräsidenten unterstelltes Büro sowie verschiedene staatliche Fonds bzw. Firmen wie der FONDEN, PDVSA und PDVEN (vgl. Grafik 1). Wie auch bei den anderen Verwaltungsinstanzen (s.o.) unterliegt die formale Eigenständigkeit *de facto* der zentralisierten Finanzhoheit des Bundesstaates. Auf die Zuteilung von Finanzmitteln haben die CC keinen Rechtsanspruch, womit die Grundlage für eine diskretionale Vergabe gelegt ist. Wenn die Gelder zugeteilt werden, können sie über ein Konto des CC ("Banco Comunal" genannt) eigenständig verwaltet werden. Es besteht eine Rechenschaftspflicht über die Verwendung, wobei die Kontrolle jedoch von einem gewählten Vertreter aus den Reihen der Nachbarschaftsversammlung erfolgt.<sup>24</sup>

Im Gegensatz zu den CLPP verbessern die CC jedoch nicht die *governance* der verschiedenen Regierungsebenen, da kein institutioneller Kommunikationsrahmen existiert. Jede Einheit arbeitet und plant individuell. Häufig haben die örtlichen Behörden keine oder unzureichende Kenntnis von den durch die CC veranlassten Maßnahmen. Auch zwischen den CC findet nur dann ein (informeller) Austausch statt, wenn die politische Ausrichtung aller Beteiligten übereinstimmt. Trotz der geäußerten Kritik sollten die CC als neue Instanz kommunaler Politik nicht pauschal als negativ angesehen werden. Das Konzept, die Bewohner eines Gebietes eigenverantwortlich an der Kommunalpolitik zu beteiligen, entspricht der Idee der demokratischen Teilhabe. Auch die Ergebnisse der CC sind durchaus positiv zu bewerten. Eine verbesserte Koordination durch die Gemeinde sowie eine komplementäre Ausrichtung zu deren Kompetenzen<sup>25</sup> würden die Effektivität jedoch merklich erhöhen, ohne dem demokratischen Grundgedanken zu widersprechen. Die Koordinierung der Arbeit der CC übernimmt seit der Verwaltungsreform

---

24 Da in den meisten Fällen weder die Verwalter des Geldes noch deren Kontrolleure Erfahrung in der Administration derart großer Geldmengen (bis zu 150.000 US\$) haben, ist eine ordnungsgemäße Verwendung, Verbuchung sowie Rechenschaftslegung unwahrscheinlich.

25 Häufig erledigen die CC in ehrenamtlicher Tätigkeit jene Aufgaben, die eigentlich von den hauptamtlichen Angestellten der Gemeinde geleistet werden müssten.

vom Frühjahr 2009 das neu geschaffene Ministerium der Volksmacht für die Kommunen (MPPC).

## **5. Schlussbetrachtungen**

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der 1990er Jahre und die sich gleichzeitig vollziehende Diskreditierung der bis dahin regierenden Parteien AD und COPEI haben zu einer Schwächung des venezolanischen Staates und insbesondere seiner Verwaltung geführt. Deshalb stieß Präsident Chávez mit seinem Wahlversprechen einer kompletten Umstrukturierung auf große Zustimmung. Da die Verwaltung jedoch nach 40 Jahren der abwechselnden Herrschaft zweier Parteien durch deren Anhänger besetzt war, musste eine neue Struktur aufgebaut werden. Deswegen wurde, meist auf administrative und logistische Fähigkeiten des Militärs bauend, ein paralleles Verwaltungssystem entworfen, bei dem die Entscheidungen und Abläufe der eigentlichen Administration entzogen wurden. Fortan wurden Zuständigkeiten und große Teile der finanziellen Ausstattung auf diese Parallelstrukturen übertragen.<sup>26</sup>

Präsident Chávez versucht, alle vermittelnden Instanzen auszuschalten. So entsteht ein System, in dem vermeintlich alle Entscheidungen von ihm selbst getroffen werden. Dem Anschein nach hängt alles von der Führerfigur ab, die omnipräsent und omnipotent für alles zuständig ist. Dies führt dazu, dass alle positiven Entscheidungen und Effekte dem Präsidenten, alle negativen Effekte der schlechten Umsetzung seiner Anordnungen durch die Verwaltung angelastet werden können.

Es ist auffällig, wie ein Verfassungsprojekt, das die Partizipation der Bevölkerung an politischen Prozessen erhöhen und deren Interessen kanalisieren sollte, sich in eine ineffiziente Verwaltung verwandelt hat. Die Gründe hierfür sind vielfältig, hier sollen nur zwei hervorgehoben werden: Planungsfehler in der Verfassung haben zum Entstehen eines exzessiv präsidentiellen Systems beigetragen. Außerdem hat das Demokratieverständnis der unter Chávez regierenden Klasse dazu geführt, dass Transparenz und Dialog nicht mehr zu den Prioritäten zählen.

Wie es scheint, wiederholt sich die Geschichte in Venezuela. Die öffentliche Verwaltung in Venezuela erfüllt die an sie gestellten Anforderungen

---

26 Beispielsweise wird die Finanzierung der "Misión Barrio Adentro" (Gesundheitsversorgung) zu großen Teilen von verschiedenen Entwicklungsfonds ("Fondo Único Social", "Banco del Pueblo", "Banco de la Mujer") und von PDVSA getragen, während dem Gesundheitsministerium Teile seines Budgets entzogen wurden (Lacruz et al. 2006: 185; Patruyo 2008: 56).

nur unzureichend. Es besteht nicht nur ein institutionelles Durcheinander in der öffentlichen Verwaltung auf nationaler wie auf regionaler Ebene, sondern diese Schwäche der Institutionen führt dazu, dass eine effiziente Regierungsführung verhindert und die Möglichkeit zum Handeln außerhalb vorgegebener Prozesse gefördert wird.<sup>27</sup> Diese Diagnose wurde bereits in den 1980er Jahren gestellt und weist auf ein grundsätzliches Problem hin. In einer Rentenökonomie tendiert die Verwaltung zu wenig Effizienz im institutionellen Design. Funktional ist sie jedoch in der Verteilung der Erdöleinnahmen, wodurch sie eine systemstabilisierende Wirkung entfaltet.

Aus der *governance*-Perspektive weist das institutionelle Gefüge Defekte auf, wodurch die Steuerungsfähigkeit politischer Prozesse stark in Mitleidenschaft gezogen wird (Sack/Burchardt 2008: 51). Diese lassen sich durch die unklare Struktur und Abläufe nur schwer beeinflussen, wodurch die diskretionale Macht des Präsidenten gestärkt wird. Im Zweifelsfall fallen alle Entscheidungen auf die Spitze des pyramidal aufgebauten Systems zurück, sodass selbst partizipativ angelegte Prozesse vom Staatspräsidenten gelenkt werden können.

Die Verwaltung Venezuelas kann mit einem Riesen verglichen werden, der Lehmchuhe trägt. Der gigantische personelle Apparat mit unklar abgetrennten Kompetenzen ist schwerfällig in der Anpassung an geänderte Gegebenheiten, wie sich beispielsweise an der fehlenden Reaktion auf den Fall der Erdölpreise in der zweiten Jahreshälfte 2008 erkennen lässt. Die Ausdehnung bürokratischer Strukturen, Zersplitterung und Ausdehnung von Ministerien, die Verstaatlichung von Unternehmen, ohne über geeignetes Führungspersonal zu verfügen, haben dazu geführt, dass der Riese zwar weiter wächst, jedoch immer mehr auf wackeligen Füßen steht.

---

27 Jüngstes Beispiel hierfür ist die Einführung von Stromabschaltungen im ganzen Land, die am 12. Januar 2010 in Kraft trat. Bereits nach einem Tag verkündete der Präsident deren Rücknahme für den Hauptstadtbereich, da unbeabsichtigte Nebeneffekte eingetreten waren. In der Folge musste der Energieminister Ángel Rodríguez zurücktreten (*El Universal* 2010a).



## Literaturverzeichnis

- Alvarez, Angel E. (2003): "State Reform Before and After Chávez's Election". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era. Class, Polarization, and Conflict*. Boulder, S. 147-160.
- Benz, Arthur (Hrsg.) (2004): *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Biffi, Pablo (2009): "Los empleados públicos pasaron de 1,4 millón de personas a 2,2 millones y hay por lo menos otro millón de personas que cobra por los planes Barrio Adentro". In: *Reporte*, 16.02.2009 (<[www.guia.com.ve/noticias/?id=35700](http://www.guia.com.ve/noticias/?id=35700)>; 26.05.2010).
- Brewer-Carías, Allan R. (2002): "Proceso constituyente y la fallida reforma del estado en Venezuela". In: Brewer-Carías, Allan (Hrsg.): *Reflexiones sobre el constitucionalismo en América*. Caracas, S. 25-48.
- (2004): "El estado federal descentralizado y la centralización de la federación en Venezuela". In: *Provincia*, 11, S. 98-136.
- Caballero, Manuel (1998): *La gestación de Hugo Chávez. 40 años de luces y sombras en la democracia venezolana*. Madrid.
- Ceresole, Norberto (1999) *Caudillo, ejército, pueblo. La Venezuela del presidente Chávez* (<[www.analitica.com/bitblo/ceresole/caudillo.asp](http://www.analitica.com/bitblo/ceresole/caudillo.asp)>; 07.07.2009).
- Chávez, Hugo (2009): "Las Líneas de Chávez: ¡¡Caballería!!" *PSUV* (29.01.2009) (<[www.psu.org.ve/?q=node/3160](http://www.psu.org.ve/?q=node/3160)>; 02.02.2009).
- Colmenares, Omar L. (2008): "Hacer más grande la gestión administrativa no es sinónimo de eficiencia, porque se relega a líderes regionales". In: *El Nacional*, 14.07.2008 (<[www.venezuelareal.zoomblog.com/archivo/2008/07/14/la-alta-rotacion-es-un-indicador-de-in.html](http://www.venezuelareal.zoomblog.com/archivo/2008/07/14/la-alta-rotacion-es-un-indicador-de-in.html)>; 25.05.2010).
- Comisión Permanente de Participación ciudadana, descentralización y desarrollo nacional (2009): *Proyecto de Ley orgánica de procesos electorales, Asamblea Nacional Caracas* (<[www.media.eluniversal.com/2009/05/22/Ley%20Organica%20de%20Procesos%20Electores.pdf](http://www.media.eluniversal.com/2009/05/22/Ley%20Organica%20de%20Procesos%20Electores.pdf)>; 20.06.2009).
- Contreras, Carolina (2009): "Chávez: Hemos abierto de par en par las puertas del futuro". In: *El Universal*, 15.02.2009 (<[www.eluniversal.com/2009/02/15/pol\\_ava\\_chavez:-hemos-abiert\\_15A2227777.shtml](http://www.eluniversal.com/2009/02/15/pol_ava_chavez:-hemos-abiert_15A2227777.shtml)>; 26.05.2010).
- Córdova J., Edgar (2006): "Administración Pública en Venezuela: Aproximaciones a los cambios y transformaciones". In: *Revista de Ciencias Sociales*, 12, 3, S. 496-518.
- Coronel, Gustavo (2006): *Corrupción, administración deficiente y abuso de poder en la Venezuela de Hugo Chávez*. Washington, D.C.
- Coronil, Fernando (2002): *El estado mágico*. Caracas.
- Coronil, Fernando/Skurski Julie (1982): "Reproducing Dependency: Auto Industry Policy and Petrodollar Circulation in Venezuela". In: *International Organization*, 31, 1, S. 61-94.
- Corrales, Javier/Penfold-Becerra, Michael (2007): "Venezuela: Crowding Out the Opposition". In: *Journal of Democracy*, 18, 2, S. 99-113.
- Cupolo, Marco (1998): "Public Administration, Oil Rent and Legitimacy Crisis in Venezuela". In: Canache, Damarys/Kulisheck, Michael R.: *Reinventing Legitimacy. Democracy and Political Change in Venezuela*. Westport, S. 99-112.

- D'Elia, Yolanda/Cabezas, Luís F. (2008): *Las Misiones Sociales en Venezuela*. Caracas.
- Egaña, Fernando L. (2009): "La revolución de los ministerios". In: *A Través de Venezuela* (<[www.atravesdevenezuela.com/html/modules.php?name=News&file=article&sid=1173](http://www.atravesdevenezuela.com/html/modules.php?name=News&file=article&sid=1173)>; 01.01.2009).
- Eickhoff, Georg (2009): "Zehn Jahre 'Bolivarianische Revolution' in Venezuela. Hugo Chávez zwischen Charisma und Bürokratie". In: *KAS Auslandsinformationen*, 2, S. 127-142.
- El Universal* (2009a): "Costos de Pdvsá sumaron 92% de ingresos por exportaciones". In: *El Universal* (<[www.eluniversal.com/2009/06/22/eco\\_art\\_costos-de-pdvsá-suma\\_1443366.shtml](http://www.eluniversal.com/2009/06/22/eco_art_costos-de-pdvsá-suma_1443366.shtml)>; 22.06.2009).
- (2009b): "Emisión de bonos de Pdvsá cubre parcialmente sus deudas". In: *El Universal* (<[www.eluniversal.com/2009/06/22/eco\\_art\\_emision-de-bonos-de\\_1448908.shtml](http://www.eluniversal.com/2009/06/22/eco_art_emision-de-bonos-de_1448908.shtml)>; 26.06.2009).
- (2010a): "Chávez suspende racionamiento eléctrico en Caracas". In: *El Universal* (<[www.eluniversal.com/2010/01/14/ccs\\_ava\\_chavez-suspende-raci\\_14A3286411.shtml](http://www.eluniversal.com/2010/01/14/ccs_ava_chavez-suspende-raci_14A3286411.shtml)>; 14.01.2010).
- España, Luis (2006): "Políticas para la construcción de oportunidades sociales y reducir la desigualdad". In: AAVV (Hrsg.): *Un acuerdo para alcanzar el desarrollo*. Caracas, S. 43-75.
- Esser, Klaus (1976): *Entwicklungsperspektiven eines Erdöllandes*. Berlin.
- (1979): *Lateinamerika – Industrialisierungsstrategien und Entwicklung*. Frankfurt am Main.
- Gobierno en Línea (2009a): "Estructura del Estado". *Gobierno en Línea* (<[www.gobiernoenlinea.ve/estructura\\_edo/ministros.html](http://www.gobiernoenlinea.ve/estructura_edo/ministros.html)>; 06.07.2009).
- (2009b): "Las Misiones Bolivarianas". *Gobierno en Línea* (<[www.gobiernoenlinea.ve/miscelaneas/misiones.html](http://www.gobiernoenlinea.ve/miscelaneas/misiones.html)>; 06.07.2009).
- Guerra, José (2006): *El Socialismo del siglo XXI*. Caracas.
- (2009): "De Recadi a Cadivi". In: *Tal Cual*, 04.08.2009.
- Guerra, Marcil (29.04.2008): *¿Es Venezuela un país militarizado?* *Indymedia* (<[www.nodo50.org/tortuga/Es-Venezuela-un-pais-militarizado](http://www.nodo50.org/tortuga/Es-Venezuela-un-pais-militarizado)>; 06.07.2009).
- Hein, Wolfgang (1983): *Venezuela: Weltmarktabhängigkeit und Entwicklung in einem Ölland 1858-1978*. Stuttgart.
- Hernández, Clodovaldo (2008): "Venezuela aprueba un impuesto sobre las ganancias extraordinarias del petróleo". In: *El País*, 17.04.2008 (<[www.elpais.com/articulo/internacionalVenezuela/aprueba/impuesto/ganancias/extraordinarias//petroleo/elpepuintlat/20080417elpepunit\\_6/Tes](http://www.elpais.com/articulo/internacionalVenezuela/aprueba/impuesto/ganancias/extraordinarias//petroleo/elpepuintlat/20080417elpepunit_6/Tes)>; 26.05.2010).
- Kauffman, Daniel/Kraay, Aart/Mastruzzi, Massimo (2009): *Governance Matters VIII: Aggregate and Individual Governance Indicators 1996-2008*. Washington, D.C.
- La Cruz, Rafael (2004): "Decentralization. Key to Understanding a Changing Nation". In: McCoy, Jennifer L./Myers, David J. (Hrsg.): *The Unraveling of Representative Democracy in Venezuela*. Baltimore, S. 181-201.
- Lacruz, Tito/Maingon, Thais/D'Elía, Yolanda (2006): "Los modelos de política social en Venezuela. Universalidad vs. Asistencialismo". In: Maingon, Thais (Hrsg.): *Balance y Perspectivas de la Política Social en Venezuela*. Caracas, S. 185-228.

- La Vanguardia (2008): "Chávez ha triplicado deuda externa a 67 mil millones de dólares". In: *La Vanguardia*, 25.02.2008 (<[www.guia.com.ve/noti/18910/chavez-ha-triplicado-deuda-externa-a-67-mil-millones-de-dolares](http://www.guia.com.ve/noti/18910/chavez-ha-triplicado-deuda-externa-a-67-mil-millones-de-dolares)>; 26.05.2010).
- Levine, Daniel/Crisp, Brian (1999): "Venezuela: The Character, Crisis, and Possible Future of Democracy". In: Diamond, Larry/Hartlyn, Jonathan/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Democracy in Developing Countries. Latin America*. London, S. 123-165.
- Martínez, Eugenio (2009): "Ley de Procesos Electorales destruye la igualdad del voto". In: *El Universal*, 14.06.2009 (<[www.eluniversal.com/2009/06/14/pol\\_art\\_ley-de-procesos-elec\\_1431214.shtml](http://www.eluniversal.com/2009/06/14/pol_art_ley-de-procesos-elec_1431214.shtml)>; 26.05.2010).
- Mujica, Norbis/Rincón, Sorayda (2006): "Caracterización de la política social y la política económica del actual gobierno venezolano: 1999-2004". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 12, 1, S. 31-57.
- Patruyo, Thanalí (2008): *El estado actual de las misiones sociales. Balance sobre su proceso de implementación e institucionalización*. Caracas.
- Paulus, Manuel/Werz, Nikolaus (2008): *Folgen ungewiss. Venezuela vor den Regionalwahlen* (GIGA Focus Lateinamerika, 11).
- Peñaloza, Pedro/Orozco, Fidel (2007): "Parlamento elimina autonomía del Banco Central de Venezuela". In: *El Universal*, 24.10.2007 (<[www.eluniversal.com/2007/10/24/pol\\_art\\_parlamento-elimina-a\\_24A1146119.shtml](http://www.eluniversal.com/2007/10/24/pol_art_parlamento-elimina-a_24A1146119.shtml)>; 26.05.2010).
- Petkoff, Teodoro (2009a): "Quiebralotodo". In: *Tal Cual*, 04.06.2009, S. 1.
- (2009b): "Virus estatista". In: *Tal Cual*, 26.05.2009, S. 1.
- Quico (2009): "The Exporter". In: *Caracas-Chronicles*, 23.06.2009 (<[www.caracaschronicles.com/node/1919](http://www.caracaschronicles.com/node/1919)>; 21.01.2010).
- Romero Pirela, Rafael (2007): *Los consejos comunales más allá de la utopía*. Caracas.
- Sack, Detlef/Burchardt, Hans-Jürgen (2008): "Multi-Level Governance und demokratische Partizipation. Eine systematische Annäherung". In: Burchardt, Hans-Jürgen/Brunnengräber, Achim/Görg, Christoph (Hrsg.): *Mit mehr Ebenen zu mehr Gestaltung? Multi-Level-Governance in der transnationalen Sozial- und Umweltpolitik*. Baden-Baden, S. 41-60.
- Sonntag, Heinz/De la Cruz, Rafael (1981): "Estado e industrialización en Venezuela". In: *Revista Mexicana de Sociología*, 43, 2, S. 905-939.
- The Economist* (2009a): "Oblivious to the coming storm". 07.02.2009, S. 47-48.
- (2009b): "Venezuelas Oil Industry. Skint". 16.05.2009, S. 56.
- Vera, Leonardo (15.02.2008): "La nueva clase media en Venezuela". In: *Tal Cual*, S. 20.
- Welsch, Friedrich (2005): "Demokratische Revolution oder Rückfall in Autoritarismus?". In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Venezuela. Die boliviarische Republik*. Bad Honnef, S. 30-37.
- Werz, Nikolaus (1983): *Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela*. München.
- (2007): "Hugo Chávez und der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Ein Zwischenbericht". In: *Ibero-Analysen*, 21, S. 1-26.
- Werz, Nikolaus/Winkens, Simone (2007): "El populismo de Chávez y el rol de los medios?". In: Maihold, Günther (Hrsg.): *Venezuela en Retrospectiva. Los pasos hacia el régimen chavista*. Madrid, S. 297-312.



**Thais Maingon**

## **Wahlen in Venezuela: Kontinuität und Wandel**

Während der 1980er Jahre haben Lateinamerika und die Karibik zeitgleich zwei Prozesse durchlaufen: Auf der einen Seite erlebten sie eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen in ihrer Geschichte mit verheerenden Konsequenzen bezüglich der materiellen Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung. Auf der anderen Seite aber setzten viele Gesellschaften der Region Prozesse der Redemokratisierung in Gang. Im Laufe dieser Dekade haben die Wahlprozesse eine Bedeutung gewonnen, die weit über ihren inhärenten Charakter hinauswies. Sie konstituierten endgültig eine institutionalisierte Art der Meinungsäußerung der Bevölkerung in vielen Gesellschaften, die – und Venezuela ist hier keine Ausnahme – durch andere Formen der Meinungsäußerung ergänzt wurden. Letztere haben ständig an Bedeutung und Organisationsfähigkeit gewonnen, ohne aber bis zum heutigen Tage die Wahlen als Mechanismus der Partizipation und der Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems zu ersetzen.<sup>1</sup>

Wahlen sind Mechanismen, mit denen Gesellschaften darüber entscheiden, wer sie regieren soll und mit denen sie die politischen Entscheidungen, die getroffen werden, legitimieren. Zugleich aber können die Gesellschaften frei dafür optieren, sich an diesem Prozess nicht zu beteiligen und die Wahlenthaltung als einen stillen Protest zu betrachten, mit dem sie ihre Unzufriedenheit ausdrücken. Dies aber impliziert eine Rückbildung der Demokratie und die Auflösung der Verklammerung zwischen der politischen und der sozioökonomischen Ordnung.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Wahlen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene analysiert, die in Venezuela zwischen 1988 und 2008 abgehalten worden sind. Der erste Teil bietet in Form einer Rückschau einen Überblick über die Wahlen zwischen 1947 und 1988. Im zweiten Teil werden die verschiedenen nationalen, regionalen und lokalen sowie die Parlamentswahlen von 1989 bis 2009 dargestellt. Das schließt, beginnend mit

---

1 Hier kann auf die massiven Proteste wie im "Caracazo" 1989 (siehe Anm. 6) und anderer ähnlicher späterer Ereignisse verwiesen werden, insbesondere in den Jahren 2002 und 2003, in denen sich die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung mit der Art des Regierens artikuliert hat.

1999, auch eine Analyse der Resultate der Referenden mit ein. In diesem Aufsatz geht es darum, die Kontinuitäten, den Wandel und die Transformationen im Verhalten der venezolanischen Wähler, aber auch die Beziehungen zwischen Parteien und der Ausprägung des Parteiensystems herauszuarbeiten.

### **1. Die Herausbildung des Wahlverhaltens und seine Konsolidierung: Die Wahlergebnisse zwischen 1947 und 1988**

Ende September 1936 wurde in Venezuela eine oberste Wahlbehörde geschaffen, es wurden die ersten Regeln für die Organisation und Überwachung von Wahlen etabliert und es wurden Wahlausschüsse eingerichtet. Bis 1941 wurden die Staatschefs einstimmig vom nationalen Kongress gewählt. Während der Regierung von Medina Angarita (1941-1945) haben sich die Parteien institutionalisiert. Außerdem wurde das Wahlgesetz reformiert. Während der Periode, die 1945 begann, auch bekannt als "El Trienio" (Periode von drei Jahren), wurde das Wahlsystem modernisiert, indem die indirekte Wahl des Präsidenten abgeschafft wurde und freie, direkte, allgemeine und geheime Wahlen für alle Bürger über 18 Jahren zur Regel wurden, was auch die Frauen mit einschloss. In dieser Phase begannen sich die Wählerstimmen auf zwei Parteien zu konzentrieren, was den Beginn eines Zweiparteiensystems markierte (Werz 1983).

In Venezuela wurden 1947 die ersten demokratischen und allgemeinen Wahlen abgehalten. Zum ersten Mal wählten Frauen, Analphabeten und alle Personen über 18 Jahre. Drei Präsidentschaftskandidaten stellten sich zur Wahl, von denen Rómulo Gallegos von der *Acción Democrática* (AD) mit 74,5% der Stimmen gewann. Dem nationalen Kongress gehörten 38 Senatoren der AD an, sechs dem *Comité de Organización Político Electoral Independiente* (COPEI-Socialcristiano) und deren Verbündeten und einer der *Unión Republicana Democrática* (URD). Der Abgeordnetenversammlung gehörten 83 Abgeordnete der AD, 19 der COPEI und deren Verbündeten, fünf der URD und deren Verbündeten und drei der kommunistischen Partei (PCV) an. Die zweite demokratische Wahl wurde 1958 nach dem Ende der Diktatur von Pérez Jiménez abgehalten. Von da an gab es bis 1988 ohne Unterbrechung sieben nationale Präsidentschaftswahlen zeitgleich mit parlamentarischen Wahlen. Seit 1989 wählen die Venezolaner nach einer Wahlrechtsreform in einer direkten Wahl die Gouverneure der Bundesstaaten, die Bürgermeister der autonomen Gemeinden und die Mitglieder der Gemeinderäte.

Diese Wahlen werden von den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen getrennt abgehalten.

Die Wahlen von 1958 waren von einer politischen ökonomischen Krise begleitet, die zugleich auch eine Krise des hegemonialen Modells war. Die Konstruktion einer neuen politischen Hegemonie stellte sich als ein komplexer Prozess heraus. An dieser Stelle soll nur der Moment hervorgehoben werden, bei dem sich im innenpolitischen Szenarium des Landes die Möglichkeit einer erneuten Etablierung einer repräsentativen Demokratie ergab, als Rómulo Betancourt zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Zu diesem Zeitpunkt kamen einige Faktoren zusammen, die in den Beginn der Institutionalisierung der Demokratie und eine neue Form der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft mündeten. Das politische System durchlief eine signifikante Neuausrichtung zwischen den verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Kräften, was die Marginalisierung beziehungsweise den Ausschluss jener Sektoren mit sich brachte, welcher radikale Ziele verfolgten, die die legitime politische Ordnung infrage stellten.

An dieser Wahl nahmen mit Kandidaten für das Präsidentenamt und den nationalen Kongress die AD, COPEI, URD, PCV und drei weitere politische Gruppierungen teil, die aber nur wenige Stimmen erhielten. Drei Kandidaten konkurrierten um das Präsidentenamt: Rómulo Betancourt (AD), der 49,2% der Stimmen erhielt, Wolfgang Larazábal, der von der URD, der PCV und dem *Movimiento Electoral Nacional Independiente* unterstützt wurde und 34,6% der Stimmen bekam, und Rafael Caldera (COPEI), dessen Kandidatur auch von der *Integración Republicana* und der *Partido Socialista de Trabajadores* getragen wurde und der 16,2% der Stimmen erhielt.

Den nationalen Kongress dominierte eine Koalition aus drei Parteien: AD, COPEI und URD. Diese vereinigte 175 Abgeordnete auf sich. Die PCV befand sich mit neun Abgeordneten in der Opposition.

Die Wahlen von 1963 gewann erneut der Präsidentschaftskandidat der AD, Raúl Leoni, mit 32,8% der Stimmen. Gegenüber den vorausgegangenen Wahlen hat diese Partei ihren Anteil an Wählerstimmen bei der Präsidentschaftswahl um 16,4 Punkte reduziert. Die COPEI hingegen konnte um 5% zulegen. Insgesamt gab es sieben Präsidentschaftskandidaten und neun Parteien, die die verschiedenen Kandidaten unterstützten. Die PCV stellte weder einen Kandidaten auf noch unterstützte sie einen. Die AD erlebte ihre erste Spaltung, die sie fünf Abgeordnete (von 66) und einen Senator (von 22) kostete. Sie blieb aber immer noch stärkste Kraft im Kongress, gefolgt von

der COPEI, die acht Senatoren und 39 Abgeordnete stellte. Die übrigen Parteien vereinigten auf sich 16 Senatoren und 73 Abgeordnete.

Rafael Caldera (COPEI) gewann die Präsidentschaftswahlen 1968 mit 29,13% der Stimmen. Bei dieser Wahl kam es auch zum ersten Mal zu einem Machtwechsel zwischen den Parteien. Insgesamt traten sechs Kandidaten an, die von 16 verschiedenen Parteien unterstützt wurden. Der Stimmenanteil der AD fiel weiter und lag nun bei 28,24%. Die Partei konnte ihre 66 Abgeordnetensitze halten und verlor drei Senatorensitze. Die COPEI verdoppelte ihre Senatorensitze auf 16 und konnte ihre Abgeordnetensitze (59) signifikant erhöhen. Die übrigen politischen Kräfte erhielten zusammen 17 Senatoren und 89 Abgeordnete.

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung war in diesen ersten drei Wahlen die höchste in der Geschichte der Wahlen des Landes (Grafik 1).

Molina/Pérez (1996) machen deutlich, dass sich in dieser Periode das Parteiensystem als begrenztes Mehrparteiensystem herausgebildet hat. Die hohe Wahlbeteiligung und die hohe Mobilisierung der verschiedenen politischen Kräfte war eine Reaktion zur Verteidigung der Demokratie gegen den Aufruf zur Wahlenthaltung, den verschiedene Gruppen der radikalen Linken, darunter auch die PCV, erlassen hatten.

Die Resultate dieser Wahlen belegen erstens die Herausbildung eines Parteiensystems im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Demokratie, das durch Einschränkungen bei den Partizipationskanälen von der Gesellschaft hin zum Staat gekennzeichnet war. 1958 vereinigten AD und COPEI 64% der Stimmen auf sich, 1963 circa 53% und 1968 49,6%. Diese Konzentration der Stimmen blieb hoch trotz der Tatsache, dass neue politische Parteien sich an den Wahlen beteiligt haben. Zweitens belegen die Wahlergebnisse den Rückgang der Stimmen für die AD und den langsamen Zuwachs der Stimmen für die COPEI, und drittens zeigen sie die sogenannten "Wahlphänomene"<sup>2</sup> (Tab. 1).

In den Wahlen zwischen 1973 und 1988 etablierte sich zunächst ein offenkundiges Zweiparteiensystem zwischen AD und COPEI, die sich zusammen auf dem Höhepunkt ihrer Macht befanden. Nachfolgend aber kann man einen Wandel bei den Parteienloyalitäten erkennen. Die Zahl der Wechselwähler nahm zu, neue politische Kräfte machten sich bemerkbar, das Zweiparteiensystem wurde geschwächt und unabhängige Positionen gewannen an Bedeutung.

---

2 Gemeint ist damit der relative Erfolg von Kandidaten, die als Außenseiter galten und die nicht auf eine starke parteipolitische Unterstützung bauen konnten (A. Boeckh, Übers.).



In diese Zeit fällt eine starke Konzentration der Stimmen, die AD und COPEI bei Parlamentswahlen auf sich vereinigen konnten. Bei den Wahlen von 1978 waren es 79,5%, ein Ergebnis, das nur bei den Wahlen von 1947 (87,8%) übertroffen wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielten die Kandidaten von AD und COPEI zusammen im Jahr 1988 93,3% der Stimmen, was die zweithöchste Konzentration in der gesamten Wahlgeschichte des Landes darstellt. Die höchste Konzentration gab es bei beiden Parteien bei den Wahlen von 1947 (96,9%) (Tab. 1 und 2).

Bei den Wahlen von 1973 gab es 12 Präsidentschaftskandidaten und 19 Parteien, die diese unterstützten. Carlos Andrés Pérez (AD) wurde mit 48,7% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Der Nationalkongress setzte sich aus 28 Senatoren der AD, 13 der COPEI und zwei des MAS zusammen, wobei Letzterer eine neue politische Kraft darstellte, die bei diesen Wahlen zum ersten Mal angetreten ist. Die Sitze im Abgeordnetenhaus teilten sich wie folgt auf: 103 Sitze gingen an die AD, 64 an die COPEI, neun an den MAS und 31 Abgeordnete an andere politische Kräfte.

Bei den Wahlen von 1978 beteiligen sich 16 politische Parteien und es traten zehn Kandidaten für das Präsidentenamt an. Diesmal gewann der Kandidat der COPEI mit 47% der Stimmen. Sowohl AD als auch COPEI erhielten 21 Senatorensitze, während der MAS seine zwei Sitze halten konnte. Im Abgeordnetenhaus blieb die AD mit 88 Abgeordneten die Mehrheitsfraktion, gefolgt von COPEI mit 84 Abgeordneten und dem MAS mit elf Abgeordneten. Die anderen Parteien vereinigten elf Abgeordnete auf sich.

Im Juni 1979 fanden die Gemeindewahlen getrennt von den nationalen Wahlen statt.<sup>3</sup> Dort gewann die COPEI 49% der Stimmen, die AD 30% und der MAS 10%.

Die Präsidentschaftswahlen von 1983 gewann der Kandidat der AD mit 57% der Stimmen. Insgesamt traten 13 Kandidaten an, die von 27 Organisationen unterstützt wurden. Im Kongress saßen 28 Senatoren der AD, 14 der COPEI und zwei des MAS. Die Abgeordnetenkammer setzte sich aus 113 Vertretern der AD, 60 der COPEI, zehn des MAS und 17 aus acht anderen Parteien zusammen.

Im Jahr 1984 fanden zum ersten Mal Gemeinderatswahlen statt. Die AD vereinigte 52% der Stimmen auf sich, die COPEI 22% und der MAS 7%; die restlichen Stimmen verteilten sich auf fünf kleine politische Parteien.

---

3 Die ersten Gemeindewahlen Venezuelas wurden 1947 abgehalten.

Bei den Wahlen von 1988 gab es wie bei denen von 1963 keinen Machtwechsel zwischen den beiden großen Parteien. Es traten 24 Präsidentschaftskandidaten an, die von 33 politischen Parteien unterstützt wurden, darunter zum ersten Mal auch eine Frau. Carlos Andrés Pérez (AD) gewann die Präsidentschaft zum zweiten Mal (53%) mit einem Vorsprung von 13% gegenüber dem Kandidaten der COPEI (40%). Diese beiden Kandidaten vereinigten 93% der gültigen Stimmen auf sich und ihre Parteien gewannen zusammen 74% der Parlamentssitze. Die AD erhielt 22 Senatorensitze, der COPEI 20, der MAS im Verbund mit den *Movimiento Revolucionario de Izquierda* (MIR) drei, und eine neue politische Organisation, die *Nueva Generación Democrática* (NGD) einen Sitz. In der Abgeordnetenkammer stellte die AD 97 Abgeordnete, der COPEI 67, MAS-MIR 18, die NGD sechs. Elf Abgeordnetensitze verteilten sich auf kleinere politische Parteien.

1989 kam es zu einer bedeutsamen Wahlrechtsreform im Rahmen der Dezentralisierung. Von nun an war es möglich, die Gouverneure der Bundesstaaten, die Bürgermeister von Städten und die Mitglieder von Gemeinderäten direkt zu wählen.<sup>4</sup> Diese Änderung der Wahlgesetzgebung verstärkte die Personalisierung der Wahlentscheidung und ermöglichte die Entstehung regionaler Führer unabhängig von den traditionellen nationalen Führern. Diese Reform machte die Dynamik des Parteiensystems viel komplexer und änderte diese zweifellos, vor allem im Hinblick auf die Verteilung und Legitimation von Macht. Die beiden traditionellen Parteien haben die Dynamik dieser Reform nicht verstanden, die darauf hinauslief, dass die Macht mit anderen politischen Kräften geteilt werden musste, was das bisherige Wahlverhalten der Venezolaner gründlich veränderte. Auf der anderen Seite trug der Prozess der Dezentralisierung in den ersten Jahren seiner Implementierung dazu bei, die internen Widersprüche in den Parteien offen zu legen, die Führungsrolle der nationalen Führer zu reduzieren und zugleich politische Ambitionen zu wecken, die sich auf der regionalen und lokalen Ebene auch außerhalb der Parteien artikulieren konnten, was zu einer Umorientierung der parteipolitischen Loyalitäten beigetragen hat (Carrasquero/Welsch 1989; Sonntag/Maingon 1990).

---

4 Obwohl diese Art von Wahlen schon in der Verfassung von 1961 als Möglichkeit vorgesehen war, wurden die administrative Dezentralisierung und die Dezentralisierung der politischen Macht als Mittel der Stärkung der Zivilgesellschaft erst im Kontext der Diskussion um die Staatsreform vorangebracht (siehe den Beitrag von Ivo Hernández in diesem Buch).

In den regionalen und lokalen Wahlen von 1989 haben AD und COPEI die Mehrzahl der Ämter besetzt: 17 von insgesamt 20 Gouverneursposten und 73% der Bürgermeisterämter. In den Regionalwahlen von 1992 erhielten beide Parteien dieselbe Anzahl an Gouverneursposten, diesmal allerdings bezogen auf 22 Einheiten,<sup>5</sup> und 65% der Bürgermeisterämter (Tab. 3 u. 4).

Die durchschnittliche Wahlenthaltung während dieser vier Wahlgänge lag bei 11,6%, seit den Wahlen von 1973, bei der sie ihren historischen Tiefstand (4%) erreicht hatte, nahm sie jedoch zu. Bei den Wahlen von 1988 erreichte sie 18%. Bei den regionalen lokalen Wahlen war die Wahlenthaltung sehr hoch. Im Durchschnitt lag sie bei den ersten drei Wahlen zwischen 1979 und 1989 bei 43% (Grafik 1 u. 2).

## **2. Die Wahlen von 1993 und 1998: Der Beginn des Wandels und der Transformationen**

Die Präsidentschaftswahlen von 1993 wurden allgemein im Kontext der sozialen Rebellion gesehen, die eine Reaktion auf den Verlust des Traums vom "großen Venezuela" darstellte und die ihren Ausdruck im "Caracazo" im Jahre 1989<sup>6</sup> und der militärischen Erhebungen vom 4. Februar und 27. November 1992 fanden. In diesen Ereignissen drückte sich das allgemein empfundene soziale, politische und wirtschaftliche Unbehagen aus und sie stellten den Beginn einer wachsenden und permanenten sozialen sowie politischen Konfrontation dar (Maingon 1995). Auf der anderen Seite bedeutete diese Wahl den Beginn einer soziopolitischen Transition, als der Gründer der COPEI sich entschloss, diese Partei zu verlassen und sich als unabhängiger Kandidat zu präsentieren, der von verschiedenen Bewegungen und kleinen Parteien aus dem linken Spektrum unterstützt wurde.

Zwischen den Wahlen von 1988 und 1993 gab es sowohl bezüglich des Wählerverhaltens wie auch des Parteiensystems bedeutsame Veränderungen. Alle Wahlen von 1947 bis 1988 haben die Präsidentschaftskandidaten der AD oder der COPEI gewonnen. Bei den Wahlen von 1993 traten 18 Kandi-

---

5 Im Jahre 1989 wurden nur die Gouverneure von 20 Bundesstaaten gewählt; ab 1992 kamen zu diesem noch zwei föderale Territorien hinzu, und 1998 gab es auch Gouverneurswahlen im Bundesstaat Vargas.

6 Als "Caracazo" wurde ein spontaner Aufstand in den Armenvierteln von Caracas und einigen anderen Großstädten bezeichnet, der vom 27.-28. Februar 1989 stattfand und der von einer abrupten Erhöhung der Fahrpreise bei Kleinbussen ausgelöst worden war. Der Aufstand war von massiven Plünderungen begleitet. Seine Niederschlagung durch Polizei und Militär hat allein in Caracas schätzungsweise 1.000 Menschen das Leben gekostet (A. Boeckh, Übers.).

daten gegeneinander an, darunter auch zwei Frauen, die von 47 politischen Organisationen unterstützt wurden. Bei diesen Wahlen gewann der Kandidat eines neuen politischen Wahlbündnisses unter dem Namen *Convergencia*. Aber dieser Kandidat stellte eine Ausnahmeerscheinung dar insofern, als er einer der Gründer der COPEI und bis ein Jahr vor der Wahl ihr Vorsitzender war: Rafael Caldera. Dies wurde seine zweite Präsidentschaft. In der Verteilung der Stimmen zum Kongress drückte sich ebenfalls ein Wandel im Wählerverhalten aus. Zum ersten Mal übertrafen andere Parteien den kombinierten Stimmenanteil von AD und COPEI. Ferner zeigte sich der Wandel im wachsenden Stimmenanteil der Linken, die bis zu diesem Zeitpunkt bei den Wahlen eine marginale Rolle gespielt hatten. Die *Causa R* (LCR), eine Partei der Linken, die bis zu diesem Zeitpunkt im Parlament nicht vertreten war, erhielt 49 Sitze. Ein weiterer Indikator für den Zusammenbruch des Systems war die Zunahme der Wahlenthaltung auf mehr als das Doppelte im Vergleich zu den Wahlen von 1988 auf ungefähr 40%. Dem nationalen Kongress gehörten 18 Senatoren der AD, 15 der COPEI, zehn der Allianz aus MAS und *Convergencia* und neun der LCR an. In der Abgeordnetenkammer saßen 55 Mitglieder der AD, 54 der COPEI, 40 der LCR, 26 des MAS und 24 der *Convergencia*.

Im Dezember 1995 wurden das fünfte Mal regionale und lokale Wahlen abgehalten. AD und COPEI stellten zusammen 15 Gouverneure (zwölf bzw. drei), und vereinigten 56% der Bürgermeisterämter auf sich. Der MAS stellte in vier Bundesstaaten den Gouverneur und die anderen drei Organisationen gewannen je einen Gouverneursposten. Der Rest dieser Ämter teilte sich mehrheitlich zwischen vier politischen Parteien (30%) und anderen kleineren Gruppen (14%) (Tab. 3 u. 4).

Das Resultat der regionalen und lokalen Wahlen von 1995 bietet Einblicke in den Dezentralisierungsprozess, der in Venezuela Ende 1989 eingeleitet worden ist. In diesem Sinne kann man Anzeichen für eine neue, allerdings noch unstetige politische Orientierung feststellen. Eines davon war die Tendenz für ein verändertes Wählerverhalten. Allem Anschein nach begann der Wähler, die lokalen Wahlen nach einem Kosten/Nutzenkalkül einzuschätzen. Nicht mehr das parteipolitische Profil war für die Wahlentscheidung wichtig, sondern eine Ökonomie des Wahlverhaltens, bei der es darum ging, die Amtsinhaber durch Belohnung beziehungsweise Bestrafung zu einer verantwortungsvollen und effizienten Amtsführung anzuhalten. Ferner konnte man beobachten, dass die Auflösung von parteipolitischen Bindungen neuen politischen Optionen zugute kam. Dies war vermutlich nicht nur

auf eine Schwächung der Loyalität gegenüber den traditionellen Parteien zurückzuführen, sondern auch und vor allem auf einen bedeutsamen Wandel der Struktur der politischen Präferenzen. Schließlich und endlich trat bei den letzten regionalen und lokalen Wahlen eine beachtliche Anzahl von Kandidaten auf, bei denen es sich um pensionierte Militärs handelte (elf Kandidaten, von denen die Mehrzahl an den militärischen Putschversuchen des Jahres 1992 teilgenommen hatte). Dies wurde vor allem mit dem Wahlsieg von Arias Cárdenas bei den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Zulia symbolisiert, einem Gefährten von Hugo Chávez Frías beim ersten Putschversuch im Jahre 1992. Dieser Triumph konnte auf die Hoffnung von Teilen der Wähler auf eine neue und starke Führerfigur zurückgeführt werden (Maingon/Patruyo 1996).

1998 wurden die Wahlen für das Präsidentenamt, das Parlament und die regionalen und lokalen Wahlen getrennt abgehalten. Im November wurden die Gouverneure sowie die Mitglieder des Kongresses gewählt, im Dezember der Präsident der Republik, und die lokalen Wahlen wurden auf das nächste Jahr verschoben. Es traten elf Kandidaten an – darunter eine Frau –, die von insgesamt 31 politischen Organisationen unterstützt wurden.

Die Resultate der letzten Wahlen des 20. Jahrhunderts in Venezuela waren Teil eines sozialen und politischen Wandlungsprozesses, der sich schon seit einiger Zeit abspielte und in dem neue und andersartige Formen der Politik sichtbar wurden, die sich mit den traditionellen vermischten. Seit den Regionalwahlen von 1989 lässt sich ein politisches Verhaltensmuster beobachten, das durch programmatische Allianzen gekennzeichnet ist. Die Organisationen, die Kandidaten für verschiedene regionale Ämter aufstellen, suchen Allianzen zu schließen, ohne ideologische oder programmatische Elemente zurückzufahren. AD und COPEI gewannen zusammen elf Gouverneursposten. Gegenüber 1995 verlor die AD fünf Bundesstaaten.

Es bildete sich eine neue nationale Allianz unter dem Namen "Patriotischer Pol" (PP), in der sich verschiedene Organisationen und Parteien zusammenfanden, die die Kandidatur von Hugo Chávez unterstützten. Die wichtigsten Teilnehmer dieser Allianz waren der MAS, *Patria para Todos* (PPT – Vaterland für alle), *Quinta República* (MVR – Fünfte Republik), die Kommunistische Partei (PVC) und das *Movimiento Electoral del Pueblo* (MEP – Wahlbewegung des Volkes). Dieses Bündnis gewann zehn Gouverneursposten, allerdings mit wechselnden Koalitionen, die im einen Falle eine Allianz zwischen LCR und COPEI beinhaltete. Die Wiederwahl von Arias Cárdenas zum Gouverneur in Zulia geschah mit den Stimmen von COPEI.

Der PP gewann die Gouverneursposten in den Bundesstaaten mit der größten Bevölkerungsdichte. Die Koalitionen und Allianzen, die sich bei diesen Wahlen bildeten, können als deutliches Symptom für die Schwächung der traditionellen Parteien interpretiert werden, was die COPEI mehr betraf als die AD. Gleichzeitig wurden die alten Parteien von den neuen, gerade entstehenden politischen Bewegungen kopiert (Maingon/Sonntag 1998). Wie sich die politische Landkarte in den Bundesstaaten verändert hat, kann man der Tabelle 3 entnehmen.

Die Resultate der Parlamentswahlen ergeben ein genaues Bild über die Parteienpräferenzen der Wähler, ihrer Identifikation und Loyalität gegenüber den traditionellen Parteien, und sie zeigen auch die Stärke der jeweiligen Parteien auf nationaler Ebene. Die Resultate dieser Wahlen machen eine Streuung der Stimmen zwischen acht oder mehr politischen Organisationen deutlich. Die AD war die größte Minderheitspartei im Kongress und dies sowohl in der Abgeordnetenversammlung wie im Senat. AD und COPEI zusammen erhielten 36% aller Stimmen, was parlamentarische Allianzen nötig machte, um Entscheidungen zu treffen, Verhandlungen zu strukturieren und die Regierungsfähigkeit zu gewährleisten. Dies geschah in einer Atmosphäre des Konflikts, bei dem die aufstrebenden Kräfte im Parlament ausgeschlossen wurden. Ab den Wahlen von 1988 nahm dann die Hegemonie der beiden großen Parteien stetig ab.

In diesen Wahlen führte das Wahlverhalten zu einer extremen Ausdifferenzierung und Atomisierung der Parteien, was sich negativ auf die Repräsentativität des Kongresses auswirkte, die Verantwortlichkeit der Parteien gegenüber den Bürgern einschränkte und dazu beitrug, dass jeder Parlamentarier letztendlich nur im Eigeninteresse handelte. Dies förderte die Tendenz zu einer weiteren Schwächung der Parteien, was zugleich auch zur Fragmentierung und Atomisierung der kleinen Parteien beitrug, ohne dass dies irgendetwas mit einer größeren ideologischen Streuung zu tun gehabt hätte oder mit einer Vertiefung der Demokratie. Dieses Wahlverhalten betraf nicht nur die traditionellen Parteien, sondern auch die aufstrebenden politischen Kräfte (Maingon/Sonntag 2001).

Die zweite Wahl des Jahres 1998 war die Präsidentschaftswahl. Dies war das erste Mal, dass allein für die Besetzung eines Amtes gewählt wurde. Hierfür und für die Regionalwahlen wurden strategische Allianzen gebildet. Von den elf Kandidaten, von denen eine Kandidatin eine ehemalige "Miss Universum" und vier Kandidaten pensionierte Militärs waren, einer davon der Gewinner dieser Wahl, wurden sieben allein von den Parteien unter-

stützt, aus denen sie entstammten. Zum ersten Mal wurde als Präsident der Republik ein Kandidat gewählt, der den Streitkräften entstammte, und zum ersten Mal stellten weder AD noch COPEI eigene Präsidentschaftskandidaten auf. In offenkundiger Abgrenzung zum "Patriotischen Pol" gründeten sie einen "Demokratischen Pol". Fünf Tage vor den Präsidentschaftswahlen zog die AD ihren Kandidaten zurück und beschloss, zusammen mit COPEI die Kandidatur des unabhängigen Kandidaten Salas Römer zu unterstützen.

Die beiden Kandidaten mit den größten Siegeschancen waren Hugo Chávez und Salas Römer. Letzterer richtete seine Diskurse vor allem an die unabhängigen Wähler und sein zentrales Thema drehte sich um die Dezentralisierung. Er versuchte, sich während der ganzen Kampagne von den traditionellen politischen Parteien abzusetzen, über die er sehr abschätzig sprach, was seinem Diskurs einen deutlich apolitischen Charakter gab.

Der Wahlkampf von Chávez und des Patriotischen Pols drehte sich um eine neue Verfassung, mit der die politischen und verfassungsmäßigen Institutionen des Staates transformiert werden sollten. Damit wurden die Neugründung der Republik und eine partizipative Demokratie angestrebt. Von der neuen Verfassung wurde erwartet, dass sie den gewandelten politischen, ökonomischen und sozialen Realitäten der Nation gerecht werden sollte.

Hugo Chávez gewann die Wahl mit 56% der Stimmen und verdrängte damit politische Organisationen, die lange Zeit in der Gesellschaft verwurzelt gewesen waren. Die traditionellen politischen Parteien standen vor dem Abgrund. Wie man in Grafik 1 sehen kann, ging bei diesen Wahlen gegenüber der früheren Wahl die Wahlenthaltung um 3,3% von 39,8% auf 36,5% zurück.

Der Wahlsieg von Chávez kann als Ausdruck der Erwartungen verstanden werden, die sich seit dem Ende der 1980er Jahre auf einen politischen Wandel richteten und die seit den Wahlen von 1993 an Kraft gewonnen haben. Mit der Schwächung und der Delegitimierung des Parteiensystems begann ein Zyklus, bei dem die Personalisierung von Politik und die Schwächung von politischen Organisationen Hand in Hand gingen, was noch durch eine antipolitische Praxis verstärkt wurde. Die Kombination aus Personalismus und Parteienfeindlichkeit führten dazu, dass politische Optionen nicht mehr sichtbar waren und dass Sprunghaftigkeit des Wählerverhaltens zunahm, was den Aufstieg von Außenseitern erleichterte (Patruyo 2005: 378-380).

Insgesamt haben die Wahlen von 1998 einen definitiven Wandel beim Wahlverhalten der Venezolaner gezeigt, was ihre bisherige Neigung anging,

eine der beiden traditionellen Parteien zu wählen und parallel dazu einen ihrer Kandidaten. Bei diesen Wahlen ging der Anteil von AD und COPEI an den Wahlämtern zurück, während der von anderen Organisationen zunahm. 1989 gewannen die politischen Parteien, die nicht zu den traditionellen Parteien zu zählen waren, 27% der regionalen und lokalen Ämter; 1998 waren es 58%. Ein ähnlicher Prozess zeigt sich bei den Präsidentschaftswahlen: 1993 gewannen AD und COPEI zusammen 46% der Stimmen und 1998 kamen andere politische Parteien auf 89%.

Die Folge von alledem war eine typische Krise der Repräsentativität und der Identifikation der Bürger mit den traditionellen Parteien, die sich mit der Unfähigkeit eben dieser Parteien verband, neue Ideen zu entwickeln, mit denen sich die verschiedenen Sektoren der Bevölkerung hätten mobilisieren lassen. Das Wahlergebnis zeigt uns, dass die gewählten Volksvertreter aufgehört hatten, die Interessen ihrer Wähler zu repräsentieren. Diese blieben stattdessen außerhalb des Parteiensystems. Die politischen Parteien wurden zunehmend von der Basis ihrer Wähler isoliert, sie verloren aktive Mitglieder, die Parteienidentifikation ging zurück und die politischen Aktivitäten wurden zunehmend subjektiv, personalistisch und ohne ideologischen Inhalt. Auf Seiten der Bürger verlor der öffentliche Raum an Bedeutung; es setzte eine Demobilisierung ein, neue Akteure und politische Bewegungen wurden unterstützt, und das alles verband sich mit einer Neuorientierung des Wahlverhaltens. Wie zu erwarten war, haben diese Wandlungsprozesse auch Transformationen in den politischen Parteien, im Wahlverhalten und in der Art und Weise hervorgebracht, wie Politik gemacht wurde.

### **3. 1999: Jahr der Verfassungsgebung**

Das zentrale Thema des Wahlkampfes von Hugo Chávez Frías während des Jahres 1998 war die Verfassungsreform, die von einer nationalen verfassungsgebenden Versammlung (ANC) ausgearbeitet werden sollte. Von Seiten der Regierung wurde zum ersten Mal in der Verfassungsgeschichte des Landes ein konsultatives Referendum vorbereitet, bei dem sich die Bevölkerung zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung äußern konnte. Dieses Referendum wurde am 25. April abgehalten; die Wahlenthaltung betrug 62%. Am 25. Juli wurden die 131 Mitglieder der ANC gewählt. Drei von ihnen waren Repräsentanten der indigenen Ethnien, 24 nationale Repräsentanten und 104 regionale. Bei diesen Wahlen traten insgesamt 1.169 Kandidaten an. 50% davon präsentierten sich als unabhängige Kandidaten, die auf eigene Initiative angetreten waren, 21% gehörten zum PP, 15% wa-



ren pensionierte Militärs, 9% waren Frauen und 6% wurden als Anhänger einer bestimmten Religion gewählt.

Das Resultat dieser Wahl bedeutete einen überwältigenden Sieg der Kandidaten des PP, der 121 Sitze (94%) gewann. Die Wähler waren mehrheitlich dem Aufruf von Präsident Chávez gefolgt, seine Kandidaten zu unterstützen. Die Wahlenthaltung machte sich wieder stark bemerkbar und betrug 54%.

Die Zeit, die für die Bearbeitung der neuen *Magna Carta* vorgesehen und die auch in den Statuten der ANC festgeschrieben war, betrug 180 Tage. Aber in weniger als 120 Tagen wurde dem Präsidenten der Entwurf der Verfassung vorgelegt, über die dann in einer Volksabstimmung befunden werden sollte. Bei diesem Referendum, das am 15. Dezember stattfand, wurde die neue Verfassung mit einer Mehrheit von 72% angenommen. Die Wahlenthaltung lag bei beachtlichen 56% (Maingon/Sonntag 2000).

#### **4. Die Wahlen zwischen 2000 und 2009: Kontinuität und Wandel**

In Erfüllung des Verfassungsauftrags wurden dann im Jahr 2000 alle öffentlichen Ämter neu legitimiert. Zunächst waren die Wahlen auf den 28. Mai einberufen worden; sie mussten jedoch aus technischen Gründen um zwei Monate verschoben werden. Die Wahlen wurden in zwei Phasen aufgeteilt: Am 30. Juli fanden die Präsidentschaft-, Parlaments- und Regionalwahlen statt und am 6. Dezember desselben Jahres die lokalen Wahlen.

Diese Wahlen enthielten neue Elemente, die den Wahlprozess zum kompliziertesten in der venezolanischen Geschichte machte. Das bezog sich nicht nur auf die Zahl der zu besetzenden Ämter, sondern es wurden auch – und dies war ein Resultat der in der Verfassung von 1999 eingeführten Änderungen – die aktiven Militärs als Wähler zugelassen, und darüber hinaus mussten indigene Wähler und deren Repräsentanz besonders berücksichtigt werden. Außerdem gab es einen wichtigen Rückschritt zu verzeichnen, der mit dem Anteil der Frauen auf den Kandidatenlisten der Parteien zu tun hatte. Im Artikel 144 des im Jahre 1997 beschlossenen Wahlgesetzes war ein Anteil von 30% weiblicher Kandidaten auf den Listen festgelegt. Dieser Artikel, wie Huggins zeigt, wurde im März 2000 “durch eine administrative Entscheidung außer Kraft gesetzt [...]” (2005: 416). Die Wahlen in diesem Jahr wurden “ohne Berücksichtigung der Ungleichheit der Frauen auf den Kandidatenlisten und bei den zu besetzenden Ämtern” durchgeführt. Seit der Verabschiedung des Quotengesetzes wurden in Venezuela die entsprechenden Bestimmungen nur in den Wahlen von 1998 angewandt, in denen die in

den Kongress gewählten Frauen 12% der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung stellten; 1993 waren es noch 6% gewesen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 2000 wurden 17 Frauen gewählt, was einen Anteil von 10% an der Gesamtzahl der Abgeordneten darstellte (Huggins 2005).

In der Präsidentschaftswahl im Juli wurde Chávez mit 60% der Stimmen wiedergewählt. Die Wahlenthaltung stieg gegenüber den Wahlen von 1998 um 7% und lag bei 43,7%, was die höchste Wahlenthaltung bei Präsidentschaftswahlen war. Es traten drei Kandidaten gegeneinander an, die von 17 politischen Gruppierungen unterstützt wurden. Bei den Parlamentswahlen gewannen der MVR und dessen Verbündete 52% der Stimmen, was ihnen 102 der 165 Sitze in der Nationalversammlung verschaffte (62%).<sup>7</sup> Zugleich gewann die Koalition der Parteien, die Chávez unterstützten, 17 Gouverneursposten. AD und COPEI erhielten zusammen drei (Tab. 3).

Der zweite Teil des Wahlprozesses waren die lokalen Wahlen, die im Dezember 2000 abgehalten wurden. An ihnen nahmen weniger Wähler teil als je zuvor; lediglich 24% der eingeschriebenen Wähler machte sich die Mühe, zur Wahl zu gehen, und dies, obwohl in lokalen Wahlen die Beteiligung der Bürger ein fundamentales Element für die Ausübung öffentlicher Ämter darstellt, zumal die Distanz zwischen Staat und Bürger, zwischen ihm und den Entscheidungen, sehr gering ist, die seinen Alltag und den seiner Gemeinde unmittelbar berühren. AD und COPEI erhielten 42% der Ämter, der MVR und dessen Verbündete 35%; andere politische Gruppierungen kamen auf 24% (Tab. 4).

Zwischen den Wahlen zur Re-Legitimierung der Amtsträger im Jahr 2000 und den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 fanden folgende Abstimmungen statt: ein Referendum zur Abberufung des Präsidenten sowie regionale Wahlen im Jahr 2004, lokale Wahlen im Jahr 2005 (Gemeinden und Bezirke) und Parlamentswahlen im Jahr 2005. Im Schnitt lag die Wahlbeteiligung bei 43%, wobei die Präsidentschaftswahlen die geringste Wahlenthaltung aufwiesen (31%) und die Parlamentswahlen die höchste (75%).

Das Abberufungsreferendum vom August 2004 bestätigte den Präsidenten mit 59% der Stimmen. Für die Abberufung stimmten circa 40%. Im selben Jahr wurden die Regionalwahlen abgehalten, in denen die Koalition, die den MVR unterstützte, 21 von 23 Gouverneurssitzen gewann. Bei diesen Wahlen gewann die AD einen Gouverneurssitz, die COPEI keinen.

---

7 In der Nationalversammlung wurde die Zahl der Abgeordneten von 207 auf 165 reduziert. Der Senat war in der neuen Verfassung ganz abgeschafft.

Die letzten Parlamentswahlen in Venezuela im Jahr 2005 fanden unter ganz besonderen Umständen statt insofern, als fünf Tage vor der Wahl alle Kandidaten der Opposition ihre Kandidatur zurückgezogen. Dies geschah mit der Begründung, dass der nationale Wahlrat nicht die geringste Gewähr für geheime Wahlen bot. Außerdem gab es Mutmaßungen über Wahlbetrug. Man kann daher sagen, dass zum ersten Mal die Nationalversammlung von einem politischen Lager monopolisiert wurde. Der MVR erhielt 114 von 167 Sitzen, gefolgt von PODEMOS mit 15, PPT mit elf und der Kommunistischen Partei mit acht Sitzen. Organisationen, die den sogenannten "Bloque del Cambio-MVR" unterstützen, stellten 19 Abgeordnete. Alle politischen Organisationen, die Kandidaten ins Parlament entsandten, gehörten dem MVR und dessen Verbündeten an.

Chávez gewann die Präsidentschaftswahl im Dezember 2006 mit 62,9% der abgegebenen Stimmen. Er wurde von 24 politischen Organisationen und Wählergruppen unterstützt. Davon vereinte der MVR 42% der Stimmen auf sich, drei weitere Organisationen erzielten 15% der Stimmen (PODEMOS 6,5%, PPT 5,1% und die Kommunistische Partei 2,9%). Die restlichen 20 Organisationen erzielten 7%. Diese Resultate bestätigten die Tendenzen, die sich bei den Wahlen von 2000 und beim Abberufungsreferendum im Jahre 2004 schon abgezeichnet hatten.

Der Einheitskandidat des größten Teils der Opposition, Manuel Rosales, vereinigte circa 37% auf sich, drei Prozentpunkte weniger, als die Opposition beim Abberufungsreferendum erzielt hatte. 43 Parteien beteiligten sich in der Allianz der Opposition, von denen drei Gruppierungen insgesamt 20,8% der Stimmen auf sich vereinten: *Un Nuevo Tiempo* (UNT) 13,4%, *Primero Justicia* (PJ) 11,2%, und COPEI 2,2%. Die übrigen 40 Organisationen erzielten 10%. Aus diesen Organisationen kamen zwölf weitere Kandidaten, darunter vier Frauen. In diesen Präsidentschaftswahlen stieg die Wahlbeteiligung auf 75% an.

Im Jahr nach der Präsidentschaftswahl von 2006 hat die Regierung eine Verfassungsreform auf den Weg gebracht, bei der 69 Artikel der Verfassung von 1999 verändert werden sollten. Mit dieser Reform war beabsichtigt, das sozialistische Projekt der Regierung voranzubringen und zu stärken. Zur selben Zeit wurde die Gründung einer Einheitspartei, der *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) angekündigt. Der MVR, auf den sich Chávez seit den Wahlen von 1998 gestützt hatte, sollte verschwinden. Im Dezember 2007 wurde das Referendum über die Verfassungsreform abgehalten. Zum ersten Mal seit zehn Jahren musste die Regierung eine Niederlage einste-

cken. Die Kräfte der Opposition erzielten 50,9%, die Regierung 49,3%. Die Stimmenthaltung belief sich auf 37,5% und lag damit 7% über der Wahlenthaltung bei dem Abberufungsreferendum von 2004.

Bei den regionalen und lokalen Wahlen Ende 2008 stieg die Wahlbeteiligung auf 65,4%. Die Anhänger der Regierung gewannen 17 Gouverneursposten, vier weniger als 2005. Sie vereinigten 52,7% der Stimmen auf sich, wohingegen die Opposition die Gouverneursposten halten konnte, die sie in den früheren Wahlen gewonnen hatte, und noch drei hinzugewann. Die Opposition erhielt 41,7% der Stimmen. Sie gewann darüber hinaus vier von fünf Bürgermeisterämtern, die zur metropolitanen Zone von Caracas zählten, sowie das Bürgermeisteramt dieser Stadt selbst, wobei sie auf dieser Ebene 42,6% der Stimmen auf sich vereinigte. Die Anhänger der Regierung hingegen gewannen 263 Bürgermeisterämter, was ca. 82% der zu vergebenden Posten darstellte. Ihr Stimmenanteil betrug 49,5% (Tab. 3 u. 4).

Am 15. Februar 2009 wurde das fünfte Referendum in zehn Jahren abgehalten. Es wurde in Form einer Verfassungsreform von Präsident Chávez selbst in Gang gesetzt, in der eine unbegrenzte Wiederwahl für die nachfolgend genannten staatlichen Funktionäre vorgeschlagen wurde: der Staatspräsident, die Gouverneure, die Bürgermeister, die nationalen Abgeordneten, die Gemeinderäte und alle anderen Angehörigen von gesetzgebenden Versammlungen auf regionaler und lokaler Ebene. Nach einer außerordentlich kurzen Kampagne wurde der Vorschlag der Regierung mit 55% der Stimmen angenommen. Die Wahlenthaltung belief sich auf 30% (Grafik 3).

Nach dem Ende der Amtsperiode des 2005 gewählten Parlaments wurden im September 2010 Parlamentswahlen auf der Grundlage eines neuen Wahlgesetzes abgehalten, das eine substantielle Modifikation der seit 1997 gültigen Regeln herbeiführte.<sup>8</sup> Die Regierungspartei erhielt 98 von 165 Sitzen (59,4%) mit einem Stimmenanteil von 48,3% (5.460.231 Stimmen). Die Opposition, die zwölf politische Gruppierungen umfasste, die eine gemeinsame Liste gebildet hatten, stellte 65 Abgeordnete (39,4%) mit einem Stimmenanteil von 47,2% (5.334.309 Stimmen). Die Partei *Patria Para Todos* (PPT), die sich unabhängig von der Regierungspartei zur Wahl gestellt hatte,

---

8 Das 2009 verabschiedete Wahlgesetz läuft der seit 1958 etablierten venezolanischen Tradition des Verhältniswahlrechts zuwider. Zudem schließt es die Sitzvergabe nach einem nationalen Verteilungsschlüssel aus, was zu Verzerrungen führt, die der Mehrheitspartei absichtlich zu einer Überrepräsentation verhelfen. Das Gesetz erlaubt zudem die Modifizierung der Kriterien bei der Wahlkreiseinteilung bis zu dem Extrem, dass diese mit den politisch-administrativen Strukturen nichts mehr zu tun hat. Das ist auch als „gerrymandering“ bekannt (Briceño 2010).

gewann zwei Abgeordnete (1,2%) mit einem Stimmenanteil von 3% (364.377 Stimmen). Andere kleine politische Gruppierungen erhielten einen Stimmenanteil von 1,4% (159.377 Stimmen). Insgesamt wurden 11.309.145 gültige Stimmen abgegeben.<sup>9</sup> Die Opposition erhielt die meisten Stimmen in den stark bevölkerten Regionen des Landes. In der nächsten Nationalversammlung werden 14 nationale und regionale Parteien vertreten sein. Bei den Wahlen zum Lateinamerikanischen Parlament stellten diejenigen, welche den Präsidenten unterstützten, sieben Abgeordnete mit 47% der Stimmen (5.268.939 Stimmen). Die oppositionellen Kräfte stellten fünf Abgeordnete mit ca. 45% der Stimmen (5.077.043 Stimmen). Die Wahlbeteiligung belief sich bei diesen Wahlen auf ca. 66%.

### **5. Schlussbetrachtung: einige Merkmale der Wahlen in Venezuela**

Seit dem Sturz der Diktatur von Pérez Jiménez im Jahr 1958 bis zum Dezember 1988 zeichneten sich die Wahlen in Venezuela durch eine hohe Wahlbeteiligung aus. Diese sieben Wahlen hatten als Fundament die Anerkennung des "Paktes von Punto Fijo", in dem unter anderem die Anerkennung der Wahlergebnisse, ein Konsens bezüglich der Regierungsform und Modalitäten der Regionsabfolge festgelegt waren. Im Großen und Ganzen stellte dies ein Entwicklungsmodell dar, in dem die politische Demokratie und der Kapitalismus erfolgreich im Rahmen einer sozial akzeptablen Stabilität koexistierten.

Die Rente, die aus dem Export des Erdöls resultierte, trug seit der Etablierung der repräsentativen Demokratie im Jahr 1958 dazu bei, die sozialen Konflikte abzumildern. Zugleich stellten die politischen Parteien die einzigen Kanäle der Partizipation dar. Ausschließlich sie fungierten als intermediäre Organisation zwischen der Gesellschaft und dem Staat. Die Krise, die Venezuela seit dem Ende der 1970er Jahre durchlebte, wurde auf das Konto der Unfähigkeit des Staates verbucht, die Verteilung der Ölrente als Mechanismus der sozialen Koordination einzusetzen. Verteilung heißt hier, dass die üppigen Staatseinnahmen, die aus den Ölexporten resultierten, entsprechend den Anforderungen der verschiedenen Sektoren der Gesellschaft verteilt wurden, anstatt sie für das Wachstum der produktiven Kapazitäten einzusetzen, für die Schaffung der ökonomischen und sozialen Sicherheit der Bevölkerung und der Umverteilung des Reichtums durch eine progressive Besteuerung und effektive Sozialpolitiken. Dies wurde einmal in den Defiziten der

---

9 CNE, zuletzt besucht am 08.01.2010.

Verwaltung bei den öffentlichen Dienstleistungen sichtbar, in den stetig zunehmenden klientelistischen Praktiken und der Korruption, und auf der anderen Seite in der mangelnden Glaubwürdigkeit der politischen Parteien.

Angesichts der Erschöpfung der Beziehungen zwischen der organisierten politischen Gesellschaft (politischen Parteien), das auf einem System des Interessenausgleichs beruhte, und der Gesellschaft im Allgemeinen waren die Akteure nicht mehr in der Lage, institutionelle Optionen einzusetzen, weder in Bezug auf das Entwicklungsmodell noch auf die politische Hegemonie. Ein Symptom dieser Erschöpfung und der Unzufriedenheit war die deutliche und steigende Apathie der Bürger, die sich in den Wahlen seit Ende der 1970er Jahre zeigte, und dies sowohl bei den regionalen und lokalen Wahlen wie auch bei den Präsidentschaftswahlen.

Nach und nach wurden die Symptome der Wirtschaftskrise und des Zusammenbruchs des gesellschaftlichen Konsenses in Bezug auf das institutionelle System und das Entwicklungsmodell sichtbar, ohne dass sich glaubwürdige und praktikable Alternativen zeigten. Auf diese Weise entstand bei den Teilnehmern des Paktes von 1958 ein Bruch, insbesondere was Übereinkunft zwischen den Streitkräften und den politischen Parteien betraf. Letztere hatten sich weit von ihrer eigenen Mitgliedschaft und der Bevölkerung im Allgemeinen entfernt. Die Folgen dieser Wandlungsprozesse und Bewegungen im politischen System bestätigten zusammen mit anderen Elementen, dass man es mit signifikanten Veränderungen der politischen Kultur in Venezuela zu tun hatte.

Das Wahlverhalten der Venezolaner im Allgemeinen bevorzugte sowohl das Zweiparteiensystem, bestehend aus AD und COPEI (zwischen 1973 und 1988) wie auch das Mehrparteiensystem (zwischen 1963 und 1968 sowie zwischen 1993 und 1998). Ein Merkmal des Wahlprozesses im Venezuela war das, was man die "Wahlphänomene" genannt hat (siehe Anm. 2), die sich in verschiedenen Wahlen bemerkbar machten: 1958 Wolfgang Larrazábal, 1973 Arturo Uslar Pietri, 1993 Andrés Velásquez, Hugo Chávez und Salas Römer 1998.

Die Wahlen von 1998 stellen einen Wendepunkt dar: Die Regierungspartei präsentiert keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten, die Kandidaten mit den besten Chancen waren sogenannte "Wahlphänomene", von denen einer es bei den Streitkräften bis zum Oberstleutnant gebracht hatte. Zum ersten Mal wurden die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen getrennt abgehalten. Diese waren Zeiten einer hohen Wählerfluktuation. Auf der anderen Seite hat das politische Spektrum, in dem sich die Kräfte der Linken

zusammengefounden haben, sei es der PP oder der *Bloque del Cambio*, fast geschlossen dazu beigetragen, dass sich Hugo Chávez jedes Mal als Kandidat präsentieren konnte, von den Wahlen von 1998 bis zu den Wahlen von 2006. Außerdem gingen alle Vorschläge für Referenden aus diesen Gruppierungen hervor.

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag von den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1988 bis zu denen im Jahr 2006 bei 67%, und bei den neun regionalen und lokalen Wahlen seit 1998 bei 46%. An den verschiedenen Referenden beteiligen sich ungefähr 55% der Wähler. Im Durchschnitt hat damit ein wenig mehr als die Hälfte der Wähler (56%) von seinem Wahlrecht in den verschiedenen Wahlen und Referenden in den letzten 18 Jahren Gebrauch gemacht.

Die politische Herausforderung seit den Wahlen von 1998 geht weit über die bloßen Wahlziele hinaus. Hier geht es um die Konstruktion eines neuen politischen Modells, das notwendigerweise die Herausbildung einer neuen politischen Hegemonie und eines neuen Entwicklungsmodells mit sich bringt.

Übersetzung aus dem Spanischen: Andreas Boeckh

### Literaturverzeichnis

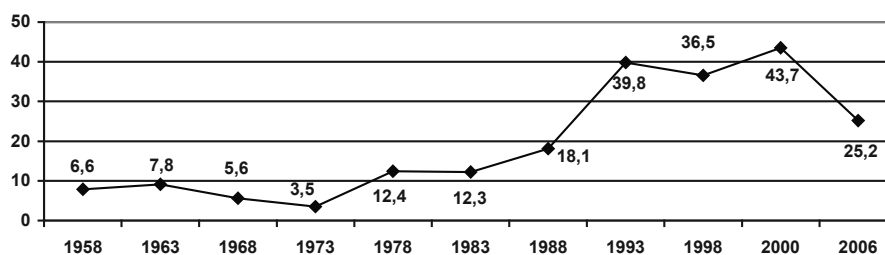
- Briceño Montesinos, Héctor (2010): *Leyes electorales y sus efectos políticos en Venezuela 1999-2009. Informe de avance del proyecto: Reformas electorales en Venezuela: orientaciones políticas, cambios y efectos en el sistema político (1999-2009)*. Caracas.
- Buninov-Parra, Boris (2000): "Los votos y sus cuentas". In: Baptista, Asdrúbal (Hrsg.): *Venezuela siglo XX. Visiones y testimonios*. Caracas, S. 133-189.
- Carrasquero, José Vicente/Welsch, Friedrich (1989): "Las elecciones regionales y municipales de 1989 en Venezuela". In: *Cuadernos del CENDES*, 12, S. 9-29.
- Consejo Nacional Electoral: <www.cne.gov.ve>.
- Huggins, Magally (2005): "Venezuela: 20 años de ciudadanía en femenino". In: Centro de Estudios del Desarrollo/CENDES (Hrsg.): *Venezuela Visión Plural. Una mirada desde el CENDES*. Bd. 1. Caracas, S. 415-445.
- Maingon, Thais (1995): "Las elecciones de 1993: ¿Cambios o profundización de las tendencias electorales?". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 2-3, S. 188-204.
- (2000) "Reconstitución política y desafíos de gobernabilidad en Venezuela". In: *Anuario Social y Político de América Latina y El Caribe*, 3. Caracas, S. 41-48.
- (2002): "Comportamiento político-electoral del venezolano y construcción de tendencias: 1998-2000". In: *Cuadernos del CENDES*, 49, S. 79-101.

- (2006): “Venezuela: Deslegitimación y colapso del sistema de partidos”. In: *Temas de coyuntura*, 53, S. 45-76.
- Maingon, Thais/Patruyo, Tanalí (1996): “Las elecciones locales y regionales de 1995: tendencias políticas”. In: *Cuestiones Políticas*, 16, S. 91-136.
- Maingon, Thais/Sonntag, Heinz (1998) “Sorpresas trae la transición: las elecciones regionales, del Congreso Nacional y presidencial en Venezuela”. In: *Anuario Social y Político de América Latina y El Caribe*, 2. Caracas, S. 32-41.
- (2000): “La batalla por una nueva Constitución para Venezuela”. In: *Cuestiones Políticas*, 24, S. 37-75.
- (2001): “Cambio político y resultados de las elecciones de 1998”. In: Carrasquero, José Vicente/Maingon, Thais/Welsch, Friedrich (Hrsg.): *Venezuela en transición: elecciones y democracia 1998-2000*. Caracas, S. 101-122.
- Molina, José E. (2001): “Comportamiento electoral en Venezuela 1998-2000: cambio y continuidad”. In: Carrasquero, José Vicente/Maingon, Thais/Welsch, Friedrich (Hrsg.): *Venezuela en transición: elecciones y democracia 1998-2000*. Caracas, S. 188-215.
- Molina, José/Pérez, Carmen (1996): “Los procesos electorales y la evolución del sistema de partidos en Venezuela”. In: Álvarez, Angel (Hrsg.): *El sistema político venezolano: Crisis y transformaciones*. Caracas, S. 193-238.
- (2002): “Venezuela ratifica el cambio: elecciones de 2000”. En: Ramos, Marisa (ed.): *Venezuela: rupturas y continuidades del sistema político (1999-2001)*. Salamanca, pp. 143-176.
- Patruyo, Thanalí (2005): “Los partidos políticos en la transición (1989-2004): de la desconsolidación a la antipolítica”. In: *Venezuela visión plural. Una mirada desde el CENDES*. Vol. I. Caracas, S. 372-415.
- Sonntag, Heinz/Maingon, Thais (1990): “Las elecciones en Venezuela en 1988 y 1989: del ejercicio del rito democrático a la protesta silenciosa”. In: *Revista Mexicana de Sociología*, 4, 90, S. 127-154.
- Werz, Nikolaus (1983): *Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela*. München.



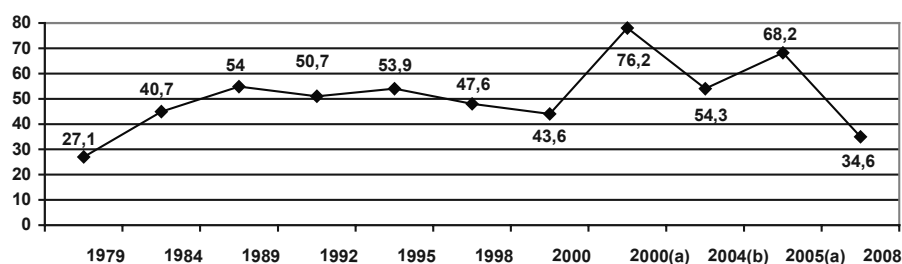
## Anhang

**Grafik 1: Wahlenthaltung bei Präsidentschaftswahlen.  
Venezuela, 1958-2006 (in %)**



Quelle: CNE, verschiedene Jahre.

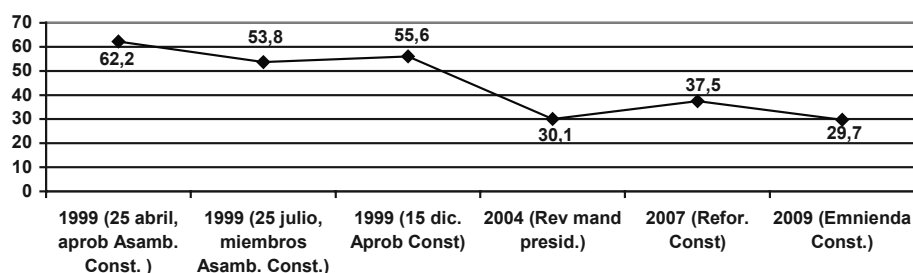
**Grafik 2: Wahlenthaltung bei regionalen und lokalen Wahlen.  
Venezuela, 1979-2008 (in %)**



Quelle: NE, verschiedene Jahre.

Notas: (a) Lokale Wahlen (Orte und Teilorte); (b) Regionalwahlen (Gouverneure).

**Grafik 3: Wahlenthaltung bei Referenden.  
Venezuela, 1999-2009 (in %)**



Quelle: CNE, verschiedene Jahre.

**Tabelle 1: Stimmenanteil von AD-COPEI bei den Parlamentswahlen.  
Venezuela 1958-2005 (in %)**

<b>Jahr</b>	<b>AD - COPEI</b>	<b>andere</b>	<b><i>Convergencia</i></b>	<b>LCR</b>	<b>MVR</b>
1947	87,8	12,2			
1958	64,5	35,5			
1963	53,5	46,5			
1968	49,6	50,4			
1973	74,7	25,3			
1978	79,5	20,5			
1983	78,6	21,4			
1988	74,3	25,7			
1993	46,0	19,5	13,8	20,7	
1998	36,1	38,6*	2,5	2,9	19,9
2000	21,2	29,0**	1,1	4,4	44,3
2005	-	31,7***	-	-	68,3

Quellen: 1958-1993: Molina/Pérez (1996); 1998-2000: Molina/Pérez (2002). CNE.

\* schließt die Stimmen der vier Gruppen ein, die dem *Polo Patriótico* angehören,

\*\* schließt den *Movimiento al Socialismo* (MAS) (5,1%) und die *Patria para Todos* (PPT) (2,3%) ein, die dem PP angehören,

\*\*\* schließt fünf politische Gruppen ein: PODEMOS, PPT, MEP, PCV und UPV, die dem vom MVR angeführten *Bloque del Cambio* angehören.

**Tabelle 2: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen nach Parteien.  
Venezuela 1947-2006 (in %)**

<b>Jahr</b>	<b>AD - COPEI</b>	<b>andere</b>	<b><i>Convergencia</i></b>	<b>LCR</b>	<b>MVR</b>
1947	96,9	3,1			
1958	64,5	35,6			
1963	53,0	47,0			
1968	57,3	42,7			
1973	85,4	14,6			
1978	89,9	10,1			
1983	91,3	8,7			
1988	93,3	6,7			
1993*	46,3	1,2	30,5	22,0	
1998	11,2	32,6			56,2
2000	-	40,2			59,8
2006**	-	37,1			62,9

Quelle: CNE. 1998 haben weder AD noch COPEI eigene Kandidaten aufgestellt.

\* AD erhielt 24% und COPEI 23%.

\*\* COPEI, *Convergencia* und *La Causa R* sind u.a. in "andere" eingeschlossen (2,4%, 0,23% bzw. 0,5%).

**Tabelle 3: Zahl der Gouverneure nach politischen Parteien, 1989-2008<sup>a</sup>**

Partei	1989	1992 <sup>b</sup>	1995	1998	2000	2004 <sup>c</sup>	2008 <sup>d</sup>
AD	11	7 (8)	12	7	2	1	1
COPEI	6	11 (9)	3	4	1	-	1
MAS	2	3 (4)	4	3	3	-	
La Causa R	1	1	1	-	-	-	
Convergencia	-	-	1	1	1	-	
PRVZLA-PROCA	-	-	1	1	1	-	1
MERI-COPEI-AD	-	-	-	1		-	
MVR/PSUV	-	-	-	6	12	17	17
PPT	-	-	-	-	2	1	
PODEMOS						2	
PJ/UNTC							1
UNT/UNTC	-	-	-	-	1	1	1
MIGENTE	-	-	-	-	-	1	
<b>Gesamt</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>22</b>

Quelle: CSE/CNE: *Dirección de Estadísticas Electorales*.

<sup>a</sup> Eigene Berechnungen im ersten Wahlgang; <sup>b</sup> im 2. Wahlgang.

<sup>c</sup> MVR + Verbündete, PPT + MVR + Verbündete, AD + COPEI + Verbündete, UNT + AD + COPEI + Verbündete, MIGENTE + MVR + Verbündete.

<sup>d</sup> In 20 Staaten stellen die Oppositionsparteien gemeinsame Kandidaten auf. 2008 wurden 22 Gouverneure gewählt, da in einem Bundesstaat in diesem Jahr keine Wahl anstand.

**Tabelle 4: Prozentzahl der Bürgermeister nach Parteien.  
Venezuela 1989-2008**

<b>Partei</b>	<b>1989</b>	<b>1992</b>	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2004</b>	<b>2008</b>
AD	39,7	32,3	34,0	26,9	12,0	5,8
COPEI	32,8	32,3	22,2	14,9	6,3	2,8
MAS	15,5	11,9	9,5	5,9	1,2	-
La Causa R	1,7	8,1	10,3	2,1	-	-
Convergencia	-	-	8,6	1,8	1,2	-
PRVZLA-PROCA	-	-	1,2	1,8	0,9	-
MVR/PSUV	-	-	-	24,2	51,2	80,6
PPT	-	-	-	4,5	8,1	1,2
PJ	-	-	-	0,9	1,2	1,2
UNT	-	-	-	-	1,8	2,1
andere	10,3	15,4	14,2	17,0	16,1	6,3
<b>Gesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: CSE/CNE: *Dirección de Estadísticas Electorales*. Eigene Berechnungen.



Thomas Kestler

## Die politischen Parteien

Die Venezolaner haben ein gespaltenes Verhältnis zu den politischen Parteien. Zur Zeit der Parteienhegemonie zwischen 1958 und 1993, dem sogenannten „Puntofijismo“, galten die Parteien als unrepräsentative Machtinstrumente. Man machte die Korruption und die Misswirtschaft der Parteien dafür verantwortlich, dass der Ölboom der 1970er Jahre nicht zu dauerhaftem Wohlstand, sondern in eine schwere, anhaltende Wirtschaftskrise geführt hatte. Auf der anderen Seite wurde aber die stabilisierende Funktion der Parteien als unverzichtbar anerkannt und nicht wenige Venezolaner suchten Anschluss an eine Partei, um sich Zugang zu Posten und sonstigen Privilegien zu verschaffen.

Der aktuelle Präsident Hugo Chávez wurde vor allem deshalb im Jahr 1998 gewählt, weil er sich glaubhaft von den traditionellen Parteien abgrenzte. In der neuen Verfassung von 1999 werden die Parteien kein einziges Mal erwähnt und die Aversion gegen sie geht sogar so weit, dass in Artikel 67 ausdrücklich jede staatliche Finanzierung von „Gruppen mit politischen Zielen“ untersagt wird. Inzwischen hat aber auch Chávez erkannt, dass die populistische Mobilisierung von oben der Ergänzung durch organisatorische Strukturen an der Basis bedarf und deshalb Ende des Jahres 2006 die Gründung einer neuen „Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas“ (*Partido Socialista Unido de Venezuela*, PSUV) verfügt, die sich inzwischen als Patronage- und Mobilisierungsinstrument bewährt hat. Parteien sind, so scheint es, ein fester Bestandteil des politischen Systems in Venezuela. Ihre Funktionen unterscheiden sich aber grundlegend von denen ihrer Pendanten in westlichen Demokratien.

In diesem Beitrag wird zunächst ein kurzes Resümee der Parteienentwicklung seit den 1930er Jahren gezogen und die Funktionsweise des venezolanischen Parteienstaats beschrieben, wie er sich zwischen 1958 und 1993 herausgebildet hat.<sup>1</sup> Anschließend wird die Entwicklung in den 1990er Jahren dargestellt, als das Parteiensystem einen fundamentalen Wandel durchlief, die traditionellen Parteien in einer existentiellen Krise versanken und

---

1 Für eine ausführliche Darstellung siehe Werz (1983) und Kestler (2009).

damit das Feld für den Aufstieg des Populisten Hugo Chávez bereitet wurde. Während dessen Regierungszeit seit 1999 fand insofern eine Rückkehr zum *Status quo ante* statt, als inzwischen erneut ein hegemonialer Akteur das Parteiensystem dominiert, nun jedoch in Form eines Einparteiensystems, das, anders als vor 1993, keine Alternation an der Macht zulässt. Im dritten, ausführlichsten Abschnitt des Artikels wird die Vorgeschichte der chavistischen Bewegung und ihre Entwicklung nach 1998 sowie die Rolle der übrigen Parteien unter der Hegemonie des *Chavismo* beschrieben.

### 1. Die Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems bis 1993

Die Ursprünge des venezolanischen Parteienstaats liegen in den 1930er Jahren, als eine wachsende städtische Mittelschicht gegen die seit 1908 bestehende Diktatur von Juan Vicente Gómez aufbegehrte (Martz 1964; 1966). Nach dem Tod des Diktators 1935 errichteten die Pioniere der späteren Parteien aus der sogenannten "Generation von 1928", die ihre politischen Aktivitäten an der Zentraluniversität in Caracas begonnen hatten, nach und nach flächendeckende Organisationsstrukturen und bedienten sich dabei nicht zuletzt auch der in den ländlichen Regionen bestehenden Patron-Klient-Beziehungen (Powell 1971). Am erfolgreichsten war dabei die Vorläuferorganisation der national-populistischen *Acción Democrática* (AD) unter Führung von Rómulo Betancourt, der *Partido Democrático Nacional* (PDN) (Martz 1966).

Das Verhältnis zwischen den städtischen Eliten und ihrer Gefolgschaft in der Peripherie war von Beginn an von einer starken Asymmetrie geprägt, die auch für die späteren Parteien charakteristisch bleiben sollte. Ein weiteres Merkmal der venezolanischen Parteien war ihr Ausgreifen auf den Bereich der organisierten Interessen. Da die Parteien darum konkurrierten, das bis dahin unerschlossene politische Potential der breiten Bevölkerungsmasse für sich zu nutzen, versuchten sie, über den Einfluss auf Gewerkschaften und andere Interessengruppen ihre Basis zu erweitern und ihre Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen. Diesem Zweck diente auch eine möglichst allgemeine und inklusive Programmatik, wie sie alle Parteien – mit Ausnahme der 1931 gegründeten Kommunistischen Partei – auszeichnete. Anstatt spezifische Bevölkerungssegmente anzusprechen, bezeichneten sie sich als *policlasista* – als klassenübergreifende Organisationen, womit sie einer in ganz Lateinamerika anzutreffenden Variante des *Catch-all*-Typus entsprachen (Dix 1989).



Die Parteienentwicklung erhielt in den 1940er Jahren, während des sogenannten “Tienio”, einen entscheidenden Schub, als kurzzeitig ein demokratisches System etabliert wurde und freie, allgemeine Wahlen stattfanden. In dieser Phase bildete sich mit AD, dem christdemokratischen COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente* – Unabhängiges Organisationskomitee für Politik und Wahlen),<sup>2</sup> der Kommunistischen Partei (PCV) und der als Sammelbecken unabhängiger Wähler gegründeten *Unión Republicana Democrática* (URD) der Stamm des venezolanischen Parteiensystems heraus, das sich in der Folge durch zahlreiche Spaltungen vielfach verzweigte. Die eigentliche Gründung der venezolanischen Demokratie erfolgte nach dem Ende der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez im Jahr 1958. Während der Phase des Übergangs spielten die Parteien eine entscheidende Rolle, indem sie auf der Ebene der Eliten einen Grundkonsens beförderten, der seinen Ausdruck in dem berühmten “Pakt von Punto Fijo” fand. Darin verpflichteten sich die maßgeblichen Parteien AD, COPEI und URD – ausgeschlossen blieb die Kommunistische Partei –, das Ergebnis der Wahlen vom Dezember 1958 zu respektieren. Darüber hinaus vereinbarten sie eine Beteiligung aller Vertragspartner an der Regierung, unabhängig vom Wahlausgang. Auf Initiative der Parteien kam auch ein Sozialpakt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsvertretern zustande. An die Stelle des Hegemonialkampfes, wie er während des “Tienio” ausgetragen worden war, trat damit das Modell eines Elitenkonsenses (Karl 1987; López Maya/Gómez Calcaño/Maingón 1989).

Dieses Modell beschränkte sich nicht auf die kritischen Jahre nach der Diktatur, sondern es bildete ein zentrales Funktionsprinzip des venezolanischen Parteienstaats, der sich immer mehr zu einem Machtkartell aus AD und COPEI entwickelte. Während in den 1960er Jahren unabhängige Präsidentschaftskandidaten wie der Schriftsteller Arturo Uslar Pietri Überraschungserfolge erzielen konnten, erreichte die Dominanz von AD und COPEI nach 1968 ein Ausmaß, das Neueinsteigern keine Chance ließ. 1970 schlossen AD und COPEI einen Pakt, mit dem die zuvor erbittert geführten Auseinandersetzungen um die Besetzung des Parlamentspräsidiums und anderer wichtiger Ämter mittels einer Proporzregelung beigelegt wurden. Diese und ähnliche Praktiken zeigen, dass der politische Prozess in Venezue-

---

2 Der sperrige Name ist darauf zurückzuführen, dass diese Organisation zunächst nicht als Partei konzipiert war. Die eigentliche Parteigründung erfolgte auf der dritten nationalen Konvention im März 1948, wo sich die Partei den Namen *Partido Socialcristiano* – COPEI gab. 2007 benannte sie sich in COPEI – *Partido Popular* um.

la vorwiegend auf informellen Arrangements und Ad-hoc-Bündnissen innerhalb der Elite beruhte, wobei die Parteien eine zentrale Moderatorenrolle einnahmen (Crisp 1992). Die Kapazitäten des Paktmodells, gegensätzliche Interessen zum Ausgleich zu bringen, waren allerdings begrenzt. Den Parteien fiel deshalb die Aufgabe zu, die Interessen, die Eingang in den politischen Entscheidungsprozess fanden, zu kontrollieren und zu selektieren. Über klientelistische Netzwerke und die korporativistische Einbindung nahezu aller Interessengruppen wurden stabile Loyalitäten geschaffen und die politischen Aktivitäten an der Basis einer strikten Kontrolle unterworfen.

In der elektoralen Arena vertraten die Parteien ausnahmslos eine übergreifende Einheitsformel nach dem *policlasista*-Schema. Ihr Programm beruhte auf einem staatszentrierten Entwicklungsmodell, das mit starken sozialen und nationalistischen Elementen unterlegt war. Innergesellschaftliche Konflikte hingegen wurden ausgeklammert, um eine möglichst breite Mobilisierung der Bürger sicherzustellen. Diese Mobilisierung erfolgte in massiver Form und unter Einsatz ungeheurer Ressourcen. Sie blieb aber strikt auf den Wahlprozess beschränkt, der alle fünf Jahre stattfand und immer mehr zu einem inhaltsleeren Ritual verkam (Silva Michelena/Sonntag 1979; Peniman 1980; Sonntag/Maingón 1990). Die Parteien erzeugten mit Hilfe von Massenveranstaltungen und einem propagandistischen Feuerwerk jeweils zum Wahltermin eine "kollektive Hypnose" (*El Nacional*, 29.06.1984: D18), unterbanden während der übrigen Zeit aber jede Form der politischen Agitation (Njaim 1981).

Entsprechend beschränkt blieb auch die Mitwirkung der Parteimitglieder an den internen Entscheidungsprozessen. Sämtliche Parteien entsprachen dem auf Lenin zurückgehenden Prinzip des demokratischen Zentralismus – ein Euphemismus für eine Parteiorganisation, in der die Parteiführung disproportionale Machtinstrumente in Händen hält und selbst so gut wie keiner Kontrolle durch die Basis unterliegt. Äußerlich folgten die Parteien zwar demokratischen Prinzipien, indem sie regelmäßig interne Wahlen abhielten, die internen Wahlprozesse wurden aber über die Seilschaften der maßgeblichen Parteicaudillos gesteuert und bildeten lediglich die *Ultima Ratio*, falls die Machtverhältnisse zwischen den rivalisierenden Fraktionen in der Parteiführung anders nicht geklärt werden konnten (Coppedge 1994; Kestler 2009).

Die zentralen Funktionsprinzipien des venezolanischen Parteienstaats waren also die Kontrolle des politischen Lebens und eine effektive Mobilisierung durch die Parteien. Kontrolle war nötig, um den Elitenkonsens zu

erhalten und um ein Gleichgewicht zwischen den Ansprüchen der Bürger und den staatlichen Ressourcen zu gewährleisten (Rey 1987). Die möglichst umfassende Mobilisierung der Bürger bei Wahlen diene der Legitimierung eines Systems, das keine andere Form der Beteiligung zuließ. Während in der Konzeption deutscher Staatsrechtler die Parteien als Instrumente dienen, "durch die der Bürgerwille auch zwischen den Wahlen verwirklicht werden kann" (Rudzio 1976: 119), bestand die Essenz des venezolanischen Parteienstaats gerade darin, die Partizipation der Bürger zu kontrollieren und auf den Wahlakt zu fokussieren. Die Parteien nahmen im Kontext des venezolanischen politischen Systems somit grundlegend andere Funktionen wahr, als Parteien in westlichen Demokratien. Sie traten nicht als Vertreter und Vermittler spezifischer gesellschaftlicher Sektoren in Erscheinung, sondern gewährleisteten eine Institutionalisierung des politischen Prozesses über ein Wechselspiel aus Kontrolle und Mobilisierung. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems war die Verfügung über den Staatsapparat und die Einnahmen aus dem Ölgeschäft.

Nach dem Beginn der Wirtschaftskrise Anfang der 1980er Jahre gelang es den Parteien immer weniger, ihre Funktionen wahrzunehmen (Navarro 1995). Als die Verteilungsspielräume schrumpften, nahmen ihre Kontroll- und Mobilisierungskapazitäten ab. AD und COPEI versuchten vergeblich, sich durch programmatische und organisatorische Reformen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Stattdessen gerieten sie noch mehr in die Defensive, als nach langem Ringen in den Jahren 1989 bis 1992 einige substantielle Reformen des politischen Systems, insbesondere in den Bereichen Wahlrecht und Dezentralisierung, durchgesetzt wurden. Indirekte Folge dieser Reformen war nämlich, dass den Parteien Konkurrenten erwuchsen, die aufgrund der neu eingeführten Direktwahl der Gouverneure und der Bürgermeister auf regionaler und lokaler Ebene Fuß fassen konnten. Aus dem stabilen Zwei-Parteien-System, das seit Ende der 1960er Jahre bestanden hatte, wurde zu Beginn der 1990er Jahre ein stark volatiles Mehrparteiensystem (Molina Vega 2003).

## **2. Die Krise des Parteienstaats und die Entwicklung des Parteiensystems in den 1990er Jahren**

Gegen Ende der 1980er Jahre spitzte sich die Krise des venezolanischen Parteienstaats akut zu, als die bereits seit mehr als einer Dekade angestauten ökonomischen Ungleichgewichte zu drastischen Stabilisierungsmaßnahmen zwangen. Der im Dezember 1988 gewählte Präsident Carlos Andrés Pérez

(AD), der im Wahlkampf noch den Eindruck erweckt hatte, er würde die populistische Ausgabenpolitik seiner Vorgänger fortsetzen, leitete nach seiner Amtsübernahme unvermittelt ein wirtschaftliches Reformprogramm ein, das weitgehend den Leitlinien des Washingtoner Konsenses folgte. Auf diese Weise brachte er einen Grundpfeiler der Parteienherrschaft – die breite Umverteilung der Ölgelder durch einen starken, paternalistischen Staat – zum Einsturz und löste damit nicht nur schwere wirtschaftliche Verwerfungen, sondern auch eine tiefe Legitimitätskrise des politischen Systems aus (Levine/ Crisp 1999; Boeckh 2000/2001).

Für die AD wurde die Präsidentschaft Pérez' zu einem Desaster. Seit ihrer Gründung 1941 hatte die Partei sich als Vertreterin der breiten Volksmassen verstanden und eine entsprechend populistische Programmatik verfolgt. Die Reformpolitik Pérez' bedeutete eine Abkehr von dieser Tradition und eine Erschütterung für das Selbstverständnis der Partei. Angesichts massiver Widerstände in der Bevölkerung setzten sich große Teile der AD von Pérez ab. Bei der Neuwahl der Parteiführung im Jahr 1991 triumphierten die Gegner des Präsidenten unter Führung des neuen Generalsekretärs Luis Alfaro Ucero.<sup>3</sup> Nach zwei Putschversuchen im Jahr 1992 wurde die Lage Pérez' immer prekärer, bis er schließlich in einem verfassungsrechtlich problematischen Manöver im Mai 1993 von Legislative und Oberstem Gericht abgesetzt wurde. Nach der Absetzung Pérez' betrieb Alfaro Ucero auch dessen Ausschluss aus der Partei. Damit befand sich die AD endgültig in der Hand des sogenannten orthodoxen Parteiflügels, der in der Nachfolge des Parteigründers Rómulo Betancourt für die traditionellen Funktionsprinzipien des venezolanischen Parteienstaats stand. Die Krise der AD war damit aber nicht überwunden. Die Dezentralisierung schuf weitere interne Fronten und erschwerte die zentralisierte Kontrolle durch die Parteiführung. Dies zeigte sich bei der Urwahl des Präsidentschaftskandidaten im Jahr 1993, als sich die Parteibasis für einen Außenseiter, Claudio Fermín, entschied, der sich als Bürgermeister von Caracas einen Namen gemacht hatte. Die Kandidatur Fermíns zeugte von einem Trend der zunehmenden Personalisierung in der elektoralen Arena, der zu Lasten der Parteien ging und deren Monopol bei der Mobilisierung der Wähler untergrub. Diesen Trend aufzuhalten gelang Alfaro Ucero, einem Parteicaudillo der alten Schule, nicht. Zwar hatte er die

---

3 Innerhalb der traditionellen venezolanischen Parteien nahm der Generalsekretär, der den Vorsitz im zentralen Leitungsorgan (dem *Comité Nacional* bei COPEI bzw. dem *Comité Ejecutivo Nacional* bei der AD) führte, eine herausragende Machtposition im Partegefüge ein.

Partei zwischen 1994 und 1998 fest im Griff und konnte während der Präsidentschaft von Rafael Caldera, der auf die Stimmen der AD im Parlament angewiesen war, ihren Einfluss wahren, doch erodierte ihre Mitgliederbasis stetig weiter. Als die Führungsriege der AD unmittelbar vor den Wahlen im Dezember 1998 erkennen musste, dass die bewährten Kontrollmechanismen nicht mehr griffen und ihr die Macht endgültig zu entgleiten drohte, putschte sie gegen ihren Generalsekretär und Präsidentschaftskandidaten Alfaro Uce-ro und stellte sich auf die Seite des unabhängigen Kandidaten Enrique Salas Römer. Der Wahlsieg Chávez', der den Niedergang des venezolanischen Parteienstaats besiegelte und eine neue Ära des unkontrollierten, autokratischen Populismus einläutete, ließ sich damit aber nicht verhindern.

Noch krisenhafter verliefen die 1990er Jahre für die zweite große Parteimaschinerie, COPEI. Jahrzehntlang war es dieser Partei trotz permanenter interner Spannungen gelungen, eine größere Spaltung zu vermeiden, womit sie die Ausnahme unter den venezolanischen Parteien bildete (Herman 1980). An der Spitze der Partei stand bis 1994 Eduardo Fernández, der bereits 1979 das Amt des Generalsekretärs übernommen hatte. Fernández galt lange Zeit als Vertrauter von Rafael Caldera, dem Übervater der Partei, der COPEI Mitte der 1940er Jahre als konservative, christdemokratische Opposition zur AD mitbegründet hatte. Caldera hatte zwischen 1969 und 1974 das Präsidentenamt inne und war mit Ausnahme der Jahre 1973 und 1978 stets Präsidentschaftskandidat COPEIs gewesen. Als er 1988 eine weitere Kandidatur anstrebte, kam es zum Bruch mit Fernández, der ebenfalls auf einer Kandidatur beharrte. Auf einem Nominierungskonvent im November 1987 setzte sich Fernández deutlich gegen Caldera durch, verlor dann aber die Wahlen gegen Carlos Andrés Pérez. Zu einer erneuten Konfrontation kam es im Vorfeld der Wahlen von 1993. Dieses Mal weigerte sich Caldera, das parteiinterne Nominierungsverfahren zu akzeptieren, da Fernández nach wie vor den Parteiapparat kontrollierte (Ellner 1996). Auch auf der programmatischen Ebene zeigte sich eine Entfremdung zwischen ihm und seiner Partei. Anders als Fernández, der Präsident Pérez unterstützte, bezog Caldera eine entschiedene Gegenposition zu den neoliberalen Reformen der Regierung und zum politischen Status quo insgesamt. Ein Bruch wurde damit unvermeidlich. Zu Beginn des Jahres 1993 trennte sich Caldera mit zahlreichen Gefolgsleuten von COPEI und löste damit eine nachhaltige Erschütterung des Parteiensystems aus. Mit seiner neuen Partei namens *Convergencia Nacional* und der Unterstützung einer Reihe weiterer Parteien gewann Caldera die Präsidentschaftswahlen und beendete damit die Ära der

Zwei-Parteien-Herrschaft. COPEI erholte sich vom Schock dieser Spaltung nicht mehr. Auf einer Parteikonvention im Dezember 1994 wurde die Führung um Generalsekretär Fernández von der Fraktion des ehemaligen Staatspräsidenten Luis Herrera Campíns abgelöst, die für eine direkte Massenmobilisierung außerhalb des von der Partei kontrollierten Rahmens eintrat. Diese Strategie endete im Jahr 1998 in einem Desaster, als COPEI – gegen den erbitterten Widerstand des Fernández-Flügels – mit Irene Sáez eine unabhängige Präsidentschaftskandidatin nominierte, dieser aber, als ihre Umfragewerte immer weiter sanken, im letzten Moment die Unterstützung versagte. COPEI verlor im Laufe der 1990er Jahre dramatisch an Boden. Sein Zweitstimmenanteil sank von 31,1% im Jahr 1988 auf 5,1% im Jahr 2000.

Von diesem Abstieg COPEIs konnte Calderas *Convergencia Nacional* nur kurzzeitig, im Jahr 1993, profitieren. Bereits bei den Regionalwahlen des Jahres 1995 fiel sie auf unter 10% der Stimmen. Da es sich um eine heterogene, rein personalistische Gruppierung handelte, verschwand die Partei nach dem Ende der Präsidentschaft Calderas wieder von der Bildfläche der nationalen Politik. Lediglich auf regionaler Ebene konnte sie sich dank populärer Führungspersönlichkeiten und im Bündnis mit anderen Parteien noch einige Jahre behaupten.

Längst waren aber im Zuge der Dezentralisierung weitere neue Mitspieler in das Parteiensystem eingetreten. Einer dieser neuen Akteure war die *Causa R* (R für “radical”), die sich von einer kleinen, regionalen Basisbewegung im östlichen Staat Bolívar zu Beginn der 1990er Jahre zu einer bedeuteten politischen Kraft entwickelte. Diese vor allem von Gewerkschaftern getragene Partei war bereits 1971 nach einer Spaltung der Kommunistischen Partei gegründet worden, erlangte aber erst im Zuge der Dezentralisierung auf nationaler Ebene Bedeutung. 1988 errang die *Causa R* drei Abgeordnetenmandate und nutzte in der Folge die Bühne des Parlaments für eine fundamentale Kritik an der Wirtschaftspolitik der Regierung Pérez, was ihr einen guten Teil des Protestpotentials in der Bevölkerung zuführte. Entgegen der üblichen Praxis verzichtete die *Causa R* sowohl auf eine Massenorganisation als auch auf Bündnisse mit anderen Parteien und kultivierte so das Bild einer unkonventionellen, nicht korrumpten Alternative (López Maya 1997; Buxton 2001). 1989 gewann mit Andrés Velásquez ein Vertreter der *Causa R* die Gouverneurswahlen im Staat Bolívar gegen den Kandidaten der AD. Dieser Erfolg setzte sich im Dezember 1992 fort, als der Kandidat der *Causa R*, Aristóbulo Istúriz, bei der Bürgermeisterwahl in Caracas erfolgreich war. Nach dem symbolträchtigen Wahlsieg in Caracas stellte Istúriz

fest: "Die Parteimaschinerien sind schlagbar" (*El Nacional*, 07.12.1992: D1). Gestützt auf seine erfolgreiche Amtsführung als Gouverneur und seine landesweite Popularität präsentierte Andrés Velásquez im Februar 1993 seine Kandidatur für das Präsidentenamt, mit der er nur knapp und mutmaßlich auch an Wahlbetrug scheiterte. Im Parlament erhielt die Partei 40 Sitze und spielte damit eine wichtige Rolle während der Präsidentschaft Calderas, dessen Koalition aus *Convergencia Nacional* und dem *Movimiento al Socialismo* (MAS – Bewegung zum Sozialismus) über keine Parlamentsmehrheit verfügte.

Bereits kurz nach ihren eindrucksvollen Erfolgen zu Beginn der 1990er Jahre geriet die *Causa R* allerdings in eine schwere Krise. Sie wurde zum Anlaufpunkt zahlreicher Opportunisten und verlor rasch den Charakter einer unkonventionellen, authentischen Bewegung (Buxton 2001). Hinzu kamen organisatorische Eigenarten wie das Konsensprinzip, das für alle internen Entscheidungsprozesse galt, sowie das Fehlen einer flächendeckenden Organisation. In vielen Staaten war die *Causa R* nicht präsent und konnte deshalb ihre Position bei den Regional- und Kommunalwahlen nicht ausbauen. Ihr Erfolg war vor allem dem Staat Bolívar und der Hauptstadt Caracas zu verdanken. Bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1993 hatten diese Hochburgen die meisten Stimmen zum Ergebnis von Andrés Velásquez beige-steuert, während er in vielen anderen Regionen abgeschlagen blieb. Als bei den Regional- und Kommunalwahlen des Jahres 1995 sowohl der Gouverneursposten in Bolívar als auch das Bürgermeisteramt in Caracas an AD-Vertreter fielen, bedeutete dies einen Schock für die *Causa R*. Daraufhin brachen interne Spannungen zwischen den Fraktionen von Generalsekretär Pablo Medina und Andrés Velásquez auf, die sich gegenseitig für den Misserfolg verantwortlich machten.

Neben persönlichen Rivalitäten lagen diesem Konflikt auch divergierende politische Entwürfe zugrunde, die sich bereits vier Jahre zuvor an der Frage kristallisiert hatten, ob man den Putsch vom Februar 1992 – in dessen Vorbereitung die *Causa R* involviert war – unterstützen sollte oder nicht. Während der ehemalige Guerillero Medina mit den Militärs um Chávez pak-tiert hatte und auch nach 1992 deren radikale Konzepte unterstützte, war der Gewerkschafter Velásquez nach 1989 zunehmend auf eine pragmatische Linie eingeschwenkt und befürwortete beispielsweise die Öffnung des – im Jahr 1976 verstaatlichten – Ölsektors für private Investoren. In der gewachsenen Bedeutung auf nationaler Ebene sah er auch eine größere Verantwortung und plädierte dafür, mit der "politischen Steinewerferei" aufzuhören (*El*

*Nacional*, 23.01.1996). Bereits im Mai 1996 war von einer möglichen Spaltung die Rede, als sich die beiden Fraktionen nicht auf einen neuen Generalsekretär einigen konnten. Im Februar 1997 sprach dann Velásquez öffentlich von der Notwendigkeit eines "zivilisierten Bruchs" und leitete damit die Spaltung ein (*El Universal*, 23.02.1997). Seine Fraktion behielt nach einer Entscheidung der Wahlbehörde den Parteinamen und das Parteivermögen. Der Sektor um Pablo Medina, dem der größere Teil des Führungspersonals und der Parlamentsfraktion folgte, gründete eine neue Partei mit dem Namen *Patria Para Todos* (PPT – Heimat für alle). Diese schloss sich im Vorfeld der Wahlen von 1998 dem *Polo Patriótico* an, einem Parteienbündnis, das die Kandidatur von Hugo Chávez unterstützte. Die verbliebene *Causa R* ging zunächst ein Wahlbündnis mit der unabhängigen Kandidatin Irene Sáez ein, nominierte dann aber mit dem Gewerkschafter Alfredo Ramos einen eigenen Präsidentschaftskandidaten, nachdem Sáez sich mit COPEI eingelassen hatte. Bei den folgenden Wahlen erhielt die *Causa R* lediglich 0,1% der Erst- und 3% der Zweitstimmen.

Auch der MAS, der wie die *Causa R* aus der Spaltung der Kommunistischen Partei im Jahr 1970 hervorgegangen war, konnte zu Beginn der 1990er Jahre von den politischen Reformen profitieren. Lange Jahre hatte der MAS unter Führung von Teodoro Petkoff und Pompeyo Márquez versucht, sich mit einer nationalen, reformerischen Variante des Sozialismus – ähnlich der Programmatik der frühen AD – als dritte Kraft im Parteiensystem und als Alternative zu den diskreditierten "Parteien des Status" zu etablieren (Ellner 1988). Dies gelang ihm aber erst mit den Wahlen des Jahres 1988, als er über 10% der Zweitstimmen erhielt, nachdem er sich mit dem *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (MIR – Bewegung der revolutionären Linken) zusammengeschlossen hatte.<sup>4</sup> Bei den nachfolgenden Regionalwahlen konnte der MAS einige Erfolge erzielen und sich einzelne Hochburgen, insbesondere im Staat Aragua, schaffen. Dies führte aber auch zu verschärften internen Rivalitäten, da diese Wahlerfolge regionalen Führungspersonlichkeiten, nicht der nationalen Parteiführung, zugeschrieben wurden. Anders als AD und COPEI hatte der MAS schon früh ein proportionales Verfahren bei internen Wahlen eingeführt, was den Fraktionalismus innerhalb der Partei noch verstärkte. Zudem ging der MAS auf regionaler Ebene zahlreiche, teilweise widersprüchliche Bündnisse mit anderen Parteien ein, die das Erschei-

---

4 Der MIR war eine der größeren Parteien des hoffnungslos zersplitterten linken Spektrums. Er war 1960 von jungen, links orientierten Führungsmitgliedern der AD gegründet worden und hatte bereits mehrmals eine Wahlallianz mit dem MAS geschlossen.



nungsbild der Gesamtpartei beeinträchtigten und ihren ohnehin geringen Zusammenhalt zusätzlich schwächten (*El Nacional*, 14.02.1993).

Der MAS war im Jahr 1993 eine der wichtigsten Stützen der Kandidatur Calderas und bildete nach dessen Wahlsieg eine Koalition mit *Convergencia Nacional*. Als aber mit zunehmenden wirtschaftlichen Problemen die Popularität des Präsidenten sank, brachte dies den MAS in eine Zwangslage. Zu Beginn des Jahres 1996 zerfiel die Parteiführung in zwei Lager, von denen das eine ein Oppositionsbündnis mit COPEI einging und das andere auf der Seite der Regierung verblieb. Zu letzterer Gruppe zählte Teodoro Petkoff, der mit dem Planungsministerium sogar eine Schlüsselposition in der Regierung übernahm. Dies dokumentierte die tiefe Identitätskrise des MAS, der in der volatilen, von wirtschaftlicher Unsicherheit und sozialer Unrast geprägten politischen Landschaft der 1990er Jahre seine Rolle nicht finden konnte. Eine Urwahl im April 1997 sollte Klarheit in den internen Verhältnissen schaffen, führte aber stattdessen in eine schwere Krise, weil die unterlegene Seite die Ergebnisse nicht anerkannte. Erst auf einer *Convención Nacional* im Oktober konnte der Konflikt beigelegt und Leopoldo Puchi im Amt des Generalsekretärs bestätigt werden.

Die Spannungen nahmen erneut zu, als im Vorfeld der Wahlen von 1998 Stimmen laut wurden, die eine Unterstützung Chávez' befürworteten, was die alte Garde um Petkoff und Márquez entschieden ablehnte (*El Universal* 23.05.1998). Die Fürsprecher Chávez' in der Parteiführung – Generalsekretär Puchi und Parteipräsident Felipe Mujica – hatten vor allem die Umfragewerte im Blick, während die Parteibasis Sympathien für den von Chávez angekündigten radikalen Wandel zeigte. Auf einer Delegiertenversammlung im Juni 1998 behielt letztere Fraktion die Oberhand. Chávez wurde per Akklamation, unter Umgehung des vorgesehenen Verfahrens, von den anwesenden Delegierten und Besuchern als Präsidentschaftskandidat des MAS nominiert (*El Nacional*, 13.06.1998). Petkoff und Márquez trennten sich daraufhin von der Partei, die sie mitbegründet hatten.

Das Parteiensystem der 1990er Jahre war Spiegel einer fundamentalen Umgestaltung des politischen Systems, die auch als Hegemonialkrise der traditionellen Parteien beschrieben wurde (Lander/López Maya 2000). Diese führte zu einer Deinstitutionalisierung nicht nur des Parteiensystems, sondern des politischen Prozesses insgesamt, was sich beispielsweise darin äu-

berte, dass die Wahlergebnisse zunehmend in Zweifel gezogen wurden.<sup>5</sup> Zugleich eröffneten sich Einstiegschancen für neue Parteien wie die *Causa R* oder *Convergencia*, die aber nach ihrem raschen Aufstieg ihre Position nicht festigen konnten. Bis zum Ende der 1990er Jahre behielt das Parteiensystem seinen volatilen, deinstitutionalisierten Charakter.

### 3. Der Aufstieg Chávez' und die Rolle der Parteien nach 1998

Mit der *Causa R* und dem MAS gerieten gegen Ende der 1990er Jahre auch diejenigen Parteien in die Krise, die zunächst noch vom Niedergang ADs und COPEIs profitiert hatten. An ihre Stelle traten nun rein personalistische Gruppierungen wie die Wahlplattform von Irene Sáez Conde, die dem breiten Publikum als ehemalige "Miss Universe" gut bekannt war und die sich seit 1993 als Bürgermeisterin des Stadtteils Chacao in Caracas auch auf dem Feld der Politik Ansehen erworben hatte. Unter den potentiellen Präsidentschaftskandidaten führte sie lange Zeit die Umfragen an, weshalb sie von verschiedensten Seiten umworben wurde. Im Mai 1998 organisierte sie ihre Anhängerschaft in einer Wahlplattform mit dem Namen *Integración, Renovación, Nueva Esperanza* (IRENE – Integration, Erneuerung, neue Hoffnung). Da sie zugleich von den organisatorischen Kapazitäten eines Parteiapparats profitieren wollte, akzeptierte sie im Juni 1998 die Nominierung durch COPEI, was angesichts des Prestigeverlusts der traditionellen Parteien ein schwerer taktischer Fehler war. Im Laufe des Jahres 1998 sanken ihre Umfragewerte stetig, während die anderen Kandidaten aufschlossen.

Vor allem der vom Putschisten zum Volkstribun mutierte Hugo Chávez setzte seit Beginn des Jahres 1998 zu einem beispiellosen Höhenflug an. Während seiner Haft zwischen 1992 und 1994 hatte er sich angesichts der gewaltigen Popularität, die ihm der Putsch eingebracht hatte, zu einem Eintritt in die politische Arena entschlossen und vielfältige Kontakte geknüpft. Im März 1994 wurde er von Präsident Caldera als Geste der Aussöhnung und zur Beruhigung der angespannten politischen Situation begnadigt. Nach seiner Freilassung betrieb er die Umwandlung seiner überwiegend aus Militärs bestehenden Verschwörergruppe, des *Movimiento Bolivariano Revolucionario-200*,<sup>6</sup> in eine Massenbewegung, die als Gegenprojekt zu den etab-

5 Bei den Regionalwahlen der Jahre 1992 und 1995 kam es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten, weshalb in einigen Staaten die Wahlen wiederholt werden mussten. Der Präsidentschaftswahl von 1993 haftet bis heute der Ruch der Manipulation an.

6 Der Zusatz 200 bezog sich auf den 200. Geburtstag Simón Bolívars, der auf das Jahr 1983 fiel.

lierten Parteien und zum bestehenden politischen System insgesamt konzipiert war (López Maya 2003).

Die Ursprünge des MBR-200 lagen in den 1970er Jahren, als im Militär und insbesondere in der Armee die Unzufriedenheit mit der Korruption, der Ungleichheit und der mangelnden Repräsentativität des politischen Systems wuchs. Seine ersten konspirativen Aktivitäten entwickelte Chávez 1977, als er gemeinsam mit drei Kameraden einen geheimen Bund mit dem Namen *Ejército de Liberación del Pueblo de Venezuela* (Befreiungsheer des Volkes Venezuelas) gründete. Noch im selben Jahr stießen Miguel Ortiz Contreras und Jesús Urdaneta Hernández, zwei Führungsmitglieder des späteren MBR-200 und Protagonisten des Putsches vom Februar 1992, zu der Gruppe. Bei der Suche nach alternativen programmatischen Entwürfen bedienten sich die Verschwörer aus dem Fundus der nationalen Geschichte und beriefen sich insbesondere auf drei historische Figuren: den Befreier Simón Bolívar, dessen Lehrer Simón Rodríguez und den Caudillo Ezequiel Zamora (Blanco Muñoz 1998: 68ff.; Garrido García 2002). Aus den teilweise widersprüchlichen (Bolívar) oder sehr spärlichen (Zamora) Überlieferungen dieser Gestalten suchten sie sich diejenigen Elemente zusammen, die ihnen passend erschienen und interpretierten sie in ihrem Sinne, weshalb das Programm des *Chavismo* von Beginn an einen sehr eklektischen und inkohärenten Charakter besaß. In den folgenden Jahren erweiterte sich die Zelle und ihre Mitglieder stiegen nach und nach in der militärischen Hierarchie auf. Im Dezember 1982 gründeten Chávez, Urdaneta Hernández und Felipe Acosta Carles, die zu diesem Zeitpunkt alle drei im Rang eines Hauptmanns standen, in einem feierlichen Schwur eine geheime Militärloge mit dem Namen *Ejército Bolivariano Revolucionario 200*, die später in *Movimiento Bolivariano Revolucionario 200* (MBR-200 – Bolivarische Revolutionäre Bewegung 200) umbenannt wurde. Sie gelobten, die Werte des Vaterlandes und des Militärs zu verteidigen und die Korruption zu bekämpfen (Zago 1998: 57). Zu diesem Zeitpunkt gaben Chávez und seine Mitverschwörer bereits selbst Kurse an der Militärakademie, womit sie Einfluss auf die nachfolgende Generation von Offizieren nehmen konnten.

In den Entwürfen des MBR-200 sollte das Militär sich nicht auf Verteidigungsaufgaben beschränken, sondern seine Ressourcen – Material und Know-how – umfassend in den Dienst des Landes stellen (Zago 1998: 47f.). Beeinflusst war diese Vorstellung von Vorbildern wie Omar Torrijos in Panama oder Velasco Alvarado in Peru, wo sich Chávez im Rahmen seiner Ausbildung im Dezember 1974 kurz aufgehalten hatte (Blanco Muñoz 1998:

38f.). Sollte eine solche Konzeption nicht offen auf eine Militärdiktatur hinsteuern, dann erforderte sie die Mitwirkung von Zivilisten. Deshalb verstand sich der MBR-200 von Beginn an als eine zivil-militärische Bewegung. Auf der Suche nach zivilen Verbündeten wurden die Verschwörer um Chávez vor allem in den Reihen der extremen Linken fündig, deren Konzept der Avantgarde auch zivil-militärische Gedankenspiele einschloss. Seit Beginn der 1980er Jahre bestanden enge Verbindungen zwischen dem MBR-200 und linken Veteranen aus dem Dunstkreis der Guerilla.<sup>7</sup> Diese Kontakte sorgten allerdings für Spannungen auf beiden Seiten. Die Linken misstrauten den autoritären Tendenzen der Militärs, die wiederum Vorbehalte gegenüber ehemaligen Guerilleros wie Douglas Bravo oder Alfredo Maneiro besaßen – schließlich bildete der Kampf gegen die kommunistische Guerilla einen Grundpfeiler der militärischen Doktrin.

Bis 1986 baute der MBR-200 seine geographische Präsenz aus, nicht zuletzt dank eines Rotationsprinzips, nach dem Offiziere häufig ihre Einheiten wechselten (Blanco Muñoz 1998: 130). 1986 kam die Militärführung der Zelle auf die Spur, was diese zwang, ihre Expansion zu bremsen. In dieser Zeit konkretisierten die Verschwörer ihre politischen Ziele dahingehend, dass sie explizit auf einen Putsch hinarbeiteten und einen entsprechenden Zeitplan entwarfen (Blanco Muñoz 2004: 67). Praktische Vorbereitungen wurden aber nicht getroffen, unter anderem deshalb, weil die beteiligten Offiziere noch keine Kommandopositionen innehatten. Dies änderte sich nach dem *Caracazo* im Februar 1989, der von den „Bolivarianos“ als ein Startsignal empfunden wurde. Die Kontakte zu linken Gruppen wie dem PRV (*Partido de la Revolución Venezolano* – Venezolanische Revolutionspartei) und dem Medina-Flügel der *Causa R* wurden nach dem *Caracazo* wieder intensiviert (López Maya 2003). Wesentlichen Anteil daran, dass der MBR-200 seine Putschpläne verwirklichen konnte, hatte die Militärführung selbst, die, obwohl sie seit langem von den konspirativen Aktivitäten der Gruppe wusste – ohne allerdings über Beweise zu verfügen –, nicht konsequent einschritt. Stattdessen wurde Chávez im Juli 1990 zum Oberstleutnant („Comandante“) befördert. Im August 1991 wurde ihm das Kommando über ein Fallschirmjäger-Bataillon übertragen. Fast zeitgleich erhielten auch Ur-

---

<sup>7</sup> Wichtigstes Verbindungsglied zwischen den linken Ex-Guerilleros und den Militärs bildete Chávez' Bruder Adán, der Mitglied des PRV, einer radikalen linken Splittergruppe um Douglas Bravo, war (*El Nacional*, 05.11.2002).

daneta Hernández und Acosta Chirinos Kommandopositionen.<sup>8</sup> Am Abend des 3. Februar 1992 erfolgte nach wiederholten Verzögerungen die Mobilisierung in mehreren Stützpunkten des Landes.

Obwohl die Putschisten bereits am Morgen des 4. Februar ihr Scheitern eingestehen mussten, entfaltete der Putsch eine starke Wirkung in der Öffentlichkeit und gab der politischen Entwicklung eine neue, entscheidende Dynamik. Für Chávez war klar, dass die Stunde der Revolution gekommen war. Im Oktober 1992 schrieb er an Urdaneta Hernández: “[D]ie Saat, die wir ausgebracht haben, war breit und nachhaltig. Ich glaube an unsere Leute. [...] Wir müssen die Zügel nun vollständig in die Hand nehmen. [...] Lass uns also unsere Führungsmission annehmen” (Garrido García 2002: 266). Die enorme Popularität, die insbesondere Chávez infolge des Putschversuchs genoss, bildete ein politisches Kapital, von dem die Bewegung in der Folge zehrte und das den MBR-200 in einen gewichtigen politischen Akteur verwandelte. Nach seiner Begnadigung im März 1994 schied Chávez, ebenso wie die übrigen Putschoffiziere, aus dem Militär aus, womit ihm eine politische Betätigung offen stand. Noch vom Gefängnis aus hatte Chávez versucht, die Gründung einer legalen Variante des MBR-200 anzustoßen (Garrido García 2002: 282ff.). Nun ging er mit voller Energie an den Aufbau einer landesweiten Organisation, die zunächst vor allem dazu dienen sollte, die mit dem Putsch ausgelöste Dynamik zu erhalten und seine Anhängerschaft in eine feste politische Größe zu verwandeln. Er legte dabei – nach eigener Aussage – innerhalb von zwei Jahren fast 300.000 km zurück, um in jedem Winkel des Landes sein politisches Projekt und seine organisatorischen Vorschläge zu präsentieren (*El Universal*, 11.11.1996; Blanco Muñoz 1998: 297). Sein Diskurs drehte sich immer um dieselben Grundmotive: ein Ende der Korruption, soziale Gerechtigkeit, die Auflösung des Kongresses und allgemein die Notwendigkeit eines radikalen Wandels mit Hilfe einer verfassungsgebenden Versammlung (*El Nacional*, 12.06.1994). Während er damit in der breiten Öffentlichkeit zunächst kaum für Aufsehen sorgte, traf diese Botschaft in den Armenvierteln, die er besuchte, den Nerv des Publikums.

Das populistische Talent Chávez’ und die von ihm verkörperte Protesthaltung zogen auch zahlreiche Altlinke wie José R. Núñez Tenorio, Luis Miquilena, Manuel Quijada, Guillermo García Ponce und José Vicente Ran-

---

8 Diese Maßnahmen wurden als Hinweis darauf interpretiert, dass hinter dem Putsch vom Februar 1992 verdeckte Interessen standen und dass er mit stiller Duldung des Verteidigungsministers erfolgte. Eine ausführliche Stellungnahme Chávez’ zu dieser Hypothese findet sich in Blanco Muñoz (1998: 154ff.).

gel sowie Linksintellektuelle wie den bekannten Journalisten Alfredo Peña oder den Wirtschaftsprofessor Jorge Giordani an. Die traditionelle venezolanische Linke, die sich nun um Chávez scharte, Mitglieder des PCV und seiner zahlreichen Abspaltungen, hatte seit dem Ende der Gómez-Diktatur die politische Entwicklung Venezuelas in erheblichem Maße mitgeprägt (Alexander 1969). Gegen Ende der 1930er Jahre waren die Kommunisten die stärkste Kraft innerhalb der Gewerkschaften gewesen, hatten diese Position aber Mitte der 1940er Jahre an die AD verloren. In den Jahren der Diktatur von Pérez Jiménez arbeiteten sie im Widerstand eng mit jüngeren AD-Kadern zusammen, während sich die ältere AD-Führungsriege im Exil befand. Dennoch wurden die Kommunisten nach der Rückkehr zur Demokratie aus dem "Punto-Fijo-Pakt" ausgeschlossen, was neben der kubanischen Revolution zu ihrer Radikalisierung beitrug. Nach einer Phase des erfolglosen Guerillakampfes kehrten sie Ende der 1960er Jahre in die legale politische Arena zurück, um ihre revolutionären Ziele auf elektoralem Weg zu verfolgen. Aufgrund ihrer Zersplitterung gelang es der Linken jedoch nicht, ihr Wählerpotential auszuschöpfen. Trotz einer zunehmenden Delegitimierung des "Punto-Fijo-Systems" dauerte es weitere drei Jahrzehnte, bis sich mit Chávez eine realistische Chance der Machtübernahme bot (Ellner 1993).

Auch die traditionellen Akteure hatten nach 1992 versucht, angesichts der akuten Legitimitätskrise und des Vertrauensverlusts der politischen Institutionen von der Popularität Chávez' zu profitieren. Dieser hatte sich aber den Sirenen gesängen standhaft widersetzt und darauf beharrt, das politische Kapital seiner Bewegung nicht vorschnell in Machtanteile umzumünzen. Eine Beteiligung am elektoralen Wettbewerb, und sei es nur in Form einer Wahlempfehlung, hätte seiner Ansicht nach die revolutionären Ziele der Bewegung in Frage gestellt. Sein Motto lautete: "ANGRIFF AUF DAS SYSTEM MIT ALLEN UNSEREN MITTELN UND UNSERER MORALISCHEN KRAFT" (Garrido García 2002: 285 [Majuskeln im Original]). Nicht eine Machtbeteiligung strebte Chávez an, sondern die vollständige Erringung der Macht. Ende des Jahres 1996 schien dieses Ziel in greifbarer Nähe, als eigene Umfragen des MBR-200 zeigten, dass Chávez realistische Chancen auf einen Wahlsieg besaß. Auf dessen Drängen hin beschloss der MBR-200 (trotz anfänglich starker interner Widerstände) einen Strategiewechsel und eine Beteiligung an den Wahlen im Dezember 1998. Zu diesem Zweck wurde Mitte des Jahres 1997 eine Wahlplattform mit dem Namen

*Movimiento Quinta República* (MVR – Bewegung Fünfte Republik)<sup>9</sup> gegründet. Die Mitgliederzahl des MVR wuchs im Laufe des Wahlkampfes rasch an und schon bald wurde er zum zentralen organisatorischen Vehikel des *Chavismo*, während der MBR-200 an Bedeutung verlor und faktisch im MVR aufging (Pereira Almas 2001; López Maya 2005).

Zu den ideologischen Inspiratoren der *Chavistas* gehörte Ezequiel Zamora, ein Caudillo im Föderalen Krieg Mitte des 19. Jahrhunderts, von dem der Schlachtruf “Schrecken der Oligarchie” überliefert ist. Dieses Motto bekräftigte Chávez im Wahlkampf, als er ankündigte “die Köpfe der Adecos und der Copeyanos [Mitglieder von AD und COPEI] zu frittieren” (Lander/López Maya 1999: 12). Sein Programm, das eine Rückkehr zu staatlichem Interventionismus verhieß und auch Elemente beinhaltete, die den Schutz des privaten Eigentums in Frage stellten, musste von wichtigen Machtgruppen als eine Kriegserklärung verstanden werden. Als Chávez seit März 1998 die Umfragen mit wachsendem Vorsprung anführte, löste dies bei den etablierten Parteien, bei den Unternehmern und in der Mittelschicht Panik aus. Um einen Wahlsieg des *Comandante* zu verhindern, setzten AD und COPEI im Mai 1998 eine Trennung der Parlaments- und Regionalwahlen – die in diesem Jahr zusammenfielen – von den Präsidentschaftswahlen durch. Erstere wurden einen Monat vorgezogen, um den Effekt der Personalisierung abzuschwächen und die eigene organisatorische Überlegenheit besser ausspielen zu können (Lander/López Maya 1999). Als Reaktion auf die Manöver von AD und COPEI gründete das chavistische Lager einen Parteienblock mit integrierten Listen, den *Polo Patriótico*, dem sich zahlreiche linke Parteien, unter anderen der MAS und der PPT, anschlossen.

Zuletzt setzten die Gegner Chávez’ ihre Hoffnungen ganz in Enrique Salas Römer. Dieser war im Jahr 1989 für eine Koalition aus COPEI, MAS und weiteren Parteien zum Gouverneur des Gliedstaates Carabobo gewählt und 1992 in diesem Amt bestätigt worden. Als erster Präsident der Gouverneursversammlung hatte er sich stark für eine weitere Dezentralisierung eingesetzt und sich landesweit einen Namen gemacht. Er galt zwar als COPEI-Mitglied, stand dieser Partei aber distanziert gegenüber und hatte 1995 eine eigene politische Organisation mit dem Namen *Proyecto Carabobo* gegründet. Diese verwandelte er unter dem Namen *Proyecto Venezuela* (PV) in eine landesweite Wahlplattform für seine Präsidentschaftskandidatur, die

---

9 Die vierte Republik war nach dieser Zählung eine oligarchische, die den gesamten Zeitraum seit der Abspaltung Venezuelas von Großkolumbien im Jahr 1830 umfasste (*El Universal*, 30.07.1997).

gegen Ende des Wahlkampfes stark an Dynamik gewann und von allen Vertretern des politischen Establishments unterstützt wurde (Welsch/Werz 1999).

Als der Wahltermin näher rückte und auch die vorgezogenen Parlamentswahlen im November 1998 den Vormarsch Chávez' nicht stoppen konnten, veränderte sich der Charakter des politischen Wettbewerbs grundlegend. An die Stelle der traditionellen Wahlkämpfe mit ihren Floskeln und Inszenierungen trat eine tief greifende Polarisierung, die die bisherigen (partei politischen) Konfliktlinien vollständig überlagerte und weit in die gesellschaftliche Sphäre hineinreichte. Der Wahlkampf bewegte sich nun außerhalb des von den traditionellen Parteien gesetzten Rahmens, der den gegenseitigen Angriffen Grenzen gesetzt hatte. Chávez spaltete durch seine aggressive Rhetorik die Parteien, die organisierten Interessen und gesellschaftliche Gruppen in Freund und Feind. Erstmals seit Jahrzehnten spielten dabei auch ökonomische Gegensätze eine Rolle. Hatten die Parteien zuvor sozioökonomische *Cleavages* bewusst ausgeklammert, um die politischen Konflikte auf ein kontrollierbares Maß zu begrenzen, so schlachtete Chávez dieses repräsentative Ungleichgewicht hemmungslos aus, ohne Rücksicht auf ökonomische oder politische Begleitschäden (Welsch/Werz 1999; Roberts 2003). Salas Römer verstärkte unfreiwillig den Effekt der Polarisierung, indem er im Wahlkampf hoch zu Ross erschien und damit ein ideales Gegenbild zu Chávez lieferte. In seinem Duktus und seinem Auftreten wirkte der in Yale ausgebildete Ökonom für den "Mann auf der Straße" abgehoben und elitär. Auch seine Anhänger rekrutierten sich vorwiegend aus den besseren Wohngegenden. Während Chávez vor lärmenden Massen in den Straßen auftrat, machten die Wahlveranstaltungen seines Gegenspielers einen sehr gepflegten und wohl organisierten Eindruck. Damit fand der in Venezuela schon immer bestehende, mit der Wirtschaftskrise aber verschärfte und politisierte Klassengegensatz Eingang in die elektorale Arena.

Nach dem deutlichen Wahlsieg Chávez' im Dezember 1998 schien sich diese Polarisierung kurzzeitig aufzulösen. Bald schon verstärkte sie sich aber wieder und dominiert seitdem das politische Leben Venezuelas. Die Funktionsprinzipien des venezolanischen Parteienstaats, der eine begrenzte Institutionalisierung des politischen Prozesses gewährleistet hatte, waren damit außer Kraft gesetzt. Die Mobilisierung der Bürger erfolgte nun nicht mehr in kontrollierter Form, sondern permanent, und auf der Ebene der Eliten trat an die Stelle des zuvor praktizierten Konsensmodells ein Machtkampf, der buchstäblich bis aufs Messer ausgetragen wurde. In den Jahren 2001 und



2002, als die Popularität des Präsidenten schwand und seine Gegner eine breite Oppositionsbewegung mobilisieren konnten, schien es, als würde die Ära Chávez ein baldiges Ende finden. Gravierende Fehler und Rivalitäten innerhalb der sehr heterogenen Oppositionsbewegung führten aber dazu, dass Chávez, nachdem er im April 2002 bereits geschlagen schien, triumphal ins Präsidentenamt zurückkehren und seitdem seine Machtposition immer weiter ausbauen konnte (Ellner 2008; Nelson 2009).

Im Widerstand gegen das chavistische Hegemonialstreben gelang es den oppositionellen Parteien nicht, neben den Gewerkschaften, Verbänden und Basisgruppen im Lager der Opposition die Initiative an sich zu ziehen. Die in den 1990er Jahren erfolgreichen Parteien wie die *Causa R*, der MAS oder *Convergencia* erwiesen sich als kurzlebig. Der PV Salas Römers besaß zwar nach der Wahlniederlage von 1999 noch ein gewisses Gewicht im Parlament, wo er über 20 Abgeordnetensitze verfügte, die Rolle als Führungsfigur der Opposition gegen Chávez, die er im Wahlkampf gespielt hatte, konnte Salas Römer aber nicht behaupten. Seine Partei verstrickte sich zusehends in interne Konflikte und bildete sich wieder zu einer regionalen Gruppierung zurück. Ein ähnliches Schicksal erlitt auch die Wahlplattform *Unión* von Francisco Arias Cárdenas, der im Juli 2000 als Einheitskandidat der Opposition gegen Chávez angetreten war. Arias gehörte zu den Mitbegründern des MBR-200, war aber bereits nach dem Putsch von 1992 auf Distanz zu Chávez gegangen und hatte im Frühjahr 2000 endgültig mit ihm gebrochen. Nach der Wahlniederlage gelang es ihm nicht, seinen Führungsanspruch innerhalb der Opposition aufrechtzuerhalten.

Die traditionellen Parteien befanden sich hoffnungslos in der Defensive und konnten auch in der Oppositionsbewegung nicht die Initiative zurückgewinnen. Ihre Basis war längst zu den neuen Machthabern abgewandert und ihre klientelistischen Netzwerke hatten sich aufgelöst, womit sie ihr Mobilisierungspotential verloren hatten. AD hatte nach dem Desaster von 1998 zunächst einen organisatorischen und personellen Neuanfang versucht, im März 2003 aber mit Henry Ramos Allup wieder ein altbekanntes Gesicht an die Parteispitze berufen. Der neue Generalsekretär sah die Bemühungen der Opposition zur Absetzung Chávez' als Chance, die Partei an die Macht zurückzuführen, verstrickte sich aber in taktische Manöver und durchsichtige Profilierungsversuche. Als die AD bei den Regional- und Lokalwahlen der Jahre 2004 und 2005 unerwartet schlecht abschnitt, verschärften sich erneut die internen Führungsstreitigkeiten. Eine für Oktober 2005 vorgesehene Urwahl sollte Klarheit über den weiteren Kurs liefern, musste aber aufgrund

mutmaßlicher Unregelmäßigkeiten verschoben werden. Mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen der Jahre 2005 und 2006 traten die internen Spannungen wieder etwas in den Hintergrund. Dies änderte nichts an der Orientierungslosigkeit der Partei, für die einerseits ein Zurück zu ihrer früheren Rolle nicht mehr möglich war, der es andererseits aber nicht gelang, unter den veränderten politischen Verhältnissen zu einer neuen Rolle zu finden.

In einer noch trostloseren Verfassung befand sich COPEI. Nach einer längeren Phase des programmatischen und organisatorischen Experimentierens versuchte auch diese Traditionspartei im November 2002 mit internen Wahlen – den ersten seit fast neun Jahren – einen Neuanfang. Parteipräsident wurde Eduardo Fernández, der nun wieder als Hoffnungsträger erschien, nachdem die Strategien der sogenannten Modernisierer um Ex-Präsident Herrera Campíns gescheitert waren. Unter der neuen Führung bezog die Partei eine kompromisslose Position gegenüber der Regierung und versuchte, eine integrierende Rolle innerhalb der Oppositionsbewegung zu spielen. Nach den von der Opposition boykottierten Parlamentswahlen des Jahres 2005 nahmen die internen Konflikte aber bereits wieder zu und führten im März 2006 zum Rücktritt der Parteiführung (*El Nacional*, 20.03.2006). Mit Luis Ignacio Planas und Luis Carlos Solórzano übernahm eine neue Generation das Ruder, die versuchte, die Partei mit der Umbenennung in “COPEI – Partido Popular” in eine breite *Catch-all*-Bewegung zu verwandeln. Da COPEI aber, abgesehen von einigen wenigen regionalen Hochburgen, inzwischen kaum noch über eine Wählerbasis verfügt und seine politische Anziehungskraft vollends eingebüßt hat, wird auch diese Neuorientierung den Niedergang der Partei nicht umkehren können.

Die dritte verbliebene Traditionspartei, der MAS, gehörte nach den Wahlen des Jahres 1998 zunächst dem Regierungslager an. Das Verhältnis zu Chávez war aber von Beginn an von Spannungen geprägt, da der Präsident bedingungslose Gefolgschaft forderte, während der MAS versuchte, einen eigenständigen Kurs zu steuern. Als in einer internen Wahl im November 2001 die Chávez-kritische Parteiführung um Generalsekretär Puchi und Parteipräsident Mujica bestätigt wurde, trat der MAS aus der Regierung aus. Auf den unteren Parteiebenen, wo das chavistische Experiment einige Sympathie genoss und vielen Funktionären der Abschied von den Pfründen der Regierung schwer fiel, fand die Parteiführung damit aber keine ungeteilte Zustimmung. Ein Kommentator in *El Universal* (23.01.2005) bemerkte: “Wenn zum Verlust des sozialistischen Traums noch der Verlust des Ar-

beitsplatzes hinzukommt, dann ist das schwere Kost für eine Parteibasis ohne allzu viel Orientierung.” Eine Fraktion unter Führung von Ismael García verblieb im Regierungslager und gründete eine eigene Partei mit dem Namen PODEMOS (*Por la Democracia Social*). Deren Loyalität gegenüber Chávez wurde einer harten Bewährungsprobe unterzogen, als der Präsident im Dezember 2006 die Gründung einer neuen Einheitspartei verfügte, in der alle Mitglieder seiner Koalition aufgehen sollten. Inzwischen hat auch PODEMOS die Option der Selbstbehauptung gewählt und sich von Chávez distanziert.

Neben den krisengeschüttelten Traditionsparteien existierte mit dem *Movimiento Primero Justicia* (MPJ – Bewegung Gerechtigkeit bzw. Rechtsstaatlichkeit zuerst) seit 2000 eine Partei, die zeitweise gute Aussichten besaß, eine Führungsrolle im oppositionellen Lager zu übernehmen. Der MPJ war aus einer zivilgesellschaftlichen Organisation hervorgegangen, die sich bereits seit einigen Jahren auf lokaler Ebene für eine Behebung der Missstände im Bereich der Justiz eingesetzt hatte. Die Partei übersetzte dieses Anliegen in ein politisches Programm, das vor allem die Notwendigkeit stabiler Institutionen und verlässlicher Regeln für die Funktionsfähigkeit eines politischen Systems betonte (*El Universal*, 11.04.2000). Der MPJ versuchte davon zu profitieren, dass er eine junge Partei war, die nicht mit dem *Puntofijismo* identifiziert wurde. Er schwankte dabei zwischen dem Schlußschluss mit den anderen oppositionellen Parteien und einer Strategie der Abgrenzung. Nach dem gescheiterten Abberufungsreferendum des Jahres 2004 verließ der MPJ die in der *Coordinadora Democrática* (CD) organisierte Oppositionsbewegung, um einen eigenständigen, gemäßigten Kurs einzuschlagen. Im Parlament ging er ein Bündnis mit der *Causa R* ein, die eine ähnliche Strategie verfolgte. Angesichts fortgesetzter Konfrontationen mit der Regierung besann man sich aber bald wieder auf eine Verständigung mit den übrigen Gruppen im oppositionellen Lager.

Wie alle venezolanischen Parteien besitzt auch der MPJ einen stark personalistischen Charakter. In der elektoralen Arena konnte er sich vor allem deshalb behaupten, weil sein Mitbegründer, Julio Borges, einem breiten Publikum aus einer TV-Show bekannt war. Als im August 2006 einige Führungsmitglieder des MPJ die Autorität Borges’ infrage stellten, endete dieser Disput in einer Spaltung. Zu den Dissidenten zählten der ehemalige Generalsekretär Gerardo Blyde und der Bürgermeister des Hauptstadtbezirks Chacao, Leopoldo López, die sich beide der Wahlplattform *Un Nuevo Tiempo* (UNT – Ein Neues Zeitalter) des ehemaligen AD-Mitglieds Manuel Rosales

anschlössen. Rosales war der Einheitskandidat der Opposition für die Präsidentschaftswahl im Dezember 2006. Seit 2000 amtierte er als Gouverneur des Staates Zulia. Dort hatte er die UNT zunächst als lokale Partei gegründet und aus Anlass der Präsidentschaftswahl auf den Rest des Landes ausgedehnt. Trotz der Wahlniederlage Rosales' etablierte sich die UNT als wichtigste Plattform der Opposition. Es handelt sich allerdings ebenfalls um eine stark personalistische Gruppierung mit einem sehr offenen Bewegungsscharakter. Ihre Dynamik bezog sie aus den Wahl- und Abstimmungsprozessen der Jahre 2000 bis 2006 und der damit verbundenen Mobilisierung. Der Zusammenhalt der UNT wurde vor allem durch die Person Rosales gewährleistet. Als deshalb die Regierung mithilfe der chavistisch dominierten Justiz gegen diesen vorging und ihn im Frühjahr 2009 ins Exil zwang, war die wichtigste Oppositionspartei führerlos und ihr Fortbestand infrage gestellt.

Auch andere prominente Oppositionsführer wurden unter fadenscheinigen Vorwänden juristisch belangt und auf diese Weise neutralisiert. Die Regierung griff zu jeder erdenklichen Art der Schikane und der Manipulation, um die Spielräume der Opposition einzuschränken. Der Staatsapparat wurde hemmungslos für parteipolitische Zwecke eingesetzt. In einem neuen Mediengesetz aus dem Jahr 2004 wurden sämtliche Fernsehsender zur Ausstrahlung von Regierungsverlautbarungen, den sogenannten "Cadenas", gezwungen und damit nach Belieben für Propagandazwecke nutzbar gemacht. Als bei den Regionalwahlen des Jahres 2008 der Posten des Bürgermeisters von Caracas an Antonio Ledezma, einen Vertreter der Opposition, fiel, ließ die Regierung kurzerhand durch das Parlament die Schaffung eines neuen Amtes beschließen, dem die meisten Kompetenzen und Ressourcen des Bürgermeisters zugeschlagen wurden. Mit Blick auf die Parlamentswahlen im September 2010 wurde durch eine Änderung des Wahlgesetzes das – in der Verfassung festgeschriebene – Prinzip der Proportionalität stark zugunsten eines Mehrheitswahlrechts eingeschränkt.

Abgesehen von diesen Manipulationen standen die oppositionellen Parteien aber auch vor einem grundsätzlichen Dilemma: Einerseits mussten sie ihre Kräfte bündeln und eine geschlossene Front gegenüber der Regierung bilden, andererseits wollten sie aber auch als Parteien mit einem eigenständigen Profil wahrnehmbar bleiben. Dies erklärt die Instabilität der zahlreichen Oppositionsbündnisse, die jeweils im Vorfeld von Wahlen, begleitet von taktischen Manövern und kleinlichen Verfahrensstreitigkeiten, geschlossen wurden, die aber über den jeweiligen Wahltermin hinaus nicht lange Bestand hatten.

Mit ähnlichen Problemen, wenngleich unter umgekehrten Vorzeichen, sahen sich die Regierungsparteien konfrontiert. Da das populistische Prinzip – die Einheit von Führer und Volk – keinen Raum für Parteien als eigenständige Akteure ließ, befanden sie sich in der Zwangslage, sich entweder in die Masse der *Chavistas* einzureihen und damit jede Eigenständigkeit aufzugeben oder aber aus der Regierung auszuscheiden. Chávez, der sich als Verkörperung des „Volkswillens“ betrachtete, forderte bedingungslose Gefolgschaft von den Mitgliedern seiner Koalition und zwang sie damit zur Selbstaufgabe. Dies musste neben PODEMOS auch der PPT erfahren, der sich nach der Spaltung der *Causa R* 1997 der Koalition um Chávez angeschlossen hatte. Nach Konflikten um die Kandidatenauswahl im Vorfeld der *Megaelecciones* im Jahr 2000, als der MVR wenig Rücksicht auf die Interessen seiner Bündnispartner nahm, schied die Partei kurzzeitig aus dem *Polo Patriótico* aus. Nach einem enttäuschenden Abschneiden bei den Wahlen und internen Auseinandersetzungen um die künftige Strategie trat sie Ende 2001 aber wieder in die Regierung ein. Dank ihrer erfahrenen Kader besetzte sie wichtige Schaltstellen, insbesondere innerhalb des Ölkonzerns PDVSA, der zeitweise von Ali Rodríguez, einem ehemaligen Guerillero, der Mitte der 1980er Jahre zur *Causa R* gestoßen war, geleitet wurde. Im Ringen zwischen Selbstbehauptung und Unterordnung entschied sich der PPT für letztere Option: „Heute sieht man, was die Unterordnung unter die personalistische Führung von Präsident Chávez betrifft, keinen Unterschied zwischen dem PPT und dem MVR“ (López Maya 2005: 207).

Das Führerprinzip des *Chavismo* führte auch zu Konflikten innerhalb des MVR selbst. Bereits unmittelbar nach dem Putsch des Jahres 1992, als Chávez unvermittelt im Zentrum des öffentlichen Interesses stand, hatten sich Spannungen mit den übrigen Putschoffizieren abgezeichnet.<sup>10</sup> Herma Marksman, langjährige Partnerin und politische Weggefährtin Chávez', schildert die Entwicklung nach dem Putsch, als Chávez den MBR-200 neu organisierte, folgendermaßen:

Ich fühlte diesen Hugo, der sich verwandelt hatte, mit autoritären Zügen. [...]orthin [ins Gefängnis] kamen auch Leute, die behaupteten, dass Hugo der

---

10 Während des Putschversuchs hatten sämtliche Kommandeure ihre festgelegten Missionen erfolgreich ausgeführt. Allein Chávez war in Caracas von den Vorgaben abgewichen und hatte damit wesentlich zum Scheitern des Putsches beigetragen. Bis heute konnte er keine plausible Erklärung für sein Verhalten liefern, was einer der Gründe dafür war, dass sein absoluter Führungsanspruch innerhalb des MBR-200 auf Widerspruch stieß und seine früheren Weggefährten sich nach und nach von ihm distanzierten (Blanco Muñoz 2004).

Führer Lateinamerikas sei, der die Kräfte vereinen würde, um den reaktionären Kräften entgegenzutreten. Und im Grunde hat er es geglaubt (Blanco Muñoz 2004: 163).

[...] Hugo macht heute was er will. Es fing im Gefängnis an, mit all dieser Schmeichelei, als man begann, vor ihm zu kuschen, wie mein Freund Ronald [Blanco la Cruz – ehem. Gouverneur des Gliedstaats Táchira], der anerkannte, dass man sich unterordnen musste, alles akzeptieren, was Hugo sagte (Blanco Muñoz 2004: 239).

Offiziere wie Arias Cárdenas, die bis dahin sowohl hinsichtlich ihres militärischen Rangs wie auch in ihrer Rolle innerhalb der Verschwörergruppe gleichberechtigt neben Chávez agiert hatten, waren nicht bereit, diese neue Hierarchie anzuerkennen, was letztlich zum Bruch führen musste. Später, als die Bewegung anwuchs, verlief die Konfliktlinie zwischen den *Bolivarianos puros* des ursprünglichen MBR-200 und den Zivilisten, die später hinzugekommen waren. Die Spannungen akzentuierten sich in den Jahren 2000 und 2001, als zunächst Arias Cárdenas mit zahlreichen Gefolgsleuten aus dem Regierungslager ausschied und später auch die zivile Fraktion um Luis Miquilena die Seiten wechselte. Daraufhin übernahmen jüngere, von Chávez selbst während dessen Lehrtätigkeit an der Militärakademie ausgebildete Militärs eine zentrale Rolle innerhalb des MVR (Ellner 2008).

Spielten bei diesen Konflikten neben persönlichen Motiven auch programmatische Fragen eine Rolle, so drehten sich die Rivalitäten auf den unteren Ebenen der Partei allein um die Verteilung von Pfründen. Nach dem Wahlsieg ihres Caudillo forderten die Anhänger Chávez' ihren Anteil an der Beute – dem Staat – und auch alle anderen, die ein Stück vom Kuchen abbekommen wollten, zogen sich ein rotes Hemd über. Als im Zuge des Verfassungsgebungsprozesses im Jahr 2000 sämtliche Wahlämter neu besetzt werden sollten, versank die Partei in Grabenkämpfen und Intrigen, die von der zentralen Führungsebene, dem *Comando Táctico Nacional*, nicht mehr kontrolliert werden konnten (Ojeda 2001). Da der MVR zunächst lediglich als ein Wahlvehikel konzipiert worden war, fehlte es an organisatorischen Strukturen, die eine Kontrolle der Mitglieder im Stile von AD oder COPEI gewährleisten hätten.

Eine organisatorische Konsolidierung gelang dem MVR auch in der Folge nicht, was einerseits an der permanenten Mobilisierung lag, andererseits aber auch daran, dass sämtliche internen Entscheidungen in letzter Instanz von Chávez abhingen, der als Parteipräsident fungierte und das Führungspersonal nach Belieben ernannte oder entließ. Stabile Regeln und Verfahren für interne Entscheidungen konnten sich unter diesen Umständen nicht ent-

wickeln. Die Ausbildung fester organisatorischer Strukturen widersprach auch dem Bild, das Chávez von seiner Partei hatte. Er verstand seine Anhängerschaft nicht als ein strukturiertes Gebilde, sondern als eine spontane, amorphe Masse: “[I]ch habe die Vision, dass der notwendige Prozess in der Mobilisierung der Masse besteht. Der MVR und andere Bewegungen dienen dazu, diese Mobilisierung der Massen anzustoßen” (Blanco Muñoz 1998: 530). Seit der Gründung der Partei im Oktober 1997 wurden immer wieder interne Wahlen angekündigt und immer wieder verschoben. Erst auf Drängen Chávez’, der sich davon eine Stärkung der Partei in der Auseinandersetzung mit der Opposition versprach, fanden sie schließlich Mitte 2003 statt. Eine effektive Beteiligung der Mitglieder ging damit aber nicht einher, da Chávez den gesamten Wahlprozess steuerte und am Ende die wichtigste Personalie – die des Generaldirektors – persönlich entschied (Kestler 2009).

Die Widersprüche, die den MVR von Beginn an prägten, ließen sich mit den internen Wahlen des Jahres 2003, die die einzigen in der Geschichte der Partei bleiben sollten, nicht auflösen. Einerseits mussten in der Partei verbindliche Entscheidungen getroffen werden, insbesondere bei der Nominierung von Kandidaten für öffentliche Ämter, andererseits war sie unter den vorherrschenden politischen Verhältnissen nicht in der Lage, die hierfür notwendigen Regeln und Verfahren auszubilden. Mit den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 2006 war der Lebenszyklus des MVR offenbar erschöpft. Zu keinem Zeitpunkt war er über die Gestalt einer reinen Wahlmaschinerie hinausgekommen, ohne dabei aber auch nur ansatzweise den Grad an Effizienz zu erreichen, der AD und COPEI auf dem Höhepunkt ihrer Machtentfaltung auszeichnete. Chávez selbst relativierte die Bedeutung seiner Partei, indem er parallele Strukturen förderte und den MVR phasenweise ostentativ ignorierte. Kurz nach der Präsidentschaftswahl verfügte Chávez die Gründung einer neuen “revolutionären Einheitspartei”, woraufhin der MVR pflichtschuldig die Selbstauflösung beschloss. Wie die Gründung der Partei wurde auch ihr Ende von oben verfügt. Das Führungsmitglied William Lara begründete den Verzicht auf ein Votum der Parteimitglieder damit, dass ohnehin “an der Basis niemand die Weisungen Chávez’ in Frage stellen würde” (*El Nacional*, 19.12.2006: A4).

Der MVR hatte nicht zuletzt darunter gelitten, dass sich unter dem Dach des *Chavismo* zahlreiche weitere Organisationen tummelten und die Partei damit nicht das Monopol über den Zugang zu staatlichen Gütern innehatte. Die Errichtung eines effektiven, zentral kontrollierten Parteiapparats gelang deshalb nicht. Die Notwendigkeit eines solchen Instruments offenbarte sich

im Dezember 2007, als Chávez ein Referendum über die Änderung der Verfassung und seine unbegrenzte Wiederwahl verlor – vor allem deshalb, weil die Beteiligung unter seinen Anhängern zu gering ausgefallen war. Die mediale, direkte Agitation durch den Caudillo genügte offenbar nicht, um das chavistische Wählerpotential zuverlässig zu mobilisieren. Der neue *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV), dessen offizielle Gründung im Januar 2008 stattfand, sollte dieses Defizit beheben. Diese Einheitspartei dient nun als zentrale organisatorische Plattform des *Chavismo* und als Anlaufstelle für alle, die Zugang zu Posten und Privilegien suchen. Da der PSUV nach eigenen Angaben über mehr als sieben Mio. Mitglieder verfügt (*El Nacional*, 17.06.2009), haben sich ziemlich genau so viele Bürger in dieser Partei eingeschrieben wie Chávez im Jahr 2006 an Wählerstimmen erhalten hat, was sehr eindrucksvoll die Qualität der Bindung zwischen dem Caudillo und seinen Klienten illustriert. Die Basisgruppen des PSUV heißen nicht wie in den traditionellen Parteien *Comités de Base* oder wie im MVR *Círculos Patrióticos*, sondern *Batallones Socialistas* (Sozialistische Bataillone) – eine Bezeichnung, in der die Funktion und der Charakter der Partei vortrefflich zum Ausdruck kommen. Im Frühjahr 2009 erfüllte der PSUV in der Tat seinen Zweck als Mobilisierungsinstrument, als Chávez ein erneutes Referendum über die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung ansetzte und dieses Mal erfolgreich war. Im Vorfeld des Referendums waren laut Angaben des PSUV bis zu 1 Mio. Aktivisten unterwegs, um von Tür zu Tür um Stimmen zu werben und am Tag der Abstimmung das Erscheinen ihrer „Kunden“ in den Wahllokalen zu überwachen.

Die neue Einheitspartei, die nicht nur die Verteilung staatlicher Ressourcen an die Anhänger der Regierung übernimmt, sondern sicherstellt, dass im Gegenzug auch die Wählerstimmen geliefert werden, ähnelt in ihrer Struktur und ihren Funktionen in auffälliger Weise den klassischen Parteimaschinen Lateinamerikas, die mit AD und COPEI auch in Venezuela idealtypische Vertreter besaßen. Die Verbindung eines solchen Apparates mit einer charismatischen Führerfigur an der Spitze hat sich bereits in der Vergangenheit als wirksames Herrschaftsinstrument erwiesen. Während es aber andernorts Anzeichen dafür gibt, dass dieses Modell erschöpft ist und sich die Rolle der Parteien zu wandeln begonnen hat (Hagopian/Gervasoni/Moraes 2009), erlebt es in Venezuela, gespeist aus den Öleinnahmen, eine Renaissance. Die Bedingungen einer Petroökonomie mit ihrer zentralisierten Verteilungsstruktur und dem produktivitätsfeindlichen Anreizsystem bieten ideale Voraussetzungen für die Ausbildung klientelistischer Strukturen. Der



Staat wird zur Beute und dient der jeweils herrschenden Clique dazu, ihre Machtposition, also ihre Klientelbasis, so weit auszubauen, dass sie sich dauerhaft an der Macht festsetzen kann. Solange die Einnahmen aus dem Ölsektor fließen, dürfte deshalb die Hegemonie des *Chavismo* gesichert sein – zu Lasten der Demokratie in Venezuela.

Für die übrigen Parteien bleiben in dieser Situation kaum Optionen. Wie sollen sie sich angesichts eines politischen Wettbewerbs verhalten, der nicht nur durch den Missbrauch staatlicher Ressourcen und die Gleichschaltung sämtlicher Institutionen systematisch verzerrt wird, sondern in dem sich auch die Spielregeln permanent ändern? Jede bisher versuchte Taktik – die Mobilisierung der Straße, ein Generalstreik, ein Abberufungsreferendum, Wahlboykott, Wahlbeteiligung – hat nur zu einem weiteren Machtzuwachs Chávez’ geführt, der es, am längeren Hebel sitzend, stets verstanden hat, seine Gegner auszumanövrieren. Vor allem ist es ihm gelungen, durch seine Agitation und seine populistischen Exzesse jede Form der konstruktiven programmatischen Auseinandersetzung zu verhindern. Indem seit nunmehr über einer Dekade durch immer neue “revolutionäre” (Wahl- und Abstimmungs-)Schlachten die öffentliche Debatte auf die Frage “für oder gegen Chávez” reduziert wird, werden politische Inhalte – die ausufernde Kriminalität, die Inflation, die Lebensmittelverknappung, die Platzierung von Kubanern an den Schaltstellen der Verwaltung und die Frage nach dem Verbleib von 800 Mrd. US\$ an Öleinnahmen zwischen 1999 und 2009 – von der politischen Agenda verdrängt. Der permanente Wahlkampf ist das Grundprinzip des populistischen Systems. Die fortgesetzte Mobilisierung und die Verhinderung jeder inhaltlichen Auseinandersetzung liegen aber nicht allein in der Natur des Regimes, sie haben Methode. Den oppositionellen Parteien bleibt in dieser Situation keine andere Möglichkeit, als der Logik des *Chavismo* zu folgen und sich um ein populistisches Gegenprojekt zu bemühen. Sie sind damit gezwungen, sich auf ein Feld zu begeben, auf dem Chávez kaum zu schlagen ist, umso weniger angesichts der Schwäche der einzelnen Parteien, ihrer gegenseitigen Konkurrenz und ihrer internen Rivalitäten. Es ist ihnen bisher nicht gelungen, die notwendige Unterstützung an den Urnen zu mobilisieren, obwohl ein großer Teil der Wähler der Regierung Chávez skeptisch gegenübersteht (*El Universal*, 23.07.2005).

Populismus, Mobilisierung und Polarisierung lassen keinen Raum für Parteienpluralismus. Dies mussten auch die an der Regierung beteiligten Parteien erfahren, die für ihren Machtanteil – ihre *Cuota de poder* – mit der Selbstaufgabe zu bezahlen hatten. Indem Chávez eine konsequente Deinsti-

tionalisierung des politischen Prozesses betrieb, entzog er den Parteien, die, um überhaupt als solche bestehen zu können, auf einen institutionalisierten Rahmen angewiesen sind, ihre Existenzgrundlage. Ehe sich die Parteien wieder als politische Alternativen etablieren können, müssen zunächst einmal stabile institutionelle Strukturen geschaffen werden. Vorläufig bleibt ihnen keine andere Wahl, als die Implosion des *Chavismo* abzuwarten.

### Literaturverzeichnis

- Alexander, Robert J. (1969): *The Communist Party of Venezuela*. Stanford.
- Blanco Muñoz, Agustín (1998): *Habla el Comandante*. Caracas.
- (2004): *Habla Herma Marksman: Hugo Chávez me utilizó*. Caracas.
- Boeckh, Andreas (2000/2001): "Venezuela auf dem Weg zu einem autoritären Neopopulismus?". In: *WeltTrends* 29, S. 79-96.
- Brewer-Carías, Allan R. (1988): *Problemas del Estado de Partidos*. Caracas.
- Buxton, Julia (2001): *The Failure of Political Reform in Venezuela*. Aldershot.
- Carr, Barry/Ellner, Steve (Hrsg.) (1993): *The Latin American Left: From the Fall of Allende to Perestroika*. Boulder.
- Chalmers, Douglas A. et al. (Hrsg.) (1997): *The New Politics of Inequality in Latin America. Rethinking Participation and Representation*. Oxford.
- Coppedge, Michael (1994): *Strong Parties and Lamé Ducks. Presidential Partyarchy and Factionalism in Venezuela*. Stanford.
- Crisp, Brian F. (1992): *Tyranny by the Minority: Institutional Control of Participation in the Venezuelan Democracy*. Ph.D. Diss. Ann Arbor.
- Diamond, Larry J. et al. (1999): *Democracy in Developing Countries. Latin America*. Boulder.
- Dix, Robert H. (1989): "Cleavage Structures and Party Systems in Latin America". In: *Comparative Politics*, 22, 1, S. 23-37.
- Ellner, Steve (1988): *Venezuela's Movimiento al Socialismo: From Guerrilla Defeat to Innovative Politics*. Durham.
- (1993): "The Venezuelan Left: From Years of Prosperity to Economic Crisis". In: Carr, Barry/Ellner, Steve (Hrsg.): *The Latin American Left: From the Fall of Allende to Perestroika*. Boulder, S. 139-154.
- (1996): "Political Party Factionalism and Democracy in Venezuela". In: *Latin American Perspectives*, 23, 3, S. 87-109.
- (2008): *Rethinking Venezuelan Politics: Class, Conflict, and the Chavez Phenomenon*. Boulder/London.
- Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.) (2003): *Venezuelan Politics in the Chávez Era: Class, Polarization, and Conflict*. Boulder.
- Garrido García, Alberto (Hrsg.) (2002): *Documentos de la Revolución Bolivariana*. Caracas.

- Guggenberger, Bernd/Veen, Hans-Joachim/Zunker, Albrecht (Hrsg.) (1976): *Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat*. München.
- Hagopian, Frances/Gervasoni, Carlos/Moraes, Juan A. (2009): "From Patronage to Program. The Emergence of Party-Oriented Legislators in Brazil". In: *Comparative Political Studies*, 42, 3, S. 360-391.
- Herman, Donald L. (1980): *Christian Democracy in Venezuela*. Chapel Hill.
- Karl, Terry L. (1987): "Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela". In: *Latin American Research Review*, 22, 1, S. 63-94.
- Kestler, Thomas (2009): *Parteien in Venezuela. Repräsentation, Partizipation und der politische Prozess*. Baden-Baden.
- Lander, Luis E./López Maya, Margarita (1999): "Venezuela. La victoria de Chávez. El Polo Patriótico en las elecciones de 1998". In: *Nueva Sociedad*, 160, S. 4-19.
- (2000): "Venezuela: la hegemonía amenazada". In: *Nueva Sociedad*, 167, S. 15-25.
- Levine, Daniel H./Crisp, Brian F. (1999): "Venezuela: The Character, Crisis, and Possible Future of Democracy". In: Diamond, Larry J. et al.: *Democracy in Developing Countries. Latin America*. Boulder, S. 366-428.
- López Maya, Margarita (1997): "The Rise of Causa R in Venezuela". In: Chalmers, Douglas A. et al. (Hrsg.): *The New Politics of Inequality in Latin America Rethinking*. Oxford, S. 117-143.
- (2003): "Hugo Chávez Frías: His Movement and His Presidency". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. Boulder, S. 73-92.
- (2005): *Del viernes negro al referendo revocatorio*. Caracas.
- López Maya, Margarita/Gómez Calcaño, Luis/Maingón, Thaís (1989): *De Punto Fijo al Pacto Social: desarrollo y hegemonía en Venezuela (1958-1985)*. Caracas.
- Martz, John D. (1964): "Venezuela's Generation of '28. The Genesis of Political Democracy". In: *Journal of Inter-American Studies*, 6, 1, S. 7-27.
- (1966): *Acción Democrática: Evolution of a Modern Political Party in Venezuela*. Princeton.
- McCoy, Jennifer L. et al. (Hrsg.) (1995): *Venezuelan Democracy Under Stress*. Coral Gables.
- Molina Vega, José E. (2003): *El sistema de partidos venezolano: de la partidocracia al personalismo y la inestabilidad* (<[www-personal.umich.edu/~mmarteen/svs/jornadas/Molina.pdf](http://www-personal.umich.edu/~mmarteen/svs/jornadas/Molina.pdf)>; 30.01.2007).
- Navarro, Juan C. (1995): "In Search of the Lost Pact: Consensus Lost in the 1980s and 1990s". In: McCoy, Jennifer L. et al. (Hrsg.): *Venezuelan Democracy Under Stress*. Coral Gables, S. 13-31.
- Nelson, Brian A. (2009): *The Silence and the Scorpion. The Coup Against Chávez and the Making of Modern Venezuela*. New York.
- Njaim, Humberto (1981): "El financiamiento de la maquinaria partidista en Venezuela", in: Rey, Juan C. et al. (Hrsg.): *El financiamiento de los partidos políticos y la democracia en Venezuela*, Caracas, S. 25-76.
- Ojeda, William (2001): *La V por dentro: caras nuevas, vicios viejos*. Caracas.
- Penniman, Howard R. (Hrsg.) (1980): *Venezuela at the Polls: The National Elections of 1978*. Washington, D.C.

- Pereira Almas, Valia (2001): *El Movimiento V República en Venezuela: fuerzas y debilidades* (<[www-personal.umich.edu/~mmarteen/svs/jornadas/Pereira.pdf](http://www-personal.umich.edu/~mmarteen/svs/jornadas/Pereira.pdf)>; 23.09.2007).
- Powell, John D. (1971): *Political Mobilization of the Venezuelan Peasant*. Cambridge.
- Rey, Juan C. (1987): "El futuro de la democracia en Venezuela". In: Silva Michelena, José A. et al. (Hrsg.): *Venezuela hacia el 2000*. Caracas, S. 183-245.
- Rey, Juan C. et al. (Hrsg.) (1981): *El financiamiento de los partidos políticos y la democracia en Venezuela*. Caracas.
- Roberts, Kenneth M. (2003): "Social Polarization and the Populist Resurgence in Venezuela". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. Boulder, S. 55-72.
- Rudzio, Wolfgang (1976): "Parlamentarische Parteiendemokratie – Oder was sonst?". In: Guggenberger, Bernd/Veen, Hans-Joachim/Zunker, Albrecht (Hrsg.) (1976): *Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat*. München, S. 117-126.
- Silva Michelena, José A./Sonntag, Heinz R. (1979): *El proceso electoral 1978: su perspectiva histórico-estructural*. Caracas.
- Silva Michelena, José A. et al. (Hrsg.) (1987): *Venezuela hacia el 2000. Desafíos y opciones*. Caracas.
- Sonntag, Heinz R./Maingón, Thais (1990): "Las elecciones en Venezuela en 1988 y 1989: del ejercicio del rito democrático a la protesta silenciosa". In: *Revista Mexicana de Sociología*, 52, 4, S. 127-154.
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (1999): *Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela*. Rostock.
- Werz, Nikolaus (1983): *Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela*. München.
- Zago, Angela (1998): *La rebelión de los Ángeles*. Caracas.

**Luis Gómez Calcaño**

## **Die Zivilgesellschaft: zwischen Korporatismus und Antipolitik<sup>1</sup>**

### **1. Einführung**

Im vorliegenden Kapitel geht es um die Rolle einiger Akteure der venezolanischen Zivilgesellschaft in der gegenwärtigen konfliktgeladenen, gesellschaftspolitischen Übergangsphase. Dazu muss die gesellschaftspolitische Entwicklung betrachtet werden, an der diese Akteure beteiligt waren und die nicht nur deren naturgegebene Differenzen aufzeigt, sondern auch widerstreitende Begriffe von Zivilgesellschaft, wie sie in den tiefgreifenden politischen Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit unvermeidlich sind. Anstelle eines geordneten Handlungsrahmens, in dem jeder Akteur seine Grenzen kennt und mittels stabiler Institutionen agiert, schafft der Übergang hybride und oft kurzlebige Akteure, bei denen sich die Grenzen zwischen sozialer Bewegung, Interessengruppe und politischer Organisation verwischen. Manche treten in den radikalen Widerstand gegen den Staat, andere wiederum hängen von ihm ab. Sie distanzieren sich ausdrücklich von den Parteien, schließen aber auch gefährliche Bündnisse mit ihnen; sie sind stolz auf ihr ziviles Selbstverständnis, aber unverständlicherweise auch fasziniert von den Militärs, also wenig gefestigte Akteure mit fließenden Identitäten, vergleichbar mit den Institutionen in der derzeitigen Übergangsphase.

Das Wort "Zivilgesellschaft" ist heute Bestandteil des politischen Vokabulars, sowohl in konsolidierten als auch in instabilen Demokratien der Dritten Welt. In den Ersteren stehen die von ihm bezeichnete Realität und deren Relevanz nicht zur Diskussion, vielmehr wird ihnen dort ein eigener Bereich in der gesellschaftlichen, institutionellen und politischen Organisation der Gesellschaft eingeräumt. In den Letzteren ist das nicht der Fall, dort bezweifelt man sogar ihre Existenz unter Berufung auf die Schwäche der wirt-

---

1 Dieser Beitrag basiert auf den Ergebnissen des Forschungsprojekts "Neubestimmung der Demokratie und des Staatsbürgers in Venezuela: neue Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft", mitfinanziert durch FONACIT (Nr. S1-2002000420). An der ersten Fassung, die auf dem LASA-Kongress 2007 in Montreal präsentiert wurde, hat Andreina Rodríguez Martín mitgewirkt.

schaftlichen, politischen und rechtlichen Strukturen, die die Selbstorganisation absichern könnten. Oder man verweist auf die Übermacht des Staates und der politischen Akteure, die in den Handlungsraum der Zivilgesellschaft eindringen und ihn verzerren.

Der Begriff "Zivilgesellschaft" kann in verschiedener Hinsicht mit dem des Staatsbürgertums verknüpft werden: Erstens braucht die Zivilgesellschaft einen rechtlich-politischen Rahmen, der die Legitimität ihres Spielraums und ihrer Aktionsformen anerkennt. Zweitens ist die Forderung nach Anerkennung ihres Existenzrechts gleichzeitig die beste Voraussetzung für die Entwicklung von Institutionen und Kern für die Herausbildung kollektiver Akteure, die oft in nicht institutionalisierter Form als soziale Bewegungen entstehen (Cohen/Arato 1992: 421-491; Blaney/Pasha 1993; Arbós/Giner 1993: 21-29; Gellner 1996: 13-22). Während manche Akteure nach Erreichung ihrer Ziele von der Bühne abtreten, werden andere im Zuge ihrer Institutionalisierung Teile der Zivilgesellschaft und versuchen, ihr Selbstverständnis durch Unterstützung neuer Forderungen zu erweitern, während wieder andere sich in der Grauzone zwischen Zivil- und politischer Gesellschaft ansiedeln und dabei ihr Selbstverständnis aufs Spiel setzen, aber dabei ihren Einfluss über die institutionellen Grenzen hinaus geltend machen können (Gómez Calcaño 1995: 149-151).

In Venezuela kam das Thema "Zivilgesellschaft" im Zuge der Legitimitätskrise der politischen Institutionen seit den achtziger Jahren und der wachsenden Anti-Parteien-Stimmung auf; man forderte eine direkte Beteiligung der Bürger anstelle der – wie es hieß – ausschließenden und daher antidemokratischen Vermittlung durch die politischen Parteien (Grupo Roraima 1987). Manche Beobachter erkannten zwar das Demokratisierungspotenzial der zivilgesellschaftlichen Akteure, unterstrichen aber, dass die Interessen und die ideologische Orientierung dieser Akteure nicht einheitlich waren oder gar Widersprüche bestanden und dass die Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft nicht die demokratische Qualität eines Akteurs bedeutete (Uribe/Lander 1988; Lander 1995; Gómez Calcaño 1995; García Guadilla/Roa 1998). González de Pacheco (2002) verwies auf Spannungen in den Beziehungen zwischen den Bürgerorganisationen und der Politik, z.B. die Angst vor Infiltrierung durch die politischen Parteien und die Bereitschaft zur Beteiligung in öffentlichen Angelegenheiten, aber nicht zur Übernahme von Regierungsverantwortung. Salamanca (2003: 153) unterstreicht ebenfalls die Anti-Parteien-Haltung als Wesensmerkmal der seit den siebziger Jahren aufkommenden Zivilgesellschaft.

Auch García Guadilla (2002) beobachtet ein wachsendes Interesse der gesellschaftlichen Akteure für Mitbestimmung und Ausweitung der Bürgerrechte, das ihnen strategische Bedeutung verleiht. Sie bezeichnet diese Akteure als "soziopolitisch", weil ihre Werte und Vorstellungen sowie ihr Rang in der neuen Verfassung (Art. 249) sie im Bereich der Politik verankern. In einer späteren Arbeit (García Guadilla 2003: 22-23) interpretiert sie allerdings die Einmischung einiger Organisationen in die Politik als "Übertretung".

Die genannten Beobachter konstatieren eine zunehmende Überschneidung der gesellschaftlichen und politischen Akteure bis hin zur Verwischung der Grenzen zwischen ihnen. Diese Tendenz verdient eine nähere Betrachtung, wobei sie aber nicht als Übertretung, sondern eher als eng mit den Kontextbedingungen verbundener Vorgang angesehen wird, als Antwort auf den Verfall der traditionellen Eliten und Suche nach neuen soziopolitischen Aktionsformen, die nicht in die gewohnten Schablonen des politischen Systems und der Zivilgesellschaft passen.

## **2. Die Legitimität der Zivilgesellschaft: Akteure oder Repräsentanten?**

Vielleicht ist gerade diese Zweideutigkeit gegenüber der Politik ein Schlüssel zum Verständnis der Dynamik der venezolanischen Zivilgesellschaft in der jüngeren Zeit. Die "Mauer" zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft (González de Pacheco 2003) konnte dem stürmischen soziopolitischen Wandel nicht widerstehen. Angesichts der Offensive des Chavismus mit dem Ziel, die als Hindernisse für den Fortschritt der Revolution angesehenen Akteure zu delegitimieren, sahen sich die geschwächten Oppositionsparteien und einige gesellschaftliche Organisationen, die sich bedroht fühlten und keine politische Erfahrung hatten, gezwungen, ihre Kräfte zu bündeln und dabei auch das Misstrauen zu überwinden, das sie früher gegeneinander hegten. Trotzdem machten sie sich weitergehend die Führungspositionen streitig, verteidigten ihre eigenen Spielräume in Entscheidungen und versuchten, ihre partikularen Strategien durchzusetzen.

Die mit der Revolution sympathisierenden gesellschaftlichen Organisationen ihrerseits hatten auch immer größere Schwierigkeiten, die Trennung zwischen dem gesellschaftlichen und dem politischen Bereich zu bewahren, unter anderem weil die chavistische Bewegung nicht bereits bestehende Organisationen stärkte, sondern mit den Mitteln des Staates neue Organisationsformen schuf, die als gesellschaftspolitische Basis des Regime fungieren sollten, zusätzlich und parallel zu ihren eigenen politischen Parteien.

Diese Art der Organisation "von oben", die dem sogenannten "Staatskorporatismus" (Schmitter) nahekommt, ist kaum authentisch und zeichnet sich eher durch vertikale Führung als durch demokratische Machtausübung aus. Solange diese Organisationen jedoch vom Staat alimentiert und gefördert werden, besetzen sie auch Positionen an der Grenze zwischen Gesellschaft und Politik. Es handelt sich mithin um eine zusätzliche Variante der Überschneidung zwischen Gesellschaft und Politik, die – wie noch zu zeigen sein wird – die der Opposition nahestehenden Organisationen beeinträchtigt.

Dieses Dilemma spricht für die Hypothese, dass die "Mauer" zwischen der Zivilgesellschaft und der politischen Aktivität und sogar dem eher politischen als gesellschaftlichen Selbstverständnis nicht wieder errichtet werden kann. Das wiederum führt zu der unvermeidlichen Frage nach der Legitimität dieses Wandels und insbesondere nach der Repräsentativität der zivilgesellschaftlichen Akteure, die sie berechtigen könnte, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen und ihren Anspruch begründen könnte, bei Politiken strategischen Charakters mitzuwirken.

Im Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren kommt tatsächlich das Thema der Legitimität derjenigen zur Sprache, die sich als "Zivilgesellschaft", "soziale Netzwerke" oder einfach als "organisiertes Volk" präsentieren. Vor allem aus der Sicht der Anti-Globalisierungs-Bewegungen erklären theoretische Strömungen in der Ersten Welt und Lateinamerika die Existenz und Legitimität einer "Zivilgesellschaft" als naturgegebene Ableitung der vom Kapital unterdrückten Schichten (Vilas 1994). Im Fall Venezuelas ergibt sich paradoxerweise ein Rollentausch, denn jene Akteure, die sich heutzutage selbst ausdrücklich als "Zivilgesellschaft" verstehen, rekrutieren sich eher aus der Mittel- und Oberschicht. Sie gelten sowohl hinsichtlich ihres Gedankenguts als auch ihrer Aktionsformen als "Liberalen", während die Anhänger eines antikapitalistischen Diskurses ihre Herkunft "aus dem Volk" betonen und den Begriff "Zivilgesellschaft" ablehnen oder mit Misstrauen betrachten.

Die Frage nach der Repräsentativität der zivilgesellschaftlichen Organisationen stellt sich im Zuge der Antiparteien- und Antipolitik-Tendenzen (nicht nur in Venezuela); es entstehen zahlreiche Aktionsgruppen oder schon vorhandene werden politisch aktiv, ohne vorher die Frage ihrer Repräsentativität geklärt zu haben. Schon aus diesem Grund können sie sich nicht auf das Kriterium der Stimmenzahl stützen.

Dieser Aspekt erschließt sich aus einer Studie von Gurza/Houtzager/Castello (2005), die gesellschaftliche Organisationen in São Paulo/Brasilien



beobachtet und dabei Kriterien zu ihrem Selbstverständnis und ihrer Rolle als Vertreter bestimmter Schichten formuliert haben.<sup>2</sup> Die Autoren konstatieren, dass die untersuchten Organisationen “repräsentativ tätig” sind.<sup>3</sup> Das ist jedoch keine Garantie für den repräsentativen Charakter der Personen, die diese Tätigkeit ausüben, jedenfalls nicht im engeren Sinne der Repräsentation durch Wahlen. Tatsächlich sind viele Organisationen nicht aus Wahlen hervorgegangen, weshalb sie überzeugende Argumente für ihre Repräsentativität finden müssen. Die Studie unterscheidet verschiedene Formen “übernommener Repräsentation”, die klassische Argumente von Wahlvorgängen aufnehmen: Nähe, Dienstleistung, Vermittlung, Mitgliedschaft und Selbstverständnis (Gurza/Houtzager/Castello (2005: 28-31).

Ohne die Ergebnisse dieser Studie übertragen zu wollen kann man sagen, dass sie auf zwei bedeutende Erscheinungen hinweist, nämlich einerseits die Notwendigkeit, den Repräsentationsbegriff um gesellschaftspolitische Akteure zu erweitern, und andererseits die anscheinend unumkehrbare Neigung, die Grenzen zwischen der externen Einflussnahme durch die Zivilgesellschaft und der direkten politischen Aktion zu überschreiten.<sup>4</sup> Die nachfolgende Analyse einiger bedeutender Organisationen der venezolanischen Zivilgesellschaft, insbesondere der “staatsbürgerlich-politischen”, soll aufzeigen, wie sie versucht haben, aus dem Dilemma zwischen politischer Beteiligung und ihrer eigenen Repräsentativität herauszukommen.

Unter “staatsbürgerlich-politisch” sollen die Organisationen verstanden werden, die sich an den Debatten über Politikformulierung beteiligen, ohne dabei ihr Selbstverständnis als Akteure der Zivilgesellschaft und nicht des

---

2 Die Autoren erkennen die Gefahr einer “Anhörungsdemokratie” (Manin 1998) und des Aufstiegs charismatischer Führer als Folge des Repräsentativitätsverlusts der Parteien, argumentieren aber, dass die Beteiligung an der Politikformulierung sowohl ein Ergebnis der repräsentativen Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisation ist als auch Gelegenheit zum Aufbau neuer Repräsentationsformen bietet (Manin 1998: 6-12).

3 Sie unterscheiden vier Repräsentationstypen: 1. gegenüber der Exekutive, z.B. in Politikbeiräten und im Rahmen partizipativer Haushalte; 2. direkte Vermittlung von Forderungen gegenüber bestimmten öffentlichen Einrichtungen; 3. politische Sponsorschaft mittels traditioneller Wahlkanäle und 4. politische Sponsorschaft gegenüber der Legislative, z.B. dem Stadt- bzw. Gemeinderat (Manin 1998: 18).

4 Chalmers (2001) stellt fest, “die Organisationen der Zivilgesellschaft [...] sind auf die politische Bühne getreten”; deshalb sei es notwendig, den institutionellen Rahmen der modernen Demokratien anzupassen. Arditì (2004) vertritt eine andere Auffassung von der Zivilgesellschaft als politischer Bereich. Sogar eine Befürworterin der Trennung zwischen zivil- und politischer Gesellschaft wie Jean Cohen hat kürzlich eingestanden, dass “[...] in der neuen, globalen Zivilgesellschaft [...] die Politik des Einflussnehmens durch Formen der Machtausübung erweitert (wird)” (Cohen 2003: 452).

politischen Systems aufzugeben, d.h. sie lehnen es ab, sich um Positionen im Staatsapparat zu bewerben.<sup>5</sup> Diese Art Organisation bewegt sich häufig an der Grenzlinie zwischen Zivilgesellschaft und Politik und sie neigt umso mehr dazu, sie zu überschreiten, je tiefer die Krise der Politik ist und je mehr nach Akteuren gesucht wird, die die regierenden Eliten ersetzen können. Der Bereich der staatsbürgerlich-politischen Organisationen ist aufgrund der dort agierenden Akteure sehr vielfältig. Einige blicken auf eine lange Tradition zurück, z.B. die Menschenrechtsorganisationen, während andere erst kürzlich aufgekommen sind. Andererseits bewegen sich auf diesem Feld auch Organisationen, die aus einem kommunalen, nachbarschaftlichen, bildungspolitischen oder sozialen Hintergrund stammen, sich aber der Politik zugewandt haben, weil sie sich durch den Wandel bedroht sehen oder zu ihm beitragen wollen.

### 3. Eine “regierungsamtliche” Zivilgesellschaft?<sup>6</sup>

Die alte venezolanische Tradition, Basisorganisationen staatlich zu fördern, wird auch von der derzeitigen Regierung fortgesetzt. Angesichts der charismatischen und personalistischen Führung durch Chávez kam seine Bewegung aufgrund starker Emotionen und symbolischer Identifikation, jedoch schwachem Organisationsgrad, an die Macht. Zwar sympathisierten manche Basisorganisationen mit der neuen Regierung, aber es gab kein organisatorisches Netzwerk, in dem diese Kräfte wirksam hätten koordiniert werden und die traditionellen Organisationen hätten ersetzen können. Daher wollten manche regierungsnahen Politiker von Anfang an neue Organisationen schaffen; dabei setzten sie sich über die jahrzehntealte Selbstorganisationen der städtischen Gemeinschaften hinweg, weil sie sich verpflichtet fühlten, die “Zivilgesellschaft” zu organisieren.<sup>7</sup> In den ersten Regierungsjahren galt

5 Wie Taylor im Anschluss an Habermas sagt: “(Die Öffentlichkeit) [...] ist ein Raum für Diskussion, der im Selbstverständnis außerhalb der Macht liegt. Sie soll von der Macht gehört werden, ist aber selbst nicht Ausübung von Macht. Ihr in diesem Sinne außerpolitischer Status ist entscheidend” (Taylor 2004: 89).

6 Dieser Abschnitt stützt sich in Teilen auf Arenas/Gómez Calcaño (2004).

7 Im Oktober 2001 sagte z.B. der regierungsnahen Stadtrat Edgar Gaviria: “Wir befinden uns in einer Gründerphase, aber Ziel ist die Verankerung der sozialen Netzwerke (in den Bereichen Sicherheit, Gesundheit, Bildung usw.) im Gemeindegesetz. Es geht darum, die *Nachbarschaftsvereinigungen zu beseitigen* und sie durch Kommunenbeauftragte der verschiedenen Viertel zu ersetzen, die ihrerseits die sozialen Netzwerke bilden” (Aiquel 2001, Hervorhebung d.A.). Dieses Ziel mochte damals unrealistisch erscheinen, doch belegt die Beseitigung der Figur der Vereinigungen in den Gesetzen von 2006 und 2007 die Schlüssigkeit der Regierungsvorhaben.

die Aufmerksamkeit vor allem den sogenannten "Bolivarischen Kreisen", die später durch die "Sturmabteilungen Wahlen" ersetzt wurden, denen die Mobilisierung der Basis anlässlich des Abberufungsreferendums 2004 oblag. Nachdem sie diese Aufgabe erfüllt hatten, wurden sie in "Endogene Sturmabteilungen" umbenannt, unter Bezug auf das von der Regierung propagierte "endogene Entwicklungsmodell". Hawkins und Hansen (Hawkins/Hansen 2006) stellten fest, dass die bolivarischen Kreise zu jenem Zeitpunkt wirtschaftlich und organisatorisch nicht sehr stark von der Regierung abzuhängen schienen, denn viele von ihnen gründeten sich auf bereits vorhandene lokale Führungspersonlichkeiten, aber sie waren auf die charismatische Führung von Chávez fixiert, wiesen kaum eigenes organisatorisches Selbstverständnis auf und fungierten vor allem als Vermittler der klientelistischen Politiken der Regierung. Die Autoren vermuten, dass der Verfall der bolivarischen Kreise nach 2004 mit der Einrichtung der "Missionen" einherging, also den direkten assistenzialistischen Staatstransfers (Hawkins/Hansen 2006: 124-125).

Die Bedeutung der Kreise ist seit ihrer Gründung stark zurückgegangen. Andererseits sind die Grenzen zwischen dem sozialen und politischen Wesen der Kreise verwischt, denn sie erscheinen gelegentlich als Teile der Regierungspartei MVR (Bewegung Fünfte Republik) und inzwischen der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas, aber auch als eigenständige Organisation mit eigener Führung. Die Schwäche der bolivarischen Kreise und ihre internen Auseinandersetzungen im Jahr 2004 erklären, warum der Chavismus eine neue Organisationsform erfinden musste, nämlich die Sturmabteilungen Wahlen (*Unidades de Batalla Electoral*, UBE), die durch die Wahlstreifen ergänzt wurden, um das Abberufungsreferendum zu überstehen (Carrillo 2004). Das "Kommando Maisanta" nahm sich vor, umgehend 8.500 Sturmabteilungen Wahlen und 150.000 Wahlstreifen zu schaffen, um 1,3 Mio. Mitglieder zu mobilisieren (Botía 2004).

Im Oktober 2004 kündigte der Präsident die Umwandlung der "Sturmabteilungen Wahlen" in "Endogene Sturmabteilungen" an (Chávez 2004a; 2004b). Deren Ziel ist die Eingliederung der organisierten Gruppen in dauerhafte Strukturen mit produktiver Funktion: Sie sollen dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Grundlagen einer sozialen Wirtschaft zu schaffen. Es gab einen neuen Schub für Genossenschaftsgründungen mit Aussicht auf staatliche Finanzierung. Beide Maßnahmen waren jedoch unkoordiniert. In den Folgejahren ließen die Impulse für die Endogenen Sturmabteilungen nach, ähnlich wie zuvor bei den Bolivarischen Kreisen. Ab 2006

konzentrierte man sich auf die Förderung der Kommunalräte als politisch-territoriale Organisationen sowie auf den Aufbau der Sozialistischen Einheitspartei als politischen Apparat.

Im Bereich der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen wurde dieselbe Strategie der Schaffung staatlich geförderter und finanzierter Parallelorganisationen verfolgt. Als die regierungsnahen Kräfte bei ihrem Versuch scheiterten, den Venezolanischen Gewerkschaftsbund CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*) aufzulösen bzw. über Wahlen zu kontrollieren, gründeten sie 2002 eine parallele Gewerkschaftszentrale, den Nationalen Arbeiterverband UNT (*Unión Nacional de Trabajadores*) (siehe auch den Beitrag von Kurt-Peter Schütt in diesem Band). Aufgrund innerer Spaltungen konnte sich diese Zentrale bei den Gewerkschaftsmitgliedern nicht durchsetzen; bis zum Jahr 2007 hatten nicht einmal Vorstandswahlen stattgefunden. Allerdings wurde auch die CTV durch Parteienzank und Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Interessenwahrung zugunsten des Kampfes gegen die Regierung geschwächt (Iranzo/Richter 2007).

Im Unternehmerbereich förderte die Regierung ebenfalls Parallelverbände, die als alternative Gesprächspartner fungieren und staatliche Finanzierung mit politischer Loyalität abgelten sollten; einige davon gingen soweit, sich als "sozialistische Unternehmer" zu bezeichnen. Die bedeutendsten Organisationen sind "Unternehmer für Venezuela" (EMPREEN, *Empresarios por Venezuela*), der Nationale Bauern- und Viehzüchterverband Venezuelas (CONFAGAN, *Confederación Nacional de Agricultores y Ganaderos de Venezuela*) und die Bolivarische Bauunternehmerkammer (*Cámara Venezolana de la Construcción*). Die enge Staatsverbindung und -abhängigkeit dieser Verbände deutet nach Arenas auf das Entstehen eines Staatskorporatismus hin, der den gesellschaftlichen Semi-Korporatismus des vorhergehenden hegemonialen Modells ersetzt (Arenas 2005: 363-365).

Auch im Jugend- und besonders im Studentenbereich hat der Staatsapparat regierungsfreundliche Organisationen initiiert; die erste war die Stiftung Jugend und Wandel,<sup>8</sup> aus der dann das Nationale Jugendinstitut hervorging. Eine weitere Organisation ist der Bolivarische Studentenverband (FBE, *Federación Bolivariana de Estudiantes*), der im Juli 2002 gegründet wurde und die Studentenvertretungen an den wichtigsten Universitäten übernehmen

---

8 Nach kurzer Zeit wurde sie in "Junges Vaterland" umgetauft; sie beteiligte sich an der 34-tägigen Besetzung des Rektorats der Venezolanischen Zentraluniversität (UCV – *Universidad Central de Venezuela*) mit der Forderung nach einer Verfassungsgebenden Universitätsversammlung, die jedoch scheiterte (García-Guadilla 2003: 250).

sollte, bisher allerdings ohne Erfolg und mit geringer Präsenz in der Öffentlichkeit. Ein dritter Versuch war die 2003 gegründete Front Francisco de Miranda (FFM, *Frente Francisco de Miranda*), die Ausbilder der Mission Robinson schulen sollte (ein Alphabetisierungsprogramm der Regierung). Mit diesem Ziel wurden etwa 36.000 Jugendliche zu 50-tägigen Kursen in Sozialarbeit nach Kuba geschickt (Janicke 2005). Nach eigenen Angaben ist die Organisation militärisch aufgebaut; die Führung wird vom Präsidialamt bestimmt und die politische Leitung übt Chávez selbst aus (Janicke 2005). Die Organisation hat zwar Beiträge zu Sozialprogrammen geleistet, aber auch krisenhafte Phasen durchlaufen, vor allem aufgrund der Streichung wirtschaftlicher Anreize und Streitigkeiten über ihr Selbstverständnis als gesellschaftliche oder politische Vereinigung.<sup>9</sup> Im Jahr 2006 gestand Präsident Chávez ein, dass die Front kriselte und versprach ihr einen bedeutenden Anteil an den kürzlich erworbenen Kalaschnikow-Gewehren, um sie in die Landesverteidigung einzugliedern.<sup>10</sup> Durch diese Ankündigung wurde der quasi-militärische Zuschnitt der Organisation bestätigt, der sie neben der ausdrücklichen Unterordnung unter den Staatschef und der Bezahlung ihrer Mitglieder weit jenseits dessen ansiedelt, was unter dem Begriff "Zivilgesellschaft" verstanden wird.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Chávez-Regime versucht, ein starkes Netz miteinander verbundener gesellschaftlicher Organisationen aufzubauen, die sich vollständig mit der Ideologie, dem Projekt und der Führung des Präsidenten identifizieren. Sowohl in territorialer als auch in sektoraler Hinsicht wird unter Zugriff auf umfangreiche wirtschaftliche, mediale und organisatorische Ressourcen eine Vielzahl von Verbänden aufgebaut, die das gesamte gesellschaftliche Leben mit einem parallelen Netzwerk überziehen und die bestehenden Organisationen durch andere ersetzen sollen, die die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft verwischen.

---

9 Anfang 2006 bewilligte die Nationalversammlung Mittel für die Zahlung von Arbeitsstipendien vom Mai bis Dezember 2006 "an 27.000 soziale Kämpfer, die sich dem *Frente Francisco de Miranda* anschließen werden". Asamblea Nacional, "Noticias", in: <[www.asambleanacional.gov.ve/ns2/noticia.sap?numn=9413](http://www.asambleanacional.gov.ve/ns2/noticia.sap?numn=9413)> (29.07.2007).

10 Dem Präsidenten zufolge hat die Organisation 15.000 Mitglieder, die in Kuba ausgebildet wurden. "Vor kurzem kamen 5.000 (Jugendliche) zurück und derzeit halten sich dort über 5.000 auf, die im August zurückerwartet werden, und im selben Monat fahren weitere 5.000 dorthin (Kuba)". (AAS: "Präsident Chávez verteilt 15.000 russische Gewehre an Jugendliche der regierungseigenen Front". AFP, in: <[www.globovisión.com/news.php?nid=31796](http://www.globovisión.com/news.php?nid=31796)> (29.06.2006).

#### **4. Die Demokratische Koordination**

Für das Eingreifen der Zivilgesellschaft in die Politik war ein Akteur beispielgebend, nämlich die Demokratische Koordination (DK), ein Versuch der Koexistenz und Absprache zwischen den Oppositionsparteien und einer großen und vielgestaltigen Sammlung gesellschaftlicher Organisationen vom Arbeitgeberverband über die Gewerkschaftszentrale CTV bis hin zu kleinen, bürgerlich-politischen Aktionsgruppen (González de Pacheco 2003). Die DK sollte der neue Bezugspunkt einer Politik sein, die den Zusammenhalt der verschiedenen Oppositionsgruppen und -tendenzen sicherte mit der Neuierung, dass die Parteien akzeptierten, einen Teil ihrer Aufgaben mit gesellschaftlichen Organisationen zu diskutieren und zu teilen. Nach dem gescheiterten Generalstreik 2002-2003 konzentrierte die DK ihre Arbeit auf die Herbeiführung einer Volksabstimmung zur Abberufung des Präsidenten, die nach unzähligen Verzögerungsmanövern mit einem Sieg von Chávez endete, der von der Opposition angezweifelt, aber von internationalen Beobachtern bestätigt wurde. Der Weg zur Volksabstimmung war dadurch gekennzeichnet, dass die Parteien die Entscheidungen der DK immer stärker beeinflussten und schließlich in der Öffentlichkeit im Vordergrund standen. Die gesellschaftlichen Organisationen in ihrer bunten Vielfalt überließen die Bühne den Politikern und erkannten damit die unersetzliche Arbeit der Parteiapparate für die Mobilisierung an, die beim Kampf um die Volksabstimmung erforderlich war. In den darauffolgenden Monaten musste die DK sich der widersprüchlichen Aufgabe stellen, ihre Vorwürfe der Wahlfälschung aufrechtzuerhalten und gleichzeitig die oppositionelle Wählerschaft für die Regionalwahlen vom 31. Oktober zu begeistern. Zwischenzeitlich kehrten sowohl zahlreiche Parteien und Politiker als auch gesellschaftliche Organisationen der DK den Rücken. Manche gesellschaftlichen Sprecher versuchten, aus der Niederlage Lehren zu ziehen und forderten eine Trennung der parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Teile der DK (Palacios 2004; Méndez 2004). So endete eine Koordinationserfahrung zwischen Parteien und Zivilgesellschaft zumindest für eine Reihe ihrer Sprecher mit Vorschlägen eines Rückzugs in den gesellschaftlichen Bereich. Das Bemühen der Parteien, ihre Funktion der Interessenwahrnehmung der Bürger zu erfüllen, führte zu enttäuschten Erwartungen und verspielte damit einmal mehr das Vertrauen der Bevölkerung.

## 5. Der “Fall” Súmate: von technischer Beratung zur Repräsentation

Der Verein “Súmate” erschien Mitte 2002 auf der öffentlichen Bühne. Seine Mitglieder sind politisch bis dahin nicht aktive Fachleute und leitende Angestellte aus der Wirtschaft, die die Ausübung politischer Rechte und insbesondere die Transparenz von Wahlen fördern wollen. Als die DK ihre erste, systematische Unterschriftensammlung plante, wurde “Súmate” mit der Prüfung der Anzahl und Echtheit der eingesammelten Unterschriften betraut. Die Organisation erwarb sich von Anfang an das Vertrauen der Opposition und wurde so zur Keimzelle einer parallelen Wahlbehörde. Zur Überprüfung der im November 2002 übergebenen Unterschriften wurde “Súmate” von etwa 1.000 Freiwilligen unterstützt (Morillo 2002). In jener Zeit festigte sich aufgrund der mit der Prüfung der Unterschriften erbrachten Leistung die zunächst noch unauffällige, aber entscheidende Rolle von “Súmate” als “technischer” Garant des Wählerwillens.

“Súmate” begnügte sich jedoch nicht damit, die DK zu beraten, sondern führte auch eine externe Überprüfung des Wählerverzeichnisses durch (Martínez 2003). Direkte Angriffe der Regierungsseite auf “Súmate” folgten auf dem Fuß; dem Verein wurde vorgeworfen, er spiele sich zum Schiedsrichter für Wahlen auf und hätte obskure Geldquellen (Hernández 2003). Da die Regierung “Súmate” als nicht repräsentativ und damit illegal ansah, versuchte die Organisation ihr Selbstverständnis zu skizzieren:

Der Nationale Wahlrat (*Consejo Nacional Electoral*, CNE) sagt, “Súmate” könne die Bürger nicht vertreten. Wir sind keine Vertreter der Bürger, sondern wir sind Bürger. Und als Bürger haben wir die Zivilgesellschaft bei der kürzlichen Unterschriftensammlung unterstützt. Als Bürger und mit den Bürgern werden wir am kommenden 5. Oktober erneut Unterschriften sammeln (Alonso 2003).

Auf diese Weise unterstrich man die Verbindung zwischen Selbstverständnis und Leistung mit den Bürgern, die als “übernommene Repräsentation” auf festerem Boden stand als die formale durch Wahlen. Die Organisation unterstützte auch die erneute Unterschriftensammlung und -prüfung für die Volksabstimmung. Das erhöhte ihren Bekanntheitsgrad in den Reihen der Opposition und auch die Zahl der Freiwilligen (De Vincenzo 2004a; 2004b).

Die Regierung verstärkte ihre Angriffe gegen die Organisation (Rojas 2003; Álvarez 2004). Einer der Stoßkeile richtete sich darauf, das Selbstverständnis von “Súmate” als Verein zu diskreditieren: So wurde die Organisation als Partei dargestellt, die unter der Maske eines Vereins auftrat, aber auch als “Unternehmen”. Beide Bezeichnungen rechneten sie der Zivilgesellschaft artfremden Bereichen zu, die sich an der Logik der Macht- oder

Geldvermehrung orientieren. Weitere Angriffe galten der Tatsache, dass die Organisation zur Durchführung ihrer Arbeit Mittel aus dem Ausland erhalten hatte; damit begann eine Kampagne, wie man sie auch von anderen autoritären Regierungen kennt: Diffamierung von Dissidenten als Knechte des Auslands.<sup>11</sup> Im Jahr 2004 wurden zwei Vorstandsmitglieder von “Súmate” wegen “Verschwörung zur Zerstörung der republikanischen Regierungsform, die sich die Nation gegeben hat” beschuldigt, eine Straftat, die mit Gefängnis zwischen 8 und 16 Jahren belegt ist (Alonso 2004). Später wurden zwei weitere Vorstandsmitglieder wegen Beihilfe zu ebendieser Straftat beschuldigt.<sup>12</sup> So werden die Organisation und ihre Aktionen stigmatisiert.

Das Verfahren, das zum Abberufungsreferendum führte, wurde von “Súmate” kritisch begleitet; die Organisation bemängelte Unregelmäßigkeiten im Wählerverzeichnis und meldete Zweifel am Ergebnis an, ohne jedoch einen ausdrücklichen Fälschungsvorwurf auszusprechen (“Súmate” 2004a). Obwohl “Súmate” die DK während des gesamten Verlaufs des Verfahrens begleitete, schloss sie sich ihr nicht an und behielt ihren Charakter als externe Beratungsinstanz bei. Im März 2005 änderte die Organisation ihr Selbstverständnis und wandelte sich in der Folge des von ihr veranstalteten Nationalen Treffens der Bürgerorganisationen (“Declaración de Súmate” 2005) von einer technischen Beratungsinstanz zu einer “nationalen Bürgerbewegung” (Medina 2005). In einem weiteren Schritt des Wandels nutzte sie ihre Mobilisierungskapazität für den riskanten Aufruf an verstreute, heterogene und sogar rivalisierende Organisationen mit dem Ziel, ein Netzwerk oder eine Gruppierung zweiten Grades zu schaffen (“Súmate convoca al Encuentro Nacional de Organizaciones Ciudadanas” 2005). Auf dem Treffen wurde die Gründung eines Kongresses der Bürgerorganisationen vorgeschlagen, der sich aus “Abgeordneten” der Basisgruppen in jedem Bundesstaat zusammensetzen sollte (Martínez 2005).

Hier tritt wieder die Spannung auf zwischen der “übernommenen Repräsentation” der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Schwierigkeit,

11 “Súmate” verschwieg keineswegs, dass die Organisation vom *National Endowment for Democracy* den Betrag von US\$ 31.120 zur Durchführung von staatsbürgerlichen Bildungsprogrammen erhalten hatte; im Jahr 2005 erhielt sie zusätzliche Mittel. Damit unterstrich sie den öffentlichen und legalen Charakter der Förderung und ihrer Verwendung (“Súmate” 2004b). Die Diffamierung von “Súmate” als “Agent des Imperiums” wurde noch verschärft, als Präsident Bush im Mai 2005 der Vorsitzenden eine lange und medienwirksame Audienz gewährte.

12 Das Verfahren dümpelt vor sich hin – neben vielen anderen, ohne dass es bisher zu einer Verurteilung gekommen wäre.



dieses Verständnis aus Wahlmechanismen abzuleiten, und sie nimmt noch zu, wenn eine Organisation als “Kongress” und ihre Mitglieder als “Abgeordnete” bezeichnet werden. Das Vorhaben, eine nationale Organisation mit einer ehrgeizigen politischen Agenda zu schaffen, war ein weiterer Schritt im Rahmen eines strategischen Projekts: “Súmate” nutzte sein bei Wahlen gebildetes politisches Kapital und die Enttäuschung der Bürger angesichts des Scheiterns der DK, um sein Selbstverständnis und seinen politischen Spielraum zu erweitern.

Die für “Súmate” gegen Ende 2005 eröffneten Wachstumsaussichten erfüllten sich jedoch nicht. Die Initiative des “Bundeskongresses der Bürgerorganisationen” trat mit dem Nahen des Präsidentschaftswahlkampfs 2006 in den Hintergrund. In der Diskussion um das am besten geeignete Verfahren zur Wahl eines Einheitskandidaten der Opposition fiel “Súmate” mit dem Vorschlag von Primärwahlen durch; die Kandidaten mit den besten Aussichten einigten sich auf eine Entscheidung durch Umfragen. Die Tatsache, dass diese drei Kandidaten sämtlich von Parteien aufgestellte Politprofis waren und dass sie ihre Absprache ohne Mitwirkung der Basis trafen, verwies – ähnlich wie im Fall der gescheiterten DK – auf eine Rückkehr zur “normalen Politik”, in der die Akteure in die Bereiche zurückfanden, aus denen sie stammten.

In der kurzen Spanne von drei Jahren hatte “Súmate” einen tiefgreifenden Wandel durchlaufen, der sie vor das Dilemma vieler anderer Organisationen stellte: Wo endet die Zivilgesellschaft, wo fängt die politische Gesellschaft an? Wandelt sie sich zur Partei, wie manche kritisieren, oder ist sie ein weiteres Beispiel jener hybriden Organisationen, die zur Wahrung ihres Einflusses und ihres Rufes diese Form meiden? Eher scheint sie die Aufweichung der Grenzen zwischen Gesellschaft und Politik zu bestätigen, die trotz der Beobachtungen im Wahljahr 2006 unumkehrbar erscheint.

## **6. Die Studentenbewegung, ein unerwarteter Akteur**

Wie bereits erwähnt, versuchte die Regierung seit einigen Jahren, Jugendorganisationen zu gründen, die sich mit dem “Prozess des Wandels” identifizieren, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Im Gegenzug versuchten die politischen und bürgerlichen Organisationen der Regimegegner ebenfalls, die Jugend und die Studenten für sich zu mobilisieren. Jedoch war diesem Bemühen außerhalb der Universitäten auch kein großer Erfolg beschieden. Zwar stand der Großteil der Studentenvertretungen der bedeutendsten Universitäten der Opposition nahe, aber es war immer wieder von der scheinba-

ren „Apathie“ der Jugend die Rede, wenn es um Politik im Allgemeinen ging, jenseits des engeren universitären Bereichs.<sup>13</sup> Eine Ausnahme war die im April 2006 in einer Allee von Caracas veranstaltete Demonstration „Liegen fürs Leben“, als Protest gegen die Unsicherheit und Gewalt.<sup>14</sup> Die Protestaktion hatten vor allem die Fürsprecher der Studentenorganisationen der bedeutendsten Universitäten organisiert. Im Mai 2006 kam es wegen der Aussetzung der Wahlen zur Studentenvertretung an der Andenuniversität zu Unruhen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen regierungsnahen und oppositionellen Studenten. Außerhalb der politischen Beteiligung im engeren Sinne sind Studentenproteste ebenso häufig wie die anderer Gruppen; es geht dabei meistens um die Verbesserung der Studienbedingungen, insbesondere der Beförderungsmittel.

Eine neuere Jugendstudie (Bigio 2005) konzentriert sich auf zwei Typen von Jugendorganisationen: Die der Studenten und die der Jugendlichen in den unteren Bevölkerungsschichten. Es stellten sich zwar einige Gemeinsamkeiten heraus, aber die Studentenorganisationen richteten sich mehr auf

[...] die Suche nach dem Sinn des Lebens in einer leeren Umgebung; sie erscheinen eher zurückgezogen auf einen zeitgenössischen Individualismus. Bei den Jugendlichen in den örtlichen Gemeinschaften hingegen überwog das Kümmeren um den Anderen, die Suche nach Alternativen angesichts des alltäglichen Mangels, die Lösung von Problemen, der Wunsch nach Anerkennung und die soziale Frage (Bigio 2005: 280).

Neben diesen Unterschieden gab es aber auch Gemeinsamkeiten:

Die Jugendlichen kritisieren die bestehende politische Polarisierung und sehen sie als Hindernis für ihre Initiativen. Sie hegen tiefstes Misstrauen gegenüber populistischer und klientelistischer Politik, und das erschwert Regierungsmaßnahmen mit dem Ziel der Gründung von Jugendorganisationen. Hervorzuheben ist die Schwierigkeit beider Gruppen, dem öffentlichen Auftreten von Jugendbewegungen Sinn abzugewinnen oder es zu verstehen. In beiden Gruppen verwiesen die Antworten auf ihre eigenen Organisationen (Bigio 2005: 280).

Im Folgenden werden wir sehen, wie einige dieser Merkmale sich in den Aktionen der Studentenbewegung manifestierten, die im April 2007 begannen.

Die belasteten Beziehungen zwischen der Regierung Chávez und den privaten Massenmedien sind hinreichend bekannt. Gegenseitige Beschuldi-

13 Amtlichen Daten zufolge waren 47% der Bevölkerung zwischen 18 und 25 Jahren nicht im Wählerverzeichnis für die Präsidentschaftswahlen 2006 eingetragen (Díaz 2006).

14 Auslöser des Protests war die Ermordung von vier Menschen, die im März in Caracas entführt worden waren; drei der Opfer waren Jugendliche.

gungen sind Teil der ständigen Auseinandersetzungen in der Politik Venezuelas, sogar schon vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten. Diese konfliktgeladene Beziehung erreichte ihren Höhepunkt in den Tagen um den 11. April 2002, denn die privaten Medien spielten aus ihrer Sicht eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung, die zu den Ereignissen vom 11. April führten, und bei dem vergeblichen Bemühen, die Proteste gegen den Putsch zu ignorieren.<sup>15</sup> Seit diesem Zeitpunkt und ganz besonders seit der politischen Entwicklung, die den Streik von 2002 und 2003 beinhaltete und ihren Höhepunkt mit dem Abberufungsreferendum 2004 erreichte, galten die privaten Medien für die Regierung nach wie vor als Putschisten. Aber sowohl die Regierung als auch einige Medienunternehmer lenkten ein und das schlug sich in Programmänderungen nieder: Meinungssendungen verschwanden, kontroverse Themen wurden gemieden und manche Nachrichtensendungen waren nunmehr um "ausgeglichene" Meldungen bemüht. Paradoxerweise wurden die als "Putschisten" verschrienen Medien – die Pro-Chávez-Proteste nicht übertragen hatten – nunmehr dafür belohnt, dass sie Proteste, Straftaten oder sonstige soziale Probleme verschleierten, die für die Regierung ärgerlich waren. Es gab aber auch Medien wie "Radio Caracas Televisión" (RCTV) und "Globovisión", die dieser Linie nicht folgten; sie kritisierten weiterhin die Politik der Regierung. Gegen Ende 2006 nutzte Chávez den Auslauf einiger Fernsehfrequenz-Lizenzen im Mai 2007, um anzukündigen, dass die Lizenz von RCTV nicht erneuert würde (Carrillo 2006).

Die Proteste gegen diese Absicht beschränkten sich anfangs auf die üblichen Oppositionsgruppen, nämlich die Parteien und Organisationen, die sich an der DK beteiligt hatten. Aber auch die Studenten bereiteten Mobilisierungen vor; am 25. Mai traten sie erstmals an die Öffentlichkeit mit einer Protestaktion gegen das Staatsfernsehen "Venezolana de Televisión". Es beteiligten sich Studenten staatlicher und privater Universitäten und sie forderten Medienpluralismus, Wahlfreiheit und Meinungsfreiheit (Cárquez/Mayorca 2007).

Mit dem Näherrücken der Schließung des Kanals am 27. Mai verstärkten zahlreiche Gruppen ihre Mobilisierung, darunter Journalisten, Zuschauer und bei Medien arbeitendes Personal. Am Abend des 27. Mai gab es eine Demonstration vor dem Sitz der Regulierungsagentur für Telekommunikation –

---

15 Gemeint sind die Massenproteste gegen die Regierung Chávez, die von Teilen der Medien orchestriert wurden und die zum misslungenen Putsch vom 11. April 2002 führten (Anm. Andreas Boeckh).

CONATEL – und eine Mahnwache am Sitz des Kanals RCTV; in beiden Fällen kam es zu kurzen Scharmützeln mit der Polizei.

Am 28. Mai schließlich entlud sich der Protest der Studenten, der sich dann fast über den gesamten Juni erstreckte und mit verschiedenartigen Akteuren und Taktiken alle möglichen Gestaltungsräume und Landstriche erfasste. Es blieb der Eindruck, dass sich auf der Bühne der gesellschaftspolitischen Akteure Venezuelas ein bedeutender Wandel vollzogen hatte.

Im Juni stand die Studentenbewegung mit ihren Massendemonstrationen vor dem Obersten Gericht und der Generalstaatsanwaltschaft im Mittelpunkt des Interesses, sowohl bei Befürwortern wie bei Gegnern. Hauptthema ihres Protests war die Verteidigung der demokratischen Rechte, insbesondere der Meinungsfreiheit. Die Nationalversammlung wollte ein Gegengewicht gegen die Bewegung schaffen und lud sie ein, ihren Standpunkt vor dem Plenum zu vertreten, hielt aber gleichzeitig ohne vorherige Absprache ein Aufgebot regimetreuer Studenten bereit, die mit ihnen diskutieren sollten; die ersteren trugen ihr Anliegen vor und verließen dann das Plenum. Die Bewegung beschränkte sich nicht auf Massendemonstrationen, sondern inszenierte auch „Mikroevents“, um in engen, begrenzten Umgebungen wie Straßen und Plätzen Aufmerksamkeit zu erregen (Castillo 2007).

Gegen Ende Juni ließen die Proteste nach und es begann eine Phase der Konzentration auf organisatorische Fragen sowie mittel- und langfristige Planungen zur Konsolidierung der Bewegung. Die Erfahrung der Studentenbewegung mit ihren Erfolgen und Fehlschlägen hat Themen auf die Tagesordnung gebracht, die die politische Debatte im heutigen Venezuela bereichern.

Die Erläuterungen eines der Anführer der Mobilisierung geben Aufschluss über einige ihrer wichtigsten Themen:

Ich möchte betonen, dass es nicht unser Ziel ist, Chávez zu stürzen. Wir Studenten haben in den letzten Jahren gelernt, dass es keine sofortigen Lösungen gibt. Unser Wahlspruch kann nicht sein „Chávez, hau ab“. [...] Aber wenigstens ein Ziel, nämlich als Bewegung gehört zu werden, haben wir erreicht. Und das ist ein Sieg [...] denn so fängt man an: man spricht. – Wie stellen Sie sich das Land von morgen vor, als Demokratie oder als Diktatur? – Das ist eine Art mittelalterliche Schlacht: Man muss einen Schild mit sich führen, der Widerstand symbolisiert. Die Regierung schlägt auf Dich ein und der Schild schützt Dich, nur das. Das heißt: Eine Demonstration stürzt keine Regierung, aber sie bremst sie. Du brauchst den Schild, um den Schlägen der Regierung zu widerstehen. Dabei schärfst Du gleichzeitig Dein Schwert, mit dem Du den letzten Schlag versetzt, den letzten Schlag durch Wahlen. Wir müssen Widerstand leisten und uns gleichzeitig vorbereiten, um in den nächsten Wahlen die Regierung zu schlagen. Wir müssen gewaltlos widerstehen, denn mit Waffen können wir nicht

gewinnen. Deshalb bekenne ich mich klar zur Gewaltlosigkeit. Ich habe keine Waffen und bin nicht bereit, jemanden zu töten (Freddy Guevara, Studentenfürer der Universidad Católica Andrés Bello/UCAB, in Bastidas 2007.)

Schließlich stellt sich bei dieser Studentenbewegung auch die Frage nach ihrer Repräsentation: Die Mehrzahl ihrer Anführer gehören den Studentenvertretungen der Universitäten an. In dieser Hinsicht können sie auf Repräsentation durch Wahlen verweisen, die solideste Form aus konventioneller Sicht.<sup>16</sup> Nun gehen aber diese Mobilisierungen über den Rahmen der Studentenvertretungen hinaus und reihen sich eher in die Tradition der Studentenbewegungen des Landes und der Region ein, die sich immer auf die nationale Politik gerichtet hat. So wurde, wie schon zu anderen Zeiten, die Legitimität der Bewegung in Frage gestellt; die Studenten wurden als privilegierte Eliten dargestellt, deren Vorhaben und Weltanschauung im Gegensatz zum "Volk" stünden. Solcher Art Anfeindungen, die man früher von den Regierungen der AD und COPEI gegen fortschrittliche Studentenbewegungen gewöhnt war, gehen heute von der Regierung Chávez aus.

Angesichts dieser Angriffe berief die Führung der Bewegung das "Venezolanische Jugend- und Studentenparlament" ein, das im August und September zusammentrat, um eine Vertretung zu wählen, die alle Beteiligten repräsentierte. Dabei ist klar, dass die Delegierten des Parlaments nicht für dieses Mandat gewählt worden waren, obwohl die meisten den jeweiligen Studentenvertretungen angehörten. Es wurde wiederum deutlich, dass die Frage der Repräsentation eine soziale Bewegung dazu zwang, institutionalisierte Form anzunehmen, um sich den Mantel der Repräsentation durch Wahlen umzuhängen.

Die wohl bedeutendste Aktion der Bewegung nach der Institutionalisierung war die Debatte darüber, ob man sich in der Volksabstimmung über eine Verfassungsreform engagieren sollte, die der Präsident für den 2. Dezember einberufen hatte. Mit großer Verspätung – die Entscheidung wurde erst am 21. November bekannt gemacht – kündigte die Bewegung ihre Bereitschaft zum Engagement für die Ablehnung der Reform an und widersetzte sich damit der Enthaltungstendenz, die von einigen oppositionellen und Studentengruppen vertreten wurde. Zahlreiche Studenten stellten sich am Wahltag als Helfer zur Überwachung der Abstimmung zur Verfügung.

---

16 Diese Form der Repräsentativität wurde bei den Wahlen der Studentenvertretungen im November 2007 bestätigt: In den wichtigsten Universitäten gewannen die Anführer der Bewegung mit großem Vorsprung.

Dem Elite-Argument setzten einige Anführer den klassenübergreifenden Charakter der Bewegung entgegen und bemühten sich um Kontakte zur Unterschicht. Es wäre jedoch verfrüht, eine Aussage darüber zu machen, ob diese beginnende Bewegung die Fähigkeit besitzt, sich mit anderen Akteuren zu verbünden und ihren Kampf um Bürgerrechte politisch und sozial umfassender zu gestalten.

Die Vielgestaltigkeit und Breite der Mobilisierung, die sich über die gesamte zweite Hälfte des Jahres 2007 erstreckte, entzieht sich einer detaillierten Beschreibung, jedoch kann man einige ihrer Charakterzüge herausstellen:

- Die Mobilisierung war für nahezu alle Akteure in Regierung und Opposition unerwartet und überraschend.
- Obwohl sie sich frontal einer Regierungsmaßnahme widersetzte, wurde versucht, einen direkten Zusammenhang mit den Akteuren und Parolen der traditionellen Opposition zu vermeiden. Ziel war nicht der Sturz der Regierung, sondern Eintreten für die Meinungsfreiheit und Abwehr der Schließung des politischen Systems.
- Es wurden verschiedene Aktionsformen kombiniert: Straßengänge, Aufmärsche, Sit-ins, Ansprechen der Verkehrsteilnehmer an Ampeln, Versammlungen in halböffentlichen Räumen wie den Universitäten und dem Stadion von Caracas.
- Massendemonstrationen mit Beteiligung anderer Gruppen wurden kombiniert mit kleinen, überraschenden Mobilisierungen in Einkaufszentren und auf Plätzen.
- Die Anführer bemühten sich um friedliches Auftreten, hatten damit jedoch nicht immer Erfolg.
- Die Aufmärsche und Demonstrationen richteten sich nicht nur an die öffentliche Meinung, sondern auch an spezifische Einrichtungen wie den Regierungskanal VTV, die Generalstaatsanwaltschaft, den Ombudsmann, die Nationalversammlung, das Oberste Gericht, das Bildungsministerium und den Sitz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Caracas.
- Es wurde versucht, die “Territorialisierung” der Städte in regierungsnahe und oppositionelle Räume zu durchbrechen, indem man Protestaktionen in Gebiete verlegte, die traditionell von Regierungsanhängern kontrolliert werden. Diese Absicht wurde sowohl von militanten Regierungsanhängern als auch von den Gemeindebehörden durchkreuzt, die dafür die Genehmigung verweigerten.

- Die Mobilisierung hatte eine große Reichweite, die sich auf die bevölkerungsstärksten Länder erstreckte: Zulia, Táchira, Bolívar, Carabobo, Anzoátegui, aber auch Mérida, Barinas und Nueva Esparta.
- Die Mobilisierung brachte die Regierung dazu, ihre eigenen Jugend- und Studentenführer zu fördern, die bis dahin kaum in Erscheinung getreten waren.
- Man bemühte sich darum, die Vorlesungen durch die Mobilisierung nicht zu unterbrechen; das führte zu einem tiefen Widerspruch zwischen Mobilisierung und Kontinuität der Vorlesungen.
- Zwar wurde das Ziel einer Rücknahme der Schließung von RCTV durch die Regierung nicht erreicht, aber die politischen Kosten der Maßnahme stiegen, wie die Umfragen zeigten und die Niederlage der Regierung im Referendum über die Verfassungsreform bestätigte.
- Das wichtigste Ergebnis der Mobilisierung war jedoch die Tatsache, dass mit den Studentenführern eine neue gesellschaftspolitische Führungselite auf die Bühne trat. Ihre Präsenz in der öffentlichen Meinung schien die Erwartung breiter Schichten zu erfüllen, die angesichts des Scheiterns der traditionellen Eliten und des polarisierten Diskurses frustriert waren.
- Abschließend ist zu bemerken, dass die Teilnahme gesellschaftlicher Akteure an der Politik nicht ganz zufriedenstellend gelöst wurde, denn einige der Studentenführer haben sich Oppositionsparteien angeschlossen, während andere es vorzogen, unabhängig zu bleiben, ohne sich allerdings der aktiven Teilnahme zu verweigern, einschließlich Kandidaturen bei den Regionalwahlen 2008, in denen sich manche von ihnen durchsetzen konnten. Die Mobilisierung zeigte aber, dass der Kampf um Bürgerrechte kaum vom allgemeinen politischen Streit zu trennen ist, vor allem in einer Phase des Kampfes um Hegemonie zwischen gesellschaftlichen Akteuren mit entgegengesetzten Visionen. Trotz ihrer anfänglichen Ablehnung der Politik und der Polarisierung hat sich die Bewegung dem Charakter eines politischen Akteurs angenähert.

## **7. Schlussbetrachtung**

Am Beginn dieser Betrachtung habe ich die These aufgestellt, dass die Grenzen zwischen der Zivilgesellschaft und dem politischen System sich so stark verwischt haben, dass es schwierig erscheint, sie wiederaufzubauen. Dieser Wandel berührt auch die Akteure, die sich zwischen beiden Feldern bewegen, denn ihr Selbstverständnis steht auf dem Spiel, wenn sich die

Maßstäbe ihrer Beziehungen zur Basis, zu anderen Akteuren und zu den Institutionen ändern. Wenn man in das Spiel um Politik und Macht eingreift, wird die Frage nach der Repräsentativität zum ersten Hindernis: Wen repräsentieren sie denn? In wessen Namen wollen sie gehört werden? Wenn der Akteur sich nicht darauf einlässt, die traditionellen Muster der politischen Organisationen zu übernehmen, muss er kreative Lösungen anbieten, die es ihm erlauben, sein Selbstverständnis beizubehalten und sich gleichzeitig zu legitimieren als ausgestattet mit denselben Rechten wie die bereits im Terrain agierenden Akteure.

Gestützt auf die Typologie der “übernommenen Repräsentation” von Gurza/Houtzager/Castello habe ich die Art und Weise untersucht, in der die verschiedensten Organisation die Grauzone zwischen Gesellschaft und Politik besetzt haben, ohne auf vorhandene Modelle zurückgreifen zu können, weil die gesellschaftspolitische Dynamik teilweise völlig neu ist. Die beschriebenen Fälle sind nur eine Auswahl der vielfältigen Wege, die die Wanderer auf diesem Gebiet ohne Landkarten und Kompass beschritten haben.

Drei deutliche Tendenzen haben die Verflechtung zwischen Zivilgesellschaft und Politik vorangetrieben. Erstens der über Venezuela hinausgehende Verlust an Legitimität der traditionell als politisch eingestuften Akteure, nämlich der landesweit organisierten Programmparteien, die ihr Monopol im politischen Entscheidungsprozess verloren haben. Die Parteiorganisation ist zu stark den Institutionen und Verfahren der Gesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts verhaftet und hat die gesellschaftliche Dynamik verpasst, die über Konsens- und Koalitionsbildung hinausgeht, die Zeit für langfristige Programme verkürzt und ständig neue Konflikte und Selbstverständnisse produziert. Angesichts der Grenzen der Parteien ist es einigen politischen Systemen weitgehend gelungen, Kanäle für die Ergänzung der bestehenden Institutionen zu öffnen, während andere immer noch nach Lösungen suchen, ohne den Trend zur Entstrukturierung und zum Bruch der Bindung zwischen Bürger und Repräsentanten aufhalten zu können. Hier dringen Gruppen und Organisationen ein, die sich früher als Sekundärakteure in klar begrenzten Bereichen verstanden, sich aber genötigt oder ermutigt sahen, an die Stelle derjenigen zu treten, die sie nicht anhören wollten. Selbstverständlich ist dieses Vordringen nicht frei von Risiken wie der Selbstgefälligkeit und Naivität, die zu schlimmen Niederlagen führen, oder der Intoleranz und des Sektierertums, die aufsteigende Akteure kennzeichnen. Das größte Risiko mag der Schritt von der direkten zur delegierten Teilnahme sein, d.h. sich als



Vertretung breiter Bürgerinteressen darzustellen, ohne dafür ein klares Mandat zu haben.

Zweitens wurde die Grenze zwischen Gesellschaft und Politik vor allem durch die langfristige Strategie der Chávez-Regierung verwischt, eine Ersatz-Zivilgesellschaft mit allen formalen Merkmalen zu schaffen, die sich jedoch dem hegemonialen Anspruch der Regierung unterwirft. Die diskursive Herabsetzung und Diffamierung der bestehenden Organisationen schaffen im Verbund mit der finanziellen, institutionellen, publizistischen und sogar zwangsmäßigen Förderung der neuen, unterwürfigen Akteure ein Netz, das sich um konkrete Belange kümmert, Stimmen für den Führer sichert, Wohltaten verteilt, aber auch unter Vorgabe der Interessenvertretung als Transmissionsriemen des Staates funktioniert und mit dessen politischen, bürokratischen und militärischen Eliten identisch ist. Statt von unten nach oben aufgebaut zu sein, geht es hier um eine von oben diktierte Ordnung, die die gesamte Gesellschaft erfassen soll, also nicht um eine Verbindung zwischen Gesellschaft und Politik, sondern zwischen Gesellschaft und Staat unter Vorrang des Letzteren. Sollte das gelingen, wird Politik im Sinne von Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Positionen überflüssig, weil Projekte oder Gruppen außerhalb des monopolistischen Projekts "Revolution" oder gar in Gegnerschaft zu diesem unmöglich werden.

Drittens hat der Fortschritt des monopolartigen Projekts die Verknüpfung von Politik und Gesellschaft befördert. Angesichts der Existenzkrise der großen Parteien und – in geringerem Ausmaß – der Sozialpartner, die das alte gesellschaftspolitische Modell gesteuert hatten, und der subjektiv empfundenen Bedrohung der als angestammtes Recht angesehenen Lebensweisen nahmen Bürger, die sich früher um nichts gekümmert hatten, nunmehr an allen möglichen Aktionen teil. So bildet sich langsam ein vor allem defensives oder im ursprünglichen Sinn "reaktionäres" Selbstverständnis heraus, das jedoch Abwehr und Kritik in konstruktive Vorschläge zu verwandeln imstande ist.

Solche Entwicklungen sind nicht auf Venezuela beschränkt, aber hier besonders intensiv und möglicherweise unumkehrbar, denn es steht für alle – Gefolgschaft, Gegner und Neutrale – das friedliche, demokratisch legitimierte Zusammenleben auf dem Spiel. Die Rhetorik der Durchsetzung eines Projekts ohne Wenn und Aber kennt keinen Spielraum für Verhandlung, Dialog und regelgesteuerten Wettstreit um die Macht, sondern nur radikale Konfrontation: Kein Platz für Politik, sondern Krieg.

### Literaturverzeichnis

- Aiquel, Pablo (2001): "Los círculos bolivarianos sustituirán a las asociaciones de vecinos". In: *El Nacional* (21.10.2001). Caracas.
- Alonso, Juan F. (2003): "Súmate participará en el plan para recolectar las nuevas rúbricas". In: *El Universal.com* (13.09.2003). Caracas.
- (2004): "Machado fue imputada por conspiración". In: *El Universal.com* (11.06.2004). Caracas.
- Álvarez, Irma (2004): "Súmate es un disfraz de asociación civil". In: *El Universal.com* (22.02.2004). Caracas.
- Arbós, Xavier/Giner, Salvador (1993): *La gobernabilidad. Ciudadanía y democracia en la encrucijada mundial*. Madrid.
- Arditi, Benjamín (2004): "Trayectoria y potencial político de la idea de sociedad civil". In: *Revista Mexicana de Sociología*, 66, 1, S. 1-21.
- Arenas, Nelly (2005): "¿Languiende el corporativismo? De Fedecámaras a los nuevos actores empresariales en Venezuela". In: CENDES: *Venezuela visión plural: una mirada desde el CENDES*. Caracas, S. 346-371.
- Arenas, Nelly/Gómez Calcaño, Luis (2004): "Los círculos bolivarianos: el mito de la unidad del pueblo". In: *Revista Venezolana de Ciencia Política*, 25, S. 5-37.
- Asamblea Nacional de la República Bolivariana de Venezuela (2006): "Noticias". In: <www.asambleanacional.gov.ve/ns2/noticias.asp?num=9413> (29.07.2007).
- Bastidas, Gloria (2007): "El despertar de los estudiantes le da miedo al gobierno". In: *El Nacional* (03.06.2007). Caracas, NACION/4.
- Bigio, Victoria (2005): "Organizaciones y movimientos juveniles en Caracas: estudio de caso en Venezuela". In: *Revista Electrónica Latinoamericana de Estudios sobre Juventud*, 1, 2, S. 240-286.
- Blaney, David/Pasha, Mustapha Kamal (1993): "Civil Society and Democracy in the Third World; Ambiguities and Historical Possibilities". In: *Studies in Comparative International Development*. 28, 1, S. 3-24.
- Botía, Alejandro (2004): "Culmina activación de comandos Maisanta". In: *Últimas Noticias* (02.07.2004). Caracas, S. 12.
- Cárquez, Celina/Mayorca, Javier Ignacio (2007): "Universitarios protestaron frente a VTV". In: *El Nacional* (26.05.2007). Caracas, NACION/5.
- Carrillo, José Luis (2004): "El comando Maisanta no se desvela por la pregunta". In: *Últimas Noticias* (12.06.2004). Caracas, S. 10.
- (2006): "Chávez: No habrá nueva concesión para Rctv". In: *Últimas Noticias* (29.12.2006). Caracas, S. 12.
- Castillo, Vivian (2007): "Las manifestaciones estudiantiles no se van de vacaciones". In: *El Universal.com* (04.07.2007). Caracas, S. 25.
- Chalmers, Douglas (2001): "Vínculos de la sociedad civil con la política". In: *Nueva Sociedad*, 171, S. 60-87.
- Chávez, Hugo (2004a): "Programa No. 207 Aló Presidente. Desde la refinería de Puerto la Cruz, estado Anzoátegui. Domingo, 10 de octubre de 2004". In: <www.gobiernoenlinea.gob.ve/docMgr/sharedfiles/Alo\_Presidente\_207.pdf> (29.06.2006).

- (2004b): “Discurso del Presidente Chávez en el Estado Vargas, 28 de octubre del 2004”. In: [www.gobiernoenlinea.gob.ve/docMgr/sharedfiles/Discurso\\_Presidente\\_Vargas\\_28oct2004.pdf](http://www.gobiernoenlinea.gob.ve/docMgr/sharedfiles/Discurso_Presidente_Vargas_28oct2004.pdf) (29.06.2006).
- Cohen, Jean L. (2003): “Sociedade Civil e Globalização: Repensando Categorias”. In: *DA-DOS – Revista de Ciências Sociais*. Rio de Janeiro, 46, 3, S. 419-459.
- Cohen, Jean L./Arato, Andrew (1992): *Civil Society and Political Theory*. Cambridge/London.
- “Declaración de Súmate” (2005). In: *El Universal.com* (15.07.2005). Caracas.
- De Vincenzo, Teresa (2004a): “300 mil constancias entregó Súmate”. In: *El Universal.com* (15.02.2004). Caracas.
- (2004b): “Operación remate ensaya reparos”. In: *El Universal.com* (08.05.2004). Caracas.
- Díaz, Luis Carlos (2006): “1,6 millones de jóvenes no votarán el 3 de diciembre”. In: *El Nacional* (24.11.2006). Caracas, S. A/2.
- “Fiscalía imputó a Leonardo Carvajal” (2004). In: *El Universal.com* (29.06.2004). Caracas.
- Frente Francisco de Miranda. “Estructura”. In: [www.frentefranciscodemiranda.org.ve/estructura.htm26](http://www.frentefranciscodemiranda.org.ve/estructura.htm26) (29.06.2006).
- García Guadilla, María Pilar (2002): “Actores, organizaciones y movimientos sociales en la Venezuela del 2000: logros, problemas y desafíos”. In: Ramos Rollón, Marisa (Hrsg.): *Venezuela: rupturas y continuidades del sistema político (1999-2001)*. Salamanca, S. 247-273.
- (2003): “Politización y polarización de la sociedad civil venezolana: Las dos caras frente a la democracia”. XXIV International Congress of the Latin American Studies Association. Dallas, 27.-29. März.
- García Guadilla, María Pilar/Roa, Ernesto (1998): “La red de organizaciones sociales liberales y la democracia en Venezuela: potencialidades y limitaciones”. In: *Cuadernos del CENDES*. 14, 35, Segunda época, S. 55-80.
- Gellner, Ernest (1996): *Condiciones de la libertad. La sociedad civil y sus rivales*. Madrid.
- Gómez Calcaño, Luis (1995): “Crisis de legitimidad e inestabilidad política en Venezuela”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 2-3, S. 103-164.
- González de Pacheco, Rosa Amelia (2002): *Las organizaciones de ciudadanos y la política en Venezuela*. Maracaibo, jornadas de la sección Venezuela de LASA.
- (2003): “Las organizaciones de ciudadanos en Venezuela: ¿ser o no ser actores políticos?” Vortrag auf dem XXIV Kongress der Latin American Studies Association (LASA). Dallas, Texas, 27.-29. März.
- Grupo Roraima (1987): *Más y mejor democracia*. Caracas.
- Gurza, Adrián/Houtzager, Peter/Castello, Graziella (2005): In *Whose Name? Political Representation and Civil Organisations in Brazil*. Brighton.
- Hawkins, Kirk/Hansen, David (2006): “Dependent Civil Society”. In: *Latin American Research Review*, 41, 1, S. 102-132.
- Hernández, Taynem (2003): “MVR solicitará a FGR que investigue fuentes de financiamiento de Súmate”. In: *El Universal.com* (19.08.2003). Caracas.
- Iranzo, Consuelo/Richter, Jacqueline (2007): *Acción del sindicalismo frente al estado en la transición (1989-2006) IIº informe (2005-2006)*. Caracas.

- Janicke, Kiraz (2005): "Political Youth Organizations Reflect Different Ideas and Currents of Thought". 13.11.2005. In: <[www.vheadline.com/readnews.asp?id=46894](http://www.vheadline.com/readnews.asp?id=46894)> (29.11.2010).
- Lander, Edgardo (1995): "Movimientos sociales urbanos, sociedad civil y nuevas formas de ciudadanía en Venezuela". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 2-3, S. 165-187.
- Manin, Bernard (1998): *Los principios del gobierno representativo*. Madrid.
- Martínez, Eugenio (2003): "Súmate prepara firmazo alternativo". In: *El Universal.com* (04.07.2003). Caracas.
- (2005): "Crearán congreso federal de asociaciones ciudadanas". In: *El Universal.com* (24.07.2005). Caracas.
- Medina, Oscar (2005): "Instarán a TSJ a cambiar autoridades electorales". In: *El Universal.com* (13.03.2005). Caracas.
- Méndez, Gustavo (2004): "Es necesario un bloque social de contrapeso al político". In: *El Universal.com* (15.09.2004). Caracas.
- Morillo, Morelia (2002): "Firmas pasarán por tres auditorías". In: *El Nacional*. Edición Digital (03.11.2002). Caracas.
- Palacios, Marianela (2004): "Coordinadora democrática redefine su estrategia política". In: *El Nacional*. Caracas, Edición Digital, 13.09.2004, S. A/4.
- Rojas, Alfredo (2003): "Rangel solicita a fiscalía investigación penal por firmazo". In: *El Universal.com* (04.09.2003). Caracas.
- Salamanca, Luis (2003): "La sociedad civil venezolana en dos tiempos: 1972-2002". In: *Politeia*, 30, S. 119-156.
- "Súmate" (2004a): "Pronunciamiento Oficial de la Asociación Civil Súmate sobre el Referendo Revocatorio Presidencial" (23.08.2004). In: <[www.sumate.org/notap17.asp](http://www.sumate.org/notap17.asp)> (29.06.2006).
- (2004b): "¿Esto es una conspiración?". In: <[www.sumate.org/documentos/Is%20This%20a%20Conspiracy.pdf](http://www.sumate.org/documentos/Is%20This%20a%20Conspiracy.pdf)> (29.06.2006).
- "Súmate convoca al Encuentro Nacional de Organizaciones Ciudadanas" (2005). In: *El Universal.com* (19.07.2005). Caracas.
- Taylor, Charles (2004): *Modern Social Imaginaries*. Durham/London.
- Uribe, Gabriela/Lander, Edgardo (1988): "Acción social, efectividad simbólica y nuevos ámbitos de lo político en Venezuela". In: Calderón, Fernando (Hrsg.): *Imágenes desconocidas. La modernidad en la encrucijada postmoderna*. Buenos Aires, S. 205-224.
- Vilas, Carlos M. (1994): "La hora de la sociedad civil". In: *Análisis Político*, 21, S. 5-14.

**Rolando Díaz/Kurt-Peter Schütt**

## **Die Gewerkschaftsdachverbände: im Dienst der Parteien und der Macht**

### **1. Der Kampf der Parteien um die Vorherrschaft in der Gewerkschaftsbewegung**

Die Grundstruktur der gegenwärtigen venezolanischen Gewerkschaften (Betriebsgewerkschaften, sektorale, regionale und nationale Föderationen) entstand nach dem Ende der archaischen Militärdiktatur des Generals Juan Vicente Gómez in einer Phase hektischer politischer und gesellschaftlicher Umbrüche. Deren ökonomischen Antrieb bildete die um 1921 von US-amerikanischen Konzernen vorangetriebene kommerzielle Nutzung der Erdölvorkommen in der Region des Maracaibo-Sees. Mit ihr breitete sich die Lohnarbeit in größerem Umfang aus, doch wurde die Bildung von Gewerkschaften ebenso wie die Tätigkeit schon bestehender Arbeits- und Handwerkervereinigungen vor allem im Dienstleistungsbereich (Eisen- und Straßenbahnen, Elektrizitäts-, Telefon- und Telegraphenunternehmen, Druckgewerbe) durch systematische Repression des Regimes fast unmöglich gemacht (Urquijo 2000: 13-15). Wegen der Gleichsetzung von Regierung und Staat und der faktischen Abwesenheit jeglicher arbeitsrechtlicher und sozialstaatlicher Gesetzgebung betrachteten die jeweiligen Regierungen die entstehenden Gewerkschaften von Beginn an als politisch destabilisierenden Faktor. Deren beschränkte Artikulationsfähigkeit und erhebliche Schwierigkeiten bei der Bildung überbetrieblicher Organisationen wiederum legten die Suche nach außergewerkschaftlichen Bündnispartnern, die diese Defizite beheben konnten, nahe. Trotz staatlicher Verfolgungen unterstützten so breitere Teile der Arbeitnehmerschaft 1928 heftige gegen das Regime gerichtete Studentenproteste, die den Beginn eines großen Einflusses der politisch oppositionellen Akademiker auf die Gewerkschaften und zugleich einer durchgreifenden Politisierung der zukünftigen Arbeitnehmerorganisationen markierten (Urquijo 2000: 15). Aus diesen Akademikern und späteren Politikern gingen die maßgeblichen Parteien hervor, die den gesellschaftspolitischen Kurs der Gewerkschaften und ihre Aktionen in hohem Maße bestimmen sollten.

Unmittelbar nach dem Tod des Diktators Gómez konstituierte sich 1936 unter dem mehrheitlichen Einfluss der 1931 in der Illegalität gegründeten und 1935 in die Kommunistische Internationale aufgenommenen "Republikanischen Fortschrittspartei" erstmals eine nationale Dachorganisation als *Confederación Venezolana de Trabajo* (CTV) mit einem Kommunisten als Generalsekretär. Doch schon ein Jahr später dekretierte die Militärregierung López Contreras das Verbot der Partei und der CTV. Unter dem pro-alliierten Regime des Generals Medina, mit dem die moskautreue Mehrheit der Kommunisten zusammenarbeitete, misslang wegen des Boykotts der nichtkommunistischen Kräfte 1944 der von der PCV (*Partido Comunista de Venezuela*) gesteuerte Versuch zur Wiederbelebung der CTV. Aus der Spaltung der zwischenzeitlich entstandenen "Demokratisch-Nationalen Partei" gingen als Minderheit die Kommunistische Partei (PCV) und als Mehrheitsflügel unter dem ideologischen Einfluss des Peruaners Victor Raúl Haya de la Torre (Haya de la Torre 1926) die Partei *Acción Democrática* (AD) hervor, die im Gegensatz zu den Kommunisten klassenübergreifende Bündnisse von Arbeitern, Bauern, der Mittelschicht und der städtischen Intelligenz propagierte. Den marxistisch-leninistischen Positionen der von der Komintern dirigierten "Weltpartei" stellte AD nationalistische und im Kern sozial-reformerische gegenüber, die als spezifisch lateinamerikanisch interpretiert wurden.

Aus der Wahl zu einer Verfassungsgebenden Versammlung und aus der anschließenden Präsidentschaftswahl, den ersten demokratischen Wahlgängen seit der Unabhängigkeit, ging AD siegreich hervor, während die PCV nur 3-4% der Stimmen erhielt. Als regierende Kraft monopolisierte AD zwischen 1945 und 1948 die Politik und den Staatsapparat und schuf unter diesen Bedingungen 1947 den Rahmen für den 2. Kongress und die Neugründung der *Confederación Venezolana de Trabajadores* unter ihrer Tutel. Ebenso entstand die Bauernorganisation *Federación Campesina*, die AD einen wichtigen Rückhalt bei der ländlichen Bevölkerung gab (Urquijo 2000: 22f.). Nach dem Staatsstreich einer Militärjunta bekämpfte die nachfolgende Diktatur von Marco Pérez Jiménez 1952 alle oppositionellen Kräfte: "Waren die Bauernverbände wegen ihrer engen Bindung an die AD schon vorher völlig zerschlagen worden, so erlitt nun auch die Gewerkschaftsbewegung das gleiche Schicksal" (Allemann 1974: 123). Das Militärregime zwang die Führer der politischen Parteien und der Gewerkschaften in den Untergrund oder ins Exil.

Am Sturz der Diktatur waren die Gewerkschaften insoweit erheblich beteiligt, als sie unter der Leitung eines breiten Untergrundbündnisses der politischen Opposition um die Jahreswende 1957/1958 einen Generalstreik inszenierten, an dem sich auch große Teile der Unternehmerschaft beteiligten (Allemann 1974: 124). Aus den historischen Erfahrungen heraus schlossen AD, die 1946 gegründete "christlich-soziale" Partei COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) und die später an Bedeutung verlierende Linkspartei URD (*Unión Revolucionaria Democrática*) 1958 einen Pakt (*Pacto de Punto Fijo*), in dem sie sich zum Aufbau der Demokratie und der zukünftigen Vermeidung exzessiver Parteienrivalitäten verpflichteten. Damit sollten das Militär aus der Politik herausgehalten und zugleich der äußersten Linken der Kampf angesagt werden. Die demokratischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen Ende 1958 wiesen AD und COPEI als die beiden vorherrschenden politischen Kräfte aus, während die Kommunisten im Landesdurchschnitt nur auf etwas mehr als 6% kamen. Doch jenseits der Wählerzustimmung war deren ideologischer Einfluss in Teilen der AD, den wieder zugelassenen Gewerkschaften und erst recht in den freiberuflichen Verbänden von Ärzten, Rechtsanwälten, Lehrern und Journalisten überproportional hoch (Allemann 1974: 129). Von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen, unterstützten die Kommunisten, befeuert durch die Kubanische Revolution und provoziert von der strikt antikommunistischen Politik des AD-Präsidenten Rómulo Betancourt, zwei erfolglose Militärrevolten und beteiligten sich Anfang der sechziger Jahre ebenso wie eine radikale Abspaltung der AD an terroristischen Aktionen der städtischen und ländlichen Guerilla.

Die neuen politischen Machtverhältnisse spiegelten sich in der CTV wider. Zwar kam es 1959 anlässlich des 3. Kongresses der CTV zur Neubegründung des Dachverbandes mit einem Vorstand, in dem alle politischen Parteien repräsentiert waren, doch schon zwei Jahre später, auf dem 4. Kongress, schloss die Mehrheit von AD und COPEI die Kommunisten, die Vertreter der UDR und einer linksradikalen Abspaltung von AD aus dem Dachverband aus. Der unmittelbare Anlass bestand in einem Streik der von Radikalen dominierten Gewerkschaft der Bankangestellten, die zum Generalstreik und zur allgemeinen Volkserhebung aufgerufen hatten. In der Folge gründeten die Kommunisten 1963 ihren eigenen Dachverband unter der Bezeichnung *Central Unitaria de Trabajadores de Venezuela* (CUTV), der aber wegen einer nur geringen Zahl an Mitgliedsorganisationen nie eine bedeutende Rolle spielen konnte.

## **2. Die CTV in der Demokratie: Pragmatismus ohne gesellschaftspolitische Strategien**

Der "Pacto de Punto Fijo" bildete den Rahmen für einen breiteren Basiskon-sens und förderte den Prozess der Konsolidierung der neuen zivilen politi-schen Eliten. Im Gegensatz zum Nachbarland Kolumbien, wo zur selben Zeit die alternierende und paritätische Machtverteilung zwischen den beiden vorherrschenden Parteien sogar verfassungsrechtlich kodifiziert wurde, ent-stand in Venezuela eine relativ offene Wettbewerbsdemokratie korporativen Charakters, in der auch neu entstehende politische Gruppierungen Zugang zu allen Institutionen hatten. Innerhalb dieses Systems bildeten die Gewerk-schaften ebenso wie das Arbeitgebergremium FEDECAMERAS (*Federa-ción de Cámaras y Asociaciones de Comercio y Producción*) eine tragende Säule mit der zentralen Funktion, die Arbeitnehmerschaft politisch und ge-sellschaftlich zu integrieren. Deswegen ging ihre Bedeutung weit über die Tarifpartnerschaft und das Aushandeln von Arbeitsbedingungen hinaus und erstreckte sich auf allgemeinpolitische, wirtschafts- und sozialpolitische Bereiche. Der Staat anerkannte die Gewerkschaften als legitime Interessen-vertreter der Arbeitnehmer und gewährte ihnen attraktive Partizipationsmög-lichkeiten bei allen Entscheidungen, die die gewerkschaftliche Klientel be-trafen. Im Gegenzug verpflichtete sich die CTV als tonangebender Verband zur Konsolidierung und Verteidigung des demokratischen Regimes und der etablierten Gesellschaftsordnung, was den Ausschluss jeder Art system-destabilisierender Aktionen mit sich brachte. Dies beinhaltete auch den Ver-zicht auf Konzepte und wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen, die die bestehende Eigentumsordnung und die enorm ungleiche Einkommens-verteilung tangierten. Als oberstes Ziel galt es, den "Arbeitsfrieden" unter allen Umständen zu wahren und die gewerkschaftspolitischen Forderungen über staatliche Instanzen zu kanalisieren.

Dabei war die Arbeitsgesetzgebung restriktiv und interventionistisch. Die Ausführungsbestimmungen des Arbeitsgesetzes von 1974 machten die Anwendung des Streikrechts fast unmöglich und ein weiteres Gesetz aus dem Jahr 1990 verpflichtete die jeweiligen Gewerkschaftsführungen zur jährlichen Offenlegung ihres Finanzgebarens und drohte bei Zuwiderhand-lung die Einschaltung staatlicher Prüfinstanzen an. Andererseits verfügte die CTV über eine eigene Parlamentsfraktion, die gesetzliche Initiativen für Reformvorhaben zum Nutzen der Arbeitnehmer in Gang setzen konnte. Die Beziehungen zum Staat gestaltete im Wesentlichen das Arbeitsministerium, das in der Regel ihm genehme Einzelgewerkschaften nach Kräften förderte



und ihnen eine bevorzugte Behandlung bei Tarifverhandlungen zukommen ließ. Aus ihrer spezifischen Rolle entwickelte die CTV ein Selbstverständnis, das auf Kooperation und Dialog, nicht aber auf Konflikt und Konfrontation beruhte. Innerhalb der amerikanischen Regionalorganisation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der *Organización Regional Interamericana de Trabajadores* (ORIT), galt die CTV deswegen als eher konservativer Verband.

Unter diesen Vorzeichen erreichte die CTV eine Reihe wichtiger Reformen für die Arbeitnehmerschaft wie den Aufbau eines effektiven Sozialversicherungssystems, das Schutz vor Krankheit und Arbeitslosigkeit gewährte und die Rentenversicherung einführte, und eine Reihe von gesetzlichen Regelungen gegen ungerechtfertigte Entlassungen, die Ausweitung von tarifvertraglichen Vereinbarungen auf den öffentlichen Sektor und wichtige Mitbestimmungsrechte in den Staatsunternehmen zugestanden. Darüber hinaus konnte unter der gemeinsamen Leitung mit Arbeitgebern und dem Staat das *Instituto Nacional de Cooperación Educativa* (I.N.C.E.) aufgebaut werden, das der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmerschaft diente (Godio 1983: 56-98). Durch die massiv vom Staat unterstützte Gründung einer "Arbeiterbank" (*Banco de los Trabajadores*, B.T.V.) im Jahre 1968 avancierte die CTV außerdem zu einem bedeutenden Akteur im Finanzsektor, dessen irreguläres Verhalten allerdings Anfang der achtziger Jahre die Intervention der Bankenaufsicht mit der nachfolgenden Liquidation der Bank zur Folge hatte (López Maya 1989). In diesen Jahren erreichte der Dachverband als machtvolle Organisation einen Höhepunkt. Der Mitgliederbestand stieg zwischen 1961 und 1978 rasant von 17% auf rund 45% der arbeitsfähigen Bevölkerung (*Oficina Central de Estadística e Informática, Informe Anual 2004*, Caracas 2005) und blieb bis zum Anfang des nachfolgenden Jahrzehnts auf diesem Niveau.

Der pragmatische Ansatz der CTV-Politik verschaffte den Arbeitnehmern etwa bei der Aushandlung von Tarifverträgen viele Vorteile. Andererseits war sie mit dem Verzicht oder der Unfähigkeit verbunden, strategische Ziele zu setzen und Ideen zur Bewältigung des organisatorischen und technischen Wandels in den Unternehmen zu entwickeln. Dies blieb gänzlich den jeweiligen Regierungen und der Arbeitgeberseite überlassen. Die CTV agierte deshalb objektiv als Garant der Vorrechte der Kapitalsseite und des Staates, indem sie sich darauf konzentrierte, spontane Aktionen ihrer Basis und eventuelle Beeinträchtigungen der "Arbeitsdisziplin" zu entschärfen (Arrieta 2008). In diesem Sinne fungierten die obersten Gewerkschaftsführungen als

Transmissionsriemen des Staates und der Unternehmer gegenüber der Masse der Arbeitnehmer. Die wichtigen gewerkschaftspolitischen Entscheidungen des CTV-Vorstands unterlagen in aller Regel den Direktiven der Parteien, in erster Linie von AD. Die Gewerkschaftsführer waren deshalb vor allem disziplinierte Kader ihrer jeweiligen politischen Gruppierung, ihre Macht damit weitestgehend eine delegierte Macht. Diese Subordination ging so weit, dass die wichtigsten Positionen im Dachverband und den bedeutendsten Föderationen von den nationalen Vorständen der Parteien bestimmt wurden und von den Gewerkschaftsmitgliedern nurmehr zu ratifizieren waren. Immer wenn ein Gewerkschaftsführer wegen Todes oder Rücktritts nicht mehr zur Verfügung stand, entschied das Exekutivkomitee der jeweils zuständigen Partei über den Nachfolger, wobei das Kriterium der parteipolitischen Zuverlässigkeit über dem der Verankerung in der Gewerkschaftsbewegung rangierte.

Das korporative System war mehr als zwanzig Jahre lang durchaus erfolgreich. Gestützt auf wachsende Einnahmen aus dem Ölexport gelang es, sich normalerweise ausschließende Ziele gleichzeitig zu erreichen. Schnell wachsende Konsumausgaben erwiesen sich mit ebenso rasch zunehmenden Investitionen vereinbar, die Löhne im Industriesektor stiegen bei Weitem schneller als die Produktivität und schränkten keineswegs die hohen Gewinne der Unternehmer ein. Hohe Sozialausgaben des Staates waren kompatibel mit enormen öffentlichen Investitionen im produktiven Sektor. Insbesondere nach der Nationalisierung der Erdölindustrie im Jahr 1974 setzten die politischen Eliten auf das Modell des rentenfinanzierten Staatskapitalismus, das dem Staat die Rolle des zentralen wirtschaftlichen Entwicklungsagenten zuweist.

Doch die Megalomanie der politischen Projekte, die mit der Schaffung immer neuer Institutionen rasch ausufernde staatliche Bürokratie, die erheblichen administrativen und organisatorischen Ineffizienzen der Regierungsführung und ein überbordender politischer Klientelismus ließen dieses Modell auch vor dem Hintergrund nicht mehr steigender oder rückläufiger Erdöleinnahmen schon in den achtziger Jahren scheitern. Es erwies sich, dass der Staat zwar beanspruchte, omnipotent zu sein, aber in Wirklichkeit eher nur omnipräsent war. Die für viele Venezolaner traumatische Erfahrung der Abwertung der Landeswährung im Jahr 1983 bedeutete das sichtbare und vor allem spürbare Ende der "Bonanza", erzeugte schärfere Verteilungskonflikte und ließ die Legitimationsbasis des Korporatismus erodieren. Die einhergehende Bürokratisierung der politischen Parteien und der Gewerk-

schaften und ihre weitgehende Unfähigkeit, die strukturellen Gründe für das Scheitern der rentenbasierten Entwicklung zu erkennen, entfernte sie zusehends von ihrer gesellschaftlichen Basis. Je dringlicher sich die Probleme zuspitzten, desto zentralistischer verliefen Entscheidungsprozesse in den Parteien und Gewerkschaften, die – oft genug in Hinterzimmer verlagert – für das Publikum nicht mehr nachvollziehbar waren. 1984 scheiterten ein tripartiter Sozialpakt aus Mangel an Ressourcen ebenso wie 1989 der mit einem Volksaufstand (*Caracazo*) beantwortete Versuch des Präsidenten Carlos Andrés Pérez, den an sich angebrachten, aber sozial unausgewogenen Kurswechsel hin zu einer marktbasierten Entwicklungsstrategie einzuleiten. Bei diesem Reformvorhaben zeigten sich die geringe Autonomie der CTV und die sich auftuende Distanz zwischen Führung und Basis insoweit, als die Gewerkschaften verschiedener öffentlicher Dienste das Projekt zwar bestritten, die Gewerkschaftsvertreter im Parlament ihm aber zustimmten. In den Augen vieler Arbeitnehmer verlor die CTV damit weiter an Vertrauen, Nützlichkeit und gesellschaftspolitischer Relevanz.

Auch die mit einem radikal-populistischen Diskurs unterlegte Politik des Präsidenten Rafael Caldera (1994-1999) endete als Fehlschlag und diskreditierte die maßgeblichen Akteure des Paktes von Punto Fijo – nicht ohne ihr tatkräftiges Mitwirken – vollends. Der rund 20-jährige wirtschaftliche Niedergang drückte sich in der nachhaltigen Veränderung des Arbeitsmarktes mit einer rapiden Informalisierung der Wirtschaft und mit verschiedenen Anzeichen sozialer Anomie aus. Die daraus resultierende Erosion der gewerkschaftlichen Mitgliederschaft schwächte die CTV zusätzlich. Der Organisationsgrad ging bis 1995 auf 13,5% zurück (Roberts 2003: 61).

Die tiefe Krise des korporativen Systems, das unter den ungünstigen exogenen Rahmenbedingungen die ihm ohnehin eigenen Züge eines parteipolitisch pluralistisch unterlegten “demokratischen Zentralismus” exzessiv akzentuierte, offenbarte auch deutlich das von den Eliten gepflegte geringe Maß an innerparteilicher und innergewerkschaftlicher Demokratie. Ihre Selbstbezogenheit und Unfähigkeit, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme stark verunsicherter, größerer Bevölkerungskreise zu erkennen und sozial ausgewogene Politiken zu erklären und durchzusetzen, schlug voll auf sie zurück.

### 3. Die Marginalisierung der CTV im Chavismus

Hugo Chávez bestritt den Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 1998 mit einer äußerst populären Fundamentalkritik an der "repräsentativen" Demokratie der von ihm so benannten "4. Republik" des Paktes von Punto Fijo, der er sein Konzept der "partizipativen" Demokratie gegenüberstellte, und ließ keinen Zweifel aufkommen, dass die "korrupte" und "bürokratisierte" CTV zu seinen Hauptgegnern zählte. In einem Interview erklärte er:

Wenn wir die Regierungsfähigkeit nicht herstellen, wenn wir es nicht schaffen, die Strukturen und die Kräfteverhältnisse im Parlament, der Judikative und der realen Faktoren zu transformieren, z.B. die CTV, die zerstört werden muss, werden wir nichts erreicht haben (Blanco Muñoz 1998: 392, Übers. v. Verf.).

Dies drückte sich auch in der Ende 1999 in Kraft tretenden neuen Verfassung aus, die im Artikel 293 der Obersten Wahlbehörde die Aufgabe zuwies, interventionistisch alle innergewerkschaftlichen Wahlen in ihrer Zuständigkeit zu organisieren und durchzuführen. Außerdem entzog die Regierung den Gewerkschaften ihre wichtigste finanzielle Einnahmequelle, indem die in vielen Unternehmen tarifvertraglich gepflegte Praxis des Abzugs der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn verboten wurde (Iranzo/Richter 2005, Kap. 3).

Die CTV begegnete den Attacken Anfang 1999 mit einem außerordentlichen Kongress, der zwar einen Beschluss über die grundlegende Demokratisierung aller Basisgewerkschaften und des Dachverbandes fasste, dem sie aber zunächst keine Taten folgen ließ. Sie durchlebte eine Etappe der Konfusion und inneren Unordnung, weil die sie traditionell kontrollierenden politischen Parteien derartig geschwächt waren, dass sie nicht mehr die Kraft und die Autorität für klare Vorgaben des gewerkschaftspolitischen Kurses aufbrachten und die neue Regierung nach dem Amtsantritt von Präsident Chávez am 2. Februar 1999 die Gewerkschaften mit einer Reihe von ungewohnt konfrontativen Maßnahmen bis hin zur Intervention des Landarbeiter- und Bauernverbandes (*Federación Campesina*) – einer wichtigen Basis der Partei AD innerhalb der ländlichen Bevölkerung –, der Enteignung des Sitzes und der Beschlagnahme seiner Bankkonten scharf angriff (Iranzo/Richter 2005, Kap. 3). Um weiteren Übergriffen vorzubeugen, trat der gesamte CTV-Vorstand zurück und beauftragte eine provisorische Führung mit der Durchführung innergewerkschaftlicher Wahlen. An diesem Relegitimationsversuch beteiligte sich neben verschiedenen anderen Strömungen die seinerzeitige chavistische *Frente Bolivariano de Trabajadores* (FBT), die auch in der verantwortlichen Wahlkommission vertreten war (Iranzo/Richter 2005,

Kap. 3). Auf der Gegenseite formierten sich die oppositionellen Gewerkschaften als *Frente Unitario de Trabajadores* (FUT), die der Partei *Acción Democrática* und einigen weiteren politischen Gruppen nahe stand. Schon in der Vorbereitungsphase kam es zu heftigsten Auseinandersetzungen, die den Prozess derart politisierten, dass nicht mehr gewerkschaftspolitische Themen im Vordergrund standen, sondern nur noch die Parteinahme für die politische Opposition oder den Chavismus.

Die Neuwahl der Gewerkschaftsführungen sowohl in den Basisorganisationen wie auch im Dachverband zog sich von August 2001 bis Januar 2002 hin und eröffnete schon deshalb Tür und Tor für zahlreiche irreguläre Verfahrensweisen und Manipulationsversuche auf allen Seiten. Als gesichert darf gelten, dass sich in den Basisorganisationen mehr als 920.000 Arbeitnehmer und im Dachverband rund 304.000 Personen beteiligten. Dies ist ein deutlicher Beweis dafür, dass die CTV Anfang 2002 noch als der bei Weitem stärkste Dachverband mit den meisten gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern gelten durfte. Andererseits endete der lange Wahlprozess mit dem Verschwinden von 49% der ausgefüllten Wahllisten, sodass dem Ergebnis nur eine eingeschränkte Aussagekraft über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zugebilligt werden kann. Die Auszählung der verfügbaren Listen ergab für den Spitzenkandidaten des FUT, Carlos Ortega, 57,4% und für den Kandidaten des FBT, den früheren Bürgermeister von Caracas und späteren Bildungsminister Aristóbulo Istúriz, 15,8% der Stimmen (Santolo 2002).

Die mehrheitliche Wahl von Carlos Ortega zum Präsidenten der CTV dürfte ein gewisses Maß an Plausibilität haben, da er als langjähriger Arbeiterführer im Erdölsektor gewerkschaftlich ausgewiesen war, während sein Kontrahent als persönlicher Kandidat des Präsidenten Chávez ohne jeden Gewerkschaftshintergrund ins Rennen zog. Hinzu kommt, dass die organisierte Arbeitnehmerschaft als Teil der Mittelschichten nicht unbedingt zum "natürlichen" Wählerreservoir des Chavismus zu rechnen ist.

Mit Unterstützung des Obersten Gerichtshofes erkannte die chavistische Seite diese Ergebnisse nicht an. Die Regierung beantwortete den gescheiterten Übernahmeversuch mit der Politik der Nichtanerkennung der CTV und ihrer Einzelgewerkschaften als legitime Interessenvertreter der Arbeitnehmer und förderte über das Arbeitsministerium nach Kräften die Gründung von Parallelgewerkschaften, denen es selbstverständlich fördernd zur Verfügung stand. Während Ende 2001 genau 2.974 gewerkschaftliche Basisorganisationen offiziell registriert waren, von denen 2.871 die Bedingungen für inner-

gewerkschaftliche Wahlen erfüllten (*Consejo Nacional Electoral* 2002: 17, 19), vermeldete das Arbeitsministerium für Ende 2008 die Existenz von 6.124 und damit 3.150 neuen Organisationen (Aznarez 2009: 11). Da der gewerkschaftliche Organisationsgrad Ende 2008 auf etwa 11% der im formalen Sektor einschließlich des Öffentlichen Dienstes beschäftigten Arbeitnehmer gesunken war (Aznarez 2009: 11), lässt sich ein beschleunigter Prozess der Dispersion und Fragmentation der Gewerkschaftsbewegung konstatieren.

Unter Ortegas Führung gliederte sich die CTV voll in die Reihen der politischen Opposition ein. Angesichts des seinerzeitigen Anschwellens der gegen die Regierung Chávez gerichteten Proteste rief die CTV zu einem Streik gegen die "wachsende diktatoriale Politik" der Regierung auf und trug damit zu den Massendemonstrationen bei, die am 11. April 2002 in den Putschversuch des kurzfristigen Präsidenten Pedro Carmona mündeten. Zwischen Dezember 2002 und Februar 2003 organisierten die CTV und der Unternehmerdachverband FEDECAMERAS einen "zivilen Ausstand" mit dem Ziel des Sturzes des Präsidenten. Dem Ausstand schloss sich die vom Management des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA (*Petroleos de Venezuela Sociedad Anónima*) betriebene Paralyse der Erdölförderung und des -exports an. Das ungewöhnliche Bündnis zwischen CTV und Arbeitgebern erinnert an den gemeinsamen Generalstreik, der 1957/1958 zum Sturz des Diktators Pérez Jiménez beigetragen hatte, allerdings mit dem qualitativen Unterschied, dass man sich damals auf den sehr breiten zivilen Widerstand und auf ein hohes Maß an Legitimität berufen konnte, während der Ausstand gegen Chávez einen Putschversuch gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten darstellte. Das Scheitern dieses Abenteuers stellte für die CTV eine katastrophale Niederlage dar und fügte ihr einen wohl irreparablen Schaden zu. Der Vorsitzende Ortega ging 2004 ins Exil nach Costa Rica, wurde nach der illegalen Rückkehr nach Venezuela im Dezember 2005 zu einer 16-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt und floh im August 2006 aus der Haftanstalt. Ortega lebt heute in Peru, wo ihm die dortige Regierung aus "humanitären Gründen" Asyl gewährt hat. Die CTV hält ihn für einen von der venezolanischen Justiz politisch Verfolgten und betrachtet Ortega nach wie vor als ihren legitimen Präsidenten.

Unter der Führung des CTV-Generalsekretärs Manuel Cova, der zusammen mit dem exilierten Präsidenten auf der Liste des FUT kandidiert hatte, setzte der Dachverband seine eingeschlagene Politik als Teil der *Coordinadora Democrática*, einem lockeren Bündnis der politischen Opposition, fort.

Diese zwang dem Präsidenten Anfang 2004 das durch die boliviarische Verfassung gedeckte Abberufungsreferendum auf, das am 14. August 2004 einen deutlichen Sieg für Chávez erbrachte. Mit dem Staat als Gegner, gestützt nur noch von schwachen und resignierenden Oppositionsparteien, dem Verlust an Mitgliedsverbänden und vermutlich auch finanziell ausgeblutet, schrumpften die realen Einflussmöglichkeiten der CTV auf ein Minimum. Der Verband war in die Bedeutungslosigkeit abgeglitten.

#### **4. Die übrigen gewerkschaftlichen Dachverbände der „Vierten Republik“**

Die drei übrigen gewerkschaftlichen Dachverbände waren und sind hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl wenig bedeutsam. An den innergewerkschaftlichen Wahlen der *Confederación de Sindicatos Autónomos de Venezuela* (CODESA) beteiligten sich 2001/2002 nur 9.300 Mitglieder in 34 nationalen und regionalen Verbänden. Bei der *Confederación General de Trabajadores* (CGT) waren es 7.940 Mitglieder in 49 nationalen und regionalen Organisationen. Beide Verbände haben ihre Wurzeln in der sozialchristlichen Gewerkschaftsbewegung, die 1945 von Jesuiten ins Leben gerufen wurde. Ein Teil dieser Bewegung fungierte später als gewerkschaftlicher Arm der Partei COPEI, während sich CODESA 1964 als Dachverband konstituierte (Urquijo 2000: 24, 30). CODESA und die CGT gehörten bis 2008 dem christlichen Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) und auf kontinentaler Ebene der *Central Latinoamericana de Trabajadores* (CLAT) an. Die CGT sympathisierte anfänglich mit dem Projekt des Präsidenten Chávez und mehrere ihrer Vorstandsmitglieder haben höhere Posten im Regierungsapparat erhalten.

Als gewerkschaftlicher Arm der Kommunistischen Partei (PCV) stellt die 1963 entstandene *Central Unitaria de Trabajadores de Venezuela* (CUTV) einen weiteren Dachverband, der sich insbesondere auf die Metallarbeiter des Bundesstaates Aragua stützt. Über ihre Mitgliederzahlen sind keine Aussagen möglich, weil sie sich keinen Wahlen unterzogen hat.

Die Kommunistische Partei und die CUTV als ihr Transmissionsriemen unterstützen prinzipiell das chavistische Projekt. Der Generalsekretär des PCV, Oscar Figuera, ist zugleich Präsident der CUTV und Parlamentsabgeordneter und vertritt orthodoxe marxistisch-leninistische Positionen. Die Weigerung der Kommunistischen Partei, der Mitte Dezember 2006 vom Präsidenten erhobenen Forderung nach der Selbstauflösung des PCV nachzukommen und sich in die boliviarische Sozialistische Einheitspartei (*Partido Socialista Unido de Venezuela*, PSUV) einzugliedern, ist ein Indiz für eine

gewisse Distanz gegenüber dem Chavismus. Hierfür spricht auch, dass der Abgeordnete Figuera als bisheriger Vorsitzender des Parlamentsausschusses für soziale Entwicklung, dem so wichtige Gesetzesvorhaben wie ein neues Arbeitsgesetz und die Reform der Sozialversicherung obliegen, Anfang 2010 entgegen dem Willen seiner Partei und auf Betreiben der chavistischen Mehrheit in seiner parlamentarischen Position nicht bestätigt worden ist.

### **5. Die Ambivalenz des Chavismus gegenüber regimetreuen Gewerkschaftsverbänden**

Seit April 2003 existierte eine provisorische Gewerkschaftsjunta unter der Bezeichnung *Unión Nacional de Trabajadores* (UNT), die von Anhängern des Präsidenten Chávez aus dem Umfeld der seinerzeitigen "Bewegung der Fünften Republik" gebildet wurde. Ihre Basis setzte sich zum größten Teil aus Organisationen zusammen, die vormals zur CTV gehört hatten. Nach nicht überprüfbaren eigenen Angaben verfügte die UNT im Jahr 2005 über ca. 600.000 Mitglieder. Dem unmittelbaren Druck der Regierung ausgesetzt, dürften die verschiedenen Verbände vor allem aus der öffentlichen Verwaltung und den Staatsunternehmen stammen. Von Anfang an konkurrierten innerhalb der UNT mehrere Strömungen um die Vorherrschaft, weswegen der für die Rechtsfähigkeit und die Wahl eines ordentlichen Vorstands notwendige Gründungskongress mit mehr als 2.000 Delegierten erst im Juni 2006 einberufen werden konnte. Er geriet zur Konfrontation zweier größerer Fraktionen: einer augenscheinlichen Mehrheit um den Gewerkschaftsführer Orlando Chirino, der für sofortige Wahlen eintrat, und einer Minderheit um die Gewerkschaftsführerin Marcela Máspero, die angesichts der anstehenden Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 für eine Verschiebung plädierte. Mit dem Rückzug der Minderheit war der Kongress gescheitert.

Orlando Chirino, der sich als bekannter Gewerkschaftsführer entschieden gegen den Streik in der Erdölwirtschaft ausgesprochen hatte, repräsentiert die trotzkistische *Corriente Clasista Unitaria Revolucionaria Antiimperialista* (C-CURA), die sich der "III. Internationale" verbunden fühlt, und tritt heute für eine einheitliche "demokratische, partizipative und autonome" Gewerkschaftsbewegung ein. Anlässlich des Verfassungsreferendums vom 2. Dezember 2007 rief er zur Stimmenthaltung auf und ist vermutlich deswegen im Februar 2008 von seinem Arbeitgeber, der Staatsfirma PDVSA, entlassen worden. Marcela Máspero war in der "Vierten Republik" Parlamentsabgeordnete für die sozialchristliche Partei COPEI, Vorstandsmitglied der CTV und des christlichen regionalen Gewerkschaftsverbandes CLAT



und leitet gegenwärtig eine Gruppe mit der Bezeichnung *Opción de Izquierda Revolucionaria* (OIR). Sie tritt für eine bedingungslose Unterstützung von Präsident Chávez ein und ist dessen sozialistischer Einheitspartei zugehörig. Außerdem waren in der UNT neben einer Reihe von Minigruppen drei weitere Fraktionen aktiv: Die orthodox-chavistische *Fuerza Bolivariana de Trabajadores* (FBT) unter Führung des damaligen Arbeitsministers José Ramon Rivero, des ehemaligen Ministers für die Leichtindustrie José Khan und des PSUV-Parlamentsabgeordneten Oswaldo Vera, der 2007 die Auflösung der UNT mit dem Argument vorschlug, sie habe mit der "Liquidierung" der CTV ihre Hauptaufgabe erfüllt; die *Autonomia Sindical* als gewerkschaftlicher Arm der mit dem Chavismus verbündeten Partei *Patria para Todos* (PPT) unter der Führung des Abgeordneten Orlando Castillo; und der *Movimiento de Trabajadores Revolucionarios Alfredo Maneiro* (MONTRAM), der eine gewisse Basis im öffentlichen Sektor besitzt und deren Führer, Franklin Rondón und der Abgeordnete Francisco Torrealba, ebenfalls zur sozialistischen Einheitspartei gehören.

Das Fiasko des gescheiterten Gründungskongresses der UNT zeigte, dass die verschiedenen Fraktionen und die zahlreichen Gruppen und Grüppchen der dem Chavismus verbundenen Gewerkschaftsführer nicht in der Lage waren, einen Minimalkonsens über gewerkschaftspolitische Strategien zu erzielen und dass zahlreiche persönliche Animositäten, Rivalitäten und Ambitionen jegliche Sachdebatte überlagerten. Es erwies sich auch, dass der Chavismus, der bis Ende 2006 aus einer Koalition von vier Parteien bestand, über kein gemeinsames gesellschaftspolitisches Grundverständnis verfügte, in dem die Gewerkschaften verortet gewesen wären. Doch schon bald nach der Ankündigung, die sozialistische Einheitspartei zu gründen, verdeutlichte Präsident Chávez seine Sichtweise zur Rolle gesellschaftlicher Organisationen. Am 26. März 2007 erklärte er in einer seiner häufigen und per Gesetz von allen staatlichen wie privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten zu übertragenden Ansprachen ("Cadena Nacional") u.a.:

Wir benötigen den industriellen Flügel und den politischen Flügel. Die Partei, die Gewerkschaften, aber nicht jede mit ihrem eigenen Weg. Die Gewerkschaften agieren wie eine weitere Partei, sie haben ihre Führung und sie treffen autonome Entscheidungen; das kann so nicht sein, wir sind nicht gekommen, um Wirrwar zu machen, sondern eine Revolution (Übers. d. Verf.).

Und Jesse Chacón, seinerzeit Minister für Telekommunikation und gleichzeitig Präsident der Telekommunikationsgesellschaft CANTV, später mit

anderen Führungspositionen betraut, bemerkte in einer Ansprache an die Beschäftigten des kurz zuvor verstaatlichten Unternehmens im April 2007:

Jetzt sind Sie alle Angestellte des revolutionären Staates und müssen Ihre Rechte den Interessen der Revolution unterordnen, und wer damit nicht einverstanden ist, hat die Freiheit, das Unternehmen zu verlassen [...] (Übers. d. Verf.).

Die politische Konzeption von Präsident Chávez ist die einer delegativen Demokratie, in der dem Präsidenten für die Dauer der Amtsperiode vom Volk alle Macht übertragen wird, um dessen Willen zu vollstrecken. Gewaltenteilung, richterliche Unabhängigkeit und intermediäre Institutionen wie Parteien oder Gewerkschaften haben in diesen Vorstellungen keinen eigenständigen Platz, da durch sie die direkte Kommunikation zwischen Führer und Volk nur gestört und der Volkswille womöglich verfälscht würde. Venezuela, dessen "leidendes" und "vergessenes" Volk ihn in das Präsidentenamt "katapultiert" habe und das von sozialen Explosionen im Inneren und wegen seiner Rohstoffe von außen bedroht sei, bedürfe einer starken Regierung, weswegen das "exklusive präsidentielle Prinzip der Staatsführung" gelten müsse (Chávez 1999). Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeitnehmer mache deshalb nur Sinn, wenn diese integraler Bestandteil der revolutionären Einheitspartei sind, deren Rolle strikt auf die Vorbereitung und Organisation von Wahlen sowie auf Mobilisierungs- und Lautsprecherfunktionen für seine Botschaften beschränkt ist.

Diese Sichtweise unterscheidet den Chavismus nicht grundsätzlich von den Praktiken der Parteien und Regierungen vor 1999. Neu hingegen ist die Intensität der staatlichen und parteipolitischen Vereinnahmung und neu ist vor allem der Versuch der Instrumentalisierung der Gewerkschaften innerhalb eines autoritären Regierungssystems, das als plebiszitäre Demokratie einen dezidiert antipluralistischen Charakter hat und dessen totalitäre Ambitionen unverkennbar sind.

Aus der Konkursmasse der UNT sind zwei nennenswerte Initiativen hervorgegangen, die sich beide dem Präsidenten und seiner sozialistischen Einheitspartei verpflichtet fühlen. Dabei scheint die maßgeblich auf Betreiben des PSUV-Parlamentsabgeordneten Oswaldo Vera im August 2008 gegründete Dachorganisation *Central Socialista de Trabajadores* (CST) im Vorteil zu sein, worauf auch die außerordentlich rasch vollzogene Zulassung durch das Arbeitsministerium im Oktober desselben Jahres hindeutet. Vera ist Präsident dieses Verbandes und Franklin Rondón, der eine gewisse gewerkschaftliche Basis im öffentlichen Sektor hat, sein Generalsekretär (<[www.cst.org.ve](http://www.cst.org.ve)>; 14.01.2010). Die CST, die vorgibt, sich auf neun nationale Ver-

bände mit 1,2 Mio. Mitgliedern zu stützen, ist insoweit eine Organisation *sui generis*, als sie sich nur als transitorisch begreift, solange der kapitalistische Staat und der private Sektor bestehen. Sie will dazu beitragen, den gegenwärtigen durch einen neuen sozialistischen Staat zu überwinden und geht davon aus, dass nach der Entstehung einer neuen Gesellschaft und eines neuen Staates die Gewerkschaftsfunktionen und -strukturen redefiniert werden müssten. Ebenso will sie als Verkörperung der sozialistischen und bolivarianischen Gewerkschaftsbewegung ihre Unabhängigkeit gegenüber den privaten kapitalistischen und den öffentlichen kapitalistischen Arbeitgebern bis zur Vollendung der neuen sozialistischen Wirtschaft bewahren (<[www.alainet.org/active2506](http://www.alainet.org/active2506)>; 14.01.2010).

Deswegen müsse gegenwärtig der Kampf um die Durchsetzung besserer Tarifverträge erst einmal weitergeführt werden. Aber zugleich müssten die Arbeiter sukzessive ihre immer gewichtigere Rolle annehmen:

Da es ohne organisierte und bewusste Arbeiter und Arbeiterinnen keinen Sozialismus geben kann, sagen wir voraus, dass der neue gewerkschaftliche Dachverband nicht nur die Organisation (der Arbeiter) im ganzen Land vorantreiben muss, sondern auch die in den Arbeiter- und Arbeiterinnenräten (<[www.alainet.org/active2506](http://www.alainet.org/active2506)>, 14.01.2010), Übers. d. Verf.).

Damit liegt die CST gänzlich auf der Linie von Präsident Chávez, dessen Verstaatlichungspolitik in allen Bereichen der Wirtschaft (Telekommunikation, Erdöl-, Elektrizitäts- und Bauwirtschaft, Grundstoffindustrien, Banken, Lebensmittelproduktion und -handel) zum Ziel hat, das Gewicht des privaten Sektors zugunsten einer staatlich gelenkten Wirtschaft zu verringern und neue Eigentumsformen zu schaffen. Dem massiven Aufbau von sogenannten "Unternehmen sozialer Produktion" ("Empresas de Producción Social", EPS) kommt hierbei eine Schlüsselstellung für die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse zu, deren Kennzeichen die partizipative und demokratische Einbindung der Beschäftigten sein soll (Proyecto Nacional Simón Bolívar 2007-2021). Die Leitung der Unternehmen soll sozialistischen Arbeiterräten (*Consejos Socialistas de Trabajadores y Trabajadoras*) obliegen, in denen die jeweiligen Betriebsgewerkschaften mitwirken könnten, allerdings ihre bisherigen Funktionen längerfristig verlören. Der Chefororganisator und einer der führenden Ideologen des PSUV, General Alberto Müller, drückte dies so aus:

In der sozialistischen Gesellschaft verlieren die Gewerkschaften ihren Sinn, weil die Arbeiter nicht gegen die Arbeiter kämpfen werden. Es gäbe dann keine Dialektik zwischen Kapital und Arbeit oder Kapitalismus und Arbeit mehr [...] (Tageszeitung *El Correo de Caroní*, 16.06.2009).

Die zweite Initiative ist etwas konventionellerer Art. Auf Betreiben von Marcela Máspero und anderer bekannter Gewerkschaftler aus dem Chavismus besteht sie aus dem Versuch, die UNT mithilfe eines Anfang Dezember 2009 einberufenen außerordentlichen Kongresses zu revitalisieren. Eine eingesetzte provisorische Arbeitsequipe soll bis zum 15. Juni 2010 für innergewerkschaftliche Vorstandswahlen sorgen. Die von diesem Kongress verabschiedeten Resolutionen bedienen sich zwar einer radikalen Rhetorik und beschwören das Ziel des revolutionären Übergangs zum Sozialismus, beinhalten aber zugleich eine Serie praktischer Forderungen eher traditioneller Provenienz wie neue Tarifverträge für die Beschäftigten der Erdöl- und Elektrizitätswirtschaft, die Wiedereinstellung entlassener Gewerkschaftsfunktionäre im öffentlichen und privaten Sektor oder den Protest gegen die Einmischungen der obersten Wahlbehörde in innergewerkschaftliche Wahlen (<[www.aporrea.org/trabajadores/n146780](http://www.aporrea.org/trabajadores/n146780)>; 15.12.2009). Obgleich an diesem Wiederbelebungsversuch des jetzt UNETE genannten Verbandes (auch UNT) Vertreter einiger gewichtiger nationaler Föderationen – wie die der Elektrizitätsbeschäftigten – teilgenommen haben und damit ein deutlich höherer Grad an Repräsentativität als im Falle des Gründungskongresses der CST erreicht worden zu sein scheint, gibt es keine sichtbaren Hinweise dafür, dass UNETE die Gunst des PSUV oder, was dasselbe wäre, des Präsidenten Chávez gewährt wird. Andererseits lässt sich konstatieren, dass der Chavismus in einem weiteren Sinne gewerkschaftspolitisch nach wie vor gespalten ist.

Der trotzkistische Gewerkschaftsführer Orlando Chirino, der bei dem gescheiterten Gründungskongress der UNT 2006 dem Anschein nach die Mehrheitsfraktion angeführt hatte, steht mittlerweile in offenem Widerspruch zum Chavismus und bekämpft insbesondere das Projekt der sozialistischen Unternehmensräte, weil es die Selbstständigkeit und die Autonomie der Gewerkschaften angreife. Zusammen mit Vertretern der oppositionellen CTV und anderen Organisationen hat er eine Bewegung gegründet (*Movimiento de Solidaridad Laboral*), die für eine politisch pluralistische und von Staat und Parteien unabhängige Gewerkschaftsbewegung eintritt. Die CST und UNETE bezeichnet er als Regierungsgewerkschaften (<[www.solidaridalaboral.com](http://www.solidaridalaboral.com)>; 14.01.2010).

## 6. Die venezolanischen Dachverbände in internationaler Perspektive

Im Jahr 2006 ging aus dem Zusammenschluss des “Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften”, des christlichen “Weltverbandes der Arbeitnehmer” und einer Reihe unabhängiger nationaler Verbände der “Internationale Gewerkschaftsbund” (IGB) hervor, der weltweit rund 164 Mio. Arbeitnehmer repräsentiert (Wachendorfer 2007). Dem folgte Anfang 2008 die Neugründung der *Confederación Sindical de Trabajadores/as de las Américas* (CSA), an der die bisherigen Regionalorganisationen der *Organización Regional Interamericana de Trabajadores* (ORIT), die *Central Latinoamericana de Trabajadores* (CLAT) und einige nationale Organisationen beteiligt waren. Die CSA mit Sitz in São Paulo stellt mit 65 Dachverbänden und rund 24 Mio. Mitgliedern einen ernst zu nehmenden regionalen Faktor dar, zumal die stärker auf Autonomie und demokratische Strukturen bedachte Gewerkschaftsbewegung – insbesondere in den Ländern des Cono Sur – mit der Machtübernahme verschiedener progressiver Regierungen erheblich an Gewicht gewonnen hat (Meier/Wachendorfer 2009). Die drei eher an den früheren Korporativismus gewöhnten venezolanischen Dachverbände CTV, CODESA und CLAT gehören der CSA zwar an, haben aber wegen ihres bedrängten Status, der traditionellen konzeptionellen Schwäche und des aktuellen Kampfes um das eigene Überleben beim Vereinigungsprozess keinerlei Rolle spielen können und es bislang auch nicht geschafft, über Gespräche hinaus Schritte zur Bildung eines einheitlichen Verbandes zu übernehmen.

Die UNT bzw. UNETE und die kommunistische CUTV lehnen die Mitgliedschaft in der CSA ab. Die UNETE-Führerin Marcela Máspero, die noch bis Januar 2007 Mitglied im Exekutivkomitee der CLAT war, hält die Fusion von ORIT und CLAT für ein Manöver der Oligarchien und des Imperialismus mit dem Ziel der Isolierung des Chavismus. Die CUTV ist auf internationaler Ebene Mitglied des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes (WGB) und auf kontinentaler Ebene Teil des *Comité Permanente de Unidad Sindical de los Trabajadores de América Latina* (CPUSTAL), das sich heute maßgeblich auf die kubanischen Gewerkschaften stützt. Über eine internationale Anbindung der CST ist bislang nichts bekannt geworden.

## Literaturverzeichnis

- Allemann, Fritz René (1974): *Macht und Ohnmacht der Guerrilla*. München.
- Arrieta, José (2008): "Sindicalismo en Tiempos de la Revolución 1999-2008". In: *Revista SIC* (Caracas), 30 (Sonder-Nr.), S. 481-484.
- Aznarez, Fernando (2009): *Fortalecimiento de Organizaciones de Trabajadores, promoviendo la Formación Sindical y facilitando su Intervención en el Mercado de Trabajo y en los Procesos de Codesarrollo*, Organización Internacional de Trabajo. Lima, S. 11.
- Blanco Muñoz, Agustín (<sup>3</sup>1998): *Habla el Comandante*. Caracas.
- Chávez, Hugo (1999): *Carta del Presidente Hugo Chávez a la Corte Suprema de Justicia*. Caracas: <www.analitica.com>.
- Consejo Nacional Electoral (2002): *La Renovación de la Dirigencia Sindical en Cifras*. Caracas.
- Godio, Julio (1983): *El Movimiento Obrero Venezolano 1965-1980*. Vol. III. Caracas.
- Haya de la Torre, Victor Raúl (1926): "¿Qué es el A.P.R.A.?". In: *The Labour Monthly: A Magazine of International Labour*, 8, 12, S. 756-759.
- Iranzo, Consuelo/Richter, Jacqueline (2005): "La Relación Estado-sindicatos en Venezuela". In: *Venezuela Visión plural. Una mirada desde el Cendes*. Tomo II. Caracas, S. 653-684.
- López Maya, Margarita (1989): *El Banco de los Trabajadores ¿Algo más que un banco?* Caracas.
- Meier, Katharina/Wachendorfer, Achim (2009): *Lateinamerikanische Gewerkschaften im Aufwind: neue Chancen für eine globale Partnerschaft? Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn.
- Oficina Central de Estadística e Informática, *Informe Anual 2004* (2005). Caracas.
- Proyecto Nacional Simón Bolívar 2007-2013 (2007): *Primer Plan Socialista. Desarrollo Económico y Social de la Nación 2007-2013* (<www.gobiernoenlinea.ve>).
- Roberts, Kenneth (2003): "Social Polarization and the Populist Resurgence in Venezuela". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg): *Venezuelan Politics in the Chávez Era. Class, Polarization, and Conflict*. Boulder/London, S. 55-72.
- Santolo, Daniel (2002): Das unveröffentlichte Abstimmungsergebnis teilte D. Santolo als Präsident der Wahlkommission dem Koautor dieses Beitrages, R. Díaz, 2002 mit. R. Díaz war zu diesem Zeitpunkt Berater der Wahlkommission und der CTV.
- Urquijo, José Ignacio (2000): *El Movimiento Obrero de Venezuela*. Caracas.
- Wachendorfer, Achim (2007): *Gewerkschaftslandschaft im Umbruch? Die Auswirkungen der Gründung der IGB-Regionalorganisation in Lateinamerika. Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn.

Ana María Isidoro Losada

## **Die Konfiguration der innergesellschaftlichen Machtgruppen<sup>1</sup>**

Während des 20. Jahrhunderts haben sich in Venezuela die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse trotz einiger grundlegender politischer Umbrüche nur graduell verändert.

Seit der Entdeckung der Erdölfelder 1914 war immer wieder eine Aufächerung des gesellschaftlichen Machtgefüges zu beobachten. Dies führte allerdings zu keinem Zeitpunkt zu einem tatsächlichen gesellschaftlichen Elitenwechsel,<sup>2</sup> sondern ging vielmehr mit einer Stärkung und Verfestigung der bestehenden sozialen Beziehungen und der Kontinuität traditioneller Machtkonstellationen einher. Erst mit der Regierungsübernahme von Hugo Chávez deutet sich zunehmend ein Wandel dieser innergesellschaftlichen Machtbeziehungen an.

Im Gegensatz zur Elitenzusammensetzung in anderen Ländern der ehemaligen spanischen Kolonien, die bis heute durch eine sehr eingeschränkte Zirkulation gekennzeichnet ist, kommt Venezuela eine Sonderstellung zu, da es im direkten Vergleich keine sozial homogene Elite gab, sondern historisch immer wieder Momente der sozialen Durchlässigkeit prägend waren (Gerdes 1992: 19; Hofmeister 2007: 125-129).<sup>3</sup>

Begrenzt man den analytischen Fokus auf die politischen Eliten, so können vier historische Zäsuren differenziert werden, die jeweils mit der unwi-

---

1 Der Begriff "Machtgruppen" bezieht sich auf die gesellschaftlich, politisch und ökonomisch dominanten Akteure bzw. Akteursgruppen.

2 Eine angemessene Klärung des politisch sowie konzeptionell höchst umstrittenen Begriffes "Elite" erscheint im Rahmen dieses Artikels nicht praktikabel. Insofern wird der Begriff hier nicht theoretisch-analytisch, sondern vielmehr in seiner populärwissenschaftlichen Alltagsbedeutung verwendet. Für eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Begriff "Elite" vgl. u.a. Dryzek/Dunleavy (2009: 57-78); Hradil/Imbusch (2003); Waldmann (2007: 9-30).

3 Im deutschsprachigen Kontext stellt die detaillierte und sehr aufschlussreiche Untersuchung von Claudia Gerdes *Eliten und Fortschritt: Zur Geschichte der Lebensstile in Venezuela 1908-1958* aus dem Jahre 1992 einen zentralen Beitrag zum Verständnis der Elitenausdifferenzierung in Venezuela seit dem ausgehenden 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts dar.

derrufflichen Ablösung und Verdrängung der ehemaligen Protagonisten<sup>4</sup> ins politische Abseits einhergehen: Erstens, der endgültige Sieg der Liberalen über die Konservativen im Bürgerkrieg 1859-1863. Die militärische Niederlage bedeutete den vollständigen Verlust der politischen Relevanz für die von José Antonio Páez geführten traditionellen Eliten und Militärs. Es folgten drei Jahrzehnte liberaler Hegemonie. Der zweite tiefgreifende Elitenwechsel kann auf das Jahr 1899 datiert werden, als Cipriano Castro die Regierungsgewalt an sich riss. Er selbst wurde 1908 von seinem ehemaligen militärischen Weggefährten General Juan Vicente Gómez gestürzt. Die Ära, in der autoritäre Militärs aus der andinen Region Táchira die politischen Geschicke des Landes bestimmen sollten, hielt bis 1935 an. Der ebenfalls gewaltsame Sturz dieser andinen Militärclique im Jahr 1945 durch eine zivilmilitärische Allianz, bestehend aus Vertretern der mittleren Rangstufen der venezolanischen Streitkräfte unter der Führung von Marco Pérez Jiménez und der sozialdemokratisch ausgerichteten Partei *Acción Democrática* (AD) unter Rómulo Gallegos, kann als der dritte Bruch in der Geschichte der politischen Elitenkonstellation in Venezuela gewertet werden. Binnen einer Woche wurde die gesamte ehemalige tachirensische Elite aus allen administrativen und politischen Ämtern entfernt. Der Militärputsch unter dem Kommando von Pérez Jiménez 1948 ging nicht mit der Rückkehr dieser andinen militärischen Elite einher. Mit dem Eliten-Konsens von Punto Fijo 1958 kamen u.a. die zivilen Protagonisten des Umsturzes von 1945 wieder an die Macht und es begann die vier Jahrzehnte währende Zweiparteienherrschaft von AD und dem christdemokratisch orientierten COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*). Der vierte und vorläufig letzte politische Elitenwechsel vollzog sich mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez 1998 und der anschließenden Verdrängung der ehemaligen politischen Eliten der sogenannten "IV. Republik" (Petkoff 2008: mdl.).<sup>5</sup>

4 In diesem Artikel herrschen die männlichen Formen vor, was keinem geschlechtsblinden Sprachgebrauch, sondern vielmehr stilistischen Gründen geschuldet ist.

5 Angesichts des von reaktionären Oppositionellen unternommenen Putschversuches im April 2002, der zur Übernahme sämtlicher Regierungsgeschäfte durch Pedro Carmona Estanga, den Präsidenten des Unternehmerdachverbandes FEDECAMARAS und der Absetzung sowie Inhaftierung von regierungsfreundlichen und -treuen Akteuren führte und binnen Stunden zentrale Organe der Staatsgewalt außer Kraft setzte, lassen erahnen, dass ein zukünftiger Regierungswechsel – ob unter demokratischen Bedingungen oder über Gewaltanwendung – erneut mit einem weitreichenden Austausch der politischen Eliten einhergehen wird.



Um die Kontinuitäten und aktuellen Brüche im innergesellschaftlichen Machtgefüge in ihrem jeweiligen sozioökonomischen und politischen Kontext verorten zu können, zeichnet der nachfolgende Artikel sowohl historisch als auch aktuell die Bedeutung der Erdölrente und die enge Verschränkung zwischen sozioökonomischer Entwicklung, gesellschaftlichem Einfluss und politischer Macht im Land nach.

### **1. Von der traditionellen Land- und Plantagenoligarchie zum modernen Handels- und Unternehmertum**

Nach der Unabhängigkeit bauten die bereits während der Kolonialzeit in Venezuela niedergelassenen, meist spanischstämmigen, aber zu einem nicht geringen Umfang auch nichthispanischen Handelshäuser intensive Geschäftsbeziehungen mit Ländern Europas und den Vereinigten Staaten aus. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts kristallisierte sich nach und nach eine venezolanische Handelsbourgeoisie heraus, die ihre Position bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts insbesondere über den zunehmenden Export- und Importhandel stärkte und zusammen mit der Land besitzenden Oligarchie die zentralen ökonomischen und sozialen Machtgruppen des Landes ausmachte.

Im Zusammenhang mit der Konsolidierung des venezolanischen Nationalstaates nimmt General Juan Vicente Gómez eine entscheidende Rolle ein. Der von 1908 bis 1935 die Geschicke des Landes beherrschende Diktator forcierte durch die Beschleunigung und Vertiefung der punktuell bereits unter den Vorgängerregierungen eingeleiteten administrativen Reformen sowie den Aufbau einer professionalisierten nationalen Armee eine weitreichende Zentralisierung der Macht (Pino Iturrieta/Méndez 1988). Hierüber gelang die Ausschaltung der rivalisierenden regionalen Caudillos. Flankiert durch den massiven Ausbau der Verkehrsverbindungen zeichnete sich erstmals seit Beginn der Unabhängigkeitskämpfe eine landesweite Integration Venezuelas ab (Coronil 2002: 88; Zeuske 2008).

Machtpolitisch stützte sich das hochgradig personalisierte Regime von Vicente Gómez überwiegend auf das Militär. Zudem war Korruption in dieser Ära ein probates Mittel und allgegenwärtig. Es entstand ein engmaschiges Klientel- und Pfründesystem, das sich unter anderem dadurch auszeichnete, dass der Großteil der Staatsämter mit Militärangehörigen besetzt wurde, die aus der Heimatregion des Diktators stammten. Im Gefolge des autoritären Staatsoberhauptes rückten somit viele Gómez-Anhänger in die Schaltstellen der Macht auf, was mit der Verdrängung bisher einflussreicher politischer Eliten und einer deutlichen Auffächerung der wirtschaftlichen

Machtgruppen und obersten sozialen Segmente einherging. Die traditionelle Oberschicht musste sich mit den neuen Emporkömmlingen aus Táchira arrangieren (Gerdes 1992).

Mit der Entdeckung reichhaltiger Erdölfelder 1914 und dem in den 1920er Jahren einsetzenden Exportboom setzte ein rascher wirtschaftlicher Aufschwung ein. Bereits 1928 nahm Venezuela weltweit den zweiten Platz unter den Erdölproduzenten und den ersten Platz unter den Erdölexporteuren ein (Coronil 2002: 81; Karl 1997: 80). Damit verbunden war, dass dem bis dato in ökonomischer Hinsicht eher unbedeutenden Staat plötzlich ein Verteilungsmodus offen stand, der einen enormen Machtzuwachs bedeutete. Zukünftig sollte der Staat nicht nur Eigentümer der Bodenschätze, sondern auch Adressat der sprudelnden Erdölrente sein (Karl 1997: 77ff.; Sonntag 1984: 19).

Das neue, florierende Erdölgeschäft veränderte die innergesellschaftlichen Machtverhältnisse: Mit der Bedeutungszunahme internationaler Produktions- und Handelszusammenhänge gewannen die aufstrebenden multinationalen Erdölgesellschaften sowie petrochemischen Industrieunternehmen beachtlich an ökonomischem und politischem Einfluss. Darüber hinaus zählten die nachfolgenden Akteure (weiterhin) zu den zentralen Machtgruppen des Landes: Zum einen die *Großgrundbesitzer*. Diese nutzten ihren Besitz und traditionellen Einfluss, um sich erstens durch den Verkauf von Landbesitz an die Erdölgesellschaften zu bereichern. Zweitens erhielten sie eine Zeitlang Gewinne aus den Konzessionen für die Erdölförderung auf ihrem Land. Und drittens stärkten sie ihre ökonomische Position über erfolgreiche Spekulationen mit Grundstücken, die im Zuge der beschleunigten Verstädterung und Bevölkerungskonzentration in den urbanen Zentren des Landes entstanden. Zum anderen das *Importhandel-Unternehmertum*, das eng mit ausländischen Investoren verbunden war und vor allem von dem einsetzenden Importboom profitierte. Und schließlich der *politische Verwaltungsapparat* bzw. die *hohen Funktionäre im Öffentlichen Dienst*, die ihre Position dafür nutzten, über die Erteilung von Erdölförderkonzessionen Prämien beiseite zu schaffen (Lacabana 2006: 320).

Die Ausweitung des Erdölsektors förderte das Aufkommen von neuen Klassen und sozialen Gruppen, deren Macht und ökonomische Prosperität eng mit der staatlich kontrollierten Verteilung der Erdölrente verschränkt waren. Der sich mit den strukturellen Veränderungen abzeichnende Bedeutungsverlust der Land- und Plantagenwirtschaft sowie die Vernachlässigung einer diversifizierten Industrialisierung provozierte nicht nur eine alarmie-

rende Schwächung bzw. Vernichtung der ehemals florierenden Kaffee- und Kakaoindustrie, sondern löste in der Folge eine massive Binnenmigration aus, was den Urbanisierungsprozess beschleunigte (Karl 1997: 80ff.). Letzterer ging mit einer spürbaren Aufwertung von urbanen Flächen und somit einer zunehmenden Grundstücksspekulation einher. Ohne Zweifel trug die mit diesem Prozess einsetzende vermehrte Nachfrage und öffentliche Bereitstellung von Infrastruktur maßgeblich zu einer stärkeren Diversifizierung des nationalen Unternehmertums bei. Insbesondere der forcierte Ausbau von Straßen- und Brückeninfrastruktur, der Sektor, in dem die meisten Investitionen aus öffentlicher Hand getätigt wurden, stärkte sowohl die heimische Baubranche als auch die eng mit ihr kooperierenden Spekulanten um städtische Grundstücke und Immobilien, die in der Regel dem nationalen Bürgertum zuzurechnen waren. Die aus dem Bauboom stammenden Überschüsse wurden lediglich zu einem geringen Teil innerhalb der Branche re-investiert. Der Löwenanteil floss stattdessen in den wachsenden Industrie- und Handelssektor (Carvallo/Hernández 1981; Lacabana 2006: 321; Machado de Acedo/Plaza/Pacheco 1981).

Parallel zu der beschriebenen Expansion der Bau- und Handelsbranche sah sich in der Folge ein Teil der Bevölkerung in die Lage versetzt, über Sparanlagen Rücklagen zu bilden; hinzu kamen die nicht re-investierten Gewinnüberschüsse der Unternehmer. Diese Geldanlagen trugen zu einem Anwachsen des Bankensektors maßgeblich bei. Mit der Unterstützung des Staates entwickelten sich nun auch neben der traditionellen Oligarchie<sup>6</sup> und den oben genannten Machtgruppen die Protagonisten der Baubranche sowie des nationalen Bankgewerbes zu einflussreichen Akteuren (Lacabana 2006: 321). Die beschriebenen Machtverschiebungen und insbesondere die Auffächerung innerhalb der nationalen ökonomischen Elite sowie die wachsende Bedeutung des Binnenmarktes bewirkten in der Folge eine Veränderung der Beziehungen mit den ausländischen Investoren. Das Kohlenwasserstoffgesetz von 1943 sicherte dem venezolanischen Staat im Erdölgeschäft eine Gewinnbeteiligung von 60:40 gegenüber den ausländischen Investoren (Mommer 1985: 209).<sup>7</sup> Diese Neuregelung lässt sich insgesamt als ein deut-

---

6 Zu den traditionell einflussreichen Familienunternehmen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Land- und Plantagenwirtschaft sowie dem Handel prosperierten und bis heute zu den wichtigsten Privatunternehmern zählen, gehören beispielsweise die Familien Blohm, Boulton, Delfino, Machado, Mendoza, Phelps, Sosa und Vollmer (Ortiz 2004: 71; Rangel 1972).

7 Die starke Verhandlungsposition des venezolanischen Staates gegenüber der Royal-Dutch-Shell Company sowie US-amerikanischen Investoren muss auch vor dem Hinter-

liches Indiz für den Machtzuwachs der einheimischen Akteure deuten (Espinas 2001; Lacabana 2006: 322). Die gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationen beförderten zugleich das Entstehen einer schmalen venezolanischen Erdölindustrie- und Arbeiterklasse. Zudem setzte eine Verbreiterung und Ausdifferenzierung der Mittelschichten ein, die als höhere Angestellte im Öffentlichen Dienst, aber auch im Privatsektor von den national zirkulierenden Erdöleinnahmen profitierten. Terry Lynn Karl verwies in diesem Zusammenhang auf das Bild einer auf den Kopf gestellten Sozialklassen-Pyramide, bei der eine breite nichtproduzierende urbane Mittelschicht eine langsam wachsende Arbeiterklasse überlagerte (Karl 1997: 82). Die 1941 gegründete *Acción Democrática* (AD), die erste venezolanische Massenpartei mit vorwiegend ländlicher Basis und sozialpolitischem Parteiprogramm, löste das herrschende Militärregime 1945 durch einen Staatsstreich ab. Das demokratische Intermezzo fand allerdings 1948 durch den Putsch von General Marcos Pérez Jiménez ein rasches Ende. Während des folgenden Jahrzehnts wurden die Ausgaben für ambitionierte Infrastrukturprojekte weiter erhöht, was die exponierte Stellung der durch staatliche Investitionen und Zuwendungen subventionierten Bauunternehmerelite zusätzlich unterstrich (Coronil 2002: 199ff.).<sup>8</sup>

## 2. Der Elitenkonsens von 1958

Mit dem Sturz der Pérez Jiménez-Diktatur 1958 setzte die Institutionalisierung und Konsolidierung der sogenannten „paktierten Demokratie“ ein. Der politische Pakt kann als ein Kompromiss der politischen, ökonomisch und gesellschaftlich herrschenden Interessengruppen beschrieben werden, bei dem es über ausgehandelte Verfahrensregeln gelang, die Berücksichtigung bzw. Durchsetzung der jeweiligen Partikularinteressen der beteiligten Akteure zu garantieren. Neben drei politischen Parteien – der sozialdemokratisch orientierten AD, dem christdemokratischen COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) und der URD (*Unión Republicana Democrática*) – zählten insbesondere der Unternehmerdachverband FEDECAMARAS (*Federación de Cámaras de Comercio y Producción*) als wichtigster Vertreter der nationalen Unternehmerschaft, der zentrale Gewerkschafts-

---

grund der Erfahrungen der Nationalisierung des Erdölsektors in Mexiko 1938 sowie dem Zweiten Weltkrieg und der hohen Abhängigkeit Großbritanniens, der Niederlande und der USA vom venezolanischen Erdöl gesehen werden (Mommer 1985: 207ff.).

8 Rómulo Betancourt prägte in diesem Zusammenhang den Ausspruch: „la política del concreto armado“ („Die Stahlbeton-Politik“).

dachverband CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*), die Kirche und das Militär zu den zentralen Protagonisten dieses paktierten Konsenses. Alternative sowie radikale politische Kräfte wie beispielsweise die Kommunistische Partei (PC), die entscheidend zur Entmachtung des Diktators beigetragen hatten, blieben ausgeschlossen. Die beiden politischen (Massen-)Parteien AD und COPEI und die korporatistischen Bündnispartner entwickelten sich für Mitglieder aus der Mittelschicht und in deutlich geringerem Umfang auch für Teile der Arbeiterschicht zu zentralen Aufstiegskanälen. Rückblickend war diese Form der sozialen Aufwärtsmobilität und das teilweise Aufrücken ins politische Machtzentrum neu und durchaus charakteristisch für die vier Jahrzehnte währende Ära der Zweiparteienherrschaft.

In den 1970ern führten die selbstbewusste Preispolitik der OPEC-Staaten und die Nationalisierung der Erdölindustrie zu einer Vervielfachung der Staatseinnahmen. Die beeindruckenden Wachstumsraten nutzte Präsident Carlos Andrés Pérez (1974-1979), um die öffentlichen Ausgaben immens zu steigern (Mommer 2003: 170). Besonderes Augenmerk richtete die Regierung auf die massive Förderung der (Schwer-)Industrie und den Ausbau der Infrastruktur. Häufig überdimensionierte Großprojekte wie beispielsweise die Errichtung eines neuen Industriegebiets mit Aluminium- und Eisenhütten in Ciudad Guayana oder der Bau eines der größten Staudämme weltweit sollten Venezuela in die Liga der Industriestaaten katapultieren. Bei der Umsetzung seiner Industrialisierungs-offensive setzte Andrés Pérez auf die Unterstützung der sogenannten "Zwölf Apostel", einer Gruppe junger, weitgehend unbekannter Unternehmer, die sich weitestgehend aus Freunden und Bekannten des Präsidenten rekrutierten. Im Gegenzug für politische Loyalität wurden diese neuen Akteure mithilfe der staatlichen Aufträge und präferentieller Behandlung über Nacht zu mächtigen ökonomischen Einflussgrößen. Die ungeheure Finanzkraft des Staates und die gezielte Förderung und politische Loyalitätssicherung der neuen jungen Unternehmergruppe bewirkte eine Ausdifferenzierung der ökonomisch wichtigen Akteursgruppen.

Die generelle Maxime zielte allerdings weniger auf den Aufbau nachhaltiger Industriekomplexe oder Infrastrukturprojekte; stattdessen wurde überwiegend auf kurzfristige maximale Gewinne gesetzt. Zugleich trieben Grundstücksspekulanten auf der einen und illegale Kommissionszahlungen an private Unternehmer sowie mehrfache Subkontraktionen auf der anderen Seite die Preise und Kosten in die Höhe. Zu den Profiteuren des staatlich subventionierten Booms zählten neben dem Bankenwesen auch die Branchen Bau, Finanzen und Zement, die außergewöhnliche Gewinnmargen rea-

lisierten. Das Vorgehen des Präsidenten brüskierte nicht nur die alteingesessenen Unternehmergruppen, sondern führte auch zu einer deutlichen Distanzierung der regierenden AD. Beide Akteursgruppen warfen der amtierenden Regierung die Verschleuderung von Staatsgeldern und das Ausufern der Korruption vor (Duno 1975; Ortiz 2004: 79ff.; *Der Spiegel*, 11.12.1978). Im Schatten dieser Entwicklungen begannen die – von den ehemaligen ausländischen Konzessionären für die Führung der nationalisierten PDVSA ausgewählten – venezolanischen Fach- und Managementkräfte, schrittweise die nationale Erdölgesellschaft dem staatlichen Einfluss zu entziehen und pflegten inoffiziell weiterhin intensive Beziehungen mit ausländischen Investoren. Damit war der Grundstein für den “Staat im Staat” gelegt (Mommer 2003: 168ff.; Urbaneja 1995: 293f.).

### **3. Die Implosion des politökonomischen Systems und das gesellschaftspolitische Versagen der traditionellen Machtgruppen**

Mit dem Rückgang der Erdölpreise und dem starken Anstieg der Zinsen auf den internationalen Kreditmärkten Anfang der 1980er Jahre stießen die bis dato florierende Rentenökonomie und die erdölbasierte staatliche Verteilungspolitik an ihre Grenzen. Die Entwicklung kulminierte in der offiziellen Zahlungsunfähigkeitserklärung von 1983.

Die integrierende Wirkung des über vier Jahrzehnte dominierenden Zweiparteiensystems basierte auf einem ausgeprägten und stetig wachsenden Klientel- und Subventionssystem. Diese informellen Einflusskanäle sowie staatliche Transferleistungen an die verschiedenen gesellschaftlichen – insbesondere auch subalternen – Gruppen entwickelten sich zu den zentralen, da Stabilität sichernden Politikelementen, die lange Zeit die Legitimität des herrschenden Systems begründeten. Gesamtgesellschaftliche soziale Gegensätze wurden zwar nicht strukturell abgebaut, aber durchaus lange Zeit überlagert (Boeckh 1988; 1997; Carlos Rey 1991; Karl 1987; Villasmil Bond 2005).

Die staatskapitalistische, rentengestützte Wirtschaftsstrategie ging mit der Herausbildung einer ausgeprägten politisch-administrativen Bürokratie einher, deren personelle Besetzung von den zentralen Akteuren des Zweiparteiensystems dominiert wurde. In dieser Phase der sogenannten “partidocracia” waren Korruption, Ämterpatronage und Nepotismus als zentrale Entscheidungsmomente politischer und ökonomischer Karrierepfade in weiten Kreisen gesellschaftlich akzeptiert. Das Resultat war eine überkomplexe Verwaltungsstruktur, die weder Effizienz- noch demokratischen Transpa-

renzkriterien genügte und einer enormen Ressourcenverschwendung Vor-  
schub leistete (Boeckh 1988; Karl 1987; Levine 1978; Levine/Crisp 1999).

Im Verlauf der 1980er Jahre geriet Venezuela in eine Phase der sozio-  
ökonomischen Regression, die in eine zunehmende Delegitimation des po-  
litischen Systems und deren Repräsentanten mündete. Angesichts einer  
zunehmend angespannten innenpolitischen Situation organisierten sich zahl-  
reiche Interessengruppen, die aus Unternehmern, Intellektuellen und Aka-  
demikern bestanden. Diese forderten eine neoliberale Kehrtwende und traten  
in diesem Kontext später auch für den Washington-Consensus als einzigen  
Ausweg für eine Re-Stabilisierung des Landes ein (Lacabana 2006: 331).  
Die Hinwendung zum neoliberalen Paradigma leitete nicht nur eine Neuord-  
nung innerhalb der gesellschaftlich herrschenden Machtgruppen, sondern  
auch einen Abbau der aus den Überschüssen der Erdölbonanza alimentierten  
sozialen Transferbeziehungen ein.

Die innenpolitisch angespannte Situation eskalierte schließlich, als ange-  
sichts der negativen Wirtschaftsentwicklung und des Druckes von Seiten der  
verschiedenen Interessengruppen die Regierung 1989 ein vom Internatio-  
nalen Währungsfonds auferlegtes Strukturanpassungsprogramm umzuset-  
zen begann, das unter anderem die Liberalisierung des Erdölsektors vorsah  
(Naím 1993). Über Nacht wurden die einkommensschwachen Bevölke-  
rungsgruppen mit massiven Preiserhöhungen konfrontiert.<sup>9</sup> Angesichts ihrer  
ökonomischen Aussichtslosigkeit reagierten Tausende mit tagelangen, hefti-  
gen Massenprotesten. Dieses als "Caracazo" bekannt gewordene Ereignis,  
dem nicht offiziellen Angaben zufolge allein in Caracas ca. 1.000 Menschen  
zum Opfer fielen, sorgte auch international für großes Aufsehen.

Zahlreiche Massenmedien und Interessenvertretungen konservativer Ak-  
teure setzten sich zunehmend für den Rückbau des Staates ein. Von nicht zu  
unterschätzender Bedeutung ist in dieser Phase der Einfluss internationaler  
Technokraten, die sich dafür aussprachen, dass der "Sachzwang Globalisie-  
rung" keine andere Option zuließe, als die ökonomische Liberalisierung  
voranzutreiben, um sich auf dem Weltmarkt behaupten zu können (Lacabana  
2006: 333). Der globale Siegeszug des neoliberalen Paradigmas fiel auch bei  
den nationalen Technokraten, die ihre Ausbildung und Titel an den US-ame-  
rikanischen Universitäten erlangt hatten, sowie bei den Erdöl-Technokraten  
auf fruchtbaren Boden. Beide Gruppen können als wichtigste Akteure bei  
der konkreten Durchsetzung neoliberaler Politiken identifiziert werden. Die

---

9 So stiegen beispielsweise die Preise für den öffentlichen Nahverkehr von einem Tag auf  
den anderen um mehr als 200%.

Wirtschaftstätigkeiten konzentrierten sich erneut auf den Primärsektor, da der Hauptanteil an ausländischen Investitionen im Erdöl- und Bergbausektor verbucht wurde. Die Transformationen lösten nicht nur massive Verteilungsprobleme, sondern auch Konflikte mit den nationalen Industrieunternehmen aus, die über die letzten Jahrzehnte mit staatlichen Subventionen und Anreizen gewirtschaftet hatten und sich plötzlich mit massiver ausländischer Konkurrenz sowie einer weitreichenden Deindustrialisierungspolitik<sup>10</sup> konfrontiert sahen. Die Liberalisierung des Erdölsektors hatte die Rückkehr der transnationalen Erdölgesellschaften und eine fortschreitende Reprivatisierung der nationalen Erdölindustrie zur Folge. Damit ging einher, dass der Staat zunehmend Einbrüche in den aus dem Erdöllexport stammenden Einnahmen verbuchte und immer mehr die Kontrolle über die eigene Industrie abtrat (Lacabana 2006: 336; Naím 1993).

Die im Erdöl- und Bergbausektor agierenden ökonomischen Machtgruppen konnten trotz der finanzpolitischen Unsicherheiten mit der Unterstützung des Bankgewerbes rechnen. Neben hohen Zinsen wurden auch ihre privilegierten Konditionen bei Anleihen weiter aufrechterhalten. Eine Entscheidung, die erheblich zu der schweren Finanzkrise 1994 beitrug.<sup>11</sup> Insbesondere die mittleren und unteren Einkommensgruppen mussten dabei hilflos zusehen, wie die einst erzielten Wohlstandsgewinne binnen weniger Jahre zunichte gemacht wurden und sie selbst zunehmend in Existenznot gerieten.

---

10 Ab 1992 wurde pro Jahr ein Rückgang von 100.000 Arbeitsplätze im Industriesektor gezählt (-20%) (Lacabana 2006: 336).

11 Die Banken- und Finanzkrise hatte dazu geführt, dass die staatlichen Finanzinstitutionen privatisiert und nationale Banken von ausländischen Privat- und Großbanken aufgekauft wurden. Die eingeleiteten wirtschaftlichen Maßnahmen begünstigten die Import-Unternehmer und die Liberalisierung der Zinspolitik verlieh dem Bankensektor eine neue Schlüsselrolle in dem Akkumulationsprozess (Lacabana 2006: 336).



#### **4. Der Aufstieg von Hugo Chávez und die Verdrängung der alten politischen Eliten**

Die Regierung und die Führungsriege der beiden Großparteien demonstrieren trotz der zunehmenden sozialen Spannungen und der massiv erodierenden Legitimität des politischen Systems fortgesetzte Handlungsunfähigkeit, die rückblickend einer politischen Selbstentmachtung gleichkam. Diese Entwicklungen bereiteten in der Summe den Weg für den Wahlerfolg von Hugo Chávez im Dezember 1998.

Als eine seiner ersten offiziellen Verlautbarungen verkündete der Präsident das Ziel eines neuen Gesellschaftsmodells. In dessen Zentrum sollte einerseits die Abkehr von dem bis dato geltenden (neo-)liberalen (Wirtschafts-)Konzept<sup>12</sup> und andererseits die Betonung des „Volkes“ als „Souverän“ und somit die Bürger als neue zentrale politische Akteure stehen.

Mit seinem Regierungsantritt versuchte Hugo Chávez, die Marginalisierung der bisher herrschenden, insbesondere politischen Machtgruppen einzuleiten. Im Vordergrund stand dabei die Absicht, die anvisierten politischen Reformen und damit auch die eigene Machtbasis über einen kontrollierten Elitenwechsel abzusichern. Dabei stützt er sich bis heute vor allem auf ehemalige sowie aktive Militärangehörige. Bereits im Rahmen der Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1999 erhielten mehrere Militäroffiziere – u.a. ehemalige militärische Aufständische – ausreichend Stimmen, sodass sie bei der Ausarbeitung der „Bolivarischen Verfassung“ und somit auf die Ausgestaltung des neuen politischen System direkten Einfluss nahmen (Norden 2003: 101f.). Es wurde u.a. verfassungsrechtlich festgeschrieben, dass das Militär sich sowohl im Rahmen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als auch im Kontext der „nationalen Entwicklung“ einzubringen habe (Artikel 326 der „Bolivarischen Verfassung“). Außerdem wurde das Wahlrecht

---

12 Im ökonomischen Kontext zählen die Rückkehr zu einer stark binnenwirtschaftlich – inzwischen deutlich staatskapitalistisch – fokussierten Entwicklungsstrategie sowie ein intensiver Ausbau der Süd-Süd-Kooperation zu den propagierten Kernelementen der Chávez-Regierung. Hierzu wird erneut auf das rentengestützte Entwicklungsmodell als dem zentralen wirtschaftlichen Antriebsmotor zurückgegriffen: Die Revitalisierung der OPEC führte zu einem rasanten Anstieg der Erdölpreise und sichert bis heute trotz der Einbrüche im Jahr 2008 enorme Staatseinnahmen.

In den vergangenen Jahren wurden immer mehr kritische Stimmen laut, die der Regierung und den nationalen Ökonomen vorwarfen, eine zukunftsgerichtete und produktive Wirtschaftspolitik sowie die Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen zu vernachlässigen und das Augenmerk – neben dem Erdölsektor – einseitig auf die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien zu richten (*El Universal*, 18.11.2009; Werz 2009).

auf Militärangehörige ausgeweitet und somit eine Politisierung des Militärs eingeleitet (Art. 330). Seit 1998 erfüllen die Militärs nicht mehr nur explizit verteidigungspolitische Ziele, sondern übernehmen darüber hinaus auch alltägliche politische Funktionen. Auch die Umsetzung der zahllosen Sozialprogramme basiert maßgeblich auf der Unterstützung bzw. dem Einsatz von Militärangehörigen (Trinkunas 2004: 57).

Um oppositionelle Kräfte und konservative Widerstände innerhalb des Militärs zu schwächen, wurde die Kommando- und Verwaltungsstruktur der Armee zentralisiert und die ehemals autonomen Teilstreitkräfte und Organisationseinheiten Marine, Luftwaffe, Nationalgarde und Heer zusammengefasst (Art. 328). Zudem wurde der Nationalversammlung die Ermächtigung entzogen, im militärischen Bereich Beförderungen zu bewilligen. Diese Befugnis wurde auf die Militärinstitution und den Präsidenten übertragen, wodurch seither eine parlamentarische Kontrolle entfällt (Art. 331, 236). Nach dem auch militärisch unterstützten Putsch von 2002 nutzte Chávez diese Vollmacht, um loyale Militärs unabhängig von der militärischen Rangstellung zu befördern.

Die Integration einer steigenden Zahl von weiterhin aktiven oder bereits aus dem Dienst ausgeschiedenen Militärangehörigen innerhalb der öffentlichen Verwaltungsstruktur bzw. die Besetzung zentraler Staatsfunktionen und ökonomischer Posten mit Militärs zählt zu den Kernelementen der neuen Machtkonfiguration. Da für die Durchsetzung der Reformen und die Umstrukturierung der politischen und administrativen Zusammensetzung auf Staatsebene loyales Personal notwendig war, wurden viele Akteure in hohe politische Ämter berufen, ohne dabei Kompetenz und Qualifikation zu berücksichtigen. Ausschlaggebend war die Gunst des Präsidenten. Daraus resultierte, dass oftmals die militärischen Ränge unberücksichtigt blieben und in der Folge politische Entscheidungsstrukturen geschaffen wurden, in denen hochrangige Offiziere plötzlich von niedrigrangigen Offizieren Anweisungen erhielten, was zu internen Konflikten führte (Norden 2003). Ähnlich verlief es mit der Besetzung ökonomischer Schlüsselpositionen.

Die Verflechtung zwischen Militär, Politik und Ökonomie wurde immer enger. Trinkunas (2004: 59) verweist darauf, dass bereits im Jahr 2000 mehr als 150 hochrangige Offiziere höhere Posten in der Verwaltungs- und Ministerialstruktur sowie innerhalb des staatlichen Erdölkonzerns PDVSA und dem Obersten Gericht bekleideten. Im Januar 2010 bezifferte sich die Zahl der von aktiven und pensionierten Militärs besetzten administrativen und politischen Posten bereits auf 2.200 (*Wirtschaftsnachrichten Venezuela*,

28.01.2010). *De facto* kann somit eine kontinuierliche "Militarisierung" der Politik und des gesellschaftspolitischen Alltags nachgezeichnet werden (vgl. hierzu den Beitrag von Hernán Castillo in diesem Buch).

Seit dem Regierungsantritt 1999 konzentrieren sich die politischen Entscheidungskompetenzen immer stärker auf die Person von Hugo Chávez. (Partei-)Politisch äußerte sich dies besonders in den Auseinandersetzungen um das Projekt der "Vereinten Sozialistischen Partei Venezuelas" (PSUV) in den Jahren 2007/2008. Bereits bei der Wahl der Delegierten traten deutliche Spannungen zwischen Funktionären der Regierung und der Basis zutage, wobei wiederholt Versuche der Einflussnahme von Seiten amtierender Politiker im Zentrum der Auseinandersetzungen standen. Kritisiert wurde, dass Chávez als Vorsitzender des PSUV im Rahmen der Kandidatenaufstellung aus Tausenden von eingereichten Vorschlägen eine Vorauswahl von 69 Personen getroffen hatte, aus denen wiederum 15 ausgewählt werden sollten. Auch aus den Reihen der Delegierten sorgte dieses Prozedere und die fehlende Transparenz für Entrüstung. Die Kandidatenauswahl war nicht nur durch politische Einflussnahme geprägt, sondern ließ auch den Vorwurf der Korruption und des Klientelismus aufkommen (*El País*, 09.03.2008; Lambert 2008; *Soitu.es*, 09.03.2008).

Ehemalige Chávez-Anhänger bzw. Sympathisanten wie beispielsweise ehemalige Koalitionspartner setzen sich in den Jahren 2007 und 2008 entschieden für einen pluralen bzw. offenen und konstruktiven bzw. selbstkritischen Diskussionsprozess im Regierungslager ein. Diese Forderungen wurden u.a. von der Partei *Patria para Todos* (PPT), dem *Partido Comunista de Venezuela* (PCV) und der Partei *Por la Democracia Social* (PODEMOS) sowie dem bis Juli 2007 amtierenden Verteidigungsminister Raúl Baduel und weiteren regierungsfreundlichen Bürgermeistern und Gouverneuren sowie Intellektuellen vertreten.

Wer sich dabei allerdings allzu deutlich der von oben dekretierten Willensbildungs- und Politikpraxis widersetzt, muss häufig mit politischen Konsequenzen rechnen. So kam es im Vorfeld der im November 2008 durchgeführten Regional- und Kommunalwahlen zu einer ganzen Reihe von Parteiausschlüssen. Im April 2008 wurden der damals amtierende Bürgermeister des Munizips Iribarren in Barquisimient, Henry Falcón, sowie die Abgeordneten Wilmer Azuaje, Wilmer Pérez und Luis Díaz aus dem PSUV ausgeschlossen. Als Anlass diente der Vorwurf, sie hätten den Wahlkampf für die Regionalwahlen im November frühzeitig begonnen. Tatsächlich scheinen

vor allem politische Gründe eine entscheidende Rolle gespielt zu haben, da Falcón und Azuaje sich als Kandidaten für die Gouverneursposten in Lara und Barinas in Konkurrenz zu anderen PSUV-Kandidaten aufstellen lassen wollten, während die anderen Abgeordneten mit dem Dissidenten Luis Tascón sympathisierten und die Gründung eines alternativen Parteiflügels in der Nationalversammlung beabsichtigten (*YVKE Mundial*, 30.04.2008).

Zu den sehr wirksamen Instrumenten, um Kritik und Widerspruch in den eigenen Reihen möglichst gering zu halten, zählt die Einbindung in den Staatsapparat oder eben auch der politische Ausschluss. Die permanente Rotation und häufige Personalwechsel verhindern dabei das Entstehen von Seilschaften, aber gleichzeitig wird sichergestellt, dass einzelne Entscheidungsträger keine starke politische Rolle entfalten können. Ein hohes Maß an Intransparenz und Willkür bei der Ämtervergabe verdeutlichen, dass personelle Veränderungen primär vom Willen des Präsidenten abhängig sind. Ein Effekt dieser staatlichen Personalpolitik ist allerdings, dass die Herausbildung effizienter Verwaltungsstrukturen verhindert wird, da die häufige Umbesetzung zur Folge hat, dass Fachkompetenz und institutionelles Wissen nicht entstehen bzw. adäquat genutzt werden kann (siehe auch den Beitrag von Azcargorta/Paulus in diesem Band).

Mit der Veränderung des Verteilungsmodus und der zunehmend polarisierenden Rhetorik zwischen Präsident und Opposition schwächte sich die anfangs noch bestehende Zustimmung großer Teile der Mittelschicht und des privaten Unternehmertums für die neue Regierung rasch ab (Boeckh/Graf 2005; Ortiz 2004 85ff.; Welsch/Carrasquero 2001). Die implizite Aufkündigung der alten Transfer- und Subventionskanäle verdeutlichte den Repräsentanten der alten politischen Elite sehr bald, dass das jahrzehntelang kultivierte, erfolgreich ausbalancierte „Miteinander“, das darauf beruhte, dass die jeweils siegreiche Partei die Anhänger der früheren Regierungspartei übernahm und weiterhin alimentierte, nun keine Gültigkeit mehr besaß.<sup>13</sup> Aber auch alle anderen Akteure innerhalb der „paktierten Demokratie“ hatten fortan keine direkten Zugriffsmöglichkeiten mehr auf die Ressourcen aus der Erdölrente. Die Tatsache, dass auch dem Unternehmertum der bis dato selbstverständliche Zugriff auf zentrale Schaltstellen der staatlichen Wirt-

---

13 Während viele parteipolitisch Engagierte des alten Establishments auf offene Konfrontation setzten, gab es – wie in allen historischen Momenten politischer Zäsuren – auch andere, die sich politisch kooptieren ließen und als opportunistische Anhänger des neuen politischen Systems erhofften, an zukünftigen Verteilungspraxen partizipieren zu können.

schaftspolitik verweigert wurde, ließ sie rasch zu zentralen Protagonisten innerhalb der Opposition avancieren (Ortíz 2004: 85ff.). Diese Verdrängung von den nationalen "Futtertrögen" und Schalthebeln der Macht kann sicherlich als *der* Faktor für den engen Schulterschluss der politischen und ökonomischen Elite sowie Teilen der Mittel- und Oberschichten gegen die Regierung Chávez interpretiert werden. Kennzeichnend für diese heterogene Allianz, die sehr unterschiedliche Akteure mit stark differierenden Vorstellungen von Art und Ausmaß des Widerstandes gegenüber der Regierung Chávez zusammenführt, war das Fehlen von politischen Alternativen. Diese fehlende Programmatik, die über die bloße Ablehnung der aktuellen Regierung hinausweist, hinderte die alten Machtgruppen allerdings keineswegs daran, aktiv und gewaltsam die Wiederherstellung ihrer vergangenen Privilegien und der alten Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu betreiben. So setzte ab November 2001 eine breite Welle an politischen Widerständen ein. Anlass der Protestaktionen der politischen Opposition bildete die Verabschiedung bzw. Durchsetzung zentraler Reformvorhaben der Regierung mittels Präsidialdekreten. Hugo Chávez nutzte die ihm laut Verfassung zustehenden Sondervollmachten, um insgesamt 49 Dekrete, die unter anderem vorsahen, das staatliche Einkommen aus dem Erdölgeschäft zu erhöhen (*Ley de Hidrocarburos*) sowie eine Landreform<sup>14</sup> (*Ley de Tierras*) ohne Abstimmungsprozesse und Verhandlungen in der Nationalversammlung durchzusetzen. Insbesondere die angekündigte Restrukturierung der Erdölgesellschaft PDVSA sowie die damit einhergehende größere staatliche Kontrolle löste großen Unmut aus (Azzellini 2004: 203; López Maya 2006: 264ff.). Es folgten landesweite, von der Opposition organisierte Streiks, die sich von Dezember 2001 bis April 2002 hinzogen. Den vorläufigen Höhepunkt der Destabilisierungsversuche vonseiten der Opposition bildete der mit Unterstützung von hochrangigen reaktionären Militärs und Billigung der USA realisierte Putsch am 11. April 2002. Nach dem missglückten Putschversuch organisierte ein politisches Bündnis von führenden CTV-Gewerkschaftsfunktionären, Anhängern des alten Parteiensystems, nationalen und internationalen Unternehmen sowie dem Firmenmanagement der staatlichen Erdölgesellschaft eine massive Arbeitsniederlegungspolitik. Die politisch-

---

14 Die Landreform von 2001 sah eine Begrenzung des Landbesitzes auf maximal 100-5.000 Hektar vor, wobei für Landflächen, die zu weniger als 80% landwirtschaftlich genutzt werden, Abgaben gezahlt werden müssen oder sogar Enteignungen infrage kommen. Im Rahmen der *Ley der Hidrocarburos* wurde festgesetzt, dass der Staat zukünftig eine Aktienmehrheit von 51% innehat und die zu entrichtenden Steuern und Abgaben angehoben werden.

strategischen Protestmaßnahmen wurden darüber hinaus von zahlreichen Sabotageakten innerhalb der Erdölproduktionsketten flankiert, sodass ein massiver Einbruch der Förder- und Produktionszahlen zu verzeichnen war, der zu gigantischen staatlichen Einbußen führte.

### 5. Der Aufstieg der Neureichen und neue politische Machtgruppen

Der von Chávez' fortwährend artikulierten Drohung, der sogenannten "Oligarchie"<sup>15</sup> und im weitesten Sinne den Repräsentanten des "Ancien Regime" jegliche politische und ökonomische Teilhabemöglichkeiten zu versagen, hatte zwar seit seinem Regierungsantritt eine hohe diskursive Priorität, erfuhr allerdings erst im Zusammenhang mit dem Putsch im April 2002 und der Streikfolge zum Jahreswechsel 2002/2003 eine konsequente politische Umsetzung. Um die ökonomische Talfahrt aufzuhalten und die Handlungsfähigkeit der Regierung zurückzuerobern, ordnete Hugo Chávez Ende 2002 die Übernahme der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA an und veranlasste die Entlassung von circa 19.000 Angestellten, die sich an dem monatelangen "Generalstreik", an Sabotagehandlungen und den Aussperrungen von arbeitswilligen Arbeitern beteiligt hatten (Wilpert 2007: 25). Gleichzeitig erfolgten zahlreiche personelle Neubesetzungen im höheren Firmen-Management (López Maya 2006), um so den "Staat im Staat" zu entmachten und den alten machtvollen Akteursgruppen ein wirksames Instrument, der Regierung ökonomisch empfindlich zu schaden, aus der Hand zu nehmen. Mit der Unterwerfung der PDVSA unter die staatliche Kontrolle sicherte sich der Staat zudem beträchtliche verteilungspolitische Spielräume. Seit 2007 hat der venezolanische Staat zudem die Mehrheit an allen Förderprojekten im Erdölbereich übernommen. Darüber hinaus wurde verstärkt die Nationalisierung von Unternehmen in Schlüsselsektoren – wie beispielsweise dem Erdölsektor, der Telekommunikation, der Stromerzeugung, dem Bergbau und der Zementindustrie – vorangetrieben und somit eine Monopolstellung des Staates in diesen Branchen aufgebaut.<sup>16</sup> Dieses Vorgehen hatte u.a. auch

---

15 Der Begriff "Oligarchie" wird von Chávez nicht nur in seiner eigentlichen Bedeutung einer besonders einflussreichen kleinen Gruppe von Personen oder Familien verwendet, sondern darüber hinaus für alle gesellschaftlichen Akteure herangezogen, die sich öffentlich gegen die Regierung äußern. Der Begriff wird somit weitgehend synonym zu "Opposition" gebraucht.

16 Im Verlauf des Jahres 2009 wurden überdies die Hafenanlagen und Flughäfen sowie die Hafendienstleistungen unter staatliche Kontrolle gestellt. Die ehemals von US-amerikanischen Unternehmen getätigten Investitionen in den Branchen Elektrizität, Telekommu-

zum Ziel, regierungskritische privatwirtschaftliche Unternehmer der alten ökonomischen Elite zu marginalisieren und ihren Einfluss auf die nationale Wirtschaftskonjunktur zurückzudrängen. Im Zuge der Nationalisierungen werden die jeweiligen Management- und Führungspositionen gezielt mit "regierungstreuen" Personen besetzt, sodass sich die Ämtervergabe wie zu Zeiten der paktierten Demokratie vor allem an politischer Gefolgschaft und in diesem Fall an der Affinität zum "Bolivarischen Prozess" orientieren. Mittlerweile beziffert sich die Zahl der PDVSA-Beschäftigten auf circa 90.000 (*El Universal*, 13.11.2009). Werz (2009: 170) verweist in diesem Kontext darauf, dass die Zahl der Fachkräfte und Experten weiter gesunken sei.

Die generell im Zusammenhang mit Staatsaktivitäten lockenden Gewinnspannen stellen historisch, aber auch gegenwärtig, wieder eine der zentralen Bereicherungsquellen in Venezuela dar. An oberster Stelle sind sicherlich die Wirtschaftsaktivitäten und Transaktionsgeschäfte im Erdölsektor zu nennen, dicht gefolgt von Geldanlagegeschäften im Finanzsektor sowie Gewinnabschöpfungen aus dem Paralleldollarmarkt, dem Management der öffentlichen Verschuldung, des Weiteren das komplexe Feld der staatlichen Ankäufe von Unternehmen und Industrieanlagen sowie der gesamte Bereich der von der öffentlichen Hand getätigten Investitionen. Hochkonjunktur verbuchen dabei weiterhin die Wirtschaftsbereiche des Baugewerbes, logistische Dienste, das Fernmeldewesen und die Finanzbranche.

Die mit der enormen Steigerung der öffentlichen Ausgaben einhergehende Einlage von Staatsgeldern in kommerziellen Banken avancierte insbesondere für diejenigen Agenten, die gute Verbindungen zu den Ministerien und den Ministern unterhalten und mit der Auszahlung einträglicher Provisionen rechnen können, zu einem Geschäftsbereich mit enormen Gewinnmargen. Der venezolanische Finanzmarkt profitierte von der positiven Wirtschaftsentwicklung bzw. den Wachstumsraten der letzten Jahre überproportional und verzeichnete bis 2007 spektakuläre zweistellige Zuwachsraten (Engelhardt 2009). Die höchsten Gewinne verbuchten dabei die Banken BBVA Provincial, Tochter der spanischen Großbank BBVA und der Banco Venezuela, der 2009 schließlich – gegen eine entsprechende Auszahlung an die spanische Mutterbank Banco Santander – verstaatlicht wurde. Der Bankenaufsichtsbehörde, der *Superintendencia de Bancos y Otras Instituciones Financieras* (SUDEBAN) zufolge hat sich in den letzten zehn Jahren das

---

nikation und Nahrungsmittelindustrie werden seit 2008 immer häufiger durch Auslandsinvestitionen aus Ländern wie China, dem Iran und Brasilien ersetzt (Buerstedde 2009).

Geschäftsvolumen der lokalen Kreditwirtschaft nahezu versechsfacht (Engelhardt 2009). 2007 operierten auf dem venezolanischen Bankenmarkt 59 Kreditinstitute, wobei 49 Gesellschaften dem privaten Sektor zuzurechnen waren und die restlichen unter staatlicher Kontrolle standen. Führend im Privatkunden- und Geschäftskundenbereich sowie nach Kreditvolumen und Einlagen ist der Banco Banesco, dicht gefolgt von dem auch in der Versicherungsbranche und der Vermögensverwaltung tätigen Banco Mercantil. Erst dann folgen Banco Venezuela und BBVA Provincial. Der Anteil ausländischer Finanzgruppen am Kapital venezolanischer Banken ist mit einer Quote von unter 30% vergleichsweise gering.

Es wird davon ausgegangen, dass u.a. die massiv geförderten staatlichen Sozialprogramme zu einer spürbaren Erhöhung der Zahl konsumfreudiger und zahlungskräftiger Verbraucher sowie zu offiziell sinkenden Arbeitslosenquoten beigetragen haben. Die rapide Zunahme der verfügbaren Kredit- und Debitkarten bestätigt dabei die gewachsene Verbraucherbasis. Der private Konsum entwickelte sich somit zu einem der zentralen Wachstumsmotoren, von dem zwar alle Wirtschaftsbereiche profitierten, das Retailgeschäft<sup>17</sup> im Bankensektor aber sicherlich am meisten Gewinne schöpfen konnte. Zwischen 2003 und 2007 verzehnfachte sich das Kreditgeschäft, wobei die Konsumkredite und dabei jeweils der Bereich Autofinanzierung, Hypothekenkredite und das Geschäftsfeld der Mikrokredite den dynamischsten Teil ausmachten (Engelhardt 2009). Die Expansion der durch öffentliches Kapital kontrollierten Kreditinstitute hat zu einer Zunahme der kleinen und mittleren Banken und zeitgleich zu einem Dekonzentrationsprozess des venezolanischen Bankenmarktes geführt. Die vonseiten der Regierung Chávez zu beobachtenden Eingriffe in den Finanzsektor spiegeln den politischen Willen wider, den Einfluss auf die Dynamik der Branche gezielt auszubauen. Seit 2003 ist ein kontinuierlicher Anstieg des Marktanteils der staatlichen Banken (gegenwärtig über 22%) zu beobachten. Dies geht mit einer zunehmenden Allokation von staatlichem Kapital in öffentlichen Finanzhäusern einher.<sup>18</sup>

17 Alle Geschäftsbereiche, die unmittelbar mit Privatpersonen abgeschlossen werden: Kredite, Versicherungen, Kontoführung und Anlageninstrumente.

18 Im November/Dezember 2009 wurde ein Finanzskandal ungeheueren Ausmaßes aufgedeckt. Daraufhin wurden die drei Kreditinstitute Central Banco Universal, Banco Real und Baninvest unter staatliche Kontrolle und die vier Banken Canarias, Pro Vivienda, Bolívar und Confederado geschlossen. Den privaten Geldinstituten werden massive Unregelmäßigkeiten sowie illegale Finanzgeschäfte zur Last gelegt. Die eingeleiteten Ermittlungen erstrecken sich auch auf staatliche Funktionäre, die größere Geldsummen in



Angesichts einer Steigerung der öffentlichen Verschuldung einschließlich der Verschuldung der PDVSA von ca. 32,5 Mrd. US-\$ im Jahr 1998 auf 95 Mrd. US-\$ Anfang 2010 verspricht das Geschäft mit den öffentlichen Schulden ein weiterer lukrativer Bereich zu sein. Hier sind insbesondere Insiderwissen über genaue Konditionen der Schuldschein-Ausgaben bzw. Versteigerungen und zu erwartendes Marktverhalten Garantien für schnelle Erträge (Guerra 2006: o.S.; *Wirtschaftsnachrichten Venezuela*, 28.01.2010).

Ähnlich wie der gesamte Bausektor, der von den steigenden Staatsausgaben für den Ausbau öffentlicher Infrastruktur profitiert, konnten aber auch Händler und Unternehmer, die beispielsweise im Bereich des Vertriebs und der Zulieferung von subventionierten Lebensmitteln für das staatliche Lebensmittelversorgungssystem "Mercal" oder der Versorgung von staatlichen Einrichtungen mit technischer Ausstattung und Mobiliar tätig sind, in den letzten Jahren enorme Gewinne einfahren (Guerra 2006: o.S.). Zu den Profiteuren zählen dabei aber auch durchaus all jene öffentlichen Angestellten, die für die staatliche Auftragsvergabe und Abwicklung eben dieser Geschäfte verantwortlich zeichnen.

Die hohen Erdöleinnahmen der letzten Jahre und eine expansive staatliche Ausgabenpolitik sowie das gestiegene Konsumverhalten haben somit binnen weniger Jahre das Entstehen einer neuen, schnell zu Reichtum gekommenen Gesellschaftsschicht befördert. Diesem neuen gesellschaftlichen Segment sind insbesondere hochrangige Regierungsmitglieder, Militärangehörige und verschiedenste Unternehmer zuzurechnen. Diese von Kritikern mit Verweis auf die "Bolivarische Revolution" alltagssprachlich als "boliburguesía" titulierten Neureichen praktizieren ein exzessives und exquisites Konsumverhalten.<sup>19</sup>

---

die betroffenen Banken investiert und beiseitegeschafft haben sollen. Die Bankenaffäre hatte zudem den Rücktritt des Ministers für Wissenschaft und Technologie, Jesse Chacón, zur Folge. Gegen dessen Bruder und mehrere weitere hochrangige Banker war im Vorfeld ein Haftbefehl wegen krimineller Machenschaften ausgestellt worden. Seit dem 21. Dezember 2009 sind auch die Finanzinstitute Central Banco Universal, Confederado und Banco Real gemeinsam mit dem staatlichen Banfoandes zum "Banco Bicentenario" zusammengeschlossen worden. Der "Banco Bicentenario" verfügt somit über knapp 10% der gesamten Spareinlagen des Landes (ABN, 07.12.2009).

- 19 So verzeichnete beispielsweise die Kfz-Branche 2007 ein Rekordjahr, was sicherlich auch mit der allgemein gestiegenen Kaufkraft zusammenhängt. In diesem Kontext fällt aber besonders ins Auge, dass in den letzten Jahren die luxuriösen Automobilmarken einen überproportional hohen Absatz erfahren haben und ausländische Marken wie beispielsweise BMW, Mercedes-Benz und Hummer Wartelisten von mehreren Monaten bis zu einem Jahr hatten. Zum inoffiziellen Markenzeichen der neuen ökonomischen und politischen Eliten ist in den letzten Jahren der Hummer avanciert. 2007 bestätigte General

Geschäftstüchtige Unternehmer aller Couleur, die sich früh mit der Regierung verständigt und insbesondere in der Phase des Generalstreiks 2002/2003 ihre Unterstützung angeboten haben, trugen maßgeblich dazu bei, dass der Streik gegen den Export von Erdöl scheiterte. Im Gegenzug wurden sie bei der Vergabe von gewinnbringenden Aufträgen bevorzugt und avancierten bis heute zu den wichtigsten Zulieferern, Frachtunternehmern etc. der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA. Im Nachklang des gescheiterten Putschversuchs 2002 sowie dem Unternehmerstreik 2002/2003 setzte die Regierung in zahlreichen erdölabhängigen Wirtschaftsbereichen einen Wechsel der Unternehmensführungen durch – so beispielsweise auch in der petrochemischen Unternehmensgruppe Venoco, in der nach 2002 neue Besitzer firmierten, die auch in anderen Bohrgerätezuliefer-/Erdölzuliefer-Unternehmen und weiteren Branchen Anteilseigner sind. Darüber hinaus fällt auf, dass viele der heute einflussreichen Geschäftsleute gleichzeitig Führungsfunktionen im Bankensektor bekleiden sowie Anteile an großen Firmen der Schlüsselindustrien und der Medienbranche erworben haben. Über die präferentielle Behandlung bei der Einzahlung öffentlicher Gelder bzw. der Vergabe öffentlicher Aufträge können sie mit enormen Gewinnmargen rechnen.

Aber auch der traditionellen ökonomischen Elite zugehörige Familienunternehmen sowie Teile der Oberschicht arrangieren sich inzwischen mit der neuen Regierung und versuchen, von der gegenwärtigen Wirtschaftssituation zu profitieren. Voraussetzung ist allerdings, dass sie keinen konfrontativen Kurs gegenüber der Chávez-Regierung einschlagen. Zu den emblematischen Beispielen zählen die Traditionsunternehmen der Familie Mendoza (u.a. Empresas Polar) und der Familie Cisneros (u.a. Venevisión). Sowohl die Unternehmensgruppe Polar, das größte Nahrungsmittelunternehmen Venezuelas, als auch Subunternehmen der Cisneros-Gruppe hatten während des Generalstreiks 2002/2003 durch die Stilllegung von verschiedenen Produktionsanlagen zu Engpässen in der Lebensmittelversorgung beigetragen. Im Januar 2003 hatte die Regierung darauf mit der Räumung von verschiedenen Lagerbeständen der Empresas Polar durch die Nationalgarde reagiert (*abc.es*, 18.01.2003). 2005 wurde zudem ein Firmengelände im Bundesstaat Barinas wegen "Unternutzung" enteignet. Auch in den letzten Jahren wird der Polar-Gruppe wiederholt vorgeworfen, Preissteigerungen und Engpässe bei der Grundnahrungsmittelversorgung, insbesondere bei Reis und Mais-

---

Motors, dass über 3.000 Fahrzeuge dieses Typs importiert worden seien, um der großen Nachfrage entsprechen zu können.

mehl, zu provozieren. Dies führte zuletzt dazu, dass im Februar 2009 das zur Unternehmensgruppe Polar gehörende Reisverarbeitungsunternehmen Arroz Primor verstaatlicht wurde und Chávez mit weiteren Nationalisierungen droht (*noticias24*, 28.02.2009; 06.03.2009).

Strategisch bedeutend klüger verhielt sich hingegen der Medien- und Telekommunikations-Tycoon Gustavo Cisneros mit seiner Unternehmensgruppe. Von 1998 bis 2004 zählte die Fernsehstation Venevisión, einer der wichtigsten Privatsender des Landes, zu den dezidiert regierungsfeindlichen Sendern und Cisneros selbst soll zu den Drahtziehern des Putsches gezählt haben (Arencibia/Alegre 2002).<sup>20</sup> Im Juni 2004 und somit im Vorfeld des Abberufungsreferendums scheint es im Rahmen eines unter der Vermittlung des Expräsidenten Jimmy Carter organisierten Treffens zu einer beidseitigen Aufkündigung des konfrontativen Kurses und einer Art politischem Stillhalteabkommen zwischen Cisneros und Chávez gekommen zu sein. Seitdem vermeidet es der Sender, konfliktive und regierungskritische Beiträge auszustrahlen und ersetzte die tagespolitischen Diskussionsrunden und Nachrichtensendungen durch Unterhaltungsprogramme. Im Vorfeld der Wahlen im Dezember 2006 wurde die neue Haltung des Senders offensichtlich, als der Regierung 84% der politischen Sendezeit und der Opposition lediglich 16% gewidmet wurden. Die Opposition warf Cisneros vor, sich Chávez gebeugt und sich selbst einen Maulkorb verpasst zu haben. Im Mai 2007 wurde die Sendelizenz von Venevisión für weitere fünf Jahre verlängert (*The New York Times*, 05.07.2007). Darüber hinaus wird spekuliert, dass Cisneros zusätzliche geschäftliche Vorteile aus dieser Einigung zieht, da Venevisión über Aufträge der Regierung angeblich mit Werbebuchungen staatlicher Institutionen versorgt werden soll (*Financial Times Deutschland*, 01.05.2008). Das Einvernehmen mit Repräsentanten der weiterhin einflussreichen traditionellen ökonomischen Eliten dient somit als probates Mittel, um sie, wenn auch nicht in das Regierungsvorhaben zu integrieren, so doch wenigstens politisch zu neutralisieren.

Die mittlerweile regelmäßige Ankündigung von vorher nicht öffentlich debattierten Regulierungen und Gesetzesmaßnahmen, die anhaltend hohe Inflation und immer stärkere Kontrolle privatwirtschaftlicher Initiativen sowie das alarmierende Maß an (Gewalt-)Kriminalität und das allgegenwärtige Gefühl der Unsicherheit haben in den letzten zehn Jahren eine geschätz-

---

20 Malte Daniljuk (2007: 99) verweist darauf, dass die herrschende Meinungs- und Informationsmacht der dominierenden privaten Medienanstalten dazu beitrug, den Putsch als *golpe mediático*, also medialen Putsch zu betiteln.

te Million Venezolaner veranlasst, das Land zu verlassen. Eine jüngst veröffentlichte Studie des internationalen Wirtschaftsinstituts *Latin American Economic System* gibt an, dass die Auswanderung von über 25-jährigen, hoch qualifizierten Arbeitnehmern in Länder der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) in den Jahren von 1990 bis 2007 um 216% zugenommen habe (*Newsweek*, 18.07.2009). Laut Medienberichten kaufen sich jene mit entsprechenden finanziellen Mitteln und Möglichkeiten auf der Suche nach Rückgewinnung der gewünscht hohen Lebensqualität vermehrt Grundstücke in Miami oder Panama City. Die Privatgeschäfte in Venezuela würden häufig nicht aufgegeben, sondern aus der Distanz kontrolliert und weitergeführt. Bereits 2007 sollen Venezolaner zu den eifrigsten Investoren in der Immobilienbranche in Panama gezählt haben (*aporrrea*, 07.02.2010; *Glgrou*, 24.03.2008).

Chávez hat aus den Ereignissen 2002 und 2003 sowie der tragenden Rolle der Medien bei dem Putsch seine Lehren gezogen und versucht seitdem, die alte etablierte Medienelite Schritt für Schritt zu verdrängen bzw. deren Einfluss zu begrenzen, indem Lizenzen nicht erneuert, Sendefrequenzen gesperrt, in der Folge Fernseh- und Rundfunkanstalten geschlossen werden (siehe auch den Beitrag von Cabrera/Silva Ferrer in diesem Band). Unter der Prämisse, das Frequenzspektrum zu demokratisieren sowie den Aufbau neuer Medien zu unterstützen, wird gleichzeitig die Einrichtung neuer Fernsehkanäle und Radioanstalten gefördert. Insbesondere in benachteiligten Stadtteilen erhöht sich in den letzten Jahren die Zahl an lokalen und kommunitären Initiativen der Alternativ- und Basismedien sprunghaft (Daniljuk 2007).

Regierungsfreundliche Unternehmer, die neu in die private Medienbranche einsteigen, können mit günstigen Rahmenbedingungen rechnen. Viele der neuen privaten Medien-*Youngsters* sind bekannte Unterstützer Chávez' oder gehören zu den regierungsfreundlichen Unternehmern, die bereits in anderen Branchen aktiv sind und nun auch im lukrativen Mediengeschäft Gewinne erzielen wollen.

Insbesondere in der privaten Printmedien-Branche versucht die Regierung, sich über Werbeaufträge politischen Einfluss und Loyalität zu sichern. Regierungsfreundliche Printmedien sollen in den letzten Jahren zwölf Mal so viele Regierungsinserate wie oppositionelle Medien erhalten haben (*The New York Times*, 27.05.2007). Auch diese Praxis stellt grundsätzlich nichts Neues dar, da es auch in der Vergangenheit üblich war, dass die Regierungen die Medien als politisches Sprachrohr benutzten. Eine neue Qualität

erreicht diese Einflusspolitik allerdings in Kombination mit der Verschärfung von Auflagen und der Verabschiedung von neuen Medien- und Pressegesetzen, wie beispielsweise das im Dezember 2004 verabschiedete "Gesetz für die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen", deren Auslegung sehr weit ausfallen kann. Wie Cisneros haben auch andere privatwirtschaftliche Medienanstalten, die vorher einen aggressiven Anti-Chávez-Diskurs führten, ihren konfrontativen Ton gegenüber der Regierung deutlich zurückgenommen und sich den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen pragmatisch oder opportunistisch angepasst. Nicht zuletzt, um von der aktuellen Liquidität der Regierung zu profitieren und den Staat als Anzeigenkunden zu gewinnen, verhalten sich viele private Medien mittlerweile ruhig. Schließlich versprechen die vielen offiziellen Werbekampagnen der "Bolivarischen Revolution" ein rentables Geschäft.

#### **6. Nebenblüten der Macht oder "cambiar todo sin cambiar nada"**

Der Regierungswechsel 1998 und die seither zu beobachtenden innergesellschaftlichen Machtverschiebungen eröffne(te)n insbesondere für diejenigen, die Zugang zum Epizentrum der Macht und den neuen politischen Akteuren hatten, eine Reihe von neuen Möglichkeiten und Chancen.

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sich wie in den Jahrzehnten zuvor die sozioökonomische und politische Dynamik weiterhin vor allem durch das Bestehen sozialer und ökonomischer Netzwerke auszeichnet, die auf informellen Formen des Regierens wie Patronage und Nepotismus beruhen. Diese Form der Sicherung politischer Loyalität und Versorgung bzw. Vorteilsbeschaffung von Familienangehörigen ist somit nichts, was die gegenwärtige politische Phase besonders auszeichnet. Vielmehr stellte dieser Usus insbesondere in Zeiten ökonomischer Prosperität und zur Verfügung stehender Verteilungsspielräume wie beispielsweise während der Erdölbonanza in den 1970er Jahren, schon immer eine – gesellschaftlich weitestgehend akzeptierte – Form individueller Bereicherung dar. Dass diese Politikmuster demokratische Transparenz und Kontrolle in hohem Maße unterlaufen, scheint in der öffentlichen Wahrnehmung zweitrangig zu sein. Da Chávez 1998 allerdings auch mit der Losung antrat, die Korruption und bestehenden Seilschaften der "IV. Republik" im Land zu bekämpfen bzw. zu zerschlagen und sowohl politische als auch ökonomische und soziale Teilhabe für alle Venezolaner – insbesondere der bisher ignorierten Bevölkerungsgruppen – gewährleisten zu wollen, muss er sich an diesen Aussagen messen lassen.

So sorgten laut Medienberichten die 2008 bei der Generalstaatsanwaltschaft eingereichten Anzeigen im Zusammenhang mit den von der Präsidentin der Nationalversammlung Cilia Flores gebilligten mehr als 40 Beschäftigungsverhältnissen von direkten und entfernteren Familienangehörigen für den massiven Vorwurf der Korruption und Vetternwirtschaft (*El Universal*, 09.07.2008; *YVKE Mundial*, 18.07.2008).

Im Bundesstaat Barinas wurden seit dem Inkrafttreten der *Ley de Tierras* im Jahr 2002 laut Medienberichten 400.000 ha von den landesweit insgesamt 2,3 Mio. enteigneten Hektar umverteilt (*El Mundo*, 20.04.2008). Offiziell verfügten zum damaligen Zeitpunkt 5% der Bevölkerung über 80% der fruchtbaren Agrar- und Weideflächen und die Regierung erklärte den Bundesstaat zu einem Modell "für einen ernstgemeinten sozialen Ausgleich" im Rahmen der "Bolivarischen Revolution". In diesem Zusammenhang existieren Vorwürfe, dass der Landbesitz der Familie Chávez in den vergangenen Jahren von einer zweistelligen Hektargröße auf eine mittlerweile Dreistellige angewachsen sein soll. Die jahrelange rechte Hand von Adán Chávez, der ehemalige Abgeordnete des PSUV und heutiger Dissident Wilmer Azuaje, reichte diesbezüglich im Frühjahr 2008 eine Klage bei der Nationalversammlung ein, die den Familienangehörigen Korruption und unrechtmäßigen Landerwerb zur Last legt (*El Universal*, 30.05.2008). Die Anhäufung von Ämtern, der Vorwurf von unrechtmäßigem Landerwerb sowie einzelne Korruptionsskandale im Zusammenhang mit dem Bau von öffentlichen Infrastruktureinrichtungen sorgen in dem Bundesstaat für immer mehr Unmut und den Vorwurf, die Chávez-Familie würde sich regional als Landesfürsten bzw. als *neue Oligarchie* aufführen.

## 7. Schlussbemerkungen: Elitenwechsel – aber wenig Neues?

Die Unabhängigkeit Venezuelas und die darauffolgenden Jahrzehnte beförderten die Konsolidierung des innergesellschaftlichen Machtgefüges und die Privilegiensicherung der traditionellen Eliten. Kennzeichnend, besonders für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, ist die enge Verflechtung von politischer und ökonomischer Macht. Trotz markanter politischen Veränderungen, d.h. dem Wechsel von militärischen Regimes hin zu demokratischen Regierungen im letzten Jahrhundert zeichnete sich die Konfiguration der venezolanischen Machtgruppen durch eine punktuelle Auffächerung, aber vor allem durch strukturelle Kontinuität aus. Insbesondere der direkte Zugriff auf die Erdölrente, aber auch die rentengestützte Ausweitung der öffentlichen Ausgaben beförderten den Aufstieg neuer ökonomischer Machtgruppen, ohne

jedoch die traditionellen Eliten zu verdrängen. Insofern markiert der Regierungsantritt von Hugo Chávez 1998 zweifelsfrei einen historischen Einschnitt, da mit der konsequenten Verdrängung der Repräsentanten des seit 1958 dominierenden Zweiparteiensystems von den Schaltzentralen der Macht ein systematischer politischer Elitenwechsel erfolgte. Zu den negativen Merkmalen der neuen politischen Machtgruppen, die sich vor allem aus einer hohen Zahl an Militärangehörigen zusammensetzt, zählt wie in den Jahrzehnten zuvor – allerdings unverhohlener – die Tendenz zur persönlichen Bereicherung über den direkten oder indirekten Zugriff auf die Renteneinnahmen. Bei der Neukonfiguration der ökonomischen Machtgruppen ist der schnelle Aufstieg von Akteuren auffällig, die zur neuen politischen Elite zählen. Über präferentielle Geschäftsbeziehungen und den direkten Zugang zu staatlichen Transfer- und Subventionsleistungen konnten diese im ökonomischen Kontext neuen Akteure in einem relativ kurzen Zeitraum große Gewinne verbuchen. Ideologischen Feindschaften zum Trotz versuchen Teile der auch weiterhin einflussreichen alten ökonomischen Machtgruppen seit 2002/2003, sich mit der Regierung zu arrangieren, um ihre traditionellen Vorteile weiterhin zu sichern.

Die subalternen Bevölkerungsgruppen haben vor allem von der Umsetzung der multidimensional ansetzenden Sozialprogramme und der staatlichen Transferleistungen graduell profitiert. Weisbrot/Ray/Sandoval weisen in ihrer Anfang 2009 veröffentlichten Studie daraufhin, dass offiziellen Angaben<sup>21</sup> zufolge während des letzten Jahrzehnts der Anteil der armen Haushalte um 39% und die extreme Armut um mehr als die Hälfte reduziert worden sei.<sup>22</sup> Zudem habe sich die Ungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten von 47 im Jahr 1999 auf 41 im Jahr 2008 verringert (Weisbrot/Ray/Sandoval 2009: 9ff.).

Personell hat ein Elitenwechsel stattgefunden; strukturell und gemessen an den eigenen politischen Postulaten sind nach über zehn Jahren Chávez-Regierung allerdings viele Kontinuitäten zu verzeichnen. So scheint die Rolle staatlicher Transfer- und Subventionsleistungen nicht als Übergangsmoment konzipiert zu sein, um strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen und Umverteilungsprozessen den Weg zu ebnen. Von oben droht sich erneut die Logik durchzusetzen, die Zugriffsmöglichkeiten auf staatliche Ressour-

---

21 Sicherlich ist die von den Autoren dargestellte Tendenz nicht falsch, allerdings ist es ratsam, die aufgeführten Indikatoren mit weiteren, insbesondere sofern vorhanden, nicht offiziellen Quellen zu kontrastieren.

22 Diese Angaben beziehen sich ausschließlich auf das tatsächliche Einkommen.

cen zur eigenen Bereicherung zu missbrauchen und sich darüber politische Loyalität zu sichern. Beide Elemente setzen den emanzipativen Prozessen innerhalb des venezolanischen Transformationsprojektes Grenzen und stehen dem Abbau struktureller gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsasymmetrien im Weg.

### Literaturverzeichnis

- abc.es*: “Chávez rechaza el actual Grupo de Amigos y viaja a Brasil para afinarlos”. In: <[www.abc.es/hemeroteca/historico-18-01-2003/abc/Internacional/chavez-rechaza-el-actual-grupo-de-amigos-y-viaja-a-brasil-para-afinarlo\\_156284.html](http://www.abc.es/hemeroteca/historico-18-01-2003/abc/Internacional/chavez-rechaza-el-actual-grupo-de-amigos-y-viaja-a-brasil-para-afinarlo_156284.html)> (18.01.2003).
- ABN (*Agencia Bolivariana de Noticias*): “Banco Bicentenario abrirá sus puertas el próximo 21 de diciembre”. In: <[www.abn.info.ve/noticia.php?articulo=210778&lee=3](http://www.abn.info.ve/noticia.php?articulo=210778&lee=3)> (07.12.2009).
- aporrea.org*: “Venezolanos en Panama”. In: <[www.aporrea.org/internacionales/a94734.html](http://www.aporrea.org/internacionales/a94734.html)> (07.02.2010).
- Arencibia, Fabiana/Alegre, Walter (2002): “Auf den Spuren des Putsches: Beweise für US-amerikanische Einmischung”. In: *Poonal*, 521 (<[www.npla.de/poonal/archiv/470#0](http://www.npla.de/poonal/archiv/470#0)>; 29.03.2011).
- Azzellini, Dario (2004): “Der Bolivarianische Prozess: Konstituierende Macht, Partizipation und Autonomie”. In: Kaltmeier, Olaf/Kastner, Jens/Tuider, Elisabeth (Hrsg.): *Neoliberalismus – Autonomie – Widerstand. Soziale Bewegungen in Lateinamerika*. Münster, S. 196-215.
- Boeckh, Andreas (1988): “Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela”. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 29, 4, S. 636-655.
- (1997): “Venezuela: Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes”. In: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen, S. 285-315.
- Boeckh, Andreas/Graf, Patricia (2005): “Der Comandante in seinem Labyrinth: Das bolivarianische Gedankengut von Hugo Chávez”. In: Boeckh, Andreas/Sevilla, Rafael (Hrsg.): *Venezuela – die bolivarianische Republik*. Bad Honnef, S. 81-105.
- Buerstedde, Peter (2009): “Wirtschaftstrends Venezuela Jahresmitte 2009”. In: *German Trade & Invest (gtai)*, Juli (<[www.gtai.de/fdb-SE,MKT200908118022,Google.html](http://www.gtai.de/fdb-SE,MKT200908118022,Google.html)>; 21.10.2009).
- Carlos Rey, Juan (1991): “La Democracia venezolana y la crisis del sistema populista de conciliación”. In: *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)*, 74, S. 533-578.
- Carvallo, Gastón/Hernández, Josefina (1981): “Dominación burguesa y democracia representativa en Venezuela. Apuntes para la evaluación de su funcionamiento”. In: *Revista Mexicana de Sociología*. México, D.F., 43, 2, S. 565-600.
- Coronil, Fernando (2002): *El Estado mágico – Naturaleza, dinero y modernidad en Venezuela, Caracas/Venezuela*. Venezuela.
- Daniljuk, Malte (2005): “Chávez mediale Offensive”. In: *Lateinamerika Nachrichten*, 372 (<[www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/610.html](http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/artikel/610.html)>; 29.03.2011).



- (2007): “Gestaltung einer neuen Medienpolitik”. In: Holm, Andrej (Hrsg.): *Revolution als Prozess*. Hamburg, S. 97-116.
- Der Spiegel* (11.12.1978): “Vom Gold verdorben”. In: *Der Spiegel*, 50, S. 193.
- Dryzek, John S./Dunleavy, Patrick (2009): *Theories of the Democratic State*. Hampshire/New York.
- Duno, Pedro (1975): *Los doce apóstoles: proceso a la degradación política*. Valencia.
- El Mundo*: “Los Chávez son los nuevos ricos”. In: *Crónica*, 653, suplemento de *El Mundo* (<[www.elmundo.es/suplementos/cronica/2008/653/1208642401.html](http://www.elmundo.es/suplementos/cronica/2008/653/1208642401.html)>; 20.04.2008).
- El País*: “El futuro de América Latina. Los chavistas desafían a Chávez. El presidente venezolano afronta críticas en su partido por el reparto del poder”. In: <[www.elpais.com/articulo/internacional/chavistas/desafian/Chavez/elpepiint/20080309elpepiint\\_1/Tes](http://www.elpais.com/articulo/internacional/chavistas/desafian/Chavez/elpepiint/20080309elpepiint_1/Tes)> (09.03.2008).
- El Universal*: “Contraloría halla desorden en gestión de gobernador Chávez”. In: <[www.eluniversal.com/2008/05/30/pol\\_art\\_contraloria-halla-de\\_883853.shtml](http://www.eluniversal.com/2008/05/30/pol_art_contraloria-halla-de_883853.shtml)> (30.05.2008).
- “Asamblea Nacional no investigará denuncias de ‘nepotismo’”. In: <[www.eluniversal.com/2008/07/09/pol\\_ava\\_asamblea-nacional-no\\_09A1783041.shtml](http://www.eluniversal.com/2008/07/09/pol_ava_asamblea-nacional-no_09A1783041.shtml)> (09.07.2008).
- “Futpv calcula que contrato costará BsF 9,4 millones”. In: <[www.eluniversal.com.ve/2009/11/13/eco\\_art\\_futpv-calcula-que-co\\_1652593.shtml](http://www.eluniversal.com.ve/2009/11/13/eco_art_futpv-calcula-que-co_1652593.shtml)> (13.11.2009).
- “Señalan contradicción entre recesión de la economía y repunte petrolero”. In: <[www.eluniversal.com/2009/11/18/eco\\_ava\\_senalan-contradiccio\\_18A3074491.shtml](http://www.eluniversal.com/2009/11/18/eco_ava_senalan-contradiccio_18A3074491.shtml)> (18.11.2009).
- Engelhardt, Rolf (2009): “Venezolanischer Bankenmarkt: Petrodollars beflügeln Bankengewinne”. In: *die bank, Zeitschrift für Bankpolitik und Praxis*, 2 (<[www.die-bank.de/finanzmarkt/petrodollars-beflugeln-bankengewinne](http://www.die-bank.de/finanzmarkt/petrodollars-beflugeln-bankengewinne)>; 30.09.2010).
- Espinasa, Ramón (2001): “El marco fiscal petrolero venezolano: evolución y propuestas”. In: Valecillos, Héctor/Bello, Omar: *La economía contemporánea de Venezuela 1990-1999. Ensayos escogidos*. Caracas.
- Financial Times Deutschland* (01.05.2008): “Gustavo Cisneros – verstummter Ankläger”. In: <[www.ftd.de/karriere-management/management/portraet-gustavo-cisneros-verstummter-anklaeger/350159.html](http://www.ftd.de/karriere-management/management/portraet-gustavo-cisneros-verstummter-anklaeger/350159.html)> (30.09.2009).
- Gerdes, Claudia (1992): *Eliten und Fortschritt: Zur Geschichte der Lebensstile in Venezuela 1908-1958*. Frankfurt am Main.
- Glgrou – Gerson Lehrman Group: “The Hummer Revolución: Venezuela’s Affluent Class Revs up Spending”. In: <[www.glgrou.com/News/The-Hummer-Revoluci%C3%B3n--Venezuelas-affluent-class-revs-up-spending-22842.html](http://www.glgrou.com/News/The-Hummer-Revoluci%C3%B3n--Venezuelas-affluent-class-revs-up-spending-22842.html)> (31.09.2010).
- Guerra, José (2006): “Los negocios de la boliburguesía”. In: <[www.analitica.com/va/economia/opinion/7117978.asp](http://www.analitica.com/va/economia/opinion/7117978.asp)> (29.03.2011).
- Hofmeister, Wilhelm (2007): “Las elites en América Latina: un comentario desde la perspectiva de la cooperación para el desarrollo”. In: Birle, Peter/Hofmeister, Wilhelm/Maihold, Günther/Pothast, Barbara (Hrsg.): *Elites en América Latina*. Madrid/Frankfurt am Main, S. 125-135.

- Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hrsg.) (2003): *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*. Opladen.
- Karl, Terry Lynn (1987): "Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela". In: *Latin American Research Review*, 22, 1, S. 63-94.
- (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley/Los Angeles.
- Lacabana, Miguel (2006): "Petróleo y hegemonía en Venezuela. La construcción de un proyecto nacional democrático-popular en el siglo XXI". In: Basualdo, Eduardo M./Arceo, Enrique: *Neoliberalismo y sectores dominantes. Tendencias globales y experiencias nacionales*. Buenos Aires: CLACSO (<[www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/basua/C10Lacabana.pdf](http://www.bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/basua/C10Lacabana.pdf)>; 29.03.2011).
- Lambert, Tobias (2008): "Provisorische Parteigründung. Vereinte Sozialistische Partei Venezuelas aus der Taufe gehoben". In: *Lateinamerika Nachrichten*, 406, S. 14-16.
- Levine, Daniel (1978): "Venezuela Since 1958: The Consolidation of Democratic Politics". In: Linz, Juan S./Stephan, Alfred (Hrsg.): *The Breakdown of Democratic Regimes: Latin America*. Baltimore, S. 223-251.
- Levine, Daniel H./Crisp, Brian F. (1999): "Venezuela: The Character, Crisis, and Possible Future of Democracy". In: Diamond, Larry/Hartlyn, Jonathan/Linz, Juan J./Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Democracy in Developing Countries. Latin America*. London, S. 366-428.
- López Maya, Margarita (2006): *Del Viernes negro al Referendo Revocatorio*. Caracas.
- Machado de Acedo, Clemy/Plaza, Elena/Pacheco, Emilio (1981): *Estado y grupos económicos en Venezuela. Su análisis a través de la tierra, construcción y banca*. Caracas.
- Mommer, Bernard (1985): "La cuestión petrolera". In: *Boletín americanista*, 35, S. 191-221. (<[www.raco.cat/index.php/BoletinAmericanista/article/view/98456/146081](http://www.raco.cat/index.php/BoletinAmericanista/article/view/98456/146081)>; 29.03.2011).
- (2003): "Petróleo subversivo". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *La política venezolana en la época de Chávez. Clases, polarización y conflicto*. Caracas, S. 167-185.
- Naím, Moisés (1993): *Paper Tigers and Minotaurs: The Politics of Venezuela's Economic Reforms*. Washington, D.C.
- Newsweek* (18.07.2009): "Brain Drain. After a Decade of 21st-Century Socialism, the Chief Export of Venezuela and its Allies Seems to be the Intelligentsia". In: <[www.newsweek.com/id/207382/page/1](http://www.newsweek.com/id/207382/page/1)> (31.11.2009).
- Norden, Deborah L. (2003): "Democracy in Uniform: Chávez and the Venezuelan Armed Forces". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era: Class Polarization & Conflict*. Colorado/London, S. 93-112.
- noticias24: "El gobierno toma la primera arrocera: 'Primor', de Empresas Polar". In: <[www.noticias24.com/actualidad/noticia/25445/el-gobierno-toma-la-primera-arrocera-primor-de-empresas-polar/](http://www.noticias24.com/actualidad/noticia/25445/el-gobierno-toma-la-primera-arrocera-primor-de-empresas-polar/)> (28.02.2009).
- "Mendoza, si sigues mamando gallo te voy a quitar todita la Polar". In: <[www.noticias24.com/actualidad/noticia/25897/por-mas-sangre-azul-que-sea-mendoza-si-sigue-le-quitara-toda-la-polar/](http://www.noticias24.com/actualidad/noticia/25897/por-mas-sangre-azul-que-sea-mendoza-si-sigue-le-quitara-toda-la-polar/)> (06.03.2009).
- Ortiz, Nelson (2004): "Entrepreneurs: Profits Without Power". In: McCoy, Jennifer L./Myers, David J. (Hrsg.): *The Unraveling of Representative Democracy in Baltimore*. Baltimore, S. 71-92.
- Petkoff, Teodoro (2008): Interview (Petkoff-Losada) am 8. Oktober 2008. Caracas.

- Pino Iturrieta, Elías/Méndez, Rosalba (1988): *Juan Vicente Gómez y su época*. Caracas.
- Rangel, Domingo Alberto (1972): *La oligarquía del dinero*. Caracas.
- Schaeffler, Klaus: *Wirtschaftsnachrichten Venezuela* (28.01.2010).
- Soitu.es: “La elección de la directiva del PSUV registró una participación electoral de 67 por ciento”. In: <[www.soitu.es/soitu/2008/03/09/info/1205099317\\_305767.html](http://www.soitu.es/soitu/2008/03/09/info/1205099317_305767.html)> (09.03.2008).
- Sonntag, Heinz (1984): “Estado y desarrollo sociopolítico en Venezuela”. In: *Revista Cuadernos del Cendes*, 4. Caracas, S. 13-66.
- Spiegel online international: “Venezuelan State Elections: Pressure Mounts for Entire Chavez Clan”. In: <[www.spiegel.de/international/world/0,1518,591712,00.html](http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,591712,00.html)> (20.11.2008).
- The New York Times: “Media Mogul Learns to Live with Chávez”. In: <[www.nytimes.com/2007/07/05/world/americas/05venez.html?\\_r=3&n=Top/News/World/Countries%20and%20Territories/Venezuela&oref=slogin](http://www.nytimes.com/2007/07/05/world/americas/05venez.html?_r=3&n=Top/News/World/Countries%20and%20Territories/Venezuela&oref=slogin)> (05.07.2007).
- Trinkunas, Harold A. (2004): “The Military, From Marginalization to Center Stage”. In: McCoy, Jennifer L./Myers, David J. (Hrsg.): *The Unraveling of Representative Democracy in Venezuela*. Baltimore, S. 50-70.
- Urbaneja, Diego Bautista (1995): *Pueblo y Petróleo en la Política Venezolana del siglo XX*. Caracas.
- Villasmil Bond, Ricardo (2005): *Lecciones aprendidas de política económica en Venezuela: 1936-2004*. Caracas.
- Waldmann, Peter (2007): “Algunas observaciones y reflexiones críticas sobre el concepto de elite(s)”. In: Birle, Peter/Hofmeister, Wilhelm/Maihold, Günther/Potthast, Barbara (Hrsg.): *Elites en América Latina*. Madrid/Frankfurt am Main, S. 9-30.
- Weisbrot, Marc/Ray, Rebecca/Sandoval, Luis (2009): *The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators*. Washington, D.C.
- Welsch, Friedrich/Carrasquero, José Vicente (2001): *Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo* (Ibero-Analysen, 7). In: <[www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen%20Heft%207.pdf](http://www.iai.spk-berlin.de/fileadmin/dokumentenbibliothek/Ibero-Analysen/Ibero-Analysen%20Heft%207.pdf)> (29.03.2011).
- Werz, Nikolaus (2009): *Venezuela: Das Ölland in der Wirtschaftskrise* (Nueva Sociedad Sonderheft, Oktober) (<[www.nuso.org/upload/deutsch/2009/Werz.pdf](http://www.nuso.org/upload/deutsch/2009/Werz.pdf)>; 29.03.2011).
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power*. London.
- YVKE mundial: “PSUV expulsa a Henry Falcón, Wilmer Azuaje, Wilmer Pérez y Luis Díaz”. In: <[www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?5401](http://www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?5401)> (30.04.2008).
- “Colegio de periodistas usado como ‘punta de lanza opositora’ en denuncias contra AN”. In: <[www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?t=8035&imprimir=1](http://www.radiomundial.com.ve/yvke/noticia.php?t=8035&imprimir=1)> (18.07.2008).
- Zeuske, Michael (2008): *Von Bolívar zu Chávez: Die Geschichte Venezuelas*. Zürich.



Hernán Castillo

## Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft

In Venezuela führt das Thema des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Militär traditionell zu Polemik. Die Kontroverse ist vielgestaltigen Ursprungs, kann aber auf die politische Rolle des Militärs beim Staatsaufbau und in der Gesellschaft kondensiert werden. Venezolanische (Castillo 2003: 73-104) und andere Autoren (Irwin 2003a: 149-224) haben verschiedene Ansätze zum Studium der gesellschaftlich-militärischen Beziehungen entwickelt, die meist jüngeren Datums und nicht so zahlreich sind wie in anderen Ländern Lateinamerikas, insbesondere denen des Südens.

Man kann einige Gründe dafür anführen, dass venezolanische Forscher – mit einigen Ausnahmen – sich den Themen des zivil-militärischen Verhältnisses, der strategischen Ansätze und der Sicherheit und Verteidigung so wenig gewidmet haben. Letztlich war es die banale Ansicht, die venezolanische Demokratie sei trotz ihrer Probleme politisch stabil und mit ausreichenden Mitteln und Ressourcen ausgestattet; militärische Erhebungen im ausgehenden 20. Jahrhundert seien mithin zum Scheitern verurteilt. So fanden die strategischen Probleme, die Demokratie und insbesondere die zivil-militärischen Beziehungen in den Sozialwissenschaften kein besonderes Interesse; jedenfalls genossen diese Themen keine Priorität, solange sie nicht kritisch wurden. Erst in der zweiten Regierung von Carlos Andrés Pérez (1989-1993) und insbesondere seit den Ereignissen vom Februar 1989 (Guardia 2005: 139)<sup>1</sup> sowie den Erhebungen vom 4. Februar und 27. November 1992 (Guardia/Olivieri 2005: 109)<sup>2</sup> erwachte erneutes Interesse für diesen Bereich, das wegen dessen Bedeutung für die Demokratie ständig zunahm. Seitdem haben sich auch jüngere Forscher dem Thema verstärkt und aus einer interdisziplinären Perspektive zugewandt (Castillo 2001).

---

1 Im Februar 1989 kam es zum “Caracazo” bzw. “Sacudón” (Erschütterung) (siehe dazu den Beitrag von Margarita López Maya in diesem Band).

2 Beide Putschistengruppen führten die Glaubwürdigkeitskrise der Parteien, die sozialen Lasten im Gefolge des Anpassungsprogramms 1989-1992, die Korruption und die Gefährdung des Lebensstandards der Mittelschichten und damit auch des Militärs als Gründe für ihre Auflehnung an.

In der Vergangenheit dominierte in den Studien zum Verhältnis zwischen Militär, Gesellschaft und Staat in Venezuela ein Ansatz, in dem strategisches Denken sowie Sicherheit und Verteidigung als Politikfeld betrachtet werden (Romero 1980). Studien dieser Art sind wertvolle Beiträge zur Entwicklung einer Bürgergesellschaft, in der das Militär tatsächlich einer wirksamen zivilen Aufsicht unterstellt ist. Sie sind in einer Gesellschaft umso wichtiger, als man diese Themen tabuisierte, für brenzlich hielt und den Militärs selbst überließ. Interessierte Forscher setzten sich Risiken aus; Veröffentlichungen zu dem Bereich erforderten besonderen Mut, auch wenn sie noch so akademisch waren, denn alle Informationen dazu galten als Staatsgeheimnisse (Rey 1981: 14-16).

Das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär in institutionell unterentwickelten Demokratien wie denen Lateinamerikas und damit auch Venezuelas kann dramatische Wendungen erfahren und die Rolle des Militärs in Gesellschaft und Staat ist weder historisch noch politisch geklärt. In seiner umfassenden Studie zur historischen Entwicklung und politischen Rolle des Militärs in den lateinamerikanischen Gesellschaften, die sich über die Spanne zwischen der Kolonialzeit und dem Ende des 20. Jahrhunderts erstreckt, kommt Brian Loveman (1999) zu diesem Schluss; bedauerlicherweise kommt Venezuela darin zu kurz.

Im Falle Venezuelas begründet Straka den Prätorianismus, d.h. die übermäßige Einmischung des Militärs die Politik wie folgt:

Der Prätorianismus geht von der Überzeugung aus, die Armee müsse das Vaterland zur Größe führen. Nicht, wie López erklärte, durch die Sicherung des Friedens, damit die Wirtschaft blühen konnte und Recht und Institutionen bewahrt wurden, sondern durch direkte Einmischung bis hin zum Diktat von Gesetzen. Indem es Ordnung schaffte, wo die Gesellschaft sich dazu als unfähig erwies, durch Usurpation ihrer Funktionen. Jedoch nicht wie in Japan vom Krieg gegen China bis Hiroshima, einer Zeit, in der alle und jeder eine Uniform trug, sondern durch Fernsteuerung aus den Kasernen heraus. Durch die Verknüpfung der modernen Armee mit der Tradition der Väter des Vaterlandes entstand eine Doktrin, die sich López Contreras<sup>3</sup> vernünftigen Intentionen weitgehend zu entziehen vermochte (Straka 2003: 38-39).

Der Prätorianismus wurzelt also in der herausragenden Rolle des Heeres in den Befreiungskriegen und der Staatsbildung. Gene Bigler, einer der frühen

---

3 General Eleazar López Contreras leitete nach dem Ende der langjährigen Diktatur von General Gómez (1908-1936) einen kontrollierten Übergang zu einer Demokratie mit stark eingeschränktem Wahlrecht und zugleich zu einer mehr institutionalisierten Form der Herrschaft mit deutlich reduzierten prätorianischen Zügen ein. Er regierte von 1936-1941 (Andreas Boeckh).

ausländischen Autoren zum Thema Militär und Gesellschaft, beschreibt die Herausbildung und Konsolidation eines neuen Musters des Verhältnisses nach dem Sturz der Pérez-Jiménez-Diktatur im Jahre 1958, das sich durch zwei Elemente auszeichnet, nämlich die Professionalisierung des Militärs und das gesellschaftspolitische Umfeld, in dem es agierte. Bigler (1981: 85-142; 1982: 175-196) zählt fünf Faktoren auf, auf die sich die Institutionalisierung der zivilen Aufsicht über das Militär gründet:

- die antimilitaristische Kultur der Bevölkerung;
- die tiefe Spaltung der Militärs;
- der Zusammenhalt der Eliten und ihr Prestige im Gegensatz zum Versagen der Militärs in der Staatsführung;
- den Pakt von Punto Fijo und die der Verfassung von 1961 zugrundeliegende Staatsauffassung, in der die prätorianische Option keinen Platz hatte;
- und schließlich die Bedrohung durch die kubanische Revolution und deren Unterstützung der kommunistischen Subversion.

Aus diesen Grundlagen erwuchsen die Loyalität des Militärs gegenüber dem gerade begonnenen demokratischen Experiment und der Verfassung von 1961 und ihre neue Rolle im Staat. Bigler weist aber auch auf vier Spannungs- und Konfliktfelder im Verhältnis von Gesellschaft und Militär hin:

- die Frage der Landesgrenze und das Vetorecht des Militärs in diesem Bereich;
- die mangelnde Aufsicht der gesellschaftlichen Institutionen und der öffentlichen Meinung in Fragen der Sicherheit und Verteidigung sowie des Militärbetriebs;
- die Wiederherstellung der politischen Rechte der Militärs;
- die Besoldung.

Die von Bigler angeführten Merkmale trugen zwar dazu bei, das Militär in den demokratischen Rahmen einzubinden, waren aber nicht gleichbedeutend mit einer wirksamen Aufsicht über die Streitkräfte. Die hat es in der Geschichte Venezuelas nicht gegeben und es wäre politisch naiv, eine solche für die demokratische Phase anzunehmen.

Wenn aber in Venezuela das Militär zu keinem Zeitpunkt einer wirklichen zivilen Kontrolle unterstanden hat, was hat dann dazu geführt, dass sie das demokratische politische Projekt unterstützten?

Erstens sind die von Bigler aufgeführten Elemente Bestandteil des herrschenden Diskurses zur Erklärung des institutionellen Verhaltens der Militärs in der Demokratie und der angeblichen zivilen Aufsicht, jedoch keine Belege für deren effektives Funktionieren, wie ich noch zeigen werde. Zweitens ist zu bemerken, dass diese Faktoren in den Jahren der castrokommunistisch inspirierten Subversion dazu beitrugen, die Militärs in das neue politische System zu integrieren. Aber es ist auch darauf hinzuweisen, dass dieser Erfolg und die Unterstützung des Militärs beim Aufbau der Demokratie nicht gleichbedeutend mit einer wirklichen, politisch institutionalisierten zivilen Kontrolle des Militärs sind.

In Biglers Analyse ist der entscheidende Aspekt einer tatsächlichen zivilen Aufsicht über das Militär die Ausrottung aller Erscheinungsformen des Prätorianismus im politischen System. Das erfolgreiche Eingreifen des Militärs in die Auseinandersetzung mit den bewaffneten Aufständischen der sechziger Jahre hat demgegenüber die systemkonforme politische Intervention der Militärs sogar noch gefördert.

Nochmals: In einer Demokratie geht die Unterstellung des Militärs unter zivile Aufsicht mit der Beseitigung des Prätorianismus einher, dem Vorrang der Zivilgesellschaft vor dem Militär. Das ist in Venezuela bisher nicht gelungen, weil ohnmächtige Institutionen, schwache Organisationen der Zivilgesellschaft, ein überdimensioniertes Militär und eine wenig entwickelte politische Kultur<sup>4</sup> prätorianischen Versuchungen Vorschub leisten (Finer 1969: 221); Bigler und andere berücksichtigen diese Aspekte nicht hinreichend.

An dieser Stelle komme ich darauf zurück, dass Biglers Elemente und Faktoren aus den folgenden Gründen keine hinreichenden Bedingungen für eine effektive Kontrolle des Militärs durch die Gesellschaft sein können:

1. Die Technisierung vieler militärischer Bereiche ist nicht gleichzusetzen mit einer Professionalisierung, sondern eher mit einer Fachorientierung als Antwort auf veränderte Bedrohungsszenarien. Sie führte auch zu mehr Privilegien, mehr Immunität und mehr politischer Macht der Militärs: Prätorianisierung statt Professionalisierung.
2. Der prätorianische Flügel der venezolanischen Streitkräfte verlor nach dem Scheitern der Militärdiktatur 1948-1958 an Bedeutung, was den

---

4 Im Sinne des von Finer in seinem Modell des zivil-militärischen Verhältnisses verwendeten Begriffs ist zivile Regierbarkeit dann möglich, wenn dem Militär Autonomie und institutionelle Immunität zugesichert werden, d.h. die Legitimität der zivilen Organe ist wichtig, erfasst aber nicht das Militär.



professionell orientierten Flügel stärkte, aber beide hatten keine andere Wahl, als das demokratische Projekt zu Beginn der sechziger Jahre zu unterstützen und sich der gemeinsamen Bedrohung durch die kommunistische Guerilla entgegenzustellen. Dass nach 1958 alle militärischen Rebellionen scheiterten, kann man dahingehend interpretieren, dass die Putschisten weder die historischen Gegebenheiten des Landes noch die hohen politischen Kosten ihres Scheiterns einzuschätzen vermochten. Es vergingen über 30 Jahre, vom "Porteñazo" 1962<sup>5</sup> zum "Caracazo" 1989, bis sich wieder wirtschaftliche und soziale Gegebenheiten einstellten, die die militärischen Erhebungen vom Februar und November 1992 förderten.

3. Die antimilitaristische Einstellung der venezolanischen Gesellschaft, unter anderem zurückzuführen auf das Scheitern der Militärs in der Staatsführung und ihr traditionell repressives Agieren, bedeutet noch keine zivile Kontrolle über das Militär, auch wenn sie sich als kulturelle Barriere gegen putschistische Bestrebungen erweisen kann.
4. Die zivile Führung hat es trotz ihres Prestiges und ihrer Gemeinsamkeiten hinsichtlich des demokratischen Projekts nicht verstanden, den politischen Institutionen, z.B. dem Parlament, hinreichende und effektive Kontrollfunktionen über das Militär in die Hand zu geben und diese in der Verfassung und im Rechtssystem zu verankern; im Gegenteil, sie integrierten die Militärs in den politischen Machtapparat (Castillo 1998).
5. Schließlich kann auch die Verfassungstreue des Militärs nicht ohne weiteres mit seiner tatsächlichen Unterstellung unter die zivile Gewalt gleichgesetzt werden. In diesem Sinne kannte die 1961er Verfassung keine besonderen Aufsichtsrechte über das Militär. Wenn das Militär diese Verfassung auch respektierte, muss dies kein Beleg für militärische Professionalität sein; so kann sie z.B. von prätorianischen Militärs aus opportunistischen Gründen verteidigt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Studien nordamerikanischer Politologen über Venezuela, darunter die Biglers, die tieferen geschichtlichen Beweggründe nur ungenügend beachten, z.B. das prätorianische Erbe der venezolanischen Militärs, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchdringt. Das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär ist vielschichtiger und enthält Aspekte, die ans Licht befördert werden müssen.

---

5 Aufstand einer Marineeinheit in Puerto Cabello am 2. Juni 1962.

Hinsichtlich der zivilen Kontrolle des Militärs wurde dieses durch die Verfassung von 1961 dem Staatspräsidenten unterstellt und die Streitkräfte verwaltungsmäßig aufgespalten. Aber gleichzeitig sicherte die Verfassung dem Militär eine exzessive Autonomie und die Möglichkeit einer zum Missbrauch tendierenden Einmischung in die Politik. Die mit der zivilen Aufsicht betrauten Organe, darunter das Parlament, wurden neutralisiert und auf eher symbolische Funktionen reduziert, z.B. die Bestätigung von Beförderungen in den oberen Offiziersrängen. Unter diesem Aspekt verschlimmert die Verfassung der Bolivarischen Republik von 1999 die Situation noch, indem sie diese Funktion in die Hand des Staatspräsidenten legt.

Die prätorianische Bedrohung der Demokratie und Gesellschaft ist mit ihrem Auf und Ab historisch präsent geblieben und hat daher die Institutionalisierung der Unterstellung des Militärs unter zivile Gewalt verhindert. Trotz deutlicher Anzeichen antimilitaristischer Einstellungen in der Gesellschaft konnte die prätorianische Neigung weder in der politischen Kultur noch im militärischen Denken ausgemerzt werden. Schlimmer noch, der Prätorianismus wurde im demokratischen Venezuela durch Nachgiebigkeit, Toleranz, Unkenntnis und Nachlässigkeit der politischen Führung sogar noch gefördert, weil diese seine zerstörerischen Möglichkeiten gering schätzte.

Bezüglich der Machtstellung des Militärs in der venezolanischen Gesellschaft und insbesondere ihrer Eingriffe in die Politik sagt Irwin, dass diese im 20. Jahrhundert mit den folgenden Begriffen beschrieben werden könne: Wohngemeinschaft, Fusion, Entente, ungeschriebenes Abkommen, Symbiose, militärisch-ziviles Einverständnis, ausgehandelte, vermittelte und bedingte teilweise zivile Kontrolle des Militärs.

Die Militärs haben in diesem gegenseitigen Abkommen direkt oder indirekt Vorrang. Politisch drückt sich das so aus – und deshalb ist es auch ein politisch-militärisches Verhältnis – dass ein Militär, eine Gruppe Militärs oder das Militär insgesamt eine vorteilhafte oder gar dominante Stellung gegenüber der Zivilgesellschaft erlangen. Ergebnis dieser militärisch-zivilen und politisch-militärischen Symbiose ist das Scheitern einer wahrhaft zivilen Kontrolle über das Militär im 20. Jahrhundert. Die Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist es, die zivile Kontrolle in Venezuela zu konsolidieren. Die historische Tendenz läuft mittel- und langfristig auf verstärkte Professionalisierung des Militärs und auf die Schwächung ihres politischen Einflusses hinaus (Irwin 2000: 10).

Allerdings muss unterstrichen werden:

Zwischen der Regierung, den Reformparteien und den Militärs ergab sich eine Interessengemeinschaft gegen einen gemeinsamen Feind: die marxistisch-leninistische Guerilla, die von Fidel Castros Kuba aus logistisch unterstützt

wurde. Diese Situation stärkte den nordamerikanischen Einfluss, die Professionalisierung der venezolanischen Offiziere und trug dazu bei, die Dominanz der prätorianischen Offiziere zu neutralisieren. Zwischen 1958 und 1962 haben die Parteien und die Militärs ihre Einfluss- und Kompetenzbereiche abgesteckt. Die uralte Machtsymbiose von Militär und ziviler Gewalt tritt in eine neue Phase, aber sie endet nicht. Die traditionelle Militärpolitik findet neue Ausdrucksformen, wird weniger sichtbar, behält aber ihren Status als Machtfaktor (Irwin 2000: 98-99).

Es kommt mithin zu einem "Bündnis zwischen Gleichen", nicht aber ziviler Kontrolle oder gar Unterstellung unter Zivilgewalt. Die Neuordnung ist Ergebnis des Entgegenkommens der Zivilgesellschaft, des militärischen Erfolgs im Kampf gegen die Subversion, der Loyalität der Militärs gegenüber der Demokratie. So entstanden und etablierten sich institutionelle Privilegien, Autonomie, Immunität, Willkür und Einflussbereiche sowie Verwaltungs- und Bürokratiemonopole des Militärs.

Nach Jahren des Widerstands gegen die Pérez-Jiménez-Diktatur (1948-1958) etablierten sich die Parteien AD (*Acción Democrática*), COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) und anfangs auch URD (*Unión Republicana Democrática*) als Protagonisten der jungen Demokratie. Die Kommunistische Partei, die am Sturz der Diktatur großen Anteil hatte, wurde vom Punto-Fijo-Pakt ausgeschlossen, weil ihre Ideologie der Diktatur des Proletariats nicht mit demokratischen Prinzipien vereinbar war. Der Pakt von Punto Fijo, die Verfassung von 1961 und eine bedeutende Ölrente ermöglichten die Etablierung eines Zwei-Parteien-Systems, das stabil genug war, die offene Intervention der Militärs in die Politik, die vierzig Jahre (von 1958 bis 1998) dauerte, zu beenden. Als der Oberstleutnant Hugo Chávez die Präsidentschaftswahl gewann, setzte er sich für eine neue Verfassung ein, die 1999 in Kraft trat. Dennoch gab es auch in diesen vierzig Jahren einer starken Zwei-Parteien-Demokratie keine tatsächliche Unterstellung des Militärs unter die zivile Gewalt.

Die Führungseliten, insbesondere *Acción Democrática*, waren sich des politischen Gewichts der Militärs in der Geschichte Venezuelas durchaus bewusst, hatten sie doch im Untergrundkampf gegen die Diktatur Verfolgung, Gefängnis, Folterung, Tod und Exil am eigenen Leib erfahren und auch während ihrer dreijährigen Regierung 1945-1948 gelernt, dass die Militärs sich einer tatsächlichen Kontrolle durch Zivilisten nicht unterwarfen. Aber dennoch glaubten sie, die Situation in der Hand zu haben. Manchen ihrer Vertreter wird nachgesagt, sie hätten die Ansicht geteilt, dass man die Militärs ruhig stellt, indem man ihnen Wohnungen verschafft, Militärklubs

ausbaut und ihnen den Alkoholschmuggel nachsieht. In dieser Auffassung wird eine Geringschätzung gegenüber dem Militär deutlich, die sich im Verhältnis zwischen Gesellschaft und Militär als großer Fehler erwies.

Nach dem Sturz der Diktatur traf die politische Führung einige Maßnahmen, um das Militär zu unterwerfen, jedoch nicht zu steuern. In der beginnenden demokratischen Epoche übten die Militärs politische Macht nicht mehr so offen und direkt aus wie unter der Diktatur, sondern durch Erpressung der Zivilgesellschaft, wie im Rahmen der Analyse der "politischen Kultur zweiter Ordnung" Finers noch zu zeigen sein wird. Schlimmer noch ist, dass im neuen politischen System dem Militär die von Perlmutter und Nordlinger so bezeichnete Rolle eines Schiedsrichters der Demokratie überlassen wurde (Irwin 2003a).

Der Kampf gegen die Guerilla, um das Überleben der Demokratie zu sichern, verband angesichts der gemeinsamen Bedrohung die professionell orientierten Militärs mit den Prätorianern, schaffte aber auch gemeinsame Interessen, Verbindungen, Komplizenschaft und Bündnisse zwischen dem Militär insgesamt und der politischen Führung von AD und COPEI, die das Land regierte. "Die Militärs erhielten wirtschaftliche und Statusprivilegien als direkte Gegenleistung für die Verteidigung des demokratischen Systems, die sie dann bewahrten und sogar noch ausweiteten" (Irwin 2000: 17).

Diese Privilegien, die die Militärs bis heute bewahren, müssen abgeschafft werden, um eine tatsächliche zivile Kontrolle des Militärs zu sichern, ohne dabei ihre professionellen und institutionellen Funktionen zu berühren. In diesem Zusammenhang muss vor allem das Verteidigungsministerium "zivilisiert" werden. Nicht nur muss ein Zivilist zum Verteidigungsminister ernannt werden, sondern diese "Zivilisierung" sollte die gesamte administrative und bürokratische Sicherheits- und Verteidigungsstruktur erfassen. Die Verfassung von 1961 ermöglichte die Ernennung eines Zivilisten, aber erst nach Verabschiedung der Verfassung von 1999 wurde mit José Vicente Rangel der erste Zivilist Verteidigungsminister.

In den Demokratien, in denen die zivile Kontrolle funktioniert, müssen die Befehlshaber nicht unbedingt Militärs sein. Ebenso sollte der militärische Rechnungshof politisch geführt sein, insbesondere mit Blick auf Waffen- und Systemkauf, einer traditionellen Korruptionsquelle. Hier sollte das Parlament klare Eingriffsrechte haben. Außerdem sollte das Parlament weitreichende Kompetenzen zur Steuerung des Verteidigungshaushalts besitzen. In Venezuela ist die Verwaltung des Verteidigungshaushalts tabu, niemand hat Zugang. Alle mit der Verteidigung und Sicherheit verbundenen Ausgaben

sind geheim, allein der Staatspräsident als Oberkommandierender hat Zugriff auf die geheimen Staatsausgaben. In Venezuela gibt es keine institutionellen Vorgaben zur zivilen Kontrolle der Verteidigungsausgaben, sondern nur eine interne Aufsicht, die sich der öffentlichen Einsicht entzieht.

Ein weiteres Privileg, das die venezolanischen Militärs als Nebenprodukt des Kalten Krieges schrittweise zu konsolidieren vermochten, ist die Einstufung aller Informationen und Daten zur Sicherheit und Verteidigung als Verschlussachen, auch wenn sie noch so banal sind. Die venezolanische Gesetzgebung ist in dieser Hinsicht rückständig, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeiten, die das Internet bietet. Als Folge sind Studien zum zivil-militärischen Verhältnis, strategischen Denken und zur Sicherheit und Verteidigung fast ausschließlich den Militärs vorbehalten. Die Ausbildung ziviler Experten oder die Bildung interdisziplinärer Forschungsteams in diesem Bereich ist sehr schwierig. Das hat dazu geführt, dass das Militär z.B. in Fragen der Landesgrenzen eine Art Vetorecht bei staatlichen Entscheidungen besitzt. Damit nicht genug droht das Militär auch in andere Forschungs- und Studienbereiche einzudringen und sie zu monopolisieren, z.B. Terrorismus, Drogenhandel und Drogenguerilla.

Andererseits hatten sich die Militärs einige wichtige Posten in der öffentlichen Verwaltung gesichert, vor allem im Auswärtigen Amt und den Ministerien für Infrastruktur und Kommunikation. Nach dem Inkrafttreten der Verfassung von 1999 verbreiteten sich diese – den Militärs vorbehaltenen – Posten wie ein Krebsgeschwür; nahezu die gesamte öffentliche Verwaltung ist heute “militarisiert”. Offiziere aller Dienstränge besetzen wichtige Posten in der nationalen, regionalen und lokalen Verwaltung.

In den Jahren des Guerillakriegs bemühte sich die politische Führung, die Lebensbedingungen der Militärs zu verbessern, denn sie waren es schließlich, die die Gesellschaft und das politische System unter Einsatz ihres Lebens verteidigten. Mit der Zeit wurden sie zu einer privilegierten Kaste, deren Versorgung und Einkommen das der übrigen Universitätsabsolventen weit übertraf (Irwin 2000: 149-150). Unter der Verfassung der Bolivarischen Republik haben die Militärs z.B. ihre eigene Sozialversicherung und müssen sich nicht mit der allgemeinen des öffentlichen Dienstes begnügen.

Die Arbeitsweise der Nachrichtendienste unterlag, anders als in demokratischen Regierungen, dem freien Ermessen der Militärs. Es gab keinerlei zivile Aufsicht, Rechnungsprüfung, Kontrolle oder Eignungsanforderungen, nicht einmal Gesetze zur Regelung ihrer Funktion und Tätigkeit. Die Teil-

streitkräfte haben ihre eigenen Nachrichtendienste, die nach Belieben operieren; sie dringen in alle Bereiche des öffentlichen Lebens ein, ebenso wie in die Privatsphäre von Personen und Unternehmen. Gelegentlich gibt es Skandale wegen Übergriffen, wenn Nachrichten darüber in die Öffentlichkeit dringen. Diese Praxis begann als notwendiges Übel im Kampf gegen die Subversion unter den Regierungen Betancourt und Leoni und wurde später nie korrigiert.

Ein weiteres Privileg der Militärs ist ihre Unterstellung unter die Militärgerichtsbarkeit auch für von ihnen begangene zivile Straftaten, z.B. im Umgang mit öffentlichen Geldern, während Zivilisten im Gegenzug – meist aus politischen Gründen – vor Militärgerichte gestellt werden.

Schließlich ist auch die militärische Fachausbildung und die Vermittlung demokratischer Werte in den Militärakademien jeder zivilen Kontrolle entzogen: Studiengänge, Inhalte und Lernziele der Offiziersausbildung und zum Erwerb akademischer Grade unterliegen keinerlei Aufsicht von außen.

Der venezolanische Prätorianismus leitet sich aus der Aufrechterhaltung bestimmter Mythen in den Militärakademien und auch in der kulturellen Bildung allgemein ab, z.B. dem Mythos, demzufolge die Rolle der Streitkräfte in der Landesverteidigung, die Aufrechterhaltung der Demokratie eng verbunden sind mit dem Befreiungskampf Bolívars; in Wirklichkeit besteht da nicht der geringste Zusammenhang. Das von Gómez geschaffene Heer und die daraus hervorgegangenen Streitkräfte haben absolut nichts mit dem Heer des Befreiers zu tun (Irwin 1999: 31).

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chávez wurde den venezolanischen Militärs der kubanische Gruß auferlegt: *Patria, Socialismo o Muerte*/Vaterland, Sozialismus oder Tod. Angesichts solcher Bedingungen kann von einer Unterstellung des Militärs unter zivile Organe oder politische Kontrolle keine Rede sein. Wenn es nun aber in Venezuela keine zivile Kontrolle gegeben hat und gibt, wie hat sich das Verhältnis dann tatsächlich dargestellt? Die Antwort liegt in Finers (1969) Begriff von der "politischen Kultur zweiter Ordnung". In diesem System wird die Regierbarkeit dadurch gesichert, dass den Militärs volle Autonomie und Immunität gewährt wird. Die Legitimität der zivilen Staatsorgane ist wichtig, erstreckt sich aber nicht auf das Militär.

Die wichtigsten Aspekte der politischen Kultur zweiter Ordnung sind Erpressung und Kohabitation, Rivalität, Einschüchterung, Verweigerung der Zusammenarbeit bis hin zur Gewaltandrohung gegenüber zivilen Organen als Eingriffsformen der Militärs. Dabei sollte man Erpressung eher als Nötigung verstehen, die ja nicht unbedingt Gewaltanwendung beinhaltet, sondern eher auf psychologischen Druck zur Erlangung eines Entgegenkommens

setzt. Mit politischer Nötigung ist das zivil-militärische Verhältnis in Venezuela angemessen beschrieben, weil in diesem Begriff die Tatsache am besten zum Ausdruck kommt, dass das Militär in Venezuela sich auch ohne zivile Kontrolle im Rahmen der Verfassung und der Gesetze bewegt hat. Was Finer (1969) "eine politische Kultur erster Ordnung" nennt, zeichnet sich dadurch aus, dass die Legitimität der zivilen Gewalt jenseits des Zugriffs des Militärs besteht und dass deshalb das Militär nur über die institutionellen Kanäle des Systems Einfluss ausüben kann.

Wegen des Fehlens institutioneller Kanäle im politischen System, über die das Militär Einfluss ausüben könnte, sind in Venezuela die Bedingungen für eine Klassifizierung in der ersten Ordnung Finers nicht gegeben, denn heute gilt in weitaus größerem Umfang als früher, dass dem Militär allein der Staatspräsident als Einflusskanal offensteht. Deshalb hat es in Venezuela seit der Rebellion Castro Leons 1962 verschiedenartige Formen militärischer Aufstände gegeben, die sich nicht auf den Rückhalt der Streitkräfte insgesamt stützten und immer eine hohe Gewaltbereitschaft gegenüber der legitimen zivilen Staatsgewalt aufwiesen.

Zurück zu Finer: Er definiert eine politische Kultur dritter Ordnung dahingehend, dass dort die Legitimität der Regierung zwar wichtig, aber fließend und nicht entscheidend ist. Hier greift das Militär in die Politik ein, indem es nicht wie in der politischen Kultur zweiter Ordnung Zusammenarbeit verweigert, sondern schlicht die zivile Staatsgewalt nicht verteidigt oder gar gewaltsam gegen sie vorgeht bis hin zur Absetzung der Regierung. In einer politischen Kultur vierter Ordnung spielt die Legitimität keine Rolle; das Militär greift gewaltsam ein und ersetzt das zivile Regime, es ist die brutalste Form militärischen Eingriffs in die Politik.

Die Unterordnung des Militärs unter zivile Kontrolle erfordert militärischen Professionalismus, aber auch geteilte Werte und Vorstellungen über die Zukunft der Gesellschaft, nicht nur innerhalb der Streitkräfte als Institution, sondern auch bezogen auf jedes ihrer Mitglieder. Eine häufige, aber in schwach institutionalisierten Systemen wie dem venezolanischen auch gefährliche Form der Trennung zwischen Gesellschaft und Militärs besteht darin, dass die Letzteren individuell und kollektiv Theorien zu ihrer Rolle in der Entwicklung des Landes formulieren – insbesondere zur Staatssicherheit – mit dem Ziel, Eingriffe in die Politik zu rechtfertigen und Macht zu erlangen. Die Verfassung von 1999 enthält in Art. 328 ein höchst gefährliches politisches Virus, denn dort heißt es:

Die Streitkräfte sind ein Staatsorgan...vom Staat organisiert zur Sicherung der Unabhängigkeit und Souveränität der Nation sowie der Integrität ihrer Grenzen, mittels militärischer Verteidigung, Mitwirken bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und aktiver Beteiligung an der nationalen Entwicklung.

Anmerkung: Die folgenden zehn Absätze wurden von Friedrich Welsch im Namen der Herausgeber verfasst.

Der Verfassungsartikel 328, in dem die Streitkräfte und ihre Rolle in der Gesellschaft charakterisiert werden, zählt die Wahrung der inneren Sicherheit und die "aktive Beteiligung an der Entwicklung des Landes" ausdrücklich zu deren Aufgaben. Nach Ansicht des Verfassungsrechtlers Brewer-Carías, der als Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung an ihrer Erarbeitung mitgewirkt, sie dann aber nicht unterzeichnet hat, wird damit dem Autoritarismus Tür und Tor geöffnet. In seinem Kommentar zur Verfassung (Brewer-Carías 2000: 94f.) schreibt er:

[...] die Verfassung von 1999 offenbart einen ausgesprochen militaristischen Grundzug, der im Zusammenwirken mit dem Zentralismus und dem Präsidentialismus zum Autoritarismus führen kann. [...] In der Gesamtsicht entsteht ein militaristisches Konzept, das verfassungsrechtlich eine Neuerung darstellt, aber zur Vermachtung der Staatsverwaltung durch die Streitkräfte führen kann, denen die Verfassung selbst ja eine aktive Rolle bei der Entwicklung des Landes zuweist.

Córdova Jaimes (2006) bezeichnet dieses Konzept als "militärisch gestütztes bürokratisch-populistisches Modell".

Brewer-Carías' Vorahnungen wandelten sich rasch zum realen Bestandteil der bolivarianischen Revolution. Bereits im Jahr 2000 wurden die bestehende Sozialpolitik und deren Institutionen um eine unter militärischer Führung stehende Parallelstruktur ergänzt und auch teilweise ersetzt, die als "Plan Bolívar 2000" eingeführt wurde. Federführend für das Programm war das Verteidigungsministerium, das über die Stiftung "Proyecto País" für soziale Gerechtigkeit sorgen sollte. Die Umsetzung des Plans, die zeitweilig einen Großteil der logistischen Kapazität der Streitkräfte in Anspruch nahm, versank jedoch bald in einem Morast aus Korruption (Castillo 2002). Konkrete juristische Schritte gegen den damals verantwortlichen General wurden allerdings erst 2008 eingeleitet (*Noticias 24* 2008). Die Einbindung des Militärs in die Sozialpolitik wurde damit jedoch keineswegs aufgegeben. So wurde z.B. der für Schulspeisung, Kinderhorte, Altenpflege und Gemeinschaftsentwicklung zuständige Sozialfonds (*Fondo Único Social*) von Militärs geführt; die Einrichtung wurde später ebenfalls aufgelöst (*Gaceta Oficial* 2010).



Den aktiven Einsatz der Militärs für die gesellschaftliche Entwicklung kann man nur schwer beurteilen, weil der Grad der Erfüllung dieses Verfassungsauftrags von amtlichen Quellen eher verschleiert als transparent gemacht wird. Daher ist es auch nicht einfach, zwischen dem Entwicklungseinsatz der Militärs und der Militarisierung der Gesellschaft eine Grenze zu ziehen. Den Schwierigkeiten des Datenzugangs und ihrer Erfassung zum Trotz gibt es Hinweise verschiedener Beobachter, die sich zu einem Mosaik des militärischen Zugriffs auf die Schalthebel der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Macht fügen.

Die Nichtregierungsorganisation *Control Ciudadano*, die sich auf die Einhaltung der Menschenrechte und Transparenz in der Sicherheitspolitik spezialisiert hat, nennt die Zahl von 2.200 Offizieren der Streitkräfte im öffentlichen Dienst, von denen 200 leitende und 2.000 mittlere und nachgeordnete Positionen besetzen (San Miguel 2009). Die Zahl erscheint sehr hoch, wenn man bedenkt, dass das Offizierskorps der venezolanischen Streitkräfte 2007 bei einer Truppenstärke von etwa 92.000 insgesamt 10.200 Personen umfasste (Red de Seguridad y Defensa de América Latina 2007: 299), also etwa 11% der Gesamtstärke. Selbst wenn man annimmt, dass ein Gutteil der Militärs im öffentlichen Dienst ausgemusterte Offiziere sind, wäre die Abordnung von mehr oder weniger 1.000 Aktiven zur Erfüllung von Aufgaben im Zivildienst ein ungeheurer Aderlass, der sich negativ auf die Einsatzbereitschaft auswirken müsste. Zum Vergleich: Die Bundeswehr verfügt bei einer Truppenstärke von etwa 250.000 über etwa 39.000 Offiziere, das sind 16% der Gesamtstärke (Generalinspekteur 2010). Der vergleichsweise geringe Anteil von Offiziersrängen im venezolanischen Militär ist keine gute Voraussetzung dafür, diese aus ihrer Kernfunktion zu entfernen und zur Erfüllung ziviler Aufgaben abzustellen, es sei denn, die Konflikthypothese zielt mehr auf die innere Sicherheit als die nach außen.

Für eine konkrete innengerichtete Konflikthypothese im Rahmen des Verfassungsauftrags der Streitkräfte zur Wahrung der inneren Sicherheit finden sich keine amtlichen Quellen. Doch es spricht einiges dafür, dass es eine solche wenigstens implizit gibt. Dazu gehört das 2004 verabschiedete "Nationale Polizeigesetz", in dem Fachleute eine Tendenz zur vollständigen Militarisierung der Polizei und letztlich auch der Gesellschaft sehen (Gabalón 2007: 94). In dieselbe Richtung weist auch der Bericht zur Sicherheit in Venezuela und Bolivien der Abteilung "Öffentliche Sicherheit der Organisation Amerikanischer Staaten" (Pontón/Villacrés/Guevara). Die Autoren stellen fest, dass es sich bei den venezolanischen Polizeieinheiten

um militarisierte Einrichtungen handelt; die meisten werden von aktiven oder ausgemusterten Offizieren geleitet, und ihre Organisationsstruktur – aufgeteilt in Offiziere und Truppen – ihre Ausbildung, Kasernierung, Disziplin und Symbole sind militärischer Herkunft, die wenig gemein hat mit einer zivilen Polizei (Pontón/Villacrés/Guevara o.J.: 23; siehe dazu auch Briceño León 2007: 168).

Dieses Bild kann man mit empirischen Daten unterfüttern, wie sie das Zentrum für Juristische Studien Amerikas in Santiago de Chile aus amtlichen Quellen zusammenstellt und regelmäßig publiziert (Centro de Estudios de la Justicia 2009). Der Bericht 2008-2009 weist für Venezuela eine Gesamtpolizeistärke von etwa 116.000 Beamten auf, von denen 60% zivilen Polizeikräften der Länder und Gemeinden, aber immerhin 40% den Streitkräften angehören. Das Militär spielt also eine wichtige Rolle bei der Wahrung der inneren Sicherheit. Es ist allerdings zu bezweifeln, dass Truppen zur Wahrung der inneren Sicherheit besonders geeignet sind; schon ihre Ausrüstung lässt bei Einsätzen eher Assoziationen zum Bürgerkrieg als zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung aufkommen.

Die von Gabaldón formulierte, oben zitierte These der Militarisierung der Gesellschaft wird durch Córdova Jaimes' Studie (2006) gestützt, in der er von der Präsident Chávez zugeschriebenen Vorstellung der Streitkräfte als "Volk in Uniform" (Volk, nicht Bürger) ausgeht und feststellt, die von ihm konstatierte Militarisierung des öffentlichen Dienstes müsse man im Zusammenhang mit der Militarisierung der Gesellschaft durch die Aufstellung von Volksmilizen und Betriebskampfgruppen sehen. Ein Volk in Waffen. Da liegt es nahe zu fragen, ob die steil angestiegene Gewaltkriminalität in Venezuela (siehe dazu Instituto de Investigaciones de Convivencia y Seguridad Ciudadana 2010) – besonders die mit Schusswaffen verbundene – von der Bewaffnung des Volkes losgelöst betrachtet werden kann.

Die militärische Durchdringung von Politik und Verwaltung wird in höheren öffentlichen Positionen besonders deutlich. Zwar ist es nicht einfach, angesichts der in der bolivarianischen Revolution außerordentlich hohen Fluktuation des Führungspersonals exakte Angaben für einen längeren Zeitraum zu machen, aber man kann den Anteil der Militärs – aktive und ausgemusterte – in solchen Funktionen im Verlauf der Jahre 2008-2009 präzisieren. So waren in diesem Zeitabschnitt außer dem Staats- und dem Vizepräsidenten acht weitere Militärs Mitglieder des Kabinetts, die meisten von ihnen auf wechselnden Posten: der Minister für Information, der Innen- und Justizminister, der Finanzminister, der Gesundheitsminister, der Ernährungsminister, der Wohnungsbauminister, der Infrastrukturminister und der Verteidigungsminister.

Außerdem hatten ehemalige Militärs acht der fünfzehn von der Sozialistischen Einheitspartei gehaltenen Gouverneursposten inne. Dazu kamen die Militärs in den Chefsesseln der wichtigsten staatlichen Unternehmen und Agenturen des Finanz-, Schwerindustrie-, Handels- und Dienstleistungssektors. Die – keineswegs vollständige – Liste umfasst die Zoll- und Steuergesellschaft (*Servicio Integrado de Administración Aduanera y Tributaria*, SENIAT), die Schatzbank (*Banco del Tesoro*), die Bank für Wirtschaftliche und Gesellschaftliche Entwicklung Venezuelas (*Banco Nacional de Desarrollo Económico y Social*, BANDES), die Devisenverwaltungskommission (*Comisión de Administración de Divisas*), der Industriekreditfonds (*Fondo de Crédito Industrial*, FONCREI), den Kreditgarantiefonds (*Fondo de Garantía de Depósitos y Protección Bancaria*, FOGADE) und die Bankenaufsicht (*Superintendencia de Bancos y Otras Instituciones Financieras*, SUDEBAN). Samt und sonders Einrichtungen, durch die sehr viel Geld geschleust wird.

Dazu kamen aber auch die Schwerindustrie-Holding *Corporación Venezolana de Guayana* (CVG), die Flughafengesellschaft Maiquetía (*Instituto Autónomo Aeropuerto Internacional de Maiquetía*, IAAIM), die Metro Caracas (*Compañía Anónima Metro de Caracas*, CAMETRO), das Stromversorgungsunternehmen *Corporación Eléctrica Nacional* und das Sozialversicherungsinstitut *Instituto Venezolano de los Seguros Sociales* (IVSS). Die venezolanische Diplomatie hatte in dem Zeitraum acht Militärs als Botschafter in verschiedenen Ländern Europas und Lateinamerikas unter Vertrag.

Die kurze und unvollständige Aufstellung zeigt, dass Präsident Chávez seinen Kameraden aus dem Militär – darunter zahlreiche Mitverschwörer aus den Kreisen, die die Staatsstreiche von 1992 vorbereitet und inszeniert hatten – nach wie vor großes Vertrauen entgegenbringt und sich mit ihnen umgibt, insbesondere im Kabinett und in Schlüsselpositionen der staatlichen Verwaltung. Aber die Militarisierung macht hier nicht halt, sondern greift auch auf Sprache und Kultur über, Aspekte, die in den anderen Kapiteln dieses Bandes näher beleuchtet werden.

In diesem Zusammenhang konstatiert Kohn (1997), dass die Streitkräfte dazu da sind, die Gesellschaft und den Staat zu verteidigen, aber keinesfalls dazu, Theorien zum politischen, wirtschaftlichen oder sozialen System zu entwickeln, dem sie angehören. In demokratischen Gesellschaften dienen die Streitkräfte der Landesverteidigung; politische und strategische Richtungsentscheidungen obliegen den zivilen Organen.

Wenn das Militär mit seinen Vorstellungen in diese Bereiche einzugreifen beginnt, legt es den Keim für die Nichtanerkennung seiner Unterstellung unter zivile Kontrolle. Solche Theorien zur nationalen Entwicklung gehen üblicherweise einher mit interessegefärbten Geschichtsdiskursen. So ist Hugo Chávez' Auslegung der Rolle Bolívars in der venezolanischen Geschichte ein gutes Beispiel dafür, wohin es führen kann, wenn ein Militär den historischen Diskurs nach seinem Belieben bestimmt.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Virus der Politisierung des Militärs und des Prätorianismus generell in der Ausbildungsphase übertragen wird, nämlich in der Form der Verweigerung des Gehorsams gegenüber zivilen Instanzen, die dazu führen kann, dass sich die Militärs mit Waffengewalt politische Macht zu verschaffen versuchen oder auch gewaltsam gegen die Zivilgesellschaft vorgehen. Der Verlust der verbindenden Werte und die Ausweitung der Verantwortung der Militärs über ihr eigentliches Aufgabengebiet hinaus spaltet sie und gefährdet die Zivilgesellschaft.

Nach Samuel Huntington (1957) kann die Gesellschaft ihre Hoheit gegenüber dem Militär auf zweierlei Weise sichern, nämlich durch subjektive Kontrolle, d.h. durch die Verfassung, Institutionen und Aufstiegskanäle, und durch objektive Kontrolle, d.h. durch die Professionalisierung des Militärs; außerdem empfiehlt er die Professionalisierung als Gegenmittel gegen die Politisierung. Es scheint jedoch, dass in Ländern mit schwachen Institutionen wie den lateinamerikanischen die Eingriffe des Militärs in die Politik mit den von Huntington postulierten Parametern der Professionalisierung nicht erfasst werden, weil sie eher für die demokratischen Gesellschaften der Industrieländer gelten, als für weniger entwickelte und institutionalisierte Systeme. Ein Unterschied zwischen den politisch gereiften und den begrenzten Demokratien ist die zivile Kontrolle über das Militär (Castillo 2003: 104).

In diesem Teil der Welt stützt die Geschichte eher Finers These, dass in bestimmten politischen Kulturen die professionellen Militärs politisch intervenieren können, insbesondere wenn sie ihre eigenen Theorien zu den Zielen und Interessen der Nation entwickeln, die dann zur Ablehnung der zivilen Kontrolle führen. Huntingtons These vom Professionalismus als Garant der zivilen Kontrolle gilt historisch gesehen nicht in allen Fällen. Verschiedene Grade der Professionalisierung korrelieren mit unterschiedlichen Intensitäten militärischer Eingriffe in die Politik.

Zurück zum Fall Venezuela: Hier gab es weder einen hohen Grad an Professionalisierung noch zivile Kontrolle des Militärs und dennoch hat sich das Militär seit 1958 an die Verfassung gehalten und sogar sämtliche Erhe-

bungen von Militärs niedergeschlagen. Wie ist das zu erklären? Hilfreich dazu sind Perlmutter's Thesen, auch wenn er sich nicht speziell zu Venezuela äußert: Nach dem Scheitern des Prätorianismus im Zuge der Militärregierung 1948-1958 gab es einen latent prätorianischen Sektor innerhalb eines als Schiedsrichter fungierenden Militär. Nach 1958 hatte sich die politische Führung der falschen Überzeugung hingegeben, das zivil-militärische Verhältnis steuern zu können.

Das ungeschriebene Abkommen im gegenseitigen Interesse zwischen der politischen Führung von AD und COPEI sowie der militärischen Führung lief darauf hinaus, dass die militärische Führung die zivile in der Hand hatten (Irwin 2003b: 203).

Im Sinne Nordlingers ist das venezolanische Militär ein prätorianischer Moderator:

Eine starke Interessengruppe mit Vetomacht gegenüber der zivilen Gewalt, aber ohne direkte politische Machtübernahme. Konservativ, Verteidiger des Status quo; Zivilisten regieren, werden aber von den Militärs überwacht (Irwin 2003a: 40).

In Venezuela hatte die politische Führung nicht den Willen, das Militär ziviler Gewalt zu unterstellen. Es ist nur zu hoffen, dass die venezolanische Zivilgesellschaft in der Zukunft ihre Autorität gegenüber den Militärs geltend zu machen versteht.

### Literaturverzeichnis

- Bigler, Gene (1981): "Professional Soldier and Restrained Politics in Venezuela". In: Wesson, Robert (Hrsg.) (1982): *New Military Politics in Latin America*. New York.
- (1982): "La restricción política y la profesionalización militar en Venezuela". In: *Politeia*, 10, S. 85-142.
- Brewer-Carías, Allan (<sup>2</sup>2000): *La Constitución de 1999*. Caracas.
- Briceño León, Roberto (2007): "La policía y su reforma en Venezuela". In: *URVIO Revista Latinoamericana de Seguridad Ciudadana*, 2 (Sept.), S. 164-172.
- Castillo, Hernán (1998): "El Congreso de la República y la política de seguridad y defensa del Estado venezolano durante el gobierno de Rómulo Betancourt 1959-1964". In: *Politeia*, 21, S. 257-315.
- (2001): *Militares y civiles. Balance y perspectivas de las relaciones civiles y militares venezolanas en la segunda mitad del siglo XX*. Caracas.
- (2002): "El proceso de desnaturalización de la institución militar venezolana". Vortrag anlässlich der Tagung des *Center for Hemispheric Defence Studies*, 07.-10. August 2002. Brasília.

- (2003): “Textos angloamericanos sobre las relaciones civiles y militares en Venezuela”. In: Irwin, Domingo et al.: *Militares y sociedad en Venezuela*. Caracas, S. 73-104.
- Centro de Estudios de la Justicia de la Américas (2009): *Reporte 2008-2009*. Santiago de Chile (<[www.cejamericas.org/reportes/2008-2009/](http://www.cejamericas.org/reportes/2008-2009/)>; 20.12.2010).
- Córdova Jaimes, Edgar (2006): “Administración Pública en Venezuela: Aproximaciones a los cambios y transformaciones”. In: *Revista de Ciencias Sociales*. Maracaibo, Sept. 2006, 12, 3, S. 496-518.
- Finer, S.E. (1969): *Los militares en la política mundial*. Buenos Aires.
- Gabaldón, Luis Gerardo (2007): “Seguridad ciudadana, confianza pública y policía en Venezuela”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*. Caracas, Dez. 2007, 13, 3, S. 87-98.
- Gaceta Oficial* (2010), No. 39.358, *Ley especial de supresión y liquidación del Instituto Autónomo Fondo Único Social* (<[www.scribd.com/doc/26254259/Sumario-Gaceta-Oficial-39-358](http://www.scribd.com/doc/26254259/Sumario-Gaceta-Oficial-39-358)>; 16.09.2010).
- Generalinspekteur der Bundeswehr (2010): *Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zum Prüfauftrag aus der Kabinettsklausur vom 7. Juni 2010* (<[www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/](http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/)>; 16.09.2010).
- Guardia, Inés/Olivieri, Giannina (2005): *Estudio de las relaciones civiles militares en Venezuela desde el siglo XIX hasta nuestros días*. Caracas.
- Huntington, Samuel (1957): *The Soldier and the State. The Theory and Politics of Civil-Military Relations*. Cambridge.
- Instituto de Investigaciones de Convivencia y Seguridad Ciudadana (INCOSEC) (2010): *La situación de seguridad en Venezuela. Primer trimestre 2010* (<[www.incosec.sumospace.com/wp-content/uploads/2010/04/informe\\_1er-semester-vf.pdf](http://www.incosec.sumospace.com/wp-content/uploads/2010/04/informe_1er-semester-vf.pdf)>; 16.09.2010).
- Irwin, Domingo (1999): “Comentarios sobre la génesis de las instituciones educativas militares en Venezuela del siglo XVIII a 1930”. In: *Anuario de Estudios Bolivarianos*, VII, S. 7-8.
- (2000): *Relaciones civiles y militares en el siglo XX*. Caracas.
- (2003a): “El control civil y la democracia”. In: Irwin, Domingo et al.: *Militares y sociedad en Venezuela*. Caracas, S. 15-72.
- (2003b): “Pretorianismos y control civil en la evolución histórica del siglo XX venezolano: un comentario bibliográfico y educativo”. In: Irwin, Domingo et al.: *Militares y sociedad en Venezuela*. Caracas, S. 149-224.
- Kohn, Richard (1997): “An Essay on Civilian Control of the Military” (<[www.unc.edu/depts/diplomat/AD\\_Issues/amdipl\\_3/kohn.html](http://www.unc.edu/depts/diplomat/AD_Issues/amdipl_3/kohn.html)>; 20.12.2010).
- Loveman, Brian (1999): *Por la Patria*. Wilmington.
- Nordlinger, Eric A. (1977): *Soldiers in Politics. Military Coups and Government*. Englewood Cliffs.
- Noticias 24* (2008): “Fiscalía acusa a Cruz Weffer de corrupción”. In: *Noticias 24* vom 09.12.2008 (<[www.noticias24.com/actualidad/noticia/21240/fiscalia-acusa-al-general-cruz-weffer-de-corrupcion/](http://www.noticias24.com/actualidad/noticia/21240/fiscalia-acusa-al-general-cruz-weffer-de-corrupcion/)>; 16.09.2010).
- Perlmutter, Amos/Bennett, Plave (1980): *The Political Influence of the Military. A Comparative Reader*. New Haven.

- Pontón, Daniel/Villacrés, Pamela/Guevara, Pahola (o.J.): *La seguridad pública y privada en Venezuela y Bolivia*, Organisation of American States. Washington, D.C. (<[www.oas.org/dsp/documentos/publicaciones/SegPublica-VenezuelayBolivia.pdf](http://www.oas.org/dsp/documentos/publicaciones/SegPublica-VenezuelayBolivia.pdf)>; 16.09.2010).
- Red de Seguridad y Defensa de América Latina (Resdal) (2007): *Atlas comparativo de la defensa en América Latina, 2007*. Buenos Aires.
- Rey, Juan Carlos (1981): "El secreto de Estado y libertad de información. Dos patologías de los gobiernos: propaganda y secreto". In: *Resumen*, 404, 02.08.1981.
- Romero, Aníbal (Hrsg.) (1980): *Seguridad, defensa y democracia en Venezuela*. Caracas.
- San Miguel, Rocío (2009): Interview in *NoticiasCentro* vom 11.10.2009 (<[www.noticiascentro.com/noticias/detalle/2542](http://www.noticiascentro.com/noticias/detalle/2542)>; 16.09.2010).
- Straka, Tomás (2003): "Guiados por Bolívar. López Contreras, bolivarianismo y pretorianismo en Venezuela". In: *Tiempo y Espacio*, 40.





**Alfredo Keller**

## **Kultur und Machtspiele**

September 2007. Wir befinden uns in einem Armenviertel von Cumaná im Osten Venezuelas in einer Gruppendiskussion mit dortigen Bewohnern, im Rahmen einer Studie (Keller y Asociados 2007a) über die Wahrnehmungen und Einstellungen von Angehörigen der Unterschicht bezüglich der von Präsident Chávez am 15. August vorgeschlagenen Verfassungsreform.

Nach fast zweistündiger Diskussion über die Thematik dieses Vorhabens – Machtkonzentration und -zentralisation in der Hand des Präsidenten, unbegrenzte Wiederwahl im Amt, sozialistisch orientierte Wirtschaft, Beeinträchtigung des Privateigentums und der wirtschaftlichen Freiheit – weicht einer der Teilnehmer vom zentralen Thema ab, greift sich mit den Händen an den Kopf und bringt seine Frustration darüber zum Ausdruck, dass die Regierung die Währung reformieren will, indem sie ihren Nominalwert um drei Nullen kürzt. Er sagt, er habe immer davon geträumt, Millionär zu werden, und war dabei auf gutem Weg, denn er hatte schon 400.000 Bolívar angespart, es fehlten ihm also nur noch 600.000, und das wollte er in zwei Jahren schaffen.<sup>1</sup> Aber jetzt seien seine 400.000 nur noch 400 Bolívar. “Wie lange werde ich jetzt wohl brauchen, bis ich Millionär bin?” fragt er sich voller Ironie.

Unheil mit Humor zu nehmen, scheint zum heiteren Charakter der Venezolaner zu gehören. Aber die Sorge dieses enttäuschten Teilnehmers an der Gruppendiskussion ist ernster und macht es notwendig, den Humor beiseite zu lassen. Er heißt Asdrúbal, ist 35 Jahre alt und hat gerade seine Arbeit in einem Lebensmittelladen verloren. Er hat drei kleine Kinder, die er erwähnt, um die Dramatik seiner Lage zu steigern. Seinen Traum, Millionär zu werden, kann er sich nicht mehr erfüllen. Eine Arbeit hat er auch nicht, und in dem Maße, in dem er den Inhalt der Verfassungsreform begreift, wächst der Verdacht, dass sein Haus, seine Kinder und seine Zukunft, das Wenige, das er besitzt, mit der vom Führer der Bolivarischen Revolution geforderten Reform ihren Wert verlieren könnten. Asdrúbal kommt zu dem Schluss, dass

---

<sup>1</sup> Zum Zeitpunkt der Studie entsprachen 4.970 Bolívar einem US\$. Der Teilnehmer hatte also etwa 80 US\$ angespart und hoffte, in absehbarer Zeit auf den Gegenwert von 200 US\$ zu kommen.

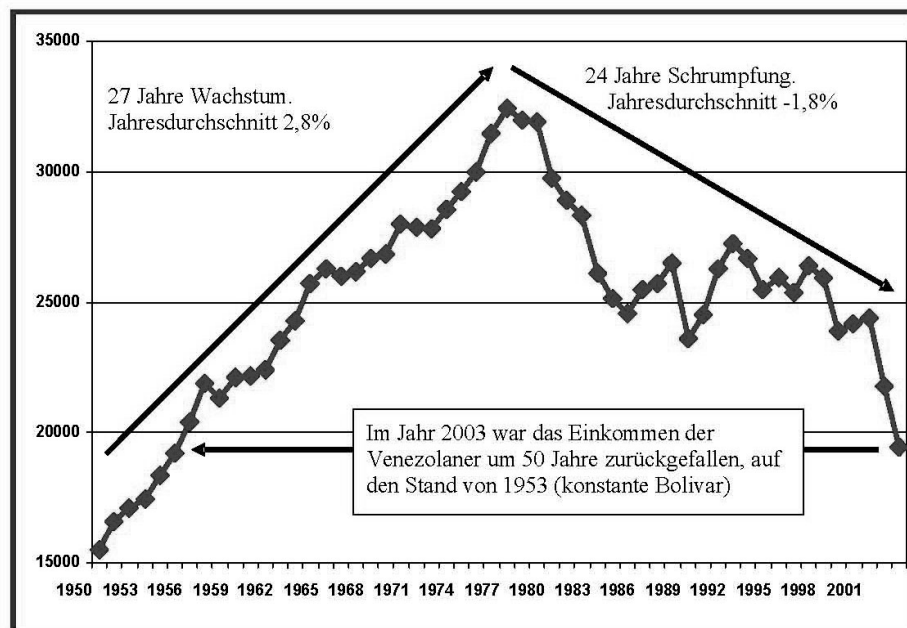
seine Probleme niemanden interessieren, am wenigsten den Präsidenten, der ihn in der Vergangenheit überzeugt hatte, dass er sich wirklich um die Armen kümmern würde. Asdrúbal bemerkt, er sei verwirrt und wisse nicht, ob er noch Chavist sein wolle oder nicht.

Die zehn Männer und Frauen, die sich an dieser Gruppensitzung beteiligen, zeigen sich ebenso enttäuscht wie Asdrúbal. Alle hatten sich zu Beginn der Diskussion als Chavisten bekannt, aber jetzt – so sagen sie – müssen sie ihre Zuneigung für den Präsidenten von der Entscheidung trennen, ob sie die Reform unterstützen oder nicht. Ihre politische Neigung hatten sie aufgrund zweier Hauptkriterien erklärt: Erstens sei Chávez „der einzige Präsident, der sich um die Armen gekümmert hat“, indem er ihnen verbilligte Nahrungsmittel und Programme für zeitweise Beschäftigung, Bildung und Gesundheit zugänglich machte; außerdem könne man unter bestimmten Umständen eine Wohnung zum Nulltarif erhalten und es gebe zahlreiche weitere Vorhaben, durch die Chávez den Reichtum des Landes an die Bedürftigen verteile. Zweitens – und damit wird das erste Argument noch verstärkt – habe Chávez die Massen symbolisch zu Entscheidungsträgern in der Politik gemacht, indem er die vertikal aufgebaute repräsentative durch eine horizontale partizipative Demokratie ersetzt habe.

Das erste der beiden Argumente ist nur dann teilweise zu rechtfertigen, wenn man annimmt, dass Chávez aufgrund der hohen Erdölpreise die entsprechende Rente in höherem Maß als frühere Regierungen verteilt. Denn populistische und klientelistische Praktiken sind keine Erfindung von Hugo Chávez, sondern sie haben die Politik seit den 1960er Jahren geprägt, als die Parteien herausfanden, dass Sozialhilfemaßnahmen die einfachste Form waren, um sich Gefolgschaft zu sichern, neben simpler Korruption und Auftragsvergabe gegen die Zusicherung von Stimmen bei den folgenden Wahlen. Diese Praxis funktionierte zwischen 1958 und 1979 sehr gut, denn das Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf wuchs im Jahresdurchschnitt um 2,8%; das schuf Vertrauen in die Parteien und das demokratische System. Aber die Fähigkeit, eine Wahlstrategie zu verfolgen, die auf die Verteilung der Erdölrente und eine von öffentlichen Geldern abhängige Wirtschaft baute, schwand von 1980 bis 2003 ständig, da das BSP pro Kopf und damit auch die zur Verfügung stehende Verteilungsmasse im Zuge der sinkenden Ölpreise im Jahresdurchschnitt um 1,82% sank (Keller 2004). Staat und Parteien konnten die populistische Fiktion nicht mehr aufrechterhalten. Am stärksten davon betroffen waren die sozial Schwächsten. In der Folge schwand das

Vertrauen in die traditionellen Parteien und der Wunsch nach einem radikalen Wandel nahm zu.

### Entwicklung des BSP pro Kopf (konstante Bolívar 1984)



Quelle: Banco Central de Venezuela; VenEconomía; eigene Berechnung.

Chávez repräsentierte die Antwort auf den Wunsch nach Wandel; sein Wahlprogramm von 1998 versprach neben anderem eine Rückkehr zum Distributionsmodell der alten Zeiten.<sup>2</sup>

Präsident Chávez hatte das Glück, dass sich die Ölpreise von 10 US\$ zum Beginn seiner Regierung 1999 auf 86 US\$ gegen Ende 2007 erholten und damit das BSP pro Kopf im Jahr 2004 ein Wachstum von 15,4% erreichte, gefolgt von 7,5% im Jahr 2005, 8,5% im Jahr 2006 und 6% im Jahr 2007 (Zahlen von *Veneconomía*). Das beeindruckende Wirtschaftswachstum dank hoher Ölpreise und damit hoher Staatsausgaben ermöglichte es Chávez, die für die ärmeren Schichten bestimmten Subventionen ständig zu erhöhen:

<sup>2</sup> Im Februar 1999, zu Beginn der Regierung Chávez, erklärten 54% der Befragten, sie seien vor allem an der Umverteilung der Rente interessiert (Keller 1999).

- Bs 549 Milliarden im Jahr 2003,
- Bs 4.216 Milliarden im Jahr 2004,
- Bs 7.287 Milliarden im Jahr 2005,
- Bs 11.839 Milliarden im Jahr 2006 (*El Universal*, 05.03.2007).

Die assistenzialistische Politik der Chávez-Regierung ist also nicht neu, aber generöser als die ihrer Vorgänger. Dank dieser Politik konnte der charismatische Chávez seine anfangs 32 Punkte zurückliegenden Umfragewerte verbessern und schließlich mit der enthusiastischen Unterstützung seiner Gefolgschaft sowohl das Abberufungsreferendum von 2004 als auch die Präsidentschaftswahl 2006 gewinnen: “So, genau so wird regiert!” (“¡Así es como se gobierna!”)<sup>3</sup> Mit solchen Mitteln konnte Chávez seine Popularität zwischen 2004 und 2007 in der Größenordnung von 60% halten.<sup>4</sup>

Das zweite Argument der Chávez-Gefolgschaft enthält mehr Rhetorik und Propaganda als Fakten, obwohl im Gefüge des Staates ein deutlicher Wandel stattgefunden hat. Ein Beispiel dafür sind die von der Regierung geschaffenen Gemeinschaftsräte, die lokale Aufgaben in Selbstbestimmung wahrnehmen, z.B. Asphaltierung, Straßenbeleuchtung oder den Bau eines Sportplatzes. Diese Gemeinschaftsräte erhalten Mittel direkt von einer Präsidentschaftskommission, die ihre Projekte bewilligt – und dabei gleichzeitig die nach wie vor bestehenden Kommunalverwaltungen schwächt. Solche Initiativen verleihen dem häufig verwendeten offiziellen Werbespruch “in dieser Regierung regiert das Volk” einen Anschein von Glaubwürdigkeit.<sup>5</sup> Aber ebenso wie bei der neuen Namensgebung der verschiedenen Einrichtungen des Regierungsapparats, in der die Floskel “Volksmacht” allgegenwärtig ist,<sup>6</sup> steht dahinter mehr ein politischer Zweck als eine wirkliche Beteiligung des Volkes. In der Praxis dienen diese Gemeinschaftsräte dem Aufbau der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas und sie haben, wie uns in der eingangs erwähnten Gruppendiskussion versichert wurde, die Korruption in den untersten Gesellschaftsschichten etabliert:

[...] sicher, der Gemeinschaftsrat dieses Viertels hat einige Straßen asphaltiert, aber sonst nichts getan. Aber sehen Sie sich einmal das Haus (des Ratsvorsitzenden) an, dann sehen Sie, dass er mit dem ihm bewilligten Geld einen zweiten

3 Werbeslogan der Regierung.

4 Landesweite Vierteljahresumfragen von Keller y Asociados.

5 Dennoch glaubten im Dezember 2006 nur 34%, dass diese Behauptung stimmte, während 52% sie für falsch hielten (Keller y Asociados 2006c).

6 Alle Ministerien haben die “Volksmacht” in ihren Namen, z.B. Ministerium der Volksmacht für Bildung, Ministerium der Volksmacht für Verteidigung, Ministerium der Volksmacht für Information und Propaganda und allerlei weitere Genitive.

Stock aufgesetzt, neue Möbel und ein neues Auto gekauft hat, und es bleibt sogar noch etwas übrig für milde Gaben, aber nur an Angehörige und dicke Freunde [...] (Keller y Asociados 2007a).

Anders ausgedrückt hat Chávez weniger ein System der politischen und sozialen Beteiligung geschaffen, sondern ein neues, abgestuftes Rentenverteilungssystem, dabei sieht er aus politischem Interesse geflissentlich darüber hinweg, dass es auf ein System verallgemeinerter Korruption hinausläuft. Nicht von ungefähr meinten im Dezember 2007 91% der Bevölkerung, die Korruption habe zugenommen oder sich nicht verändert, während nur 9% der Auffassung waren, die Regierung bekämpfe das Problem wirksam (Keller y Asociados 2007a).

In diesem Rahmen verlief die Debatte über die vom Präsidenten vorgeschlagene Verfassungsänderung in der zweiten Jahreshälfte 2007, die mit der Volksabstimmung am 2. Dezember endete, in der Chávez seine erste Wahlniederlage seit seinem Amtsantritt erlitt.

Die Niederlage kam für Chávez und seinen inneren Kreis offenbar überraschend,<sup>7</sup> denn bis dahin hatte die Formel des radikalen Populismus in den zehn vorangegangenen Wahlveranstaltungen immer funktioniert. Wie bereits vermerkt, hatte diese Politik darin bestanden, mit assistenzialistischen Maßnahmen und der Beteiligungssillusion den Zuspruch des Volkes zu sichern und gleichzeitig aggressiv zu polarisieren, indem jede Kritik verteufelt, Gewalt toleriert und Einschüchterung betrieben wird. Woran mag es dann wohl gelegen haben, dass Chávez mit seiner Reform Schiffbruch erlitt?

### 1. Wertmaßstäbe im Kontext einer Erdölbonanza

Der Vorschlag einer Verfassungsreform und die kurze, aber intensive Debatte darüber vom August bis November 2007 trug viel dazu bei, dass beim Volk – insbesondere beim Chávez gewogenen – das bis dahin unerschütterte Vertrauen in die Wahrhaftigkeit seiner Volksnähe zu wanken begann. In diesen vier Monaten sahen sie sich gezwungen, zwischen ihrer wegen der assistenzialistischen Maßnahmen gewachsenen politischen Loyalität gegenüber dem Führer der Revolution und ihren traditionellen Wertmaßstäben zu entscheiden. Die Verfassungsreform konfrontierte also die Illusion der Befriedigung von Grundbedürfnissen mit der Tradition der politischen Kultur.

Zum Verständnis der These eines Wertekonflikts ist es hilfreich, auf unseren eingangs erwähnten Asdrúbal und seinen Millionärstraum zurückzu-

---

7 *El Nacional*, 04.12.2007: “Un Chávez iracundo se negaba a admitir la derrota”, S. A-4.

kommen, denn die Venezolaner sind tatsächlich seit eh und je überzeugt, jeder könne reich werden. Ebenso wie Asdrúbal sind 80% der Bürger überzeugt, Venezuela sei eines der reichsten Länder der Welt (Keller y Asociados 2006b). So reich, dass einer von fünf Venezolanern glaubt, Arbeit sei überflüssig, wie die nachfolgende Tabelle zeigt (Keller y Asociados 2006a):

**Bitte zeigen Sie auf dieser Skala, in der 1 völlige Ablehnung und 10 volle Zustimmung bedeutet, wie sehr Sie mit dem Satz übereinstimmen:**  
**“Venezuela ist so reich, dass arbeiten überflüssig sein müsste”**

		<b>Unterste Schicht</b>	<b>Unter-schicht</b>	<b>Unteres Mittel</b>	<b>Mittel</b>	<b>Oberes Mittel</b>
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Dagegen (1+2+3+4)	67	55	68	67	75	69
Dafür (7+8+9+10)	19	32	18	18	17	10
Weiß nicht (5+6)	14	14	14	15	9	22
Mittlerer Skalenwert	3,58	4,64	3,52	3,47	3,04	2,92

Die Welt Asdrúbals beschränkt sich verständlicherweise auf Informationen über die Nachbarländer. Von den Leuten wie er glauben 79%, Venezuela sei reicher als Kolumbien und, wichtiger noch, 85% sind überzeugt, Venezuela sei reicher als Kuba (Keller y Asociados 2000), das Präsident Chávez unermüdlich als Vorzeigenation anpreist, weil sein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches System einem “Meer der Glückseligkeit” gleichkomme. Dennoch halten in derselben Umfrage 67% der Venezolaner Kuba für ein ungeeignetes (29%) oder völlig ungeeignetes (38%) Modell. Das unterstreicht die These, dass die Venezolaner ihre Freiheit nicht eingeschränkt sehen wollen und auch nicht bereit sind, für eine Ideologie wirtschaftliche Opfer zu erbringen.

Im Gegensatz zu dieser Sicht eines reichen Landes bezeichneten sich in derselben Umfrage (Juni 2006) 46% als arm, und nur 8% als reich. Nur zu selbstverständlich, dass die Hälfte der Bevölkerung sich fragt, wie man in einem solch reichen Land arm sein kann, und dass man in einem als so reich empfundenen Land auch individuell nach Reichtum strebt.

Als Präsident Chávez im Jahr 2005 seinen Moralfeldzug gegen den persönlichen Reichtum begann, indem er bei jeder Gelegenheit seinen Spruch “reich sein ist schlecht” wiederholte, um die Tür für sein sozialistisches Programm zu öffnen, wurde einer deutlichen Mehrheit klar, dass zwischen den Vorsätzen des Führers und seinen Wohlstandsversprechungen eine riesige

Lücke klappte. Die bereits zitierte Umfrage vom Juni 2006 zeigt, dass 77% der Befragten den Chávez-Spruch für falsch hielten und nur 12% ihm zustimmten.

Offensichtlich fühlen sich die Venezolaner von dem Gedanken angespornt, sie könnten reich werden. Ein Beispiel dafür findet sich in unserer Umfrage vom September 2007, die die Vorstellung vom Reichtum dank des Erdöls verdeutlicht:

**Bitte zeigen Sie auf dieser Skala, in der 1 völlige Ablehnung und 10 volle Zustimmung bedeutet, wie sehr Sie mit dem Satz übereinstimmen:**

**“Die Gewinne der Erdölgesellschaft sollten jedes Jahr anteilig unter den Venezolanern aufgeteilt werden”**

		Unterste Schicht	Unterschicht	Untere Mittelschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Dagegen: (1+2+3+4)	16	9	16	21	22	16
Dafür (7+8+9+10)	75	83	76	67	67	76
Weiß nicht (5+6)	9	8	8	12	11	8
Skalenmittelwert	7,83	8,47	7,96	7,48	7,24	7,71

Der Reichtumsbegriff wird jedoch in der Vorstellungswelt der Menschen nicht schlicht mit “Millionär” gleichgesetzt, wie Asdrúbal es ausdrückte, sondern auch damit verbunden, dass nur diejenigen in seinen Genuss kommen, die gut ausgebildet sind und ein gewisses Niveau haben, das ihnen gute Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Diese Voraussetzungen kann man durch Nähe zur Regierung ersetzen, der bekannten und nicht sehr transparenten Quelle schnellen Reichtums.<sup>8</sup> Aber die meisten Venezolaner erfüllen diese Voraussetzungen nicht: Nur 23% der Bevölkerung sind über die Grundschule hinausgekommen und nur 10% sind Staatsbedienstete (Keller y Asociados 2007c). Solche Zugangsbeschränkungen zum Reichtum münden in fatalistische Resignation, wie aus den Antworten auf die folgende Frage hervorgeht:

<sup>8</sup> Diese Auffassung wird auch in zahlreichen qualitativen Studien bestätigt, die wir durchgeführt haben.

**Bitte zeigen Sie auf dieser Skala, in der 1 völlige Ablehnung und 10 volle Zustimmung bedeutet, wie sehr Sie mit dem Satz übereinstimmen:  
"Reich oder arm zu sein ist ein Schicksal, das man nicht ändern kann"**

		<b>Unterste Schicht</b>	<b>Unterschicht</b>	<b>Untere Mittelschicht</b>	<b>Mittelschicht</b>	<b>Obere Mittelschicht</b>
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Dagegen: (1+2+3+4)	45	25	44	46	50	69
Dafür (7+8+9+10)	40	60	41	36	37	19
Weiß nicht (5+6)	15	15	15	18	13	12
Skalenmittelwert	5,18	6,83	5,27	4,89	4,90	3,30

Besonders aufschlussreich sind die jeweiligen Skalenmittelwerte: Je ärmer, umso eher wird akzeptiert, dass man der Armut nicht entinnen kann, weil man die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt.

Diese Schichten sind nicht nur wegen ihrer objektiven Schwächen, sondern auch aufgrund ihrer Vorstellungswelt eine empfängliche Klientel für Wohlstandsversprechen. Deshalb geht man den Umweg über die Anbindung an die gerade regierende Partei umso eher, je schlechter man gestellt ist. So wies unsere Umfrage vom Februar 2005 – nach dem Sieg von Chávez in der Volksabstimmung über seinen Amtsverbleib – nur 15% als Anhänger sämtlicher Oppositionsparteien aus, während die Regierungsparteien MVR (*Movimiento Quinta República*), PODEMOS (*Por la Democracia Social*) und PPT (*Patria Para Todos*) auf 49% kamen; die Daten waren schichtenspezifisch wie folgt verteilt:

- Unterste Schicht                      63%
- Unterschicht                         54%
- Untere Mittelschicht                44%
- Mittelschicht                         36%
- Obere Mittelschicht                 26%

Das alles ist nicht neu, denn im ersten Vierteljahr 1989, zu Beginn der zweiten sozialdemokratischen Regierung von Carlos Andrés Pérez, erklärten sich 35% als Anhänger der Partei *Acción Democrática* und 29% als Anhänger der Christdemokraten. Zusammen hatten die beiden Parteien eine Anhängererschaft von 64% der Wähler. Das waren die Zeiten, in denen sich die beiden großen Parteien in der Regierung abwechselten und der Wohlstand bzw. die Wohlstandserwartung der Bürger immer mehr von ihnen abhing.



Die Regierung Chávez hat es verstanden, die Neigung der Menschen, Wohlstand über die Nähe zur Macht zu suchen, politisch zu nutzen und hat mit Erfolg ihren Diskurs zur Legitimation und Förderung dieser Einstellung vorgetragen. Leitmotiv ist dabei der Slogan: “Jetzt gehört Venezuela allen”, will sagen, in der Vergangenheit sei es nur den “Oligarchen” zugute gekommen. Unter dem Etikett “Oligarchen” werden dabei alle Regierungskritiker und Oppositionellen zusammengefasst, unabhängig von ihrer Schichtzugehörigkeit. Dass Venezuela nunmehr “allen gehört” vermittelt dem Bürger die Vorstellung, Miteigentümer des Erdölreichtums zu sein (daher auch der Slogan: “Jetzt gehört die Erdölgesellschaft allen”), und das verstärkt zweifellos die Rentenmentalität und den Staatspaternalismus.

Die Erfahrung mit dem Populismus zeigt jedoch, dass die Gesellschaft ein solches Schema des politischen Rückhalts gegen Transferzahlungen nur so lange stützt, wie diese der Nachfrage entsprechen. Das gilt umso mehr, als die solchen Praktiken zugetanen Schichten unersättlich erscheinen, wie die folgenden Daten der bereits zitierten Umfrage vom Februar 2005 ausweisen:

**Hätten Sie gern mehr Geld und Eigentum oder sind Sie zufrieden mit dem, was sie haben? Rückfrage an diejenigen, die gern mehr hätten:  
Sehr viel mehr oder nur etwas mehr?**

		<b>Unterste Schicht</b>	<b>Unterschicht</b>	<b>Untere Mittelschicht</b>	<b>Mittelschicht</b>	<b>Obere Mittelschicht</b>
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Sehr viel mehr	62	62	62	59	68	64
Etwas mehr	19	25	16	21	18	14
Zufrieden	17	10	20	19	13	21
Weiß nicht	0	2	1	1	-	-

Aus diesem Grund sieht die Bevölkerung trotz der in diesem Umfang bisher unerreichten Umverteilungspolitik immer noch keine Verbesserung ihrer Lebensqualität. Im Gegenteil, es herrscht die Auffassung vor, die Armut sei unverändert oder schlimmer denn je, wie aus unserer Umfrage vom November 2007 hervorgeht:

**Hat sich die Armut unter der Regierung Chávez verringert, ist sie gleich geblieben, oder hat sie sich verschlimmert?**

		<b>Unterste Schicht</b>	<b>Unter-schicht</b>	<b>Untere Mittel-schicht</b>	<b>Mittel-schicht</b>	<b>Obere Mittel-schicht</b>
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Verringert	22	23	24	24	18	9
Gleich	24	26	21	27	24	17
Schlimmer	54	51	55	48	58	72
Weiß nicht	0	0	-	0	-	2

## 2. Werte und Freiheit

Venezuela blickt hinsichtlich politischer Werte auf eine lange Erfahrung politischer Freiheiten zurück, die formal 1958 einsetzten und deren Bedeutung auch in der symbolischen Dimension betrachtet werden muss. So fällt zum Beispiel auf, dass in unserer Umfrage vom April 2007 (Keller y Asociados 2007b) die Hälfte der Befragten (51%) meint, die Regierung Chávez sei demokratisch, während nur 34% sie für undemokratisch halten. Das überraschte uns, denn zu diesem Zeitpunkt hatte Präsident Chávez bereits sämtliche Gewalten in seiner Hand, kontrollierte alle Sicherheitskräfte einschließlich des Militärs und auch die Haupteinnahmequelle des Landes: die Erdölgesellschaft. Außerdem stand die Umsetzung der kontroversen Entscheidung des Präsidenten bevor, die Sendelizenz des ältesten und bei den Einschaltquoten führenden Fernsehkanals RCTV nicht zu verlängern. Das war ein Beleg der Intoleranz gegenüber Kritik und ein Schlag gegen die Meinungsfreiheit; die Schließung am 28. Mai um Mitternacht war ein klarer Ausdruck politischer Rache. Ein solches Vorgehen, zu dem sich noch die von der Regierung ausgehende extreme Polarisierung gesellt einschließlich der Verfolgung politisch Andersdenkender durch Entlassung aus dem Staatsdienst, Verweigerung öffentlicher Leistungen, Gefängnis und sogar Mord, passt nicht zur Vorstellung einer Demokratie nach westlichem Muster. Warum hält dann die Mehrheit das Chávez-Regime für demokratisch? Was verstehen die Venezolaner unter Demokratie?

In derselben Umfrage finden sich Antworten auf diese Fragen. Den 1.200 Befragten wurden Karten mit sechs Definitionen von Demokratie vorgelegt und sie wurden gebeten, diejenige auszuwählen, die ihren Vorstellungen am nächsten kam. Anschließend wurden sie unter Vorlage derselben

Karte gefragt, welche der Beschreibungen in Venezuela nicht zutrafen. Das Ergebnis stellte sich wie folgt dar:

<b>Definition: Demokratie ist ein System...</b>	<b>Welche beschreibt die Demokratie am besten?</b>	<b>Welche ist in Venezuela nicht gegeben?</b>
in dem es faire Wahlen gibt und das Wahlgeheimnis gewahrt ist.	59	20
in dem die Gewalten voneinander unabhängig sind.	13	9
in dem es eine freie Wirtschaft gibt.	12	9
in dem es unabhängige Medien gibt.	7	9
in dem man frei ein- und ausreisen kann.	7	7
in dem das Militär dem Staat untersteht.	1	10
Weiß nicht	1	10
Alle sind gegeben (spontane Antwort)	18	
Keine ist gegeben (spontane Antwort)	9	

Diese Daten kann man auf verschiedenartige Weise interpretieren. Augenfällig ist, dass der normative Aspekt der Wahl im Vordergrund steht. Wenn also Wahlen stattfinden – und seit dem Amtsantritt von Chávez im Jahr 1999 hatte es bis zum Zeitpunkt der Umfrage zehn Wahlveranstaltungen gegeben – kann am demokratischen Charakter des Regimes kein Zweifel aufkommen, denn es hört ja hinsichtlich seiner Vertreter und seiner Politik auf die Stimme des Volkes. Wer so antwortet, spiegelt sich jedoch etwas vor, das ihn daran hindert, die übrigen Elemente zu bewerten. Wer so antwortet, belohnt das Bemühen von Chávez und seiner Regierung, die wahre Natur seines Regimes hinter einem Schleier von Wahlvorgängen zu verstecken, denn objektiv sind die Gewalten ja nicht unabhängig, die freie Wirtschaft und die unabhängigen Medien sehen sich unablässigen Angriffen ausgesetzt, und die tatsächliche Macht liegt beim Militär. Die Tatsache, dass 73% der Befragten meinen, eines der Elemente oder alle zusammen sind nicht gegeben, deutet aber auch darauf hin, dass die Bürger mit der derzeitigen Form von Demokratie nicht gerade zufrieden sind.

Der Gegenpol zur Demokratie wäre die Diktatur. Wir sind also in derselben Umfrage mit dem Begriff Diktatur ebenso verfahren und fanden dabei Folgendes heraus:

<b>Definition: Demokratie ist ein System...</b>	<b>Welche beschreibt die Diktatur am besten?</b>	<b>Welche ist in Venezuela gegeben?</b>
in dem ein Regierender sämtliche Gewalten kontrolliert.	46	14
in dem ein Regierender an der Macht klebt.	19	9
in dem es keine Meinungsfreiheit gibt und Medien geschlossen werden.	13	16
in dem die Militärs das Sagen haben.	8	6
in dem Protest verboten ist und die Opposition verfolgt wird.	8	5
in dem die Regierung die Wirtschaft lenkt.	3	6
Weiß nicht	3	10
Alle sind gegeben (spontane Antwort)	28	
Keine ist gegeben (spontane Antwort)	10	

Die Vorstellungen von der derzeitigen Demokratie Venezuelas sind mithin kurios: Das Regime entspricht einer der Definitionen einer Diktatur oder sogar allen (84%), und 73% meinen, einige Definitionen von Demokratie seien nicht gegeben, aber gleichzeitig glauben 51% an die demokratische Natur des Regimes, vor allem weil jedes Jahr ein Wahlereignis stattfindet. Dieser scheinbare Widerspruch hat drei mögliche Erklärungen. Die erste ist politischer Art: Den Chávez-Anhängern ist es im Grunde gleichgültig, ob das Regime demokratisch ist oder nicht, solange sie in den Genuss der Transferleistungen kommen. Aber sie wissen, dass die Diskussion um die diktatorischen Züge der Regierung Teil der politischen Polarisierung ist und dass sie deshalb ihren Führer gegen den Diktatur-Vorwurf in Schutz nehmen müssen. Die zweite Erklärung leitet sich aus historischen und politischen Bezügen ab. Die im Jahr 2007 durchgeführten Gruppendiskussionen,<sup>9</sup> von denen eine eingangs erwähnt wurde, ergaben, dass eine Diktatur ein Regime ist, in dem Freiheiten abgeschafft und abweichende Meinungen mit Gewalt unterdrückt werden. Die Teilnehmer der Diskussionen fanden, das sei in Venezuela nicht der Fall. Wenn solche Dinge vorkämen – z.B. die Unterdrückung der Opposition oder politische Häftlinge – so seien das Einzelfälle und keinesfalls der Regierungspolitik geschuldet, denn das gäbe es nur in

<sup>9</sup> Keller y Asociados führte im Februar, Juni, September und November 2007 vier Blöcke mit je acht Gruppendiskussionen durch, um die Bewertung der radikalen Vorschläge des Präsidenten Chávez durch das Volk zu erfassen.

Kuba. Die dritte mögliche Erklärung ist soziokultureller Natur. Zahlreiche qualitative Studien, die wir seit den achtziger Jahren durchgeführt haben (Keller 1996) zeigen, dass die venezolanische Gesellschaft nur wenig und oberflächlich informiert ist, möglicherweise aufgrund des schnellen Übergangs von der mündlichen zur audiovisuellen Kultur, unter Umgehung des geschriebenen Wortes und der Lektüre als Werkzeuge für die Vermittlung von Werten.

Es kann daher angenommen werden, dass die Bevölkerung nicht nur aufgrund ihrer geringen Abstraktionsfähigkeit, sondern auch aufgrund mangelnder Information und Bildung die Erfüllung ihrer Forderungen und die Qualität von Politik und Wirtschaft in der Form konkreter, persönlicher und tangibler Leistungen misst. Die breite Mehrheit hat kaum Zugang zum Verständnis komplexer, abstrakter Vorgänge.

Unter den mit dieser widersprüchlichen Demokratie assoziierten Werten ragt die Freiheit heraus<sup>10</sup> – sowohl in ihrer politischen (Informations-, Bewegungs-, Vereinigungsfreiheit) als auch in der wirtschaftlichen (Freiheit bezüglich des Privateigentums, Wirtschafts- und Berufsfreiheit) und kulturellen Dimension (z.B. Erziehungs- und Bildungsfreiheit). Aber die venezolanische Gesellschaft verbindet diese Freiheiten mit einem Ordnungsbegriff, der in Forderungen nach staatlicher Intervention mündet, wie die folgenden Daten zeigen:

Welches System öffentlicher Freiheiten ist besser?	Juli 1998	August 2001	Februar 2005	September 2007
Ein System mit mehr Freiheiten als das derzeitige.	27	38	48	50
Ein System mit weniger Freiheiten und härterem Durchgreifen des Staates.	70	59	46	47
Weiß nicht	3	3	6	3

Diese Daten zeigen zweierlei: Die Venezolaner wollten 1998 eine Regierung, die durchgreift, und mit dem Wahlsieg von Hugo Chávez im Dezember desselben Jahres ging ihr Wunsch in Erfüllung, aber dann ging er ihnen in seiner Amtsführung in diesem Sinne zu weit. Inzwischen wächst wieder die Forderung nach mehr Freiheit. Zwar ziehen immer noch viele ein System

<sup>10</sup> So hielten es z.B. 79% für sehr wichtig, dass führende Politiker die öffentlichen Freiheiten garantieren (Keller y Asociados 2004).

begrenzter Freiheiten vor, aber in den bereits erwähnten Gruppensitzungen wird deutlich, dass die staatliche Einschränkung von Freiheiten “der Kontrolle der anderen dient, nicht zur Einschränkung meiner Freiheit”. Ein Maß an Fremdbestimmung wird aus der Notwendigkeit heraus akzeptiert, dass ein Dritter in einem als feindlich empfundenen Umfeld Ordnung schafft, weil der Einzelne sich dazu außerstande sieht.

Welches System wirtschaftlicher Freiheiten ist besser?	Juli 1998	August 2001	Februar 2005	September 2007
Für die Wirtschaftsentwicklung ist es besser, wenn Personen und Firmen mehr Freiheit haben.	35	54	45	47
Für die Wirtschaftsentwicklung ist es besser, wenn es mehr Staatskontrollen gibt.	61	44	50	50
Weiß nicht	4	2	5	3

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Freiheiten wird die Fremdbestimmung noch deutlicher favorisiert. Abgesehen von besonderen Umständen, zum Beispiel die radikale Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheiten durch einige gegen Ende 2001 verabschiedete Gesetze, zieht die Mehrheit die Staatsintervention vor. Ein typisches Beispiel solcher Intervention sind Preiskontrollen für Erzeugnisse zur Deckung des Grundbedarfs, insbesondere Nahrungsmittel; man denkt, auf diese Weise die Inflation wenigstens eindämmen zu können – eine seit 35 Jahren andauernde Krankheit der venezolanischen Wirtschaft. Im September 2007, bei einer generellen Inflation von 22,5% – bei Nahrungsmitteln fast 30% – hielten 75% der Bevölkerung Preiskontrollen für eine gute Politik, während nur 24% sie für schlecht hielten. Man kann also feststellen, dass Freiheit für die Venezolaner kein absoluter Wert ist, sondern sich aus konjunkturellen Gegebenheiten und der langen Tradition übermächtiger Regierungen und schwacher Bürger ableitet.

### 3. Wenn die politische Kultur populistische Machthaber in die Schranken weist

In diesem politisch-kulturellen Kontext verfolgte Präsident Chávez sein Ziel einer Verfassungsänderung, bei der es vor allem um die unbegrenzte Wiederwahl des Staatspräsidenten und die Durchsetzung eines radikalsozialistischen Systems nach kubanischem Vorbild ging. Dazu versprach er drei

Maßnahmen, deren assistenzialistische und klientelistische Ausrichtung ihm bei der dazu einberufenen Volksbefragung den nötigen Erfolg sichern sollten. Tatsächlich trafen die drei Maßnahmen im Vorfeld der Volksbefragung im November 2007 auf große Zustimmung:

Vorschläge zur Verfassungsänderung	Dafür	Dagegen
Einbeziehung der Beschäftigten der Schattenwirtschaft in die Sozialversicherung	79	19
Arbeitszeitverkürzung auf den Sechsstudentag	55	44
Verfassungsrang für die sozialpolitischen "Missionen"	53	46

Die Regierung ging davon aus, dass ein derart attraktiver Populismus einen Sieg bei der Volksbefragung sicherte, indem er die kontroversen Änderungen entschärfte, die in der Bevölkerung einer Kulturrevolution gleichkamen. Aber die Gesamtheit der Vorschläge ließ das Pendel gegen den vermeintlichen Verteilungseffekt schwingen, wie die folgenden Daten der November-Umfrage zeigen:

Vorschläge zur Verfassungsänderung	Dafür	Dagegen
Sozialistische Wirtschaft statt Marktwirtschaft	33	63
Präsidialmandat auf 7 Jahre, unbegrenzte Wiederwahl	33	65
Venezuela zum Sozialismus führen	30	68
Dezentralisierung abschaffen	24	73
Unternehmensfreiheit beschränken	22	74
Privateigentum einschränken	18	81

Im Durchschnitt bauten die Reformvorschläge der Regierung – von denen hier nur einige wenige aufgeführt sind – auf einen Rückhalt von nur 33% der öffentlichen Meinung, während 65% dagegen waren. Das Ergebnis der Volksbefragung zeigt, dass Präsident Chávez nicht einmal alle Befürworter der vorgeschlagenen Verfassungsänderung mobilisieren konnte, denn er erhielt nur 28,5% der Stimmen (bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten). Allerdings lag die Opposition mit gerade 29,4% nur geringfügig vorn, das heißt sie konnte politische Ablehnung nicht in Wählerstimmen ummünzen.

Sieger der Volksabstimmung waren daher die Nichtwähler mit 44,1% der Stimmen (bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten).<sup>11</sup>

Als Chávez etwa drei Wochen vor dem Wahltermin einsah, dass die Befragung negativ ausgehen könnte, weil die Mehrheit seine wichtigsten Vorschläge ablehnte, änderte er seine Strategie und versuchte, die Entscheidung in ein Plebiszit über seine charismatische Persönlichkeit umzuwandeln. Er griff auf die Methode zurück, die sich bis dahin als erfolgreich erwiesen hatte: Appelle an die Loyalität der Begünstigten seiner assistenzialistischen Maßnahmen, Umarmung sowie verdeckte und offene Drohungen.

Diesen Aspekt des Angstschürens erhellt die Einstellung von Zoraida, einer 50-jährigen allein erziehenden Mutter zweier Kinder aus Puerto Ordaz im Süden des Landes, die an einer unserer Gruppendiskussionen teilnahm. Am Ende der Sitzung, nach ausführlicher Diskussion der Reformvorschläge, erklärten alle Teilnehmer, sie würden trotz ihrer Verehrung für Chávez gegen die Änderung stimmen. Zoraida jedoch überraschte nach einigen Minuten des Nachdenkens alle mit ihrer Ankündigung, sie würde doch dafür stimmen, obwohl sie nicht mit den Vorschlägen einverstanden sei. Sie erklärte ohne Umschweife, dass sie seit vier Jahren alle möglichen Formulare ausfüllte und in Ämtern vorspreche, um eine der von Chávez versprochenen Wohnungen zu erhalten. Für Chávez stimmen war ihr sehr wichtig, denn "weil meine Stimme nicht geheim ist, merken sie, dass ich Chávez gegenüber loyal bin, und ich kann dann meine Wohnung einfordern". Tatsächlich glaubten im November noch 37% der Wahlberechtigten, dass das Wahlgeheimnis nicht gewahrt sei, dass mithin der Staat in der Lage war, politische Loyalität bzw. Illoyalität zu belohnen bzw. abzustrafen. Zoraida hatte sich also entschlossen, sich unkritisch der Macht zu unterwerfen, um den Traum aufrechtzuerhalten, als Belohnung dafür mit einer Wohnung bedacht zu werden.

Die Angstmache zeitigte bei Zoraida den gewünschten Erfolg, aber sie kann auch ins Gegenteil umschlagen oder in Enthaltung münden. Das bezeugen 3,4 Mio. Venezolaner, deren Unterschriften für das Abberufungsreferendum im Jahr 2004 gegen geltendes Recht öffentlich gemacht wurden, mit der Folge einer Säuberung im Öffentlichen Dienst, der Zehntausende zum Opfer fielen, sowie der Verweigerung von gesellschaftlichen Dienstleistungen gegenüber Regimegegnern. Man darf also annehmen, dass drei Millio-

---

11 *Consejo Nacional Electoral*, vorläufiges Ergebnis der Volksabstimmung über die Verfassungsreform vom 2. Dezember 2007. Das Endergebnis dieses Wahlgangs wurde bisher nicht veröffentlicht.



nen Wähler, die noch 2006 für Chávez gestimmt hatten, aber 2007 nicht zur Wahl gingen, mit Konsequenzen rechneten, wenn sie gegen die Reform stimmten. Sollte sich diese Hypothese bewahrheiten, so wäre bei 3 Mio. Nichtwählern die Angst in Vorsicht gemündet.

Der entscheidende Aspekt für Nichtwähler und Reformgegner war aber eher der mit den Chávez-Vorschlägen verbundene Kulturschock. Das ergeben verschiedene Lesarten der inhaltlichen Debatte, die aus der bereits erwähnten November-Umfrage hervorgehen:

Lesart	Die Lesart ist richtig	Die Lesart ist falsch
Die Regierung wird sämtliche Medien kontrollieren.	65	34
Viele Firmen werden schließen oder das Land verlassen, wenn die Reform durchgeht.	61	34
Chávez wird zum Diktator, denn mit der Reform hat er alles in seiner Hand.	58	39
Die Reform ist ungesetzlich, denn sie bedarf einer Verfassungsgebenden Versammlung.	58	38
Chávez' Vorschläge schüren Hass und polarisieren die Venezolaner.	57	41
Die Erfahrungen der UdSSR und Kubas zeigen, dass Sozialismus Armut und Freiheitsverlust schafft.	57	40
Chávez' Sozialismus ist verkappter Kommunismus.	55	41

Diese Antworten lassen vermuten, dass die Mehrheit der Venezolaner die von Chávez vorgeschlagene Reform nicht nur wegen ihrer Inhalte ablehnt, sondern auch wegen der Form ihrer Präsentation und mehr noch wegen ihrer möglichen Folgen, wie aus anderen Aspekten der November-Umfrage hervorgeht:

**Wie wird es Venezuela und den Venezolanern in Zukunft ergehen,  
wenn die Chávez-Vorschläge angenommen werden?**

	Schichten					
	Alle	Unterste Schicht	Unterschicht	Untere Mittelschicht	Mittelschicht	Obere Mittelschicht
% Bevölkerung	100	14	34	28	15	8
Besser	38	44	42	39	25	21
Schlechter	53	48	50	49	65	70
Weiß nicht	9	8	8	12	10	9

Abschließend ist zu bemerken, dass die Venezolaner historisch dem Rentenmodell zuneigen und empfänglich sind gegenüber populistischen Versuchen. Sie unterwerfen sich Autokraten, wenn sie dafür direkte Zuwendungen erhalten. Aber es gilt auch, dass sich die Gesellschaft jenseits aller kognitiven Oberflächlichkeit ideologischen Zwängen widersetzt, die mit Armut und Unfreiheit gleichgesetzt werden können. Ein Kuba auf dem Kontinent ist genug.

### Literaturverzeichnis

- Keller, Alfredo (1996): "Prólogo". In: Zapata, Roberto: *Valores del Venezolano*. Caracas, S. 7-10.
- (1999): *De cómo la cultura política se traduce en conducta electoral. El caso Venezuela 98* (<[www.01.upla.net/docs/CulturaPoliticaElectoralVenezuela98.pdf](http://www.01.upla.net/docs/CulturaPoliticaElectoralVenezuela98.pdf)>; 15.11.2010).
- (2004): "Populismo institucional y populismo revolucionario en Venezuela". In: *Diálogo Político* 2, S. 39-62.
- Keller y Asociados (2000): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN058019*. Caracas (April).
- (2004): *Encuesta de Opinión Pública VEN243419*. Caracas (Juni).
- (2006a): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN219604*. Caracas (Februar).
- (2006b): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN330615*. Caracas (Juni).
- (2006c): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN342627*. Caracas (Dezember).
- (2007a): *Estudio Cualitativo de Opinión Pública VEN363716*. Caracas.
- (2007b): *Encuesta Nacional de Opinión Pública VEN354705*. Caracas (April).
- (2007c): *Encuesta Nacional de Opinión Pública 369VEN722*. Caracas (November).

Silvia Cabrera/Manuel Silva-Ferrer

## **Viele Medien und nur eine Nachricht. Die Transformation des Mediensystems**

Der seit 1999 von der Regierung Hugo Chávez eingeleitete Wandel der politischen, kulturellen und verfahrensmäßigen Ausrichtung des Mediensystems in Venezuela ist Teil einer umfassenden Transformation, welche die Organisation und Artikulation des Austausches zwischen Politik und Öffentlichkeit, ebenso wie jene zwischen Kultur und ihrer Kommunikation, nachhaltig verändert hat.

Die erste Phase dieser Neuausrichtung begann mit der Verabschiedung eines neuen Telekommunikationsgesetzes (*Ley Orgánica de Telecomunicaciones*) 2000. Entgegen aller Erwartungen blieb dabei der liberale Charakter erhalten. Private Unternehmen erhielten mehr Sendeplatz und grundlegende Empfehlungen für die Etablierung staatlicher Kontrollmechanismen wurden missachtet.<sup>1</sup>

In Reaktion auf die Rolle der privaten Medien – die während des Staatsstreiches im April 2002, des Streiks in der Erdölindustrie 2002/2003 und dem Abwahlreferendum 2004 deutlich wurde – verfolgte die Regierung in einem zweiten Schritt eine aggressive Strategie zur Erweiterung und Neuausrichtung des Kommunikationssektors. Die privaten Medien spielten bis

---

1 Nach wiederholten Missachtungen des Telekommunikationsgesetzes wurde am 19. Januar 1952 eine Nationale Überwachungskommission des Radios (*Comisión Nacional Supervisora de Radiodifusión*) gegründet. 1959 stellt ein vom *Instituto Nacional de Cultura y Bellas Artes* (INCIBA) geführtes Projekt fest, dass das Radio- und Fernsehprogramm den kulturellen Interessen der Nation verpflichtet sei. 1964 schließlich diskutiert der Kongress eine Reform des “Estatuto de Menores”, die es der Regierung erlaubt, im Fernsehbereich gesetzgeberisch einzugreifen. 1967 schreibt der Generalstaatsanwalt an den Kommunikationsminister und weist ihn auf die wiederholte Nichteinhaltung der fernsehrechtlichen Bestimmungen hin. In einer erneuten Debatte stellt die Senatorenkammer im November 1970 fest, dass die privaten Fernsehsender zu einem kulturellen Verfall des Landes beigetragen hätten. 1974 entwerfen 16 Experten im Auftrag des Nationalen Kulturrates ein ehrgeiziges Projekt mit dem Namen RATELVE, das ein in ganz Lateinamerika beachtetes öffentlich-rechtliches Radio- und Fernsehprogramm für Venezuela entwarf. Am 11. September 1987 wird der Vizedirektor für Kommunikation der UNESCO, Antonio Pasquali, eingeladen, um vor dem Unterausschuss des Kongresses seine Meinung zur Situation des Fernsehens in Venezuela zu referieren.

dahin eine entscheidende Rolle, da sie – im Sinne Walter Lippmanns (Lippmann 1949) – ein festes Ziel verfolgten: Die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem politische Entscheidungen des Machtzentrums verfälscht wiedergegeben wurden. Die Presse sowie die Rundfunk- und Fernseheinrichtungen werteten und interpretierten die Ereignisse zugunsten der Opposition. Sie schufen damit ihr eigenes Bild der Realität und beeinflussten die Maßstäbe und Kriterien, mit denen die Zuschauer die Situation, die Regierung und sogar den Präsidenten beurteilten (McCombs/Shaw 1972). Als Folge dieses Prozesses unterlag das Mediensystem zahlreichen Veränderungen. Das fast vollständige Verschwinden der Oppositionsgruppen aus dem audiovisuellen Bereich und die Entstehungen eines mächtigen Propaganda- und Medienapparats der Regierung kennzeichnen diesen Wandel seit 2002.

### 1. Entstehung und Entwicklung der Medien in Venezuela

Aufgrund geringer rechtlicher Vorgaben entsteht in Venezuela schon früh ein weitgehend privat und kommerziell ausgerichtetes Mediensystem, dessen Haupteinnahmequelle die Werbung ist. Schon während der Diktatur von Juan Vicente Gómez (1908-1935) überträgt der Staat die Kontrolle über den Sektor an eine kleine Gruppe der ökonomischen Elite. Binnen weniger Jahre entwickeln sich die Medien zu einem der lukrativsten Geschäfte.

*La Esfera* (1927-1966), *El Universal* (1909) und *El Heraldo* (1922-1958) sind die ersten Zeitungen im 20. Jahrhundert, die im Stil des US-amerikanischen und europäischen Handelsjournalismus auf telegrafische Nachrichten zurückgreifen. Nach dem Tod von Gómez 1935 und dem Beginn einer Transition zur demokratischen Moderne entstehen zur Verbreitung von Ideen und politischen Ideologien die Tageszeitungen *El Popular* (1936), *Orve* (1937) und *Ahora* (1936-1945). Die Regierung von Isaías Medina Angarita setzt ab 1940 eine Garantie des Rechts auf freie Meinungsäußerung durch. In der Folge entstehen die Tageszeitungen *Últimas Noticias* (1941) und *El Nacional* (1943), aber auch ideologisch gebundene Parteizeitungen wie *El País* (1944-1948), *Tribuna Popular* (1948) oder *El Gráfico* (1947-1951); außerdem erfährt der humoristische Journalismus mit den Blättern *El Morrocoy Azul* (1941-1958) und dem Neuerscheinen von *Fantoches* (1941-1948) eine Wiederbelebung. Die entstehende Presse funktioniert unter Einfluss des Wirtschaftsaufschwungs der damaligen Zeit generell nach kommerziellen Prinzipien (Capriles 1976; Álvarez 1990).

Auch die audiovisuellen Medien sind ein lukratives Geschäft. 1926 wird mit AYRE der erste Radiosender Venezuelas gegründet. Die am 9. Dezem-

ber 1930 geschaffene *Broadcasting Caracas* führt den Verkauf von Sendezeit zu Werbezwecken ein. Ganze Programmblöcke werden nun an große Firmen verkauft, die ihre eigenen Unterhaltungsprogramme – “La Caravana Camel”, “Desfiles Chesterfield” oder “Sonrisas Colgate” – produzieren. Die Werbung für eigene Produkte wird getarnt. So entstehen Träume und Illusionen einer neuen Konsumwelt, denen sich die venezolanische Bevölkerung, auch mangels anderen Inspirationen, hingibt.

Das Fernsehen wird 1952 während der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez (1952-1958) – in Anlehnung an das Modell des öffentlich-rechtlichen Fernsehens einiger europäischer Länder – eingeführt. Die Sendelizenzen werden als nationales Gut betrachtet und ihre Vergabe ist exklusive Aufgabe des Staates.<sup>2</sup> Die öffentliche Hand ist für das Programm verantwortlich und nur unter der Prämisse pädagogischer Ziele dürfen in Ausnahmefällen Konzessionen an Dritte vergeben werden. In der Praxis wird jedoch die Ausnahme zur Regel und schon 1953 vergibt der Staat die ersten Konzessionen an Geschäftsleute, die strategische Beziehungen zu US-amerikanischen Firmen<sup>3</sup> unterhalten. Auf diese Weise gründen sich die ersten privaten Fernsehsender “Televisa”, das später in “Venevisión” umbenannt wird, sowie “Radio Caracas Televisión” (Pasquali 1991; Díaz Rangel 1988). Diese Kanäle, die sich von Anfang an vor den oben genannten erzieherischen Aufgaben drücken, konkurrieren mit den staatlichen Sendern und versuchen sie zu verdrängen. Das Mediensystem in Venezuela ist heute in erster Linie privat organisiert. Der Staat hat durch Finanzierung, geringe Kontrollen und der Gewährung von Lizenzen mit langen Laufzeiten zu diesem Umstand beigetragen. Eine Konstante seit der Gómez-Diktatur ist das Desinteresse und die Unfähigkeit der Regierungen, die Entstehung und Entwicklung von öffentlich-rechtlichen Medien zu fördern. Unter anderem, indem “nicht nur die normative Führungsrolle [papel normativo] nicht wahrgenommen wird, sondern nicht einmal die wenigen von der gesetzlichen Ordnung vorgesehenen Regeln umgesetzt werden” (Capriles 1976: 153).

---

2 Siehe dazu auch die unter Eleazar López Contreras entstandenen Gesetze *Ley de Telecomunicaciones* von 1940 und *Reglamento de Radiodifusión* von 1941.

3 Sowohl die *American Broadcasting Company* (ABC), die *National Broadcasting Company* (NBC) und *Columbia Broadcasting System* (CBS) sind über ein solches Beteiligungsmodell auf dem venezolanischen Markt tätig geworden.

### 1.1 Korruption mittels Beziehungen. Interaktionen zwischen Politik und Medien unter den Regierungen des "Punto Fijo"

Die Beziehungen die sich zwischen den Medien und der Politik nach der Rückkehr zur Demokratie 1958 entwickeln, gehen weit über eine einfache gegenseitige Abhängigkeit hinaus. Zwischen beiden Systemen entsteht etwas, was Ulrich Sarcinelli "eine Art Korruption mittels Beziehungen" nennt, in der sich die Rollen von Politikern und Journalisten vermischen (Sarcinelli 1997: 16).<sup>4</sup>

Die privaten Medienunternehmer haben von Anfang an den "Pakt von Punto Fijo" der Parteien AD (*Acción Democrática*), COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) und URD (*Unión Republicana Democrática*) unterstützt, in dem eine konsensuale Demokratie etabliert wurde.<sup>5</sup> In der Folge entwickeln die Medien sich zu Förderern der Parteiführer, was zur Verstärkung ihrer Ideologie und ihrer Interessen führte. Abhängig von der jeweiligen Regierungspartei verschwiegen oder veröffentlichten die Medien Nachrichten, nahmen sich das Recht heraus, Oppositionspolitikern Sendezeit zu verwehren, Vorwürfe von Korruption nicht zu veröffentlichen und Skandale zu verschweigen. Gegen Ende des Jahrhunderts wird das System durch ein Oligopol aus Familien der nationalen Bourgeoisie und Wirtschaftsgruppen, die während des Erdölbooms in den 1960er Jahren entstanden, dominiert.<sup>6</sup>

4 Zum besseren Verständnis für die Entwicklungen, die diese Verzerrung der venezolanischen Gesellschaft erst möglich gemacht haben, empfiehlt sich die Arbeit von Fernando Coronil (1997), in der das Entstehen des demokratischen Systems in Venezuela beschrieben wird und die Interaktionen zwischen Politik und Wirtschaft, die charakteristisch für das System des *Punto Fijo* sind.

5 Nach dem Fall der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez (1952-1958) haben sich die Parteien *Acción Democrática*, COPEI und *Unión Republicana Democrática* dazu entschlossen, die wiederentstandene Demokratie zu schützen, indem sie eine Regierung der "Nationalen Einheit" unter Beteiligung aller Parteien – mit Ausnahme der Kommunistischen Partei – bildeten, egal wer als Gewinner aus den Wahlen hervorgeht. Auf diese Weise sollte ein Regierbarkeitsübereinkommen (*acuerdo de gobernabilidad*) gefunden werden, um eine langfristige nationale Politik zu ermöglichen. Das Abkommen wurde in Caracas am 31. Oktober 1958 unterzeichnet, im "Punto Fijo" genannten Haus des Christsozialen Rafael Caldera.

6 Die Konzentration der Medienmacht wurde hauptsächlich vertreten durch die Familien Cisneros ("Venevisión"), Phelps ("Radio Caracas Televisión", "Radio Caracas Radio"), Otero (*El Nacional*), Mata (*El Universal*), Capriles (*Últimas Noticias*) und De Armas (2001, *Meridiano* und *El Mundo*), Cuscó y Gómez ("Círculo Unión Radio"), Mezerhane ("Globovisión" und die inzwischen nicht mehr erscheinende Tageszeitung *El Globo*) und Camero ("Televen").

In staatlicher Hand verblieben lediglich drei darbende Kommunikationsmedien: “Venezolana de Televisión”, “Radio Nacional de Venezuela” und die Nachrichtenagentur “Venpres”, die weit davon entfernt waren, wie öffentlich-rechtliche Sender zu fungieren. Vielmehr dienten sie dazu, die Regierungshandlungen zu verkünden und für sie zu werben. Sie erhielten lediglich eine verschwindend geringe Menge an Haushaltsmitteln. Der schmale finanzielle Spielraum – maximal 70 US\$ pro Sendestunde – führte zu schlechter Qualität. Aufgabe der Sender war es,

dem Publikum das zu bieten, was die anderen Sender wegen fehlender Rentabilität nicht produzierten: Kultur. Aber unter diesen Bedingungen oszillierte die Einschaltquote der staatlichen Sender zwischen 1,2% in Caracas und 0,6% auf nationaler Ebene (Pasquali 1991: 60).

Dem Staat gehörte noch ein weiterer Fernsehkanal. “Canal 5”, der 1991 seinen Sendebetrieb einstellte. Dessen Sendepflicht wurde jedoch auf Geheiß des Präsidenten Rafael Caldera (1994-1999) verkauft. Im Dezember 1998 entstand so “Valores Educativos Televisión” (ValeTV), eine zivile Organisation, die vorgeblich von der Kirche gesteuert wurde. Tatsächlich befand sich der Kanal jedoch in Händen von “Venevisión”, “RCTV” und “Televen”, drei der vier mächtigsten Privatsender Venezuelas. Deren Geschäftsführer verhinderten auf diese Weise eine Weitergabe der Lizenz an neue Konkurrenten. Dies war das letzte Ereignis einer vierzigjährigen Interdependenz zwischen Regierung und Medien vor dem Beginn einer neuen Phase.

## **2. Die Auseinandersetzungen um die Kontrolle der Medien im neuen Jahrhundert**

Die Veränderungen beginnen 1999 mit der Regierungsübernahme von Hugo Chávez. Durch die Umsetzungen seiner politischen und wirtschaftlichen Pläne<sup>7</sup> in den ersten Jahren der Regierung, verbunden mit dem antiliberalen Diskurs seiner öffentlichen Auftritte, entsteht eine zunehmende Distanz zum wirtschaftlichen Sektor. Die Unternehmer starten in dieser Zeit eine systematische Kampagne in den Medien, um die Regierung und den Präsidenten in Misskredit zu bringen. Durch einseitige Berichterstattung versuchten sie den Vorwurf der Regierungsunfähigkeit von Hugo Chávez zu beweisen. In Leitartikeln, Glossen, Fernsehreportagen und Radiointerviews wurde eine

---

7 Vor allem die Einführung der neuen Verfassung von 1999, die Ankündigung des Entwicklungs- und Sozialplans 2001-2007 und die Dekretierung von 49 Gesetzen, unter anderem eine Bodenreform (*Ley de Tierras*) und des Erdöl- bzw. Gassektors (*Ley de Hidrocarburos Líquidos*).

künstliche politische Krise erschaffen und den Venezolanern eine von den Medien kreierte Realität präsentiert. Mit einer gezielten Auswahl und Verbreitung von Informationen bewiesen die Medien ihre Fähigkeit zur Steuerung der Aufmerksamkeit und der öffentlichen Wahrnehmung bei den wichtigsten Themen.

Die Regierung nutzte ihrerseits die staatlichen Medien zu propagandistischen Zwecken. Sie rechtfertigte dies mit dem Argument, sich gegen das Nachrichtenembargo der privaten Sender zur Wehr setzen zu müssen. Die Haltung der offiziellen Sender beschrieb der Präsident des staatlichen Kanals "Venezolana de Televisión", Vladimir Villegas:

Ja, wir betreiben Propaganda. Aber es ist auch so, dass wir uns in einer Auseinandersetzung mit fünf Kanälen befinden, die sich einer Konspiration zum Sturz der Regierung verschrieben haben. Verlange keine ausgeglichenen Informationen, solange wir in der Schlacht sind. Und ich bin in dieser Schlacht genauso wenig unabhängig wie es "Venezolana de Televisión" ist. Der Kanal hat Stellung bezogen. Dass VTV ("Venezolana de Televisión") staatlich ist, was bedeutet das schon? Die Frequenzen, welche die kommerziellen Kanäle benutzen, gehören auch dem venezolanischen Staat. Sie benutzen sie zur Unterstützung jener Kräfte, die die Regierung stürzen und diesen Kanal schließen wollten (Socorro 2004).

Sowohl die Berichterstattung der privaten Medien als auch die der Regierung vermittelten einseitige Realitäten. Präsident Chávez selbst kritisierte regelmäßig in seiner sonntäglichen Sendung "Aló Presidente" die Opposition und beschimpfte offen die Inhaber der "oligarchischen Medien im Dienste der Bourgeoisie". Als wichtigste Maßnahme zur Schwächung der Botschaft der privaten Medien und vor dem Hintergrund der geringen Reichweite, die das staatliche Radio und Fernsehen zu dieser Zeit hatte, wurde wiederholt auf die Anwendung der sogenannten "Cadenas" in Radio und Fernsehen zurückgegriffen.<sup>8</sup> In der Phase der größten Zuspitzung der Krise im April 2002 nutzte Chávez in 36 Fällen dieses Mittel, zumeist um das reguläre Programm des staatlichen Senders VTV zu übertragen (Correa 2002: 112). Die Privatsender betrachteten das als Amtsmissbrauch und schlossen sich am 11. April 2002 in einer konzertierten Aktion zusammen, in der sie gleichzeitig die Ansprache von Chávez auf der einen Seite des Bildschirms und die gewalttätigen Auseinandersetzungen in der Stadt auf der anderen Seite übertrugen. Mittels ihrer elitenbezogenen Darstellung, der

---

8 Die sogenannten "Cadenas" (Ketten; der Übersetzer) sind Sendungen, die gleichzeitig im gesamten Radio- und Fernsehnetz übertragen werden. Artikel 192 des Telekommunikationsgesetzes (2000) verpflichtet alle audiovisuellen Medien zur Übertragung.



ungenauen Informationslage und der Desinformation bestätigten die Medien – privat und öffentlich – ihre unversöhnliche Position, indem sie grundverschiedene, von übergeordneten Kräften bestimmte Agenden präsentierten, in denen abweichende Positionen nicht vorkamen. Sie wählten die Nachrichten ihrer eigenen Ideologie entsprechend aus, womit sie eine Polarisierung der öffentlichen Meinung bewirkten. Damit schufen sie zwei einzigartige und hermetische Visionen von ein und derselben Realität. Zur gleichen Zeit machten sie den Machtkampf zwischen politischen und ökonomischen Kräften offenbar, die von ihrer jeweiligen Position ausgehend den Wandel der bestehenden Ordnung fördern/verhindern und die Kontrolle über die wichtigsten Entscheidungsorgane erhalten/ersetzen wollten.

### *2.1 Die Konstruktion der Krise. Von der Bedeutung des Satzes “das Auge glaubt, was es sieht”*

Schon in den frühen Studien über öffentliche Meinung wird festgestellt, dass die Massenmedien eine zentrale Rolle in der Konstruktion der Abbilder von Realität haben. Die öffentliche Meinung reagiert nicht auf die Umwelt, sondern auf die von den Medien konstruierte Pseudo-Umwelt (Lippmann 1949). Diese Feststellung wurde durch die Ereignisse des 11. April 2002 in Venezuela erneut bestätigt. An der Brücke Llaguno, einem Ort in der Nähe des Regierungspalastes, kam es zu einer Auseinandersetzung, die mit dem Tod von vier Personen endete. Die privaten Fernsehkanäle übertrugen die Vorgänge *live* und machten ohne vorherige Ermittlungen den Präsidenten für die Toten verantwortlich. Die von “Venevisión” gesendeten Bilder wurden von einem Gebäude nahe der Brücke aufgenommen. Aus dem Blickwinkel der Kamera konnte man einige Personen sehen, die sich hinter drei Säulen aus Beton versteckten und nach vorne schossen. Obwohl nicht zu erkennen war, auf wen sie schossen, versicherte der Journalist von “Venevisión”, dass unschuldige Demonstranten der Opposition das Ziel seien, die friedlich für den Rücktritt von Chávez demonstrierten. Diese Darstellung wurde von den privaten Medien unzählige Male wiederholt, wodurch sich diese Version der Realität in der öffentlichen Meinung festsetzte. Die vom Journalisten vermittelte Sicht, gestützt durch die vermeintliche Authentizität, welche die *live*-Übertragung von den Ereignissen vermittelt, erschuf eine mediale Wirklichkeit, mit der eine politische Realität geschaffen wurde: die Schuld von Hugo Chávez. Es zeigte sich die Macht des Fernsehens, wie sie Sartori definiert:

Mit dem Fernsehen ist die Autorität eine Vision von sich selbst, die Autorität des Scheins. Es spielt keine Rolle, dass Bilder mehr betrügen können als Worte.

Wichtig ist, dass das Auge glaubt was es sieht; deshalb ist die höchste kognitive Autorität das, was wir sehen. Was wir sehen, scheint "real", weshalb wir es für wahr halten (Sartori 2002: 76).

Aufgrund dieser Vorgänge und der behaupteten Schuld von Chávez erschien im Fernsehen eine Gruppe Militärs, die sich gegen die Befehlsgewalt des Präsidenten auflehnte. Nach langen Stunden der Verhandlungen und großer allgemeiner Verunsicherung verkündeten die Medien in den frühen Morgenstunden des 12. April den Rücktritt von Hugo Chávez und die Übernahme der Amtsgeschäfte durch Pedro Carmona Estanga, dem Präsidenten des Unternehmerverbandes FEDECAMARAS (*Federación Nacional de Cámaras y Asociaciones de Comercio y Producción de Venezuela*). Der Verlauf der Ereignisse wurde vor allem durch die von den Medien übertragenen Nachrichten bestimmt. Die Abdankung des Präsidenten, später als Staatsstreich bezeichnet, wurde von den Medien als zivil-militärischer Ungehorsam in einem entstandenen Machtvakuum dargestellt, eine Idee, die sich offensichtlich in der öffentlichen Meinung festgesetzt hat, wie eine Umfrage des venezolanischen Umfrageinstitutes Datanálisis zeigt.<sup>9</sup>

Die Zeitungen legitimierten und verstärkten diese vom Fernsehen übertragenen Vorstellungen noch weiter. Die Zeitung *Tal Cual* betitelte ihren Leitartikel am folgenden Tag mit "Chao Hugo" und schrieb:

Bis zum Ende lebte er in einem Delirium, das ihn schließlich stürzte, und seine letzte Amtshandlung war wahrlich kriminell. [...] Durch den Hinterhalt, welcher der Demonstration gestellt wurde, ist es offensichtlich, dass Chávez sich während seiner Rede absolut bewusst war, wie seine Leute zur gleichen Zeit aus dem Hinterhalt Dutzende Mitbürger ermordeten. Es war eine schmachvolle Aktion ohne Beispiel in der jüngeren Geschichte unseres Landes (*Diario Tal Cual*, 12. April 2002, Caracas, S. 1).

Die Zeitung *Abril* schrieb auf der ersten Seite:

[...] Chávez wird wegen Verfassungsbruchs verurteilt werden und wegen seiner geistigen Verantwortung für die Morde, die seine Horden gestern begangen haben (*Abril*, 12.04.2002, S. 1).

Der Informationsflut, die die politische Krise vom April 2002 begleitete, folgte eine gespenstische Stille. Von der Bombardierung mit Informationen

9 Der Studie zufolge glaubten nur 28,4% der Venezolaner, dass es sich bei den Ereignissen vom 11. April 2002 um einen Staatsstreich handelte, während mehr als 65% der Bevölkerung der Meinung waren, dass es sich um ein Machtvakuum oder eine zivil-militärische Erhebung gehandelt habe. Außerdem waren 55% der Befragten der Meinung, dass Präsident Hugo Chávez für die Vorgänge im April 2002 vor Gericht verurteilt werden müsse (Datanálisis 2007).

zur totalen Desinformation waren die Venezolaner Medien ausgesetzt, die nahezu allmächtig die Vorgänge öffentlich machen oder verschweigen konnten. Vor dem Hintergrund der gewaltsamen Entwicklungen, die dem Rücktritt von Chávez folgte, verhängten sie absolute Stille, um der medialen Wahrnehmung bis zum Schluss ihre vorgefertigte Konstruktion der Realität vorzuspielen. Einer der rebellierenden Generäle, Vizeadmiral Héctor Ramírez Pérez, ließ keinen Zweifel an der bedeutenden Rolle, die die Medien in dem Konflikt spielten:

Glücklicherweise verfügen wir mit den Medien über eine starke Waffe. Das venezolanische Volk hat heute gesehen, dass weder das Heer noch die Streitkräfte einen Schuss abgegeben haben. Unsere Waffen waren die Medien. Und ich möchte diese Gelegenheit nutzen, ihnen dazu zu gratulieren. Denn sie waren die großen Protagonisten dieser Ereignisse (Pacheco 2002).

## *2.2 Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Die Medien sind gut darin, uns zu sagen, was und wie wir denken sollen*

Am 2. April 2002 begann in Venezuela ein unbegrenzter Generalstreik, dessen Hauptziel war, die Erdölindustrie lahmzulegen, um mittels der entstehenden Wirtschaftskrise Hugo Chávez aus dem Amt zu treiben. Mit diesem Streik trat der Konflikt zwischen den beiden verfeindeten Blöcken in eine neue Phase. Fest in ihre ideologischen Blöcke integriert, fungierten sie offen als Agenten/Sprecher der Regierung bzw. der oppositionellen Gruppen, mit dem erklärten Ziel der Polarisierung des Konfliktes. Der Streik wurde aus den Führungsetagen der großen Firmen und Medienkonzerne geführt. Die traditionellen Politiker bekamen in den Medien keine Plattform und wurden verdrängt. "Wie einige politische Anführer selbst zugaben, waren es die Medien, die die Entscheidung gefällt haben, den totalen Stillstand für unbegrenzte Zeit fortzusetzen" (Cañizález 2004: 2). Sie setzten sich durch die Doppelrolle von Autor und Mediator in eine Machtposition, die nicht unterschätzt werden sollte. Die Radio- und Fernsehsender setzten ihr normales Programm aus und berichteten permanent über den Streik. Während der gesamten sechs Streikmonate übertrugen sie konzertiert jeden Tag um sechs Uhr abends eine Zusammenfassung der von den Oppositionsführern durchgeführten Streikaktionen. Auch die Zeitungen unterstützten den Ausstand. Auf den Titelseiten fanden sich Überschriften wie "PDVSA zurückerobert" (*El Universal*, 13.12.2002), "Chávez, hau ab" (2001, 15.12.2002), "Der Streik wird weitergehen, bis Chávez abtritt" (*El Nacional*, 21.12.2002).

Zur Ausweitung der Krise veröffentlichten sie keine Wirtschaftsmeldungen mehr und führten stattdessen eine Werbekampagne gegen die Regie-

rung. Über subtile Techniken – Symbole, Grafiken, Jingles – sollte das Publikum emotional für die Notwendigkeit des Konfliktes und die Initiative für weiterführende Aktionen eingenommen werden. Es wurde dabei an generelle Emotionen wie Liebe zum Vaterland, Friedensverbundenheit und Freiheit appelliert. Die Übertragungen der Demonstrationen auf den privaten Sendern wurden mit Texten sowie Hoffnung und Optimismus verbreitender Musik unterlegt. Dies sollte die Unterstützung der Bevölkerung bewahren. Die insgesamt 17.600 verschiedenen Werbenachrichten, die während des Streiks verbreitet wurden, konzentrierten sich in ihrem Anliegen auf den Rücktritt des Präsidenten (Abreu Sojo 2003). Die staatlichen Medien ihrerseits versuchten in ihren Meldungen den Streik als Fehlschlag darzustellen und die Opposition zu diskreditieren. Über den Kanal “Venezolana de Televisión” wurde versucht, das Bild eines Landes im Zustand der absoluten Normalität zu vermitteln, während in der Wirklichkeit das öffentliche Leben durch den Treibstoffmangel beinahe zum Erliegen gekommen war.

### 2.3 Das Zurechtschneiden von Nachrichten: Vom Referendum zum Betrug.

*Wir verstehen die Dinge nicht instinktiv, sondern lernen, wie wir sie verstehen*

Der Streik wurde später erfolglos beendet. Die Opposition rief gleichzeitig dazu auf, genügend Unterschriften für ein Abwahlreferendum gegen Chávez zu sammeln. Ab diesem Moment begannen die Medien mit einer durchgängigen Informationskampagne – Pre- und Postreferendum – die auf drei Argumenten basierte: die Regierungsunfähigkeit von Hugo Chávez, die Unwissenheit und Unfähigkeit des Nationalen Wahlkomitees und – nach dem Referendum – der Wahlbetrug. Von Beginn der Kampagne bis zur Durchführung des Referendums am 15. August 2004 machten die Medien das Thema zum Mittelpunkt ihrer Berichterstattung. Zur Bestimmung, Interpretation und Evaluation des Wahlprozesses, der Politiker und Regierungsorganisationen wurden vor allem Attribute wie “Betrug”, “Sabotage” und “Amtsanmaßung” verwendet. Die Zeitung *El Universal* verwendete nach einer Studie hauptsächlich Quellen der Opposition (52,3%), weniger institutionelle (29,2%) und beinahe gar keine Regierungsquellen (*Observatorio Global de Medios* 2004). In den staatlichen Medien war über den Aufruf zur Abberufung von Chávez beinahe nichts zu vernehmen.

Die Opposition bereitete die Berichterstattung über das Referendum unter zwei möglichen Szenarien vor: Sieg oder Wahlbetrug der Regierung mittels Manipulation der Wahlcomputer. Die privaten Medien sprachen bereits

vor der Abhaltung der Wahl von Betrug und bezeichneten den ganzen Wahlvorgang als wenig transparent. Sie beschimpften die Direktoren des Nationalen Wahlkomitees und hinterfragten die Verwendung von Computern, die das bis dato verwendete Auszählen per Hand ablösen sollte (Britto García 2005: 30). Obwohl Hugo Chávez das unter internationaler Beobachtung durchgeführte Referendum am 15. August 2004 für sich entscheiden konnte, führte die Presse die Strategie der Opposition weiter. Das Wahlergebnis wurde nicht anerkannt und die Forderung nach Neuwahlen kam auf. Auch in der Folge wurden die Nachrichten verzerrt wiedergegeben. Am Tag nach der Wahl lobten die wichtigsten Medien die Zivilcourage der Bürger im Wahlgang. Vom Sieger war wenig die Rede. “Venevisión” eröffnete seine Nachrichtensendung mit einem Bericht über Ausschreitungen und Rangeleien während des Wahlgangs. Erst später wurde das Ergebnis, ohne Chávez explizit als Gewinner zu nennen, verkündet.

Nach dem Scheitern aller drei Versuche, Chávez zu stürzen – Staatstreik, Ölstreik und Abberufungsreferendum –, stellte diese letzte Niederlage einen Wendepunkt in den politisch-ökonomischen Beziehungen der Wirtschaftsführer zu Chávez dar. Ermüdet durch die jahrelangen Auseinandersetzungen und angezogen durch den wichtigsten Ölboom in der Geschichte des Landes, gaben sie fortan die Parole des “Miteinander Auskommens” aus. Seitdem hat sich ein radikaler Wandel im Mediensystem vollzogen.

### **3. Die Transformation der Medienlandschaft**

Auf die Ereignisse der Jahre 2002-2004 folgte ein nahezu obsessives Streben der Regierung, die Medien zu kontrollieren. Auf verschiedenen Wegen – vor allem juristisch, aber auch über den Abbau alter und den Aufbau neuer Strukturen – wurde eine Strategie der Verdrängung verfolgt, mit der eine Vormachtsstellung in dreifacher Hinsicht konsolidiert werden sollte:

1. Veränderung der Rechtsgrundlagen, um die oben beschriebenen Vorgehensweisen der privaten Medien zu verbieten.
2. Ausschaltung aller störenden Elemente mittels eines Paktes der Autzensur, der Steuerung von Regierungsaufträgen (Werbung), dem Kauf von Firmen, der Einschüchterung, Zurückhalten von Informationen und dem Konzessionsentzug.
3. Die Stärkung und der Ausbau der sich in Händen der Regierung befindlichen Kommunikationskanäle.

### 3.1 Neue Szenarien, neue Gesetze, neue Aktionen. Das Gesetz über die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen als Antwort auf den Konflikt

Die Regierung Chávez, die noch 2000 mittels des Telekommunikationsgesetzes das komplette Fernseh- und Radiospektrum an private Unternehmer übertragen hatte, machte sich nur zwei Jahre später daran, den gesamten Prozess umzukehren. Zu diesem Zweck wurde das "Gesetz über die soziale Verantwortung von Radio und Fernsehen" (2004) entworfen, mit dem die von den Medien verbreiteten Nachrichten kontrolliert werden können. Mit dem Argument, die ethische und politische Unabhängigkeit der Medien zu sichern (*Ley de Responsabilidad Social en Radio y Televisión* 2004),<sup>10</sup> wurde ein rigides Sanktionssystem geschaffen, das den Beginn einer Phase der Einschüchterung einläutete, die, wenn sie auch nicht als Zensur bezeichnet werden kann, doch in jedem Fall zu einem Verhalten der Selbstzensur führte. Unter dem Vorwand des Schutzes der Konsumenten, vor allem der Kinder und Jugendlichen, werden unpräzise Vorgaben zu Sprache, Sex und Gewalt gemacht, die subjektiv sind und Spielraum für Interpretationen lassen. Im Gesetzestext werden strafbare Handlungen wie in einem Katalog aufgelistet (Art. 28, Abs. 1-4; Art. 29, Abs. 1). Viele Aktionen der privaten Medien in den Jahren 2002 bis 2004 lassen sich hier einordnen. Als Sanktionen für Verstöße drohen Geldbußen, die Suspendierung oder der Verlust der Sendelizenz zugunsten der Verbreitung von Kultur- und Bildungsnachrichten. Das Ziel der kulturellen Bildung reiht sich ein in eine Liste von zivil- und strafrechtlichen Sanktionen. Beides wird erneut nur als Randthema behandelt, das nur als Zwangsmittel in die öffentliche Kommunikation eingeführt wird. Um die Kontrolle über die Sanktionsmöglichkeiten zu gewährleisten, wird mit dem Gesetz die "Direktion für soziale Verantwortung" eingerichtet. Dieses hauptsächlich von der Regierung kontrollierte Gremium kann nicht nur über die Verhängung von Sanktionen entscheiden, sondern beschließt auch die Verlängerung von Sendelizenzen. Als eine weitere Maßnahme wird dem Informations- und Kommunikationsministerium noch die Aufgabe übertragen, die tägliche, kostenlose und verpflichtende Verbreitung der Staatsnachrichten und -ansprachen über Radio und Fernsehen zu regeln.

Als erstes Ergebnis des neuen Gesetzes ließ sich bei den Privatmedien eine neue Tendenz der Selbstzensur beobachten. Meinungs- und Interview-

---

<sup>10</sup> *Ley de Responsabilidad de Social en Radio y TV (Exposición de Motivos)*. Veröffentlicht in *Gaceta Oficial* Nr. 38.081 am 07.12.2004 und verändert am 12.12.2005, vgl. *Gaceta Oficial* Nr. 38.333.

sendungen wurden reduziert und einige potentiell "sanktionswürdige" Journalisten wie Marta Colominia und César Miguel Rondón von "Televen", Napoleón Bravo von "Venevisión" sowie Marietta Santana von "La Tele" entlassen. Zudem wurde in den Nachrichtensendungen "objektiver" berichtet bzw. problematische Themen ausgespart. Dieses Phänomen, welches auch in der (von Regierungsanzeigen abhängigen) Presse zu beobachten ist, wurde durch die Reform des Strafgesetzbuches 2005 noch weiter verstärkt. Das neue Gesetz stellt die Beleidigung von öffentlichen Amtsträgern unter Strafe. Bei Nachweis von Diffamierung, Herabwürdigung oder Respektlosigkeit können bis zu 15 Monate Haft verhängt werden. Es wurden bereits Ermittlungen gegen einige Journalisten eingeleitet. Die Zeitung *Tal Cual* wurde für einen humoristischen Artikel, in dem die Tochter des Präsidenten erwähnt wurde, angeklagt und verurteilt. Der Direktor der Tageszeitung *Últimas Noticias*, Eleazar Díaz Rangel, behauptet, einen Drohbrief vom Wirtschaftsminister erhalten zu haben, in dem ihm mit der Anwendung der oben genannten Maßnahmen gedroht wird, nachdem in der Zeitung über Korruption beim Bau einiger Fabriken berichtet worden war.

Das Gesetz führt aber auch zu beachtlichen Veränderungen im kulturellen Bereich. Sender mit Musikprogrammen müssen mindestens 50% ihres Programms Musik nationaler Produktion und weitere 10% Musik lateinamerikanischer und karibischer Herkunft widmen. Damit wurden zwei Dinge erreicht. Einerseits wurden die Sender durch diese neue Kulturpolitik gezwungen, die Logik ihrer Programmauswahl auf eine Art nachhaltig zu verändern, die in Zeiten der Globalisierung bis dato undenkbar erschien. Zum anderen nahm die bis dahin zwar beliebte, jedoch nur wenig gesendete venezolanische Musik einen wichtigen Platz im Programm ein und wurde so zu einem dynamischen und bedeutenden Faktor.

Ebenso wie der oben beschriebene Artikel 50 des Bildungsgesetzes stellt auch die 2004 von der Nationalversammlung beschlossene Reform des Strafrechts eine neue Möglichkeit zur Zensur der Medien und Beschränkung der Informationsfreiheit dar. Dieses Reglement widerspricht der eigentlichen Norm der Nichtbestrafung von Ehrendelikten, wenn sich diese gegen öffentliche Beamte richten. Es sieht Freiheitsstrafen von zwei bis fünf Jahren für Individuen vor, die

durch die Verbreitung falscher Informationen in egal welchem Medium (Print, Radio, Fernsehen, Telefon, elektronische Datenübertragung oder Flugblätter) öffentliche Panik oder Unruhe hervorrufen oder das Vergehen der Diffamierung, Ungehorsam, Respektlosigkeit gegen die Obrigkeit öffentlicher Ämter und ihrer Amtsträger (Art. 297-A. Strafgesetzbuch 2004).

### 3.2 Die Neuausrichtung der Herausgeberschaft.

#### *Taktiken und Strategien zur Errichtung einer neuen Hegemonialstellung*

Der 18. Juni 2004 symbolisiert den Beginn der neuen Entwicklung. An diesem Tag fand ein Treffen zwischen Hugo Chávez, dem ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter und dem Geschäftsmann Gustavo Cisneros<sup>11</sup> auf der Militärbasis "Fuerte Tiuna" statt. Der Sender "Venevisión", dessen Sendelizenz auslief, änderte in der Folgezeit sein Verhalten gegenüber Chávez grundlegend. Noch 2002 hatte "Venevisión" Chávez als Faschisten beschimpft. Doch schon 2006 war ein Reporter des Senders Teil einer auserlesenen Gruppe, die den Präsidenten im Regierungspalast "Miraflores", nur wenige Tage vor der Präsidentenwahl, exklusiv interviewen durfte (Rodríguez et al. 2006). Deutlich wurde der Sinneswandel Cisneros, als sein Kanal "Venevisión" absolutes Stillschweigen über den Skandal bewahrte, den die Nicht-Erneuerung der Konzession für den ältesten venezolanischen Sender "RCTV" auch international hervorrief:

Diese Aggressionen und Attacken in ihren diversen Ausprägungen müssen vor dem Hintergrund der politischen Polarisierung gesehen werden, die Venezuela derzeit erlebt und die auf die eine oder andere Weise Millionen Venezolaner betrifft. Vor diesem Hintergrund sollten auch die geschäftlichen Entscheidungen von "Venevisión" gesehen und interpretiert werden, die, dem geänderten rechtlichen Rahmen angepasst, sicherstellen sollen, dass der Kanal auch in Zukunft ein unabhängiges Medium bleibt, das Unterhaltung bietet und ein ausgewogenes Bild einer komplexen Realität liefert (Cisneros 2007).

Dem Strategiewechsel von "Venevisión" folgten "Televen", der drittgrößte Fernsehsender, und die Tageszeitung *El Nacional*, die ohne eine vollständige Aufgabe ihrer kritischen Position doch eine moderatere Haltung einnahmen und an herausgehobener Stellung auf ihren Meinungsseiten für Regierungsvertreter Platz machte – unter anderem für Informationsminister Willian Lara, für den ehemaligen Präsidenten von "Venezolana de Televisión", Vladimir Villegas, sowie für Mary Pili Hernández, die Vizeaußenministerin. Ein Bericht der Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union zu den Präsidentenwahlen 2006 spricht nicht nur von der politischen Polarisierung,

---

11 Gustavo Cisneros ist Aktionär und Präsident von "Venevisión", des wichtigsten Fernsehkanals nach der Schließung von "RCTV". Er ist wahrscheinlich der einflussreichste Geschäftsmann Venezuelas und seine politischen und geschäftlichen Verbindungen mit der Familie Bush verschafften ihm eine herausgehobene – einige behaupten entscheidende – Stellung im Staatsstreich von 2002. Jimmy Carter war in Caracas im Auftrag und als Vermittler und Beobachter des internationalen "Carter Center".



sondern auch der Entwicklung des Mediensektors. Hierbei findet auch die Neuausrichtung von “Venevisión” und “Televen” Erwähnung:

Der Ton von “Televen” und “Venevisión” war generell recht unkritisch gegenüber beiden Lagern, jedoch rein quantitativ in beiden Fällen vorteilhaft für die offizielle Position. “Venevisión” widmete 84% seiner Informationssendungen der Regierungsposition und nur 16% jener der Koalition *Unidad*, während “Televen” 68% der Zeit über Chávez Koalition sendete und 32% über Rosales (Elecciones Venezuela 2006).

Chávez erklärte zu diesem Thema “[...] dass er mit niemanden ein Ehrenabkommen geschlossen habe, außer mit dem Volk” (Chávez 2007). Trotzdem wurde die Lizenz von “Venevisión” am 4. Mai 2005 von der *Comisión Nacional de Telecomunicaciones* verlängert, wenn auch nur um fünf statt der beantragten fünfundzwanzig Jahre.<sup>12</sup> Eine ähnliche Annäherungsstrategie wie die großen Firmen verfolgten auch die vom “Circuito Venezolano de Televisión”<sup>13</sup> vertretenen lokalen Privatsender, die bei dessen Gründung als eines ihrer Hauptziele die Schaffung “einer strategischen Allianz mit dem Ministerium für Kommunikation und Information zur Veröffentlichung von Nachrichten über die Handlungen der Regierung” (Agencia Bolivariana de Noticia, 14.04.2007) anführte. Eine weitere Strategie zur Einschränkung politischer Abweichung war eine Beschneidung des Zugangs zu offiziellen Informationen. Der sogenannte “Kommunikationsstrategieplan 2007” sieht eine strikte Kontrolle der vom Vizepräsidenten und den Ministerien bzw. deren Pressestellen veröffentlichten Informationen vor und verbietet ihnen die “Veröffentlichung von Presseerklärungen, die der vom Präsidenten vertretenen Haltung widersprechen”. Eine Anordnung des Innen- und Justizministeriums verbietet es Polizeifunktionären und Vertretern öffentlicher Einrichtungen im Allgemeinen, vom Ministerium für Kommunikation und Information vorher nicht genehmigte Erklärungen abzugeben (Ministerio de Interior y Justicia, 15.01.2007). Zudem wurden die für den Präsidentenpalast vergebenen Presseausweise abgeschafft, womit der Zugang täglich aufs Neue von der *Casa Militar* geregelt wird.

Die Regierung, durch ihre zahlreichen Institutionen und Staatsfirmen größter Auftraggeber für Werbung in Venezuela, sowie die Provinz- und

12 Eine Auflistung der vergebenen Frequenzen findet sich auf der Homepage der Kommission: <www.conatel.gov.ve>.

13 “CONTIC TV” (Apure), “Nautavisión” (Bolívar), “DAT TV” (Carabobo), “TV Familia” (Caracas), “TV Proclamación” (Lara), “Jerga Visión” (Lara), “Somos TV” (Lara), “V+TV” (Lara), “Sol Televisión” (Miranda), “Telesol” (Sucre), “Olimpica Televisión” (Sucre), “Canal 21” (Táchira), “Atel TV” (Zulia) und “Telecolor” (Zulia).

Stadtregerungen (fast ausschließlich in chavistischer Hand), spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Ausübung von Druck auf den privaten Kommunikationsmarkt. Werbeaufträge werden gezielt nur an jene Medien vergeben, die ausreichend gefällig publizieren und eindeutig offizielle Tendenzen aufweisen. Bestes Beispiel hierfür ist die auflagenstärkste venezolanische Boulevardzeitung *Últimas Noticias*. In dem Bewusstsein, dass ihre Leser auf Grund ihrer natürlichen Einstellung Anhänger von Chávez sind, beschlossen die Eigentümer einen Wandel. Mit der Ernennung von Eleazar Díaz Rangel, einem bekannten Journalisten, der ehemals in der kommunistischen Partei aktiv war, zum Direktor nimmt das Blatt eine "neutrale Position" ein, die von vielen als extreme Bejahung bezeichnet wird. Dies hat dazu geführt, dass die Zeitung beinahe eine Monopolstellung bei den öffentlichen Werbeaufträgen innehat.

Diese Obsession, alle audiovisuellen Medien zu kontrollieren, wurde durch den Kauf von CMT (*Canal Metropolitano de Televisión*) durch "Tele-sur" (einem Sender, der von mehreren südamerikanischen Staaten betrieben wird) am 12. Dezember 2006 fortgesetzt. Ähnliches geschah auch mit der Sendefrequenz des Musiksenders "PumaTV". Dieser wurde durch den Reedereibesitzer und wichtigsten Auftragnehmer von *Petróleos de Venezuela* (PDVSA), Wilmer Ruperti, gekauft und sendete ab dem 5. Oktober 2007 unter dem Namen "Canal i" vor allem Informations- und Meinungssendungen. Auch wenn dieser Sender vielleicht nicht als offen regierungsstützend bezeichnet werden kann, stellt er diese, offensichtlich wegen der Beziehungen seines Besitzers, auch nicht in Frage. Den Höhepunkt dieses Änderungsprozesses stellt aber zweifellos die Nicht-Erneuerung der Sendelizenz von RCTV (*Radio Caracas Televisión*), dem größten Sender des Landes mit hohen Einschaltquoten und Nachrichten- und Informationssendungen mit eindeutig oppositionellen Inhalten, dar. Das Ende seiner Übertragungen am 27. Mai 2007, legal in seiner Form, jedoch autoritär und despotisch in seiner Ausführung, offenbart – in Verbindung mit dem Umschwenken von "Venevisión" und "Televen" – die Strategie der Regierung, eine Zensur oder Selbstzensur im Kommunikationssektor zu erreichen. Die Schließung stellt außerdem eine gefährliche Verdrängung der politischen Opposition aus dem audiovisuellen Raum dar. Seitdem gibt es keinen Sender mit nationaler Verbreitung mehr, der regierungskritische Nachrichten und Informationen anbietet. Der einzig verbliebene kritische Nachrichtensender "Globovisión" (seine Reichweite ist begrenzt, da er nur im Großraum Caracas über Antenne

empfangen werden kann, im Rest des Landes nur über Kabel) ist Ziel ständiger Bedrohungen und Attacken:

Vorsicht Globovisión! Ihr wisst, bis wohin Ihr gehen dürft. Ich empfehle Euch, genau abzuwägen, wie weit Ihr geht. Wenn Ihr wollt, macht nur weiter so. Wenn Ihr wollt, ruft weiter zum Ungehorsam auf. Ruft zum Herrschermord auf, wie gestern Abend [...]. Ich empfehle Euch, ein Beruhigungsmittel zu nehmen. Macht es ein bisschen ruhiger. Wenn nicht, werde ich die Herren von Globovisión ruhig stellen, genauso wie jeden anderen, der offen provoziert.<sup>14</sup>

Am Freitag, dem 31. Juli und am 1. August 2009 wurden 32 Radiosender mit nationaler und regionaler Verbreitung sowie zwei regionale Fernsehsender von der Regierung geschlossen.<sup>15</sup> Die Begründung lautete, dass viele dieser Sender die für den Betrieb notwendigen legalen Voraussetzungen nicht erfüllten. Einige Sender hatten sich nicht rechtzeitig um die Erneuerung ihrer Konzessionen gekümmert bzw. diese durch den Tod der eingetragenen Besitzer verloren. Die eigentlichen Beweggründe der Regierung waren jedoch, wie im Fall RCTV auch, rein politischer Natur. Unter den geschlossenen Firmen finden sich fünf Sender der CNB-Gruppe, dessen Inhaber Nelson Belfort Yibrín eine kritische Haltung gegenüber der Regierung einnimmt. Der Minister für Öffentliche Aufträge und Direktor des Nationalen Rates für Telekommunikation (CONATEL), Diosdado Cabello, erklärte, er habe die Anordnung zur Schließung vom Präsidenten Hugo Chávez bekommen:

Wir haben Instruktionen vom Kommandanten erhalten, dem Latifundium im Radio und den Medien ein Ende zu machen, und das werden wir tun. [...] Wenn die Oligarchie ihre Privilegien nicht im Guten abgibt, wird das Volk sie ihnen im Schlechten abnehmen. Und in diesem Fall, hier in Venezuela, ist das Volk die Regierung (*El País*, 01.09.2009).

Zusätzlich gibt es noch eine Aktion mit sehr weitreichenden Folgen für den Telekommunikationssektor: Die Wiederverstaatlichung der *Compania Anó-*

14 *Ministerio de Comunicación y Telecomunicación*: In Kette gesendete Nachricht des Präsidenten Hugo Chávez, 29. Mai 2007, Venezolana de Televisión: Caracas. (Auch abrufbar unter <www.abn.gov.ve>).

15 Die 32 Radiosender sind: "1130 AM" (Amazonas); "Orbita 107.5 FM" und "970 AM" (Anzoátegui); "96.9 FM" (Bolívar); "100.1 FM" und "98.3 FM" (Carabobo); "CNB 102.3 FM" (Caracas); "1270 AM" (Delta Amacuro); "CNB 100.1" und "96.1 FM" (Falcón); "99.1 FM" (Guárico); "106.3 FM" (Mérida); "1520 AM", "Emisora FM", "1550 AM", "97.1 FM", "92.1 FM", "Radio Barlovento 1230 AM", "96.9 FM" (Miranda); "99.1 FM", "92.9 FM", "1140 AM" (Nueva Esparta); "1170 AM" (Portuguesa); "103.3 FM", "600 AM" (Sucre); "730 AM" und "94.5 FM" (Táchira); "106.9 FM" (Vargas); "105.1 FM", "102.1 FM", "1430 AM" und "1300 AM" (Zulia). Außerdem die beiden Fernsehsender "7 TV" (Bolívar) und "Canal 26 UHF" (Vargas).

nima Nacional Teléfonos de Venezuela (CANTV). Diese 1991 während des Höhepunktes neoliberaler Politik privatisierte Telefonfirma kontrolliert ein Monopol im Festnetzbereich und beinahe die Hälfte des Mobilfunk-, Satelliten-, Internet- und Emailsektors. Die im Rahmen des “Plan Simón Bolívar 2007-2013” erfolgte Verstaatlichung im Februar 2007 komplettiert den Reorganisationsprozess im Informations- und Telekommunikationssektor.

### *3.3 Die Neuordnung der Medienwelt durch den Staat. Die Wandlung von öffentlich-rechtlichen zu Regierungsmedien*

Der in den letzten Jahren ausgetragene Konflikt um die Vorherrschaft zwischen Regierung und privaten Medien verdeutlicht die prekäre Lage und Unfähigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien. Folge war die Einsicht der Regierung in die Notwendigkeit einer Kapazitätsausweitung, die eine ideologische Neuordnung hin zu einem für die Ziele von Hugo Chávez vorteilhaften Verständnis herbeiführen sollte:

Für die künftige strategische Ausrichtung ist der Kampf um die Ideen und die Herzen der Menschen wichtigste Aufgabe im ideologischen Bereich. Dafür ist es notwendig, einen neuen Plan zu entwerfen, der in eine Hegemonie des Staates im Bereich der Kommunikation und Information führt: eine Hegemonie im gramscianischen Sinne aufzubauen (Weffer 2007).

Die Sendemacht des Staates wurde auf Kosten der privaten Anstalten ausgedehnt. So verwandelt sich jener Staat, der sich noch 2002 als wehrloses Opfer einer medialen Verschwörung bezeichnete, zum mächtigsten Förderer, Financier und Eigentümer der Medien des Landes. Von den in seinem Besitz befindlichen Medien sind folgende transnational tätig: eine Nachrichtenagentur, sechs Fernsehsender, zwei Radiosender, eine Tageszeitung und unzählbar viele Druckerzeugnisse und Zeitschriften, die unregelmäßig oder nur kurzzeitig erscheinen, 35 gemeinnützige (*comunitario*) Fernseh- und 226 Radiosender,<sup>16</sup> unzählige Internetportale, -seiten und Blogs, sowie die bereits erwähnte Firma CANTV, die eine fast vollständige Kontrolle der Telekommunikation ermöglicht. Hinzu wird noch der Internet- und Satellitenanbieter “Simón Bolívar” kommen, der die Ausweitung des Sendebereichs auf fast ganz Lateinamerika ermöglichen wird.

Diese Gruppe ermöglicht ein System der Synergien, die die Fähigkeit zur Errichtung und Überwachung eines mächtigen Propagandaapparates ermög-

<sup>16</sup> Dies sind die offiziell gemeldeten Sendegenehmigungen. Verschiedene Quellen schätzen, dass zwischen 300 und 3.000 illegale Sender existieren könnten. Außerdem ist zu bedenken, dass der Boom der kommunikativen Sender weiter anhält.

licht. Die *Agencia Bolivariana de Noticias* (früher *Venpres*) und ihr umfassendes Korrespondentennetzwerk kümmert sich um die Versorgung mit Informationen aus staatlichen Quellen, die unverändert im ganzen Land durch die Zeitung *VEA* und die Nachrichtensendungen von “Radio Nacional de Venezuela”, “YVKE Mundial”, “Venezolana de Televisión”, “Vive TV”, “ANTV” und “TVes” verbreitet und später durch das gesamte Netz elektronischer Schnittstellen wiederholt werden. “ANTV” (*Asamblea Nacional Televisión*, gegründet im Mai 2005) überträgt exklusiv die Parlamentsarbeit. “ViveTV” (gegründet 2003) fungiert als gemeinsamer Produzent der kommunalen Sender, deren kurze Dokumentarfilme über die Erfahrungen neuer Kooperativen und binnenorientierten Kleinproduzenten anstelle der im öffentlichen Fernsehen nicht erlaubten Sensationsberichterstattung gesendet werden. “Telesur” – 2005 als Kooperation mehrerer Staaten gegründet und heute mit Beteiligung von Venezuela, Argentinien, Kuba, Bolivien, Nicaragua und Ecuador, nach Aussage seiner Gründer “erstes antihegemoniales Kommunikationsprojekt, das Südamerika im Fernsehbereich erlebt” (Petrich 2007) – kümmert sich um eine internationale Verbreitung. Gleichzeitig ermöglicht das Netz von ausländischen Reportern in den beteiligten Ländern die Verkündung einer “anderen Sicht” der Welt. “VEA” sowie das Internetportal “Aporrea.org” und verschiedene Druckerzeugnisse liefern genügend Material für die Meinungs- und Interviewsendungen von “Venezolana de Televisión”, “dem Kanal für alle Venezolaner”.

### 3.4 Freie Radio und Fernsehsender. Der Boom der “alternativen” Medien

Errichtet, um die “freie und pluralistische Kommunikation der Gemeinschaften (*comunidades*) zu ermöglichen”,<sup>17</sup> haben die freien Radio- und Fernsehsender zusammen mit anderen alternativen Medienformen wie Blogs, Flugblättern, Graffiti, Litfasssäulen und Informationsnetzen eine wichtige Rolle in der Entwicklung der öffentlichen Debatte seit 1999, und dies vor allem im Kontext der Strategie, die privaten Medien als “Prozess der Sozialisation des Kommunikativen und Rundfunkbereichs” zu ersetzen. Das Entstehen dieser kleinen Organisationen, die traditionell lokal und kollektiv organisiert sind, verbindet sich in Zeiten des Chavismus mit neuen Organisationsformen, die direkt mit politischen Aktivitäten befasst sind. Dazu gehören die Gemeinderäte (*consejos comunales*), die bolivarianischen Zirkel (*círculos bolivarianos*),

---

17 Vergleiche Telekommunikationsgesetz (2000), Artikel 200, darin vor allem die Regelung von freiem und öffentlichem Rundfunk und Fernsehen ohne finanzielle Absichten (2002).

die Wahlkampfeinheiten (*Unidad de Batalla Electoral*), Bodenkomitees (*Comités de Tierra*) und die "Wasserversorgungseinheiten" (*Mesas Técnicas de Agua*). Diese nutzen mehr und mehr die sich bietenden kommunikativen Möglichkeiten. Weniger aus dem noblen Motiv heraus, "jenen eine Stimme zu verleihen, die nie eine hatten", sondern vielmehr als komplementäre Arbeit zur Vervollständigung der staatlichen Anstrengungen zur programmatischen Diffusion, der politischen Organisation und der ideologischen Schulung in den staatlichen Medien. Da diese Medien nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügen, sind sie leicht zugänglich für die "Hilfestellungen" und "Subventionen" von Ministerien und anderen öffentlichen Organisationen. Den freien Radio- und Fernsehsendern wird dabei eine Aufgabenstellung zuteil, die der Staat oder beauftragte Privatmedien nicht erledigen können: die Verbreitung von Kultur- und Bildungsprogrammen und die Bildung hin zu einer kritischen Aufnahmefähigkeit der Nachrichten.

Viele der Gruppierungen, die heute Träger der freien Radio- und Fernsehsender sind, haben bereits lange vor 1999 existiert. Fest in den Gemeinden verankert haben sie eine lange Erfahrung mit dem Betreiben von Radiosendern, Kinoklubs oder anderen kulturellen und gemeinschaftlichen Gebieten. Aber erst seitdem sie rechtlich und finanziell vom Staat unterstützt werden, erfahren sie einen echten Boom und entwickeln sich von vereinzelten Randphänomenen zu wichtigen Trägern der öffentlichen Meinung. Aus der Notwendigkeit entstanden, die informative Blockade während und nach dem Staatsstreich zu überwinden, haben sie ein breites Spektrum an Aktivitäten entwickelt, die meist regierungsnah waren. Nach der Krise haben viele dieser Projekte eine Phase der Stagnation erlebt oder verschwanden ganz. Die Regierung erkannte jedoch schnell den strategischen Wert dieser Initiativen, weswegen Maßnahmen zur Regulierung und Gruppierung dieser Strukturen ergriffen wurden. In einigen ländlichen und städtischen Gebieten<sup>18</sup> sowie Armenvierteln in größeren Städten<sup>19</sup> dienen diese Projekte heute als wichtige Referenzpunkte für alternative Kommunikation. Noch 2002 sendeten nur ein Dutzend Sender legal, während die Nationale Telekommunikationskommission bis 2007 Lizenzen an 35 freie Fernseh- und 226 Radiosender, beinahe alle aus regionalen ("Red Cardumen Nueva Esparta",

18 Unter vielen anderen: "Teletambores" (Santa Rita, Edo Aragua), "Quijote TV" (Sur del Lago, Edo. Zulia), "Montaña TV" (Cordero, Edo. Táchira), "Radio TV Rubio" (Rubio, Edo. Táchira).

19 Die bekanntesten sind "Radio Perola" (Caricuao, Caracas), "Radio Negro Primero" (El Recreo und La Candelaria, Caracas), "CatiaTVe" (Catia, Caracas), "Petare TV" (Petare, Caracas), "Canal Z" (Maracaibo, Edo. Zulia).

“REIRME Mérida”, “ARMAC Carabobo”, und andere) sowie den beiden großen Netzwerken *Asociación Nacional de Medios Comunitarios, Libres y Alternativos* (ANMCLA) und *Red Venezolana de Medios Alternativos* stammend, vergeben hat.<sup>20</sup>

Zu den freien Sendern kommen noch diverse Druck- und Internetmedien, die ebenfalls im oben genannten Netzwerk ANMCLA und zwei anderen Organisationen, dem national organisierten *Bloque Bolivariano de Medios Alternativos y Comunitarios* und dem *Bloque de Prensa Alternativa* (BPA), der mehr als ein Dutzend Verlage im Großraum Caracas umfasst, organisiert sind.<sup>21</sup> Aus dieser Gruppe stechen durch ihre Qualität und Originalität die Verlage “Proceso” und “23 de Enero” sowie die Webseite <antiescualidos.com> und vor allem das Portal <aporrea.org> hervor. “Aporrea” ist ein anerkannter digitaler Informations-, Meinungs- und Kulturkanal, der sich selbst als politisch unabhängig bezeichnet. Das Portal dient zugleich als Nachrichtenagentur, Forum für Debatten, schwarzes Brett und Verbindungspunkt für jene, die sich dem revolutionären Transformationsprozess im Land verschrieben haben.

Diese Gruppierungen sind Gegner des privaten Kapitals, welches traditionell das Kommunikationssystem Venezuelas dominiert hat. Diese Formate sind kritisch gegenüber dem bürokratischen Apparat, mit dem sie jedoch weitreichende Verbindungen unterhalten, von dem sie Geld erhalten und gefördert werden. Sie haben einige Aktionen durchgeführt, in denen sie die öffentliche Aufmerksamkeit und Wertschätzung auf einen Teil der Bevölkerung gerichtet haben: die Konfrontation mit der Armut, der Ausgeschlossenheit, dem Ländlichen und der “Nicht-Moderne”. Sie stellten somit die soziale Verantwortung der Medien wieder in den Mittelpunkt, die nicht von der Logik der Einschaltquoten oder Werbeagenturen bestimmt wurde. Außerdem erreichten sie, von innen heraus, auf originelle und oft spontane Weise eine Auflockerung in der eintönigen Berichterstattung der staatlich kontrollierten Medien. Sie eröffnen politisch Andersdenkenden die Möglichkeit,

---

20 Um die Bedeutung des Phänomens zu verstehen, müssen aber auch jene Sender berücksichtigt werden, die ohne offizielle Genehmigung agieren und mit ihren Produktionsgruppen, lokalen Reportern, Brigadisten, Ausbildungsteams ein enormes Bewegungsspektrum umfassen. Die Zahl der nicht immer organisierten und deshalb schwer zu erfassenden Gruppen ist nur schwer abzuschätzen. Die Netzwerke selber sprechen von 300 bis 500 Gruppierungen.

21 *El Tiempo de Caricuao, Pólvora en la Calle, La voz del Valle de Caracas, Infocoas, Diario de Chacao, Veraz, Voceros, ...y Ahora, Fuerza Punto 4, La Mancha, El Gráfico, El Pasajero, Noticias de Mujeres, El Caraceño en Gráficas, Entre Telón.*

sich trotz des stark polarisierten Umfeldes zu äußern. Sie erheben eine Stimme, die von offizieller Stelle nicht zum Schweigen gebracht werden konnte. Sie sind gefährliche ideologische und finanzielle Abhängigkeiten mit Staatsorganen eingegangen und stellen das Prinzip der Vielfalt wieder her, das im Privatfernsehen mit seinen Beziehungen zu Auftraggebern und dem Wirtschaftssektor nicht gegeben ist.

### 3.5 *“Aló Presidente”. Die Macht des Wortes*

Der unangefochtene Führer der neuen Medienmaschinerie ist Präsident Hugo Chávez selbst. In unzähligen und häufigen Ansprachen, vor allem in seinem Fernsehprogramm *“Aló Presidente”*,<sup>22</sup> bindet er nicht nur seine eigenen Anhänger an sich, sondern bestimmt auch die Agenda der öffentlichen Meinung.

Die Sendung *“Aló Presidente”* ist eine Talkshow, die jeden Sonntag übertragen wird und deren Länge einzig und allein von der Laune und Tagesform von Chávez abhängt.<sup>23</sup> Die Besonderheit ist, dass die Zuschauer in der Sendung anrufen können, um direkt mit ihm über ein Thema ihrer Wahl zu sprechen. Um den Anschein eines direkten Dialogs mit dem Volk zu erzeugen, wird das Thema, egal wie komplex oder banal, in die Sendung aufgenommen. Die symbolische Verbindung, die der Präsident mit seinen Anhängern jenseits geographischer, formaler, sozialer oder bürokratischer Distanzen aufbaut, ist ein Schlüssel zum Erfolg dieses Medienphänomens. In Ermangelung der Strukturen einer Regierungspartei fungiert die Sendung als ideologischer Vermittler und Herzstück des Regierungsapparates, dessen Ausgangspunkt das Studio von *“Aló Presidente”* ist. Es kommt deswegen nicht selten vor, dass sich Minister und hohe Funktionäre vor laufenden Kameras oder am Telefon gegenüber dem Präsidenten rechtfertigen, sich eines Anliegens annehmen oder zumindest genau seine Äußerungen mitschreiben müssen.

Aber dieser Dialog ist in Wahrheit ein multiplizierter Monolog, der so oft wiederholt wird, wie es der Kommunikationsapparat für nötig hält. Deswegen Wachstum scheint keine Grenzen zu kennen und einziges Ziel, außer der konstanten Ausnutzung seiner Machtposition, ist es, den Zuschauer politisch

---

22 Die Sendung wird produziert von *“Venezolana de Televisión”* und gleichzeitig von allen staatlich kontrollierten Radio- und Fernsehsendern übertragen.

23 Am 23. September 2007 stellte er seinen bisherigen Rekord ein. Die Sendung dauerte acht Stunden ohne Werbeunterbrechungen.



und sozial einzunehmen. Über Umfang und Art dieses Phänomens schreibt der venezolanische Wissenschaftler Antonio Pasquali:

Seit seinen Anfängen beweist Chávez eine kommunikativ-präpotente Bulimie, eine Vertuschung, dass er die bisherige mediale Hegemonie, die ihn 2002 auslöschten wollte, durch seine eigene ersetzen will, um schließlich die einzige Stimme des Herren im nationalen Umfeld zu sein. Mit der Zeit entwickelt sich dieses Streben nach der Besetzung aller Kommunikationsräume zu einem Exhibitionismus und einer Elefanterie: Niemals gab es einen Staatschef, der in acht Jahren ungefähr 90.000 Minuten vor Mikrofonen verbracht hat (39 Minuten am Tag, was sich zu 188 Arbeitstagen à acht Stunden summiert). Noch nie gab es einen Staatschef, der im Fernsehen regiert hat, Funktionäre mit einem Pfiff entlässt, Minister anpfeift oder entlässt, Botschafter ernennt oder entlässt, Beziehungen abbricht, Aufgabenbereiche verschiebt, Gesetze erlässt und öffentlich unterweist (Pasquali, 28.01.2007).

Die Neigung zur Selbstdarstellung hat sogar zugenommen:

Die Wiederwahl dieses Autokraten im Dezember 2006 bescherte nicht nur dem Modell des historisch bereits untergegangenen Sozialismus eine Wiedergeburt. [...] Um auch wirklich das kleinste Anzeichen von Abwesenheit zu vermeiden, erhöht er die bisher siebentägige Dosis durch weitere Pressekonferenzen, Kettenübertragungen, Interviews und internationale Ansprachen, wodurch er auf ein neues Mittel von 90 Minuten täglich präsidentieller Präsenz an 365 Tagen im Jahr kam: 250% mehr Präsenz in den Medien als in den bisherigen sieben Jahren oder eineinhalb von fünf Arbeitstagen. Ein in der Geschichte der Menschheit einzigartiger Fall von kommunikativer Dauererektion, der multi- und interdisziplinärer Untersuchungen bedürfte. Beginnend mit der Folklore und den persönlichen Pathologien bis hin zum sich aufdrängenden Zusammenhang von extremer Maßlosigkeit im Verhältnis Kommunikation/Macht (Pasquali, 18.03.2007).

Als ob das noch nicht genug wäre, kommen zur erfolgreichen Sendung “Aló Presidente” noch die entsprechenden lokalen Varianten. So ist es möglich, auf den regionalen Sendern “Aló Gobernador” (Hallo Gouverneur) und “Aló Alcalde” (Hallo Bürgermeister) zu hören, die auf bundesstaatlicher und lokaler Ebene die gleiche verbale Gewalt anwenden.<sup>24</sup>

---

24 Die folgenden Gouverneure von Bundesstaaten haben ähnliche Programme: Anzoategui, Tarek William Saab; Aragua, Didalco Bolívar; Bolívar, Francisco Rangel Gómez; Carabobo, Luis Felipe Acosta Carlez; Falcón, Jesús Mantilla; Guárico, Eduardo Manuitt und der Oberbürgermeister von Caracas, Juan Barreto.

#### 4. Anstelle eines Schlusswortes

##### 4.1 Viele Medien, nur eine Nachricht

Trotz ihrer großen Zahl und Vielfalt in Form und Übertragungsweise gibt es eine Charakteristik, die alle vom venezolanischen Staat betriebenen Sender eint und ihnen ihre Identität verleiht: Ihre nicht zu beeinflussende Homogenität im politischen Diskurs. In Perversion ihrer öffentlichen Aufgabe nutzen diese Medien ihre vielfältigen Formen dazu, eine Struktur zu schaffen, die sich einer vertikalen Linie der Macht unterordnet, deren Anfang und Ende Hugo Chávez ist. Die Entwicklung in Venezuela, vor allem nach den Ereignissen von 2002 bis 2004, ist bestimmt von der (Wieder-)Einsetzung von Multiplikatoren, deren Nachrichten der eigentlich so wichtigen Frage der Unparteilichkeit widersprechen. Die Idee der Objektivität, die mit der Rückkehr zur Demokratie 1958 – trotz deren Makeln – der Leitgedanke des journalistischen Denkens und Handelns in Venezuela war, hat heute ihre Grundlage verloren. An ihre Stelle sind extrem subjektive Nachrichten getreten, die zudem nicht zu einem ausgewogenen informationellen Pluralismus zusammengefügt werden können.

Unter diesen Umständen funktionieren die Medien – öffentlich und privat – offen und direkt als Sprecher der Regierung oder der Oppositionsgruppen mit dem Hauptziel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, die Spaltung zu fördern und die Sichtweisen zu bestimmen. Jedes Medium berichtet nach seiner eigenen ideologischen Haltung, ohne dies ausdrücklich kundzutun, sozusagen versteckt hinter einer vorgegebenen Neutralität. Die Information wird zudem in großen Teilen mehr nach institutionellen denn nach journalistischen Kriterien ausgewählt. Die Nachrichten werden so zu Geschichten aus zweiter Hand, erzählt von Journalisten. Und wie alle Geschichten – dies stellt McCombs (1996) heraus – strukturieren sie die Wahrnehmung, filtern die Komplexität der Ereignisse und publizieren eine veröffentlichte, vielleicht sogar literarische Version, in der sie einige bestimmte Objekte mit entsprechenden Attributen herausheben. Auf diese Weise wird die zunehmend komplexer werdende Umwelt Venezuelas dem Publikum vorenthalten, das nun, um ein genaues Verständnis der Ereignisse zu bekommen, nicht nur den vielschichtigen politischen Konflikt durchschauen muss, sondern auch dessen Wiedergabe durch die Medien.

Die Frage, die sich an dieser Stelle auftut lautet, wie unter diesen Umständen eine wahrheitsgemäße und objektive Information gewährleistet wer-

den kann. Hierzu können die Ideen von Said in seiner Arbeit *Cubriendo Islam* hilfreich sein. Er schreibt dort:

Einige Vorstellungen von der Presse, wie die Objektivität, die Konzentrierung auf die Fakten, die realistische Darstellung und die Präzision, sind ziemlich relativ; sie drücken eher Absichten als zu verwirklichende Ziele aus (Said 2006: 147).

Daher ist nicht selbstverständlich anzunehmen, dass diese Charakteristik automatisch vorhanden ist, nur weil wir mit der Vorstellung aufgewachsen sind, dass die westliche Presse glaubwürdig und objektiv sei, während wir gleichzeitig alles als Propaganda und Ideologie verstanden haben, was aus den kommunistischen und nicht westlichen Ländern kam. Mit anderen Worten: "Die Nachrichten sind weniger feste und unabänderliche Ereignisse als vielmehr Ergebnis eines komplexen und absichtlichen Selektions- und Kommunikationsprozesses" (Said 2006: 174-148). Also nur, wenn man die Welt der Informationen, ihre Werte und täglichen Praktiken als etwas von enormer Relativität und nicht immer klarer Absichten versteht, kann man den verschachtelten politischen Kontext in Venezuela entwirren und aufdecken.

Übersetzung: Manuel Paulus, M.A.

### Literaturverzeichnis

- Abreu Sojo, Ivan (2003): "TV y Propaganda en el Paro Nacional. Quo Vadis?". In: *Revista Comunicación*, 124. Caracas, S. 90-105.
- Agencia Bolivariana de Noticial (14.04.2007): *15 televisoras regionales se unen para crear circuito radial* (<[www.rnv.gov.ve/noticias/index.php?act=ST&f=19&t=45852](http://www.rnv.gov.ve/noticias/index.php?act=ST&f=19&t=45852)>; 31.05.2010).
- Álvarez Federico (1990): "Treinta años de Periodismo en Democracia". In: *Anuario Ininco*. 1, 3. Caracas, S. 31-41.
- Borrat, Héctor (1989): *El periódico, actor político*. México, D.F.
- Bourdieu, Pierre (1993): *The Field of Cultural Production*. New York.
- (1997): *Sobre la televisión*. Barcelona.
- Britto García, Luis (2005): *Los medios contra el árbitro electoral*. Caracas.
- Cañizález, Andrés (2004): "Apuntes sobre medios y periodistas en una sociedad polarizada". In: *Revista Comunicación*, 127. Caracas, S. 14-18.
- Capriles, Oswaldo (1976): *El Estado y los medios de comunicación en Venezuela*. Caracas.
- Chávez, Hugo (29.05.2007): *Venezolana de Televisión*. Caracas (<[www.abn.gov.ve](http://www.abn.gov.ve)>; 20.07.2007).

- Cisneros, Gustavo (2007): *¿Qué ocurrió en la reunión Chávez, Carter y Cisneros?* (<www.noticiero.venevision.org>; 20.07.2007).
- Coronil, Fernando (1997): *The Magical State. Nature, Money and Modernity in Venezuela*. Chicago.
- Correa, Carlos (2002): "El Periodismo y la crisis de Abril". In: *Anuario Ininco*, 1, 14. Caracas, S. 109-118.
- Datanálisis (2003): *Principales percepciones sobre sucesos del año 2002*. Caracas.
- Díaz Rangel, Eleazar (1988): *40 años de Comunicación Social en Venezuela. 1946-1986*. Caracas.
- Donsbach, Wolfgang (1995): "Contenidos, utilización y efectos de la Comunicación Política". In: Muñoz Alonso, Alejandro/Rospir, Juan Ignacio (Hrsg.): *Comunicación Política*. Madrid, S. 41-67.
- Graber, Doris (1995): "Los Medios de Comunicación y la política americana. Los medios como gobierno en la sombra". In: Muñoz Alonso, Alejandro/Rospir, Juan Ignacio (Hrsg.): *Comunicación Política*. Madrid, S. 119-140.
- Lippmann, Walter (1949): *Public Opinion*. New York.
- López Maya, Margarita/Lander, Luis/Lander, Edgardo (2002): "Golpe Militar en Venezuela. 11 de abril de 2002" (<www.osal.clasco.org/spanol/html/documentos/golpevenezuela.html>; 31.05.2010).
- Martín Barbero, Jesús (1991): *De los medios a las mediaciones. Comunicación, cultura y hegemonía*. México, D.F./Bogotá.
- McCombs, Maxwell E. ([1994] 1996): Influencia de las noticias sobre nuestras imágenes del mundo". In: Bryant, Jennings/Zillmann, Dolf (Hrsg.): *Los efectos de los medios de comunicación. Investigaciones y teorías*. Barcelona, S. 13-33.
- (2004): *Setting the Agenda. The Mass Media and Public Opinion*. Cambridge.
- McCombs, Maxwell/Shaw, Donald (1972): "The Agenda-Setting Function of Mass Media". In: *Public Opinion Quarterly*, 36, S. 176-187.
- Pasquali, Antonio (1990): *Comunicación y Cultura de Masas*. Caracas.
- (1991): "Radio y Televisión en América Latina". In: *El Orden Reina*. Caracas, S. 47-65.
- Rodríguez, Eduardo/Croes, Carlos/Arreanza, Jorge/Petrich, Blanche (Interviewer) (30.11.2006): Interview mit dem Präsidenten Hugo Chávez im Palast "Miraflores". Caracas.
- Said, Edward W. (2006): *Cubriendo el Islam: como los medios de comunicación y los expertos determinan nuestra visión del mundo*. Caracas.
- Sarcinelli, Ulrich (1997): "¿De la democracia parlamentaria y representativa a la democracia de medios? In: *Revista Contribuciones* (Buenos Aires), 2.
- Sartori, Giovanni (2002): *Homo videns. La sociedad teledirigida*. México, D.F.
- Shanto, Eyengar/Reeves, Richard (Hrsg.) (1997): *Do the Media Govern?: Politicians, Voters, and Reporters in America*. Thousand Oaks.
- Socorro, Milagros (15.02.2004): "'Venezolana de Televisión' ist ein Wehr gegen die Lügen der Medien. (Interview mit Vlamimir Villegas, Präsident von 'Venezolana de Televisión')". In: *El Nacional*, S. A-6.
- VV.AA. (2002): *Crisis Política y Medios de Comunicación*. Caracas.

Weffer, Laura (08.01.2007): "El socialismo necesita una hegemonía comunicacional". Interview mit dem ehem. Vizeminister für Information und Direktor von "Telesur" Andrés Izarra. In: *El Nacional* (Caracas), S. A-4.

### Quellen/Zeitungen

*Abril* (2002). Caracas.

*Código Penal de Venezuela. Ley de Reforma Parcial* (2005): *Gaceta Oficial* Nr. 5763.

*Constitución de la República Bolivariana de Venezuela* (2000): *Gaceta Oficial* Nr. 5.453 Extraordinario.

*Datanalisis* (2007): *Informe de Encuesta Nacional ÓMNIBUS. Principales Indicadores de Opinión Pública (2003-2007)*. Caracas.

*Elecciones Venezuela* (2006). Informe Final (2007): Misión de Observación Electoral de la Unión Europea. Informe Final Elección Presidencial Venezuela 2006 (<[www.eueomvenezuela.org](http://www.eueomvenezuela.org)>; 31.05.2010).

*El Nacional* (30.04.2007): *Chávez amenaza a Glovovisión con aplicarle el mínimo*. Caracas, S. A-5.

— (2002-2007). Caracas.

*El País* (02.08. 2009): "Chávez cierra 34 emisoras de radio venezolanas críticas con su política" (<[www.elpais.com/articulo/internacional/Chavez/cierra/34/emisoras/radio/venezolana/criticas/politica/elpepiint/2/0090802elpepiint\\_3/tes](http://www.elpais.com/articulo/internacional/Chavez/cierra/34/emisoras/radio/venezolana/criticas/politica/elpepiint/2/0090802elpepiint_3/tes)>; 31.05.2010).

*El Universal* (2002-2007). Caracas.

"Habla Venevisión" (<[www.noticierovenevision.net](http://www.noticierovenevision.net)>; 24.02.2007).

Ley de Responsabilidad Social en Radio y Televisión (2004): *Gaceta Oficial*, Nr. 38081.

Ley de Telecomunicaciones (1940).

Ley Orgánica para la Protección del Niño y del Adolescente (1998): *Gaceta Oficial*, Nr. 5, 266 Extraordinario.

Ley Organica de Telecomunicaciones (2000): *Gaceta Oficial*, Nr. 36970.

Listado de Habilitación de frecuencias (2007): *Comisión Nacional de Telecomunicaciones* (<[www.conatel.gov.ve](http://www.conatel.gov.ve)>; 31.05.2010).

Ministerio de Interior y Justicia (15.01.2007): *Resolución*, Nr. 97-00-0910086.

Observatorio Global de Medios, Cap. Venezuela. Informe Final (2004). *La información política en los principales medios de comunicación social de Caracas: Referéndum Presidencial*.

Pacheco, Ibeyise (12.04.2002): *Interview mit Vizeadmiral Héctor Ramírez Pérez*. Caracas.

Pasquali, Antonio (28.01.2007): "Vivir en Despotismo". In: *El Nacional*. Caracas, S. A-9.

— (18.03.2007): "La voz del amo". In: *El Nacional*. Caracas, S. C-14.

Petrich, Blanche (27.02.2007): "Alistan proyecto contrahegemónico de televisión que sea opción real en AL". In: *La Jornada*. México, D.F. (<[www.jornada.unam.mx/2005/02/27](http://www.jornada.unam.mx/2005/02/27)>; 15.03.2007).

*Plan para el Desarrollo Económico y Social de la Nación 2007-2013*. Líneas Generales (Documento en línea) (<[www.minci.gov.ve](http://www.minci.gov.ve)>; 31.05.2010).

Reglamento de Radiodifusión Sonora y Televisión Abierta Comunitaria de Servicio Público, sin fines de lucro (2002): *Gaceta Oficial*, Nr. 37.359.

*Tal Cual* (2002-2007). Caracas.

Televisoras regionales se unen para crear circuito nacional (2007). Agencia Bolivariana de Noticias (<[www.abn.gob.ve](http://www.abn.gob.ve)>; 14.04.2007).

*Últimas Noticias* (2002-2007). Caracas.

### Internet

[www.abn.gob.ve](http://www.abn.gob.ve)

[www.alc.amarc.org](http://www.alc.amarc.org)

[www.amarc.org](http://www.amarc.org)

[www.anmcla.org](http://www.anmcla.org)

[www.antiescualidos.com](http://www.antiescualidos.com)

[www.aporrea.org.ve](http://www.aporrea.org.ve)

[www.alopresidente.gob.ve](http://www.alopresidente.gob.ve)

[www.catiatve.org](http://www.catiatve.org)

[www.cne.gov.ve](http://www.cne.gov.ve)

[www.conatel.gov.ve](http://www.conatel.gov.ve)

[www.el23.net](http://www.el23.net)

[www.encontrarte.aporrea.org](http://www.encontrarte.aporrea.org)

[www.globovision.com](http://www.globovision.com)

[www.jornada.unam.mx](http://www.jornada.unam.mx)

[www.medioscomunitarios.org](http://www.medioscomunitarios.org)

[www.minci.gov.ve](http://www.minci.gov.ve)

[www.radionegroprimero.org.ve](http://www.radionegroprimero.org.ve)

[www.radio-perolafm.blogspot.com](http://www.radio-perolafm.blogspot.com)

[www.rctv.net](http://www.rctv.net)

[www.rmv.gov.ve](http://www.rmv.gov.ve)

[www.telesurtv.net](http://www.telesurtv.net)

[www.teletambores.blogcindario.com](http://www.teletambores.blogcindario.com)

[www.televen.com](http://www.televen.com)

[www.vive.gob.ve](http://www.vive.gob.ve)

[www.noticierovenevision.net](http://www.noticierovenevision.net)

[www.vtv.gob.ve](http://www.vtv.gob.ve)

Nikolaus Werz

## **Die Außenpolitik. Vom Demokratieexport zur “Diplomatie der Völker”<sup>1</sup>**

Die außenpolitische Rolle Venezuelas resultiert aus seiner Geschichte, der frühen Unabhängigkeit unter Simón Bolívar und dessen gesamtlateinamerikanischen Anliegen. Aus diesem Grunde wird von einem “neobolivarianischen Konsens” (Boersner 1987: 1) und einem idealistischen Grundzug in der venezolanischen Außenpolitik gesprochen. Es dauerte allerdings bis 1958, das heißt bis zum Übergang von der Diktatur zur Demokratie, bevor diese Ausrichtung tatsächlich zum Tragen kam (allgemein zur Außenpolitik Bond 1977; Carlisle 1979). Durch den Ölreichtum hat es sowohl in den 1970er Jahren als auch Anfang des 21. Jahrhunderts die Möglichkeit gegeben, dem Land eine gewisse Rolle in der Weltpolitik zu eröffnen (Boeckh 2002). Nach dem starken Anstieg der Energiepreise und im Zuge verstärkter außenpolitischer Aktivitäten der Regierung von Präsident Chávez ist erneut von *Petropolitics* und Petro-Diplomatie die Rede.

### **1. Grundlagen der venezolanischen Außenpolitik**

Unmittelbar nach dem Erfolg der Unabhängigkeitsbewegung vom 19. April 1810 unternahm die venezolanische Regierung den Versuch, diplomatische Beziehungen zum Ausland aufzunehmen. Die ersten Delegationen wurden 1810 mit Simón Bolívar an der Spitze nach England bzw. 1815 unter Pedro Gual in die USA entsandt. Nachdem im Dezember 1819 der Kongress von Angostura die Republik Groß-Kolumbien ausgerufen hatte, der die heutigen Staaten Venezuela, Kolumbien, Panama und Ecuador angehörten, lässt sich bis zu deren Auseinanderfallen 1830 nicht mehr von einer eigenen venezolanischen Außenpolitik sprechen. Der Venezolaner Don Pedro Gual wurde erster Außenminister Groß-Kolumbiens.

---

1 Die Ausführungen beruhen unter anderem auf einem Aufenthalt im September 2007 in Caracas. Der Autor dankt der venezolanischen Botschaft in Berlin für die Herstellung von Kontakten, den Mitarbeitern im Archiv der *Casa Amarilla* (Außenministerium) sowie Prof. Dr. Friedrich und Barbara Welsch für die freundliche Unterstützung. Stefan Altkrüger sei für die Lektüre des Manuskriptes gedankt.

Danach ging es zunächst um die Anerkennung durch Spanien (1845) sowie die ebenso komplizierte wie langwierige Grenzziehung mit Neu-Granada und Guayana. Unter der Herrschaft von Antonio Guzmán Blanco (1870-1888), dem sogenannten *Guzmanato*, lag der Akzent auf der Innenpolitik: Die Gründung einer Schule für die Ausbildung von Diplomaten, wie es der etwa zeitgleich in Brasilien regierende Río Branco getan hatte, erfolgte nicht (Picón 1999: 135). Im Fehlen von geeignetem Personal sehen venezolanische Autoren einen der Gründe für das schlechte Ergebnis des eigenen Landes beim 1897 erfolgten Schiedsgerichtsvertrag zwischen Großbritannien und Venezuela um Guyana. Die Reduzierung des venezolanischen Territoriums wird in mehr als einer Publikation beklagt (Herrera 1979).

1901 kam es aufgrund der Unterstützung, die Präsident Cipriano Castro (1899-1908) den Liberalen im Nachbarland während des sogenannten "Bürgerkriegs der 1.000 Tage" gewährt hatte, zur militärischen Intervention Kolumbiens in Venezuela und anschließend zur venezolanischen Invasion in die kolumbianische Guajira.

Erst mit dem Beginn der massiven Erdölförderung in den 1930er Jahren begann Venezuela in eine außenpolitische Rolle hineinzuwachsen. Zu den historischen Legaten gehört dabei der Rekurs auf den Begründer des Vaterlandes, Simón Bolívar. Mit seiner Befreiung eines erheblichen Teils Südamerikas von der spanischen Kolonialherrschaft habe er eine Vorbildfunktion und prädestiniere Venezuela für höhere Aufgaben in Lateinamerika.

Neben den gestiegenen Öleinnahmen waren die Auswirkungen der Kubanischen Revolution 1959 und der Kalte Krieg dafür verantwortlich: Nach dem Sturz von General Pérez Jiménez am 23. Januar 1958 hatten es sich die Partei der Demokratischen Aktion (*Acción Democrática*, AD) und der neue Präsident Rómulo Betancourt (1959-1964) zum Ziel gesetzt, auch andere lateinamerikanische Länder von Diktaturen zu befreien. Die später als "Betancourt-Doktrin" bezeichnete Konzeption beinhaltete den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Staaten, in denen nicht gewählte Präsidenten an die Macht gelangt waren. Betancourts Überlegungen hatten mit eigenen politischen Erfahrungen zu tun: Zum einen musste er in seinem politischen Leben, zu dem auch die kurzfristige Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei Costa Ricas gehörte, selbst ins Exil gehen. Zum anderen sah sich die junge venezolanische Demokratie nach 1958 zunächst durch Angriffe rechter Militärs und Diktatoren, ab 1961 von einer linken Guerilla mit castristischer Unterstützung herausgefordert. Präsident Betancourt avancierte damals zum engen Verbündeten der USA und des Westens; in der internationalen



Presse wurde er als demokratischer Revolutionär dargestellt, u.a. in einer Titelgeschichte von *Der Spiegel* am 17. Dezember 1958.

Neben dieser pro-demokratischen Grundausrichtung der venezolanischen Diplomatie in den sechziger Jahren bestimmte der Wunsch nach einer Ausweitung des nationalen Anteils an der Ölförderung die Außenbeziehungen. An der Gründung der *Organization of the Petroleum Exporting Countries* (OPEC) 1960 war das Land beteiligt. Die 2. Konferenz der OPEC, bei der die Statuten erarbeitet wurden, fand 1961 in Caracas statt. Venezuela geriet dadurch in dreifacher Hinsicht in eine Mittlerposition: Im Verhältnis zu anderen Öl exportierenden Staaten, gegenüber den Industrienationen und mit Blick auf die Länder der Dritten Welt, die kein Erdöl produzieren (Escovar Salom 1980). Nach der Nationalisierung der Öl- und Eisenerzindustrien 1975/1976 unter Präsident Carlos Andrés Pérez nahm das potenzielle außenpolitische Gewicht Venezuelas zu, gleichzeitig entstand die Notwendigkeit, eine neue mittelfristige Ölpolitik zu entwerfen.

Unter geopolitischen und geoökonomischen Gesichtspunkten ist Venezuela sowohl dem andinen als auch dem karibischen Raum zuzuordnen. Als südamerikanischer Flächenstaat umfasst es Teile des Amazonas. Wirtschaftlich orientiert sich das Land traditionell in Richtung Norden, zumal der Löwenanteil der Ölexporte via Karibik in die USA geht. Weniger intensiv war lange Zeit der offizielle Handelsaustausch mit Kolumbien, wobei die Umschreibung "comercio no registrado" darauf verweist, dass der Schmuggel im Grenzverkehr eine Rolle spielt. Im Verhältnis zur Karibik traten in den siebziger und frühen achtziger Jahren gewisse Reibungen auf, zumal einzelne Autoren damals vermuteten, Venezuela könne eine subimperialistische Funktion einnehmen (Lanza 1980).

In den 1960er Jahren durchlief die venezolanische Außenpolitik – nach den von Havanna unterstützten Destabilisierungsversuchen – eine stark anti-castristische und damit pro-nordamerikanische Phase. Am 11. November 1961 kam es zum Abbruch der Beziehungen mit Kuba. Gegen Ende der Präsidentschaft von Raúl Leoni (1964-1969) setzte ein Wandel ein. Der Christdemokrat Rafael Caldera (1969-1974) hob die Betancourt-Doktrin praktisch auf und trat für "ideologischen Pluralismus" und "pluralistische Solidarität" ein. Er begann mit den Beziehungen zu sozialistischen Staaten in Osteuropa und bereitete die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Havanna vor. Sein Nachfolger nahm dann zügig wieder die diplomatischen Beziehungen mit Kuba auf, die kubanische Botschaft in Caracas war schon Mitte der 1970er Jahre relativ stark besetzt.

Während der ersten Präsidentschaft von Carlos Andrés Pérez (1974-1979) erreichte die internationale Präsenz Venezuelas vor dem Hintergrund der Vervielfachung des Ölpreises einen ersten Höhepunkt. Vorübergehend galt das Land neben Argentinien, Brasilien und Mexiko als einer von vier regionalen Entwicklungspolen Lateinamerikas (Grabendorff 1979). Venezuela präsentierte sich u.a. als Fürsprecher von Dritte-Welt-Positionen. Auf der Nord-Süd-Konferenz in Paris im Winter 1975/1976 war der venezolanische Minister Manuel Pérez Guerrero, daheim gerne "Vater der OPEC" genannt, Co-Präsident. Übrigens gab es schon damals gute Kontakte zum Iran, der Schah von Persien besuchte kurz vor seinem Sturz Venezuela. 1976 startete die Sozialistische Internationale (SI) mit der "Konferenz von Caracas" den Versuch, sich nach Lateinamerika und in die sogenannte "Dritte Welt" auszudehnen – ein Hinweis auf die damalige Bedeutung Venezuelas. Unter dem christdemokratischen Amtsnachfolger Luis Herrera Campins (1979-1984) nahm die venezolanische Außenpolitik dann eine Abwehrhaltung gegenüber Guerilla- und Befreiungsbewegungen in Zentralamerika ein. Im Ergebnis haben aber sowohl die SI als auch die Organisation Amerikanischer Christdemokraten (ODCA), die ihren Sitz lange Zeit in Caracas hatte, eine Mittlerfunktion im zentralamerikanischen Konflikt eingenommen.

Nach den Friedensschlüssen in Mittelamerika, den Auswirkungen des Endes des Kalten Krieges und angesichts fallender Ölpreise auf dem Weltmarkt verlor Venezuela in der Folgezeit an außenpolitischem Gewicht. Als Folgeerscheinung der Abwertung der Landeswährung Bolívar im Jahre 1983 – der Tag wird in Venezuela als "schwarzer Freitag" bezeichnet –, den Putschversuchen des Jahres 1992 sowie unter den zweiten Amtsperioden von Carlos Andrés Pérez (1989-1993, Amtsenthebung) und Rafael Caldera (1994-1999) geriet der Ölstaat in eine innenpolitische Krise. Der Wahlsieg von Hugo Chávez Frías 1998 und der von ihm ab 1999 zielstrebig umgesetzte Umbau des politischen Systems leitete dann eine neue Phase in der Außenpolitik ein.

## **2. Zum Aufbau des auswärtigen Dienstes in Venezuela und den Beziehungen zu Lateinamerika**

Fast jeder neue venezolanische Präsident kündigte bislang eine Reform des auswärtigen Dienstes an. Auffällig ist auch der vergleichsweise häufige Wechsel der Minister: Von 1900 bis 1988 hatte das Land 45 Außenminister, sie amtierten im Schnitt also weniger als zwei Jahre. Wahrscheinlich ist es kein Zufall, dass zu den bekannteren venezolanischen Diplomaten die Au-

ßenminister gehören, die etwas länger im Amt waren. Hierzu zählen Caracciolo Parra Pérez (1941-1945), Aristides Calvani (1976-1979) und Simón Alberto Consalvi, der 1976 bis 1979 und dann wieder von 1984 bis 1988 Chefdiplomat war. Trotz der zeitweilig doch sehr ausgeprägten Reisetätigkeit der Venezolaner und eines groß angelegten Stipendienprogramms in Carlos Andrés Pérez' erster Amtszeit blieb die Zahl der Experten für internationale Politik und für Ölfragen gering. Bemängelt wird auch der geringe Anteil an Karrierediplomaten. Die Klage über die mangelnde Professionalisierung des Außendienstes hat Tradition. 1955 brachte die *Escuela de Estudios Internacionales* ihren ersten Jahrgang hervor, allerdings erfolgte wohl erst 1965 eine öffentliche Ausschreibung auf Grundlage eines 1962 verabschiedeten Gesetzes, das ein entsprechendes Vorgängergesetz von 1923 ablöste. 1977 rief Außenminister Consalvi das *Instituto de Asuntos Internacionales* ins Leben. In Aufsätzen zum Aufbau der venezolanischen Außenpolitik wird das *Instituto de Río Branco* in Brasilien als Vorbild genannt (Taylhardat 1992: 191). Im Lande besteht das *Instituto de Estudios Diplomáticos Pedro Gual* (IAEDPG). Dort bzw. an der *Academia Pedro Gual* durchlaufen die Bewerber nach einem Aufnahmeexamen eine zweijährige Schulung, die mit einem Examen endet. Nach einer 1989 vom *Diario de Caracas* durchgeführten Untersuchung sollen damals nur 16% der Beschäftigten Berufsdiplomaten gewesen sein, die anderen wurden u.a. auf Betreiben von Politikern und der Parteien eingestellt (Picón 1999: 269), bei anderen Autoren lagen die Angaben zur Zahl der Karrierediplomaten höher (Urrutia 1992: 180). Von den 83 diplomatischen Vertretungen Venezuelas waren Anfang 2000 ganze 47 nicht mit einem Botschafter besetzt, sondern einem Geschäftsträger. Der damalige Außenminister José Vicente Rangel legte Präsident Chávez eine entsprechende Liste zur Neubesetzung vor. Die Hälfte der Nicht-Karriere-Diplomaten soll aufgrund bisheriger Verdienste übernommen worden sein, die übrigen wurden offenbar neu eingestellt und zwar wiederum zur Hälfte mit Karrierediplomaten (*El Universal*, 02.02.2000).

Dennoch hielt die Kritik am Außendienst an (Faúndez Ledesma 2001). Eine Anfang 2001 verabschiedete *Ley del Servicio Exterior*, die an die Stelle der *Ley del Personal del Servicio Exterior* treten soll, kann als Teil einer außenpolitischen Neuausrichtung im Sinne des von Präsident Chávez betriebenen Elitenwechsels gesehen werden. Die neuen Diplomaten sollen sich zum bolivarianischen Transformationsprojekt bekennen und während der Ausbildungszeit u.a. an Missionen in Armutsvierteln teilnehmen.

Der Ausbildungsstand der Mitarbeiter kann Einfluss auf ihren Erfolg haben. 1980 stellte der ehemalige Außenminister Ramón Escovar Salom die rhetorische Frage: "Wie viele venezolanische Sozialwissenschaftler sprechen portugiesisch? Die Antwort kann Auskunft über unsere Beziehungen zu Brasilien geben." Weder die Diplomatie noch die politische Führung Venezuelas seien ausreichend auf die Beziehungen zu Brasilien vorbereitet. Dagegen begreife sich Brasilien als kontinentale Macht, unterhalte enge Kontakte nach Afrika und Asien, habe ausgezeichnete Anthropologen, Politikwissenschaftler und Ökonomen und darüber hinaus als einziges lateinamerikanisches Land den Versuch unternommen, seine Diplomatie professionell zu organisieren. "Brasilien", schrieb er damals, "führt seine Außenpolitik mit Realismus und Pragmatismus, versteht es, sich neuen Situationen anzupassen und setzt mehr auf Taten als auf Rhetorik. Dagegen meinen wir, das Wort sei das wichtigste Regierungsinstrument" (Escovar Salom 1980).

Diese kritische Bestandsaufnahme und hohe Einschätzung der brasilianischen Diplomatie (Picón 1999: 152) erfolgte zu einem Zeitpunkt, als Venezuela bereits eine gewisse internationale Präsenz zugefallen war. Für die Geschichte der Beziehungen haben Unterschiede in der Größe und in der Wirtschaftskraft sowie die zunächst schwer überbrückbare räumliche Distanz zwischen den beiden Staaten eine Rolle gespielt.

Die zweite Amtsperiode von Rafael Caldera (1994-1999) markierte den Beginn eines Aufschwunges in den venezolanisch-brasilianischen Beziehungen. Dreimal besuchte er den Nachbarstaat, wobei besonders der Staatsbesuch 1996 auf einem hohen protokollarischen Niveau erfolgte (*El Universal*, 02.01.1997). Die grenznahen Projekte zu Brasilien erhielten eine neue Bedeutung.

Schon als gewählter Präsident hatte Chávez Ende 1998 von der Notwendigkeit einer Beschleunigung der Integrationsprozesse gesprochen und eine "gewisse Präferenz für den Samba" erkennen lassen, was innerhalb der Andenregion schnell als eine Hinwendung zum Mercosur gewertet wurde. Präsident Chávez hat dann im Mai 1999 in seiner ersten Auslandsreise Brasilien besucht. Wie sein Vorgänger trat er für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Ölfirmen Petrobras und PDVSA ein. Die Straße "Manaos-Boa Vista-Santa Elena de Uairén" – in Brasilien "Br-174" genannt – und die Flussverbindung Orinoco-Amazonas werden ausgebaut. 2000 wurde der Bau einer Brücke über den Orinoco angekündigt, die das venezolanisch-brasilianische Amazonas-Gebiet mit der karibischen See und dem Atlantik verbinden sollte.

### 3. Die Außenpolitik unter Hugo Chávez Frías

Bereits im ersten Amtsjahr entfaltete Präsident Chávez eine fieberhafte Reisetätigkeit. Kritisch vermerkt wurden vor allem die Annäherung an Kuba und sein überraschender Besuch im Irak Mitte 2000. Mit Blick auf Lateinamerika und Brasilien kündigte der Venezolaner an, er wolle die "geopolitische Vision Bolívars" im Sinne der lateinamerikanischen Integration nutzen. In einer Bestandsaufnahme zum ersten Regierungsjahr hieß es mit Blick auf die Außenbeziehungen: "Priorität besitzen für diese Regierung folgende Gebiete: die Anden, der Amazonas, der Atlantik und die Karibik. Als Länder sind Kolumbien, Brasilien, die USA und Kuba zu nennen" (*El Universal*, 02.07. 2000). In den "Líneas Generales del Plan de Desarrollo Económico y Social de la Nación 2001-2007" heißt es unter "5. Internationales Gleichgewicht", dass die Stärkung der nationalen Souveränität und die Förderung einer multipolaren Welt Ziel der Außenpolitik seien. Dazu gehörten u.a. der Ausbau der Beziehungen zu Lateinamerika und die Stärkung der Süd-Süd-Kooperation.

Chávez strebt eine kontinentale und zunehmend internationale Ausstrahlung an, wahrscheinlich, um dadurch die aus seiner Sicht bolivarische bzw. mittlerweile sozialistische Revolution abzusichern. Venezuelas Energie-Ressourcen sollen zum Ausbau eines integrationsförderlichen Beziehungsgeflechts dienen, wozu u.a. ein 2000 geschlossener Rahmenvertrag mit Kuba dienen soll. Nach dem Vertrag liefert Venezuela an Kuba 30.000 – tatsächlich 90.000 – Barrels täglich, die Bezahlung soll teilweise in Form von ärztlichen und anderen Dienstleistungen erfolgen. Anhang 1 des Abkommens lautet: "Diese Waren und Dienstleistungen (d.h. die aus Kuba) werden von der bolivarianischen Republik Venezuela mit Erdöl und seinen Derivaten bezahlt, wobei ihr jeweiliger Wert auf dem Weltmarkt zur Anwendung gelangt" (*Wirtschaftsnachrichten Venezuela*, 06.11.2000, Nr. 22). Die Äußerungen von Chávez zu Energiefragen sind vielfältig. Schon 1999 kündigte er an, eine Ölfirma mit dem Namen "Petroamérica" gründen zu wollen, an der Brasilien, Mexiko, Kolumbien und Venezuela beteiligt sein sollen (*El Universal*, 30.05.1999). Zwei Monate später regte er die Gründung einer Art NATO für die Karibik und den Südatlantik an (*El Universal*, 11.07.1999).

Chávez Außenpolitik kam nach dem mehrtägigen Besuch von Fidel Castro im Oktober 2000 und der neuen Protagonistenrolle Venezuelas in der OPEC seit dem gleichen Jahr ins Gerede. In der nordamerikanischen Presse wurden Vorwürfe laut, Chávez würde die Aufstandsbewegungen in Ecuador und Bolivien finanziell fördern und somit eine parallele Außenpolitik betrei-

ben. Unter der Präsidentschaft von George Bush Jr. nahmen die Spannungen weiter zu. So schrieb Tad Szulc "Castro, Saddam and Chávez pose challenge to Bush" in *The International Herald Tribune* vom 29.12.2000 unverblümt:

The Castro-Hussein-Chávez connection is anti-American and anti-capitalistic, but not in an ideological way. What matters to the three is domestic power built upon a base of nationalism that they believe legitimises their policies.

Und:

Mr. Chávez is the most intriguing new leader to emerge in Latin America since Mr. Castro.

Ex-Außenminister Rangel (1999-2001), der ab Februar 2001 als Verteidigungsminister und von 2002 bis 2006 als Vize-Präsident amtierte, hatte Gerüchte über nordamerikanische Destabilisierungsversuche der Regierung Chávez zunächst als Träumereien und die Ernennung des vormaligen nordamerikanischen Botschafters in Venezuela, John Maisto (1997-2000), zum neuen Direktor für Lateinamerika beim Sicherheitsrat des Weißen Hauses als gutes Zeichen für Venezuela bezeichnet (*El Nacional*, 01.02.2001). Gleichwohl ging die Annäherung an Kuba und Fidel Castro, dessen dritter Besuch innerhalb von drei Jahren im August 2001 mit seinem 75. Geburtstag zusammenfiel, einher mit einer Distanzierung von den USA und der Aufkündigung der nordamerikanischen Militärmission. Bei der Geburtstagsfeier hatte Castro in einem Toast auf Chávez angedeutet, dass er in Zukunft seine Rolle in Lateinamerika übernehmen könne und solle, eine Aufforderung, die der gewählte venezolanische Präsident offensichtlich ernst nimmt. Von dem früheren nordamerikanischen Botschafter Maisto stammt dagegen der Satz, man solle Chávez nicht nach dem beurteilen, was er sage, sondern nach seinen Taten, wobei er wohl an die zuverlässigen Öllieferungen in die USA dachte. Diese sogenannte "Maisto-Doktrin" empfiehlt also ein entspanntes Verhalten gegenüber den Ankündigungen von Chávez. In den USA liegen die unterschiedlichsten Vorschläge und Positionen zum Umgang mit der Regierung Chávez vor: Sie reichen von der Empfehlung eines eher gelassenen Umgangs (Lapper 2006) bis hin zu Autoren, die Chávez als eine größere, da näher liegende Bedrohung als "Al Qaida" betrachten (Schoen/Rowan 2009). Nach Meinung dieser Autoren verfolgt Chávez fünf Strategien gegen die USA, die ihm als "Reich des Bösen" gelten: 1. Er setzt das Öl als Waffe ein, indem er den Preis hochtreibt; 2. Er festigt eine Allianz mit dem Iran; 3. Er unterstützt den Guerillakampf sowie die FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) in Kolumbien; 4. Er schmiedet mit der ALBA

(*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*) eine Allianz anti-nordamerikanischer Länder und unterhält gute Beziehungen mit Russland – als Beispiel wird die Landung von zwei russischen Langstreckenbombern 2008 in Venezuela angeführt; 5. Obendrein fördere er in den USA finanziell Politiker und Künstler, die ein positives Bild von ihm zeichnen.

Im Ausland ist das Bild von der neuen venezolanischen Politik durchwachsen. Neben kritischen Stimmen zu Chávez in der internationalen Presse, zu denen relativ frühzeitig die als linksliberal geltende spanische Tageszeitung *El País* zählt (Werz 2001), steht eine Gruppe von Lateinamerika-Beobachtern, die ihn in der Tradition des lateinamerikanischen Nationalismus und Antiimperialismus verorten möchte (Gott 2000). Vom globalisierungskritischen Lager und von Teilen der deutschen Linken erfuhr der selbsternannte Kommandant zunächst erheblichen Zuspruch. Seit seinen Stellungnahmen zum iranischen Atomprogramm und seinen Kriegsandrohungen hat die Begeisterung nachgelassen.

Unter politikwissenschaftlichen Kriterien kann die Außenpolitik unter Chávez in drei Phasen unterteilt werden (Jácome 2007: 2; Romero 2006b):

1. Eine Etappe von 1999 bis Ende 2001, in der die Grundlagen für den Aufbau eines neuen politischen Systems gelegt wurden.
2. Eine zweite Etappe von 2002 bis August 2004, die durch eine zunehmende Konfrontation mit den USA gekennzeichnet war, deren Höhepunkt der gescheiterte Staatsstreich von 2002 bildete (Kestler 2005).
3. Die Entwicklung seit 2004 ist durch die Radikalisierung der bolivari-schen Revolution und eine immer stärkere Präsenz des Präsidenten auf der internationalen Ebene geprägt.

Der Kurswechsel in der venezolanischen Außenpolitik wurde vom Präsidenten in seiner Rede im *Teatro de la Academia Militar* angekündigt (Intervenciones 2004). Zunächst war von zwei politischen Achsen in Lateinamerika die Rede. Die Bolívar-Achse mit Caracas – Brasília – Buenos Aires und die sogenannte "Monroe-Achse" mit Bogotá – Quito – Lima – La Paz – Santiago de Chile. Die damals aufgestellte Gegenüberstellung ist mittlerweile überholt, da in Bolivien, Ecuador, Nicaragua und bis Anfang 2010 in Chile links gerichtete Präsidenten regieren. Beibehalten und weiter ausgebaut hat Präsident Chávez die damals erwähnte strategische Allianz mit sozialen Bewegungen, z.B. den Landlosen in Brasilien sowie der internationalen Solidaritätsbewegung. Auch wenn die Innenpolitik in dieser Rede im Vordergrund

stand, markierte sie doch einen Einschnitt, da nun nicht mehr Kolumbien als größte Herausforderung der Außenpolitik genannt wurde, sondern die USA.

Schon beim Gipfeltreffen der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) im Jahr 2000 hatte Chávez die kontinentale Freihandelszone (FTAA/ALCA) abgelehnt. Er propagiert stattdessen die *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos* (ALBA-TCP). ALBA bedeutet in der spanischen Sprache auch Morgenröte. In den folgenden Jahren konnte er in dieser Hinsicht immer mehr Anhänger gewinnen. Partner sind vor allem Kuba, Bolivien, Nicaragua, Ecuador und Honduras (bis 2009). Weitere Mitglieder sind Dominica, St. Vincent und die Grenadinen, Antigua und Barbuda. Ende 2005 trat Venezuela als 5. Mitglied dem Mercosur bei, der Beitritt musste allerdings noch von den Parlamenten der Mitgliedsländer ratifiziert werden.

Vor dem Hintergrund der hohen Energiepreise hat die Regierung die Politik der Öl exportierenden Länder wieder aktiviert und im Sinne von "Petro-politics" die Öleinnahmen in den Dienst der Außenpolitik gestellt. Als weitere Besonderheit kommt eine Art "Paralleldiplomatie der Völker" hinzu, die allerdings zu Problemen mit einigen lateinamerikanischen Regierungen geführt hat.

Auffällig bei der Regierung Chávez ist die Aktualisierung von Ansätzen aus den 1960/1970er Jahren. Dazu gehören die Stärkung der OPEC, die Revitalisierung des "Dritte-Weltismus" und eine scharfe Abgrenzung gegenüber den USA. Dahinter steht die Vorstellung vom Aufbau einer multipolaren Welt, die Annäherung an Länder wie Kuba, Bolivien, Nicaragua und Ecuador in Lateinamerika sowie China, Irak, Iran, Libyen, Russland und Syrien. Der Beitritt zum Mercosur, um dadurch der Organisation eine stärker politische Ausrichtung zu geben, soll der Aufwertung Venezuelas dienen. Um dies zu erreichen und gleichzeitig im Sinne der "Paralleldiplomatie" den Rückhalt bei Teilen der lateinamerikanischen Bevölkerung und der internationalen Solidaritätsbewegung zu gewinnen, hat die Regierung folgende Ideen in Umlauf gebracht, die sich dichotomisch von denen der USA absetzen:

- Die bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA) statt der ALCA.
- Eine militärische Allianz im Südatlantik unter Ausschluss der USA mit dem Ziel einer hemisphärischen Integration der Streitkräfte.
- Die Schaffung von "Petroamérica" durch die Gründung von "Petrosur", "Petroandina" und "Petrocaribe" (2005).



- Einen lateinamerikanischen Währungsfond bzw. eine Bank des Südens (2009) und eine eigene Währung (Sucre) statt des internationalen Währungsfonds.
- Eine Sozialcharta *versus* der Interamerikanischen Demokratie-Charta.
- Eine partizipative oder populäre Demokratie statt der repräsentativen Demokratie.
- Sozialismus des 21. Jahrhunderts statt Kapitalismus.

Zunehmend konzentriert sich die Außenpolitik auf die Person des Präsidenten. Hyperaktivismus, Personalismus und Distanz zu etablierten Interessengruppen kennzeichnen seine Außenpolitik (Romero 2003). In den ersten Jahren als Außenminister bzw. Vize-Präsident hatte José Vicente Rangel hin und wieder eine moderierende Rolle eingenommen. Mittlerweile ist nicht klar, ob und mit wem sich Chávez berät. Den militärischen Hintergrund des demokratisch gewählten Präsidenten muss man mitberücksichtigen. Chávez denkt in geopolitischen Kategorien und Einflussphären. Sowohl in der räumlichen Entwicklung Venezuelas als auch Lateinamerikas und der Welt spielen Achsen und Pole eine Rolle. Seine Vorbilder sind ursprünglich Bolívar und andere Militärführer, dazu sind in den letzten Jahren Persönlichkeiten aus der antiimperialistischen und national-revolutionären Geschichte Lateinamerikas gekommen. Das Denken und Reden im Gegensatzpaaren, wie es in den Auftritten des Präsidenten deutlich wird, kommt bei einem erheblichen Teil der Venezolaner gut an, was nicht zuletzt an der einfachen und damit notwendigerweise verkürzten Darstellung komplizierter Sachverhalte liegen könnte. Auch in der Außenpolitik wird in Dichotomien gedacht. An die Stelle der ökonomischen Integration soll die Integration der Völker treten, der Kapitalismus soll durch Sozialeigentum ersetzt werden und die Kooperation zwischen den Staaten soll in eine Diplomatie der Völker übergehen. Nur folgerichtig ist es, dass an die Stelle des Nachrichtenfürhrrs in Lateinamerika "CNN" der neue und von Venezuela betriebene Fernsehsender "Telesur" treten soll.

Ab 2004 hat ein grundsätzlicher Wandel in der Außenpolitik stattgefunden. Sie soll der Konsolidierung des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" dienen und eine Antwort auf die Gefahr eines sogenannten "asymmetrischen Krieges" geben, dem sich Venezuela ausgesetzt sehe. Nach dem gescheiterten Putschversuch vom April 2002 gewannen die als "Missionen" bezeichneten Sozialprogramme an Bedeutung. Sie vergrößerten den zum damaligen Zeitpunkt sinkenden Rückhalt in der Bevölkerung und öffneten den Weg für eine Neuausrichtung der Außenpolitik nach dem gewonnenen Abberufungs-

referendum im August 2004. Nun wurden die Absicherung des revolutionären Projektes und die konkrete Umsetzung anderer geopolitischer und strategischer Allianzen zum wichtigen Thema. Auf lateinamerikanischer Ebene gilt dazu der Beitritt zum Mercosur als besser geeignet als die Mitgliedschaft im Andenpakt, aus dem sich Venezuela ebenso zurückzog wie aus der G3 (Kolumbien, Mexiko und Venezuela). Der Mercosur erscheint als ein Mittel zum Zweck, die ALBA zu fördern. Bei der Entscheidung zum Austritt aus dem Andenpakt und dem Beitritt zum Mercosur hat sich Präsident Chávez nicht mit den anderen Ministerien abgestimmt; selbst der Außenminister wurde von diesem Schritt überrascht. Tatsächlich beinhaltet der Vollzug des Beitritts zum Mercosur die Übernahme einer Reihe von wirtschaftlichen Bestimmungen, die ansonsten von Chávez als "neoliberal" bezeichnet wurden. Für die brasilianische und argentinische Industrie bringt der Beitritt Venezuelas neue Absatzmärkte, während Venezuela außer dem Öl wenig anzubieten hat. Wirtschaftliche Erwägungen haben also beim Austritt aus dem Andenpakt (CAN) und dem erklärten Wunsch einer Mercosur-Mitgliedschaft keine Rolle gespielt. Chávez möchte mit seiner Konzeption eines "neuen Mercosur", die allein politischen Überlegungen folgt, einen volkstümlichen Nationalismus in Südamerika fördern. Seine Vorstellungen von der Integration unterscheiden sich von denen der Mitgliedsländer.

Dies verläuft nicht ohne Spannungen mit den (Nachbar-)Staaten. Ein erstaunlich pragmatisches Verhältnis herrschte lange Zeit trotz politisch-ideologischer Differenzen mit dem konservativ-liberal regierten und US-freundlichen Kolumbien. Der Handel florierte, Differenzen wurden auf dem Weg der stillen Diplomatie beigelegt. Mit Blick auf künftige Energielieferungen nach Asien wurde der Bau einer Pipeline durch Kolumbien angestrebt. 2007 und Anfang 2008 kam es dann vorübergehend zu einer Zuspitzung zwischen den beiden Präsidenten und Staaten. Chávez bekundete seine Unterstützung für die kolumbianische FARC. Möglicherweise war sie Teil eines verstiegenen Projektes, Groß-Kolumbien wiederherzustellen, nachdem in Bolivien und Ecuador bereits Regierungen amtierten, die eine starke Nähe zu Präsident Chávez bekundeten. Der venezolanische Präsident versuchte auch, bei der Freilassung der sechs Jahre lang verschleppten vormaligen Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt eine Schlüsselrolle einzunehmen. Als das kolumbianische Militär am 01.03.2008 ein Lager der FARC auf ecuadorianischem Gebiet angriff und den Guerillaführer Reyes tötete, zog Chávez nicht nur den venezolanischen Botschafter ab, sondern kündigte auch im Fernsehen die Verlegung von Truppen an die kolumbianische Grenze an.

Nachdem in den internationalen Medien schon von Kriegsgefahr die Rede war, kam es dann jedoch bei einem Treffen der lateinamerikanischen Präsidenten der "Rio Gruppe" in der Dominikanischen Republik am 07.03.2008 relativ schnell zu einer Versöhnung. Eine Rolle dürfte dabei die Tatsache gespielt haben, dass auf dem im ecuadorianischen Urwald gefundenen Computer von Reyes Dokumente auftauchten, die eine enge Verbindung zwischen Präsident Chávez und der FARC zeigten. Die vom kolumbianischen Präsidenten Uribe ausgehende, erfolgreiche Befreiungsaktion von Frau Betancourt Anfang Juli 2008 schwächte die Position von Präsident Chávez vorübergehend. Nur zwei Wochen später empfing er den kolumbianischen Präsidenten in Coro/Venezuela und kündigte gemeinsame Projekte an.

Nachdem der ecuadorianische Präsident Correa die nordamerikanische Basis in Manta aufgekündigt hatte, wurden die USA mit Kolumbien 2009 schnell handelseinig. Dieses Abkommen zwischen den USA und Kolumbien erwies sich als politisches Geschenk für Chávez (Shifter 2010), zumal es bei anderen lateinamerikanischen Regierungen ebenfalls unbeliebt ist (Rossi 2009). Insgesamt sollen fünf Militärbasen entstehen. Die Reaktionen des venezolanischen Präsidenten fielen dementsprechend aus: Kolumbien sei US-Bundesstaat geworden, Venezuela aber werde nie "Kolonie der Yankees" sein. An US-Präsident Barack Obama gerichtet sagte Chávez, er solle ja keine Aggression von Kolumbien aus befehlen: Ein US-Angriff hätte "einen hundertjährigen Krieg zur Folge, der sich von Mexiko bis Argentinien ausweiten würde" (*Die Presse*, 10.11.2009).

Zu den engsten Verbündeten gehören Bolivien und Nicaragua. Bei einem Staatsbesuch von Evo Morales im September 2007 kam der bolivianische Präsident jedoch kaum zu Wort, als er von Präsident Chávez zur Sendung "Álo, Presidente" mitgenommen wurde. Auch Daniel Ortega musste bei seiner Amtseinführung in Managua gut eine Stunde auf den Venezolaner warten. Das Auftreten von Vertretern der neuen venezolanischen Regierung wird in diesen Ländern durchaus kritisch kommentiert. Der Präfekt von Cochabamba, der in Opposition zu Präsident Morales steht, warf Venezolanern vor, sie würden unter Angabe einer falschen Identität in Luxushotels absteigen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen (*El Universal*, 12.09.07). Es blieb auch nicht unbemerkt, dass die schnelle Einleitung diplomatischer Beziehungen zwischen dem Iran und Bolivien über den iranischen Botschafter in Venezuela erfolgte (*El Universal*, 12.09.07).

Gute Beziehungen bestehen mit der Regierung Argentinien, zumal Venezuela einen nicht unerheblichen Teil der argentinischen Auslandsschuld aufgekauft hat. Die seit 2007 amtierende Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner hat den Kurs ihres Mannes weitgehend fortgesetzt. Zu Diskussionen führte das Auftauchen eines Koffers mit 800.000 US\$ am argentinischen Zoll, der einem Mitglied einer venezolanischen Wirtschaftsdelegation gehörte. Es halten sich Gerüchte, dass das Geld für den Wahlkampf der Kirchners bestimmt war und dies nicht die einzige Lieferung gewesen sei. Auch in anderen Ländern soll es zu Geldgeschenken gekommen sein.

Nach außen werden die Beziehungen zu Brasilien als ausgezeichnet bezeichnet. Ex-Präsident Lula da Silva hat Chávez als besten venezolanischen Präsidenten des 20. Jahrhunderts bezeichnet, intern soll es allerdings Reserven geben. Brasilien und bis 2009 auch Kolumbien profitierten vom wachsenden Handel mit dem ölreichen Nachbarland. Einige Ideen von Chávez – wie die Ölpipeline durch Südamerika, die Bank für Südamerika oder Überlegungen zu einem venezolanischen Nuklearprogramm – wurden von der brasilianischen Außenpolitik nicht mitgetragen oder sogar konterkariert.

Spannungsreich verliefen und verlaufen teilweise die diplomatischen Beziehungen zu Mexiko. Beide Länder zogen ihre Botschafter zurück, erst in der zweiten Jahreshälfte 2007 wurden neue Vertreter ernannt. Venezuela hatte – anders als Bolivien – den Wahlsieg von Calderón von der PAN (*Partido Acción Nacional*) zunächst nicht anerkannt. Mittlerweile scheinen sich die Beziehungen zu Peru zu normalisieren, nachdem es als Folge der Parteinahme von Chávez für den nationalistisch-indigenistisch auftretenden Kandidaten Humala im Wahlkampf zu Spannungen gekommen war.

Eine zentrale Rolle spielen die Beziehungen zu Kuba. Venezuela liefert mittlerweile zwischen 90.000 und 98.000 Barrels täglich (Serbin 2006: 86). Im Juni 2005 wurde in Puerto La Cruz in Anwesenheit von Fidel Castro "Petrocaribe" lanciert, auch wenn Trinidad und Tobago sowie Barbados andere Positionen einnahmen. Die Allianz mit Kuba ist für die amtierende venezolanische Regierung in mehrfacher Hinsicht von Vorteil:

1. Sie verleiht der Regierung revolutionäre Weihen, denn in Kuba hat tatsächlich eine Revolution stattgefunden, die nach wie vor von Teilen der internationalen Linken und der progressiv eingestellten Öffentlichkeit Unterstützung erfährt.
2. Die Tauschgeschäfte venezolanisches Öl gegen medizinische, technische und militärische Unterstützung durch Kuba sind für beide Seiten einträglich. Die Lieferungen an die Insel machen einen vergleichsweise gerin-

gen Anteil der Ölexporte des Landes aus. Groß sind dagegen die Vorteile, die die Regierung in Caracas in Gestalt der Ärzte, Techniker und Militärberater daraus zieht.

3. Mit dem u.a. den kubanischen Erfahrungen nachempfundenen Konzept eines "asymmetrischen Krieges" erhält das venezolanische Militär eine neue Rechtfertigung für seine Präsenz in der Gesellschaft (Corrales 2005).
4. Für die amtierende nordamerikanische Regierung stellt die binationale Allianz zwischen Kuba und Venezuela ein Problem dar, für das es in der lateinamerikanischen Geschichte eigentlich keine Vorläufer gibt. Mit Blick auf eine eventuelle Transformation im Inselstaat ergibt sich durch die enge Kooperation zwischen Kuba und Venezuela eine neue Situation.

Angesichts der geringen Popularität der Regierung Bush und des Fehlens einer nordamerikanischen Lateinamerika-Politik (Leogrande 2007) avancierte Präsident Chávez zur Gegenfigur. Hinzu kam das niedrige außenpolitische Profil anderer lateinamerikanischer Regierungen, wenn man einmal von Brasilien absieht. Den dortigen Regierungen und informierten Zeitgenossen ist indessen bekannt, dass die Wirklichkeit anders aussieht. Nach wie vor sind die USA mit Abstand Hauptabnehmer venezolanischen Öls, die Abhängigkeit in wirtschaftlicher Hinsicht ist sogar gestiegen. Allerdings bemüht sich Venezuela mittelfristig um den Ausbau von Öllieferungen an China.

Chávez pflegt gute Beziehungen zum arabischen Raum (Herrera Navarro 2008),<sup>2</sup> wo sein Bild regelmäßig bei pro-palästinensischen und anti-israelischen Demonstrationen mitgeführt wird. Als Chávez 2006 die israelische Militäroffensive gegen die "Hisbollah" im Libanon als "neuen Holocaust" bezeichnete und seinen Botschafter aus Tel Aviv abzog, wurden in den Straßen Beiruts Plakate seiner Person neben dem Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah aufgezogen (Maihold 2008: 29). Unter der Regierung Chávez hat die arabische Bevölkerungsgruppe in Venezuela einen Aufstieg in hohe politische Positionen wie Ministerämter vollzogen. Der Nasser-Anhänger Raimundo Kabchi leitet derzeit das *Instituto de Estudios Diplomáticos Pedro Gual* (Álvarez-Ossorio 2010). Mit dem Iran wurden die Beziehungen kontinuierlich ausgebaut. Schon achtmal hat der venezolanische Präsident das Land besucht, u.a. mit dem Ziel, "eine gemeinsame revolutionäre Front" aufzubauen. Venezuela unterstützt das iranische Atomprogramm und stimm-

---

2 Das Buch enthält vor allem Reden von Chávez und erschien auch in arabischer Sprache.

te schon 2005 gegen eine Resolution der Internationalen Atomenergiebehörde, die den Iran beschuldigte, die internationalen Atomsicherheitsvorschriften zu brechen. Zwischen den beiden Ländern wurde ein Abkommen geschlossen, das es dem Iran erlaubt, Uran in Venezuela zu fördern (Maihold 2008: 28). Immer wieder tauchen Vermutungen auf, dass dies im Süden des Bundesstaates Amazonia bereits geschieht (Petkoff 2009). Die vorübergehende Einrichtung eines wöchentlichen Fluges Teheran–Caracas via Damaskus hat die Phantasie mächtig beflügelt; da nicht klar sei, was und wer dort alles befördert werde, ist auch von einer „Flugachse des Bösen“ die Rede (FAZ, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.06.2007). Zwischen dem Iran und Venezuela wurden mehr als 150 Abkommen auf den unterschiedlichsten Ebenen getroffen, u.a. die Herstellung eines gemeinsamen Traktors „VenIran“, von dem auch schon einige hundert Exemplare nach Bolivien exportiert worden sein sollen. Mittlerweile soll auch ein Kleinwagen in Maracay hergestellt werden. Venezuela und Iran stimmen sich darüber hinaus in außenpolitischen Fragen ab; Präsident Chávez fungierte in Lateinamerika als Türöffner für den Ausbau von diplomatischen Beziehungen des Iran (Arnson/Esfandiari/Stubits 2010).

Unter Präsident Chávez sind eine Reihe von neuen Auslandsvertretungen eingerichtet worden. Dies gilt vor allem für Afrika, wo in Benin, Senegal, Angola, Ecuatorial Guinea, Mali und Äthiopien neue Botschaften entstanden. Mit Santo Tomé und Príncipe wurden Beziehungen aufgenommen. Zusätzliche Auslandsniederlassungen entstanden auch in Jordanien, Palästina, Qatar, Vietnam und Weißrussland. Besonders in der Karibik sind neben den Botschaften und Konsulaten Venezolanische Institute für Kultur und Kooperation im Aufbau.

Präsident Chávez hat durch seine zahllosen Auslandsreisen in den vergangenen Jahren seinen Bekanntheitsgrad bei Politikern und der Bevölkerung in den südlichen Ländern erheblich vergrößert. Er versuchte, sich dort als Kritiker von Präsident Bush zu profilieren und verbündete sich mit dessen Gegnern. Dazu gehört sein früherer Besuch bei Saddam Hussein im Irak und seine Allianz mit dem Iran. Nach dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barack Obama legte er zunächst eine kurze Pause ein. Beim OAS-Treffen in Trinidad/Tobago 2009 schenkte er dem Nordamerikaner publikumswirksam ein Exemplar des bekannten Essays von Eduardo Galeano: *Die offenen Adern Lateinamerikas*, worauf das Buch kurzfristig auf Platz 10 bei „Amazon“ aufstieg. Schon bald kehrte er jedoch zur bisherigen Politik zurück, die beispielsweise Presseberichte zur Folge hatte, wonach Chávez

geäußert habe, die USA hätten das Erdbeben in Haiti Anfang 2010 ausgelöst (*FAZ.NET* und *latina.press*, 22.01.2010). Im Falle Haitis hat sich die venezolanische Regierung bei den Spendenzusagen in einen Überbietungswettbewerb mit den USA eingelassen. Präsident Chávez versprach unglaubliche 2,1 Mrd. US\$, der bisher größte Einzel-Spender USA hat 1,15 Mrd. US\$ zugesagt. Allerdings wollte Venezuela gut die Hälfte des Geldes in den folgenden 18 Monaten überweisen, den Rest in den kommenden zehn Jahren (*krone.at*, 31.03.2010). Hier wie bei anderen Ankündigungen stellt sich die Frage, ob die Gelder tatsächlich fließen und ankommen werden. Fürs Erste entfalten sie jedoch eine erhebliche mediale und politische Wirkung.

Teil der neuen internationalen Rolle Venezuelas ist eine Modernisierung des Waffenarsenals und eine Diversifizierung der Rüstungslieferanten. Nach seiner Reise im Juni 2007 nach Moskau und Minsk zählen dazu fünf bis neun Unterseeboote, darunter vier von der sogenannten "Amur-Klasse" sowie möglicherweise 30 weitere "Sukhoi" und zusätzliche Kampfhubschrauber. Bereits in den Jahren davor hatte Chávez 100.000 Kalaschnikow und anderes Rüstungsgerät in Russland erworben. Venezuela kauft nicht nur regelmäßig Waffen in Russland oder kündigt solche Geschäfte an, 2008 fanden auch gemeinsame russisch-venezolanische Marineübungen statt. "Wir wollen neue Panzer kaufen, um ihre Zahl mindestens zu verdoppeln", erklärte Chávez im Fernsehen. "Mir ist egal, was die Nachbarn und die Yankees dazu sagen. Wir müssen unsere Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft stärken und wir werden dies weiter tun" (*RIA Novosti*, 25.07.09). In diesem Punkt erinnert sein Auftreten an den peruanischen Militärpräsidenten José Velasco Alvarado, der von 1968 bis 1975 amtierte und eine starke Aufrüstung mit russischen Waffen einleitete.

#### 4. Zusammenfassung und Ausblick

Zumindest für die Zeit nach 2004 muss von einer neuen Außenpolitik gesprochen werden. Zwar war schon in der Agenda *Alternativa Bolivariana* von 1996 davon die Rede, dass die bolivarianische eine Alternative zur transnationalen Welt darstelle, aber erst im Zuge der innenpolitischen Zuspitzung von 2002 und der Auseinandersetzung mit den USA kam es zur Neuausrichtung der Außenpolitik. Während in der Präambel der Verfassung von 1961 auf die Förderung der Demokratie hingewiesen wurde, rückt nun das Prinzip der Nicht-Intervention ins Zentrum. In einer multipolaren Welt stehen zumindest im Diskurs der Regierung nicht mehr die Beziehungen zu den Haupthandelspartnern USA und Kolumbien im Vordergrund, sondern zu

einigen ausgesuchten lateinamerikanischen Ländern, Partnern im Nahen und Mittleren Osten sowie China. Statt von der repräsentativen spricht der Präsident von der partizipativen Demokratie. Diese Position hat er auch in der Diskussion um die Deklaration von Québec und der Interamerikanischen Demokratischen Charta in Costa Rica vertreten. Die Deklaration von Québec wurde nur mit Vorbehalten und nach dem 11.09.2001 unterschrieben (Gallego 2003). Die Tatsache, dass Teile der internen Opposition vom *National Endowment for Democracy* in den USA oder anderen Stiftungen unterstützt werden, ist ein Anlass, ihnen mangelnden Patriotismus vorzuwerfen.

Diese Außenpolitik ist auf der symbolischen Ebene durchaus wirkungsvoll gewesen. Das von der US-Regierung favorisierte Freihandelsabkommen ALCA ist gescheitert, ohne dass die von Venezuela geförderte ALBA klare Konturen gewonnen hätte. Hugo Chávez ist bei Teilen der lateinamerikanischen Bevölkerung und international sehr bekannt, auch wenn er nach Umfragen in der Beliebtheitsskala hinter dem nordamerikanischen Präsidenten Obama und dem brasilianischen Ex-Präsidenten Lula da Silva und weiteren Amtsinhabern erst an zehnter Stelle steht (*Encuesta Latinobarómetro*, 2009 in: *El País*, 12.12.2009; ältere Zahlen bei Zovatto 2007: 5). Allerdings hapert es mit der konkreten Umsetzung von Projekten. Vertreter der uruguayischen Regierung ließen 2008 durchblicken, dass gemeinsame Ölprojekte aufgrund von Unzuverlässigkeit und Korruption auf venezolanischer Seite nicht umgesetzt werden könnten.

Gegenüber bisherigen Formen der Außenpolitik nicht nur in Lateinamerika weist die amtierende venezolanische Regierung einige Neuerungen auf. Sie hat nicht nur die alten Eliten in der Außenpolitik nach 2002 weitgehend ausgetauscht<sup>3</sup> und die internationalen Bündnisse neu ausgelegt, sie hat auch eine zunehmende Internationalisierung des eigenen Landes vorangetrieben. Dazu gehört die bevorzugte Zusammenarbeit mit Kuba, aber auch mit Nichtregierungsorganisationen sowie mit Teilen der Publizistik im In- und Ausland. Auf verschiedensten internationalen Veranstaltungen treten Vertreter und/oder Sympathisanten des bolivarianischen Projektes auf, entsprechende Zeitschriften wie z.B. die seit 2002 erscheinende *América XXI. Desde Venezuela para todo el continente* werden verteilt. Teil des neuen Internationalismus ist auch die Förderung der Stipendienausbildung von ca. 5.000 Bolivianern in Kuba und andere Maßnahmen sowie die Durchführung von international besetzten Veranstaltungen in Venezuela, die sich mit globali-

---

3 Eine persönliche Stellungnahme eines Ex-Diplomaten an der venezolanischen Botschaft in Paraguay bei Niño (2005).



sierungskritischen Themen auseinandersetzen. Hier treffen sich sowohl Gruppen aus der antiimperialistisch-sozialistischen Tradition Lateinamerikas als auch neuere Globalisierungsgegner aus Europa. Im November 2003 wurde der *Primer Congreso Bolivariano de los Pueblos* mit 400 linken Politikern in Caracas abgehalten. Die damals verabschiedete Resolution und die Deklaration eines zweiten Kongresses von 2004 enthalten eine anti-neoliberale und anti-imperialistische Ausrichtung. Im August 2005 wurden die "16. Weltfestspiele der Jugend" in Caracas und damit erstmals in Südamerika durchgeführt. Es nahmen 17.000 Teilnehmer aus über 140 Ländern daran teil, die Regierung hatte im Vorfeld rund 8,3 Mio. US\$ bereitgestellt. 2006 war Venezuela Ausrichter des "IV. Weltsozialforums", das vom 23. bis 29. Januar 2006 in Caracas stattfand. Die Regierung unter Präsident Chávez unterstützt Kulturzentren in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, finanziert Reisen von Lateinamerikanern und Europäern nach Venezuela und betreibt eine Neben-Diplomatie.

Die "partizipative Demokratie" findet sich auch in den internationalen Beziehungen, sie dient der Gewinnung von Bündnisgenossen oder einfach der Sympathiebekundung. Dies zeigt sich z.B. in der (angekündigten) Lieferung von Dieselloil an 52 sandinistische Bürgermeister, die dafür ihre Zustimmung zu ALBA bekundet haben sollen, aber auch in den verbilligten Öllieferungen an Bewohner ausgewählter Wohngebiete in den USA oder London, deren Einkommen wesentlich höher liegen dürfte als das Durchschnittseinkommen der Venezolaner. Die Lieferungen nach London wurden 2008 nach dem Wechsel des dortigen Bürgermeisters wohl auf englischen Wunsch eingestellt. Ein Novum stellte die Gründung von "bolivarischen Zirkeln" in verschiedenen Städten der Welt und die Zusammenarbeit der venezolanischen Regierung mit subnationalen Akteuren und Organisationen in anderen Staaten dar. Im Jahrbuch des Außenministeriums von 2005 wird die Internationalisierung von venezolanischen Erfahrungen wie der *Misión Milagro* und *Misión Robinson* angekündigt.

Solche Veränderungen in der Außenpolitik bleiben nicht ohne Reaktionen. Aus der Sicht des venezolanischen Präsidenten besteht dabei der Hauptkonflikt mit der amtierenden nordamerikanischen Regierung,<sup>4</sup> deren Präsident und Außenministerin mit Begriffen bezeichnet wurden, die nicht in Handbüchern zum diplomatischen Protokoll enthalten sind. Allerdings kann die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen in anderen lateinamerikani-

---

4 Auch im *Libro Amarillo* des Außenministeriums von 2005 ist von dem Konflikt zwischen den USA und Venezuela die Rede, S. LXII.

schen Staaten, deren gewählte Regierungen nicht auf der Chávez-Linie liegen, zu Problemen führen. Erwähnt sei hier die Abberufung des venezolanischen Botschafters in Mexiko, nachdem Chávez den mexikanischen Präsidenten als “cachorro del imperio – Handlanger des Imperiums” bezeichnete. 2007 kam es zu Wortgefechten mit Brasilien, nachdem der brasilianische Kongress die Nichtverlängerung der Lizenz für den Fernsehsender RCTV kritisiert hatte. Die Äußerung des Präsidenten “es sei wahrscheinlicher, dass die portugiesische Kolonialherrschaft wieder in Brasilien eingeführt wird, als dass die venezolanische Regierung die Lizenz an die venezolanische Oligarchie zurückgibt” (*Latin American Weekly Report*, 07.06.2007), rief bei einigen Kongressabgeordneten Unmut hervor.

Kritisch wird gerade die Politisierung des Mercosur betrachtet. Von politischen Beobachtern wird Präsident Chávez seit der Gipfelkonferenz 2006 in Córdoba/Argentinien, zu der auch Fidel Castro auf sein Betreiben erschien, als ein Urheber der Fragmentierung von Integrationsbestrebungen in Lateinamerika angesehen. Die idealistische Tradition in der venezolanischen Außenpolitik hatte bereits in der Vergangenheit zu Kontroversen geführt. Die sogenannte “Betancourt-Doktrin”, die den Abbruch diplomatischer Beziehungen mit Regimen vorsah, die nicht aus freien Wahlen hervorgingen, war seinerzeit umstritten, mittlerweile wird sie *de facto* eigentlich von allen lateinamerikanischen Staaten und der OAS außer Kuba vertreten; Präsident Carlos Andrés Pérez war in Sachen Weltpolitik in den 1970er Jahren nur begrenzt erfolgreich und auch der “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” wird teilweise verhalten aufgenommen (Romero 2006a). Die Art und Weise, wie die Bewerbung um einen nicht ständigen Sitz im Sicherheitsrat 2006 betrieben wurde, war indessen der venezolanischen Sache nicht unbedingt förderlich. Die moderaten arabischen Staaten waren durch die ostentative Freundschaft mit dem Iran befremdet, in Asien rief die venezolanische Haltung gegenüber Nordkorea Unruhe hervor und einzelnen karibischen Ländern mit ihrer Westminster-Tradition soll die Bezeichnung von Bush als “Teufel” während Chávez-Rede vor der UNO missfallen haben.

Die Reaktion der lateinamerikanischen Regierungen auf Chávez’ Avancen ist widersprüchlich. Finanzielle Unterstützung wird gerne angenommen, die tatsächliche Bereitschaft, den Plänen des selbsternannten Kommandanten zu folgen, fällt gering aus. Getreu der lateinamerikanischen Maxime der Nichteinmischung werden amtierende Präsidenten jedoch öffentlich keine Kritik am gewählten venezolanischen Präsidenten üben bzw. entsprechende Anmerkungen allenfalls Ex-Präsidenten überlassen. Brasilien geht – gerade

nach dem venezolanischen Auftritt in Honduras 2009 – auf eine gewisse Distanz, gleichzeitig werden die Militärausgaben erhöht. Schon Ende November 2007 wurde bekannt, dass sich das Land nicht am Bau der gigantischen Gasleitung quer durch Südamerika beteiligen werde.

<b>Chávez Spenden für die Welt</b> Angaben in Millionen US-Dollar	
Kuba	7581
Argentinien	6305
Brasilien	4501
Nicaragua	3264
Bolivien	2061
Uruguay	927
Paraguay	810
Karibische Inseln	792
Jamaika	631
Ecuador	565
Haiti	427
China	300
USA	236
Dominikanische Republik	156
Mali	100
Iran	100
Guyana	53
El Salvador	40
Großbritannien	32
Dominica	10
Grenada	7,5
Benin	2,9
Indonesien	2
Restliches Afrika	1,16
Puerto Rico	0,25

Quelle: *Die Zeit*, Nr. 36, 30.08.2007, S. 8. Bei den Zahlen ist ungewiss, ob es sich um Zusagen oder tatsächlich erbrachte Leistungen handelt.

Nach außen kann Chávez seine Rolle als Regelverletzer, *enfant terrible* des internationalen Parketts und Medienphänomen getreu der Maxime “Die besten Freunde der Populisten sind die Journalisten” weiterspielen. Sein Auftritt

beim Iberoamerikanischen Gipfel im November 2007 in Santiago de Chile war ein Beispiel dafür. Mit seinen Äußerungen bei der Ankunft zugunsten eines Meereszuganges für Bolivien irritierte er die chilenische Präsidentin Bachelet. Mit seiner These von einer "sozialen Transformation" statt der "sozialen Kohäsion" definierte er das Thema des Treffens um. Schließlich provozierte er mit seiner wiederholten Bezeichnung des vormaligen spanischen Ministerpräsidenten Aznar als "Faschisten" den spanischen König zu der Äußerung: "Warum hältst Du nicht Mund!"<sup>5</sup> Die wenig diplomatische Zurechtweisung des Königs nutzte er unmittelbar darauf bei einem "Alternativtreffen der Völker" in Santiago, indem er in die Rolle des rebellischen Indianerführers schlüpfte, der sich von den vormaligen Kolonialherren nichts sagen lasse. Der historische Gegensatz zwischen Simón Bolívar und Ferdinand VII. schien seine zeitgenössische Entsprechung in der Konfrontation Chávez – König zu finden. Chávez verweist dabei auf die Unterstützung des damaligen spanischen Ministerpräsidenten Aznar beim gescheiterten Staatsstreich im April 2002.

Einmal mehr unterstreicht der Vorgang, dass die venezolanische Außenpolitik schwer berechenbar ist und ganz vom Präsidenten abhängt. Schließlich waren Spanien und Portugal der amtierenden venezolanischen Regierung bei den ökonomischen Beziehungen und Rüstungslieferungen weit entgegengekommen (Vargas Llosa 2007), wesentlich weiter etwa als die Bundesrepublik Deutschland. Bezeichnenderweise erhielt Chávez bei dem Vorfall in Santiago lediglich die unmittelbare Unterstützung von Daniel Ortega aus Nicaragua, während sich Bolivien und Kuba zurückhielten. Die kubanische Regierung unterhielt auch in der Zeit des Franco-Regimes gute Beziehungen mit Spanien. Von lateinamerikanischen Diplomaten werden die Ausfälle von Chávez eher heruntergespielt. Dies war auch der Fall, als Chávez im Mai 2008 Bundeskanzlerin Merkel mit Hitler verglich und später von einer Entschuldigung sprach. Seine Attacken gegen andere und 2008 auch gegen die Europäische Union wegen einer Begrenzung der Immigration wurden als Versuch des innenpolitischen Geländegewinns gedeutet. Für die spanische Regierung und Öffentlichkeit stellt die Anwesenheit von ETA (*Euskadi Ta Askatasuna*)-Mitgliedern in politischen Ämtern der venezolanischen Regierung ein Ärgernis dar.<sup>6</sup>

5 "Chávez desata duro conflicto con España, polariza la Cumbre e irrita a Bachelet", so die Überschrift in: *La Tercera*, 11.11.2007.

6 Vgl. die Reportage: "Venezuela, el gran 'balneario' de ETA", in: *El País*, 21.03.2010.

Die deutlichste Kritik an Chávez' Paralleldiplomatie in Lateinamerika kommt aus Ländern, wo er bereits in den Wahlkampf eingegriffen hat (Peru) bzw. aus Kleinstaaten Mittelamerikas. In Peru kam es zu einer Kabinettskrise, als bekannt wurde, dass im Lande mit venezolanischer Unterstützung sogenannte "Casas de Alba" in Cusco, Puno, Juliaca und Iquitos aufgebaut wurden. Die Schätzungen über weitere Gründungen reichten bis zu 80 kleineren Büros (*Latin American Weekly Report*, 01.11.2007). Auch der frühere Präsident von El Salvador, Tony Saca, warf dem venezolanischen Präsidenten vor, dass er "bolivarische Zirkel" in El Salvador, den mittelamerikanischen Ländern und Mexiko plane (*Latin American Weekly Report*, 08.11.2007). Er nahm Bezug auf einen Artikel in *El Universal* vom 7. Oktober, wo berichtet wurde, die Regierung habe im Entwicklungsplan 2007-2013 Beträge zur Förderung von sogenannten "alternativen Bewegungen" in Mittelamerika und Mexiko eingestellt.

Unter Chávez hat das Außenministerium an Bedeutung verloren. Ein Elitenwechsel hat eingesetzt, der besonders in der Ausbildungsstätte "Pedro Gual" weit fortgeschritten ist. Die höheren Positionen wurden dort mit Vertretern der Linken besetzt oder mit relativ jungen Gefolgsleuten des Präsidenten. International präsentiert sich Venezuela als Fürsprecher der Armen und Stimmlosen. Die Strategie ging jedoch nur teilweise auf, wie das Scheitern der Kandidatur für den Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstreicht. Zunehmend geht die Außenpolitik vom Präsidenten aus. In den ersten Jahren als Außenminister bzw. Vize-Präsident hatte José Vicente Rangel hin und wieder eine moderierende Rolle eingenommen. Nach dem gescheiterten Referendum 2007 hat einer der Vize-Außenminister seinen Posten aufgegeben.

Gegenüber bisherigen Formen der Außenpolitik nicht nur in Lateinamerika weist die amtierende venezolanische Regierung erhebliche Neuerungen auf. Sie hat nicht nur die alten außenpolitischen Eliten ausgetauscht und die internationalen Bündnisse neu ausgelegt, sie hat auch eine zunehmende Internationalisierung des eigenen Landes vorangetrieben. Darüber hinaus stellte die Gründung von "bolivarianischen Zirkeln" in verschiedenen Städten der Welt sowie die Zusammenarbeit der venezolanischen Regierung mit subnationalen Akteuren und Organisationen in anderen Staaten ein Novum dar.

Dies läuft allerdings auf eine Überdehnung der Außenpolitik hinaus. Die besten Verbündeten der Vergangenheit und Haupthandelspartner der Gegenwart (USA, Kolumbien) sind nun die Gegner – angesichts der großen Zahl von kolumbianischen Einwanderern in Venezuela und des Ausbil-

dungsstandes der kolumbianischen Armee eine eigenwillige Entwicklung. Die erklärte Sympathie und nicht genau einzuschätzende Kooperation mit einem sogenannten "Schurkenstaaten" wie dem Iran lässt Venezuela darüber hinaus auf dem Radarschirm der USA auftauchen.

So bleibt ein gespaltenes Bild der neuen venezolanischen Außenpolitik:

1. Es stellt sich die Frage, wie lange ein mittelgroßer Staat eine Außenpolitik mit so starker Präsenz auf der internationalen Bühne fortsetzen kann. Die erste und einfachste Antwort lautet natürlich: Solange der Ölpreis so hoch ist. Venezuela setzt sich jedoch der Gefahr aus, in den Geruch einer Petro- oder "Scheckbuchdiplomatie" zu gelangen.
2. Mit der Anti-Haltung gegen die US-Regierung lassen sich schnell und überall auf der Welt Punkte sammeln. Aber: Wie geht es weiter? Welches Entwicklungskonzept hat Venezuela anzubieten? Und: Kann es in Ländern funktionieren, die nicht über hohe Öleinnahmen verfügen, wie das in dieser Hinsicht bevorzugte Venezuela?
3. Wie werden sich die weiteren Beziehungen Venezuelas mit Lateinamerika gestalten? Die Vorstellung, das Amerika Monroes stünde dem Amerika Bolívars gegenüber, klingt eingängig. Sie stellt aber die Geschichte von fast 180 Jahren in Lateinamerika infrage und kann zu neuen Animositäten führen. Die im Juli 2007 erfolgten Äußerungen zum Beitritt Venezuelas in den Mercosur von brasilianischer und paraguayischer Seite sind ein Beleg dafür. Die Paralleldiplomatie stößt bei anderen lateinamerikanischen Regierungen auf Misstrauen.
4. Und schließlich die starke Personalisierung: Präsident Chávez bestimmt die Außenpolitik und eröffnet mit seinen schwer vorhersehbaren Angriffen auf andere Politiker und Personen stets neue und wechselnde Fronten. Dies bringt ihm zwar schnelle, allerdings auf Dauer folgenlose Präsenz in der Presseberichterstattung, hinter der Hand geht man aber auch in Lateinamerika auf Distanz zu dem schwer berechenbaren Präsidenten.

### Literaturverzeichnis

- Álvarez-Ossorio, Ignacio (2010): "Chávez de Arabia y Persia". In: *El País*, 23.01.2010.
- Arnson, Cynthia/Esfandiari, Haleh/Stubits, Adam (2010): *Iran in Latin America: Threat or 'Axis of Annoyance'?* (Woodrow Wilson Center Reports on the Americas, 23). Washington, D.C.
- Báez, Luis/Elizalde, Rosa Miriam (2005): *El Encuentro*. Publicaciones del Consejo de Estado. La Habana.
- Bodemer, Klaus (2007): "'Petropolitics' – Politischer Diskurs, Geopolitik und ökonomisches Kalkül in den Beziehungen zwischen Venezuela und den Vereinten Staaten". In: *Lateinamerika Analysen*, 16, 1, S. 169-202.
- Boeckh, Andreas (2002): "Die Außenpolitik Venezuelas". In: Calcagnotto, Gilberto/Nolte, Detlef (Hrsg.): *Südamerika zwischen US-amerikanischer Hegemonie und brasilianischem Führungsanspruch*. Frankfurt am Main, S. 212-225.
- Boersner, Demetrio (1987): "Cambios de énfasis en la política exterior venezolana, 1958-1978". In: *Política Internacional*, 8, S. 1-4.
- Bond, Robert D. (1977): *Contemporary Venezuela and its Role in International Affairs*. New York.
- Burgos, Elizabeth (2006): "Paralelismos cubanos en la revolución bolivariana". In: *Revista Venezolana de Ciencia Política*, 29, S. 39-71.
- Carlisle, Douglas H. (1979): *Venezuela Foreign Policy: its Organization and Beginning*. Washington, D.C.
- Corrales, Javier (2005): "The Logic of Extremism: How Chávez Gains by Giving Cuba So Much". In: *Inter-American Dialogue* (Working Paper, Dez.), S. 2-6.
- Dieterich, Heinz (2001): *Hugo Chávez: Un nuevo proyecto latinoamericano*. La Habana.
- Escovar Salom, Ramon (1980): "Política Exterior de Venezuela". In: *El Nacional*, 51. Caracas.
- Faúndez Ledesma, Héctor (2001): "Lo que natura non da, diplomacia non presta!". In: *El Nacional*, 01.02.2001.
- Gallego, Raquel Gamus (2003): "Los problemas de la gobernabilidad democrática del gobierno de Hugo Chávez en el marco de sus relaciones con Estados Unidos". In: *Cuadernos del Cendes* 20, 54, S. 149-166.
- Golinger, Eva (2006): *Bush vs. Chávez. La Guerra de Washington contra Venezuela*. La Habana.
- Gott, Richard (2000): *In the Shadow of the Liberator. Hugo Chávez and the Transformation of Venezuela*. London/New York.
- Grabendorff, Wolf (1979): "Entwicklungsperspektiven und Entwicklungspole Lateinamerikas". In: *APUZ*, 13, S. 3-17.
- Herrera, Earle (1979): *Por qué se ha reducido el territorio venezolano?* Caracas.
- Herrera Navarro, Ramón (Hrsg.) (2008): *Chávez y el mundo árabe* (serie cuestiones geopolíticas). Caracas.
- Intervenciones 2004: *Intervenciones del Presidente el día 12 de noviembre 2004 (Teatro de la Academia Militar* <[www.infovenezuela.org/democracy/attachments-spanish/T5%20ST06%20N1%20INTERVENCION.pdf](http://www.infovenezuela.org/democracy/attachments-spanish/T5%20ST06%20N1%20INTERVENCION.pdf)> (15.11.2010).

- Jácome, Francine (2007): *Seguridad e integración "Bolivariana" en el marco de la política exterior de Venezuela (1999-2006)*. Caracas (unveröff. Manuskript).
- Kestler, Thomas A. (2005): *Die Krise in Venezuela im Jahr 2002 aus brasilianischer und US-amerikanischer Sicht* (Mesa Redonda, N.F., 21). Eichstätt.
- Langue, Frédérique (2006): "Petróleo y revolución en las Américas. Las estrategias bolivarianas de Hugo Chávez". In: *Revista Venezolana de Ciencia Política*, 29, S. 127-152.
- Lanza, Eloy (1980): *El subimperialismo venezolano*. Caracas.
- Lapper, Richard (2006): *Living with Hugo. U.S. Policy Toward Hugo Chávez's Venezuela*. (CSR, 20). New York.
- Leogrande, William M. (2007): "A Poverty of Imagination: George W. Bush's Policy in Latin America". In: *Journal of Latin American Studies*, 39, S. 355-385.
- Magnoli, Demétrio/Jácome, Francine/Puente, José Manuel/Rios, Sandra/Maduro, Lucia (2007): "Venezuelas Beitritt zum MERCOSUR". In: *Europa América Latina. Analysen und Berichte*, 24. Brazil.
- Maihold, Günther (2008): "Außenpolitik als Provokation. Rhetorik und Realität in der Außenpolitik Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez". In: *SWP-Studie*, S. 22.
- Manzur, Morales (1999): "Venezuela y el Mercosur: ventajas estratégicas de las relaciones venezolano-brasileñas". In: *Agenda internacional*, 6, 13. Lima, S. 27-46.
- Marcano Salazar, Luis Manuel (2006): *Política exterior del gobierno bolivariano. Fundamentos conceptuales*. Caracas.
- Ministerio de Relaciones Exteriores (2006): *Libro Amarillo correspondiente al año 2005: Ministerio de Relaciones Exteriores*. Caracas.
- Naím, Moisés (2007): "Rogue Aid. What's Wrong with the Foreign Aid Programs of China, Venezuela, and Saudi Arabia?". In: *Foreign Policy*, März/April, S. 94-95.
- Niño, Elmer (2005): *La diplomacia del Camaleón*. Asunción.
- Petkoff, Teodoro (2009): "Chávez zündelt". In: *Die Welt*, 05.08.2009.
- Picón, Delia (1999): *Historia de la diplomacia venezolana*. Caracas.
- RIA Novosti* (25.07.2009): "Chávez will Panzertruppen verdoppeln – Massive Waffenkäufe angekündigt".
- Romero, Carlos A. (1986): "Las Relaciones entre Venezuela y Estados Unidos: ¿Realidad Histórica u Opción Política?". In: *Política Internacional*, 2, S. 11-14.
- (Hrsg.) (1992): *Reforma y política exterior en Venezuela*. Caracas.
- (2003): "Dos etapas en política exterior de Venezuela". In: *Politeia*, 30, S. 319-344.
- (2006a): "Venezuela y Estados Unidos: ¿una relación esquizofrénica?". In: *Nueva Sociedad*, 206, S. 78-93.
- (2006b): *Jugando con el globo. La política exterior de Hugo Chávez*. Barcelona.
- Romero, María Teresa (2002): *Política exterior venezolana: El proyecto democrático, 1959-1999*. Caracas.
- Rossi, Adriana (2009): "El corredor de la inseguridad". In: *Le Monde diplomatique/el Dipló*, 123, S. 6-7.
- Sánchez, Germán (2006): *Cuba y Venezuela. Reflexiones y debates*. La Habana.



- Schoen, Douglas E./Rowan, Michael (2009): *The Threat Closer to Home: Hugo Chávez and the War Against America*. New York.
- Serbin, Andrés (2006): "Cuando la limosna es grande". In: *Nueva Sociedad*, 205, S. 75-91.
- Shifter, Michael (2010): "Obama and Latin America. New Beginnings, Old Frictions". In: *Current History*, S. 67-73.
- Taylhardat, Adolfo Raúl (1992): "El diplomático venezolano ante los retos del cambio global internacional". In: Romero, Carlos A.: *Reforma y política exterior en Venezuela*. Caracas, S. 191-208.
- Urrutia, Edmundo González (1992): "El funcionario diplomático venezolano". In: Romero, Carlos A.: *Reforma y política exterior en Venezuela*. Caracas, S. 173-190.
- (2006): "Las dos etapas de la política exterior de Chávez". In: *Nueva Sociedad*, 205, S. 159-171.
- Vargas Llosa, Mario (2007): "El comandante y el Rey". In: *El País*, 18.11.2007.
- Welsch, Friedrich/Werz, Nikolaus (2000): *Die venezolanische 'Megawahl' vom Juli 2000 und ihre Folgen: Legitimation der Bolivarianischen Republik* (Brennpunkt Lateinamerika, 20). Hamburg.
- Werz, Nikolaus (1984): "Venezolanisch-guyanischer Grenzkonflikt". In: Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Internationale Beziehungen* (Pipers Wörterbuch zur Politik, 5). München, S. 504-505.
- (2001): "Chávez en la prensa europea y estadounidense". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 7, 2, S. 147-155.
- Wöhlcke, Manfred (1984): *Ein dritter Weg für die Dritte Welt?* Ebenhausen.
- Yanes, Hernán (2005): *The Cuba-Venezuela Alliance: "Emancipatory Neo-Bolivarismo" or Totalitarian Expansion?* (Occasional Paper Series). Miami.
- Zovatto, Daniel (2007): "Las dos caras de América". In: *Tiempos del Mundo*, 29.03.2007, S. 4-5.



### **III. Wirtschaft**



**Andreas Boeckh**

## **Erdölrente, Politik und Entwicklung**

### **1. Einleitung**

Kein Land der Welt hat länger von einer Bodenrente gelebt als Venezuela und wohl kaum ein anderes Land wird länger davon leben. Wenn man den Übergang des Landes von einem unterentwickelten Agrarexportland zum Erdölland in der Zeit zwischen 1925 und 1930 verortet, dann hat Venezuela bis heute (2010) eine circa achtzigjährige Karriere als Öllrentier hinter sich. Seit 1925 hat das Erdöl mehr als 50% der Exporterlöse eingebracht und seit 1929 haben die staatlichen Einnahmen zu mehr als 50% ihren Ursprung im Ölsektor gehabt (Boeckh 2003: 142). Nach jetzigem Kenntnisstand verfügt Venezuela unter Einrechnung des Schweröls im Orinokobecken mit 360 Mrd. Fass über die größten nachgewiesenen Ölreserven der Welt (Isbell 2007: 3). Vorausgesetzt, dass das Öl auch in der Zukunft ein strategischer Rohstoff sein wird und dass sich die Weltmarktpreise auf einem Niveau bewegen, das eine kommerzielle Nutzung der gigantischen Schwerölreserven im Orinokobecken erlaubt, wird das Land auch für die nächsten 100 Jahre ein Rentier bleiben.

In diesem Beitrag werden die ökonomischen und politischen Prägungen dargestellt, die das Land durch die Ölrente erfahren hat. Der Schwerpunkt liegt auf dem Entwicklungspfad, der das Land seit vielen Jahrzehnten auszeichnet. Dieser ist nicht nur durch ökonomische Parameter charakterisiert, sondern auch durch eigene Muster der politischen Problembearbeitung, durch spezifische Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie paradoxerweise durch immerwährende und vergebliche Versuche, dem Schicksal eines Rentiers zu entkommen. Die dabei gewählte Perspektive lässt weniger die Brüche und Verwerfungen sichtbar werden, die das Land zweifellos auch erlebt hat, sondern die Kontinuitäten, die aus den Folgen der Ölrente resultieren. Dies gilt übrigens auch für die gegenwärtige Regierung, die für sich in Anspruch nimmt, einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit zu bewerkstelligen, die aber stattdessen dabei ist, die Rentenabhängigkeit des Landes auf die Spitze zu treiben. Wenn die Analyse des Zusammenhangs zwischen Öleinnahmen und Entwicklung in Venezuela etwas ergibt, dann ist

es vor allem die Einsicht in die enorme Bedeutung der Pfadabhängigkeit bei einer rentengestützten Entwicklung.

## 2. Anmerkungen zur Rentenaneignung

In allen Ländern, in denen der Staat Eigentümer der Bodenschätze ist, beansprucht er entweder eine Gebühr für die Ausbeutung der Bodenschätze durch private Unternehmer (*royalties*) oder eine Beteiligung am unternehmerischen Gewinn in Form einer entsprechenden Besteuerung. In diesem unternehmerischen Gewinn kann infolge besonders günstiger Produktionsbedingungen eine Rente enthalten sein (Differenzialrente). Was dann als besonders hoher Gewinn erscheint, enthält in Wahrheit zwei Elemente: den normalen unternehmerischen Gewinn sowie eine Rente.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Ölgesellschaften und dem venezolanischen Staat ging es zunächst dem Anschein nach um eine Profitaufteilung, da die Rente nicht gesondert in Erscheinung tritt, sondern nur als außergewöhnlich hoher Profit. Die in diesem Profit enthaltene Rente war Gegenstand der Verteilungskämpfe zwischen dem Staat und den internationalen Ölgesellschaften. Der eigentliche Profit steht über die übliche betriebliche Einkommenssteuer hinaus nicht zur Verteilung an, da sonst keine Investitionen mehr getätigt werden.<sup>1</sup> Nach der Gründung der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) versuchten die darin zusammengeschlossenen Produzentenländer, über die Aneignung der Differenzialrente hinaus eine Monopolrente durchzusetzen, bekanntlich mit beträchtlichem Erfolg (Mommer 1983).

Für meine Analyse ist jedoch die Frage wichtiger, wie die Rente, die sich der Staat angeeignet, an die Gesellschaft weitergeleitet und dort verteilt wird. Im Wesentlichen sind es drei Mechanismen, die hierbei eine Rolle spielen (Mommer 1987). Sehr sichtbar und daher auch am ehesten legitimationsbedürftig ist der Transfer über die Staatsausgaben. In der wissenschaftlichen Literatur und in der Publizistik wird vor allem über diesen Mechanismus diskutiert. Allerdings wird über die Staatsausgaben nur ein geringer Teil

---

1 Dies trifft auch für die Profite der staatlichen Ölgesellschaft zu, die dem Staat nicht als Rente zur Verfügung stehen bzw. stehen dürfen, wenn nicht die Investitionsfähigkeit dieser Gesellschaft infrage gestellt werden soll. Seit der Verstaatlichung der Ölgesellschaften 1976 stand der venezolanische Staat immer wieder im Verdacht, diese Grenze nicht respektiert zu haben; nicht erst, nachdem die jetzige Regierung die staatliche Ölgesellschaft nach dem Streik des Jahres 2002/2003 wieder unter ihre Kontrolle gebracht hatte, sondern auch schon in den 1980er Jahren (Boeckh 1997: 302).

der Rente an die Gesellschaft verteilt. Andere – und viel bedeutsamere – Mechanismen kommen wegen der Fixierung auf die Staatsausgaben erst gar nicht ins Blickfeld, was auch erklärt, warum große Teile der Gesellschaft der Umverteilung von unten nach oben, die in den 1980er Jahren einsetzte, so hilflos gegenüber standen.

Ein zweiter Mechanismus ist, bzw. war, die chronische Unterbesteuerung, die vor allem der Mittel- und Oberschicht zugutekam. Wegen der hohen Öleinnahmen war eine dem Entwicklungsstand des Landes angemessene interne Besteuerung lange Zeit politisch nicht durchsetzbar. Die Steuerquote (Steuern/BIP) lag noch Anfang der 1980er Jahre bei 9%; in Ländern mit einem vergleichbaren Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei ca. 20% (Purroy 1982: 84). Dieser Verzicht auf Steuern stellte eine Entlastung der besitzenden Schichten dar, einen indirekten Transfer. Aber da dieser Mechanismus ohne theoretische Vorüberlegungen kaum erkennbar ist, wurde er lange Zeit in der venezolanischen Diskussion nicht thematisiert.

Der wichtigste Mechanismus der internen Rentenverteilung ist jedoch die Überbewertung der Währung. Diese stellt den Unternehmern billige Kapitalgüter zur Verfügung – die in Venezuela in der Regel importiert werden müssen – und der Bevölkerung insgesamt billige Konsumgüter. Angesichts der hohen Importabhängigkeit bei Nahrungsmitteln kommt die Überbewertung mehr als jeder andere Mechanismus den unteren Einkommensbezieher zugute, deren Ausgaben überproportional im Bereich der Nahrungsmittel getätigt werden (Boeckh 1988: 648-650).

### **3. Vom Agrarland zum Ölrentier: Sünden- oder Glücksfall?**

Sieht man einmal von Malthus (2006) ab, dann werden seit Adam Smith die Rente und ihre Folgen für die Gesellschaft unter rein kapitalistischen Gesichtspunkten diskutiert. Da Renteneinkommen keine eigenen Leistungen in Form von Arbeit beziehungsweise von Kapitalinvestitionen gegenüberstellen, gelten sie als parasitäres Einkommen, als etwas Anrüchiges und Unanständiges, das den Empfänger korrumpiert. Übertragen auf rentenbeziehende Gesellschaften bedeutet dies, dass diese nicht nur unfähig zu einer regulären kapitalistischen Entwicklung sind, sondern dass sie ebenfalls korrumpiert werden und in ihren moralischen Fundamenten bedroht sind. In Venezuela bricht daher auch immer wieder die Verzweiflung über die verwerflichen Folgen des Ölreichtums auf. Gegen Ende seines Lebens bezeichnete der Architekt der modernen Ölpolitik des Landes, Juan Pablo Pérez Alfonzo, das Öl als "Exkrement des Teufels" (Pérez Alfonzo 1976).

Dass eine rentenabhängige Entwicklung gravierende Probleme mit sich bringt, ist unbestritten. Alles, was als typisch für eine Rentengesellschaft gilt – die Trennung von Leistung und Belohnung, die Vorstellung, dass die Entwicklung eines Landes vom Zufluss der Rente und nicht so sehr von den eigenen produktiven Anstrengungen abhängt, fiskalische Verantwortungslosigkeit, *rent-seeking* und Korruption, ein exzessives und an metropolitenen Mustern orientiertes Konsumverhalten, eine klientelistische Versorgungsmentalität und Erwartungshaltung – trifft auch für Venezuela zu und findet auf allen Ebenen der Gesellschaft seinen Niederschlag (Briceño León 1985).

Allerdings führt eine moralische Betrachtungsweise schnell in die Irre und ist nicht analytisch. Die Frage muss erlaubt sein, welche Alternativen dem Land zu der Zeit zur Verfügung standen, als es sich auf den Weg zu einer Rentengesellschaft begeben hat. Die Vorstellung, dass Venezuela ein Land gewesen sei, in dem die Menschen zwar arm, aber glücklich und zufrieden von ihrer Hände Arbeit gelebt hätten, eine Vorstellung, die zumindest in der venezolanischen Debatte immer wieder durchschimmert (Uslar Pietri 1984: 212-215), ist eine bukolische Idylle, die mit den Realitäten der Unterentwicklung in Venezuela nichts zu tun hat.

Vor Beginn des Ölbooms war Venezuela ein ökonomisch weitgehend stagnierendes Agrarland, von dessen Exporten – anders als etwa in Brasilien und Argentinien – kaum Impulse für die übrigen Wirtschaftssektoren ausgingen. Die Ölproduktion und die staatlichen Einnahmen aus dem Ölsektor änderten das Entwicklungstempo und das sozioökonomische Entwicklungsmuster innerhalb kürzester Zeit. Das Wirtschaftswachstum zwischen 1920 und 1930 hätte, legte man den Durchschnitt der Ära vor dem Öl zugrunde, 58 Jahre in Anspruch genommen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung lag in Venezuela bis Mitte der 1920er Jahre bei ca. einem Drittel des durchschnittlichen BIP von Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Chile, Mexiko und Peru. Fünf Jahre später hatte es das Niveau dieser Länder erreicht, um dann bis 1958 dieses um das Doppelte zu übertreffen (Baptista 2006: 5). Die Ölrente, die pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung von 0,11 US\$ im Jahre 1920 bis zum Höhepunkt des Rentenzuflusses zwischen 1974 und 1981 auf US\$ 406,13 angestiegen war, bewirkte ein Wirtschaftswachstum, das deutlich über dem lateinamerikanischen Durchschnitt und auch über dem Durchschnitt der Industrieländer lag (Baptista 1985a: 106).

Entgegen der in Venezuela in der Presse und auch in wissenschaftlichen Publikationen weit verbreiteten Meinung, dass das Renteneinkommen unproduktiv verschwendet worden sei und immer noch wird (siehe zahlreiche



Beiträge in Academia Nacional de Ciencias Económicas 1985), hat der Rentenzuflusses die Kapitalbildung enorm befördert.

**Tabelle 1: Jährliches Wachstum von Kapital und Beschäftigung im internationalen Vergleich (in %)**

	Kapital	Arbeit	Kapital/Beschäftigung
Kanada 1950-1978	5,76	3,18	2,58
Frankreich 1950-1978	4,71	1,05	3,66
BR Deutschland 1950-1978	6,29	1,60	4,69
Italien 1950-1978	5,08	0,84	4,24
Japan 1950-1978	8,44	1,49	6,95
Großbritannien 1950-1978	4,17	1,24	2,93
USA 1950-1978	4,35	2,39	1,96
Venezuela 1945-1982	8,41	3,12	5,29

Quelle: Baptista (1985a: 129).

Auch bei der Industrieproduktion lagen die jährlichen Zuwachsraten mit 7,1% zwischen 1960 und 1982 weit über denen der Industrieländer und der wichtigsten lateinamerikanischen Staaten (Baptista 1985b: 8). Mit dem spektakulären Wirtschaftswachstum und der Industrialisierung verband sich eine rasche Modernisierung des Landes, die ihren Niederschlag in einer rapiden Urbanisierung sowie in einer stetigen Zunahme der Alphabetisierungsquote und der staatlichen Dienstleistung fand. Dass dieser Modernisierungsschub ohne größere politische Verwerfungen vonstatten ging, war ebenfalls der Ölrente zu verdanken, die integrative Lösungen sozialer Konflikte und die Bildung eines Elitenkonsenses bezüglich der Organisation der politischen Herrschaft und der Verteilung der Ölrente erleichterte (Karl 1987). Zwischen 1945 und heute gab es in Venezuela nur drei gewaltsame Regimewechsel: 1945, 1948 und 1958, wobei zwei davon demokratische Transitionen darstellten (1945 und 1958), was im lateinamerikanischen Vergleich als Ausweis einer enormen politischen Stabilität gelten kann.

#### **4. Rente und Entwicklung: Strategische Kontroversen und Konflikte**

##### *4.1 Weichenstellungen*

Die Debatte um eine adäquate Nutzung des Ölreichtums setzte in Venezuela schon sehr früh – Mitte der 1920er Jahre – ein. Nachdem klar war, dass das Erdöl für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes eine überragende Rolle

spielen würde, stand die politische Führung vor der Entscheidung, wie damit umzugehen sei. Es war offenkundig, dass das Land weder über die finanziellen noch die technischen Ressourcen verfügte, um das Öl zu fördern und zu vermarkten. Zudem war unstrittig, dass es angesichts des niedrigen Entwicklungsstandes und des fast völligen Fehlens von Industrien wenig sinnvoll wäre, das Öl als billigen Rohstoff für die eigene industrielle Entwicklung zu nutzen. Daraus ergaben sich zwei Schlussfolgerungen: Man musste ausländisches Kapital ins Land holen, das bereit war, die Ölförderung in die Hand zu nehmen, und man musste das Öl verkaufen und dabei darauf achten, einen möglichst großen Anteil an den Öleinnahmen zu erhalten.

Um die internationalen Ölkonzerne für Venezuela zu interessieren, mussten attraktive Konditionen für die Ausbeutung und die Gewinnaufteilung geboten werden. Zu den wegen ihrer kulantesten Konditionen später so viel gescholtenen Konzessionsverträgen der Regierung Gómez (1908-1935) gab es seinerzeit kaum eine Alternative, da die Ölkonzerne zunächst keineswegs vom Produktionspotenzial des Landes überzeugt waren (McBeth 1983). Nachdem sich das Land jedoch zu einem der weltweit führenden Ölproduzenten entwickelt hatte, setzte eine heftige Auseinandersetzung um die Aufteilung der Ölrente ein, die erst mit der Verstaatlichung der Ölfirmen im Jahre 1976 ihren vorläufigen Abschluss fand. Da die frühen Konzessionsverträge ein Besteuerungsverbot enthielten und nur die Zahlung von Abbaugebühren (*royalties*) vorsahen, blieben die Möglichkeiten der venezolanischen Regierung beschränkt.

Als zentrale Weichenstellung für die künftige Entwicklung des Landes erwies sich die 1934 getroffene Entscheidung, die Landeswährung nicht parallel zum US-Dollar abzuwerten. Mit dieser Entscheidung erhöhte sich die Importkapazität des Landes schlagartig. Der venezolanischen Gesellschaft wurden billige Dollars zur Verfügung gestellt, was Investitionen und Konsum nach oben trieb. Zudem versetzte dies dem bereits angeschlagenen traditionellen Agrarexportsektor den Todesstoß, da dieser angesichts der Überbewertung der Landeswährung international noch weniger konkurrenzfähig war als zuvor und fortan nur noch mit staatlichen Subventionen überleben konnte (Roseberry 1983: 132f.). Venezuela befand sich nun auf dem Weg zu einem Monoexporteur. Mit dieser Entscheidung definierte die venezolanische Regierung das Land als Ölproduzent und brachte es endgültig und unwiderruflich auf den Weg eines Öllrentiers.

Eine zweite Weichenstellung von großer Tragweite war die Durchsetzung der Steuerhoheit auch im Erdölsektor durch das Erdölgesetz der Regie-

rung Medina Angarita im Jahre 1943. Die enorme Ölabhängigkeit der Alliierten im Zweiten Weltkrieg hatte die Voraussetzung dafür geschaffen, dass trotz des erbitterten Widerstands der Ölgesellschaften das für das Land in höchstem Maße nachteilige Besteuerungsverbot aufgehoben werden konnte. Die Gewinnaufteilung zwischen den internationalen Ölgesellschaften und dem venezolanischen Staat, bei der übrigens nicht zwischen Unternehmensgewinnen und Rente unterschieden wird, veränderte sich schlagartig zugunsten des Staates. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 81% bei den Gesellschaften und 19% beim Staat verblieben; danach gingen 60% an den Staat und 40% an die Gesellschaften. Zwischen 1945 und 1958 galt dann die sogenannte 50:50 Regel, die aber gegenüber früher einen gewaltigen Fortschritt darstellte. Der veränderte Verteilungsmodus sowie steigende Ölexporte ließen die Einnahmen des Staates regelrecht explodieren. Zwischen 1940 und 1950 stiegen die Staatseinnahmen aus dem Ölsektor um mehr als das Zehnfache. Es konnte somit kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die Frage der Verwendung der Öleinnahmen für das Land von überragender Bedeutung war.

#### 4.2 Staat und privater Sektor

Wenngleich es von Beginn der Ölbonanza bis zur Ausrufung des "Sozialismus das 21. Jahrhunderts" durch Hugo Chávez unumstritten war, dass mit der Ölrente eine kapitalistische Entwicklung gefördert und beschleunigt werden sollte, gab es bezüglich deren Modalitäten und spezifischer Ausgestaltung erhebliche Kontroversen. Die Konflikte drehten sich insbesondere um zwei Aspekte: das Ausmaß der Staatssteuerung und der staatlichen Intervention bei der Nutzung der Rente sowie die Frage, ob die Rente nur für Investitionen eingesetzt oder nicht auch wenigstens teilweise konsumtiv genutzt werden sollte. Die zweite Kontroverse wurde mit dem Putsch von 1945 und der Machtergreifung der *Acción Democrática* (AD) *de facto* zugunsten des mehr distributiv angelegten Konzepts entschieden, wenngleich sie in den Debatten über die Rentenverwendung fortgeführt wurde.

Die erste Kontroverse setzte Anfang der 1940er Jahre ein und ist seitdem ein Dauerthema in den Auseinandersetzungen zwischen dem Staat beziehungsweise Teilen des Staatsapparates<sup>2</sup> und dem privaten Sektor. Als dem

---

2 Qualität und Ausmaß der staatlichen Steuerung und des Staatsinterventionismus war seit den 1960er Jahren auch innerhalb des Staatsapparates umstritten. Wirtschafts- und Finanzministerium standen dem privaten Sektor sehr nah beziehungsweise wurden von diesem dominiert, wohingegen die staatliche Planungsbehörde CORDIPLAN und zum Teil auch das Arbeitsministerium etatistische Konzepte hochhielten.

Bezieher der Ölrrente kam dem Staat von Anfang an bei den Entscheidungen über die Nutzung der Rente die zentrale Rolle zu. Der Entwicklungspfad Venezuelas war daher zwangsläufig schon sehr früh stark etatistisch geprägt, wobei das Ausmaß der staatlichen Steuerung und des staatlichen Engagements in der Wirtschaft seit den 1940er Jahren Schwankungen unterlag.

**Tabelle 2: Erdölproduktion und Entwicklung der staatlichen Einnahmen aus dem Erdölsektor 1930-1974**

<b>Jahr</b>	<b>Produktion (1.000 Fass/Jahr)</b>	<b>Staatseinnahmen (Mio. US\$ zu laufenden Preisen)</b>	<b>Staatlicher Anteil am Gesamtgewinn (in %)</b>
1930	135.246	15,3	19
1935	148.516	19,2	18
1940	183.831	31,5	21
1945	326.404	132,9	58
1950	546.766	330,5	51
1960	1.041.675	887,4	68
1970	1.353.420	1.409,1	78
1974	1.086.240	8.567,0	94

Quelle: Boeckh/Hörmann (1992: 517).

Das Entwicklungsprojekt der Regierung Medina Angarita (1941-1945) wurde derart etatistisch und unter Ausschluss jedweder Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen in Szene gesetzt, dass sich die Unternehmer zur Abwehr dieser Tendenzen 1944 erstmals zu einer sektorenübergreifenden nationalen Interessenvereinigung (FEDECAMARAS) zusammenfanden (Rivas Aguilar 1987). Mit der nachfolgenden – 1945 durch Putsch an die Macht gekommenen und von der *Acción Democrática* dominierten – Regierung kamen die Unternehmer trotz deren gewerkschaftsfreundlicher Haltung, einer populistischen Verteilungspolitik und eines sich rasch ausdifferenzierenden staatlichen Interventionsinstrumentariums weitaus besser zurecht, da diese viel eher einem pluralistischen Politikansatz folgte<sup>3</sup> und die entsprechenden Partizipationskanäle schuf.<sup>4</sup> Für FEDECAMARAS war dies ein

3 In einer Rede vor der FEDECAMARAS brachte der provisorische Präsident Betancourt dies auf die Formel "Regieren heißt Dialoge führen" (Moncada 1985: 212).

4 FEDECAMARAS war in den Leitungsgremien der staatlichen Entwicklungsagentur *Corporación Venezolana de Fomento* (CVF) präsent und stellte in dessen Exekutivkomitee

deutlicher Fortschritt gegenüber der bisherigen Praxis einer allenfalls persönlichen und in das Belieben des jeweiligen Ministers gestellten Einbeziehung einzelner Unternehmer in die staatlichen Entscheidungsprozesse. Als die – inzwischen durch Wahlen bestätigte – AD-Regierung durch einen erneuten Militärputsch gestürzt zu werden drohte, hat sich FEDECAMARAS derart engagiert gegen einen Putsch ausgesprochen, dass die Putschisten die Organisation erst durch Androhung ihrer Auflösung auf den Pfad der politischen Neutralität brachte (Moncada 1985: 226-228).

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung unter dem nachfolgenden Militärregime sowie dessen wirtschaftsfreundliche Rhetorik und repressive Gewerkschaftspolitik gaben den Unternehmern nach dem Putsch von 1948 wenig Anlass zur Klage. Ein deutlicher Anstieg des staatlichen Anteils am Investitionsvolumen von 31,8% (1950) auf 45,5% (1957) (Pérez Sáinz/Zarembka 1979: 11) bestätigte allerdings die alten Befürchtungen der Unternehmer, dass ein “despotischer”, nicht von gesellschaftlichen Interessen kontrollierter Staat seine aus den Öleinnahmen resultierende Dominanz dazu nutzen könnte, seine Position in der Wirtschaft auf Kosten des privaten Sektors auszudehnen und diesen zunehmend von den direkten Rententransfers abzuschneiden. Damit war der seit 1945 existierende entwicklungspolitische Konsens zwischen Staat und Unternehmern aufgekündigt. Als der Staat in der Wirtschaftskrise von 1957 auch noch seine Rechnungen schuldig blieb, gingen alle relevanten Unternehmersektoren in Opposition zum Regime (Hein 1983: 321-323), das im Januar 1958 gestürzt wurde.

Es folgte eine “paktierte” Demokratie, in der die relevanten politischen und gesellschaftlichen Akteure sich auf demokratische Spielregeln und einen begrenzten Pluralismus unter Ausschluss von radikalen Alternativen einigten (Abente 1988; Karl 1987) und dabei alles vermieden, was von den am Pakt beteiligten Gruppen als Bedrohung ihrer wesentlichen Interessen hätte verstanden werden können (Levine 1973). Teil dieses Konsenses, in dem auch die subsidiäre Rolle des Staates in der Wirtschaft erneut bekräftigt wurde, waren die großen Parteien mit Ausnahme der anfangs noch keineswegs antisystemischen Kommunistischen Partei PCV, die Kirche, das Militär, die Gewerkschaften und die Unternehmer (Purroy 1982: 247-253). Bis 1965 fiel der staatliche Anteil an den Investitionen wieder auf 25% (Pérez Sáinz/Zarembka 1979: 11), wenngleich die Beschäftigung im Staatsapparat stark

---

tee die Mehrheit der Mitglieder (Moncada 1985: 231-235; Hein 1983: 301), was den zunehmenden Staatsinterventionismus in den Augen der Unternehmer erträglich machte.

zunahm und die mit staatlichen Regulierungsaufgaben befassten Institutionen eine stetige Vermehrung erfuhren.

Der 1958 gefundene Konsens bezüglich der Rolle des Staates im Entwicklungsprozess und bei der Verteilung der Rente wurde im Zusammenhang mit dem Ölboom nach 1974 von der Regierung aufgekündigt. Mit einer Verdreifachung der Staatseinnahmen zwischen 1973 und 1974 und nach der Verstaatlichung der ausländischen Öl- und Stahlfirmen hatte der Staat nicht nur in seiner Funktion als Verteiler, sondern auch als Unternehmer eine derart übermächtige Rolle bekommen, dass die nun dominante etatistische Fraktion im Staatsapparat<sup>5</sup> den Versuch unternahm, in einem „großen Sprung nach vorne“ das Land mithilfe eines staatskapitalistischen Konzepts in die Reihe der führenden Industrienationen zu katapultieren. Der berühmte 5. Entwicklungsplan wies dem privaten Sektor nur noch eine untergeordnete Rolle zu (República de Venezuela, Presidencia de la República 1976) und der damalige Planungsminister wurde nicht müde, die Unternehmer als unfähig und unprotestantisch-genussüchtig zu denunzieren, die zur Erfüllung ihrer historischen Mission, das heißt zur Entwicklung eines modernen Kapitalismus, nicht in der Lage seien (Rodríguez 1979). Dieses etatistische Projekt verband sich mit der Bevorzugung einer kleinen und neuen Unternehmergruppe, die im Volksmund wegen ihrer Nähe zum Herrn (dem Präsidenten) als die „12 Apostel“ bezeichnet wurde und die sich zusammen mit den beteiligten Politikern maßlos bereicherte (siehe den Beitrag von Isidoro Losada in diesem Band). Einen ähnlichen Prozess kann man auch im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ beobachten.

Wenngleich der Planungsminister sich wegen wütender Proteste aus dem Unternehmerlager nicht lange halten konnte, kündigte der staatskapitalistische Ansatz dieser Jahre den Pakt zwischen Staat und Unternehmen auf und läutete das Ende der paktierten Demokratie ein. In den Augen des privaten Sektors war der Staat zum „allmächtigen Staat“ mutiert, dessen Regulierungswut und wirtschaftspolitischer Machtanspruch keine Grenzen mehr kannte. Dieser „despotische Staat“ stellte in seinen Augen nicht nur eine Gefahr für die unternehmerische Freiheit dar, sondern für die Demokratie überhaupt. Der „allmächtige“ bzw. „despotische“ Staat war seitdem das Feindbild des privaten Sektors (FEDECAMARAS 1982; Granier 1984). Fortan ließen sich die venezolanischen Unternehmer auf keine paktierten

---

5 Vor allem in den höheren Rängen der staatlichen Bürokratie wurden schon Anfang der 1960er Jahre in einer Umfrage starke etatistische Neigungen festgestellt (Centro de Estudios del Desarrollo 1967, 7: 77).

Lösungen mehr ein. Der spätere Versuch der Regierung Lusinchi, in der Krise der 1980er Jahre zusammen mit den Gewerkschaften und den Unternehmern einen Sozialpakt zu schließen, scheiterte am Widerstand der Unternehmer (Borges 1987).

Dies bedeutete nicht, dass die privaten Unternehmer vom staatlichen Rentensegen abgeschnitten worden wären, im Gegenteil: Gerade in den Jahren der Ölbonanza flossen dem privaten Sektor in Form von verbilligten Krediten, die sich im Nachhinein als verkappte Schenkungen erwiesen, da sie nicht mehr einforderbar waren, ca. 63 Mrd. US\$ zu, wobei die zahlreichen indirekten Transfers in Form von Subventionen aller Art nicht eingerechnet sind (Boeckh 1988: 644). Der Vorwurf der Unternehmer lautete daher weniger, dass man nicht genug vom Ölsegen abbekam, wenngleich es auch immer wieder Stimmen gab, die im Sinne einer kapitalistischen Rationalität einen kompletten und bedingungslosen Transfer der staatlichen Öleinnahmen an den privaten Sektor forderten (zum ersten Mal wurde diese Forderung 1944 erhoben – Moncada 1985: 188); das Problem für den privaten Sektor bestand vielmehr darin, dass sich mit der Ölpreisexplosion von 1973/74 und der Verstaatlichung des Erdölsektors und der Grundstoffindustrien das Kräfteverhältnis zwischen Staat und privatem Sektor entscheidend zugunsten des Staates verändert hatte.

Anlässlich der Unterzeichnung des Verstaatlichungsgesetzes für die Erdölindustrie hielt Präsident Carlos Andrés Pérez eine triumphale Rede, in der er die Verstaatlichung als "zweite Unabhängigkeit des Landes" bezeichnete. Allerdings enthielt die Rede auch den Satz: "Jetzt werden wir für unser Versagen keine Entschuldigung haben" (Pérez 1975: 22). Sieben Jahre nach der Verstaatlichung musste die Regierung ihre Zahlungsunfähigkeit anmelden. Dafür gab es in den Augen der Öffentlichkeit keine Entschuldigung. Der Staat hatte sich als Entwicklungsstrategie bis auf die Knochen blamiert.

Mit einem zum Teil sehr aggressiven neoliberalen Diskurs, in dem dem Markt eine geradezu mystische Verehrung erfuhr und jeder noch so geringe sozialpolitisch motivierte Transfer als Rückfall in die populistische Barbarei galt, wurde der Staat ordnungspolitisch in die Defensive gedrängt. Eine Zeit lang schien es, als sei der Marktdiskurs der Unternehmer konkurrenzlos, zumal auch die marxistische Linke in Sprachlosigkeit verfallen war. Mit der Entlassung von Planungsminister Matos Azocar 1985 und der Entmachtung des Planungsministeriums wurde diejenige Fraktion im Staatsapparat kaltgestellt, die noch einen etatistischen und distributiven Kurs bei der Bewältigung der Krise verfolgt hatte (Boeckh 1988).

Das Kräfteverhältnis zwischen privatem Sektor und Staat schien sich umgekehrt zu haben. War der private Sektor früher mit einem reichen und entwicklungspolitisch vergleichsweise autonomen Staat konfrontiert, der ihm die Rahmenbedingungen seiner Entfaltung definierte, konnte er nun versuchen, dem Staat die Regeln seiner wirtschaftlichen Betätigung zu diktieren. Damit schien die Voraussetzung für eine kapitalistische Entwicklung gegeben zu sein, in der die Bourgeoisie das zentrale Subjekt der Entwicklung sein und ihrer von der klassischen politischen Ökonomie zugewiesenen historischen Rolle gerecht werden würde.

#### *4.3 Der Umgang mit der Rente: Strategien und Diskurse*

Über die Art und Weise, wie die Öleinnahmen genutzt werden können, um auch für die Zeit nach dem Erdöl eine tragfähige Entwicklung zu gewährleisten, gab es seit Mitte der 1930er Jahre zwei konträre Positionen. Diese traten zwar in wechselnden Mischungsverhältnissen auf, hinter ihnen verbanden sich aber unterschiedliche Vorstellungen über einen adäquaten Umgang mit den Öleinnahmen und letztendlich auch divergierende Entwicklungsstrategien. Diejenige Position, die eine rein kapitalistische Nutzung der Rente annahmte, wurde 1936 erstmals in aller Klarheit von Arturo Usler Pietri in einem Aufsatz formuliert (nachgedruckt in Usler Pietri 1984), in dem er den berühmten Begriff des „das Erdöl säen“ prägte („sembrar el petroleo“). Diese Formulierung ist seitdem aus der venezolanischen Diskussion nicht mehr wegzudenken, wenngleich sie inzwischen mit sehr unterschiedlichen Inhalten gefüllt wird. Usler ging es um eine rein kapitalistische Verwendung der Öleinnahmen, die allein der Kapitalakkumulation unter der Kontrolle der Bourgeoisie dienen sollten. Der als zeitlich begrenzt eingeschätzte Ölreichtum durfte nicht für konsumtive Zwecke verschleudert werden. Er musste dazu dienen, die produktive Basis für den künftigen Reichtum des Landes zu schaffen. Staatskapitalistische Tendenzen waren zu vermeiden.

Diese Strategie sah staatliche Investitionen im Bereich der Infrastruktur, der Erziehung und des Gesundheitswesens vor, aber keine Steigerung des privaten Konsums mithilfe der Öleinnahmen. Eine konsumtive Nutzung galt Usler Pietri als parasitär und korrumpierend, da sie „[...] alle Taschen mit leichtem und fröhlichem Geld füllt und das Land dazu bringt, wie in einer täglichen Lotterieverlosung zu leben, bei der man immer nur gewinnen kann“ (Usler Pietri 1984: 116). Eine allgemeine Wohlstandssteigerung durfte es nur im Zuge der Ausdehnung der kapitalistischen Produktion und der zunehmenden Integration der arbeitenden Bevölkerung in diese geben.



Dieses Konzept der Rentennutzung ist zu Recht als "elitär" bezeichnet worden (España 1989: 87-90). Es war im Grunde nur von einem autoritären Regime mithilfe einer rigorosen Abschirmung des Staates gegen die materiellen Forderungen der Bevölkerung durchzusetzen. Die politische Partizipation der Bevölkerung konnte mit diesen Zielsetzungen nur eine begrenzte sein und sie durfte sich vor allem nicht auf die Bestimmung von Ziel und Modalitäten der Entwicklung erstrecken. Die Legitimierung dieses Konzepts lag allein in dessen ungewissem zukünftigem Erfolg und daher war dieser Ansatz politisch schwer vermittelbar.

Als sehr viel populärer und letztendlich politisch durchsetzungsfähig erwies sich ein anderes Projekt, das ein stark distributives Element enthielt. Zwar wurde die Idee einer produktiven Nutzung des Ölreichtums nicht infrage gestellt, doch ging es hier auch um eine rasche, durchaus auch entwicklungspolitisch begründete Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Was für Uslar Pietri auf eine Verschwendung des "natürlichen Kapitals" hinauslief, war in den Augen der ersten großen Massenpartei des Landes, der *Acción Democrática*, die Voraussetzung für eine Verbesserung des "Humankapitals", die Schaffung einer Massennachfrage für industrielle Konsumgüter und somit für eine effektive Aussaat des Erdöls (Baptista/Mommer 1987: 63). In Verbindung mit einer anti-imperialistischen Rhetorik und der Forderung nach einer durchgreifenden Demokratisierung des bis 1945 noch durch eingeschränkte politische Partizipation gekennzeichneten politischen Systems wurde dieses Projekt unwiderstehlich. Eine Demokratisierung des politischen Systems ohne eine Anhebung des Lebensstandards mithilfe der Rente wäre kaum vorstellbar gewesen, denn einer in bitterer Armut lebenden Bevölkerung ist kaum begreiflich zu machen, warum sie sich angesichts des enormen Reichtums des Landes in kalvinistischer Konsumenthaltung üben soll.

Dieses Projekt war die Grundlage für den politischen Erfolg der AD, die 1945 mit einem zivil-militärischen Putsch die Regierung Medina stürzte, deren Wirtschaftsminister Uslar Pietri gewesen war. Die Demokratisierung des politischen Systems verband sich mit einer raschen Ausweitung der Staatsausgaben vor allem bei den laufenden Ausgaben, einer Zunahme der Zahl der Staatsbediensteten, Erhöhung der Löhne nicht nur im Staatssektor, sondern auch in der übrigen Ökonomie durch eine entsprechende Gewerkschafts- und Lohnpolitik, hohe staatliche Investitionen im Gesundheits- und Erziehungssektor und schließlich mit einer relativ liberalen Importpolitik, die preiswerte Nahrungsmittel und Industriegüter ins Land ließ. Letzteres

bedeutete, dass die billigen Dollars, anders als von der vorherigen Regierung geplant, auch dem allgemeinen Konsum zugutekamen (España 1989, II; Urbaneja 1992, VI). Der neuen Regierung kam dabei entgegen, dass die Ölproduktion nach dem Krieg zunahm, die Ölpreise stiegen, und dass die Ausdehnung der Steuerhoheit auf die Ölfirmen von 1943 dem Staat einen explosionsartigen Einkommenszuwachs bescherte. Unter diesen Bedingungen konnte die Regierung simultan wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele verfolgen, die sich unter normalen Umständen ausgeschlossen hätten: Mit der Gleichzeitigkeit von rasch zunehmenden Importen<sup>6</sup> und Investitionen im produktiven Bereich,<sup>7</sup> wachsenden Gewinnen und Löhnen, einer raschen wirtschaftlichen Expansion und Geldwertstabilität, einer Modernisierung der Infrastruktur und dem Ausbau des Sozial- und Erziehungswesens (Betancourt 1969) ist die materielle Grundlage einer rentengestützten, populistischen Entwicklungskoalition beschrieben, die sich nach 1945 herauszubilden begann, die auch nach der Redemokratisierung von 1958 das Feld beherrschte und erst mit der Krise des Rentenmodells Anfang der 1980er Jahre langsam auseinanderbrach.

Im Zuge dieser Politik bildeten sich die von Uslar Pietri befürchteten Rentenstrukturen und ein ausgeprägtes Rentierverhalten der relevanten sozialen Akteure heraus. Das Konsumniveau lag weit über dem, was die Gesellschaft zu produzieren in der Lage war. In der Wirtschaft entstand ein dichtes Geflecht von Subventionen und staatlichen Vergünstigungen, die eine beschleunigte Industrialisierung unter den Bedingungen einer Rentenökonomie möglich machten und die die Unternehmer in staatsabhängige Rentiers verwandelten. Soziale Konflikte konnten dank der Renteneinnahmen vorwiegend integrativ gelöst werden, das heißt durch eine Mischung aus politischer Kooptation von möglichen oder tatsächlichen Gegeneliten und materiellen Transfers an Gruppen mit potentiell antisystemischen Neigungen. So entstand ein enges Netz von politischen Klientelbeziehungen.

Dies überrascht nicht und gehört zum konstitutiven Bestand einer Rentiergesellschaft. Überraschend ist hingegen, dass trotz dieser Tendenzen bis zur Ausrufung des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" durch Hugo Chávez nie der Anspruch aufgegeben wurde, eine marktwirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben, dass die Gesellschaft trotz der zentralen Rolle des Staates als

---

6 Das Importvolumen lag inflationsbereinigt 1948 um das 3,5-fache über dem von 1945 (berechnet nach República de Venezuela, Ministerio de Fomento 1949: 481).

7 Die Investitionen ohne Erdöl stiegen von 1945 bis 1948 um das 2,8-fache (berechnet nach Aranda 1977, Tab. 31).

Empfänger und Verteiler der Rente ihre Autonomie gegenüber dem Staat nie völlig verlor und dass die politischen Institutionen des Landes keineswegs nur als Appendix einer alles dominierenden Exekutive zu sehen waren. Das, was für den Vorderen Orient oft und ausführlich als "Rentierstaat" beschrieben worden ist (Beblawi/Luciani 1987; Schmid 1997), hat sich in dieser Form in Venezuela bis vor Kurzem nicht herausgebildet. Erst die jüngsten Transformationen im Zuge der "sozialistischen" Umgestaltung und der Marginalisierung anderer Machtzentren geben dem Land eine zunehmende Ähnlichkeit mit einem autoritären Rentierstaat.

Das 1945 auf den Weg gebrachte und 1958 durch einen Elitepakt gewissermaßen kodifizierte Entwicklungsmodell geriet mit der Explosion der Ölpreise 1973/74 in die Krise. Nicht nur das veränderte Kräfteverhältnis zwischen Staat und privatem Sektor veranlasste den privaten Sektor dazu, aus dem Pakt auszusteigen; es lag auch nicht nur daran, dass für einige wenige Jahre ein explizit etatistisches Entwicklungsmodell verfolgt wurde. Die Krise hatte ihren Ursprung vor allem darin, dass der Staat mit dem von ihm betriebenen "großen Sprung nach vorn" überfordert war. Die Gründung immer neuer autonomer Institute, mit denen in einer Art paralleler Verwaltung die neuen Staatsaufgaben vorangetrieben werden sollten, führte in eine administrative Katastrophe. Zudem ging jeder Überblick über die Staatsfinanzen verloren, da diese Parallelverwaltungen über mehr Finanzmittel verfügten als alle Ministerien zusammen (Boeckh 1988: 642). Der Staatsbankrott von 1983 und die als Zäsur empfundene Abwertung der Landeswährung im selben Jahr waren eine unmittelbare Folge der Ölbonanza der 1970er Jahre, die den Staat völlig überforderte und aus den Fugen geraten ließ. Die Enteignung des Staates durch die Schuldenkrise deutete eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen privatem Sektor und Staat an und bereitete den Boden für einen neuen entwicklungspolitischen Diskurs, in dem die Öleinnahmen und deren Verwendung vorwiegend unter kapitalistischen Gesichtspunkten diskutiert wurden.

Das neue Selbstbewusstsein des privaten Sektors äußerte sich in zahlreichen Publikationen und Konferenzen, in denen über ein Venezuela nach dem Erdöl nachgedacht wurde (*Venezuela post-petrolera*) und in denen es nicht an Vorschlägen über eine rein kapitalistische Verwendung der verbliebenen Öleinnahmen mangelte (Academia Nacional de Ciencias Económicas 1985; Castro 1984; Instituto Roraima 1985). Im Kern liefen diese Vorschläge darauf hinaus, das Öl nicht mehr als rentengenerierendes Exportgut zu betrachten, sondern als Rohstoff für eine venezolanische Industrie, die auf diese

Weise international konkurrenzfähig werden und neue Märkte besetzen würde. Gedacht war hier insbesondere an die Petrochemie. Damit sollten die Öleinnahmen auch nicht mehr für verteilungspolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Mit der Kritik an der bisherigen Verwendung der Öleinnahmen und dem Staat als Entwicklungsstrategen verband sich auch ein neuer demokratischer Diskurs; das Modell der staatlichen Verteilung der Rente habe die autoritären Züge des politischen Prozesses verstärkt. Verwiesen wurde auf den weitgehenden Mangel an innerparteilicher Demokratie, auf den Personalismus und Caudillismus sowie darauf, dass der Verteilungsstaat den Bürger in einer permanenten Unmündigkeit gehalten und gleichermaßen die Herausbildung einer rationalen Form der Interessenartikulation von unten und eine an übergeordneten Entwicklungskriterien orientierte staatliche Ausgabenpolitik verhindert habe (Castro 1984).

Spätestens hier wird deutlich, dass dieser Demokratiediskurs auch und vielleicht sogar vor allem eine verteilungspolitische Stoßrichtung hatte, denn er zielte ganz offensichtlich auf die Auflösung der bisherigen Verteilungskolalition. Dies hätte einen großen Teil der Bevölkerung des materiellen Nutzens beraubt, den er bislang aus den demokratischen Verhältnissen ziehen konnte. Dass diese von den direkten und indirekten Mechanismen der Rentenverteilung profitiert hatten, zeigt allein die Tatsache, dass die Reallöhne in der Industrie zwischen 1936 und 1974 um den Faktor 1,45 schneller stiegen als die Arbeitsproduktivität. Unter normalen kapitalistischen Bedingungen ist zwischen Reallöhnen und Arbeitsproduktivität längerfristig ein Verhältnis von maximal 1:1 möglich (Baptista 1985b).

In die Kritik gerieten die sichtbaren Transfers, das heißt die Subventionen im Bereich der Nahrungsmittel und des Transports, die vor allem den Unterschichten zugutekamen. Die weitaus bedeutenderen indirekten Subventionen, etwa durch den weitgehenden Steuerverzicht des Staates, kamen nicht ins Blickfeld. Von diesen profitierten vor allem die besitzenden Klassen. 1985 beliefen sich die Transport- und Nahrungsmittelsubventionen auf 2,6 Mrd. Bolívares und waren Gegenstand heftiger Kritik, während die Transfers per Unterbesteuerung schätzungsweise 32 Mrd. Bolívares ausmachten (Mommer 1987: 39). Der wichtigste Transfermechanismus, die Unterbewertung der Landeswährung, die angesichts der hohen Importabhängigkeit von Nahrungsmitteln auch den Unterschichten zugutekam, war mit der Abwertung von 1983 für geraume Zeit weitgehend entfallen.

Mit der Abkoppelung der Unterschichten aus der Verteilungskoalition kam man damals weiter als mit der Vertiefung der Demokratie (Boeckh 2005). Seit der Krise der 1980er Jahre nahm die Armut dramatisch zu und die Einkommensverteilung verschlechterte sich erheblich (Cariola et al. 1989; Isidoro Losada 2008: 147). Zugleich missglückte der angestrebte Übergang zu einem Entwicklungsmodell ohne Rente beziehungsweise zu einem bürgerlichen Entwicklungsmodell.

Die Debatte, die Mitte der 1980er Jahre über ein "Venezuela nach dem Erdöl" geführt wurde, stellte sich als voreilig heraus. Das Erdöl blieb das alles überragende Exportgut und die Öleinnahmen gingen weiterhin an den Staat, sie blieben auch nach den Preiseinbrüchen der 1980er Jahre dessen wichtigste Einnahmequelle. An der Rolle des Staates als Bezieher der Ölrente und als Verteilungsinstanz änderte sich nichts Wesentliches. Die Abhängigkeit der Gesellschaft von der staatlichen Rentenverteilung blieb bestehen; allerdings wurde angesichts der sinkenden Öleinnahmen die gesellschaftliche Konkurrenz um die Renten schärfer.

Nach dem blutigen Scheitern eines klassischen Anpassungsprogramms des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Februar 1989 hatte der Staat endgültig seine Strategiefähigkeit verloren. Es folgte eine Phase hektischer und häufiger Politikwechsel, die sich zwischen Rettungsversuchen des alten Entwicklungsmodells mit einer erneuten Überbewertung der Währung und Konsumsubventionen als Verteilungsmechanismen und einer liberalen Anpassungspolitik bewegten. Eine rapide Verarmung der Bevölkerung bis weit in die Mittelschichten hinein und eine dramatische Verschlechterung der Einkommensverteilung war während der 1990er Jahre von der zunehmenden Tendenz einiger Wirtschaftsgruppen begleitet, den Staat nach Kräften auszuplündern (DiJohn 2005: 115-117). Die Bankenkrise von 1993, die den Staat ca. 6 Mrd. US\$ gekostet und einen Wirtschaftsnotstand ausgelöst hatte, ging z.B. auf einen solchen Raubzug zurück.

## **5. Bolivarianismo, Chavismo, Sozialismus des 21. Jahrhunderts: Bruch oder Kontinuität?**

### *5.1 Der politische Kollaps der alten Entwicklungskoalition*

Das seit 1958 gültige Entwicklungsmodell und der dieses stützende Elitenpakt gerieten Anfang der 1980er Jahre zunehmend in die Krise, ohne dass eine Alternative sichtbar geworden wäre und ohne dass sich eine neue, tragfähige Entwicklungskoalition herausgebildet hätte. Der 1989 unternommene

Versuch einer marktliberalen Anpassung scheiterte. Zuvor hatten sich schon wesentliche Akteure aus dem Elitenpakt verabschiedet.

- Die Unternehmer waren im Zuge des kurzfristigen staatskapitalistischen Experiments Mitte der 1970er Jahre ausgeschieden und waren seitdem für paktierte Lösungen nicht mehr zu haben.
- Seit der Abwertung von 1983, bei der sie enorme Verluste erlitten hatte, versuchte die staatliche Ölgesellschaft PDVSA, sich durch Bündnisse mit internationalen Ölfirmen von der staatlichen Kontrolle zu befreien. Der alte Konflikt zwischen den internationalen Ölfirmen und dem venezolanischen Staat über die Rentenzahlungen fand seine Fortsetzung in einem ähnlich gelagerten Konflikt zwischen der staatlichen Ölgesellschaft und den Staat. Dieser verlor zunehmend den Überblick und war zu einer effektiven Kontrolle der Firma nicht mehr in der Lage (Mommer 2003). Die PDVSA vertrat zumindest nach außen hin eine kapitalistische Logik,<sup>8</sup> wohingegen der Staat an einer Rentenmaximierung interessiert war. Dieser Konflikt wurde erst 2003 von der Regierung Chávez zugunsten des Staates entschieden, nachdem der von der staatlichen Ölfirma getragene Streik gegen die Regierung zusammengebrochen war.
- Die Gewerkschaften als weitere Säule der alten Entwicklungscoalition waren mit der Krise der 1980er Jahre selbst in die Krise geraten (siehe den Beitrag von Díaz/Schütt in diesem Band). Angesichts zahlloser Korruptionsskandale und ihrer engen Verknüpfung mit der AD konnten sie dem alten Entwicklungsmodell kaum noch Legitimität verleihen.
- Die zwei missglückten Putschversuche des Jahres 1992 machten deutlich, dass auch das Militär sich in Teilen aus dem Elitenpakt verabschiedet hatte.
- Die großen Parteien, die sich die Macht geteilt hatten, waren nicht mehr in der Lage, aus der Krise des rentenabhängigen Entwicklungsmodells einen Ausweg zu finden. Schon mit der Wahl von 1993 deutete sich das Ende ihrer politischen Hegemonie an. Bei den darauffolgenden Wahlen im Jahr 1998 stellten sich nicht einmal mehr eigene Präsidentschaftskandidaten auf (Boeckh 2005).

---

8 Das von der staatlichen Ölfirma nach außen projizierte Image der kapitalistischen Effizienz war allerdings schon lange vor 2003 eine Chimäre. Dieses Image konnte nur deshalb so lange aufrechterhalten werden, weil andere Teile des Staatsapparates sich durch eine weitaus größere Ineffizienz auszeichneten.

Mit anderen Worten: Erstens war das alte Entwicklungsmodell genauso gescheitert wie die Versuche, dieses durch eine marktliberale Anpassung in ein kapitalistisches zu überführen. Zweitens hatte sich parallel dazu die alte Entwicklungskoalition aufgelöst, ohne dass neue, strategiefähige politische Akteure auf der Bildfläche erschienen wären. Das Land befand sich in einer profunden Krise. Der Legitimationsverlust der etablierten Parteien im Laufe der 1990er Jahre reflektierte diese Situation und machte zugleich für eine radikale politische Alternative Platz, die das bisherige System von außen in Frage stellte und sich als Ausweg aus der Krise empfahl.

### 5.2 Die Dynamik der Transformationen

Dies ist nicht der Ort, um die verschiedenen Stationen der politischen Veränderungen in Venezuela nach der Wahl von Hugo Chávez im Jahre 1998 nachzuvollziehen (hierzu siehe die Beiträge von López Maya, Ivo Hernández und Welsch in diesem Band). Was zunächst auf eine politische Transformation (neue Verfassung von 1999) und die Marginalisierung der alten Eliten hinauszulaufen schien, erhob bald den Anspruch, ein gesellschaftspolitisches Modell darzustellen, das sich von den vorausgegangenen deutlich unterscheiden sollte. Angesichts einer oft überbordenden Rhetorik in offiziellen Verlautbarungen und einer durchgängigen Vagheit bei der inhaltlichen Konkretisierung dessen, was mit „Chavismo“, „Bolivarianismo“ und der „Ersten Revolution des 21. Jahrhunderts“ bzw. dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ gemeint sein könnte, fällt es schwer, die Konturen des sozioökonomischen Projektes des Chavismo zu bestimmen (Boeckh/Graf 2005). Möglicherweise würde ein solcher Versuch auch nicht dem gerecht werden, was sich in Venezuela an Veränderungen tatsächlich abspielt, da es so etwas wie ein kohärentes Konzept unterstellt, eine Art *master plan*, der schrittweise umgesetzt wird. Manches spricht dafür, dass die Regierung zunächst sehr flexibel und situationsbezogen gehandelt hat.

Folgende Beobachtungen lassen sich dennoch machen: Man kann über die Jahre eine Radikalisierung der Rhetorik beobachten, die offenkundig mit den steigenden Öleinnahmen und den damit zunehmenden Handlungsspielräumen einhergeht. In der ersten Phase konzentrierte sich die Regierung stark auf die politischen Transformationen und beschränkte ihre Sozialpolitik im Wesentlichen auf den spektakulären, aber immer noch vorwiegend assistenzialistisch ausgerichteten „Plan Bolívar 2000“. Mit dem Erlass von 47 weitreichenden Gesetzen, so etwa dem Erdölgesetz, dem Landreformgesetz und dem Fischereigesetz im Rahmen der von der Nationalversammlung

gewährten, zeitlich befristeten Gesetzgebungsvollmacht, wurde dann eine wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung zugunsten der Kleinproduzenten sichtbar (Fischereigesetz, Landreformgesetz). Dieser Politikwandel vollzog sich unter Ausschluss derer, die bisher die Wirtschaftspolitik bestimmt hatten. Anders als früher besetzten nicht mehr Vertreter der Wirtschaftsverbände das Wirtschafts- und Finanzministerium. Angesichts der gerade während der Krise der 1990er Jahre zunehmenden Tendenz einiger Wirtschaftsgruppen, den Staat nach Kräften auszuplündern, angesichts einer rapiden Verarmung weiter Teile der Bevölkerung und angesichts der sich im selben Zeitraum dramatisch verschlechternden Einkommensverteilung (DiJohn 2005: 115-117) konnte man diesen Politikwechsel als notwendige und überfällige Korrektur betrachten, nicht aber unbedingt als Revolution. Dass die Sozialpolitik in Anbetracht der dürftigen sozialen Resultate der Anpassungspolitiken der 1990er Jahre einen neuen Stellenwert bekommen müsse, ist eine Einsicht, die auch andere linke Regierungen in Lateinamerika teilen.

Um die materiellen Voraussetzungen für weitergehende Programme zu schaffen, musste die Regierung die OPEC wieder auf eine Politik der Rentenmaximierung einschwören und die zum Staat im Staat mutierte staatliche Ölgesellschaft PDVSA unter ihre Kontrolle bringen. Beides ist ihr gelungen, wenngleich Letzteres mit einem hohen Preis verbunden war: Beim Generalstreik betrieb die Opposition bei ihrem Kampf um die Kontrolle der Ölgesellschaft eine Art "Politik der verbrannten Erde", bei der Produktionskapazitäten dauerhaft zerstört wurden (Mommer 2003). Die Entlassung von 17.000 Mitarbeitern der PDVSA nach dem Streik bedeutete zudem einen erheblichen Aderlass an Personal, das kaum auf die Schnelle wieder mit einigermaßen kompetenten Leuten ersetzt werden konnte. Erst nachdem dieser Schritt vollzogen war und nachdem der Ölpreis nach oben schnellte, ließ sich eine Radikalisierung der Transformationsrhetorik beobachten. Nun war vom "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" die Rede, während sich die Regierung zuvor keineswegs zum Sozialismus, egal welcher Couleur, bekannt hatte. Dieser Sozialismus sollte anders sein als der gescheiterte des 20. Jahrhunderts, wobei allerdings nie ganz klar war, wo genau man sich unterscheiden wollte. Die Mahnung nachdenklicher Chavisten, erst die Ursachen des Scheiterns des alten Sozialismus zu analysieren, bevor man sich auf eine neue Variante einlässt, die sich dann doch als die alte herausstellen könnte, verhallte ungehört (Lander 2007).



### 5.3 Bruch oder Kontinuität?

An dieser Stelle soll noch einmal die Frage aufgegriffen werden, inwieweit die gegenwärtigen Transformationen in der Tradition bisheriger Politikmuster stehen bzw. inwieweit sie einen tatsächlichen Bruch mit der Vergangenheit darstellen. Auf der rhetorischen Ebene können wir in der Tat etwas Neues beobachten: Der Anspruch, mithilfe der Rente eine kapitalistische Gesellschaft zu schaffen, ist aufgegeben und durch den Sozialismus als Zielkoordinate ersetzt worden. Bei näherem Hinsehen scheint sich aber heute ein ähnlicher Prozess abzuspielen wie in der staatskapitalistischen Phase nach 1974. Neben einer staatlichen Bürokratie, die sich durch die Ausdehnung des Staatssektors ihre eigene materielle Grundlage schafft und dabei immens anwächst,<sup>9</sup> hat sich auch unter dem gegenwärtigen Regime eine neue Unternehmerschicht etabliert, die sich durch die enorm angestiegenen Staatsausgaben bereichert und die man heute als “Bolibourgeoisie” bezeichnet. Deren Neigung zum demonstrativen Luxuskonsum ist in Venezuela inzwischen schon sprichwörtlich und hat auch hin und wieder die Kritik des Präsidenten provoziert.

Trotz der sozialistischen Rhetorik scheint sich auch am Verteilungsmodus bei der Ölrente gegenüber der Zeit vor 1980 nicht viel verändert zu haben. Der Gerechtigkeitsdiskurs der AD-Regierung nach 1945 hatte durchaus Ähnlichkeiten mit dem der heutigen Regierung. Nicht zuletzt wegen ihrer ausgreifenden Rhetorik waren die zwischen 1945 und 1948 von der AD dominierten Regierungen in den USA unter Kommunismusverdacht geraten. Damals wie heute waren verteilungspolitische Korrekturen angesagt, die die sozialpolitischen Defizite der vorausgegangenen Epoche korrigieren sollten.

Betrachtet man die in Absatz 2 skizzierten Verteilungsmodi bei der Ölrente, dann ergibt sich folgendes Bild:

- Nach wie vor konzentrieren sich die Debatte und der Regierungsdiskurs auf die Staatsausgaben und hier vor allem auf die Sozialausgaben. Trotz der inzwischen gigantischen Korruption, die im internationalen Vergleich Spitzenwerte einnimmt (Transparency International 2009) und die auch von Anhängern des Regimes selbst beklagt und als systembedrohend angesehen wird (Chaderton Matos 2009) und trotz des völligen Mangels an Transparenz gerade bei den Sozialausgaben, die, sofern sie

---

9 Die Beschäftigung im öffentlichen Sektor hat zwar noch nicht das Niveau früherer Jahre erreicht, ist aber auf dem Weg dorthin. 1999 belief sie sich auf 21,4% der Beschäftigten, 1999 auf 14,9% und 2007 auf 17% (CEPAL 2008: 237).

unmittelbar über die staatliche Ölgesellschaft finanziert werden, keinerlei Haushaltskontrolle unterliegen, sind die Sozialausgaben vor allem nach 2003 stark angestiegen. Die Nachhaltigkeit dieser Programme ist allerdings nicht als besonders hoch einzuschätzen, nachdem es sich gezeigt hat, dass selbst das Paradestück im Bereich der Gesundheitspolitik (*Barrio Adentro*) nach wenigen Jahren schon kurz vor dem Scheitern stand. Von außen ist schwer zu beurteilen, welches der Programme funktioniert und welches nicht, zumal es keinerlei nachprüfbare Erfolgskontrolle gibt. In jedem Fall stellt das administrative Chaos im Bereich Sozialpolitik eine erhebliche Effizienzbremse dar und es könnte dazu führen, dass vieles auf mittlere und lange Sicht wirkungslos verpuffen wird. Gleichwohl kann man festhalten, dass dort, wo die Ölrente sichtbar verteilt wird, das heißt bei den Staatsausgaben, eine Korrektur zugunsten der Schichten stattgefunden hat, die in der Krise nach 1983 aus der Verteilungskollektion ausgeschlossen worden sind.

- Wie in Absatz 2 gezeigt wurde, wird über die Staatsausgaben keineswegs der größte Teil der Ölrente verteilt. Ein wichtiger Mechanismus ist die Steuerpolitik, bei der trotz aller Probleme bei der Datenbeschaffung<sup>10</sup> kein signifikanter Wandel gegenüber früher festzustellen ist. Die Steuerquote ist nach wie vor sehr niedrig, wenngleich sie gegenüber früher geringfügig angestiegen zu sein scheint: 2008 lag sie bei 13,5% des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 9% im Jahre 1980 und damit nach wie vor deutlich unter dem ohnehin schon niedrigen lateinamerikanischen Durchschnitt (CEPAL 2009: 179). Die persönliche Einkommenssteuer liegt mit ihrem Höchstsatz von 34% zwar im oberen Bereich, spielt aber im Vergleich zur Einkommenssteuer aus dem extraktiven Bereich nur eine untergeordnete Rolle (Jiménez/Gómez Sabaini/Potestá 2010: 39) und trägt gerade mal 4,8% zum gesamten Steueraufkommen bei (Jiménez/Gómez Sabaini/Potestá 2010: 294). Inwieweit die mit großem Propagandaufwand betriebene Bekämpfung der Steuerhinterziehung wirklich von Erfolg gekrönt war, lässt sich nicht feststellen. Selbst ein so bescheidener Versuch, mithilfe einer Sondersteuer auf den Import von Luxusautos korrigierend einzugreifen, ist gescheitert (Ellner 2010a: 88). In anderen Worten: der indirekte (und wenig diskutierte)<sup>11</sup> Transfer der

10 Der Statistik-Link auf der Seite der venezolanischen Steuerbehörde ist blockiert (<[www.seniat.gob.ve/portal/page/portal/PORTAL\\_SENIAT](http://www.seniat.gob.ve/portal/page/portal/PORTAL_SENIAT)>; 09.05.2010).

11 Aus dem linken Lager sind allerdings – im Stile der Denunzierung – kritische Stimmen zu hören, die auf die geringe Steuerlast der besitzenden Schichten verweisen und eine

Ölrente an die besitzenden Schichten durch deren Unterbesteuerung ist nach wie vor sehr hoch, wenngleich es aufgrund der Datenlage kaum möglich sein wird, diesen genau zu beziffern.

- Wie andere Regierungen zuvor hat auch die Regierung Chávez so lange wie möglich versucht, an der Überbewertung der Landeswährung festzuhalten, nachdem die Importabhängigkeit gerade auch bei Nahrungsmitteln in den letzten Jahren noch gestiegen ist. Nach der dann doch nicht mehr vermeidbaren Abwertung im Januar 2010 war die Regierung bemüht, die negative Verteilungswirkung durch Preiskontrollen zu begrenzen. Preiskontrollen sind aber auf Dauer kein Mittel der Preisstabilisierung, da sie früher oder später zur Verknappung der kontrollierten Güter führt. Man wird daher davon ausgehen müssen, dass die Abwertung die Verteilung der Rente zugunsten der unteren Einkommensgruppen reduzieren wird.

Es ist schwer zu sagen, wie sich die verschiedenen Mechanismen der Rentenverteilung tatsächlich auswirken.<sup>12</sup> Laut Regierungsangaben ist die Zahl der in Armut lebenden Haushalte von 42% in 1999 auf 55,1% in 2003 angestiegen, was zum guten Teil auf den Streik und die damit verbundene Rezession des vorausgegangenen Jahres zurückgeführt werden kann,<sup>13</sup> um dann bis 2007 auf 27,5% zu fallen. Der Anteil der in absoluter Armut lebenden Haushalte ist von 16,9% (1999) auf 25,0% (2003) angestiegen und bis 2007 auf 7,6% gefallen. Man kann vermuten, dass die hohe Inflation gerade bei Nahrungsmitteln und die Abwertung vom Januar 2010 den Trend umgekehrt haben dürften, wenngleich die Regierungsstatistiken auch noch für 2009 fallende Armutszahlen ausweisen (INE 2010a).<sup>14</sup> Trotz einer gewissen Erholung nach den streikbedingten Einbrüchen 2002/2003 haben die Reallöhne in Venezuela noch lange nicht das Niveau von 2000 erreicht; seit 2009 sinken sie wieder (CEPAL 2009: 174).

---

Kontinuität zur sogenannten 4. Republik andeuten (Hernández Parra 2006; Britto García 2005).

12 Hierzu siehe die Kontroverse zwischen Rodríguez (2008) und Weisbrot/Ray/Sandoval (2009).

13 Der Machtkampf der Opposition gegen die Regierung Chávez ist eindeutig auf dem Rücken der armen Bevölkerung ausgetragen worden, was dieser wohl nicht verborgen geblieben ist.

14 Die Qualität der statistischen Erhebungen hat seit den 1980er Jahren deutlich nachgelassen und die politisch sensiblen Daten standen schon immer unter Manipulationsverdacht. Bei den neueren Daten der staatlichen Statistikbehörde INE stößt man nicht nur bei den Sozialstatistiken immer wieder auf erhebliche Konsistenzprobleme.

Mit ihrer Sozialpolitik bewegt sich die Regierung Chávez im Rahmen der seit 1945 zu beobachtenden Zyklen. 1945 und 1998 ging der Elitenwechsel mit einer Änderung der Rentennutzung und -verteilung einher (zum Elitenwandel siehe den Beitrag von Isidoro Losada). Die neue und expansive Sozialpolitik diente jeweils der politischen Legitimierung der neuen Eliten und war die Grundlage eines extensiven Staatsklientelismus. Dieser war unter dem alten Regime korporatistisch organisiert. Nach dem weitgehenden Bedeutungsverlust intermediärer Organisationen im Laufe der 1990er Jahre hatte das chavistische Regime Schwierigkeiten, eine ihm adäquate Organisationsform zu finden, was sich in dem häufigen Wechsel von gesellschaftlichen Organisationen niederschlug, mit dem sich das Regime seine eigene "Zivilgesellschaft" zu schaffen suchte (siehe auch den Beitrag von Gómez Calcaño in diesem Band).

Seit 1936 ist es ein durchgängiges Ziel aller Regierungen, dass die Nutzung der Öleinnahmen langfristig eine Entwicklung ohne Öl ermöglichen müsse. Auch die gegenwärtige Regierung proklamiert dieses Ziel, das in Anlehnung an Konzepte der 1970er Jahre als endogene Entwicklung verstanden wird, die sich aus den Produktionspotenzialen der eigenen Gesellschaft speisen soll (siehe auch die Beiträge von Burchardt und Zelik in diesem Band). Die Gefahren einer hohen Importabhängigkeit einer Rentenökonomie wurden und werden gesehen; die Debatte um die sogenannte "holländische Krankheit" wird auch in Venezuela geführt (Giordani 2004).

Allerdings ist es weder den bisherigen noch der gegenwärtigen Regierung auch nur ansatzweise gelungen, die Importabhängigkeit zu verringern; in der Phase der importsubstituierenden Entwicklung hat sie sich im Bereich der Industrie von Konsumgütern hin zu Kapitalgütern verlagert. Die Versuche, nach der Krise von 1983 die vorhandenen Industrien international konkurrenzfähig zu machen, waren weitgehend erfolglos, woraufhin die Regierung nach 1998 erneut auf protektionistische Konzepte setzte. Ein Blick auf die Außenhandelsstatistiken zeigt jedoch, dass die Importabhängigkeit mitnichten abgenommen hat, im Gegenteil: Die steigenden Ölpreise haben seit 2003 erneut einen enormen Importsog ausgelöst (INE 2010b); zwischen 2003 und 2008 stiegen die Importe um das 5,4-fache. Die Binnenproduktion ist im Vergleich dazu nur sehr gering gestiegen, was einer besseren Kapazitätsauslastung zuzuschreiben ist, nicht aber neuen Investitionen des privaten Sektors (Ellner 2010a: 89). Auch das seit den 1970er Jahren verfolgte Ziel, durch entsprechende Fördermaßnahmen die Eigenversorgung bei den Nahrungsmitteln zu erhöhen, hat sich in sein Gegenteil verkehrt (siehe auch den

Beitrag von Juan Luis Hernández in diesem Band). Von einer irgendwie gearteten "endogenen Entwicklung" ist man weiter denn je entfernt. Es scheint, dass unabhängig von den jeweiligen Etiketten und proklamierten Zielen die Logik einer rentenabhängigen Entwicklung obsiegt. Es kann zwar kein Zweifel daran bestehen, dass vom Erdöl viel als Investitionen "ausgesät" worden ist, doch hat dies das Land nicht von der Abhängigkeit von der Rente befreit.

Mit der Art, wie die Regierungsprogramme implementiert werden, befindet sich das gegenwärtige Regime ebenfalls auf geradezu fatale Weise in Kontinuität zur Vergangenheit. Ähnlich wie in der Boomphase ab Mitte der 1970er Jahre werden viele ökonomische und soziale Programme an den bestehenden Strukturen vorbei implementiert. Die offenkundige administrative Inkompetenz vieler Ministerien dient als Anlass, an diesen vorbei Parallelstrukturen zu schaffen, mit denen man rasche Resultate zu erzielen hofft. Hinzu kommt die Neigung, institutionelle Lösungen zu vermeiden und stattdessen neue Programme mit großem Theaterdonner als Drama zu inszenieren, bei dem der Präsident unweigerlich die Hauptrolle spielt. Auf diese Weise unterbleibt die dringend benötigte Reform des Staatsapparates, der vielmehr in immer neuen Kombinationen und ministeriellen Fragmentierungen sowie einem atemberaubenden Personalkarussell in den Spitzenpositionen weiter an Transparenz und Kompetenz verliert.

In den 1980er Jahren endete dies in einem hoffnungslosen administrativen Chaos, einer gigantischen Verschwendung von Ressourcen und im Staatsbankrott. Mit einem maroden Staatsapparat den Anspruch einer gesamtwirtschaftlichen, sozialistischen Steuerung der Wirtschaft durchzusetzen, dürfte diese Probleme noch potenzieren (zur Verwaltung siehe den Beitrag von Azcargorta/Paulus in diesem Band). Die sozialistische Programmatik zeigt da, wo sie den Bereich der Rhetorik verlässt, starke Ähnlichkeiten mit dem real existierenden Sozialismus vergangener Tage. Im Konflikt zwischen einem eher idealistischen und auf partizipative Elemente setzenden Konzept (siehe den Beitrag von Zelik in diesem Band) und einem autoritären Funktionärssozialismus scheint sich Letzterer durchzusetzen, nachdem die Versuche gescheitert sind, die sozialistische Produktion über Kooperativen beziehungsweise in Form der Arbeiterselbstverwaltung zu steuern (Ellner 2010b). Der Funktionärssozialismus ist in anderen Regionen dieser Welt bekanntlich nicht an seinem eigenen Erfolg zugrunde gegangen.

Alternative Machtzentren, wie sie in föderalen Strukturen beschlossen liegen, werden systematisch beseitigt (Azcargorta/Paulus in diesem Band;

Boeckh 2010) und durch eine verfassungswidrige Wahlrechtsreform wird der noch existierende politische Pluralismus stark eingeschränkt.<sup>15</sup> Man kann nicht mehr ausschließen, dass die besondere Verbindung von Demokratie und Rente, die im Hinblick auf die Debatte um den Rentierstaat eine Art venezolanischer Sonderweg war, an ihre Grenze gestoßen ist und dass sich das Land der politischen Normalität eines autoritären Rentierstaats annähert.

### Literaturverzeichnis

- Abente, Diego (1988): "Politics and Policies: The Limits of the Venezuelan Consociational Regime". In: Herman, Donald L. (Hrsg.): *Democracy in Latin America: Colombia and Venezuela*. New York/London, S. 133-154.
- Academia Nacional de Ciencias Económicas (Hrsg.) 1985: *El futuro como historia: ¿Hacia la Venezuela postpetrolera?* Caracas.
- Aranda, Sergio (1977): *La economía venezolana*. México, D.F.
- Baptista, Asdrúbal (1985a): "El estado y el petróleo". In: Fundación Universidad Metropolitana (Hrsg.): *Apreciación del proceso histórico venezolano*. Caracas, S. 103-137.
- (1985b): *La dinámica de la economía venezolana: una apreciación analítica*. Caracas.
- (2006): *Venezuela y América del Sur. El Petróleo como vínculo económico y político*. Caracas.
- Baptista, Asdrúbal/Mommer, Bernard (1987): *El petrolero en el pensamiento económico venezolano. Un ensayo*. Caracas.
- Beblawi, Hazem/Luciani, Giacomo (Hrsg.) (1987): *The Rentier State*. London/New York/Sydney.
- Betancourt, Romulo (1969): *Venezuela. Política y petróleo*. Caracas.
- Boeckh, Andreas (1988): "Die Schuldenkrise und die Krise des bürokratischen Entwicklungsstaates in Venezuela". In: *Politische Vierteljahresschrift*, 29, 4, S. 636.
- (1997): "Venezuela: Die schmerzvolle Transformation eines Erdöllandes". In: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen, S. 285-315.
- (2003): "The Painful Transition of a Rentier State: Globalization and Neopopulist Regression in Venezuela". In: Barrios, Harald/Beck, Martin/Boeckh, Andreas/Segbers, Klaus (Hrsg.): *Resistance to Globalization. Political Struggle and Cultural Resilience in the Middle East, Russia, and Latin America*. Münster, S. 142-157.
- (2005): "'Sozialismus' des 21. Jahrhunderts? Das venezolanische Reformprojekt von Hugo Chávez". In: *Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte*, 29, S. 74-95.

---

15 Das von der Verfassung vorgeschriebene Verhältniswahlrecht wurde per Gesetz durch ein radikales Mehrheitswahlrecht ersetzt, das es der Regierung ermöglicht, auch bei einer Wahlniederlage bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit zu bewahren. Außerdem erhielt die Nationale Wahlbehörde das Recht erhalten, Wahlkreise neu zuzuschneiden.

- (2010): “Venezuela: der verkappte Zentralstaat”. In: *Jahrbuch des Föderalismus 2010*, S. 359-372.
- Boeckh, Andreas/Graf, Patricia (2005): “Der Comandante in seinem Labyrinth: Das bolivari-sche Gedankengut von Hugo Chávez”. In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Venezuela. Die bolivari-sche Republik*. Bad Honnef, S. 81-105.
- Boeckh, Andreas/Hörmann, Marion (<sup>3</sup>1992): “Venezuela”. In: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt*. Bd. 2: *Südamerika*. Bonn, S. 510-536.
- Borges, Welkis A. (1987): “Implicaciones políticas de la crisis: Las contracciones CTV-FEDECAMARAS”. In: Ramos Jiménez, Alfredo (Hrsg.): *Venezuela. Un sistema político en crisis*. Mérida, S. 39-76.
- Briceño León, Roberto (1985): *La crisis del subdesarrollo opulento*. Caracas.
- Britto García, Luis (2005): *Quienes pagan y quienes no pagan impuestos en Venezuela* (<[www.apporea.org/ddhh/a13450.html](http://www.apporea.org/ddhh/a13450.html)>; 05.05.2010).
- Cariola, Cecilia et al. (1989): *Crisis, sobrevivencia y sector informal*. Caracas.
- Castro J., Alfredo (Hrsg.) (1984): *1984: ¿A dónde va Venezuela?* Caracas.
- Centro de Estudios del Desarrollo (1967): *Estudio de conflictos y consenso*. 15 Bde. Caracas.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2008): *Panorama Social de América Latina 2008*. Santiago de Chile.
- (2009): *Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe 2009*. Santiago de Chile.
- Chaderton Matos, Roy (2009): “¿Y si perdiéramos las elecciones...?”. In: *Ojo Peleao* (<[www.ojopelao.com/opinion/opinion/8599-roy-chaderton-matos-iy-si-perdieramos-las-elecciones.html](http://www.ojopelao.com/opinion/opinion/8599-roy-chaderton-matos-iy-si-perdieramos-las-elecciones.html)>; 07.03.2010).
- DiJohn, Jonathan (2005): “Economic Liberalization, Political Instability, and State Capacity in Venezuela”. In: *International Political Science Review*, 26, 1, S. 107-124.
- Ellner, Steve (2010a): “Hugo Chávez’s First Decade in Office. Breakthroughs and Shortcomings”. In: *Latin American Perspectives*, 37, 1, S. 77-96.
- (2010b): “The Perennial Debate over Socialist Goals Played Out in Venezuela”. In: *Science & Society*, 74, 1, S. 63-84.
- España, Luis Pedro (1989): *Democracia y renta petrolera*. Caracas.
- FEDECAMARAS (Federación Venezolana de Cámaras y Asociaciones de Comercio y Producción) (1982): *Asamblea Anual XXXVIII. Informe Final*. 2 Bde. Mérida.
- Giordani, Jorge (2004): *Hacia una Venezuela Productiva*. Caracas.
- Granier, Marcel (1984): *La generación de relevo vs. el estado omnipotente*. Caracas.
- Hein, Wolfgang (1983): *Weltmarktabhängigkeit und Entwicklung in einem Erdölland: das Beispiel Venezuela (1958-1967)*. Stuttgart.
- Hernández Parra, Pablo (2006): *Revolución y Tributo. La cara oculta del SENIAT y su plan “Evasión Cero”* (<[www.soberania.org/Articulos/articulo\\_2576.htm](http://www.soberania.org/Articulos/articulo_2576.htm)>; 09.05.2010).
- INE (Instituto Nacional de Estadística) (2010a): <[www.ine.gov.ve/pobreza/HogaresPobres\\_linea.asp](http://www.ine.gov.ve/pobreza/HogaresPobres_linea.asp)> (21.05.2010).
- (2010b): <[www.ine.gov.ve/comercio/CuadroComercioImport.asp?Codigo=Importacion](http://www.ine.gov.ve/comercio/CuadroComercioImport.asp?Codigo=Importacion)> (05.05.2010).

- Instituto Roraima (1985): *Proposición al País. Proyecto Roraima, Plan de Acción*. Caracas.
- Isbell, Paul (2007): *Hugo Chávez and the Future of Venezuelan Oil (I): The Resurgence of Energy Nationalism*. Real Instituto Elcano de Estudios Internacionales y Estratégicos (International Economy and Trade). Madrid.
- Isidoro Losada, Ana María (2008): "Venezuela: Der bolivarianische Prozess und die Demokratie". In: *Lateinamerika Analysen*, 20, 2, S. 141-163.
- Jiménez, Juan Pablo/Gómez Sabaini, Juan Carlos/Potestá, Andrea (Hrsg.) (2010): *Evación y equidad en América Latina*. Santiago de Chile (<[www.cepal.cl/publicaciones/xml/8/38398/EvasionEquidad\\_final.pdf](http://www.cepal.cl/publicaciones/xml/8/38398/EvasionEquidad_final.pdf)>; 23.02.2010).
- Karl, Terry Lynn (1987): "Petroleum and Political Pacts: The Transition to Democracy in Venezuela, 1958". In: *Latin American Research Review*, 22, 1, S. 63-94.
- (1997): *The Paradox of Plenty. Oil-Booms and Petro-States*. Berkeley.
- Lander, Edgardo (2007): *Contribución a la crítica del proyecto de Reforma Constitucional en Venezuela*. (Sin Permiso – artículos en la WEB) (<[www.sinpermiso.info/Textos/index.php?id=1512](http://www.sinpermiso.info/Textos/index.php?id=1512)>; 30.11.2007).
- Levine, Daniel H. (1973): *Conflict and Political Change in Venezuela*. Princeton.
- López, Odalis (2001): "La 'enfermedad holandesa' y la economía venezolana: El período 1973-1982 y el colapso del 'capitalismo rentístico'". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 7, 2, S. 67-107.
- López Maya, Margarita/Lander, Luis E. (2009): "El socialismo rentista de Venezuela ante la caída de los precios petroleros internacionales". In: *Cuadernos del CENDES*, 26, 71, S. 67-87.
- Malthus, Thomas Robert (2006): *Principles of Political Economy Considered with a View to their Practical Application*. Saarbrücken.
- McBeth, Brian S. (1983): *Juan Vicente Gómez and the Oil Companies in Venezuela, 1908-1935*. Cambridge.
- Mommer, Bernard (1983): *Die Ölfrage*. Baden-Baden.
- (1987): *La distribución de la renta petrolera. El desarrollo del capitalismo rentístico venezolano*. Caracas.
- (2003): "Subversive Oil". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. London/Colorado, S. 131-146.
- Moncada, Samuel (1985): *Los huevos de la serpiente. FEDECAMARAS por dentro*. Caracas.
- Pérez, Carlos Andrés (1975): *Einem großen Venezuela entgegen. Rede des Präsidenten anlässlich der Verstaatlichung des Erdöls*. Caracas.
- Pérez Alfonzo, Juan Pablo (1976): *Hundiedonos en el excremento del diablo*. Caracas.
- Pérez Sáinz, Juan Pablo/Zarembka, Paul (1979): "Accumulation and the State in Venezuelan Industrialization". In: *Latin American Perspectives*, 6, 3, S. 5-29.
- Purroy, Miguel Ignacio (1982): *Estado e industrialización en Venezuela*. Caracas.
- República de Venezuela, Ministerio de Fomento (1949): *Anuario Estadístico 1949*. Caracas.
- República de Venezuela, Presidencia de la República (1976): "V. Plan de la Nación". In: *Gaceta Oficial de la República de Venezuela*. Sonderheft Nr. 6. Caracas.



- Rivas Aguilar, Ramón (1987): "Intervención del estado y formación del sector privado en Venezuela". In: Ramos Jiménez, Alfredo (Hrsg.): *Venezuela. Un sistema político en crisis*. Merida, S. 207-240.
- Rodriguez, Francisco (2008) "An Empty Revolution: The Unfulfilled Promises of Hugo Chávez". In: *Foreign Affairs*, 87, 2, S. 49-62.
- Rodríguez, Gumersindo (1979): *El nuevo de desarrollo venezolano*. Caracas.
- Roseberry, William (1983): *Coffee and Capitalism in the Venezuelan Andes*. Austin.
- Schmid, Claudia (1997): "Rente und Rentier-Staat: Ein Beitrag zur Theoriengeschichte". In: Boeckh, Andreas/Pawelka, Peter (Hrsg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen, S. 28-50.
- Transparency International (2009): *Corruption Perception Index 2008* (<[www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1237.0.html](http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.1237.0.html)>; 25.10.2009).
- Urbaneja, Diego Bautista (1992): *Pueblo y Petroleo en la Política Venezolana del Siglo xx*. Caracas.
- Uslar Pietri, Arturo (1984): *Venezuela en el petroleo*. Caracas.
- Weisbrot, Mark/Ray, Rebecca/Sandoval, Luis (2009): *The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators*. Washington, D.C. (<[www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2009-02.pdf](http://www.cepr.net/documents/publications/venezuela-2009-02.pdf)>; 20.12.2010).
- Werz, Nikolaus (2009): "Venezuela: Das Ölland in der Wirtschaftskrise". In: *Nueva Sociedad*. Sonderheft, S. 163-178.



**Hans-Jürgen Burchardt**

**Zurück in die Zukunft?  
Venezuelas Sozialismus  
auf der Suche nach dem 21. Jahrhundert**

Hugo Chávez kam 1999 mit der Beschwörung eines Projektes an die Macht, welches die bleierne Agonie im Land abzuschütteln und Venezuela in eine bessere Zukunft zu führen versprach. Dieses Gelöbnis traf fast überall auf offene Ohren, denn das ölreiche Land befand sich seit fast zwei Jahrzehnten im Sinkflug. Schon 1983 wurde es zahlungsunfähig und taumelte in eine Rezession, von der es sich nicht mehr erholte. Stagnation, Hyperinflation, steigende Arbeitslosigkeit, anschwellender Schwarzmarkt und Korruption, starke Verschuldung, wachsende, aber weitgehend effektlose Staatsinterventionen, Außenhandels- und Staatshaushaltsdefizite, Dekapitalisierung und andere “[...] nicht gerade aromatische Gewächse” (Silva Michelena 1999: 91) waren die schlimmsten Symptome, die verdeutlichten, dass Venezuela die Stabilität wegbrach.

So verringerte sich das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt zwischen 1980 und 1996 auf den Stand der 1960er Jahre, das Land verlor technologisch den Anschluss an internationale Entwicklungen und selbst die nationale Erdölindustrie wurde zunehmend unrentabler (IMD 2003; Parker 2003). Die formale Beschäftigung nahm zwischen 1990 und 1998 um 40% ab, die des informellen Sektors – in dem die Löhne circa ein Drittel niedriger liegen – stieg auf mehr als 50% an, und das durchschnittliche Realeinkommen besaß 1995 die gleiche Kaufkraft wie zu Beginn der 1950er Jahre (Carvallo 1999; CEPAL 2000). Insgesamt hatte Venezuela Ende der 1990er Jahre eine Wirtschaftsperspektive vorzuweisen, die nicht einem der reichsten Länder Lateinamerikas, sondern eher die der von Haiti oder Nicaragua entsprach (Baptista 2003).

Statt der Wirtschaft wuchsen vor allem soziale Ungleichheit und Armut: Zwischen 1980 und 1998 erhöhten die 10% Reichsten ihren Anteil am Volkseinkommen von knapp 22% auf 38%, während der Anteil der 40% Ärmsten Venezuelas von 19% auf 12% sank; die ärmsten 10% besaßen 1998 gerade einmal ein Prozent des Volkseinkommens. Im Grunde verlor die ge-

samte venezolanische Bevölkerung an Besitzstand – außer den 5% Reichsten, die noch reicher wurden (CEPAL 2006; World Bank 2003). Die Armut stieg bis 1998 auf über 50% an; die Mittelschicht wurde fast halbiert und machte kaum noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus (Riutort 2001).

Ende der 1990er Jahre existierte in Venezuela also eine Gesellschaft, die sich durch grassierende Arbeitslosigkeit und krasse Armut, extreme Ungleichheit und ein politisches Regime auszeichnete, das weder Integration garantierte noch politische Glaubwürdigkeit besaß. Fast zwanzig Jahre Krise ließen hauptsächlich eins zurück: die Zerstörung der ökonomischen, sozialen und zuletzt auch politischen Basis der früheren Musterdemokratie. Das Land war zur Jahrhundertschwelle völlig abgewirtschaftet; sein politisches Regime hatte "Suizid" (Caballero 2000) begangen.

### 1. Die Sozialpolitik der bolivarianischen Revolution: Rat und Tat

Die Zeit war reif für einen Neuanfang und hob den politischen *outsider* Hugo Chávez an die Macht. Er war mit dem Heilsversprechen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Wohlstand für die Massen angetreten und hatte die Präsidentschaftswahlen von 1998 mit einer Politisierung der sozialen Ungleichheiten gewonnen. Die Sozialpolitik wurde somit zur Nagelprobe seiner Politik; aus diesen Gründen steht die soziale Frage bis heute weit oben auf der politischen Agenda der "bolivarianischen Revolution".

Der erste Referenzpunkt der neuen Sozialpolitik war die bereits Ende 1999 in einer Volksabstimmung ratifizierte neue Verfassung, die im Grunde drei sozialpolitische Komponenten aufweist: Die Förderung eines *social citizenship*, welches auf einer Universalisierung der sozialen Rechte basiert; die Schaffung sozialer Gleichheit als erstes Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung und die Gestaltung der öffentlichen Politik als partizipativer Raum für alle Bürger. Konzeptionell wurde damit eine Transition von der gescheiterten liberal-repräsentativen Demokratie in eine soziale und partizipative Demokratie angestrebt (Delgado Blanco/Gómez Calcaño 2001).

Der nächste wichtige Schritt der bolivarianischen Politik war der im Jahr 2001 verabschiedete *Wirtschafts- und Sozialplan 2001-2007* (PDES), in dem die Leitlinien der Chávez-Regierung konkretisiert und die dazugehörigen Instrumente vorgestellt wurden: Die angestrebte *Universalisierung* der sozialen Rechte sollte durch einen breiten, allgemeinen Zugang zu den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen, zur Gesundheitsversorgung sowie durch die öffentliche Bereitstellung von ausreichendem Wohnraum gewährleistet werden. Ein nicht ausschließlich auf formaler Erwerbstätigkeit basie-

rendes Sozialversicherungssystem sollte die Integration der informellen Beschäftigten garantieren und zusammen mit neuen Formen der öffentlichen Produktion mehr *Einkommensgerechtigkeit* schaffen. Parallel dazu sollte eine *lokale Partizipationsförderung* die Aneignung des Öffentlichen als kollektiven Raum stimulieren. Insbesondere zur Schaffung von sozialen Räumen und zur Gewährleistung von sozialer Inklusion wurde eine Förderung der kommunalen Selbstverwaltung anvisiert. Politiken der Dezentralisierung sowie des Aufbaus von sozialen Netzen, von Basisorganisationen und einer kritischen Öffentlichkeit sollten die angestrebte *social citizenship* formen helfen. Sozialpolitik wurde nicht mehr als abhängige Variable von ökonomischen und politischen Prozessen gesehen, sondern als ein eigenes strukturdefinierendes Politikfeld verstanden (MSDS 2002; RBV 2001).

Eine auf makroökonomische Stabilität wie ausgeglichenem Staatshaushalt und Geldwertstabilität sowie auf eine Verbreiterung der Steuereinnahmen ausgerichtete Wirtschaftspolitik sollte weiterhin zur Basis für öffentliche Investitionen und höhere Sozialausgaben werden und schließlich in eine neue Infrastrukturförderung münden, die neben sozialen auch geografische Disparitäten abbaut. Eine Strategie der *endogenen Entwicklung* des selektiven Protektionismus, einer aktiven Beschäftigungspolitik, einer Agrarreform sowie eines neuen Steuer-, Zins- und Kreditsystems, das kleine und mittelständische Unternehmen sowie die unternehmerische Initiative insbesondere unter den sozial Schwachen über den Aufbau eines Sektors des sozialen Wirtschaftens fördert, sollte zusätzlich die Binnenwirtschaft stärken (MPD 2001; Vila Planes 2003).

Die nächste konzeptionelle Erweiterung erfuhr der Bolivarismus durch das Strategiepapier "Die neue Etappe: Die Revolution in der Revolution", das von der Regierungsspitze 2004 verkündigt wurde. Das erste der zehn darin vorgestellten strategischen Leitlinien ist die Schaffung einer neuen venezolanischen Sozialstruktur mittels der Umsetzung der oben aufgezählten Ziele. 2006 verkündet Hugo Chávez dann den Beginn einer neuen Phase des Übergangs zum "Sozialismus des 21. Jahrhunderts", die bis 2021 dauern sollte und die erstens auf endogene Entwicklung und verstärkte staatliche Wirtschaftssteuerung, zweitens auf soziale Entwicklung durch sozialpolitische Programme und eine neue Bildungspolitik sowie drittens auf eine lokal eingebettete partizipative Demokratie setzt (Cartaya Febres 2006). Nach der Wiederwahl der Regierung von Hugo Chávez wurde diese Programmatik im September 2007 im *Wirtschafts- und Sozialplan 2007-2013* (LGPDESN) konkretisiert. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts soll seither über vier

Komponenten aufgebaut werden: Eine neue *sozialistische Ethik*, die insbesondere über die moralische Handlungsweise der politischen Elite und einen ethischen Staat zu befördern ist; das Finden der *höchsten sozialen Glückseligkeit*, die durch eine inkludierende Gesellschaft und soziales Eigentum erreicht werden soll; ein *sozialistisches Produktionsmodell*, das über Arbeit mitbestimmung die kapitalistische Ausbeutung beenden und über endogene Entwicklung die Wirtschaft demokratisieren und diversifizieren will; sowie eine *partizipative und revolutionäre Demokratie*, die über die Schaffung neuer lokaler Mitbestimmungsräume zu einer neuen Machtgeometrie und mehr kollektiver Selbstbestimmung führen soll (LGPDESN 2007).

Entschält man die neuen Leitbilder der bolivarianischen Republik von ihren ideologischen Akzentuierungen, stellt diese Programmatik nicht nur für Lateinamerika einen beeindruckenden Paradigmenwechsel dar: In der Sozialpolitik hat man sich von den neoliberalen Konzepten der Selektion, Fokussierung und Privatisierung verabschiedet und ist wieder zum Universalismus zurückgekehrt. Armutsbekämpfung wird nicht nur als wohlfahrtsstaatliche Aufgabe und gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrgenommen, sondern auch als interdependente Determinante von Wirtschaft und Politik erkannt. Völlig zu Recht wird davon ausgegangen, dass der Zugang zu Bildung und besonders zur Grundausbildung für die soziale Mobilität zentral ist. Die soziale Frage wird als Verteilungsfrage behandelt und die nationale Elite stärker in die Pflicht genommen. Die anvisierte Agrarreform als eine Antwort auf soziale Ungleichheit ist sicherlich ein Königsweg. Auch die Verkoppelung der Sozialpolitik mit aktiver Beschäftigungspolitik ist aufgrund der global zu beobachtenden und auch für Venezuela empirisch belegten Korrelation zwischen Einkommensverlust und Armutszunahme wegweisend. Und die Förderung lokaler Partizipation erkennt an, dass Armut nicht nur auf materieller Knappheit basiert, sondern politische, ethnische und geschlechtsspezifische Diskriminierungen und Exklusion ebenfalls bedeutende Verelendungsgründe sind. Insofern hat die bolivarianische Regierung in ihrem Programm den neuesten Kenntnisstand aufgegriffen und verarbeitet.

Die damit verknüpfte Wirtschaftspolitik beinhaltet ebenfalls Alternativen zu der vorherrschenden Doktrin: Durch eine Konsolidierung der staatlichen Einnahmen über den Aufbau eines effektiven Steuersystems würde Venezuela nicht nur eines der wichtigsten nationalen – und auch regionalen – Strukturgebreen überwinden und könnte die Sozialpolitik auf einen neuen Finanzierungsmodus umstellen. Zusätzlich wird die Bedeutung makroökonomisch solider Rahmenbedingungen für die soziale Entwicklung – Inflation

z.B. ist immer eine Armensteuer – genauso anerkannt wie die Tatsache, dass über die angestrebte Demokratisierung und Ausdehnung der nationalen Wirtschaft gleichzeitig der Binnenmarkt aufgefüchert sowie neue Beschäftigungs- und Produktivitätspotenziale erschlossen werden können.

Im Grunde vertritt die boliviarische Revolution also den Anspruch, die verloren gegangene Dreieinigkeit Venezuelas zwischen sozialem Ausgleich, demokratischer Legitimation und ökonomischer Effizienz auf einem höheren Niveau wiederherzustellen. Mit ihrer Forderung nach Universalisierung der sozialen Rechte, mehr Verteilungsgerechtigkeit sowie mit der Förderung der ökonomischen, sozialen und politischen Partizipation als Basis eines neuen Bürgersinns formuliert sie durchaus Leitbilder, mit denen der Versuch, eine soziale und partizipative Demokratie aufzubauen, gelingen könnte. Ihr Erfolg wäre für die ganze Region richtungsweisend (Burchardt 2006).

Zur Umsetzung dieser innovativen Konzepte wurden – neben der Verfassungsänderung – als erstes sozialpolitische Kampagnen eingeleitet, die über Soforthilfen und den Aufbau sozialer Infrastruktur eine rasche Unterstützung für prekär lebende Bevölkerungsteile garantieren sollten. Um eine effiziente Implementierung zu sichern, wurden dem Militär – das in Venezuela zum Garanten für Disziplin, Ordnung, Effizienz, Pflichtbewusstsein und Loyalität stilisiert wird – zentrale Leitungsfunktionen übertragen und somit in der Sozialpolitik eine neue Phase zivil-militärischer Kooperationen eingeleitet, die sich bis heute verfestigte.

Während verschiedene Wahlen und massive soziale Konflikte, die 2002 in einem Putschversuch und einem Generalstreik kulminierten, die Neugestaltung der Sozialpolitik in den Hintergrund treten ließen (vgl. den Beitrag von López Maya in diesem Band), begann die Regierung nach ihrer Machtkonsolidierung Ende 2003 die nächste sozialpolitische Offensive einzuleiten. Zentrum dieser neuen Initiativen waren und sind die sogenannten “Missionen”. Anfangs waren diese Sozialprogramme als eine operative Plattform gedacht, die mit einem niedrigen Institutionalisierungsgrad eine schnelle Versorgung bedürftiger Bevölkerungsteile garantieren sollten. Ab 2005 wurden sie breiter ausgelegt und sind bis heute das wichtigste Fundament der boliviarischen Sozialpolitik. Institutionell hatten die Missionen den Charakter einer Parallelstruktur, die die nationale Ebene direkt mit der lokalen Ebene verkoppelt und andere staatliche Instanzen bewusst umgeht. Auch ihre Finanzierung wurde mehrheitlich nicht über den Staatshaushalt, sondern über spezielle Fonds abgewickelt und entzog sich größtenteils der öffentlichen

Kontrolle. Seit 2009 versucht die Regierung allerdings, die Missionen wieder stärker in die entsprechenden Fachministerien zu integrieren.

Begründet wurde der Extra-Institutionalismus zum einen mit dem Ziel, eine breitere Reichweite der sozialpolitischen Maßnahmen zu garantieren, als sie die traditionellen Instanzen hatten. Letzteren gelang es häufig nicht, mit ihren Diensten bis zu den lokalen Armenvierteln vorzudringen. Und zum anderen wird einer Politik der Entbürokratisierung und lokalen Partizipationsförderung das Wort geredet, mit der langfristig die anvisierte neue, bürgernahe Staats- und Gesellschaftskonfiguration erreicht werden soll. Über den Einsatz staatlicher Ressourcen soll dazu die Versorgung mit sozialer Infrastruktur auf lokaler Ebene und mit Unterstützung der Betroffenen auf- und ausgebaut werden; Adressanten sind meist neu gegründete lokale Zirkel oder Komitees, die aktiv in die Umsetzung der örtlichen Maßnahmen eingebunden werden. Damit wurden die Missionen zum wichtigsten Hebel, mit dem die bolivarische Regierung die von ihr propagierte Universalisierung sozialer Rechte und die Förderung von *social citizenship* umzusetzen versucht (Rodríguez 2006).

Bis 2007 wurden mit diesem sozialpolitischen Konzept mehr als zwanzig neue Programme aus der Taufe gehoben. Dazu zählen z.B. sechs Missionen in der Bildungspolitik, die von Alphabethisierungskampagnen bis zu einer Modifizierung wissenschaftlicher Forschung und Lehre reichen; neun Missionen im Gesundheitsbereich, für Basisversorgung und soziale Hilfen; und sieben Missionen zur Förderung des sozialen Wirtschaftens und des Wohnungsbaus (D'Elia 2006). Der Schwerpunkt der bolivarischen Sozialpolitik liegt dabei in der Bildungs- und Gesundheitspolitik. Erstere rechnet(e) mit intensiver Unterstützung des Militärs, das dank seines Beitrages zur Alphabethisierung auch schon einmal als "Heer des Lichtes" gefeiert wurde. Letztere wurde für mehrere Jahre massiv von über 20.000 kubanischen Gesundheitsexperten unterstützt, die in diesem Bereich 70% des qualifizierten Personals stellten und als "Barfußärzte" sehr erfahren in der Betreuung prekärer Bevölkerungsgruppen sind (PROVEA 2006).

Eine weitere nennenswerte Komponente der bolivarischen Sozialpolitik war neben den Missionen die Verabschiedung des neuen Sozialversicherungssystems (LOSS) Ende 2002 durch die Nationalversammlung. In ersten Bewertungen wurde diese Initiative aufgrund ihres Ansatzes, eine universale Versicherung für die gesamte Bevölkerung zu schaffen, als integral, effizient, solidarisch und partizipativ eingeschätzt (Méndez Cegarra 2003). Zusätzlich wurde auch die endogene Entwicklung gefördert: Für den Sektor des



sozialen Wirtschaftens wurden neue Gesetzesgrundlagen für ein Mikrofinanzierungssystem geschaffen und spezielle Banken gegründet; über Steuerbegünstigungen werden seither kleine Betriebe sowie Kooperativen gefördert. Die anvisierte Agrarreform, die die hochkonzentrierte Landverteilung Venezuelas gerechter verteilen soll, wurde im Dezember 2001 ebenfalls per Dekret eingeleitet. Wer nicht in der Lage ist, mehr als 80% seiner Landfläche zu bebauen, muss seither entweder erhöhte Steuern bezahlen oder kann sogar enteignet werden. Neben anderen Maßnahmen ist noch besonders auf die regelmäßige Erhöhung der Mindestlöhne hinzuweisen, die die Einkommenssituation der Geringverdienenden verbessern soll.

## **2. Der venezolanische Sozialismus auf dem Weg in die Wirklichkeit**

Wie ist das neue sozialpolitische Panorama des venezolanischen Sozialismus zu bewerten? Misst man die boliviarische Republik an ihren eigenen Versprechen und Maßstäben, müssten in den letzten Jahren nennenswerte Veränderungen im Bereich der *Universalisierung der sozialen Rechte*, der *Einkommensgerechtigkeit*, der *endogenen Entwicklung* sowie der *lokalen Partizipationsförderung* erkennbar sein.

Mit Blick auf die *Universalisierung der sozialen Rechte* ist als erstes zu konstatieren, dass die formalen Sozialausgaben der Regierung sich zwar deutlich erhöht haben, aber trotz des Ölbooms ab 2004 nicht exorbitant gestiegen sind: So wuchs der Anteil der gesamten Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 9% 1999 auf unter 17% im Jahr 2008 und entspricht damit dem oberen Mittelwert von zwölf Ländern der Region (CEPAL 2009). Allerdings sind diese offiziellen Kennziffern nur begrenzt aussagekräftig, da die Ausgaben für die Missionen – die bei der Universalisierung der sozialen Rechte eine wichtige Funktion einnehmen – bisher weitgehend der öffentlichen Kontrolle entzogen waren und über ihre Kosten keine verlässlichen Angaben gemacht werden können. So kommen z.B. Kalkulationen, die die Missionen berücksichtigen, zu dem Ergebnis, dass sich die gesamten Sozialausgaben der boliviarischen Revolution zwischen 1989 und 2006 verdreifacht haben (Weisbrot/Ray/Sandoval 2009).

Wie verschiedene Erhebungen zeigen, ist es mit den Missionen gelungen, stärker zu den Bedürftigen vorzudringen und eine universelle soziale Basisversorgung zu gewährleisten: So sicherte z.B. die Mission *Barrio Adentro* eine medizinische Grundversorgung für 13 Mio. Personen, während die Reichweite des traditionellen Gesundheitssystems diese Dienste nur 3,5 Mio. Menschen bereitstellt (OPS/OMS 2006). Insbesondere in ländlichen

und abgelegenen Gebieten führte dies zu einer ernsthaften Verbesserung der medizinischen Versorgung. Auch der Wiederaufbau und Ausbau des Bildungswesens hat bemerkenswerte Fortschritte vorzuweisen: Der Alphabetisierungsgrad ist allein zwischen 1998 und 2005 von 90% auf 95% und die Einschulungen in der Vorschule und in der Mittelstufe sind um jeweils über 20% gestiegen. Heute verfügt das Land dank eines neu aufgelegten Programms zur Grundschulförderung über rund 5.000 bolivarische Grundschulen. Bei diesem neuen Schultyp handelt es sich oft um Ganztagsschulen mit Teilstipendien und Schulspeisung, sodass die Lern- und Versorgungssituation vieler Kinder deutlich verbessert wurde. Ende 2009 kamen z.B. rund 3,9 Mio. Schulkinder und somit die Hälfte der Bevölkerung zwischen 3 und 17 Jahren in den Genuss eines freien Schulmittagessens (Werz 2009; vgl. auch den Beitrag von Peters in diesem Band).

Weniger erfolgreich sind die sozialpolitischen Maßnahmen dort, wo ein größerer Institutionalisierungsbedarf und höherer Komplexitätsgrad erforderlich ist. Dies wird schon bei den Missionen selbst sichtbar: Die Institutionalisierung ihrer Programme gelingt nur begrenzt oder gar nicht. So wurde z.B. das langfristige Ziel der Gesundheitsmission *Barrio Adentro*, über den temporären Einsatz kubanischer Spezialisten eine eigenständige, lokale und präventive Versorgungsstruktur im Gesundheitswesen aufzubauen, von Hugo Chávez persönlich als gescheitert erklärt, denn im Herbst 2009 waren nach der Verringerung der kubanischen Unterstützung rund 2.000 und damit mehr als die Hälfte der eingerichteten Gesundheitsposten wieder verlassen; eine erneute massive Unterstützung der Kubaner wurde erforderlich (Martorano 2009; PROVEA 2009). Erschwerend kommt hinzu, dass die Gesundheitsmissionen nicht mit dem restlichen Gesundheitssystem verzahnt wurden: Müssen Kranke zur Weiterbehandlung von einer Mission in Krankenhäuser verlegt werden – die zusammen mit den privaten Kliniken weiterhin den Hauptteil des Gesundheitssystems bilden –, entsteht oft ein Wechsel der Behandlungsstrategien, der den Patienten nicht unbedingt zugutekommt.

Noch weniger erfolgreich ist die Mission bzw. Politik, die sich der Universalisierung des Rechts auf ausreichenden Wohnraum widmet. Der Bedarf an festen Wohnungen mit Straßenanbindung und Zugang zu Wasser ist in Venezuela groß. Er wird von der Regierung auf rund 3 Mio. Wohneinheiten geschätzt, was bedeutet, dass circa 13 Mio. Venezolanern bis heute das Recht auf einen adäquaten Wohnraum verwehrt wird. Der Regierung ist es nach eigenen Angaben in ihrer bisherigen Amtszeit aber nur gelungen, 300.0000 Wohnungen zu erstellen; damit hat seit den frühen 1960er Jahren

keine venezolanische Regierung so wenig Wohnungen bauen lassen wie die Chávez-Regierung (PROVEA 2009). Die für die Bevölkerung so wichtige Wohnungspolitik der bolivarianischen Republik ist seit Jahren von Ineffizienz, Korruption und Vetternwirtschaft geprägt. Dass Hugo Chávez in Kenntnis dieses Umstands die verantwortlichen Minister zeitweise im Dreimonatstakt entlassen hat, führte kaum zu mehr Stringenz in der Wohnungspolitik.

Noch deutlicher wird die prekäre Institutionalisierung bei der Umsetzung komplexerer sozialpolitischer Reformen wie die des Ende 2002 beschlossenen Sozialversicherungsgesetzes (LOSS) und hierbei insbesondere der geplanten universellen Arbeits-, Renten- und Krankenversicherung. So ist es der Regierung bis 2009 nicht gelungen, die beschlossenen Sozialversicherungen zu implementieren. Da sich die Regierung nicht einmal gegenüber einer parlamentarischen Opposition zu verantworten hat, vermuten Beobachter, dass es innerhalb der chavistischen Regierung selbst sehr unterschiedliche Vorstellungen zu diesem Kernbereich von Sozialpolitik gibt, die sich politisch gegenseitig blockieren. Die Zeche für diese Handlungsunfähigkeit zahlt die Bevölkerung, die auch nach zehn Jahren bolivarianischer Revolution nur zu knapp 40% sozialversichert ist (Díaz Polanco 2006; PROVEA 2009).

Im Feld der *Einkommensgerechtigkeit* zeigen ausgewählte Makroindikatoren, dass sich Venezuela zwischen 2004 und 2008 durch ein sehr robustes, auf hohen Erdölpreisen basierendes Wachstum mit sinkender Arbeitslosigkeit ausgezeichnet hat (CEPAL 2009). Jüngere – nicht regierungsnahe – wie auch internationale Erhebungen dokumentieren zusätzlich, dass es in Venezuela in den letzten Jahren zu einer bemerkenswerten Verbesserung der Einkommens- und Versorgungssituation breiter Teile der Bevölkerung gekommen ist: Schon zwischen 2004 und 2006 haben knapp 60% der ärmeren Bevölkerungsmehrheit Einkommensverbesserungen von mindestens 40% erfahren; weitere 30% der Venezolaner sind in den Genuss von Einkommenssteigerungen von bis zu 15% gekommen (Brouwer 2007; López Maya/Lander 2009; Weisbrot/Ray/Sandoval 2009). Die Armut ist in der Folge von fast 50% 1999 auf unter 28% 2008 gefallen und die extreme Armut hat sich im gleichen Zeitraum mit unter 10% fast halbiert; Venezuela lag damit unterhalb des regionalen Durchschnitts (CEPAL 2009; Weisbrot/Ray/Sandoval 2009). Rund 15.000 staatliche Lebensmittelläden (Mercal) mit subventioniertem Angebot sowie öffentliche Garküchen haben zusätzlich garantiert, dass sich die Versorgungslage der Bedürftigen nennenswert verbessert.

Legt man Einkommenskriterien zugrunde, ist innerhalb der venezolanischen Gesellschaft in den letzten Jahren eine kollektive Aufwärtsmobilität

und abnehmende Ungleichheit zu beobachten. Auffallend sind hierbei zwei Entwicklungen: Zum einen schrumpfte die einkommensschwächste Schicht um rund 12% auf einen Gesamtanteil von 46%, die untere Mittelschicht ist sogar um 10% auf 34% gewachsen (Brouwer 2007). Dabei wird nicht nur Armut verringert, diese Tendenz ist auch Ausdruck der Formierung einer neuen – vom bolivarianischen Verteilungsregime stark profitierenden – Mittelschicht. Hier manifestiert sich eine wachsende Anzahl Neureicher, wie jeder bestätigen kann, der in letzten Jahren Caracas besuchte, denn die dortigen Verkehrsverhältnisse lassen leidvoll erfahren, was es für eine städtische Infrastruktur bedeutet, wenn der Verkauf neuer Pkws – in Venezuela ein Luxusgut – drastisch ansteigt.

Zum anderen ist eine Abnahme der Oberschicht von 4% auf 2,4% zu beobachten (Brouwer 2007). Der venezolanische Sozialismus hat gegenüber der Oberschicht bisher aber keine nennenswerten Enteignungs- oder andere Umverteilungsmaßnahmen umgesetzt. Das Ziel, ein effektives Steuersystem aufzubauen und dabei die Mittel- und Oberschicht stärker in die Pflicht zu nehmen, ist sogar ganz von der politischen Agenda verschwunden. Vielmehr ist zu beobachten, dass sich viele der wichtigsten Wirtschaftsvertreter ab 2004 mit dem neuen Regime weitgehend arrangierten. Insbesondere Banken, Bauindustrie, Telekommunikation, der Importbereich und verschiedene Logistikbereiche erfreuen sich im venezolanischen Sozialismus heute rekordverdächtig und kaum zu versteuernder Dividenden. Als Gründe für das Abschmelzen der Oberschichtvermögen müssen darum vor allem Migration, inflationsbedingte Kapitalentwertungen und insbesondere Kapitalflucht vermutet werden. So soll die Kapitalflucht zwischen 1999 und 2009 auf fast 118 Mrd. US\$ gestiegen sein; zum Vergleich: zwischen 1950 und 1998 betrug sie insgesamt 105 Mrd. US\$ (Werz 2009).

Betrachtet man die Frage der Einkommensgerechtigkeit unter arbeitspolitischen Aspekten, haben die Beschäftigungsmaßnahmen der Missionen, die Expansion des öffentlichen Sektors, die regelmäßige Erhöhung der Mindestlöhne sowie die Förderung des sozialen Wirtschaftens zu einer bescheidenen Verbesserung der Erwerbs- und Lohnsituation der Beschäftigten geführt. Die seit 2003 fast kontinuierlich sinkende Arbeitslosigkeit ist ein Hinweis dafür (CEPAL 2009). Allerdings ist es nicht gelungen, für den formalen Sektor ein höheres Lohnniveau zu stabilisieren; neue Arbeitsplätze wurden hauptsächlich für prekär Beschäftigte und im Niedriglohnbereich geschaffen. Noch konnte der Anteil der informellen Beschäftigung signifikant verringert werden – er lag 2008 immer noch bei rund 45% der ökonomisch aktiven Bevöl-

kerung (PROVEA 2009; Weisbrot/Ray/Sandoval 2009). Zusätzlich gehen Schätzungen davon aus, dass im gleichen Jahr mindestens 40% der formal und über 60% der informell Beschäftigten weniger als den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn ausgezahlt bekamen. Gleichzeitig haben zwischen 2004 und 2008 jährliche Inflationsraten von 20% bis über 30% die Kaufkraft der Nominallöhne empfindlich verringert (López Maya/Lander 2009). In allen Bereichen der Arbeitsbeziehungen werden außerdem Frauen auch heute noch besonders benachteiligt.

Solche Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen haben seit 2006 zu einer Zunahme von Arbeitskonflikten und Streiks geführt, auf die der Staat teilweise mit verstärkter Repression reagierte. Die wichtigsten Gewerkschaften werden in Venezuela von der Regierung oder der Opposition vereinnahmt. Der Aufbau einer unabhängigen Arbeitnehmervertretung ist mittlerweile so schwierig, dass die Internationale Arbeitsorganisation ILO Venezuela wieder auf die Liste der Länder gesetzt hat, die das Recht auf gewerkschaftliche Unabhängigkeit und Organisation nicht ausreichend achten (PROVEA 2009). Eine signifikante Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen – bekanntermaßen eine zentrale Forderung sozialistischer Politik – hat sich bisher also nicht durchsetzen können.

Aufgrund der disparaten Entwicklungen im Bereich der Einkommensgerechtigkeit lassen sich für manche im venezolanischen Sozialismus Züge einer "karitativen Kleptokratie" (López 2007) erkennen, bei der eine gut platzierte Minderheit die Erdölrente anzupapfen vermag und eine rasante Reichtumsvermehrung erfährt, während alle anderen auf die Verbesserungen fürs Volk schauen, auf die diese Minderheit frenetisch hinweist. Fungiert die bolivarianische Sozialpolitik zweifelsohne als eine zentrale Legitimationsressource der neuen politischen Elite, sollten die nennbaren Verbesserungen der Einkommenssituation und Basisversorgung der benachteiligten Bevölkerungsteile dennoch nicht zu gering geschätzt werden. Denn dies ist und bleibt für ein Land in einer Region, in der es bisher nur sehr selten gelungen ist, über demokratische Politik die verfestigten, krassen sozialen Ungleichheiten zu verringern, ein beachtenswerter Erfolg (Burchardt 2008; Roberts 2002).

Im Feld der *endogenen Entwicklung* sind zum einen die Demokratisierungsversuche der ökonomischen Binnenstruktur zu betrachten. Hier sind die Agrarreform und der Kooperativsektor zentral. So wurden nach offiziellen Angaben mehr als vier Mio. Hektar Pachtland an Kooperativen und Kleinproduzenten verteilt; gleichzeitig wurden die staatlichen Subventionen für

die Landwirtschaft zwischen 2004 und 2008 fast verdoppelt. Dennoch ist die Agrarreform bisher wenig erfolgreich: Die landwirtschaftliche Anbaufläche und Produktion sind in den letzten Jahren in Venezuela nur sehr langsam gewachsen, die Beschäftigungszahlen in der Landwirtschaft und die Agrarproduktion hingegen gesunken; gleichzeitig haben sich die Pro-Kopf-Importe an Lebensmitteln zwischen 1998 und 2008 mehr als vervierfacht (PROVEA 2009). Viele Kooperativen scheinen mit staatlicher Korruption, lokalen Konflikten sowie fehlenden Kenntnissen und fehlender technischer Unterstützung zu kämpfen (Parker 2008); nach offiziellen Zahlen waren 2008 darum nur noch 30% der angemeldeten Agrargenossenschaften ökonomisch aktiv (López Maya/Lander 2009).

Ähnliche Charakteristika zeichnen den gesamten Kooperativsektor aus, sodass mittlerweile auch Regierungsstellen auf problematische Entwicklungen wie Ineffizienz und Korruption hinweisen. Die Mehrzahl der registrierten Kooperativen scheint nur noch auf dem Papier zu existieren – viele haben keine kontinuierlichen Aufträge, ihre Leistungen sind oft mangelhaft, eine reale Mitbestimmung existiert vielfach nicht und das Einkommensniveau entspricht dem des staatlichen Mindestlohns. Symptomatisch ist, dass sich der Anteil der registrierten Kooperativarbeiter nach einem frühen Gründungsboom seit 2003 um mehr als 60% verringert hat und zuletzt nur noch knapp 2% der ökonomisch aktiven Bevölkerung ausmachte (Provea 2009). Von einer Stabilisierung des Sektors des sozialen Wirtschaftens kann darum kaum noch gesprochen werden.

Zum anderen sind bei Analysen der endogenen Entwicklung die Erfolge der angestrebten Ausweitung der Binnenwirtschaft sowie deren Diversifizierung zu bewerten. Hier ist auffällig, dass sich die jüngere Regierungspolitik öfters durch Preis- und Marktkontrollen oder gar Verstaatlichungen auszeichnete. Aus diesem Grund platzierte die konservative Heritage Foundation Venezuela auf ihrem *Economic Freedom Index 2009*, der vorgibt, den Grad ökonomischer Freiheiten zu messen, von 179 untersuchten Ländern auf Rang 174. Venezuela wurde damit vor Kuba (Rang 177) der vorletzte Platz Lateinamerikas zugewiesen (Heritage Foundation 2009). Eine genauere Betrachtung lässt allerdings rasch erkennen, dass weder die Marktregulierung noch die Verstaatlichungen einer kohärenten Strategie folgen. Dass heißt, eine Steuerung oder Übernahme von wirtschaftlichen Schlüsselsektoren zur Förderung binnenwirtschaftlicher Entwicklung ist nicht klar erkennbar. So werden Verstaatlichungen eher im Falle unternehmerischen Scheiterns, zur Befriedigung sozialer Konflikte oder Bedienung klientelistischer Interessen

eingesetzt. Einige Analysen schätzen z.B. den Anteil der staatlichen Angestellten heute auf 3 Mio. Beschäftigte, was einen Anstieg um 60% seit 2003 bedeuten würde (Werz 2009). Enteignete Besitzer wiederum werden in der Regel mit Gewinn ausbezahlt – vermehrt bieten Unternehmer und Landbesitzer darum ihr Eigentum dem Staat an, um von den Entschädigungen zu profitieren. Ein Blick auf die Binnenentwicklung macht wiederum deutlich, dass es auch in den fünf Jahren Ölbonanza zwischen 2004 und 2008 nicht gelungen ist, den Binnenmarkt auszuweiten und zu diversifizieren: Die durch Importe substituierbare Binnenproduktion hat sich im gleichen Zeitraum um das fast Siebenfache verringert und auch der Anteil der privaten Produktion ist drastisch gesunken (López Maya/Lander 2009).

Zusammenfassend bleibt darum festzustellen, dass es mit der propagierten Politik der endogenen Entwicklung bisher nicht gelungen ist, die anvisierte Demokratisierung, Ausdehnung und Diversifizierung der Binnenwirtschaft umzusetzen und die Abhängigkeit von Erdölexporten und Warenimporten zu verringern. Vielmehr hat in den letzten zehn Jahren das Gegenteil stattgefunden: Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion des Landes ist weiter gesunken. Letztere weist heute die schlechteste *Performance* seit vier Dekaden auf, sodass bereits von einem Prozess der Deindustrialisierung gesprochen wird (Vera 2009). Diese Tendenz geht vor allem auf Kosten der kleinen und mittelständischen Unternehmen und unterminiert die gewünschten Demokratisierungs- und Diversifizierungsziele. Die Produktions- und Produktivitätsverluste der Binnenwirtschaft werden dann über Importe kompensiert und setzen die nationale Produktion weiter unter Druck. So fressen die Einfuhren in Venezuela heute circa 75% der Erdöleinnahmen auf. Nach zehn Jahren bolivarischer Revolution sorgt darum der Erdölsektor – in dem nur 1% der Beschäftigten tätig sind – für 85% des Exports und mindestens 60% der Staatseinnahmen. Venezuelas Abhängigkeit vom Öl ist seit dem Amtsantritt von Hugo Chávez nicht gesunken, sondern gestiegen.

Die letzte Zielvorgabe der bolivarischen Regierung, die Förderung *lokaler Partizipation*, vollzog sich in verschiedenen Mobilisierungswellen. Sie begann 2001 mit der Gründung sogenannter “bolivarischer Zirkel”, die die lokale Basis der neuen Regierung bilden und deren Politik ideologisch absichern sollten. Die Regierung pries sie als Keimzelle der bolivarischen Revolution, die Opposition verdächtigte sie als Versuch, bewaffnete Kampfseinheiten aufzubauen. Letztendlich wurden die Zirkel aber keiner dieser Zuschreibungen gerecht, denn mangels eigener Ressourcen und Integration in

die lokalpolitischen Strukturen wurden sie nach einer kurzen Blütezeit bedeutungslos. Ihnen folgte 2002 die Gründung von "Lokalen Räten der öffentlichen Planung". Mit diesen Basisinitiativen sollten die direkt Betroffenen – insbesondere in ländlichen Gebieten und in den Elendsvierteln – die Möglichkeit erhalten, ihren konkreten Bedarf an kommunaler Grundversorgung in Feldern wie Gesundheit, Wasser, Infrastruktur etc. zu dokumentieren und für dessen Erfüllung den Behörden Vorschläge zu unterbreiten. Nicht zuletzt aufgrund ihres partizipativen Charakters förderte diese Maßnahme zahlreiche Initiativen lokalen bürgerschaftlichen Engagements. Da das institutionelle Arrangement zwischen den Komitees und den Gemeindeverwaltungen aber niemals formalisiert wurde, waren die Planungsräte bald das Ziel von Instrumentalisierungsversuchen entweder vonseiten des Staates oder der Lokalregierungen – Letztere sahen in ihnen gelegentlich auch eine unliebsame Konkurrenz (Isidoro Losada/Ernst 2009). Die Mehrzahl der von den Räten angeregten Verbesserungen wurde außerdem nur schleppend oder gar nicht umgesetzt, was bei den Beteiligten bald zur Ernüchterung führte.

Anfang 2006 wurden dann in einer dritten Welle sogenannte "Gemeinderäte" eingerichtet. Die Gründungsmodalitäten, Organisationsstrukturen und Kompetenzen dieser Gemeinderäte wurden vom Parlament gesetzlich festgelegt und somit die neue Form lokaler Partizipation erstmals formal institutionalisiert. Die Räte sollen als sich selbst assoziierende Nachbarschaftsorganisationen alle bisherigen lokalen Basisinitiativen koordinieren und erhalten für ihre Aufgaben ein eigenes Budget, das sie durch selbst erwirtschaftetes Einkommen noch aufstocken können. Ihre erste Aufgabe besteht darin, unter Einbindung der benachteiligten Bevölkerungsschichten auf der lokalen Ebene eine Einflussnahme auf politisch-administrative Planungsprozesse, Ressourcenverteilung und Investitionsentscheidungen auszuüben. Mittel- und langfristig sollen sie dann die administrativen Zuständigkeiten für Bereiche wie Gesundheit, Infrastruktur, Kulturelles, öffentliche Betriebe etc. erhalten, um letztendlich die traditionelle Struktur der venezolanischen Staatsverwaltung in Richtung einer lokalen und partizipativen Volksvertretung als Ganzes zu reformieren (als Überblick siehe Holm 2007).

In einem anfänglichen Boom wurden bis 2008 über 25.000 solcher Kommunalräte gegründet. Neuere Bewertungen äußern allerdings Zweifel daran, ob es diesen Basisorganisationen gelingen kann, die anvisierten Formen der lokalen Mitbestimmung in Venezuela zu verankern, denn trotz einer stärkeren Formalisierung sind auch die neuen Gemeinderäte mit Blick auf Ressourcen, Aufgaben und Legitimation nicht kohärent in die kommunalpo-



litischen Strukturen des Landes integriert. Vielmehr bilden sie eine zu den demokratisch gewählten Lokalregierungen kompetitive Parallelstruktur ohne festes Mandat und Zuordnung, was nur begrenzte Möglichkeiten der politischen Gestaltung gewährt.

Neben Kritik in Bezug auf wachsende Vetternwirtschaft und Korruption wird vor allem die sich verstärkende politische Vereinnahmung der Gemeinderäte durch die Nationalregierung beklagt. Statt lokale Partizipation zu fördern, fungieren sie oft als institutionelles Vorfeld für den boliviarischen Staat, indem sie weite Teile der Bevölkerung aktiv in Regierungsprojekte einzubinden und aufkeimende Proteste oder Konflikte zu kanalisieren versuchen (López 2007). Für eine solche Interpretation der Instrumentalisierung spricht zusätzlich, dass weder die Gemeinderäte noch eine andere der boliviarischen Basisorganisationen jemals aus sozialen Bewegungen oder sonstigen politischen Basisaktivitäten hervorgegangen ist. Vielmehr sind sie ausnahmslos vom Zentralstaat angestoßen worden und bis heute nur der Präsidialkommission bzw. dem Staatsoberhaupt selbst verpflichtet (Isidoro Losada/Ernst 2009).

Ebenso ambivalent wie ihre einzelnen Initiativen ist die lokale Partizipationsförderung des venezolanischen Sozialismus als Ganzes. Auf der einen Seite muss anerkannt werden, dass die boliviarischen Basisorganisationen die Entstehung und Festigung sozialer Netzwerke auf der Gemeindeebene beschleunigt und zu einer spürbaren Stärkung der politischen Kultur der Partizipation beigetragen haben (Lander 2007). Davon profitieren besonders die Armen und Ärmsten, denen zusammen mit der Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur ihre Stimme, Würde, Hoffnung und ein neues Selbstwertgefühl zurückgegeben wurde (Lacruz 2006). Die boliviarische Revolution bricht mit dem Zukunftspessimismus, dass soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika chancenlos sei, da die Armen heute eher schweigend litten anstatt aufzubegehren und somit über kein für Sozialreformen nötiges Konfliktpotenzial mehr verfügten (O'Donnell 1998). Unter diesen Gesichtspunkten hat die lokale Partizipation in Venezuela zweifelsohne emanzipatorisches Potenzial.

Zwar kann die Mobilisierung der Massen auch als eine Voraussetzung zur Begründung der angestrebten partizipativen Demokratie angesehen werden, eine ausreichende Bedingung für ihren Erfolg ist sie nicht. Denn Mobilisierung darf nicht mit Partizipation selbst verwechselt werden – Letztere setzt nicht nur einen hohen Grad an allgemeiner qualitativer Mitbestimmung voraus, sondern auch formale Prozedere und institutionelle Verregelungen, um sich universell abzusichern. Doch gerade diese universelle Absicherung

wird durch die beschriebenen institutionellen Inkohärenzen und zentralstaatlichen Instrumentalisierungsversuche verhindert. So mehren sich die Beobachtungen, dass es sich bei den neuen Gemeinderäten weniger um plurale Gebilde handelt, die allen offen stehen, sondern vielmehr um politische Aktionsräume für Regierungsanhänger, die Kritikern des bolivarianischen Prozesses verschlossen bleiben (PROVEA 2009; Virtuoso 2006). Die direkte Ressourcenabhängigkeit der Kommunalräte von der staatlichen Exekutive diszipliniert die Basisinitiativen zusätzlich und begünstigt klientelistische Beziehungen, die wenig geeignet sind, das angestrebte universelle *social citizenship* zu fördern.

Sollte sich dieses bereits durchscheinende Muster politischer Kultur weiter konsolidieren, wird die lokale Partizipation Venezuelas nicht in eine inkludierende, sondern in eine ausschließende Demokratie münden, bei der ein vermeintliches Mehr an Demokratie nur zu einem Mehr an exklusiven Privilegien führt (Burchardt 2009). Von politischem Ausschluss bedroht wäre dabei allerdings keine Minderheit, sondern fast die Hälfte der Bevölkerung. Über solche Tendenzen bahnt sich eine Entwicklung an, die sowohl neue Konflikte beschwört als auch die Risiken einer autoritären Regression erhöht (García Guadilla 2007). Nach Einschätzung mancher Beobachter ist es in Venezuela noch nicht entschieden, ob sich bei den neuen Formen der lokalen Partizipation eher das emanzipatorische Potenzial oder die neuen Exklusionstendenzen durchsetzen werden (Lander 2007). Ein Blick auf die jüngere Geschichte Venezuelas stimmt aber eher pessimistisch und lässt erwarten, dass “[...] sich die erprobte Logik von Kooptation, Korruption und Kontrolle der paktierten [vorchavistischen, Anm. H.-J.B.] Demokratie mit neuen Akteuren und unter veränderten politischen Vorzeichen weiter fortsetzt” (Isidoro Losada/Ernst 2009: 198).

### **3. Der venezolanische Sozialismus auf der Suche nach dem 21. Jahrhundert**

Wie können diese verschiedenen Komponenten nun zu einem Gesamtbild zusammengefügt werden, das uns über die Strukturen und Antriebskräfte des venezolanischen Sozialismus Auskunft gibt? Folgende Muster sind in allen der hier vier vorgestellten Felder auffällig: Erstens ist überall eine starke *politische Inkohärenz* zu beobachten. Viele Regierungsprogramme werden kaum aufeinander abgestimmt; bereits vorhandene Strukturen werden nicht oder nur unzureichend in die Politik eingebunden. Diese Inkonsistenz führt zu nennenswerten Reibungs- und Ressourcenverlusten und verringert die

Effizienz der boliviarischen Regierungspolitik. Sie be- und verhindert außerdem den Aufbau wichtiger Institutionen wie z.B. der Sozialversicherungssysteme, die Stabilisierung innovativer Strukturen wie die eines Sektors sozialen Wirtschaftens oder die Förderung lokaler Partizipation. Die dort geschaffenen Initiativen haben ihren *ad hoc*-Charakter nie verloren, da es nicht gelungen ist, Mobilisierungen in institutionalisierte und formalisierte Partizipations- bzw. Produktionsformen einmünden zu lassen.

Bisher versuchte die boliviarische Revolution die Probleme, die aus der politischen Inkohärenz erwachsen, mit extra-institutionellen Arrangements sowie einer starken administrativen Konzentration zu überwinden. Die daraus resultierende fehlende Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Politik und den Verwaltungen haben zweitens aber zu einer ausufernden *Korruption* geführt. So hat z.B. die fehlende Rechnungslegung bei den Missionen Begünstigungen, Korruptionskanälen und der Vetternwirtschaft Tür und Tor geöffnet. Die wachsende – auch von Teilen der Regierung geteilte – Kritik an dieser Korruption wird von internationalen Zahlen bestätigt: In den Bewertungen des *International Corruption Perceptions Index* (CPI) von Transparency International befindet sich Venezuela im Jahr 2009 auf dem Rang 162 und bildet damit nach Haiti das Schlusslicht der Region (Transparency International 2009).

Drittens ist der Regierungsalltag der boliviarischen Republik durch eine Politik geprägt, die weniger auf Konsistenz und Nachhaltigkeit setzt als auf rasche Effekte und Legitimationshascherei. Dank ihres charismatischen Führers Hugo Chávez wird die Politik als direkte Kommunikation zwischen Volk und Führer zelebriert; sie hat stark akklamatorischen Charakter, ihre Unterstützung hängt von sprunghaften Stimmungslagen, den spürbaren Ergebnissen der Regierungspolitik und kurzfristigen subjektiven Präferenzen insbesondere der sozialen Unterschichten ab. Vielleicht wichtigstes Vehikel dieser Kommunikation ist der Populismus, der Chávez immer wieder vorgeworfen wird. Verregelte Verfahren, politische Institutionen oder Verbände und intermediäre Organisationen werden hingegen als lästig empfunden und gering geschätzt. Der politische Organisationsgrad von Interessengruppen wie Gewerkschaften oder anderen Verbänden ist in Venezuela dementsprechend stark gesunken. Diese Kultur lässt sich als *politische Volatilität* kennzeichnen.

Politische Inkohärenz, Korruption und Volatilität verbinden sich zu einem Strukturmerkmal, das den venezolanischen Sozialismus als Ganzes auszeichnet: Eine *Deinstitutionalisierung* als schleichender Prozess der Ero-

sion institutioneller Legalität und demokratisch legitimer Institutionen. Diese Deinstitutionalisierung hat in Venezuela eine starke Tradition. So ist seit der Unabhängigkeit ein regelmäßig wiederkehrender Zyklus zu beobachten, bei dem jede größere Wirtschaftskrise in eine politische Krise kumuliert, bei der dann eine neue Machtkonstellation antritt, die sich durch neue politische Legitimationsmuster und Leitbilder auszeichnet, einen neuen Wirtschaftskurs verspricht und die aufgebauten Institutionen diskreditiert. Aus dieser institutionellen Diskontinuität und Unsicherheit erwachsen in den letzten 150 Jahren in Venezuela institutionelle und individuelle Verhaltensweisen heran, die den staatlichen Institutionen selbst nur begrenzte Verlässlichkeit zuweisen, stattdessen auf kurzfristige persönliche Dividenden ausgerichtet sind und die – selbst wider besseren Wissens und Willens – die langfristige Planung oder gar Umsetzung von politischen Projekten hemmen (Lombardi 2003).

In Ländern, in denen die Bevölkerung aber konstant mit den sozialen und politischen Unsicherheiten einer solchen Deinstitutionalisierung konfrontiert wird, entwickeln sich *klientelistische Beziehungen* zum Staat oft zur dominanten Sicherheitsstrategie sozialen Handelns (Gough/Wood 2004). Mit Blick auf diese empirische Erkenntnis kann die beschriebene Sozialpolitik der bolivarianischen Republik dann als Vehikel eines staatlichen *Paternalismus* verstanden werden. Paternalismus legitimiert sich durch Protektion, die der Herrscher seinen Anhängern gewährt und wird über Klientelismus untermauert – der Herrschende ist nicht Vorgesetzter, sondern der persönliche Herr. Genauso ein Patronage- und Klientelverhältnis zeichnete die politische Kultur und Politik Venezuelas schon immer aus und scheint durch die bolivarianische Republik weiter verstärkt zu werden. Soziale Maßnahmen werden nicht als subjektloser Transfer des Staates vermittelt, sondern sind hochgradig personalisiert, werden klientelistisch für politisches Wohlergehen gewährt und hierarchisch sowie autoritär durchgesetzt. Verfügt der Staat hierbei über ausreichend Ressourcen, um seine klientelistischen Netzwerke zu speisen und zu befrieden, hat er an einer effizienzfördernden Institutionalisierung von Politik wenig Interesse. Im Gegenteil: Die Formalisierung von Politik würde diese versachlichen, damit die Ausübung des Paternalismus erschweren und wird darum eher behindert als vorangetrieben.

In welche Richtung kann sich unter der Berücksichtigung solcher Überlegungen der venezolanische Sozialismus entwickeln? Die meisten Analysen und Debatten, die sich heute mit dieser Frage beschäftigen, setzen den Akzent entweder auf mehr Autoritarismus oder mehr Emanzipation. So unter-

schiedlich diese Positionen auch scheinen, sie besitzen doch zwei Gemeinsamkeiten: Sie gehen von gleichen Vorannahmen aus und sie liegen beide falsch, denn der Referenzpunkt zum Bewerten des bolivarianischen Regimes ist bei beiden Standpunkten ein spezifisches Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung, das auf Venezuela nur begrenzt oder gar nicht anzuwenden ist. Denn nicht das Streben nach mehr sozialer Selbstbestimmung und Gerechtigkeit bzw. das uneingeschränkte Absichern der eigenen Elite-Herrschaft wird die Zukunft des Landes bestimmen. Wirtschaft, Staat, Politik, Gesellschaft und sogar das Handeln der Einzelnen werden viel stärker von einer ganz anderen Determinante geprägt: dem Erdöl!

Nicht ein wie auch immer gearteter und zu bewertender Sozialismus oder Autoritarismus wird über die Zukunft des Landes entscheiden, sondern das schwarze Gold, das alle Leitbilder, Strukturen und alles Handeln durchdringt und Venezuela seit langer Zeit zu einer Rentengesellschaft gemacht hat. Aus diesen Gründen werden die künftigen gesellschaftlichen Dynamiken und Konflikte nicht auf der Grundlage verschiedener sozialer Lagen, ökonomischer Interessen und politischer Gegensätze stattfinden, sondern sich primär um eine zentrale Frage drehen: Wer hat Zugang und wer verteilt die Ressourcen des Öls? Es ist primär die Ölrente – auf deren Höhe die Regierung bekanntermaßen nur begrenzt Einfluss hat – die entscheidet, in welche Richtung Venezuela in Zukunft stärker tendiert.

Hieraus erklärt sich auch die anhaltende Polarisierung der Gesellschaft in den letzten zehn Jahren, denn während in kapitalistischen Marktgesellschaften gilt: *“the business of politics is business”*, mit anderen Worten, die Politik hat die Wirtschaft zu fördern und zu regulieren, und um die jeweiligen Modi muss gerungen werden, heißt es in Venezuela: *“the business of business is politics”* (Coronil 2008: 19). Aus diesem Grunde gehen die durch Hugo Chávez von den Fleischtöpfen verdrängte Mittel- und Oberschicht politisch so vehement gegen die Regierung vor und aus dem gleichen Grunde verteidigen die Regierung und ihre Alliierten ihre Pfründe so engagiert – beide Seiten haben in einer Rentengesellschaft weder eine andere politische noch ökonomische Alternative, denn das Einkommen der Bevölkerung und die Profite der Unternehmer hängen maßgeblich von der Verteilung der Ölrente ab und dafür wiederum ist der Staat zuständig, sodass *“[...] in Venezuela the state has become a particularly privileged path to status, power, and riches”* (Coronil 2008: 20).

Der unterschiedliche soziale und politische Partizipationsgrad, den der Ölstaat dann seinen Bürgern zubilligt, gibt zwar Auskunft über die jeweili-

gen politischen Eliten an der Macht, die zentralen Reproduktionsmodi der Rentengesellschaft hat er bisher aber kaum verändert. Wer Venezuela im 21. Jahrhundert verstehen will, sollte sich darum nicht mehr mit Vorannahmen über gesellschaftliche Emanzipation oder populistischen Autoritarismus belasten, sondern mit der partikularen Andersartigkeit von Rentengesellschaften beschäftigen. Außerhalb der Ökonomie weiß man von den spezifischen Konfigurationen und Dynamiken dieser Gesellschaftsformationen noch sehr wenig – auch in Venezuela, wo sonst jedes politische Hüfteln medial breit analysiert und kommentiert wird, ist das Thema Erdöl in der öffentlichen Debatte auffällig abwesend.

Ist Venezuelas Zukunft auch ungewiss, zeichnet sich somit eines schon heute ab: Eine baldige Abkehr von der Rentenlogik wird es nicht geben, denn von der Regierung Chávez, die Venezuelas Abhängigkeit vom Öl in den letzten Jahren noch deutlich erhöht hat, ist eine solche Politik kaum zu erwarten. Und jede Oppositionspartei, die einen freiwilligen Verzicht auf eine maximale Ölrente propagiert oder z.B. konkret fordert, den hoch subventionierten Benzinpreis – von dem die ärmere Bevölkerung am wenigsten profitiert – zu erhöhen, würde politischen Selbstmord begehen. Der Mehrheit der Venezolaner wird der Reichtum des Landes darum auch weiterhin keinen langfristigen Wohlstand bescheren. Nicht nur fallende Erdölpreise sind hierbei die große Bedrohung, wie viele vermuten, denn Rentenökonomien gehen nicht nur an sinkenden Weltmarktpreisen zugrunde. Vielmehr können sie auch an deren Höhenflug “ersaufen”, wie uns Ökonomie und Geschichte lehren. So stand bereits Venezuelas Rezession Anfang der 1980er Jahre im Zeichen steigender Ölpreise.

Auch versickert das sprudelnde Erdöl nicht einfach im Lande – vielmehr laben sich andere an ihm, denn die chronische Schwäche der eigenen Wirtschaft erfordert wachsende Einfuhren. Vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts profitieren darum als erstes die USA, denn entgegen aller antiimperialistischen Rhetorik sind die Vereinigten Staaten nach zehn Jahren bolivari-scher Revolution auch weiterhin Venezuelas größter Erdölabnehmer und liefern dem Land gleichzeitig 30% aller Einfuhren. Dem folgen der enge US-Verbündete Kolumbien und schließlich Brasilien – Letzteres konnte seine Ausfuhren nach Venezuela zwischen 2003 und 2008 z.B. um über 750% steigern. Venezuelas Suche nach dem 21. Jahrhundert wird darum aller Voraussicht nach mit einer Erfahrung enden, die lange zuvor bereits das einstige koloniale Mutterland Spanien erlitt: Ressourcenreichtum allein garantiert keine Entwicklung; sie kann sie sogar verhindern...

### Literaturverzeichnis

- Baptista, Asdrúbal (2003): "Las crisis económicas del siglo XX venezolano". In: Márquet, Patricia/Piñango, Ramón (Hrsg.): *En esta Venezuela. Realidades y nuevos caminos*. Caracas, S. 47-68.
- Brouwer Steve (2007): "Changing Income Distribution in Venezuela: Sorting Out Data and Bias". In: <www.venezuelanalysis.com/analysis/2794> (10.12.2009).
- Burchardt, Hans-Jürgen (2006): *Tiempos de Cambio: Repensar América Latina*. San Salvador.
- (2008): "The Challenge of Evidence – neue Fragen an die Demokratieforschung". In: Graf, Patricia/Stehnken, Thomas (Hrsg.): *Weltregionen im Wandel*. Baden-Baden, S. 41-58.
- (2009): "Von der Wahl zur Qual? Demokratie und Herrschaft außerhalb der OECD". In: Ders. (Hrsg.): *Die Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltgesellschaft*. Frankfurt am Main, S. 137-162.
- Caballero, Manuel (2000): *La gestión de Hugo Chávez. 40 años de luces y sombras en la democracia venezolana*. Madrid.
- Cartaya Febres, Vanessa (2006): *Agenda para el Diálogo sobre la Pobreza en Venezuela*. Caracas.
- Carvalho, Moisés (1999): "Los nuevos programas sociales: notas para un balance". In: Alvarez, Lourdes/Del Rosario, Helia Isabel/Robles, Jesús (Hrsg.): *Política social: exclusión y equidad en Venezuela durante los años noventa*. Caracas, S. 141-163.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina) (2000): *Panorama Social de América Latina 2001*. Santiago de Chile.
- (2006): *Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe*. Santiago de Chile.
- (2009): *Panorama Social de América Latina 2009*. Santiago de Chile.
- Coronil, Fernando (2008). "It's the Oil, Stupid!!!". In: *ReVista: Harvard Review of Latin America* (Nov.), S. 19-20.
- D'Elia, Yolanda (Hrsg.) (2006): *Las misiones sociales en Venezuela: una aproximación a su comprensión y análisis*. Caracas.
- Delgado Blanco, Andy/Gómez Calcaño, Luis (2001): "Concepción de la ciudadanía social en las Constituciones venezolanas de 1947, 1961 y 1999". In: *Cuadernos del CENDES*, 46, S. 73-100.
- Díaz Polanco, Jorge (2006): "La seguridad social en Venezuela: ¿de seguro a seguridad?". In: Maingon, Thais: *Balance y perspectivas de la política social en Venezuela*. Caracas, S. 229-243.
- García Guadilla, María del Pilar (2007): "Social Movements in a Polarized Setting: Myths of Venezuelan Civil Society". In: Ellner, Steve/Tinker Salas, Miguel (Hrsg.): *Venezuela – Hugo Chávez and the Decline of an "Exceptional Democracy"*. Plymouth, S. 140-154.
- Gough, Ian/Wood, Georg (Hrsg.) (2004): *Insecurity and Welfare Regimes in Asia, Africa and Latin America*. Cambridge.
- Heritage Foundation (2009): *Economic Freedom Index 2009* (<www.heritage.org/index/Ranking.aspx>; 30.12.2009).

- Holm, Andrej (Hrsg.) (2007): *Revolution als Prozess – Selbstorganisation und Partizipation in Venezuela*. Hamburg.
- IMD (International Institute for Management Development) (2003): *IMD World competitiveness yearbook 2003*. Lausanne.
- Isidoro Losada, Ana María/Ernst, Tanja (2009): “Kommunalräte in Venezuela: Direkte Demokratie zwischen Partizipation und Kooptation”. In: *Jahrbuch Lateinamerika*, 33, S. 187-198.
- Lacruz, Tito (2006): “Balance Sociopolítico: una ciudadanía social inacabada”. In: Maingon, Thais: *Balance y perspectivas de la política social en Venezuela*. Caracas, S. 111-184.
- Lander, Edgardo (2007): “El Estado y las tensiones de la participación popular en Venezuela”. In: *Observatorio Social de América Latina*, 8, 22, S. 65-86.
- LGPDESN (Líneas Generales del Plan de Desarrollo Económico y Social de la Nación 2007-2013) (2007): <www.gees.org/documentos/Documen-02605.pdf> (31.12.2009).
- Lombardi, John V. (2003): “El permanente dilema de Venezuela: antecedentes de las transformaciones chavistas”. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *La política venezolana en la época de Chávez*. Caracas, S. 11-18.
- López, Sergio (2007): “Präsident Chávez ist ein Werkzeug Gottes”. In: *Kosmoprolet*, 1, S. 1-12 (<www.kosmoprolet.tk/>; 30.12.2009).
- López Maya, Margarita/Lander, Luis E. (2009): “El socialismo rentista de Venezuela ante la caída de los precios petroleros internacionales”. In: *Revista Cuadernos del CENDES*, 71, S. 67-87.
- Martorano, Juan (2009): “El Fortalecimiento de nuestras Misiones Socialistas (II)”. In: <www.aporrea.org> (29.12.2009).
- Méndez Cegarra, Absalón (2003): “El zigzagueante camino de la reforma securista en Venezuela”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 9, 3, S. 145-156.
- MPD (Ministerio de Planificación y Desarrollo) (2001): *Programa Económico 2001*. Caracas.
- MSDS (Ministerio de Salud y Desarrollo Social) (2002): *Plan Estratégico Social 2001-2007*. Caracas.
- O'Donnell, Guillermo (1998): “Poverty and Inequality in Latin America: Some Political Reflections”. In: Tokman, Víctor E./O'Donnell, Guillermo: *Poverty and Inequality in Latin America. Issues and New Challenges*. Notre Dame, S. 49-71.
- OPS/OMS (Organización Panamericana de la Salud y Ministerio de Salud) (2006): *Estrategia de cooperación de OPS/OMS con Venezuela 2006-2008*. Caracas.
- Parker, Dick (2003): “Representa Chávez una alternativa al neoliberalismo?”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 9, 3, S. 83-110.
- (2008): “Chávez y la búsqueda de una seguridad y soberanía alimentaria”. In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 14, S. 121-143.
- PROVEA (Programa Venezolano de Educación-Acción en Derechos Humanos) (2006): *Situación de los Derechos Humanos en Venezuela. Informe Anual 2005-2006*. Caracas.
- (2009): *Situación de los Derechos Humanos en Venezuela. Informe Anual 2008-2009*. Caracas.
- RBV (República Bolivariana de Venezuela) (2001): *Líneas Generales del Plan Nacional de Desarrollo Económico y Social de la Nación*. Caracas.



- Riutort, Matías (2001): "La causas de la pobreza en Venezuela". In: *Pobreza: Un Mal Posible de Superar*. Vol. 2. Caracas, S. 29-39.
- Roberts, Kenneth M. (2002): "Social Inequalities Without Class Cleavage en Latin America's Neoliberal Era". In: *Studies in Comparative International Development*, 36, 4, S. 3-33.
- Rodríguez, Enrique (2006): "Política social actual: una visión desde el gobierno". In: Maingon, Thais: *Balance y perspectivas de la política social en Venezuela*. Caracas, S. 269-290.
- Silva Michelena, Héctor (1999): "La política social en Venezuela durante los años ochenta y noventa". In: Álvarez, Lourdes/Del Rosario, Helia Isabel/Robles, Jesús (Hrsg.): *Política social: exclusión y equidad en Venezuela durante los años noventa*. Caracas, S. 85-114.
- Transparency International (2009): *Transparency International Corruption Perceptions*. (<www.transparency.org>; 20.12.09).
- Vera, Leonardo (2009): "Cambio estructural, desindustrialización y pérdidas de productividad: evidencia para Venezuela". In: *Revista Cuadernos del CENDES*, 71, S. 89-116.
- Vila Planes, Enrique (2003): "La Economía social en el proyecto bolivariano: ideas controversiales". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 9, 3, S. 111-143.
- Virtuoso, José S. L. (2006): "La política social desde los sectores populares de los barrios urbanos". In: Maingon, Thais: *Balance y perspectivas de la política social en Venezuela*. Caracas, S. 291-308.
- Weisbrot, Mark/Ray, Rebecca/Sandoval, Luis (2009): "The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators". In: *CEPR Reports and Issue Briefs* (April). Washington, D.C.
- Werz, Nikolaus (2009): "Venezuela: Das Ölland in der Wirtschaftskrise". In: *Nueva Sociedad*, S. 163-178.
- World Bank (2003): *Sustainable Development in a Dynamic World. World Development Report 2003*. New York.



Raúl Zelik

**Neue Entwicklungskonzepte oder  
alter Staatszentrismus?  
“Endogene Entwicklung” und der  
“Sozialismus des 21. Jahrhunderts”<sup>1</sup>**

Wenn von der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Chávez die Rede ist, bringen Kritiker/innen gewöhnlich sofort zwei Argumente ins Spiel: Erstens sei es kein Kunststück, mit hohen Öleinnahmen Sozialprogramme zu finanzieren, zweitens verschärfe die Staatszentriertheit der Wirtschaftspolitik die alten Strukturprobleme Venezuelas nur weiter. Eine sich selbst tragende nachhaltige Entwicklung sei in den vergangenen Jahrzehnten nämlich vor allem dadurch verhindert worden, dass das Land weitgehend am (ölfinanzierten) Subventionstropf hing und sich somit keine eigenständige produktive Basis entfalten konnte (Burchardt 2005a; 2005b).

Das erste Argument, das in der medialen Berichterstattung breiten Raum einnimmt, muss man in Anbetracht der realen politischen Entwicklungen ab 1998 schon als einigermaßen zynisch bezeichnen, denn faktisch war die Regierung Chávez in den ersten fünf Jahren hauptsächlich damit beschäftigt, Kämpfe um die Einnahmen des Ölsektors auszutragen. Dass der Erdölpreis 1999 nach einer Tiefpreisperiode wieder von etwa 10 auf knapp 20 US\$ pro Barrel stieg, war zumindest anfangs den außenpolitischen Anstrengungen der damals frisch amtierenden Chávez-Administration geschuldet. Venezuela sorgte mit seiner politischen Initiative dafür, dass sich die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) neu konstituierte und zur Förderquotendisziplin zurückkehrte. Diese energiepolitische Offensive bescherte der Regierung Chávez frühzeitig die Feindschaft der USA und verschiedener europäischer Regierungen.

Auch die Fähigkeit, mit den (zunächst bescheiden) steigenden Öleinnahmen Sozialprogramme zu finanzieren, musste von der Regierung in Caracas mühselig erkämpft werden. So setzten die Mobilisierungen der bürger-

---

1 Einige Abschnitte dieses Artikels stützen sich auf einen von mir im Juni 2008 in der Zeitschrift *WeltTrends* (Nr. 60) veröffentlichten Aufsatz.

lichen Opposition, die zwischen 2002 und 2004 zwei Umsturzversuche und ein Abwahlreferendum gegen Chávez organisierte (Wilpert 2003; 2007), nicht mit den politischen Reformen im Rahmen der Verfassungsgebenden Versammlung 1999 ein, sondern Ende 2001, als die Regierung – bis dahin ohne klares sozialpolitisches Profil – Umverteilungsmaßnahmen in Angriff nahm. Der Konflikt eskalierte schließlich, als die Chávez-Regierung eigenes Personal im staatlichen Erdölunternehmen PDVSA durchzusetzen und die Kontrolle über den Staatsbetrieb zurückzuerlangen versuchte. Mommer hat in seinem lesenswerten Aufsatz „Subversive Oil“ (2003) gezeigt, dass das PDVSA-Management bis dahin darum bemüht gewesen war, das Unternehmen systematisch der politischen Kontrolle zu entziehen und Gewinne – unter anderem durch Geschäfte mit ausländischen Tochterunternehmen – vor dem Staat zu verbergen. *De facto*, so Mommer, habe das Management dabei auf eine Re-Privatisierung von PDVSA hingearbeitet. Dass der Ölkonzern heute hingegen wieder einen Großteil der Gewinne an den Staat abliefert und somit fiskalpolitischer Spielraum für Sozialprogramme entstanden ist, lässt sich also nicht einfach mit dem rasanten Anstieg des Ölpreises ab 2002 erklären. Ohne die Bereitschaft der Regierung, sich oligarchischen Interessen zu widersetzen und politisch über die Ölreserven zu verfügen, wären die Sozialprogramme der letzten Jahre nicht finanzierbar gewesen.

Inhaltlich interessanter ist daher das zweite Argument, das die aktuelle Sozialpolitik der Chávez-Regierung als Wiederkehr des spezifisch venezolanischen „populist system of conciliation“ (Rey 1991) bezeichnet. Tatsächlich waren Nahrungsmittelsubventionen, öffentlich finanzierte Wohnungsbau-, Gesundheits- und Bildungsprogramme auch in der Vergangenheit – besonders aber während der *Bonanza Petrolera* unter Präsident Carlos Andrés Pérez 1974-1979 – fester Bestandteil der Regierungspolitik. Dabei führte das System hoher Staatsausgaben zwar zu einer Verringerung der absoluten Armut (Buxton 2003), diente den Eliten jedoch gleichzeitig als Mechanismus zur privaten Bereicherung. Der ehemalige Vize-Planungsminister Roland Denis hat dies in einem Interview (Zelik 2003) als spezifisch venezolanisches Akkumulationsmodell bezeichnet. Da Venezuela vollständig von der staatlich verwalteten Erdölrente abhängt, finde die privatkapitalistische Akkumulation im Staat statt. Der populistische ‘Pakt’ war sozusagen die politische Form zur Aneignung öffentlichen Reichtums. Staatliche Infrastruktur- und Bauprojekte wurden weit über den realen Kosten abgerechnet, die bewilligten Gelder verschwanden in Privatkassen. Allein der sozialdemokratische Präsident und spätere Vizepräsident der Sozialistischen Interna-

tionalen Carlos Andrés Pérez soll auf diese Weise ein Milliardenvermögen beiseitegeschafft haben. Der *Puntofijismo* generierte also eine von Korruption und Klientelismus gezeichnete Staatlichkeit, durch die die Legitimität der „Musterdemokratie Venezuela“ – wie es fälschlicherweise lange hieß – untergründig erodierte (Lander 2005).<sup>2</sup>

Kritiker verweisen nun darauf, dass die chavistische Sozial- und Entwicklungspolitik dem Klientelpopulismus von Carlos Andrés Pérez in vieler Hinsicht ähnlicher ist als es dem Regierungslager Recht sein kann (Burchardt 2005b). Die allgemeine Subventionierung der Wirtschaft blähe den Staat auf und verstärke vorhandene Korruptions- und Klientelstrukturen. Zudem habe die Regierung bislang wenig unternommen, um die Ölabhängigkeit zu überwinden. Genau diese Abhängigkeit ist jedoch die Crux des südamerikanischen Landes. Sie sorgt dafür, dass Venezuela letztlich immer mit zwei gleichermaßen problematischen Zuständen konfrontiert ist. In Phasen hoher Öleinnahmen leidet das Land unter der „holländischen Krankheit“, also unter einer chronischen Überwertung der einheimischen Währung. Die Dollarzuflüsse lassen den Wert des Bolívar steigen, was die im Inland hergestellten Produkte relativ verteuert. Dadurch wird es billiger, Waren zu importieren, als sie in Venezuela selbst herzustellen. Produktive Sektoren können sich vor diesem Hintergrund kaum entwickeln.<sup>3</sup> Gehen die Öleinnahmen hingegen zurück, leidet das Land schlagartig unter Zahlungsengpässen und droht wie in den 1980er Jahren in eine Geldentwertungs- und Verschuldungsspirale zu geraten.

Dieser Zusammenhang von Ressourcenreichtum, Aufblähung des Staatsapparates und Entwicklungsblockaden ist der Regierung Chávez allerdings durchaus bekannt. Bereits 1999, als vom „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

2 Solange Reste des Ölreichtums auch in den unteren Segmenten der Gesellschaft ankamen, war dieses System einigermaßen stabil. Erst als 1983 im Rahmen der Internationalen Schuldenkrise ein Geldentwertungskreislauf einsetzte, zerbrach dieser 'Pakt'. Die Eliten wälzten die Krise nach unten ab, was zum Ausbruch des *Caracazo*, der Armutsrevolte vom Februar 1989, führte. Es kam zu einer tiefen Krise der Repräsentation, die schließlich in den 1990er Jahren den kometenhaften Aufstieg von Chávez möglich machte.

3 In der Landwirtschaft treibt diese Deformation – Unterentwicklung durch Reichtum – besonders absurde Blüten: Das südamerikanische Land, etwa dreimal so groß wie Deutschland, importiert etwa 60% seiner Lebensmittel. Die verbliebene Landwirtschaft ist von extensiver Viehzucht geprägt, was auch politische Folgen hat: Für die Eigentümer der Rinderfarmen ist Grundbesitz in erster Linie eine Form spekulativer Bodeninvestition. Die Zerstörung einheimischer Produktion – infolge der hohen Öleinnahmen – geht also mit einer Stärkung der politisch reaktionären Landoligarchie einher.

noch keine Rede war, sprach der Präsident von der Notwendigkeit nachhaltiger Entwicklungsstrategien. Im Mittelpunkt sollte dabei zunächst die Landwirtschaft stehen. Besonderes Interesse galt den *Llanos*, dem dünn besiedelten südvenezolanischen Tiefland, das Chávez (Harnecker 2003; Gott 2001) in eine Kornkammer verwandelt sehen wollte.

In einem umfassenderen Sinn debattiert wurde eine alternative Entwicklungspolitik allerdings erst ab 2004 – was vor allem zwei Gründe haben dürfte: Zum einen überwand der venezolanische Staat in diesem Zeitraum die schwere Fiskalkrise, die ihn während der innenpolitischen Auseinandersetzungen 2002/2003 an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hatte.<sup>4</sup> Dank einer geglückten Konsolidierung bei PDVSA und des steigenden Ölpreises verfügte der Staat ab 2003/2004 über deutlich mehr Mittel. Zum anderen radikalisierte sich der politische Prozess. Die Mobilisierungen gegen die oppositionellen Umsturzversuche im April und Dezember 2002 machten deutlich, dass nicht die Parteien des Regierungslagers oder staatliche Institutionen, sondern dezentrale und nicht fest organisierte Basisnetzwerke<sup>5</sup> die wichtigste Stütze der Regierung darstellten. Diese jedoch forderten die Durchsetzung eines anderen gesellschaftlichen Modells.

### 1. *Misiones*: Sozialpolitik und innenpolitischer Konflikt

Bis Ende 2001 hatte sich die Regierung Chávez auf die Verabschiedung der neuen Verfassung (zum verfassunggebenden Prozess vgl. Twickel 2006: 135-154; Wilpert 2007), die gleichzeitig autoritäre wie demokratisierende Momente beinhaltet – zum einen wurde die Präsidialmacht gestärkt, zum anderen werden aber auch demokratische Partizipationsmöglichkeiten deutlich erweitert und eine politische Inklusion marginalisierter Gruppen durchgesetzt – sowie auf eine größere außenpolitische Unabhängigkeit gegenüber den USA konzentriert. Mit dem Putsch im April 2002, der maßgeblich von Privatmedien, dem PDVSA-Management und Teilen der Armee getragen wurde, auf Rückendeckung aus den USA zählte und mit Massendemonstra-

4 2003 mussten Regierungsangestellte teilweise ein halbes Jahr auf ihren Lohn warten.

5 Diese Basisstrukturen als „spontan“ zu bezeichnen, geht an der Sache vorbei, denn die Armenviertel von Caracas besitzen durchaus eigene, lange gewachsene Organisationsformen. Um bekannte, unfruchtbare Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Spontaneität, Organisation und Institutionen zu vermeiden, würde ich daher vorschlagen (Zelik 2006), den venezolanischen Prozess mit dem von Deleuze/Guattari entwickelten Konzept des Rhizoms zu diskutieren – also von sich selbst organisierenden, *mannigfaltigen* und sich nicht konzentrisch, nicht zwangsläufig hierarchisch verknüpfenden Verbindungen auszugehen.

tionen der venezolanischen Mittelschichten einherging (Lemoine 2003a; 2003b; 2003c; Wilpert 2007; Zelik/Bitter/Weber 2004; zur Rolle der USA: Gollinger 2006), wurde schließlich deutlich, dass sich der innenpolitische Konflikt in Venezuela entlang sozialer Bruchlinien entwickelte. Nachdem die Regierung während des Unternehmerstreiks im Dezember 2002 erneut maßgeblich 'von unten', soll heißen: von den Bewohnern der Armenviertel, verteidigt worden war, begann die Regierung Chávez, ihre Politik entschlossener an den Interessen subalternen Gruppen auszurichten. Für Chávez' Anhängerschaft in den Armenvierteln bestand das Hauptmanko der Regierungspolitik zu diesem Zeitpunkt nämlich – ganz anders als es die Kritik der bürgerlichen Opposition und den meisten ausländischen Medien vermuten ließ – nicht darin, dass die Regierung zu radikal gewesen wäre, sondern im Gegenteil, dass sie an den Verteilungsverhältnissen bis dahin kaum gerüttelt hatte.<sup>6</sup>

Dass die Chávez-Regierung ab 2003 alternative Sozial- und Entwicklungsprojekte in Angriff nahm, entsprach also durchaus den Vorstellungen jener unsichtbaren Mehrheit, die in der "venezolanischen Musterdemokratie" des *Puntofijismo* keine Rolle gespielt hatte (Lander 2005; Denis 2005). Der häufig zu hörende Einwand, dass die zu diesem Zeitpunkt einsetzende Sozialpolitik keiner kohärenten Strategie folgte (Eisenbürger/Küppers 2005), ist dabei zweifellos richtig. Man muss andererseits aber auch sehen, dass die neue Sozialpolitik eben nicht so sehr das Ergebnis eines Regierungsvorhabens als vielmehr Resultat einer spezifischen Konfliktodynamik war.

Die Geschichte der mittlerweile viel beachteten *Misiones*, der staatlichen Sozialprogramme, zeigt diesen improvisierten Charakter der neuen Politik recht deutlich. Zu den ersten Programmen gehörten die Missionen "Barrio" "Adentro", "Ribas", "Robinson" und "Mercal" (vgl. den Überblick bei Wilpert 2007), mit denen eine Befriedigung von Grundbedürfnissen (medizinische Versorgung, Alphabetisierung, Zugang zum Bildungswesen, Versorgung mit Produkten des täglichen Bedarfs) sichergestellt werden sollte. Die soziale Basis, die Chávez 1998 ins Amt gebracht und 2002 gegen die rechte Opposition verteidigt hatte, profitierte dadurch erstmals direkt von der Regierungspolitik. Dies negativ als Klientelpolitik zu beschreiben, geht an der

---

6 Insofern ist es richtig, von drei Akteuren zu sprechen. Während die Opposition eine Umverteilung von Einkommen und Besitz zu verhindern suchte, forderte die soziale Basis des Chavismus genau diese Transformation. In vielen Konflikten, beispielsweise bei den Landkonflikten in Süd- und West-Venezuela, stand die Regierung lange zwischen diesen Positionen.

Realität vorbei und verkennt die realen Erfolge der Programme. Durch das "Barrio-Adentro-Programm", in dessen Zusammenhang 10.000 kubanische Ärzte ins Land kamen, erhielten Millionen von *Barrio*-Bewohnern erstmals eine medizinische Grundversorgung vor Ort. Die Missionen "Ribas" und "Sucre" ermöglichten es Hunderttausenden, eine (Fach-)Hochschule zu besuchen. Und schließlich war zwar die Analphabetenrate in Venezuela schon vor der großen Alphabetisierungskampagne "Robinson" vergleichsweise niedrig. Doch auch diese Mission erreichte Hunderttausende und implizierte eine Anerkennung gerade der am meisten marginalisierten Bevölkerungsgruppen, also der alten, aus ländlichen Regionen stammenden, meist farbigen und weiblichen *Barrio*-Bewohner. Eine Politik, die sich auf solche Weise ausgegrenzten und entrechteten Bevölkerungsgruppen zuwendet, kann nicht einfach als wahltaktisch denunziert werden.

Ein zweiter, nicht minder interessanter Aspekt der Missionen bestand in der gesellschaftlichen Mobilisierung, mit der diese einhergingen. Bis Ende 2003 hatte sich die Chávez-Regierung in der eigentümlichen Situation befunden, dass sie zwar die Regierung stellte, nicht aber den Staatsapparat kontrollierte – eine Situation, die Rossana Rossanda (1974) am Beispiel Chiles unter Salvador Allende aufschlussreich diskutiert hat. Diese Krisensituation führte im venezolanischen Fall allerdings zu bemerkenswerten Provisorien: 2003 sah sich die Regierung Chávez gezwungen, am eigenen Verwaltungsapparat vorbei zu regieren – oder wie es auch heißt: einen *Bypass* zu legen (eigenes Interview mit dem Vizepräsidenten José Vicente Rangel, 20.09.2005). In diesem Sinne entwickelten sich die Missionen im Konflikt mit der Opposition als improvisierte Regierungsmaßnahmen. An den staatlich verwalteten "Mercal"-Läden lässt sich das – auch in seiner Widersprüchlichkeit – gut zeigen.

Der Gründung der Läden ging die Krise Ende 2002 voraus. Der im Wesentlichen von Unternehmern und Mittelschicht getragene politische "Streik"<sup>7</sup> gegen die Chávez-Regierung führte damals zu einem Zusammenbruch der Grundgüterversorgung, die vom Großhandel einfach eingestellt wurde. Vor allem in Caracas bildete sich vor diesem Hintergrund eine Art Notversorgung heraus: Die Regierung kaufte Lebensmittel, Kochgas und Benzin im Ausland ein, die Armee transportierte die Güter in die Armenviertel, und die Verteilung wurde von lokalen Stadtteilorganisationen übernom-

---

7 Nur im – allerdings zentralen – Erdölsektor wurde der sechswöchige "Generalstreik" von einer Mehrheit der Beschäftigten getragen. In den anderen Branchen waren es die Unternehmer, die Geschäfte schlossen und Werksanlagen stilllegten.



men (eigenes Interview mit Stadtteilorganisationen von La Vega und dem Sozialwissenschaftler Andrés Antillano, Mai 2003). Den kulturell-politischen Basisnetzwerken<sup>8</sup> wurde dabei eine offizielle Anerkennung zuteil, die ihnen bis dahin verwehrt geblieben war. Mit der Gründung der “Mercal”-Läden sollte diese Erfahrung nun institutionalisiert werden. Die Läden sollten eine von Großunternehmen unabhängige Versorgung sicherstellen und gleichzeitig eine Steuerung von Konsum und Nachfrage ermöglichen, indem gezielt genossenschaftlich produzierte Güter oder Produkte aus dem latein-amerikanischen Ausland vertrieben werden sollten (Wagner 2005; Twickel 2006: 272f.).

In der Praxis wurde diese strategische Ausrichtung in der Folgezeit jedoch kaum umgesetzt: Zwar fanden Aktivisten aus Basisgruppen Anstellung in den staatlichen Läden, doch die Verschränkung mit bestehenden Organisationen verhinderte nicht, dass sich erneut korrupte und ineffiziente Strukturen herausbildeten. So berichteten bei “Mercal” angestellte Stadtteilaktivisten in Caracas von massiver Veruntreuung im Unternehmen (eigene Interviews mit “Mercal”-Mitarbeitern: 10.09.2005). Auch das staatliche Programm *Producción y Distribución Venezolana de Alimentos* (PDVAL), das 2008 als Weiterentwicklung von MERCAL geschaffen wurde, ist von schwerer Korruption geprägt. Das vom Ölkonzern PDVSA finanzierte System zur Lebensmittelversorgung wurde 2010 von einem Skandal erschüttert. Die PDVAL-Leitung hatte 1.300 Container mit Nahrungsmitteln in einem Lager im Bundesstaat Carabobo gehortet. Weitere 800 Container mit verfallenen Lebensmitteln wurden im Nachbarstaat Cojedes entdeckt. Es scheint, dass der Ex-Direktor des Programms, Luis Pulido, mit den Nahrungsmitteln spekuliert hatte – was schließlich zu seiner Verhaftung führte (*El Universal*, 01.06.2010; *Venezuelanalysis Online*, 02.06.2010). Vorstellbar ist aber auch, dass es sich einfach um Gleichgültigkeit handelte, wie sie für die venezolanischen Staatsbürokratien der IV. wie V. Republik alles andere als untypisch ist.

---

8 Das Bemerkenswerte an diesen Netzwerken ist, dass sich kulturelle, religiöse, soziale und politische Momente bei ihnen kaum voneinander trennen lassen. Viele *Barrio*-Organisationen haben sich jahrelang dadurch charakterisiert, dass sie kulturell-religiöse Feiern in den Armenvierteln organisierten. Die Feiern der afro-venezolanischen *Comunidades* sind jedoch oft selbst Ausdruck politischer Widerständigkeit. Die Besetzung katholischer Prozessionen durch afrikanische Kulte wird von vielen Stadtteilaktivisten als Ausdruck eines subalternen schwarzen und indigenen Widerstands verstanden. 2002 waren es vielerorts solche Gruppen, über die die Mobilisierung der *Barrios* gegen die Putschversuche lief (Zelik/Bitter/Weber 2004; Zelik 2006).

Aus diesen Korruptionsfällen lässt sich allerdings nicht ableiten, dass die Nahrungsmittelprogramme völlig misslungen sind. Die Versorgung der *Barrio*-Bewohner und besonders der (im Rahmen von Gesundheitsprogrammen betriebenen) Armenküchen beruht wesentlich auf den staatlichen Ernährungsprogrammen.

Zu einer interessanten Verschränkung staatlicher Sozialpolitik und Selbstorganisation kam es, zumindest anfangs, auch bei den Bildungs- und Gesundheitsmissionen „Robinson“, „Ribas“ und „Barrio Adentro“. Die Sozialprogramme wurden initiiert, weil Venezuelas Akademiker in der Regel nicht bereit waren, in den als gefährlich geltenden Armenvierteln zu arbeiten (Wilpert 2007). Vor diesem Hintergrund griff man bei den Bildungsprogrammen „Robinson“ und „Ribas“ auf provisorische Lösungen zurück. Die Stadtteilorganisationen stellten Klassenräume und Übungsleiter (*facilitadores*), der Staat lieferte Bücher, Fernseher und didaktisch aufbereitete Unterrichtsvideos, die von kubanischen Pädagogen erstellt worden waren. Es war augenscheinlich, dass sich das Fehlen ausgebildeter Lehrer auf die Nachhaltigkeit der Programme negativ auswirkte (Zelik 2005). Andererseits lösten die beiden *Misiones* eine regelrechte Bildungsbegeisterung in der armen Bevölkerung aus – wahrlich kein geringer Erfolg. In einer bis dahin räumlich, politisch und sozial marginalisierten Bevölkerungsgruppe setzte sich die Überzeugung durch, dass Ausgrenzung nicht naturgegeben ist. Auch wenn zahlreiche Teilnehmer der Mission „Ribas“ ihre Ausbildung vor dem Erreichen der Hochschulreife abbrachen – in den *Barrios* von Caracas wurde die mangelhafte Disziplin von Betreuern und Schülern häufig kritisiert –, ist die Zahl derjenigen, denen sich durch die Programme neue Perspektiven eröffneten, nicht zu unterschätzen.

Ganz ähnlich liegt der Fall bei der Gesundheitsmission „Barrio Adentro“. Der umstrittene Rückgriff auf kubanische Ärzte hatte damit zu tun, dass venezolanisches Fachpersonal – das mehrheitlich aus der Mittelschicht stammt – selten bereit war, in Armenvierteln und abgelegenen Dörfern zu arbeiten. In Anbetracht dieses Fachkräftemangels schloss die Regierung Chávez das mittlerweile allgemein anerkannte Abkommen mit der kubanischen Regierung, in dessen Rahmen Öl gegen medizinisches und technisches Know-how getauscht wird. Zwar kritisierte die venezolanische Ärzteschaft die Einreise der 10.000 kubanischen Mediziner nicht ganz zu Unrecht als Lohndumping,<sup>9</sup> doch auch dieses Programm war zunächst von einer bemer-

---

9 Problematisch ist zudem auch, dass die Bewegungs- und Kommunikationsfreiheit der Kubaner/innen eingeschränkt ist.

kenswerten Bürgerpartizipation geprägt. In der Anlaufphase der *Misión* wurden von den Nachbarschaften nämlich verlangt, Gesundheitskomitees zu gründen, die die kubanischen Ärzte bei der täglichen Arbeit unterstützten. Auf diese Weise engagierten sich allein in Caracas Tausende Personen im Rahmen von "Barrio Adentro".

Der vielfach kritisierte *Bypass*, also die Improvisation einer alternativen Staatlichkeit, bei der sich Regierungsinstanzen direkt mit Stadtteilgruppen kurzschlossen, brachte dabei hochinteressante Aspekte hervor. Klassisch-assistenzialistische Strukturen wurden aufgebrochen, weil die Bevölkerung nicht einfach versorgt wurde, sondern sich aktiv an den Kampagnen beteiligen musste. Die politische Mobilisierung wirkte dabei in eine doppelte Richtung: Sie ermöglichte den Betroffenen eine Partizipation am Veränderungsprozess, garantierte der Regierung aber auch eine politische Massenbasis.

Seit 2005 hat diese Verschränkung von Basismobilisierung und Regierungsprogrammen allerdings stark an Bedeutung verloren. Dafür verantwortlich dürften zwei Faktoren gewesen sein. Zum einen ist ein beträchtlicher Teil des Regierungslagers ganz konkret daran interessiert, sich als Staatsbürokratie festzusetzen. Das, was häufig als Korruption kritisiert wird, lässt sich nämlich auch einfach als Professionalisierungs- und Spezialisierungsstrategie eines (neuen oder alten) Staatspersonals beschreiben. Da ein Posten im Staatsapparat gleichbedeutend mit ökonomischer Sicherheit ist und informelle Bereicherungsstrategien ermöglicht, muss die Bürokratie darauf bedacht sein, nicht durch Basisprozesse überflüssig gemacht zu werden.

Zum anderen dürfte aber auch der Einfluss staatssozialistischer Ideologien bei der Entwicklung eine wichtige Rolle spielen. Chávez' strategische Allianz mit Kuba impliziert eine Orientierung an solchen (spätleninistischen und staatszentrierten) Modellen, in denen sozialistische Umgestaltung in erster Linie über einen Regierungs- und Verwaltungsapparat erfolgt.

Beide Momente – das Interesse, Tätigkeiten im Rahmen der Sozialprogramme als feste Posten zu institutionalisieren, und die politische Überzeugung, dass Gesellschaftsalternativen über den Staatsapparat aufgebaut werden müssen – dürften dazu beigetragen haben, dass die Sozialprogramme ihren offenen und mobilisierenden Charakter teilweise wieder verloren haben. Dabei steht zu befürchten, dass die im Zusammenhang institutionalisierter Sozialpolitik neuen 'bolivarianischen' Verwaltungsapparate ebenso undurchsichtig, bürokratisch und ineffizient sein werden wie die berüchtigten Strukturen des *Puntofijismo*.

## 2. “Endogene Entwicklung” und “Sozialismus des 21. Jahrhunderts”

Mit den Begriffen “endogene Entwicklung” und “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” brachte Präsident Chávez dann 2004 bzw. 2005 auch Eckpunkte eines alternativen Wirtschafts- und Entwicklungsprojekts ins Gespräch. Obwohl vor allem der “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” mittlerweile in aller Munde ist, sind beide Konzepte bis heute nur in Umrissen skizziert.

Unter “endogener Entwicklung” versteht man in Venezuela eine Politik dezentraler und nachhaltiger Entwicklung, die lokale Fähigkeiten und Strukturen als Potenzial zu nutzen versucht (Gobierno de Venezuela 2004). Im Unterschied zu den fordistischen Strategien der Importsubstituierung, die in Lateinamerika in den 1950er und 1960er Jahren vorherrschend waren, soll eine kleinteiligere Entwicklung betrieben werden, die lokale Selbstversorgungskreisläufe in ländlichen Regionen, aber auch im informellen Sektor integriert und fördert. Außerdem wird Entwicklung nicht nur als wirtschaftliches und politisches, sondern auch als ökologisches und soziokulturelles Vorhaben begriffen.

Wir wollen die Wirtschaftsdemokratie erweitern und vertiefen, eine Arbeits- und Produktionskultur stärken; unsere Abhängigkeit von den Öleinnahmen schrittweise verringern. Wir wollen die Ökonomie jenseits des Öls diversifizieren und lokale Produktion ankurbeln, indem wir die Selbstverwaltung und unterschiedliche Eigentumsformen stärken sowie alternative Produktions- und städtisch-ländliche Konsumbeziehungen fördern (Gobierno de Venezuela 2004).

Das Konzept des “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” zielt in eine ähnliche Richtung. Der deutsch-mexikanische Soziologe Heinz Dieterich (2006), von dem der Begriff ursprünglich stammt, hat damit ein Modell bezeichnet, in dem ein nicht kapitalistischer Äquivalententausch, demokratische Strukturen und ein lateinamerikanisches Integrationsprojekt kombiniert werden. Die venezolanischen Regierungsveröffentlichungen orientieren sich aber nur teilweise an Dieterichs (nicht wirklich neuem) Modell und sprechen allgemein von folgenden Merkmalen eines alternativen Sozialismus: a) Errichtung einer sozialen, aber nicht vollständig verstaatlichten Ökonomie, in der die Grundversorgung öffentlich gewährleistet und solidarische, genossenschaftliche und kollektive Eigentums- und Produktionsformen gefördert werden; b) Aufrechterhaltung und Vertiefung der Demokratie durch Plebiszite, Referenden, Partizipationshaushalte etc.; c) eine inhaltliche Anpassung des Begriffs “Sozialismus” an die lateinamerikanische Wirklichkeit, indem indigene Kollektivtraditionen, christliche Prinzipien und Gerechtigkeitskonzepte der Unabhängigkeitskriege aufgegriffen werden und d) die Verfolgung

eines kontinentalen Integrationsprojekts, wie es von Chávez unter dem Namen ALBA (*Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*) propagiert wird.<sup>10</sup>

Gegen die Konzepte lässt sich auf einer allgemeinen Ebene nicht allzu viel einwenden. Endogene Entwicklungskonzepte werden auch von der UNO propagiert, nachdem die nachholende fordistische Entwicklung – wie sie bis in die 1970er Jahre in weiten Teilen der sogenannten “Dritten Welt” verfolgt wurde – schwere ökologische Zerstörungen nach sich zog und in den meisten Staaten auch ökonomisch scheiterte. Dazu kommt, dass sich die nachholende fordistische Modernisierung als ungeeignet für eine emanzipatorische Transformation von Gesellschaften erwiesen hat.<sup>11</sup>

Dass Sozialismus im 21. Jahrhundert eine Stärkung solidarischer (nicht-staatlicher) Eigentumsformen, die Förderung partizipativer Demokratie und die Berücksichtigung lokaler/regionaler Traditionen beinhalten sollte, erscheint nach den Erfahrungen mit den staats- und eurozentrierten autoritären Ideologien des 20. Jahrhunderts ebenfalls reichlich plausibel.

Wie kaum überraschen dürfte, besteht das grundlegende Problem jedoch darin, dass zwischen den allgemeinen Zielen und der konkreten Umsetzung eine gewaltige Lücke klafft. Dabei kann der Einwand kaum lauten, dass die Chávez-Regierung keine Lösungsmodelle für eine alternative soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung parat hat. Klimawandel, das unge löste globale Armutsproblem, Finanz- und Überproduktionskrise zeigen heute deutlich, dass auch die bürgerlichen Gesellschaften und die “freie” Marktwirtschaft keine Lösungen auf die großen Menschheitsfragen zu bieten haben. Kritisch einzuwenden ist also nicht, dass die Alternativkonzepte in Venezuela bislang nicht stimmig sind, sondern vielmehr, dass die Regierung wenig dafür tut, die Komplexität des Transformationsprojekts sichtbar zu machen und zu diskutieren.

---

10 Wilpert (2006), der die Darstellungen Chávez’ seit Langem aufmerksam verfolgt, nennt als Eckpunkte der “eher vagen” Sozialismus-Definition a) Veränderungen der Besitzverhältnisse an materiellen und intellektuellen Produktionsmitteln, b) eine Abkehr von reinen Marktbeziehungen und c) eine staatliche Politik, die nicht in erster Linie Privatinteressen verpflichtet ist.

11 In der Sowjetunion war die nachholende Industrialisierung unter Stalin zwar ökonomisch erfolgreich, ging jedoch mit massenhafter Zwangsarbeit und einer brutalen Autoritarisierung der Gesellschaft einher. Bemerkenswerterweise verlief die nachholende Entwicklung in den erfolgreichen Tiger-Ökonomien Südostasiens durchaus ähnlich. In Südkorea beispielsweise gelang der wirtschaftliche Anschluss zwischen 1960 und 1990 während einer sogenannten Entwicklungsdiktatur, die ebenfalls Formen von Zwangsarbeit einsetzte.

Edgardo Lander (2006), regierungsnaher und doch kritischer Intellektueller in Venezuela, hat mehrfach auf diesen Aspekt hingewiesen: Die Regierung Chávez propagiere den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, ohne zu untersuchen, warum sich der real existierende Sozialismus zu einem autoritären, ökonomisch völlig ineffizienten System entwickelte. Tatsächlich liefert der Regierungsdiskurs in dieser Hinsicht wenig Reflexionen. Die Beibehaltung einer gemischten Wirtschaft, die Bewahrung unterschiedlicher Eigentumsformen, demokratische Garantien und die Entwicklung spezifisch nationaler oder regionaler Projekte ist alles andere als ein Novum in der sozialistischen Debatte. In Jugoslawien versuchte man sich ab den 1960er Jahren an Arbeiterselbstverwaltung und Genossenschaftssozialismus. In Peru übergab die Regierung des linken Militärs Juan Velasco Alvarado zwischen 1968 und 1975 Schlüsselbranchen an die Belegschaften, berief sich auf indigene Traditionen und stärkte Dorfversammlungen, also genau jenes *Poder Popular*, von dem auch in Venezuela heute wieder die Rede ist. Demokratische Partizipation, lateinamerikanische Identität, Meinungsfreiheit und gemischte Wirtschaft waren auch Eckpunkte des sandinistischen Programms in Nicaragua. All diesen Ansätzen ist gemein, dass sie – ebenso wie der Staatssozialismus sowjetischer Prägung – letztlich scheiterten. Das bedeutet nicht unbedingt, dass eine derartige Politik prinzipiell falsch gewesen sein muss. Zu beantworten wäre jedoch, warum sich auch diese Ansätze nicht auf die gewünschte Weise entwickelten.

Genau diese (entscheidende) Debatte wird von der Regierung in Venezuela vermieden. Und nicht nur das: In offensichtlichem Widerspruch zum eigenen Diskurs verteidigt die Regierung Chávez Kuba immer wieder als gesellschaftliches Modell. Dabei kann auch ein wohlgesinnter Beobachter, der die kubanischen Leistungen bei der Grundversorgung der Bevölkerung anerkennt, nicht übersehen, dass der Konsumsektor und die meisten Produktionsbereiche auf Kuba leidlich oder gar nicht funktionieren und das politische System durch und durch autoritär organisiert ist.

Die chavistische Haltung zu Kuba ist dabei durchaus charakteristisch für das venezolanische Regierungsprojekt. Plausible Grundprinzipien werden oft von der politischen Alltagspraxis konterkariert. Man spricht von einer alternativen, umweltverträglichen Entwicklung, vergibt im Zweifelsfall aber doch Schürflizen in indigenen Gebieten an transnationale Unternehmen (*Radio Nacional de Venezuela*, 24.04.2009). Man formuliert eine inhaltlich richtige Staatskritik, baut aber Institutionen auf, die den alten ausgesprochen ähnlich sind. Intransparent, ineffizient und demokratisch unkontrollierbar

dienen sie den neuen Funktionären zur persönlichen Bereicherung.<sup>12</sup> Dabei ist nicht überraschend, dass die neuen Institutionen den alten ähneln. Der Klientelcharakter des venezolanischen Staates hat ja nicht in erster Linie damit zu tun, dass er mit schlechtem, korruptem Personal besetzt wäre. Sein Problem war und ist struktureller Natur: Die Tatsache, dass innerhalb des Staates die Erdölrente verteilt wird, formt diesen klientelistisch. Strategien zur privaten Bereicherung im Staat ließen sich nur unterbinden, wenn es zu einer radikalen Demokratisierung käme, also wenn die aktive Bürgerbeteiligung eine Transparenz des Apparates erzwänge. Von einer solchen *Contraloría Social* ist in Venezuela zwar die Rede – sie gehört zu den Stützpfeilern der Verwaltungsreform, doch in der Praxis erweist sich der Staatsapparat als kontrollresistent. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der politische Apparat von Führungsstrukturen und informellen Machtnetzwerken beherrscht wird, zu deren Entstehen der personalistische Stil des Präsidenten beiträgt. Chávez spielt also eine widersprüchliche Rolle: Einerseits kommt ihm das Verdienst zu, eine Partizipationsbewegung ausgelöst zu haben, andererseits steht er als überhöhte Führerfigur einer radikalen Demokratisierung im Wege, die wiederum das einzig wirksame Mittel gegen den Klientelismus zu sein scheint.

### 3. “Entwicklungskerne”, Genossenschaften, Arbeiterselbstverwaltung

Doch auch wenn die konkreten Transformationen von Ökonomie und Gesellschaft weit hinter der Regierungsrhetorik zurückbleiben, lohnt es sich, einige Pilotprojekte und -programme genauer zu betrachten: 2004/2005 begann die Regierung mit der Einrichtung von entwicklungspolitischen Musteranlagen, den sogenannten *Núcleos de Desarrollo Endógeno*. Die wohl bekannteste dieser Anlagen befindet sich im Armenviertel “Catia” im Westen der Hauptstadt Caracas. Auf einem stillgelegten Gelände des Staatskonzerns PDVSA versucht man dort im *Núcleo de Desarrollo Endógeno Fabricio Ojeda*, die Verbindung von Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspoli-

---

12 Über das Ausmaß der Korruption gibt es wenig gesicherte Daten. Man muss auch anmerken, dass die Klage über Korruption zu den Lieblingsbeschäftigungen der Venezolaner zählt. Unzweifelhaft ist jedoch, dass die gesetzlich vorgesehene Bürgerkontrolle (*Contraloría Social*) bislang kaum Wirkung zeigt. Der Nichtregierungsorganisation *Transparency International* (2006) zufolge, die ihre Berichte im Wesentlichen auf der Grundlage von Befragungen erstellt, hat Venezuela ein großes Korruptionsproblem. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass nach denselben Zahlen (*Transparency International* 2006: 17) die politische Korruption in den USA als noch gravierender erachtet wird als in dem südamerikanischen Land.

tik sichtbar zu machen: Versorgungseinrichtungen und Produktionsanlagen liegen direkt nebeneinander. Neben einer Klinik, Sportplätzen und einigen Nachbarschaftseinrichtungen gibt es eine Schuhfabrik, eine Schneiderei sowie genossenschaftlich betriebene Gemüsegärten. Die Gesundheitseinrichtungen, darunter auch eine Apotheke, die Medikamente zu Niedrigpreisen zur Verfügung stellt, werden vom Staat unterhalten und sind kostenlos. Auch die Investitionen in den Fertigungsanlagen wurden mit staatlichen Mitteln finanziert. Die Anlage macht deutlich, dass es der venezolanischen Regierung nicht in erster Linie um eine Steigerung weltmarktorientierter Produktion geht. Unter Entwicklung versteht sie vielmehr einen umfassenden sozioökonomischen Prozess, der der Bevölkerungsmehrheit zugute kommen muss (vgl. die Selbstdarstellung unter PDVSA 2005, eigene Interviews mit Mitarbeitern des *Núcleo* September 2005).

Gleichzeitig wird auf der Anlage produziert. Die Schuh- und Textilgenossenschaften wurden im Rahmen der Mission “Vuelvan Caras” gegründet, einem Ausbildungsprogramm, das Erwachsenen die Berufsausbildung ermöglicht. Die Genossenschafter wurden 2005 in der Schuh- und Textilfabrik ausgebildet, um die Anlage selbstständig weiterführen zu können. Die vom Staat getätigten Investitionen müssen dabei, zumindest perspektivisch, von den Genossenschaften abgezahlt werden (Zelik 2005).

Offensichtlich will man vermeiden, erneut paternalistische Beziehungen zwischen Staat (bzw. Staatseliten) und Bürgern herzustellen, wie sie für den Populismus unter Carlos Andrés Pérez so charakteristisch waren. Staatsmittel sollen nicht einfach konsumiert werden, sondern in Produktionsanlagen und Ausbildung fließen. Die Genossenschafter werden, zumindest theoretisch, vom Staat nicht alimentiert. Sie müssen ihre Anlagen abbezahlen und auf diese Weise Mittel für andere Förderprojekte zur Verfügung stellen. Außerdem wird das Projekt als Ausdruck einer “Wirtschaftsdemokratie” verstanden – ganz der in Europa in den 1920er Jahren vor allem von Linkssozialisten verteidigten Idee verpflichtet, dass Demokratie auch das Arbeits- und Produktionsleben erfassen muss. ‘Politisch’ ist weiterhin, dass man sich – dem “endogenen” Prinzip folgend – bemüht, auf lokales Wissen zurückzugreifen: “Catia” gilt als Viertel, in dem traditionell zahlreiche Schuh- und Textilwerkstätten existieren.

Das grundlegende Problem des Projekts wird jedoch auch in diesem Fall wenig reflektiert: In kaum einem Bereich ist die Weltmarktkonkurrenz so brutal wie in der Schuh- und Textilbranche. Wenn die venezolanischen Genossenschaften nicht mit südostasiatischen *Sweat Shops* um die schlechtes-



ten Arbeitsbedingungen konkurrieren sollen, werden sie dauerhaft auf die Unterstützung oder zumindest Protektion des Staates angewiesen sein. Auf diese Weise erlebt das paternale Prinzip, das dem Klientel-Populismus zugrunde liegt, dann aber doch eine stille Renaissance. Der Staat – und noch drastischer: Präsident Chávez – wird auch weiterhin für die Kooperativen sorgen. Dabei ist wenig dagegen zu sagen, dass die lokale Produktion vor einer Niedriglohnkonkurrenz geschützt werden soll. Doch umso direkter diese Unterstützung in Form von Subventionen erfolgt, desto ausgeprägter werden die Alimentierungserwartungen sein, die für Venezuela so typisch sind: Der Staat ist der Versorger (tendenziell passiver) Bürger.

Auch größer angelegte Projekte in der Automobil- und IT-Branche sind mit diesem Phänomen konfrontiert: Das 2006 gegründete iranisch-venezolanische Joint Venture “Venirauto” produziert seit mittlerweile zwei Jahren und will 2009 nach eigenen Angaben 10.000 Kleinwagen auf den Markt bringen (Selbstdarstellung “Venirautos”: <[www.venirauto.com](http://www.venirauto.com)>; 30.04. 2009). Auch wenn der Aufbau einer eigenen Pkw-Produktion wohl nicht zu den brennendsten Prioritäten in Venezuela gehört, gibt es nachvollziehbare Argumente für das Projekt. Der Fuhrpark der Venezolaner ist völlig überaltert, gerade die Mittelschicht fährt – auch wegen des extrem niedrigen Benzinpreises<sup>13</sup> – große, umweltschädliche US-Modelle aus den 1970er Jahren. Eine Modernisierung durch Pkws aus eigener Produktion würde also tatsächlich wichtige Probleme lindern. Doch bisher ist völlig unklar, ob das Vorhaben realisierbar ist. “Venirauto” lässt kaum etwas über die ersten zwei Produktionsjahre verlautbaren. Auf dem Markt sind die Pkws bislang nicht erhältlich. Die ersten Fahrzeuge wurden an Militärs verteilt und es ist von jahrelangen Wartezeiten für potenzielle Käufer die Rede (Presseagentur Xinhua/spanische Ausgabe des *People's Daily*, 10.07.2007; *Venezuela de Televisión* 20.10.2008). Offensichtlich ist die Produktivität extrem niedrig, was aber auch mit der mangelhaften Arbeitsorganisation der iranischen Partner zusammenhängen soll. Unter Regierungsanhängern wird in Internetforen

---

13 Der staatlich fixierte Benzinpreis, der deutlich unter dem Preis für Wasser liegt, ist umstritten. Einerseits profitieren vor allem die Mittelschichten von dieser Quasi-Subventionierung. Andererseits wird der niedrige Benzinpreis auch als Symbol dafür verstanden, dass das Öl *allen* Venezolanern gehört und somit sozusagen frei verteilt werden sollte. Der *Caracazo*, der große Aufstand gegen die AD-Regierung von Carlos Andrés Pérez im Jahr 1989, kam maßgeblich dadurch zustande, dass die Regierung die Benzin- und Transportpreise anzuheben versuchte.

auf jeden Fall ausgiebig über “Venirauto” debattiert,<sup>14</sup> wobei das Schweigen des Unternehmens einigermaßen verdächtig wirkt. Die pro-chavistische Gewerkschaft *Sindicato de Trabajadores y Trabajadoras de Venirauto Industrias SINTRAVIN* machte in einer Pressemitteilung vom 01.12.2008 zudem auch öffentlich, dass man bei dem iranisch-venezolanischen Konsortium seit Längerem einen Arbeitskampf mit der Unternehmensleitung führe (das Dokument ist einsehbar unter <[www.aporrea.org/trabajadores/a67978.html](http://www.aporrea.org/trabajadores/a67978.html)>; 05.05.2009).

Andere Pilotprojekte im Joint-Venture-Bereich sind die chinesisch-venezolanischen Kooperationen zur Herstellung von Billig-Handys und -Laptops für den venezolanischen Binnenmarkt. Auch hier dürfte sich bald das Problem stellen, dass die Betriebe sich entweder internationalen Produktionsbedingungen anpassen oder aber vom Staat alimentiert werden müssen.

Dass eine Anbindung an den Staat ein prinzipielles Problem darstellt, wird bei den Agrarkooperativen schon heute deutlich. Fox (2007) berichtet im regierungsnahen, aber nicht unkritischen Online-Magazin *Venezuelanalysis.com* von 181.000 Kooperativen, die 2007 in Venezuela registriert gewesen seien. Von diesen Genossenschaften funktionierten selbst nach offiziellen Statistiken weniger als 40%. Das hat unter anderem damit zu tun, dass der Genossenschaftsboom ein Ergebnis von Chávez’ politischer Mobilisierung ist. Dem Präsidenten gelingt es zwar immer wieder, gesellschaftliche Bewegungen zur Veränderung der sozioökonomischen Beziehungen auszulösen, doch häufig reicht der Impuls nicht aus, um eigenständig arbeitende Projekte zu konsolidieren. Auf einer landwirtschaftlichen Kooperative im südvenezolanischen Barinas berichteten Kleinbauern beispielsweise, dass von ursprünglich 100 Familien noch ganze zehn übrig geblieben waren (eigene Interviews mit Genossenschaftlern, März 2005). Dabei hatte die Regierung viele ihrer Zusagen eingehalten und der abgelegenen Kooperative Einiges an Infrastruktur – Straßenanbindung, Häuser, Schulen etc. – zur Verfügung gestellt. Die geographische Lage und Konflikte innerhalb der Kooperative brachten jedoch viele Gründungsmitglieder dazu, innerhalb kurzer Zeit wieder aufzugeben. Erschwerend kam außerdem hinzu, dass viele Genossenschaftler keine oder wenig Erfahrung im landwirtschaftlichen Bereich besaßen. Mit dem Ausbildungsprogramm “Vuelvan Caras” und der Unterstützung durch Techniker versucht man diese Lücken zwar zu schließen, doch die Ergebnisse sind bisher ausgesprochen ernüchternd.

14 Eine aufschlussreiche Forumsdebatte ist unter <[www.aporrealos.com/forum/viewtopic.php?t=19808&sid=bfc1655678aef56408402b52a3ed7eaf](http://www.aporrealos.com/forum/viewtopic.php?t=19808&sid=bfc1655678aef56408402b52a3ed7eaf)> (25.03.2009) nachzulesen.

Aus dem Landwirtschaftsministerium wird weiterhin berichtet, dass es aufgrund der staatlichen Förderung immer wieder zu betrügerischen Genossenschaftsgründungen kommt. In einem Fall seien Landarbeiter von einem Großgrundbesitzer aufgefordert worden, eine Kooperative zu gründen und einen Antrag auf Landmaschinen zu stellen. Der staatlich finanzierte Traktor sei schließlich für einige Dutzend Kästen Bier an den Großgrundbesitzer abgetreten worden (eigene Interviews mit Mitarbeitern des Landwirtschaftsministeriums, September 2005).

Ein grundlegendes Problem des venezolanischen Transformationsprozesses scheint zu sein, dass das qualitative Wachstum nicht mit dem quantitativen Schritt halten kann. Dieses Problem wird von der Politik Chávez' verstärkt. Der Präsident setzt auf die permanente politische Mobilisierung der Unterschichten. Das ist zum einen positiv: Chávez hat eine nicht repräsentierte, medial unsichtbar gemachte Bevölkerungsmehrheit zur Beteiligung ermuntert. Andererseits lösen seine Kommunikations- und Mobilisierungsstrategien aber auch kontraproduktive Eigendynamiken aus. Um den ihn tragenden Prozess in Gang zu halten, muss Chávez die Bevölkerung immer wieder von Neuem begeistern. Das heißt, er ist gezwungen, bei seinen Medienauftritten Erfolge vorzuweisen und die Skepsis zu bannen.

In diesem Zusammenhang könnte man von einer venezolanischen Variante der "Tonnenideologie"<sup>15</sup> sprechen: Das vorweisbare quantitative Wachstum wird höher bewertet als schlecht sichtbares qualitatives. Als ein Opfer dieser Politik könnte man den 2005 zurückgetretenen Wohnungsbau-minister Julio Montes bezeichnen. Montes, der gute Beziehungen zu Stadtteilorganisationen besaß, hatte nach seinem Amtsantritt eine radikale Kehrtwende der öffentlichen Baupolitik vorgeschlagen. Er fror undurchsichtige Verträge mit privaten Bauunternehmern ein und suchte eine enge Kooperation mit den basisdemokratischen *Comités de Tierra Urbana* (CTU) (eigenes Interview mit dem Stadtteilaktivisten und Sozialwissenschaftler Andrés Antillano, 10.09.2005). Die CTU's, die im Rahmen der Legalisierung städtischer Armenviertel 2002 entstanden, können – zumindest in Caracas – als horizontale Form der Nachbarschaftsorganisation gelten. Die kritische Stadtplanung verweist seit Langem darauf, dass Stadtentwicklung mit demo-

---

15 Als "Tonnenideologie" bezeichnete man die politische Praxis im Staatssozialismus, ökonomische Erfolge in (Gewichts-)Mengen auszudrücken. Diese Vorgehensweise trieb bizarre Blüten: Um das (in Gewicht definierte) Plansoll zu erfüllen, verlegten sich beispielsweise sowjetische Möbelfabriken darauf, unnötig schwere Metallschränke herzustellen, um auch bei geringer Stückzahl das Planziel zu erreichen.

kratischer Partizipation einhergehen muss – und zwar nicht nur, weil der urbane Raum ansonsten nur nach Verwertungsinteressen gestaltet wird. Demokratische Partizipation ist auch eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen von Infrastrukturvorhaben. So hat man in Venezuela immer wieder die Erfahrung gemacht, dass staatliche Sozialsiedlungen nicht angenommen wurden und ungenutzt verfielen. Außerdem fungiert Partizipation als Kontrollmechanismus gegen die im Bauwesen verbreitete Korruption. Wenn zukünftige Bewohner direkt an Bauprojekten beteiligt sind, ist es viel schwieriger, Geld zweckzuentfremden oder mangelhaftes Material einzusetzen.

Vor diesem Hintergrund waren die Vorschläge von Minister Montes, staatliche Finanzmittel in einer Form von Co-Regierung gemeinsam mit Basisorganisationen zu verwalten, sehr sinnvoll. Dadurch jedoch, dass Partizipation und Transparenz in den Mittelpunkt gestellt wurden, konnte spürbar weniger gebaut werden als ursprünglich geplant. Präsident Chávez nahm dies schließlich zum Anlass, um den Minister in seiner Fernsehsendung “*Aló, Presidente*” öffentlich zu rügen. Montes reichte daraufhin im August 2005 den Rücktritt ein.

Dass formale und quantifizierbare Aspekte im Vordergrund stehen, ist ein Eindruck, der sich auch in anderen Bereichen einstellt. Die Demokratisierung des Wirtschaftslebens – also die Mitbestimmung in Großbetrieben oder die Selbstverwaltung von in Konkurs gegangenen, durch Belegschaften besetzte Fabriken –, zeigt in der Praxis nur begrenzte Wirkung. Oft beschränkt sich die Mitbestimmung auf eine Aufwertung der chavistischen Gewerkschaften innerhalb der Betriebe und auf eine revolutionäre Rhetorik, die an Arbeitsbedingungen und Entscheidungsprozessen wenig ändert. Die staatlichen Aluminiumanlagen von Alcasa zum Beispiel werden zwar seit 2005 in Mitbestimmung verwaltet, die Produktion gilt jedoch als so gesundheitsschädlich, dass sie eigentlich stillgelegt werden müsste. Selbst in diesem Ausnahmeprojekt stellt sich somit die Frage, was real unter Selbstverwaltung und Demokratie zu verstehen ist.

#### **4. Ökonomische Bilanz des Chavismus**

Auch wenn man von diesen Fallbeispielen auf die Makroebene zurückkehrt, bleibt das Ergebnis uneindeutig. Venezuelas Wirtschaftspolitik ist keineswegs erfolglos. Das Land hat nach der politischen Krise 2002 stets eine der höchsten Wachstumsraten Lateinamerikas vorweisen können. Dabei handel-

te es sich nicht immer um ein Wachstum des Ölsektors.<sup>16</sup> Allerdings speiste sich das Wachstum auch nicht aus einer Entwicklung alternativer produktiver Sektoren. Vor allem hohe – und letztlich dann doch wieder ölfinanzierte – Zuwächse der Binnennachfrage und des Importhandels waren für den Boom verantwortlich und ließen die Inflationsrate auf 30% ansteigen. 2008 knickte die Wachstumskurve aufgrund des verfallenden Ölpreises deutlich ein, lag aber immer noch bei etwa 5% (CEPAL 2009: 103).

Die von den meisten Beobachtern vorhergesagte Krise ist bislang nicht eingetreten. Es steht aber außer Frage, dass der Verfall des Ölpreises von mehr als 140 US\$ pro Barrel Mitte 2008 auf 40 US\$ Anfang 2009 die venezolanische Wirtschaft hart treffen wird. Der Staatshaushalt war bis Ende 2008 auf der Grundlage eines Weltmarktpreises von 60 US\$ kalkuliert. Dennoch ist fraglich, ob die Krise existenzielle Ausmaße erlangen wird. Immerhin liegt der Ölpreis heute immer noch auf dem Niveau von 2005, als die Chávez-Regierung bereits umfangreiche Sozial- und Entwicklungsprogramme finanzierte. Zudem verfügt man über beträchtliche Reserven. Mit 33 Mrd. US\$ (CEPAL 2008a: 177) besaß Venezuela vor der Krise die höchsten Pro-Kopf-Devisenreserven Lateinamerikas. Die Binnensparquote ist, auch wegen der Finanzpolitik der Regierung, relativ hoch. Und schließlich kann die Chávez-Regierung aufgrund neuer Steuergesetze auf eine solidere Einnahmebasis zählen als in der Vergangenheit.<sup>17</sup>

Als makroökonomischer Erfolg muss außerdem gelten, dass die Öleinnahmen sichtlich besser verteilt werden. Die Arbeitslosigkeit ist von 12% im Jahr 2006 auf 7,4% im Jahr 2008 zurückgegangen (CEPAL 2009). Dabei wurden, anders als in Westeuropa, vor allem reguläre Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Neuere Berechnungen der Einkommensverteilung durch die staatliche Statistikbehörde INE (<[www.venezuelanalysis.com/news/4064](http://www.venezuelanalysis.com/news/4064)>; 25.03.2009) gehen zudem von einem deutlich niedrigeren GINI-Koeffizienten aus. Der GINI-Wert von 0,42 ist zwar nach wie vor höher als etwa der deutsche Vergleichswert (0,28), doch innerhalb Lateinamerikas weist Venezuela eine der geringsten Einkommensspreizungen auf.

Umgekehrt kann man die Wirtschaftspolitik, zumindest gemessen an den Ansprüchen der Regierung, auch nicht wirklich als Erfolg bezeichnen. Die

---

16 Während das Bruttoinlandsprodukt 2007 um 8,4% stieg, schrumpfte der Erdölsektor um 4,2% (CEPAL 2008a: 175).

17 2007 wurden neue Direktabgaben für Erdölfirmen eingeführt, dank derer der Staat automatisch 50% aller Einnahmen bei einem Ölpreis von mehr als 50 US\$ pro Barrel bzw. 60% bei einem Preis oberhalb von 100 US\$ einbehält.

Außenhandelskennziffern legen nahe, dass sich die Strukturen bislang kaum geändert haben. Einer CEPAL-Studie zur lateinamerikanischen Weltmarktintegration (2008b) zufolge konnte Venezuela Außenhandel und Produktionsstrukturen in den vergangenen Jahren *nicht* wesentlich diversifizieren. Unter Chávez ist zwar viel von der lateinamerikanischen Integration die Rede, doch der Anteil Lateinamerikas am venezolanischen Außenhandel ist zwischen 2000 und 2007 sogar von 20 auf 15% gefallen, während der Anteil der USA nach wie vor bei über 50% liegt. Auch die großen Anstrengungen Venezuelas, strategische Beziehungen mit China und anderen asiatischen Ländern aufzubauen, schlagen sich in den Statistiken bislang kaum nieder. Venezuelas Exporte in den Pazifikraum machen nur 5% des Exportvolumens aus. Die Vergleichswerte Chiles und Kubas liegen bei 37% bzw. 30%. Neben Ecuador und Uruguay ist Venezuela somit eines der wenigen lateinamerikanischen Länder, das seine Handelsabhängigkeit von den USA bislang nicht reduzieren konnte (CEPAL 2008b).

Das bedeutet, dass sich die großen Integrationsprojekte der Regierung Chávez ökonomisch bisher kaum niederschlagen. Das ALBA-Bündnis, dem neben Kuba und Venezuela mittlerweile auch Bolivien, Nicaragua, die Karibikinsel Dominica und bemerkenswerter Weise auch das liberal regierte Honduras angehören, charakterisiert sich vor allem durch Willensbekundungen. Mit Ausnahme Kubas profitieren die anderen ALBA-Mitglieder einseitig von venezolanischer Unterstützung. Nur die venezolanisch-kubanischen Beziehungen können als Matrix alternativer Wirtschaftskooperation erörtert werden. Die Bereitstellung von kubanischen Ärzten, technischem Personal und Know-how gegen venezolanisches Öl ist das einzige – allerdings durchaus überzeugende – konkrete Beispiel dafür, wie eine alternative ökonomische Zusammenarbeit aussehen könnte. Wie sehr ALBA ein politisches Mobilisierungsprojekt ist, zeigt sich zudem auch in der Ankündigung, dass nun auch der Iran und Russland Mitglied des lateinamerikanischen Integrationsverbandes werden sollen.

Über das Ölbündnis *Petrocaribe* muss man Ähnliches sagen. In *Petrocaribe* sind 18 Staaten Mittelamerikas und der Karibik zusammengeschlossen, die von Venezuela Öl zu einem Vorzugspreis beziehen. Innerhalb der üblichen Frist von 90 Tagen müssen nur 50% der Forderungen bezahlt werden. Der Rest kann bei 1% Zinsen auf bis zu 25 Jahre gestreckt werden. 50 Cent pro Barrel sollen außerdem in einen gemeinsamen Agrarfonds fließen, mit dem die Nahrungsmittelsouveränität der Staaten gesichert werden soll (*Tele-sur*, 31.07.2008).

Die häufig zu hörende scharfe Kritik an *Petrocaribe* ist dabei nicht wirklich überzeugend. Dagegen, dass Venezuela gerade den ärmsten Staaten der Region Öl zu Vorzugskonditionen – aber immer noch oberhalb kostendeckender Preise – abgibt und damit Spielräume zur Armutsbekämpfung eröffnet, lässt sich nichts vorbringen. Und auch darüber, dass Venezuela mit dem Öl offensichtlich Außenpolitik macht und Sympathien ‘einkauft’, kann man in Anbetracht der US-amerikanischen und europäischen Handelspolitiken kaum verwerflich finden. Immerhin knüpfen die USA Handelserleichterungen systematisch an eine Kooperationsbereitschaft der lateinamerikanischen Länder in strategischen Bereichen der Sicherheitspolitik und Energieversorgung. Mit der sogenannten *certificación* der Drogenpolitik zwingt Washington den Ländern seit Langem nicht nur eine – ökologisch fatale – Drogenbekämpfung, sondern auch repressive Sicherheitsstrategien nach innen auf. Der einzige wirklich überzeugende Einwand gegen *Petrocaribe* wäre deshalb, dass die Öllieferungen untransparent von kleinen Führungsgruppen in den Mitgliedsstaaten verwaltet werden und dort, beispielsweise in Nicaragua, autoritäre und klientelistische Strukturen stärken.<sup>18</sup>

Aus einer politischen Perspektive betrachtet können *Petrocaribe* oder der als Gegenentwurf zum Internationalen Währungsfonds (IWF) konzipierte *Banco del Sur* also als gelungene Initiativen gelten. Venezuela zeigt mit ihnen auf, dass alternative politische Beziehungen und Handelsstrukturen denkbar sind. Das Land knüpft geschickt Allianzen mit anderen lateinamerikanischen Staaten und verschiebt dadurch das Kräfteverhältnis in der Region radikal. Dabei kommt der Chávez-Regierung das Interesse Brasiliens entgegen, sich selbst als Hegemonialmacht und Gegenpol zu den USA zu positionieren. Doch diese neuen Kräftekonstellationen bringen noch kein alternatives Wirtschafts- und Entwicklungsmodell hervor. Im Gegenteil: Wenn es konkrete Vereinbarungen mit den lateinamerikanischen Nachbarn im Süden gibt, dann handelt es sich meist um Pipeline-, Raffinerie- oder Ölfördervereinbarungen, die die ökonomische Struktur Venezuelas verfestigen und die auf fossilen Brennstoffen beruhende Entwicklung weiter fortschreiben.

---

18 Auf die Frage, ob die sandinistische Regierung noch als links gelten könne, antwortete der peruanische Ökonom Oscar Ugarteche auf einer Konferenz des Schweizer “Solidfonds” im Mai 2009 mit der Gegenfrage, ob jemand, der gegen Frauenbewegungen, Homosexuelle und das Recht auf Abtreibung eintrete, als links bezeichnet werden könne. Die Position ist insofern interessant, als Ugarteche dem Chavismus nahe steht und am Aufbau der *Banco del Sur* beteiligt ist.

## 5. Zusammenfassung

Ein abschließendes Urteil über die Sozial-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Regierung Chávez muss also uneinheitlich ausfallen. Der häufig zu hörende Vorwurf, die Regierung verteile das Öleinkommen allein aufgrund machtpolitischer Kalküle, ist offensichtlich falsch. Das 'bolivarianische' Venezuela ist bislang keine Neuauflage des *populist system of conciliation*. Wenn es der Regierung Chávez nur um den eigenen Machterhalt ginge, wäre es für sie in der Vergangenheit sehr viel einfacher gewesen, die traditionellen Eliten zu bedienen. Mit ihrer Sozialpolitik hat die Chávez-Regierung jedoch soziale Konflikte sichtbar gemacht und Alternativen zum herrschenden neoliberalen Modell aufgezeigt, die in Anbetracht der globalen Krise heute international wahrgenommen und diskutiert werden. Ausgerechnet ein ineffizient organisierter, klientelistischer Staat in Lateinamerika beweist, dass alternative Fiskal- und Sozialpolitiken möglich sind und mit solidem Wachstum einhergehen können.

Auch der Einwand, die venezolanische Regierung unternehme keine Anstrengungen, um die Öl- und Staatszentriertheit von Ökonomie und Gesellschaft zu überwinden, ist in dieser Form falsch. Die Regierung Venezuelas hat sich in den vergangenen Jahren durchaus darum bemüht, Finanzmittel nicht einfach zu konsumieren, sondern zu investieren und produktive Sektoren zu fördern. Groß angelegte Ausbildungs- und Gesundheitsprogramme, die Ankurbelung der Landwirtschaft und der Aufbau einheimischer Produktionsanlagen, darunter auch von Automobil- und IT-Unternehmen, belegen die Anstrengungen, sich produktiver und integraler zu entwickeln. Allerdings spricht einiges dafür, dass viele dieser Aktivitäten auf mittlere Sicht ähnlich versanden werden, wie dies in der Vergangenheit Venezuelas schon mehrfach der Fall war. Das hat unter anderem damit zu tun, dass einem qualitativen, politisch eingebetteten – also auch langsameren – Transformationsprozess zu wenig Bedeutung eingeräumt wird. Die für eine gesellschaftliche Kontrolle von Staat und Verwaltung nötigen Demokratisierungsprozesse werden durch den Personenkult um Chávez blockiert. Die permanente politische Mobilisierung liefert tendenziell nur kurzfristige Impulse, es entsteht kein Klima, in dem sich eine selbstkritische Debatte über die Probleme alternativer ökonomischer Strukturen führen ließe.

Prinzipiell interessante Ansätze finden vor diesem Hintergrund zu wenig Umsetzung und bleiben formal. Dass das große alternative Projekt, das soziale Gerechtigkeit, Partizipation, Demokratie, Solidarität und Ökologie miteinander verbindet, in Venezuela bisher nicht zu erkennen ist, kann kein



prinzipieller Einwand gegen die Regierung Chávez sein. Eine Alternative zu Markt und Konkurrenz hat mit vielen inneren Widersprüchen und nicht zuletzt auch mit massivem Widerstand von außen zu kämpfen. Zu kritisieren ist jedoch, dass in Venezuela zu wenig über strukturelle, 'endogene' Probleme und über die desaströsen Erfahrungen des Realsozialismus diskutiert wird. Die Themen, um die es dabei gehen müsste, liegen auf der Hand. Nach den für die PSUV enttäuschend verlaufenen Parlamentswahlen von September 2010 hat Edgardo Lander (2010) acht Hauptprobleme benannt, die ich – weil er die Widersprüche m.E. sehr klar benennt – abschließend ausführlich wiedergeben möchte:

1) Das Entwicklungsmodell:

Ist das Ziel, Venezuela in eine "globale Energiemacht" zu verwandeln, wie es im Sozial- und Entwicklungsplan 2007-2013 festgehalten wurde, kompatibel mit dem "ökologischen Sozialismus", von dem in PDVSA-Texten die Rede ist?

2) Nahrungsmittelsouveränität: Wie kann diese erreicht werden,

wenn die großen Programme zur Verteilung von Land, zur Finanzierung und Unterstützung der Landwirtschaft ständig durch den Import subventionierter Lebensmittel unterlaufen werden, mit deren Preisen die heimische Produktion nicht konkurrieren kann?

3) Die Beziehung zwischen sozialen Organisationen, Staat und Partei:

Ist eine Demokratisierung der Gesellschaft ohne den Aufbau autonomer sozialer Organisationen möglich? Ist sie denkbar, wenn gleichzeitig Gewerkschafts- und populäre Organisationen durch Staats- und Parteistrukturen kolonisiert werden? Sind die Consejos Comunes der demokratische Organisationskern der gesamten Gesellschaft beim Aufbau neuer sozialer Beziehungen, einer neuen staatlichen Institutionalität, die die bestehende ersetzt, oder sollen die roten Consejos Comunes der Ort sein, an dem sich Anhänger des Chavismus organisieren, auch wenn dadurch die Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen wird? (Lander 2010: 4).

4) Die Rolle von Chávez:

Sind das personifizierte Führungsmodell und das Fehlen kollektiver Debatten [...] kompatibel mit dem kollektiven Aufbau einer demokratischeren Gesellschaft? Wie wirkt sich die Tatsache, dass die Loyalität mit dem "máximo dirigente" als Maßstab revolutionären Handelns gesehen wird, auf die aufzubauende Gesellschaft aus? (Lander 2010: 5).

5) Indigene Völker:

Ist für die Regierung die Ausbeutung der Kohlevorkommen in der Sierra de Perijá wichtiger als die Rechte der Yukpa und Bari, wichtiger als die Biodiversität

in der Region [...]? Gibt es keine Grenzen der extraktiven Logik? (Lander 2010: 6).

6) Öffentliche Verwaltung:

Ist eine transparente Verwaltung und eine Beschränkung der wuchernden Korruption denkbar, wenn die Grenzen zwischen dem Öffentlichen/Staatlichen (das allen gehört) und dem (Partei-)Politischen verwischt werden? (Lander 2010: 7).

7) Unsicherheit:

Nach elf Jahren der Regierung, in denen sich die Mordrate praktisch verdreifacht und Caracas zu einer der gefährlichsten Städte der Welt geworden ist,

kann man nicht

länger behaupten, dass es sich um ein von den Vorgängerregierungen geerbtes Problem [...] handelt (Lander 2010: 8).

8) Frauen:

Bis wann wird die Abtreibung ein Tabu in Venezuela sein? Wie kann es sein, dass selbst in einem Land mit so ausgeprägten Rechtsregierungen wie Kolumbien die Gesetzgebung weniger restriktiv als in Venezuela ist? (Lander 2010: 8).

Die venezolanischen Transformationsbemühungen sind in Zeiten neoliberaler Krisenverwaltung bemerkenswert – werfen sie doch jene grundlegenden Fragen zu Ökonomie, Gerechtigkeit, Ökologie und Demokratie neu auf, die sich in Anbetracht der Krise global mit großer Dringlichkeit stellen. Viele Ergebnisse sind in Venezuela beachtlich: Die Verteilungsgerechtigkeit hat zugenommen, die sozialpolitischen Programme haben das Land auf den Kopf gestellt. Mit den *Consejos Comunales* sind territoriale Selbstbestimmungsstrukturen entstanden, in denen viele Zehntausend Menschen zum ersten Mal in ihrem Leben demokratisch aktiv geworden sind. Die Gesetze zur betrieblichen Mit- und Selbstbestimmung haben die Arbeitswelt reformiert. Vom eigenen Anspruch, einem demokratischen und ökologischen “Sozialismus des 21. Jahrhunderts”, jedoch ist Venezuela nach wie vor weit entfernt.

### Literaturverzeichnis

Azzellini, Dario (2010): *Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela*. Hamburg.

Bitter, Sabine/Weber, Helmut (2005): *Living Infrastructure* (Film-Interviews).

- Burchardt, Hans-Jürgen (2005a): "Die Wirtschaftspolitik des Bolivarianismo: von der holländischen zur venezolanischen Krankheit?". In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Venezuela – Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef, S. 173-189.
- (2005b): "Das soziale Elend des Hugo Chávez. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Fünften Republik". In: Diehl, Oliver/Muno, Wolfgang (Hrsg.): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* Frankfurt am Main, S. 99-125.
- (2006): *Tiempos de cambio. Repensar América Latina*. San Salvador.
- Buxton, Julia (2003): "Economic Policy and the Rise of Hugo Chávez". In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. Boulder, S. 113-130.
- Castillo, Antonio (2003): "Breaking Democracy. Venezuela's Media Coup". In: *Media International Australia incorporating Culture and Policy* (Sydney), 108, S. 145-156.
- CEPAL (2008a): *Estudio económico de América Latina y el Caribe 2007-2008* (<[www.cepal.org/publicaciones/xml/9/33869/Venezuela.pdf](http://www.cepal.org/publicaciones/xml/9/33869/Venezuela.pdf)>; 24.03.2009).
- (2008b): *Panorama de la inserción internacional de América Latina y el Caribe* (<[www.cepal.org/publicaciones/xml/9/34329/PANORAMA\\_INSERTION\\_INTERNACIONAL\\_2008.pdf](http://www.cepal.org/publicaciones/xml/9/34329/PANORAMA_INSERTION_INTERNACIONAL_2008.pdf)>; 24.03.2009).
- (2009): *Balance preliminar de las economías de América Latina y el Caribe* (<[www.cepal.org/publicaciones/xml/5/34845/LCG2401e\\_Venezuela.pdf](http://www.cepal.org/publicaciones/xml/5/34845/LCG2401e_Venezuela.pdf)>; 24.03.2009).
- Denis, Roland (2006): *Rebelión en Proceso. Dilemas del movimiento popular luego de la rebelión del 13 de abril*. Caracas.
- Diehl, Oliver/Muno, Wolfgang (Hrsg.) (2005): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* Frankfurt am Main.
- Dieterich, Heinz (2006): *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*. Berlin.
- Eisenbürger, Gert/Küppers, Gaby (2005): *Man spürt eine neue soziale Energie. Interview mit Pater Armando Janssens*. In: *ila*, 287, S. 7-9.
- Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era. Class, Polarization & Conflict*. Boulder.
- Ellner, Steve/Salas, Miguel Tinker (2005): "Introduction: The Venezuelan Exceptionalism Thesis: Separating Myth from Reality". In: *Latin American Perspectives*, 32, 2, S. 3-15.
- Fox, Michael (2007): *Venezuela's Co-op Boom* (<[www.venezuelanalysis.com/analysis/2393](http://www.venezuelanalysis.com/analysis/2393)>; 05.12. 2007).
- Gobierno de la República Bolivariana de Venezuela – Ministerio de Comunicación (2004): *Desarrollo endógeno. Desde adentro, desde la Venezuela profunda* (<[www.mct.gob.ve/Vistas/Frontend/documentos/Folleto%20Desarrollo%20Endogeno-2.pdf](http://www.mct.gob.ve/Vistas/Frontend/documentos/Folleto%20Desarrollo%20Endogeno-2.pdf)>; 25.03.2009).
- Gollinger, Eva (2006): *The Chávez Code. Cracking US Intervention in Venezuela*. London.
- Gott, Richard (2001): *En la sombra del libertador*. Caracas.
- Harnecker, Marta (2003): *Militares Junto al Pueblo*. Caracas.
- Lander, Edgardo (2005): "Venezuelan Social Conflict in a Global Context". In: *Latin American Perspectives*, 32, 2, S. 20-38.
- (2006): *Creación del partido único, ¿aborto del debate sobre el Socialismo del Siglo XXI?* (<[www.aporrea.org/ideologia/a28743.html](http://www.aporrea.org/ideologia/a28743.html)>; 05.12.2007).

- (2010): *¿Quién ganó las elecciones parlamentarias en Venezuela? ¿Estamos ante la última oportunidad de debatir sobre el rumbo del proceso de cambio?* (<[www.rosalux.org.ec/component/content/article/154-quien-gano-las-elecciones-parlamentarias-en-venezuela](http://www.rosalux.org.ec/component/content/article/154-quien-gano-las-elecciones-parlamentarias-en-venezuela)>; 21.10.2010).
- Lemoine, Maurice (2003a): “A Coup Countered”. In: Wilpert, Gregory: *Coup Against Chávez in Venezuela*. Caracas, S. 101-112.
- (2003b): “Coups d’Etats without Borders”. In: Wilpert, Gregory: *Coup Against Chávez in Venezuela*. Caracas, S. 147-150.
- (2003c): “Venezuela’s Press Power”. In: Wilpert, Gregory: *Coup Against Chávez in Venezuela*. Caracas, S. 151-160.
- Melcher, Dorothea (2005): “Petroleumrepublik Venezuela”. In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas: *Venezuela. Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef, S. 141-157.
- Mommer, Bernard (2003): “Subversive Oil”. In: Ellner, Steve/Hellinger, Daniel (Hrsg.): *Venezuelan Politics in the Chávez Era*. Boulder, S. 131-146.
- PDVSA (2005): *Núcleo de Desarrollo Endógeno Fabricio Ojeda* (<[www.pdvsa.com/index.php?tpl=interface.sp/design/readmenu.tpl.html&newsid\\_obj\\_id=260&newsid\\_temas=92](http://www.pdvsa.com/index.php?tpl=interface.sp/design/readmenu.tpl.html&newsid_obj_id=260&newsid_temas=92)>; 25.03.2009).
- Ramírez Voltaire, Simón/Müller, Markus-Michael (2004): “Eine Einladung zum Mitmachen. Warum die Rede vom ‘Populismus’ mehr verschleiert als sie klärt”. In: *iz3w*, 280, S. 6-9.
- Rey, Juan Carlos (1991): “La Democracia Venezolana y la Crisis del Sistema Populista de Conciliación”. In: *Revista de Estudios Políticos*, 74, S. 533-578.
- Rossanda, Rossana (1974): *Über die Dialektik von Kontinuität und Bruch*. Frankfurt am Main.
- Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.) (2005): *Venezuela – Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef.
- Transparency International (2006): *Informe sobre el barómetro global de la corrupción de Transparency International*. Berlin.
- Twickel, Christoph (2006): *Hugo Chávez. Eine Biografie*. Hamburg.
- Wagner, Sarah (2005): *Mercal: Reducing Poverty and Creating National Food Sovereignty in Venezuela* (<[www.venezuelanalysis.com/analysis/1211](http://www.venezuelanalysis.com/analysis/1211)>; 05.05.2009).
- Wilpert, Gregory (Hrsg.) (2003): *Coup Against Chávez in Venezuela*. Caracas.
- (2006): “The Meaning of 21<sup>st</sup> Century Socialism for Venezuela”. In: Ders. (Hrsg.): *Venezuela’s Bolivarian Process*. Caracas, S. 15-24.
- (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Presidency*. London.
- Zelik, Raul (2003): *Zur politischen Situation in Venezuela. Interview mit Roland Denis* (<[www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_zelik\\_venezuela.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_zelik_venezuela.html)>; 01.02. 2006).
- (2005): *Venezuela – Notizen zur ‘bolivarianischen Revolution’*. Hörfunk-Feature (<[www.raulzelik.net/techtarchiv/venezuela/wdr-feature.rtf](http://www.raulzelik.net/techtarchiv/venezuela/wdr-feature.rtf)>; 29.12.2010).
- (2006): “Venezuelas ‘bolivarianischer Prozess’. Mit Gilles Deleuze in Caracas”. In: *Prokla 142 – Soziale Kämpfe in Lateinamerika*, S. 23-48.
- Zelik, Raul/Bitter, Sabine/Weber, Helmut (2004): *Made in Venezuela. Notizen zum “bolivarianischen Prozess”*. Berlin.

**Juan Luis Hernández**

## **Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Ernährungssektors und die Agrarpolitik**

### **1. Die landwirtschaftlichen Potenziale Venezuelas**

Im folgenden Beitrag werden die Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Ernährungssektor Venezuelas sowie deren neuere Entwicklungen vorgestellt. Zudem wird die Agrar- und Ernährungspolitik im Rahmen der Fünften Republik präsentiert und kritisch analysiert. Nur 2,2% des Landes bieten ein hohes landwirtschaftliches Potenzial; die entsprechenden Böden liegen in den Tälern des Bogens der Küstenkordilleren, im Tiefland rund um den Maracaibosee und in den hoch gelegenen Llanos im Westen des Landes. Weitere 10% des Landes können mit Einschränkungen genutzt werden. Gegenden mit Drainageproblemen umfassen 18% des nationalen Territoriums, der Anteil von Böden mit geringer Fruchtbarkeit beläuft sich auf 32%, während 44% des Landes aus topographischen Gründen nicht bebaubar ist (Comerma/ Mogollón 1994).

Trotzdem verspricht der Anbau von Produkten wie Kaffee, Kakao, Palmöl, Zuckerrohr, Bananen, Kochbananen und Yucca Dank der geographischen Lage Venezuelas hohe Erträge. Beim extensiven und mechanisierten Anbau von Produkten mit einem kurzen Wachstumszyklus verfügt das Land dagegen mit Ausnahme von Reis nur über geringe Potenziale. Angesichts der Verfügbarkeit von Land mit einer begrenzten Nutzbarkeit für den Anbau von Pflanzen, dem Überfluss an Energie und riesiger Ländereien, die sich für Weiden eignen, besteht ein beachtliches Potenzial für die Produktion von Fleisch und Milch. Außerdem kann der Gemüseanbau in den Tälern der Küstenkordilleren eine beachtliche Entwicklung erfahren. Die vielen Küsten, die dem Land zugerechneten Meereszonen sowie die geringen Kosten für Benzin verleihen der Meeresfischerei vielversprechende Entwicklungsmöglichkeiten.

Zum Verständnis der Landwirtschaft und ihrer Probleme ist es unerlässlich, sich die verschiedenen geographischen Regionen des Landes vor Augen zu halten. Bekanntlich verfügt Venezuela über eine große Vielzahl von geographischen Regionen und agro-ökologischen Bedingungen, da es sich zu-

gleich um ein karibisches, andines, amazonisches und um ein Land mit großen Grasebenen (Llanos) handelt.



Aus geographischer Sicht sind folgende natürlichen Regionen zu unterscheiden:

- Der Bogen der Küstengebirge, die das Land vom Südwesten nach Nordwesten durchziehen; er besteht aus den Anden (einem Ausläufer der kolumbianischen Anden), der Formation Lara-Falcón mit vorwiegend semi-ariden Gebieten, der *Cordillera de la Costa* und dem östlichen Gebirgsmassiv.
- Das Maracaibo-Tiefland im Westen des Landes, mit feuchten und tropischen Zonen südlich des Sees und trockenen Zonen nördlich davon.
- Die Hochanden am südlichen Teil des Bogens der Küstenkordilleren (westliche, zentrale und östliche Hochebenen).
- Die tief gelegenen Llanos südlich der hohen Llanos; eine riesige, häufig überflutete Ebene am nördlichen Rand des Orinoco, zu denen vor allem die Llanos von Apure an der Grenze zu Kolumbien zählen.

- Das Orinoco-Delta, das Gebirgsmassiv von Guyana sowie die amazonische Ebene an der Mündung des Orinoco, eine Region mit Urwäldern und einer äußerst geringen Bevölkerungsdichte.

Dank dieser Charakteristika zählt Venezuela zu den zehn am meisten diversifizierten Ländern der Welt, was dem Land ein erhebliches touristisches Potenzial verleiht (FAO 2006; siehe auch den Beitrag von Heinrich Pachner in diesem Band).

Die wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionssysteme Venezuelas und ihre Lokalisierung gehen aus der folgenden Tabelle hervor.

**Tabelle 1: Natürliche Regionen, Produktionssysteme und Sektoren**

<b>Regionen</b>	<b>Systeme und Sektoren</b>
<b>Feuchte Küstentäler im Bogen der Küstenkordillern und das Maracaibo-Tiefland</b>	Kakaopflanzungen und Kleinparzellen mit Karibikkohl, Orangen, Bananen, Brotfrucht; Plantagen (Kochbananen, Bananen, Palmöl), Kokospalmplantagen.
<b>Hochtäler im Bogen der Küstenkordillern</b>	Früchte in hohen Zonen (Erdbeeren, Pfirsiche); Ackerbau in hohen Zonen (Kartoffeln, Knoblauch, Kopfsalat, Kohl, Karotten, Blumen etc.); Milchwirtschaft in hohen Zonen, Forellenzucht.
<b>Regionen</b>	<b>Systeme und Sektoren</b>
<b>Senken und mittlere Täler im Bogen der Küstenkordillern</b>	<b>Berghänge in Waldregionen:</b> Kaffeeanbau, kleinbäuerliche Betriebe (Mais, Yucca, Süßkartoffeln, Bananen). <b>In den Tälern:</b> Zuckerrohr sowie Früchte aus niedrigen Zonen (Orangen, Mangos, Bananen). <b>Gemüseanbau in niedrigen Zonen:</b> Tomaten, Zwiebeln, Paprika, Mais und Maissamen.
<b>Bergsockel und Hochllanos im Süden und Osten des Gebirgsbogens</b>	<b>Bergsockel – Hügel:</b> Rinderzucht und Milchwirtschaft, Mastbetriebe. <b>Bergsockel – Ebenen:</b> Zuckerrohr, extensiver mechanisierter Ackerbau: Mais, Sorghum, Sesam, Sonnenblumen, Baumwolle), intensiver Ackerbau (Reis, Tabak, Tomaten).
<b>Niedrige Llanos und die Orinokoebene</b>	Extensive Viehzucht, Büffelizeucht (Fleisch und Milch), kleinbäuerliche Betriebe in den Ebenen der Llanos: Bohnen, Yucca, Mais, Kleinbetriebe mit Baumwolle.

## 2. Der agrarische Nahrungsmittelsektor und seine Entwicklung

Laut Zensus von 1997 wurden von den 47 Mio. ha Land nördlich des Orinoco 30 Millionen von 500.000 landwirtschaftlichen Betrieben genutzt. Auf 21,6 Mio. ha wurde tatsächlich produziert, davon waren 3,4 Mio. ha Ackerland und der Rest im Wesentlichen Weiden. 650.000 ha wurden bewässert (400.000 privat und 150.000 öffentlich).

Die landwirtschaftliche Produktion macht nur einen geringen Teil des Bruttoinlandsprodukts aus. Seit den 1980er Jahren lag dieser bei etwa 5% mit einer leicht sinkenden Tendenz. Angesichts der Bedeutung der agroindustriellen Produktion und des Gewichts der modernen Landwirtschaft hat sie jedoch vielfältige Produktionsketten hervorgebracht. Nach einer Studie des *Instituto Interamericano para la Cooperación Agrícola* (IICA) über den tatsächlichen Beitrag zur Wirtschaft beläuft sich dieser entsprechend einem erweiterten Konzept von Landwirtschaft auf circa 21% des Bruttoinlandsprodukts. Der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung ist seit den 1980er Jahren klar zurückgegangen. 1981 waren 15,2% der Bevölkerung in landwirtschaftlichen Tätigkeiten beschäftigt, 1998 nur noch 10%. Gleichwohl wird die landwirtschaftliche Bevölkerung in den offiziellen Statistiken des *Instituto Nacional de Estadística* (INE) wahrscheinlich unterschätzt.<sup>1</sup>

Im Hinblick auf die sektorale Zusammensetzung der landwirtschaftlichen Produktion gab es seit Ende der 1960er Jahre keine signifikanten Änderungen. Die Proportionen zwischen Ackerbau und Viehzucht sind ungefähr gleich geblieben, wobei die Viehzucht geringfügig zugenommen hat. Allerdings haben sich innerhalb der jeweiligen Subsektoren erhebliche Verschiebungen ergeben. Bei der Viehzucht hat die Produktion von Rindern (Fleisch und Milch) gegenüber der Hühnerproduktion an Gewicht verloren. Von 1968-1972 machte die Rinderzucht 72% der Tierproduktion aus, während sie von 1998 bis 2003 nur noch bei 50% lag. Der Anteil der Hühnerproduktion stieg in dieser Zeit von 13% auf 34% der Tierproduktion.

Im Bereich des Ackerbaus sind die Änderungen weniger dramatisch. Die Getreideproduktion und insbesondere der Mais nahmen an Bedeutung zu, ebenso Hülsenfrüchte, Ölpalmen und die Sesamproduktion. Umgekehrt ver-

---

1 Die Informationen über den Umfang der Produktion stammen aus dem Landwirtschaftsministerium, die Berechnung des Wertes der Produktion zu konstanten Preisen und pro Kopf sind der *Base de Datos Agroalimentaria* der INNOVA entnommen (<[www.innovaven.org/bda.html](http://www.innovaven.org/bda.html)>; 20.12.2010).



loren Früchte, Gemüse und die traditionellen tropischen Produkte wie Kaffee, Kakao, Zuckerrohr und Tabak an Bedeutung. Die Struktur des Ackerbaus scheint sich ständig von den natürlichen Voraussetzungen des Landes zu entfernen.

### **3. Außenhandel mit Nahrungsmitteln**

Seit vielen Jahren ist Venezuela ein wichtiger Importeur von landwirtschaftlichen Produkten. Die Einfuhren betrugen je nach wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zwischen 800 Mio. und 2 Mrd. US\$ pro Jahr zwischen 1980 und 2003. Allerdings hat sich die Situation in den letzten Jahren dramatisch verändert. 2008 erreichten die Importe das Sechsfache des Niveaus von 1988 (FAO 2006). Diese dramatische Zunahme bei den Importen zog eine signifikante Veränderung bei der Zusammensetzung der Produkte nach sich. Der Anteil der Produkte, die den traditionellen Importen zuzurechnen sind (Getreide, Fette und Tierfutter), ist deutlich zugunsten anderer Produkte zurückgegangen, die inzwischen ein Drittel bis die Hälfte der Einkäufe im Ausland ausmachen. 2008 bestanden 16% der Importe aus Fleisch, davon tiefgefrorenes bzw. gekühltes Fleisch im Wert von ungefähr 1 Mrd. US\$. Hinzu kommen Importe von Lebendvieh. Insgesamt beliefen sich die Rindfleischimporte auf circa 1,5 Mrd. US\$ – eine Summe, die den gesamten Nahrungsmittelimporten des Jahres 2003 entsprach. Auch bei den Herkunftsländern der Importe ergaben sich wichtige Verschiebungen. Das Gewicht der Vereinigten Staaten, Argentiniens und Kanadas hat sich verringert, die Importe aus Kolumbien und Brasilien haben zugenommen.

Die Nahrungsmittlexporte Venezuelas weisen seit Ende der 1990er Jahre eine fallende Tendenz auf. Der Wert der Exporte bewegte sich 2008 auf einem ähnlichen Niveau wie während der ersten Jahre nach 1980; dies entsprach nur noch 19% des Wertes der Exporte gegen Ende der 1990er Jahre.

### **4. Die Besonderheiten der landwirtschaftlichen Entwicklung in Venezuela<sup>2</sup>**

Die landwirtschaftliche Entwicklung Venezuelas weist große Besonderheiten auf. Die Dynamik des Erdölsektors zerstörte die traditionelle Landwirt-

---

2 Die Informationen entstammen den Beschäftigungsstatistiken der staatlichen Statistikbehörde INE, 1. Halbjahr 2008.

schaft und ersetzte diese im Laufe der Zeit durch neue Formen der Produktion, die von außen implantiert wurden und wenig Beziehung zur traditionellen Produktion hatten. Die neuen Produktionseinheiten sind im Wesentlichen moderne Hühner- und Schweinefarmen, mittlere Betriebe mit einem hohen Mechanisierungsgrad im Bereich des Ackerbaus sowie eine semi-intensive Viehzucht, die zugleich Milch und Fleisch produziert. Der Markt, der sich vor allem über die Importe und nicht durch die interne Produktion entwickelte, wird vor allem von kommerziellen und agro-industriellen Sektoren beherrscht, die die Verteilungsnetze kontrollieren.

In den 1970er Jahren, als die Importsubstitution auch die Landwirtschaft erreichte, kamen eine Reihe von politischen Instrumenten zum Einsatz, durch die die Landwirtschaft vom Staat stark gefördert und *de facto* von ihm aufrechterhalten wurde. Die Landreform war ein wichtiger Bestandteil dieser Politik, da sie die kostenlose Nutzung öffentlicher Ländereien durch neue Produzenten ermöglichte. Durch die Vergabe von Parzellen an Kleinbauern sollten diese in die moderne Landwirtschaft integriert werden. Die kleinbäuerliche Produktion im Rahmen der Agrarreform wurde ganz besonders vom Staat gefördert und war von staatlichen Krediten, technischer Hilfe und der staatlichen Kommerzialisierung abhängig. Diese Entwicklung führte zu einer bedeutsamen Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion während der 1960er und einem guten Teil der 1970er Jahre.

Die Politik der landwirtschaftlichen Förderung und Unterstützung durch den Staat stieß Anfang der 1980er Jahre an ihre Grenzen und war nicht mehr in der Lage, das landwirtschaftliche Wachstum zu fördern und den Niedergang des Agrarreformsektors aufzuhalten. Unter diesen Bedingungen wurde eine neue Politik formuliert, deren Schlüsselemente die Aufrechterhaltung hoher Erzeugerpreise, die Kontrolle der Importe und der Devisen und die Subventionierung wichtiger Vorprodukte waren. Außerdem wurden die privaten Banken verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihrer Kredite an die Landwirtschaft zu Vorzugszinsen zu vergeben. Diese Politik führte zu einer raschen Zunahme der Produktion, die allerdings mit einer Verschlechterung der Situation im landwirtschaftlichen Sektor und einem starken Druck auf die Preise im landwirtschaftlichen Bereich verbunden war.

Das Stabilisierungs- und Anpassungsprogramm Ende der 1980er Jahre bedeutete für die Landwirtschaft die Eliminierung der Subventionen und Stützungsprogramme, die Reduzierung der Preisinterventionen für landwirtschaftliche Güter und die Beseitigung der Vorzugsbedingungen für landwirtschaftliche Kredite. Die Außenhandelspolitik blieb als einziger Mechanis-

mus zum Schutz der Landwirtschaft übrig, was sich aber als nicht ausreichend erwies.

Die wichtigsten Resultate dieser Politik waren der Fall der Preise für die Produzenten, eine Verringerung der Finanzierung infolge steigender Zinsen und eine hohe Markunsicherheit für die Grundprodukte. Dies alles resultierte in einem signifikanten Produktionsrückgang des landwirtschaftlichen Sektors. Die landwirtschaftliche Produktion ging zwischen 1988 und 1998 pro Kopf der Bevölkerung um 14% zurück und die bebaute Fläche nahm um 700.000 ha ab.

### **5. Die armen Sektoren auf dem Lande**

Eine Analyse der Landwirtschaft wäre unvollständig, wenn sie nicht die sozialen Sektoren berücksichtigen würde, die in der landwirtschaftlichen Produktion tätig sind und dabei vor allem diejenigen, die unter prekären Bedingungen arbeiten. Seit dem Beginn der Ölförderung ist die landwirtschaftliche Produktion durch Familienbetriebe fast vollständig verschwunden. Es kam zu einer Proletarisierung der betroffenen Bevölkerung – entweder in der Form, dass diese in der Stadt Arbeit sucht, oder aber auf dem Lande wohnen bleibt und dort vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebt.

Der Anteil der Arbeitskräfte auf dem Land, die sich als selbstständig oder als Arbeiter einschätzen, stieg von 33% im Jahre 1961 auf mehr als 44% im Jahre 1998, womit diese Gruppe inzwischen die Mehrheit der Beschäftigten in der Landwirtschaft darstellt. Wenn wir zudem noch die "Arbeiter auf eigene Rechnung" hinzuzählen, die zwar Lohnarbeiter sind, aber dennoch als Bauern gerechnet werden, dann ist die Feststellung nicht übertrieben, dass die Hälfte der aktiven Bevölkerung in der Landwirtschaft vom Verkauf ihrer Arbeitskraft lebt. 2007 lag der Anteil der Angestellten und Arbeiter bei 45,2%, und wenn man nur diejenigen betrachtet, die ein Einkommen deklarieren, bei 47%. Laut Landwirtschaftszensus von 1997 gab es mehr als 310.000 fest angestellte Arbeiter und etwas mehr als 1.120.000 Arbeiter mit saisonalen Beschäftigungsverhältnissen.

Hierbei bestehen erhebliche regionale Unterschiede. Dieser Prozess läuft sehr viel intensiver und schneller in den neuen Regionen der landwirtschaftlichen Entwicklung ab, wie in Zulia und Portuguesa, während er in den mehr traditionellen Zonen wie in den Anden und in den ländlichen Gegenden des Ostens sehr viel langsamer vonstatten geht. Zweifellos lebt mehr als die Hälfte der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung auf dem Land vom Verkauf

ihrer Arbeitskraft und genau darin liegt heute das Schlüsselproblem der venezolanischen Landwirtschaft.

Zusätzlich zu den Landarbeitern kann man die folgenden Gruppen als arm einstufen: die von der Agrarreform begünstigten Bauern, die Bauern, die in der Kaffeeproduktion und in den Hochtälern tätig sind, sowie die traditionellen Bauern, die ihre Parzellen in abgelegenen Zonen und in den agrarischen Grenzgebieten bearbeiten.

Die wichtigste Gruppe bei den Familienbetrieben, die auch ihren kulturellen Charakter als Kleinbauern bewahrt haben, sind die Kaffeeproduzenten und die Kleinbauern in den Hochtälern. Die Besitzer von Parzellen in entlegenen Zonen sind die wirtschaftlich und sozial am wenigsten bedeutsame Gruppe.

## 6. Die Entwicklung der Agrarpolitik und ihre Resultate

Die Phasen der Agrarpolitik werden in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

**Tabelle 2: Phasen der Agrarpolitik 1958-1998**

Periode	Charakteristika	Art der Politik
1958-1983	Unterstützungen durch den Staat	Agrarreformpolitik
1983-1988	weniger direkte Intervention, mehr Protektionismus	Förderung der Produktion
1989-1998	Öffnung und Liberalisierung	keine Sektorenpolitik notwendig

### *Unterstützung durch den Staat*

Diese Politik, die durch die Umverteilung von Ressourcen und direkte staatliche Interventionen gekennzeichnet war, durchlief Phasen des Auf- und Abstiegs. Vor 1958 gab es lediglich in eng begrenzten Bereichen eine Agrarpolitik. Zu verweisen ist hier auf die Pläne für bestimmte Produkte, insbesondere den "Nationalen Zuckerplan" von 1950 wie auch auf die Projekte der Kolonie Turén und das Bewässerungssystem von Guárico.

Zwischen 1958 und 1968 sehen wir den ersten Höhepunkt dieser Politik in Form der Agrarreform und durch politische Maßnahmen, die die Importsubstitution in Gang setzen. In dieser Phase waren die öffentlichen Kassen gut gefüllt und die Erfolge – mit gewissen Schwankungen – beachtlich. Zwischen 1968 und 1973, während der ersten Regierungszeit von Rafael Caldera, wurden das Tempo und die finanziellen Mittel zum ersten Mal reduziert.

In der Phase der nachfolgenden Regierung zwischen 1974 und 1978 kam es zu einem zweiten Anlauf bei dieser Politik, was durch den ersten Ölboom während der ersten Regierungszeit von Carlos Andrés Pérez erleichtert wurde. Die finanziellen Mittel multiplizierten sich, aber die Resultate entsprachen diesen nicht mehr. Zwischen 1979 und 1983, während der Regierung von Luis Herrera Campins, erschöpfte sich diese Politik endgültig.

#### *Weniger Intervention und mehr Protektionismus*

Die Erschöpfung der früheren Politiken führte zu einem Wandel der staatlichen Intervention. Schlüsselemente der neuen Politik waren hohe Erzeugerpreise, verbunden mit einer Kontrolle der Importe und der Devisen sowie der Subvention von wichtigen Vorprodukten. Die Dominanz der öffentlichen Finanzierung wurde durch eine erzwungene Beteiligung der Privatbanken ersetzt, die einen obligatorischen Anteil ihrer Kredite zu Vorzugszinsen an die Landwirtschaft geben mussten.

#### *Öffnung und Liberalisierung*

Die neue Strategie zielte auf eine größere Liberalisierung der Ökonomie, die Verringerung der staatlichen Intervention und eine Öffnung des Außenhandels, eine Liberalisierung des Wechselkurses und der Zinsen sowie auf eine profunde Reform der Handelspolitik. Bezogen auf die Landwirtschaft bedeutete diese Politik die Eliminierung der Subventionen und Unterstützungsprogramme, eine Abschwächung der Intervention in die Preisbildung bei agrarischen Gütern (und da, wo sie noch gewährt wurden, unterlagen sie keiner staatlichen Garantie mehr), schließlich die Abschaffung der Kredite zu Vorzugszinsen. Wie zu erwarten hatte diese Politik verheerende Folgen für die Landwirtschaft.

### **7. Der Landwirtschafts- und Ernährungssektor unter Chávez**

In der neuen Konstellation des Staates, die in der Verfassung von 1999 festgelegt ist, erhalten die ländliche Entwicklung und die Nahrungsmittelsicherheit einen neuen Stellenwert durch spezifische Verfassungsbestimmungen. Die Artikel 305-308 definieren die Grundsätze der staatlichen Politik in Fragen der Landwirtschaft, Nahrungsmittelsicherheit, der ländlichen Entwick-

lung und der Umverteilung des Bodens. Die wesentlichen Aspekte dieser neuen Regeln lauten:<sup>3</sup>

- Nahrungsmittelproduktion als nationales Interesse und als strategische Grundlage der nationalen Entwicklung; Vorrang der internen landwirtschaftlichen Produktion zur Erreichung eines strategischen Niveaus der Selbstversorgung; Kompensationszusagen an die Landwirtschaft für ihre komparativen Nachteile; dies alles, um die Ernährungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.
- Integrale ländliche Entwicklung: Förderung der Beschäftigung und des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung durch eine Ausstattung mit Infrastruktur, Vorprodukten, Krediten, Weiterbildungsmaßnahmen und technischen Hilfen.
- Beseitigung des Großgrundbesitzes und der missbräuchlichen Nutzung der Böden durch eine Besteuerung nicht genutzter Böden sowie Überführung des Bodens in landwirtschaftliche Nutzung.
- Förderung und Schutz von kooperativen kleinen Unternehmen und Produzentenzusammenschlüssen im Rahmen eines kollektiven Eigentums durch Finanzierung, Weiterbildung und technische Unterstützung.

Dieses zentrale Gerüst an Normen wurde durch eine Anzahl von Gesetzen umgesetzt, dessen wichtigstes das “Gesetz für Boden und landwirtschaftliche Entwicklung” darstellte, das neben einer Normierung aller Fragen des Bodenbesitzes auch einen neuen institutionellen Rahmen für den Agrarsektor beinhaltete. Außerdem reformierte dieses Gesetz die “Besondere Landwirtschaftliche Rechtsprechung”, indem es für die entsprechenden Gerichtshöfe neue Normen festlegte. Die 2008 im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes erlassenen neuen Gesetze, die sich auf die Landwirtschaft und den ländlichen Raum beziehen, stellen wichtige Veränderungen und einen neuen normativen Rahmen dar, der aber zum großen Teil erst in Ansätzen wirksam ist.<sup>4</sup>

---

3 Die Ausführungen stützen sich auf die Artikel 305-308 der Verfassung von 1999.

4 Die wichtigsten Gesetze sind *Ley Orgánica Seguridad Soberanía Agroalimentaria*, *Ley de Salud Agrícola Integral*, *Ley de Beneficios y Facilidades de Pago para las Deudas Agrícolas de Rubros Estratégicos para la Seguridad y Soberanía Alimentaria*, *Ley de Crédito para el Sector Agrario* y *Ley del Banco Agrícola de Venezuela*.

## **8. Eingesetzte Ressourcen**

Wenn sich irgendwo die Verfassungsnorm über die Priorität der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit deutlich artikuliert hat, dann ist es im Einsatz von öffentlichen Mitteln. Die hierfür bestimmten Mittel haben sich vervielfacht und liegen deutlich über dem Niveau jeder der vorausgegangenen Perioden. Dabei handelt es sich nicht nur um reguläre Haushaltsmittel, sondern auch um solche, die direkt von der staatlichen Ölgesellschaft PDVSA stammen. Sie liegen drei- bis sechsmal über den realen Ausgaben in der Phase zwischen 1969 und 1993. Diese öffentlichen Mittel werden verschiedenen Programmen zugeordnet, zu denen die folgenden zählen:

### *1) Die Finanzierung des Agrarsektors aus öffentlichen Mitteln*

Die hierfür bestimmten Mittel sind in den letzten Jahren gegenüber den 1980er und 1990er Jahren enorm gestiegen. Nach der Wirtschaftskrise von 2002-2003 haben sie geradezu exponentiell zugenommen und bewegen sich in etwa auf dem Niveau des Kreditvolumens der Privatbanken für den Agrarsektor. Inflationsbereinigt liegt der Zuwachs bei 364%.

### *2) Direkte Transfers über die sozialen Missionen*

Zusätzlich zu den Transfers in Form von Krediten für die Landwirtschaft hat die Regierung eine Anzahl von sozialen Programmen entwickelt, die "Missionen" genannt werden und die ebenfalls eine große Zahl von direkten Transfers beinhalten wie etwa Stipendien, Subventionen von bestimmten Produkten sowie diverse Formen der Bezahlung von Arbeit und Dienstleistungen. Unter diesen Missionen sticht die Mission "Vuelvan Caras" hervor, die 650.000 Stipendiaten monatlich mit 150 US\$ versorgt hat. Darüber hinaus werden über die Missionen "Robinson", "Ribas", "Sucre", "Guaicaipuro" wie auch über die Stiftung "Bolivarische Front der sozialen Kämpfer" dank der Stipendien, die von Gemeindebanken und den kommunalen Räten bezahlt werden, Transfers geleistet. Zu diesen Transfers kommen noch subventionierte Nahrungsmittel, die über die staatliche Ladenkette MERCAL sowie die Mission "Ernährung" laufen, die 2008 ungefähr 2 Mrd. US\$ gekostet haben und damit gegenüber 2005 auf das 18-fache gestiegen sind (Memorias y Cuentas del Ministerio de la Alimentación 2005, 2008).

### *3) Die Entwicklung einer parallelen Nahrungsmittelversorgung*

Der Staat hat damit begonnen, ein paralleles System der Nahrungsmittelversorgung zu schaffen in der Absicht, die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Das wird bewerkstelligt durch das Entwicklungsministerium mithilfe der

Verteilung von Nahrungsmitteln durch das Landwirtschaftsministerium, mithilfe der *Corporación Venezolana Agraria* und durch die staatliche Ölgesellschaft PDVSA mit ihren Dienstleistungen im Bereich der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie.

Bei der Verteilung der Nahrungsmittel bewerkstelligt die *Corporación de Abastecimiento y Servicios Agrícolas* (CASA) den nationalen Einkauf und die Importe der Mission "Ernährung", während MERCAL als öffentliche Einrichtung zur kommerziellen Verteilung der Nahrungsmittel inzwischen über 16.500 Verkaufsstellen verfügt, die ca. 70% der Bevölkerung erreichen (PDVSA 2007).

Im Bereich der Industrie und der Dienstleistungen hat die *Corporación Venezolana Agraria* (CVA) einen regelrechten staatlichen Komplex von Industrien und Dienstleistungen geschaffen. Sie hat im Jahre 2006 48 industrielle und Dienstleistungsprojekte auf den Weg gebracht und jeden Tag werden es mehr – 2008 waren es mehr als 60 Projekte.

Die PDVSA Agrícola hat ihrerseits 14 agroindustrielle Komplexe von Derivaten etabliert und 59 Zentren für die Unterstützung der nationalen Agroindustrie. Darüber hinaus hat sich ein Projekt zur Produktion von Ethanol entwickelt, mit dem sie elf neue Zentralen zur Verarbeitung des Zuckerrohrs zwischen 2009 und 2012 plant, von denen mindestens vier wirklich gebaut werden (siehe Anmerkung 2).

#### *4) Subventionen von Importen und der internen Produktion*

Die Nahrungsmittelimporte werden mit öffentlichen Mitteln subventioniert, um die Preise für Nahrungsmittel niedrig zu halten, was zu einem erheblichen Teil zu den Verlusten der Mission "Ernährung" beiträgt. An erster Stelle stehen dabei die direkten Subventionen der Importe, die durch den Staat getätigt werden, von denen die wichtigsten die Einkäufe auf Auslandsmärkten durch die "Corporación CASA" sind, die mehr als 70% dieser Käufe ausmachen und seit 2005 um beinahe 200% gestiegen sind. Zu diesem bedeutsamen Volumen an Subventionen muss man den Effekt hinzurechnen, der durch die Überbewertung der Währung entsteht und der den importierten Produkten zugutekommt und den importierten Produkten gegenüber den einheimischen einen komparativen Vorteil von bis zu 50% verschafft. Und schließlich gibt es direkte und indirekte Subventionen der landwirtschaftlichen Produktion, die – gemessen an ihrer Bedeutung – deutlich geringer einzuschätzen sind als die Subventionen für die Importe. Hierzu zählen



die direkten Subventionen für bestimmte agrarische Produkte (Mais, Reis, Zuckerrohr) und die Subventionen für landwirtschaftliche Kredite.

#### *5) Umfangreiche Infrastrukturprogramme*

Bei der Infrastruktur hat es zweifellos bei den öffentlichen Investitionen im ländlichen Bereich ein Wachstum gegeben. Gleichwohl ist die Verbesserung der Lebenssituation in den kleinen Gemeinden im ländlichen Raum nicht vorrangig der Verbesserung der Infrastruktur geschuldet, sondern der Erhöhung der Einkommen der ländlichen und bäuerlichen Bevölkerung. Das Problem war dabei weniger der Mangel an Mitteln als vielmehr die begrenzte Fähigkeit des öffentlichen Sektors, diese sinnvoll einzusetzen.

### **9. Resultate**

#### *Zusammenfassende Bilanz*

Die eingesetzten Mittel stehen in keinem Verhältnis zu den erzielten Resultaten. Wir sind mit geringfügigen Verbesserungen auf dem Gebiet der internen Nahrungsmittelproduktion, bei der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft wie auch bei der Nahrungsmittelsicherheit und der Nahrungsmittelsouveränität konfrontiert. Wir sehen begrenzte Fortschritte in Bezug auf die Beseitigung des Grundbesitzes und bei der Entwicklung einer parallelen Struktur der sozialen Produktion. Sehr wohl aber gibt es beachtliche Fortschritte bei der Verbesserung der Einkommen der ländlichen Bevölkerung und bei der Unterstützung der ländlichen und bäuerlichen Bevölkerung durch die Regierung.

#### *Entwicklung der einheimischen Nahrungsmittelproduktion*

Beim Ackerbau hat sich die Produktion zwischen 1998 und 2007 nur um 10% erhöht, eine jährliche Wachstumsrate von 1,1%. Dieses beschränkte Wachstum ist dem Zuwachs bei der Produktion von Getreide zu verdanken, die um 69% bei einer jährlichen Rate von 6% gewachsen ist. Der Mais, mit einem Wachstum von 160% in dieser Periode, erklärt 91% des Wachstums im Ackerbau. Lässt man den Zuwachs beim Getreide unberücksichtigt, dann hat sich die Produktion beim Ackerbau um 3% pro Kopf der Bevölkerung verringert.<sup>5</sup>

---

5 Die Information entstammt der *Gaceta Ganadera*, für Details siehe <[www.innovaven.org/bda.html](http://www.innovaven.org/bda.html)>.

Bei den tropischen Früchten, bei denen das Land über einen natürlichen Vorteil verfügt und die im Zentrum einer nachhaltigen Landwirtschaft stehen sollten, finden wir eine beachtliche Reduzierung der Produktion. Der Anbau von Mango pro Kopf der Bevölkerung liegt bei 58% des Wertes von 1998, bei Kochbananen und Bananen ist die Produktion um 50% zurückgegangen. Die Produktion von Gemüse und Früchten hat sich um 14% verringert, die von traditionellen tropischen Produkten um 12% und die von Kaffee und Kakao um 10%.

Die geringe Produktion von frischem Gemüse und Früchten erklärt zum guten Teil den Preisdruck bei den Nahrungsmitteln. Während der Index der Konsumentenpreise und der Index der agroindustriellen Produkte bei 1.260 Punkten lagen (1997 = 100), betrug der Index bei nicht verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten 4.800 Punkte, was zu einem guten Teil den Unterschied zwischen der Inflationsrate bei den Nahrungsmitteln und bei der allgemeinen Inflation erklärt.

Die Tierproduktion hat in ihrer Gesamtheit keine durchweg positiven Resultate gezeigt. Ihr bescheidenes Wachstum ist vor allem auf die Hühnerproduktion zurückzuführen, die einen nur sehr geringen einheimischen Produktionsanteil hat. Zwischen 1998 und 2006 ist die Tierproduktion um 10% gestiegen, was pro Kopf der Bevölkerung eine Verringerung um 4,9% ausmacht. Dieses Wachstum beläuft sich ohne Vögel und Eier auf 3,3%, was umgerechnet auf die gesamte Bevölkerung auf eine Verringerung von mehr als 10% hinausläuft.

Angesichts der Tatsache, dass der Kampf gegen den Großgrundbesitz sich auf die Zonen mit Viehzucht konzentriert, ist es notwendig, sich die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges bei der Produktion und dem Konsum von Rindfleisch anzuschauen sowie die Entwicklung der Herden, die dieser zugrunde liegt. Der Konsum von Rindfleisch ist 2004 regelrecht explodiert und von ca. 16 kg pro Person und Jahr auf 23 kg angestiegen. Zweifellos haben das Wirtschaftswachstum und auch die Zunahme bei den Einkommen die Nachfrage nach diesem Produkt signifikant erhöht. Genau das Gegenteil jedoch ist bei der Produktion geschehen insofern, als die einheimische Produktion von 17 kg pro Person und Jahr auf weniger als 11 kg zurückgegangen ist, was eine enorme Lücke zwischen Produktion und Konsum geöffnet hat, die nur durch Importe geschlossen werden konnte.

Dabei wird die folgende Dynamik sichtbar: Das beschleunigte Wachstum beim Konsum führt zu einer Verknappung und zu erhöhtem Preisdruck. Dies veranlasst die Regierung, Importe zuzulassen. Diese Importe, zu Präfe-

renzdollars und durch öffentliche Subventionen gefördert, haben einen komparativen Vorteil gegenüber der einheimischen Produktion, weshalb diese zurückgeht. Die Rindfleischimporte steigen von 4.300 t in der Periode von 2001-2003 auf 350.000 t im Jahr 2008. Auf der anderen Seite führt diese Situation in Verbindung mit anderen Faktoren dazu, dass die Rinderherden nicht wachsen, sondern seit 2004 mit einem Wachstum von lediglich 2% praktisch unverändert bleiben. Die neuen Produzenten und Organisationen, die aus dem Reformprozess hervorgegangen sind, leiden wie die übrigen Rinderzüchter unter dem negativen Effekt der Importe und einer makroökonomischen Politik, die diese fördert.

#### *Ernährungssicherheit und Souveränität*

Angeichts einer wachsenden internen Nachfrage und einer nur mäßigen Zunahme der internen landwirtschaftlichen Produktion wuchsen die Importe schneller als die nationale Produktion und der Anteil der Importe beim Nahrungsmittelkonsum nahm zu. Zwischen 2003 und 2008 nahmen die Importe von Nahrungsmitteln um das Fünffache zu, während die einheimische landwirtschaftliche Produktion lediglich um 18% stieg. Die Importe bei pflanzlichen Produkten verdoppelten sich zwischen 2007 und 2008 und die des Nahrungsmittelsektors insgesamt um 81%, während die Importe allgemein nur um 8% zunahmen. Damit stieg der Anteil der Nahrungsmittelimporte an den gesamten Importen von 10% auf 17%.<sup>6</sup> Die Notwendigkeit, die Bevölkerung zu ernähren und die Preise bei den Grundnahrungsmitteln niedrig zu halten sowie die makroökonomische Politik, die die Importe bevorzugt, haben genau das Gegenteil einer nationalen Ernährungssouveränität erreicht.

Darüber hinaus sind Probleme beim Zugang zu Nahrungsmitteln aufgetreten, die die Nahrungsmittelsicherheit einschränken und die aus der Knappheit oder dem Mangel an Produkten resultieren, die für die Ernährung der Venezolaner von Bedeutung sind. Zu erwähnen sind hier die hohen Preise für frische Produkte. Der Knappheitsindex der Zentralbank von Venezuela zeigt eine kontinuierliche Zunahme der Verknappung seit dem ersten Halbjahr 2005 bis zum zweiten Halbjahr 2007, um dann anschließend 2008

---

6 Die Importe nach Kap. 1-24 des Klassifikationssystems der Zollbehörde, die international als landwirtschaftlich klassifiziert werden, stiegen von 3.070 Mrd. US\$ im Jahre 2007 auf ca. 7,6 Mrd. im Jahre 2008 nach Daten der staatlichen Statistikbehörde INE. Die stärkste Zunahme erfuhren die Importe aus Brasilien (347%), gefolgt von den USA (235%) und Kolumbien (ca. 100%).

wieder zu sinken, was offensichtlich der Effekt der explosionsartigen Zunahme der Importe bei Nahrungsmitteln war (Nota de Prensa del BCV, 05.12.2008). Ein zentraler Aspekt bei der Knappheit ist die Preiskontrolle, die ohne jede ökonomische Rationalität implementiert wird und die einerseits eine Verknappung der Produkte und zum anderen eine Missachtung der Kontrollen hervorruft. Die kontrollierten Produkte und insbesondere die Nahrungsmittel mit regulierten Preisen verschwinden sehr viel häufiger aus den Regalen als die nicht kontrollierten Produkte.

Ein anderes Phänomen, das die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln berührt und insgesamt auch die Frage der Nahrungsmittelsicherheit, ist das Preisniveau. Die Preise für die von der Zentralbank als landwirtschaftlich bezeichneten Güter, die unverarbeitete landwirtschaftliche Güter sind, sind regelrecht explodiert und liegen um das Vierfache über dem Konsumentenindex. Die Politik der Preiskontrolle vermag es nicht, mithilfe der subventionierten Preise in der staatlichen Ladenkette MERCAL die Preiserhöhung bei Nahrungsmitteln einzuschränken und damit den für die unteren Einkommensgruppen negativen Effekt einzudämmen. Während der Konsumentenindex 2009 bei 1.135 Punkten lag (Basisjahr 1997 = 100), lag der Index bei Nahrungsmitteln und Getränken ohne Alkoholika bei 1.667. Das heißt, dass die Nahrungsmittelpreise um 47% mehr gestiegen sind als die Lebenshaltungskosten insgesamt (Hernández 2010c).

#### *Beseitigung des Grundbesitzes und Entwicklung einer parallelen Ökonomie*

Die erzielten Erfolge sind sehr bescheiden und die Fortschritte stellen keinen wichtigen Wandel im landwirtschaftlichen Sektor des Landes dar. Betrachtet man die vom Reformprozess betroffene Fläche, dann ist die vom *Instituto Nacional de Tierras* (INTI) verteilte Fläche durchaus nicht unbedeutend, wenngleich sie lediglich ca. 10% der für landwirtschaftliche Zwecke genutzten Fläche des Landes betrifft. Von den ca. 2 Mio. ha, die seit Inkrafttreten des Landreformgesetzes durch die Hände des INTI gegangen sind, wurden von dieser Institution 31% als Großgrundbesitz klassifiziert. Dabei sollte man allerdings die Bedeutung der wiedergewonnenen Ländereien berücksichtigen, da in verschiedenen Produktionszusammenhängen die Ausdehnung der Ländereien unterschiedlich zu gewichten ist. Die Flächen der wiedergewonnenen Ländereien sind in solchen Bundesstaaten von besonderer Bedeutung, in denen die extensive Viehzucht dominiert – wie etwa in den niederen Llanos und in den wenig besiedelten Gegenden des Bundesstaates Bolívar. Tatsächlich repräsentieren die sechs Staaten, in denen diese Art der

Produktion vorherrscht, 72% der Ländereien, die durch die Hände des INTI gegangen sind. Darüber hinaus kann man beobachten, dass die wiedergewonnenen Grundstücke von einer riesigen Ausdehnung sind, die – mit Ausnahme des Bundesstaates Barinas – 10 Mio. ha überschreiten.

Die Bekämpfung des Grundbesitzes ist in diesen Regionen im dortigen soziopolitischen Umfeld von großer symbolischer Bedeutung, denn ein guter Teil der Besitztümer befand sich in den Händen von wirtschaftlich sehr mächtigen Familien und Gruppen, die in großen Städten lebten und die den Grundbesitz mehr als Symbol des sozialen Prestiges und als schicke Liebhaberei betrachteten denn als Quelle ihres Wohlstands. Gleichwohl ist die ökonomische Bedeutung der Umstrukturierung bei den Besitzverhältnissen sehr gering, denn die extensive Viehzucht ist das erste und schwächste Glied in der Produktionskette von Rindfleisch, wo die dominanten Akteure die großen Schlachthäuser und die Fleischgroßhändler sind.

Was die Eingliederung neuer Produzenten angeht, sind die Effekte weniger klar. Die vom INTI zur Verfügung gestellten Informationen zeigen, dass ungefähr 87.000 Familien mit einer Fläche von 4 Mio. ha betroffen sind. Dies bedeutet, dass man es mit etwas weniger als 160.000 Personen zu tun hat, die neu in der Landwirtschaft beschäftigt sind beziehungsweise die sich in Produzenten und nicht in lohnabhängige Arbeiter verwandelt haben. Gleichwohl aber gibt es keine Belege dafür, dass die Zahl der Produzenten bzw. der Beschäftigten zugenommen hat oder dass die der abhängig Beschäftigten abgenommen hat. Nach den Beschäftigungsstatistiken der staatlichen Statistikbehörde INE hat die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen in den letzten drei Jahrzehnten abgenommen. 2008 waren es 43.000 Personen weniger als 2003.

Auf der anderen Seite nimmt nach den Statistiken derselben Behörde die Zahl derer, die sich als Bauern, Viehzüchter oder ähnlichen Berufen zugehörig definieren, um 87.000 Personen ab. Zugleich steigt aber zwischen 1998 und 2008 die Zahl derer, die als Arbeiter oder Angestellte im landwirtschaftlichen Berufen tätig sind.<sup>7</sup> Die Neustrukturierung der Besitzverhältnisse hat nicht in nennenswertem Umfang neue Produzenten inkorporiert. Die Dimensionen, mit denen wir es zu tun haben, sind bescheiden und haben die Beschäftigungsstruktur im landwirtschaftlichen Bereich nicht wirklich verändert.

---

7 Die Informationen entstammen den Beschäftigungsstatistiken der staatlichen Statistikbehörde INE, 1. Halbjahr 2008.

Offenkundig hat es bei den Kooperativen im landwirtschaftlichen Bereich ein bedeutsames Wachstum gegeben, wenn auch mit verschiedenen Graden der Konsistenz und Solidität. In einigen Fällen sind diese aus tatsächlichen Bedürfnissen und aus den Entscheidungen der Betroffenen hervorgegangen; in anderen sind sie nur ein Instrument, um an billige Kredite zu kommen, ohne dass ein allzu ausgeprägter Wille zur Zurückzahlung vorhanden wäre (Alonso 2007). Allerdings spielen die organisatorischen Formen, die vom Staat befürwortet werden, wie PAIS SARAO, NUDES und Fundos Zamoranos, keine herausragende Rolle in der Landwirtschaft und auch nicht innerhalb des kooperativen Sektors. Von den von INTI verteilten Ländereien sind lediglich 9% (180.000 ha) an die "Fundos Zamoranos" gegangen, während 59% an Individuen vergeben wurden. Wenn wir die Informationen des INTI zugrunde legen, existieren 84 "Fundos Zamoranos", die 450.000 ha bebauen. Dort funktionieren 443 Kooperativen mit insgesamt 6.631 Mitgliedern. Wenn dies zutrifft, dann ist die Bedeutung dieser Organisationen außerordentlich gering. Sie repräsentieren 0,7% der in landwirtschaftlichen Tätigkeiten Beschäftigten im Jahr 2008 und 2,3% der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

#### *Verbesserung der Lebensbedingungen in den ländlichen Raum*

Alles scheint darauf hinzudeuten, dass die Einkommen der ländlichen und der in landwirtschaftlich Berufen tätigen Bevölkerung erheblich angestiegen sind. Da sich aber für die gesamte Bevölkerung eine Verbesserung ergeben hat, ist es schwierig zu zeigen, wie sich die Unterschiede zwischen Land und Stadt verringert haben. Gleichwohl können wir zeigen, dass die Einkommen der in landwirtschaftlichen Aktivitäten beschäftigten Bevölkerung im ersten Halbjahr 2007 62% der Einkommen in nicht landwirtschaftlichen Bereichen betragen, ein Verhältnis, das sehr viel besser ist als in jedem der vorausgegangenen Jahrzehnte. Darüber hinaus kann man festhalten, dass der Prozentsatz der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als 200.000 alten Bolívaes bei der ländlichen Bevölkerung nur einen sehr kleinen Teil ausmacht (16%) und sich in einer ähnlichen Größenordnung wie bei Personen bewegt, die in anderen Aktivitäten tätig sind. Dies macht deutlich, dass auf dem Land eine Reduzierung der extremen Armut stattgefunden hat.

Ein Element, das die bei der ländlichen Entwicklung erzielten Erfolge einschränkt, ist das Wachstum der persönlichen Unsicherheit und der Kriminalität auf dem Lande. Die Unsicherheit und die mit der Kriminalität ver-

bundene Gewalt haben in landwirtschaftlichen Bundesstaaten geradezu exponentiell zugenommen (CENDES 2010).

### **10. Die verfassungsmäßigen Vorgaben und die Umsetzung in Politik**

Die begrenzten Erfolge bei der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik hängen damit zusammen, dass die staatliche Politik einige Elemente der verfassungsmäßigen Vorgaben ins Zentrum gerückt und anderen wenig Bedeutung zugemessen hat. Um die Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten, wurde den Importen Vorrang gegeben und nicht der internen Produktion. Angesichts der Alternative zwischen der Versorgung zu niedrigen Preisen und der landwirtschaftlichen Entwicklung hat die Regierung eindeutig die erste Option gewählt, indem sie die Importe als Lösung des Versorgungsproblems privilegierte und die Käufe im Ausland hoch subventionierte. Diese Option wurde durch die Garantie ergänzt, über ein System von rigiden Preiskontrollen und hohen direkten und indirekten Subventionen für ein öffentliches Verteilernetz Zugang zu einem Warenkorb von Grundnahrungsmitteln zu erhalten. In diesem Kontext zählen teilweise die Konsumenten mit niedrigen Einkommen zu den Gewinnern; verloren haben dabei die interne landwirtschaftliche Entwicklung und die Lebensmittelsouveränität.

Priorität erhielt der Kampf gegen den Großgrundbesitz, wohingegen die einheimische landwirtschaftliche Produktion wenig Schutz und Unterstützung bekam. Die Umsetzung der Verfassungsnormen betont die Probleme, die aus der Verteilung von Ressourcen im landwirtschaftlichen Sektor herrühren – insbesondere die Beseitigung des Grundbesitzes – wie auch eine integrale ländliche Entwicklung, bei der es vor allem um den Schutz und die Unterstützung der armen ländlichen Bevölkerung geht. Alles, was mit dem Schutz und der Unterstützung landwirtschaftlicher Aktivitäten im Allgemeinen zusammenhängt, bleibt sekundär. Das Gesetz zur landwirtschaftlichen Entwicklung wird damit zum Zentrum der Aktivitäten der Regierung im landwirtschaftlichen Bereich, wohingegen der Rest der Politiken für diesen Sektor ängstlich und zufällig ist. Trotz der neuen gesetzlichen Vorgaben zur Finanzierung der Landwirtschaft und der Vermarktung hat die Fünfte Republik gegenüber der Landwirtschaft eine Schuld angehäuft, da sie nicht in der Lage war, eine Politik umzusetzen, die das Schema überwindet, das zu Beginn der 1990er Jahre mit der Politik der Öffnung und Liberalisierung etabliert wurde.

Die Preis-, Import- und Exportpolitik bleibt riskant und wenig stabil. Die Unterstützung der Investitionen auf lange Sicht, die technologische Entwick-

lung und die Verbesserung der Produktivität sind sehr beschränkt und prekär. Der Schwerpunkt liegt bei der direkten staatlichen Intervention und auf neuen Akteuren, die im Reformprozess entstanden sind, und weniger bei der Einbindung existierender landwirtschaftlicher Produzenten.

Auf der anderen Seite richtet sich die neue Politik deutlich darauf, den Staat durch eine direkte Intervention als wirtschaftlichen Agenten zu stärken und seine Kontrolle über die wirtschaftliche Dynamik zu erhöhen, indem er eine neue parallele Wirtschaft schafft, unterstützt durch neue Produktionsorganisationen und seine eigene Intervention. Die Förderung der privaten Investitionen und die Anwendung transparenter, universeller und nicht diskretionärer Regeln zur Steuerung der Aktivitäten wirtschaftlicher Akteure zählen nicht zu den Prioritäten der Regierung. Die Teilnahme des privaten Sektors und die Vereinbarungen mit diesem unterliegen den wechselnden Bedürfnissen der Regierung und sie sind der Strategie untergeordnet, den von ihr propagierten Prozess des Wandels voranzubringen.

Übersetzung aus dem Spanischen: Andreas Boeckh

### Literaturverzeichnis

- Alonso, Osvaldo (2007): *Nuevas formas de propiedad y de gestión de las organizaciones en la transición hacia el Socialismo del Siglo XXI*. Caracas.
- Asamblea Nacional, Constitución de la República Bolivariana de Venezuela (1999): *Gaceta Oficial*, Número 36.860, 30.12.1999.
- Asamblea Nacional (2009): "Logros de la Revolución Bolivariana 1999-2008". In: <www.asambleanacional.gob.ve>. Documentos de Interés/Documentos Varios.
- (2010): "Leyes Sancionadas y Vigentes". In: <www.asambleanacional.gob.ve/Leyes>.
- BCV (Banco Central de Venezuela) (2010): "Información Estadística". In: <www.bcv.org.ve/c2/indicadores.asp>.
- (2007): Informe Junio 2007 del IPC AMC del BCV (Presentación en MS PowerPoint).
- Comerma, Juan/Mogollón, Luis (1994): *Los Suelos de Venezuela*. Caracas.
- FAO, VENEZUELA (2006): *Nota de Análisis Sectorial: Agricultura y Desarrollo Rural FAO-CAF*. Roma.
- FEDEAGRO (2006): *Opciones para una Propuesta de Productividad, Precios y Racionalización de Costos en la Cadena Productiva del Maíz*. Caracas.
- Gaceta Ganadera* (2010): Indicadores: <www.gacetagandera.com/seccion2.asp?seccion=Indicadores>.
- Hernández, Juan Luis (2008): *Elementos claves para la discusión sobre la problemática agraria Venezolana*. Mérida.



- (2009a): “Evolución y resultados del sector agroalimentario en la V República”. In: *Cuadernos del CENDES*, 26, 72, S. 67-100.
- (2009b): *Buscando Claves para Avanzar en la inclusión Social Misión Zamora: Sistematización de la Experiencia*. Caracas.
- (2009c): *Buscando Claves para Avanzar en la inclusión Social Misión Alimentación: Sistematización de la Experiencia*. Caracas.
- (2010a): “La agricultura en Venezuela”. In: *Temas de Formación Sociopolítica*, 12-13. Caracas.
- IICA (Instituto Interamericano de Cooperación para la Agricultura) (2004): *Más que Alimentos en la Mesa: La Real Contribución de la Agricultura a la Economía*. Caracas.
- INE (Instituto Nacional de Estadística) (2010): “Comercio Exterior”. In: <[www.ine.gov.ve/comercio/comercioindice.asp](http://www.ine.gov.ve/comercio/comercioindice.asp)> (06/2010).
- (2001): *VI Censo Agrícola 1997 Resultados Preliminares Instituto Nacional de Estadísticas*. Caracas.
- (varios Años) “Indicadores de la Fuerza de Trabajo”. In: <[www.ine.gov.ve/hogares/SeleccionHogares.asp](http://www.ine.gov.ve/hogares/SeleccionHogares.asp)> (06/2010).
- INNOVA (2010): *Base de Datos Agroalimentaria de INNOVA* (<[www.innovaven.org/BDA](http://www.innovaven.org/BDA)>; 06/2010).
- INTI (Instituto Nacional de Tierras) (2008): *Presentación sobre la Misión Zamora para los investigadores sobre las Misiones Sociales de la Open Society Institute*. Caracas.
- MPPAL (2005-2008): *Memorias y Cuentas*. Caracas.
- MPPAT (2007/08): *Memoria y Cuenta Ministerio del Ministerio de Agricultura y Tierras*. Caracas.
- PDVSA: Informe de gestión anual 2007 y 2008 (<[www.pdvsa.com/](http://www.pdvsa.com/)>; 08/2009).
- PROVEA: *Informes anuales 2006 a 2008*. Caracas.
- SUDEBAN: “Boletines de Prensa”. In: <[www.sudeban.gob.ve/inf\\_estadistica.php](http://www.sudeban.gob.ve/inf_estadistica.php)> (06/2009).



**Klaus Schaeffler**

## **Die außenwirtschaftlichen Beziehungen. Venezuela in verschiedenen Integrationsräumen**

### **1. Die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen Venezuelas im 20. Jahrhundert**

Zu Beginn des letzten Jahrhunderts hatte Venezuela mit der Last von aufgelaufenen Auslandsschulden sowie deren massiver Einforderung durch die damaligen Großmächte zu kämpfen. Dem vorausgegangen war nach der Bewältigung der internen Konflikte ein schwieriger Prozess der politischen Konsolidierung, der erst die Grundlage für eine internationale Anerkennung schuf. Vor dem Hintergrund dieser zunächst anfänglich instabilen Relationen mit dem Rest der Welt gestaltete sich auch die Institutionalisierung einer systematischen Außenwirtschaftspolitik genauso langsam und schwierig wie die Konsolidierung des Staates selbst (Cardozo de Silva/Hillmann 2003).

Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts noch relativ isoliert von der internationalen Wirtschaft und bis zum Beginn der internationalen Vermarktung des venezolanischen Erdöls in diesem Zeitabschnitt wurde die venezolanische Exportwirtschaft fast ausschließlich von Kaffee- und Kakaoausfuhren getragen. Zusammen mit der Herstellung der innenpolitischen Stabilität konzentrierten sich die Bemühungen der Regierung unter Juan Vicente Gómez (1908-1935) außenpolitisch auf die Sicherung der Landesgrenzen und die Begleichung der Auslandsschulden (Cardozo de Silva/Hillmann 2003).

Die in diesem Zeitraum stattfindende Transformation Venezuelas in ein Erdöl produzierendes und exportierendes Land leistete damals einen wichtigen Beitrag zur Neudefinierung der Konzeptionen von Stabilität und Ordnung, die auch die Außenpolitik beeinflusste. Die Aufnahme der kommerziellen Produktion und des Exports von Erdöl in größerem Umfang nach dem ersten Weltkrieg haben gleichzeitig eine neue außenwirtschaftliche Struktur Venezuelas begründet und diese bis heute festgeschrieben. Die Öl-export-/Gesamtexportquote erreichte bereits Anfang der 1930er Jahre zeitweise über 80%. Mit den Vereinigten Staaten, bereits damals der wichtigste Handelspartner Venezuelas, schloss das Land eine Reihe von außenwirtschaftlichen Vereinbarungen ab (Morón 1964).

Nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Jahren der vom Kalten Krieg gekennzeichneten internationalen Beziehungen, ergaben sich für Venezuela nicht nur Bedrohungen von außen, sondern gleichzeitig auch neue Chancen. Eine relativ lange Periode demokratischer Stabilität begünstigte die Entfaltung einer zunehmend aktiven Außen- und Außenwirtschaftspolitik.

1960 gab Venezuela zusammen mit dem Irak, dem Iran, Kuwait und Saudi-Arabien den Anstoß zur Gründung der OPEC (*Organization of the Petroleum Exporting Countries*), eines Zusammenschlusses Erdöl produzierender Länder, der mittlerweile 13 Mitgliedsstaaten angehören, um gemeinsame Interessen gegenüber den Verbraucherländern zu wahren und durch eine Regulierung der internationalen Rohölproduktion für stabilere Ölpreise zu sorgen (Keller 2004).

Unabhängig vom Erdöl jedoch wurden mit Beginn der demokratischen Periode Venezuelas die Diversifizierung und Neuordnung der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zu einem Teil der außenpolitischen Agenda des Landes. Ab 1964, während der Regierung unter Raúl Leoni (1964-1969), nahm Venezuela an der UNCTAD (*United Nations Conference on Trade and Development*) teil. 1966, sechs Jahre nach ihrer Gründung, trat Venezuela der lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC (*Asociación Latinoamericana de Libre Comercio*) bei. Anfang 1974, unter der Regierung Rafael Caldera (1969-1974), schloss sich Venezuela dem vier Jahre zuvor ins Leben gerufenen Andenpakt an, dem damals neben Venezuela die Länder Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru angehörten. Der Eintritt Venezuelas in den Andenpakt machte wegen der darin enthaltenen Meistbegünstigungsklausel die Kündigung des Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten erforderlich.

Bedingt durch Phasen hoher Erdölpreise in den 1970er Jahren unter der Regierung Carlos Andrés Pérez (1974-1979) und noch einmal Ende der 1980er Jahre erzielte Venezuela in rund 20 Jahren mehr Deviseneinkommen als in seiner gesamten vorherigen Geschichte. Am Ende dieser Periode hatte das Land jedoch wenig wirtschaftliches und sozialpolitisches Kapital daraus geschlagen. Schon bald zeigten sich die Folgen der übermäßigen Außenorientierung der venezolanischen Wirtschaft und der Vernachlässigung einer Diversifizierung ihrer Produktionsstruktur (Keller 2004), obwohl man bereits seit den 1950er Jahren – wie auch anderswo in Lateinamerika – auf das Modell der Importsubstituierung setzte, das mithilfe hoher Zölle und dirigistischer staatlicher Eingriffe den Aufbau eigener Industrien und die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigen sollte. Es wurden kaum Anstrengungen un-

ternommen, die Arbeitsproduktivität und damit auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu erhöhen, und nennenswerte Exportkapazitäten außerhalb des Erdölsektors konnten nicht geschaffen werden (Keller 2004). Aufgrund der aus den Erdölexporten rührenden hohen Devisenerlösen und der daraus resultierenden chronischen Überbewertung der heimischen Währung entstanden Anreize für umfangreiche Einfuhren von Gütern, die im Inland zu diesen Preisen nicht hätten hergestellt werden können. Problematisch dabei war und blieb bis heute stets die starke Abhängigkeit vom Erdölsektor, der zeitweise für über 90% der Außenhandelserlöse verantwortlich war und gegenwärtig knapp 95% der auf den Außenhandel entfallenden Deviseneinnahmen bestreitet (siehe Tab. 1). Venezuelas Wirtschaft blieb in all diesen Jahren unverändert stark anfällig für die Folgen von Schwankungen der Rohstoffpreise auf den Auslandsmärkten. Trotz des Überflusses an natürlichen Ressourcen konnte Venezuela paradoxerweise deshalb auch nicht der internationalen Verschuldungswelle der Länder der Dritten Welt in den achtziger Jahren entfliehen (Cardozo de Silva/Hillmann 2003); fallende Erdölpreise führten zu einer Schuldenkrise, die 1983 ihren vorläufigen Höhepunkt mit der Abwertung der lange Zeit stabilen heimischen Währung erreichten.

Die Konzentrierung auf kritische Probleme im Zusammenhang mit der Regimestabilität, die zunehmend drückende Schuldenlast und regionale Konflikte (Malvinas/Falkland, Mittelamerika) reduzierten zunächst die außenwirtschaftspolitische Präsenz unter den Regierungen Luis Herrera (1979-1984) und Jaime Lusinchi (1984-1989), um dann von Anstrengungen hinsichtlich einer Verbesserung der außenwirtschaftlichen Koordinierung mit regionalen Partnern abgelöst zu werden.

Soziale Proteste und fehlgeschlagene Militärputsche im Februar und November 1992 führten zu einer Erosion der Legitimität der zweiten Regierung unter Carlos Andrés Pérez (1989-1993), der im Mai 1993 seines Amtes enthoben wurde. Der Stellenwert, den die Handelsliberalisierung und wirtschaftliche Integration während der nicht vollendeten Regierungszeit von Pérez einnahmen, wurde unter der Übergangsregierung von Ramón J. Velázquez und der zweiten Regierung Caldera (1994-1999) in seiner Bedeutung reduziert (Cardozo de Silva/Hillmann 2003).

Der IWF (Internationaler Währungsfonds) wurde zunehmend kritisiert, obwohl 1996 ein Beistandspakt ausgehandelt werden musste, mithilfe dessen ein wirtschaftliches Anpassungsprogramm implementiert wurde. Mit den Präsidentschaftswahlen von 1998 kam Oberstleutnant Hugo Chávez an die

Macht, mit dem sich Stil und Inhalt der venezolanischen Außenwirtschaftspolitik stark veränderten. Bilaterale wirtschaftliche Beziehungen und die regionalen Integrationsansätze wurden danach mehr geopolitischen und geostrategischen als wirtschaftlichen Zielen unterworfen. Infolge dieser Neuorientierung waren die Jahre nach 1998 von einer geographischen Schwerpunktverlagerung der venezolanischen Außenwirtschaftspolitik gekennzeichnet sowie vom Abschluss zahlreicher internationaler Wirtschaftsvereinbarungen mit neuen Handels- und Kooperationspartnern.

## 2. Das Verhältnis Venezuelas zu den USA

Venezuela und die USA sind wirtschaftlich eng miteinander verflochten. Als der weltweit siebtgrößte Erdölexporteur und der größte der westlichen Hemisphäre zählt Venezuela zu den Hauptlieferanten der USA, die für Venezuela gleichzeitig der bedeutendste Abnehmermarkt dieses Rohstoffs sind. Dies gilt auch noch, nachdem die venezolanischen Erdölexporte in die USA in den letzten Jahren sukzessive gesunken sind und der Anteil des Erdöls aus Venezuela an den amerikanischen Erdölimporten, der in den 1960er Jahren rund 50% betrug, ebenfalls zurückging. Waren es 1997 noch 1,77 Mio. Fass/Tag, so importierten die USA zehn Jahre später nur noch 1,36 Mio. Fass/Tag aus Venezuela, was rund 10% ihrer Rohölgesamteinfuhren ausmacht (EIA). Damit blieben die USA jedoch der größte Abnehmer Venezuelas und sein wichtigster Handelspartner. Von den Ausfuhren Venezuelas in Höhe von insgesamt über 100 Mrd. US\$ wurden 2008 mit 49,8% die Hälfte an den Nachbarn im Norden ausgeliefert, gefolgt von den Niederländischen Antillen mit 8% (Erdöl an die PDVSA-eigene Raffinerie auf Curaçao) und China mit 4,7% (vgl. Tab. 1 und 2).

**Tabelle 1: Entwicklung des venezolanischen Außenhandels 1995-2008  
(in Mrd. US\$)**

	1995	2003	2005	2008
Gesamtexporte	16,02	27,71	57,41	100,10
Erdöl und -derivate	11,06	18,79	48,98	94,52
% der Gesamtexporte	69,00	67,80	85,30	94,40
Andere	4,96	8,92	8,43	5,58
% der Gesamtexporte	31,00	32,20	14,70	5,60
Gesamtimporte	13,59	8,34	21,85	45,13

Quelle: Banco de Comercio Exterior (Bandoex)/Gerencia de Inteligencia Comercial.

**Tabelle 2: Entwicklung des venezolanischen Außenhandels mit ausgewählten Ländern 2004-2008 (in Mrd. US\$)**

	2004	2005	2008
<b>USA</b>			
Einfuhren aus Venezuela	21,77	28,07	49,82
Ausfuhren nach Venezuela	4,85	6,66	11,85
Handelsaustausch	26,62	34,73	61,67
<b>China</b>			
Einfuhren aus Venezuela	0,26	0,28	4,72
Ausfuhren nach Venezuela	0,45	1,04	4,22
Handelsaustausch	0,71	1,32	8,94
<b>Kolumbien</b>			
Einfuhren aus Venezuela	1,08	1,41	1,01
Ausfuhren nach Venezuela	1,69	2,40	6,76
Handelsaustausch	2,77	3,81	7,77
<b>Brasilien</b>			
Einfuhren aus Venezuela	0,25	0,30	0,90
Ausfuhren nach Venezuela	1,23	1,99	4,07
Handelsaustausch	1,48	2,29	4,97
<b>Kuba</b>			
Einfuhren aus Venezuela	1,01	3,55	3,82
Ausfuhren nach Venezuela	0,11	0,53	0,36
Handelsaustausch	0,12	4,08	4,18
<b>Deutschland</b>			
Einfuhren aus Venezuela	0,19	0,37	1,11
Ausfuhren nach Venezuela	0,49	0,64	1,36
Handelsaustausch	0,68	1,01	2,47

Quelle: Banco de Comercio Exterior (Bandoex) Gerencia de Inteligencia Comercial.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung zwischen den beiden Ländern spiegelt sich aber auch in der Struktur der venezolanischen Einfuhren wider. So stammten 2008 nach vorläufigen Angaben 11,9 Mrd. US\$ oder 26,3% der Gesamteinfuhren Venezuelas in Höhe von 45,1 Mrd. US\$ aus den USA, mit weitem Abstand gefolgt von Kolumbien mit 15,0% und China mit 9,4% (vgl. Tab. 1 und 2).

Die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Venezuela manifestieren sich ebenfalls bei den Investitionen. Die USA sind der

größte Auslandsinvestor in Venezuela. Auf amerikanischem Territorium sind die Raffinerien der amerikanischen Golfküste, an denen der größte Teil der venezolanischen Erdölimporte angelandet wird, mit der für die Raffinierung mittelschwerer venezolanischer Rohöle erforderlichen Technologie ausgestattet. Dort besitzt auch die staatliche venezolanische Erdölholding PDVSA (Petróleos de Venezuela, S.A.) mit der Citgo Corporation ihre weltweit größte Auslandsfiliale. Die in Houston (Texas) beheimatete Citgo betreibt drei Raffinerien mit einer kombinierten Produktionskapazität von 755.000 Fass/Tag sowie zahlreiche Pipelines, Ölterminals und ein bedeutendes Tankstellennetz im Süden der USA mit rund 14.000 Servicestationen.

Die venezolanische Regierung hat unter Präsident Chávez außenwirtschaftspolitisch Nord- und Südamerika zwei unterschiedlichen Blöcken zugeordnet und die Absichten der USA zurückgewiesen, neben Mexiko auch Chile und sogar Venezuela zu den Bedingungen Washingtons in das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (*North American Free Trade Agreement*) aufzunehmen. Trotz dieser Ablehnung und den wachsenden Bemühungen Venezuelas um eine Reduzierung der traditionellen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA durch den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu neuen Handelspartnern wie China, Russland, Weißrussland, Vietnam, Iran und Indien hat sich am Gewicht der USA in der venezolanischen Außenhandelsstatistik sowohl auf der Seite der Einfuhren als auch der Ausfuhren bis heute wenig geändert.

Die politischen Beziehungen der beiden Länder waren in den letzten Jahren von starken Spannungen geprägt. Besonders der venezolanische Präsident Chávez übte sich in antiamerikanischen Gebärden und Beschimpfungen seines amerikanischen Amtskollegen George W. Bush. Lautstark zwischen beiden Regierungen über Mikrofon-Diplomatie ausgetragene Meinungsunterschiede standen auf der Tagesordnung. Venezuela beendete die formale militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, verweigerte der US-Drogenüberwachung Überflugrechte und kündigte zeitweise die Zusammenarbeit mit der amerikanischen DEA (*Drug Enforcement Agency*) auf. Die USA verhängten ihrerseits ein Waffenembargo über Venezuela und entzogen hohen venezolanischen Militärs die Einreisevisa. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern erreichten schließlich einen vorläufigen Tiefpunkt mit der im Oktober 2008 erfolgten Ausweisung des amerikanischen Botschafters durch Venezuela, der umgehend die Ausweisung des venezolanischen Botschafters aus den USA folgte. Die wirtschaftliche Realpolitik blieb aber selbst von Friktionen dieses Umfangs weitgehend unbeeinflusst.



und die bilateralen Handelsbeziehungen gestalteten sich nach wie vor ziemlich reibungslos. Zu groß ist die gegenseitige Abhängigkeit. Die USA brauchen venezolanisches Öl und Venezuela braucht die USA als Absatzmarkt für sein Erdöl (Maihold 2008) und als nahe gelegenen Beschaffungsmarkt für eine große Zahl von Gütern, die im Monoproduktionsland Venezuela nicht hergestellt werden.

### **3. Venezuela als Mitglied regionaler wirtschaftlicher Integrationsbündnisse**

Venezuela ist Gründungsmitglied der 1980 über den Vertrag von Montevideo gegründeten lateinamerikanischen Integrationsvereinigung ALADI (*Asociación Latinoamericana de Integración*), der Rechtsnachfolgerin der Lateinamerikanischen Freihandelszone ALALC. Im Rahmen des Vertrags von Montevideo verfolgen die insgesamt zwölf Mitgliedsstaaten der ALADI Ziele im Zusammenhang mit der Förderung des intraregionalen Handels, der gegenseitigen Gewährung von Zollpräferenz und der Markteröffnung für Mitgliedsstaaten ohne Gegenseitigkeitsprinzip.

Obwohl Venezuela Anrainerstaat der Karibik ist, hat es in der 1973 gegründeten Karibischen Gemeinschaft CARICOM (*Caribbean Community and Common Market*), die aus der Karibischen Freihandelszone CARIFTA (*Caribbean Free Trade Area*) hervorging und 15 Mitglieder hat, nur Beobachterstatus.

Bei den Verhandlungen zur Gründung des Andenpakts, die 1969 mit der Unterzeichnung des Abkommens von Cartagena erfolgte, war Venezuela noch dabei. Das Land gehörte dann zunächst jedoch nicht zu den Gründungsmitgliedern. Diese waren Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru. Venezuela schloss sich dem Pakt zum 1. Januar 1974 an und Chile kehrte demselben am 30. Oktober 1976 den Rücken zu. Aus dem Andenpakt wurde 1997 die andine Staatengemeinschaft CAN (*Comunidad Andina de Naciones*). Im April 2006 erklärte dann Venezuelas Staatspräsident ohne vorherige Konsultationen mit Wirtschaftsvertretern seines Landes völlig überraschend den Austritt aus diesem Integrationsbündnis und forderte Bolivien gleichzeitig dazu auf, dasselbe zugunsten des Gemeinsamen Markts Südamerikas MERCOSUR (*Mercado Común del Sur*) zu verlassen, was bisher jedoch noch nicht geschah.

Als Grund für den Austritt nannte Präsident Chávez das im November 2005 zwischen Peru und den USA geschlossene Freihandelsabkommen – es trat zum 1. Februar 2009 in Kraft – sowie den im Februar 2006 zwischen den

USA und Kolumbien unterzeichneten Handelsvertrag, der von den USA allerdings noch nicht ratifiziert wurde. Nach Meinung des venezolanischen Staatspräsidenten waren diese beiden Abkommen sowie die damals zwischen Quito und Washington laufenden Wirtschaftsverhandlungen geeignet, die Grundlagen der Andengemeinschaft zu zerstören. Der Austritt Venezuelas entfaltet seine volle Wirkung fünf Jahre nach der Austrittserklärung.

Gleichzeitig mit dem Verlassen der Andengemeinschaft gab Venezuela bekannt, die Mitgliedschaft im 1991 gegründeten MERCOSUR anzustreben, dem bisher die Länder Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehörten. Die Umsetzung dieser Ankündigung erfolgte bereits drei Monate später im Juli 2006, als Venezuela fünftes Mitglied des MERCOSUR wurde. Das Land verpflichtete sich, binnen vier Jahren den derzeit gültigen Normenbestand dieses Wirtschaftsverbunds zu übernehmen. Der Zollunion soll Venezuela erst bis 2014 voll beitreten (Husar/Maihold 2006). Zurzeit hat Venezuela jedoch noch kein Stimmrecht im MERCOSUR. Der brasilianische Senat hat dem Beitritt nach langem Zögern im Dezember 2009 zugestimmt; die Zustimmung des Parlaments von Paraguay steht noch aus und kann erst erfolgen, wenn die Mehrheit ihren Widerstand gegen den Beitritt aufgibt.

#### **4. Die Neuausrichtung der venezolanischen Außenwirtschaftspolitik ab 1999**

Im Gleichklang mit der Außenpolitik hat auch die Außenwirtschaftspolitik Venezuelas unter Präsident Hugo Chávez neue Wege eingeschlagen. Bereits kurz nach Beginn seiner Amtszeit machte der venezolanische Staatspräsident den Kurswechsel deutlich. So führte ihn eine seiner frühen Überseereisen in den Irak, wo er im August 2001 als erster und einziger westlicher Staatsoberhaupt nach dem Golfkrieg von 1991 Saddam Hussein besuchte, und nach Libyen. Auf den überaus zahlreichen Reisen der folgenden Jahre besuchte Chávez unter anderen Ländern und zum Teil wiederholte Male den Iran, China, Russland, Weißrussland, Vietnam und Indien – Länder, deren Staatsoberhäupter und Regierungschefs diese Besuche erwiderten und mit denen im Laufe der Jahre zahlreiche Kooperationsabkommen geschlossen wurden.

Auf seinen häufigen Überseereisen hat sich Chávez das Konzept einer multipolaren Welt angeeignet und die Rolle Venezuelas im internationalen Konzert neu definiert. Nach dieser neuen Definition soll die Abhängigkeit von den Ländern der "Ersten Welt", vor allem von den USA, abgebaut und Multipolarität an die Stelle von Unipolarität treten. Im Vordergrund stehen

dabei die Diversifizierung im Sinne einer Auffächerung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, neue Integrationsansätze in Lateinamerika sowie die Verwendung des Erdöls als Hauptinstrument der venezolanischen Hemisphärenpolitik.

In Lateinamerika selbst hat Venezuela aufgrund der steigenden Erdölpreise und der daraus resultierenden Erhöhung seiner Importkapazität den Außenhandel mit den Nachbarstaaten Kolumbien und Brasilien stark ausgeweitet, wobei diese beiden Länder in ihrem bilateralen Handel mit Venezuela wachsende Handelsbilanzüberschüsse verbuchen konnten (vgl. Abb. 2). Aber auch Argentinien profitierte vom neuen Reichtum Venezuelas und fand in dem Land einen Erdöllieferanten für die Behebung seiner vorübergehenden Engpässe in der lokalen Energieversorgung sowie einen aufnahmefähigen Absatzmarkt für Fleisch, landwirtschaftliche Erzeugnisse und eine Reihe von anderen Produkten. Zwischen staatlichen Energieunternehmen beider Länder wurde eine bilaterale Zusammenarbeit aufgenommen, Venezuela orderte in Argentinien den Bau von Tankschiffen und kaufte in großem Umfang argentinische Schuldentitel auf, die sonst niemand haben wollte.

Im karibischen Raum ist auf die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung Venezuelas mit Kuba hinzuweisen. Aufgrund des Umfangs und der Vielschichtigkeit dieser Beziehungen werden diese von einigen Autoren bereits in den Zuständigkeitsbereich der venezolanischen Innenpolitik verwiesen.

Zur multipolaren Vision von Chávez und seiner außenwirtschaftlichen Kurskorrektur gehört aber auch die Stärkung der OPEC (Ecker 2005). Bereits kurz nach seiner Wahl im Dezember 1998 gab der venezolanische Staatspräsident bekannt, dass Venezuela nicht mit Saudi-Arabien um den US-amerikanischen Markt konkurrieren werde. Auch beendete er die von seinen Amtsvorgängern verfolgte Politik, die von der OPEC festgelegten Produktionsquoten zu verschmähen, und zeigte sich in den letzten zehn Jahren jedes Mal, wenn ein Rückgang der Erdölpreise drohte, regelmäßig als starker Befürworter der Verringerung dieser Produktionsquoten. Es muss allerdings in diesem Zusammenhang festgehalten werden, dass gerade Venezuela in jüngster Zeit – zusammen mit einigen anderen Mitgliedern des Ölkartells – den im Rahmen der OPEC getroffenen Vereinbarungen mehrmals nicht nachkam und die Förderquoten überschritt, für die das Land selbst gestimmt hatte.

#### *4.1 Diversifizierung der internationalen Kooperation*

Neben einigen anderen Ländern sind es in erster Linie China, der Iran und Russland, mit denen Venezuela in den letzten Jahren zahlreiche Kooperationsverträge geschlossen und seine Wirtschaftsbeziehungen stark ausgebaut hat. Es ist allerdings nicht von der Hand zu weisen, dass die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern nicht nur außenwirtschaftlichen Überlegungen folgt, sondern maßgeblich auch aus geopolitischen und politisch-ideologischen Gründen geschieht.

##### *4.1.1 Die asiatische Karte*

Während die offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen Venezuela und China bis in das Jahr 1974 zurückreichen, wurden vor allem die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den Jahren ab 1999 zu einem wichtigen Bestandteil der Neuordnung der venezolanischen Außenpolitik. Der venezolanische Staatspräsident stattete China in diesen Jahren fünf Staatsbesuche ab: den ersten 2001 und den bisher letzten im September 2008, einen Monat nach der Ausweisung des US-amerikanischen Botschafters aus Venezuela.

Ende 2007 vereinbarten Venezuela und China die Einrichtung eines gemeinsamen Entwicklungsfonds, aus dem gemeinsame "strategische Projekte" finanziert werden sollen. China verpflichtete sich zu einer Einzahlung von 4 Mrd. US\$ in den Fonds, dessen Volumen mit insgesamt 6 Mrd. US\$ beziffert wurde, Venezuela sollte 2 Mrd. US\$ beisteuern. Es ist nicht bekannt, ob Venezuela seiner Einzahlungsverpflichtung bisher nachkam. Bei der von China beigesteuerten Summe handelt es sich nach chinesischen Quellen um das größte Darlehen, das China bisher einem Drittland zur Verfügung stellte. Die Amortisierung dieses Darlehens seitens Venezuelas erfolgt über Erdöllieferungen. Laufzeit, Preise und andere Konditionen wurden ebenfalls nicht veröffentlicht.

Bereits anlässlich des im Herbst 2008 erfolgten Besuches von Präsident Chávez in Peking wurde eine Aufstockung des Entwicklungsfonds auf 12 Mrd. US\$ vereinbart. Es handelte sich dabei um eine von zwölf neuen Wirtschaftsvereinbarungen. Zu ihnen gehörten unter anderen die Aktualisierung eines im Mai 2008 geschlossenen energiewirtschaftlichen Abkommens, die Übereinkunft zum Bau einer Raffinerie in der chinesischen Provinz Guangdong mit einer Verarbeitungskapazität von 400.000 Fass/Tag, zusätzlich zu einer bereits vorher beschlossenen Errichtung einer neuen Raffinerie. Damit wurden nach offiziellen venezolanischen Verlautbarungen zwischen

Venezuela und China bisher insgesamt 275 Vereinbarungen getroffen. Diese beinhalten – neben der gemeinsamen Inangriffnahme landwirtschaftlicher Entwicklungsprojekte – den Technologietransfer im Zusammenhang mit der Errichtung von Produktionsanlagen in Venezuela für die Montage von elektrischen Haushaltsgeräten, Computern und Mobilfunktelefonen. Auch soll China Venezuela bei Eisenbahnprojekten und im sozialen Wohnungsbau unterstützen.

Die Kooperation auf dem Gebiet der Telekommunikation geht über den Zusammenbau von Mobilfunktelefonen hinaus. Spektakulär in diesem Bereich war der erste kommerzielle Satellit Venezuelas, der in China gefertigt wurde und auch von chinesischem Boden am 30. Oktober 2008 in eine Erdumlaufbahn geschossen wurde. Es handelt sich um den Kommunikationssatelliten “Simón Bolívar”, der nach Angaben der venezolanischen Regierung Radio- und Fernsehübertragungen, der Übermittlung von Ausbildungs- und Erziehungsprogrammen sowie den Gesundheitsdiensten in abgelegenen Landstrichen der lateinamerikanischen Länder dienen soll.

Der Warenaustausch zwischen China und Venezuela erreichte 2008 wertmäßig knapp 9 Mrd. US\$. Kernstück des Handels zwischen den beiden Ländern ist für Venezuela das Ziel, bis 2012 1 Mio. Fass/Tag Rohöl nach China zu exportieren, womit China als Empfängerland venezolanischen Erdöls nach heutigem Stand fast mit den USA gleichziehen würde. 2005 verschiffte Venezuela nach offiziellen Angaben durchschnittlich 39.000 Fass/Tag Rohöl nach China, 2006 waren es 80.000 Fass/Tag, und 2008 sollen es rund 300.000 Fass/Tag gewesen sein. Bloomberg bezifferte das Volumen der venezolanischen Erdölexporte für 2008 mit 168.000 Fass/Tag (<[www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=auVRU1EXUAb4#](http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=newsarchive&sid=auVRU1EXUAb4#)>). China seinerseits betreibt die Intensivierung des Handels mit Venezuela – wie auch den mit einigen anderen lateinamerikanischen Ländern – in erster Linie unter den Gesichtspunkten einer langfristigen Sicherung von Rohstoffen sowie dem Absatz von Industrie- und Konsumgütern. Im Falle Venezuelas ist China vor allem an Erdöl interessiert und es betrachtet Venezuela bereits heute neben Ländern wie Angola, Saudi-Arabien, dem Iran oder Russland, die weniger weit von China entfernt sind, als einen supplementären Öllieferanten. Neben der großen Entfernung zwischen den beiden Ländern besteht ein weiteres Problem allerdings darin, dass der staatliche Erdölkonzern PDVSA umfangreiche Investitionen benötigt, um die Zusagen erfüllen zu können. Diese werden zum Teil von chinesischen Erdöl-

firmen beigesteuert, die sich momentan als Partner in Explorations- und Förderprojekten im Orinoco-Gürtel engagieren.

Während seiner häufigen Reisen nach Peking ließ der venezolanische Staatspräsident, ähnlich wie bei seinen Besuchen im Iran oder in Russland, kaum eine Gelegenheit aus, die Vereinigten Staaten zu provozieren. Anders die chinesische Seite, die sich darum bemüht, die Beziehungen zu Venezuela auf eher diskrete Weise zu gestalten, schon um nicht allzu sehr den Argwohn der Vereinigten Staaten zu wecken.

Die wachsende Kooperation mit Vietnam dient nach Aussagen des venezolanischen Staatspräsidenten zunächst dazu, "gemeinsam die Flagge des Sozialismus hochzuhalten". Aber es bleibt wohl nicht dabei. Anlässlich eines Besuches des vietnamesischen Staatspräsidenten Nguyen Minh Triet in Caracas wurde im November 2008 ein Abkommen zwischen der staatlichen vietnamesischen Erdölgesellschaft Petro-Vietnam und der venezolanischen PDVSA unterzeichnet. Das Abkommen, das Vorhaben im Wert von 11,4 Mrd. US\$ umfassen soll, beinhaltet bilaterale Projekte zur Förderung schweren Erdöls im Orinoco-Gürtel sowie den Bau einer Raffinerie in Vietnam mit einer Verarbeitungskapazität von 200.000 Fass/Tag. Auch wurde bei dieser Gelegenheit ein gemeinsamer Investmentfonds in Höhe von 200 Mio. US\$ aufgelegt sowie der Bau einer Fabrik in Venezuela für die Montage leichter Lastwagen vereinbart.

Von Japan hat Venezuela zu nicht bekannten Konditionen einen Kredit in Höhe von 3 Mrd. US\$ erhalten, der mit zukünftigen Erdöllieferungen abgesichert wurde. Verhandlungen über weitere Darlehen in einer ähnlichen Größenordnung haben zu keinem konkreten Ergebnis geführt. Beide Länder unterzeichneten 2009 jedoch insgesamt zwölf Kooperationsabkommen und vier Absichtserklärungen, im Rahmen derer Venezuela umfangreiche Investitionen aus Japan bei der Exploration und Förderung von Erdgas und Erdöl in Venezuela sicherstellen wollte. Der Wortlaut dieser Abkommen wurde ebenfalls nicht veröffentlicht.

In außenwirtschaftlicher Sicht spielt Chávez die asiatische Karte, um in erster Linie die wirtschaftliche Abhängigkeit seines Landes von den USA zu verringern und Venezuela den Zugang zu chinesischen und auch japanischen Krediten, Investitionen und fortgeschrittener Technologie zu erschließen.

#### *4.1.2 Russland und Weißrussland*

Die vor allem nach 2002 einsetzende Verschlechterung der politischen Beziehungen zwischen Venezuela und den USA wurde begleitet von einer po-

litischen und wirtschaftlichen Annäherung von Chávez an Russland. Im Vordergrund des venezolanischen Interesses standen dabei der Erwerb von Waffen, die Durchführung gemeinsamer Energie- und Bergbauprojekte, Investitionen im Finanzsektor und verschiedene andere Projekte. Im Zusammenhang mit Russland sprach der venezolanische Staatspräsident verschiedentlich vom Aufbau einer strategischen Allianz der beiden Länder, die Venezuela vom "Yankee Imperialismus" befreien werde.

Zwischen 2005 und 2007 unterzeichneten Russland und Venezuela zwölf Abkommen über russische Waffenlieferungen nach Venezuela. Diese reichten von AK-47 Gewehren über den Bau einer Munitionsfabrik, Panzer, Hubschrauber und Unterseeboote bis hin zu Kampffjets. Der Wert der vereinbarten Waffenlieferungen, die erst zum Teil erfolgt sind, wird auf 12-15 Mrd. US\$ geschätzt.

Die außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen Venezuela und Russland beschränken sich jedoch nicht nur auf Waffengeschäfte. Da weder Russland noch Venezuela im Bereich internationaler Spitzentechnologien wettbewerbsfähig sind und beide Länder stark von der Vermarktung von Rohstoffen abhängig sind, ergab sich – auch seitens Russlands – ein Interesse an der Zusammenarbeit bei fossilen Energieträgern und im Bergbau. Ungeachtet der starken preislichen Schwankungen bei diesen Rohstoffen setzen sowohl Caracas als auch Moskau auf das Öl als Schlüssel zur Ausweitung ihres internationalen Einflusses (Cohen/Walser 2008).

Ein Konsortium, bestehend aus fünf russischen Erdölfirmen, kooperiert mit der venezolanischen PDVSA bei der Exploration und Ausbeutung der umfangreichen Schwerölrreserven im Orinoco-Gürtel. Das russische Erdölkonglomerat "Gazprom" studiert die Erschließung venezolanischer Gasreserven und die Bildung eines von Venezuela vorgeschlagenen Gaskartells zwischen Russland, dem Iran und Katar. Nach dem Abgang kanadischer Unternehmen hat eine russische Bergbaugesellschaft den Zuschlag für den Abbau von Golderzen erhalten. Auch wurde zwischen den beiden Ländern über die Bereitstellung von russischer Technologie für den Bau eines Nuklearreaktors in Venezuela zur Energiegewinnung gesprochen, ohne dass hierzu bisher konkrete Vereinbarungen bekannt wurden.

Beim Besuch von Dmitrij Medwedew in Caracas im November 2008, dem ersten eines russischen Staatspräsidenten in Venezuela, wurde ein Abkommen im Umfang von 4 Mrd. US\$ zu Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsbank unterzeichnet. Ziel dieser Bank soll es sein, eine Anzahl von Projekten der verarbeitenden Industrie und im Bergbau zu finanzieren.

Am Rande der OPEC-Konferenz in Wien im März 2009 unterzeichnete Venezuela ein weiteres Abkommen mit Russland im energiepolitischen Bereich. Nach Angaben des venezolanischen Energieministeriums beinhaltet dieses Abkommen Vereinbarungen über russische Direktinvestitionen in Höhe von "mindestens sechs Milliarden US\$" für die Prospektion und Förderung schweren Erdöls im Orinoco-Gürtel.

Parallel zu Russland hat Venezuela Wirtschafts- und Energieabkommen mit dem von internationalen Sanktionen betroffenen Weißrussland geschlossen. Bisher beschränken sich diese Abkommen weitgehend auf die Lieferung von Waffen nach Venezuela, entweder direkt oder über Russland.

#### *4.1.3 Iran*

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die in den letzten Jahren wachsende Zusammenarbeit Venezuelas mit dem Iran beiden Ländern dazu dient, ihre außenpolitischen Ziele zu bündeln. So haben Venezuela und der Iran innerhalb der OPEC eine Allianz gebildet, um ein Gegengewicht zur Partnerschaft zwischen Saudi-Arabien und den USA zu bilden. Venezuela unterstützt als einziges westliches Land die iranische Nuklearpolitik. Es war auch das einzige Land, das sich im September 2005 der den Iran verurteilenden Resolution der Internationalen Agentur für Atomenergie (IAEA) widersetzte. Der Iran seinerseits erhielt von Präsident Chávez die Möglichkeit einer wachsenden Präsenz in Venezuela zugestanden, die dazu geeignet sein kann, die USA zu irritieren.

Seit Beginn seiner Amtszeit stattete Chávez dem Iran fünf Staatsbesuche ab. Bei seinem ersten Venezuela-Besuch Anfang 2007 wurde Präsident Ahmadinejad von Präsident Chávez als ein "großer Verfechter des Friedens" begrüßt. Beide Präsidenten fanden sich in ihrer gemeinsamen Ablehnung des von ihnen angeprangerten US-Imperialismus.

Die Beziehungen zwischen dem Iran und Venezuela entbehren jedoch nicht einer kommerziellen Dimension. Zwischen 2005 und 2007 haben die beiden Länder nach eigenen Angaben 82 bilaterale Vereinbarungen unterzeichnet, mithilfe derer der Warenhandel sowie Investitionen des Iran in Venezuela in den Sektoren Energie, Industrie und Finanzen gefördert werden sollen. Beim letzten Besuch von Ahmadinejad im November 2009 wurden 45 weitere Kooperationsabkommen auf den Gebieten der industriellen, technologischen, agrarischen und touristischen Zusammenarbeit geschlossen. Der Iran zeigt seinerseits Interesse am Abbau venezolanischer Mineralien einschließlich Uran-Erzen. Nach Angaben des venezolanischen Mi-



nisters für Bergbau und Schwerindustrie im September 2009 wurden gemeinsam mit dem Iran geologische Prospektierungen in Landstrichen aufgenommen, in denen sich nach ersten Untersuchungen umfangreiche Lagerstätten von Uran-Erzen befinden. Das Volumen der vom Iran in Aussicht gestellten Investitionen ist weitgehend unbekannt. Angaben darüber schwanken zwischen 5 und 20 Mrd. US\$. Falls iranische Investitionen in dieser Höhe getätigt werden, würde der Iran nach China in der Zukunft zum zweitgrößten Auslandsinvestor in Venezuela. Der bilaterale Handel zwischen den beiden Ländern lag 2008 nach vorläufigen Angaben bei rund 2,5 Mrd. US\$. Iran und Venezuela arbeiten auch innerhalb der OPEC eng zusammen. Der Iran und Venezuela gehören dort zu den "Falken", die gemeinsam regelmäßig für Produktionskürzungen stimmen, um die Preise hoch zu halten.

Die direkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Venezuela erhielt 2007 mit der Einrichtung eines wöchentlichen Fluges zwischen Caracas und Teheran, der teilweise mit Flugzeugen des Typs "Boeing 747" bestritten wird, einen Schub. Im Februar 2008 unterzeichneten die beiden Länder einen Beistandspakt.

#### 4.2 Neue regionale Allianzen im Zeichen der Erdöldiplomatie

Besonders seit 1999 betrachtet Venezuela die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit seinen lateinamerikanischen Nachbarn und die Begründung neuer regionaler Allianzen als Mittel einer Politik der wirtschaftlichen und politischen Einigung Lateinamerikas gegen die US-amerikanische Vorherrschaft (Boeckh 2006). Im Vordergrund stehen dabei bilaterale Energieabkommen mit den Ländern im Süden des Subkontinents und die Gewährung von Sonderkonditionen bei Erdöllieferungen aus Venezuela in die Karibik und nach Mittelamerika (Arriagada 2006). Präsident Chávez benutzt dabei das Erdöl als wesentlichen wirtschaftlichen und geopolitischen Faktor für die Propagierung einer sich an der Vision Simón Bolívars orientierenden lateinamerikanischen Integration und gelegentlich auch als politische Waffe (Lingenthal 2004).

Mithilfe der Ende 2004 im Rahmen des 3. Südamerikanischen Gipfeltreffens aus der Taufe gehobenen CSN (*Comunidad Sudamericana de Naciones*) sollte eine Zusammenführung der Andengemeinschaft mit dem MERCOSUR sowie Chile, Guyana und Surinam in die Wege geleitet werden (CSN 2006). Auf Anregung des venezolanischen Staatspräsidenten erfolgte im April 2007 die Umbenennung dieser politischen Staatengemein-

schaft in UNASUR (*Unión de Naciones del Sur*), die im Mai 2008 offiziell als Institution in einem Gründungsabkommen ratifiziert wurde. Ihr Ziel ist es, bis 2025 eine Integration des gesamten südamerikanischen Kontinents und der karibischen Staaten zu erreichen. Weder sie noch die von Chávez 2004 als alternative Finanzinstitution zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds vorgeschlagene “Banco del Sur” haben bisher einen relevanten Beitrag zur lateinamerikanischen Integration oder zur “finanziellen Autonomie” (Maihold 2008) des Subkontinents leisten können. Die “Banco del Sur” (im Oktober 2007 offiziell gegründet), der sich bisher neben Venezuela die Länder Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador und Paraguay angeschlossen haben, soll in der zweiten Hälfte 2009 ihre Arbeit aufnehmen können. Ihr bisher vereinbartes und zu zeichnendes Startkapital von 10 Mrd. US\$, von dem erst ein geringer Teil einbezahlt ist, wird sie zunächst kaum als Alternative zur Weltbank, der Internationalen Entwicklungsbank oder auch der andinen Entwicklungsbank *Corporación Andina de Fomento* (CAF) empfehlen, vor allem wenn die “Banco del Sur”, wie von Chávez angestrebt, als zentrale Quelle für die Finanzierung von Großprojekten im Rahmen von PetroAmérica dienen soll.

Diese – ebenfalls vom venezolanischen Staatspräsidenten geförderte – Initiative strategischer Allianzen staatlicher Erdölfirmer der Region hat sich der Förderung der Energieintegration zwischen den Ländern Mittelamerikas, der Karibik und Südamerikas verschrieben. Chávez will damit die Integration der südamerikanischen Energieinfrastruktur vorantreiben. Sein erstes großes Projekt im Rahmen dieser Allianz, nämlich der Bau einer transkontinentalen Gaspipeline von Venezuela bis Argentinien, hat bisher kein großes Echo gefunden, besonders nicht bei Brasilien, und wurde inzwischen von diesem Land *ad acta* gelegt. In Brasilien stieß der venezolanische Präsident nicht nur mit diesem Projekt, sondern auch mit der “Banco del Sur” und den von ihm propagierten gemeinsamen Projekten zwischen der venezolanischen PDVSA und der brasilianischen Petrobras eher auf Zurückhaltung.

Im Dezember 2004 wurde im Rahmen eines Abkommens zwischen Venezuela und Kuba ALBA, die *Alternativa Bolivariana para las Américas* ins Leben gerufen (ALBA 2006). Hugo Chávez, unzufrieden mit den bisherigen Ergebnissen der bestehenden lateinamerikanischen Integrationsbündnisse, hatte die Idee der ALBA erstmals 2001 im Rahmen eines Gipfeltreffens der Karibikstaaten als eine alternative Form kontinentaler Integration vorgetragen und 2003 bei einem Treffen der ALADI in Montevideo offiziell vorgestellt (Husar 2007). 2006 trat Bolivien mit dem Handelsvertrag der Völker

der ALBA bei. 2007 ratifizierte das nicaraguanische Parlament den Beitritt seines Landes und 2008 schlossen sich der Inselstaat Dominica sowie Honduras der Staatengemeinschaft an. 2009 wurden Ecuador, Antigua y Barbuda sowie St. Vincent und die Grenadinen als neue Mitglieder aufgenommen. Zudem erfolgte eine Umbenennung in *Alianza Bolivariana para las Américas*. Im Dezember 2009 erklärte Honduras nach einem Putsch seinen Austritt aus der ALBA. Das Parlament des Landes ratifizierte diesen Schritt im Januar 2010.

“Alba” heißt im spanischen auch “Morgenröte”, aber schon mit der Abkürzung ALBA wurde signalisiert, dass das Bündnis ein Gegenentwurf zu der von den USA initiierten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA sein sollte. Die anfängliche Konzeption von ALBA bestand darin, daraus eine Alternative zu den auf Freihandel abzielenden regionalen Integrationsbündnissen und eine Gegenorganisation zur ALCA zu schaffen. Die ALBA verfolgt das Ziel, eine neue, “bolivarianische” Wirtschaftspolitik in der Region heimisch zu machen, basierend auf den Prinzipien von Kooperation, komplementärem Warenaustausch – auch in Form des Naturalienhandels – sowie gegenseitiger Hilfe und Solidarität.

Zwischen den Mitgliedsstaaten der ALBA wurden inzwischen zahlreiche Kooperationsabkommen geschlossen, insbesondere im Energiesektor. Venezuela unterstützt die übrigen Mitgliedsländer des Bündnisses durch Erdöllieferungen mit Preisabschlägen und zu außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen, auch durch die Akzeptierung von Naturalien als Zahlungsmittel. Es ist jedoch gerade diese wirtschaftliche Abhängigkeit von Venezuela, die – je nach Entwicklung der Erdölpreise – die Erfolgchancen der ALBA als alternatives regionales Integrationsbündnis infrage stellen.

Während Bolivien und Nicaragua großzügig von Venezuela unterstützt werden, spielt bei den außenwirtschaftlichen Beziehungen Venezuelas zu den Mitgliedsländern der ALBA die Allianz mit Kuba eine besondere Rolle. Diese geht so weit, dass zeitweise von einer möglichen Föderation zwischen Venezuela und Kuba gesprochen wurde. Der Gedanke einer föderativen Staatengemeinschaft ist jedoch nach der Übernahme der Präsidentschaft Kubas durch Raúl Castro und vor allem nach den jüngsten personellen Veränderungen in der kubanischen Führungsspitze wieder in den Hintergrund getreten. Kuba und Venezuela haben in den letzten Jahren ca. 300 Kooperationsabkommen unterzeichnet. Im Mittelpunkt dieser Abkommen stehen die Lieferung Venezuelas von gegenwärtig durchschnittlich rund 90.000 bis 100.000 Fass/Tag Rohöl und -derivaten zu Sonderkonditionen und die Be-

gleichung derselben seitens Kuba durch die Entsendung von medizinischem Personal, Lehrern, Sporttrainern sowie Angehörigen anderer Berufsgruppen, deren Gesamtzahl zeitweise auf über 30.000 Personen geschätzt wurde. Rund ein Drittel des von Venezuela bezogenen Erdöls wird von Kuba zu Weltmarktpreisen auf den Spotmärkten weiterverkauft und lindert auf diese Weise die chronische Devisenknappheit des Inselstaates. Venezuela half Kuba bei der Verbesserung der Stromversorgung und der Wiederinstandsetzung einer noch aus den Zeiten der Sowjetunion stammenden Raffinerie in Cienfuegos. Im Projektstadium befinden sich der gemeinsame Bau eines petrochemischen Komplexes in Kuba sowie eines Stahlwerkes in Venezuela. Ein Teil der Importe öffentlicher venezolanischer Einrichtungen und Unternehmungen aus Drittländern wird über Kuba abgewickelt. Einschließlich dieser Dreiecksgeschäfte wird das gesamte Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern inzwischen auf bis zu 7 Mrd. US\$ geschätzt.

Im Rahmen von PetroCaribe, einem 2005 zwischen Venezuela und zunächst 13 Staaten der Karibik geschlossenen Abkommen, leistet Venezuela einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung der Energieversorgung dieser Region. Die Regierung Chávez liefert an die Mitglieder des Zusammenschlusses durchschnittlich ca. 200.000 Fass Rohöl täglich zu Sonderkonditionen, knapp die Hälfte davon an Kuba (Ecker 2005). Nicaragua ist PetroCaribe 2006 beigetreten, Honduras 2007, Costa Rica und Guatemala 2008, um in den Genuss der von Venezuela angebotenen Vergünstigungen zu gelangen. Panamas Staatspräsident Torrijos hatte im März 2009 den Beitritt seines Landes in Aussicht gestellt. Nach dem Amtsantritt des neuen panamaischen Staatspräsidenten Martinelli im Juli 2009 wurde dieses Thema von Panama jedoch bisher nicht weiter verfolgt.

Neben der Lieferung von Erdöl zu günstigen Bedingungen hat Venezuela den Mitgliedern von PetroCaribe zugesagt, Hilfestellung bei der Schaffung von Hafenstrukturen und Lagerkapazitäten, eines Transportnetzes sowie bei der Verarbeitung von Rohöl zu leisten. Nach den Vorgaben Venezuelas sollen weder Transport noch Lagerung oder Weiterverarbeitung des Erdöls von internationalen Erdölkonzernen bewerkstelligt werden. Die Nicaragua zugesagte Finanzierung einer Raffinerie wurde jedoch erst einmal bis 2012 zurückgestellt. PDV-Caribe, eine eigens für die Umsetzung der venezolanischen Verpflichtungen von der staatlichen venezolanischen PDVSA geschaffene Filiale, hat ihren Sitz in Havanna erhalten.

Mit dem PetroCaribe-Abkommen verzichtet Venezuela bewusst auf einen Teil der möglichen Erlöse aus Erdölexporten, was wirtschaftlich für das

Land wenig Sinn macht. Dieser Verzicht kann jedoch nicht allein der Suche nach alternativen Formen wirtschaftlicher Integration und der internationalen Solidarität (Ecker 2005) zugeschrieben werden, denn sicher spielt auch hier der Kauf politischer Loyalitäten eine gewichtige Rolle: Die Stimmen der kleinen karibischen Inselstaaten und der Länder Mittelamerikas wiegen auf der internationalen Bühne, bei der OAS (*Organization of American States*) oder der UNO (*United Nations Organization*), genauso viel wie etwa die der USA, Brasiliens oder Chiles.

## 5. Zusammenfassung

Die venezolanische Exportwirtschaft wurde bis weit in die 1920er Jahre fast ausschließlich von Kaffee- und Kakaoausfuhren getragen. Mit Beginn der kommerziellen Förderung und dem Export von Erdöl nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine neue außenwirtschaftliche Abhängigkeit begründet, die im Laufe der letzten Jahre noch weiter gewachsen ist. Nennenswerte Exportkapazitäten außerhalb des Erdölsektors wurden nicht geschaffen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes blieb niedrig.

Bei der vor diesem Hintergrund verfolgten Außenwirtschaftspolitik haben sich seit dem Amtsantritt von Präsident Hugo Chávez bedeutende Veränderungen ergeben. Zusammen mit der Anstrengung einer geographischen Schwerpunktverlagerung wurden wirtschaftliche Ziele weitgehend von geopolitischen und geostrategischen Zielen abgelöst.

Trotz des sukzessiven Ausbaus der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit neuen Handelspartnern wie China, Russland, Weißrussland, Vietnam, Iran und Indien konnte Venezuela jedoch seine traditionelle außenwirtschaftliche Abhängigkeit von den USA bisher nur wenig verringern.

Mit den in den letzten Jahren von Venezuela ausgehenden regionalpolitischen Initiativen sollten der Einfluss der USA in Lateinamerika eingedämmt und "bolivarianische" Politikansätze in die Region exportiert werden. Im Vordergrund der neuen Außenwirtschaftspolitik Venezuelas standen dabei die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Nachbarländern, bilaterale energiepolitische Abkommen, der beabsichtigte Anschluss an MERCOSUR, alternative Formen der Integration (ALBA) und die Gewährung von Sonderkonditionen bei Erdöllieferungen an die Länder der Karibik (PetroCaribe), wobei Kuba eine Sonderrolle einnimmt.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigte allerdings, dass die Außenwirtschaftspolitik Venezuelas auch in der Phase ihrer Neuorientierung, ebenso wie das Wirtschaftsgeschehen im Lande selbst, nach wie vor von der Variab-

le Erdölpreis abhängen, wobei die Abhängigkeit des Landes vom Erdöl unter Präsident Chávez weiter zugenommen hat. Letztlich wird es deshalb auch dieser Faktor sein, der ganz maßgeblich über den Erfolg oder Misserfolg der neuen Außenwirtschaftspolitik und den Integrationsinitiativen Venezuelas entscheiden wird.

### Literaturverzeichnis

- ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas) (2006): *Qué es el ALBA?* (<[www.alternativabolivariana.org/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=1](http://www.alternativabolivariana.org/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=1)>; 21.12.2010).
- Arriagada, Genaro (2006): "Petropolitics in Latin America. A Review of Energy Policy and Regional Relations". In: <[www.thedialogue.org/publications/2006/winter/arriagada.pdf](http://www.thedialogue.org/publications/2006/winter/arriagada.pdf)> (14.08.2009).
- Auswärtiges Amt (Hrsg.) (2009): *Länderinformationen Venezuela* (<[www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/)>; 14.09.2009).
- Boeckh, Andreas (2006): *Venezuela nach 8 Jahren Hugo Chávez* (<[www.politikwissenschaft-lateinamerika.de/downloads/VenezuelaBerlinOkt2006.pdf](http://www.politikwissenschaft-lateinamerika.de/downloads/VenezuelaBerlinOkt2006.pdf)>; 14.09.2009).
- Bundesagentur für Außenwirtschaft (Hrsg.) (2008): *Wirtschaftsentwicklung Venezuela 2004*. Köln.
- Cardozo de Silva, Elsa/Hillmann, Richard S. (2003): "Venezuela: Petroleum, Democratization and International Affairs". In: Mora, Frank O./Hey, Jeanne A. K.: *Latin American and Caribbean Foreign Policy*. Lanham, S. 145-164.
- CIA World Factbook (2009): *Venezuela* (<[www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/print/ve.html](http://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/print/ve.html)>; 14.09.2009).
- Cohen, Ariel/Walser, Ray (2008): *The Russia-Venezuela Axis: Using Energy for Geopolitical Advantage* (<[www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/wm2000.cfm](http://www.heritage.org/Research/RussiaandEurasia/wm2000.cfm)>; 14.09.2009).
- CSN (Comunidad Sudamericana de Naciones) (2006): *Un Nuevo Modelo de Integración de América del Sur. Hacia la Unión Sudamericana de Naciones* (<[www.cumbresudamericana.bo/pdf/pdfreflexion.pdf](http://www.cumbresudamericana.bo/pdf/pdfreflexion.pdf)>; 14.09.2009).
- Diehl, Oliver (Hrsg.) (2005): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, 61). Frankfurt am Main.
- Ecker, Wolfgang (2005): *Venezuela und die Lateinamerikanische Integration* (Info-Blatt 67 des Ökumenischen Büros München). München.
- EIA (Energy Information Administration) (<[www.eia.doe.gov](http://www.eia.doe.gov)>; 14.09.2009).
- Husar, Jörg (2007): "Globalisierung und neue Formen der Integration in Lateinamerika: Vom offenen Regionalismus zur Binnenorientierung?". In: *Lateinamerika Analysen*, 17, 2, S. 83-100.
- Husar, Jörg/Maihold, Günther (2006): "Neue Prioritäten im MERCOSUR. Der Beitritt Venezuelas und seine Konsequenzen für das südamerikanische Integrationsbündnis". In: *SWP-Aktuell*, 2006/A 36. Berlin.

- Karl, Terry Lynn (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-States*. Berkeley.
- Keller, Sabrina (2004): "Venezuela". In: Neu, Michael/Gieler, Wolfgang/Bellers, Jürgen: *Handbuch der Außenwirtschaftspolitik: Staaten und Organisationen: Afrika, Amerika, Asien, Europa, Ozeanien*. Berlin/Hamburg/Münster, S. 351-358.
- Lingenthal Michael (2004): "Venezuela. Die so genannte bolivarianische Revolution". In: *KAS Auslandsinformationen*, 1, 4. St. Augustin bei Bonn.
- Maihold, Günther (2008): *Außenpolitik als Provokation* (SWP-Studie). Berlin.
- Morón, Guillermo (1964): *A History of Venezuela*. London.
- Schaeffler, Klaus (1980-2009): *Wirtschaftsnachrichten Venezuela*. Caracas.
- Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.) (2005): *Venezuela. Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef.
- Tautz, Carlos (2006): *Dos Cumbres, dos rumbos de integración* (<[www.ipsnoticias.net/interna.asp?idnews=39594](http://www.ipsnoticias.net/interna.asp?idnews=39594)>; 14.09.2009).
- Walser, Ray (2009): *What to Do about Hugo Chávez: Venezuela's Challenge to Security in the Americas* (<[www.heritage.org/Research/LatinAmerica/bg2243.cfm](http://www.heritage.org/Research/LatinAmerica/bg2243.cfm)>; 14.09.2009).
- Zöpel, Christoph (2008): "La integración sudamericana como requisito de la independencia". In: *Nueva Sociedad*, 216, S. 25-34.





Heinrich Pachner

## **Tourismus in Venezuela: Aktuelle Entwicklungen, Potenziale und Risiken<sup>\*</sup>**

### **1. Einleitung und Zielsetzung**

Der Umfang des internationalen Tourismus hat seit den 1970er Jahren enorm zugenommen. Reiseziele in Lateinamerika und einzelner Destinationen der Tropen, der Anden oder auf den Spuren von Alexander von Humboldt wurden immer attraktiver. Doch hat der Tourismus trotz beachtlicher Steigerung und Bewusstseinsweiterung nicht den Stellenwert erreicht, der von den Landschafts- und Kulturpotenzialen her möglich wäre. Allerdings ist in einzelnen Regionen wie an der Karibischen Küste, auf der Insel Margarita oder im Hochgebirge der Anden der Tourismus zu einem ganz wichtigen Entwicklungsfaktor geworden.

Ob es allerdings so weit kommen wird, wie *Comandante Fidel Castro* (Mai 1999) sich wünschte, bleibt abzuwarten:

Was wir wollen ist, dass die Karibik die beste Region der Welt wird, die die meisten Touristen anlockt, kooperieren, koordinieren, die touristische Vielfalt nutzen, uns unter allen Mitgliedern der Region diesen gigantischen Zukunftsmarkt Tourismus aufzuteilen. Was dies betrifft, haben wir entdeckt, dass das letzte, woran Menschen sparen, ihr Urlaubsgeld ist (*Gobierno Bolivariano de Venezuela para el Turismo* 2009: 2).

In diesem Beitrag zum Tourismus in Venezuela geht es zuerst einmal um eine fundierte Analyse von Entwicklungen im Tourismus. Im Anschluss an die Analyse von Potenzialen sollen Risiken erörtert werden.

Folgende Fragestellungen stehen im Vordergrund von Analyse und Interpretationen:

1. Entwicklung von internationalem und Binnentourismus sowie kausale Zusammenhänge.

---

<sup>\*</sup> "Muchas gracias" für die wertvolle Mitarbeit bei inhaltlicher Diskussion und graphischer Gestaltung gebührt insbesondere den beiden MitarbeiterInnen Frau Nicole Paganini (Tübingen) und Herrn Daniel Disterheft (Aichtal), "Gracias" auch an Dr. Carlos Dávila für die Organisation von aktuellen Daten und kompetenten Hinweisen zum Tourismus in Venezuela.

2. Welche Destinationen werden in Venezuela bevorzugt?
3. Bedeutung von bestimmten endogenen Potenzialen von Natur und Kultur. Inwiefern entstehen Grenzen bei der wirtschaftlichen Inwertsetzung?
4. Welche Bedeutung hat der Erklärungsansatz von Regionalkultur für eine nachhaltige Regionalentwicklung des Tourismus?
5. Aufgrund der jüngst erschienenen Publikationen von Tourismusgesetz und Strategieplan sollte auf Risiken und Lösungsansätze in der Tourismuspolitik eingegangen werden.

## 2. Entwicklung des internationalen Tourismus in Venezuela

Bevor die regionalen Potenziale des Tourismus im heutigen Venezuela vorgestellt und analysiert werden sollen, ist es interessant, wie sich der Tourismus während der letzten 50 Jahre entwickelt hat. Begonnen hat diese Entwicklung bereits mit der Erschließung der ersten Erdölquellen in den 1920er Jahren. Mit technischen Experten und Geschäftsleuten begann eine erhebliche Zunahme von Einreisen nach Venezuela, die im Laufe der folgenden Jahrzehnte auch eine spürbare Nachfrage nach Übernachtungskapazitäten im Lande bewirkte.

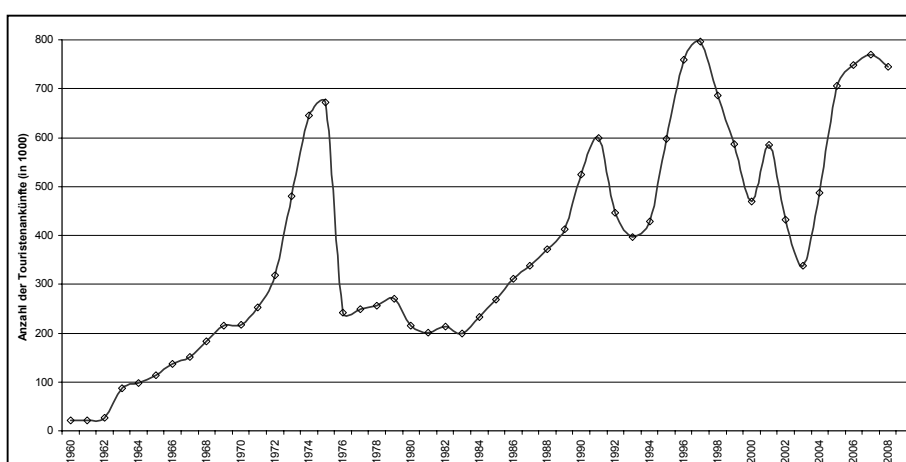
Wie aus dem Kurvendiagramm zu den Touristenankünften in Venezuela (Abb. 1) zu ersehen ist, setzte eine deutliche Steigerung (über 200.000 Touristen) erst ab 1970 bzw. 1973 ein, wobei der Zweck "Reisen" und "sich Erholen" überwog. Besonders auffällig ist der abrupte Abfall der Einreisen zwischen den Jahren 1975 und 1976. Betrachtet man die wirtschaftshistorischen Daten genauer, so ist ein Zusammenhang mit der Abnahme von einreisenden US-Amerikanern sehr wahrscheinlich, weil am 01.01.1975 der venezolanische Eisenerzabbau und am 01.01.1976 die Ölgesellschaften verstaatlicht wurden (Abb. 2). Ihre Zahl sank von 220.000 (= 52,3% in 1975) auf etwa 60.000 (= 23,4%) im Jahr 1978.

Was die Herkunft von ausländischen Touristen betrifft, fällt auf, dass die USA bis 2007 auf etwa 93.000 Touristen zugelegt, im Vergleich zu anderen Herkunftsländern aber auf rund 12% abgenommen haben, während Deutschland auf etwa 4,7% (~ 36 000 Touristen) und vor allem Kolumbien von 2,2% (1984) auf 12% (2007) zugenommen haben.

Um die Veränderungen der statistischen Daten zu den Touristenankünften interpretieren zu können, sind neben wirtschafts- und sozialhistorischen Ereignissen natürlich auch Fragen zur inhaltlichen Definition und zu den Erhebungsmethoden relevant: In der venezolanischen Statistik wird unterschieden zwischen

- Touristen (*turistas*), die länger als 24 Stunden im Land bleiben,
- Tagesbesuchern (*excursionistas*), die weniger als einen Tag bleiben (z.B. Besucher von Kreuzfahrtschiffen) und
- Transitreisenden (bleiben bis zu 48 Stunden).

**Abbildung 1: Touristenankünfte in Venezuela: Veränderungen nach einzelnen Phasen seit 1960 (Anzahl in 1.000 Touristenankünfte)**



Quellen: 1) Corpoturismo (1976: 14; 1985: 14; 1986: 3ff, 2000: 13ff.) (für 1960-1998).  
Entwurf: H. Pachner (2008).

2) Anuario Estadístico de Venezuela 2003: 803 (für 1999-2001).

3) Ministerio del Poder Popular para el Turismo, Gobierno de Venezuela (für 2002-2007).

4) Organización Mundial Turismo, Caracas 2009 (für 2008).

Dabei ist noch zu beachten, dass die mit einem Touristenvisum einreisenden Personen mindestens zu einem Drittel als Geschäftsreisende aufzufassen sind. Für die Art des Reisens im Land ist es wesentlich – auch für die persönliche Sicherheit –, ob die Touristen als Individualreisende, in einer organisierten Gruppenreise oder im Rahmen von *All-Inclusive*-Reisen (i.S.v. Massentourismus) in Venezuela unterwegs sind.

Wie aus dem Kurvendiagramm (Abb. 1) zu ersehen ist, begann ab 1983 eine kontinuierliche Steigerung der Touristenankünfte. Dies hängt eindeutig mit der weitgehenden Freigabe des Wechselkurses vom Bolívar gegenüber dem US-Dollar und einer daran anschließenden wirtschaftlichen Liberalisierung zusammen. Die deutlichen Abnahmen um 1992 sind wohl bedingt

durch wirtschaftliche (z.B. Inflation) und politische Spannungen in Venezuela (erster Putschversuch). Ein Maximum von etwa 800.000 internationalen Touristen wurde 1997 erreicht.

Mehrwöchiger Dauerregen und großflächige Erdrutsche an der Karibischen Küste (1999/2000) haben neben den politischen Unruhen (Zeittafel in Abb. 2) dazu beigetragen, dass während der 2000er Jahre sehr wechselhafte Trends (z.B. nach den Terroranschlägen in New York am 11.09.2001) den Tourismus in Venezuela prägten.

An dieser Stelle sollen zwei Venezuela- bzw. Tourismus-Fachleute zitiert werden (Dávila/Vollmer 2005: 192):

Weitere Gründe liegen in der mangelnden Kontinuität, ja dem tatsächlichen Fehlen eines Destinationsmarketings, in der schlechten wirtschaftlichen Situation und dem Fehlen ausländischer touristischer Direktinvestitionen. Ebenso spielt die ineffiziente Organisation staatlicher Tourismusberatungs- und Dienstleistungsstellen eine Rolle, aber auch das, im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern, deutlich geringere Abschöpfen des nordamerikanischen Touristenmarktes, die ungenügende touristische Durchdringung des Landes sowie die nicht ausreichende Diversifizierung des touristischen Angebots.

Trotz der genannten negativen Einflussfaktoren ist der Tourismus derzeit von wesentlicher Bedeutung in Venezuela. Nach Angaben der *Banco Central de Venezuela* hat er einen Anteil von 3,6% am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und rund 6% aller Beschäftigten sind im Tourismus tätig, wobei natürlich auch der Binnentourismus von Einheimischen eine große Rolle spielt. Ein weiterer vorteilhafter Gesichtspunkt für den Tourismus ist eine gewisse Saisonunabhängigkeit (Abb. 3).

Aufgrund seines tropischen Klimas kann Venezuela ganzjährig gut bereist werden. Dezember und Januar sowie in abgeschwächter Form Juli und August sind die Monate mit den höchsten Einreisezahlen aufgrund der in den Herkunftsländern geltenden Ferienzeitregelungen. Vergleicht man die auffällig niedrigen Werte für 2003 mit der Zeittafel, so sticht der Zusammenhang mit Militärputsch und Generalstreik in den Jahren 2002 und 2003 deutlich ins Auge. Spannend ist, wie sich das Tourismusgesetz (2008) und der nationale Strategieplan 2009-2013 auswirken werden. Nach der neuen Verfassung von 1999 heißt es in Artikel 310: "Der Tourismus ist eine wirtschaftliche Aktivität von nationaler Bedeutung, vorrangig für die Strategie der Diversifizierung und der nachhaltigen Entwicklung".

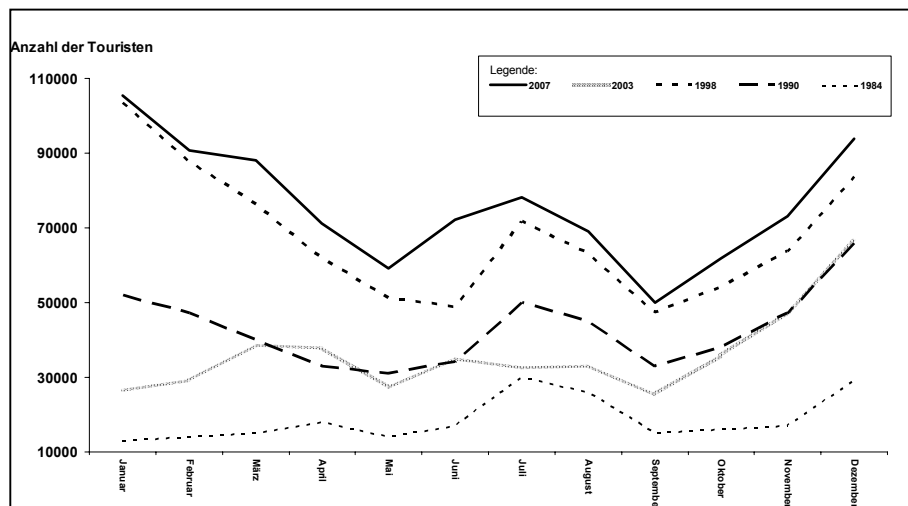
**Abbildung 2: Zeittafel zum Tourismus in Venezuela: Wirtschaftliche, politische und soziale Ereignisse mit räumlich-funktionalen Auswirkungen**

Phasen	Jahr	Wesentliche Ereignisse und Auswirkungen
1) Anfänge touristischer Entwicklungen (seit 1920er Jahre)	1930	Ölexperten und Geschäftsreisende seit Erschließung von Ölquellen im Maracaibobecken.
	1937	Gründung des ersten venezolanischen Nationalparks Rancho Grande ("Henri Pittier").
	1958	Sturz des Diktators Pérez Jiménez, Absprache bzgl. Konsensdemokratie ( <i>Punto Fijo</i> ).
	1958-1962	Richtungsweisende Konzepte und Richtlinien für die Nationalparkpolitik in Venezuela werden erarbeitet; Gründung von fünf weiteren Nationalparks.
	1960	Gründung der OPEC in Bagdad unter venezolanischer Federführung.
	1964	Colonia Tovar erhält Straßenanschluss nach Caracas, Entwicklung zur Touristenattraktion.
	1972	Gründung von neun Nationalparks in Venezuela und erstes marines Schutzgebiet.
2) Wirtschaftlicher Aufschwung und Zunahme internat. Tourismus	1973	Erste Öl- bzw. Energiekrise mit Anstieg der Ölpreise. Aufgrund rigoroser Erhöhungen steigen die Erdöleinnahmen bis 1974 von 2,9 Mrd. US\$ auf 10,8 Mrd. US\$ (Rentier-Denken). Umweltministerium wird geschaffen (erstmalig in Lateinamerika).
	1976	Verstaatlichung der Erdölindustrie, <i>Outgoing</i> -Tourismus von Venezolanern.
	1983	Verfall des Ölpreises. Venezuela gerät in eine sozioökonomische Krise, verursacht vor allem durch fehlende wirtschaftliche Diversifizierung: "Öl nicht als Segen, sondern als Fluch". Im Zuge neoliberaler Politik erfolgte die Privatisierung von Betrieben. Durch wirtschaftliche Liberalisierung werden Investitionen für Kapitalanleger erleichtert, Investitionen erfolgen verstärkt im Tourismussektor, Beginn Tourismusmanagement (1985).
3) Krisenhafte Entwicklungen mit Festigung im Tourismus	1989	IWF-Strukturanpassungsprogramm: Erdölreichtum und sozioökonomische Krise. Schwere Aufstände ausgehend von den Armenvierteln mit bis zu 5.000 Toten. Auslöser ist der neoliberale Wirtschaftskurs des Präsidenten Carlos Andrés Pérez.
	1992	Zwei Putschversuche gegen die Regierung Pérez (durch Hugo Chávez im Februar). Rückgang der Touristenankünfte in diesem Jahr. <i>Incoming</i> -Tourismus sehr wechselhaft.
	1994	Inflationsrate im Land liegt unter der Regierung von Rafael Caldera bei 71%. Zusammenbruch des Bankensystems. Reisen in Venezuela werden billiger. Als Folge ergeben sich steigende Touristenzahlen bis zum Maximum von 800.000 (1997).

Phasen	Jahr	Wesentliche Ereignisse und Auswirkungen
4) Wechselhafte Trends seit Beginn der 2000er Jahre in der Bolivarianischen Republik Venezuela	1998	Hugo Chávez, Kandidat des "Patriotischen Pols", wird mit 57% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Tourismuszahlen entwickeln sich mit abnehmenden Trends.
	1999	Schwere Erdbeben im Küstengebiet nördlich von Caracas mit zehntausenden Toten. Derartige Naturkatastrophen sind selten, beeinträchtigen den Tourismus aber enorm.
	2001	Rückgang internationaler Reisen aufgrund von Terroranschlägen in New York.
	2001	Gescheiterter Militärputsch gegen Hugo Chávez. Generalstreik, Massendemonstrationen.
	2003	Landeswährung verliert 85% ihres Wertes, im Februar 2003 erfolgloser Generalstreik.
	2005	<i>Ministerio del Poder Popular del Turismo</i> wird geschaffen.
	2006	Präsident Hugo Chávez wird für sechs Jahre mit 62,9% der Stimmen wiedergewählt.
	seit 2006	Beginn von Missmanagement im Tourismussektor, zu geringe Kapitalinvestitionen in große Tourismus-Messen und Printmedien: Venezuela ist für Touristiker zu wenig präsent. Geringe Werbung ist mitverantwortlich für den Rückgang von Touristen in Venezuela.
	2007	Förderung des <i>Turismus Social</i> für Venezolaner aus ärmeren Bevölkerungsschichten.
	2008	Referendum für die Wiederwahl von Chávez, Parteigründung, Bolívar Fuerte als neue Währung. Weltwirtschaftskrise verstärkt die Abnahme bei Gruppenreisen und Massentourismus.
	2009	<i>Ley orgánica de Turismo + Plan Nacional Estratégico Nacional de Turismo 2009-2013.</i>

Quellen: Zusammenstellung H. Pachner (2010).

**Abbildung 3: Saisonalität der nach Venezuela einreisenden Touristen  
(in den Jahren 1984, 1990, 1998, 2003 und 2007)**



Quelle: <[www.mintur.gob.ve/contenido.php?id=209](http://www.mintur.gob.ve/contenido.php?id=209)> (25.05.2009); Entwurf: H. Pachner.

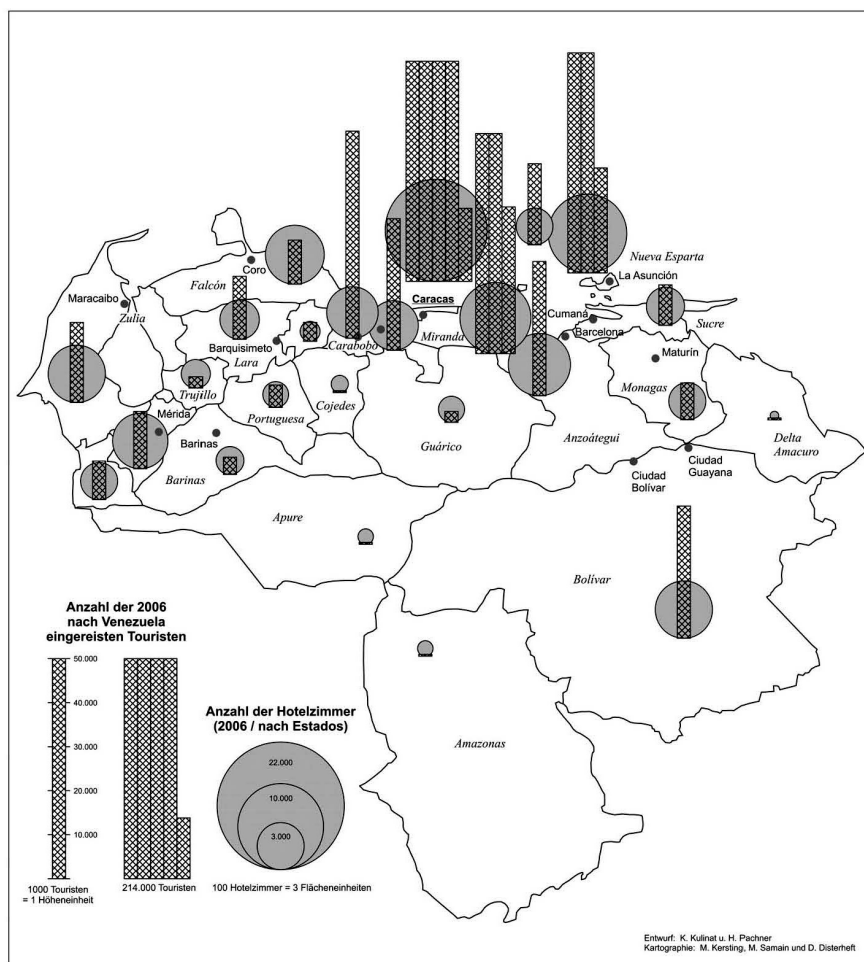
Unter besonderer Akzentuierung soll nochmals auf folgende Regelmäßigkeiten hingewiesen werden, die sich aus der Analyse von Touristenankünften im Kontext mit historischen Zäsuren der Zeittafel (Abb. 2) ergeben haben:

1. Abnahme (ab 1976) von Touristenankünften im Zusammenhang mit einer Verstaatlichungswelle.
2. Zunahme (ab 1983) von Touristenankünften im Zusammenhang mit der Wechselkurs-Freigabe.
3. Abnahme der Ankünfte aufgrund von Naturkatastrophen (1999) und politischer Unsicherheit.
4. Deutliche Reduzierung (2008) aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise mit konjunktureller Rezession.

### 3. Binnentourismus in Venezuela sowie regionale Differenzierung entsprechend Angebot und Nachfrage in Hotels

Die regionale Verteilung der in die verschiedenen Bundesländer eingereisten Touristen bzw. des Hotelangebots (Abb. 4) spiegelt in etwa das Reiseaufkommen nach Anzahl und Ziel wider:

**Abbildung 4: Anzahl der vom Ausland eingereisten Touristen und Angebot der Hotelzimmer in Venezuela (für 2006, regional differenziert nach *Estados*/Bundesländern)**



Quelle: Ministerio del Poder Popular para el Turismo (2009).



Die meisten Hotelzimmer werden verständlicherweise in der Hauptstadt Caracas (14.131) und in Nueva Esparta mit der Isla Margarita (8.384) sowie in dem Caracas nächstgelegenen Estado Miranda (mit starkem Zuwachs auf 6.850 Zimmer) angeboten.

Mit großem Vorsprung folgen Carabobo und Aragua aus der Zentralregion sowie Anzoátegui. Der Anteil von Luxushotels beträgt in Venezuela rund 20%. Diese finden sich vor allem auf Margarita und in Caracas mit etwa 40%igen Anteilen. Nach statistischen Angaben von MINTUR gab es 2006 in Venezuela etwa 1.824 Hotels und Gasthöfe sowie 911 Reiseagenturen (für das Jahr 2000). Die weitere Differenzierung von Tourismus wird im folgenden Kapitel der natur- und kulturellen Potenziale erörtert.

Viele wohlhabende Venezolaner hatten sich im Zuge inflationärer Entwicklungen Zweitwohnungen in schönen Küstengebieten von Margarita, Estado Anzoátegui und bei Tucacas (*Parque Nacional Morrocoy*) angeschafft. Dazu gibt es keine amtlichen Statistiken, weshalb wir uns auf Expertengespräche, persönliche Interviews und indirekte Daten zu den Ausgaben in der Zeit des Karnevals stützen müssen. Bedeutend im Binnentourismus sind regionalspezifische Kulturveranstaltungen. Neben Weihnachten und Ostern, zwei Hauptreisezeiträume im Jahresablauf, nimmt auch der Karneval eine wichtige Position im Inlandstourismus ein. Die Ausgaben stellen ein Bild dar, welche touristischen und finanziellen Schwerpunkte sich die Reisenden der jeweiligen Bundesländer speziell während der Karnevalsfeiern setzen.

Wie in der Abbildung zu den Ausgaben in der Karnevalszeit zu erkennen ist (Abb. 5), wird das meiste Geld für Lebensmittel und Getränke, Beherbergung, sonstige Einkäufe und den Transport ausgegeben.

**Abbildung 5: Binnentourismus in Venezuela: Ausgaben in der Karnevalszeit  
(Vergleich einzelner Estados/2007 in %)**

Ausgaben für Estado	Lebensmittel und Getränke	Beherbergung	Sonstige Einkäufe	Transport	Erholung	Kunsthandwerk	Geführte Touren	Gesundheit
Anzoátegui	61,2	18,7	6,6	4,9	5,7	1,0	1,2	0,8
Aragua	36,5	20,5	20,7	6,5	6,2	6,2	3,3	0,1
Barinas	36,1	40,0	6,9	5,7	5,4	3,2	2,3	0,5
Carabobo	57,0	15,4	6,7	3,3	3,5	8,3	0,2	5,5
Cojedes	86,4	2,9	0,8	8,3	-	1,3	-	0,3
Distrito Capital	55,4	5,9	13,7	10,0	9,4	3,6	0,2	1,7
Falcón	35,7	48,0	8,6	0,6	1,3	1,1	4,6	-
Monagas	56,3	11,7	6,8	6,3	7,5	7,3	2,8	1,2
Nueva Esparta	17,3	19,9	45,4	5,5	10,0	1,1	0,3	0,5
Táchira	24,1	10,1	19,0	43,4	0,5	2,4	0,1	0,5
Trujillo	43,5	12,7	22,6	2,6	3,3	9,3	4,1	2,1
Vargas	60,5	12,8	6,9	17,4	1,4	0,7	0,4	0,1
Zulia	42,6	8,9	20,3	8,0	10,7	4,7	4,5	0,6

Quelle: Ministerio del Poder Popular para el Turismo (Hrsg.) (2008): *Encuesta en núcleos de desarrollo endógeno turístico y/o sitios de interés turístico*. Caracas.

Viel geringer sind die Ausgaben dementsprechend für Erholung, Kunsthandwerk, geführte Touren und die Gesundheit. Für die Beherbergung wird in Falcón und Barinas ungefähr doppelt so viel ausgegeben wie in allen anderen Estados. Dies hängt sicher zusammen mit der peripheren Lage nördlich und südlich der Anden im Gegensatz zu den mehr zentral gelegenen Städten der übrigen Estados. Aus dem gleichen Grund überwiegen die Ausgaben für den Transport in Táchira die anderen Kosten bei Weitem. Aufgrund handwerklicher Fähigkeiten sind der Bevölkerung in Trujillo, Carabobo und Monagas die Ausgaben für Kunsthandwerk mit Abstand am höchsten. Für geführte Touren wird in Falcón, Zulia und Trujillo am meisten ausgegeben, was auch auf die landschaftliche Schönheit zurückzuführen ist. Darin kommt auch wieder zum Ausdruck, wo es viele Zweitwohnungen gibt und Venezolaner im Binnentourismus deshalb weniger für Beherbergung,

aber mehr für Lebensmittel und Getränke ausgeben (z.B. in den Estados Anzoátegui und Vargas).

Gegenüber dem internationalen Tourismus ist der inländische Reiseverkehr noch unterentwickelt, hat aber im Laufe der letzten Jahre in bestimmten Regionen enorm zugenommen. Insbesondere während der Woche vor Ostern (*semana santa*), der Karnevalszeit und in den schulfreien Wochen kommt es zu großen Verkehrsstaus und Überlastungserscheinungen. Beispielsweise sind Zimmer und Betten dann auf der Isla Margarita, in Puerto la Cruz und Parque Mochima sowie Tucacas und Chichiriviche komplett ausgebucht.

Während Mitglieder der Oberschicht ihre Freizeit in Ferien- und Zweitwohnungen, in luxuriösen Clubs oder auf Auslandsreisen verbringen, fahren Mitglieder der Mittelschicht gerne in Badeorte der Karibischen Küste, wo beispielsweise Macuto nördlich von Caracas schon seit 1883 als Strandbad anerkannt ist: Ein 80 km langer Küstenabschnitt ist Naherholungsgebiet der *Caraqueños*. Mitglieder der Unterschicht fahren natürlich auch gerne an die herrlichen Strände und dies oft stehend auf den Ladeflächen von Lastkraftwagen.

Obwohl die Stadt-Land-Gegensätze in den baulichen und funktionalen Strukturen häufig noch deutlich ausgeprägt sind, setzt der Tourismus oft Impulse zur Modernisierung im ländlichen Raum. Aufgrund des mit etwa 90% sehr hohen Verstädterungsgrades drängt es zunehmend mehr Venezolaner in der Freizeit an die Strände, Flüsse und Badeseen, um mit den Kindern zu spielen, zu grillen, zu plaudern oder ihr großes Auto zu waschen. Sehr nützlich sind diesbezüglich die „Posadas Turísticas“ als Gasthöfe im traditionellen Stil oder auch gut ausgestattete Grill- und Picknickplätze („Puesto Turístico“), die bereits seit Mitte der 1970er Jahre im Rahmen eines Sanierungskonzeptes für ländliche Räume in Venezuela geschaffen wurden.

In ähnlicher Form findet Binnentourismus auch an der rund 60 km langen Straße von Caracas in die Colonia Tovar statt. Wie an einem Paradebeispiel kann man hier den Ausflugs- und Kulturtourismus in seiner Entwicklung seit Ende der 1960er Jahre studieren (Pachner et al. 2002: 52):

Hierbei handelt es sich um eine von deutschen Einwanderern in 1700 bis 2000 m Höhe gegründete Agrarkolonie von 1843. Diese zunächst sehr isoliert gelegene Kolonie hat erst 1963 einen Straßenanschluss an Caracas bekommen und sich seitdem zu einem Touristenort entwickelt. Die Anziehungskraft von Colonia Tovar beruht einerseits auf dem für Venezuela ungewöhnlichen Ortsbild mit Fachwerkkirche und Fachwerkhäusern mit Steildach, andererseits auf einem reichhaltigen Verkaufs- und Einkaufsangebot. So werden frisches Gemüse und andere Produkte aus der örtlichen Landwirtschaft hier vermarktet. Colonia

Tovar ist ein besonderes Beispiel für das bei den südamerikanischen Großstädtern beliebte Ausflugsziel in klimatisch begünstigten Höhenlagen.

Wie später noch vertiefend angesprochen wird, treffen hier sehenswerte kulturräumliche Potentiale in klimatischer Gunstlage mit einer produktiven Wirtschaftsmentalität und geschicktem Regionalmanagement zusammen (vgl. auch Regionalkultur im folgenden Abschnitt).

#### **4. Natur- und kulturräumliche Potenziale für den Tourismus**

Begleiten Sie uns in ein faszinierendes Land [...]. Nur Venezuela verzaubert Sie sowohl mit den wunderbaren Stränden der Karibik als auch mit der grandiosen Natur des authentischen Südamerikas. Kurz: Venezuela bietet das Beste aus zwei Welten (INATUR 2007: 3).

Manche Reiseveranstalter wählten als Motto “Traumland Venezuela” oder “Venezuela: Ein Juwel für die Welt” (Ecograph 2004). Als Beispiele wurden vier Fotos ausgewählt und 25 Top-Reiseziele für Venezuela herausdestilliert (Abb. 6). Darin sind – geordnet nach fünf Leitthemen – jeweils fünf spezifische Highlights übersichtlich zusammengestellt worden.

Besonders erwähnenswert sind dabei der Nationalpark Canaima und Coro als Weltkulturerbe der UNESCO sowie die vielen Nationalparks und Schutzgebiete. Die 43 Nationalparks, 35 Naturdenkmäler und sieben Wildschutzräume, die dank der frühzeitigen Umweltschutzpolitik in Venezuela unter direktem Naturschutz stehen, nehmen etwa 22% des venezolanischen Territoriums ein (Dávila/Vollmer 2005: 197f.).

Venezuela bedeckt eine Kontinentalfläche von etwa 913.000 km<sup>2</sup> und besitzt mit mehr als 80 Inseln eine große natur- und kulturräumliche Vielfalt. Aufgrund seiner Lage in den Tropen herrscht ein ausgeglichenes Tageszeitenklima mit durchschnittlich 23°C. Kalte Zonen gibt es entsprechend den tropischen Höhenstockwerken nur im Hochgebirge der Anden.

**Abbildung 6: 25 Top-Reiseziele in Venezuela**  
(Tafel zu 5 Leitthemen mit je 5 Spezies)

**I. Naturdenkmale als besonders erlebenswerte Standorte im Tropenparadies**

1. **Salto Angel** als höchster Wasserfall der Erde (rund 1.000 m), Guayana als "Mutter des Wassers".
2. Wasserfälle La Llovizna am Rio Caroní, Mündung in den Rio Orinoco, Guri-Stausee im Süden.
3. **Médanos de Coro** mit Sanden des Río Orinoco (vom Nord-Ost Passat verfrachtet).
4. **Pico Bolívar** mit Kabinenseilbahn, Vegetationsformationen im Höhenprofil (Biodiversität).
5. **Delta del Orinoco** als tropischer Lebensraum zu Land und zu Wasser (z.B. Mangroven, Pirañas).

**II. Naturlandschaften mit großem Erholungswert**

6. Nationalpark **Canaima** (UNESCO-Welterbe) mit Tepuis als Tafelberge im Guayana-Bergland
7. Naturbelassene Badestrände in tropischen Buchten (z.B. Playa Colorada oder Playa Medina).
8. Badeinsel **Margarita** mit Sonne, Sand und See (Paradiese für Surfer und Perlentaucher).
9. Koralleninseln auf Los Roques oder im **Parque Nacional Morrocoy** (z.B. Cayo Sal).
10. **Anden-Kordillere** mit Páramo-Vegetation (z.B. Sierra Nevada, artenreichen Nebelwäldern).

**III. Wirtschaftliche und Verkehrsinfrastruktur/Reichtum an Georessourcen**

11. **Erdöl-Förderlandschaft** mit Bohrtürmen und Raffinerien im Maracaibo-Becken (Petrotourismus).
12. **Cerro Bolívar** in Guayana mit Bergen von hochwertigem Eisenerz (im Tagebau).
13. Vielfältig ausgebautes **Straßennetz** mit sehenswerten Brückenbauwerken.
14. Industrielandschaft **Matanzas** bei Ciudad Guayana (Verarbeitung von Eisenerz und Bauxit).

15. **Räumliche Nähe** zu USA und Europa mit günstigen Verkehrsmöglichkeiten (zu Anden/Urwald).

#### **IV. Soziokulturelle Traditionen, die typisch für Venezuela und Lateinamerika sind**

16. Freiheitsheld **Simón Bolívar** in seiner Bedeutung bis zur Gegenwart (Plaza Bolívar in Städten).
17. **Alexander von Humboldt** als Forschungspionier mit Auswirkungen bis heute.
18. **Casco histórico** mit *casas coloniales* in kulturhistorisch geprägten Altstädten (Welterbe: Coro).
19. Leben in **Barrios** als Verbindung von Natur und Kultur mit hoher Identifikation der Bewohner.
20. **Misiones** als wichtige Elemente der Sozialreformen des letzten Jahrzehnts (Bildung/Gesundheit).

#### **V. Künstlerisches Leben** (Lebensart der Venezolaner kennen lernen).

21. Authentische **Musik** und Jugendkonzerte in Marginalsiedlungen (“singend spanisch sprechen”).
22. Naive Malerei in vielfältigen Farben und Formen, Maskenbildner, **Kunsthandwerk**, Volkskunst.
23. **Schönheitswettbewerbe** und häufige Erfolge bei Miss-Wahlen (Nationalstolz, Musik und Tänze).
24. **Feste** feiern mit großen Umzügen in vielfältige Regionalkultur (Trachten, Gastfreundschaft).
25. “Toda gente manda, nadie obedece, pero la cosa marcha”, was soviel heißt wie “Jeder fordert, niemand befolgt es, aber die Sache läuft”.

Aufgrund seiner Anteile an den Anden, dem Bergland von Guayana und dem karibischen Küstentiefland gehört Venezuela zu den “Top 10” aller Länder mit großem Artenreichtum an Flora und Fauna. Die außerordentlich große Biodiversität besticht beispielsweise durch etwa 25.000 Pflanzenarten, rund 400 Vogelarten und fast 300 Reptilienarten.

Hingewiesen werden soll kurz auf die sehr unterschiedlichen Landschaftszonen, soweit sie für den Tourismus relevant sind:

1. **Das karibische Küstenland** besitzt etwa 3.700 km abwechslungsreiche Meeresküsten mit recht unterschiedlichen Klimazonen. Hier gibt es ungeahnte touristische Möglichkeiten (vgl. Foto 1), die im Sinne nachhaltige Regionalentwicklung höchst behutsam für den Tourismus inwertgesetzt werden sollten.
2. Das **Hochgebirge der Anden** reicht bis auf über 5.000 m (Pico Bolívar mit 5.007 m) und hat eine große Vielgestaltigkeit an Oberflächenformen und Vegetationsformationen aufzuweisen.
3. Das **karibische Küstengebirge** hat großteils den Charakter von Mittelgebirgen und erstreckt sich bis zur Halbinsel Paria im Oriente. Hier lebt der größte Teil der venezolanischen Bevölkerung (Tierra templada zwischen 1.000 und 1.500m), es gibt viele Nationalparks sowie intensiven Kultur- und Städtetourismus.
4. Die immens großflächige **Savannenlandschaft** der venezolanischen **Llanos** nimmt etwa ein Drittel der Landesfläche ein. Gegliedert in die Llanos Altos und Bajos ist der Einfluss der Regenzeiten groß und dementsprechend vielfältig die Ressourcen an Tieren, Pflanzen und wertvollen Mineralien.
5. Das **Bergland von Guayana** (im Südosten von Venezuela) umfasst eine Fläche von rund 20.000 qkm und gehört zu den ältesten Landschaftsformen der Erde. Im Laufe von Jahrmillionen wurden die auf dem Grundgebirgssockel auflagernden Sandsteinschichten durch Erosion sehr vielfältig ausgewaschen, sodass über 100 einzigartige Tafelberge mit endemischer Pflanzen- und Tierwelt entstanden sind. Für eindrucksvolle Erlebnis- und individuellen Abenteuer-tourismus ist dies ein Land der Zukunft.

Auf die **Beckenlandschaften** um Maracaibo, Caracas oder Valencia und auf das Orinoco-Delta mit seinen Mangrovenwäldern soll hier nicht im Einzelnen eingegangen, sondern zwei Ziele für den Massen- bzw. Individualtourismus konkreter vorgestellt werden.

Die Isla Margarita stellt hinsichtlich Klima, Sandstränden und Karibischem Meer ein großes Potenzial für den Tourismus in Venezuela dar: Mit fast 124.000 Touristenankünften (Abb. 1) ist es die wichtigste Ferieninsel für den internationalen und Binnentourismus, wobei die Urlauber aus Deutschland mit über 20.000 die größte Gruppe darstellen. Verstärkt wird dies durch

die Tatsache, dass die Insel Mitte der 1970er Jahre zur Zoll-Freihandelszone erklärt wurde (vgl. hoher Anteil von Einkäufen in Abb. 5) und günstig zu den Quellenmärkten in Europa und Nordamerika gelegen ist (vgl. Foto 1). Weil kaum Landwirtschaft und Industrie vorhanden sind, kam es zu einer monofunktionalen Ausrichtung, was Probleme der Wasserver- und -entsorgung, Zersiedelung der Landschaft und einen Anstieg der Kriminalitätsrate zur Folge hatte. Wie empirische Untersuchungen des Verfassers und von Udo Vollmer (2002) gezeigt haben, sind die Nachteile des Massentourismus gravierend, abnehmende Urlaubszahlen und weniger Flüge sind die Auswirkungen.

Demgegenüber hat der Tourismus mit Gruppen- und Individualreisen auf der Halbinsel Paria große Vorteile aufzuweisen. Im Nordosten von Venezuela (Estado Sucre) haben sich auf der ländlich geprägten Halbinsel Paria mehr als 20 private Unternehmen 1987 zum "Proyecto Paria" zusammengeschlossen, um ökologisch orientierten Tourismus zu fördern und für die ländliche Bevölkerung Arbeitsplätze und Ausbildung zu ermöglichen (im Sinne von Sozialverantwortung). Die Führung des Tourismusunternehmens Corpomedina fasste 1989 den Entschluss, die gemeinnützige Stiftung *Fundacion Proyecto Paria* (FPP) als Trägerinstitution zu gründen und die wirtschaftliche Förderung von Kleinproduzenten (z.B. Fischer und Agrarbetriebe) durchzuführen.

Aufgrund eigener Erfahrungen des Verfassers und empirischer Untersuchungen von Scholz (1997) können folgende touristische Teilprojekte als gelungen herausgestellt werden:

- Playa Medina mit acht Cabañas und Restaurant in einem Kokoshain integriert in einer herrlich gelegenen Bucht (Foto 3 und 4)
- Playa Puipui (etwa 10 km östlich) mit längerem Strand und stärkerem Wellengang, wo ein Umweltbildungsprojekt über Meeresschildkröten durchgeführt wird (Furch 2008).
- Farm "Rio de Agua" mit Wasserbüffeln in der Feuchtsavanne (zur Milch- und Käseversorgung), auf der in *Cabañas* Touristen übernachten und Seminare durchgeführt werden können (intensive Naturerlebnisse).
- Thermal- und Mineralquellen "Aguas Sanas" (Foto 2) mit schwierigen Versuchen eines Kurbetriebes.
- Kakao-Finca wurde von Bucare Corpomedina gekauft, saniert und Kakao wieder ökologisch produziert.



- Botanischer Garten “El Pilar” und andere Einrichtungen für Boots- und Ausflugstouren mit Touristen sowie zur Weiterbildung der Bevölkerung von Paria (im Sinne einer wertvollen Regionalkultur).

**Foto 1: Playa Medina: Karibikküste auf der Halbinsel Paria  
im Nordosten von Venezuela**



Quelle: Fotos von H. Pachner (2000 und 2001).

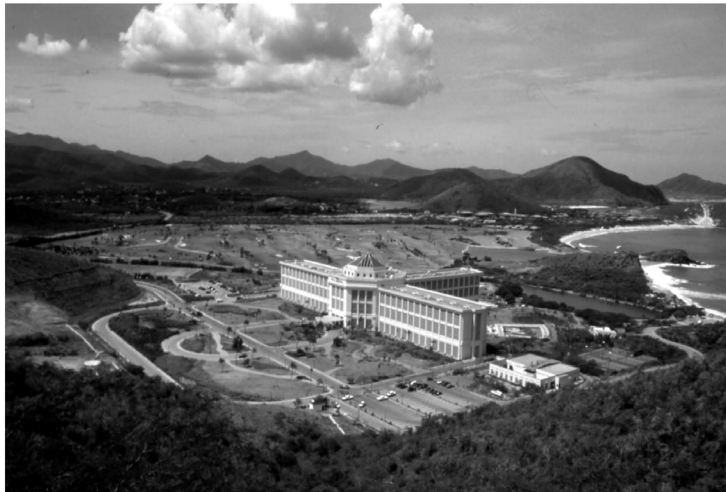
**Foto 2: Ferienhäuschen (Cabañas) unter Kokospalmen an der Playa Medina  
(unter Nachhaltigkeitsaspekten erbaut)**



**Foto 3: Aguas Sanas: Kurbetrieb mit Thermal- und Mineralquellen**



**Foto 4: Isla Margarita: Strände mit mondänen Luxushotels und Resorts in der Bucht von Pedro Gonzales**



## 5. Bedeutung von Regionalkultur als Grundlage für wirtschaftliche Inwertsetzung und Regionalmanagement

Die touristischen Potenziale Venezuelas liegen selbstverständlich nicht nur in den naturräumlichen Ressourcen des Landes. Wie in der Tafel zu den Top 25 der Reiseziele dargestellt, bietet Venezuela in Bezug auf soziokulturelle Traditionen (z.B. Geschichte und Baudenkmäler in Altstädten) und dem künstlerischen Leben (z.B. authentische Musik oder Volkskunst) eine reiche Vielfalt. Je nach Interesse der touristischen Nachfrager ergeben sich daraus originäre venezolanische Potenziale, die mittels eines geschickten Regionalmanagements wirtschaftlich in Wert gesetzt werden können.

Weil es in der Fachliteratur seither fehlt, wurden im folgenden Festkalender (Abb. 7) ausgewählte touristisch relevante Veranstaltungen von Venezuela insgesamt sowie von einzelnen *Estados* zusammengestellt. Bedingt durch die natur- und kulturräumliche Vielfalt finden viele nationale und regionale Festivitäten statt. Dadurch können Touristen das Land nicht nur bereisen, sondern auch lokale Bräuche erleben und an Veranstaltungen teilnehmen. Phänomene der Regionalkultur können sich ergeben, wenn Gäste häufig wiederkommen, sich finanziell und arbeitsmäßig engagieren und so zu einer gemeinsamen Identität beitragen. Wie in allen lateinamerikanischen Ländern ist auch in Venezuela das Jahr geprägt von christlichen Festen und Feierlichkeiten zu Ehren von Schutzpatronen. Im Juli wird neben dem Unabhängigkeitstag (5. Juli) auch der Tag des Befreiers Simón Bolívar gefeiert (24. Juli). Die Feiertage nutzen vor allem die Venezolaner selbst, um zu reisen, sei es, um die Familie zu besuchen oder einen Kurzurlaub an der karibischen Küste zu verbringen. Dabei sind die Ostertage, die Karnevals- und Weihnachtszeit Hauptreisezeiten.

Von besonderem Interesse ist in diesem Kontext der kulturwissenschaftlichen Aktivitäten zur Regionalisierung die "Allgemeine Erklärung zur Kulturellen Vielfalt" der 31. Generalkonferenz, an der 185 Mitgliedsstaaten und über 300 Nichtregierungsorganisationen teilnahmen (2005). Die UNESCO-Generalkonferenz bekräftigte, dass Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften angesehen werden sollte, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und dass sie über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Wertesysteme, Traditionen, Arten des Zusammenlebens und Überzeugungen umfasst.

**Abbildung 7: Festkalender ausgewählter touristisch relevanter  
Veranstaltungen von Venezuela  
(aus dem gesamten Land sowie den Estados Mérida, Súcre und Lara)**

*Januar*

- Fiesta de los Reyes Magos y Fiestas Patronales de Sto. Domingo  
(5. Jan., Mérida)
- Celebración de la Llegada de los Reyes Magos a Belén (5.-8. Januar, Lara)
- Giros de San Benito (12. Januar, Mérida)
- Fiestas de la Divina Pastora (14. Januar, Lara)
- Fiestas en honor a Nuestra Señora de Altagracia (15.-25. Januar, Lara)

*Februar*

- Los Vasallos o Danceros de la Candelaria (2. Februar, Mérida und Lara)
- Feria del Sol, Carnaval de Callao (als Beispiel)

*März*

- Fiestas en honor a San José (19. März, Lara)
- Feria de San José (16.-25. März, Maracay)

*April*

- Semana Santa (4.-8. April)
- Pasión Vivente en Santo Domingo y La Parroquia (4.-8. April, Mérida)

*Mai*

- Velorio en honor a la Cruz de Mayo (3. Mai)
- Fiesta de San Isidro Labrador (15. Mai, Mérida und Lara)
- Fiesta en honor a Santa Rita de Castro (16. Mai, Lara)
- Coronación de la Virgen Maria (31. Mai, Lara)

*Juni*

- Rogativas a San Felipe el Indio (13. Juni, Lara)
- Fiestas Patronales de San Antonio de Padua (19.-23. Juni, Lara)

*Juli*

- Día de la Independencia (5. Juli)
- Ferias de Santa Cruz de Mora (14.-22. Juli, Mérida)
- Fiestas en honor a Nuestra Señora del Carmen (16. Juli, Lara)

Natalicio del Libertador Simon Bolívar y Día de la Batalla Naval del Lago  
(24. Juli)

*August*

Feria Internacional de Artesanos (August, Tintorero/Lara)

*September*

Fiesta de la Virgen de la Valle, Patrona de la Isla Margarita  
(8.-15.September, Nv. Esparta)

Fiestas en honor a la Virgen de Guadalupe/de las Mercedes  
(7./24. September, Lara)

Fiestas de las Turas/en honor a San Miguel Arcangel (24. September, Lara)

*Oktober*

Fiestas en honor a la V. del Rosario/Sta. Rosalia/ San Rafael Arcangel  
(7./20./24. Okt., Lara)

Día de la Resistencia Indígena (12. Oktober)

*November*

Rosario y Procesión de Animas (2. November, Lara)

*Dezember*

Fiestas en honor a San Nicolas de Bari (1. Dezember, Lara)

Celebración del Día de Santa Barbara (4. Dezember)

Misas de Aguinaldo (16.-24. Dezember)

Nacimiento del Niño Dios (24. Dezember)

Fiestas de los Santos Inocentes (28. Dezember, Lara)

Im Oriente Venezuelas wird mit traditionellen Tänzen, Theater und Gesängen  
die Lokal- und Regionalkultur gestärkt und zu Ehren von Santa Inés,  
Virgen del Valle und San José mehrmals gefeiert.

Quelle: INATUR (2007) (320 S.).

Design von H. Pachner u. S. Stich (2009).

### **Artikel 1, Kulturelle Vielfalt: Das gemeinsame Erbe der Menschheit**

Im Laufe von Zeit und Raum nimmt die Kultur verschiedene Formen an. Diese Vielfalt spiegelt sich wider in der Einzigartigkeit und Vielfalt der Identitäten, die die Gruppen und Gesellschaften kennzeichnen, aus denen die Menschheit besteht. Als Quelle des Austauschs, der Erneuerung und der Kreativität ist kulturelle Vielfalt für die Menschheit ebenso wichtig wie die biologische Vielfalt

für die Natur. Aus dieser Sicht stellt sie das gemeinsame Erbe der Menschheit dar und sollte zum Nutzen gegenwärtiger und künftiger Generationen anerkannt und bekräftigt werden. [...] UNESCO (2009).

Im Gegensatz zu den regionalen Kulturen bzw. der regionalen Vielfalt verschiedener Lebensräume meint "Regionalkultur" die reflexive Beziehung zwischen Kulturlandschaft (in ihrer regionalspezifischen Geschichte und Brauchtum) und den sie gestaltenden Akteuren.

Unter Regionalkultur ist damit zu verstehen die Gesamtheit an Kenntnissen und Fertigkeiten, Wertvorstellungen, Regionalbewusstsein und den daraus resultierenden Verhaltensweisen (= reflexiv), die eine Gruppe von Akteuren in ihrem Lebensraum kennzeichnet (Pachner 2005: 167).

Rein deskriptiv gibt es viele regionale Traditionen und kulturelle Bräuche, die sich von Nachbarregionen deutlich unterscheiden. Entscheidend ist jedoch der Erklärungsansatz, wonach sich die reflexive Beziehung im eigenen Lebensraum (= *patria chica*) erst ergibt aufgrund von Akzeptanz, Identifikation (mit innerer Freude) und persönlichem Engagement.

Wie bei den natur- und kulturräumlichen Potenzialen gezeigt werden konnte, handelt es sich bei Venezuela in großen Teilen um ein tropisches Paradies. Warum aber klappt es nicht so recht mit der wirtschaftlichen Inwertsetzung mittels Tourismus? Nach Scholz (1997: 253) ergeben sich die meisten Schwierigkeiten in der alltäglichen Arbeit des "Proyecto Paria" "aus der noch immer weit verbreiteten Nehmerhaltung vieler Venezolaner, die darauf warten, dass 'Vater Staat' ihre Probleme lösen wird...". Dieses Rentierdenken hat im letzten Jahrzehnt eher noch zugenommen. Damit ist eine gute Lokal- und Regionalkultur während schöner Festivitäten noch vorstellbar, nicht aber ein produktives Regionalmanagement zur nachhaltigen Regionalentwicklung in touristischen Gebieten.

## 6. Risiken künftiger Entwicklung und Trends in der Tourismuspolitik

Als interessantes Fazit beim Vergleich von zeitlicher Entwicklung der Ankünfte internationaler Touristen im Kontext politischer und wirtschaftlicher Ereignisse kristallisierten sich folgende Risikofaktoren heraus:

- Abnahme von technischen Experten und Wirtschaftsfachleuten aus den USA bzw. aus Europa, als Eisenerzfirmen und Ölförderunternehmen verstaatlicht wurden;
- Naturkatastrophen (1999/2000) führten zu enormer Unsicherheit;

- politische Konflikte, Streiks oder Terroranschläge hatten starke Rückgänge an Touristen zur Folge;
- Konjunkturelle Depressionen bremsen jeweils die wirtschaftliche Entwicklung im Tourismus.

Dabei handelt es sich jeweils um externe oder interne Risikofaktoren. Der Begriff “Risiko” lässt sich gut definieren in Gegenüberstellung zu “Katastrophe”: Nach Beck (2007) ist das Risiko die Antizipation der Katastrophe, wobei die Abschätzung der Risikofaktoren (Wahrscheinlichkeiten) wichtig wird.

Wie bereits von der Isla Margarita berichtet wurde, gibt es kleinere Risiken bei der Anreise von Caracas. Abends ist in Porlamar und auf Flughäfen die Kriminalitätsrate besonders hoch. Interessant sind diesbezüglich die aktuellen Sicherheitshinweise des Auswärtigen Amtes (2009):

- Eine deutliche Gefährdung sowohl für Individual- als auch für Gruppenreisende stellt die hohe Kriminalitätsrate in Venezuela dar. Entführungen zur Erpressung von Geldzahlungen und Überfälle mit Waffengewalt haben zugenommen. Auch Deutsche waren davon betroffen. Die Straßensriminalität in venezolanischen Großstädten, besonders in Caracas, ist unvermindert hoch. Jedoch auch außerhalb der Städte ist mit Gewaltkriminalität zu rechnen.
- In letzter Zeit berichten Reisende vermehrt von Kontrollen durch Uniformierte (Polizei, Militär) im Stadtgebiet, bei Straßenkontrollen oder auch am Flughafen.
- Verschiedentlich sind Reisende dabei von den uniformierten Kontrolleuren beraubt oder zu Geldzahlungen bzw. Geldumtausch genötigt worden.
- Besonders während der Dunkelheit ist es auf der Autobahn zwischen dem Flughafen und Caracas mehrfach zu Überfällen gekommen. Die Botschaft rät deshalb generell davon ab, nachts diese Strecke zu benutzen.
- Auf der Ferieninsel Margarita besteht die Gefahr bewaffneter Raubüberfälle, auch in Hotelanlagen und bei begleiteten und organisierten Gruppenexkursionen. Als besonders gefährlich gelten das Zentrum von Porlamar und der Küstenort El Yaque.

Zusammenfassend lässt sich ein großes Spektrum an Risiken für den Tourismus in Lateinamerika nach folgenden Themengruppen differenzieren (gilt nur im Prinzip, jedoch mit geringer Wahrscheinlichkeit in Venezuela):

- natürliche Risiken (z.B. Vulkanausbrüche, Erdbeben);
- ökologische Risiken (z.B. Bodenerosion, Hangrutschungen);
- gesundheitliche Risiken (z.B. Malaria)
- gesellschaftliche Risiken (z.B. Straßenblockaden, Diebstahl);
- kulturelle Risiken (z.B. Überfremdung);
- wirtschaftliche Risiken (z.B. konjunkturelle Depression);
- politische Risiken (z.B. Streiks und Gewalttätigkeiten).

So kann eine Atmosphäre der Unsicherheit entstehen, weshalb manche Reiseveranstalter auf andere Destinationen in benachbarten Ländern ausweichen, um ihr Geschäftsrisiko zu minimieren.

In diesem Kontext stellt sich die zentrale Frage nach einer sinnvollen Tourismuspolitik. Ob allerdings folgendes Ziel des Präsidenten Hugo Chávez (Oktober 2008) weiterhilft, bleibt abzuwarten:

Wir sind dabei den Tourismus zu sozialisieren. Wir sind dabei einen Tourismus anzustoßen, der nicht für die Elite ist, sondern ein Tourismus für das Volk, einen sozialen Tourismus [...] Einen sehr humanen Tourismus, sehr ökologisch und vielfältig. Das ist eine Form des Tourismus, die wir brauchen, um den Gedanken, der in unserer Verfassung unterzeichnet ist, voranzutreiben.

Wertvolle Aktivitäten wurden vom Tourismusministerium (seit 2009) entfaltet, das ein Tourismusgesetz auf den Weg brachte und einen nationalen Strategieplan (*Plan Estratégico Nacional de Turismo 2009-2013*; übersetzt von N. Paganini) konzipierte.

Der Artikel 4 aus dem *Ley Orgánica de Turismo* befasst sich mit den Potenzialen des Tourismus und seinen natürlichen, sozialen, umwelt- und kulturellen Eigenschaften und den Entwicklungsperspektiven und Planungen, Werbung und Kommerzialisierung innerhalb und außerhalb des Landes. Der Nutzen soll dabei für die Gemeinden sein (vgl. auch Artikel 310).

Der Tourismus als Entwicklungsfaktor und Partizipationsrecht werden im Strategieplan angesprochen, doch wie steht es um die Umsetzung in der Praxis? Ganz hervorragend erweisen sich einzelne Abschnitte bei der Analyse des Tourismus in Venezuela. Beispielsweise werden folgende Schwächen seitheriger Tourismusplanung offen angesprochen, sodass sich in Zukunft vieles verbessern könnte (*Plan Estratégico Nacional de Turismo 2009-2013*):

- Es fehlen Planungen für touristische Ziele.
- Es gibt keine zusammenhängende und konstante Politik.
- Bedarf an touristischen Servicegrundlagen.



- Wenig Bedeutung für Tradition und Kultur.
- Mängel bei der Qualitätskontrolle und Sanktionen.
- Höchste Flughafengebühren in Lateinamerika.
- Es fehlt eine touristische Kultur für die Betreuung einreisender Touristen.

## 7. Fazit und Ausblick

“Tourismus in Venezuela” ist ein großes, teilweise erst noch zu bearbeitendes Feld. Mittels empirischer Daten zur Entwicklung und regionalen Differenzierung konnte ein wesentlicher Zugang zur aktuellen Situation des Tourismus erreicht werden. Prinzipielle Problemfelder sind die mangelnde Professionalisierung seiner Akteure, Institutionen und Organisationen, ein unzureichendes Außenmarketing und vor allem der Mangel an Kontinuität in der Tourismuspolitik. Neue Trends geben Anlass zur Hoffnung auf solide Entwicklung. Wie die Top 25 der Reiseziele belegen, ist Venezuela reich ausgestattet mit großartigen Destinationen. Möglicherweise trägt die “Analyse zur Wirkung des touristischen Angebots” zu einer sinnvollen Vermarktung bei.

Wie in der detaillierten Abbildung 8 nachzuvollziehen ist, sind dabei sechs Kriterien und dementsprechend sechs Ergebnisse in Form einer Kreuztabelle dargestellt (Pachner 2001):

1. Touristische Angebotspotenziale werden analysiert nach Themen zu Natur, Kultur, technischer Infrastruktur, Umwelt (i.S.v. ökologischen Zusammenhängen) und Eigenwerten einer Erholungslandschaft. Die Bedeutung für Nachfrager dient hier als Prinzip der Kontrolle für die Nutzer.
2. Der entscheidende Schritt in theoretischer Hinsicht ist in der Kopfzeile zum Thema “Wirkung der Faktoren” dargestellt: Analyse von Destinationen (als Potenzialfaktoren), Begründung bzgl. Grenzen (als Engpassfaktoren) und Prozessen sind wichtig für kausale Zusammenhänge.
3. Für die Interpretation von Erholungslandschaften von Venezuela (z.B. Urwaldzone im Tiefland des Orinoco oder traditionelle Kultur des andinen Hochlandes) ist die Kombination der regionalspezifischen Potenziale (im Sinne landschaftstypischer Angebotssets) von besonderem Interesse.

Die daran anschließenden Diskussionen werden sicher spannend.

**Tabelle 8: Analyse zur Wirkung touristischer Angebotspotenziale in Venezuela (im Sinne einer Potenzialtheorie)**

Wirkung der Faktoren Inhalte der Potentiale	<b>Destinationen</b> (Möglichkeiten in Erholungsgebieten, kombiniert mit Tourismusformen, Bedeutung als <b>Potenzialfaktoren</b> )	<b>Prozesse</b> (Phasen der Entfaltung, Produkt- und Lebenszyklen, z.T. mit hoher Dynamik)	<b>Begrenzungen</b> (regionale, ökonomische, ökologische und soziokulturelle <b>Engpassfaktoren</b> )	<b>Kombination der Angebote</b> (landschaftsspezifische Angebotssets)
<b>Natur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 40 Nationalparks auf 16% der Landesfläche</li> <li>• <b>Biodiversität</b>, Vielfalt tropischer Vegetation</li> <li>• <b>Kontraste</b> zum eigenen Lebensraum</li> <li>• Tourismusformen abgestimmt auf Ressourcen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Genese der Tafelberge (Tepuis) mit endemischen Pflanzen/Tieren</li> <li>• Management der Ressourcen</li> <li>• (i.S.v. ökologischer Nachhaltigkeit)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wetterabhängigkeit (feucht-heiß)</li> <li>• Hangneigung (Hochgebirge)</li> <li>• Naturkatastrophen (z.B. Erdbeben)</li> <li>• Zonierung (z.B. für Nationalparks)</li> </ul>	<p>1. <b>Karibische Insel Margarita</b> Ganzjährig Sonnentage, Korallenstrände, Zollfreiheit und All-inclusive-Urlaub</p>
<b>Kultur</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Angebotsvielfalt (Ausstattungsgrad)</li> <li>• <b>Regionalkultur</b> (Brauchtum, Feste)</li> <li>• Kulturhistorische Bausubstanz</li> <li>• Bereitschaft der Bewohner zur Dienstleistung</li> <li>• Bevölkerungsdichte (Ausbildung / Mentalität)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Kulturelles Erbe</b> bewahren durch touristische Inwertsetzung</li> <li>• Innovationsvermögen, trotz traditionellem Verhaftetsein</li> <li>• Vertrauenskultur, ganzheitlich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wirtschaftliche Inwertsetzung</li> <li>• Abneigung bei Überfremdung</li> <li>• Grenzerfahrungen für Gäste</li> <li>• Politische Unsicherheit (z.B. Kriminalität, Preissteigerungen)</li> </ul>	<p>2. <b>Tropische Küstenzone</b> Badestrände, Sanddünen und Kakteen, Kakao- und Kokospalmen-Haine, afro-amerikan. Regionalkultur</p>
<b>Technische Infrastruktur</b> (Erschließung)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Erreichbarkeit</b> (privater und öffentl. Verkehr)</li> <li>• Preis-Leistungs-Verhältnis (<b>Lage-Potential</b>)</li> <li>• <b>Künstliche Welten</b> (Freizeitparks, Events)</li> <li>• Erschließung fremder Lebenswelten</li> <li>• Vernetzung der Inseln mit dem Festland</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Flexibilität / Diversifikation</li> <li>• Aktuelle Trendsportarten</li> <li>• Entwicklungsphasen des Tourismus (Produktzyklus)</li> <li>• Innovationen und Diffusion</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Standortfaktoren</b> (kurze Wege, geringe Kosten, Reserveflächen)</li> <li>• Amt für Tourismus (Organisation)</li> <li>• Bettenkapazität (gut differenziert)</li> <li>• Bauruinen, Spekulationsbrachen</li> </ul>	<p>3. <b>Bergland von Guayana</b> Tepuis aus dem Erdaltertum, einzigartige Wasserfälle, organisierte Kurzreisen zwischen Inseln u. Festland</p>

<b>Umwelt</b> (i.S.v. ökologischen Zusammenhängen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stoff- und Energie - Kreisläufe</li> <li>• Erneuerbarkeit natürlicher Ressourcen</li> <li>• Bedeutung für die Gesundheit ("heile Welt")</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Vernetzung</b> (im System)</li> <li>• Dynamisches Gleichgewicht</li> <li>• Regeneration von Populationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Belastbarkeit</b> / Angebotsschwäche?</li> <li>• kein Massentourismus (Grenzen?)</li> <li>• Umweltbelastung / Hygiene</li> </ul>	<p>4. <b>Orinoco-Tiefland/Llanos</b> Abenteuerliche Bootsfahrten, Vieh-Haciendas, Kunsthandwerk aus Palmfasern</p>
<b>Eigenwert</b> der Erholungslandschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landschaftsbild erhalten (Stimmigkeit)</li> <li>• Einzigartigkeit und Ursprünglichkeit</li> <li>• Landschaftsästhetik (Schönheit)</li> <li>• Regionale Milieus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Identitätsbildung fördern</li> <li>• Image von Regionen (Echtheit?)</li> <li>• Hoher Nationalstolz</li> <li>• Endogene Potentiale entfalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Verwundbarkeit</b> von Erholungslandschaften (Tragfähigkeit)</li> <li>• möglichst geringe Verfremdung</li> <li>• Shopping- und Sport-Tourismus</li> </ul>	<p>5. <b>Anden-Höhenstockwerke</b> Drahtseilbahn bis 4500m, Bergwandern im Nebelwald und Páramo</p>
<b>Bedeutung für Nachfrager</b> (Touristen)	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Akzeptanz und Wiederkehr als Stammgast</li> <li>• Sozialprestige im Zuge von Erzählungen</li> <li>• "So schön, dass es nicht zu beschreiben ist"</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Multioptionalität verwirklichen</li> <li>• gruppenspezifische Lebensstile</li> <li>• Nachfrage beeinflusst Angebot</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kosten und Risiken begrenzen</li> <li>• Transparenz für Gäste (Motivation)</li> <li>• Kontrolle der Nutzung, Werbung?</li> </ul>	<p>6. <b>Caracas u.a. Kulturzentren</b> Kulturhistorische Zeugnisse in Bauwerken und Museen (Touren „auf den Spuren von Humboldt“ bzw. Simón Bolívar)</p>

Quelle: Zusammenstellung H. Pachner (2001).

## Literaturverzeichnis

- Aderhold, Peter et al. (2006): *Tourismus in Entwicklungsländer: eine Untersuchung über Dimensionen, Strukturen, Wirkungen und Qualifizierungsansätze im Entwicklungsländer-Tourismus*. Ammerland.
- Amend, Stephan (1990): *Der Nationalpark "El Avila", Bedeutungswandel und Managementprobleme einer Hauptstadtnahen Region in Venezuela* (Mainzer Geographische Studien, 33).
- Amend, Thora (1990): *Marine und Litorale Nationalparks in Venezuela. Anspruch, Wirklichkeit und Zukunftsperspektive* (Mainzer Geographische Studien, 32).
- Augustat, Claudia (2001): "Tourist art: Kommerzialisierendes Kunsthandwerk zwischen Ausverkauf und ethnisch-kultureller Identität im Estado Amazonas, Venezuela". In: *Tourismus verändert die Welt – aber wie? Voyage-Jahrbuch für Reise- und Tourismusforschung*. Köln, S. 118-124.
- Azzellini, Dario (2006): *Venezuela Bolivariana: Revolution des 21. Jahrhunderts?* Köln.
- Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Boeckh, Andreas (2001): "Venezuela auf dem Weg zu einem autoritären Neopopulismus". In: *WeltTrends*, 29, S. 79-96.
- Corporatismo (Corporación de Turismo de Venezuela) (Hrsg.) (1976, 1985, 1986 u. 2000): *Anuario de Estadísticas de Turismo*. Caracas.
- (1999): *Estadísticas Básicas de la Actividad Turística (Año 1999)*. Caracas.
- (2003): *Estadísticas Básicas de la Actividad Turística (Año 2003)*. Caracas.
- Dávila, Carlos (2005): "Tourismus als Beitrag zur Nachhaltigen Regionalentwicklung in Venezuela. Am Beispiel des Municipios Andrés Bello und Jají (Mérida, Venezuela)". In: Kersting, Marc et al. (Hrsg.): *Kulturgeographische Regionalstudien. Festschrift zum 60. Geburtstag von Heinrich Pachner* (Regionen im Fokus der Forschung, 6). Rottenburg am Neckar, S. 69-108.
- Dávila, Carlos/Vollmer, Udo (2005): "Die Potentiale des Tourismus in Venezuela". In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Venezuela – Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef, S. 190-201.
- D'Elia Yolanda (2006): *Las Misiones Sociales en Venezuela: una aproximación a sus comprensión y análisis*. Caracas.
- Eberhard, Theo (1987): "Trekking in der Gran Sabana". In: *Nachrichten der Deutsch-Venezolanischen Gesellschaft*, IV, 2, S. 87-91.
- Engwald, Stefan (1999): *Diversität und Ökologie der vaskulären Epiphyten in einem Berg- und einem Tieflandregenwald in Venezuela*. Bonn.
- Furch, Juliane (2008): *Nachhaltiger Tourismus und Regionalentwicklung in Verbindung mit dem Schutz von Meeresschildkröten. Fallstudie auf der Halbinsel Paria in Venezuela*. (Diplomarbeit bei H. Pachner). Tübingen.
- Gobierno Bolivariano de Venezuela para el Turismo (2009): *Plan estratégico nacional de Turismo 2009-2013*. Caracas.
- Gormsen, Erdmann (1987): "Tourismus in Lateinamerika und seine Folgen für Regionalstruktur und kultureller Wandel". In: *Lateinamerika im Brennpunkt*. Berlin, S. 183-208.

- INATUR (2007): *Conoce Venezuela. Guía Práctica de Turismo y Catálogo de Servicios*. Caracas.
- Instituto de investigaciones Económicas y Sociales (Hrsg.) (2006): *Venezuela: Un acuerdo para alcanzar el desarrollo*. Caracas.
- Instituto Nacional de Estadística (2005): *Anuario Estadístico de Venezuela 2003*. Caracas.
- Kulinat, Klaus (1992a): "Der internationale Tourismus in Venezuela 1983-1991". In: Borchardt, Christoph (Hrsg.): *Beiträge zur Landeskunde Venezuelas III* (Stuttgarter Geographische Studien, 118), S. 15-32.
- (1992b): "Umfang und räumliche Differenzierung des Freizeit- und Fremdenverkehrs in Venezuela". In: *Beiträge zur Landeskunde Venezuelas III* (Stuttgarter Geographische Studien, 100), S. 263-296.
- MINTUR (2007): *Encuesta en núcleos de desarrollo endógeno turístico y/o sitios de interés turístico*. Caracas.
- (2008): *Gaceta oficial de la Republica Bolivariana de Venezuela*. Caracas.
- Organización Mundial del Turismo y Secretaría General Iberoamericana (2009): *Turismo en Iberoamérica*. Madrid.
- Pachner, Heinrich (1994): "Zur Stadt- und Regionalentwicklung im Estado Lara/Venezuela. Bedeutung der 'Patria Chica' für die Entwicklung im ländlichen Raum von Barquisimeto". In: *Festschrift für Erdmann Gormsen* (Mainzer Geographische Studien, 40), S. 585-600.
- (2001): "Vergleich theoretischer Ansätze zur Analyse touristischer Potentiale". In: Steingrube, Wilhelm: *Freizeit und Tourismusgeographie* (Greifswalder Beiträge, 12), S. 44-61.
- (2005): "Regionalkultur und kulturelle Vielfalt: Theorie-orientierte empirische Fallstudie zum Thema 'Arbeit' im Kontext kultureller Werte (Argentinien)". In: *Dialog*, 85. Frankfurt am Main, S. 4-8.
- (2009): "Tourismus und Regionalkultur in dynamischer Wechselbeziehung. Empirische Fallstudie in der Region Independencia/Bolivien". In: Kagermeier, Andreas/Raab, Fanny (Hrsg.): *Wettbewerbsvorteil Kulturtourismus. Innovative Strategien und Produkte* (Schriften zu Tourismus und Freizeit, Bd. 9). Berlin, S. 179-200.
- Pachner, Heinrich et al. (2002): "Tourismusland Venezuela. Entwicklung, Potenziale, Risiken". In: *Geographische Rundschau*, 54, 11, S. 50-56.
- Scholz, Marion (1997): "Proyecto Paria in Venezuela". In: Ellenberg Ludwig et al. (Hrsg.): *Ökotourismus. Reisen zwischen Ökonomie und Ökologie*. Heidelberg/Berlin, S. 249-257.
- Schoop, Wolfgang/Mingenbach, Michael (2008): *Lateinamerika. Zwischen indigener Welt und globalem Gewinndenken*. Braunschweig.
- Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.) (2005): *Venezuela – Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef.
- Viehrig, Kathrin (2008): "Tourismus in Lateinamerika. Das Beispiel Mexiko". In: *Praxis Geographie*, 38, 10, S. 12-15.
- Vollmer, Udo (2002): *Konkrete Utopie als innovative Entwicklungsplanung. Eine anwendungsorientierte Untersuchung am Beispiel des Tourismus auf der Isla de Margarita und in Santa Fe/Venezuela* (Regionen im Fokus der Forschung, 1). Rottenburg am Neckar.

- (2006): "Venezuela als touristisches Produkt. Bemerkungen über Chancen und Probleme im Verkauf". In: Kersting, Marc et al. (Hrsg.): *Kulturgeographische Regionalstudien. Festschrift zum 60. Geburtstag von Heinrich Pachner* (Regionen im Fokus der Forschung, 6). Rottenburg am Neckar, S. 155-165.

Vorläufer, Karl (1996): *Tourismus in Entwicklungsländern. Möglichkeiten und Grenzen nachhaltiger Entwicklungen durch Fremdenverkehr*. Darmstadt.

### Internetquellen

- Auswärtiges Amt: <[www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Venezuela/Sicherheitshinweise.html](http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Venezuela/Sicherheitshinweise.html)> (06.07.2009).
- Botschaft Venezuela (in BRD): <[www.botschaft-venezuela.de](http://www.botschaft-venezuela.de)> (12.01.2010).
- (in USA): <[www.embavenez-us.org](http://www.embavenez-us.org)> (12.01.2010).
- Dávila, Carlos: *El turismo Venezolano – un bien exportable con alto componente político*. (<[www.aporrea.org/imprime/a71721.html](http://www.aporrea.org/imprime/a71721.html)>; 02.03.2009).
- Instituto Nacional de Estadística: <[www.ine.gov.ve](http://www.ine.gov.ve)> (12.01.2010).
- López, Roigar: *Recursos geoturísticos de la isla de cubagua* (<[www.geoparques-articulos.blogspot.com/2008/09/recursos-geoturísticos-de-la-isla-de.html](http://www.geoparques-articulos.blogspot.com/2008/09/recursos-geoturísticos-de-la-isla-de.html)>; 27.01.2010).
- Tourismusministerium Venezuela: <[www.mintur.gob.ve/contenido.php?id=209](http://www.mintur.gob.ve/contenido.php?id=209)> (06.07.2009).
- <[www.mintur.gob.ve/contenido.php?id=215](http://www.mintur.gob.ve/contenido.php?id=215)> (06.07.2009).
- UNESCO-Papier: <[www.unesco.org/culture/diversite/convention](http://www.unesco.org/culture/diversite/convention)> (31.01.2009).

## **IV. Kultur, Bildung und Wissenschaft**





**Luis Barrera Linares**

## **Literatur und Öffentlichkeit: vier venezolanische Autoren**

### **1. Einführung**

Wenn man von der venezolanischen Literatur und ihrem Bezug zum öffentlichen Leben des Landes sprechen will, muss man sich zwangsläufig damit beschäftigen, welche Bindungen die Schriftsteller zu verschiedenen Zeitpunkten mit der Nation geknüpft haben. Solche Bindungen teilen sich in zwei Richtungen. Die eine weist sie aus als herausragende Sprecher der Öffentlichkeit in der Kunst des Schreibens (Erzählung, Dichtung, Essay, Chronik, Drama). Die andere verbindet sie mit ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an sonstigen Aktivitäten, in denen sie sich hervorgetan haben, z.B. der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, dem Handel, der Geschichte und dem Journalismus. Weiterhin dürfte es interessant sein zu erfahren, welche offene oder verdeckte Haltung einige unserer Literaten zur Bildung, Konsolidierung und Veränderung des Staatswesens oder bestimmten ideologischen Vorstellungen, Regierungsformen und der Führung des öffentlichen Lebens eingenommen haben.

Diese zweite Richtung ist Thema des Kapitels, in dem ich von einer sehr allgemeinen Definition des an anderer Stelle von mir so bezeichneten "öffentlichen Sprechers" ausgehe (Barrera Linares 2005; Chela-Flores/Chela-Flores/Palencia 2002), um dann darauf einzugehen, wie vier venezolanische Schriftsteller als Akteure auf der nationalen Ebene aufgetreten sind. Außerdem will ich beschreiben, wie die Gesellschaft ihr doppeltes Auftreten wahrgenommen hat, denn wenigstens drei von ihnen haben zwei Berufe gleichzeitig ausgeübt, die kaum miteinander verwandt sind.

### **2. Der Schriftsteller als öffentlicher Sprecher**

Ausgehend vom allgemeinen Sprachgebrauch innerhalb einer Sprachgemeinschaft kann man zwei Kategorien öffentlicher Sprecher unterscheiden. Die erste ist eng begrenzt und bezieht sich darauf, wie wir uns nutzenorientiert und pragmatisch an mehr als einen Gesprächspartner wenden. Das schließt die Gesamtheit der Sprecher ein. Als sprachnutzende Gesamtheit

kommunizieren wir in zahllosen Umfeldern, vom Alltäglichen bis zu Arbeit und Beruf, auf allen sprachlichen Kommunikationsebenen. Im Bereich der öffentlichen Sprache ist aber zu berücksichtigen, dass einige Sprecher andere beeinflussen. Wir haben alle unser Publikum, dem wir etwas mitteilen können, aber einige von uns werden in bestimmten Rollen auch als solche einflussreichen Sprecher wahrgenommen. Die Letzteren haben zwei Gesichter, sie handeln als privilegierte Sprecher und werden außerdem von ihrem Publikum als solche wahrgenommen und akzeptiert.

In diesem Zusammenhang interessiert vor allem die Gesellschaft selbst als Konglomerat (amorph, vielfältig, undifferenziert, diffus, fremd), in der das Private oder Halb-Private, also die eng begrenzte Kommunikation sich öffnet und sogar über die Intentionen des Absenders hinausgehen kann. Auf der Makroebene verbalen Verhaltens ragen einige Sprecher heraus, deren Verhalten weit größere Öffentlichkeiten mehr oder weniger stark beeinflusst. Das sind die "vielseitigen öffentlichen Sprecher". Dieser erweiterte Begriff bezeichnet diejenigen von uns, die in Ausübung ihres Berufs Sprechakte an große, undifferenzierte Empfängerkreise richten. Empfänger, auf die wir zwar als "Modellsprecher" mit unserem öffentlichen Diskurs Einfluss ausüben, aber keinerlei Kontrolle hinsichtlich ihres zukünftigen Verhaltens. Jeder Sprecher mit öffentlichem Einfluss ist mithin ein vielseitiger Kommunikator, der von den übrigen Sprachgemeinschaften, in denen er sich bewegt, ständig beobachtet wird. Es sind insbesondere Regierungsmitglieder, Parlamentarier, Politiker, Akademiker, Schauspieler und Journalisten, denen diese Rolle anheimfällt; Schriftsteller nehmen in diesem Kreis einen besonderen Platz ein.

Wenn der Schriftsteller schreibt und veröffentlicht, richtet er sich öffentlich an ein Publikum, das er in seiner Gesamtheit nicht kennt und sogar an Leser, die noch nicht geboren sind oder nicht einmal seine Sprache sprechen. Infolgedessen wird jeder gesellschaftlich anerkannte Schriftsteller zum vielseitigen Sprecher und seine Einflussphäre kann die anderer Sprecherkategorien übertreffen. Solcherart Sprachproduktion entwickelt sich also in einem fortlaufenden Prozess, in dem die Gemeinschaft, für die diese Sprechakte bestimmt sind, das Verhalten des Einfluss gebietenden Sprechers bewertet, einordnet, beurteilt und akzeptiert oder zurückweist.

### 3. Venezolanische Schriftsteller und Öffentlichkeit

Es ist jetzt zu fragen, wie bedeutende venezolanische Schriftsteller in ihrer Rolle als öffentliche Sprecher angekommen sind und wie unsere gesellschaftlichen Institutionen sie aufgenommen haben. Seit der Gründung der sogenannten "Ersten Republik" (1810-1812) bis in die Gegenwart hat die venezolanische Gesellschaft die literarische Tätigkeit von allen übrigen Rollen des Schriftstellers getrennt gesehen. Die Beteiligung des Schriftstellers am öffentlichen Leben wurde als nebensächlich und komplementär angesehen, manchmal sogar völlig abgetrennt von seinem "Beruf", also seiner hauptsächlich öffentlichen Tätigkeit.

Dies hat dazu geführt, dass jeder, der sich jenseits der Literatur einen Namen gemacht hat, vor allem als bedeutender Volkswirt, Anwalt, Unternehmer, Ingenieur, Professor, Beamter, Diplomat, Militär angesehen wird und erst danach als nicht so bedeutender Schriftsteller. Beispiele dafür sind Manuel Vicente Romero García (1865-1917), Autor des Romans *Peonia* (1890) und hochrangiger Militär im Dienste des Generals Cipriano Castro. Zu nennen wäre auch Enrique Bernardo Núñez (1895-1964), der während der Gómez-Regierung als Sekretär von Manuel Díaz Rodríguez fungierte, eines weiteren Schriftstellers in Regierungsdiensten. Später war Núñez der erste Chronist der Stadt Caracas (1945-1964) und tat sich als Autor bedeutender Erzählungen hervor, darunter der Roman *Cubagua* (1931), der lange Zeit nur wenig Beachtung fand; der Autor selbst teilte diese Geringschätzung sogar (Araujo 1980; Bohórquez 1990).

Im Gegensatz dazu gelten die im venezolanischen oder lateinamerikanischen Kontext wahrgenommenen Schriftsteller als weniger erfolgreich in Bereichen wie der Politik, Regierung, Unternehmensführung oder Verwaltung. Als Beispiele kann man hier Erzähler wie Guillermo Meneses (1911-1978) und Luis Britto García (\*1940) nennen. Ersterer war ebenfalls herausragender Chronist der Stadt Caracas (1965-1978) und Träger des "Literatur-Nationalpreises" (1967), während Letzterer seit 1998 kulturpolitischer und ideologischer Berater der Chávez-Regierung ist. Britto García ist Träger des "Literatur-Nationalpreises" (2002) und gewann dreimal den Preis "Casa de las Américas" (zweimal für Erzählungen (1970; 1979) sowie einmal für seine Forschung im Bereich Kommunikation (2005)). Beide sind in den Augen der Bevölkerung in erster Linie herausragende Schriftsteller.

#### 4. Staatsgeschäfte und Literatur: vier Beispiele

Es ist unmöglich, hier das gesamte Panorama der venezolanischen Literaturgeschichte aufzuzeigen. Deshalb beschränke ich mich zur Darstellung der Beziehung zwischen Schriftstellern und dem öffentlichen Leben beispielhaft auf vier Autoren.

An erster Stelle werde ich auf den besonderen Fall eines unserer am wenigsten bekannten Autoren eingehen – nämlich Rafael Bolívar Coronado – und darstellen, wie er die Beteiligung des Schriftstellers als öffentlicher Sprecher in den venezolanischen Literaturkreisen parodiert. Dann folgt José Rafael Pocaterra, bei dem auffällt, dass er trotz seiner umfassenden Tätigkeit als Staatsdiener und Erzähler von der Kritik auf keinem dieser Felder als herausragend angesehen wird. Abschließend beschäftige ich mich mit der politischen und literarischen Karriere zweier bedeutender Autoren der jüngeren Zeit, nämlich Rómulo Gallegos und Arturo Uslar Pietri. Trotz ihrer sehr aktiven Teilnahme am politischen Leben sind sie in unserer Kulturtradition eher als bedeutende Schriftsteller lebendig, allerdings in unterschiedlichen Genres. In allen vier Fällen gehe ich vom historischen Kontext aus, der von den Diktaturen Cipriano Castro's (1899-1908) und Juan Vicente Gómez' (1908-1935) geprägt ist.

#### 5. Venezolanische Literatur und öffentliches Leben

Ohne Zweifel war die Literatur – unabhängig von der jeweiligen Wertung des Schriftstellers als Einfluss nehmender Sprecher – während unserer gesamten republikanischen Geschichte eng verknüpft mit dem öffentlichen Leben. So ist z.B. Andrés Bello (1781-1865) über sein freiwilliges Exil – zunächst in London (1810-1829) und später in Chile (1829-1865) – hinaus zweifellos die intellektuelle Ikone unseres 19. Jahrhunderts. Ich werde auch darauf eingehen, was einen so intelligenten Schriftsteller wie Rafael Bolívar Coronado dazu brachte, sich in seiner Rolle als öffentlicher Sprecher im Genre der Dichtung die Namen verschiedener lebendiger und toter Schriftsteller anzueignen, darunter den des unsterblichen Andrés Bello, wenn er den Verlagen seine Werke andiente.

Für alle historischen, politischen oder ideologischen Perioden wurden Schriftsteller herangezogen, die sie versinnbildlichen. José Rafael Pocaterra veröffentlichte 1913 einen Roman unter dem Titel *Política Feminista*. Später hat er dann das Werk umbenannt und mit *El Doctor Bebé* (1918) betitelt, eine klare Anspielung auf den Nachnamen eines Regierungsmitglieds der

Gómez-Ára, nämlich Samuel Eugenio Niño.<sup>1</sup> Im sogenannten “Gomezismus” war es eine Art Staatspolitik, sich mit bedeutenden, meist dem Modernismus zugetanen Schriftstellern zu umgeben, berühmten Namen, die der langlebigsten unserer Diktaturen Glanz verleihen sollten. (Beispiele gibt es mehr als genug, aber ich nenne nur drei, die über jeden Zweifel erhaben sind: César Zumeta, Manuel Díaz Rodríguez und Pedro Emilio Coll). Da war aber auch der geniale Dichter und Humorist Leoncio Martínez – Leo – (1888-1941), Autor des berühmten Gedichts “Ballade des schlaflosen Gefangenen”, der wegen seiner mutigen Kritik an der Politik des Juan Vicente Gómez ins Gefängnis geworfen wurde.<sup>2</sup> Vielleicht ist es nur ein Zufall, aber Martínez hat 1914 auch das Bühnenbild der Zarzuela *Alma Llanera* gestaltet, deren Text von eben jenem Rafael Bolívar Coronado stammt, den ich bereits erwähnt habe, und über den wir noch mehr erfahren werden.

Arturo Uslar Pietri und Rómulo Gallegos dagegen waren die literarischen Bannerträger der Epoche vom Ende des Gomezismus (1935) bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Der sogenannte “Medinismus”, einer der Politik des Generals Isaiás Medina Angarita zugeneigten Bewegung, ist ohne Uslar Pietri nicht denkbar. Ebenso wenig kann man Gallegos ignorieren, wenn man an die verschiedenen Regierungsepochen der heute fast untergegangenen Partei *Acción Democrática* denkt. Wie sollte man vergessen, dass Laureano Vallenilla Lanz, Innenminister des Diktators Marcos Pérez Jiménez, für eine fürstliche Summe den spanischen Autor Camilo José Cela anheuerte, der dann *La catira* (1955) schrieb, einen in Venezuela spielenden Roman, der dem Bestseller *Doña Bárbara* (1929) von Rómulo Gallegos Konkurrenz machen sollte?<sup>3</sup> Was stand hinter der Kampagne der Tageszeitung *El Mundo* im Jahr 1991, in der Uslar Pietri als Plagiator des spanischen Jesuiten Luis Coloma, Autor des Romans *Jeromín* (1903), angeschwärzt wurde? *Jeromín* hatte dieselbe Hauptfigur wie *La visita en el tiempo* (1990), mit dem Uslar Anfang 1991 als einer der Favoriten für den “Rómulo-Gallegos-Preis” gehandelt wurde.

---

1 Arzt, Komponist und Politiker aus Táchira (1869-1941), Anhänger des Diktators Cipriano Castro und danach des Juan Vicente Gómez; neben anderen Ämtern fungierte er als Präsident des Bundesstaat Carabobo (1907-1913, siehe DHV 1998: 1092).

2 Es möge genügen, hier die Schlusszeilen dieses erhellenden Gedichts zu zitieren: “Wer weiß, ob dann/ im Angesicht des Jahres 2000/ die helle Sonne meines Landes/auf Freiheiten herabscheint!”

3 Eine Zusammenfassung darüber, wie Camilo José Cela unter Vertrag genommen wurde, um *La catira* zu schreiben, kann man bei Ramírez Ribes (2002) nachlesen.

Die linken Bewegungen der sechziger Jahre stellten ebenfalls einige unserer Schriftsteller in den Vordergrund (Julio Garmendia, José Antonio Ramos Sucre) und sorgten gleichzeitig für die Verbreitung ihrer Sache nahestehender Autoren wie Miguel Otero Silva, Luis Britto García, Rafael Cadenas, Ramón Palomares, sowie vieler, die rebellischen literarischen Zirkeln wie *Sardio* (1958-1961) und *El Techo de la Ballena* (1961-1964, siehe Rama 1987) angehört hatten, z.B. Adriano González León, Salvador Garmendia, Juan Calzadilla, Francisco Pérez Perdomo, Caupolicán Ovalles.

Das nährt die Vermutung, dass die Regierungen und andere öffentliche Stellen gelegentlich die Literatur als Teil des öffentlichen Lebens ignorieren, aber dennoch wissen, wie sie auf die kulturelle Tradition eines Landes einwirkt. Es war kein Zufall, dass unter einer Regierung der Partei *Acción Democrática* der Monte-Avila-Verlag zur Förderung venezolanischer Schriftsteller gegründet wurde, ebenso wie das *Centro de Estudios Latinoamericanos* Rómulo Gallegos im Jahr 1974, seiner damals innovativen, inzwischen legendären literarischen Werkstätten.

In den Zeiten des relativen – oft vermeintlichen – sozialen Friedens, den Venezuela in den achtziger und neunziger Jahren erlebte, ist die Förderung etablierter wie aufstrebender Autoren durch den *Consejo Nacional de la Cultura* hervorzuheben, z.B. José Balza und die Gruppe der ihn umgebenden jungen Schriftsteller. In diese Zeit fällt auch die literarische Wiederbelebung von Guillermo Meneses und die öffentliche Förderung weiterer Autoren wie Ana Teresa Torres, Eduardo Liendo, Oswaldo Trejo, Eugenio Montejo, Juan Liscano, Juan Sánchez Peláez sowie unter den Jüngeren einige Mitglieder der Gruppen “Tráfico” und “Guaire”. Später dann, zu Beginn unseres Jahrhunderts, richtete sich die Aufmerksamkeit auf Namen aus der Zeit der Guerilla der sechziger Jahre, aber auch auf andere, die – aus welchen Gründen auch immer – unfreiwillig in Vergessen oder Isolierung geraten waren, darunter Dichter und Erzähler wie Víctor Valera Mora, William Osuna, Renato Rodríguez, Ramón Palomares, Ana Enriqueta Terán, Laura Antillano, Gustavo Pereira oder Carlos Noguera.

An dieser Stelle kann aber nicht auf die verschiedenen Gründe und historischen Umstände eingegangen werden, die zu diesen Entwicklungen geführt haben. Deshalb möchte ich diesen Abriss mit der detaillierten Darstellung des Wirkens in der Öffentlichkeit am konkreten Beispiel vier venezolanischer Schriftsteller vervollständigen, die von der Kritik zwar nicht als gleichermaßen bedeutend angesehen werden, aber dennoch für die Gesamtheit stehen können.

## 6. Bolívar Coronado: erster Fiktionaut der venezolanischen Öffentlichkeit

Die Sprache des Bewohners der Llanos ist ebenso bildhaft und anmutig wie viele andere Seiten an ihm. Darin wirkt er ausgesprochen andalusisch: seine Aufschneiderei, sein Flunkern, seine Veranlagung als Spaßvogel und Spötter verraten allzu offensichtlich seine Herkunft aus den Reihen der Rinderhirten von den Ufern des Gaudalquivir.

Dieses Zitat stammt aus der zweiten Ausgabe (1944) des Buches *El Llanero (Estudio de Sociología Venezolana)*, zuerst veröffentlicht als Band 24 im spanischen Verlag América (1918?), dessen enthusiastischer Eigentümer der venezolanische Schriftsteller, Verleger und Diplomat Rufino Blanco Fombona (1874-1944) war. Der Band erscheint unter dem Namen des venezolanischen Schriftstellers Daniel Mendoza. Derselbe Verlag veröffentlichte die "Neuaufgabe" eines Buches mit dem Titel *Letras españolas, primera mitad del siglo XIX* (Band 43), dessen Verfasser angeblich der berühmte venezolanische Akademiker Rafael María Baralt war. Der Band 25 der "Biblioteca de Ciencias Políticas y Sociales", im selben Verlag erschienen, ist *Obras científicas* von Agustín Codazzi.

Tatsächlich war keiner der drei genannten Schriftsteller Autor dieser Bände, zumindest nicht ihres gesamten Inhalts. Die angegebenen Verfasser dieser und vieler anderer Bücher verdeckten den Schatten – pervers oder genial, je nach Sichtweise – eines der originellsten und am wenigsten anerkannten Schriftstellers der venezolanischen Literatur. Jemand, der – womöglich ohne es sich vorgenommen zu haben – in unserer Literaturgeschichte die Bedeutung der Literatur für die Öffentlichkeit aufgedeckt hat: Wenn Du in der Welt der Literatur ein Niemand bist, kannst Du wenig dazu tun, öffentlich als Schriftsteller anerkannt zu werden. Und anhand derselben sprachlichen Mittel, mit denen er den *Llanero* Venezuelas charakterisiert ("seine Aufschneiderei, sein Flunkern, seine Veranlagung als Spaßvogel und Spötter"), hinterfragt der tatsächliche Autor jener Bände den Begriff vom Schriftsteller als öffentlicher Sprecher, der seinem Ego über die Literatur freien Lauf lässt. Und er tut das, indem er sich selbstironisch als den "einzigen venezolanischen Schriftsteller mit mehr als sechshundert Namen" bezeichnet (Castellanos 1993).

Die 39 Jahre seines "geräuschvollen" Lebens reichten Rafael Bolívar Coronado (1884-1924), unter 656 verschiedenen Namen zu schreiben. In einigen Fällen waren es die Namen anerkannter, lebender oder verstorbener

venezolanischer und ausländischer Schriftsteller; gelegentlich erfand er auch neue Schriftsteller, um die er unsere Literaturgeschichte bereichert hat.

Zwar wurde er nach langen Jahren als Textdichter unserer "zweiten Nationalhymne", nämlich des *joropo Alma Llanera*<sup>4</sup> anerkannt, aber unsere mustergültige, stets umsichtige und konservative Literaturkritik hat ihn übergangen. Sie hat ihn als Schwindler und Betrüger dargestellt, Bastion der apokryphen Literatur. Er ist also weniger aufgrund seiner vermutlich eigenen Werke bekannt (*Corazón. Memoria de una niña rubia*, 1918 und *Memorias de un semibárbaro*, 1919), sondern eher als Verspötter einiger unserer bedeutendsten, aus Literaturkreisen stammenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Es steckt allerdings weit mehr als Scharlatanerie dahinter, nämlich harte Kritik am politischen Establishment seiner Zeit und dessen Eigenart, Schriftsteller durch Schmeichelei oder gar Posten in der Diplomatie zu ehren, eine häufige Praxis der Diktaturen von Cipriano Castro und Juan Vicente Gómez, unter denen er lebte.<sup>5</sup>

Halten wir uns seine Rechtfertigung vor Augen: "Da ich in der Literaturwelt namenlos bin, musste ich die Namen der Etablierten annehmen, weil ich nicht zulassen kann, dass auf meinen Zähnen Spinnennetze wachsen" (Castellanos 1993: 6). Und zur Bekräftigung dieses einfachen Arguments übernahm er die Rolle eines überzeugten Fiktionauten, einer sozialen Figur, die von der, für die und in der Fiktion lebt. Als anonymen Schriftsteller hat er sich selbst öffentlich als Parodist dargestellt, der nicht unter seinem eigenen Namen schreibt, sondern unter denen vieler anderer, die ihm sein Überleben sichern konnten. So gelang es ihm – neben anderen –, einen der bedeutendsten Verbreiter venezolanischer Literatur aus der Zeit der Gómez-Diktatur in Europa zu täuschen, nämlich Rufino Blanco Fombona.

Durch und durch rebellischer Geist, erhält Bolívar Coronado einen wenig bedeutenden venezolanischen Literaturpreis und reist daraufhin nach Spanien, gefördert von der Regierung des Diktators, entpuppt sich dann aber als Regimegegner und schließt sich der linken Gewerkschaftsbewegung Spaniens an. Sein Leben musste er durch Schriftstellerei bestreiten und mithilfe des America-Verlags beginnt seine produktivste Phase als Namensschwindler. Er schreibt unter den Namen lebender und bereits verstorbener, aber auch erfundener venezolanischer Autoren. Hier nur einige Beispiele: Andrés Bello, Francisco Lago Martí (*sic*), Enrique Soublette, J. A. Pérez

4 Teil der gleichnamigen "Zarzuela", komponiert von Pedro Elías Gutiérrez, die am 14. September 1914 in Caracas uraufgeführt wurde.

5 Ausführliche Biographien haben Castellanos (1993) und Botello (1993) vorgelegt.



Bonalde, Jacinto Gutiérrez Coll, Joaquín Antonio Crespo, Juan Santaella, Juan Vicente Gómez, Pío Gil, José Antonio Calcaño, Arturo Usler Pietri (Castellanos 1993: 214-228).

Selbst seinen Herausgeber Rufino Blanco Fombona parodierte er unter verschiedenen Namen, z.B. Fomborino Blanco Rufián (Schurke, F.W.), Rabbino (Rabbi, F.W.) Fombo Blancona, Rufino Mata Blanconi, Rufino Negro Assessin (Mörder F.W.), Ventura (Glücksfall, F.W.) Blanco Fombona. Auch vor ausländischen Namen wie Cervantes, Unamuno, Sor Juana Inés, Ricardo Palma oder Amado Nervo machte er nicht halt. Ganz übel parodierte er den venezolanischen Konsul in Barcelona und Speichellecker des Diktators Juan Vicente Gómez, Alberto Urbaneja, der ihm unausgesetzt nachspürte und ihn bei den damaligen spanischen Behörden als Verschwörer anzeigte: Urbano Cabroneja (Hahnrei, F.W.), Alberto Mierdaneja (Scheisskerl, F.W.) oder Alberto Cabroneja.

Neben seinen literarischen Werken verfasste Bolívar Coronado apokryphe Chroniken der *Conquista* und Kolonisierung Amerikas, die er unter Namen wie Juan de Ocampo, Mateo Motalvo de Jarana oder F. Salcedo Ordóñez veröffentlichte. Nachfolgend zwei Beispiele dafür, was anerkannte venezolanische Forscher über den "Chronisten" Juan de Ocampo geschrieben haben, angeblich ein spanischer Ordensgroßmeister und Jesuit:

Der Ordensgroßmeister Juan de Ocampo hat mehrere Werke über Venezuela verfasst. Trotz seiner Übertreibungen stimmen manche seiner Hinweise mit denen vertrauenswürdiger Autoren überein... Für seine Arbeit über Gaucicaipuro gibt er einen Abt Moulin als Quelle an, über den wir nichts in Erfahrung haben bringen können (Acosta Saignes 1946: 23, siehe Castellanos 1993: 46).

Der Biograph der heldenhaften Kaziken, der Ordensgroßmeister Juan de Ocampo, hat uns eine Beschreibung der venezolanischen Natur überliefert, in der er Legenden, Geographie und Geschichte vermischt [...]. Wie erfrischend er die Schönheiten unserer tropischen Natur beschreibt! (Puerta Flores 1964, siehe Castellanos 1993: 50).

Durch die vorgegebene Autorschaft erreicht der Fälscher sogar, dass seine Werke später von bedeutenden Forschern zitiert werden: Aus Fiktion wird damit eine öffentlich anerkannte Wirklichkeit.<sup>6</sup> Auf diese Weise verspottet Bolívar Coronado das literarische Establishment. Er greift dabei nicht nur die Schriftsteller an, deren Namen er sich bedient, sondern auch die Verleger: "Sie wollten bedeutende Namen, und ich musste arbeiten, um ebenso

---

<sup>6</sup> Daneben gibt es auch andere literaturkritische Arbeiten, in denen einige Schelmenstreichche Bolívar Coronado aufgedeckt werden, z.B. Sambrano Urdaneta (1952) oder Vila (1960).

bedeutende Notlagen zu überwinden". In spanischen Bibliotheken kann man heute noch seine "Werke" nachlesen; in literarischen Kreisen Venezuelas erkennt man nicht nur seine Fähigkeit, sich fremde Namen anzueignen, sondern auch seinen ungenierten Spott über die nutzenorientierte Richtung, die die öffentliche Literatur eingeschlagen hatte. Er tat das alles, um in einer Umgebung überleben zu können, in der er als genialer, aber unbeachteter und unbekannter Sprecher der Öffentlichkeit auftrat, als Autor, der kein öffentliches Amt ausübte und auch kein bedeutender Politiker war, aber dennoch die Rolle derer übernahm, die er parodierte.

Rafael Bolívar Coronado sollte also nicht übergangen werden in einer Zeit, in der das Internet den egozentrischen Dünkel der individuellen Autorschaft fördert, ebenso wie den zügellosen Eifer, mit dem viele Autoren danach streben, ihre Namen in strahlendes Licht zu stellen. Rafael Bolívar Coronado war ein authentischer und genialer Romancier, der beim Studium der Beziehung zwischen Literatur und Öffentlichkeit nicht übergangen werden sollte. Heute können wir nicht einmal sicher sein, dass sein wirklicher Name Rafael Bolívar Coronado war.

In seinem Leben gibt es aber noch einen weiteren Aspekt, der unsere Aufmerksamkeit verdient. Während seiner Zeit in Madrid hielt der spanische Dichter Francisco Villaespesa (1877-1936), Autor eines umfassenden lyrischen Werks, der auch Venezuela besucht hatte, seine schützende Hand über ihn. Auf Bitten des Diktators Juan Vicente Gómez hatte er die Inszenierung des Dramas "Bolívar" übernommen, wie José Rafael Pocaterra in seinen *Memorias de un venezolano de la decadencia* schreibt. Mit ebenso spitzer Feder wie Bolívar Coronados erwähnt Pocaterra den Besuch des spanischen Dichters und macht dabei aus seiner Missbilligung keinen Hehl. Er bezeichnet ihn als "schmierigen, volkstümelnder Dichter", "unterwürfigen Verseschmied" und "dreckigen und kriecherischen Dichterling" (Pocaterra 1997, II: 231-32). Bolívar Coronado arbeitete also im Ausland für einen Liebessdiener des Diktators; eine merkwürdige Koinzidenz zweier venezolanischer Autoren, die sich in ihrem literarischen Stil ähnelten und ihre Ablehnung des Diktators teilten. Ein mysteriöser Zufall, der möglicherweise keinem der drei bewusst war, vor allem nicht jenem Dichter, der den einen protegierte und vom anderen abgekanzelt wurde. Das wird noch zu untersuchen sein, aber wir können festhalten, dass Bolívar Coronado die Aufmerksamkeit jenes anderen berühmten Zeitzeugen verdient hätte, den die hiesige Literaturkritik gelegentlich als zweitrangig betrachtet, nämlich José Rafael Pocaterra.

## 7. José Rafael Pocaterra: Zeitzeuge der Öffentlichkeit

José Rafael Pocaterra (1889-1955) ist zweifellos eine im venezolanischen Kulturleben immer wieder präsente Persönlichkeit. Außer seiner berühmten Erzählung über das Weihnachtsfest („Wie Panchito Mandefuá mit dem Jesuskind speiste“, 1918) hat die Kritik sein erzählerisches Werk kaum beachtet und das verwundert angesichts der Tatsache, dass er wenigstens vier bedeutende, allerdings nur wenig verbreitete Romane, über vierzig Erzählungen (zusammengefasst in dem Band *Cuentos grotescos*, 1922) und zahllose Zeitungsartikel geschrieben hat.<sup>7</sup> Sein am meisten beachtetes Werk ist *Memorias de un venezolano de la decadencia* (1927/1936), in dem er seine Erlebnisse in den beiden bereits erwähnten Diktaturen zu Beginn des 20. Jahrhunderts schildert.

Als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und als Schriftsteller war er aufmüppig, Einzelgänger, fast ein Anarchist, dem jegliche Mitarbeit in politischen oder literarischen Gruppen fremd war (Tejera 1976). Im kulturellen Leben gilt er als Einsiedler. Obwohl er beide Funktionen – als Beamter und Literat – umfassend und produktiv ausfüllte, wurde ihm in keiner die verdiente Anerkennung zuteil. Seine vielfältige Regierungstätigkeit wird kaum beachtet und in der Literatur gilt er weiterhin als zweitrangiger Erzähler.

Als Beamter hatte José Rafael Pocaterra zahlreiche Posten inne, die jedoch in den Aufzeichnungen über sein geplagtes Leben, ständig im Konflikt mit sich selbst und seiner politischen Umgebung, kaum vorkommen. Seine Biographen versichern, er habe nicht einmal die Grundschule absolviert und bezeichnen ihn als Autodidakten, der mehr als ein Dutzend Ämter innehatte, darunter die folgenden: Staatssekretär in der Regierung des Bundesstaats Guárico (1910), Finanzminister (Guárico, 1911), Herausgeber der Gesetzesammlung des Bundesstaats Carabobo (1913), Grundstücksverwalter (Zulia 1914), Arbeits- und Verkehrsminister (1939), Präsident seines Geburts-Bundesstaats (Carabobo 1941), Parlamentarier (Landtagsabgeordneter und Präsident des Senats), sowie Botschafter in England (1943), Russland (1945), Brasilien (1948) und den Vereinigten Staaten (1949).

Er verbrachte aber auch Zeiten im Gefängnis und im Exil und war mit dem Landesgeschehen nicht immer vertraut. Die Pocaterra-Spezialistin María Teresa Tejera versichert, „dass das Exil sein Ende als Romanschriftsteller bedeutete“ (Tejera 1976: 38). Aber auch die Ästhetik seiner davorliegenden Erzählungen galt nicht als bahnbrechend. Sein eigenes Bekenntnis zum Rea-

---

7 Sein umfassendes Gesamtwerk wird von Tejera gewürdigt (1976: 433-460).

lismus ("ich berichte nichts, ich opfere nichts, ich erzähle") war für die Literaturgeschichte ausreichend, ihn dieser Richtung zuzuordnen und seine Erzählungen im Vergleich mit seinen Zeitgenossen Rómulo Gallegos und Arturo Usler Pietri als zweitrangig einzustufen.

So kommt Pocaterras Werk z.B. in der umfassenden Analyse der venezolanischen Erzählkunst von Orlando Araujo (1972) überhaupt nicht vor. Auch Juan Liscano, der als jemand gilt, der das dichterische Werk des Autors anerkennt, beschränkt es auf die Kategorie "dokumentarische und zweifellos moralisierende Erzählung" (Liscano 1973: 40), nachdem er vorher noch seine "kämpferische und anklägerische Prosa" gewürdigt hat (Liscano 1973: 37). Deshalb tritt er in unserer Literaturgeschichte eher als dokumentierender Verfasser der *Memorias* denn als bedeutenden Erzähler auf. Das bestätigt auch der Pocaterra-Forscher Italo Tedesco: "[...] in seiner belehrend wirkenden Literatur vermisst man gelegentlich die Fähigkeit, komplexe und ambivalente Zusammenhänge auszudrücken" (Tedesco 1982: 69). Medina seinerseits bezeichnet den Autor als "persönlichsten und ausdrucksstärksten unter den Realisten" (Medina 1993: 17), während Picón Salas seine Erzählkunst als "beinahe so aktuell wie eine gute Reportage" einstuft (Picón Salas 1940: 215).

Ein kritischer Diskurs, der Pocaterras Werk als Teil eines Prozesses einstuft, es aber nicht für grundlegend erachtet. In seinen Rollen als vielseitiger Staatsdiener und übereinstimmend dem Realismus zugerechneter Dichter, der den gesellschaftspolitischen Alltag seiner Zeit abbildete, erscheint er in beiden Feldern als wenig relevant. Der Autor selbst hat mit diesen Worten die Grundlage dafür geschaffen:

Was man aus meiner Sicht weder in der Kunst noch im Leben dulden soll, ist jene Art literarischen Heroins, an dem sich der städtische Pöbel berauscht: zutreffende Beschreibungen der Savanne als Hintergrund, der majestätischen, väterlichen Flüsse, die unendliche Beklemmung der Weiten, um dann mit lyrischem Sägemehl gefüllte Puppen tanzen zu lassen [...] (*Cuentos grotescos*, Ausgabe 1974: 10/Prolog).

Er spielte damit auf die modernistische Literatur des beginnenden 20. Jahrhunderts an, die er an anderer Stelle als "Schickeria-Literatur" bezeichnet hatte und positionierte sich damit als Einzelgänger, abgewandt von Strömungen, die Literatur nicht als Kunst der Verbindung mit den Lesern begriffen. Sein Gesamtwerk ist mithin eine "Waffensammlung" (Liscano 1973: 33), die Schriftstellerei mit politischer Arbeit verknüpft. Häufig karikiert er Zeitgenossen und ein Gutteil seiner Schriften entspricht dem dringenden Erfordernis der Anklage. Pocaterra zeichnet sich sowohl in seinen Erzählun-

gen als auch in seinen übrigen Texten durch eine sehr direkte Sprache aus, ohne jedwedes Zugeständnis. Der dokumentarische und zeugenhafte Stil der weithin anerkannten *Memorias* unterscheidet sich kaum von dem seiner Romane. Nimmt man die Unzahl von ihm kultivierter Feindschaften und sein Faible für Rebellentum hinzu, dann wird deutlich, warum er als öffentlicher Sprecher nicht den Rang eines herausragenden Schriftstellers einnimmt, eines Erneuerers, der es vermochte, sich der vorherrschenden literarischen Strömung seiner Zeit ästhetisch zu widersetzen. Auch nicht den eines kämpferischen Politikers, der eine ganze Reihe wichtiger Ämter ausgeübt hat. Der untadelige, geradlinige Beamte, der Regierungsvertreter, der sich der Diktatur nicht beugte, der politische Gefangene und Exilant handelte so eigenständig, dass er den Romanschriftsteller überschattete und somit beide in unserer politischen und literarischen Geschichte einen Platz mit niedrigem Profil einnehmen. Seine Persönlichkeit, polemisch und oft auch aggressiv, hat ihm den Ruf eines Individualisten oder gar Anarchisten eingetragen, eines Gegners politischer Parteien und Gruppierungen sowie des jahrzehntelang regierenden "Andinismus"<sup>8</sup> und er kritisierte immer wieder die Ergebnisse Venezuelas gegenüber den Vereinigten Staaten.<sup>9</sup>

All das bedeutet, dass seine Rolle als herausragender öffentlicher Sprecher seiner Zeit nicht ausreichte, um ihm in der venezolanischen Politik- und Literaturgeschichte einen der vorderen Plätze zu sichern. Zwar hat es nicht an Versuchen gefehlt, seinen Beitrag zur venezolanischen Dichtkunst zu würdigen (Tedesco 1982; Barrera Linares 1997: 65-83, Barrios 1997), aber die verdiente Anerkennung blieb ihm dennoch versagt.<sup>10</sup> Die Angriffe der Diktaturen auf seine Person konnten seine Feder nicht zum Schweigen bringen und seine Geradlinigkeit und Würde als Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, die an die Demokratie glaubte, belegen zwei Ereignisse seiner diplomatischen Karriere. Präsident Isaiás Medina Angarita hatte ihn 1945 zum Botschafter in der UdSSR ernannt, als im Oktober desselben Jahres dessen Regierung durch eine zivil-militärische Verschwörung gestürzt wurde. Er trat sofort zurück. Jahre später begründete er diesen Schritt in einem Interview mit Juan Liscano:

---

8 "Ich hatte keinerlei Kontakt zu den Anden-Despoten und war ihnen gegenüber zu nichts verpflichtet" (*Memorias...*).

9 "Die venezolanische Regierung hat sich heutzutage den anglo-amerikanischen Interessen unterworfen" (*Memorias...*).

10 Der Gerechtigkeit halber müssen wir allerdings das Urteil eines eher konservativen Kritikers erwähnen, nämlich Pedro Díaz Seijas, der Pocaterra für "[...] den ersten großen Vertreter der modernen Erzählkunst Venezuelas" hält (Díaz Seijas 1965: 541).

Ich bin zurückgetreten, weil ich nicht zu denen gehöre, die mit ethischen Prinzipien spielen. Mein Beglaubigungsschreiben hatte eine Regierung erteilt, die es nicht mehr gab. Andere an meiner Stelle hätten sich entsprechend eingerichtet, die Verlierer beschimpft und die Sieger umschmeichelt. Ich habe immer gesagt, dass man leben muss, wie man denkt, damit man nicht denken muss, wie man lebt (Tejera 1976: 49).

Als das Land zur Demokratie zurückgekehrt war, kehrte auch Pocaterra zurück und überreichte im Juli 1945 sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter in Brasilien. Es sollte nicht sein letzter Rücktritt gewesen sein, doch der unbeugsame Politiker und öffentliche Sprecher ohne Tadel behielt das Amt nur einige Monate lang, bis schließlich eine andere zivil-militärische Junta den gewählten Präsidenten stürzte, der ihn ernannt hatte, nämlich den Romancier Rómulo Gallegos, dem wir nachfolgend unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

#### 8. Rómulo Gallegos, der an die Politik ausgeliehene Romancier

Wenn man einen Venezolaner mit Grundschulabschluss nach Rómulo Gallegos fragt (1884-1969), so wird er ihn sicher eher mit der Schriftstellerei als mit seiner Lehrtätigkeit, seinen soziologischen Abhandlungen oder seinem öffentlichen Leben als Politiker in Zusammenhang bringen.<sup>11</sup> Das ist deshalb interessant, weil er der einzige Romancier und erste Zivilist war, der im 20. Jahrhundert durch demokratische Wahl in das Amt des Staatspräsidenten gelangte (1947).<sup>12</sup> Außerdem hatte er wichtige Ämter als Lehrer, Stadtrat, Parlamentarier und Minister ausgeübt. An dieser Stelle sind zwei Zusammenfassungen zu erwähnen, in denen die vielfältigen Tätigkeiten des Autors dargestellt sind, nämlich *Diccionario General de la Literatura Venezolana* (DGLV 1987) und *Diccionario de Historia de Venezuela* (DHV 1998). Im Ersteren wird er eingangs als "Romanschriftsteller, Erzähler, Dramatiker, Redner, Essayist, Kolumnist, Journalist und bedeutender Politiker" präsentiert (DGLV 1987: 202). Man nehme die Rangfolge zur Kenntnis, die hier zum Ausdruck kommt: Die Politik steht an letzter Stelle. Im DHV heißt es, dass "trotz des Rufs und Respekts, den Gallegos als Literat und Lehrer genoss...nahm die politische Agitation in den wenigen Monaten seiner Regierung nicht ab" (DHV 1998: 237). Das lässt darauf schließen,

11 Das gilt auch für die kritischen Spezialisten, siehe Picón Salas (1940), Liscano (1973), Araujo (1955; 1972), Oropeza (1984), Medina (1993) sowie Pacheco/Barrera Linares/González (2006).

12 Gallegos erhielt eine überwältigende Mehrheit von 871.752 Stimmen, fast viermal so viele wie sein Gegenkandidat Rafael Caldera mit 264.204 Stimmen (DHV 1998: 236).

dass er als bedeutender Schriftsteller angesehen wird, der in wichtigen öffentlichen Ämtern scheiterte: Bildungsminister für kaum drei Monate: von März bis Juni 1937; Verlierer der Wahl zweiten Grades zum Staatspräsidenten (1941); nach gerade achtmonatiger Regierungszeit von einer Militärjunta gestürzter Staatpräsident (1948). Dazu kommt noch der sogenannte "Vatermord" in der Zeit der sechziger bis achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, mit dem seine Position als venezolanischer Literaturpapst endgültig gefestigt wurde.<sup>13</sup> Als wäre es ein mysteriöses Schicksal, hat die venezolanische Gesellschaft es vorgezogen, ihn als großen Schriftsteller zu verehren, dessen Werke Bestandteil unseres Kulturgutes sind, insbesondere drei seiner Romane: *Doña Bárbara* (1929), *Cantaclaro* (1934) und *Canaima* (1935).<sup>14</sup> Für seine politische Aktivität gilt das nicht, wie aus dem Kommentar eines weiteren bedeutenden öffentlichen Sprechers im 20. Jahrhundert hervorgeht, nämlich Arturo Usler Pietri:

[Rómulo Betancourt] hatte einen sicheren Instinkt, z.B. nach dem Staatsstreich des Jahres 1945 suchte er eine Galionsfigur und Gallegos gab sich dafür her. Betancourt hat Gallegos ausgenutzt. Und Gallegos war ein schwacher Mensch, geistesfaul, Rómulo Gallegos hat kein Werk über sein Denken hinterlassen (Interview mit R. Arráiz Lucca 2001: 38; Hervorhebung L.B.L.).

## 9. Artur Usler Pietri, eher Publizist als Politiker und Erzähler?

Wie bereits erwähnt stammt das obige Zitat von einem weiteren venezolanischen Schriftsteller mit einer bemerkenswerten und ausgedehnten öffentlichen Präsenz, nämlich Arturo Usler Pietri (1906-2001), auf dessen Rolle ich nunmehr eingehen werde. Sein Wirken in der Öffentlichkeit stand unter ähnlichen Vorzeichen. Aus der Sicht der Kritik ist sein Beitrag als Romancier

13 Der bedeutendste venezolanische Schriftstellerpreis mit internationaler Geltung trägt schließlich seinen Namen. Zur ausführlichen Darstellung von Gallegos als Person der Zeitgeschichte (Politiker, Lehrer und Schriftsteller) verweise ich auf zwei umfassende Arbeiten von Carlos Pacheco: "Gallegos, la patria deseada y el parricidio" (2001) und "Texturas de la nación: el intelectual Gallegos como significante político y estético en la cultura venezolana" (2006).

Anmerkung F.W.: In den Augen der bereits erwähnten regimekritischen literarischen Zirkel jener Zeit galt Gallegos nicht nur als Vertreter einer konventionellen Schriftstellerei, sondern auch als Repräsentant des Betancourt-Regimes, der schlechthin abzulehnen war; daher der Terminus "Vatermord" in der venezolanischen Literaturgeschichte und -kritik. Siehe z.B. Carlos Pacheco: "Rómulo Gallegos como significante estético y político en la cultura venezolana" (<[www.av.celarg.org.ve/GallegosMultiple/literatura.htm](http://www.av.celarg.org.ve/GallegosMultiple/literatura.htm)>; 17.08.2010); ebenso Humberto Márquez: "Doña Bárbara cumple 80 años" (<[www.ipsnoticias.net/print.asp?idnews=91382](http://www.ipsnoticias.net/print.asp?idnews=91382)>; 17.08.2010).

14 "Gallegos' Kreativität nahm nach *Cantaclaro* ab" (DHV 1998: 235).

nicht so bedeutend wie seine Wirkung als Kolumnist und Erzähler. Zu seinem Leidwesen hat er außerhalb der Landesgrenzen als Romancier nicht dasselbe Interesse gefunden wie Rómulo Gallegos, obwohl er 1991 – ohne größere Begeisterung im Land hervorzurufen – mit seinem Roman *La visita en el tiempo* (1990)<sup>15</sup> den prestigeträchtigen und schon jetzt legendären Preis erhielt, der den Namen des Autors von *Doña Bárbara* trägt, nachdem er bereits 1990 mit dem anerkannten spanischen “Príncipe de Asturias”-Preis für Literatur ausgezeichnet worden war.

In Venezuela gilt Uslar Pietri als Inbegriff des Intellektuellen und der Sprachpflege, insbesondere dank seiner Bekanntheit als Kolumnist, jedoch weniger dank seines literarischen Schaffens. Höchstwahrscheinlich gibt es keinen Sekundarstufenschüler der letzten drei Jahrzehnte, dem nicht die Lektüre eines seiner in der Kolumne “Pizarrón” der Tageszeitung *El Nacional* veröffentlichten Artikel aufgetragen worden wäre, die er über mehr als fünf Jahrzehnte hinweg schrieb (1946-1998), oder sich eines seiner sehr populären Fernsehprogramme anzuschauen (*Valores Humanos*, 1953-1987, zusammengefasst in mehreren Bänden 1955, 1956, 1958, 1963...). Auch sein Einfluss auf die Entwicklung und Bewertung der venezolanischen Erzählung ist unbestritten (Uslar/Padrón 1940; Miliani 1969; Barrera Linares 2002). Dennoch war er für das große Publikum nicht der alles überragende Romancier, für den er selbst sich hielt.<sup>16</sup> Zur Absicherung dieser Aussage verweise ich auf eine Einschätzung von Avendaño, der eine umfassende Studie über das Bild des Autors in der Öffentlichkeit vorgelegt hat:

Seit 1928 kommt man in der politisch-kulturellen Geschichte Venezuelas an der Figur Uslar Pietris nicht vorbei, aber dennoch ist er [...] ein Unbekannter mit hohem Bekanntheitsgrad, weil kaum akademische Studien über sein Denken vorliegen. Das gilt nicht für sein literarisches Werk, was angesichts seiner vorrangigen Rolle als Schriftsteller verständlich ist (Avendaño 1996: 23, Hervorhebung L.B.L.).

15 Zur kuriosen und wechselvollen Entwicklung des “Rómulo-Gallegos”-Preises siehe Bencomo (2006), der ihn bis zur Ausgabe des Jahres 2004 analysiert.

16 Damit beziehe ich mich auf das allgemeine Publikum, denn aus literaturspezifischer Sicht sind ihm höchste Auszeichnungen verliehen worden: Außer den beiden erwähnten internationalen Preisen (“Príncipe de Asturias” 1990 und “Rómulo Gallegos” 1991) ist Uslar Pietri zweifacher Träger des Nationalen Literaturpreises, einmal als Essayist im Jahr 1954, für das Buch *Las nubes*, und später als Romancier, für *La isla de Robinson* im Jahr 1982; darüber hinaus erhielt er weitere bedeutende venezolanische Preise (“Aristides Rojas” und den “Erzählerpreis” der Tageszeitung *El Nacional*, beide 1949). Außerdem wurde er als Journalist ausgezeichnet (“Mergenthaler-Preis” 1972; “Maria Moors Cabot” 1972; “Hispanoamerikanischer Pressepreis Miguel de Cervantes” 1973, siehe Miliani 1995: 4796).



Die Forscherin versucht diesen Sachverhalt mit dem "pädagogischen Element" der Essays von Uslar Pietri und seiner vielen Zeitungsartikel zu erklären; das habe "einer Weiterentwicklung und Vertiefung seines Denkens entgegengestanden". Sie ordnet ihn deshalb als einen an andere Bereiche wie die Politik, die Bildung oder die Ökonomie "ausgeliehenen" Schriftsteller ein.

Selbst wenn dem so ist, haben seine Meinungen und sein gelegentlich übertriebener Egozentrismus für Polemik und Missbilligung gesorgt. Diese Einschätzung stützt sich auf drei Aussagen aus seinem Munde – zwei direkte und eine indirekte:

Die venezolanischen Intellektuellen waren meist sehr unordentlich und undiszipliniert, während ich einen großen Vorteil hatte, nämlich diszipliniert zu sein (Arráiz Lucca 2001: 25).

Ich glaube, dass [wir Venezolaner] nur wenige Tugenden im traditionellen Wortsinn haben. Natürlich sind wir kein Haufen Unfähiger, Einfaltspinsel oder Gesindel, aber wir haben nie Gemeinschaftstugenden entwickelt. Wir sind sehr verzettelt, individualistisch, rebellisch, vergleichen Sie nur die venezolanische Geschichte mit der seiner Nachbarn (Arráiz Lucca 2001: 35).

Und ich [Gilberto Correa] frage ihn daraufhin: "Doctor [Uslar], warum sind wir Venezolaner so, warum macht hier jeder was ihm einfällt?" Ich dachte, er würde mir eine Rede halten, aber er sagte nur: "Mein lieber Gilberto, Venezuela ist eben ein Land, das in die Zivilisation eintrat, ohne vorher kultiviert worden zu sein" (Padrón 2007: 621).

Er präsentiert sich also selbst (individuell, in der ersten Person) als disziplinierter Musterintellektueller, während er gleichzeitig die Gesellschaft, der er angehört, disqualifiziert (im augenscheinlich einschließenden Plural). Deshalb wird auch sein verbreiteter Ruf als Schriftsteller von einer anderen – ebenfalls bedeutenden – Persönlichkeit des öffentlichen Lebens angezweifelt, nämlich von dem Historiker und Akademiker Guillermo Morón:

Ich kenne Uslar Pietri wie jeder sonstige Leser in Venezuela, der die guten und schlechten Nachrichten im Land verfolgt. Es waren drei Enttäuschungen, die ihm sein erfolgreiches Leben verbitterten. Erstens, dass er nicht vom Volk in das Präsidialamt getragen wurde. Zweitens, nicht den Cervantes-Preis für Literatur erhalten zu haben, trotz seiner Anstrengungen in Caracas, anderen Hauptstädten Lateinamerikas und besonders in Madrid. *El País* schrieb: "es gibt immer ein Erwachen". Drittens, ein "steriler Großvater" gewesen zu sein, wie er Sofia Imber anvertraute (Morón 2005: 78).<sup>17</sup>

---

17 Als Beispiele der üblichen (positiven und negativen) Äußerungen über wichtige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mögen folgende Einschätzungen seines Wirkens in der venezolanischen Kultur dienen: "ein Meer von Wissen mit einem Zentimeter Tief-

Die Worte Avendaños und Moróns sind deutlich genug. Ebenso wie Gallegos kann man Arturo Uslar Pietri in die Gruppe bedeutender venezolanischer Schriftsteller und öffentlicher Sprecher einreihen, deren politische Ambitionen durch Niederlagen gekennzeichnet waren. Zunächst verliert er durch einen Staatsstreich seinen Posten als Kabinettsmitglied des Präsidenten Isaías Medina Angarita (1942-1945) und im Jahr 1963 versagt ihm das Volk die Unterstützung seiner Präsidentschaftskandidatur.<sup>18</sup> Nur wenige erinnern sich an seine Parteigründung (*Frente Nacional Democrático*, 1964), die er 1967 wieder verließ, oder seine zahlreichen sonstigen öffentlichen Ämter (Präsidialamtssekretär, Finanzminister, Bildungsminister, Innenminister, Botschafter usw.).

Es gilt mittlerweile als Tatsache, dass er zum venezolanischen Kulturbild hauptsächlich über die Presse und das Fernsehen beigetragen hat, viel mehr noch als über sein erzählerisches Werk, aus dem sein Erstlingsroman *Las lanzas coloradas* (1931) von der Kritik am meisten gelobt wird. Wenigstens bis vor einigen Jahren war Uslar Pietri in unserer schulischen Tradition ein Muster des öffentlichen Sprechers, der mehreren Generationen als sprachliches und verhaltensmäßiges Vorbild galt. Seinem Werk als Romancier kommt in den Augen der Mehrheit jedoch nicht derselbe Stellenwert zu, ebenso wenig wie seinen übrigen Tätigkeiten in Politik, Wirtschaftswissenschaft und Diplomatie.<sup>19</sup> Wir haben es also mit einem bedeutenden öffentlichen Sprecher zu tun, dessen Präsenz sich im semantischen Gedächtnis praktisch auf seine journalistische Tätigkeit beschränkt.

## 10. Abschließende Bemerkungen

Zu dem über die historische Geltung von Gallegos und Uslar Pietri als erst-rangige Schriftsteller (einer als Romancier, der andere als Publizist) Gesagten füge ich hinzu, dass das an dem Umstand liegen kann, dass der Auftritt beider in der Öffentlichkeit direkt oder indirekt von historisch einflussreichen politischen Organisationen und Gruppen unterstützt wurde, wenigstens

---

gang“, die Pedro José Lara Peña, aber auch Jorge Olavarria zugeschrieben wird, und seine Charakterisierung als „oberster Kommunikator Venezuelas“ (<[www.analitica.com/archivo/art1998.03/contenid/excelente/excelent.htm](http://www.analitica.com/archivo/art1998.03/contenid/excelente/excelent.htm)>; 10.10.2007).

18 Mit seinem Slogan „nicht für AUP stimmen ist Vaterlandsverrat“ kam AUP nur auf den vierten Platz. Er erreichte 459.240 Stimmen, etwa die Hälfte des Wahlgewinners Raúl Leoni (957.574 Stimmen); zweiter war Rafael Caldera mit 589.372 Stimmen und dritter Jóvito Villalba mit 510.975 Stimmen (Sanoja Hernández 1998: 61).

19 Zu den verschiedenen öffentlichen Ämtern Uslar Pietri siehe DGLV (1987: 531).

bis 1998, dem Ende des sogenannten "Pakts von Punto Fijo".<sup>20</sup> Es war kein Geheimnis, dass Rómulo Gallegos aktives Mitglied der *Acción Democrática* war (seit ihrer offiziellen Gründung im Jahr 1941 bis zu seinem Tod im Jahr 1969). Diese Partei hatte in der Zeit von 1940 bis 1998 großen Einfluss im Land und stellte fünf Regierungen (Sanoja Hernández 1998). Ähnliches gilt auch für Uslar Pietri und den historisch so genannten "Medinismus", eine dem *Partido Democrático Venezolano* (PDV) nahe stehende Bewegung, die seit der Wahl ihres Mentors (General Isaías Medina Angarita) zum Staatspräsidenten im Jahr 1941 großen Einfluss ausübte. Er war es, der 1945 von einem zivil-militärischen Bündnis unter entscheidender Beteiligung der *Acción Democrática* gestürzt wurde.

Der außergewöhnliche Kontext der politischen Unterstützung für diese beiden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stellt einen deutlichen Unterschied zum Fall des José Rafael Pocaterra dar, der sich als Regierungsbeamter und Schriftsteller von politischen Gruppierungen fernhielt und sich durch Einzelgängertum und überzogene Kritik hervortat. Alle drei verbindet der Umstand, dass sie in ihrem Leben aus ideologischen Gründen aus Ämtern gejagt und des Landes verwiesen worden sind. Alle drei wiederum unterscheiden sich deutlich vom literarischen Leben und öffentlichen Wirken Rafael Bolívar Coronados.

Andererseits wirkten alle vier öffentlich und literarisch unter Diktaturen und in ideologischen Krisenzeiten, die ihrerseits den Werdegang Venezuelas im 20. Jahrhundert bestimmten. Aber daraus lässt sich auch ableiten, dass der Einfluss der Literatur auf das nationale Geschehen sehr gering war. Obwohl Pocaterra, Gallegos und Uslar bedeutende Regierungsfunktionen ausgeübt haben, sind sie in der Überlieferung eher als Schriftsteller denn als Politiker präsent, wenn auch in unterschiedlichen Gewichtungen und Genres. Bolívar Coronado war schlicht ein Dilettant, der sich bis zum Überdruß über die Wertung des Schriftstellers in der Öffentlichkeit lustig machte. Er hat sich nicht nur die Namen zahlreicher verehrter Stars angeeignet, sondern es auch gewagt, wie sie zu schreiben. Pocaterra wiederum ist als Zeitzeuge anerkannt (selbst in seinen Romanen). Gallegos und Uslar sind erfolgreiche Autoren (jener als Romancier, dieser als Journalist).

---

20 Der "Pakt von Punto Fijo" gilt in der politischen Geschichte Venezuelas als Regierungsabkommen, das am 31. Oktober 1958 vor allem von den Parteien *Acción Democrática* (Sozialdemokratie) und COPEI (Christdemokratie) und ihren Führern Rómulo Betancourt und Rafael Caldera vereinbart wurde, in dem "Punto Fijo" genannten Wohnhaus Calderas in Caracas. Der Pakt endete 1999 mit dem Machtantritt des Präsidenten Hugo Chávez Frías.

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass alle vier auf ihre Art Politiker waren. Aber keiner von ihnen hat es erreicht, als öffentlicher Sprecher sein schriftstellerisches Dasein zu überschatten. Mehr oder weniger anerkannt nehmen sie in der venezolanischen Literatur eine Stellung ein, die ihnen für ihr Wirken in der politischen Öffentlichkeit vorenthalten worden ist. Sie sind in unsere Geschichte eingegangen als genialer Fälscher (Bolívar Coronado), unerbittlicher Zeitzeuge (Pocaterra), herausragender Romancier (Gallegos) und musterhafter Journalist (Uslar).

Übersetzung aus dem Spanischen: Friedrich Welsch

### Literaturverzeichnis

- Araujo, Orlando (1955): *Lengua y creación en la obra de Rómulo Gallegos*. Caracas.
- (1972): *Narrativa venezolana contemporánea*. Caracas.
- (1980): *La obra literaria de Enrique Bernardo Núñez*. Caracas.
- Arráiz Lucca, Rafael (2001): *Arturo Uslar Pietri. Ajuste de cuentas*. Caracas.
- Avendaño, Astrid (1996): *Arturo Uslar Pietri. Entre la razón y la acción*. Caracas.
- Barrera Linares, Luis (1997): "José Rafael Pocaterra: el cuento no es 'literatura'". In: *Desacralización y parodia. Aproximaciones al cuento venezolano del siglo XX*. Caracas, S. 65-84.
- (2002): "Barrabás en la red del cuento venezolano: inicios de un cuentista fundamental". In: Delprat, François (Hrsg.): *Arturo Uslar Pietri. Las lanzas coloradas. Primera narrativa*. Paris, S. 555-568.
- (2005): *La lengua y la literatura en-red-a-das: nuevos temores hacia antiguas estrategias comunicativas. Discurso de incorporación como Individuo de Número a la Academia Venezolana de la Lengua*. Caracas.
- Barrios, Alba L. (1997): "Teoría y práctica del cuento en José Rafael Pocaterra". In: Pacheco, Carlos/Barrera Linares, Luis (Hrsg.): *Del cuento y sus alrededores. Aproximaciones a una teoría del cuento*. Caracas, S. 487-496.
- Bencomo, Anadeli (2006): "El Premio Rómulo Gallegos. Avatares de una trayectoria". In: Pacheco, Carlos/Barrera Linares, Luis/González, Beatriz (Hrsg.): *Nación y Literatura. Itinerarios de la palabra escrita en Venezuela*. Caracas, S. 763-780.
- Bohórquez, Douglas (1990): *Escritura, memoria y utopía en Enrique Bernardo Núñez*. Caracas.
- Bolívar Coronado, Rafael [Het. Daniel Mendoza] (1944): *El llanero (estudio de sociología venezolana)*. Caracas.
- Botello, Oldman (1993): *El hombre que nació para hacer ruido. Biografía de Rafael Bolívar Coronado*. Maracay.
- Castellanos, Rafael Ramón (1993): *Un hombre con más de seiscientos nombres (Rafael Bolívar Coronado)*. Caracas.

- Chela-Flores, Bertha/Chela Flores, Godsuno/Palencia, Iraima G. (Hrsg.) (2002): *Habla pública: de lo pragmático a lo fónico*. Caracas.
- DGLV (*Diccionario General de la Literatura Venezolana*) (1987). Mérida.
- DHV (*Diccionario de Historia de Venezuela*) (1998). Caracas.
- Díaz Seijas, Pedro (1965): *La antigua y moderna literatura venezolana*. Caracas.
- Liscano, Juan (1973): *Panorama de la literatura venezolana actual*. Caracas.
- Medina, José Ramón (1993): *Noventa años de literatura venezolana*. Caracas.
- Miliani, Domingo (1969): *Uslar Pietri, renovador del cuento venezolano*. Caracas.
- (1995): “Uslar Pietri, Arturo”. In: *Diccionario de las Letras de América Latina*. Caracas, S. 4794-4800.
- Morón, Guillermo (2005): *Memorial de agravios*. Caracas.
- Núñez, Rocío/Pérez, Francisco J. (1994): *Diccionario del habla actual de Venezuela*. Caracas.
- Oropeza, José N. (1984): *Para fijar un rostro. Notas sobre la novelística venezolana actual*. Valencia.
- Pacheco, Carlos (2001): “Gallegos, la patria deseada y el parricidio”. In: *La patria y el parricidio*. Mérida, S. 77-98.
- (2006): “Texturas de la nación: el intelectual Gallegos como significante político y estético en la cultura venezolana”. In: Pacheco, Carlos/Barrera Linares, Luis/González, Beatriz (Hrsg.): *Nación y literatura. Itinerarios de la palabra escrita en la cultura venezolana*. Caracas, S. 431-449.
- Pacheco, Carlos/Barrera Linares, Luis/González, Beatriz (2006) (Hrsg.): *Nación y literatura. Itinerarios de la palabra escrita en Venezuela*. Caracas.
- Padrón, Leonardo (2007): *Los imposibles. Conversaciones al borde de un micrófono*. Caracas.
- Picón Salas, Mariano (1940): *Formación y proceso de la literatura venezolana*. Caracas.
- Pocaterra, José Rafael (1974): *Cuentos grotescos*. Caracas.
- (1997): *Memorias de un venezolano de la decadencia*. Tomos I y II. Caracas.
- Rama, Ángel (1987): *Antología de “El Techo de la ballena”*. Caracas.
- Ramírez, Ribes, María (2002): [Camilo José Cela vivió para ser tomado en cuenta] “Creador de palabras y burlador de normas”. En: *Verbigracia* (Caracas), p. 1.
- Sambrano Urdaneta, Oscar (1952): *El llanero, un problema de crítica literaria*. Vol. 76. Caracas.
- Sanoja Hernández, Jesús (1998): *Historia electoral de Venezuela. 1810-1998*. Caracas.
- Tedesco, Italo (1982): *Julio Garmendia y José Rafael Pocaterra. Dos modalidades del cuento venezolano*. Caracas.
- Tejera, María J. (1976): *José Rafael Pocaterra: ficción y denuncia*. Caracas.
- Uslar Pietri, Arturo (s/f): *El primer comunicador social de Venezuela* (<[www.analitica.com/archivo/art1998.03/contenido/excelente/excelent.htm](http://www.analitica.com/archivo/art1998.03/contenido/excelente/excelent.htm)>; 10.10.2007).
- Uslar Pietri, Arturo/Padrón, Julián (1940): *El cuento venezolano*. Caracas.
- Vila, Pablo (1960): *Codazzi, Humboldt, Caldas, precursores de la geografía moderna*. Caracas.



Torsten Eßer

*Uh, Ah, Chávez no se va.*  
**Venezolanische Musik heute:  
Zwischen Tradition und Politik**

In Venezuela, in Venezuela  
das waren noch Zeiten, die glücklichen Zeiten  
mit Emmanuela  
da gibt es noch Mädchen  
dennoch sind die Pärchen  
sich immer noch treu  
(Willy Rosen: Venezuela, 1930)

## **1. Einleitung**

“Lustige” venezolanische Musik habe man 1934 per Kurzwelle erfolgreich von Venezuela nach Berlin übertragen, schrieb 1938 der deutsche Rundfunkingenieur H. Neumann in einem Beitrag des *Jahrbuchs Weltrundfunk* (Neumann 1937/1938: 89). Eine eher abwertende Meinung über die Musik seines Gastlandes schimmert hier durch. Dabei war so manche Musik in jenen Jahren in Deutschland nicht weniger “lustig”, wie das Beispiel von Willy Rosen aus dem Jahr 1930 zeigt. Francisco Kurt Lange, der Vater der lateinamerikanischen Musikwissenschaft, sagte hingegen 1993, dass “Venezuela in Anbetracht seiner Größe und Einwohnerzahl das musikalisch am besten entwickelte Land Lateinamerikas ist” (Labonville 2007: 3). Der musikalische Exportschlager *El Sistema* spricht dafür. Beide Kommentare sollten den Leser dazu verleiten, sich näher mit der Musik Venezuelas zu beschäftigen. Sie fasziniert durch ihre Vielfalt – trotz der Nachzüglerrolle des Landes im Bereich der Kunstmusik. Das Aufeinandertreffen der indigenen, spanisch-europäischen und afrikanischen Elemente setzte vor allem in der traditionellen Musik starke Energie und Kreativität frei. Trotzdem herrscht besonders in der Ober- und Mittelschicht vor, was die Mexikaner *malinchismo* nennen, also die Bevorzugung von Kulturprodukten, die aus Europa oder den USA stammen.

Die Musik spielte auch immer wieder eine wichtige Rolle in den politischen Auseinandersetzungen des Landes, sei es bei den Truppen Simón Bo-

lívars oder heute in Hugo Chávez' Programm "Aló, Presidente". Chávez nutzt Musik – manche Musiker schreiben sogar ihm zu Ehren Lieder, während andere, so Soledad Bravo, sich ihm verweigern –, aber er fördert und schützt sie auch über eine Quote, sofern es sich um einheimische Produktionen handelt. Und während Popsänger nach US-amerikanischem Muster die Hitparaden dominieren und ein Teil der Jugend "MTV Latino" schaut, tanzt der andere Teil *joropo* oder singt mit der Band "Desorden Público" das Lied *Políticos Paralíticos*.

Der folgende Beitrag behandelt die venezolanische Musik im 20. Jahrhundert. Ein kleiner Ausflug in die Geschichte ist jedoch für das bessere Verständnis unerlässlich.

## 2. Von der *Conquista* bis zum 19. Jahrhundert

Obwohl als eines der ersten Gebiete entdeckt, war das heutige Venezuela für die Spanier aufgrund fehlender Edelmetallvorkommen oder anderer Schätze unattraktiv. Darum fehlte dort lange ein "kulturelles" Zentrum, wie es zum Beispiel Lima als Hauptstadt des Vizekönigreichs Peru war. Das führte in der Musikgeschichte dazu, dass erst 1591 die erste Orgel Caracas erreichte und man – nachweislich – 1671 den ersten Kapellmeister an der Kathedrale Santa Ana de Coro anstellte, Padre Gonzalo Cordero, obwohl dort schon seit 1536 gesungen wurde (Milanca Guzmán 1994: 21; Tortolero 1996: 5). Außerdem existierte keine indigene Hochkultur, die stark genug gewesen wäre, bedeutende kulturelle Spuren zu hinterlassen. Die Musik der damaligen Küstenbewohner ist nicht überliefert, da die Spanier sie mit ihnen ausrottete (Hernández Mirabal 2005: 280-281).

Wie auch in anderen Teilen Lateinamerikas war die Musik im Venezuela der Kolonialzeit vor allem eine Angelegenheit der Kirche. Katholische Missionare drangen bis in den Regenwald vor und verbreiteten dort ihren Glauben und die religiöse Musik, die auf westlicher Harmonie beruhte. Die indigene Musik wurde verboten, was dazu führte, dass "Lateinamerikas früheste Musik die der Sieger, Echo der Hofmusik aus Madrid und Lissabon" war, so der Musikwissenschaftler Kurt Pahlen. Im 20. Jahrhundert intensivierten Evangelisten diesen bedauernswerten Prozess, sodass in einigen Indianergemeinschaften heute nur noch protestantische Hymnen gesungen werden (Seeger 1998: 131). Von den religiösen Gesängen sprangen die Impulse über zum Volkslied oder sie – bzw. Fragmente aus ihnen – wurden sogar selbst Bestandteil der Popularkultur. Wirkliche *mestizaje* setzte aber erst ein, als zwischen 1656 und 1670 der Mönch Diego de los Ríos in der Mission Píritu



begann, Motetten und *villancicos* mit Texten zu komponieren, die seine aktuelle – karibische – Lebenswelt betrafen. Außerdem gründete er einen Chor mit *indígenas*, der die lateinischen Messen begleitete und große Bewunderung erntete (Calcaño 1958: 35).

Der vielleicht wichtigste Beitrag zur Entwicklung einer nationalen Populärmusik stammt von den seit dem 16. Jahrhundert importierten Sklaven. Sie legten ihre Polyrhythmen und Gesänge über die europäische Gesangs- und Spieltechnik (s.u.) (García 1998: 559). Das geschah nur im weltlichen Bereich, denn am offiziellen Musikleben, also an der religiösen Musik, durften Schwarze und *pardos* (Oberbegriff für alle möglichen rassischen Mischungen) lange nicht teilhaben.<sup>1</sup> In der nach außen strikten Rassentrennung und den mit ihr verbundenen Regeln lag eine der Stützen der kolonialen Gesellschaft begründet. Allerdings widersprachen die realen Zahlen dieser Wunschvorstellung, klassifizierte man doch um das Jahr 1800 49% der Bevölkerung in die Kategorie *pardo* (Milanca Guzmán 1994: 53). Aber deswegen lässt sich im gesamten 18. Jahrhundert nur ein Musiker mit schwarzer Hautfarbe belegen, der Sklave Juan de Mata, der von seinem Herrn zwischen 1739-1749 als Harfist an die Kirche von Coro vermietet worden war. Und nur wenige *pardos* sind als Musiker bekannt, u.a. zwei Organisten aus den 1780er Jahren (Milanca Guzmán 1994: 67-71). Erst mit der Unabhängigkeitsbewegung änderte sich diese Bild, viele Komponisten entstammten nun der „Kaste“ der *pardos*.

Die Missionen und Kirchen blieben für lange Zeit die Zentren der Musik. Chorgesang wurde z.B. am *Seminario de Santa Rosa* (1673) in Caracas unterrichtet. Musik außerhalb der christlichen Liturgie betrachtete man als Abweg von der wahren Frömmigkeit. So ist denn auch das erste noch erhaltene musikalische Dokument Venezuelas, das einer Totenmesse für drei Stimmen (*Misa de Difuntos*) von José Antonio Caro de Boesi aus dem Jahr 1779, weswegen dieses Jahr als Beginn der Kunstmusik in Venezuela angesehen wird (Tortolero 1996: 6).

Die erste eigenständige musikalische Bewegung stellte die 1769 in Caracas gegründete *Escuela de Chacao* unter Leitung von Pedro Ramón Palacios y Sojo dar.<sup>2</sup> „Padre Sojo“, ein Großonkel Simón Bolívars, war musikbegeis-

---

1 Und auch die lateinamerikanische Musikforschung ignorierte ihre Rolle in der „klassischen“ Musik lange Zeit, wie Milanca Guzmán (1994: 49-50) belegt.

2 Dabei handelte es sich nicht um eine Schule mit Gebäude, Klassen und Lehrern, sondern um eine Gruppe von Komponisten und Musikern, die sich häufig auf einer Hazienda des Padre Sojo im Chacao trafen (Tortolero 1996: 6).

tert und gründete 1771 nach dem Vorbild des italienischen “Oratorio San Felipe de Neri” zusätzlich noch ein Oratorium. Damit legte er den Grundstein der venezolanischen Musikproduktion, wenn auch die vor allem sakralen Werke noch sehr an den europäischen Vorbildern orientiert waren. Einige der wichtigsten Komponisten jener Zeit gingen aus Padre Sojos’ Schule hervor, u.a. Juan José Landaeta (1780-1814), der mit *Gloria al Bravo Pueblo* die Hymne der Republik schrieb, Juan Manuel Olivares (1760-1797), und José Lino Gallardo (1773-1837), der die Melodie der heutigen venezolanischen Nationalhymne komponierte (Hernández Mirabal 2005: 282).<sup>3</sup> 1808 öffnet in Caracas das erste (Opern-)Theater seine Pforten und trägt zur Popularisierung der weltlichen Musik bei. García zitiert einen britischen Reisenden aus jener Zeit:

Los trabajadores son gente alegre [...] son grandes amantes de la música; van en tropel a la ópera, y después de oír una nueva pieza, generalmente pueden tocar de memoria una buena parte de ella en sus instrumentos nativos, y eso con un grado tolerable de exactitud (García 1998: 562).

Juan Bautista Plaza schreibt, dass die Musikproduktion zwischen 1770, nachdem “Padre Sojo” von einer Europareise zurückkehrte, und 1814 qualitativ auf Augenhöhe mit den Europäern stand, ein Zustand, den man danach erst im späten 20. Jahrhundert wieder erreichte (Plaza 1985: 48-49).

Die Mitglieder der *Escuela de Chacao* waren fast alle Anhänger der Unabhängigkeitsidee. So schloss sich Juan José Landaeta 1810 den Revolutionären an, kam in Haft, wurde von Bolívar befreit und schließlich 1814 von José Tomás Boves hingerichtet. Die Musik stellte einen wichtigen Bestandteil der patriotischen Bewegung dar (García 1998: 557). In den Salons der Oberschicht sang und verbreitete man patriotische Lieder mit antispanischem Inhalt. So vertonte z.B. José María Gómez Texte von José Silverio González zu heroischen Themen und Figuren: Vaterland, Bolívar, Sucre etc. Sein *Dulce Patria* war zu jener Zeit sehr populär (García 1998: 561). Die Befreiungsheere besaßen fast alle eine Kapelle, die die Soldaten für die Schlacht anheizte oder, nach getaner Arbeit, für sie zum Tanz aufspielte. Berühmtheit erlangte die Kapelle des Bataillons “Veterano”, die in der Schlacht von Maturín zur republikanischen Seite überwechselte und danach triumphierend an der Spitze der Patrioten in Cumaná einzog (Calcaño 1958: 213-214). Viele Musiker kämpften und starben für die Idee der Unabhängigkeit und hinterließen eine gravierende Lücke im Musikleben. Die musikali-

3 Die Urheberschaft der Nationalhymne ist umstritten, auch Landaeta wird als Komponist genannt.

sche Produktion tendierte in den Jahren des Unabhängigkeitskrieges gegen Null. Mit der 8. *Sinfonie* von Francisco Juan Meserón erwachte 1822 das Musikleben erneut. Erstaunlicherweise hatte auch die Erste Republik Angst vor der unkontrollierten öffentlichen Aufführung von Musik und erließ im Mai 1811 ein Verbot derselben. Konzerte zu Ehren der neuen Republik oder zum Empfang des „Befreiers“ waren jedoch erlaubt (Calzavara 1987: 64-65, 70).

Die Unabhängigkeit von Spanien brachte im Bereich der Kunst Veränderungen mit sich. Die ehemaligen Kolonien öffneten sich verstärkt anderen europäischen Kulturen, im Bereich der Musik zum Beispiel der italienischen Oper oder der (deutschen) Romantik und ihrer Vorläufer wie Haydn und Mozart. 1818 eröffnete José Lino Gallardo in Caracas eine Musikschule, deren Spuren sich in der Geschichte verlieren. Ein Jahr später gründete sich eine *Sociedad Filarmónica* mit dem Ziel, öffentliche Konzerte zu präsentieren. Sie bestand bis 1820 (Calzavara 1987: 75-78), wurde 1831 erneut zum Leben erweckt und unterhielt 1834 sogar ein Orchester, das Francisco Juan Meserón leitete. Es kam zu weiteren Versuchen, Musikschulen zu gründen (u.a. 1834), diese existierten aber alle nicht lange. Die romantische Strömung gewann musikalisch die Oberhand, u.a. weil seit 1830 das Land sozial, politisch und kulturell abrutschte (Tortolero 1996: 9). Öffentliche Konzerte waren selten, der Rückzug ins Private favorisierte die Produktion von Salonmusik für Klavier und Stimme. Erst die Eröffnung von großen Theatern (1830 und 1854), die einen Bedarf nach professionellen Komponisten und Musikern generierten und gleichzeitig Musiker und Publikum mit den neuesten Produktionen aus aller Welt in Kontakt brachten, beschleunigte die musikalische Entwicklung. 1844 veröffentlichte José María Osorio die erste musikdidaktische Schrift des Landes, *Elementos para el canto llano y figurado*. Die Ausbildung der neuen Komponisten- und Musikergenerationen übernahm ab 1850 vor allem die *Academia Nacional de Bellas Artes*. So komponierten Venezolaner 1873 zum ersten Mal eine Oper – *Virginia* – von José Ángel Montero und 1892 eine Klaviersonate von Redescal Uzcategui (Tortolero 1996: 8).

Eine zentrale Figur beim Übergang ins 20. Jahrhundert war der Pianist Salvador Llamozas (1864-1940), der nicht nur unzählige Musikstücke hinterließ, sondern nach rund 60-jähriger Tätigkeit als Lehrer an der bedeutendsten Musikschule des Landes fast alle wichtigen venezolanischen Komponisten des 20. Jahrhunderts unterrichtete (García 1998: 564-565). Die

Spannungen zwischen Staat und Kirche<sup>4</sup> führten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu einer sinkenden Produktion sakraler Musik, im Gegenzug entwickelte sich die Salonmusik weiter. Zu dieser Zeit verwandelte sich der nach der Unabhängigkeit ins Land gekommene und sehr beliebte Walzer. Ihn veränderten die venezolanischen Komponisten in rhythmischer Hinsicht so stark, dass er zu einer eigenen, nationalen Ausdrucksform mutierte. Damit nicht genug, verlor er allmählich seinen Volksmusikcharakter und zog in die Konzertsäle ein. Komponisten wie Sebastián Díaz Peña (*Maricela*) oder Teresa Carreño (1853-1917) schrieben berühmte Walzer (Rugeles 2000: 11). Letztere gehört zu den interessantesten Figuren der venezolanischen Musikgeschichte, auch aus deutscher Sicht, lebte sie doch von 1891 bis 1895 in Coswig bei Dresden und von 1895 bis 1916 in Berlin. Schon im Kindesalter förderte ihr Vater ihr musikalisches Talent und vertraute ihre Ausbildung ab dem Alter von acht Jahren dem berühmten US-Pianisten Louis Moreau Gottschalk an. Das Wunderkind spielt 1863 für Präsident Abraham Lincoln und begeistert drei Jahre später in Paris Franz Liszt. Als Pianistin bezeichnete man Carreño als die "wahre Erbin" Clara Schumanns, aber auch ihre Rolle als Komponistin sollte nicht unterschätzt werden. In ihren Werken finden sich "schwierige Doppelgriffpassagen, schnelle Oktavengänge, gefährliche Sprünge und Triller" (Bauer/Oehler 1999: 7), aber ebenso Ruhe und Besonnenheit. Rhythmen wie die *habanera* oder den Walzer nutzte sie besonders gerne, ihr *Petite valse* entwickelte sich zu einem "Hit".

In dieser Zeit nahm die venezolanische Volksmusik mehr und mehr ihre heutige Gestalt an. Venezolaner entwickelten aus lokalen Materialien erste eigene Instrumente, wie die in den Llanos beliebte *bandola* (aus der arabischen Laute) oder die *arpa tuyera* (Harfe). Und das nicht nur aus Erfindergeist, sondern auch geboren aus der Not, wegen des Preises oder der langen Lieferzeiten keine Instrumente kaufen zu können (García 1998: 559). So erfand man wahrscheinlich den *cuatro*, eine kleine, meist viersaitige Gitarre, die von der europäischen Gitarre abstammt und heute das Nationalinstrument Venezuelas ist. Mit der Zeit entwickelten die Instrumentenbauer das Handwerk zur Kunst und "verwandelten das Holz in Musik" (Fundación Bigott 1998: 163). In neuerer Zeit hat der Instrumentenbauer Luis Ruiz sogar einen *cuatro* aus Fiberglas entwickelt.

---

4 Präsident Antonio Guzmán Blanco trennte Kirche und Staat (Zeuske 2007: 130).

### 3. Musik im 20. Jahrhundert und heute

#### 3.1 Kunstmusik

Das 20. Jahrhundert begann aus musikalischer Sicht schlecht für Venezuela. Es gab keine dauerhaft bestehenden Orchester und keine gut ausgebildeten Musiker. Zwar war mit steigender Erdölförderung durch ausländische, vor allem US-amerikanische Firmen und ihre Mitarbeiter der materielle Wohlstand gestiegen und somit die Nachfrage nach kulturellen Angeboten, aber die Ober- und Mittelschicht orientierte sich an der Kultur und Musik aus Europa und den USA,<sup>5</sup> sodass eher ausländische Orchester eingeladen als nationale gefördert wurden und Foxtrott, Tango und Rumba die Tanzsäle dominierten. Und die verschiedenen Präsidenten, besonders Juan Vicente Gómez, modernisierten zwar Wirtschaft, Infrastruktur und Institutionen, legten aber kaum Wert auf eine moderne Kultur oder Musik, sodass für viele Intellektuelle das 20. Jahrhundert kulturell erst 1936 mit dem Amtsantritt von Eleazar López Contreras beginnt (Hernández Mirabal 2005: 289).

Ein italienischer Geistlicher, Monseñor Ricardo Bartoloni, gab 1921 mit der Aufführung von vier sakralen Werken den erneuten An Schub zur Bildung einer Musikszene: Für das Oratorium *La Resurrección de Lázaro* benötigte man 60 Instrumentalisten und 60 Sänger, die gefunden und zusammengeführt werden mussten. Der daran beteiligte Vicente Martucci formte 1922 daraus dann das erste dauerhafte Orchester in Caracas. Bartoloni verhalf außerdem dem Komponisten Juan Bautista Plaza zu seiner Karriere, der 1931 innerhalb der *Escuela de Música y Declamación* einen Lehrstuhl für Musikgeschichte ins Leben rief (Tortolero 1996: 10).

Juan Bautista Plaza, der 1923 frische Ideen von einem dreijährigen Europa-Aufenthalt mitbrachte, erhielt sofort das Amt des Kapellmeisters in Caracas. Gemeinsam mit José Antonio Calcaño und Vicente Emilio Sojo begann er mit der Erneuerung der venezolanischen Musik. Sie komponierten, bildeten Musiker aus, organisierten Konzerte, hielten Vorträge über die europäische Kunstmusik und verfassten unzählige Zeitungsartikel zu musikalischen Themen, um das Publikum zu sensibilisieren (Labonville 2007: 8). Der unermüdliche Sojo entwickelt sich zur zentralen Figur des Musiklebens im 20. Jahrhundert. 1936 ernennt man ihn zum Rektor der *Escuela de Música y Declamación*, wo er bis 1964 die nachfolgenden Komponisten- und Musikergenerationen prägt. Er begründet die sogenannte *Escuela de Santa*

---

5 Auch lateinamerikanische Musikstile wie der Tango fanden ihren Weg nach Caracas erst über diesen "Umweg" (Labonville 2007: 6).

*Capilla*,<sup>6</sup> die starke nationale Tendenzen in die venezolanische Musik einbringt und sie auf ein internationales Niveau hebt (Tortolero 1996: 11). Sojo sammelte und veröffentlichte auch heimische Folklore und brachte so die nationale Musikwissenschaft einen entscheidenden Schritt vorwärts. Er rief 1930 mit anderen Musikern das “Orquesta Sinfónica de Venezuela” ins Leben und begründete mit dem “Orfeón Lamas” 1928 auch das nationale Chorwesen, das sich sogar auf private Institutionen ausdehnte. Zum Beispiel unterhalten viele Banken heute einen Chor. In der *Escuela* richtete man nicht nur den Blick auf die nationale populäre Musik, sondern begann auch, sie niederzuschreiben und in die “ernste” Musik zu integrieren. Die Aufführungen dieser “nationalistischen” Werke waren ein so großer Publikumserfolg, dass selbst der kulturell desinteressierte Präsident Gómez ihre Wirkung erkannte und die Komponisten sporadisch förderte (Labonville 2007: 10). Das waren die Anfänge der sogenannten *venezolaneidad* in der Kunstmusik, die in den vierziger und fünfziger Jahren zur Erschaffung unzähliger Werke in der Sprache der “Nationalistischen Schule” führte. 1954, während der “X. Interamerikanischen Konferenz” und des “1. Festivals der Lateinamerikanischen Musik” in Caracas erreichte die Bewegung mit verschiedenen Aufführungen von Juan Bautista Plaza, Vicente Emilio Sojo u.a. ihren Höhepunkt (Fundación Vicente Emilio Sojo o.J.: 27). Das Meisterstück dieser Fusion lieferte ein Schüler Sojos, Antonio Estévez, mit seiner *Cantata Criolla* (1954) ab, in der ein *coplas*-Sänger auf den Teufel trifft und sich ein dichterisches Duell entspinnt. Ein weiterer Schüler, Antonio Lauro, integrierte populäre Formen wie den *joropo* in seine Walzer und klassischen Gitarrenkonzerte (Hernández Mirabal 2005: 290-291). Mit der Verlagerung der religiösen Musik von den vortragenden Kirchenmusikern auf die teilnehmenden Besucher durch den Beschluss des 2. Vatikanischen Konzils von 1962 verlor diese an Anziehungskraft für Komponisten. Sakrale Musik wird in Venezuela heute kaum noch komponiert, seltene Ausnahmen stellen Auftragswerke für offizielle Gelegenheiten dar wie z.B. die *Misa de los Trópicos* (1995) von Juan Carlos Nuñez zur Seligsprechung der María von San José (Tortolero 1996: 12-13).

1961 führte eine Pianistin in Mérida das auf Zwölftonmusik basierende Werk *Casualismos* von Rházes Hernández López auf. Damit beginnt in Venezuela eine neue Phase in der Kunstmusik, in der der Nationalismus nach und nach verschwindet und die *vanguardia* Einzug hält, mit neuen Komposi-

---

6 Die Schule lag neben der Santa Capilla und heißt heute *Escuela José Angel Lamas*.

tionstechniken und der Elektroakustik (Fundación Vicente Emilio Sojo o.J.: 31). Die Geschichte der elektroakustischen Musik in Venezuela beginnt mit einem grandiosen Misserfolg: 1965 beauftragte das Nationale Kulturinstitut den Chilenen José Vicente Asuar aufgrund seiner großen Erfahrung, ein Studio in Caracas aufzubauen – sogar einen Ampex 4-Spur-Recorder hatte man dort. Aber die einheimischen Komponisten zeigten bis auf wenige Ausnahmen kein Interesse am *Estudio de Fonología Musical*. “Alfredo del Mónaco komponierte dort 1967/68 die ersten elektroakustischen Werke in Venezuela, ‘Cromofonías’ und ‘Estudio Electrónico’”, weiß der venezolanische Komponist Sef Alberz (Interview per Mail, 2005). Die Musikwissenschaftlerin Isabel Aretz aus Argentinien war die zweite, die – nach ihrem Umzug nach Caracas – das Studio nutzte. 1968 schloss das Studio seine Pforten. Der griechische Komponist Yannis Ioannidis ließ sich im gleichen Jahr in Caracas nieder und scharte eine Gruppe von jungen Studenten um sich, aus der u.a. die Komponisten Emilio Mendoza, Alfredo Rugeles und Alfredo Marciano Adrianza hervorgingen, die alle zeitweise in Deutschland studiert und sich sowohl der Neuen als auch der elektroakustischen Musik verschrieben hatten. Ein zweites Studio hielt sich von 1972-1977, hatte aber ebenfalls keine nachhaltige Wirkung auf die elektroakustische Musikproduktion im Land. Erst als 1978 ein weiterer Ausländer, der Argentinier Eduardo Kusnir, ins Land geholt wurde, tat sich etwas: 1984 gründete er die *Sociedad Venezolana de Música Electroacústica* (SVME) und 1992 das Musikforschungszentrum CEDIAM. Eine neue Generation von Komponisten wuchs heran. Dazu zählen Julio d’Escriván, Alonso Toro oder Gustavo Matamoros. Bereits 1975 hatten Ioannidis, del Mónaco u.a. die *Sociedad Venezolana de Música Contemporánea* (SVMC) ins Leben gerufen, die sich seither um die Förderung junger Komponisten kümmert, CDs produziert und ein Archiv sowie eine Datenbank im Internet unterhält, da die staatlichen Institutionen für zeitgenössische Musik wenig tun. Private Förderer und Universitäten müssen in die Bresche springen. Seit den 1990er Jahren kam es vermehrt zu einer interessanten Vermischung von zeitgenössischer Musik mit traditionellen venezolanischen Klängen. So verwendete Adina Izarra den *merengue* aus Caracas in einigen Werken, während Paul Desenne die *quitiplás*, ein afrovenezolanisches Schlaginstrument, erklingen ließ und Roberto Cedeño einen *joropo* für ein Klarinetten-Quartett komponierte (Rugeles 2000: 14-15). 1999 führte Vinicio Ludovic sein Konzert für *cuatro* und Orchester auf.

Begabte Musiker finden sich auch im kammermusikalischen Bereich, so der Gitarrist Rubén Riera, der solo zeitgenössische Kompositionen seiner

Landsleute vertont oder sich mit der “Camerata Renacentista de Caracas” historischen Werken widmet, oder der Komponist und Gitarrist Alfonso Montes, der mit seiner Frau, der Sängerin Irina Kirchner, als “Duo Montes-Kircher” arbeitet. Er bekleidete verschiedene politische Ämter, z.B. als Kulturattaché der venezolanischen Botschaften in London und Bonn oder als Generaldirektor für internationale Angelegenheiten des Nationalrates für Kultur. Wegen seiner Kritik an Präsident Chávez musste er Ende des Jahres 2000 emigrieren und lebt jetzt in Stuttgart. Weltberühmt ist die Pianistin Gabriela Montero, die als eine der wenigen Konzertpianistinnen weltweit die Fähigkeit besitzt, spontan über vorgesungene Melodien aus dem Publikum improvisieren zu können.

Ich habe schon als Kind improvisiert, das war für mich völlig normal. Dann hat eine Lehrerin es mir verboten und erst vor sieben, acht Jahren habe ich wieder damit angefangen, nachdem Martha Argerich mich dazu ermutigt hatte (Interview April 2009, Köln).

Ihr Konzert-Debüt gab Montero als Achtjährige mit dem Venezolanischen Jugendorchester unter der Leitung von José Antonio Abreu und erhielt bald ein Stipendium der Regierung, um in den USA zu studieren. Auch als Weltstar tritt sie noch zwei- bis dreimal jährlich mit dem Jugendorchester auf. Ihr Stil erinnert an den funkensprühenden Rhythmus von Teresa Carreño:

Wenn ich die Klassiker interpretiere, kommt der Rhythmus nicht zum Vorschein, ich habe ja auch in Europa und den USA studiert. Aber wenn ich improvisiere, habe ich natürlich den *tumbao*, es gefällt mir, ihn dann rauszulassen (Interview April 2009, Köln).

Gabriela Montero und andere “Stars” der Kunstmusik erlebt die Öffentlichkeit vor allem während der großen Festivals wie dem “Festival Latinoamericano de Música”, das seit 1991 von Alfredo Rugeles geleitet wird, dem Festival “A Tempo” oder dem Sängerfestival “América Cantat”, das eindrucksvoll die jahrzehntelange Chorarbeit des “Movimiento Coral” unter Beweis stellt.

### 3.2 El Sistema – Ein venezolanischer Exportschlager

Der 1939 geborene Dirigent, Komponist, Volkswirt, Jurist und Politiker José Antonio Abreu ist der Gründer des staatlichen venezolanischen Kinder- und Jugendorchestersystems, das von einer Stiftung, der *Fundación del Estado para el Sistema Nacional de Orquestas Juveniles e Infantiles*, kurz FESNO-



JIV, betrieben wird.<sup>7</sup> Das erste Orchester rief er 1975 mit elf Kindern in einem Slum in Caracas ins Leben, einerseits, weil es ihn ärgerte, dass in Venezuela nur zwei Sinfonieorchester existierten (in Caracas und Maracaibo), deren Musiker zu über 80% Ausländer waren, andererseits, um die Kinder zu retten. Valdemar Rodríguez, Klarinettist und Vizedirektor der FES-NOJIV, beschreibt die Anfänge:

Es gab nahezu keine Möglichkeit für einen Venezolaner, in einem Orchester zu spielen. Die wenigen Musikschulen und Konservatorien waren nicht in der Lage, gute Musiker hervorzubringen. Abreu glaubte, dass das Erlernen eines Instrumentes leichter sei, wenn man es direkt spielt, eben in einem Orchester. Nicht isoliert im Zimmer einer Musikschule, wo jeder für sich alleine spielt. So lernt man vielleicht auch, aber ohne Spaß, denn man macht keine Musik. Mit elf Jugendlichen hat er angefangen, am zweiten Tag waren es 15 usw. und am Ende der Woche 70 (Interview September 2002, Köln).

Abreu selbst beschreibt die Philosophie des Projektes so:

Es bestand eine Notwendigkeit zu zeigen, dass die Musik nicht nur eine schöne Kunst ist, sondern auch zur ästhetischen Formung des Menschen beitragen kann und auch eine soziale Funktion hat. Darum wollte ich ein System der Musikerziehung entwickeln, das bald seine Effizienz unter Beweis stellte und gleichzeitig einer großen Zahl von Jugendlichen ermöglichte, schnell ein hohes musikalisches Niveau zu erreichen (Interview September 2002, Köln).

Bald begann die venezolanische Regierung, das Projekt zu unterstützen. Es entstanden rund 180 Musikzentren (*nucleos*) und selbst in den abgelegenen Gebieten des Landes existieren Orchester und Chöre, die zusammen rund 275.000 Kindern (2008) ermöglichen, ein Instrument zu erlernen. Abreus Erfahrungen in der Politik – u.a. war er von 1994-1999 Kultusminister in der Regierung von Carlos Andrés Pérez – halfen dabei sehr. Die Förderung überstand alle politischen Wechsel und betrug im Jahr 2006 rund 29 Mio. US\$ aus dem Topf des Gesundheits- und Sozialministeriums.

So entwickelte sich das Projekt, das als ein kulturelles bzw. musikalisches begonnen hatte, zu einem sozialen Phänomen, an dem jedes Kind teilhaben kann – sogar Orchester für Behinderte gründete man. Aufgenommen werden Kinder ab zwei Jahren und nach dem Prinzip “todo el mundo es pardo, ese es el color de Venezuela!” existiert überhaupt keine Diskriminierung. Das Besondere an Abreus pädagogischem Ansatz ist, dass selbst die Kleins-

---

7 Für sein Lebenswerk wurde Abreu mehrfach geehrt. 1998 ernannte ihn die UNESCO zum “Botschafter des Friedens”. 2001 erhielt er den “Alternativen Nobelpreis” und vier Jahre später den “Bundesverdienstorden”, 2008 den “Príncipe de Asturias-Preis”. Im März 2009 wurden ihm der “Frankfurter Musikpreis” sowie der “Blue Planet Award 2008” der Stiftung Ethik und Ökonomie (Ethecon) verliehen.

ten sofort in ein Orchester kommen und gemeinsam mit anderen das Musizieren erlernen. Es wird von ihnen verlangt, aufeinander zu hören und voneinander zu lernen. Sie erfahren den Gemeinschaftsgeist, in dem der Erfolg geteilt wird, aber auch nur zusammen möglich ist. Die Kinder sollen Verantwortungsgefühl entwickeln und sich als Teil eines sozialen Ganzen fühlen. Darum bekommen sie ihre Instrumente geschenkt – für manche das Kostbarste, was sie je besessen haben. Die Beschäftigung mit Musik und die Arbeit in einem Orchester vermitteln den Jugendlichen Werte wie Pünktlichkeit und Disziplin. Wie sehr es diese Idee vermochte, Kinder aus Not leidenden Familien von der Straße zu holen und ihnen Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu machen, zeigt eindrucksvoll der im Jahr 2008 produzierte Kinofilm „El Sistema – Über die Macht der Musik in einer Welt von Armut und Gewalt“.<sup>8</sup> In Stadtvierteln mit Musikzentren sinkt die Kriminalitätsrate spürbar.

Die Orchester sind pyramidal aufgebaut. An der Spitze der Pyramide steht das „Simón Bolívar Jugendorchester“, dessen rund 200 Mitglieder in aller Welt gastieren und gefeiert werden. CD-Einspielungen des Orchesters finden international Anklang bei den Kritikern, nicht nur aus sozialpädagogischen Gründen. Alle Jugendlichen wollen dort hin. Danach verlaufen die Karrieren unterschiedlich:

Wer nicht in einem Sinfonieorchester für Erwachsene unterkommt, der spielt in einer anderen Musikgruppe oder verdient sich sein Geld als Musiklehrer. Einige arbeiten auch in unserer Organisation. Und wer nicht sein Geld mit der Musik verdient, spielt trotzdem in irgendwelchen Bands. Ich kenne nur zwei, drei Fälle in denen jemand überhaupt keine Musik mehr macht. Für uns ist es wichtig, dass unsere Jugendlichen weiter Musik machen, denn daran sieht man, dass sie sich zu wirklichen Bürgern mit Werten und einer hohen gesellschaftlichen Sensibilität gewandelt haben. Außerdem werden sie wiederum ihre Kinder an die Musik heranzuführen. Der soziale Einfluss unseres Projektes ist enorm und einmalig in der Geschichte der Kunst,

so José Antonio Abreu (Interview September 2002, Köln).

Das System bringt außerdem international anerkannte Solisten hervor. Natalia Luis-Bassa, Leiterin zweier Orchester in Großbritannien, begann ihre Musikstudien im Alter von 15 Jahren im *Sistema*, ebenso der Bassist Edicson Ruiz, der ins kriminelle Milieu abzurutschen drohte, bevor er im Alter von elf Jahren zum *Sistema* stieß: „Ich hörte den Klang der Kontrabässe und

---

<sup>8</sup> Ein Film von Paul Smaczny und Maria Stodtmeier. Neben verschiedenen TV-Dokumentationen existiert noch ein weiterer sehenswerter Film über die Jugendorchester von Enrique Sánchez-Lansch.

dachte, das ist mein Instrument". Sechs Jahre später nahmen ihn die "Berliner Philharmoniker", die übrigens seit 2002 eine Patenschaft für das "Simón Bolívar Jugendorchester" unterhalten, als jüngstes Mitglied auf.<sup>9</sup> Nicht zu vergessen Gustavo Dudamel, den man im Alter von 25 Jahren zum Chefdirigenten des "Göteborger Sinfonieorchesters" berief und der heute die Sinfoniker in Los Angeles dirigiert. Er lernte Geige spielen und sprang als Zwölfjähriger bei einer Probe als Dirigent ein. Abreu förderte sein Talent und so gewann Dudamel einen internationalen Wettbewerb nach dem anderen. Was Journalisten über seinen Sieg beim "Bamberger Gustav-Mahler-Dirigierwettbewerb" (2004) schrieben – "Es war der Triumph der unverfälschten, authentischen, archaischen Musizierfreude über das plane dirigiertechnische Establishment" (Goertz 2006) – gilt für alle Musiker des *Sistema* und das gesamte Orchester. Ein Wunder mit System!

Seit 1982 wird das Modell kopiert. Lateinamerikanische Musiker und Kulturminister reisten nach Venezuela, um sich das System anzuschauen. Von Mexiko bis Argentinien und auf vielen karibischen Inseln existieren mittlerweile Jugendorchester. Aus diesem Netzwerk ist das "Iberoamerikanische Sinfonische Orchester" hervorgegangen, in dem neben Lateinamerikanern Musiker aus Spanien und Portugal spielen. Auch der Andenpakt und der Mercosur unterhalten Jugendorchester und seit Juli 2002 existiert das "Orquesta de las Americas", das Kanada und die USA mit einschließt. "In etwa 20 Jahren ist unser Modell ein weltweites Phänomen", hofft José Antonio Abreu (Eßer 2003: 56). In New York entstehen Orchester in Problemvierteln wie der Bronx und Harlem. Das Musikleben in Deutschland kann ebenfalls von diesem Projekt lernen. Deutsche Musikinstitutionen haben das venezolanische Modell als mögliches Vorbild entdeckt, seit dem Jahr 2004 pflegt das "Bundesjugendorchester" eine Kooperation mit FESNOJIV. Der Deutsche Musikrat und die Deutschen Musikhochschulen starteten im Jahr 2008 eine weitere Kooperation und schickten 16 Musikpädagogen für vier Monate nach Venezuela, damit sie dort einheimische Lehrer fortbilden sollten und im Jugendorchestersystem Erfahrungen sammeln konnten (Eichstädt 2009: 65).

### 3.3 Folklore

Die traditionelle Musik Venezuelas, von dem berühmten Musikethnologen-Paar Isabel Aretz und Luis Ramón y Rivera als "Folk" bezeichnet (Brandt

---

9 Daraus gingen bisher verschiedene Projekte und eine CD-Produktion hervor.

1998: 523), enthält kaum indigene Elemente, die meisten Stile können direkt auf europäische oder afrikanische Vorbilder zurückgeführt werden bzw. aus deren Vermischung. Dabei ist der wichtigste spanische Beitrag in den Saiteninstrumenten zu sehen, während aus Afrika die meisten Idiophone (Selbstklinger) und Trommeln stammen.

Religiöse Musikformen haben eine große Bedeutung im Leben der (ländlichen) Venezolaner: Neben vielen anderen, z.B. der musikalischen Begleitung der *diablos*-Umzüge an Fronleichnam durch Trommeln und Rasseln, vor allem die *tonos de velorio*. Dabei handelt es sich um Gesänge, die während der Nachtwachen zu Ehren des Kreuzes oder einer/s Heiligen (*velorio*) von Männern vorgetragen werden, oftmals dreistimmig *a cappella*, aber auch in Begleitung mehrerer *cuatros* (Ramón y Rivera 1990: 40-45). Oder ihre Variante, die *fulias de velorio*, die vor allem im von Schwarzen dominierten Barlovento von einer Frau oder einem Mann zur Begleitung einer *tambora* gesungen werden. Die gesungenen Texte stammen noch aus kolonialer Zeit, ebenso wie diejenigen der *décimas*, die regelmäßig den Vortrag der *velorios* unterbrechen (Brandt 1998: 534).

Die Weihnachtsmusik schlägt die Brücke zwischen der religiösen und der weltlichen Musik, können doch sowohl ihre Texte als auch die Musik liturgisch oder nicht liturgisch sein. *Parranda* (in Zulia *gaita*) nennt man eine Gesangsgruppe, die von Haus zu Haus zieht und *aguinaldos* (Weihnachtslieder) vorträgt, begleitet von *cuatro*, *maracas* und *tambor* – im Fall der *gaita* – *furruco*-Trommel (mit einem beweglichen Stab in der Mitte des Trommelfells, der mit einer wachsbedeckten Hand gerieben wird und so einen hellen Ton erzeugt). Moderne Ensembles benutzen zusätzlich elektronische Keyboards (Brandt 1998: 538; Rosenberg/Sweeney 2000: 626).

Die Modernisierung, aber vor allem die Verstädterung haben die weltliche Folklore im 20. Jahrhundert zurückgedrängt. Die traditionellen Musikstile waren jedoch durch den Einfluss moderner, globaler Entwicklungen nicht ganz verschwunden, sondern haben sich im urbanen Umfeld behauptet, angepasst bzw. weiterentwickelt, ganz nach Néstor García Canclinis Vorstellung, dass bei allem Populären nicht die Konservierung das Wichtigste sei, sondern die Transformation (Hernández 1998: 4). Der Musikwissenschaftler Emilio Mendoza unterteilt die Transformation bzw. Integration der traditionellen venezolanischen Musik seit etwa den 1940er Jahren im heutigen urbanen Umfeld in drei Stufen: 1) *proyección*; 2) *neofolklore*; 3) *fusión*.

Künstler der ersten Kategorie bezeichnen sich als "Retter der Volksmusik" und versuchen die traditionelle Musik so authentisch wie möglich zu

interpretieren. Moderne Produktionstechniken und Präsentationsformen erfordern aber möglicherweise Anpassungen des Arrangements oder der Länge eines Stücks oder die Änderung des Textes. Dabei wird sehr auf die Verwendung der Originalinstrumente geachtet wie auch auf die Beibehaltung des harmonischen und rhythmischen Formats. Eine der ersten *grupos de proyección* war 1978 “Madera”, deren Mitglieder jedoch bis auf drei Musiker 1980 bei einem Unfall ums Leben kamen (Mendoza 2009a: 2). In den neunziger Jahren kam es zu einer Neugründung und schließlich – unter Mithilfe von Hugo Chávez (s.u.) – zu einer steilen Karriere. Die Gruppe “Un Solo Pueblo” (1976), die sich auf afro-venezolanische Musik und *parrandas* (s.u.) spezialisiert hat, gehört in diese Kategorie genauso wie der *llanero*-Sänger Simón Díaz, wobei viele Musiker, je nach Projekt oder Karrieredauer, zwischen den drei Stufen Mendozas changieren. Zu den *grupos de proyección* muss man auch die Ensembles zählen, die von staatlichen Institutionen wie dem *Instituto Interamericano de Etnomusicología y Folklore* (INIDEF) oder der *Fundación Bigott* gefördert wurden, so z.B. das “Orquesta de Instrumentos Latinoamericanos” (1982), die “Vasallos del Sol” (1990) oder “Yuruari” (2002) (Mendoza 2009a: 3).

In den Bereich der *neofolklore* fallen Interpreten, die die Form der traditionellen Musik – unter Beibehaltung des Wiedererkennungswertes – stärker verändern, andere (elektronische) Instrumente einsetzen, wobei mindestens ein traditionelles weiterhin erklingt, sowie neue Texte und neue Musik – im Stil des traditionellen Genres – schreiben. Traditionelle Musik kann so von Jazzbands oder Sinfonieorchestern gespielt werden, von Pianistinnen wie der in Kolumbien geborenen Claudia Calderón oder von Gruppen wie “Serenata Guayanesa” (1971) und “Ensamble Gurrufio” (1984). Einen explosionsartigen Zuwachs von *neofolklore*-Interpreten zog die Ende 2004 gesetzlich verordnete Radioquote (s.u.) nach sich. Seither integrieren Musiker fast aller Genres traditionelle Elemente in ihre Musik (Mendoza 2009a: 4-5).

“Tambor Urbano” ist ein gutes Beispiel für eine Gruppe, die zwischen den Kategorien gewechselt hat und heute der *fusión* zugerechnet wird. Interpreten dieser Stufe komponieren ihre eigenen Stücke und integrieren hier und da Elemente oder Instrumente aus der traditionellen Musik wie z.B. einen *joropo*-Rhythmus, der auf dem Klavier interpretiert wird, oder den digitalisierten Klang einer *arpa llanera*. Schon in den fünfziger Jahren spielte Fredy Reyna sehr virtuos seinen *cuatro* in allen Arten von Musikgenres und brachte das Instrument so auf die internationalen Bühnen. Er entwickelte eine eigene Stimmung des *cuatro* und verfasste 1956 die *Método de Cuatro*

– 200 *fórmulas de acompañamiento*. Seine Art zu spielen perfektionierten seine Nachfolger Hernán Gamboa und Cheo Hurtado und sie reicht bis zu Interpreten wie dem “C4 Trio”, das die Grenzen hin zum Jazz ausdehnt (Mendoza 2009a: 6-7). Den bekanntesten Titel aus der Kategorie *fusión* lieferte 1959 Hugo Blanco mit seinem Welthit *Moliendo café*, bei dem er andalusische Kadenzen mit karibischen Rhythmen kombinierte, gespielt auf *cuatro*, *arpa llanera*, *maracas* und elektrischem Bass. Nachhaltiger jedoch wirkte Aldemaro Romero, der gemeinsam mit anderen Musikern in den siebziger Jahren die *Onda Nueva* lostrat, die u.a. den *joropo urbano* hervorbrachte. Neue Melodien, Harmonien und Orchestrierungen mit Jazzeinfluss, die Fusion venezolanischer Rhythmen mit der brasilianischen Bossa Nova, neue Instrumente – Klavier, Bass und Schlagzeug – sowie Texte zu modernen Themen führten die traditionelle Musik aus ihrer Sackgasse und zu internationaler Bekanntheit (Romero 2004: 121-122). Selbst in der Rockmusik existieren einige *fusión*-Beispiele, so das des aus Deutschland stammenden Gitarristen Vytas Brenner, der zwischen 1973 und 1978 mit seiner Band “La Ofrenda” in Stücken wie *Frailejón* Harfe und traditionelle Rhythmen mit progressivem Rock mischte.

Seit den 1980er Jahren kam es u.a. wegen dieser Erneuerungen allgemein zu einem verstärkten Interesse an der heimischen Folklore, das dann zur Gründung hunderter Folklore-Gruppen in den *ranchos* (Vororten) von Caracas führte (Brandt 1998: 542). Aber auch auf dem Land erfuhr die traditionelle Musik einen großen Aufschwung, erst recht seit Hugo Chávez an der Macht ist (s.u.). Hinzu kommt, dass Venezolaner gemessen nach den Kulturdimensionen Geert Hofstede Kollektivist sind, nahezu alle persönlichen Aktivitäten finden in Gruppen statt (Hofstede 2006: 99ff.).

So unterschiedlich wie die Landschaften Venezuelas sind die Stile seiner traditionellen Musik. Salazar/Lares (2003: 35-37) unterteilen das Land in vier musikalische Großregionen:

- 1) Afro-venezolanische Region (zentrale Karibikküste);
- 2) Region der hispanischen Musik (Osten);
- 3) Region *criolla* (Anden, Llanos);
- 4) Indigene Region (Amazonas, Orinokodelta, Halbinsel Guajira).

Natürlich lassen sich in Zeiten der Binnenmigration, der schnellen Verkehrsverbindungen und Kommunikation die Trennlinien nicht mehr so scharf ziehen wie früher, vor allem die Stile aus der Region *criolla* – also z.B. der *joropo* – werden überall im Land gehört und gespielt. Ebenso er-

freuen sich *cumbia* und *vallenato* aus dem Nachbarland Kolumbien großer Beliebtheit.



### 1): Afro-venezolanische Musik

Schwarze Sklaven, mehrheitlich Dahomey aus Westafrika, aber auch Bantú aus Mittelfrika (sie brachten die *chimbanguelero*-Tänze mit), setzten die Spanier bis 1834, als die Sklaverei offiziell endete, vor allem als Plantagenarbeiter entlang den Küsten der Karibik ein. Darum haben sich dort ihre Kultur und Musik am stärksten verbreitet und am reinsten erhalten. Die Schwarzen legten ihre Polyrhythmen über die europäische Gesangs- und Spieltechnik und trugen somit entscheidend zur Ausprägung der nationalen Musikstile Venezuelas bei. Religiöse Feste waren und sind dabei die Triebfedern. So wird in Barlovento alljährlich vom 23.-25. Juni das Fest zu Ehren des Hl. Johannes ("Festival San Juan") gefeiert. Während der Prozessionen singen und tanzen die Teilnehmer den *malembe*, begleitet vom Klang der Mina- und Redondo-Trommeln, die aus der Dahomey-Kultur stammen (Brandt 1998: 535). Eine weitere musikalische Besonderheit sind zum gleichen Anlass die *golpes*, die San Juan zu Ehren gespielt werden, verschiedene

Rhythmen, bekannt u.a. als *sanguero*, *corrío*, *legio* oder *jinca*. Kommerziell betrachtet ist die Gruppe “Un Solo Pueblo” mit ihren über 20 Alben sicher die bekannteste Vertreterin dieser Musik. Ihre Songs *Viva Venezuela* oder *Un negro como yo* sind zu populären Hymnen geworden. “Huracán de Fuego” oder “Grupo Madera” (beide aus Caracas) erfreuen sich ebenfalls großer Beliebtheit (Rosenberg/Sweeney 2000: 625).

Den ursprünglich aus der Karibik – vor allem von Trinidad – stammenden Calipso brachten in den 1880er Jahren einwandernde Goldsucher aus der Karibik in die Gegend von Ciudad Bolívar und El Callao. Dort wurden die karibischen Rhythmen mit spanisch-englischen Texten und andalusischen Akkorden vermischt. Calipsos von Gruppen wie “La Misma Gente” tanzt und singt man vor allem während des Karnevals im Februar (Rosenberg/Sweeney 2000: 627). Der Merengue, seit den 1920er Jahren an der Küste sehr beliebt, war zunächst im Karneval populär, verlagerte sich aber durch das Orchester von Luis Alfonso Larrain auch in die Salons. Man verlangsamte die Musik und den Tanz des dominikanischen Vorbildes und begleitet ihn in Barlovento vor allem mit Trommeln, in Caracas zusätzlich mit *cuatro* und Gitarre. Dass die musikalische Beeinflussung zwischen der Karibik und Venezuela wechselseitig funktioniert, belegt der aus Venezuela stammende *parrang* (= *parranda*) auf Trinidad (Mendoza 2009c: 2).

## 2): Region der hispanischen Musik

In der Musik der östlichen Landesteile hinterließen vor allem die andalusischen und die kanarischen Siedler ihre Spuren. Der *polo*, ein Tanzlied, stammt vom gleichnamigen Tanz aus Andalusien ab, der ursprünglich ein Klagegesang war. Auf der Insel Margarita bleibt der *polo* ein wichtiger Volkstanz (Ludwig 2001: 515). Der Gesang erfolgt dabei häufig als *contrapunteo* zweier Fischer, d.h. als Gesangsduell, bestehend aus Stegreifversen in *décima*-Form. Die *tonos de velorio* (s.o.) umfassen hier u.a. den *punto*. Er wird ebenso wie der *galerón* und die ursprünglich kanarische *fulía* bei den *velorios de cruz* gesungen und von einem *cuatro*, einer Mandoline und einer Gitarre begleitet. Schließlich die *jota*. Dieser spanische (aragonesische) Volkstanz verbreitete sich in ganz Lateinamerika und ist im östlichen Venezuela Teil der Musikfolklore (Ludwig 2001: 373).



3): *Llanos/Andenausläufer*

Zu vielen Tätigkeiten werden auf dem Land noch heute Lieder gesungen. Die Bandbreite reicht von Erntegesängen über Kaffeemahl- und Maisstampf-Lieder bis zu Melkliedern.<sup>10</sup> Diese Arbeitsgesänge erfolgen in der Regel in der *call & response*-Form, d.h. ein Sänger/eine Sängerin singt eine kurze Verszeile, die von anderen Sängern oder Sängerinnen mit kurzen, ausrufartigen Refrains beantwortet wird (Schreiner 1982: 68). In den Llanos geben die *llaneros* ihren Kühen Namen, auf die diese tatsächlich hören, z.B. “Zapatico” oder “Humareda”. Häufig ruft dann der *llanero* seine Kühe mit einem Liedchen, in dem die Namen erklingen, zum Melken (Ramón y Rivera 1990: 23-25).

Aber auf dem Land wird natürlich nicht nur gearbeitet, sondern auch zu Musik gefeiert. Befragt nach ihrer typisch nationalen Musik werden die meisten Venezolaner *joropo* antworten und in einem Atemzug den Titel *Alma llanera* von Pedro Elías Gutiérrez nennen, die zweite “Nationalhymne” des Landes. Der Begriff *joropo* (je nach Region ergänzt um *llanero*, *central* oder *oriental*), der um 1850 entstand, bezeichnet aber nicht nur eine europäisch und afrikanisch beeinflusste Musik, die ursprünglich aus den Llanos stammt und die in viele Formen zerfällt, u.a. *corrido*, *pasaje* oder *golpe*, sondern auch die dazugehörigen Tänze. Darüber hinaus bezeichnet *joropo* noch das Ereignis: “zum *joropo* gehen” steht ganz allgemein für “zum Tanzen gehen”. Diese Veranstaltungen können familiär sein oder Dorffestcharakter haben (Brandt 1998: 539; Birkenstock 2002: 69). Der *joropo* hat seine Wurzeln in den andalusischen *zapateos* und *fandangos*, kamen doch die meisten spanischen Siedler zunächst aus Andalusien. Deren Melodien wurden mit afrikanischer Polyrhythmik kombiniert, sodass komplexe Musikstücke entstanden, deren Texte im Falle des *joropo llanero* meist vom harten Leben der *llaneros* handelten (Rosenberg/Sweeney 2000: 624-625). Ein *joropo*-Ensemble besteht aus den beiden Nationalinstrumenten *cuatro* und *arpa-llanera* (Harfe, manchmal ersetzt durch eine *bandola*, eine viersaitige Laute) und kleinen Percussionsinstrumenten wie *maracas* oder *charrascas* (dem *güiro* gleichendes Schrapinstrument). Je nach Region und Stil können auch eine Gitarre sowie *tamboras* (Trommeln) Verwendung finden (z.B. beim *golpe de Lara*). Beim *joropo central* reduziert sich das Ensemble auf

---

10 Für eine detaillierte Beschreibung siehe Ramón y Rivera (1990: 21-37).

zwei Musiker, die *arpa-central*<sup>11</sup> und *maracas* spielen und dazu singen (Brandt 1998: 540-541). Die Harfe als Nationalinstrument hat gute Interpreten hervorgebracht, z.B. Ignacio Figueredo oder Juan-Vicente Torrealba, dessen *Llanera*-Musik sogar von Sinfonieorchestern gespielt wird (Rosenberg/Sweeney 2000: 624-625). Weitere bekannte Interpreten des *joropo* sind Ignacio Figueredo, das "Trío Llanera", der Sänger Simón Díaz oder die Gruppe "Cimarrón".

Unter der Diktatur von Pérez Jiménez (1950-1958) wurde der *joropo* zum Nationalsymbol hochstilisiert (Brandt 1998: 540). Trotzdem litt seine Beliebtheit unter der Modernisierung der venezolanischen Gesellschaft. Der schon erwähnte Aldemaro Romero trug seit den 1970er Jahren mit seiner *Onda Nueva* und der damit verbundenen Überschreitung der Genregrenzen sowie mit seinen innovativen Ideen dazu bei, dass der *joropo* die nationale Musik des modernen Venezuela blieb und zusätzlich international bekannt wurde (s.o.).

Eine weitere auf den andalusischen *zapateo* zurückgehende Musik, der *bambuco*, wird nur in den Anden Venezuelas und Kolumbiens getanzt bzw. gesungen. Die *bambuqueros* singen ihre Verse in *coplas*, rhythmisch inspiriert von der *habanera* (Schreiner 1982: 284). Die aus der Weihnachtszeit bekannten *gaita*-Ensembles finden sich hier ganzjährig in der weltlichen Musik. Meist tragen sie politische Protestlieder vor. Ein schönes Beispiel dafür sind die Lieder *El paquetazo* und *Dr. Caldera* von Neguito Borjas, Ersterer gegen die Politik von Präsident Carlos Andrés Pérez getextet, Letzterer gegen seinen Nachfolger Rafael Caldera (Carruyo 2005: 100, 107).

#### 4): *Indigene Region*

Nach Isabel Aretz (1982) existieren 23 verschiedene indigene Ethnien auf verschiedenen Akkulturationsebenen. Man muss unterscheiden zwischen indigenen Völkern, die häufig mit der Zivilisation in Berührung kommen, wie z.B. den Guajiros, und Stämmen, die selten mit Weißen bzw. Kreolen Kontakt haben, wie den sehr isoliert lebenden Barí im Amazonasgebiet (Ramón y Rivera 1990: 205). Die kulturell und genetisch eng verwandten Völker der Yanomamö und der Warao im Amazonasgebiet unterscheiden sich musikalisch, denn nur Letztere kannten in ihrer Tradition Musikinstru-

---

11 Der Unterschied zwischen den beiden Harfentypen mit ihrem typischen Basston liegt im Volumen des Klangkörpers und in der Bespannung mit Metall- oder Nylonsaiten (*arpa llanera*) (Fundación Bigott 1998: 154).

mente (Olsen 1998a: 169). Missionare und Siedler brachten allerdings den *cuatro* und andere Instrumente zu den rund 10.000 Yanomamö im Urwald an der Grenze zu Brasilien. Yanomamö-Männer nutzen Gesänge fast ausschließlich in Zusammenhang mit schamanischen Ritualen. Frauen singen auch aus sozialen Anlässen wie der Gemeinschaftsarbeit oder Schlaflieder (Olsen 1998a: 173). Die rund 25.000 Warao im Orinokodelta hingegen kennen zehn traditionelle Instrumente, die sie während schamanischer Rituale, „weltlicher“ Zeremonien oder als Signalgeber einsetzen.<sup>12</sup> Des Weiteren nutzen sie die Violine und den *cuatro*, die von Siedlern mitgebracht wurden (Olsen 1998c: 189). Das dritte große indigene Volk, rund 3.000 Yekuana, lebt ebenfalls im Amazonasgebiet. Ihre rituelle Musik hat bis heute fast unverändert überdauert, wie Aufnahmen des deutschen Ethnologen Theodor Koch-Grünberg aus den Jahren 1911-1913 belegen. Die Yekuana benutzen für ihre religiösen und weltlichen Zeremonien verschiedene Rasseln, Trommeln und Flöten (Olsen 1998b: 177-179). Gemeinsames Musizieren hat bei ihnen größeres Gewicht, da sie als Agrargesellschaft einen stärkeren Zusammenhalt brauchen, als ihre von der Jagd lebenden Nachbarvölker.

#### 4. Urbane Klänge

Die einzige traditionelle Liedform, die im städtischen Umfeld entstanden ist und nach wie vor existiert, ist der *pregón*. Dabei handelt es sich um meist humorvolle Liedchen, die aus den Rufen der Marktverkäufer erwachsen sind, und dann eine Melodie erhielten: „¡Arepas calientes, pa' las viejas que no tienen dientes!“ (Ramón y Rivera 1990: 34).

Vor allem aber sind die Städte Geburtsort moderner Musikrichtungen wie z.B. dem venezolanischen Rock oder Rap, Stile, die vom Ausland übernommen und häufig an die nationalen Gegebenheiten angepasst werden. Im Idealfall entsteht aus der Fusion traditioneller und moderner Klänge etwas Neues, wie die zuvor beschriebene *Onda Nueva*. Die Städte, allen voran Caracas, sind Zentren der soziopolitischen Konflikte der Gesellschaft, was sich häufig in den Texten und einer latent aggressiven Musik widerspiegelt. Im Vergleich zu heutigen Rap- oder Metal-Bands erscheinen die Texte der früheren Liedermacher geradezu harmlos.

---

12 Dabei handelt es sich um fünf Aerophone (u.a. eine Knochenflöte und Muscheln), vier Idiophone (Rasseln) und ein Membranophon (eine zweiseitige Trommel).

#### 4.1 “La política con el arte entra”<sup>13</sup> – Das Protestlied

Während der Präsidentschaft von Rómulo Betancourt (1959-1964) verbot der Ex-Marxist die Kommunistische (PCV) und andere linke Parteien und löste so politische Debatten und bewaffnete Konflikte aus, die u.a. dazu führten, dass viele Venezolaner ins Exil gingen. Erst Präsident Rafael Caldera versuchte durch seine Politik der *pacificación* wieder Entspannung in die politische Landschaft zu bringen, indem er die PC wieder zuließ und die Linke in seine Politik einbezog, was allerdings die Schließung der *Universidad Central* (UCV) 1970 als politische Maßnahme nicht ausschloss. Seine Politik hatte u.a. eine Abspaltung verschiedener Gruppierungen von den Kommunisten zur Folge, so 1968 die *Unión para Avanzar* (UPA) oder 1971 das *Movimiento al Socialismo* (MAS) (Martín 1998: 25). In diesem Klima des politischen Umbruchs, befeuert durch die weltweiten Studentenproteste und die Welle des Neuen Lateinamerikanischen Liedes, erwuchs in den 1970er Jahren in Venezuela eine (kleine) Liedermacherbewegung.

1967 richtete man in Mérida das “1. Festival des Protestliedes” aus, an dem u.a. Soledad Bravo und Ali Primera teilnahmen (Martín 1998: 27). Letzterer sang dort erstmals öffentlich sein Lied *No Basta Rezar*. Ein Jahr später nahm er gemeinsam mit der Sängerin Lilia Vera für die UPA am Präsidentschaftswahlkampf teil, während die Sängerin Gloria Martín ihre erste LP veröffentlichte (Martín 1998: 28). Damit sind die vier wichtigsten Liedermacher des Landes genannt, deren Biographien nun kurz beleuchtet werden.

Der 1942 geborene und 1985 bei einem Autounfall ums Leben gekommene **Ali Primera** gilt bis heute als die wichtigste Stimme Venezuelas. Er kam nach einer Universitätsbesetzung 1967 für einen Monat ins Gefängnis und schrieb dort sein erstes Lied. Seine Eigenkompositionen begleitete er auf dem *cuatro* oder der Gitarre und verwendete dabei häufig auch traditionelle Rhythmen. Das und sein kompromissloser Einsatz für die Linke und die *de facto* rechtlosen Bevölkerungsschichten – so engagierte er sich für den MAS (1973), gründete 1978 die *Comités por la Unidad del Pueblo* und unterstützte zweimal die Wahlkampagne von José Vicente Rangel (1973/1983) – machten ihn zum Volkssänger. Er verkaufte so viele Platten, später auf seinem eigenen, 1977 gemeinsam mit Gloria Martín gegründeten Label “Cigarrón”, dass selbst die staatlichen Medien seine Lieder spielen mussten. Sein von ihm so genannter *canto necesario* (Mendoza 2009b: 2), mit dem er

13 Luis Britto García (zit. bei Martín 1998: 150).

– ausgehend von der Tradition – etwas Neues schaffen und mit der eigenen politischen Haltung verweben wollte, gewann noch an Schärfe, nachdem er zwischen 1969 und 1973 mit einem Stipendium in Europa gelebt hatte und wo er u.a. am 2. und 3. “Festival des Politischen Liedes” in (Ost)Berlin teilnahm (Rincón/Schattenberg-Rincón 1978: 287-288). “Ich singe nicht, weil es die Armut gibt, sondern weil es möglich ist, sie zu bekämpfen, sie von der Erdoberfläche auszulöschen”, sagte er einmal.

Die wohl international bekannteste Künstlerin Venezuelas, **Soledad Bravo**, ist von Geburt Spanierin (Logroño, 1943), kam als Siebenjährige ins Land und hat kaum eigene Lieder verfasst. Sie vertonte einerseits Gedichte bekannter Poeten, u.a. von Rafael Alberti, Mario Benedetti oder León Felipe, denn “man kann auch politisch auf das Bewusstsein der Menschen wirken, wenn man keinen direkten politischen Angriff auf das System singt”, so Bravo (Rincón/Schattenberg-Rincón 1978: 268). Andererseits interpretierte sie venezolanische Folklore, um der nordamerikanischen Überfremdung entgegenzuwirken, auf ihrer ersten LP von 1967, “Soledad Bravo canta”, singt sie allerdings noch spanische Volks- und Bürgerkriegslieder. Sie sang immer gegen die lateinamerikanischen Diktaturen an, gründete später das Label “Fonart” und wechselte im Laufe ihrer bis heute andauernden Karriere häufig die Genres und changierte zwischen *neofolklore* und *fusión* (s.o.) (Mendoza 2009b: 3).

**Gloria Martín** wurde ebenfalls in Spanien geboren (Madrid, 1945) und kam als Jugendliche nach Venezuela. Auch sie war politisch stark engagiert, arbeitete für die Gewerkschaft und betrachtet “Leben und Gesang als eine Form des Kampfes”. Sie schreibt ihre Lieder selbst und singt über sehr konkrete Themen: “Die Materie unseres Gesanges sind die Erfahrungen unseres Volkes im Gestern, Heute und Morgen” (Rincón/Schattenberg-Rincón 1978: 273).

**Lilia Vera** (1951) verstand sich als Kulturarbeiterin, die die Folklore authentisch weitervermittelte und so politisches Bewusstsein für die Benachteiligten Landbewohner wecken wollte. Sie zog über das Land und sammelte Lieder und Melodien, arbeitete mit bekannten Folkloremusikern wie María Rodríguez zusammen und obwohl sie als Protestsängerin galt, gelang es ihr dann und wann, in die Hitparade zu kommen (Rincón/Schattenberg-Rincón 1978: 281).

Einige weitere Interpreten aus der Anfangszeit der Liedermacher, die Erwähnung finden sollen, sind Xulio Formoso, der als geborener Galizier ab 1970 seine Protestlieder zunächst auf Galizisch sang und dann auf Spanisch die Texte des Dichters Farruco Sesto interpretierte, der übrigens im Jahr 2005 zum Kulturminister ernannt wurde; die Gruppe "Ahora", gegründet 1973, die ebenfalls die Wahlkampagne von José Vicente Rangel (1973) begleitete; die Gruppe "Los Guaraguao" (1972), die u.a. Lieder von Ali Primera neu arrangierte. Beide Gruppen veröffentlichten einen Teil ihrer Alben auf "Cigarrón" (s.o.).

Neue und alte Protestlieder haben seit der Chávez-Ära enorm an Popularität gewonnen. Zwar waren die Lieder von Ali Primera immer präsent, aber seitdem er zum *cantor del pueblo* erhoben wurde und man seine Lieder im Jahre 2005 zum Nationalerbe Venezuelas erklärte, sind sie allgegenwärtig, Hugo Chávez singt sie gerne und häufig. Lieder, einst gegen eine Regierung geschrieben, werden nun von einer anderen benutzt, um die Regierungspolitik zu "promoten" und die Unterstützung vor allem der Armen zu gewinnen. Hugo Chávez kennt wohl einen Satz von Ali Primera nicht: "Bolívar haben sie zu einem Geschichtsmythos gemacht, sie haben ihn in einen Gott verwandelt, um ihm alle reale Kraft zu nehmen" (Rincón/Schattenberg-Rincón 1978: 290). Bei den lebenden Liedermachern hat Chávez weniger Glück: Soledad Bravo zeigte Charakterstärke und ließ sich nicht von ihm einspannen, sondern sagte in einem Interview, dass sie ihn für einen rückwärts-gewandten Caudillo halte, dem sie lieber nicht persönlich begegnen wolle (González Ulloa 2003: 12). Ali Primera wird so Teil der *canción protesta* des 21. Jahrhunderts, unter deren Schirm sich die verschiedensten Interpreten tummeln, von der traditionellen Gruppe "Madera" (s.o.) mit ihrem Salsa-Lied *Uh, Ah, Chávez no se va* und dem *joropo*-Sänger Cristóbal Giménez, über die *cantora del pueblo* Jennifer "Hanoi" Sosa Hernández (*Aquí andamos*) und den Schnulzensänger Gustavo Arreaza (*La verdad*) bis zur Reggae-Band "Papashanty Saundsystem" (*Música de Paz*). Ihnen gemeinsam ist eine vage Sozialkritik und dass sie über die staatlichen Medien gepusht werden (s.u.) (Mendoza 2009b: 3-4).

#### 4.2 Salsa

Der Markt für Salsa entwickelt sich spätestens seit dem Ölboom gut. Die Tanzmusik verbreitete sich zunächst in der vornehmlich schwarzen Bevölkerung an der Karibikküste und in Caracas, bis sie das ganze Land erfasste. In der venezolanischen Salsa spürt man die Nähe Brasiliens und seiner Rhyth-

men *samba* und *bossa*, ist ihr doch der Klang weicher und gefälliger als in anderen Ländern Lateinamerikas. Oscar D'Leon ist mit über 60 veröffentlichten Alben der absolute Topstar dieser Musik. Sein Markenzeichen ist ein weiß lackierter Baby-Bass, den er während seiner Gesangs- und Tanznummern spielt. Mit seiner Gruppe "La Dimensión Latina" feierte er seit 1973 große Erfolge. Später startete er mit einem neuen Orchester eine zweite Karriere in den USA, interpretierte neben eigenen Songs kubanische und puerto-rikanische Klassiker und avancierte zu einem der Top-Stars des legendären Salsalabels RMM (Rodríguez 2002: 21). Andere Gruppen wie z.B. die Anfang der 1970er Jahre als *gaita* gestartete Band "Guaco" mischen die Salsarhythmen mit traditioneller Musik. Die in Deutschland basierte Salsa-Band "Kimbiza" des Bassisten Felipe "Mandingo" Rengifo und des Percussionisten Renis Mendoza genießt sowohl in Europa wie in Venezuela Anerkennung.

#### 4.3 Rockmusik

Ab Mitte der 1950er Jahre erlagen die jungen Venezolaner dem Rock 'n' Roll-Fieber. Bands wie "Los Dangers" coverten die angloamerikanischen Hits. 1961 traten dann "Los Supersónicos" auf den Plan, feierten Erfolge und inspirierten mit ihrem Surfrock à la "Beach Boys" viele Teenager dazu, eigene Bands zu gründen, zum Beispiel "Los Darts" oder "Los 007". International bekannt wurde die Band "Los Impala" aus Maracaibo, wie so viele zunächst eine "Beatles"-Coverband, als sie 1966 für drei Jahre nach Spanien ging und dort mit ihren Alben und in zwei Filmen Erfolge feierte.

Viele Bands der ersten Stunde stammten aus Maracaibo, da dort durch die Präsenz der ausländischen Unternehmen der Zugang zu den neusten Platten und Informationen leichter war. Die *beatlemania* zeigte aber auch in Caracas Wirkung: Fast jede Fernsehstation hatte ihr Jugendprogramm mit Rock- und Popmusik, wie "Ritmo y juventud" auf Venevisión oder "Shindig" auf RCT, und sie führte zur Austragung von Großveranstaltungen wie dem ersten "Popfestival" (1967) oder dem "Primer Festival de La Voz Juvenil" (1969), auf denen die jungen Künstler sich ihren Fans präsentierten. Auf die Beatwelle folgten in den siebziger Jahren progressiver und psychedelischer Rock mit Bands wie "Témpano" oder "Ladies W.C.", die als eine der wichtigsten Bands dieser Richtung in Lateinamerika gelten und deren einzige LP unterdessen Höchstpreise unter internationalen Sammlern erzielt. Eine besondere Rolle spielte dabei der in Tübingen geborene Vytas Brenner, der mit seiner Band "La Ofrenda" in Stücken wie *Frailejón* (1973) Harfe, *cuatro*

und traditionelle Rhythmen mit elektronischen Instrumenten kombinierte und so erstmals Rock und traditionelle Klänge zusammenführte. Ein Konzept, das zu Beginn der achtziger Jahre die Band “Déficit” fortführte. Zugleich entstand in Valencia eine Heavy-Metal Szene mit Bands wie *Arkangel*, *Resistencia* oder *Fahrenheit* (Montiel Cupello 1998). Harte und laute Musikstile sind in Venezuela – wie überall in Lateinamerika – bei der Jugend sehr beliebt, da sie die Gefühle der Einengung, Verunsicherung und sozialen Ungerechtigkeit vergessen lassen, und als Ausdruck der Wut und Verzweiflung, aber auch der Hilflosigkeit gegenüber dem gesellschaftlichen und staatlichen Versagen dienen (Helsper 1998: 247).

Aber erst Mitte der achtziger Jahre entwickelte sich in Venezuela eine nennenswerte und ausdifferenzierte Rockmusikszene mit den Vorreiterbands “Seguridad Nacional” (Punk) und “PPS” (New Wave), die den drei wichtigsten Bands des Landes den Weg ebneten: “Sentimiento Muerto”, “Zapato3” und “Desorden Público”. Ihre Musik machten sie vor allem durch Straßenkonzerte bekannt, bei denen sie – nach jamaikanischem Vorbild – mit *Soundsystems*, also wattstarken, portablen Musikanlagen, arbeiteten. Die Lieder kursierten auf illegal mitgeschnittenen Bändern in solcher Zahl, dass die Musikindustrie auf sie aufmerksam wurde. “Sentimiento Muerto” (1983), die erst Punk, dann Wave à la “The Cure” spielten, unterschrieben als erste Rockband beim heimischen Label “SonoRodven” und nahmen drei Alben auf. Sie texteten gegen alle und jeden, vor allem gegen das politische System und die USA.<sup>14</sup> *USA te usa* oder *La tele sirve para nada* hießen zwei ihrer Stücke. Sie lösten sich nach zehn Jahren auf. Einige Mitglieder formierten die Gruppe “Dermis Tatú”, die einen kompromisslosen Hardcore spielte, und gründeten ihr eigenes Label, “Tas Sonao Discos”. “Zapato3” spielten eine Mischung aus Darkwave und Hardrock, später kombiniert mit mystischen Texten, nachdem sie “Hare Krishnas” geworden waren. Seit sie auf dem Label “Polygram” erschienen, konnten sie kleinere Touren ins benachbarte Ausland und die USA unternehmen, bis sie sich im Jahr 2000 auflösten (Lipavsky/Larraguibel 1998: 69; SGAE 2000: 189, 226). “Desorden Público”, 1985 gegründet, touren hingegen immer noch durch die Welt. Sie reichern den aus Jamaika stammenden Ska mit Rock und urbanen venezolanischen Klängen wie Salsa oder Merengue an und schreiben dazu so-

---

14 Die USA sind – wie überall – ein Lieblingsgegner, da ihr kultureller Einfluss so groß ist, dass sogar der Vorname “Usnavi” existiert, abgeleitet von U.S. Navy (Lipavsky/Larraguibel 1998: 70).



zialkritische Texte mit schwarzem Humor. Das machte Lieder wie *Políticos Paralíticos* bei den Mächtigen unbeliebt, inklusive der heutigen Regierung:

Heute ist es immer noch wichtig, für bestimmte Dinge zu singen. Wir singen zwar nicht mehr für eine Revolution, denn letztendlich zeigt die Geschichte, dass zuviel Macht am Ende immer korruptiert. Wir singen dafür, dass die Macht weniger korrupt wird, dass es mehr Raum für die Kunst und Respekt für die Minderheiten gibt. Das sind Gründe für uns, Liedtexte zu schreiben. Unsere Lieder laufen nur in alternativen Radiostationen, in der normalen Rotation sicher nicht. Denn wir waren immer eine sehr kritische Band, all die Jahre. Ein wichtiger Teil des rebellischen und jugendhaften Wesens, das sich die Band über die Jahre bewahrt hat, ist es die Macht zu kritisieren. Die Macht missbraucht immer und sie ist immer korrupt, und in Ländern wie Venezuela ist die Korruption ein schwerwiegendes Problem. Und diese Regierung bildet da keine Ausnahme,

erklärt Horacio Blanco, Sänger der Gruppe (Interview August 2009, Köln).

In den neunziger Jahren explodierte – für venezolanische Verhältnisse – die Musikszene, neue Bands und Stile tauchten auf: der Industrialrock von „La Muy Bestia Pop“, Gothic-Rock (*gótico tropical*) von „Metro Zubdivision“ oder die Kombination von Punk mit Funk bei der Gruppe „Caramelos de Cianuro“. Das kurze Leben der Band „Quinto Combo“ brachte eine neue Strömung in der venezolanischen Rockmusik auf, Salsa-Rock, den u.a. die Gruppe „Bacalao Man“ weiterentwickelt. „La Banda de la Banana Voladora“ kombinierte ihren Ska mit lokaler Folkloremusik und „Claroscuro“ spielten Gitarrenrock zwischen Grunge und „U2“ und waren die erste venezolanische Band, deren Videoclip auf „MTV Latino“ lief (Lipavsky/Larraguibel 1998: 70). Zu den aktuellen Bands, die die Jugend begeistern, zählen „Tercer Cuarto“ (Metal), „Los Javelin“ (Surfrock) und „Viniloversus“ (Rock).

Allen Rock- und Popgruppen gemein ist, dass es an Auftrittsmöglichkeiten fehlt, in Caracas und erst recht in der Provinz. So müssen sie Alternativen suchen und spielen häufig in kleinen Bars, Plattenläden oder Restaurants. Die wichtigste Institution für Rockbands in Venezuela ist das seit 1990 existierende „Festival Nuevas Bandas“, inzwischen ausgeweitet zur privaten „Fundación Nuevas Bandas“. Dort können sich neben iberoamerikanischen Stars Nachwuchsmusiker präsentieren, die dann die Möglichkeit einer CD-Produktion bekommen. Außerdem gibt die *Fundación* CDs heraus sowie Publikationen zur Rockgeschichte.

#### 4.4 Popmusik

Ein Phänomen in Venezuela stellen die sogenannten *dance-bands* dar, die an die Tanzorchester der vierziger und fünfziger Jahre erinnern. Und die älteste,

noch aktive Band stammt auch aus dieser Zeit: “Billo’s Caracas Boys” wurden in den vierziger Jahren gegründet und bringen mit ihrer – abwertend – *música gallega* (Immigrantenmusik) genannten, unprätentiösen Musik die Leute noch heute zum Tanzen. Vier bis fünf Sänger, eine Bläsersektion, Percussion, elektrische Gitarre und Bass sowie kitschige Texte zu den *mambos*, *rumbas* oder *boleros* garantieren auch der Gruppe “Los Melodicos”, die im Mercedesbus durch das Land touren, oder dem “Porfi Jiménez Orquesta” bei jedem Konzert ein volles Haus (Rosenberg/Sweeney 2000: 627). Viele Sänger sind mit “Billo’s Caracas Boys” berühmt geworden, u.a. Felipe Pirela, José Luis Rodríguez oder Cheo García, dessen Lieder (u.a. *Ariel* und *Compadrito*) im gesamten Karibikraum gespielt werden. In den 1980ern beherrschten Sänger wie Franco DeVita, Yordanao, Ilan Chester oder der in Argentinien geborene Ricardo Montaner die Szene, verkauften bis zu 300.000 Einheiten ihrer Alben und hatten sogar in anderen Ländern Südamerikas Erfolg. Heute verkauft ein erfolgreicher Künstler einige tausend CDs, Britney Spears erhielt 2008 für 5.000 verkaufte Exemplare eine Goldene Schallplatte in Venezuela.

Die Popszene erhielt einen Kreativitätsschub durch das seit 2000 ausgerichtete “Caracas Pop Festival”, ein Veranstaltung, die parallel in anderen Großstädten des Kontinents stattfindet und deswegen von internationalen Stars wie Sting, “Oasis” oder Rubén Blades bespielt wird. Beim ersten Festival trat u.a. die 1999 gegründete und heutzutage regional sehr bekannte venezolanische Band “Malanga” auf. In Venezuela gehen inzwischen ebenfalls Jungstars aus TV- und *Castingshows* hervor. So schaffte es Hany Kauam, ein Sänger libanesischer Abstammung, 2007 dreimal an die Spitze der Hitparade.

Aus dem Rahmen der venezolanischen Popbands fallen “Los Amigos Invisibles”, gegründet 1991, eine Band die elektronische und Rockelemente mit Funk, Acid-Jazz, *boogaloo* und tropischen Rhythmen (*salsa*) kombiniert, und in ironischer Manier über Partys, Mädchen und das Leben singt. Sie sind das Vorbild aller venezolanischen Rock- und Popbands, zumindest was den ökonomischen Erfolg betrifft, denn sie sind neben “Desorden Público” die einzige Band, die bei einem internationalen Label (“Luaka Bop”) unter Vertrag ist. Das bringt auch Vorteile im Inland, denn in Venezuela herrscht selbst noch 200 Jahre nach dem Abstreifen der Kolonialherrschaft die Meinung vor, dass alles, was von außen kommt oder dort Anerkennung genießt, besonders gut sein muss. Ihre Alben “The Venezuelan Zinga Son, Vol. 1” und “Super Pop Venezuela” waren für den “Latin Grammy” nominiert. Seit

einigen Jahren leben die Bandmitglieder in New York. Zu erwähnen ist noch die New Yorker Gruppe “King Changó”, deren Mitglieder größtenteils aus Venezuela stammen. Für ein Sting/“Police”-Tributealbum nahmen sie den Titel *Un Venezolano en Nueva York* (Originaltitel: *An Englishman in New York*) auf.

#### 4.5 Rap/Dancefloor/Reggaetón

Rap hat in Venezuela durchschlagenden Erfolg, vor allem in den Armenvierteln können sich die Jugendlichen mit dieser Musik identifizieren. Sie gründeten Bands wie “El Clan Colmena” oder “Carnaval Rap Party”. Eine Besonderheit stellt der sogenannte *merengue-rap* dar. Gruppen wie “Zona7” oder “Los Hijos de la Calle”, aus den Vororten von Caracas, mischen diese traditionelle Musik mit Rap- und Houseklängen. Mit ihren Stücken *Toda mi gente* und *Apretaito* landeten “Los Hijos de la Calle” unerwartet in ihrer Heimat zwei Hits (SGAE 2000: 98).

Ende der neunziger Jahre schwappte die DJ-Kultur nach Venezuela. DJ Rey, MC Lebon, DJ Muu u.a. oder Bands wie “KP-9000” trieben die Szene an, die in eine starke Bewegung elektronischer Musik mündete. Heute existieren Multimedia-Festivals wie “Caracas no duerme”, bei dem DJs mit Video- und anderen Künstlern interagieren. Besonders spannend war das Projekt “Electronic Aldemaro” bei dem Künstler wie “Spyro”, “Patafunk”, “Dubwise” oder “Demetrio de Caracas” bekannte Themen von Aldemaro Romero (s.o.) in Triphop, Latin-House oder Nu-Jazz verwandelten.

Der beliebteste Ausdruck der urbanen Jugendkultur ist jedoch der Reggaetón. In den 1990er Jahren in Puerto Rico und Panama erdacht, entwickelte er sich zu Beginn des neuen Jahrtausends zum Welterfolg. Eine Mischung aus dem jamaikanischen Reggae, Rap-Gesang, House-Rhythmen und diversen karibischen Stilen wie der *bomba* oder dem *merengue* ergibt den harten Rhythmus, *dem bow* genannt. Größtenteils simple, machistische Texte und ein explizit sexueller Tanz namens *perreo* kommen der weit verbreiteten (lateinamerikanischen) Machismo-Kultur entgegen. In Venezuela hat die Band “Doble Impakto” Erfolg mit diesem Genre, das sogar Gegenstand einer Telenovela war, in der die Protagonisten darauf hinarbeiteten, als Reggaetón-Stars berühmt zu werden (<[www.reggaeton-music.de](http://www.reggaeton-music.de)>).

#### 4.6 Jazz

In Caracas existierten in den 1920er Jahren nur zwei Jazzorchester, die Jazz Band von Carlos Bonnett und die “Perroquet Royal Jazz Band”, denn der

Jazz setzte sich sehr langsam in der Gesellschaft Venezuelas durch, zumal während der Diktatur von Juan Vincente Gómez (1908-1935) das Nachtleben nur sehr eingeschränkt funktionierte (Balliache 1997: 15-16). Erst ab den 1940er Jahren und befeuert durch den Erdölboom, der Geld und Ausländer ins Land brachte, konnten Musiker wie Luis Alfonzo Larrain mit seinem Tanzorchester oder Bands wie "Bill's Caracas Boys" und "The Swing Time" halbwegs von der Musik leben. Kubanische und US-Orchester spielten in Venezuela und spornten die heimischen Musiker an. So öffnete in den fünfziger Jahren der "Caracas Jazz Club" seine Pforten und man organisierte sogar ein "Jazzfestival", auf dessen 3. Ausgabe (1957) der US-Gitarrist Barney Kessel spielte und das bis in die Gegenwart unregelmäßige Nachfolger hat (Bruzual 2004: 28-29).

In den 1970er Jahren integrierten Interpreten wie der Vibraphonist Alfredo Naranjo mit "Trabuco Venezolano" erstmals afro-venezolanische Musik in den Jazz. Sie spielten Percussionsinstrumente und experimentierten mit folkloristischen Rhythmen. Der österreichische Pianist Gerry Weil fusionierte mit seiner Jazz-Rock-Band "La Banda Municipal" ebenfalls traditionelle venezolanische Rhythmen mit dem Jazz, eine Idee, die Ende der achtziger Jahre die Gruppen "Maroa" und "Cimarrón" fortsetzten sowie später die Sängerin María Rivas und ihr "LiberJazz Trío" (Mendoza 2009a: 9). Sie singt ebenfalls Blues oder Boleros und schaffte mehrmals den Sprung in die nationale Hitparade. Saúl Vera integriert das Mandolinen- und *bandola*-Spiel in sein Jazz-Ensemble. Natürlich spielen viele Musiker den Jazz auch ohne "ethnische" Komponente, wie der in New York lebende Pianist Luis Perdomo oder der Gitarrist Gonzalo Micó, der seit 1982 schon zwölf Alben auf den Markt gebracht hat.

## 5. Medien

Der Rundfunk begann in Venezuela 1926 mit dem Sender "A.Y.R.E." als Privatfunk (Bisbal 1998: 754). Unternehmer und Privatpersonen betrieben kleine Sender und refinanzierten ihre Kosten mit Werbesendungen. So existierten 1931 in Caracas elf Rundfunksender sowie fünf weitere in anderen Städten. Mit den Rundfunkverordnungen von 1932 und 1934 versuchte Präsident Gómez Einfluss auf das sendetechnische Durcheinander zu nehmen (Neumann 1937/1938: 86-87). Am kommerziellen Charakter änderte sich in den folgenden Jahrzehnten nichts, 1995 existierten 194 Sender auf Mittelwelle und 160 auf UKW, von denen je einer staatlich war. Zu Beginn des Jahres 2009 listete die *Cámara Venezolana de la industria de la radiodifusión*

sión insgesamt 422 Sender (<[www.camradio.org](http://www.camradio.org)>). Das Fernsehzeitalter begann in Venezuela 1952 mit einem staatlichen Sender (ab 1980 in Farbe). 1995 existierten 25 private und zwei staatliche Kanäle sowie diverse Pay-TV-Kanäle (Bisbal 1998: 755).

Da der Großteil der Medien Venezuelas in privater Hand lag, spielten staatliche Medien bei den Zuschauer- bzw. Hörerzahlen nur eine untergeordnete Rolle. Unter Hugo Chávez veränderte sich jedoch die Medienlandschaft. Die Medien der alten, entmachteten Elite schossen nun scharf gegen ihn, häufig mit Falschmeldungen und Beleidigungen. Der Präsident reagierte nicht weniger scharf mit verbalen Attacken und Verboten – so ließ er Anfang August 2009 34 Radio- und Fernsehsender schließen und drohte 200 weiteren mit dem gleichen Schicksal (*El País.com*: 02.08.2009) – sowie mit der Schaffung seiner eigenen Fernsehsendung (s.u.).

In Bezug auf die Musik ändert sich dadurch nicht viel. Sie macht generell einen großen Teil des Radioprogramms aus – in manchen Sendern bis zu 80% – ist aber selten anspruchsvoll oder sogar Gegenstand der Beiträge. Im Fernsehen sind Musiksendungen selten. In den sechziger Jahren war das anders, als die *beatlemania* das Land erfasste. Auf einmal entdeckten die TV-Anstalten das jugendliche Publikum und schufen Programme wie *Ritmo y Juventud* auf “Venevisión”, *El Club Musical* mit Alfredo José Mena auf “Radio Caracas Televisión” oder *Hollywood a Go Go* im lokalen Sender Nr. 13 der Stadt Valencia. Deren Platz hat “MTV Latino” eingenommen, das wichtigste Programm für junge Venezolaner. Der 1993 gegründete Sender aus Miami ist frei von allem politischen Gezänk, muss allerdings über Pay-TV abonniert werden.

Hugo Chávez selbst trägt allerdings zu einer Steigerung des Musikanteils im Fernsehen bei. Mit seiner sonntäglichen Fernsehsendung *Aló, Presidente* im staatlichen Kanal “Radio Nacional de Venezuela” nutzt Chávez seit 1999 das Fernsehen als Selbstdarstellungsplattform. Dort betreibt er aber nicht nur Eigenpropaganda, kommentiert die internationale Politik und singt spontan Lieder und tanzt dazu, sondern lädt oft ihm genehme Gäste ein, nicht selten Musiker wie zum Beispiel die Llanero-Gruppe “Horizonte Guariqueño” mit ihrer zehnjährigen Sängerin Roxelin Lara (Sendung Nr. 316) oder die bekannte Folkloregruppe “Madera”, die schon als Dauergast bezeichnet werden kann. Oliver Diehl beschreibt anhand der 141. Ausgabe (02.03.2003), wie eine solche Einladung abläuft:

Chávez empfängt die Sprecher der (Volks-)Musikgruppe Madera, die gerade für ihn eines ihrer Lieder gesungen haben (“Uh, Ah, Chávez no se va”). Die Gruppe

hat eine CD erstellt, auf deren Cover auch Hugo Chávez auftaucht (Einblendung). Chávez „tauft“ die CD mit dem Inhalt seines hier zufällig stehenden Wasserglases. Daraufhin ruft er die Zuschauer zum Kauf der CD auf [...]. Ende der Szene: Chávez hält die CD der Gruppe Madera hoch, nennt die Songs einzeln und preist sie ein letztes Mal, indem er ruft: „Sabroso!“ (Diehl 2005: 76).

Das sich diese CD bei so viel präsidialem Zuspruch verkauft „wie warme Semmeln“, versteht sich von selbst. Es ist kein Zufall, dass es sich bei den eingeladenen Musikern fast ausschließlich um Interpreten folkloristischer Musik handelt. Zu Hugo Chávez' Verklärung alles Nationalen im Kampf des venezolanischen Volkes gegen die Globalisierung gehört die Musik. Um junge Zuschauer für seine Ziele zu gewinnen, lädt Hugo Chávez aber auch schon mal Bands ein, die Rap, Salsa oder Rock spielen. So rappte die 19-jährige Robexa Poleo ihren Song *Libertad de expresión* in Sendung Nr. 314, kurz bevor kleine Kinder Folkloretänze aufführten, ebenso die Gruppe „Colectivo Hip-Hop Revolución“ in Sendung Nr. 308 (<www.alopresidente.gob.ve>). Schließlich gab der Präsident noch eine Gratis-CD heraus: Das Cover von „Canciones de siempre“ schmückt ein Bild von Chávez, enthalten sind *rancheras* von Vicente Fernández, *zoropos* und andere Folkloremusik, die er in seinem Programm präsentiert hatte. Natürlich versucht die Opposition ebenfalls, Musiker zu instrumentalisieren, den Sänger Reynaldo Armas z.B., aber aufgrund ihrer geringeren Medienpräsenz gelingt dies nur bedingt (Mendoza 2009b: 3-4).

Aus Chávez' Sicht nur konsequent war es, die traditionelle Musik zu fördern, wo immer es geht. Aus diesem Grund beschloss man im Dezember 2004 mit der *Ley de Responsabilidad de la Radio y Televisión (Resorte)* eine Radioquote. Seither müssen 50% der täglich gespielten Musik aus „nationaler Produktion“<sup>15</sup> stammen (bei staatlichen Sendern 70%), wovon wiederum 50% folkloristische Musik sein müssen. Um als solche zu gelten, müssen drei der fünf folgenden Kriterien erfüllt sein:

- Präsenz eines traditionellen Musikgenres Venezuelas;
- Gebrauch der spanischen Sprache bzw. einer der offiziellen indigenen Sprachen;
- Präsenz kultureller Werte Venezuelas;
- Texter oder Komponist Venezolaner;
- Mehrheit der Interpreten Venezolaner (<www.mci.gob.ve>).

15 Darunter versteht man, dass 70% des Personals, des investierten Kapitals und der kulturellen Werte – in der Musik also Instrumente, Rhythmen etc. – venezolanischer Herkunft sein müssen (Mendoza 2009a: 4).

Diese Regelungen führten zu dem zuvor beschriebenen Phänomen, dass ab 2005 Musiker aller Genres folkloristische Instrumente und Elemente in ihre Stücke einbauten, nur um häufiger im Radio gespielt werden zu können. Infolgedessen kam es zu überraschenden Kombinationen wie z.B. den jazzigen Harfen im Ensemble von Rafael Brito. Übrigens sehr zur Freude der Radiosender, die sonst die Quote nicht hätten erfüllen können (Mendoza 2009a: 4). Die Quote erfreut auch die traditionellen Musiker: "Mich rufen Radioteams an, die meine Musik sonst nie gespielt haben", erklärt Huáscar Barradas, ein Flötist, der traditionelle und Popmusik vermischt. Und Anselmo López, ein 71-jähriger Bandola-Spieler, freut sich über die erneute Popularität seiner jahrzehntealten Kompositionen (Forero 2005: 2005). Die Radioquote zur Unterstützung der heimischen Folklore ist nicht neu in Venezuela, schon in den 1980er Jahren existierte eine Quote, bekannt als *Ley del Uno por Uno*, da für jeden ausländischen Titel im Gegenzug ein venezolanischer gespielt werden musste. Eine staatlich verordnete Quote scheint oftmals der einzige Weg zu sein, kurzfristig das Interesse an traditioneller Musik zu beleben, das haben Kulturen wie Frankreich oder Katalonien auch bemerkt. Langfristig jedoch braucht die Jugend eine Bildung, die sie dazu bringt, das nationale Erbe als etwas Normales und gleichwertiges zur globalen Popkultur anzusehen und zu erhalten.

Musikzeitschriften suchte man – bis auf einige *Fanzines* – bisher vergebens an den Kiosken in Caracas, es existierten nur die wissenschaftlichen Publikationen *Revista Musical de Venezuela* und *Revista de la Sociedad Venezolana de Musicología*. Seit 2009 jedoch versucht ein junges Team die Zeitschrift *Ladosis* zum Erfolg zu führen.

## 6. Bildungssystem/Kulturpolitik/Institutionen

"Si con sólo leyes y decretos se desarrollara la educación de un país. Venezuela fuera el país más culto de América Latina", schreibt Stopello (1987: 89). Im Bereich der staatlichen schulischen Musikerziehung sieht es entsprechend schlecht aus, nur im *Sistema* (s.o.) haben Kinder aus ärmeren Familien Zugang zu einer musikalischen Ausbildung. Denn an den staatlichen Schulen fehlt es an geeigneten Fachkräften und Material, häufig taucht das Fach "Musik" in den Lehrplänen gar nicht auf (Rodríguez 2004: 27/Torres 2002: 12). Ob das neue Erziehungsgesetz (2009) Besserung bringt, muss sich zeigen.

Hugo Chávez hat eine neue Kulturpolitik eingeleitet. Nach dem Motto "El pueblo es la cultura" strukturierte Chávez ab 2005 das Kulturministeri-

um um, schuf zusätzlich sechs an das Ministerium angebundene, aber weitgehend autonome Plattformen mit dem Ziel, die Kultur zu dezentralisieren, zu demokratisieren und zu verbreiten. Das war auch eine Kampfansage an die "kulturelle Diktatur aus Hollywood", so Chávez (Evers 2008: 21), weswegen im Bereich der Musik die nationalen Produktionen vorgezogen werden. Aber es gibt auch Kritiker:

Im Moment existiert eine große Improvisation, die nun schon Jahre andauert. Es gibt keine eindeutige Politik für die zeitgenössische oder die klassische Musik oder den Jazz, für nichts eigentlich. Alle hängen in der Luft, das Festival "A Tempo" zum Beispiel wird von ausländischen Botschaften gesponsert und von den Kulturinstituten anderer Länder,

erzählt David Nuñez, Komponist und Geiger (Interview September 2004, Köln). 2006 folgte die neue *Ley Orgánica de la Cultura*.

Die Devisen aus den Ölexporten kommen auch der Kultur zugute, der Staat fördert sie über Institutionen wie dem *Instituto de la Cultura y las Bellas Artes* (INCIBA), dem *Instituto Interamericano de Etnomusicología y Folklore* (INIDEF) oder der *Fundación Bigott*, die sich mit Veranstaltungen, Publikationen und CD-Editionen sehr um den musikalischen Sektor kümmert. Die *Fundación Vicente Emilio Sojo (Instituto de Musicología)* wiederum bietet auf ihrer Website einen Katalog mit über 2.000 Einträgen zu venezolanischen Musikproduktionen an.

## 7. Fazit

Die Venezolaner sind ein Musik liebendes Volk, Musik gehört für sie in den meisten Lebenssituationen dazu, von der Geburt bis zur Totenwache. Und obwohl die globalen Musikstile angloamerikanischer Herkunft auch hier dem Konsum traditioneller Musik zugesetzt haben, geht Letztere (noch) nicht verloren. Das liegt in geringerem Ausmaß an staatlichen Maßnahmen wie der Radioquote, aber vor allem an der Verwurzelung der Musik in vielen (religiösen) Traditionen und weltlichen Festen.

Letztlich wird eine Quote die heimische Musik langfristig nicht vor dem Untergang bewahren. Nur qualitativ gute Musik und eine bessere musikalische Bildung werden sie davor schützen (das zeigt das Beispiel Kuba). Da bleibt im staatlichen Bildungssystem viel zu tun. *El Sistema* leistet zwar Vorbildliches in Bezug auf die musikalische und soziale Integration von Kindern in die Gesellschaft, allerdings werden auch hier zu selten nationale Komponisten berücksichtigt. Was fehlt, ist eine bessere Aufarbeitung venezolanischer klassischer Musikwerke (inkl. Neueinspielungen) sowie ihre



Vermittlung, die Förderung moderner venezolanischer Musikstile durch Auftrittsmöglichkeiten etc. sowie Anregungen zur sanften Modernisierung traditioneller Musikstile (textlich z.B.), um sie der Lebenswelt neuer Generationen zugänglich zu machen. Klassische oder traditionelle Musik werden zwar nie Musiken der Mehrheit sein/werden, aber so erhalten sie ein reale Überlebenschance. Und vielleicht landet *música hecho en Venezuela* im Ausland dann auch nicht immer automatisch im Fach "Weltmusik".

### Literaturverzeichnis

- Aretz, Isabel (1982): "Indigenous music of Venezuela". In: *The World of Music*, 2, S. 22-35.
- Balliache, Simón (1997): *Jazz en Venezuela*. Caracas.
- Bauer, Christian/Oehler, Alexandra (1999): "Begleittext zur CD: Alexandra Oehler". *Teresa Carreño – Klavierwerke, Ars Musici*, S. 3-9.
- Birkenstock, Arne/Blumenstock, Eduardo (2002): *Salsa, Samba, Santería. Lateinamerikanische Musik*. München.
- Bisbal, Marcelino (1998): "Das Rundfunksystem Venezuelas". In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): *Internationales Handbuch für Hörfunk und Fernsehen*. Baden Baden, S. 754-759.
- Brandt, Max H. (1998): "Venezuela". In: Olsen, Dale A./Sheehy, Daniel E. (Hrsg.): *The Garland Encyclopedia of World Music*. Vol. 2: *South America, Mexico, Central America, and the Caribbean*. New York, S. 523-545.
- Bruzual, Alejandro (2004): "Aproximación a la guitarra popular y la guitarra eléctrica en Venezuela". In: *Revista de la Sociedad Venezolana de Musicología*, 7, S. 23-36.
- Calcaño, José Antonio (1958): *La ciudad y su música. Crónica musical de Caracas*. Caracas.
- Calzavara, Alberto (1987): "La música en Caracas durante la guerra de independencia". In: *Revista Musical de Venezuela*, 23, S. 63-78.
- Carruyo, Light (2005): "La Gaita Zuliana: Music and the Politics of Protest in Venezuela". In: *Latin American Perspectives*, 3, S. 98-111.
- Delannoy, Luc (2001): *Caliente. Una Historia del Jazz Latino*. México, D.F.
- Diehl, Oliver (2005): "Hugo Chávez – Charisma als soziokulturelles Phänomen". In: Diehl, Oliver/Muno, Wolfgang (Hrsg.): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* Frankfurt am Main, S. 57-83.
- Eichstädt, Susann (2009): "'Zweibahnstraße' für die musikalische Bildung". In: *Musikforum*, 2, S. 62.
- Eßer, Torsten (2003): "Sinfonie der Straße. Die venezolanische Jugendorchesterbewegung". In: *Matices*, 39, S. 55-56.
- Evers, Ute (2008): "Das Fenster zum Süden wird geöffnet. Es weht ein frischer Wind in Venezuelas Kultur". In: *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, 318, S. 21-22.
- Forero, Juan (2005): "Venezuelan Strongman's New Gig: National Disc Jockey". In: *The New York Times*, 03.10.2005 (<www.nytimes.com>).

- Fundación Bigott (Hrsg.) (1998): *Atlas de tradiciones venezolanas*. Caracas.
- Fundación Vicente Emilio Sojo (Hrsg.) (o.J.): *Compositores venezolanos*. Caracas.
- García, Sonia (1998): "La música en Cumaná y en oriente, siglo XIX". In: *Tierra Firme*, 16, 63, S. 557-576.
- Goertz, Wolfram (2006): "Kinder des Olympe". In: *Die Zeit*, 50 (17.12.2006).
- González Ulloa, Macarena (2003): "Soleares für Soledad Bravo. Porträt der großen venezolanischen Interpretin". In: *ila – Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika*, 264, S. 12-13.
- Helsper, Werner (1998): "Das 'Echte', das 'Extreme' und die Symbolik des Bösen – Zur Heavy-Metal-Kultur". In: Kemper, Peter/Langhoff, Thomas/Sonnenschein, Ulrich (Hrsg.): *"But I Like it". Jugendkultur und Popmusik*. Stuttgart, S. 244-258.
- Hernández, Tulio (1998): "La diversidad cultural venezolana y sus tradiciones populares". In: Fundación Bigott (Hrsg.): *Atlas de tradiciones venezolanas*. Caracas, S. 4-5.
- Hernández Mirabal, Ivo (2005): "Zur Geschichte der Musik in Venezuela". In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Venezuela. Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef, S. 279-295.
- Hofstede, Geert (2006): *Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management*. München.
- Labonville, Marie Elizabeth (2007): *Juan Bautista Plaza and Musical Nationalism in Venezuela*. Bloomington.
- Lipavsky, Corina/Larraguibel, Claudia (1998): "Caracas a la sombra, 28 grados". In: *Zona de Obras*, 5 (Especial: Calaveras y Diablitos), S. 68-71.
- Ludwig, Egon (2001): *Música Latinoamericana. Lexikon der lateinamerikanischen Volks- und Populärmusik*. Berlin.
- Martín, Gloria (1998): *El perfume de una época (la Nueva Canción en Venezuela)*. Caracas.
- Mendoza, Emilio (2009a): "Folk-Music Appropriation by Venezuelan Pop Music". In: Shepherd, John/Horn, David/Laing, Dave (Hrsg.): *Encyclopedia of Popular Music of the World*. Vol. IX: *Genres of Caribbean and South American Origin*. London (<www.prof.usb.ve/emendoza/>; 27.04.2009).
- (2009b): "Canción de protesta". In: Shepherd, John/Horn, David/Laing, Dave (Hrsg.): *Encyclopedia of Popular Music of the World*. Vol. IX: *Genres of Caribbean and South American Origin*. London (<www.prof.usb.ve/emendoza/>; 27.04.2009).
- (2009c): "Calipso venezolano". In: Shepherd, John/Horn, David/Laing, Dave (Hrsg.): *Encyclopedia of Popular Music of the World*. Vol. IX: *Genres of Caribbean and South American Origin*. London (<www.prof.usb.ve/emendoza/>; 27.04.2009).
- Milanca Guzmán, Mario (1994): *La música venezolana: de la colonia a la república*. Caracas.
- Montiel Cupello, Gregorio (1998): *La historia del rock en español* (<www.intersilo.com/gregorio.asp#HISTORIA>; 04.04.2009).
- Neumann, H. (1937/1938): "Entwicklung und Organisation des Rundfunks in Venezuela". In: *Jahrbuch Weltrundfunk*, S. 86-89.
- Olsen, Dale A. (1998a): "Yanomamö". In: Olsen, Dale A./Sheehy, Daniel E. (Hrsg.): *The Garland Encyclopedia of World Music South America*. Vol. 2: *Mexico, Central America, and the Caribbean*. New York, S. 169-175.

- (1998b): “Yekuana”. In: Olsen, Dale A./Sheehy, Daniel E. (Hrsg.): *The Garland Encyclopedia of World Music South America*. Vol. 2: *Mexico, Central America, and the Caribbean*. New York, S. 176-182.
- (1998c): “Warao”. In: Olsen, Dale A./Sheehy, Daniel E. (Hrsg.): *The Garland Encyclopedia of World Music South America*. Vol. 2: *Mexico, Central America, and the Caribbean*. New York, S. 188-198.
- Plaza, Juan Bautista (1985): “La música colonial venezolana al día con la europea”. In: *Revista Musical de Venezuela*, 15, S. 47-54.
- Ramón y Rivera, Luis Felipe (<sup>3</sup>1990): *La música folklórica de Venezuela*. Caracas.
- Rincón, Carlos/Schattenberg-Rincón, Gerda (Hrsg.) (1978): *Cantaré – Songs aus Lateinamerika*. Dortmund.
- Rodríguez, María Mercedes (2004): *Educación musical en preescolar. Una experiencia venezolana*. Maracaibo.
- Rodríguez, Nelson (2002): “Oscar D’León. The Pride of Venezuela”. In: *Latin Beat Magazine*, Dec./Jan., S. 20-22.
- Romero, Aldemaro (2004): *El joropo llanero y el joropo central*. Caracas.
- Rosenberg, Dan/Sweeney, Philip (2000): “Venezuela. Salsa con gasolina”. In: Broughton, Simon/Ellingham, Mark (Hrsg.): *The Rough Guide World Music*. Vol. II: *Latin and North America, Caribbean, India, Asia and Pacific*. London, S. 624-630.
- Rugeles, Alfredo (2000): “Vitale Kraft. Neue Popular- und Volksmusik in Venezuela”. In: *MusikTexte*, 84, S. 11-15.
- Salazar, Rafael/Lares, Oswaldo (2003): *Venezuela, Caribe y música*. Caracas.
- Schreiner, Claus (1982): *Musica Latina. Musikfolklore zwischen Kuba und Feuerland*. Frankfurt am Main.
- Seeger, Anthony (1998): “The Tropical-Forest Region”. In: Olsen, Dale A./Sheehy, Daniel E. (Hrsg.): *The Garland Encyclopedia of World Music South America*. Vol. 2: *Mexico, Central America, and the Caribbean*. New York, S. 123-136.
- SGAE/Zona de Obras (Hrsg.) (2000): *Diccionario del Rock Latino*. Madrid.
- Stopello, José Vicente (1987): “Historia del desarrollo musical en Venezuela”. In: *Revista Musical de Venezuela*, 23, S. 89-104.
- Torres, Eleazar F. (2002): “Las estudiantinas en las escuelas de música de Venezuela”. In: *Actas del IV Congreso Latinoamericano de la Asociación Internacional para el Estudio de la Música Popular*. México, D.F.
- Tortolero, Numa (1996): *Música sacra en Venezuela*. Caracas.
- Zeuske, Michael (2007): *Kleine Geschichte Venezuelas*. München.

### **Tonträger (Auswahl)**

- Aldemaro Romero (2005): *La Onda Maxima*. Dejavu.
- Alexandra Oehler (1999): *Teresa Carreño – Klavierwerke*. Ars Musici.
- Ali Primera (1973): *Lo Primero de Ali Primera*. Cigarrón-Promus.
- (1984): *Entre la Rabia y la Ternura*. Cigarrón.
- Billo’s Caracas Boys (1999): *1941-44*. Harlequin.
- C4 Trío (2006): *C4 Trío*. Independent Production.

- Cheo Hurtado (1993): *Compadre Pancho*. Musicarte.
- Claroescuro (1995): *El viaje de una vida*. Cygnus.
- Claudia Calderón (2002): *Piano Llanero I*. Fundación Bigott.
- Desorden Público (1998): *¿Dónde está el futuro?* Sony.
- (2007): *Estrellas del caos*. Sony.
- Ensamble Gurrufío/Camerata Criolla (2005): *El Reto*. Independent Production.
- Giménez, Cristóbal (2004): *Amor, Llano y Revolución*. Independent Production.
- Guaco (1999): *Como era y como es*. Latin World.
- Huascar Barradas (1996): *La Nueva Onda de la Música Venezolana*. HB Records.
- Huracán de Fuego (2000): *Vamos a darle*. Nubenegra.
- Ismael Querales (2001): *Bandolas*. Fundación Bigott.
- Kimbiza (2008): *Patata Con Salsa*. Fodor.
- King Changó (1997): *Confesión*. Sonorodven.
- La Dimension Latina (2005): *Exitos de oro*. Yoyo Music.
- La Ofrenda (1973): *La Ofrenda de Vytas*. Suramericana del Disco/Velvet [LP].
- Los Amigos Invisibles (1998): *The New Sound of Venezuelan Gozadera*. Luaka Bop.
- (2000): *Arepa 3000: A Venezuelan Journey into Space*. Luaka Bop.
- (2008): *En una noche tan linda como ésta*. Luaka Bop.
- Los Hijos de la Calle (1997): *Pura crema*. Polygram.
- Luis Perdomo (2009): *Pathways*. Criss Cross Jazz.
- María Rivas (1994): *Mapalé*. EMI-Rodven.
- Nacionales Kinderorchester Venezuela (2000): *In der Philharmonie München*. HoMe.
- Oscar D'Leon (2007): *Exitos eternos*. Venemusic.
- (2008): *Tranquilamente*. Sony.
- Papashanty SaundSystem (2003): *Ashanty Grampa*. Granpa Music.
- Prisca Dávila (2004): *Piano Jazz Venezolano*. Fundación Bigott.
- Saúl Vera (1994): *Saúl Vera y Su Ensamble*. Sonográfica.
- Simón Bolívar Jugendorchester (2008): *Ludwig van Beethoven: Sinfonien Nr. 5 und 7*. DG/Universal.
- Soledad Bravo (1995): *Songs of Venezuela*. Buda Musique.
- ([1980] 2006): *Cantos sefardies*. Last Call.
- SVMC (2002): *25 Años – Antología de Compositores de Venezuela I*. SVMC.
- Tambor Urbano (1996): *Tambor Urbano*. Foca Records.
- Un Solo Pueblo (1995): *Venezuela un Solo Pueblo*. Velvet.
- V.A. (1991): *The Music of Venezuela*. Zu-Zazz.
- (1997): *Love, Peace & Poetry – Latin American Psychedelic Music*. QDK (inkl. Ladies W.C.).
- (1998): *Venezuela: Pajarillo verde*. World-Network (u.a. Lilia Vera, Serenata Guyanessa).

- (2003): *The Rough Guide – Venezuela*. WMN.
- (2007a): *Nueva Onda Nueva. Electronis Aldemaro*. FNB Grabaciones.
- (2007b): *Ska Mestizo – Rebel Music from Venezuela*. Merusa.
- Vasallos del Sol (1999): *Tibio Calor*. Fundación Bigott.
- Venezuelan Brass Ensemble, Thomas Clamor (2006): *We Got Rhythm*. EMI.
- Yuruari (2002): *La Fuerza del Calipso*. Fundación Bigott.



**Michael Huhn**  
unter Mitarbeit von Reiner Wilhelm

## **Kirche und Religion**

### **1. Grundgegebenheiten der jüngeren venezolanischen Kirchengeschichte**

Wie in allen Ländern Südamerikas darf auch in Venezuela für die Kolonialzeit, das 19. und den längsten Teil des 20. Jahrhunderts mit Fug und Recht von “der Kirche” gesprochen werden, wenn die katholische gemeint ist, denn sie war die einzige bzw. im 20. Jahrhundert, als erstmals andere Konfessionen hinzukamen, die weitaus größte. Eine derart wichtige Rolle wie in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas, etwa im Nachbarland Kolumbien, hat die katholische Kirche in Venezuela jedoch nie eingenommen (Wilhelm 2009). Ihr vergleichsweise geringer Besitz wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von liberalen – und das bedeutet im Falle Venezuelas auch: antiklerikalen – Regierungen zum Großteil enteignet.<sup>1</sup> Dass Venezuela beim Ausbau der spanischen Kolonialverwaltung im Vizekönigreich Neugranada ein Aschenputtel am Rande geblieben war, wirkte auf die kirchliche Organisation zurück, die trotz eines verheißungsvollen Auftaktes (Coro war 1531 zum ersten Bischofssitz in Südamerika bestimmt worden<sup>2</sup>) jahrhundertlang sehr weitmaschig blieb: Ein 1873 erschienenes Handbuch zum Status Ecclesiae weltweit führt nur ein Erzbistum (Caracas) und vier Bistümer auf: Mérida de Maracaibo (das heutige Mérida), Guayana (heute Ciudad Bolívar), Barquisimeto und Calabozo (Gams 1873).

In den Bistümern sah es kaum anders aus. Die kirchlichen Strukturen gaben eher das Bild einzelner Stützpunkte denn eines Netzes: große, weit auseinanderliegende Pfarreien. Dass es nicht mehr waren, dass die Seelsorge einen Großteil der Bevölkerung nicht erreichte, lag auch am Priestermangel. Die Zahl der Priester war gering; bezogen auf die Zahl der Katholiken waren es noch weniger als im ohnehin niedrigen lateinamerikanischen Durch-

---

1 Auch für Venezuela gilt das Diktum von Octavio Paz in seinem Essay *Das Labyrinth der Einsamkeit* (1974): “Der wahre Name unseres Liberalismus ist Autoritarismus.”

2 Auf diesen Umstand pflegen die im lateinamerikanischen Vergleich mit herausragenden Daten aus der Kolonialzeit ansonsten nicht gerade verwöhnten Venezolaner gern zu verweisen.

schnitt. Kirchliche Schulen, auch hier ein deutlicher Unterschied etwa zu den Andenländern, gewannen – landesweit gesehen – keinen gesellschaftsprägenden Einfluss. (Nur in einzelnen Städten, in denen es prestigeträchtige Ordensschulen – insbesondere der Jesuiten und der Schulbrüder des hl. Jean-Baptiste de La Salle – gab, war das anders.) Jahrzehntlang blieb es der Kirche sogar untersagt, Schulen zu unterhalten – nur eines von vielen Beispielen dafür, dass die Kirche auch im 20. Jahrhundert der staatlichen Kontrolle unterworfen blieb (Rodríguez Iturbe 1968). Eine katholische Universität war nicht vorhanden, auch das eine Ausnahme in Südamerika und ein Ausdruck des Umstandes (oder ein Grund dafür?), dass in Venezuela eine katholisch-intellektuelle “Szene” fehlte, die die Debatten um die “Venezolanität”, die Eigenart Venezuelas und seine Zukunft, hätten mitbestimmen können. Andrés Bello (1781-1865), der große katholische, venezolanische Gelehrte, hätte, um ebenbürtige Mitdenker zu finden, seine Heimat auch dann verlassen müssen, wenn er 100 Jahre später gelebt hätte.

Zu den Medien hatte die Kirche kaum Zugang. Es gab keine nennenswerten kirchlichen Verlage oder Zeitschriften, die deren Stimme hätten zu Gehör bringen können. Der 1924 in San Cristóbal gegründete *Diario Católico de Venezuela* vermochte den im Titel erhobenen Anspruch einer nationalen Zeitung nicht zu erfüllen, denn schon der Umstand, dass sie in der Provinz erschien, versperrte ihr den Zugang zur Leserschaft der Hauptstadt. Selbst die profilierteste katholische Zeitung, *La Religión*, das halbamtliche Organ des Erzbistums Caracas, wurde selten über den Binnenraum hinaus wahrgenommen.

Nur einige Monate lang war das anders, war *La Religión* in aller Munde. Nach anfänglichem Stillhalten und Stillschweigen hatte sich der erste Repräsentant der katholischen Kirche, Erzbischof Rafael Arias Blanco von Caracas, der wachsenden Opposition gegen die seit 1952 währende Diktatur von Marcos Pérez Jiménez angeschlossen und hatte am 1. Mai 1957 in *La Religión* einen aufsehenerregenden Hirtenbrief veröffentlicht, in dem er die Verletzung der Menschenrechte und den “Raubzug” der Reichen gegen die Arbeiterschaft anprangerte und eine Sozialgesetzgebung, die Einführung von Mindestlöhnen und die Stärkung der Gewerkschaften forderte. Daraufhin entbrannte eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen *La Religión* und der Zeitung *El Heraldo*, dem Sprachrohr der Regierung. Das offene Wort des Erzbischofs ermutigte den Widerstand gegen Pérez Jiménez und trug zu dessen Sturz am 23. Januar 1958 bei (Rodríguez Iturbe 1995: 109-140).



Die Wiedergewinnung der Demokratie eröffnete der Kirche neue Spielräume (Levine 1976). José Humberto Quintero, von 1960 bis 1980 Erzbischof von Caracas und 1961 als erster Venezolaner zum Kardinal kreiert, erreichte nach langen Verhandlungen 1964 im Abkommen von Punto Fijo eine vertragliche Festschreibung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche (*Gaceta Oficial* Nr. 27.551 vom 29.09.1964; Fernández Heres 2002; Moreno Molina 2006). Prärogative, wie das Recht des Parlamentes, die Bischöfe zu bestimmen, wurden gestrichen (ein beschränktes Vetorecht blieb bestehen), ebenso die Liste all dessen, wofür die Kirche Genehmigungen einzuholen hatte, z.B. beim Grunderwerb. Der Staat gewährte der Kirche die Freiheit zur Regelung ihrer inneren Verhältnisse (und verzichtete damit auf Eingriffsmöglichkeiten, die seit den Tagen des kolonialen Patronates fortgeboten hatten) und die Rechtsfähigkeit als öffentlich-rechtliche Körperschaft. Auch verpflichtete er sich, die überkommenen Zahlungen an die Kirche fortzuführen. Den Ordensgemeinschaften wurde gestattet, sich in Venezuela niederzulassen. So konsolidierte sich zwischen 1964 und 1998 der Status der Kirche (Porrás Cardozo 1995).

## 2. Die katholische Kirche in Venezuela heute

Zur ersten Orientierung einige Zahlen:

Getaufte Katholiken	24.403.000
Firmungen je 10.000 Katholiken	39
Jurisdiktionen (Bistümer, Erzbistümer, Apostolische Vikariate)	39
Pfarreien	1.348
Weltpriester	1.680
Ordenspriester	953
Ständige Diakone	171
Ordensfrauen	3.573
Ordensbrüder	251
Katecheten	28.000
Kirchliche Schulen	971
Wohlfahrtseinrichtungen (Krankenhäuser, Heime usw.)	614

Quelle: *Annuarium Statisticum Ecclesiae* (2010) (Daten zum 31. Dezember 2008).

Zu den Katholiken gehören auch die kleinen, aber wirtschaftlich einflussreichen Gemeinden zweier unierter Kirchen, für die je ein Exarchat errichtet

wurde: die griechisch-katholische Kirche (Melkiten, rund 25.000 Mitglieder) und die syrisch-katholische Kirche (rund 5.000 Mitglieder) (Pontificio 2010).

Bei der Angabe zur Zahl der Katholiken ist zu beachten, dass diese sich auf die getauften Katholiken bezieht, da nach katholischem Verständnis die Taufe unauslöschlich ist. So ergibt sich ein katholischer Bevölkerungsanteil von 89%. Ihrer Selbsteinschätzung gemäß verstehen sich allerdings weniger Venezolaner als katholisch.

Hinsichtlich der Intensität des kirchlichen Lebens zeigt sich ein deutliches West-Ost-Gefälle. In den Andenregionen hat sich – vereinfachend gesagt – die Kirche ein gewisses Ansehen bewahrt, während sie im Osten den Menschen, wie sich bei den (seltenen) Hausbesuchen der Seelsorger zeigt, meist gleichgültig ist. In den westlichen Bundesstaaten gehen traditionell weit mehr Katholiken sonntags regelmäßig zum Gottesdienst (bis zu 12%, mancherorts noch mehr) als im Osten, in der Hauptstadt und deren Umland, an der Karibikküste oder in den *llanos* (teilweise nur 0,3% oder noch weniger). Auch bei den Priesterweihen liegen die Anden-Bistümer weit vorn. Ein Grund dafür ist der von West nach Ost abnehmende Grad an “kirchlicher Durchdringung” schon in kolonialer Zeit (Porras Cardozo 1992).

Die Bischöfe sind daher bemüht, in ihren Sprengeln kirchliche Strukturen aufzubauen, und sei es eine kleine Kapelle oder ein Gemeindezentrum, damit die Kirche im ganzen Land sichtbar gegenwärtig ist und wirken kann. Doch die angestrebte “Ausbreitung nach innen” wird erschwert durch den drastischen Rückgang der verfügbaren Mittel. Bis in die 1990er Jahre war es keine Seltenheit, dass der Gouverneur des jeweiligen Bundesstaates den Bau einer Kirche oder eines Pfarrhauses bezahlte – die Plaketten an den Eingängen künden davon. Allerdings war die Kostenübernahme meist daran gebunden, dass ein bestimmter Unternehmer den Auftrag erhielt.<sup>3</sup> Seit Präsident Carlos Andrés Pérez 1993 vom Obersten Gerichtshof wegen Veruntreuung abgesetzt und das Ausmaß der Korruption auf allen Ebenen der Verwaltung offenkundig wurde, als “entdeckt” wurde, dass die größten Spenden von den

---

3 Schon Juan Vicente Gómez, der das Land von 1908 bis 1935 diktatorisch regierte, pflegte großzügig dafür zu spenden, dass der Erzbischof von Caracas ihn in der Fastenzeit vom Abstinenzgebot befreite. Mit diesem Geld konnten einige Kirchen gebaut werden. Als die Sache bekannt wurde, empörten sich Gläubige wie Nichtgläubige darüber, “dass die Kirche mit der Diktatur kungelt”. Viele jedoch sahen das nicht unter dem moralischen Gesichtspunkt, sondern schmunzelten über diese für ihr Land so bezeichnende pragmatische Art, ein Problem (die Lust auf Fleisch auf der einen, die Notwendigkeit des Kirchbaus auf der anderen Seite) zu lösen.

korruptesten Politikern stammen, verzichteten viele Bischöfe und Pfarrer auf Arrangements mit Bürgermeistern und Gouverneuren.

### 3. Schwerpunkte der Pastoral

Die traurige Wirklichkeit ist: Unsere Kirche wird selbst von der Mehrheit der Katholiken kaum wahrgenommen. Die Kirche – nicht der Glaube! – ist ihnen gleichgültig. Die allermeisten der Getauften fühlen sich der Kirche nicht zugehörig,

so Mons. Ubaldo Ramón Santana Sequera FMI.<sup>4</sup> “Die meisten Katholiken kennen nur Taufen, Hochzeiten und Beerdigungen, denn allein zu diesen Anlässen finden sie in die Kirche.” Diese Einschätzung galt zunächst für Ciudad Guayana, die große Industriestadt im Osten des Landes, deren Bischof er damals war.<sup>5</sup> Doch auch im Blick auf die Kirche in Venezuela insgesamt mochte er nichts beschönigen. Vor allem die landflüchtigen Familien, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben in die Städte strömen und in den *barrios* unterkommen, verlören allen Kontakt zur Kirche. Um der Entkirchlichung Einhalt zu gebieten, sei eine “Neuevangelisierung” vonnöten. Darauf hatte schon Papst Johannes Paul II. bei seinen beiden kurzen Besuchen in Venezuela 1985 und 1996 gedrängt, die ansonsten als Großereignisse vorbeigezogen waren, ohne nennenswerte Wirkungen auszulösen.

Den Anlass für eine landesweite Volksmission gab die 500-Jahr-Feier des Beginns der Christianisierung Venezuelas 1498, der sich ab 2000 ein Nationalkonzil (*Concilio Plenario Venezolano*) anschloss. Nach sechs Jahresetappen konnte das Plenarkonzil 2005 abgeschlossen werden und nach der Approbation seiner 16 Dokumente seitens des Vatikans wurden diese 2006 veröffentlicht (CEV 2006). Erzbischof Ramón Ovidio Pérez Morales, der dem Konzil vorstand, hoffte damals auf eine partizipativere, aktive, glaubensbildende, missionarische, dialogische und für den Aufbau einer neuen Gesellschaft engagierte Kirche. Ob dem so war, scheint fraglich. Der Umstand, dass die Konzilstexte vier Jahre später nicht einmal auf der Webseite der Bischofskonferenz aufzufinden sind, lässt jedenfalls daran zweifeln.

Eine der Aufgaben, die die Kirche sich im Plenarkonzil gestellt hatte, war, den Laien auch in der Kirche (und nicht nur als Vertreter der Kirche “in der Welt”) mehr Verantwortung zuzugestehen. Denn es sind die Laien, die in weiten Teilen des Landes die Gemeinden tragen oder überhaupt erst

4 Im Gespräch mit dem Autor, April 1997.

5 Seit 2000 ist er Erzbischof von Maracaibo und seit 2006 Vorsitzender der *Conferencia Episcopal Venezolana* (CEV).

aufbauen. Tatsächlich aber zeigen sich, wie P. Pedro Trigo SJ, einer der bekanntesten Theologen des Landes, bemerkt, eher Anzeichen einer Klerikalisierung.<sup>6</sup> Das wäre ein riskanter Kurs. Denn nirgendwo in Südamerika ist der Priestermangel größer als in Venezuela, wo im Jahre 2008 auf einen Priester 9.268 Katholiken kamen. Die Relation wäre noch ungünstiger, wären in Venezuela nicht überdurchschnittlich viele Priester aus anderen lateinamerikanischen Ländern und aus Europa tätig. Damit wächst die Gefahr, dass die wenigen Priester sich auf Riten und Sakramente beschränken (müssen) und die Seelsorge hintanstellen.

#### 4. Orden und Kongregationen

Gar nicht überschätzt werden kann die Bedeutung der fast 200 Orden und Kongregationen in Venezuela.<sup>7</sup> Das gilt sowohl für ihre Rolle innerhalb der Kirche wie für die Gesellschaft. Die beiden einflussreichsten Gemeinschaften sind die Jesuiten<sup>8</sup> und die Salesianer, nicht zuletzt durch ihre Bildungseinrichtungen und ihre Sozialwerke. So sehr sich die Orden nach Geschichte, Spiritualität, Charisma und Wirkungsbereich unterscheiden, so gut arbeiten die allermeisten von ihnen in der *Conferencia Venezolana de Religiosos y Religiosas de Venezuela* (CONVER) zusammen. Innerkirchlich sind die Orden allein schon deshalb wichtig, weil die Ordensleute einen Gutteil des "apostolischen Personals" stellen (Wilhelm 2009: 296).

Zudem verdankte und verdankt die Kirche in Venezuela den Orden Anstöße und Aufbrüche, sei es für einen entschiedeneren Einsatz zugunsten der Armen und der Rechtlosen, sei es theologisch. Gemeinsam tragen die Orden den 1979 gegründeten *Instituto de Teología para Religiosos* (ITER)<sup>9</sup> zur Ausbildung der jungen Ordensleute, bei der – mehr als bei den angehenden Priestern – das Zusammenspiel von geistlichem Leben und sozialer Verantwortung (*compromiso social*) eingeübt wird. Der ITER gibt seit 1990 die Zeitschrift *ITER – Revista de Teología* heraus, die einzig nennenswerte theologische Zeitschrift Venezuelas (Pastore 2002). Die Jesuiten gründeten 1968, ebenfalls in Caracas (neuerdings mit einer Nebenstelle in Barquisimeto), den

6 Im Gespräch mit dem Autor, Dezember 1997.

7 Unbeschadet der kirchenrechtlichen Unterschiede zwischen Orden und Kongregationen sind im Folgenden beide gemeint, wenn von "Orden" die Rede ist, da im Sprachgebrauch "Orden" meist im weiten Sinne verstanden wird.

8 Einen umfassenden Eindruck von ihrer Arbeit vermittelt das Jahrbuch *Jesuitas de Venezuela*.

9 Anfangs studierten dort nur Ordensmänner (daher der Name), seit 1991 auch Ordensfrauen und Laien.

*Centro Gumilla*,<sup>10</sup> den katholischen *Think Tank* für Venezuela. Der *Centro Gumilla* gibt die seit 1938 erscheinende *Revista Sic* heraus, die einflussreichste katholische Zeitschrift Venezuelas.

Schließlich erweisen sich die Orden gerade jetzt, da sich die Kirche der Angriffe von Präsident Hugo Chávez erwehren muss, als wichtiger Rückhalt, denn sie sind international. Das macht sie gelegentlich angreifbar (wenn Chávez-Gefolgsleute sie als “unvenezolanisch” angreifen oder die Regierung ausländischen Ordensleuten die Aufenthaltserlaubnis verweigert), verschafft ihnen aber auch Freiheit – und durch ihre weltweiten Netzwerke ausländischen Beobachtern die Möglichkeit von Nahaufnahmen der Entwicklung in Venezuela.

## 5. Katholisches Bildungswesen

Ein Gutteil der Orden ließ sich in Venezuela vor allem nieder, um katholische Schulen zu betreiben, außer den schon erwähnten Jesuiten, Salesianern und Salesianerinnen allen voran die Dominikaner, die Augustiner, die Schulbrüder und die Maristen<sup>11</sup> (Konrad Adenauer Stiftung/UCAB 2003). Die antiklerikale Strömung in der Revolution von 1945 suchte den katholischen Schulen durch vielfältige Bevormundung Riegel vorzuschieben, damit sich der säkulare Staat als der wahre Lehrmeister (*Estado Docente*) entfalten konnte (Camejo Ron 2001). Daraufhin schlossen sich – noch im Oktober 1945 – die katholischen Schulträger (üblicherweise Schulvereine) zur *Asociación Venezolana de Educación Católica* (AVEC) zusammen. Heute besuchen 360.000 Schüler fast 900 katholische Privatschulen.

In Venezuela nahm eine der bemerkenswertesten Bildungsinitiativen ganz Lateinamerikas ihren Anfang, die Bewegung *Fe y Alegría* (Glaube und Freude). Der charismatische Pädagoge P. José María Vélaz SJ (1910-1985), ein gebürtiger Chilene,<sup>12</sup> gründete sie 1955 mit dem Ziel, junge Menschen, später auch Erwachsene, durch eine ganzheitliche, nicht entfremdende Bildung zu befähigen und zu ermutigen, ihr Leben und die Zukunft ihres Landes in die Hand zu nehmen (Marquínez 1987; Federación Internacional de

10 Der *Centro Gumilla* steht in der Tradition der *Centros de Investigación y Acción Social* (CIAS), die der Orden in mehreren Ländern Lateinamerikas aufgebaut hat. Benannt ist er nach dem großen spanischen Missionar und Erforscher des Orinoco und der *llanos*, P. Joseph Gumilla SJ.

11 Vgl. die Beiträge von Tomás Strake, María Eugenia Talavera und Ramón Regueiro SDB in Konrad Adenauer Stiftung/UCAB (2003).

12 Was Chile von Venezuela mit Andrés Bello empfangen hatte, gab Chile Venezuela mit José María Vélaz zurück.

Fe y Alegría 1999). „Für die Armen ist die beste Bildung gerade gut genug“ (P. Vélaz). Von kleinsten Anfängen in einer Elendssiedlung in Caracas breitete sich *Fe y Alegría* seit 1964 in mittlerweile 14 lateinamerikanische Länder aus. 1974 kam das Rundfunknetzwerk *Instituto Radiofónico de Fe y Alegría* (IRFA) hinzu, dem derzeit neun Sender in vier Ländern angehören. Mehr als 1.100 „Orientierungszentren“ unterstützen durch Präsenzunterricht die Kurse zur Alphabetisierung und Grundbildung über den Äther. Noch im Jahr vor seinem Tod unternahm P. Vélaz, der um die Gefahr der „Bourgeoisifizierung“ in etablierten Schulen wusste, einen weiteren Schritt und gründete in den *llanos*, d.h. den weiten Ebenen des Landes, die ersten Landwirtschaftsschulen. Zwei Jahrzehnte später zählten die *escuelas agropecuarias* von *Fe y Alegría* mehr als eine Million Schüler.

Etwa ein Jahrzehnt später als in Bogotá, Lima und Medellín konnte auch in Caracas der lang gehegte Plan einer katholischen Universität verwirklicht werden: 1953 wurde die von Jesuiten geführte *Universidad Católica Andrés Bello* (UCAB) gegründet. Sie hat inzwischen die Außenstellen Los Teques, Coro und Puerto Ordaz. Weitere eigenständige katholische Universitäten entstanden u.a. in Maracaibo und in San Cristóbal. Der UCAB ist die oben erwähnte Ordenshochschule ITER als Theologische Fakultät angegliedert (Instituto de Teología para Religiosos 2003). Den Rang einer Theologischen Fakultät hat auch das schon 1673 gegründete Priesterseminar in Caracas.<sup>13</sup>

## 6. Soziales Engagement

In Venezuela dauerte es länger als in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas, bis die Bischöfe sich die Anstöße der Zweiten Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopates 1968 in Medellín zu eigen machten und sich der „Option für die Armen“ verschrieben – wenn überhaupt.<sup>14</sup> Es waren vor allem Laien aus den Reihen der Katholischen Aktion (*Acción Católica*) und Ordensleute, darunter viele aus dem Ausland stammende junge Ordenspriester, die sich denen zuwandten, die vom Erdölwohlstand abgekoppelt blieben. Die 1970er und 1980er Jahre waren die Blütezeit der katho-

13 Das Priesterseminar war die Keimzelle der 1725 errichteten *Real y Pontificia Universidad de Santiago de León de Caracas*, der späteren *Universidad Central*. Unter dem Einfluss des damals tonangebenden Antiklerikalismus wurden Seminar und Universität 1856 getrennt.

14 Die „Option für die Armen“ kommt zwar im Schlussdokument von Medellín in dieser Formulierung noch nicht vor (das geschah erst bei der folgenden Generalversammlung 1979 in Puebla, Mexiko), der Sache nach aber verpflichteten sich die Bischöfe schon 1968 auf diesen Zentralbegriff der Theologie der Befreiung.

lischen Verbände, darunter die Christliche Arbeiterjugend (CAJ, *Juventud Obrera Cristiana*), die *Ligas Agrarias* und – als wirkungsvollste Kraft – die Christliche Gewerkschaftsbewegung, die sich 1958 im *Comité de Sindicatos Autónomos* (CODESA) zusammenfand (Urquijo 2004).<sup>15</sup> Der CODESA war maßgeblich an der Entstehung des lateinamerikanischen Dachverbandes *Central Latinoamericana de Trabajadores* (CLAT) beteiligt und an der Gründung der *Universidad de los Trabajadores de América Latina* (UTAL) mit Sitz in San Antonio de los Altos bei Caracas. Aus der UTAL gingen Dependancen in fünf weiteren Ländern des Kontinentes hervor. Da CLAT und UTAL die Bolivarische Revolution gutheißen, sind die Beziehungen zum Ursprung, zur katholischen Kirche, derzeit nicht gut.

Praktische Sozialfürsorge leistet die “*Cáritas Venezuela*” in ihren Gliederungen. In den Barrios der großen Städte wie in den entlegenen Landgemeinden helfen sie – zwar nicht so spektakulär wie die “*Misiones bolivarianas*” des Präsidenten, aber keineswegs weniger wirksam, ganz im Gegenteil: durch Armenküchen, Kleiderkammern, Gesundheitsstationen und die Ausbildung von Frauen – die Not zu lindern. Für die kirchlichen Gesundheitsdienste gibt es ein spezielles Netzwerk, die *Asociación Venezolana de Servicios de Salud de Orientación Cristiana* (AVESOCC).

Schließlich bleibt – durchaus unter der Überschrift “*Soziales Engagement*” – die Mission der Orden unter der indigenen Bevölkerung zu erwähnen. In vier Landesteilen (an der kolumbianischen Grenze im Westen, im Orinoco-Delta, in Teilen der *llanos* und in den Wäldern der Bundesstaaten Bolívar und Amazonas) haben viele kleinere und einige größere indianische Gruppen überlebt. Die mit der Seelsorge unter ihnen beauftragten Ordensleute, nämlich die Kapuziner, die Franziskaner, die *Misioneras Lauritas*, die Salesianer und die Salesianerinnen sowie die Jesuiten, haben aus den Unbedachtheiten in den Anfängen der Mission gelernt. Sie unterstützen die *indígenas* darin, sich auf das unausweichliche Eindringen der westlichen Zivilisation vorzubereiten, ohne ihre Sprache und Kultur zu verlieren, mithin einen Mittelweg zu finden zwischen den radikalen Positionen einiger Ethnologen (“Es muss alles so bleiben, wie es war. Die Indígenas müssen vor Kontakten mit der Außenwelt geschützt werden.”) und der Modernisierer (“Die Indígenas haben ohnehin keine Chance, wie in einem Zoo zu leben. Sie müssen sich vorbehaltlos in die venezolanische Gesellschaft einfügen.”). Die Behutsamkeit z.B. der Salesianer im Alto Orinoco unterscheidet sich

---

15 “Autonom” in dem Sinne, dass sie nicht, anders als die Mehrzahl der venezolanischen Gewerkschaften, von einer bestimmten Partei beherrscht war.

grundlegend von den Missionsmethoden der evangelikalen *New Tribes Mission* (NTM) aus den USA, die seit 1946 die *indígenas* im Orinoko- und Amazonasraum "bekehrt" und mit ihrer puritanisch-gesetzlichen Ethik die indianischen Gemeinschaften spaltet.<sup>16</sup> Präsident Chávez hat die Ausweisung der NTM verfügt.

## 7. Frömmigkeit

Ihr Christsein drücken die meisten Venezolaner – nicht nur die Katholiken – in den Formen der Volksfrömmigkeit aus. Ohne einen Priester, oft sogar ohne eine Kirche oder Kapelle in erreichbarer Nähe, ohne religiöse Unterweisung über die Grundgebete hinaus überdauerte der Glaube dadurch, dass getauft wurde, durch den Rosenkranz und – nicht zu vergessen – durch die Riten der Beerdigungen. Was in Deutschland die Regel ist, dass nämlich der persönliche Glaube – sofern dieser sich in einer weitgehend säkularisierten Umwelt überhaupt entfaltet hat – wie in einer Echtheitsprobe durch die Aufklärung gegangen ist, ist in Venezuela die Ausnahme. Für viele Venezolaner, alte wie junge, bleibt das Wunder "des Glaubens liebstes Kind". Wunder und Erscheinungen stärken und "beweisen" den Glauben; Venezolaner suchen und finden deshalb überall Wunder und Erscheinungen.

Als Mittler zu Gott und zum Göttlichen spielen die Heiligen eine zentrale Rolle, an erster Stelle die Verehrung der jungfräulichen Muttergottes, der "Virgen". Der wichtigste Marienwallfahrtsort ist die Basilika der "Virgen de Coromoto" bei Guanare im Bundesstaat Portuguesa. Simón Bolívar kam vor einer entscheidenden Schlacht nach Coromoto, um vor dem Gnadenbild zu beten. 1942 erklärten die venezolanischen Bischöfe sie zur Patronin des Landes. Die zweite Wallfahrt von landesweiter Bedeutung gilt der "Divina Pastora" in der Pfarrei Santa Rosa bei Barquisimeto im Bundesstaat Lara. An ihrem Festtag, dem 14. Januar, zieht die "Göttliche (!) Hirtin" alljährlich mehr als eine Million Pilger an. An dritter Stelle steht die Pilgerschaft zur "Virgen de la Chiquinquirá", deren Bild aus dem gleichnamigen kolumbianischen Wallfahrtsort in Maracaibo unter dem Namen "La Chinita" verehrt wird.

Wie einst durch Bolívar, so wird die "Virgen" auch in den heutigen politischen Kämpfen für die eigene ("gerechte") Sache in Anspruch genommen. Im Januar 2006 flehte Kardinal Rosalio Castillo Lara in einer Predigt "La

---

16 Darauf wies Jochen Streiter, langjähriger Pfarrer der deutschsprachigen lutherischen Gemeinde in Caracas, in mehreren Publikationen hin.



Divina Pastora" an, das Land vor der – wie er sagte – auf eine Diktatur zu steuernden Regierung zu schützen (Wilhelm 2006). Man hätte meinen können, dass die, die gemeint waren, achselzuckend darüber hinweggegangen wären. Weit gefehlt: nicht wenn es um "La Divina Pastora" geht. Es gab einen Aufruhr. Die "Virgen" gehöre dem Volk, nicht einem Kardinal.

Abgesehen von der Verehrung Unserer Lieben Frau ("Nuestra Señora", ganz gleich unter welcher Advokation) spielt die Heiligenverehrung eine große Rolle. Für alle Nöte und Anliegen gibt es einen oder mehrere Heilige, die man anrufen kann. Besonders beliebt sind in Venezuela u.a. der hl. Martin und der hl. Judas, letzterer als Fürbitter in hoffnungslosen Fällen. Zu den "offiziell anerkannten" Heiligen kommt der noch nicht heilig gesprochene Dr. José Gregorio Hernández (1864-1919), dessen Bild in Venezuela allgegenwärtig ist. Neben der Lehre und Forschung an der Universität in Caracas widmete sich der berühmte Arzt den mittellosen Kranken. Wegen seiner tatkräftigen Nächstenliebe wie seiner Frömmigkeit (er gehörte dem Dritten Orden des hl. Franziskus an) heißt er "Arzt der Armen", allgemein "El Venerable", der Verehrungswürdige. Ohnehin geht die private Zusammenstellung der Schutzpatrone über den amtlichen Kanon hinaus. Keine Seltenheit sind Hausaltäre, auf denen neben die Statuetten der Muttergottes, des Ortsheiligen, des Namenspatrons, des persönlichen Schutzheiligen (*santo de devoción especial*) und von José Gregorio Hernández auch die von María Lionza (s.u.) und von Simón Bolívar gestellt werden. Sogar der "heilige" Hugo Chávez hat sich auf mehr als einem Hausaltar dazugesellt.

## 8. Der María-Lionza-Kult und der venezolanische Synkretismus

Mindestens ein Drittel der Venezolaner, darunter viele Katholiken, praktizieren regelmäßig oder gelegentlich die Riten des María-Lionza-Kultes, der vor allem in den Städten mehr und mehr Anhänger gewinnt (Eberhard 1983; Pollak-Eltz 1985; 1999; Mahlke 1992). Seinen Namen hat der Kult nach seiner Hauptfigur: María Lionza. Eine ihrer zahllosen Legenden sagt, sie sei die 1502 geborene Tochter eines Kaziken im heutigen Bundesstaat Yaracuy gewesen, habe also zur Zeit der spanischen Eroberung gelebt. Dort, in der Montaña de Sorte, lebe sie noch heute in den Bergen und Wäldern; dort, außerhalb der Stadt Chivacoa, befindet sich das Zentrum ihres Kultes. María Lionza wird als "Königin" und "Göttin" verehrt, sie ist die Hüterin des Waldes und der Savannen, der Quellen und der Flüsse. Mit dem Negro Felipe und dem Kaziken Guaicaipuro bildet María Lionza die Trinität der "Drei Gewalten" (*tres potencias*), denen eine Vielzahl von Hofstaaten zugeordnet

ist, darunter der "Himmlische Hofstaat" (mit der katholischen Dreifaltigkeit, der "Virgen", Erzengeln, Engeln und Heiligen), der Indianisch-Venezolanische Hofstaat (bestehend aus historischen und legendären Kaziken), der Hofstaat der Neger (aus befreiten Sklaven), der Hofstaat des Befreiers (Simón Bolívar und dessen Generäle), der Afrikanische Hofstaat (aus afrikanischen Gottheiten), der Hofstaat der "Don Juanes" (der Personen mit dem Vornamen Juan versammelt), der ärztliche Hofstaat (angeführt von José Gregorio Hernández) und der Hofstaat der Wikinger (!).

Die Aufzählung lässt erkennen, dass es ein Synkretismus ist, in dem der Katholizismus mit indianischen und afrikanischen Religionen zusammenfließt. Dass er alle Kulturen umspannt, in denen Venezuela wurzelt und obendrein mit spiritistischen Elementen angereichert ist, macht den María-Lionza-Kult so erfolgreich. Ungewöhnlich ist der hohe Anteil der Männer unter seinen Anhängern, denn ansonsten gilt Religion, jedenfalls in ihrer traditionell-katholischen Ausprägung, den meisten venezolanischen Männern als "weiche Materie". Dem simpel-dualistischen Weltbild der Einteilung der Welt in "harte" und in "weiche Materie" zufolge wäre Religion unmännlich, sodass sie in die Zuständigkeit der Frauen fällt.

Im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte der María-Lionza-Kult kaum mehr als lokale Bedeutung. Seit den 1950er Jahren aber verbreitet sich diese Verehrung mehr und mehr. Offenbar gibt er eine Orientierung im Alltag, die als lebensnäher und deshalb hilfreicher erscheint als das, was die katholische Kirche bietet. Wobei es sich wohlgemerkt nicht um ein Entweder – Oder handelt: Unter denen, die María Lionza huldigen und den Zeremonien ihr zu Ehren beiwohnen, verstehen sich die meisten als Katholiken. Wenn María Lionza ihren Gläubigen erscheint, wird sie gut katholisch mit dem "Ave Maria" begrüßt. Das ist ein weiterer Grund für die Attraktivität ihres Kultes: Die Gläubigen – so empfinden sie es – können nur dazugewinnen.

Dabei ist der María-Lionza-Kult nur einer – wenn auch der populärste – der synkretistischen Kulte in Venezuela. Immer schon spielten afroamerikanische Religionen eine große Rolle, wenn dies auch nicht leicht zu erkennen war, weil sie von der katholischen Kirche bekämpft und von den meisten "Gebildeten" verachtet wurden. So wurden sie eher eine Unterströmung, von der Karibikküste abgesehen, wo sie seit den Tagen der Sklaverei einigenorts dominierten. Daher rührt das Interesse an der "Santería", das durch die Präsenz der Kubaner im Lande noch weiter geweckt wird.

## 9. Die protestantischen und die Pfingstkirchen

Ebenso wenig, wie Lateinamerika noch "ein katholischer Kontinent" ist (die Zeiten sind vorbei, wenn es sie denn je gegeben hat), ist "christlich" auch in Venezuela schon lange nicht mehr mit "katholisch" gleichzusetzen. Eine erste kleine anglikanische Gemeinde hatte sich schon in den 1830er Jahren aus den Reihen englischer Kaufleute gebildet (Donís Ríos 1989). Als Anfang des 20. Jahrhunderts der frühe Ölboom Arbeitskräfte auch aus protestantischen Ländern anzog, entstanden weitere protestantische Einwandererkirchen (Huhn 1999). 1916 kam die erste Pfingstkirche ins Land, bezeichneterweise aus Brasilien. Mitte des 20. Jahrhunderts erreichte die von den Freikirchen der USA ausgehende Mission ihren Höhepunkt. Seither generiert sich das Wachstum des Protestantismus aus dem Lande selbst (Álvarez 2006). Seit den 1980er Jahren stellen die Pfingstkirchen den stärksten Zweig der Kirchen der Reformation (Froehle 1997). Die sogenannten "historisch-protestantischen" Kirchen hingegen stagnieren, da sie der Dynamik der Pfingstbewegung nichts entgegenzusetzen haben. Den – allerdings oft widersprüchlichen – Angaben zur venezolanischen Religionsstatistik zufolge zählen z.B. die Lutheraner möglicherweise nur noch 6.000 Mitglieder, die Anglikaner und die Presbyterianer je 5.000. Die Anziehungskraft der Pfingstkirchen zeigt sich nicht nur in der Abwanderung zu den Pentekostalen, sondern auch in deren Rückwirkungen auf die historischen Kirchen, die teilweise pentekostalisiert werden. In der katholischen Kirche äußert sich dieser Prozess im rasanten Wachstum der *Renovación Carismática Católica*.

Innerhalb der Pfingstbewegung sind es spätestens seit der Jahrtausendwende die Neopentekostalen, die am schnellsten wachsen (Huhn 2010). Die Vielfalt der Pfingstkirchen ist angesichts ständiger Neugründungen und Abspaltungen kaum noch überschaubar. So ist die *Unión Evangélica Pentecostal Venezolana*, entgegen dem Anspruch, den der Name erhebt, keineswegs der Dachverband der Pentekostalen, sondern eine Pfingstkirche unter vielen. Bekannt wurde diese Kirche weniger durch ihre Bedeutung als durch ihre entschiedene Unterstützung für Präsident Chávez. Ihm gefiel, dass die *Unión* ein Wort des Propheten Jesaja auf seine Bolivarische Revolution bezieht: "Seht her, nun mache ich etwas Neues. Schon kommt es zum Vorschein, merkt ihr es nicht?" (Jes. 43, 19). Überhaupt ist festzustellen, dass Chávez unter den Anhängern der Pfingstkirchen mehr Zuspruch findet als im Durchschnitt der Bevölkerung. Das mag an seinem religiös eingefärbten Diskurs liegen oder daran, dass sein Klientel, die ärmeren Schichten, zu-

gleich die sind, unter denen die Pentekostalen und die Neopentekostalen den lebhaftesten Zulauf haben, oder an beidem (Smilde 2004).

### 10. Die jüdische Gemeinde und der Islam

Eine zahlenmäßig kleine Gemeinschaft von unvergleichlich größerem Einfluss in der venezolanischen Wirtschaft und – mehr noch – in der Wissenschaft sind die Juden. Oder muss man sagen: Sie waren es, sie hatten Einfluss? Nach Angaben der 1966 gegründeten *Confederación de Asociaciones Israelitas de Venezuela* (CAIV) lebten 2007 in Venezuela 15.000 Juden, nach anderen Angaben bis zu 25.000. Doch immer mehr wandern aus, sei es nach Kolumbien, sei es in die USA. Ihr Auszug aus der Heimat ist nicht nur Teil der breiten Absetzbewegung des venezolanischen Bürgertums. Die Hauptursache ist die Angst vor dem wachsenden, von Chávez geschürten, sich mal als Antizionismus, mal als Antikapitalismus gebenden Antisemitismus. „Die Kapitalisten der Gegenwart, die das Volk ausbeuten, sind die Erben derer, die Jesus ermordet haben“, so Chávez am Heiligabend 2005 (Eickhoff 2009). Die Verwüstung der „Tiferet Israel-Synagoge“ in Caracas am 31. Januar 2009 war ein Schock und mehr noch die bittere Einsicht, dass die Regierung nicht willens oder unfähig ist, antisemitischen Kundgebungen Einhalt zu gebieten. Chávez scheint bereit, für die Beziehungen zum Iran und zu anderen islamischen Staaten die Zukunft der jüdischen Gemeinden in Venezuela aufs Spiel zu setzen.

Auch für die islamische Gemeinschaft, der gut 100.000 Venezolaner angehören (mit deutlich wachsender Tendenz), gilt, dass ihr Einfluss größer ist, als die Zahlen ahnen lassen – bis in die Regierung. Im Gegensatz zu den Juden sehen sich die Muslime unter Chávez allerdings im Aufwind. Die 1993 fertiggestellte „Mezquita Ibrahim Ibin Abdul Aziz Al-Ibrahim“ in Caracas, mit 3.500 Plätzen die zweitgrößte Moschee Südamerikas, gilt inzwischen als zu klein. Noch höher als in der Hauptstadt ist der muslimische Bevölkerungsanteil auf der Isla Margarita. Die meisten Muslime sind Nachkommen von Einwanderern aus arabischen Ländern. Wie für andere Länder Lateinamerikas auch bietet die Regierung Saudi-Arabiens venezolanischen Studenten Stipendien für ein Auslandsstudium an in der Erwartung, dass einige von ihnen zum Islam konvertieren. Über den Umfang der Konversionen zum Islam in Venezuela gibt es keine verlässlichen Angaben.

### 11. Ein schwierige Beziehung: Chávez und die katholische Kirche

Als Hugo Chávez im Dezember 1998 die Präsidentschaftswahlen gewann, war nicht zu ahnen, wie sich die Beziehungen zwischen Regierung und katholischer Kirche entwickeln würden. Ein Großteil der Gläubigen, viele Priester – zumal unter den Ordensleuten – und einige Bischöfe hatten auf ein Ende des korrupten Systems gehofft, bei dem sich eine kleine Kaste am Ölreichtum bediente und “das Volk” leer ausging (Sosa Sj 1988).<sup>17</sup> Sie waren überzeugt, dass es nur besser werden könne. Chávez’ Versprechen, dass “die Armen” vom Objekt zum Subjekt der Politik werden würden, entsprach einer alten Forderung der Theologie der Befreiung (die in Venezuela allerdings nie die Rolle spielte wie in anderen Ländern Lateinamerikas) (Brunner 1998). Gustavo Adolfo Maraima, einer der Sprecher der “bolivarischen” Katholiken, meinte, der mit dem Öl sprudelnde Reichtum habe die venezolanischen Theologen zur bequemen Zuschauerrolle verführt, statt sich – wie in fast allen anderen Ländern des Kontinents – in den Kampf um Gerechtigkeit zu begeben (Maraima 2009). Auch die – theologisch weniger radikale – Katholische Soziallehre, der es um eine Ordnung von Gesellschaft und Wirtschaft aus christlichen Werten geht, fand außerhalb der Kirche nur ein schwaches Echo, sodass sie ihr Ziel verfehlte, denn sie will auf die Gesellschaft als Ganzes wirken, eben nicht nur auf den eigenen Binnenraum.<sup>18</sup> Dabei waren die Forderungen der Bischöfe zur Umgestaltung ihres Landes durchaus bedenkenswert (Robles Gazcón 1997). Eine ganze Reihe ihrer Anregungen finden sich in dem Programm wieder, mit dem Chávez zur Wahl angetreten war, und in den Programmen, die er nach seinem Machtantritt in schneller Folge auflegte.<sup>19</sup>

Doch es dauerte nicht lange, bis die Hoffnungen desillusioniert wurden. Die Kritik vieler Ordensleute, die anfangs mit Chávez sympathisiert hatten, wurde lauter: Mit der Verteilung der sprudelnden Einnahmen aus dem Ölexport durch die Bolivarischen Missionen würden neue Abhängigkeiten geschaffen und eben keine “Inwertsetzung der Armen” erreicht. Chávez gehe es um die Sicherung seiner Macht, zu Lasten demokratischer Grundsätze und

17 Er verband die Hoffnung auf ein Venezuela, das niemanden mehr ausschließt (*Gran Venezuela*), mit der Hoffnung auf eine erneuerte Kirche an der Seite der Armen (Iglesia de los Pobres).

18 Die Wirkungslosigkeit ihrer Soziallehre ist eine Schwäche nicht nur der Kirche in Venezuela, sondern in Lateinamerika insgesamt.

19 Auf derlei Übereinstimmungen spielte Bischof Mario del Valle Moronta Rodríguez von San Cristóbal (Táchira) an, als er Chávez’ “Sozialismus des 21. Jahrhunderts” eine Ideologie nannte, die “durch die katholische Sozialdoktrin erleuchtet werden kann”.

der Meinungsfreiheit. Wieder und wieder verweist die katholische Kirche in Predigten und öffentlichen Erklärungen auf ein Grundübel des Landes: dass Gewalt und Morde die Gesellschaft zu ersticken drohen, dass ausgerechnet die Polizei vielfach in Verbrechen verwickelt ist, und auf das Übermaß an Korruption, die sich eben nicht verringert, sondern nur auf neue Nutznießer verlagert habe. Mit der Opposition geißelt die Kirche die eher bewusste denn fahrlässige Unklarheit vieler gesetzlicher Bestimmungen, die der Willkür der Exekutive Tür und Tor öffnen.

Eine weitere Front zwischen der chavistischen Regierung und der Kirche, nämlich der Streit um die Bildungspolitik und hier besonders der Kampf um die Privatschulen, betrifft die Gesellschaft insgesamt und ist zugleich ein Anliegen, in dem die Kirche *pro domo* spricht. Die Regierung strebt "Bildungsgerechtigkeit" durch Angleichung an und zwar durch die stärkere staatliche Kontrolle der Schulen und dadurch, dass sie das meist geringe Niveau öffentlicher Schulen anhebt (was jeder begrüßt), wie auch dadurch, dass sie nicht genehme Eliteschulen deckelt. Letzteres zielt in erster Linie gegen die durchweg Chávez-feindlichen Ober- und Mittelschichten, trifft aber auch die katholische Kirche als größten Betreiber privater Schulen. Dabei greift die Regierung spätestens seit 2006 nicht nur auf Gesetze und Erlasse zurück. Als Hebel benutzt sie auch die im Abkommen von Punto Fijo und in den sich darauf beziehenden Folgeabmachungen geregelte staatliche Mitfinanzierung der kirchlichen Schulen, indem z.B. die Zahlungen an die Schulträger "vergessen" werden. Die Verfügung, dass die Schulträger die Schulgelder nicht erhöhen dürfen, wird damit begründet, dass auch einkommensschwachen Familien der Zugang zu Privatschulen gewährt sein muss. Angesichts der hohen Inflationsrate bedeutet das, dass diese ausbluten. So demonstrierten im Sommer 2010 Lehrer gegen ihren kirchlichen Arbeitgeber für höhere Löhne. Denen waren aus besagtem Grunde die Hände gebunden. Für die Regierung bestätigten die Bilder des Lehrerprotestes den Vorwurf, die Kirche heuchele Gerechtigkeit und übe diese nicht einmal an den eigenen Angestellten.

Aufgrund des traditionell hohen Anteils staatlicher Zuschüsse an der Finanzierung ihrer Vorhaben war die Kirche seit Jahrzehnten von der Regierung abhängig. Dies war schon in Zeiten eines mehr oder minder gedeihlichen Verhältnisses zwischen beiden grundsätzlich bedenklich, schien sich jedoch – jedenfalls auf den ersten Blick – in der Praxis für die Kirche nicht negativ auszuwirken, denn die Präsidenten, Gouverneure und Bürgermeister waren, ob aus Überzeugung oder aus taktischen Überlegungen, meist wohl-

wollend eingestellt. Mit den immer häufigeren und sich verhärtenden Konflikten mit Präsident Chávez und seinen Anhängern in den Bundesstaaten und Gemeinden änderte sich das. Der Staat reagierte mit einer Politik der Nadelstiche, indem er kirchlichen Projekten die gewohnten Zuwendungen verweigerte. Nicht allein Schulen, sondern auch andere kirchlichen Einrichtungen, zumal im Gesundheitswesen, tun sich mangels Mitteln immer schwerer, ihrem Auftrag nachzukommen. Umgekehrt konnte die kleine Gruppe „wohlmeinender“ Priester bei ihren Anliegen aus dem Vollen schöpfen – keine geringe Versuchung. Mehr und mehr Kirchengemeinden gelingt es inzwischen, das chavistische System zu nutzen, ohne Kompromisse einzugehen. Die Möglichkeit dazu bieten deren nach wie vor bestehende basisdemokratische Elemente. So können Katholiken durch ihre Beteiligung in den *Consejos Comunales* z.B. per Mehrheitsbeschluss Zuschüsse zu Kirchbauten bewirken.

Angesichts des Übergangs von latenter zu manifester Abhängigkeit ist die Förderung kirchlicher Projekte durch ausländische Hilfswerke wichtiger denn je. Die Regierung reagierte darauf mit schärferen Auflagen für den Geldtransfer von Nichtregierungsorganisationen. Im Übrigen kündigte im Juli 2010 Präsident Chávez an, das Abkommen von Punto Fijo überprüfen, d.h. abändern zu wollen, für die Bischöfe ein Anlass, darauf hinzuweisen, dass er, bevor ein solcher Schritt in Frage komme, das Abkommen erst einmal erfüllen, d.h. den darin eingegangenen Verpflichtungen nachkommen möge.

Provoziert fühlen mussten sich viele Katholiken durch die Art und Weise, wie Chávez sich zum Interpreten des Evangeliums machte und durch seinen messianischen Anspruch, Priester, Prophet und Lehrer des venezolanischen Volkes in einer Person zu sein. Bei seiner Wiederwahl 2006 leistete er den Amtseid auch auf „Jesus Christus, den größten Sozialisten aller Zeiten“ (Wilhelm 2006). In seinen Angriffen gegen den Erzbischof von Caracas, Kardinal Jorge Urosa Savino, traut er sich gar zu, sich in „personam Christi“ versetzen zu können: „Wenn Christus, der ein großer Revolutionär war, in Fleisch und Blut erschiene, würde er Urosa auspeitschen“ (Kunath 2010). Als provozierend empfinden sie auch Chávez' politische Ikonographie, wenn er sich etwa mit Christus, der Muttergottes und Simón Bolívar zu einer Art erweiterter Dreifaltigkeit hinzufügt oder wenn seine Anhänger

auf Wandbildern Jesus und die “Virgen de Coromoto” mit Gewehren zur Verteidigung der Revolution zeigen.<sup>20</sup>

Provozierend war auch der von Chávez inspirierte Versuch, eine “revolutionäre”, aus katholischer Warte schismatische nationale Kirche aufzubauen. Es war der dritte Versuch vonseiten einer venezolanischen Regierung, die katholische Kirche durch eine Gegenründung zu schwächen. Erstmals hatte Antonio Guzmán-Blanco dies im 19. Jahrhundert unternommen. Ein zweiter Anlauf erfolgte 1947, im zweiten Jahr der Regierung der sozialdemokratischen *Acción Democrática*, als der erst 25-jährige katholische Priester Luis Fernando Castillo Méndez eine *Iglesia Católica Apostólica Venezolana* gründete und sich im Jahr darauf von Carlos Duarte Costa, einem exkommunizierten brasilianischen Bischof, zum Bischof weihen ließ (Conde Tudanca 1993). Er hob für seine Kirche die Verpflichtung zum Zölibat für Weltpriester auf und führte das Spanische als Gottesdienstsprache ein. Die Regierung finanzierte das Unternehmen. Als sie aber nach drei Jahren 1948 gestürzt wurde, zeigte sich, dass Castillo Méndez keinerlei Rückhalt hatte. Er ließ sich in Brasilien nieder, wo er es bis zum “Patriarchen” der *Igreja Católica Apostólica Brasileira* brachte.

Auch wenn das Projekt einer boliviarischen Kirche scheiterte, wurde die Politik des Präsidenten zu einer Belastungsprobe für die Einheit der katholischen Kirche. Chávez polarisiert: “Wer nicht für mich ist, der ist gegen mich” (Lk. 11, 23). Die Gläubigen der Kirchen zog bzw. trieb es in beide Lager, in das der glühenden Anhänger und in das der erbitterten Gegner des Präsidenten. Deshalb müssen sich die Kirchenführer bei ihren Stellungnahmen zu politischen Themen zurückhalten. Zwar gehörte die *Conferencia Episcopal Venezolana* (CEV) nie zu den Bischofskonferenzen, die durch einen in der Öffentlichkeit ausgetragenen Streit ihrer Flügel Schlagzeilen machten, Nuancen in der Einschätzung Chávez’ Politik lassen sich jedoch heraushören, wobei die Tendenz zu immer offenerer Kritik von allen Bischöfen mitgetragen wird. Mehrfach sah sich die CEV genötigt, Äußerungen einzelner Bischöfe als Privatmeinung zu bezeichnen. Deutlich ausgeprägter sind die Spannungen in der weit größeren Priesterschaft. Die Regierung macht sich dies selbstverständlich zunutze und lässt keine Gelegenheit aus zu zeigen, dass sie immer noch auf die Unterstützung eines Teils der Katholiken setzen kann. Beim Tode des Befreiungstheologen und langjährigen Präsidenten der venezolanischen Caritas, P. Juan Vives Suriá, im Jahre 2004

---

20 Interview von Kardinal Urosa mit dem Fernsehsender “Globovision” (Urosa 2010).



ordnete der Präsident eine landesweite Gedenkminute an. Die Polarisierung des Landes und die Lagermentalität lähmen, darauf hat P. Luís Ugalde Sj, von 1990 bis zum September 2010 Rektor der *Universidad Católica Andrés Bello* (UCAB), mehrfach hingewiesen, auch die notwendigen Aufbrüche innerhalb der katholischen Kirche: Wer neue Wege gehen will, muss sich nicht selten dafür rechtfertigen, dass er "der anderen Seite" in die Hände spielt.

Wohin auch immer die Bolivarische Revolution führen wird: Auf die katholische Kirche richten sich mehr Blicke denn je. Nach übereinstimmenden Umfragen ist sie zu der Organisation geworden, der die Venezolaner am meisten vertrauen. Auf die im September/Oktober 2009 gestellte Frage: "Wie bewerten Sie die Arbeit der folgenden Sektoren für das Wohl des Landes?" gab es zu 75% positive Urteile für die katholische Kirche, die damit an erster Stelle lag, weit vor Hugo Chávez (46%) und der Regierung (39%) (*Datanalisis* 2009). Die Meinung des Präsidenten, die Kirche sei als "Teil des alten Systems" vollkommen diskreditiert, teilen keineswegs alle seiner Landsleute.

### Literaturverzeichnis

- Álvarez, Carmelo (2006): *Sharing in God's Mission: The Evangelical Pentecostal Union of Venezuela and The Christian Church (Disciples of Christ) in the United States (1960-1980)*. Amsterdam.
- Annuarium Statisticum Ecclesiae* 2008 (2010). Rom.
- Brunner, Maurice (1998): *Aproximación a la historia social y eclesial de la corriente Venezolana de la Teología de la Liberación*. Caracas.
- Camejo Ron, Yauri Josefina (2001): *El Decreto 321: Sectarismo gubernamental vs. Proyecto democrático (1946-1947)*. Caracas.
- CEV (Conferencia Episcopal Venezolana) (2006): *Concilio Plenario de Venezuela. Documentos Conciliares*. Caracas.
- Conde, Tudanca Rodrigo (1993): "Un incidente olvidado del trienio adeco: Creación de la Iglesia Católica Apostólica Venezolana". In: *Boletín de la Academia Nacional de la Historia*, 76, S. 87-117.
- Donís Ríos, Manuel Alberto (1989): "Sir Robert Ker Porter y los Inicios del Protestantismo en Venezuela". In: *Boletín CIHEV*, S. 100-116.
- Eberhard Theo (1983): *Kult und Kultur. Volksreligiosität und kulturelle Identität am Beispiel des María-Lionza-Kultes in Venezuela*. München.
- Eickhoff, Georg (2009): *Wachsender Antisemitismus in Venezuela. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2. Februar 2009* (<[www.kas.de/proj/home/pub/62/1/year-2009/dokument\\_id-15612/index.html](http://www.kas.de/proj/home/pub/62/1/year-2009/dokument_id-15612/index.html)>; 01.07.2010).

- Encuesta Nacional Ómnibus (2009): *Datanalisis* (<[www.static.eluniversal.com/2009/10/26/omnibusdatanalisis2009.pdf](http://www.static.eluniversal.com/2009/10/26/omnibusdatanalisis2009.pdf)>; S. 29; 01.07.2010).
- Federación Internacional de Fe y Alegría (1999): *De la chispa al incendio. La historia y las historias de Fe y Alegría*. Caracas.
- Fernández Heres, Rafael (2002): *Convenio Venezuela – Santa Sede, 1958-1964. Historia inédita*. Caracas.
- Froehle, Bryan (1997): “Pentecostals and Evangelicals in Venezuela: Consolidating Gains, Moving in New Directions”. In: Cleary, Edward L./Stewart-Gambino, Hannah W. (Hrsg.): *Power, Politics and Pentecostals in Latin America*. Boulder, S. 201-225.
- Gaceta Oficial Nr. 27.551 (29.09.1964): *República de Venezuela, Ley Aprobatoria del Convenio celebrado entre la República de Venezuela y la Santa Sede Apostólica*.
- Gams, Pius Bonifacius (1873): *OSB, Series episcoporum ecclesiae catholicae*. Regensburg.
- Huhn, Michael (1999): “Venezuela – Das Land und seine Geschichte”. In: Bechmann, Ulrike (Hrsg.): *Arbeitsheft zum Weltgebetstag 1999*. Stein, S. 7-11.
- (2010): “Religiöse Landkarte aufgemischt. Pfingstkirchen beenden die katholische Dominanz”. In: Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hrsg.): *Jahrbuch Mission 2010 – Lateinamerika*. Hamburg, S. 143-150.
- Instituto de Teología para Religiosos (2003): *Cincuenta años de la UCAB y veinticinco años del ITER*. Caracas.
- Konrad Adenauer Stiftung/UCAB (Hrsg.) (2003): *Iglesia y educación en Venezuela: Memorias III Jornadas de Historia y Religión*. Caracas.
- Kunath, Wolfgang (2010): “Erzbischof als Feind”. In: *Frankfurter Rundschau*, 07.07.2010 (<[www.fr-online.de/politik/meinung/erzbischof-als-erzfeind/-/1472602/4432052/-/index.html](http://www.fr-online.de/politik/meinung/erzbischof-als-erzfeind/-/1472602/4432052/-/index.html)>; 06.10.2010).
- Levine, Daniel H. (1976): “Democracy and the Church in Venezuela”. In: *Journal of Inter-american Studies and World Affairs*, 18, 1, S. 2-23.
- Mahlke, Reiner (1992): *Die Geister steigen herab. Die María-Lionza-Religion in Venezuela*. Berlin.
- Maraima, Gustavo Adolfo (2009): “Hacia la nueva iglesia venezolana”. In: *Haciendo Iglesia en Venezuela*, 05.07.2009 (<[www.iglesiavenezuela.blogspot.com](http://www.iglesiavenezuela.blogspot.com)>; 28.09.2010).
- Marquínez, Ignacio (1987): *¿Cómo nació Fe y Alegría? (1955-1980)*. Caracas.
- Merino Gómez, Amador (1990): “La Iglesia en Venezuela. In: *Boletín CIHEV*, 4, S. 14-24.
- Moreno Molina, Agustín (2006): Iglesia y Soberanía Nacional. Reflexiones sobre el Convenio con la Santa Sede de 1964”. In: Pérez Toribio, Juan Carlos/Straka, Tomás (Hrsg.): *El problema de la Soberanía. Su historia ante el siglo XXI. II Coloquio de Historia y Sociedad*. Caracas, S. 132-150.
- Pastore, Corrado (2002): “Índice de artículos de la Revista ITER (1990-2002)”. In: *ITER*, 29, S. 155-189.
- Pollak-Eltz, Angelina (1985): *María Lionza – Mito y Culto Venezolano*. Caracas.
- (1999): “Der venezolanische Maria Lionza-Kult”. In: Mader, Elke/Dabringer, Maria (Hrsg.): *Von der realen Magie zum Magischen Realismus. Weltbild und Gesellschaft in Lateinamerika*. Frankfurt am Main, S. 165-173.
- Pontificio (2010): *Anuario*. Vatikan, S. 1040.

- Porras Cardozo, Baltasar Enrique (1992): "Baltasar Enrique, Evangelisierung in den Anden". In: Escher, Jürgen/Frevel, Christian: *Venezuela – Sie bauen ihre Kirche selbst*. Paderborn, S. 28-29.
- (1995): "Los obispos y los problemas de Venezuela". In: *Boletín CIHEV*, 13, S. 33-44.
- Robles Gazcón, Jacinto Antonio (1997): *Iglesia y Democracia. Cuestiones de moral social en los escritos del episcopado venezolano*. Rom.
- Rodriguez Iturbe, José (1968): *Iglesia y Estado en Venezuela 1824-1964*. Caracas.
- (1995): "Iglesia en los años de la dictadura". In: *Boletín CIHEV*, 13, S. 109-140.
- Smilde, David (2004): "Contradiction without Paradox: Evangelical Political Culture in the 1998 Venezuelan Elections". In: *Latin American Politics and Society*, 46, S. 75-102.
- Sosa Sj, Arturo (1988): "Iglesia y democracia en Venezuela". In: *Revista SIC*, 501, S. 14-19.
- Urosa, Jorge Savino (2010): Interview mit dem Fernsehsender Globovision, 06.05.2010.
- Urquijo, Jose Ignacio (2004): *El movimiento obrero de Venezuela*. Caracas.
- Wilhelm, Reiner (2006): "Quo vadis Venezuela? Die katholische Kirche und Präsident Hugo Chávez". In: *Herder Korrespondenz*, 60, S. 255-259.
- (2009): "Venezuela". In: Meier, Johannes/Straßner, Veit (Hrsg.): *Kirche und Katholizismus*. Bd. 6: *Lateinamerika*. Paderborn, S. 289-303.



Stefan Peters

## **Bildungspolitik: alte und neue Ungleichheitsmuster**

### **1. Einleitung**

Der Wahlsieg von Hugo Chávez Frías (1998) markiert eine Zäsur in der Geschichte Venezuelas. Chávez trat mit dem Anspruch an, mit der als “neoliberal” bezeichneten Politik seiner Vorgänger zu brechen. Im Prozess der angestrebten Veränderungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur des Landes wurde der Bildungspolitik von Beginn an eine hervorgehobene Bedeutung zugeschrieben (MVR 1998). Das Bildungssystem als Ganzes sollte umgestaltet, die Rolle des Staates gestärkt und die Ausrichtung der Bildung stärker an die allgemeine Entwicklungsstrategie angebunden werden. Nicht nur Zugang und Verbleib im Bildungssystem, sondern auch Inhalte der Bildung sind somit Bestandteile der angestrebten Reformen (Estaba 2004: 75). Während die grundsätzlichen Ziele der Verbesserung des Zugangs sowie der Erhöhung von Chancengleichheit und Qualität der Bildung auch von der Opposition weitgehend geteilt werden, entzündeten sich an der konkreten Umsetzung mitunter heftige politische Auseinandersetzungen, vor allem bezüglich der Organisation der Bildung, einer möglichen Ideologisierung der Inhalte und der Rolle des Staates im Bildungssystem, deren Konfliktlinien mit denen der allgemeinen politischen Polarisierung im Land übereinstimmen. Zwar sind weder Opposition noch das gemeinhin als *chavismo* bezeichnete Regierungslager als homogene Blöcke zu verstehen, gleichwohl werden im weiteren Verlauf im Regierungslager die Positionen betrachtet, deren Entscheidungen politisch wirksam wurden. Die Regierungskritiker werden in erster Linie auf die Gruppen der Opposition reduziert, deren gesellschaftliche Relevanz sich in Mobilisierung und Wählerstimmen niederschlägt.

In historischer Perspektive weist die Bildungssituation in Venezuela ein widersprüchliches Bild auf. Einerseits gab es unbestreitbare Verbesserungen beim Bildungszugang, insbesondere für Frauen (Bonder 1994: 13f.; Reimers 2002: 35ff.), andererseits blieb die Bildungsungleichheit in Bezug auf die Faktoren soziale und geographische Herkunft sowie ethnische Zuschreibung ein zentrales Merkmal des venezolanischen Bildungssystems. Zudem besteht

der *de facto* Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von einer Bildung, die soziale Aufwärtsmobilität erlaubt, fort, auch wenn sich die Exklusionsmuster partiell verändert haben. Die Bildungspolitik der aktuellen Regierung des Landes, so die hier vertretene These, ermöglicht zwar eine erneute Expansion der Bildungspolitik, sie ist jedoch nur sehr eingeschränkt in der Lage, zu einer Reduzierung der Bildungsungleichheit beizutragen.

## 2. Historische Entwicklung der Bildung in Venezuela

Im gesamten spanischen Kolonialreich übte die Katholische Kirche ein Quasi-Monopol im Bildungsbereich aus. Erst mit den bourbonischen Reformen und unter dem Einfluss liberal-aufklärerischer Denker begann die spanische Krone ab Mitte des 18. Jahrhunderts, die Vormachtstellung der Kirche in der Bildung aufzubrechen. Sowohl Klerus als auch Krone versuchten, ihre jeweiligen Normensysteme über die Bildung an die weiße und kreolische koloniale Elite weiterzugeben und Einheimische und Sklaven durch Christianisierung und Hispanisierung zu "zivilisieren" (Reimers 2002: 18; García Sánchez 2005: 226ff.). Nach der Unabhängigkeit Venezuelas (1810-1823) erweiterte sich die Rolle des Staates im Bildungssystem zur Herstellung und Festigung nationaler Identität in der Bevölkerung (Torres 2008: 213). Allerdings blieb zwischen der rhetorischen Bedeutung, die der Bildung von verschiedenen politischen Führungsfiguren des 19. Jahrhunderts zugesprochen wurde – und ihrer Umsetzung –, eine erhebliche Diskrepanz. Mindestens drei Faktoren können zur Erklärung dieses Umstandes angeführt werden: Mangelhafte finanzielle Ausstattung, interne politische und militärische Auseinandersetzungen sowie die Beschränkungen auf den Bereich der Sekundarbildung (Ramos 2002). Somit bediente die Bildungspolitik im nachkolonialen Venezuela in erster Linie die Interessen der weißen, männlichen, urbanen Eliten.

Der Beginn der Modernisierung der venezolanischen Bildung fällt mit der ersten Präsidentschaft Guzmán Blancos (1870-1877) zusammen. Schon 1870 wurde der obligatorische und kostenlose Schulbesuch per Dekret gesetzlich festgeschrieben (Reimers 2002: 22). Die Erziehung sollte von den Familien in die Schule, vom Religiösen zum Zivilen, vom Privaten ins Öffentliche und von der Zahlungspflicht zur Kostenfreiheit überführt werden (García Sánchez 2005: 233). Die Idee des *Estado Docente* war geschaffen, das heißt der Staat sah von nun an eine seiner wesentlichen Aufgaben in der Bereitstellung von Bildung für die gesamte Bevölkerung. Tatsächlich wuchs

der Bildungssektor ab 1870 schnell an und Venezuela erlebte eine erste Bildungsexpansion (Tab. 1).

**Tabelle 1: Bildungsexpansion zwischen 1870 und 1887<sup>1</sup>**

<b>Jahr</b>	<b>Schulen</b>	<b>Schülerzahl</b>
1869	100	2.500
1874	829	28.549
1882	1.684	60.000
1887	1.972	96.786

Quelle: Mundó (2000: 60).

Trotz dieser Erfolge blieb der *Estado Docente* limitiert und konnte die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht bei Weitem nicht garantieren. Weitere Expansionsschübe blieben stets zeitlich beschränkt und ihnen folgten längere Stagnationsphasen. Insgesamt entwickelte sich das Bildungssystem nur langsam, sodass Venezuela nicht mit dem Expansionstempo der regionalen Vorreiter Argentinien, Uruguay und – mit Abstrichen – Chile mithalten konnte. Während diese drei Länder bereits 1950 auf dem Weg zur Universalisierung der Grundschulbildung waren, blieb in Venezuela zum selben Zeitpunkt die Hälfte der Bevölkerung hiervon ausgeschlossen und der Zugang zur Sekundarbildung beschränkte sich weiterhin auf eine kleine Elite (Casanova 2002: 7; Morales Gil 2006: 184).

Ab ca. 1950 begann in ganz Lateinamerika eine Phase der Ausweitung des Bildungszugangs, die Torres (2008: 209) dazu veranlasst, das 20. Jahrhundert als “Jahrhundert der Bildung” zu charakterisieren. In Venezuela folgte auf die Ablösung der Diktatur von Pérez Jiménez und den Beginn der formaldemokratischen Epoche nach dem Elitenpakt von Punto Fijo (1958) ein erst rasantes und dann kontinuierliches Wachstum des Bildungssektors. Diese “zweite Bildungsexpansion” wurde als integraler Bestandteil des Demokratisierungsprozesses aufgefasst (Rodríguez Trujillo 1996: 235) und explizit mit der Humankapitaltheorie begründet (Martínez Picardo/Sarmiento Tortolero 2005: 50).<sup>2</sup>

1 Nach Angaben des ersten nationalen Zensus aus dem Jahr 1873 lebten zu diesem Zeitpunkt 1.784.000 Menschen in Venezuela (Rojas López 2007: 83).

2 Die Humankapitaltheorie besagt, dass von einer Anhebung des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Bevölkerung positive Effekte auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung ausgehen. Dies erlaube nicht nur eine Zunahme des Wirtschaftswachstums und des Lohnniveaus, sondern habe auch positive soziale Effekte, z.B. im Bereich der Gesund-

Auch wenn sich die Schülerzahlen auf allen Bildungsstufen erhöhten (González/Lacruz 2008: 25ff.), konzentrierte sich die zweite Bildungsexpansion Venezuelas in erster Linie auf die Ausweitung des Zugangs zur Primar- und Hochschulbildung (Ellner 1986: 297; Casanova 2008: 12). Eine langfristige Konsequenz hieraus war der sukzessive Rückgang der Analphabetenrate von knapp 50% der Bevölkerung im Jahr 1950 auf 6,4% am Beginn des 21. Jahrhunderts (Tab. 2).

**Tabelle 2: Analphabetenrate in Venezuela zwischen 1950 und 2001 in %**

<b>Jahr</b>	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>Total</b>
1950	45,0	52,6	48,8
1961	31,2	38,5	34,8
1971	20,6	25,2	22,9
1981	12,8	15,9	14,0
1990	8,7	9,9	9,3
2001	6,3	6,6	6,4

Quelle: González/Lacruz (2008: 27).

Die positive wirtschaftliche Entwicklung während des Ölbooms und die schnelle Urbanisierung erlaubten trotz hohen Bevölkerungswachstums (UNICEF 1979: 17) eine deutliche Verbesserung des Bildungsniveaus der venezolanischen Bevölkerung. Durch die Steigerung der Bildungsinvestitionen und die Erleichterung des Bildungszugangs im urbanen Raum gelang Venezuela der Anschluss an die regionalen Vorreiterstaaten (Tab. 3). Während dieser Phase der "einfachen Bildungsexpansion" (Tedesco/López 2002: 57) übernahm die staatliche Schule die Rolle eines gesellschaftlichen Integrationsmechanismus. Die quantitative Bedeutung privater Bildungsinstitutionen war rückläufig. Wurden 1958 im Primarbereich noch fast ein Fünftel der Schüler in Privatschulen unterrichtet, sank dieser Anteil erst sukzessive

---

heit, und trage selbst zur Verringerung der Kriminalität bei. Obwohl diese theoretischen Annahmen eine starke Vereinfachung der komplexen wechselseitigen Beeinflussung von Bildung und gesellschaftlicher Entwicklung vornehmen, haben sie sich größtenteils durchsetzen können und prägen bildungspolitisches Handeln bis heute weltweit. Sowohl der Inhalt als auch die Begrifflichkeiten der Humankapitaltheorie haben vielfach zu Kritik geführt. Insbesondere wurde ihr die Unterwerfung der Bildung unter ökonomische Kriterien vorgeworfen. In Deutschland wurde der Begriff "Humankapital" 2004 gar zum "Unwort des Jahres" gekürt.



und stabilisierte sich während der 1970er Jahre bei ca. 11%.<sup>3</sup> Unter der Bedingung einer positiven sozioökonomischen Entwicklung wurde die Bildung zudem zu einem Instrument gesellschaftlicher Aufwärtsmobilität (Herrera 2004: 368; Sierra Escalona 2003: 432; Casanova 2008: 14).

Gleichzeitig zur Expansion des Primarbereichs erhöhten sich nach Beginn der Demokratisierung auch die Studentenzahlen im Hochschulbereich (Sierra Escalona 2003: 434f.).<sup>4</sup> Dadurch, dass auch die privilegierte Bevölkerung von der zweiten Bildungsexpansion profitierte, konnte sich diese soziale Gruppe gegen die Gefahr eines Statusverlustes infolge einer "Inflation von Bildungstiteln" absichern.

Das Wachstum der Universitäten ging einher mit einem Prozess der "Feminisierung", insbesondere in den Fächern (Erziehungswissenschaft, Gesundheit, Sozialwissenschaften), die kompatibel mit den traditionellen Rollenbildern der Frau sind (Sierra Escalona 2003: 463f.). Dies und die fortbestehende geschlechtsspezifische Diskriminierung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt verhindern, dass die überdurchschnittlichen Bildungsergebnisse von Frauen sich in dementsprechenden Positionen außerhalb des Bildungssystems niederschlagen.

**Tabelle 3: Bildungsexpansion zwischen 1950 und 1975.  
Entwicklung der Bruttoeinschulungsquote in %**

	Primarbildung			Sekundarbildung			Tertiärbildung		
	1950	1960	1975	1950	1960	1975	1950	1960	1975
Argentinien	94,1	98,3	98,1	10,4	27,0	50,5	5,2	11,3	28,0
Chile	74,0	88,7	90,0	10,7	21,5	47,2	1,6	4,0	16,2
Uruguay	89,8	93,8	90,6	17,0	32,5	62,4	5,7	7,7	15,0
Venezuela	51,1	83,5	84,5	3,0	17,7	31,9	1,3	4,3	19,8

Quelle: Casanova (2002: 7).

Trotz der Erfolge der zweiten Bildungsexpansion blieben bedeutende Defizite bestehen. Durch die Fixierung auf den quantitativen Ausbau des Bildungs-

3 Eigene Berechnungen auf Grundlage des statistischen Materials der *Memoria y Cuentas* des venezolanischen Bildungsministeriums der Jahre 1970 und 1980.

4 Von der Stärkung der Hochschulbildung erhofften sich die Regierungsvertreter in Anlehnung an Theorien des Entwicklungsstaates positive Effekte auf das gesellschaftliche Entwicklungspotential, insbesondere in Bezug auf anwendungsorientierte Studiengänge, deren Attraktivität gesteigert werden sollte (Ellner 1986: 310f.).

systems wurde die Sorge um die Qualität der vermittelten Bildung zurückgestellt (Ellner 1986: 297). Gleichwohl gelang es nicht, den Bildungszugang zu universalisieren. Insbesondere die Landbevölkerung und Kinder aus Familien mit niedrigen Einkommen blieben nicht nur im Zugang, sondern auch bezüglich der Erfolgsaussichten im Bildungssystem benachteiligt (OREALC 1981: 39ff.; Kliksberg 2001: 16). Die durchaus vorhandene Integrationsleistung des staatlichen Schulsystems ging einher mit dem Ausschluss von ca. 10% der Bevölkerung.

### 3. Krise der Bildung 1979-1998

Als das erdölgestützte Entwicklungsmodell Ende der 1970er Jahre an seine Grenzen stieß und die staatlichen Sozialleistungen unter Druck gerieten, kam es zu einem deutlichen Rückgang des Lebensstandards, einer Zunahme der sozialen Ungleichheit und einer Erhöhung der Armut (Burchardt 2005: 99ff.). Die allgemeinen Kürzungen der Sozialausgaben wirkten sich negativ auf die finanzielle Ausstattung des Bildungssystems aus, die nunmehr auch im regionalen Vergleich zurückfiel (López Maya/Lander 2001: 246; Burchardt 2005: 101). Bedenkt man, dass die Bevölkerung zwischen 1980 und 1995 von 15 auf 22 Millionen anstieg, wird deutlich, dass die Entwicklung der Pro-Kopf-Ausgaben sich weitaus dramatischer darstellte (Tab. 4).

**Tabelle 4: Entwicklung der Pro-Kopf Ausgaben für Bildung zwischen 1980 und 1995 in Bolívars von 1984**

Jahr	1980	1985	1990	1995
Pro-Kopf-Ausgaben	1.024	890	575	458

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von OREALC (2001: 370); López Maya/Lander (2001: 246).

Trotz der Reduzierung der Bildungsausgaben stiegen die Schülerzahlen, wenn auch verlangsamt, während der sozioökonomischen Krise weiter an; allerdings sank die Einschulungsquote leicht ab. 1994 ging dann sogar die absolute Zahl der Schüler zurück. Die Krise des venezolanischen Bildungssystems war nunmehr offensichtlich geworden (Duplá 1999: 14; González/Lacruz 2008: 26). Erklärt werden kann dieser Rückschritt durch ein mangelndes Angebot im Zuge der Unterfinanzierung des Bildungssystems, Zugangsbeschränkungen in Form einer *de facto* Wiedereinführung von Schulgebühren sowie durch individuelle oder familiäre Entscheidungen, das

Schulsystem zu verlassen, um zum Haushaltseinkommen beitragen zu können.

Gleichzeitig litt die Qualität der Bildung unter der niedrigen Motivation der Lehrkräfte als Folge unzureichender Bezahlung, fehlenden Fortbildungsmöglichkeiten für die Lehrkräfte, geringem Unterrichtsvolumen und häufigem Unterrichtsausfall, mangelhafter Ausstattung mit Lehrmaterialien und dem schlechten Zustand der Schulen (Duplá 1999: 27; OREALC 2001: 383; Bruni Celli 2003; Ramírez 2005: 54). Notwendige Investitionen in Neubau oder Instandsetzung der Infrastruktur bzw. in die Aktualisierung der Schulmaterialien wurden aufgeschoben, fast der gesamte Bildungsetat floss in Personalmittel (Morales Gil 2006: 191). Für dringend erforderliche Ausgaben führten die öffentlichen Schulen flächendeckend Schulgebühren ein, die gerade in Zeiten der ökonomischen und sozialen Krise teilweise erhebliche finanzielle Belastungen bedeuteten und sich zu einer Zugangsbarriere entwickelten (Casanova 2008: 15f.). Eine der Folgen war, dass auch 1990 noch 10-14% der Kinder zwischen 7 und 14 Jahren keine Schule besuchten. Dieses Defizit im Zugang zur Bildung potenzierte sich im Vorschulalter und insbesondere in der Sekundarstufe (Duplá 1999: 13; Morales Gil 2006: 187). Zwar wurde die Schulpflicht 1980 auf nunmehr neun Jahre erhöht (Casanova 2008: 15), ein Blick auf die durchschnittliche Bildungszeit der Bevölkerung verdeutlicht jedoch, dass der Staat seine gesetzliche Verpflichtung der Garantierung einer mindestens neunjährigen kostenlosen und obligatorischen Bildung bis heute bei Weitem nicht einzulösen vermag. Insbesondere die Bevölkerung mit geringem Einkommen erfüllt nur selten die Vorgaben der Schulpflicht – Armut und eine geringe Schulbildung korrespondieren miteinander (Herrera 2004: 367f.). 60% der armen und fast 70% der extrem armen Bevölkerung erreichen ein Bildungsniveau, das die 6. Klasse nicht überschreitet, oftmals liegt es darunter. Bei der nicht armen Bevölkerung trifft dies immer noch auf 35% der Menschen zu (Mundó 2005: 254).

Des Weiteren ergaben sich aus der Verschlechterung der öffentlichen Bildung eine steigende Nachfrage nach privaten Bildungsangeboten und ein Vertrauensverlust in die Qualität der öffentlichen Bildung. In der Folge nahm die Bedeutung des privaten Bildungssektors zu, sodass sich eine zunehmend nach sozialen Kriterien unterteilte Bildungslandschaft herausbildete, bei der sich die Mittel- und Oberschicht beinahe vollständig aus dem öffentlichen Bildungssystem zurückzog. Aber auch Familien mit geringeren Einkommen versuchten ihre Kinder auf günstigen Privatschulen unterzu-

bringen (Duplá 1999: 15; Bruni Celli 2003: 219).<sup>5</sup> Zudem ist festzustellen, dass private Bildungsangebote in erster Linie ein urbanes Phänomen sind und sich ihr prozentualer Anteil mit Zunahme der Klassenstufe kontinuierlich steigert (Duplá 1999: 20ff.).<sup>6</sup> Die allgemeine Wertschätzung privater Bildungsträger zeigt neben dem Distinktionswillen der Eltern auch die generelle Skepsis gegenüber der Qualität öffentlicher Bildungsangebote. Obwohl Evaluationsergebnisse nahelegen, dass die qualitativen Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Schulen geringer sind als oftmals angenommen wird und die Lernerfolge venezolanischer Schüler allgemein im regionalen und internationalen Vergleich unterdurchschnittlich sind (Reimers 2003: 18; Casanova 2008: 39ff.), ziehen es durchschnittlich ca. 20% der Bevölkerung vor (Arévalo/González 2002: 336), sich aus dem öffentlichen Schulsystem zurückzuziehen und durch die Wahl von Privatschulen die intergenerationale Sicherung ihres sozialen Status zu unterstützen.

Eine Konsequenz der Ausdifferenzierung der Bildungslandschaft ist eine soziale Homogenisierung der Schüler innerhalb der verschiedenen Bildungseinrichtungen bei gleichzeitiger Heterogenisierung des Bildungsangebots. Während sich die Schulen hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung ihrer Schüler immer stärker voneinander unterscheiden, nehmen die sozialen Unterschiede zwischen den Schülern innerhalb derselben Schule ab. Bestehende Ungleichheiten werden dadurch im Bildungsprozess nicht etwa verringert, sondern tendenziell reproduziert. "Es ist offensichtlich, dass die Bürger, die ihren Kindern den Zugang zu privaten Bildungsdienstleistungen kaufen können, größere Chancen haben, ihre Schullaufbahn fortzusetzen und abzuschließen" (Mundó 2005: 249). Der Anspruch des *Estado Docente*, die Schule als Institution zur sozialen Integration der Bevölkerung zu nutzen, wurde von der Realität als gescheitert entlarvt.

Ein weiterer struktureller Aspekt innerhalb des venezolanischen Bildungssystems, der einer Verringerung der Bildungsungleichheit entgegensteht, betrifft die Verteilung der staatlichen Ausgaben auf die verschiedenen Bildungsstufen. In Venezuela ist der Anteil der Ausgaben für höhere Bil-

5 Mehr noch als die öffentlichen Schulen zeichnen sich die privaten Bildungsträger in Venezuela durch eine enorme Heterogenität aus (Arévalo/González 2002: 339f.).

6 Eine Ausnahme bildet die Vorschulerziehung. Auf diesem wichtigen Bildungsniveau hatten private Bildungsträger mangels öffentlicher Angebote lange Zeit einen hohen prozentualen Anteil, weil die Schülerzahlen wegen des Ausschlusses vor allem der Kinder aus unterprivilegierten Haushalten gering waren. Seit Beginn der Amtszeit der aktuellen Regierung ist wegen des Ausbaus öffentlicher Angebote auf diesem Bildungsniveau eine Trendwende festzustellen (INE 2009).

dung am Bildungsetat auffallend hoch. Zwischen 1975 und 2003 wurden stets über 40% des Bildungshaushalts in diesem Bereich ausgegeben (González/Lacruz 2008: 34). Auch im regionalen und internationalen Vergleich erscheinen die übrigen Bildungsstufen im Vergleich zur finanziellen Ausstattung der höheren Bildung unterfinanziert (Gajardo 1999: 38; García Guardilla 2005: 186). Aus der finanziellen Bevorzugung höherer Bildung ergibt sich ein regressiver Umverteilungseffekt, weil sich der Besuch einer öffentlichen Schule *de facto* zu einer Zugangsbeschränkung für die höhere Bildung entwickelte<sup>7</sup> und somit in erster Linie Kinder der Mittel- und Oberschicht ein Hochschulstudium aufnehmen (D'Elia et al. 2006: 104). Das bedeutet, dass von der strukturellen Aufteilung der venezolanischen Bildungsausgaben die sozial privilegierte Bevölkerung überdurchschnittlich stark profitiert (Casanova 2008: 35; Ocampo 2008: 48f.).<sup>8</sup> Es gelang dieser Bevölkerungsgruppe offensichtlich auch in Zeiten knapper Ressourcen, ihre Interessen im Bildungsministerium wirksam durchzusetzen (Casanova 2008: 17). Die Ausweitung der Studierendenzahlen verringerte also keinesfalls die Exklusivität der universitären Bildung.

Zusammenfassend kann für die Entwicklung des Bildungssystems zwischen 1958 und 1998 eine quantitative Zunahme auf allen Bildungsstufen festgestellt werden, woraus sich ein Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Bevölkerung ergab. Gleichzeitig blieben jedoch Bildungsungleichheit und Mangel an Chancengleichheit bestehen (Guevara 2001: 53). Geringe Qualität, hohe Wiederholungs- und Abbruchquoten und in der Folge erhebliche Unterschiede zwischen Zugang und Abschluss der Bil-

---

7 Der Anteil von Schülern öffentlicher Bildungseinrichtungen beim Zugang zur Tertiärbildung verringerte sich zwischen 1981 und 2000 von 22% auf nur noch 7% (Rivas 2007: 84).

8 Das Gegenargument für eine prioritäre Behandlung der höheren Bildung bei den Gesamtausgaben verweist auf die zu erwartenden positiven Auswirkungen dieser Ausgaben auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Dem liegt die Annahme eines *trickle-down*-Effekts zugrunde. Eine ähnliche Position vertrat auch der ehemalige venezolanische Bildungsminister Uslar Prieti zur Verteidigung der Bildungsungleichheit: "Wenn mir der Erzengel Gabriel erschiene und mir sagen würde, dass es nur zwei Optionen gäbe: entweder einem Drittel der Bevölkerung erstklassige oder allen eine mittelmäßige Bildung zur Verfügung zu stellen, würde ich nicht eine Sekunde zögern. Ich würde eine erstklassige Bildung für ein Drittel der Bevölkerung wählen, weil dieses Drittel das Land nach vorne bringen würde" (zitiert nach Reimers 2003: 32f.).

Der regressiver Umverteilungsscharakter der Ausgaben für Hochschulbildung erklärt sich vor allem aus der sozial selektiven Zugangsmöglichkeit. Gäbe es eine deutliche Öffnung der Universitäten, würden sich auch die Umverteilungseffekte der Ausgaben für Hochschulbildung verändern (Muhr/Verger 2006).

dungsstufen gehören zu den strukturellen Charakteristika der venezolanischen Bildungslandschaft.

Die Diskriminierung von Frauen im Bildungssystem konnte hingegen sukzessive abgebaut werden. Mittlerweile weisen junge Frauen im Durchschnitt bessere Bildungsabschlüsse als ihre männlichen Altersgenossen vor.<sup>9</sup> Geschlechtsspezifische Diskriminierungen scheinen somit in erster Linie bei Eintritt in den Arbeitsmarkt wirksam zu werden.<sup>10</sup> Demgegenüber bestehen die Disparitäten zwischen Stadt und Land weiter fort (Duplá 1999: 24; Reimers 2000: 38). Während innerhalb der städtischen jugendlichen Bevölkerung 1994 rund 10% zwischen null und fünf Jahre zur Schule gingen, deren geringes Bildungsniveau sie also der Gefahr eines Lebens in Armut und der sozialen Exklusion aussetzt, beläuft sich der gleiche Wert für die ländliche Bevölkerung auf 38,2% (Morduchowicz/Duro 2007: 14). Die indigene Bevölkerung<sup>11</sup> ist innerhalb des Bildungssystems nochmals zusätzlich benachteiligt und blieb bis heute weitgehend ausgeschlossen. Diese Tendenz ist im ländlichen Raum und hier insbesondere in den "traditionellen Gemeinschaften" besonders stark ausgeprägt (Regnault 2006: 177). Zudem besteht innerhalb der indigenen Bevölkerung eine die Frauen benachteiligende Bildungsungleichheit zwischen den Geschlechtern fort (Regnault 2006: 180f.).

#### 4. Auf dem Weg zu einer dritten Bildungsexpansion?

##### 4.1 Entwicklung des formalen Bildungssystems ab 1999

Die aktuelle venezolanische Regierung grenzte sich von Beginn an deutlich von ihren Vorgängerregierungen ab und bezeichnete die Herstellung von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit zu ihrem vorrangigen Ziel (RBV 2001: 91f.). Die Bildung wurde dabei als ein zentrales Feld der politischen Intervention zur Erreichung der gesellschaftspolitischen Ziele der Regierung definiert (López Maya 2004: 13). Zu Beginn ihrer Amtszeit ließ die Regierung Chávez keinen Zweifel daran, dass sie das bestehende Bildungssystem als durchgehend mangelhaft und als eine Ursache der sozialen Ungleichheit

9 Im Bereich der höheren Bildung wurde in Venezuela bereits 1976 ein Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen bei den Abgängern erreicht. 1999 waren fast zwei Drittel der Graduierten Frauen (Sierra Escalona 2003).

10 Das Beispiel der geschlechtsspezifischen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt verweist auf die Grenzen meritokratischer Annahmen, die einen Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Position annehmen.

11 Der Anteil an der *indígenas* an der venezolanischen Gesamtbevölkerung betrug gemäß der Angaben des Zensus von 2001 2,2% (Regnault 2006: 173).

wahrnahm (Graffe 2004: 266). Indem die Bildung als ein Politikfeld mit hohem Potential zur Reduzierung bestehender gesellschaftlicher Disparitäten ausgemacht wurde, entwickelten sich die bildungspolitischen Reformen zu einem der Kernstücke der sozialpolitischen Agenda der Regierung (Gómez 2008: 99).

Die bildungspolitischen Leitlinien kehrten zurück zur Orientierung am Leitbild des *Estado Docente*, das heißt der Staat sollte wieder zum bestimmenden Akteur im Bildungsprozess werden und auf diese Weise die soziale Integration der Bevölkerung fördern, wobei der multikulturelle Charakter der Gesellschaft betont wurde (MIDES 2004a: 11). Das allgemeine bildungspolitische Ziel der Regierung besteht in der Herstellung von (Chancen-) Gleichheit und parallel dazu in einer Erhöhung des durchschnittlichen Bildungsniveaus der Bevölkerung. Die Bildung wird dabei sowohl als Menschenrecht wie auch als soziale Pflicht definiert und auf diese Weise die wechselseitige Verantwortung von Staat und Gesellschaft für den Bildungsprozess herausgestellt (LOE 2009: 5).

In Anlehnung an die Millenniumsziele der Vereinten Nationen und die Erklärung des Weltbildungsforums von Dakar (2000) wurde die Vorgabe ausgegeben, allen Bewohnern des Landes eine qualitativ hochwertige Bildung zu ermöglichen (D'Elia et al. 2006: 77; LOE 2009: 6). Insbesondere sollten vormals ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen – die *indigenas*, die rurale und grenznahe Bevölkerung und die Armen im Allgemeinen – von der staatlichen Bildungspolitik profitieren (RBV 2001: 93). Erreicht werden sollten diese Ziele durch eine Kombination verschiedener Reformvorhaben, in deren Zentrum die Expansion des Bildungszugangs bei gleichzeitiger Erhöhung der Qualität der Bildung steht. Schrittweise sollen der Zugang zur Vorschul- und Sekundarbildung universalisiert und die Wiederholungs- und Abbrecherquoten reduziert werden. Letzteres erfordert unter anderem eine Erhöhung der Qualität der Bildung und die Beseitigung qualitativer Unterschiede der erhaltenen Bildung nach sozialen Kriterien. Hierfür sollen insbesondere Ganztagschulen die bisher bestehende Praxis der Unterteilung der Unterrichtung der Schüler in Vormittags- und Nachmittagsgruppen ablösen. Um Zugangsbarrieren zur öffentlichen Bildung abzubauen, wurden vormals *de facto* bestehende Gebühren und die Ausweispflicht<sup>12</sup> für den Besuch

---

12 Hiervon profitierten vor allem Kinder von meist aus Kolumbien stammenden Immigranten ohne gültige Aufenthaltserlaubnis.

staatlicher Schulen abgeschafft (Wilpert 2007: 124) und die Schulpflicht auf zwölf Jahre<sup>13</sup> ausgedehnt.

Zusätzlich stiegen in den letzten Jahren die traditionell hohen Bildungsausgaben Venezuelas deutlich an, sodass die rückläufige Tendenz am Ende des 20. Jahrhunderts von der aktuellen Regierung im Zuge einer generellen Ausweitung der Sozialausgaben umgekehrt wurde (Aponte Blank 2006: 97ff.; Vera 2008: 114). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stiegen die Bildungsausgaben zwischen 1999 und 2007 um ein Drittel und belaufen sich aktuell auf 5,8% – einem der höchsten Werte für Lateinamerika (Tab. 5).

**Tabelle 5: Entwicklung der Bildungsausgaben in % des BIP 1998-2007**

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Venezuela	3,7	4,3	5,0	5,3	5,1	5,1	5,3	4,6	5,5	5,8
Uruguay	3,1	3,4	3,3	3,5	3,6	3,5	3,3	3,5	3,8	4,3
Chile	3,4	3,9	3,8	4,0	4,1	3,9	3,7	3,4	3,2	3,4
Kolumbien	4,9	4,4	3,8	3,5	5,0	4,7	3,7	3,8	3,6	3,5
Costa Rica	4,7	4,2	4,9	5,3	5,5	5,5	5,4	5,3	5,0	5,2

Quelle: RISALC (2009).

Dieser Anstieg der Bildungsausgaben schlug sich in der Renovierung bzw. dem Neubau von öffentlichen Bildungseinrichtungen (Freidenberg 2007: 194) und der Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte nieder. Die Zunahme des Lehrpersonals ging jedoch nicht mit einer Verbesserung ihrer Arbeitssituation einher. Die Löhne bleiben in Relation zum Ausbildungsniveau gering, zudem haben viele Lehrkräfte nur kurzfristige Arbeitsverträge (Rodríguez Raga 2008). Außerdem profitierte die Regierung Chávez von bereits unter der Vorgängerregierung begonnenen Maßnahmen zum Ausbau des Bildungssystems (Graffe 2004: 305), die auch die schnellen Erfolge erklären.

Die Regierungsmaßnahmen ermöglichten eine erneute – dritte – Bildungsexpansion des formellen Erziehungssystems (Tab. 6), insbesondere im Bereich der Sekundarbildung. Dies ist sowohl auf Bemühungen zur Ausweitung des Zugangs zu dieser Bildungsstufe als auch auf den erheblichen Mangel an Bildungsangeboten in diesem Bereich bei Antritt der Regierung Chávez zurückzuführen. Ebenfalls deutliche Steigerungen der Schülerzahlen konnten in der Vorschulerziehung erreicht werden. Trotzdem ist das Ziel der

<sup>13</sup> Damit orientiert sie sich an einem von der CEPAL (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*) (2000: 103) errechneten Wert, den diese Organisation als notwendig für den Schutz vor einem Leben in Armut erachtet.



Universalisierung des Zugangs zu dieser Bildungsstufe weiterhin nicht erreicht. Momentan bleiben wegen eines Kapazitätsmangels ca. 520.000 Kinder hiervon ausgeschlossen (PROVEA 2010: 102).<sup>14</sup> Prozentual verzeichnete jedoch der Bereich der höheren Bildung mit einem Anstieg der Studierendenzahlen um 220% die höchsten Zuwachsraten (D'Amaro 2009: 225). Ermöglicht wurde dieser gewaltige Anstieg durch die gleichzeitige Umstrukturierung der höheren Bildung, im Zuge derer es zur Gründung neuer universitärer Einrichtungen wie der *Universidad Bolivariana*, der *Misión Sucre* und der UNEFA (*Universidad Nacional Experimental de las Fuerzas Armadas*) kam.

**Tabelle 6: Entwicklung der Schülerzahlen nach Bildungsstufe in Venezuela 1999-2007**

Jahr	Vorschulerziehung		Primarbildung			Sekundarbildung	
	Total	Netto Quote	Total	Netto Quote 1-6	Netto Quote 7-9	Total	Netto Quote
1998	737.967		4.299.671			400.794	
1999	800.855	44,1	4.448.422	92,3	50,4	422.800	22,5
2000	835.074	44,3	4.645.209	95,4	52,5	456.078	23,8
2001	863.364	46,5	4.818.201	97,9	57,2	499.706	25,6
2002	882.095	47,5	4.786.445	96,1	59,5	512.371	25,9
2003	914.920	49,4	4.883.470	94,1	62,5	569.615	28,5
2004	974.958	51,7	4.857.780	93,2	62,0	619.898	30,6
2005	1.010.946	54,6	4.885.779	94,1	66,1	671.140	33,3
2006	1.047.811	55,8	4.989.453	95,3	68,1	711.305	35,3
2007	1.074.270	56,2	4.914.724	91,6	67,3	748.689	36,6
2008	1.138.990	68,9	4.912.142	93,5	69,2	772.871	37,6

Quelle: MPPE (2008); INE (2009); PROVEA (2010).

<sup>14</sup> Der Vorschulerziehung wird innerhalb der Debatte um Bildungschancen in Lateinamerika eine hohe Bedeutung für die Erhöhung der Chancengleichheit zugeschrieben (Molina 2002: 52), weil sie zu einer deutlichen Reduzierung der Wahrscheinlichkeit der Wiederholung einer Klassenstufe während der ersten Schuljahre beiträgt und darüber vermittelt auch eine Verringerung der Wahrscheinlichkeit eines vorzeitigen Schulabbruchs bewirkt. Traditionell profitierten vor allem die privilegierten Bevölkerungsgruppen vom Zugang zur Vorschulerziehung. Dies hatte zur Folge, dass sich herkunftsbedingte Ungleichheiten beim Eintritt ins Bildungssystem noch erhöhten. Die Universalisierung der Vorschulbildung ist somit für die Ungleichheitsreduzierung von besonderer Bedeutung.

Weniger imposant fallen die Steigerungsraten hingegen im Bereich der Primärerziehung aus. Dies ist in erster Linie eine Konsequenz des bereits relativ breiten Zugangs zu dieser Bildungsstufe am Beginn der Amtszeit. Dennoch stiegen die absoluten Schülerzahlen um eine halbe Million an, womit im Vergleich zu den 1990er Jahren eine deutliche Beschleunigung der Expansion im Primarbereich erreicht wurde (Weisbrot/Ray/Sandoval 2009: 13). Die Nettoeinschulungsquote in den ersten sechs Schuljahren stagniert hingegen.

Dennoch gab es bedeutende Zuwächse der Schülerzahlen, die es erlauben, von einer dritten Bildungsexpansion unter der Regierung Chávez zu sprechen. Allerdings konnte die Regierung die hochgesteckten Ziele zur Universalisierung der Bildung nicht erreichen und der Staat kann nach wie vor die in der Verfassung festgeschriebene Schulpflicht nicht garantieren.

Ein weiteres Reformvorhaben, das sich auf das generelle Ziel der Regierung zur Transformation des Gesellschaftsmodells bezieht, besteht in der Veränderung der im Bildungsprozess transportierten Werte und Normen, die sich in einer Reform der Lehrpläne und der erzieherischen Leitlinien niederschlagen sollen (MIDES 2004a: 9). Soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zählen ebenso zu den normativen Leitvorstellungen wie die Betonung von militärischen Tugenden, der nationalen Identität und des Antiimperialismus. Die Entwicklung neuer Lehrpläne geht allerdings nur langsam voran und es ist zu bezweifeln, dass die Umsetzung eines ideologisierten Unterrichts bereits in größerem Umfang stattfindet (Barrios 2009; Rey 2009).

Schließlich soll die Schule stärker als bisher eine gesellschaftliche Funktion wahrnehmen. Sie soll Raum für die Partizipation der lokalen Gemeinschaft am Bildungsprozess bieten (LOE 2009: 23f.) und den Schülern eine stärkere Orientierung auf die Erfordernisse der Arbeitswelt bieten. Die Schule ist somit auf die Umsetzung der strategischen Ziele der "partizipativen Demokratie" und der "endogenen Entwicklung" ausgerichtet (MIDES 2004a: 7). Zudem sollen Schulgebäude außerhalb der Unterrichtszeit für außerschulische Aktivitäten genutzt werden. Die Räume werden etwa den Aktivitäten der *Misiones Educativas*<sup>15</sup> oder der *Consejos Comunales*<sup>16</sup> zur

15 Die *Misiones Educativas* stellen eine Parallelstruktur zum vorhandenen formalen Bildungssystem dar und wenden sich insbesondere an den Teil der Bevölkerung, der aus verschiedenen Gründen das formale Bildungssystem vor Befriedigung ihrer Bildungsbedürfnisse verlassen hat. Finanziert werden die *Misiones Educativas* größtenteils aus den Einnahmen des Erdölgeschäfts.

16 Die *Consejos Comunales* sind Gemeinderäte, die ab 2006 von der Regierung ins Leben gerufen wurden, um die kommunale Selbstverwaltung und die Partizipation der Bürger

Verfügung gestellt. Einer der Widersprüche der aktuellen Bildungspolitik in Venezuela liegt gleichwohl in der Forderung nach stärkeren Partizipationsmöglichkeiten und einer gleichzeitig zu beobachtenden Rezentralisierung des Bildungssystems. Die Ausrichtung auf den *Estado Docente* impliziert eine Verringerung der Heterogenität der Bildung, deren Ziel zwar die Reduzierung von Bildungsungleichheit ist, die jedoch in einen Verlust an Differenz zu münden scheint (PROVEA 2008: 105f.). Besonders die Intention der Regierung, einheitliche Schulbücher zum obligatorischen Gebrauch in allen Bildungsinstitutionen zu bestimmen (LOE 2009: 12), weist in diese Richtung.

Mit zwei Reformvorhaben – der *Educación Bolivariana* und den *Misiones Educativas* – strebt die Regierung die Umsetzung ihrer bildungspolitischen Ziele an (Muhr/Verger 2006; Balza Guanipa 2008: 429). Die *Educación Bolivariana* konzentriert sich auf die formale Bildung und bezweckt in erster Linie eine Neugestaltung des bestehenden Bildungssystems. Die später eingeführten *Misiones Educativas* richten sich hingegen an die erwachsene Bevölkerung und bieten die Möglichkeit, nicht erreichte Bildungsabschlüsse nachzuholen. Auf diese Weise möchte die Regierung die akkumulierte “soziale Schuld” (MINCI 2006: 5) der Vorgängerregierung ausgleichen.

#### 4.2 Die Educación Bolivariana

Kurz nach Regierungsantritt wurde im September 1999 das Projekt der *Educación Bolivariana* lanciert. Eingeführt mit explizitem Verweis auf die Krise des venezolanischen Bildungssystems soll es zur Steigerung der Attraktivität der öffentlichen Bildungsinstitutionen beitragen. Mittels der diskursiven Konstruktion eines Gegensatzes zwischen der IV. und der V. Republik wird dem alten Bildungssystem die *Educación Bolivariana* entgegengestellt (MIDES 2004b: 12). Ersteres sei demnach sozial exkludierend, elitär und durch Privatisierungstendenzen gekennzeichnet. Dem stehe die *Educación Bolivariana* mit den Zielen der sozialen Inklusion, der Universalisierung des Bildungszugangs und -abschlusses und der Stärkung der Rolle des Staates im Bildungsprozess gegenüber (Rojas 2006: 130ff.).

Die *Educación Bolivariana* unterteilt sich in verschiedene Leitprogramme (*programas bandera*), die sich jeweils auf eine der verschiedenen Bil-

---

an lokalen Entscheidungen zu stärken. Entgegen der Regierungsrhetorik ist die Autonomie der *Consejos Comunales* wegen ihrer Abhängigkeit von einer Präsidialkommission bzw. vom Präsidenten selbst stark eingeschränkt (Isidoro Losada/Ernst 2010: 194ff.).

dungsstufen beziehen (Abb. 1).<sup>17</sup> An die Vorschulerziehung (*Programa Simoncito*) schließt sich die sechsjährige *Escuela Primaria Bolivariana* als Grundschule an. Anschließend stehen die Kinder im Sekundarbereich vor der Wahl, entweder das fünfjährige *Liceo Bolivariano* oder die – stärker praktisch orientierte – sechsjährige *Escuela Técnica Robinsoniana y Zamorana* zu besuchen. Letztere unterteilt sich wiederum je nach den lokalen Begebenheiten in Schulen mit landwirtschaftlichem und handwerklich-industriellem Schwerpunkt. In beiden sind Organisation und Durchführung der Produktion sowie der Vermarktung der Waren Bestandteile des Schulalltags.<sup>18</sup>

Das System der *Educación Bolivariana* orientiert sich dabei an den bereits unter der Vorgängerregierung als Pilotprojekt eingeführten *Escuelas Integrales* (Graffe 2004: 292). Von herkömmlichen Schulen unterscheiden sie sich durch die Ausdehnung des Schultags auf eine ganztägliche Betreuung und die Verbindung von Unterricht mit Sozialprogrammen insbesondere in den Bereichen Ernährung und Gesundheit. Zudem sollen die *Escuelas Bolivarianas* zur Verbesserung der Qualität des Bildungssystems beitragen (Graffe 2004: 324).<sup>19</sup> Dies betrifft sowohl die Ausstattung mit Büchern und Computern zur Benutzung für die Kinder, als auch eine Erneuerung des allgemeinen Lehrmaterials im Rahmen einer Neukonzipierung der Lehrpläne (Molina 2008: 157ff.). Ebenfalls dem Anstieg der Qualität der Bildung soll die Verbesserung der Arbeitssituation der Lehrkräfte dienen, die insofern von der Ausdehnung des Schultags profitieren, als sie einen um 60% höhe-

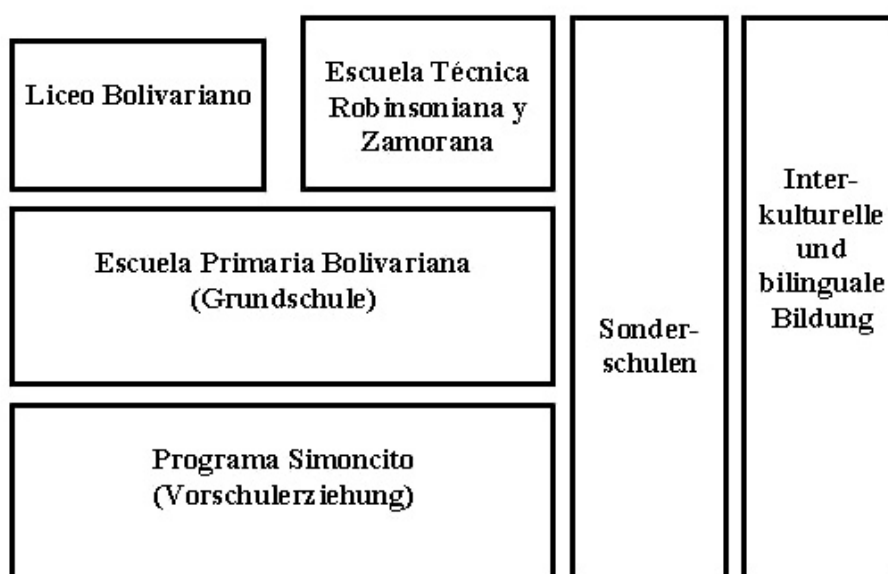
17 Ebenfalls innerhalb der *Educación Bolivariana* angesiedelt sind die Sonderschulen für Behinderte sowie eine spezielle interkulturelle und bilinguale Bildung für die indigene Bevölkerung. Letzteres soll die in der Verfassung von 1999 verankerten kulturellen Rechte der indigenen Bevölkerung garantieren und gleichsam zur Reduzierung der Wiederholungs- und Abbrecherquote sowie insgesamt zur Verbesserung der Bildungsergebnisse der indigenen Bevölkerung beitragen (MIDES 2004b).

18 Hierbei ist eine Hinwendung zu einem instrumentellen Bildungsbegriff, der die Verwertbarkeit des erworbenen Wissens im Arbeitsprozess betont, zu beobachten. Ein deutliches Indiz für die Förderung anwendungsorientierten Lernens besteht im Versuch der Stärkung technischer gegenüber allgemeinbildenden Bildungseinrichtungen. Diese *Escuelas Técnicas Robinsonianas* sollen den notwendigen Nachwuchs für die Erreichung des Ziels der endogenen Entwicklung ausbilden und dem chronischen Fachkräftemangel entgegenwirken (MIDES 2004a: 10).

19 Der Qualitätsbegriff der aktuellen Regierung Venezuelas unterscheidet sich von dem von internationalen Organisationen und den meisten Regierungen genutzten. Er wird nicht alleine auf die formale Qualität im Sinne der Vermittlung von technischen Kompetenzen bezogen, sondern er umfasst auch eine politische Dimension (RBV 2001: 93; Casanova 2009).

ren Lohn erhalten und sich dadurch stärker auf einen Arbeitsort konzentrieren können (Rodríguez Trujillo 2008: 564).

**Abbildung 1: Bolivarisches Schulsystem**



Für die Einführung der *Educación Bolivariana* wurden bestehende Bildungsinstitutionen in boliviarische Schulen umgewandelt und zusätzlich neue Bildungsstätten errichtet. Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Kinder sollten bei der Auswahl der Standorte bevorzugt behandelt werden (Graffe 2004: 293). Besonders in den ersten Jahren der Regierung Chávez kam es zu einer schnellen Zunahme der Zahl der *Escuelas Bolivarianas* (Tab. 7). Dabei wurden, analog zu vorherigen Phasen der Bildungsexpansion und trotz des expliziten Hinweises auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Qualität der Schulen, die Maßnahmen zur Verbesserung der Lehre den quantitativen Zielen untergeordnet. Der ehemalige Bildungsminister Aristóbulo Istúriz verkündete gar das Ziel, bis 2007 sämtliche Grundschulen des Landes in *Escuelas Bolivarianas* umzuwandeln. Weder dies noch das moderatere Ziel, bis zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtzahl von 7.000 *Escuelas Bolivarianas* vorweisen zu können, wurde erreicht (Rodríguez Trujillo 2008: 569). Momentan besuchen ca. 16,5% der Schüler im Primarbereich eine *Escuela Bolivariana*. Damit hat sich im Widerspruch zum Ziel der Regie-

rung, eine Homogenisierung des Bildungsangebots einzuleiten, innerhalb des öffentlichen Bildungssektors eine weitere Differenzierung ergeben.

**Tabelle 7: Entwicklung der *Escuelas Bolivarianas***

<b>Jahr</b>	<b><i>Escuelas Bolivarianas</i></b>	<b>Schülerzahlen</b>
2000	599	136.000
2001	1.668	368.400
2002	2.250	466.100
2003	2.876	595.300
2004	3.596	718.010
2005	4.016	775.619
2006	4.092	794.832
2007	4.871	824.980

Quelle: Rodríguez Trujillo (2008: 572); SISOV (2009).

Von der Verlängerung des Schultags von fünf auf acht Stunden erhofft sich die Regierung eine Reduzierung der Bildungsungleichheit, da ein geringer Teil des Lernpensums in die Familien selbst verlagert wird und somit herkunftsbedingte Unterschiede weniger stark ins Gewicht fielen (Bruni Celli 2003: 222f.). Außerdem ermöglicht die Ausdehnung des täglichen Bildungsangebots erst viele der weiteren in das System der *Educación Bolivariana* eingebetteten sozialpolitischen Maßnahmen. Insbesondere die Versorgung der Schüler mit drei täglichen Mahlzeiten,<sup>20</sup> die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Kinder, aber auch die Versorgung von Schülern aus einkommensschwachen Haushalten mit Schuluniformen sowie die Wahrnehmung kultureller und sportlicher Aktivitäten sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen (MIDES 2004b: 34). Schließlich werden die Familien durch die Verlängerung des Schultages bei der Kinderbetreuung entlastet, wovon auf Grund der geschlechtsspezifischen intrafamiliären Arbeitsteilung vor allem Frauen profitieren. Allerdings sind es häufig gerade Frauen bzw. die Mütter, die innerhalb des Systems der *Educación Bolivariana* für die Zubereitung der Mahlzeiten zuständig sind (Morales Gil 2006: 199). Die

20 Auch dieses Programm (*Programa Alimentario Escolar*) bestand bereits vor Beginn der Regierung von Chávez. Im letzten Jahrzehnt stieg jedoch die Zahl der Schüler, die hiervon profitieren, deutlich an. 2007/2008 profitierten etwa 4 Mio. Schüler im gesamten venezolanischen Schulsystem vom Schulspeisungsprogramm (SISOV 2009).

geschlechtsspezifische Arbeits- und Rollenverteilung wird hierdurch im Schulalltag reproduziert.

Zweifellos war insbesondere das Ziel der Universalisierung der *Escuelas Bolivarianas* innerhalb von insgesamt nur acht Jahren unrealistisch hoch gesteckt. Zusätzlich gibt es Anzeichen dafür, dass viele der Teilprojekte der *Escuelas Bolivarianas* nur unzureichend umgesetzt werden. Ein gewichtiger Grund dürften dabei die hohen Kosten des Projekts sein.<sup>21</sup> Zudem konnten die erhofften Qualitätsverbesserungen anscheinend nicht erreicht werden (Burchardt 2005: 109). Umfassende Evaluationen stehen zwar entweder noch aus oder ihre Ergebnisse wurden nicht oder nur teilweise veröffentlicht (Rodríguez Trujillo 2008: 564), es gibt jedoch starke Hinweise dafür, dass Ergebnisse über Lernerfolge in den *Escuelas Bolivarianas* aus dem Jahr 2003 hinter den Erwartungen der Regierung zurückblieben.<sup>22</sup> Die Konsequenz hieraus war eine Verringerung des Tempos des Reformansatzes, die zu einer nicht intendierten zusätzlichen Fragmentierung des öffentlichen Bildungsangebots führte.

Im Gegenzug zum Bedeutungsrückgang der *Escuelas Bolivarianas* auf der bildungspolitischen Agenda der Regierung traten ab 2003 die *Misiones Educativas* in den Vordergrund der venezolanischen Bildungspolitik.

#### 4.3 Die Misiones Educativas

Im Zuge der Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen mit dem Putschversuch (2002) und angesichts des nahenden Referendums zur Absetzung des Präsidenten führte die Regierung ab 2003 eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen ein, die sich insbesondere an die arme Bevölkerung wandten – eine Bevölkerungsgruppe, die zu diesem Zeitpunkt etwa die Hälfte der Bevölkerung ausmachte (INE 2009). Die *Misiones Sociales* stellen eine innovative Form der Sozialpolitik dar, weisen aufgrund ihres geringen Institutionalisierungsgrades hohe Flexibilität auf, besitzen jedoch keine finanzielle Autonomie, bilden eine Parallelstruktur zu bestehenden Institutio-

---

21 Schätzungen gehen davon aus, dass Bildungsausgaben von 10% des BIP nötig seien (Graffe 2004: 285), um die Ziele zu erreichen. Zwar sind die finanziellen Anstrengungen der aktuellen Regierung im Bildungssystem beträchtlich gestiegen, jedoch bleiben die Ausgaben bei Weitem hinter dem geschätzten Bedarf zurück.

22 Dies sollte keinesfalls als abschließendes Urteil über die *Escuelas Bolivarianas* gewertet werden. Einerseits war der Zeitraum seit Einführung der Neuerungen sehr kurz und andererseits fiel der Zeitraum zusammen mit der auf einen starken quantitativen Zuwachs orientierten Phase zusammen. Dies musste zwangsläufig zu einer geringeren Beachtung qualitativer Aspekte führen.

nen aus und sind organisatorisch vom Staat bzw. vom Präsidenten in einer *top-down*-Struktur abhängig (Isidoro Losada 2008: 150). Hierdurch wird einerseits die schnelle Durchsetzung der Maßnahmen ermöglicht, gleichzeitig ist jedoch die Möglichkeit zur Kontrolle der Mittelvergabe stark limitiert.

Einer der Schwerpunkte der Regierungsstrategie zur Bekämpfung der sozialen Exklusion stellt die Erwachsenenbildung dar (RBV 2007: 12).<sup>23</sup> Bei den *Misiones Educativas* handelt es sich um ex-post Maßnahmen zur Bekämpfung der Symptome des Versagens des formellen Bildungssystems. Sie werden als Mittel zum Ausgleich der angehäuften "sozialen Schuld" aus der Zeit der IV. Republik präsentiert und sprechen im Gegensatz zum Ansatz der *Educación Bolivariana* gezielt bestimmte Bevölkerungsgruppen an. Anfangs sollten sie auf einen absehbaren Zeitraum beschränkt bleiben (Mundó 2008: 18), die neue *Ley Orgánica de Educación* beinhaltet jedoch die Eingliederung der *Misiones Educativas* in das formale Bildungssystem und damit ihre Verstetigung (LOE 2009: 26f.). Sie weisen durchaus Ähnlichkeiten mit fokalisierten sozialpolitischen Ansätzen auf, sind jedoch deutlich umfangreicher und finanziell erheblich besser ausgestattet als diese. Dennoch entfernte sich die Regierung Chávez mit Einführung der *Misiones Sociales* von ihrem Anspruch einer universalistisch ausgerichteten Sozialpolitik.

Das System der *Misiones Educativas* unterteilt sich in vier verschiedene Programme (Abb. 2), die organisatorisch von unterschiedlichen Institutionen abhängig sind, sich hinsichtlich des Kompetenzniveaus, das sie vermitteln, voneinander unterscheiden und konsekutiv durchlaufen werden können. Sie reichen von der vom Militär unterstützten, sechsmonatigen Alphabetisierungskampagne (*Misión Robinson I*) nach der Methode *Yo, Sí Puedo*<sup>24</sup> über die Möglichkeit des Abschlusses der Grundschulbildung äquivalent zum 6. Schuljahr (*Misión Robinson II*)<sup>25</sup> bzw. der Sekundarbildung (*Misión Ribas*) in einem Zeitraum von jeweils zwei Jahren bis zur universitären Bildung (*Misión Sucre*) (D'Elia et al. 2006: 77ff.). Innerhalb der *Misión Sucre* entstanden die *Universidad Bolivariana de Venezuela* mit Standorten in vier

23 Mehr als 80% der Teilnehmer der *Misiones Educativas* sind volljährig. Mit Zunahme des Niveaus der Kompetenzvermittlung sinkt jedoch das Durchschnittsalter der Teilnehmer (D'Elia/Cabezas 2008: 11).

24 Das Alphabetisierungsprogramm umfasst 65 Unterrichtseinheiten à 2 Stunden und stützt sich auf audiovisuelles Material. Eine detaillierte Beschreibung der Methode findet sich bei D'Elia et al. (2006).

25 2006 (vgl. website von Robinson) wurde die *Misión Robinson III* eingeführt. Diese hat die Aufgabe, das Lesen innerhalb der Bevölkerung zu fördern.



Städten und die *Aldeas Universitarias*,<sup>26</sup> die zur Dezentralisierung höherer Bildung beitragen sollen. Den Teilnehmern der verschiedenen *Misiones Educativas* können für den Besuch der Bildungsangebote finanzielle Anreize in Form von Stipendien gewährt werden.<sup>27</sup>

Abbildung 2: Struktur der *Misiones Educativas*



Über die Wirkung der *Misiones Educativas* weichen die Einschätzungen – je nach politischer Positionierung – teilweise deutlich voneinander ab. Innerhalb ihrer Zielbevölkerung werden sie überwiegend positiv bewertet und sichern damit der Regierung politische Unterstützung (Mundó 2008: 3). Das Alphabetisierungsprogramm hat nicht nur von der UNESCO internationale Anerkennung erhalten.<sup>28</sup> Um ihren Erfolg zu dokumentieren, erklärte die venezolanische Regierung das Land schon im Oktober 2005 als “frei vom

26 Nach offiziellen Angaben wurden bisher 1.915 *aldeas universitarias* eingerichtet und 330 der 335 Municipios des Landes verfügen über Einrichtungen höherer Bildung (Acuña Cedeño 2008; D’Amario 2009: 231).

27 Bis 2005 erhielten 6,8% der Teilnehmer der *Misión Robinson II* und 18,9% der *Misión Ribas* ein Stipendium ausbezahlt (D’Elia et al. 2006).

28 Im Zuge der internationalen Kooperation wurde die *Misión Robinson I* ab 2006 auch nach Bolivien und Nicaragua “exportiert” (MPPE 2008: 9).

Analphabetismus” (MPPE 2008: 7).<sup>29</sup> Nach offiziellen Angaben sind innerhalb der ersten beiden Jahre 1.482.000 Personen alphabetisiert worden. Im Anschluss an die Erfolgsmeldungen verlor die *Misión Robinson I* schnell an Bedeutung (MPPE 2008: 17). Ebenfalls rückläufig sind jedoch die Zahlen für die *Misión Robinson II* (Mundó 2008: 28). Die Fortführung der Bildungsprogramme gemäß des konsekutiven Aufbaus der *Misiones Educativas* wird nur von einem geringen Teil der begünstigten Personen wahrgenommen (D’Elia/Cabezas 2008: 13f.). Demgegenüber haben die *Misiones Ribas* und *Sucre* innerhalb des Systems der *Misiones Educativas* an Bedeutung gewonnen. Allerdings muss einschränkend angeführt werden, dass es keine systematischen Aufzeichnungen der Teilnehmerzahlen gibt und die Transparenz der Aktivitäten der *Misiones* unzureichend ist (PROVEA 2008: 112).

**Tabelle 8: Abgängerzahlen der *Misiones Educativas***

Bildungsprogramm	Abgängerzahlen (2008)
<i>Misión Robinson I</i>	1.652.337
<i>Misión Robinson II</i>	427.529
<i>Misión Ribas</i>	510.503
<i>Misión Sucre</i> (eingeschrieben)	451.089

Quelle: MPPE (2008: 17f.); SISOV (2009).

Mittlerweile mehren sich Zweifel an den tatsächlichen Erfolgen der *Misiones Educativas*. Hinsichtlich der Alphabetisierung erscheinen die Zahlen vielen zu hoch (Ortega/Rodríguez/Miguel 2006: 21; Olarte Quiñones/Borrero Molina 2008: 524), andererseits wird vermutet, dass die Erfolge nur kurzfristig seien und keine “wirkliche” Alphabetisierung stattfände (Duplá 2008: 476).<sup>30</sup> Dieser Kritikpunkt wird insbesondere vonseiten der politischen Opposition verallgemeinert, indem generell die Qualität der vermittelten Bildung in den *Misiones Educativas* infrage gestellt wird. Die vergebenen Bil-

29 Nach den Kriterien der UNESCO gilt der Analphabetismus in einem Land als überwunden, wenn mehr als 96% der Bevölkerung über 15 Jahren lesen und schreiben kann.

30 Offensichtlich steht die Frage nach dem Erfolg der Alphabetisierungsmaßnahmen in Verbindung mit der Definition des Analphabetismus. Es stellt sich unweigerlich die Frage, wie sinnvoll es ist, Personen, die nur über rudimentäre Lese- und Schreibfähigkeiten besitzen, als alphabetisiert zu betrachten. Besonders in Bezug auf das Konzept des “funktionalen Analphabetismus” werden mittlerweile nicht nur die Fähigkeit zum Verständnis kurzer Sachtexte und zur Lösung einfacher mathematischer Aufgaben einbezogen, sondern teilweise sehr viel weiter gehende Anforderungen gestellt, wie z.B. Kenntnisse im Umgang mit Computern.

derungstitel sagten demnach wenig über die wirklichen Kompetenzen ihrer Träger aus (D'Elia/Cabezas 2008: 14). Selbst wenn die tatsächliche Qualität der Bildung in den *Misiones Educativas* höher sein sollte als von den Kritikern behauptet, bliebe das Problem der geringen Wertschätzung der erworbenen Qualifikationen. Zur Verbesserung der materiellen Lage der Teilnehmer ist die Qualität der vermittelten Bildung zwar von Bedeutung, es bedarf jedoch der Anerkennung der erworbenen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt oder aber der Möglichkeit zur Integration der Abgänger in eine alternative Beschäftigungsstruktur. Aktuelle Forschungsergebnisse legen nahe, dass der aus einer Steigerung der Schuljahre gewonnene durchschnittliche Verdienstzuwachs mit Einführung der *Misiones Educativas* und als Konsequenz sowohl einer "Inflation der Bildungstitel" als auch der mangelnden Qualität (oder mangelnden Anerkennung der dort erworbenen Bildungstitel) zurückging (Gonzales/Oyelere 2009: 41). Die Bildungstitel der *Misiones Educativas* können also nur bedingt zur Verbesserung der materiellen Lage ihrer Träger beitragen, auch wenn sie in anderen Bereichen durchaus die Lebensqualität der Teilnehmer erhöhen.

Gegenüber den *Misiones Educativas* im Allgemeinen können sechs weitere Kritikpunkte identifiziert werden: Erstens wird ihnen vorgeworfen, dass sie in hohem Maße politisch-ideologischen Einfluss nähmen und weniger als umfassendes bildungs- und sozialpolitisches Instrument denn als ein Mittel klientelistischer Politik zur Sicherung der Unterstützung für den Präsidenten konzipiert und umgesetzt wurden. Deshalb könnten sie auch keine sozial integrative Wirkung entfalten, sondern würden Anhänger der Opposition tendenziell ausschließen und im Allgemeinen zur Intensivierung der gesellschaftspolitischen Konflikte beitragen (Mundó 2008: 14f.). Ein zweiter Kritikpunkt betrifft die hohen Kosten der *Misiones* (Ortega/Rodríguez/Miguel 2006: 21f.). Die Aufwendungen für die *Misiones Educativas* übersteigen die Pro-Kopf-Ausgaben im formalen Bildungssystem trotz einer auf den Einsatz geringer Ressourcen fixierten Methode um ein Vielfaches. Dies kann einerseits auf Ineffizienz und Korruption zurückgeführt werden (Aporte Blank 2006: 104f.), andererseits lässt sich hieraus die generelle Schlussfolgerung ziehen, dass es nicht nur aus bildungs-, sondern auch aus finanzpolitischen Gründen opportun erscheint, das formale Bildungssystem zu stärken, um etwaige Mängel frühzeitig zu kompensieren (Mundó 2008: 13). Weiterhin seien die Dozenten, drittens, nur unzureichend auf ihre Aufgaben vorbereitet und zögen nicht selten die politische Beeinflussung der Kompetenzvermittlung vor. Viertens bereiteten die *Misiones Educativas* kaum auf die Bedürf-

nisse des Arbeitsmarktes vor und hätten keine Kohärenz mit dem Ziel des Wandels des Entwicklungsmodells. Einzig die *Misión Vuelvan Caras*<sup>31</sup> könne hierbei als Ausnahme angeführt werden. Außerdem wird, fünftens, der assistenzialistische Charakter der Sozialprogramme kritisiert und darauf hingewiesen, dass aus der mangelnden Institutionalisierung der *Misiones Educativas* bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes ein schneller Rückgang der verfügbaren Mittel resultieren und in der Folge ein sozialpolitisches Vakuum entstehen könne (D'Elia/Maingon 2009: 13).<sup>32</sup> Schließlich wird, sechstens, aus feministischer Perspektive der fehlende Genderfokus angemahnt. Zwar nehmen mehr Frauen als Männer an den *Misiones Educativas* teil, trotzdem trügen sie nicht zu einer Veränderung der Geschlechterrollen bei (Müller 2008: 113f.), sondern reproduzierten teilweise noch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, zum Beispiel durch den Einsatz nur symbolisch entlohnter Lehrerinnen mit geringen Entscheidungskompetenzen.

Trotz teils berechtigter Kritik wäre es falsch, die *Misiones Educativas* alleine als Misserfolg darzustellen. Sie scheinen die von der Regierung angestrebte Legitimationsfunktion unter den Teilnehmern durchaus zu erfüllen. Zudem kann festgehalten werden, dass die *Misiones Educativas* der Erwachsenenbildung in Venezuela eine neue Bedeutung gegeben und einen Beitrag zur Bekämpfung der sozialen Exklusion geleistet haben. Selbst wenn die offiziellen Erfolgszahlen zu hoch angesetzt wären, haben die *Misiones Educativas* vielen Menschen eine zweite Chance zur persönlichen Weiterbildung gegeben und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung ihrer konkreten Lebenssituation geleistet. Zudem haben sie zu einer Steigerung der gesellschaftlichen Wertschätzung der Bildung beigetragen und zwar insbesondere in sozialen Schichten, die vormals vom Bildungssystem tendenziell ausgeschlossen waren. Ob neben der Bekämpfung der sozialen Exklusion auch die Reduzierung der Bildungsungleichheit über die *Misiones Educativas* erreicht werden kann, ist gleichwohl nicht sichergestellt, weil die Gefahr besteht, dass die in den *Misiones* erzielten Abschlüsse mangels Qualität und/oder gesellschaftlicher Anerkennung entwertet sind.

31 Das Programm *Misión Vuelvan Caras* ist mittlerweile in die neu geschaffene *Misión Che Guevara* aufgegangen. Obwohl sie der (Berufs-)Ausbildung dient, wird sie von offizieller Seite nicht zu den *Misiones Educativas* gezählt (Mundó 2005: 252f.), weil ihr Hauptanliegen die Förderung endogener Entwicklung, insbesondere in Form von Kooperativen, darstellt.

32 Vera meint hingegen, dass die politische Bedeutung der *Misiones* sie vor massiven, kurzfristigen Etatkürzungen schütze (Vera 2008: 120).

## 5. Die Bildungspolitik als gesellschaftliches Konfliktfeld

Trotz der über die politischen Grenzen hinweg bestehenden Einigkeit über grundsätzliche Probleme des venezolanischen Bildungssystems (Qualitätsdefizit, Bildungsungleichheit, hohe Wiederholungs- und Abbrecherquoten etc.) gelang es der Regierung bisher nicht, einen gesellschaftlichen Basiskonsens über die bildungspolitischen Leitlinien zu erzielen (Graffe 2004: 271). Im Gegenteil: Die Bildungspolitik hat sich zu einem der zentralen Konfliktfelder der venezolanischen Politik entwickelt. Die bildungspolitischen Auseinandersetzungen sind dabei sowohl Ausdruck der soziopolitischen Polarisierung Venezuelas als auch Konsequenz des Ringens zweier unterschiedlicher Auffassungen über das Verhältnis zwischen Öffentlichem und Privatem im Bereich der Bildungspolitik. Während die Regierung mit dem Leitbild des *Estado Docente* den Staat als Akteur der Bildungspolitik stärken möchte, wird vonseiten der Opposition der Zivilgesellschaft und damit vor allem privaten Akteuren eine höhere Kompetenz in bildungspolitischen Fragen attestiert (Graffe 2004: 270). Dieser allgemeine Konflikt entzündet sich insbesondere an den Fragen der Bedeutung der privaten Bildungsträger im Bildungssystem und der Ideologisierung<sup>33</sup> der Bildungsinhalte.

Die Regierung propagiert das Ziel, die öffentlichen gegenüber den privaten Bildungsinstitutionen zu stärken. Weiterhin strebt sie an, die Bildungsinhalte gemäß der politischen Ausrichtung der Bolivarischen Revolution zu verändern. Dafür erklärt sie offen, die Bildung als Mittel der Ideologisierung der Bevölkerung einzusetzen und erklärt sie zu einem der fünf Motoren des "revolutionären Prozesses" (Arenas 2009: 165f.).<sup>34</sup> Beide Ziele werden von der Opposition entschieden zurückgewiesen. Sie wirft der Regierung vor, qualitative Standards zu missachten und – mit Blick auf die *Misiones Educativas* – bildungspolitische Maßnahmen aus Gründen politischer Opportunität

---

33 Wie auch in anderen Bereichen der Sozialpolitik wird der Vorwurf der Ideologisierung stets mit dem Argument der Kubanisierung verbunden (Graffe 2004: 281) und weist damit Ähnlichkeiten zum antikommunistischen Nationalismus der Ära des Kalten Krieges auf.

34 Der Bildungsprozess kann nie frei von politischer Einflussnahme sein und einer der wichtigsten Gründe des staatlichen Interesses an der Bildung ist die Festigung der gesellschaftlichen Ordnung über die Weitergabe spezifischer Normensysteme und die Herstellung kollektiver Identität bei gleichzeitiger Sicherstellung der Adaptionfähigkeit. Allerdings unterscheiden sich verschiedene Bildungspolitiken hinsichtlich des Umfangs dieser Konditionierungen sowie in Bezug auf das gestattete Maß an Pluralität. Hinsichtlich beider Faktoren sind in Venezuela Tendenzen zu erkennen, die es erlauben, von einer übermäßigen Ideologisierung zu sprechen.

durchzuführen. Insbesondere vonseiten der im Bereich der privaten Bildungsinstitution stark vertretenen Katholischen Kirche wird die Missachtung der Religion als weiterer Kritikpunkt benannt (CAVEP 2009).

Diese allgemeinen Konfliktpunkte haben durch die mit hoher Geschwindigkeit vorangetriebene Verabschiedung der neuen *Ley Orgánica de Educación* im September 2009 erneut zu Protesten geführt. Nicht nur bezüglich der Inhalte des Gesetzes – unklare bildungspolitische Leitlinien, Schwächung der Finanzierungsmöglichkeiten privater Bildungsträger, Fragen der Autonomie der Universitäten und der Pluralität der Bildungsinhalte, eine Überfrachtung der Schulen mit außerschulischen Aufgaben sowie die Rolle externer Akteure wie der *Consejos Comunes* im Bildungsprozess (Carvajal 2009), sondern auch wegen der Form seiner Verabschiedung entzündete sich die Kritik (*El Universal* 08.10.2009). Allerdings finden sich im Gesetz auch die Bestätigung von Errungenschaften der Vergangenheit wie die allgemeine, kostenlose und laizistische Erziehung wieder. Zudem wird eine qualitativ hochwertige Bildung für alle im Einklang mit den Prinzipien der UNESCO als ein Menschenrecht bestätigt (LOE 2009: 6) und ein Verbot von Diskriminierungen jeglicher Art ins Gesetz aufgenommen. Schließlich wird die Bildung im Gesetz zu einer „prioritären Investition“ (LOE 2009: 49) erklärt.

Eine weitere Konfliktlinie stellt die offizielle Geschichtsschreibung und deren Weitergabe im Unterricht dar.<sup>35</sup> Während die Ikonisierung der historischen Figur Bolívars eine Steigerung des bereits in der Vergangenheit zu beobachtenden Personenkults um den Nationalhelden darstellt, die sich zu einem Kampf um den politisch-ideologischen Inhalt des Signifikanten „Bolívar“ entwickelt (Gabbert 2008: 162), ist eine Neuinterpretation der Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu beobachten. Die IV. Republik wird vom offiziellen Diskurs als korrupt, oligarchisch, sozial exkludierend und repressiv diffamiert. Dem steht die neue V. Republik gegenüber, in der es zu einer Wiederentdeckung der bolivarianischen Idee gekommen sei (González Deluca 2005: 172; Zeuske 2008: 479). Der misslungene Putschversuch vom Februar 1992, bei dem Chávez die politische Bühne Venezuelas betrat, wird in dieser Version ebenso wie der gescheiterte Staatsstreich der *anti-chávistas* vom April 2002 zur Wegscheide der Natio-

35 Geschichtsschreibung und Geschichtspolitik sind stets Gegenstand politischer Auseinandersetzungen um die Diskursmacht. Zwar ist unbestreitbar, dass bestimmte historische Ereignisse real stattgefunden haben, die Selektion der für die Geschichtsbücher relevanten Ereignisse und deren Interpretation spiegeln jedoch den politischen Charakter historischer Narrationen wider.

nalgeschichte und Chávez zu einem Wiedergänger Bolívars (Diana 2008: 73f.; Mora García 2008). Diese Geschichtsinterpretation ist zweifellos politisch motiviert. Die Kritik der Regierungsgegner entzündet sich einerseits an der negativen Charakterisierung der IV. Republik (Diana 2008: 70), andererseits wird angemahnt, dass Militarismus und Personalismus dieser Version der Geschichtsschreibung inhärent seien und die autoritären Tendenzen der aktuellen Regierung bestätigten (Celis de Soto et al. 2008: 10; Diana 2008: 72ff.).

Der fehlende Dialog und die verhärteten Positionen zwischen den Konfliktparteien lassen eine Entspannung des Konfliktes um die venezolanische Bildungspolitik unwahrscheinlich erscheinen. Offensichtlich versucht die Regierung, ihr politisches Projekt zu stärken, indem sie die Bildungspolitik als Transmissionsriemen zur Verbreitung ihrer normativen Vorstellungen nutzt. Der Prozess der politischen Sozialisation einer Person wird jedoch von vielen unterschiedlichen Faktoren beeinflusst und es kann nicht davon ausgegangen werden, dass allein der politische Wille der Beeinflussung auch entsprechende Ergebnisse hervorruft, zumal ein Großteil der Lehrer der Regierung skeptisch gegenübersteht. Vielmehr scheint die Ideologisierung der Bildung ab ca. 2005 zu einem erneuten Anstieg der relativen Bedeutung des privaten Bildungssektors zu führen (Tab. 9). Die Opposition hingegen nutzt die berechnete Kritik an der Politisierung der Bildungsinhalte zu einer generellen Ablehnung der bildungspolitischen Maßnahmen der Regierung und behindert somit einen erfolgreichen Abbau von Bildungsprivilegien.

**Tabelle 9: Prozentualer Anteil privater Bildungsträger an den Schülerzahlen nach Bildungsstufe**

<b>Jahr</b>	<b>Vorschule</b>	<b>Primarbereich</b>	<b>Sekundarbereich</b>
1998	19,9	17,9	35,0
2002	17,2	16,9	29,5
2004	18,0	16,7	27,9
2006	20,1	18,3	28,2
2007	21,7	19,1	28,8
2008	21,9	20,2	29,6

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von INE (2009) und PROVEA (2010).

## 6. Schlussbetrachtungen

Obwohl seit dem Regierungsantritt von Chávez keineswegs ein Bruch im Bildungssystem Venezuela stattgefunden hat, sind doch spürbare Veränderungen vorgenommen worden. Der Bildung wurde nicht nur im Regierungsdiskurs und zu Legitimationszwecken eine herausgehobene Rolle zugesprochen (Navarro Díaz 2008), sondern tatsächlich wurde die historische Möglichkeit des hohen Ölpreises genutzt, um die Bildungsausgaben spürbar anzuheben. In der Folge kam es zu einer beachtlichen Steigerung der Schülerzahlen in allen Bereichen der Bildung, die es erlaubt, von einer dritten Bildungsexpansion in Venezuela zu sprechen. Während die Abschaffung des Schulgeldes und der Ausweispflicht Barrieren für den Schulbesuch abbauen und die Ausweitung der Betreuungszeit die Familien entlasten soll, versprechen die Schulspeisungsprogramme, die Dezentralisierung des Angebots und die stärkere Verbindung der Bildungsinhalte mit dem Produktionsprozess positive Anreize für den Schulbesuch.

Jenseits der Motive der Sicherung politischer Unterstützung ist es der Regierung mit Einführung der *Misiones Educativas* zudem gelungen, im Bereich der Erwachsenenbildung neue Akzente zu setzen. Bei allen Mängeln dieser politischen Maßnahmen kann doch kein Zweifel daran bestehen, dass sie für viele Menschen eine kaum noch für möglich gehaltene Chance bieten, ihre im formalen Bildungssystem aus verschiedenen Gründen nicht gesättigten Bildungserwartungen zu befriedigen.

Allerdings spiegeln sich in den *Misiones Educativas* auch die allgemeinen Mängel der venezolanischen Bildungspolitik wider, die verhindern, dass die öffentliche Bildung im großen Umfang zu einem Vehikel sozialer Mobilität werden kann. Die Qualität der Bildung<sup>36</sup> in Venezuela ist im internationalen Vergleich, insbesondere im Bereich der Mathematik, gering. Dies gilt sowohl für den öffentlichen als auch für den privaten Sektor – allerdings erreicht Letzterer bessere Testergebnisse (Casanova 2008: 44). Insbesondere die *Misiones Educativas* gelten als qualitativ minderwertig. Sie scheinen die hohen Erwartungen, die – durch die Regierung geschürt – in sie gesetzt werden, größtenteils nicht zu erfüllen. Zwar sind die Bildungstitel der *Misiones* offiziell denen im öffentlichen Bildungssystem erworbenen gleichwertig, die soziale Wertschätzung der in den *Misiones Educativas* vermittelten Bildung

---

36 Die Messbarkeit der Qualität von Bildung und insbesondere die Indikatoren zu ihrer Bewertung sind umstritten. Quantitative Ergebnisse über die Qualität der Bildung sind deshalb nur von beschränkter Aussagekraft. Trotzdem können sie als ein Indikator herangezogen werden.



ist jedoch gering – die Abschlüsse werden *de facto* entwertet. Eine der Folgen ist die Enttäuschung der Hoffnungen auf soziale Aufwärtsmobilität durch gesteigerte Bildungsanstrengungen.

Insgesamt weist die aktuelle Bildungspolitik ein ambivalentes Muster auf. Viele der Reformvorschläge sind mit Blick auf die Ziele der Bekämpfung der sozialen Exklusion und der Verringerung der sozialen Ungleichheit mittels des Bildungssystems vielversprechend. Es zeigt sich jedoch, dass die Umsetzung dieser Projekte unzureichend bleibt. Zudem gibt es besorgniserregende autoritäre Tendenzen innerhalb der Bildungspolitik.

In der konzeptionellen Ausrichtung der Bildungspolitik lässt sich eine Wiederholung von Fehlern der Vergangenheit ausmachen. Die einseitige Konzentration auf die quantitative Ausweitung des Bildungssystems vernachlässigt dringend erforderliche Verbesserungen der Qualität der Bildung. Mangels einer solchen Politik setzt sich der Trend der Entwertung von Bildungstiteln insbesondere der öffentlichen Bildungsinstitutionen fort. Das Resultat ist eine Heterogenisierung der Bildungslandschaft, die ungewollt von einigen Regierungsentscheidungen stimuliert wurde, die zur Reproduktion eines im Kern exklusiven Bildungssystems beiträgt. Im Vergleich zur Vergangenheit verschieben sich die Ungleichheiten vom Zugang zur Bildung auf den Zeitpunkt des Verlassens der Schule (Herrera 2004: 369). Zwar gibt es durchaus eine soziale Mobilität im Rahmen des Regierungswechsels; diese erinnert jedoch vor allem an einen partiellen Austausch der innergesellschaftlichen Machtgruppen (Isidoro Losada in diesem Band). Die bestehenden Exklusivitäten im Bildungsbereich werden davon nicht aufgeweicht, sondern sie reproduzieren sich in veränderter Form. Die hochgesteckten Ziele der Bildungspolitik der venezolanischen Regierung konnten nicht erreicht werden und doch ist positiv festzuhalten, dass zumindest im Zugang zur Bildung Fortschritte erreicht werden konnten.

### Literaturverzeichnis

- Acuña Cedeño, Luis (2008): *La educación como elemento transformador de la sociedad* (<[www.ibe.unesco.org/fileadmin/user.../venezuela\\_MIN08.pdf](http://www.ibe.unesco.org/fileadmin/user.../venezuela_MIN08.pdf)>; 12.11.2009).
- Aporte Blank, Carlos (2006): "El gasto público social venezolano: sus principales características y cambios recientes desde una perspectiva comparada". In: *Cuadernos del CENDES*, 23, 63, S. 85-119.
- Arenas, Nelly (2009): "El populismo de Hugo Chávez: ¿revirtiendo la democracia venezolana? (2004-2007)". In: *Araucaria. Revista Iberoamericana de Filosofía, Política y Humanidades*, 22, S. 152-185.

- Arévalo, Gregorio/González, Rosa Amelia (2002): "Venezuela. El caso de las escuelas católicas subvencionadas en el marco del convenio con la AVEC". In: Wolff, Laurence/González, Pablo/Navarro, Juan Carlos (Hrsg.): *Educación privada y política pública en América Latina*. Santiago de Chile, S. 335-369.
- Balza Guanipa, Ronald (2008): "Venezuela". In: Fischer-Bollin, Peter (Hrsg.): *Eficiencia del Gasto Público en América Latina*. Rio de Janeiro, S. 415-443.
- Bonder, Gloria (1994): "Mujer y Educación en América Latina: hacia la igualdad de oportunidades". In: *Revista Iberoamericana de Educación*, 6, S. 9-48.
- Bruni Celli, Josefina (2003): "Historia de la otra ciudad: la educación pública en Venezuela". In: Márquez, Patricia/Piñango, Ramón (Hrsg.): *En esta Venezuela. Realidades y nuevos caminos*. Caracas, S. 217-239.
- Burchardt, Hans-Jürgen (2005): "Das soziale Elend des Hugo Chávez: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der V. Republik". In: Diehl, Oliver/Muno, Wolfgang (Hrsg.): *Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?* Frankfurt am Main, S. 99-125.
- Carvajal, Leonardo (2009): *Manual del docente democrático*. Caracas.
- Casanova, Ramón (2002): "De administración y administradores educativos en Venezuela. Dinámicas de institucionalización y profesionalización de una burocracia". In: *Cuadernos del CENDES*, 19, 49, S. 1-29.
- (2008): *Desigualdad educativa, población y desarrollo. Exploración para el escenario de la Venezuela de comienzos del siglo XXI*. Caracas.
- CAVEP (Cámara Venezolana de la Educación Privada) (2009): *Reflexiones de la Asociación venezolana de educación católica sobre el proyecto de Ley Orgánica de Educación* (<www.cavep.net>; 12.11.2009).
- Celis de Soto, Francia et al. (2008): *Análisis de la UPEL sobre el diseño curricular del sistema educativo bolivariano. Documento de Trabajo*. Caracas.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2000): *La brecha de la equidad. Una segunda evaluación*. Santiago de Chile.
- D'Amario, Daisy (2009): "Cuestiones de la inclusión educativa. A propósito de la UBV y Misión Sucre". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 15, 1, S. 225-253.
- D'Elia, Yolanda et al. (2006): *Las misiones sociales en Venezuela: una aproximación a su comprensión y análisis*. Caracas.
- D'Elia, Yolanda/Cabezas, Luis Francisco (2008): *Las Misiones Sociales en Venezuela*. Caracas.
- D'Elia, Yolanda/Maingon, Thais (2009): *La política social en el modelo estado/gobierno venezolano*. Caracas.
- Diana, Rendifo (2008): "La historiografía escolar en Venezuela (1990-2007)". In: *Academia*, VII, 14, S. 63-76.
- Duplá, Francisco Javier (1999): *La educación en Venezuela. Los dos primeros niveles del sistema educativo venezolano (preescolar y básica)*. Caracas.
- (2008): "Balance educativo durante el proceso de gobierno de Hugo Chávez". In: *SIC*, LXXI, 710, S. 465-467.
- Ellner, Steve (1986): "Educational Policy". In: Martz, John D./Myers, David J. (Hrsg.): *Venezuela: the democratic experience*. New York, S. 296-328.

- Estaba, Elena (2004): "Diagnóstico para una agenda educativa". In: ILDIS (Hrsg.): *Informe social 2003 Venezuela*. Caracas, S. 69-78.
- Freidenberg, Flavia (2007): *La tentación populista. Una vía al poder en América Latina*. Madrid.
- Gabbert, Karin (2008): "'Ein Held für alle Zwecke'. Hugo Chávez und andere Wiedergänger von Simón Bolívar". In: Huffschmid, Anne et al. (Hrsg.): *Erinnerung – Macht – Gegenwart. Lateinamerika Jahrbuch 32*. Münster, S. 156-165.
- Gajardo, Marcela (1999): *Reformas educativas en América Latina. Balance de una década*. Santiago de Chile.
- García Guardilla, Carmen (2005): "Políticas públicas de educación superior en Venezuela (1999-2004)". In: CENDES (Hrsg.): *Venezuela visión plural. Una mirada desde el CENDES*. Tomo I. Caracas, S. 184-208.
- García Sánchez, Bárbara Yadira (2005): "La educación colonial en la Nueva Granada: entre lo doméstico y lo público". In: *Revista de Historia de la Educación Latinoamericana*, 7, S. 217-238.
- Gómez, Enry (2008): *Gobernabilidad y Educación Ciudadana*. Caracas.
- González, Lissette/Lacruz, Tito (2008): *La política social en Venezuela*. Caracas.
- Gonzales, Naihobe/Oyelere, Ruth Uwaifo (2009): *Are Returns to Education on the Decline in Venezuela and Does Mission Sucre Have a Role to Play?* IZA Working Paper N° 4206. Bonn.
- González Deluca, María Elena (2005): "Historia, usos, mitos, demonios y magia revolucionaria". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 11, 2, S. 159-186.
- Graffe, Gilberto José (2004): *Políticas públicas educativas frente a la crisis. Reforma del Estado y modernización de la educación venezolana 1979-2002*. Caracas.
- Guevara, Juan Carlos (2001): "La educación: una inversión relativa". In: España, Luis Pedro (Hrsg.): *Pobreza: un mal posible de superar*. Caracas, S. 51-60.
- Herrera, Mariano (2004): "La educación escolar en Venezuela". In: Ramírez Ribes, María (Hrsg.): *¿Cabemos todos? Los desafíos de la inclusión. Informe del Capítulo Venezolano del Club de Roma*. Caracas, S. 367-376.
- INE (2009): *Instituto Nacional de Estadística* (<www.ine.gov.ve>; 12.11.2009).
- Isidoro Losada, Ana María (2008): "Venezuela: Der bolivarianische Prozess und die Demokratie". In: *Lateinamerika Analysen*, 20, S. 141-163.
- Isidoro Losada, Ana María/Ernst, Tanja (2010): "Kommunalräte in Venezuela: Direkte Demokratie zwischen Partizipation und Kooptation". In: *Lateinamerika-Jahrbuch*, 33. Münster, S. 187-198.
- Kliksberg, Bernardo (2001): *La problemática de la familia y la educación en América Latina. Un desafío económico, social y ético*. Caracas.
- LOE (2009): *Ley Orgánica de Educación*. Caracas.
- López Maya, Margarita (2004): "Democracia participativa y políticas sociales en el gobierno de Hugo Chávez Frías". In: *Revista Venezolana de Gerencia*, 9, 28, S. 1-22.
- López Maya, Margarita/Lander, Luis E. (2001): "Ajustes, costos sociales y la agenda de los pobres en Venezuela: 1984-1998". In: Sader, Emir (Hrsg.): *El ajuste estructural en América Latina. Costos sociales y alternativas*. Buenos Aires, S. 231-254.

- Martínez Pichardo, Alexander/Sarmiento Tortolero, Malvi (2005): *Capital Humano y crecimiento económico en Venezuela (1950-2002)*. Caracas.
- MIDES (Ministerio de Educación y Deportes) (2004a): *Políticas, programas y estrategias de la educación venezolana. Informe nacional de la República Bolivariana de Venezuela*. Caracas.
- (2004b): *La Educación Bolivariana. Políticas, programas y acciones, cumpliendo las metas del milenio*. Caracas.
- MINCI (Ministerio de Comunicación e Información) (2006): *Las Misiones Bolivarianas. Colección Temas de hoy*. Caracas.
- Molina, Carlos Gerardo (2002): “Las reformas educativas en América Latina: ¿Hacia más equidad?”. In: Medina Giopp, Alejandro (Hrsg.): *Las reformas educativas en acción: eficiencia, equidad y calidad en el sistema educativo de la República Dominicana y América Latina*. Santo Domingo, S. 18-60.
- Molina, Socorro (2008): “Fortalezas y debilidades del diseño curricular del Liceo Bolivariano”. In: Ramos, Olga et al. (Hrsg.): *Educación, ciudadanía y democracia. Memorias de la IV Asamblea Nacional de Educación*. Caracas, S. 157-166.
- Mora García, José Pascual (2008): *La invención de la tradición en la Revolución Bolivariana – Aproximación a la historia inmediata en el contexto venezolano actual* (<[www.conhisremi.iuttol.edu.ve/pdf/ART1000028.pdf](http://www.conhisremi.iuttol.edu.ve/pdf/ART1000028.pdf)>; 24.11.2009).
- Morales Gil, Eduardo (2006): *Simón Rodríguez y Simón Bolívar: pioneros de la educación popular. Orígenes de las Escuelas Bolivarianas*. Caracas.
- Morduchowicz, Alejandro/Duro, Luisa (2007): *La inversión educativa en América Latina y el Caribe. Las demandas de financiamiento y asignación de recursos*. Buenos Aires.
- MPPE (Ministerio del Poder Popular para la Educación) (2008): *El desarrollo de la educación: Informe Nacional de la República Bolivariana de Venezuela 2008*. Caracas.
- Muhr, Thomas/Verger, Antoni (2006): “Venezuela: Higher Education for All”. In: *Journal for Critical Education Policy Studies*, 4, 1 (<[www.jceps.com/index.php?pageID=article&articleID=63](http://www.jceps.com/index.php?pageID=article&articleID=63)>; 21.12.2010).
- Müller, Bea (2008): “Die ’bolivarische Revolution’. Frauenbewegung und feministische Politik”. In: Schmalz, Stefan/Tittor, Anne (Hrsg.): *Jenseits von Subcomandante Marcos und Hugo Chávez. Soziale Bewegungen zwischen Autonomie und Staat. Festschrift für Dieter Boris*. Hamburg, S. 102-116.
- Mundó, Mabel (2000): “El derecho a la educación en las constituciones de 1961 y 1999. Reflexiones sobre principios, recursos y aprendizajes para la elaboración de las políticas públicas”. In: Maingon, Thais (Hrsg.): *La cuestión social en la Constitución Bolivariana*. Caracas, S. 43-75.
- (2005): “La discontinuidad de las políticas públicas: La Reforma de la educación básica”. In: CENDES (Hrsg.): *Venezuela visión plural. Una mirada desde el CENDES*. Tomo I. Caracas, S. 242-270.
- (2008): *Las Misiones Educativas: Análisis de una Política Pública para la Inclusión o el Clientelismo Político*. Caracas.
- MVR (Movimiento Quinta República) (1998): *Una revolución democrática. La propuesta de Hugo Chávez...para transformar a Venezuela* (<[www.analitica.com/bitblo/hchavez/programa.asp](http://www.analitica.com/bitblo/hchavez/programa.asp)>; 12.11.2009).

- Navarro Díaz, Héctor Augusto (2008): *Educación para todos y todas* (<www.ibe.unesco.org/fileadmin/user.../venezuela\_MIN08.pdf>; 12.11.2009).
- Ocampo, José Antonio (2008): "Las concepciones de la política social: universalismo versus focalización". In: *Nueva Sociedad*, 215, S. 36-61.
- Olarte Quiñones, Marisela/Borrero Molina, Armando (2008): "Analfabetismo y discriminación por género en América Latina. Estudio comparado de Chile, Perú y Venezuela". In: *Fermentum*, 18, 53, S. 506-531.
- OREALC (Oficina Regional de Educación de la UNESCO para América Latina y el Caribe) (1981): *Análisis cuantitativo del sistema de educación de Venezuela*. Santiago de Chile.
- (2001): *Situación educativa de América Latina y el Caribe 1980-2000*. Santiago de Chile.
- Ortega, Daniel/Rodríguez, Francisco/Miguel, Edward (2006): *Freed from Illiteracy? A Closer Look at Venezuela's Robinson Literacy Campaign*. Wesleyan Economics Working Papers, N° 2006-025. Middletown.
- PROVEA (Programa Venezolano de Educación-Acción en Derechos Humanos) (2008): *Informe Anual 2008*. Caracas.
- PROVEA (Programa Venezolano de Educación-Acción en Derechos Humanos) (2010): *Informe Anual 2009*. Caracas.
- Ramírez, Tulio (2005): *El docente venezolano frente a su trabajo. Entre el compromiso y el desencanto*. Caracas.
- Ramos, Eithell (2002): *Elementos para el estudio del Estado Docente en la formación histórico social venezolano del Siglo XIX* (<www.servicio.cid.uc.edu.ve/educacion/revista>; 12.11.2009).
- RBV (República Bolivariana de Venezuela) (2001): *Líneas generales del plan de desarrollo económico y social de la nación 2001-2007*. Caracas.
- (2007): *Líneas generales del Plan de Desarrollo Económico y Social de la Nación 2007-2013*. Caracas.
- Regnault, Blas (2006): "La asistencia escolar de la población indígena venezolana". In: CEPAL (Hrsg.): *Población indígena y afrodescendiente de América Latina y el Caribe: Información sociodemográfica para políticas y programas*. Santiago de Chile, S. 167-195.
- Reimers, Fernando (2000): "Educación, desigualdad y opciones de política en América Latina en el siglo XXI". In: *Revista Iberoamericana de Educación*, 23, S. 21-50.
- (2002): "La lucha por la igualdad de oportunidades educativas en América Latina como proceso político". In: *Revista Latinoamericana de Estudios Educativos*, xxxii, 1, S. 9-70.
- (2003): *La buena enseñanza y el éxito escolar de los estudiantes en América Latina* (Cuadernos de Discusión, 3). México, D.F.
- RISALC (2009): *Red de Instituciones Sociales de América Latina y el Caribe* (<www.risalc.org>; 12.11.2009).
- Rivas, Pedro J. (2007): "Educación bolivariana: entre la utopía realizable y no hacer nada". In: *Educere*, 11, 36, S. 81-90.
- Rodríguez Raga, Robert (2008): "El docente venezolano en tiempos de la Revolución Chavista". In: Ramos, Olga et al. (Hrsg.): *Educación, ciudadanía y democracia. Memorias de la IV Asamblea Nacional de Educación*. Caracas, S. 143-146.

- Rodríguez Trujillo, Nacarid (1996): "Las tres décadas de la democracia". In: Dies. (Hrsg.): *Educación Venezolana. Seis ensayos*. Caracas, S. 235-293.
- (2008): "Trayectoria del proyecto de escuelas bolivarianas". In: *Educere*, 12, 42, S. 563-574.
- Rojas, Armando (2006): "El sistema de educación bolivariana". In: Memorias del Congreso Internacional de Educación (Hrsg.): *El aula: perspectivas externas e internas*. Caracas, S. 126-145.
- Rojas López, José (2007): "Una apreciación crítica del modelo trizonal de Humboldt-Codazzi en la geografía de Venezuela". In: *Procesos históricos*, VI, 12, S. 75-90.
- Sierra Escalona, Rosaura (2003): "Venezuela". In: Sierra Escalona, Rosaura/Rodríguez, Gisela (Hrsg.): *Feminización de la matrícula de educación superior en América Latina y el Caribe*. México, D.F., S. 429-467.
- SISOV (2009): *Sistema Integrado de Indicadores Sociales de Venezuela* (<www.sisov.mpd.gob.ve>; 12.11.2009).
- Tedesco, Juan Carlos/López, Néstor (2002): "Desafíos a la educación secundaria en América Latina". In: *Revista de la CEPAL*, 76, S. 55-69.
- Torres, Carlos Alberto (2008): "Después de la tormenta neoliberal: la política educativa latinoamericana entre la crítica y la utopía". In: *Revista Iberoamericana de Educación*, 48, S. 207-229.
- UNICEF (United Nations International Children's Emergency Fund) (1979): *Situación de la infancia en América Latina y el Caribe*. Santiago de Chile.
- Vera, Leonardo V. (2008): "Políticas sociales y productivas en un estado patrimonialista petrolero: Venezuela 1998-2007". In: *Nueva Sociedad*, 215, S. 111-128.
- Weisbrot, Mark/Ray, Rebecca/Sandoval, Luis (2009): *The Chávez Administration at 10 Years: The Economy and Social Indicators*. Washington, D.C.
- Wilpert, Gregory (2007): *Changing Venezuela by Taking Power. The History and Policies of the Chávez Government*. London.
- Zeuske, Michael (2008): *Von Bolívar zu Chávez. Die Geschichte Venezuelas*. Zürich.

### Interviews

- Barrios, Ana (2009): Interview geführt am 07.10.2009 in Caracas.
- Casanova, Ramón (2009): Interview geführt am 07.10.2009 in Caracas.
- Rey, Judith (2009): Interview geführt am 28.09.2009 in Caracas.

Friedrich Welsch

## Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

### 1. Einführung

Caracas fügte sich mit einiger Verspätung in die Reihe der hispanoamerikanischen Provinzen ein, in denen die Krone bzw. die Kirche Universitäten gründeten. In Peru (*Real y Pontificia Universidad de San Marcos*, 1551) und Mexiko (*Real y Pontificia Universidad de México*, 1551) gab es solche Einrichtungen bereits wenige Jahrzehnte nach Kolumbus' erster Reise. Santo Domingo hatte 1538 mit der *Universidad Santo Tomás de Aquino* den Anfang gemacht, allerdings wurde diese erst sehr viel später von der Krone anerkannt. Die Gründung der Universität von Caracas erfolgte 1721; sie ist noch heute unter dem Namen *Universidad Central de Venezuela* eine der führenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen des Landes. Ihr folgten die ebenfalls heute noch bestehende *Universidad de los Andes* (ULA Mérida, 1810), die *Universidad de Valencia* (1833, heute *Universidad de Carabobo/UC Valencia*) und *La Universidad del Zulia* (LUZ Maracaibo, 1891) (Leal 2008). Der Kreis der staatlichen autonomen Universitäten wurde 1958 um die *Universidad de Oriente* (UDO Cumaná) und 1967 um die als Eliteuniversität konzipierte *Universidad Simón Bolívar* (USB Caracas, autonom seit 1995) erweitert. 1983 wurden die Pädagogischen Hochschulen zur *Universidad Pedagógica Experimental Libertador* (UPEL, Hauptsitz Caracas) zusammengefasst. Daneben entstanden nach 1958 zahlreiche weitere Hochschulen – sogenannte Experimentaluniversitäten – und Fachhochschulen, die allesamt dem Bildungs- bzw. Hochschulministerium unterstehen und daher nicht autonom sind, d.h. ihre jeweiligen Führungsspitzen (Rektoren, Vizerektoren, Kanzler, Direktoren) werden nicht intern gewählt, sondern vom jeweiligen Minister ernannt. 2010 gab es in Venezuela 23 staatliche und 24 private Universitäten sowie 57 staatliche und 67 private Fachhochschulen. Die insgesamt etwa 2,1 Mio. Studierenden verteilten sich zu knapp drei Vierteln auf staatliche und gut einem Viertel auf private Einrichtungen.

Die genannten autonomen Universitäten stellen den Löwenanteil der in Venezuela tätigen Forscher und produzieren im Verbund mit einer kleinen Anzahl spezialisierter staatlicher Forschungsinstitute nahezu die gesamte, mit den üblichen Parametern erfasste wissenschaftliche Leistung des Landes

(Requena 2010a). Während die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Innovation in Höhe von 2,54% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Lateinamerika von keinem anderen Land auch nur annähernd erreicht werden (Brasilien liegt mit 1,43% an zweiter Stelle) und auch weltweit einen der vorderen Plätze belegen, fällt die wissenschaftliche Produktion eher bescheiden aus. Auch die Innovationskraft liegt weit unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt (Daten für das Jahr 2008: RICYT 2010). Auf dieses Missverhältnis wird noch einzugehen sein.

## 2. Entwicklung in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts

Schon im frühen 19. Jahrhundert richtete der Arzt und spätere Staatspräsident José María Vargas als Rektor der *Universidad Central de Venezuela* ein modern konzipiertes Medizinstudium ein, baute die Rechtswissenschaftliche Fakultät aus, schuf Lehrstühle für Geografie und Chemie und legte den Grundstein für die noch heute bestehende Nationalbibliothek (Leal 2008: 538-539). Von einer zielgerichteten Wissenschafts- und Forschungspolitik kann aber erst seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesprochen werden (Escalante/Jiménez 2003; Requena 2005). Meilensteine auf diesem Weg waren und sind die nachfolgend aufgeführten wissenschaftspolitischen Maßnahmen:

- Einrichtung der Wissenschaftsräte an den Universitäten (*Consejos de Desarrollo Científico y Humanístico*, CDCH, 1958 <[www.ucv.ve/cdch/](http://www.ucv.ve/cdch/)>);
- Einrichtung des Nationalen Wissenschaftsrats CONICIT (*Consejo Nacional de Ciencia y Tecnología*, 1972), der sich 1999 zum Wissenschaftsministerium weiterentwickelt (<[www.fonacit.gov.ve](http://www.fonacit.gov.ve)>);
- Schaffung zahlreicher Magister- und Doktorandenprogramme (<[www.postgradofcijp.org.ve](http://www.postgradofcijp.org.ve)>);
- Gründung von Großforschungsinstituten in strategisch wichtigen Bereichen, z.B. Naturwissenschaften – *Instituto Venezolano de Investigaciones Científicas*, IVIC (1955, <[www.ivic.ve](http://www.ivic.ve)>); Landwirtschaft – *Fondo Nacional de Investigaciones Agropecuarias*, FONAIAP (1959), heute *Instituto Nacional de Investigaciones Agrícolas*, INIA (<[www.inia.gov.ve](http://www.inia.gov.ve)>); Entwicklung – *Centro de Estudios del Desarrollo*, CENDES (1960, <[www.cende-ucv.edu.ve](http://www.cende-ucv.edu.ve)>); Seismologie – *Fundación Venezolana de Investigaciones Sismológicas*, FUNVISIS (1967, <[www.funvisis.gob.ve](http://www.funvisis.gob.ve)>); Astronomie – *Centro de Investigaciones de Astronomía*, CIDA



- (1971, <[www.cida.gob.ve](http://www.cida.gob.ve)>); Erdöl – *Instituto de Tecnología Venezolana para el Petróleo*, INTEVEP (1976, <[www.pdvsa.com](http://www.pdvsa.com)>); Biologie – *Instituto de Estudios Avanzados*, IDEA (1979, <[www.idea.gob.ve](http://www.idea.gob.ve)>);
- Förderungsprogramm zur Ausbildung von Wissenschaftlern und Technikern im Ausland (*Fundación Gran Mariscal de Ayacucho*, FUNDAY-ACUCHO, 1975, <[www.fgma.gov.ve](http://www.fgma.gov.ve)>);
  - Schaffung des Programms zur Förderung von Wissenschaftlern und Forschern – *Programa de Promoción del Investigador*, PPI (1990, <[www.oncti.gob.ve](http://www.oncti.gob.ve)>; Marcano/Phelan 2009);
  - Zusatzgehalt für Dozenten mit Dokortitel als Promotionsanreiz (*Bono doctoral*, 2001, so z.B. <[www.ucla.edu.ve/secretaria/Gacetitas/GACETAS/GACETAS65/BONo%DOCTOR.pdf](http://www.ucla.edu.ve/secretaria/Gacetitas/GACETAS/GACETAS65/BONo%DOCTOR.pdf)>).

Die Wissenschaftsräte an den Universitäten verwalten die jeweiligen Forschungsbudgets und sind für die Mittelzuweisung zuständig; in vielen Fällen werden Forschungsvorhaben von diesen Räten und vom Wissenschafts- und Technologiefonds des Wissenschaftsministeriums (*Fondo Nacional de Ciencia y Tecnología*, FONACIT) gemeinsam getragen. Diese Einrichtungen finanzieren ebenfalls die Teilnahme an Fachkongressen im In- und Ausland. Die Bewertung und Auswahl der Anträge und Projekte obliegt von Fall zu Fall ernannten Fachkollegen, erfolgt nach festgelegten Kriterienkatalogen und gilt als weitgehend transparent; die in jedem Einzelfall spezifizierten Ziele ermöglichen eine punktgenaue Erfolgskontrolle.

Die angeführten Maßnahmen zeitigten messbare Erfolge. Vergleichsdaten liegen allerdings erst seit 1990 vor, dem Startjahr der Zeitreihen des Iberoamerikanischen Netzwerks für Wissenschaft und Technologie (RICYT). Sie sind aber dennoch aufschlussreich, weil sie eine meist kontinuierliche Entwicklung zahlreicher Parameter bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts widerspiegeln, die sich seitdem im Gefolge der Verabschiedung des Organgesetzes über Wissenschaft, Technologie und Innovation und des Plans für Wissenschaft, Technologie und Innovation im Jahr 2005 sprunghaft verändert haben.

So bewegten sich die Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung im Zeitraum von 1990 bis 2005 in einer Bandbreite zwischen 0,34 bis 0,61% des Bruttoinlandsprodukts, um sich 2006 auf 1,77% mehr als zu vervierfachen und bis 2008 noch einmal kräftig auf 2,54% zu wachsen. Pro Kopf verdoppelte sich der Aufwand zwischen 1990 und 2005 von US\$ 9 auf mehr als US\$ 18, sprang 2006 auf US\$ 121 und schließlich auf US\$ 285 im Jahr 2008. Betrachtet man die Herkunft dieser Mittel nach den Kriterien der

Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/OECD – Hochschulen, Unternehmen und öffentliche Hand (Daten für die Quellen Ausland und Stiftungen liegen nicht vor), so fällt auf, dass der Anteil der Hochschulen im Vergleichszeitraum 1990-2005 von 15 auf 31% steigt, der der Unternehmen von 37 auf 14% sinkt, und der der öffentlichen Hand von 48 auf 55% wächst. Ab 2006 und bis 2008 bietet sich ein völlig anderes Bild: Hochschulen 1%, Unternehmen 97%, öffentliche Hand 2% (alle Daten: RICYT 2010). Bei den Inputs des Forschungs- und Entwicklungssektors sind mithin radikale Veränderungen zu beobachten.

Demgegenüber schwanken die Veränderungen der meisten *Human Resources*-Indikatoren in geringeren Bandbreiten und sind deshalb eher weniger beeindruckend. So stieg zwar die Zahl der im *Programa de Promoción del Investigador* (PPI) akkreditierten Wissenschaftler von 741 im Jahr 1990 auf 6.829 im Jahr 2009 (ONCTI 2009), wegen der Unterbrechung des Programms seit 2008/09 konnten aber fast zweieinhalbtausend dieser Wissenschaftler ihre Akkreditierung nicht erneuern; infolgedessen sank die Zahl der Akkreditierten auf 4.377. Damit ging der Anteil der Wissenschaftler an der erwerbstätigen Bevölkerung von 0,47 (RICYT 2010) auf 0,33 je Tausend zurück (Berechnung auf der Grundlage der Beschäftigungsdaten des *Instituto Nacional de Estadística* für September 2010). Die institutionelle Bindung dieser Wissenschaftler veränderte sich zwischen 1996 (erstes Jahr, für das Daten vorliegen) und 2008 weniger dramatisch: der Anteil der Hochschulen stieg von 80 auf 90%, der der Unternehmen blieb konstant bei 1% und der der öffentlichen Institute fiel von 19 auf 9% (RICYT 2010). Der Ausbildungsstand der erfassten Wissenschaftler verschob sich im selben Zeitraum deutlich nach unten: während 1996 noch 78% einen Dokortitel aufwiesen, sank dieser Anteil 2008 auf 54%. Der Anteil der Magister stieg demgegenüber von 16 auf 39%; die Übrigen hatten keine Graduiertenausbildung absolviert (RICYT 2010).

Die *Output*-Indikatoren Patente und Publikationen bieten ein gemischtes Bild. So stieg die Zahl der erteilten Patente von 787 im Jahr 1990 auf den Höchststand von 3.238 im Jahr 1994, um dann bis 2003 auf nur noch 79 zu fallen; die weitaus meisten Patente wurden dabei an nicht in Venezuela ansässige Antragsteller vergeben. Seit 2004 liegen keine Daten mehr vor (RICYT 2010). Bei den Publikationen ist zwar ein nominaler Anstieg zu verzeichnen – von 519 im *Science Citation Index* für 1990 verzeichneten auf 1.535 im Jahr 2008 – aber bezogen auf jeweils hundert Wissenschaftler ging

die Zahl von 69 im Jahr 1998 auf nur noch 25 im Jahr 2008 (RICYT 2010) zurück.

Die den *Human Resources*- und *Output*-Daten zugrunde liegenden Tendenzen lassen erkennen, dass die massiv erhöhten *Inputs* bislang nicht nur keine Leistungssteigerung des Forschungs- und Entwicklungssektors bewirkt haben, sondern im Gegenteil von einer deutlichen Leistungseinbuße begleitet waren. Dass dieser unerfreuliche Befund in absehbarer Zeit durch bessere Bewertungen ersetzt werden kann, erscheint angesichts der sinkenden Attraktivität der Hochschulen als Betätigungsfeld für den wissenschaftlichen Nachwuchs, der zunehmenden Emigration junger Talente (Mateo/Ledezma 2006) und der fragwürdigen Richtungsentscheidungen des Wissenschafts- und Forschungsplans 2005-2030 wenig wahrscheinlich.

### 3. Wissenschafts- und forschungspolitische Zeitenwende

Der Wissenschafts-, Forschungs- und Innovationsplan 2005-2030 markiert den Beginn eines Paradigmenwechsels in der venezolanischen Wissenschaftspolitik, nämlich den Abschied von der "an der normativen Vision Mertons orientierten Ideologie einer universalen, uneigennützigen, kommunitären und organisiert skeptischen Wissenschaft" (Ministerio de Ciencia y Tecnología 2005: 21-22), mit dem Ziel, eine – an Kuhn und Feyerabend orientierte –

neue Wissenschafts- und Technikkultur aufzubauen, [...] in der eine angepasste, ganzheitliche, kollektiv produzierte Wissenschaft, Technik und Innovation gefördert wird, welche der Inklusion und dem Leben auf dem Planeten verpflichtet sind (Ministerio de Ciencia y Tecnología 2005: 72).

Abgesehen von der soziologistischen Reduktion von Wissenschaft auf den – obendrein mit dem normativen in einen Topf geworfenen – strukturfunktionalen Ansatz der Sozialwissenschaften unterwirft diese Richtungsentscheidung Forschung und Lehre einem regierungsamtlichen Anpassungsgebot und fällt mithin genau auf die von Merton kritisierte unethische Anti-Wissenschaft zurück, der er sein durch die vier oben angeführten Kennzeichen (engl. CUDOS: *Communalism, Universalism, Disinterestedness, Organized Scepticism*) charakterisiertes, demokratisch-ethisches Konzept entgegengesetzt hatte. Forschung wird nunmehr so verstanden, wie Mario Bunge es scharfzüngig kritisiert hat:

[...] eher ein gesellschaftliches Unterfangen als Ergebnis individuellen Denkens, das die Tatsachen kollektiv konstruiert, anstatt sie zu untersuchen; das nicht nach objektiven Erkenntnissen über die Wirklichkeit strebt und dessen Ergeb-

nisse nicht allgemein, sondern nur lokal gültig sind, weil sie vom materiellen Interesse und Konsens abhängen [...] (Bunge 2006: 13, Übersetzung F.W.).

Die Zusammensetzung der Strategiekommission, die den Plan ausgearbeitet hat, mag diese Verengung erklären: sechs Sozialwissenschaftler, eine Zahnärztin, ein Biologe. Keines der acht Mitglieder der Kommission war im eingangs erwähnten PPI-Programm als Wissenschaftler akkreditiert. Man darf daher vermuten, dass die – keineswegs hohe – Messlatte der Aufnahmekriterien ihre individuellen Leistungsnachweise überstieg.<sup>1</sup> Es liegt nahe, angesichts so gearteter Entscheidungsprozesse zu weitreichenden wissenschaftspolitischen Weichenstellungen eindeutig wissenschaftspopulistische Tendenzen zu konstatieren.<sup>2</sup>

Was unter einer “angepassten” Forschung und Lehre zu verstehen ist, erläuterte in aller Offenheit der Vizerektor der *Universidad Nacional Experimental de la Fuerza Armada* (UNEFA), mit über 200.000 Studenten neben der *Universidad Bolivariana de Venezuela* (UBV, 240.000 Studenten) die zweite von der Chávez-Regierung gegründete Massenuniversität: “die UNEFA ist ein Bollwerk der Revolution im Kampf gegen die Tendenz zur Privatisierung der Bildung in unserem Land” (Rojas 2010). Seinen Angaben zufolge beschäftigt die Einrichtung 20.000 Professoren und Dozenten, die in 87 über das gesamte Land verteilten Zentren wirken. Die wissenschaftliche Qualifikation dieses akademischen Personals mag man aus der Tatsache ablesen, dass ganze 17 dieser 20.000 – bei der noch größeren UBV sind es 20 – offiziell als Wissenschaftler akkreditiert sind.

Der unter dem programmatischen Titel “Aufbau einer nachhaltigen Zukunft” vorgelegte “Nationale Plan für Wissenschaft, Technologie und Innovation” besteht aus den Teilen “Analyse”, “Diagnose” und “Strategie” sowie einem “Methodenanhang”. Die beiden erstgenannten Teile umfassen 72 Sei-

1 Der Vorsitzende der Venezolanischen Akademie für Naturwissenschaften, Claudio Bifano, beklagte in einer von *Science* veröffentlichten Erklärung die Politik der venezolanischen Regierung, wichtige Posten im Wissenschaftsmanagement mit Loyalisten statt kompetenten Fachleuten zu besetzen (Bifano 2009).

2 Albornoz spricht in Anlehnung an McGuigan von Kulturpopulismus (Albornoz 2003: 95); zur Charakterisierung des regierungsamtlichen Wissenschaftsplans erscheint die Bezeichnung “Wissenschaftspopulismus” eher geeignet, denn es werden nicht nur die lokalen symbolischen Erfahrungen und Praktiken zur “wahren” Kultur erklärt, sondern auch in personell und logistisch höchst fragwürdig ausgestatteten Einrichtungen schulische und akademische Grade vergeben, ohne dass auch nur ein Bruchteil des jeweiligen Fachwissens vermittelt werden konnte. In Venezuela kann man z.B. über die verschiedenen Missionen in 7-8 Jahren eine Ausbildung vom Analphabeten zum Mediziner durchlaufen.

ten und präsentieren ein parteiisches<sup>3</sup> und, wie die bereits erwähnten Aspekte unschwer vermuten lassen, vor allem postmodern geprägtes Bild der Dynamik des venezolanischen Wissenschafts- und Forschungsbereichs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Datengestützte Kritik der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung überwiegt, Wissenschaft und Forschung werden nur oberflächlich empirisch erfasst. Es folgen letztlich antimoderne und antiwissenschaftliche Schlussfolgerungen, insbesondere im Hinblick auf die lokale und dem Alltagsleben zugewandte Bestimmung von Wissenschaft und Forschung (Ministerio de Ciencia y Tecnología 2005: 72). Der knappe strategische Teil wandelt die antiwissenschaftliche Diagnose in antiwissenschaftliche Langfristplanung. Unter der Losung „Neue Wissenschaftskultur“ soll sich eine „fragmentierte, individualistische, in Disziplinen geteilte und lineare“ zu einer „partizipativen, dialogischen, kollektiv organisierten, transdisziplinären und ganzheitlichen“ Kultur mausern. Die strategischen Ziele sind dabei „wissenschaftliche und technologische Autarkie“, „Wissenschaft und Technologie der sozialen Inklusion“ und „nationale Kapazität in Wissenschaft und Forschung“ (Ministerio de Ciencia y Tecnología 2005: 85). Deutlicher kann man eine Abkopplungsstrategie in Richtung Vergangenheit kaum formulieren.

Der Methodenanhang verdeutlicht in aller Klarheit, dass die Bestandsaufnahme der Kommission zur Wissenschafts- und Forschungspolitik einseitig ausgerichtet war. Während die Angaben über die angewandten sozialwissenschaftlichen Techniken wie Umfrage und Gruppendiskussion den Standards zweifelsfrei genügen, lassen die Informationen über den „partizipativen“ Charakter des Entscheidungsprozesses deutlich erkennen, dass die propagierte „Inklusion“ vor allem Exklusion der als regimekritisch angesehenen Institutionen und Vertreter des Wissenschafts- und Forschungs-*„Establishments“* bedeutet. Nicht ein einziger Vertreter der Führungsriege der autonomen Universitäten wurde konsultiert und die „regionenzentrierten“ Gruppendiskussionen fanden weitgehend ohne Beteiligung der dort jeweils ansässigen, im Wissenschaftlerprogramm PPI akkreditierten Fachleute statt, wie aus den regionenspezifischen Listen hervorgeht (Ministerio de Ciencia y Tecnología 2005: 147-158).

---

3 Präsident Chávez ist die am häufigsten genannte Ideenquelle für die Wissenschafts- und Forschungspolitik und das Mantra des Endogenismus bleibt auf kaum einer Seite unerwähnt.

Nach der Verabschiedung des Wissenschafts- und Forschungsplans 2005 wurde das Wissenschaftsbudget zugunsten der parastaatlichen "Mission Wissenschaft" (Misión Ciencia 2010) umgeschichtet, der mehr als die Hälfte der Mittel zugewiesen wurden (Requena 2010b: 441; Freites/Ruiz Calderón 2008); einige klassische Programme (z.B. in den Bereichen Projektfinanzierung, Reisemittel, Wissenschaftlerförderung PPI) sind Opfer einer Ausschleichungstaktik. Berichte über die im Rahmen der "Mission" erzielten Ergebnisse liegen nicht vor bzw. werden nicht bekannt gegeben. Die oben aufgeführten Daten über die Gesamtheit der registrierten Wissenschaftler lassen allerdings vermuten, dass das Ziel, in zehn Jahren 12.000 neue Wissenschaftler auszubilden, nach nunmehr fünf Jahren Aktivität der Mission in noch weitere Ferne gerückt ist. Diese Vermutung wird auch durch die Tatsache gestützt, dass die Internet-Seite der "Mission Wissenschaft" seit 2006 nicht aktualisiert wurde (letzter Zugriff 23.12.2010). In diesem Zusammenhang beklagt die Venezolanische Wissenschaftsvereinigung (*Asociación Venezolana para el Avance de la Ciencia*, AsoVAC) die finanzielle Auszehrung dieses Bereichs; die am Bruttoinlandsprodukt gemessenen hohen Ausgaben für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung kämen nicht bei denen an, "die sich der Wissenschaft und Technologie widmen [...] die Korrelation zwischen dem Mitteleinsatz nach dem Wissenschafts-Organengesetz und deren Verwendung durch akkreditierte Wissenschaftler" sei statistisch nicht relevant (AsoVAC 2010). Es ist zu befürchten, dass die rückwärtsgewandte, antiwissenschaftliche Ausrichtung der Wissenschafts- und Forschungspolitik dem Land Zukunftskosten aufbürdet, die es noch fester in der Vergangenheit verankern.

## Literaturverzeichnis

- Albornoz, Orlando (2003): *Higher Education Strategies in Venezuela. Higher Education Changes under a Revolutionary Government and the Threats to Academic Freedom and Institutional Integrity*. Caracas.
- AsoVAC (Asociación Venezolana para el Avance de la Ciencia) (2010): *Kommuniqué zur Finanzierung des venezolanischen Wissenschaftssystems* (<[www.asovac.org/2010/08/06/alerta-sobre-la-situación-del-financiamiento-del-sistema-científico-en-venezuela](http://www.asovac.org/2010/08/06/alerta-sobre-la-situación-del-financiamiento-del-sistema-científico-en-venezuela)>; 19.11.2010).
- Bifano, Claudio (2009): "Venezuelan Science at Risk". In: *Sciencexpress*, 28.05.2009, S. 1.
- Briceño Gil, Miguel Angel (Hrsg.) (2003): *Universidad, sector productivo y sustentabilidad*. Caracas.
- Bunge, Mario (2006): *Epistemología*. México D.F./Buenos Aires/Madrid.
- Escalante, Juan/Jiménez, Jaime (2003): "Los estímulos a la productividad académica y la producción real en ciencia y tecnología en dos países latinoamericanos. Los casos de México y Venezuela". In: Briceño Gil: *Universidad, sector productivo y sustentabilidad*. Caracas, S. 331-345.
- Freites, Yajaira/Ruiz Calderón, Humberto (2008): "Inventario de la política científica y tecnológica de la V República". In: *Revista Electrónica Latinoamericana de Estudios Sociales, Históricos y Culturales de la Ciencia y la Tecnología*, 2, S. 1-17.
- García-Guadilla, Carmen (2008): *Pensadores y forjadores de la universidad latinoamericana*. Caracas.
- INE (Instituto Nacional de Estadística) (2010): *Indicadores de la Fuerza de Trabajo* (<[www.ine.gob.ve/hogares/SeleccionHogares.asp](http://www.ine.gob.ve/hogares/SeleccionHogares.asp)>; 19.11.2010).
- Leal, Ildefonso (2008): "Venezuela". In: García-Guadilla, Carmen: *Pensadores y forjadores de la universidad latinoamericana*. Caracas, S. 527-558.
- Marcano, Daissy/Phelan, Mauricio (2009): "Evolución y desarrollo del PPI en Venezuela". In: *Interciencia*, 34, 1, S. 17-24.
- Mateo, Cristina/Ledezma, Thais (2006): "Los venezolanos como emigrantes. Estudio exploratorio en España". In: *Revista Venezolana de Análisis de Coyuntura*, 12, 2, S. 245-267.
- Ministerio de Ciencia y Tecnología (2005): *Plan Nacional de Ciencia, Tecnología e Innovación. Construyendo un futuro sustentable. Venezuela 2005-2030* (<[www.oncti.gob.ve/images/marco-legal/PNCTI.pdf](http://www.oncti.gob.ve/images/marco-legal/PNCTI.pdf)>; 19.11.2010).
- Ministerio del Poder Popular para Ciencia, Tecnología e Industrias Intermedias (o.D.): *Programa de Promoción del Investigador, PPI, Serie de Tiempo 1990-2009* (<[www.oncti.gob.ve/phocadownload/Estadistica/informe\\_ppi\\_20092.pdf](http://www.oncti.gob.ve/phocadownload/Estadistica/informe_ppi_20092.pdf)>; 23.12.2010).
- Ministerio del Poder Popular para las Relaciones Exteriores, Comisión de Enlace para la Internacionalización de las Misiones (CEIMS) (2010): <[www.ceims.mre.gob.ve/index.php?option=com\\_content&view=article&catid=23&id=41:mision-ciencia](http://www.ceims.mre.gob.ve/index.php?option=com_content&view=article&catid=23&id=41:mision-ciencia)> (23.12.2010).
- Misión Ciencia (2010): <[www.misionciencia.gob.ve](http://www.misionciencia.gob.ve)> (19.11.2010).
- ONCTI (Observatorio Nacional de Ciencia, Tecnología e Innovación) (2009): *Programa de Promoción del Investigador, Serie de tiempo 1990-2009* (<[www.oncti.gob.ve/phocadownload/Estadistica/informe\\_ppi\\_20092.pdf](http://www.oncti.gob.ve/phocadownload/Estadistica/informe_ppi_20092.pdf)>; 19.11.2010).

- Requena, Jaime (2005): "Dynamics of the Modern Venezuelan Research Community Profile". In: *Scientometrics*, 65, 1, S. 95-130.
- (2010a): "599 Biólogos". In: *Tal Cual*, 13.09.2010.
- (2010b): "Science Meltdown in Venezuela". In: *Interciencia*, 35, 6, S. 437-444.
- RICYT (Red Iberoamericana e Interamericana de Indicadores de Ciencia y Tecnología) (2010): *Indicadores Comparativos* (<[www.ricyt.org](http://www.ricyt.org)>; 19.11.2010).
- Rojas, Jesús (2010): "Interview". In: <[www.noticias24.com](http://www.noticias24.com)>; 15. März (20.09.2010).



Manuel Silva Ferrer

## **Der folgsame Körper der Kultur. Beobachtungen zur Transformation des Kulturbetriebs (1999-2009)**

[...] dies ist eine Ankündigung, es wird Wechsel im “bullpen”<sup>1</sup> geben. [...] Es ist die Stunde gekommen, um mit der kreativen und befreienden Kulturrevolution zu beginnen, dies haben wir vorbereitet [...] wie schwierig diese Welt der Kultur ist, ohne Zweifel hat es große Fortschritte im Land gegeben [...], aber die Kultur wurde immer elitärer [...] Prinzen, Könige, Erben und ganze Familien haben sich der Institutionen bemächtigt, [...] die dem Staat gehören, außerdem möchten sie durchsetzen, was sie denken, d.h. sie glauben es handele sich um autonome Regierungen.

Hugo Chávez in  
*Aló presidente*, 59 (21.01.2001).

### **1. Einführung**

Um die Transformationen der venezolanischen Kultur im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu verstehen, müssen wir uns vor Augen führen, dass die Kultur dort stets vom Handeln des Staates geprägt war. Dies ist eine Folge der Modernisierungsprozesse seit den 1920er Jahren, mit denen der Staat zum Hauptverwalter des nationalen Reichtums und der Produktion wurde. Von einem “magischen Staat” (Coronil 1997) wurde gesprochen, andere Autoren haben stärker den Aspekt der Ölrrente in den Vordergrund gerückt (vgl. Boeckh in diesem Band).

Die unter der Diktatur von Juan Vicente Gómez (1908-1935) geschaffene “Struktur des Öls” (Santaella 1985), die von den demokratischen Regimen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fortgesetzt wurden, führte zu einem staatlich finanzierten System der Kulturproduktion. Nach den Worten von Nestor García Canclini handelte es sich im lateinamerikanischen Kontext um eine “im Alltagsleben und der politischen Kultur sichtbar werdende Säkularisierung”, die den Eliten und den entstehenden Mittelschichten

---

1 “Bullpen” ist ein Begriff aus dem Baseball. Er bezeichnet den Bereich, in dem sich der Pitcher aufwärmt, bevor er auf das Spielfeld geht. Präsident Chávez verwendet häufig Bezeichnungen aus diesem von ihm bevorzugten Spiel. Wahrscheinlich meint er mit “bullpen” hier den Kulturbereich.

als Anzeichen einer relativen Autonomie und “sozio-ökonomischen Modernisierung” galt (García Canclini 2001: 95).

Die venezolanische Besonderheit im Vergleich zu anderen südamerikanischen Staaten lag in der herausragenden Rolle des Staates, denn er übernahm die Förderung und Finanzierung der Wissenschaften und der Erziehung auf nahezu allen Ebenen. Auch der private Sektor konnte mit staatlicher Hilfe rechnen, der ölreiche Staat war noch nicht einmal auf das private Mäzenatentum angewiesen. So entstand ein Staatsmonopol im Bereich der Museen, der Musik, des Tanzes, der Theater und Bibliotheken. Eine nicht unerhebliche staatliche Finanzierung zeigte sich auch beim Film, bei den Verlagen und sogar bei einzelnen privaten Kulturorganisationen. Aus dieser kulturellen Struktur rund um den Ölstaat ergab sich eine Kulturpolitik, die – ohne in allen Punkten immer zu überzeugen – zu einer “Substitution der Importe” im Bereich der gehobenen Kultur führte (Miceli 1979).

Diese Staatszentrierung der Kultur hielt in den 1980er Jahren an, da die damalige ökonomische Krise zu einem Rückgang der noch vorhandenen privaten Kulturaktivitäten führte. Im Jahrzehnt von 1999 bis 2009 nahm dann aufgrund der veränderten politischen Situation sowie der hohen Rohstoffpreise das Interesse des Staates an der Expansion und Kontrolle der Kultur erneut zu.

Der Prozess der Transformation des kulturellen Bereiches in Venezuela begann zunächst langsam mit der Verabschiedung der neuen Verfassung 1999. Bis zum Staatsstreichversuch im April 2002 verliefen die Ansätze zur Neuausrichtung der Kultur im Rahmen einer relativen institutionellen Normalität. Erst in Reaktion auf den Staatsstreich begann ein Versuch zur Re-Formatierung, der darauf hinausläuft, dass die neue Regierung die Mittel und Institutionen der Kultur unter staatlicher Kontrolle monopolisieren möchte.<sup>2</sup>

Diese Re-Formatierung zielt auf die direkte Übernahme des staatlichen Kultursektors durch diejenigen Gruppen, die sich mit der bolivarianischen Revolution identifizieren. Damit sollen die traditionellen Kulturträger verdrängt werden. Dadurch ergeben sich eine Reihe von Brüchen im kulturellen Prozess und im Übergang zur Modernität in Venezuela: 1. Eine Verdrängung der traditionellen Kultureliten; 2. der sukzessive Verlust relativer Autonomie des Kultursektors, als Ergebnis einer Disziplinierung der kulturellen Institutionen sowie deren Fremdbestimmung durch die Politik und die Akteure der

---

2 Der Begriff “Re-Formatierung” wurde in Anlehnung an Brunner/Barrios/Catalán (1989) gewählt, wo mit Blick auf Chile von einer “defensiven ideologischen Einbindung” die Rede ist.

neuen Regierung; 3. ein Auswandern der Kultur aus der öffentlichen in die private Sphäre sowie eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Ökonomie und Kultur.

## 2. Die Verdrängung der alten Kultureliten

Der Prozess der Monopolisierung und der Re-Formatierung des öffentlichen Kultursektors begann mit dem im Januar 2001 verordneten Wechsel in der Spitze der wichtigsten Kulturinstitutionen. Präsident Chávez verkündete im Stil eines Baseballspielers in seinem Fernsehprogramm die Absetzung der wichtigsten Führungspersönlichkeiten der venezolanischen Kultur, unter ihnen Sofía Imber, Direktorin des Museums für Zeitgenössische Kultur von Caracas, José Ramón Medina, Präsident der *Biblioteca Ayacucho* und Oscar Sambrano Urdaneta, Präsident der *Casa de Bello*. Er tat dies unter der Ankündigung einer kulturellen Revolution, die eine Art Erdrutsch auslöste. Der Schriftsteller Luis Britto García nannte es den *culturazo*.<sup>3</sup> Dies bedeutete die Verdrängung der traditionellen Kultureliten. Gleichzeitig traten die staatlichen Institutionen dank des Anstiegs der Ölpreise wieder in einen Expansionsprozess ein.

Es kam zur Abwanderung von Autoren, Forschern, Kritikern, Kuratoren und Kulturverwaltern. Sie gehörten zu einer verdienstvollen Gruppe, die der Staat in vier Jahrzehnten aufgebaut hatte. Zwei parallele Entwicklungen lassen sich festhalten: 1. Der Ausschluss durch die politischen Vorgaben der neuen Regierung; 2. Der Selbstausschluss von Künstlern, Schriftstellern und Produzenten, der sich im Rückzug von Werken und Manuskripten zeigte, und in der Suche nach alternativen Formen der Produktion von Kultur.

Der größte staatliche Verlag Monte Avila Editores verlor seine eigentliche Finanzierungsquelle, denn die wichtigsten venezolanischen Intellektuellen gehörten – zumindest bis 1999 oder sogar bis 2003, d.h. bis der staatliche Verantwortliche für die Kultur, der bildende Künstler Manuel Espinoza, aufhörte –, zu diesem Verlag. Nun wurden sie aus der Förderung genommen, ihre Werke nicht wieder aufgelegt, weil sie sich nicht mit dem bolivarianischen Projekt identifizierten. Meist lief es einfach auf das Einfrieren bzw. das Einstellen der staatlichen Förderung hinaus. In einigen Fällen wurden die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten entzogen. Am auffälligsten war die Plünderung der Niederlassung des *Ateneo de Caracas*, eine der ältesten kul-

---

3 *Aló Presidente*, 59, vom 21.01.2001 <[www.alopresidente.gob.ve/materia\\_alo/25/p--21/tp--26/](http://www.alopresidente.gob.ve/materia_alo/25/p--21/tp--26/)>.

turellen Einrichtungen und einer der wenigen Orte, wo künstlerische Experimente in Venezuela stattfanden. Hinzu kam die Beschlagnahmung der Theater "Teresa Carreño", des Nationaltheaters und des Städtischen Theaters in Caracas, die im Folgenden nicht mehr ausschließlich für kulturelle Zwecke genutzt wurden. Mittlerweile finden dort hauptsächlich offizielle Veranstaltungen der Regierungspartei bzw. des Präsidenten statt.

Ähnliches passierte im Bereich der bildenden Kunst, wo sich Künstler und Artisten jeder Identifikation mit offiziellen Einrichtungen entzogen hatten, wie im Museum für die Schönen Künste, in der Galerie für Nationale Kunst, dem Museum für Zeitgenössische Kunst von Caracas und dem Museum "Alejandro Otero". Dies alles sind Organisationen, die internationale Anerkennung besaßen und für die Darstellung und Legitimation der venezolanischen Künstler außerordentlich wichtig waren. Aus diesen Einrichtungen verschwanden individuelle Ausstellungen zugunsten großer kollektiver Expositionen. Eingeschränkt wurden die Anschaffung neuer Kunstgegenstände, Forschungsprojekte, die überhaupt erst die museologische Arbeit rechtfertigen, die nationalen Biennalen und fast alle internationalen Ausstellungen. Auch die Förderer und privaten Promotoren dieser Einrichtungen sowie ihr Publikum zogen sich zurück. Offizielle Statistiken, die einen exakten Vergleich aufgrund der aktuellen Besucherzahlen von öffentlichen Einrichtungen zulassen, sind derzeit schwer zu erhalten. Aber jeder Kenner der Materie kann leicht feststellen, dass Museen, Galerien, Theater und Kinos, die sich im staatlichen Besitz befinden, einen starken Besucherrückgang verzeichnen.

### **3. Der Verlust der relativen Autonomie des öffentlichen Kultursektors**

Der Verlust der relativen Autonomie des wichtigen öffentlichen Sektors im Kulturbereich läuft *de facto* auf eine Unterordnung unter politische und ideologische Interessen hinaus. Dadurch kam es zu einem Qualitätsverlust und einem Niedergang des Pluralismus, der zumindest ansatzweise in den Modernisierungsprozessen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden war. Während also die Regierung eine breite Politik der Inklusion ankündigt, setzte sie *de facto* systematische Formen der Exklusion durch, bei der die staatlichen Institutionen zugunsten spezifischer Gruppen ausgerichtet wurden. Die historisch ohnehin schwach ausgebildeten Grenzen zwischen Staat und Regierung verschwanden fast vollständig.

Mit der Schaffung des Kulturministeriums 2005 nahm der staatliche Expansionsprozess zu.<sup>4</sup> Im gleichen Jahr entstand die "Misión Cultura", d.h. ein Programm zur Förderung von Kulturträgern auf kommunaler Ebene, die wie die anderen "Misionen", zur Stärkung klientelistisch ausgerichteter Volksorganisationen dienen soll, die eine Wahlgrundlage der bolivarianischen Revolution abgeben. In diesem Zusammenhang wurde die *Universidad Bolivariana de Venezuela* mit zahlreichen Niederlassungen im Lande gegründet, die auf eine Schwächung der Autonomie der anderen Universitäten abzielte. Die vom Staat unterstützten Verlage erfuhren eine Neuausrichtung: Im Jahr 2006 wurde der Verlag *El perro y la rana* geschaffen, diese Einrichtung fördert preisgünstige Publikationen mit hoher Auflage und weiter Verbreitung, sie übernahm damit die Rolle, die traditionell der *Biblioteca Ayacucho* und *Monte Avila Editores* zukam. Die Verdrängung dieser beiden Verlage erfolgte über das langsame Verschwinden von Neuauflagen venezolanischer und lateinamerikanischer Autoren, die beiden Unternehmen ein gewisses internationales Prestige verliehen hatte. Stattdessen wurden bislang unbekannte Werke neuer Autoren aufgelegt.

Dazu gehört auch die direkt oder indirekt vom Staat finanzierte Filmproduktion, sowie Radio- und Fernsehstationen unter staatlicher Kontrolle, die eine immer stärker propagandistische Ausrichtung aufweisen. In diesem Zusammenhang tauchten in den öffentlichen Bibliotheken des Landes die sogenannten *Colecciones ideológicas* auf, während gleichzeitig eine Reihe von Büchern aus dem Sortiment verschwanden und zwar mit dem Argument, dass es sich um nicht mehr aktuelle Texte handele, sie sich in einem schlechten Zustand befänden oder nicht mehr den neuen Anforderungen entsprächen. In der Presse wurde die Aussonderung bzw. der Verkauf als Altpapier von 62.262 Büchern der öffentlichen Bibliotheken des Staates Miranda in den Jahren 2007 und 2008 bekannt, die nicht den offiziellen Normen zur Behandlung bibliografischen Gutes entsprach, wie es die Nationalbibliothek vorsieht. So wurden z.B. 6.000 Bände von Rómulo Gallegos ausgesondert, gleichzeitig wurde die Büste des berühmten Schriftstellers und Ex-Präsidenten, der Mitglied der AD-Partei war, aus dem Präsidentenpalast von Miraflores entfernt. An seine Stelle trat ein Konterfei von Cipriano Castro, ein nationalistischer Führer des sogenannten "gelben Liberalismus" vom Ende des 19. Jahrhunderts, der als ein Vorläufer der bolivarianischen Revolution präsentiert wird. Nun erscheinen Buchsortimente, die die Verdienste

---

4 Davor bestand der *Consejo Nacional de la Cultura* (CONAC) wie in anderen lateinamerikanischen Ländern.

der bolivarianischen Revolution und das Programm des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" verbreiten sollen. Dazu gehören auch die Reden von Chávez und andere offizielle Veröffentlichungen.

Am 27. Mai 2008 wurden Dekrete verabschiedet, mit denen Namen und Statuten aller staatlichen Kulturinstitutionen modifiziert wurden, um sie auf die "Schaffung der sozialistischen Gesellschaft" auszurichten. So verstärkte sich die Abhängigkeit des Kultursektors von der neuen Regierung.<sup>5</sup> Das offenkundigste Beispiel der Re-Formatierung und des Verlustes der relativen Autonomie des kulturellen Sektors ist jedoch der Ausbau des Kommunikationsapparates in staatlicher Hand, der sich unter Regierungskontrolle befindet. Dieser Prozess bestätigt die Feststellungen von Jesús Martín-Barbero (1987), in denen er auf die strategische Rolle technologischer Mittel bei der Konstruktion einer kulturellen und politischen Ordnung in Lateinamerika verweist.

Die Subordination der öffentlichen Kultureinrichtungen läuft auf eine "administrative Sinnproduktion" (Brunner/Barrios/Catalán 1989: 52) hinaus – hier im Sinne sich etablierender Machtinteressen. Ein Beispiel dafür ist das "Manifest kultureller Maßnahmen zugunsten des Buches und der Lektüre", das auf die Funktionäre der sogenannten *Plataforma del Libro y Lectura del Ministerio de la Cultura* zurückgeht.

Die Koordinatoren der *Plataforma del Libro y Lectura del Ministerio del Poder Popular para la Cultura* [...] richten uns an das venezolanische Volk, um unsere Verpflichtung gegenüber der Revolutionären Regierung, die der *Comandante Hugo Chávez Frías* anführt, zum Ausdruck zu bringen [...]. Auf der Grundlage der Verfassung der Bolivarianischen Republik Venezuela [...] nehmen wir am Aufbau einer wirkungsvollen Plattform teil, die das Buch als Medium der Kommunikation, als Mittel zur Erziehung der Bürger, der Emanzipation des sozialen Bewusstseins und zum Erhalt des kreativen Erbes unseres Volkes begreift; wir handeln in dem Bewusstsein, dass das Lesen und Schreiben sozialistische Praktiken darstellen. [...] Wir glauben an das Buch als Ausdruck unseres multikulturellen und multiethnischen Charakters, das die endogene Entwicklung und die aktive Partizipation des Individuums in seiner Gemeinschaft auf der Grundlage einer neuen sozialistischen Ethik und Ästhetik fördern soll. [...] In diesem Sinne fordern wir eine gesellschaftliche Ausrichtung der daran beteiligten Personen [...] mit Blick auf ein notwendiges Buch [...], das aus der reichen Essenz des

---

5 *Gaceta Oficial de la República Bolivariana de Venezuela*, 38.939 (27.05.2008). *Decretos*, 6.100 bis 6.121.

heroischen venezolanischen Volkes geschrieben werden soll [...] mit Blick auf den Aufbau eines vom bolivarianischen Sozialismus gelenkten Vaterlandes.<sup>6</sup>

Hiermit werden der Kreativität und der Innovation Grenzen gesetzt und die Produktion von Kultur auf eine ideologische Dimension reduziert. Figuren aus der zweiten Reihe tauchten auf, es wurden Werke ohne wirkliche Bedeutung und mit einem parteilichen Charakter gefördert.

Dieser Verlust an Autonomie des öffentlichen Kulturbereichs zeigt sich auch in der Schaffung des Nationalen Zentrums für Geschichte im Jahr 2007. Diese Organisation wurde als Gegengewicht zur Nationalen Akademie für Geschichte mit dem Ziel gegründet, die "Demokratisierung des historischen Bewusstseins des venezolanischen Volkes" zu fördern.<sup>7</sup> Das Problem bei dieser "Demokratisierung des Bewusstseins" liegt in der Frage, wer über die Auswahl der Begebenheiten und Schlüsselereignisse entscheidet, um sie in das Geschichtsbild zu integrieren. Die Geschichte wird damit Teil einer Machtinterpretation und dient als Legitimationsstrategie in einem Prozess, der nicht auf dem Konsens beruht und keinen freien Umgang mit der Vergangenheit zulässt (Guha 2002: 17-19). Auf diese Weise wurde eine utopisch verklärte Vergangenheit zur selektiven Interpretation der Gegenwart und zur Projektion in die Zukunft instrumentalisiert.

#### *Der Niedergang der traditionellen Kultureinrichtungen*

Michel Foucault (1975) hat gezeigt, dass sich die Ausrichtung gewisser Disziplinen in eine Form von Beherrschung verwandeln kann. Im venezolanischen Fall entbehren diese Herrschaftsformen der "Eleganz", die sich aus den unsichtbaren Mechanismen der Disziplin ergeben, vielmehr folgten die kulturellen Transformationen eher einer autoritären Ausrichtung. Dieser Vorgang ist keineswegs abgeschlossen und die Kultur gerät immer stärker unter den Einfluss der Regierung.

Es handelt sich zunächst um kleinere Vorfälle, die sich allerdings immer schneller wiederholen und sich zu einer Methode der Kulturpolitik entwickeln. Der Staat kontrolliert die Kultur und fördert eine Exklusion unter populistischen und selektiven Vorzeichen mit Aussagen wie: "Das Volk ist die Kultur", "Revolution des Bewusstseins" bis hin zu solchen mit einem

---

6 *Coordinadores y coordinadoras de la Plataforma del Libro y la Lectura del Ministerio del Poder Popular para la Cultura reunidos en Caracas los días 27, 28 y 29 de junio de 2007.*

7 So Aristeles Medina Rubio, Präsident des Nationalen Zentrums für Geschichte in einem Interview der Zeitschrift *Memórias*, 11 (2009), S. 4.

militaristischen Grundzug: "Kampf der Ideen" sowie "Die Woche der Artillerie des Denkens". Eine Reihe von Vorfällen unterstreichen dies: Die Zensur von Theaterstücken im *Centro de Estudios Latinoamericanos Rómulo Gallegos* (Celarg), weil die Hauptdarstellerin sich öffentlich gegen die Schließung des privaten Fernsehkanals RCTV ausgesprochen hatte oder die Absetzung von Stücken mit als politisch inkorrekt interpretierten Passagen in den staatlichen Schauspielhäusern; der Ausschluss von als oppositionell geltenden Verlagen von der internationalen Buchmesse Venezuelas, die offizielle Erklärung, dass ein Schauspieler, der den Aufruf zur Begrenzung des Präsidentenmandates unterschrieben hatte, nicht an staatlich finanzierten Filmen teilnehmen könne oder die Einstellung von öffentlicher Förderung für Kulturorganisationen nach der Devise:

Es werden keine Organisationen oder Personen gefördert, deren öffentliche Verhaltensweisen gefährlich für die psychologische Stabilität und das emotionale Empfinden der Bevölkerung sind, da sie eine offensive Sprache verwenden, disqualifizierend sind und mit öffentlichen Medienkampagnen, die zu diesem Zweck entworfen wurden, manipulieren und lügen.<sup>8</sup>

Zwei Dinge lassen sich festhalten: 1. Die Verdrängung der bisherigen Kulturträger, die ihrerseits zu einem Niedergang der staatlichen Kultureinrichtungen führen; 2. das Auftauchen einer "widerständigen Kultur" als Ergebnis eines Funktionswandels der Kultur von der öffentlichen in die private Sphäre.

#### **4. Das Auftauchen von widerständigen Bewegungen und das Abwandern der Kultur aus der öffentlichen in die private Sphäre**

Als Ergebnis der Polarisierung und Monopolisierung im kulturellen Bereich entstanden neue Formen der Produktion und kulturellen Aneignung im Sinne einer Bewegung, wie sie Michel de Certeau (1980) in seinem Text *Arts de faire* beschrieben hat. Es handelt sich um eine Reihe von verstreuten und kleinen Aktivitäten, die sich zu einer alternativen Strömung verdichteten. Etliche Kulturakteure wanderten sozusagen von der öffentlichen in die private Sphäre. Dadurch entstanden neue Gruppierungen, Institutionen und auch ein neues Publikum für die Kultur. In einigen wenigen Fällen handelte es

8 Das Zitat stammt von den sogenannten technischen Einrichtungen des Kulturministeriums (*Mesas Técnicas Estadales*), die Teil der Kriterien für die Vergabe der Finanzierung an kulturellen Organisationen nach den neuen Kulturverträgen sind. Ausführlicher dazu: *Informe Democracia y Derechos Humanos en Venezuela. Informe Especial de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos*. OEA/Ser.L/V/II. Doc. 54, 30.12.2009.



sich um massive Mobilisierungen wie z.B. bei den Studentenbewegungen, in anderen Fällen um eher unbedeutende Erscheinungen wie kleinere Ausstellungen, Veröffentlichungen oder soziale Netzwerke im Internet. Allerdings sind diese mit einem stillen Einsatz vollbrachten Aktivitäten wichtig, da sie eine Art Auffangmauer gegenüber der offiziellen Zuteilung von Kultur darstellen.

Diese Transformation des kulturellen Sektors ist eine Reaktion auf die staatliche Neukonstituierung der Kultur, die sich aus der Verdrängung der alten Akteure ergab. Sie war auch eine Reaktion auf die Proklamation des "Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Es kam nicht nur zu neuen Positionen in der Kultur, es war auch eine Folge des Rückzugs der Gesellschaft in die private Sphäre. Dort entstanden alternative Lebensformen und zwar in dem Maße, in dem sich die neue Regierung stabilisierte.

Gemeinsam ist diesen Aktivitäten, dass sie eine freie Kultur jenseits staatlicher Disziplinierung anstreben. In einigen Fällen übernahm sie dabei selbst eine politische Rolle. Diese Bewegungen begannen im Jahr 2000 mit der Gründung einer Vereinigung für die Kultur, 2002 folgte eine sogenannte Kulturkoordination – es ging ihnen um die Verteidigung von historisch gewachsenen Kultureinrichtungen. Sie verwandelten sich damit in die ersten widerständigen Organisationen gegenüber dem bolivarianischen Projekt im Kulturbereich. Hinzu trat eine Vielzahl von Gruppierungen unterschiedlicher Ausrichtung, deren gemeinsamer Nenner die Verteidigung der Werte der liberalen Demokratie und der Modernität ist.

Unter diesen Gruppen, Organisationen, Assoziationen und Aktionen, die eigentlich nur ihr "antichavistischer Charakter" verbindet, nahm die Studentenbewegung eine herausragende Position ein. Von Jugendlichen aus der Mittelschicht und aus den privaten Universitäten getragen, die von Chávez als "pitiyankees" und "Vatersöhne" bezeichnet wurden, tauchte sie mit den Protesten gegen die Schließung des Fernsehsenders RCTV auf. Ihr wird eine tragende Rolle bei der Niederlage der Regierung bei der Verfassungsreform im Jahr 2007 zugebilligt. Weniger kraftvoll präsentierten sie sich später bei verschiedenen Veranstaltungen, wobei sie vorübergehend zur wichtigsten Oppositionsbewegung gegenüber der Regierung wurden.

Anfangs waren diese neuen Akteure praktisch nicht institutionalisiert. Nach dem Staatsstreich von 2002 und dem Erfolg von Chávez im Referendum von 2004 gewann dieser Aspekt allerdings an Bedeutung. Denn damals wurde deutlich, dass die Regierung durch die hohen Ölpreise stabilisiert werden würde.

#### *4.1 Die Geburt neuer kultureller Organisationen*

Die Migration der Kultur in die private Sphäre schuf neue kulturelle Formen. In Caracas geschieht dies in Einkaufszentren, kleinen Lokalen, alten Theatern, in Salons von Bürgerhäusern, in Bars etc. Sie gewähren Unterschlupf für Filmvorführungen, kommerziell ausgerichtete Theater, Räume für Künstler, die eine Gelegenheit suchen, um ihre Werke vorzustellen und für Schriftsteller, die Büchereien und Zentren suchten, wo sie ihre Veröffentlichungen verkaufen und zeigen können.

Das Auftauchen neuer Kulturorganisationen privaten Charakters hatte zwei Effekte: 1. Es erlaubte eine gewisse Erneuerung kreativer Energien, die sich nach der langen Zeit der Monopolisierung kultureller Aktivitäten durch den Staat erschöpft hatten. 2. Diese Entwicklung führte auch dazu, dass das künstlerische Schaffen, traditionell in einen eher wissenschaftlichen und einen kommerziellen Sektor geteilt, nun einer minimalen ökonomischen Rentabilität bedarf, um überleben zu können. Da sie sich nun auf dem Unterhaltungsmarkt befinden, bedeutet dies einen Sprung von der langjährigen strukturellen Übereinstimmung mit der staatlichen Politik zu einer Übereinkunft mit der Wirtschaft. Diesen Vorgang hat Arjun Appadurai (1996) als Teil einer neuen globalen Kultur beschrieben, eine komplizierte Mischung mit Randlagen, die sich in einem Spannungsfeld zwischen Homogenisierung und kultureller Heterogenität befinden.

Die negativen Auswirkungen dieser Veränderungen treffen vor allem die traditionellen Kulturformen. Nachdem sie aufgrund ihres elitären Charakters von dem revolutionären Projekt abgelehnt wurden, finden sie gleichzeitig kaum Unterstützung durch die Marktkräfte. Auf diese Weise haben das Autorenkino und -theater, der moderne Tanz und die Avantgardekunst an Einfluss verloren, da praktisch nur diejenigen Kunstformen überleben können, die eine ökonomische Rentabilität aufweisen.

#### *4.2 Vom staatlichen Autoritarismus zum Autoritarismus des Marktes*

Um die Komplexität der Migration der Kultur von der öffentlichen in die private Sphäre zu verdeutlichen, sollen zwei Merkmale genannt werden: eines bezieht sich auf die sogenannte höhere Kultur, das andere auf die Kulturindustrie.

Im Bereich der höheren Kultur erkennen wir beim Übergang in den privaten Bereich zwei Phänomene: 1. Den Rückgang einzelner Kulturformen, etwa im Bereich der Oper, des Tanzes, des anspruchsvollen Kinos und des Essays oder des Autorentheaters, d.h. Kulturformen, die ohne staatliche För-

derung in Venezuela keine Chance besaßen. 2. Die Ausrichtung an die Anforderungen des Marktes und der Kulturindustrie, wie es im Bereich der Literatur, beim Film und beim Theater der Fall ist. Zunehmend prägen kommerzielle Strategien die Kultur und nicht umgekehrt (Yúdice 2002). Am auffälligsten ist dies beim Theater. Das Auftauchen kleiner Vorführungsräume an alternativen Standorten hat nicht zu größerer Kreativität geführt, sondern zu Präsentationen von zweifelhafter Qualität, deren Ziel es ist, unter allen Umständen finanzielle Einnahmen zu erwirtschaften. Es handelt sich um kurze Stücke mit geringen Kosten und minimalen intellektuellen Ansprüchen, die in den allermeisten Fällen von Schauspielern interpretiert werden, die aus dem Fernsehen kommen. Sie zielen auf ein zahlungskräftiges Publikum.

Bei den Produkten der Kulturindustrie machen sich die zunehmenden wirtschaftlichen Einschränkungen bemerkbar. Der größte Einfluss geht von der Wechselkurskontrolle aus, die 2003 eingeführt wurde, um nach dem Streik in der Ölindustrie die Kapitalflucht zu verhindern. Dies erschwert den Import von Filmen, Büchern, Schallplatten, Künstlern und Darbietungen. Gleiches gilt für den Kauf von Autorenrechten oder mögliche Finanzierungen durch ausländische Unternehmen, aber auch für den Kauf von Papier, Tinte, Filmmaterial bzw. Ersatzteilen für Vorführgeräte oder Druckereien.

Für die Kultur waren die Effekte verheerend: Die internationale Schallplattenindustrie, die sich der Konkurrenz der Raubkopien ausgesetzt sieht, ist kaum noch präsent. Nur eine kleine Gruppe von Kleinhändlern überlebt, die sich angesichts bürokratischer Schwierigkeiten, an Devisen zu gelangen, auf den Schwarzmarkt konzentrieren muss, wo der Preis für den Dollar dreimal so hoch liegen kann wie der offizielle Kurs. Schallplatten aus dem Ausland können deshalb 40-50 US-Dollar kosten; der Filmvertrieb kann sich nur bei hohen Besuchszahlen halten. Mittlerweile gibt es im Lande keinen einzigen unabhängigen Filmverleiher mehr, deshalb muss sich das aktuelle Angebot noch stärker als früher am Publikumsgeschmack orientieren. Die wenigen nationalen Uraufführungen finden bei kleinen Festivals statt, die mit Unterstützung ausländischer Botschaften in alternativen Vorführungsräumen gezeigt werden.

Die Entwicklung im Verlagswesen ist widersprüchlich. Internationale Neuheiten kommen selten und nur mit wenigen Exemplaren nach Venezuela. Die Preise sind mit die höchsten auf der Welt. Um an offizielle Devisen zu gelangen, müssen Buchimporteure eine Vorgabe des Handelsministeriums erfüllen, der sie dazu zwingt, eine Bescheinigung vorzulegen, wonach

es keine nationale bzw. eine nicht ausreichende Produktion zu diesem Bereich gibt.<sup>9</sup> Aus diesem Grunde findet man kaum international bekannte Autoren, es sei denn, sie würden einen hohen Absatz garantieren, aber auch kaum nationale Autoren, die einen Vertrag mit einem ausländischen Verlag haben. Der Rückgang der ausländischen Veröffentlichungen, so Schätzungen von Verlegern und Vertretern der venezolanischen Kammer des Buches, könnte bei über 60% liegen. Und die wenigen Ausnahmen beziehen sich auf Bestseller oder Bücher zur Lebenshilfe. Neue Bücher können auf dem Schwarzmarkt nach dem offiziellen Kurs 100-150 US-Dollar kosten. Ähnliches gilt für Spezialliteratur und wissenschaftliche Zeitschriften, die an Bibliotheken oder Forschungszentren geliefert werden. Zwar besteht das Internet, aber nur eine sehr kleine Gruppe in Venezuela kann *online* Bücher mit US-Dollar kaufen. Immer stärker macht sich deshalb die kulturelle Isolierung bemerkbar.

Das Gegenbild zu dem von der transnationalen Unterhaltungsindustrie dominierten privaten Sektor bildet die sogenannte Bücherplattform, die das Kulturministerium eingerichtet hat und die allein zwischen 2004 und 2009 rund 1.400 Titel veröffentlicht hat, d.h. rund 25% der nationalen Produktion.<sup>10</sup> Seit der Gründung des Verlages *El perro y la rana* und der Gründung einer staatlichen Druckerei hat das staatliche Verlagswesen enorm zugenommen, die offiziellen Zahlen sprechen von 40 Mio. Exemplaren. Allerdings liegen keine verlässlichen Zahlen über die Verteilung vor, weshalb es jede Art von Vermutungen über die tatsächliche Leserschaft und die Rezeption gibt. Dazu zählen auch Auflagen von bis zu 35.000 Exemplaren, die kostenlos oder zu einem symbolischen Preis von umgerechnet zwei oder drei offiziellen US-Dollar pro Exemplar verkauft werden. Einer der interessantesten Aspekte dieser Expansion ist das Aufkommen kleiner regionaler Verlage, die lokale Autoren mit rund 500 Exemplaren veröffentlichen und deren Vertrieb über einen nationalen Verteiler und die staatliche *Red de Librerías del Sur* erfolgt.

9 Es handelt sich um die *Resolución*, 273, vom 03.03.2008, erschienen in der *Gaceta Oficial*, 38.882.

10 Die sogenannte "plataformas sectoriales" sind das Ergebnis einer Reorganisation des staatlichen Kultursektors seit der Besetzung des nationalen Kulturrates durch ein Kulturministerium. Im Bereich des Buches besteht er aus: Monte Avila Editores, *Biblioteca Ayacucho*, *Casa Nacional de las Letras Andrés Bello*, *Centro de Estudios Latinoamericanos Rómulo Gallegos*, Verlag *El perro y la rana*, "Imprenta de la Cultura" und *Red de Librerías del Sur*.

#### 4.3 Der Aufschwung der neueren venezolanischen Literatur

Angesichts dieser Widersprüche im Verlagswesen, die sich einerseits aus der ideologischen Ausrichtung der staatlichen Produktion und andererseits aus den kleinen neuen Verlagen ergeben, hat die venezolanische Literatur den Weg in die private Sphäre genommen, nachdem sie aus der staatlichen Förderung herausfiel. Seit 2003 hat es einen regelrechten Verlagsboom gegeben. Im Zusammenhang mit einer Reihe wichtiger Veröffentlichungen entstand ein neues Publikum innerhalb und außerhalb des Landes. Zu den Verkaufserfolgen kamen wichtige internationale Preise. In diesem Kontext haben Verlage wie Alfaguara, Alfa, Alfadil, Random House Mondadori – mit seiner lokalen Ausgabe *Debate* –, Equinoccio, Ediciones B, Norma, Puntocero und kleinere Verlage eine Rolle gespielt. Sie haben indirekt von den Restriktionen für importierte Bücher profitiert, indem sie Programme mit nationalen Verlagen und neuen Autoren auflegten. Gleichzeitig haben sie einen Teil der Autoren übernommen, die die staatlichen Verlage verlassen haben.

Der Aufschwung geht teilweise auf das Interesse des Publikums für ein besseres Verständnis der aktuellen Entwicklungen im Land zurück. Verschiedene Autoren nutzen die Literatur zur Interpretation einer komplizierten Wirklichkeit. Hierzu zählen eine Reihe von Personen, die unter 30 Jahre alt sind (wie Enza García, Gustavo Valle, Rodrigo Blanco Calderón und andere), deren Werke eine gewisse Kontinuität mit den urbanen Themen aufweisen, die in den 1960er Jahren entstanden und die sich stärker auf das Privatleben konzentrieren. Man kann vermuten, dass dies eine Reaktion auf die Herausforderungen und Bedrohungen durch die äußere Welt war. Es fällt auf, dass die Kurzgeschichte zum wichtigsten Merkmal der venezolanischen Literatur avancierte. Dies gilt für den Sammelband *Las voces secretas. El nuevo cuento venezolano* (López Ortega 2006) oder das 900 Seiten lange Werk *Nación y literatura: itinerarios de la palabra escrita en la cultura venezolana* (Pacheco/Barrera Linares/González Stephan 2006).

Im Kontext einer politischen Polarisierung und der sozialen und kulturellen Veränderungen des Landes haben sich jüngere Journalisten lokalen Themen zugewandt, was zu einem Aufschwung von politischen und historischen Essays führte, zu dem Historiker und Essayisten wichtige Beiträge leisteten. Manuel Caballero, Germán Carrera Damas, Elías Pino Iturrieta oder Ana Teresa Torres haben einzelne Editionen herausgebracht. Auch Autoren wie Inés Quintero oder Tomás Straka ist es gelungen, Essays und Analysen zur historisch-politischen Wirklichkeit des Landes jenseits der akademischen Zirkel zu publizieren. Ein Buch wie *Hugo Chávez sin unifor-*

me (2004), eine Biografie von Alberto Barrera Tizka und Christina Marciano, fand sogar auf dem internationalen Markt Absatz.

Einzelne Werke dieses kleinen Booms seien hier erwähnt: *Falke* von Federico Vegas (2005) schildert das Schicksal einer Gruppe von jungen Idealisten, die gegen die Diktatur von Juan Vicente Gómez kämpfen; *La Enfermedad* von Alberto Barrera Tizka (2006) ist eine persönliche Beschreibung beim Abbau eines Körpers und dem gewundenen Weg zum Tod; *La otra isla* (2006) und *El pasajero de Truman* (2008), zwei eindrucksvolle Bücher, die den Schriftsteller Francisco Suniaga zu einer Figur der nationalen Literatur machten. Hinzu kamen die Werke schon bekannter Autoren: *Lluvia*, ein inhaltsreicher Monolog über das Leben und die Bücher von Victoria de Stefano (2006); *Puntos de Sutura* von Oscar Marciano (2007), ein intensiver Dialog des Abschieds zwischen Vater und Sohn; *Indio desnudo*, eine Sammlung von Erzählungen von Antonio López Ortega (2008) und schließlich *Mariana y los comanches* von Ednodio Quintero (2004), ein spielerisches Buch zwischen Realität und Fiktion.

Dieser Aufschwung der venezolanischen Literatur wurde 2004 von der Verleihung des internationalen "Preises für Poesie und Essay Octavio Paz" an den Schriftsteller Eugenio Montejo gekrönt. Hinzu ging der Literaturpreis "Romances" 2009 auf der Internationalen Buchmesse von Guadalajara an den Dichter Rafael Cadenas und den "Herralde Preis für Romane" 2006 an Alberto Barrera Tizka. Erwähnt seien auch die Schaffung von neuen Literaturpreisen im Land und das überraschende Aufkommen von Buchhandlungen, einigen spezialisierten Veröffentlichungen und unzählige Weblogs, Foren und Literaturzirkel auf hunderten von Seiten im Web. Zwar handelt es sich nicht um ein massives Phänomen mit hohen Auflagen, aber um eine Veränderung des literarischen Feldes, die zumindest erwähnt werden soll. Sie ist ein Ergebnis vom Ende des staatlichen Monopols im Bereich der venezolanischen Literatur. Dies hat durch den Zugewinn eines neuen Publikums und durch die relative Autonomie dieser Literatur sogar zu einer gewissen internationalen Wahrnehmung geführt.

## 5. Radio, Fernsehen und Filme

Seit den 1950er Jahren begannen Radio- und später Fernsehnovellen eine wachsende Rolle zu spielen. In den Zeiten des Neoliberalismus der 1980er Jahre beherrschte die sogenannte "gente bella" das Fernsehen. Es gelang erst dem Schriftsteller Ibsen Martínez mit seinem Drehbuch für "Por estas Calles" die Atmosphäre der Dekadenz, die zur Krise und zum Abgang der Re-

gierung von Carlos Andrés Pérez führte, einzufangen. Er knüpfte damit an die "telenovela cultural" der 1960er Jahre an, die mit bekannten Namen wie José Ignacio Cabrujas, Salvador Garmendia oder Julio César Mármol verbunden wird. In "Auf diesen Straßen" wurden die Armen erstmals zu Protagonisten einer Geschichte, die aus ihrer Perspektive erzählt wurde.

Im vergangenen Jahrzehnt sind in den Nachrichtensendungen und den Telenovelas zunehmend Akteure mit dunkler Hautfarbe zu sehen. Als Beispiel sei die Fernsehnovelle "Negra Consentida" bei Radio Caracas Televisión genannt, die "als Liebesgeschichte zwischen zwei Welten mit unterschiedlichen Farben und Geschmäckern" präsentiert wurde. Damit unternahm man den Versuch, das breite und heterogene gesellschaftliche Spektrum zum Ausdruck zu bringen, auch wenn dies nach wie vor mit Stereotypen einherging. In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass in der am meisten gesehenen Sendung des venezolanischen Fernsehens, "Miss Venezuela" (die Wahl wird von Venevisión übertragen), erst nach 50 Jahren eine farbige Schönheitskönigin gewählt wurde, nämlich 1998 und 2005.

Als Folge der Schließung von Radio Caracas Televisión stieg die Zahl der Zuschauer des Bezahlfernsehens deutlich an. Man geht davon aus, dass die Zuschauerzahl in diesem Bereich in den letzten drei Jahren um 2 Mio. gestiegen ist (*Tal Cual*, 17.05.2010). Wahrscheinlich hat die starke Politisierung und die Art der Präsentation in den öffentlichen Kanälen diesen Vorgang beschleunigt. Ein Teil der venezolanischen Produktion von Melodramen wanderte nach Miami aus, das ohnehin als "kulturelle Hauptstadt des lateinamerikanischen Kontinentes" gilt. Anfang 2010 gab es trotz der langen Tradition keine einheimische Fernsehnovelle, die zur Hauptsendezeit einen der vorderen Plätze erreichte.

Als Folge der Umsetzung der *Ley de Responsabilidad Social de Radio y Televisión* (2005) sollen 50% der Radiosendungen aus traditioneller venezolanischer Musik plus 10% lateinamerikanischer und karibischer Musik bestehen. Dies förderte die lokale Musikproduktion, wozu auch die Schallplatten des Nationalen Jugendorchesters zählte.

Im Zuge des Wirtschaftsbooms zwischen 2003 und 2008 wurden neue Einkaufszentren errichtet, in denen sich auch Kinos befinden. Die erhebliche Zunahme der aufgeführten Filme und Zuschauer muss allerdings differenziert gesehen werden.

### Zahl der aufgeführten Filme und der Zuschauer 1999-2009

Jahr	Venezolanische Filme		Zuschauer venezolanischer Filme		Ausländische Filme		Zuschauer ausländischer Filme	
1999	3	2,36%	303.917	2,25%	127	97,64%	13.157.111	97,75%
2000	8	6,1%	303.909	2,34%	131	93,90%	12.987.373	97,66%
2001	5	3,64%	33.411	0,21%	137	96,36%	15.212.978	99,79%
2002	4	3,1%	172.714	1,02%	129	96,90%	16.776.311	98,98%
2003	1	0,76%	31	0,00018%	130	99,24%	17.040.753	100,00%
2004	4	2,54%	220.390	1,09%	157	97,46%	20.121.485	98,01%
2005	4	2,68%	1.140.545	6,13%	149	97,32%	18.600.284	93,87%
2006	11	6,54%	799.260	4,03%	168	93,46%	19.784.902	95,97%
2007	14	10,37%	1.524.997	6,8%	135	89,63%	22.288.992	93,2%
2008	31	21,93%	819.190	3,34%	155	78,07%	24.522.531	96,66%
2009	8	4,81%	451.209	1,65%	166	95,19%	27.198.472	98,35%

Quelle: Asoinci, Centro Nacional Autónomo de Cinematografía. Eigene Zusammenstellung.

An erster Stelle stehen nach wie vor die nordamerikanischen Produktionen, gefolgt von den europäischen und lateinamerikanischen. Im vergangenen Jahrzehnt erreichten venezolanische Filme im Durchschnitt gerade einmal 2,52% der Kinobesucher und dies trotz der staatlichen Bemühungen, ein nationales Filmnetz zu begründen, zu dem 2009 immerhin 19 moderne Filmsäle und 170 kleinere Präsentationsmöglichkeiten gehören.

Seit den 1980er Jahren war die venezolanische Produktion rückläufig. Als Folge des neuen Filmgesetzes von 2005 wird seitdem eine Steuer zur Finanzierung der nationalen Produktion erhoben, 2006 wurden Filmstudios eingerichtet. Ein Ergebnis war die in quantitativer Hinsicht umfangreichste Filmproduktion in der Landesgeschichte, d.h. 75 Spielfilme und 300 Dokumentarfilme. In der 2006 eingerichteten "La Villa del Cine" werden vor allem Filme mit Themen der bolivarianischen Revolution und ihrer Geschichtsinterpretation produziert. Zu den Werken mit postkolonialem Inhalt gehören zwei Stücke von Román Chalbaud: "El Caracazo" (2005) und "Zamora, tierras y hombres libres" (2009) sowie der filmisch besser gelungene "Miranda regresa" (2007). In diesen Filmen wird der Versuch unternommen, Parallelen zwischen Personen und Situationen herzustellen, deren Leben mehr als 150 Jahre auseinanderliegt.

Eine neuere Entwicklung sind die sogenannten Filme aus den *barrios*. Es handelt sich um nicht-professionelle Produktionen, die das tägliche Leben im Umkreis der städtischen Armut und die dort vorhandenen Probleme



– Gewalt, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Drogen und Korruption der Polizei – zum Thema haben. Dazu zählen Filme wie “Volver al pasado” (2009) von Yósmar Istúriz oder “Azotes de Barrio en Petare” (2006) von Jackson Gutiérrez, die in den *barrios* von Caracas mit Schauspielern aus den jeweiligen Vierteln gedreht wurden. Die Tendenz zum Realismus begann in Venezuela bereits mit “Amanecer a la vida” (1950) von Fernando Cortés und wurde nach dem Erfolg des Filmes “Soy un delincuente” (1976) von Clemente de la Cerda fortgesetzt. Der Unterschied zu den vorherigen Filmen liegt darin, dass nun Schauspieler aus den jeweiligen Armutsvierteln auftreten.

Der vielleicht wichtigste Film der letzten Jahre in Venezuela ist “Postales de Leningrado” (2007) von Mariana Rondón, der Tochter eines Guerillakämpfers aus den 1960er Jahren. Hier wird keine vorher festgelegte Geschichte erzählt, sondern Möglichkeiten für eine selbständige Interpretation eröffnet.

## 6. Fazit

Als Ergebnis einer ideologisch-politischen Re-Formatierung hat der staatliche Apparat an Bedeutung als Mittel zur Schaffung von symbolischem Kapital verloren. Die bisherige Struktur der Kultur, die eine sicherlich unvollständige, aber doch relativ breite und demokratische Verteilung kultureller Ausdrucksformen zuließ, hat sich zugunsten einer staatlichen Produktion rund um die dominierende Machtgruppe gewandelt. Gleichzeitig entstanden Kultureinrichtungen, die unabhängig vom Staat agieren.

Ein Fazit muss von daher sehr widersprüchlich ausfallen. Während die Regierung ihre Dominanz in der öffentlichen Kultursphäre festigt und eine “offizielle Kultur” propagiert, entstehen unter Schwierigkeiten neue Werke, neue Erfahrungen und auch ein neues Publikum. Bemerkenswert ist, dass inmitten der Widersprüche und des Chaos dieser Unwägbarkeiten eines revolutionären Populismus der Intellekt, die Kreativität und die Hoffnung der Menschen einen Aufschwung erleben.

Übersetzung aus dem Spanischen: Nikolaus Werz

### Literaturverzeichnis

- Aló Presidente*, 59 (21.01.2001). In: <www.alopresidente.gob.ve/materia\_alo/25/p--21/tp--26/> (26.01.2007).
- Appadurai, Arjun (1996): *Modernity at Large: Cultural Dimensions of Globalization*. Minneapolis.
- Barrera Tyszka, Alberto (2006): *La enfermedad*. Barcelona.
- Bourdieu, Pierre (1995): *Las reglas del arte. Génesis y estructura del campo literario*. Barcelona.
- Brunner, José Joaquín/Barrios, Alicia/Catalán, Carlos (1989): *Chile: transformaciones culturales y modernidad*. Santiago de Chile.
- Centro Regional para el Fomento del Libro en América Latina y el Caribe (2009): "El Espacio Iberoamericano del Libro 2008". In: <www.cerlalc.org> (15.01.2010).
- Certeau, Michel de (1980): *L'invention du Quotidien I: Arts de faire*. Paris.
- Comisión Interamericana de Derechos Humanos (2009): *Informe Democracia y Derechos Humanos en Venezuela* (OEA/Ser.L/V/II.Doc 54; 30.12.2009).
- Coordinadores y coordinadoras regionales de la Plataforma del Libro y la Lectura del Ministerio del Poder Popular para la Cultura reunidos en Caracas los días 27, 28 y 29 de junio de 2007. "Manifiesto sobre la gestión cultural a favor del libro y la lectura". Fundación Centro Nacional el Libro. In: <www.cenal.gob.ve/web/> (25.01.2008).
- Coronil, Fernando (1997): *The Magical State: Nature, Money, and Modernity in Venezuela*. Chicago.
- Foucault, Michel (1975): *Surveiller et punir*. Paris.
- Gaceta Oficial de la República Bolivariana de Venezuela*, 38.939 (27.05.2008): *Decretos 6.100 al 6.121*.
- 38.882 (3.03.2008): *Resolución N°273*.
- García Canclini, Néstor (2001): *Culturas híbridas: estrategias para entrar y salir de la modernidad. Edición actualizada*. Buenos Aires.
- Guha, Ranajit (2002): "Las voces de la historia". In: *Las voces de la historia y otros estudios subalternos*. Barcelona, S. 17-32.
- Karl, Terry Lynn (1997): *The Paradox of Plenty: Oil Booms and Petro-states*. Berkeley.
- López Ortega, Antonio (2006): *Las voces secretas: el nuevo cuento venezolano*. Caracas.
- (2008): *Indio desnudo*. Caracas.
- Marcano, Oscar (2007): *Puntos de sutura*. Barcelona.
- Marcano, Cristina/Barrera Tyszka, Alberto (2004): *Hugo Chávez sin uniforme: una historia personal*. Caracas.
- Martín-Barbero, Jesús (1987): *De los medios a las mediaciones*. Barcelona.
- Miceli, Sergio (1979): *Intelectuales e classe dirigente no Brasil (1920-1945)*. São Paulo.
- Monsivais, Carlos (2001): "De la sociedad tradicional a la sociedad postradicional". In: Martín-Barbero, Jesús (Hrsg.): *Imaginarios de nación: pensar en medio de la tormenta. Cuadernos de nación*. Bogotá, S. 31-46.
- Pacheco, Carlos/Barrera Linares, Luis/González Stephan, Beatriz (Hrsg.) (2006): *Nación y literatura: itinerarios de la palabra escrita en la cultura venezolana*. Caracas.

- Quintero, Ednodio (2004): *Mariana y los comanches*. Barcelona.
- Santaella, Ramón (1985): “La dinámica del espacio venezolano durante el gobierno de Gómez”. In: *Tierra Firme. Revista de Historia y Ciencias Sociales*. Número especial dedicado al gomecismo, 3, 12, S. 629-636.
- “Segundo Estudio del sector del libro en Venezuela” (2007). Caracas.
- Stefano, Victoria de (2006): *Lluvia*. Barcelona.
- Suniaga, Francisco (2006): *La otra isla*. Caracas.
- (2008): *El pasajero de Truman*. Caracas.
- Vegas, Federico (2005): *Falke*. Caracas.
- Yúdice, George (2002): *El recurso de la cultura*. Barcelona.



## **V. Venezuela und Deutschland**



Rolf Walter/Nikolaus Werz

## **Deutsche in Venezuela vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart – eine Skizze**

### **1. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert**

Die erste Begegnung von Deutschen mit Venezolanern fügt sich ein in einen weiten historischen Zusammenhang. Da ist zunächst der Name Welser, der mit der deutsch-venezolanischen Geschichte des 16. Jahrhunderts eng verbunden ist, denn die Augsburger Welser waren es, denen Kaiser Karl V. Teile des venezolanischen Territoriums (vom Cabo de la Vela bis Maracapaná) zur Christianisierung und Besiedelung überließ.

Mit den Welser-Expeditionen sind weitere Namen verbunden, die einem teilweise heute noch in Venezuela begegnen: Ambrosius Alfinger (1500-1533), der als Statue in Maracaibo zu betrachten ist, Nikolaus Federmann (1505-1542), der eher unrühmlich als Haudegen auftaucht und Philipp von Hutten (1511-1546), der Edelmann, der am Hofe Karls V. erzogen wurde und mit Bartholomäus (V.) Welsers gleichnamigem Sohn (Bartholomäus VI.) im Landesinneren Venezuelas unterwegs war und dort ebenso wie Hutten 1546 ermordet wurde.

Es ist interessant, dass einer der meistgelesenen Schriftsteller Venezuelas, nämlich Francisco Herrera Luque, nicht Federmann, sondern den Edlen Philipp von Hutten zur Leitfigur seines Romans *La Luna de Fausto* ("Faustmond") machte. Damit wird auch das Bild der "Deutschen" in der Sicht der Venezolaner korrigiert insofern, da nicht mehr vorrangig der "böse" Haudegen Federmann, sondern der mildere Typus des humanistisch gebildeten Hutten als Prototyp des Deutschen schlechthin gilt. In spanischen Geschichtsbüchern wird demgegenüber weiterhin der brutale Federmann als der "typische" Deutsche des 16. Jahrhunderts dargestellt.

Über die unmittelbare Nach-Welser-Zeit und ihre Protagonisten wissen wir leider wegen der Ausschließungspolitik Philipps II. und seiner Nachfolger relativ wenig. Es gibt Hinweise darauf, dass im 17. und 18. Jahrhundert der eine oder andere Missionar mit den Jesuiten und anderen Glaubenskongregationen nach Venezuela kam. Darüber sind wir jedoch nur ungenau unterrichtet.

Ganz anders verhält sich dies in Bezug auf den berühmtesten Deutschen, der jemals venezolanischen Boden betreten hat, nämlich Alexander von Humboldt, dessen Name (ähnlich wie der seines älteren Bruders Wilhelm und seiner Freunde Goethe und Schiller) für die höchste Bildungs- und Kulturstufe Deutschlands überhaupt steht. Dabei war auch Humboldt – ähnlich wie Kolumbus – eher zufällig in Venezuela gelandet, denn eigentlich wollte er “nur” Westindien (Kuba) ansteuern. Es spricht hier beiläufig viel für den spanischen König Karl IV., der Humboldt im März 1799 mehrere Audienzen gewährte und dem deutschen Naturforscher die Erlaubnis gab, die spanischen Kolonien Südamerikas zu bereisen. Es muss angesichts des sonstigen Verhaltens der spanischen Regierung als ganz außerordentliches Privileg gelten, dass Alexander von Humboldt die Reise und damit verbunden die Möglichkeit erhielt, dort wissenschaftliche Studien einschließlich Sammel- und Messtätigkeiten vorzunehmen. Schließlich hatte er ja durch barometrische Messungen völlig neue Aufschlüsse über die Vertikalverhältnisse des Mutterlandes Spanien erbracht und damit die ziemlich verschwommenen Vorstellungen von diesem Land aufgehehlt. Doch auf dem Schiff, das soeben die Karibik passierte, brachen die Blattern aus und Alexander nahm das Anlegen an der venezolanischen Küste zum Anlass, sich dieses Land, von dem er später sagen sollte, dass es das wunderbarste sei, das er je wahrgenommen habe, genauer anzusehen. Und dies wollte bei einem Humboldt etwas heißen!

In Venezuela fand er ungeahnt, was er gesucht und worauf er sich wissenschaftlich vorbereitet hatte, in bemerkenswerter Dreieinigkeit: Er konnte seine Geschichte der Pflanzen bzw. Pflanzengeografie ebenso weiterentwickeln wie sein geologisches Strukturgesetz verfolgen und die Pasigrafie (griech., “Allgemeinschrift”), d.h. eine allen Völkern verständliche Darstellung von geologischen Profilen mit Symbolen und Zeichen, zu einer gewissen Vollendung führen.

Die spanische Korvette, auf die sich Humboldt am 5. Juni 1799 in La Coruña mit dem Ziel Karibik begeben hatte, trug den Namen des Konquistadoren “Pizarro”. Doch diesmal sollte es keine gewaltsame, sondern eine wissenschaftliche “Eroberung” sein, eine mit Messgeräten wie Sextanten, Quadranten und Chronometern im Gepäck, um die Harmonie, das Zusammenwirken der Kräfte, den Einfluss der Schöpfung auf die Tier- und Pflanzenwelt präzise wie nie zuvor wahrzunehmen. Teilweise erst durch Humboldt wurden diese Geräte zur metrologischen Erkundung wesentlicher Teile Amerikas eingesetzt. Von daher verwundert es nicht, dass er später (1859)



der “wissenschaftliche Entdecker Amerikas” genannt wurde. Humboldt hat nicht nur die ersten Zahlen zur Statistik Venezuelas beigetragen (Humboldt 1862), sondern auch die Anfänge der politischen Kultur beobachtet (Welsch 1999), wobei seine Sympathien eindeutig im Lager der Patrioten lagen.

Gewiss waren vor Humboldt bereits bedeutende europäische Wissenschaftler in Venezuela, etwa 45 Jahre davor der schwedische, aus Gestrikland stammende Botaniker Peter Löfving (Loefling) (1729-1756), der im April 1754 in Cumaná war und Streifzüge durch Neu-Barcelona, in den Missionen von Piritù und am Caroní unternahm. Und gewiss waren Deutsche wie der aus Trautenau (Böhmen) stammende Jesuitenpater Samuel Fritz (1654-1725) in Südamerika, wenn auch nicht in Venezuela, bereits vor Humboldt forschend tätig. Von Fritz stammt wohl die erste brauchbare Karte vom Amazonas.

Erwähnenswert ist ferner der aus Kreibitz (Böhmen) stammende österreichische Naturforscher Thaddäus Haenke (1761-1816), der Bolivien, Peru und Chile bereiste und neben Humboldt und dem aus Aragonien kommenden Don Felix de Azara (1746-1821) wohl als einer der bedeutendsten Südamerika-Forscher jener Zeit gelten darf. Gleichwohl: Sie alle erreichten nicht die Universalität und das Format eines Humboldt, der mit seinem amerikanischen Reisewerk *Voyage aux Régions équinoxiales du Nouveau Continent, fait en 1799, 1800, 1801, 1802, 1803 et 1804* (erschieden 1805-1834) zusammen mit Aimé Bonpland die Meteorologie, Botanik, Pflanzengeografie, Zoologie und vergleichende Anatomie in einer Weise bereicherte, wie dies die Menschheit bis dahin kaum erlebt hatte. Zu Recht hat es der Humboldt-Biograf Hanno Beck einmal das “größte private Reisewerk der Geschichte” genannt. Dies ist es bis heute geblieben. Dabei ist leider immer noch zu wenig bekannt und wird zu selten berücksichtigt, dass Alexander von Humboldt nicht nur ein eminent bedeutender Naturwissenschaftler war, sondern auch ein Geisteswissenschaftler *par excellence*. Denn umfangreiche Teile seines amerikanischen Reisewerks, so etwa das *Examen critique de l'Histoire de la Géographie du Nouveau Continent* stellt nicht mehr und nicht weniger als die erste, quellenmäßig durchgehend neu erschlossene Entdeckungsgeschichte Amerikas dar. Der “Historiker” Humboldt war es, der Columbus’ Tat ideengeschichtlich erhellte, der die Karte des Juan de la Cosa bekannt machte und den Urheber des Namens *America* identifizierte. Von Alexander von Humboldt weiß man nämlich, dass es der lothringische Gymnasiallehrer Waldseemüller war, dem sozusagen das Urheberrecht der Kontinent-Be-

zeichnung zusteht und der Amerigo Vespucci von dem Verdacht befreite, seinen Vornamen in Karten eingeschmuggelt zu haben.

Es kann als glücklicher Umstand angesehen werden, dass Humboldt nach seiner Rückkehr aus Südamerika dem später berühmtesten Venezolaner, Simón Bolívar, in Paris begegnete. So gesehen war es auch berechtigt, das Goethe-Institut in San Bernardino/Caracas im Gebäude der *Asociación Cultural Humboldt* (ACH) unterzubringen, gegen Zahlung einer entsprechenden Miete.

Bereits noch zu Lebzeiten Alexander von Humboldts, d.h. vor 1859, war eine Vielzahl Deutscher aus höchst unterschiedlichen Motiven in Venezuela. Neben Wissenschaftlern, die zum Teil durch Gutachten oder Empfehlungen Humboldts gekommen waren wie Carl Sachs, Anton Göring und andere, waren es Ärzte, Freiheitskämpfer, Soldaten, Diplomaten, Kaufleute, Handwerker und Bauern. Einer der bekanntesten unter ihnen war der Arzt Siegert. In Deutschland und anderen Teilen der Welt, überall dort, wo man den Amargo de Angostura (Angostura Bitter) kennt, weiß man eigentlich zu wenig über denjenigen, dessen Konterfei den Flaschenhals ziert: den deutschen Arzt Johann Gottfried Benjamin Siegert. Siegert wurde in Hamburg für das bolivarianische Heer angeworben und gelangte 1820 über die damals noch dänische Insel St. Thomas nach Venezuela. Er diente in den Freiheitskämpfen der 1820er Jahre als Heereschirurg und siedelte sich nach der Unabhängigkeit in Ciudad Bolívar am Orinoco an, das bis 1846 Angostura hieß. Seine neue Heimatstadt gab dann den Namen für den inzwischen weltweit berühmten "Bitters". Der musik- und kulturbeflissene Mediziner spielte in den 1830er Jahren z.B. mit Georg Blohm, dem Stammvater der nach wie vor bedeutenden Kaufmanns- und Handelsdynastie, in seinem Haus in Angostura vierhändig Klavier. Daneben bekleidete er eine Reihe von Ehrenämtern im städtischen, wohltätigen, sanitären und natürlich medizinischen Bereich. Siegert ist einer von drei Deutschen, die im *Panteón Nacional* in der venezolanischen Hauptstadt zu Ehren kamen, d.h. deren Namen man in Stein graviert dort entdecken kann. Die beiden anderen berühmten deutschen Bolívar-Mitstreiter waren Heinrich von Lützow (Enrique Luzón) und Oberst Johann von Uslar. Von Lützow blieb nach der Unabhängigkeit in Venezuela. Er fiel als Divisionsgeneral im Bürgerkrieg im Jahre 1860. Johann von Uslar, ein 1779 in Lockum bei Hannover geborener Adeliger, der seine Ausbildung am *Royal College* in Windsor erhielt, gehörte zu jenen Offizieren, die nach den napoleonischen Kriegen beschäftigungslos geworden waren; er hatte 1815 in einem englischen Kavallerieregiment bei Waterloo als "captain" fungiert,

und sich dann für den südamerikanischen Freiheitskampf anwerben lassen. Er wurde sogar als Werber für Legionäre tätig, denn bei seiner Ankunft in Venezuela Anfang 1819 führte er als Oberst eine Abteilung von 150 Hannoveranern, an deren Rekrutierung er größtenteils selbst beteiligt war. Bereits 1823 zog er sich aber ins Privatleben zurück, nachdem er eine aus angesehener Familie Valencias stammende junge Dame, Doña Dolores Hernández, geheiratet hatte. 1830 erhielt er von der Regierung als Geschenk eine Hacienda und 1832 die Ehrenbürgerrechte von Venezuela. 1848 bis 1856 war er Militärgouverneur von Valencia, wurde 1852 Brigadegeneral und 1854 Divisionsgeneral und schließlich 1863 in Würdigung seiner Verdienste um Venezuela zum kommandierenden General ernannt. Usler starb am 1. April 1866 im Alter von 87 Jahren in Valencia. – Neben den genannten sind etwa weitere 75 deutsche Legionäre im bolivarianischen Corps namentlich und mit Kurzbiographie bekannt.

Freilich waren in den 1820er Jahren auch bereits eine Vielzahl von deutschen Zivilisten in Venezuela, beispielsweise Konsuln und Kaufleute. Da Deutschland damals noch politisch und wirtschaftlich sehr heterogen war, entsandten die einzelnen deutschen Territorien oder Städte jeweils eigene konsularische und diplomatische Vertreter. Zu den ersten gehörte der Hamburger Kaufmann und Generalkonsul Georg Gramlich, der 1827 ernannt wurde und bis 1839 in Venezuela blieb. 1835 wurde dann Georg Blohm auf Empfehlung Gramlichs zum Hamburger Konsul für La Guaira ernannt, der auch die Interessen Lübecks zu vertreten hatte. Die Akkreditierung Blohms ist auch deshalb von besonderem Interesse, da hiermit seitens Hamburgs die Unabhängigkeit Venezuelas anerkannt wurde, denn Gramlich hatte noch das Exequatur der großkolumbianischen Regierung besessen. Georg Blohm hatte zunächst nach einer Lehre in Lübeck und einem Praktikum in Altona im Juni 1825 auf der dänischen Antilleninsel St. Thomas als Angestellter der Firma Overmann gearbeitet und sich um 1830 zunächst in Angostura, dann nach seiner Hochzeit im Mai 1834 in La Guaira angesiedelt.

Neben Hamburg war auch die Hansestadt Bremen relativ früh in Venezuela konsularisch und kaufmännisch vertreten. Erster Generalkonsul Bremens in Venezuela war ab 1827 der seit 1822 in La Guaira ansässige Kaufmann Johann Friedrich Strohm, der 1825 zusammen mit dem erwähnten Gramlich das Handelshaus Strohm & Gramlich gegründet hatte. Man sieht also: Bereits vor der Unabhängigkeit Venezuelas 1830 waren viele deutsche Legionäre, Kaufleute und Konsuln im Land und es entstand früh ein Netz

von Beziehungen und geschäftlichen wie gesellschaftlichen Verbindungen, auf die dann im Laufe des 19. Jahrhunderts aufgebaut werden konnte.

Nach 1830 tauchten dann – wie erwähnt – deutsche Naturwissenschaftler (Geografen, Botaniker, Zoologen etc.), Maler und Reisende in Venezuela auf, die die Tradition Humboldts fortsetzten und teilweise mit seiner gutachtlichen Empfehlung nach Venezuela kamen. Ihnen verdanken wir eine Vielzahl interessanter Informationen und bildhafter Darstellungen. Namen wie Bellermann, Karsten, Sachs, Göring usw. wurden im Laufe der Zeit zum Inbegriff für die engen kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen Deutschlands mit Venezuela.

Dazu trugen auch die Tovarier bei, die 1843 aus Endingen in Südwestdeutschland kommend die große Reise nach Venezuela angetreten hatten und sich ansiedelten, zunächst aber – im Unterschied zu den anderen Deutschen in Venezuela – unter sich blieben und sich gesellschaftlich nicht öffneten. Die “Colonia Tovar” ist mittlerweile eine blühende Kommune und man sieht ihr nicht mehr an, unter welchen Strapazen und Entbehrungen sie in akribischer und zäher Aufbauarbeit seit den 1840er Jahren entstand. Hier sei verwiesen auf die eingehenden Studien von Conrad Koch, Leszek Zawisza und Leopoldo Jahn. Im Zusammenhang mit der Koloniegründung entstand auch die älteste deutsche Vereinigung, die *Asociación Venezolano Alemana de Socorro* (AVAS) oder “Hilfsverein für Deutsche”, wie diese in der ersten Vorstandssitzung am 20. Mai 1843 genannt wurde.

Der erwähnte Blick auf die anderen Deutschen, die sich in den Handelsstädten der Küste, in der Metropole Caracas, oder aber am Orinoco und im Landesinneren niedergelassen hatten, zeigt ein sehr facettenreiches Bild deutschen Lebens und deutscher Kultur in Bolívars Geburtsland. Interessant ist, dass sich eine im Vergleich zu anderen Nationen überproportional große Zahl von Deutschen durch Heirat mit der venezolanischen Gesellschaft bzw. mit dem Bürgertum Venezuelas verflocht. Bereits Siegert, Uslar und andere frühe Deutsche, die ins Land kamen, hatten Venezolanerinnen zur Frau genommen. An prominenter Stelle sind hier auch die Vollmers zu nennen. Es war Gustav Julius Vollmer aus Hamburg, der mit Doña Francisca de Ribas y Palacios, einer *prima hermana* des *Libertador* in eine der ersten Familien des Landes einheiratete und dessen Nachkommen, etwa der 1847 geborene Gustavo Julio Vollmer Ribas, zu den herausragenden Persönlichkeiten Venezuelas zählten. Insbesondere der Sitz der venezolanischen Stammfamilie, die alte Hazienda in den fruchtbaren Tälern des Aragua und des Tuy, war bereits vor Vollmers Zeit Anlaufpunkt berühmter Deutscher, insbesondere

deren Gut “El Palmar”. Später waren es viele andere, so etwa der auf Empfehlung Humboldts nach Venezuela gelangte und von Friedrich Wilhelm IV. von Preußen geförderte Maler Ferdinand Bellermann, dem z.B. Ölgemälde von “El Palmar” zu verdanken sind. Später gehörten aus der Vollmer-Familie Angehörige wie der Komponist Federico G. Vollmer zu den bedeutendsten Kulturträgern des Landes.

Ähnlich verhielt es sich mit den Brandts, einer ursprünglich aus Skandinavien stammenden Familie. Ein Federico Brandt gehörte auch zu einer der ersten deutschen Gesellschaftsgründungen in Venezuela, der bereits erwähnten, 1842 entstandenen *Asociación Venezolano Alemana de Socorro*. Der erste des venezolanischen Zweigs der Familie, Johann Friedrich Brandt Eggers, siedelte sich in Maracaibo an und heiratete dort Doña Marie de los Dolores Caramelo Ferrer. Wie Georg Blohm und andere war auch Juan Federico I. über St. Thomas nach Venezuela gekommen. Die aus dieser Ehe hervorgegangenen sechs Söhne und drei Töchter bildeten in Teilen die Basis für genealogische Verflechtungsbeziehungen, die weit in die Gegenwart hineinreichen. So umfasst der Brandt’sche Stammbaum auch die Familien von bedeutenden Persönlichkeiten der *Asociación Cultural Humboldt*, etwa den Aristeguieta, von denen Adolfo – der frühere venezolanische Botschafter in Deutschland – und sein Bruder, der Präsident der ACH war, bekannt sind.

Eine ähnliche deutsch-venezolanische familiäre Kontinuität wird bei den Baasch’s sichtbar. Ursprünglich aus Kiel in Holstein stammend war die Familie in Hamburg präsent, wo im Juli 1826 auch Hermann Eduard Baasch, der Stammvater der venezolanischen Baasch-Linie, geboren wurde. Er war 1846 als Kaufmann in Kuba und kam 1848 nach Venezuela, wo er im Februar 1852 die gleichaltrige, aus Valencia stammende Isabel Vicenta Araujo ehelichte, die Tochter des Kaufmanns Pedro Araujo und dessen Gemahlin Gertrudis Guevara. Aus dieser Ehe stammen (die 1854 zweitgeborene Tochter Anita starb bereits 1866) Eduard (\*1852) und Oscar Baasch (\*1857). Letzterer war es, der dann als erster eine Römer – nämlich Susanne Isabel Römer – heiratete. Später ergaben sich eine ganze Reihe weiterer Baasch-Römer-Verbindungen.

Neben den einzelnen Familien, die wegen ihrer Vielzahl hier gar nicht alle erwähnt werden können (Walter 1991), sind es – zumal nach der Gründung des deutschen Kaiserreichs 1871 – zunehmend auch Vereine und sonstige gesellige Vereinigungen unterschiedlicher Prägung, die das deutsche Leben in der venezolanischen Ferne bestimmten. Neben der früh entstande-

nen berühmten "Hufeisenrunde" der deutschen Kaufleute von Maracaibo, den Rudervereinen, Blaskapellen, Feuerwehren usw. sind es drei große Organisationen in Caracas, die gegen Ausgang des 19. Jahrhunderts entstanden. Zuerst am 17. August 1889 der "Deutsch-Venezolanische Club", eine Gemeinschaft von zunächst 17 Männern, die bekannte Namen trugen und deren Nachkommen bis in die Gegenwart am Gesellschaftsleben aktiv teilhaben. Zu ihnen gehörten etwa die Familien Baasch, Beckmann, Gathmann, Lesseur, Lessmann, Mueller, Valentiner und Petersen. Zwar war der Club von Geschäftsleuten dominiert, doch fanden sich auch Wissenschaftler darunter, wie der in Venezuela sehr bekannte Adolfo Ernst, dessen Schriften in einer aufwändigen Edition vorliegen. Später schlossen sich auch bekannte Familien nicht-deutscher Herkunft dem Club an, die bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert in Venezuela lebten wie etwa die Boulton, oder solche aus der Schweiz, wie die Zingg. In der Weimarer Zeit gehörten auch die Blohm, Jaffé und Steinvorth zum "Club Venezolano-Alemán", ebenso die Aue, Bahnmüller, Boede, Hadamovsky, Lubkowitz, Neigert und Spalding – in den späteren 1930er Jahren über hundert solcher Namen.

Es ist bemerkenswert, dass sich viele dieser Namen auch in anderen Zusammenhängen wiederfinden. So gehörten u.a. die Familien Gathmann, Petersen und Jagenberg zu den Mitbegründern der 1894 eingerichteten Deutschen Schule, die im Jahr 1900 bereits 149 Schüler zählte. 1942 waren es 172 und später (1977) wurde erst- und letztmalig die Grenze 1.500 überschritten. Die Gründung der Schule ist auch Ausdruck dafür, dass das "Bildungsbürgertum" sich im Ausland verstärkt engagierte. In diesen Kontext gehört sicher auch die Gründung der evangelischen Gemeinde in Caracas im Januar 1893. Auch hier waren die neuen "Bildungsbürger" aktiv, neben den Familien Gathmann und Jagenberg die Valentiner, Zitting und Brandis.

Die meisten Deutschen waren mit kaufmännischen Interessen ins Land gekommen. Deshalb findet man die größten deutschen Gruppen in den Zentren des Handels, so insbesondere in Maracaibo. Auch dort folgte – wie andernorts – die Bildung und Kultur dem Kommerz. 1926 setzten dort die "Kaffeedeutschen" oder auch "Handelsdeutschen", wie man sie dort charakteristisch zu nennen pflegte, die Gründung einer Schule durch. Zu den Förderern gehörten die Familien Firnhaber, Larsen, Büsing, Zingg, Zittlosen, Bornhorst, Rappard, Mendt sowie Jess und Gerlach. Wie im *Colegio Humboldt* in Caracas kam die Ausbildung im *Colegio Alemán* in Maracaibo nicht etwa nur den Deutschen, sondern einer Vielzahl von anderen Ausländern und Venezolanern zugute.

Es ist davon auszugehen: Überall dort, wo sich die Deutschen niederließen, folgten Bildungs- und Kultureinrichtungen. So wurde in der “Colonia Tovar”, sobald die kleine Kommune einigermaßen aufgebaut war, mit dem Unterricht begonnen. Selbst in Puerto Cabello, wo seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Gruppen von Kaufleuten tätig waren, existierte in den 1930er Jahren kurzzeitig eine deutsche Schule, wie Adolfo Aristeguieta Gramcko bezeugte, der einer der dortigen großen Familien entstammt. Wegen der großen Streuung der Einwanderer entwickelte sich in Venezuela keine einigermaßen kontinuierliche deutschsprachige Presse. 1843-1845 erschien die *Zeitschrift von der Colonie Tovar*; offenbar gab es Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg eine *Deutsche Zeitung*, die indes nicht mehr auffindbar ist. 1953-1960 erschien zunächst wöchentlich und später halbmonatlich der *Caracas-Anzeiger* (Fröschle 1979: 794).

Was für das deutsch-venezolanische Verhältnis des 19. Jahrhunderts galt, trifft ebenfalls für die Zeit danach zu: Die historisch gewachsenen, engen Kulturbeziehungen und gesellschaftlichen wie verwandtschaftlichen Verflechtungen bildeten weiterhin die gefestigte Basis für die politischen und Wirtschaftsbeziehungen. Die Blockade Venezuelas 1902/03 durch europäische und deutsche Schiffe zeigte unter anderem, dass die Deutschen in Venezuela kein Trojanisches Pferd des deutschen Imperialismus waren. Die hanseatischen Kaufleute hatten sich recht gut integriert, sie lernten die Sprache, studierten die Sitten und “heirateten die Töchter des Landes”, wie Präsident Castro es ausdrückte (Herwig 1991: 265). Die Auslandsdeutschen waren auch später in ihrer Mehrheit nicht bereit, als Agenten der deutschen Außenpolitik zu fungieren.

Nach der Kriegs- und Inflationszeit, gegen Mitte der 1920er Jahre, belebten sich die Kontakte zwischen beiden Ländern wieder zusehends, ja man konnte von einer neuen Blütezeit im deutsch-venezolanischen Verhältnis sprechen. Die Reisetätigkeit nahm wieder zu, deutsche Wissenschaftler besuchten – fast wie zu Humboldts Zeit – wieder das Land, die evangelische Kirchengemeinde formierte sich neu und in Maracaibo öffnete die Deutsche Schule ihre Pforten. Es huschte wieder ein Hauch von Humboldtianismus über Bolívars Geburtsland.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass nun die deutschen Lateinamerika-Institute die wissenschaftlich-institutionellen Kontakte förderten und pflegten. Hinzu kam, dass mit Juan Vicente Gómez die venezolanische Staatsführung in den Händen eines Diktators lag, der deutlich pro-deutsch eingestellt war. Bis zu seinem Tod 1936 blieben die deutsch-vene-

zolanischen Beziehungen freundschaftlich und eng. Jedoch erhielt das Bild vom aufgeklärt-toleranten Deutschen in der Humboldt-Goethe'schen Tradition in den frühen 1930er Jahren erhebliche Blessuren, als Lehrpersonen, die Hitlers totalitärem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden und dies auch äußerten, die Deutsche Schule in Caracas verlassen mussten. Zwar gebärdete sich die 1932 entstandene "Landesgruppe Venezuela der NSDAP" vergleichsweise moderat, blieben politische Exzesse aus, doch wurde eine anti-liberale Gesinnung offenbar und forderte ihren personellen Tribut. Neben den standhaften Lehrerpersönlichkeiten waren es auch unbequeme politische Personen wie der deutsche Gesandte Graf Tattenbach, die letztlich auf Betreiben der nationalsozialistischen Auslandsorganisation ihren Hut nehmen mussten. Von einer Erschütterung des deutsch-venezolanischen Verhältnisses konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt die Rede sein, bis es am 31. Dezember 1941 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens Venezuelas kam und die deutschen Interessen durch den spanischen Gesandten in Caracas wahrgenommen wurden. Dieser sorgte auch dafür, dass 1942 und 1943 ca. 20% der in Venezuela lebenden Deutschen – vor allem Frauen und Kinder – nach Deutschland zurückgeführt wurden. Darunter war etwa der junge Wilhelm Hennis, später einer der bekanntesten Politikwissenschaftler der Bundesrepublik.

Nach dem erwähnten Abbruch der bilateralen Beziehungen kam es – im Februar 1942 – zu Angriffen deutscher U-Boote auf den Tankerverkehr vor Venezuelas Küste und in deren Gefolge zu anti-deutschen Ressentiments und Schritten gegen das Deutschtum im Lande. Die Schließung der deutschen Einrichtungen wurde angeordnet und vereinzelt kam es zu Verhaftungen deutscher Seeleute und Mitgliedern der NSDAP-Auslandsorganisation. Am meisten hatten jedoch die Kaufleute und Gewerbetreibenden unter den politischen Belastungen zu leiden. Ähnlich wie bereits im Ersten Weltkrieg wurden nun von den Alliierten sogenannte "Schwarze Listen" angefertigt, die den Deutschen sämtliche Geschäfte untersagten und zu umfangreicher Tarnung, z.B. mittels Strohfirnen, veranlassten.

## **2. Deutsche in Venezuela nach 1945**

Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 befanden sich auch die deutsch-venezolanischen Beziehungen auf dem Tiefpunkt. Es ist jedoch bemerkenswert, dass Venezuela als erstes Land 1946 einen Kommissar für Registrierung und Emigration in das zerstörte deutsche Reichsgebiet sandte und in Europa lebende Venezolaner zurückführte. Erste Geschäftskontakte



kamen 1947 wieder in Gang, und 1949 war es dann die *Asociación Cultural Humboldt*, die mit Engagement und neuem Optimismus deutschen Wissenschaftlern zu Reisen nach Venezuela verhalf, um – 150 Jahre nach Alexander von Humboldts Aufenthalt im Land – an beste Kulturbeziehungen und geistig-wissenschaftliche Traditionen anzuknüpfen. Bemerkenswerterweise wurde die Einrichtung von jeweils 25 Venezolanern und 25 Auslandsdeutschen ins Leben gerufen, wobei die Gründungssitzung in der *Policlínica Caracas* stattfand. Mit der Gründung sollte besonders auf den Beitrag der Immigranten bzw. des Kulturaustausches zur wissenschaftlichen und humanistischen Entwicklung hingewiesen werden. Zu diesem Zeitpunkt waren die diplomatischen Beziehungen zwischen Venezuela und Deutschland noch nicht wieder aufgenommen worden.

Die überschaubare Zahl von Deutschen nahm nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nicht wesentlich zu. Es gab nur einen Versuch, Deutsche relativ geschlossen in einer landwirtschaftlichen Kolonie anzusiedeln. 1951 entstand die bäuerliche Siedlung “Turén” im Landesinneren bei Portuguesa (Fröschle 1979: 779). Aufgrund der wechselhaften innenpolitischen Situation im Zuge des *Trienio*, d.h. der Zeit von 1945-1948, kamen nur wenige Deutsche nach Venezuela, erst Ende der 1940er Jahre stieg die Zahl. Darunter war Lieselotte Zettler de Vareschi aus Schwerin: “Es war eine Ankunft im Paradies [...] und der Beginn eines neuen Lebens”, schrieb sie. 1951 heiratete sie den österreichischen Botaniker und Ökologen Volkmar Vareschi, beide entfalteten in den folgenden Jahrzehnten eine intensive Forschungs- und Lehrtätigkeit. 1970 wurde sie zur Leiterin der Deutschen Abteilung an der Zentraluniversität von Caracas (UCV) ernannt, sie blieb weit nach ihrer Pensionierung 1980 aktiv. Mit einem kleinen Kreis von Interessierten führte sie ab 1968 die Bibliotheksgespräche in der ACH durch, deren Ehrenmitglied sie ab 1983 wurde. Mit ihrem Mann unternahm sie eine Reise zur “Erinnerung an die Reisen von Humboldt in Venezuela”, ein Film darüber erschien 1959.

Die wissenschaftlichen Themen und sozialen Aktivitäten der Deutschsprachigen standen teilweise in der Tradition von Alexander von Humboldt und anderer Naturforscher aus dem 19. Jahrhundert. Sie beschäftigten sich z.B. mit Orten wie San Esteban, die von ihnen besucht und beschrieben wurden (Elschnig 1996). Auch an der Erstellung von aufwändigen und mit vielen Bildern ausgestatteten Bänden waren Fotografen und Autoren aus deutschsprachigen Ländern beteiligt (Weidmann 1979). Eine wichtige Rolle

spielte dabei die von Oscar Todtmann gegründete *Librería Alemana*, die mittlerweile von Carsten Todtmann geführt wird.

### 3. Die Entwicklung seit den 1960er Jahren

Neue Impulse gingen von der Ende der 1960er begonnenen Zuwanderung einzelner Sozialwissenschaftler aus Deutschland aus, die ebenfalls eine bemerkenswerte Karriere an venezolanischen Hochschulen durchliefen und hohe akademische und Berater-Positionen einnahmen. Dazu zählen Heinz Rudolf Sonntag, der 1968 erstmals nach Caracas kam und nach Aufhalten in Chile und Konstanz in den 1970er Jahren wieder dorthin zurückkehrte. Er wurde später Direktor des Instituts für Entwicklungsstudien (CENDES) in Caracas und spielt nach wie vor eine Rolle in der politischen Öffentlichkeit. Dorothea Melcher und Bernard Mommer wirkten zunächst an der Universität in Merida; Mommer wurde später Vizeminister für Ölfragen unter der Regierung Chávez und übernahm wichtige Beratungsfunktionen. Friedrich Welsch leitete zunächst 1977/78 das ILDIS, das Forschungsinstitut der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Caracas und wurde in den 1980er Jahren Professor an der Universität Simón Bolívar, wo er längere Zeit das Institut für Politikwissenschaft leitete.

Die Tradition der guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern griffen 1983, im symbolträchtigen Jahre des *Bicentenario* Bolívars, eine Reihe junger Deutscher – darunter auch Wissenschaftler – auf und gründeten in der Bundesrepublik die Deutsch-Venezolanische Gesellschaft (DVG), die als ihre Hauptaufgabe die Organisation von Begegnungen von Individuen und Organisationen beider Länder ansah. Die DVG-Gründer schufen außerdem mit der Zeitschrift *Nachrichten der Deutsch-Venezolanischen Gesellschaft*, die später auch in Venezuela von 1987 bis 1997 unter dem bezeichnenden Namen *Encuentros* (Begegnungen) mit insgesamt 31 Nummern erschien, ein weiteres Forum zum Austausch von Informationen über das jeweils andere Land.

In den 1990er Jahren hat unter den aus Deutschland Kommenden in Venezuela eine Tendenz eingesetzt, den Wurzeln nachzuspüren und die eigene Geschichte aufzuschreiben. Den äußeren Anlass bildeten verschiedene Jahrestage wie das 100-jährige Bestehen des “Deutschen Clubs” und der Deutschen Schule. 1889 wurde, als erster ausländischer Club, der “Deutsch-Venezolanische Klub” gegründet. Nicht übertriebener Nationalismus sei das Motiv für die Gründung gewesen, sondern “vielmehr eine Mischung aus Heimweh, Zusammengehörigkeitsgefühl und dem Wissen darum, anders zu

sein” (Sonntag 1992: 33), heißt es in einer anlässlich des 100-jährigen Bestehens erschienenen Schrift.

Der *Asociación Cultural Humboldt* kommt im kulturellen Zusammenhang eine Schlüsselrolle zu, wobei sie sich nie als Vertreterin der Deutsch-tümelei verstanden hat, sondern seit 1949 den Kultur- und Wissenschaftsaustausch beförderte. Nach verschiedenen Ortswechseln in der expandierenden Metropole Caracas erfolgte 1981 die Grundsteinlegung für einen von dem bekannten venezolanischen Architekten deutscher Herkunft Dirk Bornhorst entworfenen Neubau, der in äußerst gelungener Weise traditionelle und moderne Elemente venezolanisch-karibischer Architektur verbindet. Er verfügt nicht nur über eine Replik des Studierzimmers von Alexander von Humboldt in Berlin mit Büchern und Büsten und über eine moderne Bibliothek, sondern auch über einen modernen und für Caracas nahezu einzigartigen Konzert- und Theatersaal. 1986 erfolgte die Einweihung des Gebäudes in Anwesenheit von Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Leider hat das Gebäude eine kürzliche Erdbeben-Sicherheitsprüfung nach EU-Richtlinien nicht überstanden, sodass der Institutsleiter und die deutschen Mitarbeiter demnächst umziehen müssen.

Die ACH hat eine Reihe von Publikationen herausgegeben. Dazu gehörten der *Boletín*, von dem zwischen 1965 und 1985 insgesamt 22 Nummern erschienen, die bereits erwähnte Zeitschrift *Encuentros* (1987-1997) und das Informationsblatt *Acentos* (1998). In den 1990ern begann sie mit einer Reihe von Heften *Cuadernos*, die sich mit einzelnen bekannten Persönlichkeiten der deutschsprachigen Gemeinschaft beschäftigen. Erschienen sind Publikationen zu José Ignacio Baldó (1898-1976), Rudolf Jaffé (1885-1975) und Lieselotte Zettler de Vareschi (\*1918). In einem Band von Krispin 1994 wurden die wichtigsten Aspekte der ACH aber auch von vielen anderen Bereichen der Aktivitäten deutscher Einrichtungen festgehalten. Der Deutschunterricht spielt ebenfalls eine Rolle an der ACH, die wohl höchste Zahl wurde 1990 mit 2.379 Kursteilnehmern erreicht.

Von den Leitern der ACH wurden anspruchsvolle und in der Kunstszene wahrgenommene Aktivitäten initiiert. Dazu gehörte “Humboldts Wiederkehr” 1999, d.h. 200 Jahre nach seiner großen Reise in die “Äquinoktial-Gegenden” der Neuen Welt. Die Dreimastbark “Alexander von Humboldt” segelte im Winter 1998/99 auf der Route von Europa nach Südamerika; an Bord war u.a. der Schriftsteller Luis Britto García, der seine Eindrücke in einem Text festhielt (ACH/GI 1999: 23ff.). Weitere Themen einer imaginären Begegnung zwischen Humboldt und den Nachfahren waren eine Ausstel-

lung in der Nationalgalerie von Caracas, eine Modeschau und ein Symposium zur politischen Kultur Venezuelas und Lateinamerikas. Die ACH und das Goethe-Institut (GI) haben in den vergangenen Jahren eine Reihe von größeren Ausstellungen und Symposien durchgeführt, die den Kulturkontakt zwischen den beiden Ländern bzw. zwischen Europa und Lateinamerika aufgriffen (GI 2004; 2007). Neben Themen wie "El Dorado" und "Populismus" ging es um das Erdöl in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen und künstlerischen Darstellungen; Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler waren an diesem Austausch beteiligt (Grünbein 2001).

Karl Krispin hat in einem verdienstvollen Band Interviews mit 20 aus Deutschland gekommenen Menschen geführt. Die Lektüre der Texte unterstreicht, welche unterschiedlichen Motive dazu geführt haben, dass die Befragten in das südamerikanische Land einreisten und sich dort niederließen. In der Anfangszeit waren es noch politische Gründe, d.h. die Flucht vor der nationalsozialistischen Herrschaft und der Judenverfolgung; in den 1950er Jahren traten Freiheitsdrang, eine gewisse Abenteuerlust und auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation hinzu. Alle Befragten betonten die Freiheit und Toleranz, die sie in Venezuela erfahren haben. Einer der Interviewpartner sprach von einer "positiven Diskriminierung" (Friedrich Welsch) zugunsten der Immigranten in Venezuela.

Hinzu tritt eine einsetzende Erinnerungsliteratur (Schuckmann 2006). Sie unterstreicht, dass unter den nach dem Zweiten Weltkrieg ins Land gekommenen Deutschen nahezu keine bekannten Nazis waren, wohl aber eine Reihe von Menschen aus den Ostgebieten und Personen, die die weitere Zukunft Deutschlands noch in den 1950er Jahren eher skeptisch beurteilten und deshalb nach Südamerika gingen.

In Venezuela bestand lange Zeit eine katholische und evangelische Gemeinde mit eigenem Pfarrer. Im Zuge der zurückgehenden Zahl von Deutschen im Lande und der fortschreitenden Säkularisierung verloren sie an Bedeutung. Zu den sozialen Aktivitäten gehört nach wie vor die Betreuung von deutschen Strafgefangenen in Venezuela, wozu auch inhaftierte Drogenkuriere gehören.

Für Touristen aus deutschsprachigen Ländern war Venezuela lange Zeit wegen des hohen Preisniveaus nicht sehr attraktiv. Dies änderte sich in den 1990er Jahren. Diese Entwicklung machte sich besonders auf der Karibikinsel Margarita bemerkbar, die direkt von Charterflugzeugen aus Deutschland angefliegen wird. Aufgrund der vergleichsweise günstigen Preise und des durchgängig warmen Klimas ließen sich dort auch zunehmend deutsche

Staatsbürger nieder. 2002 sollen es ca. 1.200 gewesen sein, für 2007 wurde von 800 Personen ausgegangen. Dabei handelt es sich u.a. um Rentner, Frührentner und eine kleinere Gruppe, die in Deutschland mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist.

An der Wende zum 21. Jahrhundert hat in Venezuela eine Diskussion über soziale und ethnische Zugehörigkeiten begonnen, an der sich auch das Goethe-Institut beteiligt hat. Unter Wissenschaftlern wird zwischen drei Makro-Ethnien in Venezuela unterschieden: den Indigenen, den Kreolen und bikulturellen bzw. binationalen Gemeinschaften (González Ordosgoitti 2005: 97). Bis in die 1970er Jahre haben einzelne binationale Gemeinschaften einen Zuwachs erfahren, so etwa die spanische und portugiesische Gruppe in Venezuela. In den 1990er Jahren hat die Zuwanderung aus Europa stark nachgelassen, während die Migration aus Lateinamerika anhielt. Unter der Regierung von Präsident Chávez ist vor allem in der Mittel- und Oberschicht die Neigung erkennbar, das Land zu verlassen. Die Zahl der Venezolaner im Ausland ist gestiegen, 2003 ging man von 280.000 aus (González Ordosgoitti 2005: 101), davon sollen rund 200.000 in den USA leben.

Anfang des 21. Jahrhunderts erleben wir in gewisser Hinsicht eine Umkehrung des bisherigen Trends. Schon bald könnte die Zahl der in Deutschland lebenden Venezolaner größer sein als die der Nachfahren von deutschen Auswanderern in Venezuela. Die Beziehungen entfalten sich zunehmend in einem transnationalen Raum, sodass es nicht mehr so einfach sein dürfte, die kulturellen Leistungen einer gewissen sprachlichen oder ethnischen Gruppe zuzuordnen.

### **Literaturverzeichnis**

- ACH (Asociación Cultural Humboldt)/GI (Goethe-Institut) (1999): *El retorno de Humboldt 1799-1999*. Caracas.
- Bellermann, Ferdinand (2007): *Diarios Venezolanos 1842-1845*. Caracas.
- Bornhorst, Dirk (2001): *Valores Perennes en la Arquitectura*. Caracas.
- Elschnig, Hanns Dieter (1996): *San Esteban. Remembranzas, sosiego y reverdecir*. Caracas.
- (2000): *Cementerios en Venezuela. Los Camposantos de los Extranjeros del Siglo XIX y los Antiguos Cementerios en Caracas y el Litoral*. Caracas.
- Elschnig, Hanns Dieter/Krispin, Karl (1994): *Deutsche Schule – Colegio Humboldt. Cien años de historia, relatos, anécdotas: Vida y transcurrir de alemanes y venezolanos*. Caracas.
- Fröschele, Hartmut (1979): "Die Deutschen in Venezuela". In: Ders. (Hrsg.): *Die Deutschen in Lateinamerika. Schicksal und Leistung*. Tübingen/Basel, S. 767-805.

- GI (Goethe-Institut) (2004): *El Barril: Imágenes del Petróleo*. Caracas.
- (2007): *El Dorado. Sueños y realidades*. Caracas.
- Gmünder, Ulrich (Hrsg.) (2005): *Café con leche: cultura, migración e identidad*. Caracas.
- González Ordosgoitti, Enrique Alí (2005): “La dificultad de sentirse parte de una etnia. Problemas del multiculturalismo en Venezuela”. In: Gmünder, Ulrich: *Café con leche: cultura, migración e identidad*. Caracas, S. 97-102.
- Grünbein, Durs (2001): “Die Amazonen von Caracas”. In: *Murnau-Manila-Minsk. 50 Jahre Goethe-Institut*. München, S. 143-156.
- Herrera Luque, Francisco (1986): *Faustmond. La luna de Fausto*. Percha.
- Herwig, Holger H. (1991): *Sueños alemanes de un imperio en Venezuela*. Caracas.
- Humboldt, Alexander von (1862): *Reise in die Aequinoctial-Gegenden des neuen Continents*. 4 Bde. Stuttgart.
- Jahn Montauban, Leopoldo (1990): *Die Colonia Tovar und ihre Menschen*. Caracas.
- Kahle, Günter (1980): *Simón Bolívar und die Deutschen*. Berlin.
- Koch, Conrad (1969): *La Colonia Tovar. Geschichte und Kultur einer alemannischen Siedlung in Venezuela*. Basel.
- Krispin, Karl (Hrsg.) (1998): *Asociación Cultural Humboldt. 50 años de irradiación cultural*. Caracas.
- (2005): *Alemania y Venezuela: 20 testimonios*. Caracas.
- (2006): *De Europa a Venezuela. La inmigración europea a Venezuela desde lo que es hoy la Unión Europea entre los años de 1936 y 2006*. Caracas.
- Rodríguez, José Angel (2005): “Deutsche Reisende in Venezuela und ein Venezolaner in Deutschland”. In: Sevilla, Rafael/Boeckh, Andreas (Hrsg.): *Venezuela. Die Bolivarische Republik*. Bad Honnef, S. 296-314.
- Schuckmann, Siegfried von (2006): *Rosinen im Kopf. Reminiszenzen aus einem bewegten Leben*. Norderstedt.
- Sonntag, Heinz R. (1992): “Hundert Jahre Deutsch-Venezolanischer Klub”. In: *Hundert Jahre Deutsch-Venezolanischer Klub. Cien Años del Club Venezolano-Alemán 1889/1989*. Caracas, S. 31-51.
- Walter, Rolf (1985): *Los Alemanes en Venezuela*. Bd. I: *Desde Colón hasta Guzmán Blanco*. Caracas.
- (1991): *Los Alemanes en Venezuela y sus descendientes*. Bd. II: *1870-1914*. Caracas.
- (1992): *Der Traum vom Eldorado. Die deutsche Conquista in Venezuela im 16. Jahrhundert*. München.
- Weidmann, Karl (1979): *Fauna de Venezuela*. Caracas.
- Welsch, Friedrich (1999): “Humboldt y Bolívar. Dos siglos de cultura política comparada en América”. In: GI (Hrsg.): *El retorno de Humboldt*. Caracas, S. 100-104.
- Zawisza, Leszek (1980): *Colonia Tovar Tierra Venezolana*. Caracas.
- Zettler de Vareschi, Lieselotte (1994): *Mit einer Papageienfeder geschrieben*. Caracas.

**Klaus Schaeffler/Nikolaus Werz**

## **Politische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela**

Anders als im übrigen Lateinamerika war das spätere Deutschland mit der kurzlebigen Welser-Herrschaft an der Eroberung Venezuelas zumindest indirekt beteiligt. Nachdem die spanischen Könige nicht in der Lage waren, die zur Erringung der Kaiserwürde geliehenen Gelder zurückzuzahlen, unterschrieben sie 1528 einen Vertrag mit den Welsern zur Ausbeutung des Gebietes, das unbestimmt als Venezuela bekannt war. Die ersten Schiffe im Auftrag der Welser landeten 1529 in Coro. Ambrosio Alfinger war der erste Gouverneur, der 1530 Nikolaus Federmann als Generalleutnant zurückließ. Alfinger wurde 1533 von Indianern getötet. Ähnlich erging es 1545 Phillip von Hutten und dem jungen Bartolomé Welser. So endete die sogenannte "Welser-Periode", die nie zu einer tatsächlichen Herrschaft über das Gebiet führte, relativ schnell; bis 1557 wurden sämtliche Geschäftsbeteiligungen der Handelsfamilie aufgelöst.

Einen ganz anderen Charakter hatte der Forschungsaufenthalt Alexander von Humboldts Anfang des 19. Jahrhunderts. Seine Expedition gilt als frühes Beispiel eines gelungenen und nachhaltigen Kulturkontaktes. Humboldt wird als "zweiter Entdecker" Amerikas bezeichnet und dürfte in Venezuela fast bekannter sein als in Deutschland (vgl. den Beitrag von Walter/Werz).

### **1. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela**

Der Beginn der diplomatischen Beziehungen ging von den norddeutschen Städten aus. Am 16.02.1837 wurde Georg Gramlich von den Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg zum Geschäftsträger bei der Republik Venezuela ernannt und legte sein Beglaubigungsschreiben vor. Ab 1869 war die Föderation von Norddeutschland in den Vereinigten Staaten von Venezuela vertreten, 1872 ein Minister Resident von Deutschland. 1874 überreichte Erwin Stammann das Beglaubigungsschreiben als Geschäftsträger des Deutschen Reiches. 1875 wurde Martín José Sanabria als venezolanischer Geschäftsträger akkreditiert, zuvor war er Generalkonsul (Contreras 2002).

Ab 1840 kam es zur Zuwanderung von deutschen Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Sie waren im Kaffee- und Kakaoanbau, den Eisenbahnen, bei Infrastrukturvorhaben, im Brauereigewerbe und im Universitätsbereich tätig. Einige von ihnen erlebten einen schnellen sozialen Aufstieg und gehören mittlerweile zur venezolanischen Oberschicht (Walter/Werz in diesem Band).

Im 19. Jahrhundert blieb die gesamtwirtschaftliche Lage Venezuelas indessen bescheiden. Die staatliche Autorität beschränkte sich auf wenige Städte, die an den internationalen Handel angeschlossen waren. Haupteinkommensquelle des Staates waren Ein- und Ausfuhrzölle, die allerdings nicht ausreichten, den ab 1852 chronisch defizitären Haushalt aufzubessern. Wegen der geringen internen Einnahmen mussten die Regierungen Kredite, vornehmlich aus England, aufnehmen und vergrößerten dadurch Finanzkrise und Auslandsabhängigkeit. Die Schwierigkeiten der venezolanischen Regierungen bei der Schuldenrückzahlung führten mehrfach zur Androhung von Strafaktionen und schließlich 1902 zur Blockade venezolanischer Häfen durch drei europäische Staaten. An der Blockade von La Guaira im Dezember 1902 waren zunächst 15 Schiffe der englischen und deutschen Marine beteiligt (Herwig/Helguera 1977). Später kamen noch zwei italienische Schiffe dazu. Das Aufkreuzen der europäischen Schiffe diente einmal zur Eintreibung der Schulden, zum anderen wurde es als ein Versuch gewertet, den Anspruch der USA mit der 1823 erlassenen Monroe-Doktrin in Frage zu stellen. Der damalige argentinische Außenminister Luis María Drago wies die ausländische Intervention zur Schuldeneintreibung in einer Note an das US-Außenministerium zurück; sie ist als "Drago-Doktrin" in das internationale Recht eingegangen (Hood 1983). Die Nachwirkungen zeigten sich etwa 1982, als sich Venezuela im Krieg um die Falklands/Malwinen mit Argentinien und damit gegen England solidarisierte. Erst auf Druck der USA wurde die Blockade von La Guaira schließlich wieder aufgehoben. Im Bewusstsein der Venezolaner spielt das Ereignis und die patriotische Haltung, die der damalige venezolanische Militärpräsident Cipriano Castro gegenüber dem Ausland damals einnahm, nach wie vor eine gewisse Rolle.

Venezuela trat im Februar 1945 gegen Deutschland und Japan in den Zweiten Weltkrieg ein, die diplomatischen Beziehungen waren schon 1942 abgebrochen worden, die Vertretung wurde von Spanien übernommen. In der Kriegserklärung wurde auch die Erschießung von Monseñor Salvador Montes de Oca, Bischof von Valencia, angeführt, der am 10.09.1944 von deutschen Soldaten in Italien ermordet wurde. Am 01.09.1951 wurde die



Beendigung des Kriegszustandes zwischen Venezuela und Deutschland anerkannt. Am 28.04.1952 überreichte der erste außerordentliche Botschafter der Bundesrepublik sein Beglaubigungsschreiben in Caracas, Anfang 1954 der erste venezolanische Vertreter in Bonn. 1955 erhielten die jeweiligen Gesandtschaften den Rang von Botschaften. Erstaunlich waren die schnelle Wiederaufnahme und Entwicklung der wirtschaftlichen Kontakte. Bald rangierte Deutschland hinter den USA an zweiter Stelle bei den venezolanischen Importen. 1959 besuchte eine Delegation der deutschen Industrie das südamerikanische Land. 1967 wurde ein Regierungsabkommen zwischen Venezuela und der BRD zur Errichtung eines Berufsschulzentrums in La Morita unterzeichnet. Dort ging es um die Ausbildung von Facharbeitern im Metallgewerbe, im Kraftfahrzeughandwerk, der Elektrotechnik und dem graphischen Gewerbe.

1968 besuchte der ehemalige Bundeskanzler Ludwig Erhard Venezuela. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der DDR erfolgte 1974. Sie wurde von den diplomatischen Vertretungen Venezuelas und der DDR in Chile eingefädelt.

Die wichtigsten diplomatischen (Staats-)Besuche und Regierungsabkommen in der Folgezeit waren:

- 1971 Als erster Bundespräsident kam Gustav W. Heinemann nach Venezuela; Georg Leber, Minister für Transport und Verkehr, traf mit dem Eröffnungsflug der Lufthansa ein.
- 1974 Egon Bahr, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR.
- 1975 Außenminister Hans Dietrich Genscher und Ex-Bundeskanzler Willy Brandt in Caracas.
- 1978 Rahmenabkommen zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, Besuch vom Bundesforschungsminister Volker Hauff.
- 1979 Otto Graf Lambsdorff, Bundeswirtschaftsminister.
- 1982 Außenminister José Alberto Zambrano Velasco in Bonn.
- 1985 Unterzeichnung des Kulturabkommens.
- 1987 Staatsbesuch von Außenminister Hans Dietrich Genscher und Unterzeichnung zahlreicher Abkommen, u.a. des Kulturabkommens; Einweihung des Gebäudes der *Asociación Cultural Humboldt*.
- 1991 Rahmenabkommen zur Technischen Zusammenarbeit (TZ).
- 1991 Arbeitsbesuch von Präsident Carlos Andrés Pérez.
- 1993 Außenminister Fernando Ochoa Antich in Bonn und Unterzeichnung zahlreicher Abkommen.

- 1995 Besuch einer Delegation der Wirtschaftskommission des Bundestages in Venezuela zur Wiederbelebung der ökonomischen Beziehungen.
- 1996 Staatsbesuch von Bundespräsident Roman Herzog und Unterzeichnung zahlreicher Abkommen.
- 1996 Carl-Dietrich Spranger, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Venezuela.
- 1997 Claudia Nolte, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Venezuela.
- 1998 Besuch des BMZ-Ministers Carl Dietrich Spranger.
- 1998 Besuch von Präsident Rafael Caldera.
- 1999 Besuch von Präsident Hugo Chávez Frías anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Orinoko-Parima" in Bonn.
- 1999 Arbeitsbesuch von Präsident Hugo Chávez Frías in Berlin.
- 1999 Zweiter Staatsbesuch von Präsident Chávez und Außenminister José Vicente Rangel in Bonn, Berlin und bei der EXPO 2000 in Hannover.

## **2. Die Beziehungen im Spiegel der Botschaftsakten Deutschlands und Venezuelas<sup>1</sup>**

Einen Eindruck der bilateralen Beziehungen kann man durch einen Einblick in die Botschaftsakten im Politischen Archiv (PA) des Auswärtigen Amtes (AA) gewinnen. Im Folgenden werden die Akten ab 1958 bis 1977 – spätere Vorgänge sind aufgrund der Sperrfrist von 30 Jahren noch nicht zugänglich – herangezogen; punktuell wurden auch Akten der DDR berücksichtigt.

Nach der Wiederaufnahme der Beziehungen hielten sich die deutschen diplomatischen Vertreter bewusst zurück. Hauptinteresse der deutschen Außenpolitik nach dem Ende des Nationalsozialismus war die Wiederanerkennung und das Offenhalten der Deutschen Frage. Eine enge Abstimmung wurde mit der englischen und nordamerikanischen Botschaft gesucht. Dies zeigt sich auch bei der Beurteilung der politischen Entwicklung nach dem Regimewechsel von 1958. So heißt es im Bericht des damaligen Botschafters:

---

<sup>1</sup> Die Akten konnten im Archiv des *Ministerio de Relaciones Exteriores* (MRE) in der *Casa Amarilla* bzw. im Politischen Archiv (PA) des Auswärtigen Amtes (AA) eingesehen werden. Der Direktorin in Caracas bzw. dem Direktor in Berlin sei nochmals gedankt.

Deutscherseits sollte es bis auf weiteres auch in der Presse vermieden werden, die dargestellten Gefahren in Venezuela zu scharf herauszustellen. Wir würden dadurch in den unliebsamen Verdacht geraten, auf die venezolanische Regierung belehrend wirken zu wollen. Diese Rolle können wir zunächst den Vereinigten Staaten überlassen (17.03.1958).

Immerhin stand 1959 Venezuela hinter den Vereinigten Staaten und Indien an dritter Stelle beim deutschen Überseeexport. In den Instruktionen vom 09.12.1960 des AA für den neuen Botschafter wurde dieser vor allem gebeten, der innenpolitischen Entwicklung Venezuelas "besondere Aufmerksamkeit zu widmen und insbesondere über Einfluss und Tendenzen von linksradikalen und fidelistischen Gruppen eingehend zu berichten". In den folgenden drei Jahren finden sich entsprechende Unterlagen, es wird auch auf die Situation an den Universitäten eingegangen. Die Botschaft beklagte mit Blick auf die deutsche Presse:

Über Venezuela wird nur berichtet, wenn hier gelegentlich geschossen wird. Dies entspricht aber durchaus nicht der Wirklichkeit. Venezuela ist nach wie vor eine verhältnismäßig geordnete Demokratie und nach südamerikanischem Maßstab vielleicht sogar eines der solidesten Staatswesen [...] Venezuela ist und bleibt eines der Hauptziele des Weltkommunismus in Lateinamerika (21.02.1962).

In den Berichten der Botschaft wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass es bis Anfang der 1960er Jahre keinen Korrespondenten einer deutschsprachigen Zeitung in Venezuela gab. Die Berichterstattung über Venezuela sei einseitig, Präsident Rómulo Betancourt werde zu Unrecht für die Probleme verantwortlich gemacht.

Die Frage des Venezuela-Bildes und der Berichterstattung wurde mehrfach von venezolanischer Seite angesprochen, entsprechende Nachweise finden sich sowohl in den deutschen als auch venezolanischen Botschaftsakten. Auch mehrere venezolanische Botschafter wurden im Außenministerium in dieser Hinsicht vorstellig. Die Bonner Botschaft kritisierte im Bericht vom 30.08.1971 den Inhalt der im Fernsehen ausgestrahlten Filme "Maracaibo" und "Un Pueblo llamado Libertad". Sie würden die venezolanische Realität einseitig darstellen. Kritisch wurde Jahre später etwa auch von venezolanischer Seite ein Artikel im *Neuen Deutschland* vom 16.11.1976 mit dem Titel "Venezuela ringt um die volle ökonomische Unabhängigkeit" kommentiert.

Von den venezolanischen Botschaftern wurde ausführlich über die innenpolitische Lage in der BRD und das Wirtschaftswunder informiert. "Die politische Bilanz des Jahres 1959 spricht für dieses Land, dessen Energie,

vor allem in Zeiten der Gefahr und der Gegnerschaft, bemerkenswert ist.” Und im Jahresbericht 1960:

Generell interessiert sich die Masse der Bevölkerung nur wenig für die Innenpolitik. Es herrscht die Haltung des “Ohne mich” vor. Viele sind der Meinung, dass sie sich mit den Nazis die Finger verbrannt haben und deshalb einen schmerzhaften Prozess der Entnazifizierung durchlaufen mussten, z.T. mit Bestrafungen und Einschränkungen [...].

Die venezolanischen Diplomaten kritisierten, ähnlich wie die deutschen Repräsentanten in Caracas, neben dem einseitigen Venezuela- und Lateinamerikabild und der mangelnden Würdigung der repräsentativen Demokratie in ihrem Heimatland die Ausrichtung der deutschen Entwicklungshilfe.

Unter den entsprechenden diplomatischen Niederlassungen wird davon ausgegangen, dass die Politik gegenüber Lateinamerika nicht die intelligenteste ist. Die Unterstützung, die Deutschland Asien und Afrika mit unsicherem Ausgang zukommen lässt, würde, sofern man sie Lateinamerika geben würde, Deutschland größere Vorteile bringen (Jahresbericht 1959).

Ziemlich ausführlich wurde in den Jahren 1968 bis 1970 über die Studentenbewegung in Westdeutschland berichtet.

An der deutschen Botschaft in Caracas gab es keinen Militärattaché, der Dienstsitz war vielmehr Bogotá/Kolumbien bzw. später Lima/Peru mit Mehrfachakkreditierung. Die Botschaftsakten enthalten auch Aussagen zu Anfragen und tatsächlichen Lieferungen von Waffen. 1966 ging es etwa um das Waffensystem F 86 K, das aus 72 gebrauchten Jagdflugzeugen bestand. Zwischen den Zeilen ist herauszulesen, dass es Diskussionen um den offiziellen Preis gab. Die USA waren gegen die Auslieferung. “Kennedy kritisiert Waffenverkäufe”, hieß es in einem Bericht im *Hamburger Abendblatt* vom 21.11.1966 unter Verweis auf Äußerungen von Senator Robert Kennedy. 1968 äußerte die venezolanische Seite Interesse an einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Verwendung von Kernenergie. 1970 bemühte sie sich erfolglos um den Ankauf von 40 Leopard-Panzern. 1971 gab es Verträge über den Verkauf von zwei U-Booten, 1972 über Bau und Kauf von Gefechtsraketentorpedos. 1975 wurde die Zustimmung zum Verkauf von sechs Korvetten und 400 Maschinenkanonen erteilt, die für den Export von 100 Raketenwerfern verweigert.

In den 1970er Jahren nahm zwar die Reisetätigkeit deutscher Politiker nach Venezuela zu, bei den sich im Zuge des Öl-Booms anbahnenden Geschäften schnitten aber zunehmend andere europäische Länder besser ab. Erwähnt seien hier die Frage der Einführung des PAL-Fernsehens, der Export von Werften, der Bau der U-Bahn von Caracas sowie Eisenbahn- und

Chemieprojekte. Auch bei einer möglichen deutschen Beratungstätigkeit von *Cordiplan*, der staatlichen Planungsbehörde, reagierte die Bundesregierung zögerlich, in einigen Fällen wurden Abkommen zwischen Venezuela und Spanien bzw. Frankreich abgeschlossen, um die sich auch die Bundesrepublik Deutschland bemüht hatte.

### 3. Die Rolle der deutschen parteinahen Stiftungen in Venezuela

Von 1960 bis in die achtziger Jahre zählte Venezuela zu den wenigen Wahl-demokratien in Lateinamerika. Politische Flüchtlinge aus anderen lateinamerikanischen Staaten fanden Aufnahme in dem Land, das gleichzeitig einen Aufschwung der Aktivitäten parteinaher Stiftungen sowie internationaler und regionaler Organisationen erlebte.

#### 3.1 Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Institut für Internationale Solidarität, Vorläufer der 1964 gegründeten Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), hat seine Arbeit in Venezuela bereits 1962 aufgenommen. Als Sitzland von zwei supranationalen Projektpartnern, der 1947 in Montevideo gegründeten Organisation der christdemokratischen Parteien Amerikas ODCA (*Organización Demócrata Cristiana de América*) bis 2001 und der zur CLAT (*Central Latinoamericana de Trabajadores*) gehörenden lateinamerikanischen Arbeiteruniversität UTAL (*Universidad de los Trabajadores de América Latina*) war Venezuela über viele Jahre eines der politischen Schwerpunktländer der KAS in Lateinamerika. Es erlangte nach seiner Rückkehr zur Demokratie 1958 eine besondere institutionelle und politische Stabilität, denn in den 1970er Jahren wurden die meisten süd-amerikanischen Staaten von Militärdiktaturen beherrscht; nicht wenige politische Flüchtlinge fanden Asyl in Venezuela und wurden von der Regierung und den Parteien großzügig unterstützt. Neben ODCA und UTAL gehörten auf der nationalen Ebene das politische Bildungsinstitut IFEDEC (*Instituto de Formación Demócrata Cristiana*, später *Instituto Internacional de Formación Aristides Calvani*) und das gewerkschaftliche Bildungsinstitut INES (*Instituto Nacional de Estudios Sociales*) zu den ersten Partnern der KAS in Venezuela (Rivero Lozada 1999). Das nach dem bekannten christlich-sozialen Politiker Aristides Calvani benannte IFEDEC hat in seinen Schulungskursen in Los Chorros eine Reihe von jungen Politikern gefördert, die später in Mittel- und Südamerika wichtige Funktionen im Demokratisierungsprozess eingenommen haben.

Die Ziele der KAS in Venezuela bestehen nach eigenen Aussagen in der Förderung von Initiativen zum Erhalt und Ausbau einer repräsentativen Demokratie, zum Beitrag einer marktwirtschaftlichen und sozial verträglichen Modernisierung, insbesondere Rechtsstaatlichkeit, Strafrechtsreform, Föderalismus, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Reform der politischen Institutionen (KAS).

Die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit lagen in der organisatorischen sowie inhaltlichen Stärkung der demokratischen Kräfte und in der Förderung der gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Kompetenz der Arbeitnehmervertretungen. Mit ihren Aktivitäten in Venezuela will die KAS, die ab den 1990er Jahren den Umfang ihrer Eigenmaßnahmen ausbaute, mit relevanten Themen Nachwuchspolitiker, Kirchenvertreter, Journalisten, Vertreter sozialer Organisationen und auch Militärs erreichen.

Angesichts der Krise der politischen Parteien in Venezuela und dem zunehmenden Gewicht zivilgesellschaftlicher Organisationen verfolgt die KAS in den letzten Jahren mit ihren Aktivitäten in Venezuela stärker als bisher einen breit angelegten Dialog mit gesellschaftlichen Institutionen wie zum Beispiel der Kirche und den Medien und arbeitet mit solchen Gruppen zusammen, die bereit sind, die Werte der Demokratie zu verteidigen und eine Kontroll- und Gegengewichtsfunktion auszuüben. Einzelne Stiftungsvertreter haben in den 1960er Jahren und erneut Anfang des 21. Jahrhunderts mit Blick auf die Regierung Chávez eine prononcierte politische Position eingenommen.

### 3.2 Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Arbeit der FES in Venezuela begann 1972. Wie in anderen lateinamerikanischen Ländern trägt das Forschungsinstitut den Namen ILDIS (*Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales*). In den 1970er Jahren war das ILDIS besonders in der Parteien- und Gewerkschaftsarbeit tätig. Die sozialdemokratische AD (*Acción Democrática*) stellte damals mit Carlos Andrés Pérez den Präsidenten, der darüber hinaus in der Sozialistischen Internationale (SI) mit der "Konferenz von Caracas" 1976 eine über Venezuela hinausreichende Rolle entfaltete. Erhebliche Synergieeffekte ergaben sich zwischen dem ILDIS und der Zeitschrift *Nueva Sociedad*, die ebenfalls von der FES gefördert wird. Die Büros lagen unweit voneinander entfernt an der "Plaza La Castellana". Die ursprünglich in Costa Rica gegründete Zeitschrift siedelte 1974 im Zuge des außenpolitischen Aufschwungs Venezuelas nach Caracas um. Sie erreichte eine Auflage von 7.000 Exemplaren und wurde zu

einer der bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Zeitschriften Lateinamerikas. Daneben besaß sie ein Verlagsprogramm, in dem teilweise auch Titel erschienen, die aus Seminaren des ILDIS hervorgegangen waren. *Nueva Sociedad* wechselte den Standort und erscheint seit 2005 in Buenos Aires.

In den 1980er/1990er Jahren hat sich das ILDIS stärker mit der Dezentralisierung und politisch-administrativen Reformen beschäftigt. Darüber hinaus hat es im wirtschaftlichen Bereich eine Beratungsfunktion übernommen, zum Teil in Kooperation mit der GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit). Durch den Ausbau eines Seminarraumes im ILDIS konnte ein Teil der Maßnahmen dort durchgeführt werden.

### 3.3 Hanns-Seidel-Stiftung

Die 1967 gegründete Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) arbeitet in Venezuela seit 1984 mit der ideologisch unabhängigen Stiftung PROHOMBRE zusammen (Zurawka 1999). Ziel ist es, den Prozess der Dezentralisierung und der Bürgerbeteiligung als Voraussetzung einer Erneuerung des politischen Systems zu fördern. Dies soll durch geeignete Bildungsmaßnahmen erreicht werden, die Kenntnisse über den Entwicklungsstand des politischen Systems vermitteln. Darüber hinaus sollen sie dazu beitragen, die Verlagerung von Zuständigkeiten auf Provinz- oder Gemeindeebene als Stärkung des gesellschaftlichen Gestaltungspotentials zu interpretieren; sie sollen fachspezifisches Wissen erweitern, die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu effizienterer kommunaler Verwaltungsleistung befähigen und die Bereitschaft der Bürger zur Mitwirkung und Mitgestaltung sowie zu gesellschaftlicher Selbstorganisation und Interessenvertretung verbessern (HSS 2010).

Als Zielgruppen nennt die HSS insbesondere die öffentlichen Bediensteten auf regionaler und kommunaler Ebene, Bürgermeister, Gemeinderäte und Angehörige gesetzgebender Körperschaften, junge Menschen, Jugendorganisationen und Bürgervereinigungen. In die Zuständigkeit der HSS-Vertretung in Venezuela fielen bis 2003 auch die Projektaktivitäten dieser Stiftung in Kuba (seit 1993) und in Kolumbien (ab 2000). Zwar behielt die HSS auch nach 2003 ein Büro in Caracas, seit der Übersiedlung des Stiftungsrepräsentanten in diesem Jahr nach Bogotá wird die Projektarbeit der Stiftung in Venezuela und in Kuba jedoch von dort aus koordiniert.

Zumindest in den 1960er Jahren führte die Tätigkeit der Stiftungen auch zu Diskussionen in Venezuela. Im venezolanischen Wahlkampf 1967 wurde dies ein politisches Thema. Nach einem Telegramm des CDU-Politikers Bruno Heck an die COPEI-Führung (*Comité de Organización Político Elec-*

toral Independiente), in dem er dieser viel Erfolg im Wahlkampf wünschte, erschien ein Zeitungsartikel eines AD-Politikers mit dem Titel "Gibt es neue Welser?" in *La República*. Auch in der Folgezeit hielt die starke Präsenz vor allem einer Stiftung in der Öffentlichkeit – zum Leidwesen der wechselnden Botschafter – an. Walter Truckenbrodt erklärte:

Es gibt hier zwei deutsche Botschafter. Der eine ist der Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung, und den empfängt der Präsident immer, der andere bin ich. Und ich bin froh, wenn ich mal bei ihm zugelassen werde (*Der Spiegel* 12/1971: 27).

Solche Situationen haben sich seit den 1970er Jahren nicht wiederholt, die Kooperation zwischen den Stiftungen und die Abstimmung mit der deutschen Botschaft haben stark zugenommen. Daran war auch die GTZ beteiligt.

Venezuela avancierte damals sogar zu einem Zentrum lateinamerikanischer und internationaler Aktivitäten der Stiftungen. Mit der Krise der Parteien und der liberalen Demokratie in Venezuela in den 1990er Jahren verloren diese Einrichtungen an Bedeutung. Das IFEDEC erhält keine Unterstützung mehr aus Mitteln des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), die christdemokratische Regionalorganisation ODCA (*Organización Demócrata Cristiana de América*) ging nach Chile (2001) bzw. Mexiko (2006) und die Zeitschrift *Nueva Sociedad* erscheint mittlerweile in Buenos Aires.

Die Stiftungen haben ihre personelle Präsenz entsandter deutscher Stiftungsvertreter seit 1989/1990 reduziert. Die Gründe liegen vor allem in den neuen Möglichkeiten, die sich für die Stiftungen in Osteuropa und Asien nach dem Ende der Bipolarität ergeben haben. Im venezolanischen Fall kommt die innenpolitische Situation hinzu.

#### 4. Die wirtschaftlichen Beziehungen

Nach wie vor gehört Deutschland zu den wichtigsten Handelspartnern Venezuelas, auch wenn es mittlerweile auf die achte Position abgerutscht ist. Der Schwerpunkt der deutsch-venezolanischen Wirtschaftsbeziehungen bleibt der Energiebereich. In der Vergangenheit hat sich die VEBA an der Schwerölförderung beteiligt, die Ruhrkohle AG ist im Tagebau tätig. Die PDVSA beteiligte sich an einer Raffinerie im brandenburgischen Schwedt.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela wurden in gewisser Hinsicht bereits im 16. Jahrhundert durch das Handelshaus der Welser begründet. 1837 unterzeichneten die drei Hansestädte Ham-



burg, Bremen und Lübeck einen “Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag” mit Venezuela. Mit ihm wurden vorteilhafte Zollbedingungen für den bilateralen Warenaustausch zugunsten deutscher Handelshäuser vereinbart, die ihrerseits über ihre Vertretungen in Venezuela auch aktiv für den Außenhandel tätig waren und das venezolanische Banken- und Kreditwesen stimulierten.

1887 erhielt die deutsche Firma Krupp die Konzession für den Bau der Eisenbahnlinie *El Gran Ferrocarril de Venezuela* (Die große Eisenbahn von Venezuela), der von deutschen Banken finanziert wurde. Es folgten weitere Investitionen in verschiedenen Branchen, besonders in Maracaibo und der Region Táchira, und um 1900 bewegten 38 deutsche Handelshäuser in Venezuela fast zwei Drittel des Handels mit Fertigprodukten und ein Drittel des gesamten Handels (Würz 2004).

Aufgrund der im Dezember 1902 von Deutschland, Großbritannien und Italien verhängten kurzfristigen Seeblockade Venezuelas, aber auch in Folge einer Neuorientierung der venezolanischen Außenhandelspolitik hin zur USA, verlor die deutsche Wirtschaft an Terrain. Der bilaterale Außenhandel ging zurück, die deutschen Investitionen nahmen ab bzw. erfolgten in Allianz mit nordamerikanischem, englischem und französischem Kapital. Nach einem vorübergehenden Aufleben des Wirtschaftsaustausches zwischen den beiden Ländern unter der Regierung von Juan Vicente Gómez ab 1908 brachte der Erste Weltkrieg eine Unterbrechung der Handelsbeziehungen. In den 1930er Jahren nahm der bilaterale Warenaustausch wieder zu, bis es während des Zweiten Weltkriegs zu einer neuen Unterbrechung der Handelsbeziehungen kam. Venezuela brach 1941 die diplomatischen Beziehungen mit den Achsenmächten ab und erklärte Deutschland noch Anfang 1945 den Krieg. Die den Deutschen gehörenden Unternehmen in Venezuela wurden der Kontrolle einer Aufsichtsbehörde unterstellt und Warenzeichen enteignet. Diese konnten später von ihren ursprünglichen Eigentümern wieder zurück erworben werden (Würz 2004).

Zusammen mit der Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Venezuela nach 1949 und dem Austausch von Botschaftern (s.o.) kam auch der Handel zwischen den beiden Ländern wieder in Gang, der dann sehr bald auch Industrieinvestitionen deutscher Unternehmen nach sich zog. Bereits 1954 folgte auf Initiative deutscher Kaufleute und von Vertretern deutscher Unternehmen die Gründung der Deutsch-Venezolanischen Industrie- und Handelskammer (siehe hierzu den nächsten Abschnitt). Ab den 1950er Jahren nahmen deutsche Unternehmen in wach-

sendem Maße an der vergleichsweise spät einsetzenden industriellen Entwicklung Venezuelas teil. Zahlreiche große und mittlere deutsche Firmen eröffneten Niederlassungen mit Produktionsanlagen. Besonders hervorzuheben ist die Beteiligung deutscher Unternehmen am Bau der Brücke über die Einfahrt zum Maracaibo-See und der ersten Brücke über den Orinoko-Fluss, beim Auf- und Ausbau hydro- und thermoelektrischer Kraftwerke, bei der Errichtung petrochemischer Anlagen sowie beim Aufbau der venezolanischen Eisen- und Stahlindustrie im Südosten des Landes, an dem in den 1970er Jahren teilweise mehrere Tausend deutscher Fachkräfte beteiligt waren. Andere größere Projekte, wie etwa die Lieferung von Zügen und die Installation technischer Anlagen für die Untergrundbahn in Caracas in den 1970er Jahren, gingen aufgrund günstigerer Finanzierungsbedingungen an Frankreich. Hingegen sind deutsche Unternehmen heute am Bau der Untergrundbahnen in Maracaibo und in Valencia beteiligt.

Die venezolanische CONAPRI (*Consejo Nacional de Promoción de Inversiones*) und SIEX (*Superintendencia de Inversiones Extranjeras*) veranschlagten 2005 den Bestand deutscher Direktinvestitionen in Venezuela auf 300 Mio. US\$ (ohne Erdöl, Erdgas und Petrochemie) und positionierten Deutschland mit einem Anteil von 2,1% am Gesamtbestand der in Venezuela registrierten ausländischen Direktinvestitionen an sechster Stelle nach den USA (40,2%), den Niederlanden (7,0%), Frankreich (4,9%), der Schweiz (4,9%) und Japan (2,9%).

Bei den vom deutschen Lateinamerika-Verein mit Hilfe der deutschen Auslandshandelskammern durchgeführten Umfragen über den Bestand deutscher Auslandsinvestitionen ergaben sich für Venezuela deutsche Direktinvestitionen in der Höhe von 400 Mio. US\$ (1998), 800 Mio. US\$ (2001) und 860 Mio. US\$ (2006). Es handelt sich dabei um kumulierte Investitionsbeträge zu Originalbuchwerten einschließlich indirekter Investitionen über andere Länder und Reinvestitionen vor Ort, abzüglich der Kapitalretransfers (Rösler 2006).

Die einzige nennenswerte venezolanische Investition in Deutschland wurde von der staatlichen venezolanischen Erdölholding PDVSA (*Petróleos de Venezuela*) getätigt. Sie beteiligte sich 1983 mit 50% an der in Gelsenkirchen beheimateten Ruhr Oel AG, mit der sie gleichzeitig einen Erdölliefervertrag abschloss. Die restlichen 50% des Kapitals der Ruhr Oel AG, das ursprünglich von der Veba Oel gehalten wurde, gehören heute der Deutschen BP AG, ihrerseits eine Filiale der britischen BP.

Das 1997 zwischen Venezuela und Deutschland geschlossene Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sollte dazu beitragen, durch klare Steuerregelungen das Investitionsklima zu verbessern. Demselben Ziel dient das 1998 geschlossene Investitionsschutzabkommen („Vertrag zur Förderung und zum gegenseitigen Schutz von Investitionen zwischen Venezuela und Deutschland“), das Fragen im Zusammenhang mit dem Schutz des Eigentums, des Kapitaltransfers und von Verfahren im Fall von Streitigkeiten regelt.

Dagegen konnte die 1999 gegründete Gemischte Deutsch-Venezolanische Wirtschaftskommission, eine Initiative zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern unter Beteiligung von Vertretern aus den Fachministerien, aus der Wirtschaft und aus Verbänden beider Seiten, ihre Arbeit bisher nicht aufnehmen. Die von Vertretern der deutschen Wirtschaft in Venezuela Anfang 2007 befürwortete Unterzeichnung eines Deutsch-Venezolanischen Regierungsabkommens wurde vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie nicht unterstützt und aus ordnungspolitischen Gründen im Zusammenhang mit der mangelnden Transparenz von internationalen Ausschreibungen vorläufig zurückgestellt.

1983 wurde die bis dahin stabile venezolanische Währung erstmals in größerem Umfang und in der Folge mehrmals abgewertet. Diese Entwicklung, gepaart mit zeitweisen Wechselkurskontrollen, anderen interventionistischen Maßnahmen und einer generell wechselhaften Wirtschaftspolitik, führte u.a. auch zu relativ starken Schwankungen bei den deutschen Exporten nach Venezuela. Deutschland, das über Jahre hinweg bei den Importen Venezuelas nach den USA den zweiten Platz einnahm, lag 2006 als Ursprungsland an sechster und im ersten Trimester 2007 an neunter Stelle (INE). 2006 entfielen auf Venezuela 0,07% aller deutschen Exportlieferungen und ebenfalls 0,07% auf den Gesamtwert aller Importbezüge Deutschlands (siehe nachstehende Tabelle). Venezuela weist eine große Abhängigkeit vom Erdöl auf. So entfielen in den letzten Jahren auch jeweils zwischen 60 und 70% der venezolanischen Exportlieferungen nach Deutschland auf Erdöl und Erdölprodukte, in weitem Abstand gefolgt von Ferrolegierungen, Aluminium sowie Eisen und Stahl in Rohformen. Bei den venezolanischen Importbezügen aus Deutschland entfielen 2005 knapp 30% auf Maschinen, 21% auf chemische End- und Vorerzeugnisse, 8% auf Mechatronik und 7% auf Kfz und Kfz-Teile (AHK 2005).

#### 4.1 Handelsaustausch zwischen Deutschland und Venezuela

In Mio. Euro und in % der gesamten Ein- und Ausfuhren Deutschlands:

	Einfuhren aus Venezuela		Ausfuhren nach Venezuela	
	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
2005	468,0	-	566,7	-
2006	595,3	0,08	650,0	0,07
2007	932,2	0,12	778,6	0,08
2008	922,8	0,11	1.006,2	0,10
2009	781,3	k.A.	746,4	k.A.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2009 (Daten 2005-2007); Germany Trade & Invest: Wirtschaftsdaten Kompakt Venezuela, November 2010 (Daten 2008-2009).

Die im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts vorübergehend zu verzeichnende Verringerung der deutschen Exporte nach Venezuela – bei gleichzeitig starkem Wachstum der venezolanischen Gesamteinfuhren – hatte ihre Ursache in einer Neuorientierung der venezolanischen Außenwirtschaftspolitik, die sich u.a. in einer Steigerung der Importe aus der Volksrepublik China niederschlug. Hinzu kam ein starkes Wachstum der venezolanischen Einfuhren aus der Region, an erster Stelle aus Kolumbien, gefolgt von Brasilien und Argentinien. In den Jahren 2007 und 2008 verzeichnete der Außenhandel Deutschlands mit Venezuela wieder eine Zunahme, 2009 kam es jedoch zu einem deutlichen Einbruch. Zu berücksichtigen ist, dass die Ausfuhren von Unternehmen deutschen Ursprungs nach Venezuela um einiges größer sind, als die o.g. Zahlen vermuten lassen, denn die Gesamtproduktion deutscher Tochterfirmen in Lateinamerika, von denen einige beispielsweise aus Brasilien, Mexiko, Argentinien oder Kolumbien auch nach Venezuela exportieren, übersteigt das Gesamtvolumen der deutschen Exporte in diese Region um ein Vielfaches.

#### 4.2 Die Deutsch-Venezolanische Auslandshandelskammer

Cavenal (*Cámara de Comercio e Industria Venezolano-Alemana*), die Deutsch-Venezolanische Auslandshandelskammer, zählte 2007 insgesamt rund 330 Mitglieder – 300 in Venezuela und 30 in Deutschland. Auf Initiative von 19 Gründungsmitgliedern nahm sie ihre Tätigkeit am 1. Juli 1954 auf. Ihre Ziele sah sie im Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen Venezuela und Deutschland sowie in der Förderung von deutschen Industrieanstaltungen in Venezuela. Bereits 1955, nur ein Jahr nach ihrer Gründung,

erhielt die Kammer die offizielle Anerkennung seitens des DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) und wurde Mitglied der "Vereinigung Deutscher Handelskammern im Ausland" (Boetticher 2004). Unterstützt vom Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft (AUMA), der die Interessen der deutschen Messewirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene vertritt, organisierte Cavenal 1975 in Caracas die erste Venezolanisch-Deutsche Industrieausstellung ("EIVA 1975"), der drei weitere Ausstellungen dieser Art folgten (1980, 1986 und 1991). Auf Initiative der Kammer und ihrer Mitglieder wurde 1993 das Deutsch-Venezolanische Fortbildungszentrum CEVAC (*Centro Venezolano-Alemán de Capacitación*) gegründet, in dem seither auf der Grundlage des deutschen dualen Berufsausbildungssystems mit Erfolg in dreijährigen Unterrichtszyklen Industriekaufleute ausgebildet werden. Cavenal ist Mitglied der 1977 gegründeten Fedeuropa (*Federación de Cámaras Binacionales de Comercio e Industria Europeas*), des Zusammenschlusses der europäischen Handelskammern in Venezuela. Ihren Nachwuchs rekrutiert die Kammer u.a. aus dem Kreis der Wirtschaftsjuvenoren, der 1993 ins Leben gerufen wurde.

#### 4.3 Entwicklungspolitische Kooperation

Venezuela war nie ein Schwerpunktland der bundesdeutschen Entwicklungskooperation. Aufgrund der hohen Einkünfte fiel es praktisch aus der Förderung heraus. 2004 wurde auch die Technische Zusammenarbeit (TZ) eingestellt.

1987 erfolgte die Unterzeichnung für eine Zusammenarbeit bei meteorologischen Projekten zwischen dem venezolanischen Umweltministerium und der GTZ. Erwähnt seien auch die Projekte zur Flusssanierung am Guaire und Maßnahmen in der Rechtsstaatsbetreuung.

Eine gewisse Zunahme der Kooperation bzw. des Kooperationswillens lässt sich im Wissenschaftsbereich feststellen. Die Regierung von Präsident Chávez hat gerade in ihrem ersten Amtsjahr die Zusammenarbeit mit Deutschland auf verschiedenen Gebieten gesucht. Von einer Annäherung an Europa erhofft man sich eine größere Unabhängigkeit von den USA.

Schon 1863 wurde eine Dozentur für Deutsch an der Zentraluniversität in Caracas (UCV) eingerichtet. Jedoch erst 1994 kam die erste DAAD-Lektorin nach Caracas. Deutschkurse werden sowohl an der UCV als auch an anderen Universitäten angeboten. So wurde an der Universität Mérida 1995 eine Abteilung für Deutsch eröffnet. 1996 wurde die "Venezolanische Vereinigung von Deutschlehrern" gegründet. Es besteht mit der *Asociación*

*Venezolana de Egresados de la República Alemana* auch ein Alumniverein für Studenten.

In Caracas wirkt die deutsch-venezolanische Kulturgesellschaft *Asociación Cultural Humboldt* (ACH) als Zweigstelle des Münchener Goethe-Instituts. Die Einrichtung verfügt über ein architektonisch eindrucksvolles, 1987 in Anwesenheit von Außenminister Genscher eingeweihtes neues Gebäude, Bibliothek und Vortragssäle sowie eine Nachbildung des Arbeitszimmers von Alexander von Humboldt. Durch die Aktivität seiner Direktoren ist es in den letzten Jahren gelungen, die Präsenz in der venezolanischen Gesellschaft auszuweiten.

Bei der Wissenschaftskooperation spielt eine kleine, aber ziemlich aktive Gruppe von deutschen Wissenschaftlern und Professoren eine Rolle. Durch sie konnten wissenschaftliche Kontakte und Kooperationen angebahnt werden, die zunehmend unabhängig von den traditionellen diplomatischen Einrichtungen verlaufen.

Die kulturpolitischen Aktivitäten der venezolanischen Regierung haben zugenommen. In Köln entstand 1984 eine Simón-Bolívar-Professur, die allerdings längst nicht so gut ausgestattet ist wie ein gleichnamiger Lehrstuhl in Oxford.

Seit der Ausrufung der "Bolivarianischen Revolution" hat auch das Interesse der deutschen Solidaritätsbewegung und der NGOs (Nichtregierungsorganisationen) an Venezuela stark zugenommen. Diese Kontakte verlaufen jenseits traditioneller Muster und Organisationen, aber auch auf Einladung der neuen venezolanischen Regierung. Die Zahl der in deutscher Sprache über die Politik des Landes veröffentlichten Bücher ist enorm gewachsen, es finden viele Veranstaltungen zu Venezuela in Deutschland statt, zum Teil mit Unterstützung der venezolanischen Botschaft. Hierbei ist nicht immer ganz klar, ob sich Venezuela als Tourismusland oder Revolutionsmodell präsentieren möchte.

**Literaturverzeichnis**

- AHK (2005): *Die deutschen Auslandshandelskammern: Struktur der Im- und Exporte Deutschlands aus und nach Venezuela im Jahr 2005*; <www.ahk.de>.
- Boetticher, Karlheinz (2004): "Cavenal von der Gründung im Jahre 1954 bis heute". In: *Cavenal 1954-2004*, S. 24-33.
- Contreras, Alejandro (2002): *Chronologie der diplomatischen Beziehungen zwischen Venezuela und Deutschland*. Venezuela (unveröff. Manuskript).
- (2005): "Relaciones Diplomáticas entre Venezuela y Alemania (1837-2005)". In: *Boletín del Archivo de la Casa Amarilla*, xi, 11, S. 11-114.
- Der Spiegel* (1971): "Heinemann-Reise. Bolívars Hilfe". In: *Der Spiegel*, 12, S. 27.
- Gleich, Uta von (Hrsg.) (1988): *Deutsch-venezolanische Beziehungen in Vergangenheit und Gegenwart*. München.
- Hanns-Seidel-Stiftung (HSS): *Venezuela*; <www.hss.de/1614.shtml> (20.12.2010).
- Herwig, Holger H. (1991): *Sueños alemanes de un imperio en Venezuela*. Caracas.
- Herwig, Holger H./Helguera, J. León (1977): *Alemania y el bloqueo internacional de Venezuela*. Caracas.
- Hood, Miriam (<sup>2</sup>1983): *Gunboat Diplomacy 1895-1905. Great Power Pressure in Venezuela*. London.
- Humbert, Jules (1983): *La ocupación alemana de Venezuela en el siglo XVI. Período llamado de los Welser (1528-1556)*. Caracas.
- INE (Instituto Nacional de Estadísticas); <www.ine.gob.ve>.
- Instituto Autónomo Biblioteca Nacional (1980): *Documentos de la cancillería alemana relativos a Venezuela 1902*. 3 Bde. Caracas.
- Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Auslandsbüro Venezuela; <www.kas.de/proj/home/home/62/1/>.
- Krispin, Karl (Hrsg.) (1999): *Asociación Cultural Humboldt. 50 años de irradiación cultural*. Caracas.
- Rivero Lozada, Virginia (1999): "Konrad-Adenauer-Stiftung, Cooperación efectiva para la construcción y consolidación de la democracia venezolana". In: *Asociación Cultural Humboldt, 50 años de irradiación cultural*. Caracas, S. 311-322.
- Rösler, Peter (2006): *Ausländische Direktinvestitionen in Lateinamerika und der Karibik*; <www.lateinamerikaveroin.de>.
- Würz, Andrea (2004): "Geschichte der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Venezuela". In: *Cavenal 1954-2004*, S. 42-45.
- Zurawka, Erhard (1999): "La Fundación Hanns Seidel". In: *Asociación Cultural Humboldt, 50 años de irradiación cultural*. Caracas, S. 327-333.





## Chronologie zur Geschichte Venezuelas

- |           |   |
|-----------|---|
| 1498      | Kolumbus entdeckt auf seiner dritten Reise die Orinocomündung.  |
| 1499      | Alonso de Ojeda nennt das Land Golf am Maracaibo wegen seiner Pfahlbauten Venezuela ("Klein-Venedig").  |
| 1528      | Das Augsburger Handelshaus der Welser erhält Venezuela als Lehen, verschiedene Expeditionen ins Landesinnere scheiterten und endeten mit dem Tod der Eindringlinge. |
| 1546      | Venezuela fällt an die Krone von Spanien zurück.  |
| 1799      | Alexander von Humboldt ("Zweiter Entdecker Amerikas") landet in La Coruña und beginnt von Caracas aus 1800 seine erste Südamerikareise.                             |
| 1810      | Beginn der Unabhängigkeitskriege, die von Simón Bolívar angeführt werden.   |
| 1811      | Unabhängigkeitserklärung (05.07.), auf die weitere Kämpfe folgen.   |
| 1821      | Endgültige Unabhängigkeit von Spanien (Schlacht bei Carabobo); Vereinigung mit Kolumbien, Panama und 1822 Quito (Ecuador) zur Republik Großkolumbien.               |
| 1830      | Republikanische Verfassung und staatliche Selbstständigkeit unter General José Antonio Páez.  |
| 1864      | Nach Bürgerkrieg (1859-1863, <i>Guerra Federal</i> ) Bildung der Vereinigten Staaten von Venezuela.   |
| 1908-1935 | Diktatur von General Juan Vicente Gómez.  |
| 1920ff.   | Venezuela wird zum Erdölexportland.   |

- 1928 Studentenunruhen (*Generación del 28*); einige der Anführer (u.a. Rómulo Betancourt) gehören später zur politischen Elite.
- 1941-1945 Präsident Isaías Medina Angarita; Beginn der politischen Liberalisierung und Gründung von Parteien.
- 1945 Zivil-militärischer Putsch der *Acción Democrática* (AD) und von Teilen des Militärs gegen Medina.
- 1947 Demokratische Verfassung in Kraft; im Dezember Wahl des Schriftstellers Rómulo Gallegos (erste demokratische Direktwahl) zum Präsidenten.
- 1948 Militärputsch gegen Gallegos; AD wird verboten.
- 1952 General Marcos Pérez Jiménez annulliert Wahlen und regiert diktatorisch.
- 1958 Jiménez von breitem Bündnis gestürzt (23.01.).
- 1959 Regierungsantritt des direkt gewählten Präsidenten Rómulo Betancourt (AD).
- 1960 Venezuela ist maßgeblicher Mitbegründer der OPEC.
- 1961 Neue Verfassung tritt in Kraft.  
Staat als *República de Venezuela* konstituiert.
- 1962-1965 Höhepunkt des von Kuba inspirierten und unterstützten Guerillakrieges.
- 1963 Raúl Leoni (AD) gewinnt Präsidentschaftswahl (Amtsantritt 1964).
- 1968 Rafael Caldera (COPEI) gewinnt Präsidentschaftswahl (Amtsantritt 1969). Beginn der Pazifizierung (*pacificación*) inhaftierter Guerilleros, die später wieder an Wahlen teilnehmen. Erster demokratischer Wechsel zwischen zwei Parteien (AD und COPEI), der als Indikator für eine Konsolidierung der Demokratie gewertet wurde.

- 1973 Carlos Andrés Pérez (AD) gewinnt Präsidentschaftswahl (Amtsantritt 1974).
- 1973-1974 Vervierfachung des Ölpreises und Verdreifachung der Staatseinnahmen innerhalb eines Jahres.
- 1974-1975 Sondervollmachten für Präsident Pérez für dringende wirtschaftliche Maßnahmen.  
Venezuela nimmt Exilanten aus südamerikanischen Diktaturen auf, u.a. die Chilenin Isabel Allende.
- 1975ff. Aufbau eines landesweiten Netzes von Jugendorchestern (*El Sistema*) durch José Antonio Alreu.
- 1975/76 Verstaatlichung der Eisenerz und Ölindustrien.
- 1978 Luis Herrera Campíns (COPEI) gewinnt Präsidentschaftswahl (Amtsantritt 1979).
- 1983 Zahlungsunfähigkeit der venezolanischen Regierung und erste von vielen Abwertungen der Landeswährung ("schwarzer Freitag" 18.03.).  
Jaime Lusinchi (AD) gewinnt Präsidentschaftswahl (Amtsantritt 1984).
- 1988 Pérez (AD) als Präsident wiedergewählt (Amtsantritt 1989).
- 1989 Angesichts eines drohenden Staatsbankrotts verkündet der Präsident ein mit dem IWF abgesprochenes Anpassungsprogramm.  
*Caracazo*: Unruhen nach plötzlicher Erhöhung der Benzinpreise; Streichung von Sozialausgaben; Ausnahmezustand; Blutbad bei Einsatz der Armee (offiziell 300 Tote, inoffiziell über 1.000 Tote) (27./28.02.).  
Wechselkursfreigabe (Abwertung der Landeswährung Bolívar um bis zu 90% gegenüber dem US-Dollar).  
Erste direkte Gouverneurswahlen (Wahlbeteiligung: ca. 30%); fast zwei Drittel der Mandate gehen an die AD (03.12.).

- 1992 Putschversuch unter Führung von Oberstleutnant Hugo Chávez Frías (inoffiziell 300 Tote); rd. 1.100 Militärs verhaftet (04.02.). Erneuter Putschversuch jüngerer Militärs (inoffiziell ca. 250 Tote) (27.11.).
- 1993 Präsident Pérez wird nach Korruptionsvorwürfen suspendiert; Senatspräsident Octavio Lepage (AD) wird Interimspräsident (21.05.).  
Der Historiker Ramón José Velásquez (AD-nah) wird zum vorübergehenden Staatsschef gewählt (05.06.).  
Ex-Präsident Rafael Caldera (*Convergencia Nacional*, CN) erneut zum Regierungschef gewählt (Amtsantritt 1994); bei Parlamentswahlen bleibt AD stärkste Kraft (05.12.).
- 1994 Caldera verfügt die Entlassung von Chávez aus dem Gefängnis.
- 1997 Chávez gründet *Movimiento Quinta República* (MVR).
- 1998 Parlaments- und Gouverneurswahlen (WB: 52,7% [Kammer] und 53,5% [Senat]); AD 21,7%, MVR 21,3%; AD gewinnt rund ein Drittel der Gouverneursposten (08.11.).  
Chávez mit 56,2% zum Präsidenten gewählt vor Henrique Salas Römer (*Proyecto Venezuela*, PRVZL) mit 40,0% (WB: 63,8%); Amtsantritt 02.02.1999 (06.12.).
- 1999 Chávez erhält für 180 Tage gesetzgeberische Sondervollmachten.  
Referendum; über 80% stimmen für die von Chávez angestrebte Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung (WB: 39%) (25.04.).  
Die Chávez-Sendung "Aló, Presidente" wird erstmals – zunächst als Radioprogramm – ausgestrahlt (23.05.).  
Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung *Asamblea Nacional Constituyente* (ANC); WB: 46,3%; Chávez' *Polo Patriótico* (PP) erhält 121 der 128 Sitze (25.07.).  
ANC bestätigt Chávez im Amt (vereidigt am 11.08.) (09.08.).

- Überflutungen fordern bis zu 50.000 Todesopfer; Notstand in acht Bundesstaaten (17.12.).
- Neue Verfassung in Kraft (Referendum am 15.12.: 71,2%; WB: 45,7%); Kernpunkte u.a.: Abschaffung des Senats, Bildung eines Einkammerparlaments, Verlängerung der Amtszeit des Staatspräsidenten von fünf auf sechs Jahre, Möglichkeit von dessen einmaliger Wiederwahl; neuer Staatsname: *República Bolivariana de Venezuela* (30.12.).
- 2000      Präsidenten-, Parlaments- und Gouverneurswahlen (WB: 56,3%); Chávez siegt mit 59,8% (Amtsantritt 19.08.2000); PP erhält 99 (MVR 93) der 165 Sitze; MVR erringt 12 der 23 Gouverneursposten (30.07.).
- Caracas: Zweite Gipfelkonferenz der OPEC, auf der diese erneut auf eine Hochpreispolitik eingeschworen wurde.
- 2001      Gewerkschaftswahlen; Carlos Ortega besiegt mit fast 68% der Stimmen den Chávez-treuen Aristóbulo Istúriz.
- Generalstreik gegen Chávez legt öffentliches Leben weitgehend lahm (Aufruf des Unternehmerdachverbandes FEDECÁMERAS und des Gewerkschaftsbundes CTV) (10.12.).
- 2002      Nach Umorganisation des Öl-Konzerns PDVSA Generalstreik und Massendemonstrationen (11.04.) gegen Chávez (150.000 Teilnehmer; 19 Tote, ca. 110 Verletzte) (09.04.).
- Militär erzwingt Absetzung und Verhaftung von Chávez; FEDECÁMERAS-Chef Pedro Carmona Estanga wird Übergangspräsident, der die Verfassung außer Kraft setzt (11.04.).
- Massenproteste gegen Carmona und Unruhen (mind. 34 Tote und 332 Verletzte); Carmona tritt zurück; Vizepräsident Diosdado Cabello wird Übergangspräsident (13.04.).
- Chávez kehrt ins Präsidentenamt zurück; der unter Hausarrest stehende Carmona flieht nach Kolumbien und erhält dort am 29.05. politisches Asyl.

- 2003 Scheitern des zweimonatigen Generalstreiks der Opposition.  
Mit Vermittlung der OAS Abkommen zwischen Regierung und Opposition über ein verfassungsmäßig vorgesehenes Referendum zur Absetzung von Chávez (29.05.).
- 2004 Nach längeren Querelen schließlich Referendum; 58,91% der Befragten votieren für Verbleib Chávez' im Amt (WB: 68,0%); u.a. weist die NGO *Carter Center* Manipulationsvorwürfe der Opposition zurück.  
14.12.: Gründung der *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América* (ALBA) als politisch-ökonomischer Integrationsraum, dem bis 2010 Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua, Dominica, Honduras, San Vicente und die Grenadines, Ecuador, Antigua und Barbados beitreten.
- 2005 Chávez bezichtigt die USA in einer Radiosendung, seine Ermordung zu planen und droht mit einem Stopp der Erdöllieferungen in die USA.  
US-Botschaft in Caracas gibt die Kündigung des Militärabkommens zwischen Venezuela und den USA durch Präsident Chávez bekannt; dieser kündigt am 24.04. die Ausweisung von US-Militärberatern an.  
Lieferabkommen mit Russland über 100.000 AK-Sturmgewehre sowie Technologietransfer für deren Eigenproduktion.  
Aufnahme des Sendebetriebs von "TeleSUR" mit Hauptsitz in Caracas; beteiligt sind Venezuela, Argentinien, Kuba, Uruguay und Brasilien.  
Gordon "Pat" Robertson, US-Fernsehprediger, ruft öffentlich zur Ermordung von Chávez auf.  
Parlamentswahlen; MVR gewinnt 114 der 167 Sitze, übrige 53 Mandate fallen an verbündete Parteien; Oppositionsparteien (u.a. AD, *Causa Radical*) üben Boykott (WB: 25,3%).
- 2006 Venezuela scheitert mit dem Versuch, nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates zu werden (USA setzen Guatemala als Ersatzlösung durch).

Chávez bezeichnet US-Präsident George W. Bush vor der UN-Vollversammlung in New York als “Teufel” und bezichtigt die USA, das Überleben der Menschheit zu gefährden (20.09.).

*Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) – Sozialistische Partei der Einheit gegründet.

Präsidentenschaftswahl; Chávez mit 62,84% der Stimmen wiedergewählt (Amtsantritt 10.01.2007), Oppositionskandidat Manuel Rosales Guerrero erhält 36,90% (WB: 74,1%) (03.12.).

- 2007 Chávez und Argentinien Präsident Néstor Kirchner kündigen Gründung des *Banco del Sur* an, um von IWF und Weltbank unabhängig zu werden (vollzogen am 26.09.2009).  
Erdölanlagen im Orinoco-Streifen werden verstaatlicht.  
Bei Referendum über die Änderung von 69 Verfassungsartikeln (u.a. unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten) votieren 50,7% der Abstimmenden mit Nein. Erstmals verliert Chávez knapp eine Abstimmung.
- 2008 Die seit 1879 gültige Währung Bolívar wird durch den Bolívar Fuerte (Währungsschnitt 1.000:1) ersetzt.  
Beilegung der diplomatischen Krise zwischen Kolumbien und seinen Nachbarn Ecuador und Venezuela (vorangegangen waren ein kolumbianischer Angriff auf Lager der FARC-Rebellen in Ecuador und der Vorwurf an Venezuela, die Rebellen zu unterstützen) durch Vermittlung der Dominikanischen Republik.  
Chávez fordert FARC zur Beendigung des bewaffneten Kampfes auf.  
In ausländischem Besitz befindliche Stahl- und Zementproduzenten werden verstaatlicht.  
Bei Regionalwahlen in 22 der 23 Bundesstaaten gewinnt der regierende PSUV 17 Gouverneursposten, 265 der 326 Bürgermeister und 76% aller Sitze in regionalen Parlamenten.  
Die Gouverneure werden durch Entzug wichtiger Kompetenzen entmachtet.

- 2009      Referendum über unbegrenzte Wiederwahl von Amtsträgern ist mit 54,86% Zustimmung erfolgreich (WB: 69,8%).  
USA und Venezuela geben Normalisierung der diplomatischen Beziehung bekannt, nach Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Barack Obama (20.01.).  
Nach knapp dreijähriger Vorbereitung gründen Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela den *Banco del Sur*.  
Zweites Gipfeltreffen Afrika-Südamerika auf der Insel Margarita beschließt Einrichtung eines ständigen Sekretariats mit Sitz in Venezuela.  
ALBA-Staaten beschließen die Einführung der Verrechnungswährung Sucre zum 01.01.2010.
- 2010      Juli: Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Kolumbien am 22.07. als Reaktion auf den von der kolumbianischen Regierung vor der OAS erhobenen Vorwurf, dass die venezolanische Regierung der kolumbianischen Guerilla-Gruppe FARC Unterschlupf gewährt. Die Beziehungen werden nach dem Regierungswechsel in Kolumbien im August wieder aufgenommen.  
26.09.: Wahl zur Nationalversammlung diesmal mit Beteiligung der Opposition: Die Regierungspartei erhielt 98 von 165 Sitzen (59,4%) mit einem Stimmenanteil von 48,3%. Die Opposition stellte 65 Abgeordnete (39,4%) mit einem Stimmenanteil von 47,2. Die Partei *Patria Para Todos* (PPT) gewann 2 Abgeordnete (1,2%) mit einem Stimmenanteil von 3%.  
Das Tempo der Verstaatlichungen nimmt zu. Zwischen 2008 und 2010 werden 347 Unternehmen aus einer Vielzahl von Branchen verstaatlicht.



## Sachregister

**Anmerkung:** Im Sach- und Personenregister werden nicht alle Seiten genannt, auf denen der entsprechende Begriff/Name erscheint, sondern nur diejenigen Seiten, die jeweils die aussagekräftigsten Informationen dazu enthalten.

### A

*Academia Pedro Gual* 371  
*ACH (Asociación Cultural Humboldt)* 706, 715, 734  
*AD (Acción Democrática)* 37, 157, 167, 200, 254, 368  
Agrarpolitik 20  
*ALALC (Asociación Latinoamericana de Libre Comercio)* 500, 505  
*ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América)* 374ff., 378, 461  
*ALBA (Alternativa Bolivariana para las Américas)* 514  
Aló Presidente 107, 159, 360  
Al Qaida 374  
Analphabetenrate 640  
Andinos 34  
Anti-Parteien-Haltung 230  
-Stimmung 230  
Arbeitsministerium 261  
Argentinien 380  
Armenviertel 51  
Armut 14, 52  
Armutsquoten 55  
*arpa tuyera* 580

### Außen

-handelspolitik 20  
-politik 18  
-wirtschaftspolitik 499  
Autoren 553

### B

Banco Comunal 166  
Banco del Sur 514  
Banco de Venezuela 157  
*bandola* 580  
*barrios* 696  
*Batallones Socialistas* 224  
Betancourt-Doktrin 368, 386  
Bildung 21  
Bildungspolitik 637ff.  
-system 637  
Bischofskonferenz 619  
Blockade Venezuelas 1902/03  
711  
BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 728  
Bodenrente 397  
*Boliburguesía* 66, 153  
Bolívar 321, 370  
bolivarianische Missionen 155

- Bolivarische Kreise 235  
 Bolivarisches Schulsystem 653  
 Bolivien 379  
 Botschaftsakten 722  
 Brasilien 387, 446  
 Bruttoinlandsprodukt (BIP) 432  
   -sozialprodukt 322  
 B.T.V. (*Banco de los Trabajadores*) 257  
  
 C  
 CAN (*Comunidad Andina de Naciones*) 378, 505  
 Canaima 533  
 CANTV 157  
 Caracazo 43, 212, 259, 305  
 CARICOM (*Caribbean Community and Common Market*) 505  
 CARIFTA (*Caribbean Free Trade Area*) 505  
 Caudillos 33  
 Causa R (LCR) 180, 206ff.  
 CC (*Consejos Comunales*) 165  
 CD (*Coordinadora Democrática*) 46, 219, 262  
 Centro Gumilla 621  
 CEPAL 39, 52, 55f., 428  
 China 381, 508  
 Círculos Patrióticos 224  
 CLAT (*Central Latinoamericana de Trabajadores*) 263  
 CLPP (*Consejos Locales de Planificación Pública*) 164  
 CNE (*Consejo Nacional Electoral*) 239  
 CNN 377  
 Colegio Humboldt 710  
 Colonia Tovar 531, 708  
 CONIVE (*Consejo Nacional Indio de Venezuela*) 90  
 Convergencia 180  
 Convergencia Nacional 205  
 COPEI (*Comité de Organización Política Electoral Independiente*) 157, 167, 201, 255, 727  
 COPRE (*Comision Presidencial para la Reforma del Estado*) 133, 153, 163  
 Cordiplan 39  
 CPI (*International Corruption Perceptions Index*) 443  
 CTV (*Confederación de Trabajadores de Venezuela*) 41, 236, 254f., 262, 277  
 cuatro 580  
 CUTV (*Central Unitaria de Trabajadores de Venezuela*) 255, 263  
 CVF (*Corporación Venezolana de Fomento*) 39  
  
 D  
 DDR 721  
 delegative Demokratie 266  
 Demographie 80  
 Demokratie(n) 10, 332  
 Demokratischer Pol 183  
 Deutsche 703ff.  
 Deutscher Club 714  
 Deutschland 22, 719ff., 732

- Deutsch-Venezolanischer Club  
710  
Dezentralisierung 178  
Diktatur 332
- E
- Electricidad de Caracas 157,  
158  
Elite 17, 65  
El Sistema 584  
El Trienio 174  
Empresas de Guayana 157  
*Encuentros* 714  
endogene Entwicklung 437,  
460  
Entwicklungsmodell 19  
Erdöl 445  
-diplomatie 513  
-land 397  
-rente 18, 152  
ETA (*Euskadi Ta Askatasuna*)  
388  
Ethnien 83
- F
- FARC (*Fuerzas Armadas Re-  
volucionarias de Colombia*)  
374, 378  
FEDECAMERAS (*Federación  
de Cámaras y Asociaciones  
de Comercio y Producción*)  
256, 262, 276, 346  
Fernsehen 341  
Fernsehnovellen 694  
Filme 696
- FONDEN (*Fondo de Desa-  
rrollo Nacional*) 158, 162,  
166  
Forschung 22  
Frauen 637  
Freiheit 333  
Friedrich-Ebert-Stiftung 726  
FTAA/ALCA (kontinentale  
Freihandelszone) 376
- G
- Gemeinderatswahlen 177  
-räte 178  
Generalstreiks 54  
Generation von 1928 200  
Geschichte 13  
Gesellschaft 554  
Gewerkschaften 16, 253ff.  
Gini-Koeffizient 60  
Globovisión 354  
Gouverneure 178  
*governance* 118, 151, 153,  
161, 168  
Großgrundbesitz 495  
Groß-Kolumbien 378  
GTZ (Gesellschaft für Techni-  
sche Zusammenarbeit) 727  
*guarimbazo* 47  
Guerilla 9, 309
- H
- Handelsaustausch 732  
Hanns-Seidel-Stiftung 727  
Hazienda 31  
HDI (*Human Development  
Index*) 58f.  
Hisbollah 381

Honduras 387

## I

IAEDPG (*Instituto de Estudios Diplomáticos Pedro Gual*) 371

Iberoamerikanischer Gipfel 388

IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund) 269

ILDIS (*Instituto Latinoamericano de Investigaciones Sociales*) 726

ILO (*International Labour Organization*) 437

Importsubstitution 482

Indianismus 87

*indígenas* 78

indigene Bevölkerung 14, 82

Indigenismus 87

INE (*Instituto Nacional de Estadística*) 53

informeller Sektor 68

Inklusion 677

*Instituto de Asuntos Internacionales* 371

Iran 382, 512

IRENE (*Integración, Renovación, Nueva Esperanza*) 210

Isla Margarita 531

Islam 628

IWF (Internationaler Währungsfonds) 413

## J

jüdische Gemeinde 628

## K

Kakao 30

Katholisches Bildungswesen 621

katholische Kirche 21, 638

Kirche(n) 577, 615

-geschichte 615

Klientelismus 152, 157, 161

Kolumbien 256, 326, 369, 379, 389, 446

Konrad-Adenauer-Stiftung 725

Korruption 151, 153, 161

Kreolen 32

Kuba 154, 326, 369, 380, 384

Kultur 681

-szene 22

## L

Landgut (*hato*) 31

Land-Stadt-Beziehung 35

Landwirtschaft 477ff.

Landwirtschafts- und Ernährungspolitik 495

*Libro Amarillo* 385

Literatur 553

Llanos 477, 559

*llaneros* 31

## M

Maisto-Doktrin 374

*mantuanos* (Adelige) 32

María-Lionza-Kult 625

MAS (*Movimiento al Socialismo*) 207, 208, 218

Medien 17

-system 339

MERCOSUR 372, 378, 390,  
505

Miami 695

Migration 717

Militär 17, 159, 315

MIR (*Movimiento Izquierda  
Revolucionaria*) 41, 208

Misión Barrio Adentro 157

Misión Sonrisa 157

Misiones 658

Missionen 432, 487, 685

Miss Venezuela 695

Mittelschicht 436

Modernisierung 10

*Movimiento Bolivariano  
Revolucionario-200* 210

MPJ (*Movimiento Primero  
Justicia*) 219

Musik 21, 575

MVR (*Movimiento Quinta  
República*) 46, 215, 328

## N

*Nachrichten der Deutsch-Ve-  
nezolanischen Gesellschaft*  
714

*National Endowment for De-  
mocracy* 384

Nationalhymne 578

Nicaragua 379

Nichtregierungsorganisationen  
384

Nord-Süd-Konferenz 370

*Nueva Sociedad* 726

## O

OAS (Organisation amerikani-  
scher Staaten) 376, 382, 386

Oberschicht 436

Oberster Gerichtshof 261

ODCA (*Organización Demó-  
crata Cristiana de América*)  
370, 725

Öffentlichkeit 553

Öl 34

-exporteur 51

-preise 323

-reichtum 11, 27

-rente 397

-rentier 397

OPEC (*Organization of the  
Petroleum Exporting Coun-  
tries*) 277, 369, 373, 398,  
500

Orden 620

ORIT (*Organización Regional  
Interamericana de Trabaja-  
dores*) 257

## P

*Pacto de Punto Fijo*  
40, 160, 201, 255, 259, 307,  
342

Paralleldiplomatie 390

*pardos* 577

Parteien 13, 16, 199ff.

Patriotischer Pol 183

Patronage 164

Pazifizierung 42

PCV (*Partido Comunista Ve-  
nezolano*) 40/41, 201, 254

PDVEN 166

PDVSA (*Petróleos de Venezuela*) 157f., 161, 166, 262, 282, 354, 372, 452, 502  
*peonaje* (Schuldknechtschaft) 32  
 Petrobras 372  
 Petro-Diplomatie 367  
 Pfingstkirchen 627  
 Plebiszit 336  
 PODEMOS (*Por la Democracia Social*) 219, 328  
 politische Kultur 17  
*Polo Patriótico* 215  
 Populismus 329, 335  
 Politiker 107  
 Politisches Archiv (PA) des Auswärtigen Amtes (AA) 722  
*Polo Patriótico* 45  
 Portañazo 305  
 PPT (*Patria Para Todos*) 46, 208, 265, 328  
 Präsidentialismus 134  
 Präsidentschaftswahlen 177  
 Prätorianismus 302  
 Priester 615  
 Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt 427  
 protestantisch 627  
 Protestlied 596  
 PRV (*Partido de la Revolución Venezolano*) 212  
 PSUV (*Partido Socialista Unido de Venezuela*) 112, 155, 187, 199, 224, 263, 283  
 Putschversuch 108

## R

Radionovellen 694  
 -sender 340  
 RCTV (Radio Caracas Televisión) 243, 330, 386, 688  
 Regierungsabkommen 721  
 -stil 14  
 Religion 615  
 Rentenmodell 338  
 -ökonomie 15, 135, 168  
*rent-seeking* 400  
 Rio Gruppe 379  
 Russland 383, 511

## S

*Sacudón* 43  
 Salsa 598  
 Salto Angel 533  
*semana santa* 531  
 SI (Sozialistische Internationale) 726  
 Sklaverei 33  
 Soziale Klassen 64  
 Sozialismus des 21. Jahrhunderts 460  
 Sozialistische Einheitspartei Venezuelas 324  
 Sozialstruktur 51  
 Spanien 446  
 Spanier 32  
 Staatsausgaben 323  
 Stabilisierungs- und Anpassungsprogramm 482  
 Statistiken 53  
 Streitkräfte 108  
 strukturelle Heterogenität 64  
 Studenten 676

-bewegung(en) 241, 689  
Studierende 671  
Sucre 377  
Súmate 239

## T

Tageszeitungen 340  
*Tal Cual* 346  
Telesur 377  
Tourismus 20  
Transformation 681  
*Trienio* 37

## U

UBE (*Unidades de Batalla Electoral*) 235  
*Últimas Noticias* 354  
Umverteilungspolitik 329  
Unabhängigkeit 27  
Unabhängigkeitskriege 32  
UNASUR (*Unión de Naciones del Sur*) 514  
UNCTAD (*United Nations Conference on Trade and Development*) 500  
UNT (*Unión Nacional de Trabajadores*) 236, 264  
URD (*Unión Republicana Democrática*) 40, 201, 255  
USA 375, 389, 502

## V

VEBA 728  
Venevisión 341  
venezolanischer Sozialismus 436

Venezuela 732  
Verfassung(en) 15, 131, 160  
Verfassungsänderung 335  
Verfassung von 1961 40, 307  
-1999 79, 144, 159, 199  
Verlagswesen 691  
Verwaltungsreform 15  
Vierte Republik 117  
Volksmusik 580

## W

Waffenlieferungen 511  
Wahlen 16, 173ff.  
Wahlphänomene 176  
-rechtsreform 178  
Weißrussland 511  
WGB (Weltgewerkschaftsbund) 269  
Wirtschafts- und Sozialplan 2001-2007 428  
Wirtschaftswachstum 323  
Wissenschaft 22

## Y

Yanomami 85

## Z

Zivilgesellschaft 16, 165, 229  
Zweihundert-Jahrfeier-Ära 112





## Personenregister

### A

Luis Alfaro Ucero 204  
José Antonio Abreu 584  
Adolfo Aristeguieta 709  
José María Aznar 388

### B

Michelle Bachelet 388  
Raúl Baduel 283  
Andrés Bello 556  
Rómulo Betancourt 37, 200,  
368, 379  
Guzmán Blancos 638  
Georg Blohm 706  
Simón Bolívar 27, 43, 131,  
367, 368, 388, 706  
Rafael Bolívar Coronado 556  
Julio Borges 219  
José Tomás Boves 578  
Río Branco 368  
Douglas Bravo 212  
Soledad Bravo 597  
Luis Britto García 555, 683  
George Bush Jr. 374, 381f.,  
386

### C

Diosdado Cabello 355  
Rafael Caldera 176, 205, 369  
Felipe Calderón 380

Arístides Calvani 371, 725  
Pedro Carmona 262  
Teresa Carreño 580  
Ramón Carrizales Rengifo 159  
Cipriano Castro 34, 272, 368,  
685  
Fidel Castro 108, 374, 380,  
386, 521  
Jesse Chacón 265  
Hugo Chávez 9, 45ff., 98ff.,  
107ff., 151, 154ff., 183,  
199ff., 260, 271, 315, 321,  
339ff., 349, 367, 371, 373ff.,  
377, 427ff., 451ff., 575, 637,  
686  
Cisneros 290  
Irene Sáez Conde 210  
Simón Alberto Consalvi 371  
Rafael Correa 379

### D

Heinz Dieterich 460

### E

Adolfo Ernst 710  
Ramón Escovar Salom 372  
Manuel Espinoza 683

## F

Ferdinand VII. 388  
Claudio Fermín 204  
Eduardo Fernández 205, 218

## G

Eduardo Galeano 382  
Rómulo Gallegos 37, 138, 272, 556  
Juan Vicente Gómez 36, 132, 200, 254, 272, 499, 711  
Pedro Gual 367  
Antonio Guzmán Blanco 33, 368

## H

Wilhelm Hennis 712  
Luis Herrera Campíns 43, 206, 370  
Alexander von Humboldt 30, 704, 719  
Saddam Hussein 382

## I

Sofía Imber 683  
Aristóbulo Istúriz 206, 261

## K

Raimundo Kabchi 381  
Kirchner 380  
Christoph Kolumbus 28

## L

Edgardo Lander 473  
Raúl Leoni 39, 369

Juan Liscano 564  
Leopoldo López 219  
Jaime Lusinchi 153

## M

John Maisto 374  
Alfredo Maneiro 212  
Herma Marksman 221  
Pompeyo Márquez 208  
Marcela Máspero 264  
José Ramón Medina 683  
Pablo Medina 207  
Isaías Medina Angarita 36  
Mendoza 290  
Guillermo Meneses 555  
Angela Merkel 388  
Luis Miquilena 213  
Bernard Mommer 452, 714  
Gabriela Montero 584  
Evo Morales 379  
Guillermo Morón 569

## O

Barack Obama 379, 382  
Carlos Ortega 261  
Daniel Ortega 379

## P

José Antonio Páez 31, 272  
Caracciolo Parra Pérez 371  
Carlos Andrés Pérez 36, 158, 301, 328, 369, 386, 452  
Juan Pablo Pérez Alfonzo 399  
Manuel Pérez Guerrero 370  
Marco Pérez Jiménez 201, 254, 272, 303, 368

Teodoro Petkoff 208  
Rafael Pocaterra 556  
Ali Primera 596, 598

## R

José Vicente Rangel 212/213,  
371, 377, 389  
Raúl Reyes 378  
Alí Rodríguez 221  
Manuel Rosales 187, 219

## S

Tony Saca 389  
Irene Sáez 206  
Oscar Sambrano Urdaneta 683  
Enrique Salas Römer 183, 215  
Johann Gottfried Benjamin  
Siegert 706  
Adam Smith 399  
Heinz Rudolf Sonntag 714  
Tad Szulc 374  
Lula da Silva 380, 384

## T

Graf Tattenbach 712  
Oscar Todtmann 714

## U

Álvaro Uribe 379  
Arturo Uslar Pietri 201, 408,  
556

## V

Laureano Vallenilla Lanz 557  
José María Vargas 672

José Velasco Alvarado 383  
Andrés Velásquez 207  
Ramón J. Velásquez 44  
Gustav Julius Vollmer 708

## W

Friedrich Welsch 714  
Welser 703, 719

## Z

Ezequiel Zamora 215  
Lieselotte Zettler de Vareschi  
713



## **Autorinnen und Autoren**

**Jesús Azcargorta**, M.A., Doktorand am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Email: jazcarga@hotmail.com

**Luis Barrera Linares**, Literaturwissenschaftler, Postgrado en Literatura Latinoamericana Contemporánea, Universidad Simón Bolívar. Caracas.  
Email: lbarrera@usb.ve

**Andreas Boeckh**, Prof. Dr., ist emeritierter Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen.  
Email: boeckh.andreas@googlemail.com

**Héctor Briceño**, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Centro de Estudios del Desarrollo (CENDES) in Caracas.  
Email: hbricenomonte@gmail.com

**Hans-Jürgen Burchardt**, Prof. Dr. ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Kassel. Email: burchardt@uni-kassel.de

**Silvia Cabrera**, M.A., Doktorandin am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.  
Email: scabreras@hotmail.com

**Luis Gómez Calcaño**, Prof. Dr., ist Professor am Centro de Estudios del Desarrollo (CENDES) in Caracas. Email: gomezcal@gmail.com

**Hernán Castillo**, Prof. Dr., ist Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Universidad Simón Bolívar in Caracas. Email: hcastillo@usb.ve

**Rolando Díaz**, Direktor des Instituto para el Desarrollo de la Gerencia Económica y Sociolaboral in Caracas. Email: ideges@gmail.com

**Torsten Eßer**, M.A., Redakteur beim Fernsehsender Phoenix.  
Email: tee66@t-online.de

**Juan Luis Hernández**, Prof. Dr., Agrarwissenschaftler am Centro de Estudios del Desarrollo an der Universidad Central de Venezuela in Caracas.  
Email: juanluis.hernandez@cantv.net

**Ivo Hernández**, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad Adenauer-Stiftung in Caracas. Email: ivoricardo@hotmail.com

**Michael Huhn**, Dr., Mitarbeiter am katholischen Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat in Essen. Email: Michael.Huhn@adveniat.de

**Ana María Isidoro Losada**, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft in Kassel.  
Email: isidoro.losada@uni-kassel.de

**Alfredo Keller**, Dr., Direktor des Meinungsforschungsinstitutes Alfredo Keller y Asociados. Email: alfredokeller@aol.com

**Thomas Kestler**, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Sozialwissenschaften der Julius Maximilians-Universität Würzburg.  
Email: thomas.kestler@googlemail.com

**Margarita López Máya**, Prof. Dr., Professorin für Geschichte am Centro de Estudios del Desarrollo an der Universidad Central de Venezuela in Caracas.  
Email: malopezmaya@yahoo.com

**Thais Maingon**, Prof. Dr., Professorin am Centro de Estudios del Desarrollo an der Universidad Central de Venezuela in Caracas.  
Email: thelemaz@gmail.com

**Alexander Mansutti Rodriguez**, Prof. Dr., Professor an der Universidad Nacional Experimental de Guayana in Puerto Ordaz.  
Email: alexmansutti@cantv.ve

**Heinrich Pachner**, Prof. Dr., Professor am Institut für Geografie der Universität Tübingen. Email: heinrich.pachner@uni-tuebingen.de

**Manuel Paulus**, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.  
Email: manuel.paulus@uni-rostock.de

**Stefan Peters**, M.A., wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Kassel.  
Email: stefan.peters@uni-kassel.de

**Alexander Rommel**, M.A., Doktorand am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Email: alex.rommel@web.de

**Klaus Schäffler**, Dipl. Volkswirt, Teilhaber und Berater der 2SP Consulting Team in Caracas. Email: [kschaeffler@2spteam.com](mailto:kschaeffler@2spteam.com)

**Andrea Scholz**, M.A., Doktorandin am Institut für Griechische und Lateinische Philologie, Romanistik und Altamerikanistik der Universität Bonn. Email: [andrea.scho@googlemail.com](mailto:andrea.scho@googlemail.com)

**Kurt-Peter Schütt**, Dr., ehem. Direktor der Friedrich Ebert-Stiftung und des Ildis in Caracas. Email: [kurt-peter-schuett@t-online.de](mailto:kurt-peter-schuett@t-online.de)

**Manuel Silva Ferrer**, M.A., Doktorand am Lateinamerika Institut (LAI) in Berlin. Email: [msilvaferrer@cantv.net](mailto:msilvaferrer@cantv.net)

**Rolf Walter**, Prof. Dr., Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Email: [r.walter@wiwi.uni-jena.de](mailto:r.walter@wiwi.uni-jena.de)

**Friedrich Welsch**, Prof. Dr., emeritierter Professor an der Universidad Central de Venezuela in Caracas. Email: [fwelsch@gmail.com](mailto:fwelsch@gmail.com)

**Nikolaus Werz**, Prof. Dr., Professor am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock. Email: [nikolaus.werz@uni-rostock.de](mailto:nikolaus.werz@uni-rostock.de)

**Reiner Wilhelm**, Dipl. theol., Länderreferent Ecuador beim katholischen Lateinamerika-Hilfswerk Adveniat in Essen. Email: [Reiner.Wilhelm@adveniat.de](mailto:Reiner.Wilhelm@adveniat.de)

**Raúl Zelik**, Dr., Professor für Politikwissenschaft an der Universidad Nacional de Colombia, Medellín, Kolumbien, Email: [raul.zelik@emdash.org](mailto:raul.zelik@emdash.org)